

Bericht zur Sozialen Lage im Landkreis Darmstadt-Dieburg



Impressum

Herausgeber	Kreisausschuss des Landkreises Darmstadt-Dieburg Familienförderung
Verfasser/-innen	Rita Weirich, Jugendhilfeplanerin (verantwortlich) <u>in Zusammenarbeit mit</u> Gitta Brunner, Jugendhilfeplanung Sabine Müller, Familienförderung Isabelle Speich, Honorarkraft Anne Stärker, Familienförderung Otto Weber, Leiter Hauptabteilung Familie und Soziales
Bestelladresse	Servicestelle der Kreisverwaltung Darmstadt-Dieburg Jägertorstraße 207 64289 Darmstadt
	Telefon 06151-881-1013 E-Mail service@ladadi.de

Darmstadt, im September 2010

Bericht zur sozialen Lage im Landkreis Darmstadt-Dieburg



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

im „Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ lege ich Ihnen den ersten umfassenden „Bericht zur sozialen Lage im Landkreis Darmstadt-Dieburg“ vor.

Der Bericht basiert auf dem Leitgedanken, dass eine detaillierte Analyse der sozialen Lage die notwendige Basis für eine Politik zur Stärkung sozialer Gerechtigkeit und zur Verbesserung gesellschaftlicher Teilhabe ist.

Dieser vorliegende Bericht bezieht sich auf den Zeitraum von 2005 bis 2008 und versteht sich als Planungsgrundlage für alle kommunalen und gesellschaftlichen Akteure. Er verfolgt den Lebenslagenansatz und gibt einen Überblick über die ineinandergreifenden Bereiche, welche die soziale Situation von Menschen im Landkreis Darmstadt-Dieburg ausmachen.

Wie die Analysen und Auswertungen zeigen, gehört der Landkreis Darmstadt-Dieburg, im Hessendurchschnitt, zu den eher wohlhabenden Landkreisen. Obwohl viele Bürgerinnen und Bürger des Kreisgebietes über ein gutes Einkommen und ein hohes Bildungsniveau verfügen, leben auch in unserem Kreis Menschen unter oder knapp über der Armutsgrenze, erreichen nicht die erforderlichen Bildungsabschlüsse und haben es schwer den eigenen Lebensunterhalt zu sichern.

Der Landkreis Darmstadt-Dieburg hat seit jeher seine sozialen Aufgaben vorbildlich und mit innovativen Maßnahmen erfüllt und wird dies auch weiterhin fortsetzen, trotz der anhaltend prekären Finanzlage, die sich aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise weiter zuspitzt.

Die Bewältigung der zukünftigen sozialpolitischen Aufgaben kann nur im konstruktiven Dialog der verschiedenen Akteure der Sozialpolitik tragfähig gestaltet werden. Sie erfordert die gemeinsame Anstrengung aller in diesem Arbeitsfeld tätigen Behörden und Institutionen. Ich wünsche mir, dass dieser Bericht Anstöße gibt, die in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden, aber auch bei freien Trägern, insbesondere den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege aufgenommen werden und in gemeinsame Aktivitäten münden, auch mit dem Ziel die zur Verfügung stehenden Mittel und Ressourcen effizient einzusetzen.

Den Dialog möchte ich im prozesshaften Rahmen von Veranstaltungen, Arbeitsgruppen und Workshops gestalten. Ich würde mich freuen, wenn Sie sich aktiv daran beteiligen und mir Ihre Meinungen und Anregungen mitteilen.

Rosemarie Lück
Erste Kreisbeigeordnete

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
I Allgemeiner Teil	4
1 Von der Armut als individuelles Problem zur Armut als soziale Frage	4
2 Sozialberichterstattung und kommunale Armutsberichterstattung	5
3 Konzeptionelle Grundlagen und Zielsetzungen	6
4 Methodik der Berichterstattung.....	7
5 Datenlage und Datengrundlage.....	7
6 Sozialraum	9
7 Konsens in der Armutforschung	9
8 Sozialstruktur der Armut.....	9
9 Ausgewählte Dimensionen der Lebenslagen.....	10
II Exkurs: Konzepte der Armutforschung	12
1 Basiskonzepte und Definitionen von Armut	12
1.1 Konzept der absoluten Armut	13
1.2 Konzept der extremen Armut.....	13
1.3 Subjektives Armutskonzept	14
1.4 Relative Armutskonzepte.....	14
1.4.1 Ressourcenkonzept.....	15
1.4.2 Politisches Armutskonzept	15
1.5 Konzept der relativen Einkommensarmut	18
1.6 Von der Einkommensarmut zur Mehrdimensionalität von Armut.....	20
1.7 Lebenslagenansatz	20
1.7.1 Begriff der Lebenslage	20
1.7.2 Armut als Unterversorgung in mehreren Lebenslagendimensionen.....	21
1.7.3 Operationalisierung der Lebenslagen	21
1.8 Capabilities-Ansatz.....	22
1.9 Abgrenzungen und Gemeinsamkeiten der Konzepte.....	22
III Gesellschaftliche Rahmenbedingungen	24
1 Allgemeine Strukturen und Entwicklungen	24
1.1 Bevölkerungsstruktur im Landkreis Darmstadt-Dieburg	24
1.2 Bevölkerungsentwicklung im Kreisgebiet.....	25
1.3 Natürliche Bevölkerungsbewegung: Geburten und Sterbefälle	25
1.4 Wanderungsbewegungen.....	26
1.5 Altersaufbau	27
1.5.1 Altersgruppe von 0 bis unter 6 Jahren.....	27
1.5.2 Altersgruppe von 6 bis unter 18 Jahren.....	28
1.5.3 Altersgruppe von 18 bis unter 27 Jahren	29
1.5.4 Altersgruppe von 27 bis 65 Jahren und älter	29
1.5.5 Jugend- und Altenquotient.....	30
1.5.6 Gesamtquotient.....	31
1.6 Ausländische Bevölkerung und Migration	32
1.6.1 Einbürgerungen.....	32
1.6.2 Bevölkerung mit Migrationshintergrund	33
1.6.3 Ausländische Bevölkerung	34
1.7 Regionale Bevölkerungsverteilung	36
1.7.1 Bevölkerung in den Kreiskommunen	36
1.7.2 Entwicklung der Bevölkerung in den Kreiskommunen	37
1.7.3 Ausländische Bevölkerung in den Kreiskommunen	38
1.7.4 Junge Bevölkerung in den Kreiskommunen	38

2	Demografischer Wandel	39
2.1	Zusammengefasste Geburtenziffer.....	39
2.2	Veränderung der Altersstruktur der Mütter.....	40
2.3	Lebenserwartung.....	41
2.4	Durchschnittsalter der Bevölkerung	42
2.5	Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung bis 2050	42
2.5.1	Veränderung der Altersstruktur.....	43
2.5.2	Veränderung des Jugend- und Altenquotient	44
3	Haushalts- und Familienstrukturen	45
3.1	Privathaushalte nach Haushaltsgrößen	45
3.2	Zusammensetzung der Haushalte im Kreisgebiet und den Kommunen.....	47
3.3	Pluralisierung der Lebensformen	49
3.4	Familienverbandsstatistik	51
3.4.1	Familienverbände im Landkreis 2008.....	51
3.4.2	Alleinstehende im Landkreis Darmstadt-Dieburg mit und ohne Kinder	52
3.4.3	Alleinerziehende nach Familienstand im Kreisgebiet.....	52
3.4.4	Kinder in den Familienverbänden des Kreisgebietes	53
3.4.5	Entwicklung der Familienverbände.....	54
3.4.6	Regionale Verteilung der Familienverbände	56
3.5	Eheschließungen und Ehescheidungen.....	58
3.5.1	Eheschließungen	58
3.5.2	Ehescheidungen	59
3.6	Bevölkerung nach überwiegendem Lebensunterhalt	61
3.6.1	Überwiegender Lebensunterhalt 2008.....	62
3.6.2	Entwicklung der Bevölkerung nach überwiegendem Lebensunterhalt	63
3.6.3	Entwicklung der nichterwerbstätigen Bevölkerung nach überwiegendem Lebensunterhalt	64
Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse: Gesellschaftliche Rahmenbedingungen.....		65
IV	Ökonomische Rahmenbedingungen	68
1	Wirtschaftliche Entwicklung und der Arbeitsmarkt.....	68
1.1	Entwicklung des Wirtschaftswachstums	68
1.1.1	Veränderungen zwischen den Wirtschaftsbereichen	69
1.1.2	Verbraucherpreisindex	70
1.1.3	Unternehmensinsolvenzen	71
1.2	Einkommensentwicklung	71
1.2.1	Arbeitnehmerentgelte	71
1.2.2	Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte	72
1.2.3	Bruttolöhne und -gehälter der Arbeitnehmer/-innen.....	73
1.2.4	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	74
1.2.5	Monatliches Nettoeinkommen der Privathaushalte.....	78
1.2.6	Renten	79
1.3	Preisniveauunterschiede	80
1.3.1	Kaufkraft in den Kommunen des Landkreises Darmstadt-Dieburg.....	80
1.3.2	Kaufkraft für den Einzelhandel in den Kreiskommunen	81
1.3.3	Geldvermögen.....	81
1.3.4	Wohn- und Wohneigentumskosten.....	82
1.4	Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt.....	84
1.4.1	Zuwachs an Erwerbstätigen	84
1.4.2	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Erwerbstätige	86
1.4.3	Berufspendler/-innen im Landkreis Darmstadt-Dieburg	87
1.4.4	Erwerbstätige nach Wirtschaftszweigen	90
1.4.5	Entwicklung der Erwerbsquote und Erwerbslosenquote	91

1.4.6	Entwicklung der Arbeitslosenzahlen und der Arbeitslosenquote	93
1.5	Bilanz der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.....	95
1.6	Aktuelle wirtschaftliche Situation und Ausblick.....	96
1.7	Öffentliche Haushalte, Sozialausgaben und Steuereinnahmen.....	99
1.7.1	Haushalt der Kreisverwaltung Darmstadt-Dieburg	99
1.7.2	Sozialausgaben der Kreisverwaltung Darmstadt-Dieburg.....	100
1.7.3	Entwicklung der Aufwendungen von 2006 bis 2009.....	101
1.7.4	Steuereinnahmen der Kreiskommunen	102
1.7.5	Schuldenstand der Kreiskommunen	103
1.7.6	Steuer-Schuldenverhältnis der Kreiskommunen.....	105
Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse: Ökonomische Rahmenbedingungen.....		106
V	Lebensbedingungen und Lebenslagen, Armut und Reichtum	109
1	Einkommen als zentraler Maßstab von Armut	109
1.1	Einkommensverteilung und relative Einkommensarmut.....	110
1.1.1	Verfügbares Einkommen und Armutsgefährdung	111
1.1.2	Risiko der Einkommensarmut.....	111
1.2	Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit.....	112
1.2.1	Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter	112
1.2.2	Einkommensklassen nach den Bruttoeinkünften in Hessen, dem Regierungsbezirk Darmstadt und Darmstadt-Dieburg	113
1.2.3	Einkommensklassen im Kreisgebiet	114
1.2.4	Einkommensklassen in den Kreiskommunen	115
1.3	Einkommensverteilung	116
1.4	Erwerbseinkommen und Armut.....	117
1.4.1	Niedriglohnbereich	117
1.4.2	Risiko der Einkommensarmut im Kreisgebiet	118
1.4.3	Risiko der Einkommensarmut in den Kreiskommunen.....	119
2	Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit, familiäre Unterstützung und Transferleistungen	120
2.1	Einkommen, Einnahmen und Konsumausgaben privater Haushalte in Hessen ..	120
2.2	Haushaltsnettoeinkommen der privaten Haushalte in Hessen	121
2.2.1	Haushaltsnettoeinkommen und private Konsumausgaben nach sozialer Stellung.....	122
2.2.2	Haushaltsnettoeinkommen nach Haushaltstyp	123
2.2.3	Einkommen aus Transferzahlungen	124
3	Einkommen von Familien und Armutsgefährdungsschwelle	126
3.1	Haushaltsnettoeinkommen und Einschätzung des Armutsgefährdungsrisikos in der Regionaleinheit mit dem Landkreis und in Hessen	127
3.1.1	Entwicklung der Haushaltsnettoeinkommen in der Regionaleinheit.....	128
3.2	Privathaushalte nach Nettoeinkommen und Haushaltsgröße in Hessen	129
3.2.1	Mehrpersonen-Haushalte	129
3.2.2	Einpersonen-Haushalte	130
3.3	Haushaltsnettoeinkommen von Familien	131
3.3.1	Haushaltsnettoeinkommen von Familien in Hessen	131
3.3.2	Haushaltsnettoeinkommen von Familien in der Regionaleinheit.....	132
3.4	Haushaltsnettoeinkommen von Alleinerziehenden in Hessen.....	133
4	Armutrisikoquote und Armutsgefährdungslücke	134
4.1	Armutrisikoquoten in Deutschland und den Bundesländern 2007	134
4.2	Armutrisikoquoten in Hessen	136
4.3	Sozialstruktur der Einkommensarmut	136

4.3.1	Armutsrisikoquoten nach Geschlecht	137
4.3.2	Armutsrisikoquoten nach Alter.....	137
4.3.3	Armutsrisikoquoten nach Geschlecht und Alter	138
4.3.4	Armutsrisikoquoten nach Haushaltstyp.....	138
4.3.5	Armutsrisikoquoten nach Erwerbsstatus.....	139
4.3.6	Armutsrisikoquoten nach Qualifikationsniveau	140
4.3.7	Armutsrisikoquoten nach Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund...	140
4.4	Veränderung der Armutsrisikoquoten von Familien	141
4.4.1	Armutsrisikoquoten vor Familienleistungsausgleich und Sozialtransfer	142

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse: Einkommen als zentraler Maßstab von Armut 143

5 Soziale Sicherungsleistungen..... 148

5.1	Änderung der sozialen Leistungssysteme	148
5.2	Soziale Mindestsicherungsleistungen	149
5.2.1	Soziale Mindestsicherungsleistungen in Deutschland – Ein Überblick.....	149
5.2.2	Empfänger/-innen von Mindestsicherungsleistungen nach Bundesländern .	150
5.3	Staatliche Transferleistungen nach SGB II	151
5.3.1	Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II	151
5.3.2	Zusammensetzung und Leistungshöhe von Hartz IV.....	152
5.3.3	Leistungsberechtigte der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II im Landkreis Darmstadt-Dieburg	155
5.3.4	Entwicklung der Leistungsberechtigten nach SGB II im Kreisgebiet	159
5.3.5	Bedarfsgemeinschaften nach SGB II im Kreisgebiet	160
5.3.6	Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 15 Jahren	161
5.3.7	Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften.....	163
5.3.8	Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern.....	164
5.3.9	Leistungsberechtigte nach SGB II in den Kommunen des Landkreises Darmstadt-Dieburg	165
5.3.10	Entwicklung der Leistungsberechtigten nach SGB II in den Kreiskommunen	168
5.3.11	Bedarfsgemeinschaften in den Kreiskommunen.....	171
5.3.12	Bedarfsgemeinschaften mit Kindern in den Kreiskommunen.....	171
5.3.13	Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften in den Kreiskommunen von 2005 bis 2008.....	174
5.3.14	Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern in den Kreiskommunen von 2005 bis 2008.....	175
5.4	System der Existenzsicherung im SGB XII	176
5.4.1	Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII	178
5.4.2	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.....	181
5.4.3	Eingliederungshilfe für Behinderte	191
5.4.4	Hilfe zur Pflege.....	193
5.4.5	Asylbewerberleistungsgesetz	194
5.4.6	Kriegsopferfürsorge.....	199
5.5	Weitere Hilfen der Sozialverwaltung für einkommensschwache Bewohner/ -innen des Kreisgebietes	202
5.5.1	Übernahme der Kinderbetreuungskosten nach § 16 SGB II	202
5.5.2	Kostenübernahme für Kindertagesbetreuung nach §§ 22 bis 24, 90 SGB VIII	202
5.5.3	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz.....	206
5.5.4	Überschuldung privater Haushalte und Schuldnerberatung.....	210

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse: Soziale Sicherungsleistungen..... 217

6	Reichtum	225
6.1	Definition von Reichtum.....	226
6.1.1	Datenerfassung.....	227
6.2	Einkommensreichtum	227
6.2.1	Entstehung von Einkommensreichtum	227
6.2.2	Einkommensreichtum im bundesdeutschen Vergleich.....	228
6.2.3	Einkommensreichtumsgrenzen in Hessen.....	230
6.2.4	Einkommensreichtum im Landkreis Darmstadt-Dieburg - eine erste Annäherung	231
6.2.5	Einkommensreichtum nach soziodemografischen Merkmalen	233
6.2.6	Entwicklung von Einkommenswohlstand und -reichtum	239
6.3	Vermögen.....	241
6.3.1	Geld- und Immobilienvermögen.....	241
6.3.2	Datenerfassung und methodische Probleme	242
6.3.3	Definition von Vermögensreichtum.....	242
6.3.4	Vermögensbestände der privaten Haushalte in Deutschland	243
6.3.5	Vermögensreichtum nach beruflicher Stellung	244
6.3.6	Ursachen für Vermögensreichtum	245
6.3.7	Vermögensverteilung und Entwicklung.....	247
6.3.8	Auswirkungen steuerlicher Belastungen auf die Vermögensbildung.....	250
6.4	Einkommens- und Vermögensreichtum	250
6.4.1	Integrierte Einkommens- und Vermögensverteilung	250
6.4.2	Soziografische Merkmale der integrierten Verteilung.....	251
6.4.3	Reichtum durch Leistung oder Klasse?	252
6.5	Ausblick.....	254
	Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse: Reichtum.....	255
VI	Dimensionen der Lebenslagen	260
1	Erwerbsbeteiligung und Arbeitslosigkeit.....	260
1.1	Erwerbsbeteiligung.....	260
1.1.1	Erwerbstätige nach Alter, Geschlecht und Nationalität	261
1.1.2	Qualifikation der Erwerbstätigen.....	262
1.1.3	Entwicklung der Erwerbstätigen	263
1.1.4	Erwerbstätige im Landkreis Darmstadt-Dieburg nach dem Arbeitsortprinzip.....	269
1.1.5	Entwicklung der Erwerbstätigen und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Landkreis Darmstadt-Dieburg.....	271
1.1.6	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Kreisgebiet nach dem Wohnortprinzip	274
1.1.7	Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort	275
1.2	Erwerbslosigkeit	277
1.2.1	Begriffsdefinition: Arbeitslosigkeit	277
1.2.2	Arbeitslosigkeit im Landkreis Darmstadt-Dieburg und in Hessen.....	279
1.2.3	Soziografische Merkmale von Arbeitslosen	279
1.2.4	Arbeitslose in den Kommunen des Kreisgebietes.....	280
1.2.5	Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Landkreis Darmstadt-Dieburg	282
1.2.6	Entwicklung der Arbeitslosenquoten in Hessen und im Landkreis Darmstadt- Dieburg	284
1.2.7	Arbeitslosigkeit nach dem Rechtskreis SGB II.....	284
1.2.8	Arbeitslosigkeit nach dem Rechtskreis SGB III.....	289
1.2.9	Vergleich der Arbeitslosigkeit nach den Rechtskreisen SGB II und III	293
	Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse: Erwerbsbeteiligung und Erwerbslosigkeit.....	296

2	Schulische Bildung und berufliche Qualifikation	300
2.1	Ausgaben für Bildung	301
2.2	Bildungsstruktur der Bevölkerung und der Erwerbstätigen.....	303
2.2.1	Allgemeinbildende Schulabschlüsse	303
2.2.2.	Entwicklung der Bildungsabschlüsse der Bevölkerung	304
2.3	Niedriger Bildungsstand.....	306
2.3.1	Personen mit einem niedrigen Bildungsstand.....	306
2.3.2	Frühe Schulabgänger/-innen	307
2.4	Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung	308
2.4.1	Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren	308
2.4.2	frühkindliche Bildung von Kindern mit Migrationshintergrund.....	309
2.4.3	Entwicklung der Betreuungssituation in den Kindertageseinrichtungen des Landkreises Darmstadt-Dieburg.....	309
2.5	Schulbildung.....	310
2.5.1	Entwicklung der Schüler/-innenzahlen in Hessen und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg	310
2.5.2	Schulübergänge im Landkreis Darmstadt-Dieburg	312
2.5.3	Schüler/-innen nach den Schulformen.....	313
2.5.4	Bildungschancen im Vergleich	318
2.5.5	Ausbildungsförderung für Schülerinnen und Schüler.....	320
2.6	Schulabschlüsse in Hessen und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg	321
2.6.1	Soziografische Merkmale der Schulentlassenen	322
2.6.2	Entwicklung der Schulabschlüsse nach Schulformen im Landkreis Darmstadt- Dieburg	324
2.7	Berufliche Ausbildung	324
2.7.1	Berufliche Bildungsabschlüsse	325
2.7.2	Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt.....	326
2.7.3	Situation der Auszubildenden im Landkreis Darmstadt-Dieburg	328
2.7.4	Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen.....	330
2.8	Hochschulausbildung	331
2.8.1	Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Akademiker/-innen.....	331
2.8.2	Akademikerlücke und Fachkräftemangel.....	331
2.8.3	Studienberechtigtenquote.....	332
2.8.4	Übergangsquote.....	332
2.8.5	Studierende an den Hochschulen.....	333
2.9	Frühe Selektion verringert die Chancengleichheit.....	337
	Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse: Bildung.....	338
3	Wohnen.....	341
3.1	Struktur des Wohnungsbestandes im Landkreis Darmstadt-Dieburg	342
3.1.1	Bestand an Wohngebäuden	342
3.1.2	Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden.....	343
3.2	Entwicklung der Mieten im Landkreis Darmstadt-Dieburg.....	344
3.3	Sozialer Wohnungsbau.....	346
3.3.1	Entwicklung des Sozialwohnungsbedarfs im Landkreis Darmstadt-Dieburg	346
3.3.2	Sozialer Wohnungsbau im Landkreis Darmstadt-Dieburg.....	349
3.4	Wohngeld	353
3.4.1	Wohngeld in Hessen und den südhessischen Landkreisen	354
3.4.2	Wohngeld im Landkreis Darmstadt-Dieburg	356
3.5	Wohnungslose.....	359
3.5.1	Ein Blitzlicht auf die Situation im Landkreis Darmstadt-Dieburg.....	360
	Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse: Wohnen.....	362

4	Gesundheit	363
4.1	Gesundheitliche Lage	363
4.1.1	Lebenserwartung und Mortalität	364
4.1.2	Morbidität	364
4.1.3	Gesundheitliche Beeinträchtigungen	365
4.1.5	Subjektive Gesundheit	368
4.2	Ressourcen der Gesundheitsversorgung.....	370
4.2.1	Krankenversicherung	370
4.2.2	Medizinische Versorgung im Landkreis Darmstadt-Dieburg	371
4.3	Macht Krankheit arm oder macht Armut krank?.....	374
4.3.1	Erklärungsansätze zu Gesundheit und sozialer Ungleichheit	375
4.4	Gesundheitsverhalten und Bildung	377
4.4.1	Rauchen.....	377
4.4.2	Sportliche Betätigung	379
4.4.3	Übergewicht	379
4.5	Inanspruchnahme von präventiven Maßnahmen und Bildung.....	380
4.5.1	Gesundheits-Check.....	380
4.5.2	Teilnahme an Krebsfrüherkennungsuntersuchungen	381
4.6	Gesundheit und Erwerbsstatus.....	382
4.6.1	Rauchen und berufliche Stellung	382
4.6.2	Erkrankungen am Arbeitsplatz	383
4.7	Gesundheitsversorgung und Einkommen	384
4.7.1	Gesundheitsverhalten und Einkommen	385
4.7.2	Gesundheitliche Beeinträchtigungen und Einkommen.....	387
4.8	Gesundheitliche Situation von Erwerbslosen	388
4.8.1	Selbsteinschätzung des Gesundheitszustandes.....	388
4.8.2	Krankheiten und Beschwerden.....	390
4.8.3	Gesundheitsverhalten von Arbeitslosen	391
4.9	Gesundheit und soziale Lage von Kindern und Jugendlichen	393
4.9.1	Kindervorsorgeuntersuchungen.....	394
4.9.2	Einschulungsuntersuchungen	395
4.9.3	Schuleingangsuntersuchung im Landkreis Darmstadt-Dieburg	396
4.9.4	Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung 2008 bezogen auf die Kreiskommunen	402
4.9.5	Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Schulalter in Hessen	408
4.9.6	Gesundheitsverhalten von Kindern und Jugendlichen	408
4.9.7	Selbsteinschätzung der Gesundheit	413
	Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse: Gesundheitliche Lage	416
	Resümee	425
	Abkürzungsverzeichnis	i
	Literaturverzeichnis	iii
	Bildnachweise	xii

Einleitung

Armut wieder stärker im Fokus der Öffentlichkeit

In den letzten Jahren ist die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums wieder stärker in das Blickfeld des öffentlichen Interesses gerückt. Bereits im Jahr 2000 hat der Europäische Rat in Lissabon proklamiert, „dass das Ausmaß an Armut und sozialer Ausgrenzung nicht hingenommen werden kann“. Die Mitgliedsstaaten und die Europäische Kommission wurden aufgefordert, „bis zum Jahre 2010 die Beseitigung der Armut entscheidend voranzubringen. Daraufhin wurde in der „Sozialpolitischen Agenda 2005 bis 2010“ das Jahr 2010 als „Europäisches Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ festgelegt. Das Europäische Jahr soll die politische Verpflichtung zur Armutsbekämpfung unterstreichen und die Öffentlichkeit für dieses Thema sensibilisieren (vgl. VSOP 2008).

Auch wenn die Diskussionen um das Ausmaß von Reichtum und Armut und der Bekämpfung sozialer Ausgrenzung EU-weit, speziell im Rahmen Nationaler Aktionspläne geführt wird, treffen die Auswirkungen von Armut insbesondere Kommunen. Im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge sind die finanziellen Auswirkungen solcher Entwicklungen in ihren Haushalten unmittelbar zu spüren.

Der Kreistag des Landkreises Darmstadt-Dieburg hat daher die Verwaltung mit der Erstellung eines „Bericht zur sozialen Lage“ beauftragt. Der hier vorliegende Basisbericht beschäftigt sich mit den Lebensbedingungen der Menschen im Landkreis Darmstadt-Dieburg. Dabei werden die Teilhabe- und Verwirklichungschancen der Kreisbewohner/-innen mit Blick auf Aspekte von Armut und Reichtum beschrieben.

Die Sozialberichterstattung des Kreises, bisher basierend auf dem „Sozialstrukturatlas“, der Broschüre „Junge Bevölkerung im Kreisgebiet“ und den Berichten der einzelnen Fachabteilungen wird grundlegend um den „Bericht zur sozialen Lage“ erweitert. Damit soll es möglich sein sozialpolitische Ziele zu benennen und Handlungsnotwendigkeiten für eine vorausschauende Sozialpolitik für den Landkreis Darmstadt-Dieburg aufzuzeigen.

Soziale Lage und Zielgruppen im Blick

Der Kreistag beauftragte die Verwaltung des Landkreises einen „Bericht zur sozialen Lage“ entsprechend der Armuts- und Reichtumsberichterstattung des Bundes umzusetzen. Als Bestandteil des Auftrags wurden Ziele und Zielgruppen konkretisiert und soziale Problemlagen identifiziert.

Ganz besonders sollen „Kinder und Jugendliche, Frauen, alte Menschen, Menschen mit Migrationshintergrund sowie Menschen mit Behinderungen“ in den Blick genommen werden.

Der Bericht soll dazu dienen, detaillierte Informationen über die soziale Wirklichkeit im Landkreis Darmstadt-Dieburg und damit über die soziale Lage der Kreisbevölkerung zusammen zu stellen.

Damit verbunden ist der ausdrückliche Wunsch, Armutsfragen auf allen Ebenen und über verschiedene Ressortgrenzen hinweg verantwortlich zu bearbeiten, um einen Dialog über Fragen der sozialen Integration zwischen verschiedenen Akteuren von der Politik bis zu den benannten Zielgruppen in Gang zu setzen. Dabei wird dem Umstand Rechnung getragen, dass Betroffenenorganisationen und Freie Träger häufig andere Sichtweisen und Zugänge haben als öffentliche Träger oder politische Entscheidungsträger.

Berichterstattung in diesem Sinne ist auch als Kommunikations- und Veränderungsprozess zu sehen. Bei der gemeinsamen Bearbeitung der unterschiedlichen Themenfelder geht es darum, den Hilfebedarf zu identifizieren, den Problemdruck zu veranschaulichen und Empfehlungen für die Entwicklung von geeigneten politischen Instrumenten und sozialen

Unterstützungssystemen zu geben, die zukünftig zur Vermeidung und Verringerung von Armut beitragen können.

Soweit die politischen Vorgaben des Beschlusses. Armut ist allerdings ein Thema mit vielen Facetten. Dabei geht es nicht vorrangig um absolute und extreme Armut, sondern insbesondere um relative Armut, die nur im Zusammenhang mit Reichtum darzustellen ist.

Um der Komplexität der Themenstellung gerecht zu werden, ist es sinnvoll, die aufgeführten Vorgaben in thematischen Teilberichten zu bearbeiten. Der hier vorgelegte erste allgemeine Bericht zur sozialen Lage im Kreisgebiet wird als Basisbericht vorangestellt. Er baut auf der bestehenden Sozialberichterstattung des Landkreises auf und ergänzt diese um wichtige Aspekte. Er besteht aus einem allgemeinen Teil, der die vordringlichen Problemlagen identifiziert und auf grundlegende Fragen zum Thema Armut und Reichtum eingeht. Dabei werden die in der Sozialberichterstattung analysierten Unterversorgungslagen in den Bereichen Einkommen, Erwerbsarbeit, Bildung, Wohnen und Gesundheit dargestellt.

Der Bericht zur sozialen Lage ist ein wichtiger Baustein der kommunalen Sozialberichterstattung. Diese unterstützt das kommunale soziale Handeln in drei zentralen Funktionen.

- **Informationsfunktion:** Sozialberichterstattung ist Informationsgrundlage für Politik, Verwaltung, Fachöffentlichkeit, kommunale Akteure und Bürger/-innen. Sie ermöglicht Orientierung und dient der Herstellung von Transparenz.
- **Planungsfunktion:** Durch das Erkennen von Problemen und Handlungsbedarfen können Prioritäten gesetzt werden und Möglichkeiten einer rechtzeitigen, bedarfsgerechten (Gegen-) Steuerung eingeleitet werden.
- **Evaluationsfunktion:** Sozialberichterstattung in Form eines Monitorings zur Überprüfung von Wirkungen sozialpolitischen Handelns.

Ein Basisbericht und verschiedene Fachberichte

Im Rahmen der Jugendhilfeplanung wurde ein Konzeptvorschlag erarbeitet, der vorsieht, das vielschichtige Thema aufzugliedern in einen Basisbericht und verschiedene Teilberichte, welche die sozialen Problemlagen bezogen auf die jeweiligen Zielgruppen in den Blick nehmen.

Der hier vorliegende Basisbericht zur sozialen Lage dient dem Einstieg in das Thema und nimmt die Teilhabe- und Verwirklichungschancen der Menschen in allen Lebensbereichen in den Fokus. Zentrale Aspekte sind hierbei die Zugangschancen zu Erwerbsarbeit, Bildung und Ausbildung, Wohnen und Gesundheit.

Um die sozialen Problemlagen, ihre Ursachen und das Ausmaß innerhalb der jeweiligen Zielgruppen vor Ort zu beschreiben sind sozialpolitische Planungsprozesse notwendig.

Ein Zusammentragen und Aufbereiten von Informationen und Daten als Entscheidungsgrundlagen für sozialpolitisches Handeln ist notwendig und die Ermittlung des Ist-Standes der vorhandenen Hilfeangebote für die entsprechenden Personenkreise. Im Ergebnis sollen Handlungsempfehlungen, Maßnahmen und Präventionsangebote für Zielgruppen entworfen und umgesetzt werden, die zur Verbesserung der Effizienz und Effektivität der sozialen Arbeit hinsichtlich der Dimensionen von Armut führen.

In diese Prozesse sollen nicht nur die jeweiligen Fachkräfte der Verwaltung eingebunden werden, sondern auch die Erkenntnisinteressen der Kommunen, der Wohlfahrtsverbände und der freien und privaten Träger aufgegriffen werden.

Inhaltliche Schwerpunkte und Aufbau des Basisberichts

Der hier vorliegende Basisbericht setzt fünf inhaltliche Schwerpunkte. Zunächst werden in einem allgemeinen Teil Zugänge zum Thema, konzeptionelle Grundlagen und die Methodik der Berichterstattung vorgestellt.

In Form eines Exkurses stellt der zweite Teil die Basiskonzepte und Definitionen von Armut vor und benennt die Dimensionen der Lebenslagen, die in den später folgenden Fachberichten Berücksichtigung finden sollen.

Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen werden im dritten Teil erläutert, während im Zentrum des vierten Teils Armut und Reichtum im Landkreis Darmstadt-Dieburg stehen.

Im fünften Teil werden die verschiedenen Dimensionen der Lebenslagen und ihre Auswirkungen vorgestellt.

Die Umsetzung: eine Gemeinschaftsaufgabe

Der Landkreis schafft mit diesem Bericht zur sozialen Lage im Landkreis Darmstadt-Dieburg die Basis für eine zu führende Diskussion über die soziale Lage. Entscheidend für die Umsetzung gewonnener Erkenntnisse aus diesem Bericht, wird indes die Frage sein, wie es gelingt handelnde Akteure in den Kommunen vor Ort besser miteinander zu vernetzen. Es sind vor Ort, zum Beispiel in sozialräumlich abgrenzbaren kommunalen Brennpunkten konkrete Schritte einzuleiten, um erkannte Defizite abzubauen oder Verbesserungen beispielsweise der sozialen Infrastruktur zu erreichen. Es ist auch zu überlegen wie neue, besseren Erfolg versprechende Wege gegangen werden können.

Diese Aufgabe sollte als Herausforderung aller handelnden Akteure in Kommunen, also der kommunalen Politik, den Vereinen vor Ort, den Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Handwerkskammern angenommen werden. Es gilt, sich stärker zu vernetzen und Ressourcen zu bündeln. Sie sollte auch Ansporn dafür sein, genauer hinzuschauen, künftig effektiver und auch effizienter zu handeln.

Die Fachkräfte des Kreises werden solche Prozesse aktiv unterstützen. Die Heterogenität unserer Städte und Gemeinden spricht allerdings deutlich gegen einen übergreifenden Handlungsansatz. Prozesse und Projekte müssen primär kleinräumlich und vor Ort initiiert werden. Es gilt zudem auch den in der Verfassung geregelten Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung zu beachten. Die Bestimmungen der §§ 2 und 19 der Hessischen Gemeindeordnung konkretisieren diese generelle Vorgabe mit einer ausschließlichen und eigenverantwortlichen Aufgabenzuweisung, auch und gerade im sozialen Bereich an die hessischen Städte und Gemeinden.

Sehr wohl stellt dieser Bericht aber auch für die Kommunen eine solide Basis für ihr weiteres soziales Engagement und Handeln dar.

I Allgemeiner Teil

Bis Mitte der 1960er Jahre galt die Bundesrepublik Deutschland als Inbegriff der Wohlstandsgesellschaft, in der wirtschaftliche und soziale Probleme wie Arbeitslosigkeit, gesellschaftliche Desintegration, Armut und eingeschränkte Konsummöglichkeiten lediglich als Randgruppenphänomene in Erscheinung traten. Armut und existentielle Notlagen wie Wohnungslosigkeit und Hunger, die zeitweise noch im 19. Jahrhundert das Leben breiter Bevölkerungsschichten und damit auch die öffentlichen Bilder der Armut prägten, schienen ebenso dauerhaft zurückgedrängt wie die wirtschaftliche Not nach dem Krieg. Auch in der Wissenschaft nahm das Thema eine sehr randständige Position ein.

1 Von der Armut als individuelles Problem zur Armut als soziale Frage

Zunehmende Armutsphänomene, die eine fortschreitende Ungleichheit bei der Verteilung von Lebenschancen in der Gesellschaft anzeigten, wurden über viele Jahre aus der politischen Öffentlichkeit verdrängt. Auf die „Latenzperiode der Armut“ (Leisering 1993), in der Armut vor allem als individuelles Lebensschicksal verstanden wurde, folgte in den 1970er Jahren eine Phase, in der „Armut als neue soziale Frage“ (Geißler 1976) von den Sozialwissenschaften wiederentdeckt wurde.

Vertreter der „Kritischen Theorie“ wie z.B. Marcuse nahmen im Rahmen der Studentenbewegung vor allem gesellschaftliche Randgruppen, die so genannten Unterprivilegierten, in den Blick. Das Konzept der Subkulturen (Schwendtner 1973) wird zur Beschreibung und Erklärung von abweichendem oder delinquenten Verhalten herangezogen und beschäftigt sich vor allem mit straffälligen Jugendlichen, ethnischen Minderheiten, Aussiedlern und Obdachlosen.

Mit der Zunahme von „sozialen Gefährdungslagen“ in der modernen Industriegesellschaft, vor allem der hohen Arbeitslosigkeit seit Beginn der 1980er Jahre, aber auch der Auflösung von Ehe und Familie als feste Grundlage privaten Lebens, die der Soziologe Ulrich Beck (1986) als „Risikogesellschaft“ charakterisiert, fand die Armutsproblematik wieder stärkere Beachtung. Durch die sozialen, ökologischen, individuellen und politischen Risiken in der Gesellschaft „... kommt es zu einem „Wechsel von der Logik der Reichtumsverteilung [...] zur Logik der Risikoverteilung“ (ebda:25). Charakteristisch dabei ist, dass die entsprechenden Risiken meist nicht mehr nach Klassengrenzen verteilt sind, sondern tendenziell jeden betreffen können. Etwa zur gleichen Zeit spitzte Peter Glotz (1985) die politische Debatte zu, indem er mit dem Begriff „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ die Krise der Erwerbsgesellschaft charakterisierte. Damit sollte verdeutlicht werden, dass auf Dauer ein ansteigender Anteil der Bevölkerung vom gesellschaftlichen Wohlstand abgekoppelt wird.

Armut im Wohlstand

In den 1990er Jahren wurde „Armut im Wohlstand“ (Döring u.a.) relativ breit thematisiert. Dabei spielten im Zuge der Wiedervereinigung regionale Unterschiede eine zentrale Rolle und die Armut von bestimmten Gruppen wurde hervorgehoben. Studien, wie die 1994 vom Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband zum Thema „Armut in Deutschland“ veröffentlicht, dokumentierten die Zunahme von ungleichen Verteilungschancen im Hinblick auf Einkommen, Vermögen und Chancengleichheit und machten gleichzeitig auf sozialpolitische Versäumnisse aufmerksam. Neben den Langzeitarbeitslosen prägten Alleinerziehende, kinderreiche Familien, Ausländer/-innen und chronisch Kranke nun die Bilder von Armut in den Medien.

Die Thematisierung von Armut auf der politischen Agenda wurde nun ebenso wie Maßnahmen zur Armutsbekämpfung in der politischen Öffentlichkeit diskutiert. So rückte ab Mitte der 1990er Jahre auch die Lebenssituation der Bevölkerung wieder stärker in den Blick der Sozialpolitik. Auf der Ebene der Länder und der Kommunen hat sich parallel dazu eine amtliche Sozialberichterstattung entwickelt und vielfältig ausdifferenziert.

2 Sozialberichterstattung und kommunale Armutsberichterstattung

Sozialberichterstattung als Grundlage für die Sozialplanung weist in Deutschland eine langjährige Tradition auf. Bis in die 1970er Jahre wurden ausschließlich objektive Sozialindikatoren wie z.B. Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Einkommen und Bildung verwendet. Anhand dieser Indikatoren wurden Klassen und Schichten gebildet, die die soziale Struktur abbilden sollten.

In den 1970er Jahren, mit der aufkommenden Markt- und Meinungsforschung, erfuhren die objektiven Indikatoren eine fachliche und methodische Erweiterung durch subjektive Faktoren (z.B. den Grad der Zufriedenheit der Bevölkerung mit ihren Lebensumständen).

Sozialberichterstattung der Großstädte

In den 1980er Jahren entwickelte sich das Konzept der Sozialberichterstattung vom Klassen- und Schichtmodell weiter zum Lebenslagenkonzept, bei dem die subjektiven Lebensbedingungen verstärkt im Mittelpunkt standen.

Die Existenz von Armut, Unterversorgung und sozialer Ausgrenzung in einem Wohlfahrtsstaat wie der Bundesrepublik stellte vor allem für die Kommunen eine Herausforderung dar. Ende der 1980er Jahre erschienen daher die ersten Armutsberichterstattungen als Teilbereich der Sozialberichterstattung in den Großstädten, z.B. in Hamburg und Berlin. Die Entwicklung der Lebenslage der Bevölkerung „vor Ort“ und die kommunale Armutsberichterstattung bildete die Grundlage der örtlichen Sozialplanung wie auch der Organisation und Veränderung der örtlichen Hilfesysteme (vgl. Mardorf 2006:29).

Sozialberichte der Bundesländer

Ab Mitte der 1990er Jahre fand die Berichterstattung zum Thema Armut überwiegend in Form von Sozialberichten durch die Bundesländer (z.B. Nordrhein-Westfalen und Bayern) statt. Da die Ländersozialberichte erhebliche inhaltliche und methodische Unterschiede aufwiesen und zum Teil auf unterschiedliche Datenquellen und Indikatoren zurückgriffen, waren die Ergebnisse nur sehr eingeschränkt vergleichbar.

So forderten die Wohlfahrtsverbände und der Gewerkschaftsbund viele Jahre eine bundesweite Bestandsaufnahme der Armuts- und Reichtumsentwicklung, welche die materielle Armut und die Unterversorgungslagen in anderen Lebensbereichen wie z.B. Gesundheit analysiert und auch die Strukturen der Verteilung von Reichtum aufzeigt.

Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung

Insgesamt hat die Bundesregierung bisher drei Armuts- und Reichtumsberichte vorgelegt. Die Veröffentlichung des ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung „Lebenslagen in Deutschland“ im Jahr 2001 (auf der Datenbasis von 1973 bis 1998) ebnete dann den Weg für eine sachliche Bestandsaufnahme der sozialen Wirklichkeit und trug damit zur Enttabuisierung von Armut bei. Dabei wurde die Berichterstattung als Querschnittsaufgabe verstanden, die eine systematische Verzahnung der verschiedenen Politikbereiche eröffnet (vgl.:10). Der Bericht analysiert materielle Armut, aber auch Unterversorgungslagen in anderen Lebensbereichen und stellt einen ersten wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer kontinuierlichen gesamtdeutschen Berichterstattung dar.

Die Ergebnisse des 2. und 3. Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung in den Jahren 2005 und 2008 haben die Debatte um Armut und Kinderarmut weiter ins gesellschaftliche Bewusstsein gerückt. Seither befassen sich die Sozialberichte der Kirchen und Wohlfahrtsverbände wieder intensiver mit dem Thema Armut, vor allem mit der Lage von Kindern in Deutschland. Auch neuere Studien, wie z.B. die der Prognos AG (Deutschland) oder von UNICEF (Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen) machen darauf aufmerksam, dass die Zu-

kunfts-fähigkeit unserer Gesellschaft auch davon abhängig sein wird, ob es gelingt, die Lebens-, Lern- und Entwicklungschancen von benachteiligten Kindern zu verbessern.

Die bundesweite Bestandsaufnahme kommt zu dem Ergebnis, dass soziale Ausgrenzung in Deutschland in fast allen Lebensbereichen zu und die Verteilungsgerechtigkeit abgenommen hat. Als zentrale Ursachen für die Armutsrisiken werden die Erwerbssituation, die Bildungschancen und die Familiensituation ermittelt. Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse wird deutlich, wie unerlässlich es für eine Verbesserung der örtlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen ist, bis auf die Ebene der Städte und Gemeinden zu konkreten Aussagen zur sozialräumlichen Verteilung von Armut zu gelangen.

Sozialberichterstattung der Landkreise

Auf der Ebene der Landkreise genießt die Sozial- und Armutsberichterstattung bisher keine hohe Priorität. Hier liegen bis heute nur wenige Sozialberichte vor, die sich mit Armut und sozialer Ausgrenzung oder schwerpunktmäßig mit Bevölkerungsgruppen wie kinderreichen Familien, Arbeitslosen oder alten Menschen beschäftigen.

Der Landkreis Darmstadt-Dieburg stellt hier eine Ausnahme dar. Er kann für sich in Anspruch nehmen, dass bereits im Jahr 1999 ein erster Sozialstrukturatlas für den Landkreis erstellt wurde, der sich in einem Exkurs ausführlich mit dem Thema Armut und den Armutslebenslagen der Bevölkerung unter den Aspekten Arbeitslosigkeit, Sozialhilfebezug und den Risiken am Wohnungsmarkt beschäftigt. Auch im Sozialstrukturatlas zur Situation der jungen Bevölkerung im Landkreis Darmstadt-Dieburg von 2003/2004 und in der Fortschreibung 2006/2007 werden Indikatoren für Einkommensarmut in den Familien benannt und dargestellt.

Als Ergebnis kann festgehalten werden, dass es bundesweit eine Vielzahl von Sozialberichten sowie Armuts- und Reichtumsberichten gibt, die jedoch aufgrund ihrer unterschiedlichen Zielsetzungen und Datengrundlagen nicht miteinander vergleichbar sind. Es gibt allerdings nur noch sehr wenige Bundesländer, darunter Hessen, die bis heute über keine Landessozialberichterstattung verfügen.

3 Konzeptionelle Grundlagen und Zielsetzungen

Die Teilhabe- und Verwirklichungschancen der Bevölkerung im Kreisgebiet zu verbessern ist eine zentrale Aufgabe der kommunalen Ebene. Sozialer Ungleichheit und Armut liegen allerdings vielschichtige Problemlagen (z.B. die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt) zugrunde, die die kommunale Ebene nicht alleine bewältigen kann. Um den Entwicklungen von Armutstendenzen aktiv begegnen zu können, ist eine fundierte Kenntnis der Ursachen erforderlich. Nur auf der Grundlage von zuverlässigen Informationen und gesicherten empirischen Daten ist es möglich, vorausschauend zu planen, Gegenstrategien zu entwickeln und entsprechend den Erfordernissen die Aktivitäten z.B. auch mit der Liga der freien Wohlfahrtsverbände und dem Land abzustimmen.

Der Erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung benennt drei zentrale Aufgaben der Berichterstattung (2001:26f). Sie dient

- der Analyse von materieller Armut und Unterversorgung in verschiedenen Lebenslagendimensionen sowie dem Aufzeigen von Strukturen der Reichtumsverteilung.
- der Entwicklung geeigneter politischer Instrumente zur Vermeidung und Beseitigung von Armut und zur Stärkung der Eigenverantwortlichkeit.
- der Verminderung von Polarisierungen zwischen Arm und Reich.

Darüber hinaus dokumentiert eine kontinuierliche Berichterstattung die Wirkungsweise und Effektivität der eingesetzten Instrumente.

Basierend auf dem Leitgedanken der Armuts- und Reichtumsberichterstattung, dass eine detaillierte Analyse der sozialen Lage die notwendige Basis für die Politik darstellt, wurde im Kreistag des Landkreises Darmstadt-Dieburg der bereits benannte Beschluss zur Erstellung eines Sozialbericht gefasst.

Beständigkeit und Vergleichbarkeit

Zielsetzung der kommunalen Sozialberichterstattung ist eine Beschreibung der Sozialstruktur sowie die Kenntnis detaillierter Informationen über die soziale Wirklichkeit der Bevölkerung. Damit keine Datenfriedhöfe produziert werden, ist Kontinuität in der Sozialberichterstattung eine wesentliche Voraussetzung, um Veränderungen und sozialen Wandel darzustellen und zu reflektieren. Aus diesem Grund wurde bei der Konzeption dieses Berichtes darauf geachtet, die Beständigkeit und Vergleichbarkeit zentraler Indikatoren, soweit als möglich, zu gewährleisten.

Eine kontinuierliche Berichterstattung entlang eines Sets von Kernindikatoren ist auch zukünftig beabsichtigt. Damit ist der hier vorliegende Bericht zur sozialen Lage Bestandteil der Sozialplanung.

Das Ausmaß der Armut ist ein wichtiger Indikator zur Beschreibung der sozialen Lage der Bevölkerung in einem Land. Allerdings ist es bis heute weder der Wissenschaft noch der Politik gelungen, sich auf einen allgemein akzeptierten Armutsbegriff zu einigen. Stattdessen gibt es eine Vielfalt von Ansätzen zur Begriffserklärung und Messung der Armut (vgl. Heide 2004, S. 22f), die im nachfolgenden Exkurs ausführlich vorgestellt werden.

4 Methodik der Berichterstattung

Wie in Kapitel 1.1 ausgeführt, gibt es bisher keine verbindlichen Standards für die Erstellung einer Armutsberichterstattung weder für Länder und Städte noch für Landkreise. Eine Orientierung an der aktuellen Sozialberichterstattung der Bundesregierung kann aufgrund des fehlenden Datenmaterials ebenso wenig erfolgen, wie eine Anlehnung an die Armutsberichterstattung der Städte, die eine sozialräumliche Betrachtung auf der Ebene der Stadtteile oder Quartiere vornimmt.

Die hier vorliegende Sozialberichterstattung orientiert sich daher an den Sozialberichten der Länder NRW (2007) und Bayern (2009). Der Sozialraumbezug im Kreisgebiet wird durch die gegebene Datenlage bestimmt. Die kleinstmögliche Einheit für vergleichbare Daten im Landkreis Darmstadt-Dieburg sind die Städte und Gemeinden.

Der Sozialbericht richtet sich bei der Auswahl der Indikatoren - sofern dies die vorhandene Datenlage ermöglicht - an den wissenschaftlichen Erkenntnissen der Armutsforschung und der Sozialberichterstattung aus.

5 Datenlage und Datengrundlage

Um die unterschiedlichen Facetten zur sozialen Lage im Landkreis Darmstadt-Dieburg darstellen zu können, ist ein Rückgriff auf eine Vielzahl von Statistiken aus amtlichen, kommunalen und fachlichen Quellen erforderlich. Bei dem vorliegenden Datenmaterial handelt es sich um Sekundärstatistiken, d.h. die Aufbereitung von Daten aus verschiedenen Quellen, z.B. Statistiken des Hessischen Statistischen Landesamtes, der Einwohnermeldeämter und der eigenen Verwaltung.

Alle vorhandenen Daten zur sozialen Lage der Bevölkerung, die in den Abteilungen der Verwaltung erhoben werden, fanden Verwendung, wie z.B. Angaben über SGB II-Empfänger/-innen, Grundsicherung, Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen etc. Viele Daten mussten hinsichtlich ihrer Aussagefähigkeit auf die Aufgabenstellung umfangreich aufgearbeitet werden.

Darüber hinaus basiert ein großer Teil der verwendeten Daten auf unterschiedlichen Grundgesamtheiten (wie z.B. SGB II - Bezug, Inanspruchnahme der Schuldnerberatung und Wohngeldbezieher/-innen) und sind daher nicht miteinander kompatibel. Mehrfachbetroffenheiten oder die Wirkungsverstärkung von Problemlagen können so nicht dargestellt werden.

Die verwendeten Daten zur Einkommens- und Vermögensverteilung, Armut und Reichtum und den Lebenslagendimensionen basieren vor allem auf vier Datenbasen

- dem Mikrozensus (MZ),
- der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS),
- der europaweiten Statistics on Income and Living Conditions (EU-SILC) und
- dem Sozioökonomischen Panel (SOEP).

Der Mikrozensus (die „kleine Volkszählung“) ist die größte Haushaltsbefragung der amtlichen Statistik. Jährlich wird rund 1% aller Personen in Privathaushalten befragt. Der Mikrozensus liefert statistische Informationen nach regionaler Gliederung über die Bevölkerungsstruktur, die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung, insbesondere über Erwerbstätigkeit, Einkommen und Wohnverhältnisse. Im Hinblick auf die Ermittlung des Haushaltsnettoeinkommens der Privathaushalte hinsichtlich der Analyse von Einkommensarmut spielt der Mikrozensus vor allem auf Länderebene eine zentrale Rolle.

Aufgrund der Stichprobengröße liegen Daten des Mikrozensus auf der Ebene des Landkreises nicht vor. Annäherungswerte und Analysen mit fachlicher Gliederung sind auf der kleinsten Ebene in so genannten Regionaleinheiten zusammengefasst. Der Landkreis Darmstadt-Dieburg bildet zusammen mit dem Landkreis Bergstrasse und dem Odenwaldkreis eine Regionaleinheit. Auch hier trifft zu, dass die Daten erst mit zeitlicher Verzögerung zur Verfügung gestellt werden können und bei Sondererhebungen wie z.B. zum Thema „Wohnen“ Daten nur aus einem Jahr, hier von 2006, vorliegen. Diese kurzen Ausführungen sollen verdeutlichen, dass die dargestellten Ergebnisse häufig auf unterschiedlichen Datengrundlagen und deren unterschiedlichen Zeitbezügen basieren.

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) wird nur alle 5 Jahre fortgeschrieben. Da sich die Erhebungsstruktur von 1993 bis 1998 verändert hat, werden nur die Ergebnisse der EVS bezogen auf die Erhebungsjahre 1998 und 2003 verwendet. Diese aktuellste Stichprobe wurde 2008 wieder durchgeführt. Mit den Ergebnissen ist allerdings erst 2010 zu rechnen.

Die EU-SILC, eine neue, eigens zum Thema Armut entwickelte europaweite durchgeführte Befragung existiert seit 2004. Diese Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen „Leben in Europa“ ist die Datengrundlage mit der die Entwicklung des Risikos der Einkommensarmut in Deutschland und anderen Mitgliedsstaaten der EU vergleichbar gemessen und bewertet wird.

Auch das Sozioökonomische Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) wird seit 1984 jährlich erhoben. Es liefert u.a. Informationen zur Einkommenssituation in Deutschland und ermöglicht kontinuierliche Zeitreihenvergleiche. Diese Daten sind international nicht vergleichbar.

Die Ergebnisse zwischen den vier verschiedenen Datengrundlagen sind nur begrenzt miteinander oder untereinander vergleichbar. Die Gründe liegen vor allem in den unterschiedlichen Erhebungsmethoden, den Definitionen und Abgrenzungen. Die EVS weist keine Nettoeinkommen oberhalb bestimmter Gruppen aus (über 18.000 Euro pro Monat) und Menschen mit Migrationshintergrund sind in der Stichprobe unterrepräsentiert. Der Mikrozensus weist auch Einkommensklassen über 18.000 Euro im Monat aus, er bildet aber Ein-

kommensklassen, die in Form einer Selbsteinstufung der Erhebungsteilnehmer/-innen abgefragt werden. Das SOEP erfasst zwar alle Einkommen und bildet die Situation der Migrantinnen adäquat ab, weist aber für das Bundesland Hessen nur begrenzte Fallzahlen auf und ist daher nicht repräsentativ (vgl. Schmid 2008:4f).

Eingedenk dieser Beschränkungen und der Aussagefähigkeit der jeweiligen Datenbasis sind Aussagen zu Armut und Reichtum in diesem Bericht nur für Hessen insgesamt zu treffen. Alle Aussagen hierzu, den Landkreis Darmstadt-Dieburg betreffend, sind Annäherungswerte, da sie einer repräsentativen Datenbasis entbehren.

Dem Anspruch, weitestgehend auf aktuelle Daten zurückzugreifen, konnte auf Grund der gewünschten Vergleichbarkeit mit offiziellem statistischen Datenmaterial nicht immer nachgekommen werden. Das Datenmaterial des Hessischen Statistischen Landesamtes und des Statistischen Bundesamtes lag aufbereitet, bei der Erstellung des Berichtes meist nur für die Jahre 2006 und 2007 vor. Daher wurde aus Gründen der Vergleichbarkeit häufig auf Daten aus den Vorjahren zurückgegriffen.

6 Sozialraum

Dem Sachgebiet Jugendhilfeplanung lagen Daten für den Landkreis Darmstadt-Dieburg nur auf der Ebene des Gesamtkreises und der 23 Kreiskommunen vor. Die Kommune ist damit die kleinste Einheit für die Beschreibung der sozialräumlichen Struktur von Problem- und Bedarfslagen.

Dabei ist zu bedenken, dass ein Vergleich, unabhängig von den Gebietseinheiten immer Gefahr läuft, die innere Strukturierung dieser Einheiten zu vernachlässigen. Dies gilt auch in sozialer und regionaler Hinsicht.

Zwei Kommunen können gleiche Werte aufweisen, obwohl die Verteilung in den Kommunen sehr verschieden sein kann. Werte wie der Anteil der Ausländer/-innen, die Arbeitslosenquote etc. verraten nicht unbedingt, ob in einer Kommune Konzentrationen in Form von „Problemgebieten“ entstanden sind oder sie eher gemischte Strukturen aufzeigen. Dies darzustellen würde eine kleinräumige Sozialberichterstattung auf der Ebene der Kommunen, bezogen auf Stadt- bzw. Ortsteile voraussetzen.

7 Konsens in der Armutsforschung

Trotz aller Differenzen, die es innerhalb der Armutsforschung (siehe Exkurs) gibt, besteht in folgenden Aussagen weitgehend Konsens:

- Armut als soziales Problem ist keine universelle, zeit- und raumunabhängige Größe, sondern im Kontext der gesellschaftlichen Entwicklungen zu sehen.
- Armut ist kein individuell bedingtes, sondern ein gesellschaftlich bedingtes Problem.
- Armut ist umfassend zu verstehen und erschöpft sich daher nicht in den fiskalisch zur Verfügung stehenden Ressourcen, sondern betrifft auch andere Dimensionen.

8 Sozialstruktur der Armut

Wie alle vorliegenden Studien (z.B. Hans-Böckler-Stiftung und DPWV; Sozialbericht der AWO; Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung) zum Thema Armut belegen, sind nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen von Einkommensarmut betroffen. So gehören zu den Faktoren für ein erhöhtes Armutsrisiko vor allem Erwerbslosigkeit und geringe Qualifikation, aber auch die niedrige Erwerbstätigkeit von Müttern mit kleinen Kindern und die nicht Existenz sichernde Erwerbsarbeit. Ebenso ist ein großer Teil der Geringqualifizierten von Einkommensarmut bedroht.

Armut hat viele Gesichter, aber Kinder und Jugendliche tragen ein überdurchschnittlich hohes Armutsrisiko. Die Armutsrisikoquoten von Minderjährigen in Deutschland bei 60% des Medianeinkommens betragen 12% (EU-SILC 2006). Fast jedes achte Kind bzw. Jugendliche unter 18 Jahren lebt somit in einem einkommensarmen Haushalt.

Das Armutsrisiko für Kinder und Jugendliche hängt stark vom Familientyp ab. Ein überdurchschnittliches Armutsrisiko tragen insbesondere Alleinerziehende und kinderreiche Familien. Während 38,2% der Alleinerziehenden mit einem Kind und 41,3% der Alleinerziehenden mit zwei Kindern ein Armutsrisiko tragen, liegt dieses bei einem Paarhaushalt mit einem Kind bei 12,1% und mit drei Kindern bei 14,1% (vgl. Bundesministerium FSFJJ 2008). In Alleinerziehenden-Haushalten lebten 2006 rund 800.000 Kinder. Das entspricht einem Drittel aller armutsgefährdeten Minderjährigen (ebda:13). Zu den Risikogruppen zählen auch Migranten und Migrantinnen, vor allem solche ohne deutsche Staatsbürgerschaft.

Die Gruppe der Rentner/-innen ist in den letzten Jahren nicht überdurchschnittlich von Armut betroffen. Noch ist die Armutsquote bei älteren Menschen vergleichsweise niedrig. Vor dem Hintergrund prekärer Beschäftigungsverhältnisse, dem Anstieg der Geringverdiener/-innen und gebrochener Berufsbiografien ist aber anzunehmen, dass sich das Problem der Altersarmut in den nächsten Jahren gravierend verändern wird.

9 Ausgewählte Dimensionen der Lebenslagen

Aufgrund der Feststellung, dass Armut nicht nur an einem Mangel an finanziellen Ressourcen festgemacht werden kann, sondern umfassender als ein Mangel an Teilhabe- und Verwirklichungschancen zu verstehen ist, werden im Rahmen der Sozialberichterstattung weitere Dimensionen berücksichtigt, die für das Wohlergehen und die soziale Teilhabe oder die Ausgrenzung von Menschen von Bedeutung sind. Dabei soll der zentrale Stellenwert des finanziellen Faktors nicht übersehen werden, der sich auch auf andere Dimensionen auswirkt.

In Anknüpfung an das Lebenslagenkonzept von Weisser (1978) werden neben den materiellen Lebensverhältnissen als weitere zentrale Einflussfaktoren die Lebenslagen-Dimensionen Bildung, Erwerbsbeteiligung, Gesundheit und Wohnsituation behandelt. Die Vielschichtigkeit der Zusammenhänge zwischen den Lebenslagenbereichen wurde bereits dargestellt. So kann z.B. die unzureichende Wohnungsversorgung die Gesundheit negativ beeinflussen oder ein zu niedriger Bildungsabschluss die eigenständige Existenzsicherung verhindern. Dabei können die einzelnen Lebensbereiche nicht nebeneinander, sondern nur im Zusammenhang interpretiert werden. Auf der Grundlage der vorhandenen Daten ist es jedoch nicht möglich, diese Zusammenhänge darzustellen.

Der vorliegende Bericht berücksichtigt daher, neben den materiellen Faktoren, die Lebenslagendimensionen, die insbesondere dann, wenn sie kumuliert auftreten, das Risiko von Armut oder gar sozialer Ausgrenzung erhöhen.

Erwerbsbeteiligung/Erwerbslosigkeit

Die Beteiligung an der Erwerbsarbeit ist die zentrale Form der gesellschaftlichen Teilhabe. Sie ist nicht nur von entscheidender Bedeutung für die Höhe des verfügbaren Einkommens, der sozialen Absicherung, sondern auch für die soziale Anerkennung und die bürgerschaftliche Integration (vgl. Bartelheimer 2005:96).

Bildung

Bildung ist ein zentraler Schlüssel für die Verwirklichung von Lebenschancen. Der Bildungsgrad ist eine wichtige Determinante für die berufliche und gesellschaftliche Positionierung. Bildung entscheidet über sozialen Auf- oder Abstieg im Vergleich zur Eltern-generation (vgl. Geißler 2006:273).

Gesundheit

Die Lebenslage eines Menschen ist stark von seinem gesundheitlichen Zustand geprägt. Lang andauernde Gesundheitsbeeinträchtigungen z.B. durch Krankheit oder Behinderung können die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben stark einschränken. Im Rahmen der Berichterstattung ist in erster Linie der Zusammenhang von ökonomischer Lage und gesundheitlicher Situation der Bevölkerung von Bedeutung.

Wohnsituation

Die Versorgung mit angemessenem Wohnraum gilt als ein elementares Bedürfnis und als Grundrecht. Unterversorgung mit Wohnraum ist eine Erscheinungsform von Armut, von der vor allem einkommensschwache Personen oder Haushalte betroffen sind.

II Exkurs: Konzepte der Armutforschung

„Armut“, der Begriff erscheint klar und bekannt. Aber was ist Armut? Nach Meyers Lexikon ist „Armut eine Lebenslage, in der es Einzelnen, Gruppen oder ganzen Bevölkerungen nicht möglich ist, ihren Lebensbedarf (Existenzminimum) aus eigenen Kräften und Ressourcen zu sichern (objektive Armut).“

Subjektive Armut ist ein Gefühl des Mangels an Mitteln zur Bedürfnisbefriedigung (Meyers Lexikon online). Objektiv? Subjektiv? Wie das aufgeführte Beispiel zeigt, liegt eine zentrale Ausgangsfrage schon in der normativen Entscheidung, wer arm ist und wer nicht, d.h. im Begriff von Armut selbst begründet.

Armut ist kein wertneutraler Begriff

Auch bei Durchsicht der Fachliteratur zur Armutforschung und -berichterstattung fällt auf, dass sich der Begriff „Armut“ aufgrund seiner Vielschichtigkeit einer allgemeingültigen Definition entzieht. „Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass Armut kein neutraler Begriff ist. Jeder Versuch einer Begriffsbestimmung ist von politischen Vorannahmen geleitet. So „...stehen hinter jeder Interpretation des Armutsbegriffs und hinter jedem darauf beruhenden Messverfahren Wertüberzeugungen, über deren Richtigkeit sich wissenschaftlich nicht abschließend urteilen lässt... Aus wissenschaftlicher Sicht kann dieses Problem nur dadurch entschärft werden, dass die der Armutsmessung zugrunde liegenden Konzepte offen gelegt... werden“ (Hauser 1997:71).

Je nach Standpunkt und Forschungsinteresse wird Armut mit Notlagen wie Überschuldung und Obdachlosigkeit oder mit relativer Einkommensarmut in Verbindung gebracht. Die unterschiedlichen Definitionsversuche, die nachfolgend aufgeführt sind, machen die Unschärfen deutlich, die je nach dem zugrunde gelegten Verständnis von Armut unterschiedliche Rahmenbedingungen und gesellschaftliche Verhältnisse berücksichtigen. Das bedeutet, dass es keine einheitliche Armutsdefinition gibt, die als allgemein gültig bezeichnet werden kann. Jeder Armutsbegriff ist politisch-normativer Natur.

Ein zentrales Problem der Armutforschung liegt daher nach wie vor darin, Armut theoretisch ausreichend präzise zu definieren und empirisch zu erfassen. In der wissenschaftlichen Bearbeitung des Themas liegen verschiedene Konzepte zur Armutsdefinition vor, die sich hinsichtlich ihrer theoretischen Grundannahmen über die Ursachen, Beschreibung und Messung von Armut unterscheiden. Deutlich wird aber, dass Armut begrifflich immer im Spannungsverhältnis zu Reichtum steht. In einer Gesellschaft lässt sich nur dann sinnvoll von Armut sprechen, wenn gleichzeitig auch Reichtum existiert (Rohleder 1998:19).

1 Basiskonzepte und Definitionen von Armut

Armut ist ein multidimensionaler Begriff, der sowohl materielle und immaterielle als auch objektive und subjektive Dimensionen beinhaltet. „Armut bedeutet nicht nur geringes Einkommen, sondern auch geringe Chancen und mangelnde Beteiligungsmöglichkeiten am politischen und wirtschaftlichen Leben, besondere Gefährdung durch Risiken, Missachtung der Menschenwürde und Menschenrechte sowie fehlender Zugang zu Ressourcen“ (BMZ 2003: 2).

Die Grenze zwischen Armen und Nichtarmen, die als Armutslinie bezeichnet wird, kann durch Operationalisierung von Standards deutlich gemacht werden. Grundsätzlich sind zwei Wege zur Bestimmung von Armutsgrenzen zu unterscheiden (vgl. Rohleder 1998:21ff): Versorgungs- oder ressourcenorientierten Armutsdefinitionen.

- **Versorgungsorientierte Armutsdefinitionen**

Sie orientieren sich an konkreten Lebenslagen von Personen oder Haushalten und berücksichtigen Dimensionen wie Ernährung, Kleidung oder Gesundheit. Ausgehend

hiervon werden z.B. Mindestnahrungsmittelmengen festgelegt, die die Grenze zur absoluten Armut darstellen.

- **Ressourcenorientierte Armutsdefinitionen**

Im Mittelpunkt dieser Armutsdefinitionen stehen die vorhandenen Ressourcen wie Einkommen, Vermögen oder Arbeitskapazität der Personen. Bei der Berechnung für das physische Existenzminimum werden Lebensmittel in einem Warenkorb je nach Berücksichtigung des Alters- oder Geschlechtsunterschiedes qualitativ und quantitativ zusammengestellt. Der Vorteil dieses Ansatzes besteht darin, dass alle Mittel durch das Äquivalent Geld vergleichbar werden.

Die nachfolgenden Ausführungen geben einen Überblick über einige zentrale Ansätze mit denen versucht wird, sich dem Phänomen Armut zu nähern.

1.1 Konzept der absoluten Armut

Absolute Armut ist die schärfste Form von Armut, weil sie die physische Existenz des Menschen durch Hunger, Durst, Obdachlosigkeit oder Krankheit bedroht. In Forschung und Literatur wird absolute Armut übereinstimmend definiert als Existenzminimum, „das längerfristig nicht die körperliche Selbsterhaltung sichern kann und die Grundbedürfnisse nach Nahrung, Kleidung, Obdach und Gesundheit nicht befriedigt.“ Geprägt wurde der Begriff der absoluten Armut durch den ehemaligen Präsident der Weltbank, Robert Strange McNamara.

„Armut auf absolutem Niveau ist Leben am äußersten Rand der Existenz. Die absolut Armen sind Menschen, die unter schlimmen Entbehrungen in einem Zustand von Verwahrlosung und Entwürdigung ums Überleben kämpfen, der unsere durch intellektuelle Phantasie und privilegierte Verhältnisse geprägte Vorstellungskraft übersteigt“ (Lexikon der Philosophie).

Die absolute Armutsgrenze, bestimmt als Einkommens- und Ausgabenniveau, unter dem sich Menschen eine erforderliche Ernährung nicht mehr leisten können, wurde von den Vereinten Nationen mit weniger als einem US Dollar pro Tag festgelegt. Dies trifft auch heute noch auf viele Menschen in den Ländern der dritten Welt zu.

In Wissenschaft und Forschung herrscht Konsens darüber, dass in den westlichen Industrieländern absolute Armut in diesem Sinne keinen Stellenwert mehr hat. „Arm ist, wer nicht genügend Mittel zum physischen Überleben hat. Da dies aber schwer zu bestimmen ist, führt dieser Ansatz zu erheblichen methodischen Problemen und wird der Lebenssituation in einem entwickelten Industriestaat nicht gerecht“ (Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung 2001:8).

1.2 Konzept der extremen Armut

Extreme Armut stellt insbesondere in Entwicklungsländern ein dauerhaftes Problem dar. Wann ist ein Mensch extrem arm? Die Weltbank hat nach neueren Daten über die Preisentwicklung in den Entwicklungsländern die Armutsgrenze vergangenes Jahr angehoben. Als extrem arm gilt jetzt, wer weniger als den Gegenwert von 1,25 US-Dollar pro Tag zum (Über-) Leben zur Verfügung hat. Bisher war es ein Dollar. Durch den neuen Wert ist die Zahl der Armen weltweit noch höher, als zuvor (vgl. MDG Report 2008). Hinzu kommt, dass extreme materielle Armut meist einher geht mit immaterieller Armut. Viele Menschen in diesen Ländern haben keinen Zugang zu Bildung, Gesundheitsvorsorge und Infrastruktur.

Im Unterschied zu absoluter Armut sind die Kriterien für extreme Armut die Lebensumstände der Betroffenen und die ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen. „Als extrem arm gilt eine Person, wenn sie den minimalen Lebensstandard deutlich unterschreitet und sich nicht aus eigener Kraft aus dieser Lebenslage herausbewegen kann“ (Bundesministerium für Gesundheit 2003:29).

Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung weist exemplarisch auf Lebenssituationen von Personen in extremen Unterversorgungslagen, auch in Deutschland, hin. Das sind Personengruppen wie Obdachlose oder Straßenkinder, die von den Maßnahmen des Systems sozialer Sicherung nicht mehr erreicht werden und über die auch bisher keine gesicherten Erkenntnisse, z.B. über amtliche Statistiken, vorliegen (Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung 2001:30).

1.3 Subjektives Armutskonzept

Im Zentrum subjektiver Armutskonzepte stehen nicht die Sichtweisen von Wissenschaftlern und Experten, sondern das subjektive Wohlbefinden der verschiedenen, von Armut betroffenen Bevölkerungsgruppen. Dieses Verfahren wurde von niederländischen Wissenschaftlern entwickelt, um die politische Armutsgrenze durch eine demokratische Variante zu ergänzen (vgl. Hölscher:22).

In der deutschen Armutsforschung vertreten vor allem Andreß (1999) und Lipsmeier (1998) dieses Konzept der individuellen Wohlstandsbewertung. Sie verbinden dabei die subjektive Einkommensarmut mit dem Konzept der relativen Deprivation des britischen Sozialwissenschaftlers Townsend (1979). Dieser „subjektive Ansatz“ als Alternativkonzept basiert auf der Ermittlung einer subjektiven Einkommensarmutsgrenze durch repräsentative Bevölkerungsbefragungen.

Dabei wird Armut als Mangel an Ressourcen definiert, die für einen ausreichenden Lebensstandard in einer Referenz- oder Bezugsgruppe notwendig sind. Der an der Lebenssituation der Befragten orientierte Ansatz umfasst viele Aspekte des notwendigen Lebensstandards und ist so komplex, dass aufgrund der Operationalisierbarkeit Vereinfachungen vorgenommen werden müssen, die letztlich doch den Experten überlassen bleiben.

Bei diesem Ansatz wird deutlich, dass trotz des Vorhandenseins z.B. von schichtspezifischen Gefühlen der Benachteiligung gegenüber der gesellschaftlichen Norm, das subjektive Erleben von Benachteiligung und das eigene Gefühl von Diskriminierung und von Vernachlässigung, unabhängig von der tatsächlichen Situation, erlebt werden kann.

Letztlich eignet sich dieser Ansatz aufgrund der Willkürlichkeit subjektiver Angaben und der Orientierung am gesellschaftlich Üblichen weder zur Feststellung von Einkommensgrenzen für den notwendigen Lebensstandard noch kann daraus abgeleitet werden, wann Armut tatsächlich beginnt.

1.4 Relative Armutskonzepte

In den entwickelten Industriestaaten liegt das durchschnittliche Wohlstandsniveau über dem physischen Existenzminimum. Aus diesem Grund verzichten viele Vertreter/-innen der relativen Armutstheorie auf die Berechnung eines Existenzminimums.

Kennzeichnend für diesen Ansatz ist, dass die Zugehörigkeit zur Armutsbevölkerung in Relation zu den Merkmalen anderer Bevölkerungsgruppen bestimmt wird. Anhand der Einkommensverteilung wird die bestehende soziale Ungleichheit aufgezeigt. Unter Zuhilfenahme verschiedener Armutsindikatoren wird der Abstand zu einem bestimmten Bezugspunkt auf der Verteilungskurve sichtbar gemacht. Menschen, die im unteren Extrem der Verteilung liegen, sind demnach als arm zu bezeichnen (Sidler 1998).

Das Konzept der relativen Armut wird auch in der deutschen Armutsforschung als Basis-konzept verwendet. So definieren deutsche Armutsforscher Armut als extreme Form der sozialen Ungleichheit (vgl. z.B. Döring/Hanesch u.a. 1990, Hauser und Neumann 1992). Dabei ist umstritten, wann aus sozialer Ungleichheit „Armut“ wird und wie diese gemessen werden kann.

Dieses Armutskonzept findet überwiegend Anwendung bei empirischen Analysen, auch wenn dies methodologisch oft aufgrund der unzureichenden Datenlage und des Fehlens allgemein gültiger Kriterien bei der Auswahl relevanter Indikatoren Schwierigkeiten bereitet.

In der wissenschaftlichen Bearbeitung des Konzeptes relativer Armut lassen sich verschiedene Definitionen und Vorschläge zur Operationalisierung von Armut gegeneinander abgrenzen. Nachfolgend werden die wichtigsten Ansätze dargestellt: Das Ressourcenkonzept und das Lebenslagenkonzept.

1.4.1 Ressourcenkonzept

Nach dem Ressourcenkonzept liegt Armut dann vor, wenn die finanziellen Mittel (z.B. Einkommen, Vermögen, private Unterstützung und staatliche Leistungen) einer Person oder eines Haushaltes zur Lebensbewältigung nicht ausreichen. Armut wird gleichgesetzt mit dem Unterschreiten einer bestimmten Einkommensschwelle. Der Ressourcenansatz geht dabei nicht von der tatsächlichen Versorgungslage aus, sondern fragt nach den Geldmitteln, die mindestens verfügbar sein müssen, damit ein Existenzminimum nicht unterschritten wird.

Allerdings gibt es auch bei der Festlegung von Einkommensgrenzen als Armutsschwellen verschiedene Zugänge und Definitionen. So wird z.B. beim politischen Armutskonzept versucht, gesetzlich ein Existenzminimum festzulegen. Das Definitionskriterium beim Konzept der relativen Einkommensarmut ist dagegen der Abstand zum durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen einer Gesellschaft (vgl. Hölscher 2003:16).

1.4.2 Politisches Armutskonzept

Das politische Armutskonzept orientiert sich an einer staatlich festgelegten Einkommensgrenze, bei deren Unterschreitung Anspruch auf Unterstützung zur Sicherung des Lebensunterhaltes geltend gemacht werden kann. Nach dieser politischen Konvention ist arm, wer über weniger als das politisch festgelegte Existenz sichernde Einkommensminimum verfügt, d.h. das gesetzlich definierte Existenzminimum unterschreitet.

Bis zur Neuregelung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe durch das „vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“, das Sozialgesetzbuch II (SGB II), bekannter unter Hartz IV, wurde das Existenzminimum gleichgesetzt mit dem Regelsatz der Sozialhilfe.

Vom Warenkorb- zum Statistikmodell

Bis 1989 wurde die Höhe des Existenzminimums durch das so genannte Warenkorbmodell ermittelt. Der Warenkorb war eine repräsentative Zusammenstellung der aus Expertensicht notwendigen Güter für ein menschenwürdiges Leben. Aufgrund der normativen Entscheidungen darüber, was zu den Grundbedürfnissen eines Menschen gehört, wurden diese Standards von Beginn an von Fachleuten und Wissenschaftlern kritisiert und in Frage gestellt. Schon 1992 stellte Piachaud fest, dass die Warenkorbstandards mehr darüber aussagen, was Experten für ein Wohlergehen als wichtig erachten, als darüber, was objektiv überlebensnotwendig sei (ders.:68).

Die Kritik war mit verantwortlich dafür, dass 1990 in Deutschland zur Berechnung des Sozialhilfesatzes ein Statistikmodell zugrunde gelegt wurde. Seither wird die Höhe des Regelsatzes der Hilfe zum Lebensunterhalt in Abhängigkeit vom tatsächlichen Einkaufsverhalten der unteren Einkommensgruppen berechnet. Als Datengrundlage wurde die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Statistischen Bundesamtes ausgewählt, die alle 5 Jahre durchgeführt wird und das umfangreichste Datenmaterial über die Ausgaben der Bevölkerung liefert.

Mit der Einführung des Statistikmodells war ein Bruch mit dem Prinzip der Bedarfsorientierung verbunden. Danach orientierte sich der Regelsatz nicht mehr an den Bedürfnis-

sen von Leistungsempfängern, sondern an den Ausgaben von Menschen, die ein niedriges Einkommen zur Verfügung haben, unabhängig davon, ob dieses Einkommen das Auskommen sichert (vgl. Hölscher:17). Sowohl das Warenkorb- als auch das Statistikmodell sahen eine jährliche Anpassung an die Entwicklung der Verbraucherpreise vor.

Sicherung des Lebensunterhaltes durch Sozialhilfe, Sozialgeld oder Arbeitslosengeld II

Seit Inkrafttreten von Hartz IV am 01. Januar 2005 erfolgt die Sicherung des soziokulturellen Existenzminimums durch den Einsatz von sozialpolitischen Transferleistungen. Diese erfolgen nach dem SGB II in Form von Regelleistungen bei Sozialgeld und Arbeitslosengeld II (ALG II) und nach dem SGB XII in Form von Regelsätzen bei der Sozialhilfe. Die Höhe des Regelsatzes und der Regelleistung sind dabei bisher trotz unterschiedlicher Rechtsgrundlagen identisch. Aufwendungen für Unterkunft und Heizung werden gesondert erstattet. Ein Mehraufwand für Schwangere, Behinderte, allein Erziehende und für notwendige besondere Ernährung wird durch prozentuale Zuschläge abgegolten.

Der Eckregelsatz ist das politisch festgelegte Existenzminimum

Die Regelleistung ist pauschaliert und umfasst den gesamten Lebensunterhalt für alle Bedarfe des täglichen Lebens, wie z.B. Ernährung, Kleidung, Hausrat, Körperpflege sowie Beziehung zur Umwelt und die Teilhabe am kulturellen Leben (§ 20 Abs. 1 SGB II). Einmalige Beihilfe, z.B. für die Anschaffung von Hausrat oder als Zuschuss zu den Heizkosten wie früher nach dem Bundessozialhilfegesetz üblich, sind nur noch in Ausnahmefällen, so z.B. bei Schwangerschaft und Geburt, Erstbezug einer Wohnung oder mehrtägigen Klassenfahrten schulpflichtiger Kinder (vgl. Regelsatzverordnung) möglich. Seit der Anhebung am 01.07.2008 beträgt die neue Leistungshöhe 359 Euro, vorher lag sie bei 351 Euro.

Ohne Berücksichtigung der Wohnkosten ist damit der Eckregelsatz für Arbeitslosengeld II, Grundsicherung im Alter, Sozialhilfe, Steuerfreibeträge und Pfändungsfreigrenze das maßgebliche Existenzminimum. Seine Höhe wird in fünfjährigem Abstand anhand der Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) ermittelt.

Bekämpfte Armut

Unter „bekämpfter Armut“ verstehen wir die Lebenssituationen jener Personen und Haushalte, deren Fürsorge- bzw. Sozialhilfeberechtigung nach den Gesetzen der Bundesrepublik durch Behörden anerkannt ist und die entsprechenden Leistungen erhalten (Hauser u.a. 1986:27).

Die staatlichen Transferleistungen, wie ALG II oder Grundsicherung, mit den oben aufgeführten Eckregelsätzen als Grenze des Existenzminimums, haben das Ziel, Armut zu verhindern, indem Sie den Mindestbedarf abdecken und eine Lebensführung auf einem gesellschaftlich akzeptablen Niveau ermöglichen. Diese „behördlich wahrgenommene und statistisch erfasste Armut“ wird begrifflich gleichgesetzt mit der „bekämpften Armut“. Armut bedeutet in dieser engen, am Sozialgesetzbuch orientierten Definition das Unterschreiten des gesetzlich definierten Existenzminimums. Leistungsempfänger/-innen von ALG II und Sozialhilfe gelten daher nicht als arm.

Das politische Armutskonzept wird in der Armutforschung oft verwendet, weil es eine pragmatische Herangehensweise ermöglicht. Einerseits wird Armut vom Mindesteinkommen getrennt. Zweitens wird ein hoher Konsens über die Art der Armutmessung erreicht und drittens wird „bekämpfte Armut“, d.h. die Anzahl der Leistungsempfänger/-innen statistisch erfasst und dokumentiert.

Verdeckte Armut

Der Nachteil dieser Vorgehensweise liegt in der Nichterfassung von verdeckter bzw. latenter Armut. Der gesetzliche Anspruch, den notwendigen Lebensunterhalt zu sichern, wird oft in der Praxis nicht umgesetzt. Es gibt viele Menschen, die trotz Notlagen aus Unwissenheit, falschem Scham oder Stolz ihren Anspruch auf Hilfen nicht geltend machen. Eine Person ist dann verdeckt arm, wenn sie Anspruch auf Sozialhilfe oder eine andere Grundsicherungsleistung wie z.B. Arbeitslosengeld II hat, diese aber nicht in Anspruch nimmt.

Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II setzt erst bei Meldung der Notlage ein, d.h. Betroffene müssen selbst aktiv werden. Viele ältere Personen oder Erwerbstätige mit geringem Einkommen wissen oft nicht, dass auch sie Anspruch auf Sozialhilfe bzw. auf Arbeitslosengeld II haben (vgl. Strengmann-Kuhn 2003).

Nach Schätzungen liegt die „Dunkelziffer der Armut“, d.h. das Dunkelfeld der Nicht-Inanspruchnahme von Hilfeleistungen, fast so hoch wie die der Inanspruchnahme. Nach einer Studie der Universität Frankfurt, gefördert durch die Hans-Böckler-Stiftung, kommen die Wissenschaftler Becker/Hauser u.a. (2005) zu der Aussage, dass auf drei Bezieher von Grundsicherungsleistungen mindestens zwei bis drei weitere Personen kommen, die verdeckt arm sind.

Kritische Einwände

Gegen die Verwendung des Konzeptes des gesetzlich definierten sozio-kulturellen Existenzminimums als Armutsgrenze werden verschiedene Einwände vorgebracht.

Ausgehend vom hohen Anteil der verdeckten Armut wird am politischen Armutskonzept der enge Blickwinkel kritisiert, der nur die Personen als arm bezeichnet, die einen bestehenden Leistungsanspruch nicht wahrnehmen.

Beanstandet wird außerdem, dass sich Armutsforscher/-innen, die ausschließlich mit dem politischen Armutskonzept arbeiten, von politischen Beschlüssen abhängig machen. Dabei wird vor allem in Frage gestellt, ob die gesetzlich festgelegte Methode zur Bestimmung des Existenzminimums dem realen Bedarf der Betroffenen gerecht wird.

So werden, als maßgebliche Bezugsgröße für die Berechnung der Grundsicherungsleistungen, die Konsumausgaben des unteren Fünftels der nach dem Einkommen sortierten westdeutschen Einpersonenhaushalte ohne Sozialhilfebezieher zugrunde gelegt. Eingewendet wird hier, dass es fraglich sei, warum mit den Alleinstehenden eine Referenzgruppe gewählt werde, die überdurchschnittlich von Armut betroffen ist.

Hätte man beispielsweise bei der Anpassung der Regelsatzverordnung 2006 das unterste Einkommens-Fünftel unter den Paaren ohne Kinder als Bezugspunkt genommen, hätte sich statt der damals berechneten 351 Euro, ein höherer Regelsatz von etwa 390 Euro ergeben (vgl. Becker 2006). Eingewendet wird weiter, dass im Wesentlichen nur die Einkommensdimension Berücksichtigung findet und andere Dimensionen der Armut weitgehend ausgeblendet werden.

Ein weiterer zentraler Kritikpunkt ist die Abweichung des diesem Konzept zugrunde liegenden Armutsbegriffs von den EU-Vereinbarungen von Laeken (vgl. Krause/Ritz 2006). Er orientiert sich nicht am relativen Abstand zu einem gesamtgesellschaftlichen Mittelwert, sondern an den normativen Setzungen des Gesetzgebers zum soziokulturellen Existenzminimum (vgl. Becker 2006:3f).

Mit dem „Konzept der Armut nach gesetzlicher Lesart“ (Becker) wird eine teilweise individualisierte Grenze gesetzt, da trotz pauschalierter Regelleistungen nach dem SGB II bzw. SGB XII je nach individuellen Wohnkosten, dem Vorliegen gesetzlich anerkannter Mehrbedarfe

und anrechnungsfreier Einkommensarten unterschiedliche Grenzwerte definiert und so verschiedene Transferleistungen geleistet werden.

Wegen dieses grundsätzlichen Unterschieds überschneiden sich die beiden alternativ abgegrenzten Konzepte der politisch definierten Armut und der relativen Einkommensarmut nur partiell: In vielen Fällen liegt die nach dem SGB abgeleitete Armutsgrenze unter der relativen Armutsgrenze von beispielsweise 60% des Medianes. Insoweit ist Armut nach gesetzlicher Lesart als Teilmenge relativer Einkommensarmut zu verstehen.

1.5 Konzept der relativen Einkommensarmut

In der Sozialberichterstattung hat das Konzept der relativen Einkommensarmut praktische Bedeutung erlangt. Das Definitionskriterium ist bei diesem Ansatz der Abstand zum durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen einer Gesellschaft. Im Unterschied zum politischen Armutskonzept werden hier auch die Menschen erfasst, die verdeckt in Armut leben (vgl. Hölscher:16-19).

Armut wird definiert als das Unterschreiten von Einkommensschwellen im Vergleich zum jeweiligen sozialen, auch staatlichen und sozialgeographischen Umfeld eines Menschen. In diesem Zusammenhang bezieht sich relative Armut auf verschiedene statistische Maßzahlen für eine Gesellschaft.

Armutsgrenze der WHO

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) definiert die Armutsgrenze anhand des Verhältnisses des individuellen Einkommens zum „mittleren Einkommen“ im Heimatland einer Person. Danach wird als arm bezeichnet, wer monatlich weniger als die Hälfte des aus der Einkommensverteilung seines Landes berechneten Medianes zur Verfügung hat. Einkommensarmut wird hier als relative Armut definiert, die in Abhängigkeit vom aktuellen Durchschnittseinkommen der Bevölkerung steht.

Armutsgrenze der OECD

In gleicher Weise ist die Armutsschwelle durch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) definiert. Dabei dient die OECD-Skala der Ermittlung der Armutgefährdungsquote, die darüber Auskunft gibt, wie hoch der Anteil der armutsgefährdeten Personen an der Gesamtbevölkerung ist. Dabei wird zunächst das von allen Haushaltsmitgliedern tatsächlich erzielte Haushaltseinkommen herangezogen. Es setzt sich zusammen aus dem Einkommen aus selbständiger und nicht-selbständiger Erwerbsarbeit, dem Einkommen aus Vermögen, Renten, Pensionen und den Transferleistungen wie z.B. Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Wohngeld oder Kindergeld. Direkte Steuern und Sozialbeiträge werden abgezogen.

Dieses Haushaltseinkommen wird auf die Personen des Haushalts nach einem Gewichtungsschlüssel (Äquivalenzskala) verteilt. Dieser berücksichtigt sowohl die unterschiedlichen Bedürfnisse der einzelnen Haushaltsmitglieder als auch, dass durch das Zusammenleben in einem Haushalt Einspareffekte bei den laufenden Kosten erzielt (vgl. Pressemitteilung Statistisches Bundesamt 2006) werden.

Berechnung des Nettoäquivalenzeinkommens nach der OECD-Skala

Deshalb wird für die Berechnung des Nettoäquivalenzeinkommens einer Bedarfsgemeinschaft, z.B. einer Familie, die Summe aller Einkünfte nicht durch die Anzahl der Mitglieder, sondern durch eine gewichtete Summe der Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft geteilt. Nach der modifizierten OECD-Skala geht der Hauptbezieher des Einkommens mit dem Faktor 1,0 in die Gewichtung ein, alle anderen Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft über 14 Jahre mit 0,5 und alle anderen mit 0,3. Dies sind auch die Gewichtungsfaktoren, die aktuell vom

Statistischen Bundesamt verwendet werden. Ein Beispiel: In einer fünfköpfigen Familie erzielt der Ehemann 5.000 Euro Einkommen, die Ehefrau geht keiner Erwerbsarbeit nach, zwei Kinder sind 6 bzw. 8 Jahre alt, ein weiteres 15 Jahr alt. Hier beträgt das Nettoäquivalenzeinkommen $5.000 / (1,0 + 0,5 + 0,3 + 0,3 + 0,5) = 1.923$ Euro.

Armutsrisikoquote im zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

Seit der Richtlinie von 2001 gelten in der Europäischen Union Personen, die weniger als 60% des Medianes (Zentralwert) des Nettoäquivalenzeinkommens zur Verfügung haben, als relativ arm. Auch im zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung wird als Definition für relative Armut ebenfalls auf diese zwischen den EU-Mitgliedsstaaten vereinbarte „Armutsrisikoquote“ verwiesen. In Deutschland beträgt die so errechnete Armutsgrenze 938 Euro auf der Datenbasis von 2003“ (Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung 2005:11).

Aufgrund von Zahlen des statistischen Bundesamts waren im Jahr 2004 in Deutschland 13% der Bevölkerung armutsgefährdet. Das waren 10,6 Millionen Menschen, darunter 1,7 Millionen Kinder unter 16 Jahren. Dabei lag die Armutsgefährdungsquote in den neuen Ländern (einschließlich Berlin) bei 17%, im früheren Bundesgebiet bei 12%. Ohne soziale Transferleistungen wäre fast ein Viertel der Bevölkerung armutsgefährdet (vgl. Pressemitteilung Statistisches Bundesamt 2006).

Armutsrisikoschwellen und Armutsrisikoquoten im dritten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

Im 3.ten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung werden zur Bestimmung der Armutsrisikoschwellen und -risikoquoten verschiedene Datenquellen heran gezogen. Sie alle basieren auf der Befragung einer Stichprobe aus der Bevölkerung. Da die Befragungen unterschiedliche inhaltliche Schwerpunkte setzen, erschien den Autoren des 3.ten Armuts- und Reichtumsberichtes die Verwendung von Ergebnissen aus allen aufgeführten Stichproben sinnvoll. Vom Statistischen Bundesamt wurden drei dieser Erhebungen durchgeführt: die EU-SILC von 2006, die EVS 2003 und der Mikrozensus 2005. Weiterhin wird eine Erhebung des DIW mit herangezogen das SOEP.

Als armutsgefährdet gelten Personen, wenn ihr bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen unterhalb von 60% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens liegt.

Armutsrisikoschwellen, Armutsrisikoquoten und Stichprobengrößen nach Datenquellen			
Datenbasis	Armutsrisikoschwelle (60% des mittleren Netto äquivalenzeinkommens)	Armutsrisikoquote	Stichprobengröße (erfasste Haushalte)
EU-SILC 2006	781 Euro	13%	13.800
EVS 2003	980 Euro	14%	53.400
Mikrozensus 2005	736 Euro	15%	322.700
SOEP 2006	880 Euro	18%	11.500

Quelle: Dritter Armuts- und Reichtumsbericht 2008: 39

Gemessen an der Erhebung „LEBEN IN EUROPA“ (EU-SILC 2006) lag das Risiko der Gesamtbevölkerung in Deutschland einkommensarm zu sein im Jahr 2005 bei 26% vor Berücksichtigung von Transferleistungen. Nach Sozialtransfers („bekämpfte Armut“) verringerte sich dieses Risiko auf einen Anteil von 13% und lag damit im europäischen Vergleich auf Rang 7 und somit im unteren Viertel (vgl. 2008:18).

Der Anteil der armutsgefährdeten Bevölkerung schwankt in Abhängigkeit von der Höhe des zugrunde gelegten Nettoäquivalenzeinkommens. Die unterschiedliche Datenauswahl und die

so festgestellten unterschiedlichen Armutsrisikoquoten des Armuts- und Reichtumsberichtes von 13% bzw. 18% werden von verschiedenen Seiten (z.B. Financial Times) kritisiert.

1.6 Von der Einkommensarmut zur Mehrdimensionalität von Armut

Die Armutsdefinition der Europäischen Union, die im Beschluss der Europäischen Gemeinschaft festgelegt wurde, geht aber über die Festlegung der Einkommensgrenzen hinaus. „Im Sinne dieses Beschlusses sind verarmte Personen, Einzelpersonen, Familien und Personengruppen, die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist“ (Amtsblatt der EG 1985:24).

Damit enthält diese Definition schon die Mehrdimensionalität von Armut und bezieht sich danach auf die Ungleichheit von Lebensbedingungen, einem Mangel an Teilhabe und die Ausgrenzung von einem gesellschaftlich akzeptierten Lebensstandard. So können sich Menschen mit Armutsgefährdung aus Kostengründen häufig weder einen Theater- oder Kinobesuch noch einen Urlaub leisten und durch Zuzahlungen und Selbstbeteiligungen wird auch der Zugang zur Gesundheitsversorgung erschwert (vgl. Statistisches Bundesamt 2006:1).

1.7 Lebenslagenansatz

In Abgrenzung zum vorrangig verwendeten Ressourcenansatz, der auf überwiegend ökonomischen Kriterien beruht und Aussagen über die potentielle finanzielle Grundversorgung von Menschen macht, wird im Lebenslagenkonzept auf die tatsächliche Versorgung mit unterschiedlichen Gütern und den engen Zusammenhang zwischen individueller und materieller Lage sowie der immateriellen Benachteiligung verwiesen.

Der Lebenslagenansatz berücksichtigt die Gesamtversorgungssituation und die hieraus resultierenden Handlungsmöglichkeiten von Menschen. Dabei handelt es sich um Lebensbedingungen wie Ernährung, Wohnung, Bekleidung, Gesundheit Bildung, Arbeitsplatz, Einkommen, Status, Macht, Integration, Kommunikation, gesellschaftliche und politische Partizipation.

Der Lebenslagenansatz bildet die Grundlage für die Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung „Lebenslagen in Deutschland“ und wird daher nachfolgend ausführlich vorgestellt.

1.7.1 Begriff der Lebenslage

Der Begriff „Lebenslage“ wurde 1909 von dem Philosophen und Nationalökonom Otto Neurath eingeführt. Er kritisierte die einseitige Ausrichtung des Vereins für Sozialpolitik an den „Zahlen der Geldrechnung“ und setzte sich dafür ein, für sozialpolitische Erwägungen die „Gesamtlage einer Menschengruppe“ zu berücksichtigen, die er Lebenslage nannte.

„Die Lebenslage ist der Inbegriff aller Umstände, die verhältnismäßig unmittelbar die Verhaltensweisen eines Menschen, seinen Schmerz, seine Freude bedingen. Wohnung, Nahrung, Kleidung, Gesundheitspflege, Bücher, Theater, freundliche menschliche Umgebung, all das gehört zur Lebenslage“ (Neurath 1981:512).

Nach Neurath ist es die Gesellschaft, die Lebenslagen produziert und Aufgabe der Politik benachteiligte Lebenslagen zu verbessern. Diese Auffassung teilt auch der Sozialwissenschaftler Gerhard Weisser, einer der Gründungsväter des Godesberger Programms. Seine sozialpolitischen Überlegungen konzentrierten sich auf das Lebenslagenkonzept. Weisser war der Meinung, dass sich Lebenslagen nicht hinreichend durch sozioökonomische Einflussgrößen wie Einkommen, Bildung oder Wohnungsgröße bestimmen lassen. Ihm ging

es um die Qualität der Chancen, über die Einzelne oder Gruppen verfügen, um zu Wohlbe-
finden zu gelangen.

„Als Lebenslage gilt der Spielraum, den die äußeren Umstände dem Menschen für die Er-
füllung der Grundanliegen bieten, die ihn bei der Gestaltung seines Lebens leiten oder bei
möglichst freier und tiefer Selbstbesinnung zu konsequentem Handeln hinreichender
Willensstärke leiten würden“ (Weisser 1978:275).

1.7.2 Armut als Unterversorgung in mehreren Lebenslagendimensionen

Damit bezeichnet der Begriff „Lebenslage“ die allgemeinen Umstände und Möglichkeiten,
unter denen einzelne Personen oder Gruppen in einer Gesellschaft leben, einschließlich der
dabei eingenommenen Sozialen Position und des Spielraums, den sie zur Verfügung haben,
um ihre Interessen zu verfolgen. Armut wird nun nicht mehr nur auf die nicht vorhandenen
finanziellen Ressourcen bezogen, sondern umfassender betrachtet als einen Mangel an Ver-
wirklichungs- und Teilhabechancen (vgl. Statistische Ämter 2006:60).

Die für die Lebenssituation relevanten Lebensbereiche sind dabei zu unterscheiden und im
Hinblick auf die jeweilige Versorgungslage zu untersuchen. Dabei rücken Lebens-
lagendimensionen wie Familiensituation, die (Aus-) Bildungs- und Arbeitssituation, die Ein-
kommens- und Vermögenssituation, die Wohnverhältnisse oder der Gesundheitszustand, die
soziale Einbindung sowie subjektive Dimensionen wie die der individuellen Bewältigung ins
Zentrum der Betrachtung. Armut wird als Unterschreiten von Mindeststandards bzw. als
Unterversorgung in mehreren wichtigen Lebensbereichen bzw. Lebenslagendimensionen
verstanden.

1.7.3 Operationalisierung der Lebenslagen

In der Armutforschung gibt es verschiedene Ansätze Lebenslagen zu operationalisieren.
Allen Ansätzen ist gemeinsam, dass Armut mehrdimensional als Unterversorgung in
zentralen Lebensbereichen verstanden wird. In der Fachdiskussion werden die vielfältigen
Bedingungen der Lebenslage in den 5 "klassischen" Lebenslagenspielräumen (vgl. Hölscher
2003:21) zusammengefasst:

- Versorgungs- und Einkommensspielraum (potentielle Versorgung mit Diensten und Gütern)
- Lern- und Erfahrungsspielraum (Sozialisation, Schul- und Berufsbildung etc.)
- Dispositions- und Partizipationsspielraum (Möglichkeiten zur Mitbestimmung, und Teilhabe in verschiedenen Lebensbereichen)
- Kontakt- und Kooperationsspielraum (soziale Kontakte, Einbindung in soziale Netzwerke etc.)
- Regenerations- und Mußespielraum (Ausgleich psycho-physischer Belastungen)

Damit die komplexe Lebensrealität von Frauen sichtbar und der Blick für frauenspezifische
Lebenslagen geschärft wird, erweiterten die Wissenschaftlerinnen Enders-Drägässer/Sellach
1999 den Lebenslagenansatz um die Perspektive der Geschlechter und damit um drei
weitere Spielräume:

- Sozialbindungsspielraum
- Geschlechtsrollenspielraum und
- Schutz- und Selbstbestimmungsspielraum

Mit dem Lebenslagenkonzept werden sowohl die Unterversorgungslagen in einzelnen
Bereichen und ihr Zusammenhang analysiert als auch ihre Wirkungsverstärkung. So kann

z.B. die unzureichende Wohnungsversorgung negative Auswirkungen auf die Gesundheit haben. Auch ist die Fähigkeit seinen Lebensunterhalt selbständig zu erarbeiten, in hohem Maße abhängig vom Niveau der schulischen und beruflichen Qualifikation.

Die Vielschichtigkeit der Zusammenhänge zwischen den unterschiedlichen Lebensbereichen verdeutlicht eine Aussage aus dem Ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung: „Arme haben eine nachweislich höhere Belastung am Arbeitsplatz, oftmals ein unsicheres Arbeitsverhältnis, sind häufig arbeitslos, wohnen schlechter und haben schlechtere Erholungsmöglichkeiten. Wie stark sich diese Belastungen auf Gesundheit und Lebenserwartung auswirken, hängt von den verfügbaren Bewältigungsressourcen ab. Diese Ressourcen fehlen bei Menschen in armen Haushalten häufiger als bei reichen.“

1.8 Capabilities-Ansatz

Im Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung wird der Lebenslagenansatz durch das Konzept der Verwirklichungschancen des Nobelpreisträgers Amartya Sen ergänzt. Der Capabilities-Ansatz bietet eine methodische Alternative zwischen realisierten Verwirklichungschancen und potentiellen Verwirklichungschancen zu unterscheiden.

Der Ansatz dieses indischen Wirtschaftswissenschaftlers und der US-amerikanischen Philosophin Martha Nussbaum ist ein international zunehmend diskutierter gerechtigkeits-theoretischer Ansatz, der sich mit der Vereinbarkeit kollektiver Entscheidungen und individueller Werte in einer Gesellschaft auseinandersetzt.

Der Tradition einer aristotelischen Ethik folgend, nimmt der Ansatz den Menschen über Regeln, Standards, Prinzipien und rationale Abwägungen hinaus auch Bedürfnisse, Empfindungen, Haltungen, ästhetische Handlungsmotivationen sowie Erlebnisperspektiven in den Blick und verweist darauf, dass ein gutes Leben nicht nur ein individuelles, sondern immer auch ein soziales Projekt ist (vgl. Otto/Ziegler 2007:9).

Der Capabilities-Ansatz baut auf einer „starken Konzeption des Guten“ (Nussbaum 1995:456) auf und richtet sich auf Schaffung und Aufrechterhaltung der sozialen Bedingungen, die es Individuen erlauben, ein gelingendes Leben zu führen. Damit nimmt der Ansatz die Möglichkeits- und Freiheitsspielräume von Menschen, ihr eigenes Leben zu führen ernst, indem er zwischen Funktionsweisen (functions) und Verwirklichungschancen bzw. Befähigungen (capabilities) unterscheidet (ebda:11). Aus der Perspektive der Verwirklichungschancen geht es daher um eine reale, praktische Freiheit der Menschen, sich für oder gegen die Realisierung bestimmter Funktionen oder Lebensweisen zu entscheiden und damit eine eigene Konzeption des guten Lebens entwickeln und realisieren zu können (vgl. Sen 1999).

Amartya Sen stellt damit die Entfaltung individueller Fähigkeiten in den Mittelpunkt gesellschaftlicher Entwicklungen. Oder wie Weikard (1998) es in seinen Anmerkungen zum Nobelpreis formuliert hat: „Es kommt nicht darauf an, ..., wie gut eine Person mit Gütern versorgt ist, sondern was die Person mit diesen Gütern erreichen kann. Es ist aber auch nicht Gegenstand der Bewertung, was jemand mit seiner Güterausstattung tatsächlich erreicht. Weder die Ausstattung noch der subjektive Erfolg (Nutzen) sind also Gegenstand der Bewertung, sondern die Befähigung (capability), etwas zu erreichen“.

Dem Capabilities-Ansatz als neue Orientierung wird der Vorzug eingeräumt, das Zusammenspiel ethischer Gerechtigkeitspositionen mit wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Ansätzen zu verknüpfen und empirische Konkretisierungen vorzunehmen.

1.9 Abgrenzungen und Gemeinsamkeiten der Konzepte

Obwohl in den Sozialwissenschaften Einigkeit darüber herrscht, dass der Lebenslagenansatz eine sachlich angemessenere Sicht auf die Armutproblematik ermöglicht, wird dieser Ansatz aufgrund der hohen Komplexität kaum angewandt (vgl. Hradil 1999:240).

In der Praxis lassen sich daher auch der Ressourcen- und der Lebenslagenansatz nicht immer trennscharf voneinander abgrenzen. In den veröffentlichten Sozial- und Armutsberichten sind die verwendeten Lebenslagenmodelle in der Regel erweiterte Ressourcenansätze, die neben der zentralen Ressource Einkommen die tatsächliche Versorgungslage anderer wichtiger materieller sowie immaterieller Ressourcen erheben. Gemäß dem ideellen Gehalt des Lebenslagenansatzes ist jedoch nicht die tatsächliche Versorgungslage eines Individuums oder Haushalts für den Wert der Lebenslage relevant, sondern vielmehr dessen Chancen und Möglichkeiten zwischen den verschiedenen Versorgungslagen entsprechend seinen Interessen zu wählen.

Vor allem empirisch ist es überaus schwierig, Spielräume und Chancen über geeignete Messinstrumente zu erfassen. Diese stellen potentielle und keine realisierten Größen dar, so dass allein schon aus praktischen Gründen Handlungschancen und Spielräume über die tatsächliche Versorgungslage nicht abzubilden sind.

Auch wenn der Capabilities-Ansatz in besonderem Maße dazu geeignet ist, die Ziele der deutschen Armuts- und Reichtumsberichterstattung zu erreichen, ist auch hier das Problem der methodischen Umsetzung nicht geklärt. Bisher konnte eine Operationalisierung des komplexen Ansatzes der Verwirklichungschancen noch nicht vollständig erfolgen. So bleiben die individuellen Fähigkeiten und die subjektiven Befähigungen, wie z.B. Lebensstrategien oder Zufriedenheit unberücksichtigt und offen, wie die verschiedenen Dimensionen der Lebenslagen zueinander im Verhältnis stehen.

III Gesellschaftliche Rahmenbedingungen

1 Allgemeine Strukturen und Entwicklungen

Demografische Prozesse und die wirtschaftliche Entwicklung stellen zentrale Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Sozialstruktur dar. Die ökonomische Lage und deren zukünftige Entwicklung haben direkten Einfluss auf den Arbeitsmarkt und damit auf die Erwerbs- und Einkommenschancen der Bevölkerung. Der demografische Wandel hat Einfluss auf viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. So werden der Rückgang und die Alterung der Bevölkerung nicht nur hinsichtlich der Folgen für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Region zentrale Bedeutung erlangen, sondern auch in der Diskussion um notwendige Veränderungen der sozialen Sicherungssysteme eine wichtige Rolle spielen.

Der aktuelle Stand und die Perspektiven dieser Rahmenbedingungen sind für die Beschreibung und Bewertung sozialer Problemlagen und damit auch für die Einschätzung des sozialpolitischen Handlungsbedarfs auf der lokalen Ebene bedeutsam. Dies schließt die Finanzsituation der öffentlichen Haushalte ein, die den Spielraum der Ausgestaltungsmöglichkeiten bestimmen. Aus diesem Grund spielt die Entwicklung der Steuereinnahmen und der Sozialausgaben eine wichtige Rolle.

1.1 Bevölkerungsstruktur im Landkreis Darmstadt-Dieburg

Mit Stand 31.12.2007 leben im Landkreis Darmstadt-Dieburg 289.286 Menschen. Dies entspricht 4,8 Prozent der Bevölkerung von Hessen. Der Anteil der weiblichen Kreisbewohnerinnen liegt mit 50,8% leicht über dem der männlichen Bewohner mit 49,2%. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung beträgt 10,5%.

Mit einem Flächenanteil von 3,1% ist der Landkreis Darmstadt-Dieburg der fünftgrößte Landkreis im Regierungsbezirk Darmstadt. Der ländliche Raum, gemessen am Anteil der ausgewiesenen Landwirtschaftsfläche und Wälder, umfasst 79,5% der Fläche und ist damit dominierend gegenüber den städtischen Verdichtungsräumen und Randzonen. Dies beeinflusst die Lebenslagen, die Wirtschaft- und Sozialpolitik und damit auch die Anforderungen an die Sozialpolitik.

Insgesamt verteilt sich die Kreisbevölkerung zu 56,6% auf die 9 Städte und zu 43,4% auf die Gemeinden des Kreisgebietes. Werden die vier großen Städte des Landkreises mit über 20.000 Einwohner/-innen, Griesheim, Pfungstadt, Weiterstadt und Groß-Umstadt als städtische Verdichtungsräume definiert, dann leben 2007 dort 33 Prozent und in den eher ländlich geprägten Räumen 67 Prozent der Kreisbewohner/-innen.

Die Bevölkerungsdichte im Landkreis Darmstadt-Dieburg beträgt 439 Einwohner/-innen je km² und ist damit viel höher als in Hessen und Deutschland. Das Durchschnittsalter liegt mit 42,2 Jahren unter dem in Hessen und der Bundesrepublik.

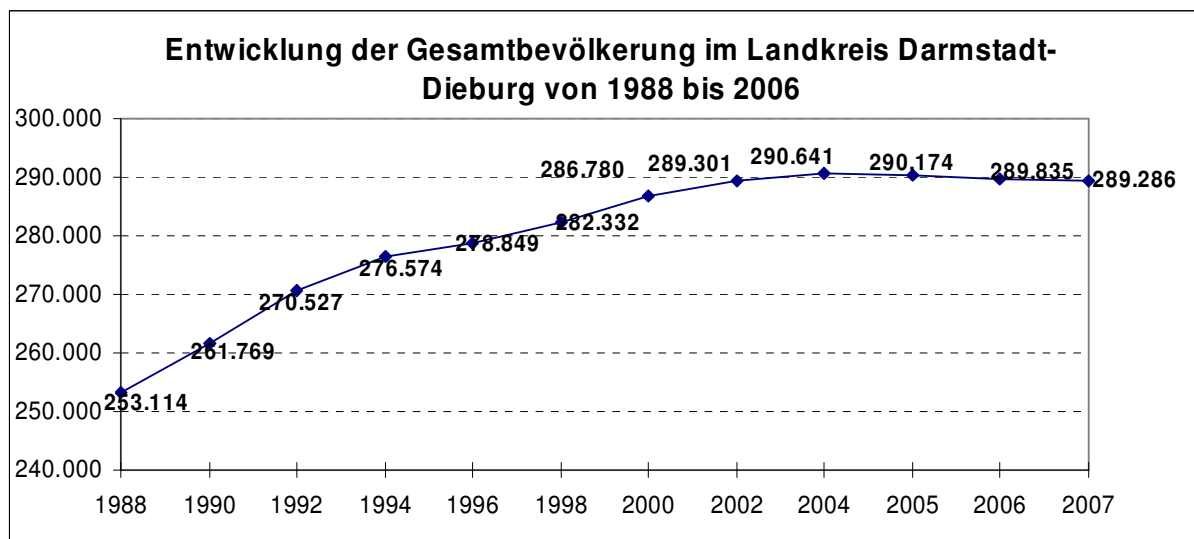
Bezogen auf das Jahr 2007 betrug der Wanderungssaldo im Landkreis -492 Personen, ausschließlich bedingt durch Abwanderung über die Kreisgrenze. Während Deutschland ein positives Wanderungssaldo aufweist, kann hessenweit ein negativer Saldo verzeichnet werden. Damit liegt der Landkreis im Hessentrend, wenn auch über dem Durchschnitt.

Flächen- und Bevölkerungsanteile Darmstadt-Dieburg und Hessen 2007					
	LK Da-Di	in % von Hessen	Hessen	in % von D	D
Bevölkerung	289.286	4,8%	6.070.425	7,4%	82.500.000
Durchschnittsalter	42,2		42,7		42,9
Bevölkerungsdichte (EW je km ²)	439	-	287	-	230
Wanderungssaldo	-492	-	-1.361		43.912
abs. Veränderung 2000 - 2007	3.021		2.296		-310.000
% Veränderung 2000 - 2007	1,1%		0,1%		-0,4%
Fläche in km ²	658,5	3,1%	21.115	5,9%	100%
Fläche in km ² davon	abs.	in % vom Landkreis	abs.	in % von Hessen	in % von D
Siedlungs- und Verkehrsfläche	12.212	18,5%	323.873,0	15,3%	12,3%
Landwirtschaftliche Nutzung	29.240	44,4%	895.208,0	42,4%	53,5%
Wälder	23.142	35,1%	846.558,0	40,1%	29,5%
Wasserflächen	698	1,1%	28.062,0	1,3%	1,8%
Fläche anderer Nutzung	558	0,8%	17.782,0	0,8%	2,4%

Quelle: Hessische Kreiszahlen Bd. 1, 2008; HSL Bevölkerungsentwicklung, Stat. Bundesamt, Stat. Jahrbuch 2008; eigene Berechnungen Jugendhilfeplanung

1.2 Bevölkerungsentwicklung im Kreisgebiet

Der Langzeitvergleich von 1988 bis 2007 zeigt eine Zunahme der Bevölkerung im Kreisgebiet um 36.172 Einwohner/-innen und damit um 14,3%.



Quelle: ekom21 Hessen und Einwohnermeldeamt Groß-Gerau, Stand jeweils 31.12.; Jugendhilfeplanung Landkreis Darmstadt-Dieburg, eigene Berechnungen

Seit 2005 sind die Bevölkerungszahlen erstmals rückläufig. Ein Verlust um 0,3%, das sind -888 Einwohner/-innen, zeigt sich zwischen 2005 und 2007.

1.3 Natürliche Bevölkerungsbewegung: Geburten und Sterbefälle

Ein Grund für die demografische Alterung liegt in der abnehmenden Zahl der Geburten. So zeigt die Entwicklung der Geburten und der Sterbefälle im Landkreis Darmstadt-Dieburg seit 1985 einen gegenläufigen Verlauf. Während die Zahl der Geburten sank, stieg die Zahl der Sterbefälle an. Eine deutlich sichtbare positive Tendenz kann von 1985 bis 1995 beobachtet werden. In diesen zehn Jahren gab es einen ansteigenden Geburtenüberhang im Landkreis. Der Geburtenrückgang in den letzten zehn Jahren bewirkt auch im Landkreis Darmstadt-Dieburg ein negatives Verhältnis der Geburten zu den Gestorbenen.

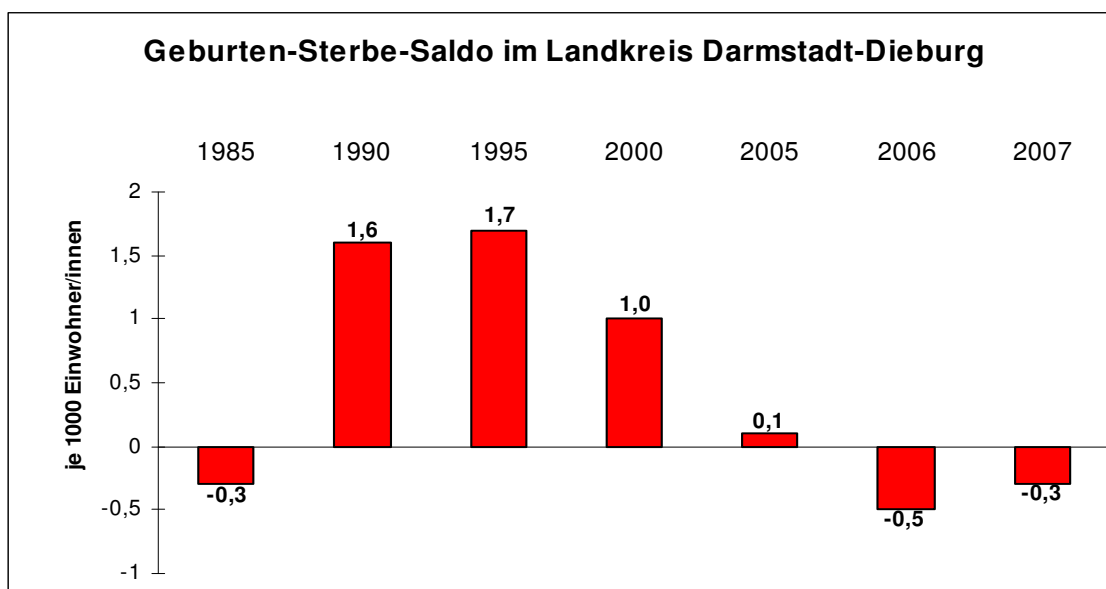
Natürliche Bevölkerungsbewegung						
Jahr	Geburten		Sterbefälle		mehr bzw. weniger (-) Geburten als Sterbefälle	
	Anzahl	auf 1000 Einw.	Anzahl	auf 1000 Einw.	Anzahl	auf 1000 Einw. (gerundet)
1985	2.414	9,7	2.495	10,0	-81	-0,3
1990	2.948	11,4	2.520	9,7	428	1,6
1995	2.960	10,7	2.487	9,0	473	1,7
2000	2.771	9,7	2.474	8,6	297	1,0
2005	2.450	8,4	2.433	8,4	17	0,1
2006	2.312	8,0	2.453	8,5	-141	-0,5
2007	2.398	8,3	2.500	8,6	-102	-0,3

Quelle: Statistische Nachrichten 1985 bis 2005, Landkreis Darmstadt-Dieburg; HSL 2006 bis 2007, eigene Zusammenstellung und Berechnung Jugendhilfeplanung

2007 wurden im Landkreis 2.398 Kinder geboren. Damit hat der Landkreis eine Geburtenrate von 8,3 bezogen auf 1000 Einwohner/-innen.

Im Jahr 2007 sind 2.500 Menschen gestorben. Das entspricht einer Sterberate von 8,6 je 1000 Bewohner/-innen.

Ein Vergleich der letzten 22 Jahre bezogen auf 1000 Einwohner/-innen verdeutlicht sowohl einen Rückgang der Geburten- wie der Sterberate.



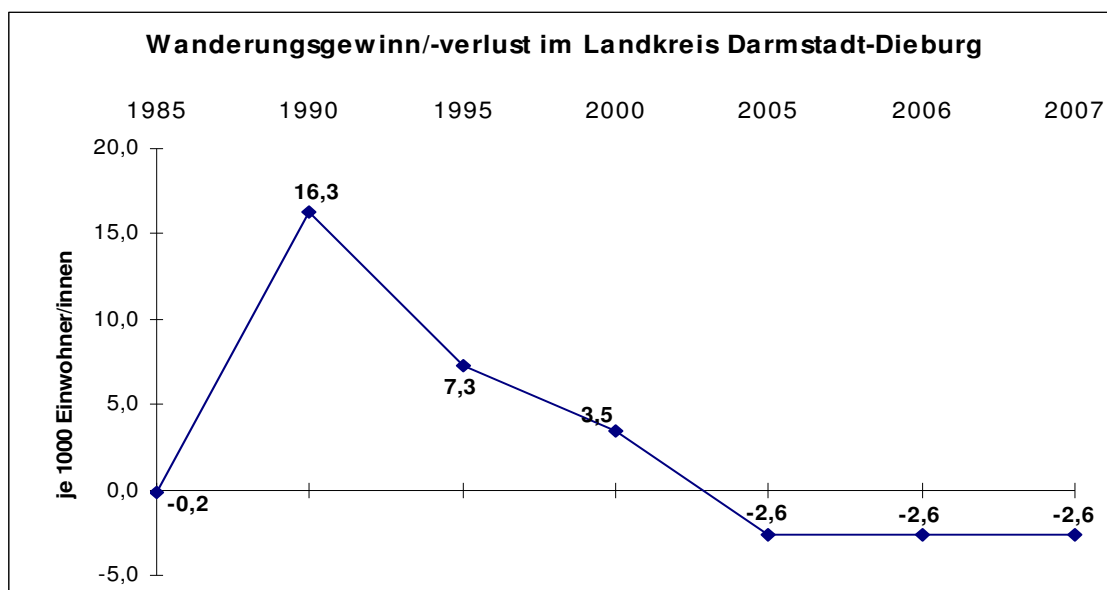
Quelle: Statistische Nachrichten 1995, Landkreis Darmstadt-Dieburg; eigene Zusammenstellung und Berechnung

Trotz leicht steigender Geburten im Jahr 2007 kann seit 2006 auch im Kreisgebiet der bundesdeutsche Trend hin zum negativen Geburten-Sterbesaldo festgestellt werden. Im Jahr 2006 betrug der Geburten-Sterbe-Saldo, bezogen auf 1000 Einwohner/-innen, im Kreisgebiet -0,5 und bundesweit -1,8.

1.4 Wanderungsbewegungen

Neben der natürlichen Bevölkerungsbewegung kommt der Beobachtung der räumlichen Bevölkerungsbewegung eine wichtige Bedeutung zu. In der Wanderungsstatistik werden die von den Meldebehörden registrierten Zu- und Fortzüge erfasst.

Der Landkreis Darmstadt-Dieburg konnte von 1986 bis 2004 einen positiven Wanderungssaldo verzeichnen. Damit ist gemeint, dass mehr Menschen aus anderen Gebieten in den Landkreis Darmstadt-Dieburg zuzogen als abwanderten. Im Jahr 1990 erreichte der Wanderungsgewinn (die Differenz zwischen Zu- und Fortzügen) seinen Höhepunkt mit einer Zuwanderungsrate (bezogen auf 1000 EW) von 16,3.



Quelle: Statistische Nachrichten 1995, Landkreis Darmstadt-Dieburg; HSL 2006 bis 2007; eigene Zusammenstellung und Berechnung JHP

Seit 2005 macht sich ein negativer Wanderungssaldo bemerkbar. Der Saldo aus Zu- und Abwanderungen in und aus dem Kreisgebiet erreichte 2005 absolut einen Wanderungsverlust von 759 Personen und einer Abwanderungsrate (bezogen auf 1000 EW) von 2,6.

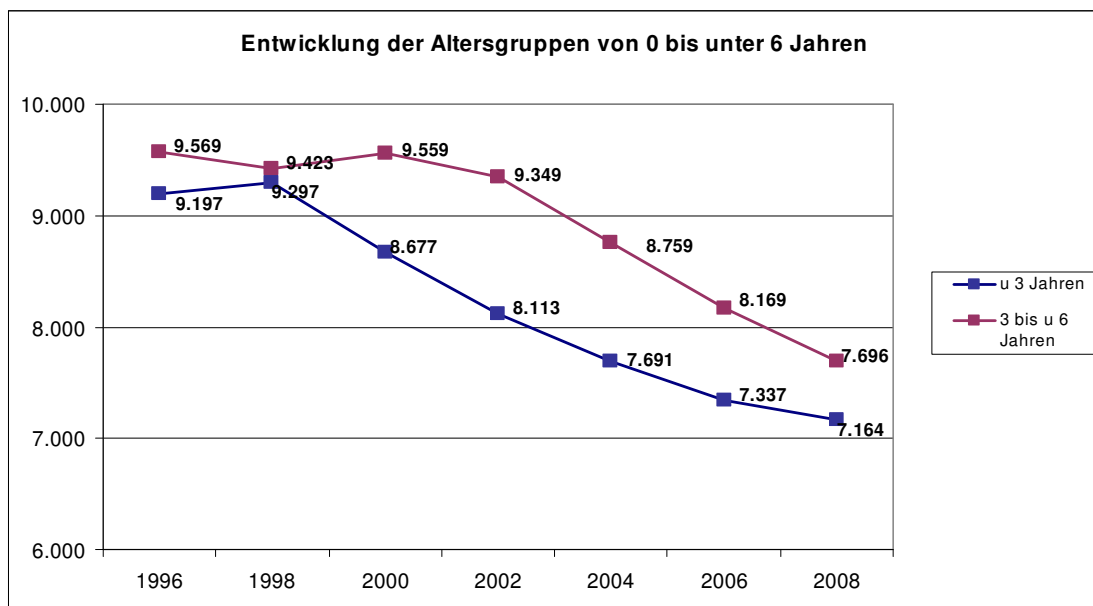
Auch für die Jahre 2006 und 2007 ist für den Landkreis weiterhin ein negativer Wanderungssaldo über die Kreisgrenze zu verzeichnen.

1.5 Altersaufbau

Die Bevölkerungsstruktur im Landkreis Darmstadt-Dieburg verändert sich. Wie schon jetzt zu erkennen ist, wird der allgemeine Rückgang der Bevölkerungszahl von erheblichen Veränderungen im Altersaufbau geprägt sein.

1.5.1 Altersgruppe von 0 bis unter 6 Jahren

Am deutlichsten macht sich der Rückgang der Geburtenzahlen bei der Altersgruppe der unter Dreijährigen bemerkbar. Im Vergleich zu 1996 ist ein absoluter Rückgang von 2.033 Kindern und damit um 22,1% zu verzeichnen.



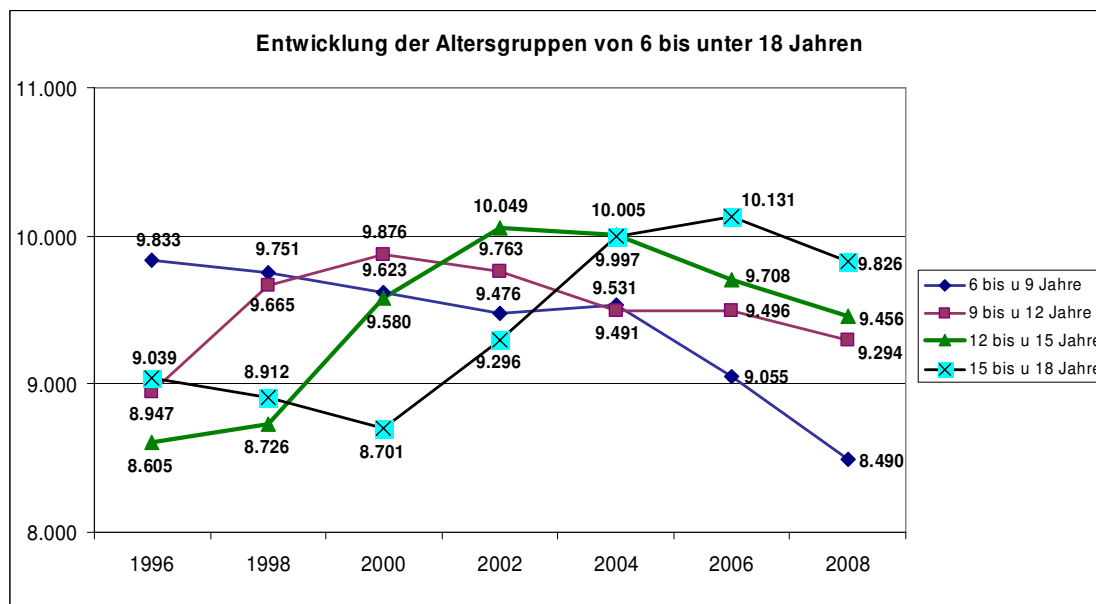
Quelle: ekom21 Hessen und Einwohnermeldeamt Groß-Bieberau, Stand jeweils 31.12.; Jugendhilfeplanung Landkreis Darmstadt-Dieburg; eigene Berechnungen

Bevölkerungsverluste sind auch bei der Altersgruppe von 3 bis unter 6 Jahren festzustellen. Im Vergleich zu 1996 kann 2008 ein Rückgang um 1.873 Kinder bzw. 19,6% beobachtet werden.

1.5.2 Altersgruppe von 6 bis unter 18 Jahren

Bei der Altersgruppe von 6 bis 9 Jahren fand im Vergleichszeitraum eine Abnahme um 1.343 Kinder und damit 13,7% statt.

Die Altersgruppe von 9 bis unter 12 Jahren legte im gleichen Zeitraum um 347 Kinder zu und verzeichnet damit eine Steigerung um 3,9%.



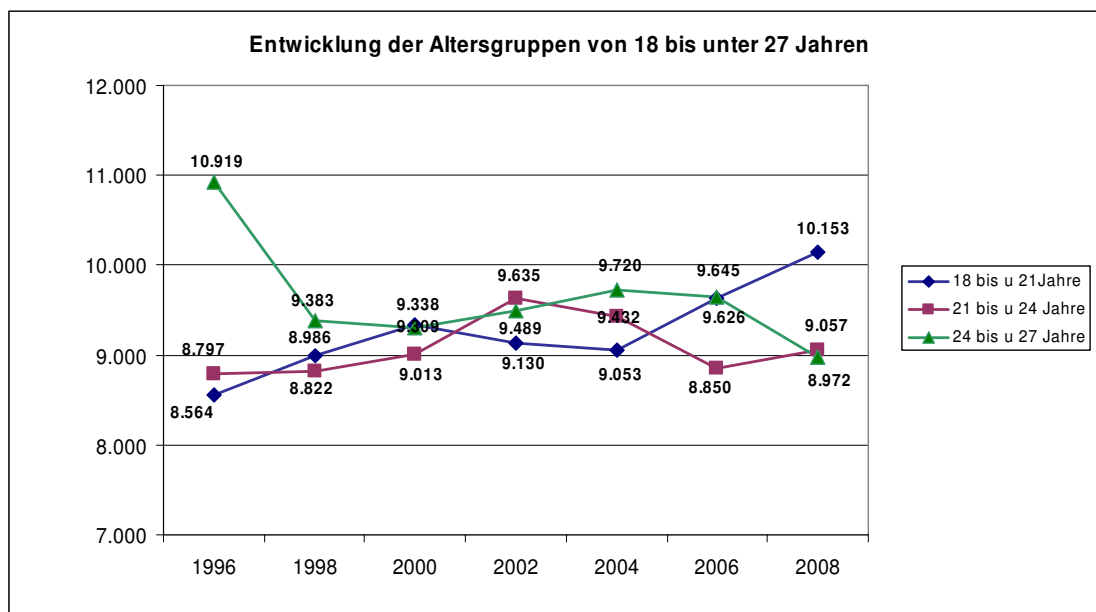
Quelle: ekom21 Hessen und Einwohnermeldeamt Groß-Bieberau, Stand jeweils 31.12.; Jugendhilfeplanung Landkreis Darmstadt-Dieburg; eigene Berechnungen

Am stärksten zugenommen hat die Altersgruppe der Kinder und Jugendlichen von 12 bis unter 15 Jahren. Die Anzahl der jungen Menschen stieg in den erfassten 22 Jahren um 851. Damit konnte diese Gruppe um 9,9% zulegen.

Auch die Altersgruppe der „jüngeren“ Erwerbstätigen, der Jugendlichen von 15 bis 18 Jahren hat einen Zuwachs um 787 Personen zu verzeichnen. Dies entspricht einem Anstieg von 8,7%.

1.5.3 Altersgruppe von 18 bis unter 27 Jahren

Die stärkste Zunahme bei der jungen Bevölkerung verzeichnet im Vergleichszeitraum die Altersgruppe der Volljährigen von 18 bis unter 21 Jahren. Ihre Zahl stieg von 8.564 auf 10.153 und damit um 18,6%.



Quelle: ekom21 Hessen und Einwohnermeldeamt Groß-Bieberau, Stand jeweils 31.12.; Jugendhilfepfanung Landkreis Darmstadt-Dieburg; eigene Berechnungen

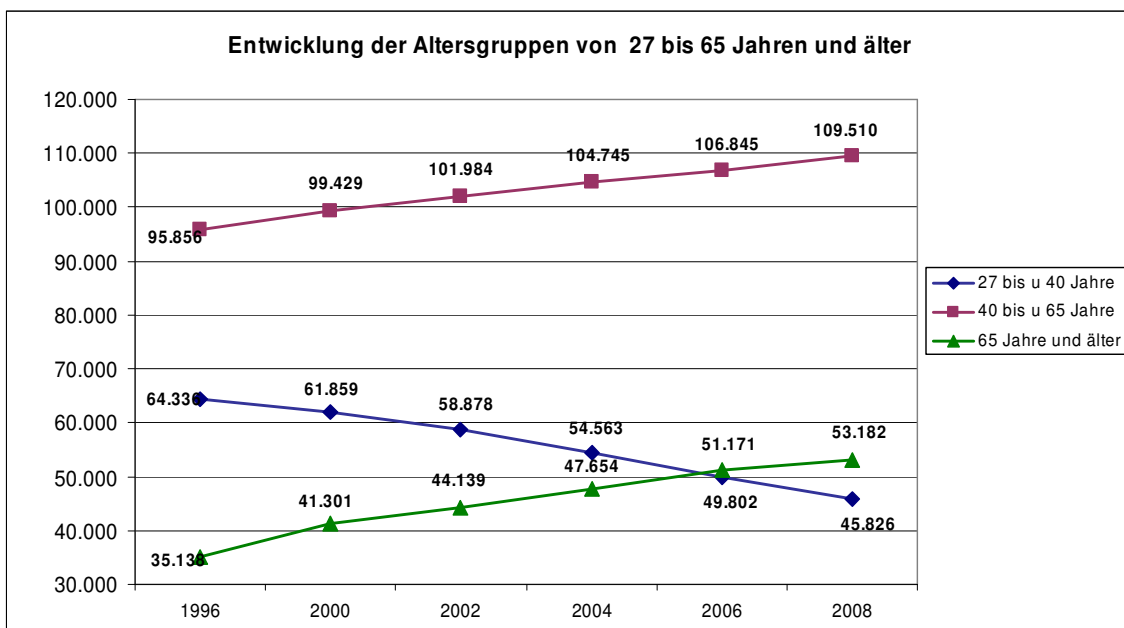
Ebenfalls steigend ist die Zahl der jungen Menschen von 21 bis 24 Jahren mit einer Zunahme im gleichen Zeitraum um 3%. Dagegen sank die Zahl der jungen Bevölkerung im Alter von 24 bis unter 27 Jahren von 10.919 auf 8.972, was einer Abnahme um 17,8% entspricht.

Im Beobachtungszeitraum verringerte sich die Zahl der „jungen“ erwerbsfähigen Bevölkerung von 24 bis 27 Jahren um 98 Personen und damit 0,3%.

1.5.4 Altersgruppe von 27 bis 65 Jahren und älter

Im Vergleichszeitraum sank die Zahl der „mittleren“ erwerbsfähigen Bevölkerung von 27 bis unter 40 Jahren um 18.510. Das ist eine Abnahme um 28,8%. Dagegen stieg die Zahl der „älteren“ erwerbsfähigen Personen um 13.654. Das entspricht einer Steigerung um 14,2%.

Gleichzeitig nahm die Altersgruppe der Senioren und Seniorinnen mit 65 Jahren und älter kontinuierlich zu. Die Zahl der Personen im Alter von 65 und mehr Jahren stieg im Beobachtungszeitraum um 18.044 und damit um 51,4%. Diese Altersgruppe stellt somit den höchsten Zuwachs an der Bevölkerung im Kreisgebiet.



Quelle: ekom21 Hessen und Einwohnermeldeamt Groß-Bieberau, Stand jeweils 31.12.; Jugendhilfeplanung Landkreis Darmstadt-Dieburg; eigene Berechnungen

Die Grafik verdeutlicht, wie sich die Altersstruktur der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter durch die Alterung der geburtenstarken Jahrgänge und den Rückgang der schwach besetzten Jahrgänge verändert.

1.5.5 Jugend- und Altenquotient

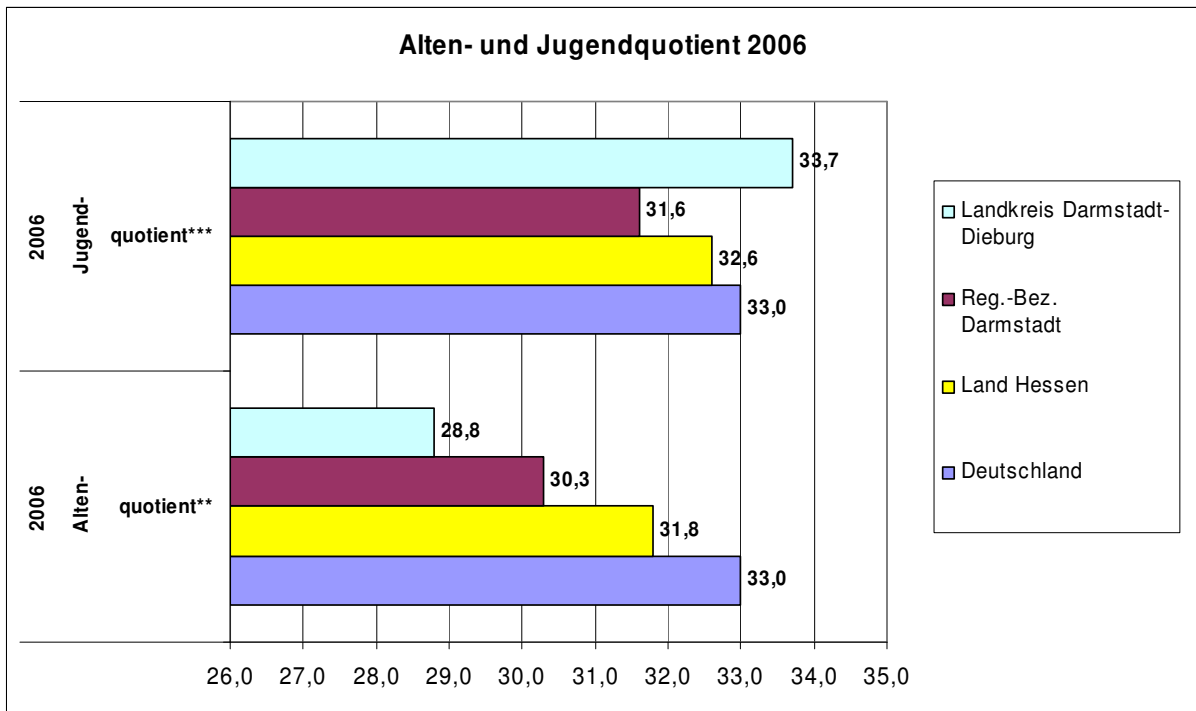
Soziale und staatliche Transferleistungen an nicht erwerbstätige junge und alte Menschen müssen aus dem volkswirtschaftlichen Einkommen der erwerbsaktiven Bevölkerung finanziert werden. Ein Hilfsmittel zur Darstellung dieser Relationen sind Altersmaße, z.B. der „Jugend- und Altenquotient“.

Der „Jugendquotient“ beschreibt das Verhältnis der noch nicht erwerbsfähigen jungen Menschen und der „Altenquotient“ das der nicht mehr erwerbsfähigen alten Menschen zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Als Werte wurden die Altersgrenzen der 20- bis 65-Jährigen zugrunde gelegt, da für diese Altersgrenze Vergleichswerte vorliegen und sie auch für weitere Analysen im vorliegenden Sozialbericht relevant sind.

Im Jahr 2006 lag der Jugendquotient im Landkreis Darmstadt-Dieburg bei 38,7. Das heißt, auf 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren kamen rund 39 Personen im Alter von unter 20 Jahren.

Im gleichen Jahr kamen auf 100 Personen im Erwerbsalter von 20 bis 65 Jahren im Regierungsbezirk Darmstadt nur knapp 32 und in Hessen und Deutschland je 33 unter 20-Jährige. Im Vergleich weist der Landkreis damit ein besseres Verhältnis von Jung und Alt auf.

Der Altenquotient lag 2006 bei 28,8, d.h. auf 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren kamen rund 29 Personen, die 65 Jahre und älter waren. Auch hier hat der Landkreis, im Vergleich mit dem Regierungsbezirk, Hessen und Deutschland, noch ein ausgeglichenes Verhältnis von Jüngeren zu Älteren.



Quelle: HSL, Wiesbaden 2009; Bundeszentrale für politische Bildung 2008; eigene Aufbereitung JHP

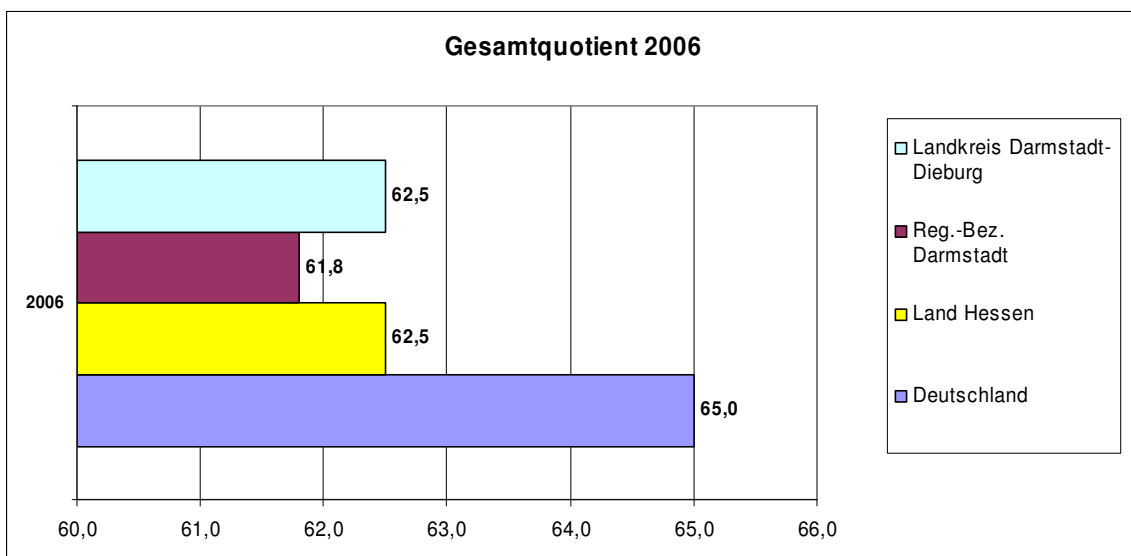
** Altenquotient: 65-Jährige oder Ältere je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren.

*** Jugendquotient: Unter 20-Jährige je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren.

Auch wenn der Landkreis vergleichsweise gut abschneidet, ist der Trend schon bundesweit vorgegeben: Der Bevölkerung im Erwerbsalter werden künftig immer mehr Menschen mit 65 Jahren und älter gegenüberstehen.

1.5.6 Gesamtquotient

Der Gesamtquotient beschreibt das Verhältnis zwischen den Menschen, die noch nicht oder nicht mehr im Erwerbsalter stehen, zu den Personen im Erwerbsalter.



Quelle: HSL, Wiesbaden 2009; Bundeszentrale für politische Bildung 2008; eigene Aufbereitung JHP

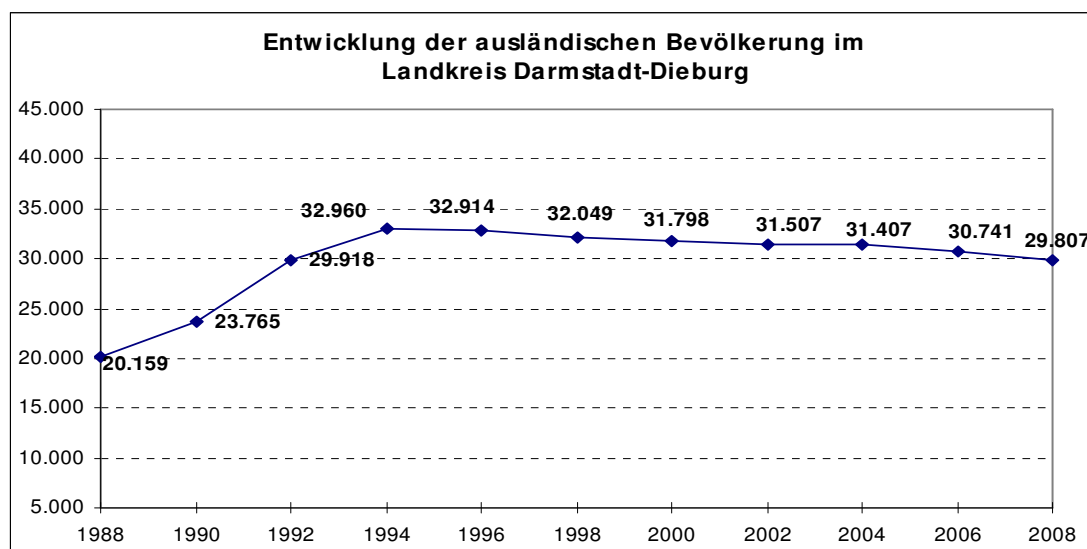
**** Gesamtquotient: Summe aus Alten- und Jugendquotient.

Im Landkreis Darmstadt-Dieburg sind von 100 Personen 62 noch nicht oder nicht mehr erwerbsfähig. Davon ist der größte Teil mit knapp 28 Personen noch unter 20 Jahren und daher zukünftig noch erwerbsfähig.

Wie die Entwicklung von 1996 bis 2008 gezeigt hat, hat die Zahl der Bewohner/-innen mit 65 Jahren und älter am stärksten zugenommen. Eine weitere Alterung der Bevölkerung ist auch im Landkreis Darmstadt in den nächsten Jahrzehnten nicht zu vermeiden.

1.6 Ausländische Bevölkerung und Migration

Ein wesentliches demografisches Merkmal einer Region ist der Anteil der ausländischen Bevölkerung und der Menschen mit Migrationshintergrund. Von 1988 bis 1994 stieg im Landkreis Darmstadt-Dieburg die Zahl der Menschen mit einer anderen Staatsangehörigkeit um 12.801, von 20.159 auf 32.960.



Quelle: ekom21 Hessen und Einwohnermeldeamt Groß-Bieberau, Stand jeweils 31.12.; Jugendhilfeplanung Landkreis Darmstadt-Dieburg; eigene Berechnungen

Seit 1996 ist die Zahl der Kreisbewohner/-innen mit fremder Staatsangehörigkeit rückläufig. Der Anteil an der Gesamtbevölkerung fiel von 11,8% im Jahr 1996 auf 10,3% im Jahr 2008.

1.6.1 Einbürgerungen

Der Rückgang ist aber nicht in einer tatsächlichen Abnahme der ausländischen Bevölkerung zu sehen, sondern basiert auf einer Verschiebung in der amtlichen Statistik aufgrund des neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG). Dieses trat am 01. Januar 2000 in Kraft und regelt die Einbürgerungen für Ausländer/-innen und die Einbürgerung nach Geburt. Seit der Einführung des so genannten „Optionsmodells“ werden Kinder, die nach Inkrafttreten des Gesetzes geboren wurden und deren Eltern Ausländer sind, automatisch durch Geburt im Inland Deutsche. Voraussetzung ist, dass ein Elternteil zu diesem Zeitpunkt ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzt und seit 8 Jahren in Deutschland lebt (§ 4 Abs. 3 StAG).

Die nachfolgende Grafik verdeutlicht die Entwicklung der Einbürgerungen in Deutschland, Hessen und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg.

Einbürgerungen der in Deutschland lebenden Ausländer/-innen von 2000 bis 2007										
Gebiet	Einbürgerungen					Veränderung der Einbürgerung in %				
	2000	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007	2000-2007
Deutschland	186.700	127.150	117.240	124.830	113.000	-31,9%	-7,8%	6,5%	-9,5%	-39,5%
Hessen	20.400	12.550	13.800	13.400	14.007	-38,5%	10,0%	-2,9%	4,5%	-31,3%
Landkreis Darmstadt-Dieburg	844	483	503	483	533	-42,8%	4,1%	-4,0%	10,4%	-36,8%

Quelle: HSL und Statistisches Bundesamt; eigene Berechnung JHP

Als das neue Staatsbürgerschaftsrecht in Kraft trat, erreichten die Einbürgerungen überall den Höchststand. Bis 2004 nahmen sie rapide wieder ab. Im Landkreis Darmstadt-Dieburg hat sich die Zahl der Einbürgerungen im Jahr 2007 gegenüber den Vorjahren am stärksten erhöht. Im gleichen Jahr stellten die Menschen mit türkischem Migrationshintergrund im Kreisgebiet mit einem Anteil von 28,3% die größte Gruppe an den Neubürger/-innen.

Differenziert nach Altersgruppen betrug der Anteil der unter 16-Jährigen 15,5%, der 16- bis 23-Jährigen 16,5% und den größten Anteil mit 29,8% stellte die Altersgruppe zwischen 23 und 35 Jahren. Der Anteil der Eingebürgerten in der Altersgruppe von 35 bis 45 Jahren betrug 23,5%, der von 45- bis unter 60- Jahren 13,7% und der von 60-Jahren und älter 0,9%.

In Hessen hat 2007 erstmals die Zahl der Einbürgerungen wieder zugenommen. Die größte Gruppe der Eingebürgerten stellten die Türken dar. Fast zwei Drittel (62%) der neuen Deutschen in Hessen waren jünger als 35 Jahre, weitere 23% jünger als 45 Jahre. Die meisten der Neubürger lebten schon seit vielen Jahren in Deutschland, davon gut 20% seit mindestens 20 Jahren und 46% zwischen acht und 15 Jahren (vgl. Hessischer Rundfunk 2009).

Dies ist jedoch nur ein Teil der in Deutschland lebenden Menschen „mit fremden Wurzeln“. Zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund zählen neben allen nach Deutschland Zugewanderten und allen im Inland mit fremder Staatsangehörigkeit Geborenen auch die hier geborenen Deutschen mit zumindest einem Elternteil, der als Ausländer/-in in Deutschland geboren wurde oder zugewandert ist (vgl. Datenreport 2008:18).

1.6.2 Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Fast 20% der deutschen Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund. Über die Hälfte dieser Personen besitzt einen deutschen Pass. In Hessen beträgt der Anteil der Deutschen mit ausländischen Wurzeln 25% (vgl. Berlin-Institut 2009).

Zu den Deutschen mit Migrationshintergrund gehören neben den eingebürgerten Ausländer/-innen, vor allem der Türkischstämmigen und den (Spät-)Aussiedlern auch deren Kinder. Folgende Entwicklungen beeinflussten oder wirken immer noch auf die Anzahl dieser Bevölkerungsgruppen (vgl. Datenreport 2008:18ff):

Die Zuwanderung der Spätaussiedler, vor allem Ende der 1980er bis Ende der 1990er Jahre: Während in Deutschland zwischen 1988 und 1999 mehr als 2,6 Millionen Aussiedler und Spätaussiedler aufgenommen wurden, waren es 2007 nur noch knapp 5.800.

Die verstärkte Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern seit 1990: Von 1990 bis 2006 wurden 3,3 Millionen eingebürgert, im gesamten Zeitraum seit 1954 waren es insgesamt 4,4 Millionen.

Die Geburt von Deutschen mit Migrationshintergrund: Schätzungen zufolge wurden 2006 knapp 220 000 Deutsche mit Migrationshintergrund geboren, das sind fast ein Drittel aller Geburten.

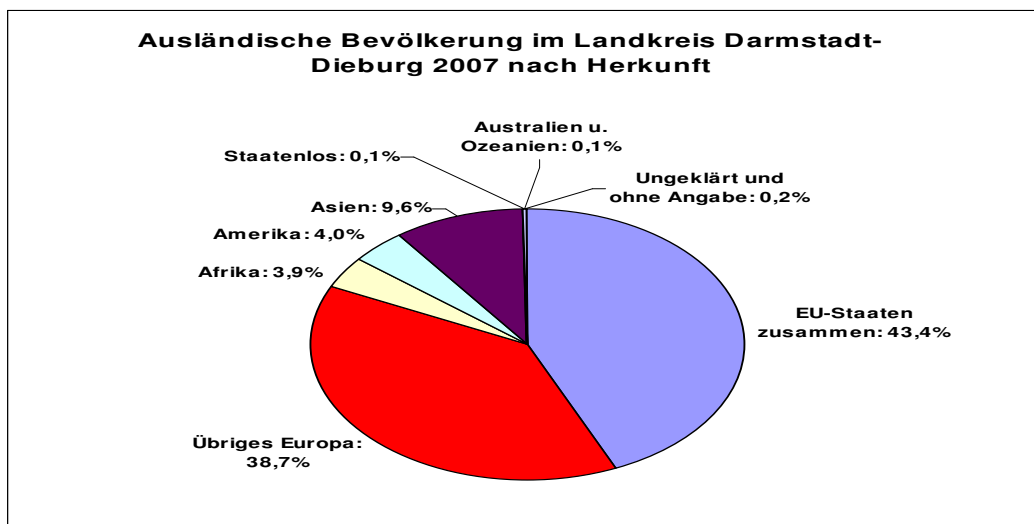
Die ausländische Bevölkerung unterscheidet sich in einer Vielzahl von sozioökonomischen Merkmalen von der deutschen Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund. Wie die Ergebnisse der aktuellen Integrationsstudie des Berlin-Instituts belegen, sind viele soziale Risiken wie fehlende schulische und berufliche Qualifikation, Arbeitslosigkeit, niedriges Einkommen und geringere Teilnahme am öffentlichen Leben bei ihnen deutlich häufiger zu finden als in der sonstigen Bevölkerung. In der Regel sind Deutsche mit Migrationshintergrund von diesen Risiken doppelt so oft betroffen als Deutsche ohne Migrationshintergrund.

„Damit unterscheidet sich die ausländische Bevölkerung hinsichtlich dieser Merkmale von der deutschen Bevölkerung mit Migrationshintergrund deutlicher als die Bevölkerung mit Migrationshintergrund von der ohne Migrationshintergrund“ (ebda:19).

Die Erfassung von Migrantinnen und Migranten bereitet derzeit noch methodische Probleme. Aus diesem Grund liegen für den Landkreis keine Daten zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund vor. Deshalb kann nachfolgend nur die Gruppe der nichtdeutschen Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit näher betrachtet werden.

1.6.3 Ausländische Bevölkerung

Im Jahr 2007 lebten im Landkreis Darmstadt-Dieburg 30.254 Ausländer/-innen. Das entspricht einem Anteil von 10,5% an der Gesamtbevölkerung. Die größte Gruppe, 43,3% der ausländischen Bevölkerung, kommt aus Ländern der EU, die zweitgrößte mit 38,7% setzt sich aus Menschen aus den übrigen europäischen Ländern (einschließlich Türkei) zusammen und die drittgrößte Gruppe kommt mit 9,6% aus Asien.

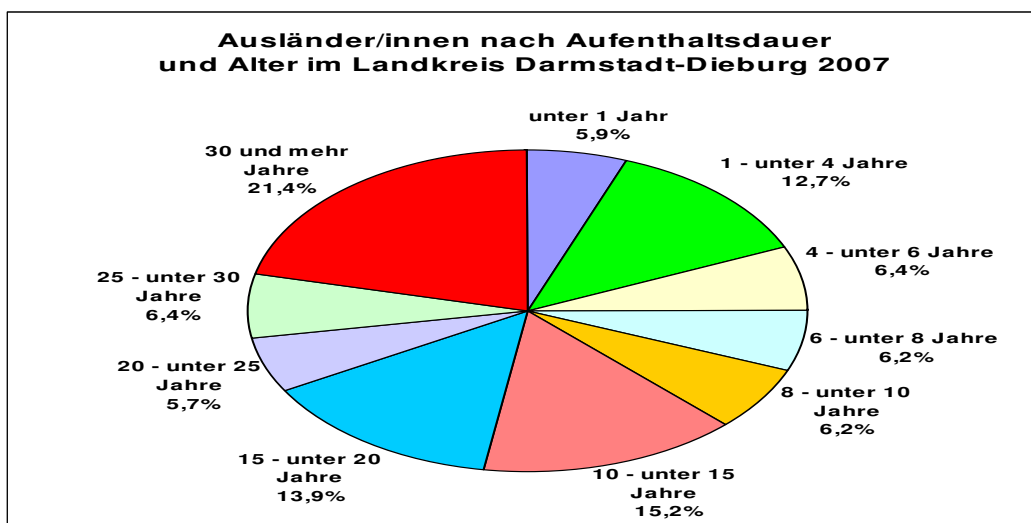


Quelle: HSL: Ausländer am 31.12.2007 in den Verwaltungsbezirken nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten; eigene Berechnungen JHP

Bundesweit weisen vor allem die Städte einen deutlich höheren Anteil von Ausländer/-innen und Menschen mit Migrationshintergrund auf, als die ländlich geprägten Räume. Entsprechend verzeichnen auch im Kreisgebiet die Städte Griesheim (16,1%) und Weiterstadt (14,1%) die höchsten Anteile der ausländischen Bewohner/-innen, die geringsten Anteile finden sich in den Gemeinden Modautal (4,0%) und Otzberg (4,4%).



Im Kreisgebiet kommt der größte Teil der Ausländer/-innen mit 24,2% aus der Türkei. Herkunftsland der zweitgrößten Gruppe ist Italien mit 12,8% und Polen mit 6,8%.

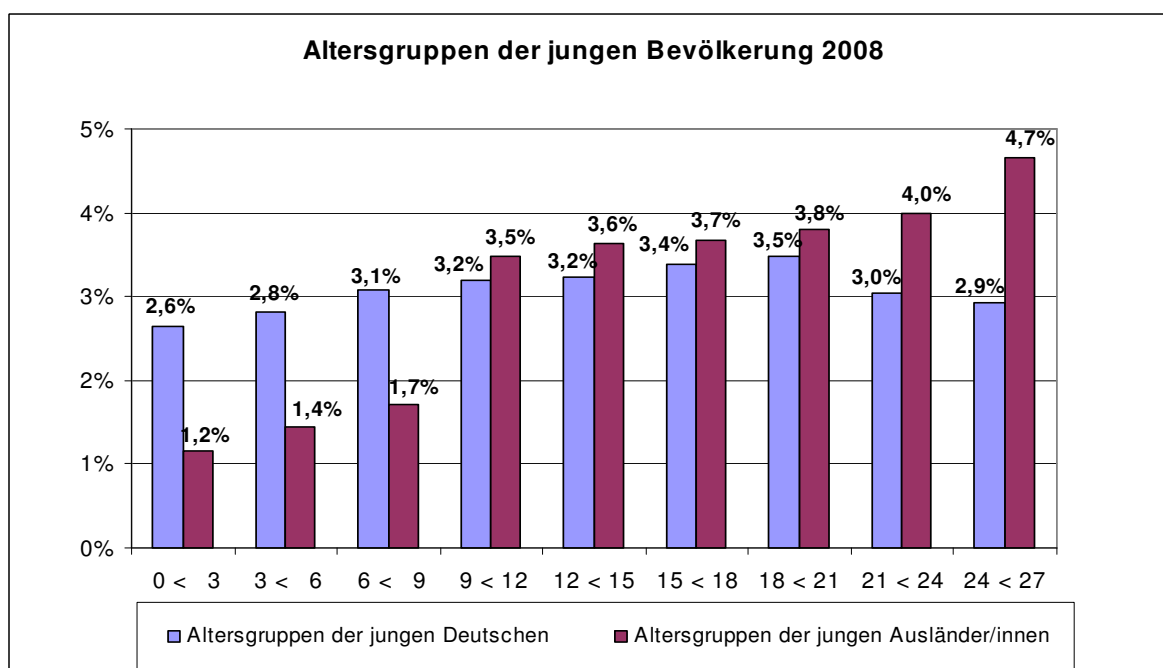


Quelle: Integrationsbüro LK Darmstadt-Dieburg; eigene Berechnungen JHP

Ein kontinuierlicher Integrationsbedarf kann vor allem für die Zahl von Ausländer/-innen gesehen werden, die erst kurze Zeit in Deutschland leben. 2007 hatten von der ausländischen Bevölkerung 5.625 Personen eine Aufenthaltsdauer von 4 Jahren und weniger. Davon waren 30,4% im Alter von 25 bis 35 Jahren.

Auch bei der Verweildauer von 6 bis 10 Jahren stellt diese Altersgruppe mit 32% einen hohen Anteil.

Ein Vergleich der jungen Bevölkerung nach deutschen und ausländischen jungen Menschen zeigt, bezogen auf die jeweilige Gesamtbevölkerung, überdurchschnittliche Anteile der Deutschen bei den Altersgruppen bis unter 9 Jahren und überdurchschnittliche Anteile der Ausländer/-innen vor allem bei der Altersgruppen von 24 bis unter 27 Jahren.



Quelle: ekom21 Hessen und Einwohnermeldeamt Groß-Bieberau, Stand jeweils 31.12.; Jugendhilfeplanung Landkreis Darmstadt-Dieburg; eigene Berechnungen

62,6% der Ausländer/-innen im Kreisgebiet leben seit mehr als 10 Jahren in Deutschland, davon 21% mit einer Dauer von 30 Jahren und mehr.

Die Altersgruppe der ausländischen Bevölkerung mit 65 und mehr Jahren stellt insgesamt einen Anteil von 6,8%. Von dieser Gruppe weisen 70% eine Aufenthaltsdauer von 30 Jahren und mehr auf.

Verschiedene Studien und ihre Analysen, z.B. des Berlin-Instituts zeigen, dass die ausländische Bevölkerung innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund aufgrund von sozio-ökonomischen Merkmalen eine besondere Stellung einnimmt, die auch weiterhin einen besonderen Integrationsbedarf begründet.

1.7 Regionale Bevölkerungsverteilung

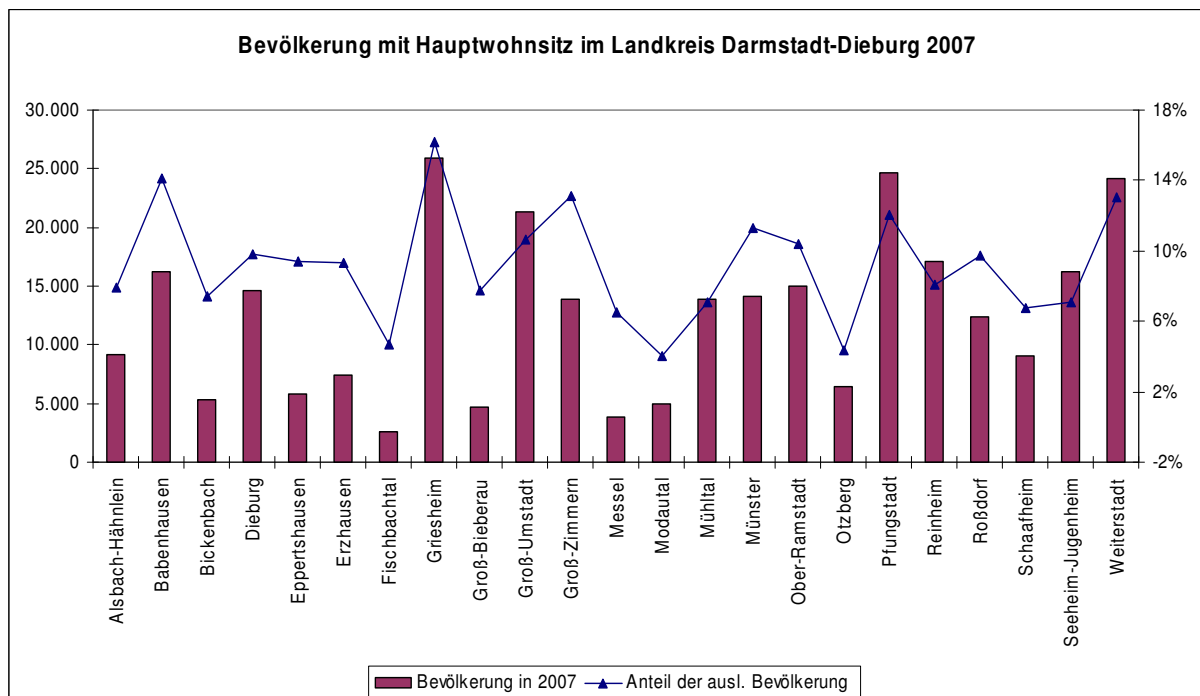
Eine Analyse auf der Ebene der Kommunen zeigt ein sehr heterogenes Bild bezogen auf die Bevölkerung und die Bevölkerungsentwicklung der letzten Jahre.

1.7.1 Bevölkerung in den Kreiskommunen

Mit Stand 31.12.2007 leben 289.286 Einwohner/-innen im Landkreis Darmstadt-Dieburg. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung beträgt kreisweit 10,5%.

Den höchsten Anteil an der Kreisbevölkerung weist die Stadt Griesheim mit 9% auf. Mit einem Anteil von 16,1% leben hier auch die meisten Ausländer/-innen gemessen an der Gesamtbevölkerung.

Die Gemeinde Fischbachtal stellt mit 0,9% den niedrigsten Anteil an der Kreisbevölkerung. Hier, wie in der Gemeinde Modautal (4%), wohnen die wenigsten ausländischen Bewohner/-innen.



Quelle: ekom21 Hessen und Einwohnermeldeamt Groß-Bieberau, Stand jeweils 31.12.; Jugendhilfeplanung Landkreis Darmstadt-Dieburg; eigene Berechnungen

1.7.2 Entwicklung der Bevölkerung in den Kreiskommunen

Im Zeitraum von 2000 bis 2007 verzeichnet der Landkreis Darmstadt-Dieburg einen Anstieg der Gesamtbevölkerung um 1,1%. Damit liegt die durchschnittliche Zuwachsrate im Kreisgebiet über der von Hessen und entgegen dem abnehmenden Bundestrend.

Bevölkerungsrückgänge sind im Vergleichszeitraum vor allem in den Städten des Kreises und den sehr ländlichen Regionen zu verzeichnen.

Von den neun Städten des Kreises haben vier Städte im Vergleichszeitraum einen Zuwachs der Bevölkerung erfahren. Zugenommen hat die Bevölkerung in Griesheim, Groß-Bieberau, Weiterstadt und Dieburg.

Dagegen sind bei fünf Städten schrumpfende Bevölkerungszahlen zu beobachten. Bevölkerungsrückgänge weisen Reinheim, Ober-Ramstadt, Babenhausen, Pfungstadt und Groß-Umstadt auf.

Verdichtungsbereiche im ländlichen Raum wie die Gemeinden Münster und Groß-Zimmern weisen einen überdurchschnittlichen Bevölkerungszuwachs auf, ebenso wie die Gemeinden Erzhausen, Mühlthal und Roßdorf in unmittelbarer Randlage zur Stadt Darmstadt.

Bevölkerung mit Hauptwohnsitz im Landkreis Darmstadt-Dieburg 2007					
	Bevölkerung in 2007	in % der Kreisbevölkerung	% Veränderung der Gesamtbev. 2000 bis 2007	Anteil der ausl. Bevölkerung	% Veränderung der ausl. Bevölkerung 2000 bis 2007
Alsbach-Hähnlein	9.174	3,2%	0,1%	8,0%	-3,4%
Babenhausen	16.269	5,6%	-1,6%	14,1%	-9,3%
Bickenbach	5.325	1,8%	2,1%	7,4%	-4,3%
Dieburg	14.656	5,1%	1,1%	9,8%	-7,0%
Eppertshausen	5.874	2,0%	0,7%	9,4%	-4,0%
Erzhausen	7.479	2,6%	12,5%	9,3%	-1,3%
Fischbachtal	2.631	0,9%	-2,1%	4,7%	-45,6%
Griesheim	25.916	9,0%	6,0%	16,1%	-4,8%
Groß-Bieberau	4.654	1,6%	2,5%	7,8%	-19,2%
Groß-Umstadt	21.352	7,4%	-0,3%	10,7%	-7,8%
Groß-Zimmern	13.925	4,8%	4,0%	13,1%	-5,3%
Messel	3.883	1,3%	-1,0%	6,5%	-23,7%
Modautal	4.991	1,7%	-0,6%	4,0%	31,4%
Mühlthal	13.830	4,8%	2,5%	7,1%	3,7%
Münster	14.191	4,9%	4,1%	11,3%	8,4%
Ober-Ramstadt	15.051	5,2%	-1,6%	10,4%	-5,8%
Otzberg	6.485	2,2%	1,4%	4,4%	1,8%
Pfungstadt	24.646	8,5%	-1,5%	12,0%	-5,0%
Reinheim	17.105	5,9%	-4,6%	8,1%	-11,8%
Roßdorf	12.391	4,3%	2,5%	9,8%	0,2%
Schaafheim	9.057	3,1%	4,2%	6,8%	-7,8%
Seeheim-Jugenheim	16.283	5,6%	-2,2%	7,1%	-1,0%
Weiterstadt	24.118	8,3%	1,7%	13,1%	-2,0%
Gesamt	289.286	100,0%	1,1%	10,5%	-4,9%

Quelle: ekom 21 und Einwohnermeldeamt Groß-Bieberau, Stand 31.12.2000 und 2007; eigene Berechnungen Jugendhilfeplanung LK Darmstadt-Dieburg

Im eher ländlichen Raum verzeichnet nur die Gemeinde Schaafheim einen überdurchschnittlichen Zuwachs. Bevölkerungsverluste lassen sich dagegen in den Gemeinden Seeheim-Jugenheim (-2,2%) und im ländlichen Raum in Fischbachtal und Modautal feststellen.

1.7.3 Ausländische Bevölkerung in den Kreiskommunen

Auch hinsichtlich der ausländischen Bevölkerung gibt es deutliche Unterschiede in den Kommunen des Kreisgebietes. Von 2005 bis 2007 verringert sich die Zahl der ausländischen Bevölkerung kreisweit um 3,7%.

Demgegenüber können in den Gemeinden Modautal (+9,8%), Münster (+3,4%) und Mühlthal (+3,2%) überdurchschnittliche Zunahmen der Ausländer/-innen verzeichnet werden.

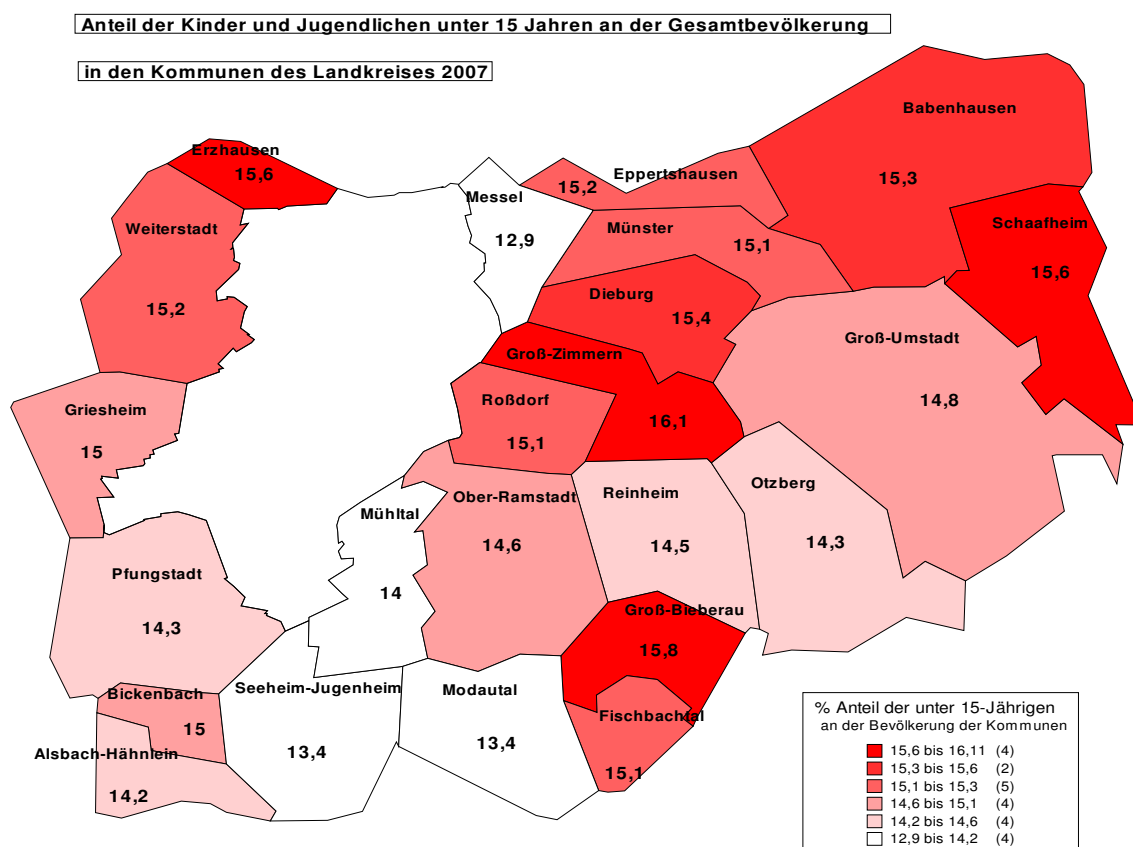
Überdurchschnittlich abgenommen haben dagegen die Zahlen der ausländischen Bevölkerung in den Gemeinden Fischbachtal (-27,2%), in Groß-Bieberau (-10,6%) und in Messel (-7,6%).

1.7.4 Junge Bevölkerung in den Kreiskommunen

Nicht nur bezogen auf die Entwicklung der Gesamtbevölkerung, auch in der Altersstruktur sind deutliche Unterschiede in den Kommunen zu beobachten.

Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren

2007 leben im Kreisgebiet 42.828 junge Menschen unter 15 Jahren. Das entspricht einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 14,8%. Damit ist fast jede/r siebte Kreisbewohner/-in unter 15 Jahre alt.



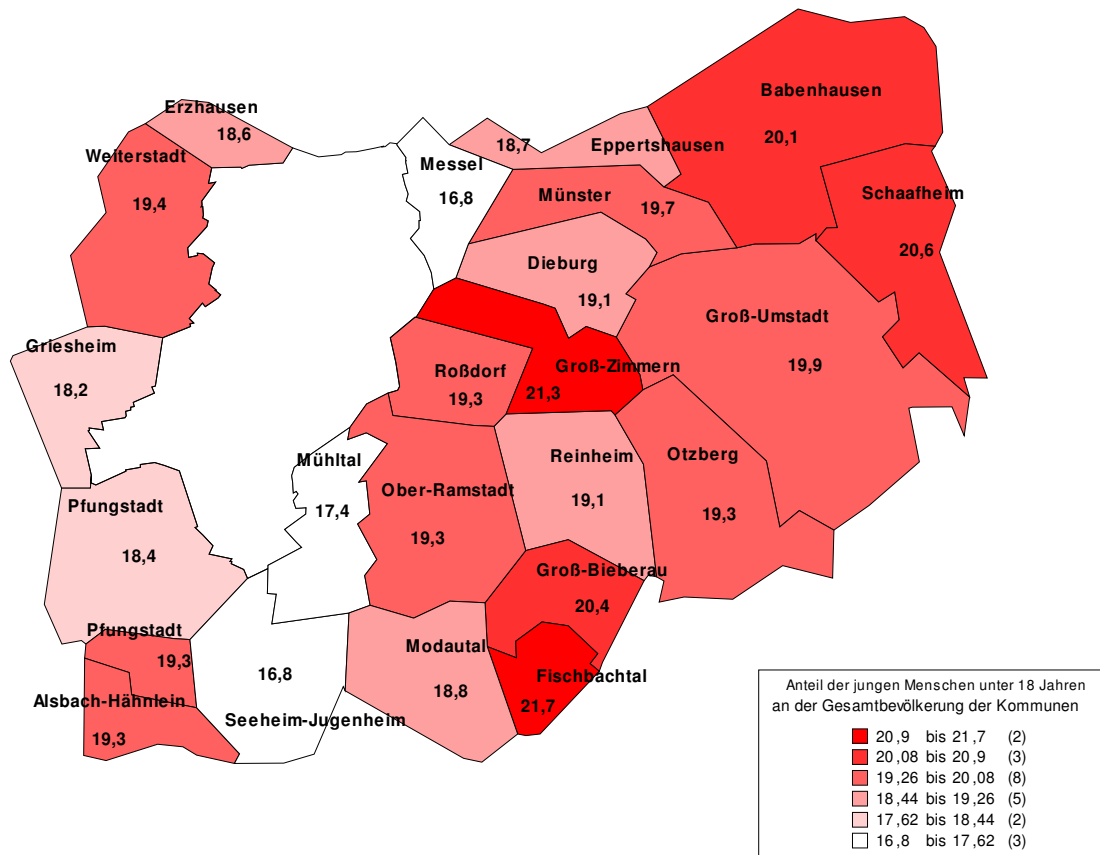
Tendenziell zeigen sich in den Kommunen im Ostteil des Kreises höhere Anteile der Kinder und Jugendlichen, vor allem in Groß-Zimmern und Groß-Bieberau, während der Westteil eher geringere Anteile, vor allem in Seeheim-Jugenheim, aufweist.

Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren

2007 leben im Landkreis 52.907 minderjährige junge Menschen. Das entspricht einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 18,3%. Damit ist jede/r fünfte Kreisbewohner/-in unter 18 Jahre alt.

Anteil der jungen Menschen unter 18 Jahren an der Gesamtbevölkerung

in den Kommunen des Landkreises



In den Kommunen variieren diese Werte ebenfalls sehr stark. Wie schon bei der jungen Bevölkerung unter 15 Jahren verzeichnen die Kommunen im Ostteil höhere Anteile an Minderjährigen als die im Westteil. Deutlich überdurchschnittliche Werte finden sich in Fischbachtal (21,7%) und Schaaßheim (20,6%). Unterdurchschnittlich sind die Werte in Seeheim-Jugenheim und Messel (je 16,8%).

2 Demografischer Wandel

Die demografischen Veränderungen haben Auswirkungen auf viele verschiedene Bereiche der Gesellschaft. Auf der kommunalen Ebene ist vor allem das Zusammenleben der Generationen und die damit verbundenen Anforderungen und Aushandlungsprozesse von Jung und Alt an die soziale Infrastruktur von Bedeutung.

In den letzten Jahrzehnten wird die demografische Lage gekennzeichnet durch eine geringe durchschnittliche Kinderzahl je Frau, sinkende Geburtenraten, eine sich abschwächende Zuwanderung sowie eine steigende Lebenserwartung.

2.1 Zusammengefasste Geburtenziffer

Deutschland ist eines der kinderärmsten Länder der Welt. Für die zukünftige Bevölkerungsentwicklung ist daher die durchschnittliche Kinderzahl je Frau eine sehr wichtige Einfluss-

größe. Die Geburtenziffer gibt an, wie viele Kinder eine Frau im Laufe ihres Lebens bekommen würde, wenn ihr Geburtsverhalten so wäre, wie das aller Frauen zwischen 15 und 49 Jahren im jeweiligen Jahr.

Um die Reproduktion einer Bevölkerung dauerhaft zu sichern, müsste jede Frau im Laufe ihres Lebens 2,1 Kinder zur Welt bringen. Sowohl in West-, als auch in Ostdeutschland war diese Bedingung zuletzt in den 1960er Jahren bis Anfang 1970 gegeben (vgl. Bundeszentrale/bpb 2008). Seit dem „Pillenknicke“ Mitte der 1970er wird die rechnerisch erforderliche Zahl der Kinder je Frau deutlich unterschritten. Mit 1,4 Kindern je Frau wird seither weniger Nachwuchs geboren, als für eine stabile Bevölkerungszahl notwendig wäre. Der Wert hat sich (in Westdeutschland) in den letzten dreißig Jahren nur wenig verändert. Die höchsten Werte in diesem Zeitraum wurden 1980 mit 1,44 und 1990 mit 1,45 erreicht. Die niedrigste zusammengefasste Geburtenziffer in Westdeutschland gab es 1985 mit 1,28.

Bei einer durchschnittlichen Kinderzahl von 1,4 ist jede Kindergeneration um ein Drittel kleiner als die der Eltern. So gerechnet haben 100 Mütter 66 Töchter, 44 Enkelinnen und nur noch 30 Urenkelinnen. Binnen dreier Generationen, d.h. in ca. 100 Jahren, würde die Bevölkerung ohne Zuwanderung auf ein Drittel schrumpfen (vgl. Sütterlin 2008:4). Da seit 30 Jahren jede Kindergeneration ihre Eltern nur noch zu zwei Dritteln ersetzt wird die deutsche Gesellschaft immer weniger und immer älter.

Zusammengefasste Geburtenziffern je Frau im Verhältnis zu allen Frauen im Alter zwischen 15 und 49 Jahren nach ausgewählten Gebieten						
Gebiet	Geburtenziffer je Frau			Veränderung der Geburtenziffer in %		
	2005	2006	2007	2006	2007	2005-2007
Landkreis Darmstadt-Dieburg	1,35	1,31	1,39	-3,0%	5,8%	3,0%
Hessen	1,36	1,33	1,38	-2,2%	3,6%	1,5%
Nordrhein-Westfalen	1,37	1,36	1,39	-0,7%	2,2%	1,5%
Bayern	1,34	1,32	1,36	-1,5%	2,9%	1,5%
Deutschland	1,34	1,33	1,37	-0,7%	2,9%	2,2%
Deutschland West (ohne Berlin)	1,36	1,34	1,38	-1,5%	2,9%	1,5%
Deutschland Ost (ohne Berlin)	1,30	1,30	1,37	0,0%	5,1%	5,4%

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt; eigene Berechnungen JHP

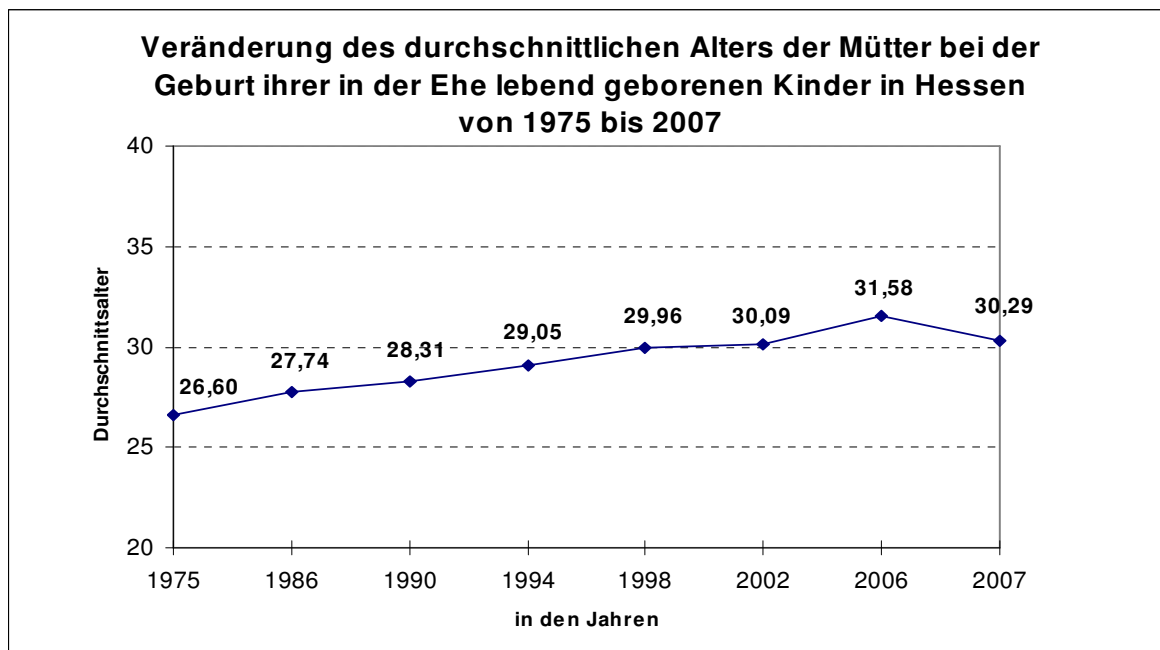
Während in den 1960ern Babyboomjahren in Deutschland jährlich über 1,3 Millionen Kinder geboren wurden, waren es 2006 nur noch rund 672.700 Kinder. Das waren 13.100 weniger als 2005 und entsprechend sank die Geburtenziffer von 1,34 auf 1,33 (Statistisches Bundesamt 2008).

2006 betrug die zusammengefasste Geburtenziffer im Landkreis Darmstadt-Dieburg 1,35. Zwei Jahre später erreichte sie wieder 1,39. Damit lag die Geburtenziffer über dem Durchschnitt in Hessen und Deutschland und erreichte im Beobachtungszeitraum, mit 3% den zweithöchsten Zuwachs.

Die zusammengefasste Geburtenziffer der in Deutschland lebenden Ausländerinnen lag im Jahr 2006 bei 1,6 Kindern je Frau und damit höher als bei den deutschen Frauen, aber auch deutlich niedriger als zu Beginn der 1990er Jahre mit 2,0. Für Hessen und den Landkreis Darmstadt-Dieburg lagen hier keine Daten vor. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass auch hier, entsprechend dem Bundestrend, die zusammengefasste Geburtenziffer zurückging.

2.2 Veränderung der Altersstruktur der Mütter

Gleichzeitig hat sich auch die Altersstruktur der Mütter verändert. So stieg das durchschnittliche Alter der Frauen bei der Geburt ihrer in der Ehe geborenen Kinder im Zeitraum von 1975 bis 2007 von 26,6 auf 30,3 Jahre.



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt; eigene Berechnungen JHP

Auch wenn nur bundesdeutsche Vergleichszahlen vorliegen, ist diese Veränderung auch bei ausländischen Müttern zu beobachten. Das durchschnittliche Alter der ausländischen Frauen stieg bei der Geburt ihrer Kinder im Zeitraum von 1990 bis 2006 von 26 auf 29 Jahre (vgl. Statistisches Bundesamt Pressemitteilung 2008).

2.3 Lebenserwartung

Während die Zahl der Kinder wegen niedriger Geburten und schwindender Elternjahrgänge auf absehbare Zeit zurückgehen wird, verdoppelt sich vermutlich die Zahl der „Hochbetagten“. 2050 dürfte jeder achte in Deutschland lebende Mensch über 80 Jahre alt sein (vgl. Sütterlin 2008:7).

Ein gewichtiger Faktor für den steigenden Anteil älterer Menschen ist die Lebenserwartung. Die steigende Lebenserwartung ist ein sehr anschaulicher Indikator zur zusammenfassenden Beurteilung der gesundheitlichen Lage und der medizinischen Versorgung der Bevölkerung. Sie ist keine Prognose, sondern eine Momentaufnahme, welche die durchschnittlich aktuelle Lebenserwartung wiedergibt.

Dank guter Ernährung, besseren Arbeitsbedingungen und verbesserter medizinischer Versorgung ist die Lebenserwartung in Deutschland im letzten Jahrhundert um etwa 30 Jahre angestiegen. Sie steigt immer noch an und weist einen kontinuierlichen Zugewinn von mehr als 2 Jahren pro Jahrzehnt auf.

Während in der Vergangenheit der Anstieg auf die Verringerung der Sterblichkeit von Säuglingen und Kleinkindern zurückzuführen war, tragen heute eine bessere medizinische Versorgung bei Erkrankungen im höheren Alter (z.B. Krebs, Herzinfarkte) und ein bewusster Lebenswandel durch ein größeres Gesundheits- und Ernährungsbewusstsein zunehmend zur höheren Lebenserwartung und damit zur Alterung „von oben“ bei.

Bei einem Vergleich der Lebenserwartung innerhalb Deutschlands zeigen sich deutliche Unterschiede, auch bezogen auf die Geschlechter.

Vergleich der Lebenserwartung 2006				
	Lebenserwartung bei der Geburt		Abweichung gegenüber	
	Jungen	Mädchen	Jungen	Mädchen
Deutschland	76,64	82,08		
Früheres Bundesgebiet	76,91	82,15	0,3	0,1
Neue Länder (ohne Berlin)	75,49	81,83	-1,2	-0,3
Hessen	77,24	82,23	0,6	0,2
Landkreis Darmstadt-Dieburg	78,63	83,24	2,0	1,2

Quelle: Stat. Bundesamt 2007; Kreisausschuss 2006:Darmstadt-Dieburg in Zahlen 2006, eigene Berechnungen JHP

Der Landkreis Darmstadt-Dieburg weist im Jahr 2006 die höchste Lebenserwartung auf. Im Berechnungszeitraum 2004/2006 lag die durchschnittliche Lebenserwartung im Kreisgebiet bei Geburt für Jungen bei 78,63 Jahren und für Mädchen bei 83,24 Jahren. Im Vergleich zu Deutschland beträgt die Abweichung der Lebenserwartung bei neugeborenen Jungen 2,0 und bei Mädchen 1,2 Jahre.

Auf der Grundlage der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung nimmt die durchschnittliche Lebenserwartung in Hessen bis 2050 bei neugeborenen Jungen von 77,24 Jahren auf 83,5 Jahre und bei weiblichen Neugeborenen von 82,23 Jahre auf 88,0 Jahre zu. Die Differenz in der Lebenserwartung von Männern beziehungsweise Frauen verringert sich damit von 5,0 auf 4,5 Jahre.

2.4 Durchschnittsalter der Bevölkerung

Ein weiterer Indikator zur Beurteilung der Alterung der Bevölkerung ist das Durchschnittsalter. Zumeist wandern junge Menschen in Großstädte oder ballungsraumnahe Gebiete. In einer Region mit Bevölkerungsrückgang ist daher oft auch ein erhöhtes Durchschnittsalter zu verzeichnen.

Das trifft für den Landkreis Darmstadt-Dieburg nur bedingt zu, denn seine Bewohner/-innen sind im Vergleich noch „relativ jung“. Im Jahr 2007 war die Kreisbevölkerung durchschnittlich 42,2 Jahre alt und damit jünger als der Altersdurchschnitt in Hessen und in Deutschland.

Zum Vergleich: Die ältesten Einwohner/-innen Deutschlands finden sich in den ostdeutschen Bundesländern Sachsen-Anhalt mit 45,5 und Sachsen 45,4 Jahren.

Das Durchschnittsalter der Frauen liegt allgemein über dem der Männer, so auch im Landkreis. Mit einem Durchschnittsalter von 43,2 Jahren im Kreis und 43,9 Jahren in Hessen liegt das der Frauen über dem der Männer mit 41,3 Jahren bzw. 41,5 Jahren (Hessisches Statistisches Landesamt).

Ein Vergleich mit 1970 zeigt einen starken Anstieg des Durchschnittsalters sowohl im Landkreis als auch in Hessen. Im Landkreis erhöhte sich das Durchschnittsalter von 34,8 auf 42,2 und damit um 7,4 Jahre, während es im gleichen Zeitraum in Hessen nur um 6,1 Jahre stieg. Dabei stieg das Durchschnittsalter der männlichen Bevölkerung im Landkreis um 8,2 Jahre stärker als das der weiblichen mit 6,8 Jahren. Dieser Alterungsprozess war auch in Hessen zu beobachten, wenn auch nicht so ausgeprägt. Das Durchschnittsalter der männlichen Bevölkerung in Hessen stieg um 7 Jahre und das der weiblichen um 5,4 Jahre.

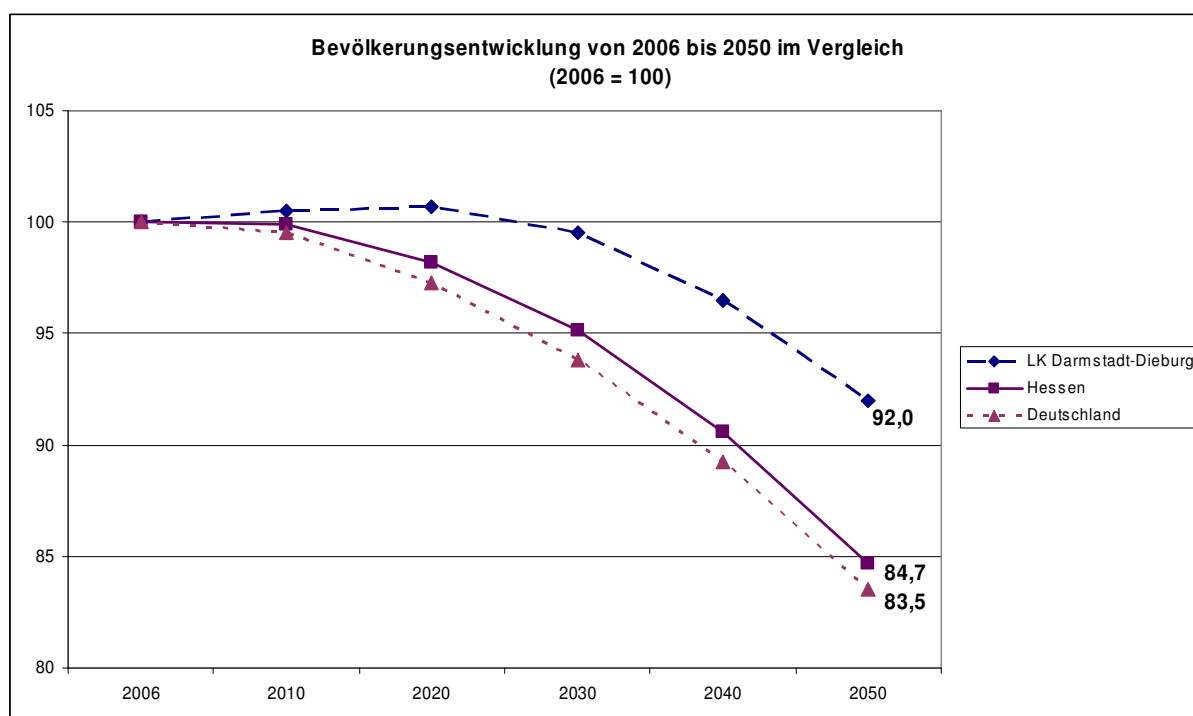
2.5 Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung bis 2050

Die Bevölkerungsstruktur wird sich in den kommenden Jahren weiter verändern. Kennzeichnend werden der Rückgang und die Alterung der Bevölkerung sein. Dies lässt sich anhand von Bevölkerungsvorausberechnungen, welche die bereits aufgeführten Einfluss-

größen, wie z.B. die Geburten- und Sterberate und das Wanderungsverhalten berücksichtigen, darstellen.

Im Folgenden werden die wesentlichen Eckpunkte der 11. koordinierten Bevölkerungsentwicklung für Hessen dargestellt. Diese Vorausberechnung für Hessen, den Regierungsbezirk Darmstadt und den Landkreis Darmstadt-Dieburg bildet die unter bestimmten Annahmen (dazu gehören die Geburtenziffer von 1,35 als konstante Größe, die Zunahme der Lebenserwartung in etwa wie bisher und durchschnittliche Nettowanderungen bis 2020 im Jahresdurchschnitt) zu erwartende Entwicklung ausgehend vom Jahr 2006 bis 2050 ab.

Ausgehend von 2006 wird die künftige Entwicklung bis 2050 sowohl im Landkreis, als auch in Hessen und bundesweit von einem allgemeinen Rückgang der Bevölkerung geprägt. Im Vergleich zu Deutschland (-16,5%) und Hessen (-15,3%) wird dem Landkreis aufgrund der Vorannahmen ein eher abgebremseter Rückgang (-8%) prognostiziert. Ausgehend von einer Kreisbevölkerung von 289.000 im Jahr 2006 wird die Zahl auf 266.400 im Jahr 2050 zurückgehen.

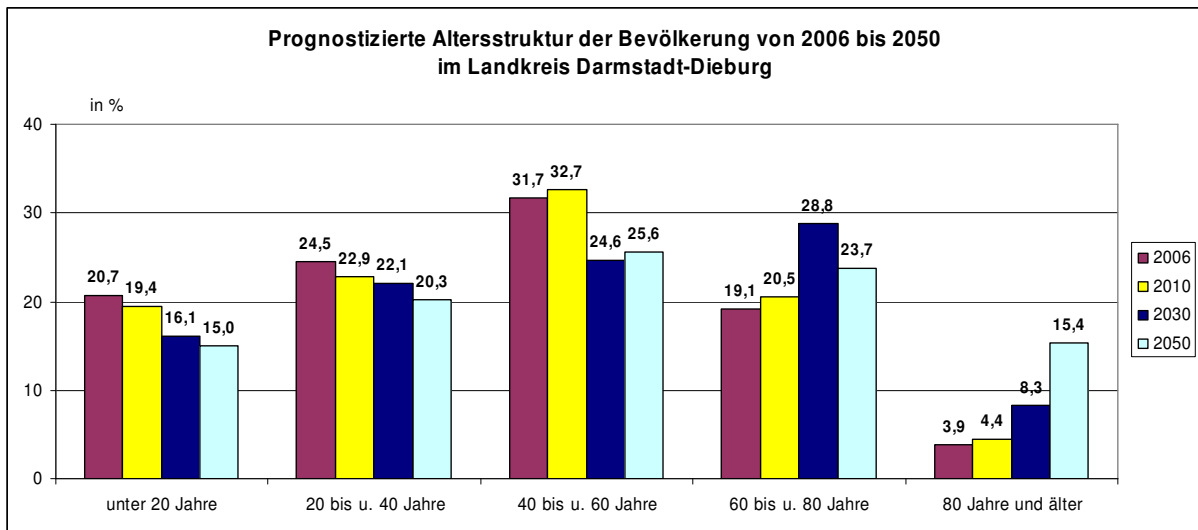


Hinter dieser Veränderung der Gesamtzahl der Einwohner/-innen stehen erhebliche strukturelle Veränderungen. Dies betrifft vor allem den Altersaufbau der Bevölkerung und zeigt damit Wirkung auf die Haushalts- und Familienstrukturen und das Erwerbspotential.

2.5.1 Veränderung der Altersstruktur

Im Vergleich zur Entwicklung der Einwohner/-innen und der Bevölkerung bis 60 Jahre, verläuft der Prozess der Alterung der Gesellschaft dynamischer. Die nachfolgende Grafik macht sichtbar, wie sich die Altersstruktur der Bevölkerung durch die Alterung der geburtenstarken Jahrgänge und das Nachwachsen der schwach besetzten Jahrgänge verändert.

Für den Landkreis Darmstadt-Dieburg wird, ausgehend von 2006, ein Rückgang des Anteils der unter 20-Jährigen an der Bevölkerung bis 2050 um 5,7% erwartet.

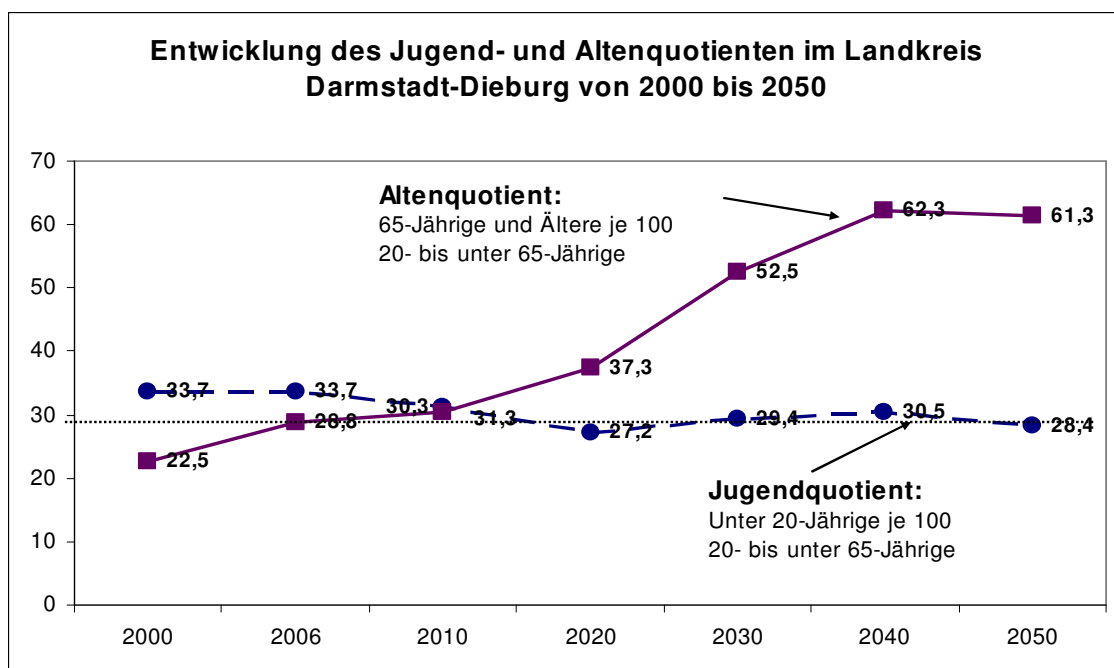


Innerhalb der Bevölkerungsgruppen im erwerbsfähigen Alter von 20 bis unter 60 Jahre kommt es zu einer leicht unterschiedlichen Entwicklung. Während der Anteil der unter 40-Jährigen kontinuierlich bis 2050 um 4,2% sinkt, ist ein leichter Anstieg des Anteils der 40- bis unter 60-Jährigen von 2010 bis 2030 vorausberechnet. Danach fällt der Anteil auf 24,6% im Jahr 2030, um dann erneut bis 2050 auf 25,6% leicht anzusteigen.

Im gleichen Zeitraum steigt der Anteil der Senior/-innen von 60 bis 80 Jahren an der Bevölkerung von 19,1% auf 23,7, während sich der Anteil der „hochaltrigen“ Bürger/-innen mit 80 Jahren und mehr vervierfacht.

2.5.2 Veränderung des Jugend- und Altenquotient

Aufgrund der Alterszusammensetzung wird der Altenquotient im Kreisgebiet bis zum Jahr 2050 auf 61,3 ansteigen. Wie die Grafik zeigt, ist der stärkste Anstieg erst nach 2020 zu erwarten, d.h. die altersbedingten Veränderungen mit ihren Folgen für die Infrastruktur und die sozialen Sicherungssysteme werden erst nach 2025 eintreten.



Quelle: HSL, Wiesbaden 2009; eigene Aufbereitung JHP

** Altenquotient: 65-Jährige oder Ältere je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren.

*** Jugendquotient: Unter 20-Jährige je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren.

2040 wird sich der Gesamtbelastungsquotient, d.h. die Summe der unter 20-Jährigen und über 65-Jährigen im Verhältnis zu den 20 bis 65-Jährigen, auf 92,8 erhöhen. Dann sind die höchsten finanziellen Belastungen, vor allem für die sozialen Sicherungssysteme zu erwarten.

3 Haushalts- und Familienstrukturen

Der demografische Wandel, insbesondere der Rückgang und die Alterung der Bevölkerung, haben direkten Einfluss auf die Entwicklung der Haushalte. Dabei verändert sich auch die Zahl der Privathaushalte und deren Größe und Zusammensetzung.

3.1 Privathaushalte nach Haushaltsgrößen

Jede Person, die allein wohnt und wirtschaftet, sowie jede Personengemeinschaft, die zusammen wohnt und eine wirtschaftliche Einheit bildet, wird als Privathaushalt bezeichnet. Die Zahl der Haushalte stimmt daher nicht mit derjenigen der Familien überein, da einerseits in einem Haushalt mehrere Familien und familienfremde Personen (z.B. Mieter) leben können. Andererseits können Haushalte aus ledigen Personen ohne Kinder bestehen, die keine Familie bilden.

Haushaltszahlen im Langzeitvergleich liegen nur auf der Basis des Mikrozensus, einer Stichprobenbefragung vor, an der ein Prozent der Bevölkerung teilnimmt. Für den Landkreis Darmstadt-Dieburg werden diese Befragungen regional, gemeinsam mit dem Landkreis Bergstrasse und Odenwaldkreis, durchgeführt.

Privathaushalte nach Haushaltsgröße in der Regionaleinheit Landkreis Darmstadt-Dieburg, Landkreis Bergstrasse, Odenwaldkreis von 1994 bis 2006									
Jahr	Insgesamt	Ein-Personen-Haushalte	davon Frauen*	Mehrpersonenhaushalte				HH mit ausländ. Bezugspersonen	Personen je Haushalt
				2 Personen	3 Personen	4 Personen	5 und mehr Personen		
in 1.000									
1994	264,3	69,60	43,2	92,3	48,5	38,8	15,0		
1996	266,8	71,80	43,5	92,9	47,8	38,6	15,7		
2000	279,0	77,00		104,0	47,0	39,0	13,0	23,0	2,33
2001	285,0	81,00		110,0	45,0	36,0	14,0	24,0	2,29
2002	285,0	80,00		110,0	43,0	40,0	13,0	24,0	2,30
2003	287,0	83,00		108,0	44,0	38,0	14,0	22,0	2,30
2004	284,0	79,00		109,0	44,0	38,0	15,0	21,0	2,32
2006	291,0	86,00	46,0	110,0	45,0	37,0	13,0		2,26
in % insgesamt pro Jahr									
1994	100,0	26,3	62,1	34,9	18,4	14,7	5,7		
1996	100,0	26,9	61,1	34,8	17,9	14,5	5,9		
2000	100,0	27,5		37,1	16,9	13,9	4,7	8,1	
2001	100,0	28,2		38,7	15,9	12,6	4,8	8,2	
2002	100,0	28,0		38,5	14,9	13,9	4,6	8,5	
2003	100,0	28,9		37,6	15,3	13,2	4,9	7,7	
2004	100,0	27,8		38,4	15,5	13,4	5,3	7,4	
2006	100,0	29,4	53,5	37,9	15,6	12,6	4,5		

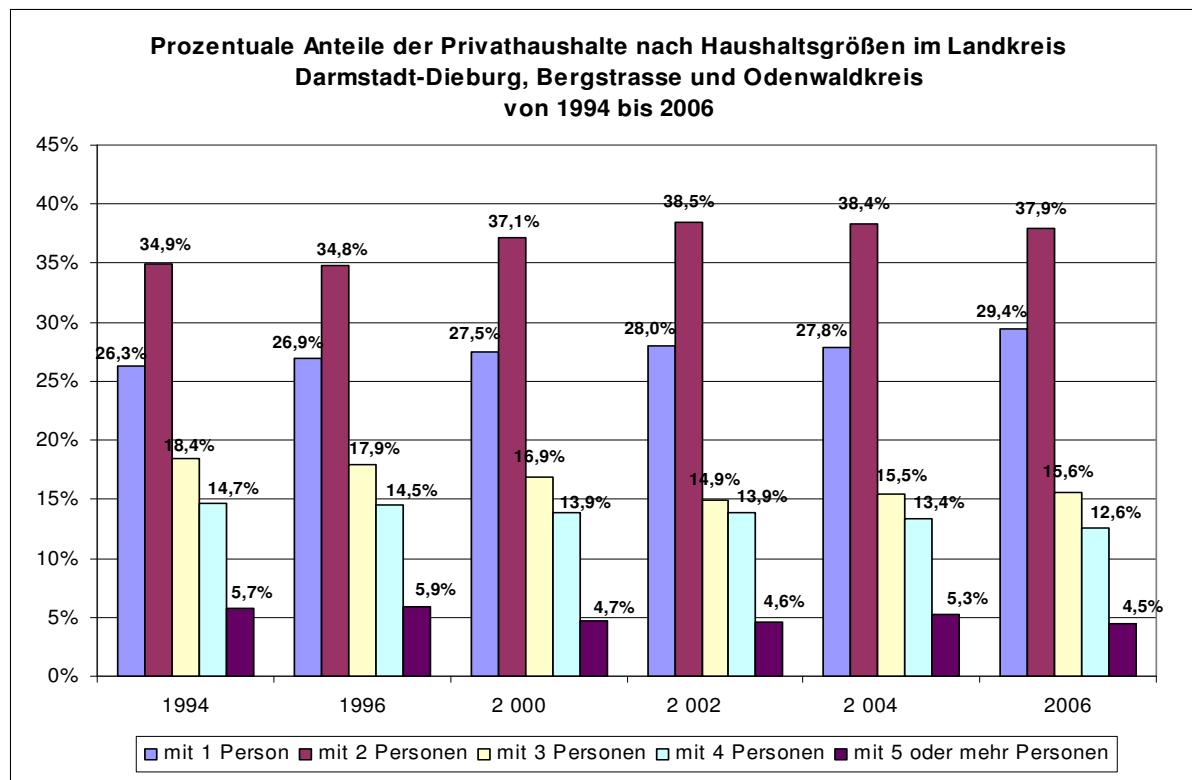
*da unterschiedliche Veröffentlichungen des HSL verwendet wurden, gab es zu diesen Merkmalen nicht für alle Jahre Angaben

Quelle: HSL: Privathaushalte 2000-2004; Privathaushalte 2006; Arbeit und Leben 2007; eigene Berechnung JHP

Die Zahl der Privathaushalte in der aufgeführten Regionaleinheit ist von 264.300 im Jahr 1994 auf 291.000 im Jahr 2006 gestiegen. Das entspricht einer Zunahme der Haushalte um 10,1%. Hauptursache hierfür ist der Anstieg der Anzahl der kleinen Haushalte. Von 1994 bis 2006 stieg die Zahl der Ein-Personen-Haushalte von 69.600 auf 86.000 und die der Zwei-Personen-Haushalte von 92.000 auf 110.000, während die Zahl der Drei- und Vier-Personen-Haushalte sank. Da die Zahl der Haushalte stärker zunahm, als die darin lebenden Personen, sank die durchschnittliche Haushaltsgröße von 2,4 Personen im Jahr 1996 auf 2,26 im Jahr 2006 (Ergebnisse des Mikrozensus).

Im Gegensatz zum Anstieg der Zahl der Haushalte mit deutscher Bezugsperson verkleinerte sich die Zahl der Haushalte mit ausländischer Bezugsperson von 2000 bis 2004 um 2000. Das entspricht einem Rückgang um 8,6%.

Im Beobachtungszeitraum von 1994 bis 2006 stieg der Anteil der Ein- und Zwei-Personen-Haushalte an allen Haushalten am stärksten an und zwar von 26,3% bzw. 34,9% auf 29,4% bzw. 37,9%. Entsprechend sank der Anteil der mehrköpfigen Haushalte mit drei und vier Personen. Mit einem Anteil von 4,5% blieben Haushalte mit 5 und mehr Personen über den Zeitraum von 2000 bis 2006 relativ konstant.

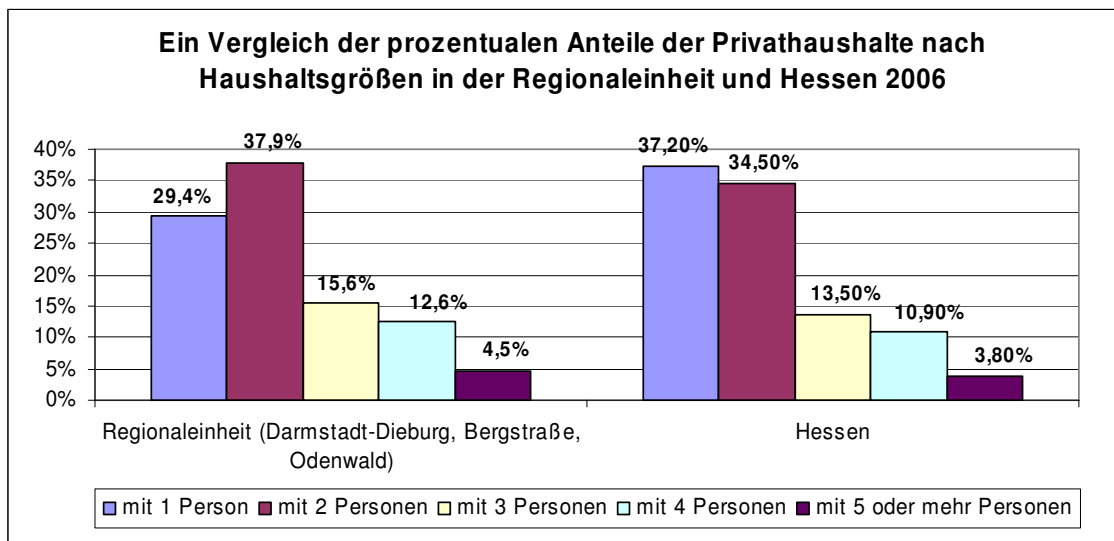


Quelle: A7//S-j/04 mit AU/2/S-j/04 Mikrozensus-Stichprobe, Leben und arbeiten in Hessen 2007; eigene Berechnungen JHP

In der aufgeführten Regionaleinheit reduzierte sich der Anteil der Haushalte mit einer ausländischen Bezugsperson von 8,1% im Jahr 2000 auf 7,4% im Jahr 2004.

2006 betrug die Zahl der Privathaushalte in Hessen 2,91 Millionen. In 37,2% dieser Haushalte lebte nur eine Person, in 34,5% lebten zwei Personen, in 13,5% drei Personen, in 10,9% vier Personen und in 3,8% 5 Personen und mehr. Die durchschnittliche Haushaltsgröße betrug 2,11 Personen.

Hessenweit blieb der Anteil der Haushalte mit ausländischer Bezugsperson mit 9,5% bzw. 9,6% im Zeitraum von 2000 bis 2006 konstant. Während 2006 in Hessen die Haushalte mit deutschen Bezugspersonen eine Durchschnittsgröße von 2,06 Personen aufwiesen, waren es bei den Haushalten mit ausländischer Bezugsperson 2,56 Personen.



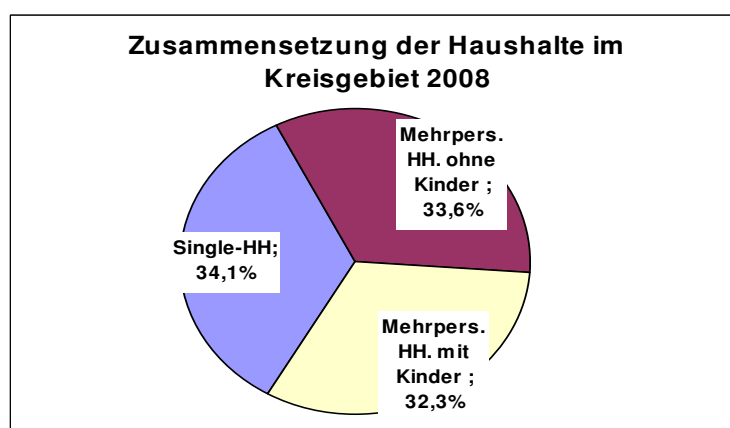
Die Entwicklung zeigt deutlich, dass die Zahl der Personen, die gemeinsam in einem Haushalt leben, immer kleiner wird. Lebten 1950 in einem hessischen Haushalt noch durchschnittlich 3 Personen und 1990 noch 2,28 so waren es 2007 nur noch 2,1 (HSL 2008). Ursache dieses Rückgangs ist die ansteigende Zahl kleiner Haushalte, vor allen der Ein- bzw. Zweipersonen-Haushalte (ohne Kinder) und der Rückgang der Mehrpersonen-Haushalte.

Eine weitere auffällige Veränderung ist der Rückgang der Frauen bei den Ein-Personen-Haushalten. In der Regionaleinheit der Landkreise Darmstadt-Dieburg, Bergstrasse und Odenwald sank der Anteil von 62,1% im Jahr 1994 auf 53,5% im Jahr 2006, obwohl die Anzahl der Frauen nicht ab, sondern eher zugenommen hat. Da hessenweit die zunehmende Bedeutung der Frauen als Bezugsperson in Mehrfamilienhaushalten belegt werden kann (vgl. Leben und Arbeiten in Hessen 2007), trifft dies wahrscheinlich auch für die Regionaleinheit zu.

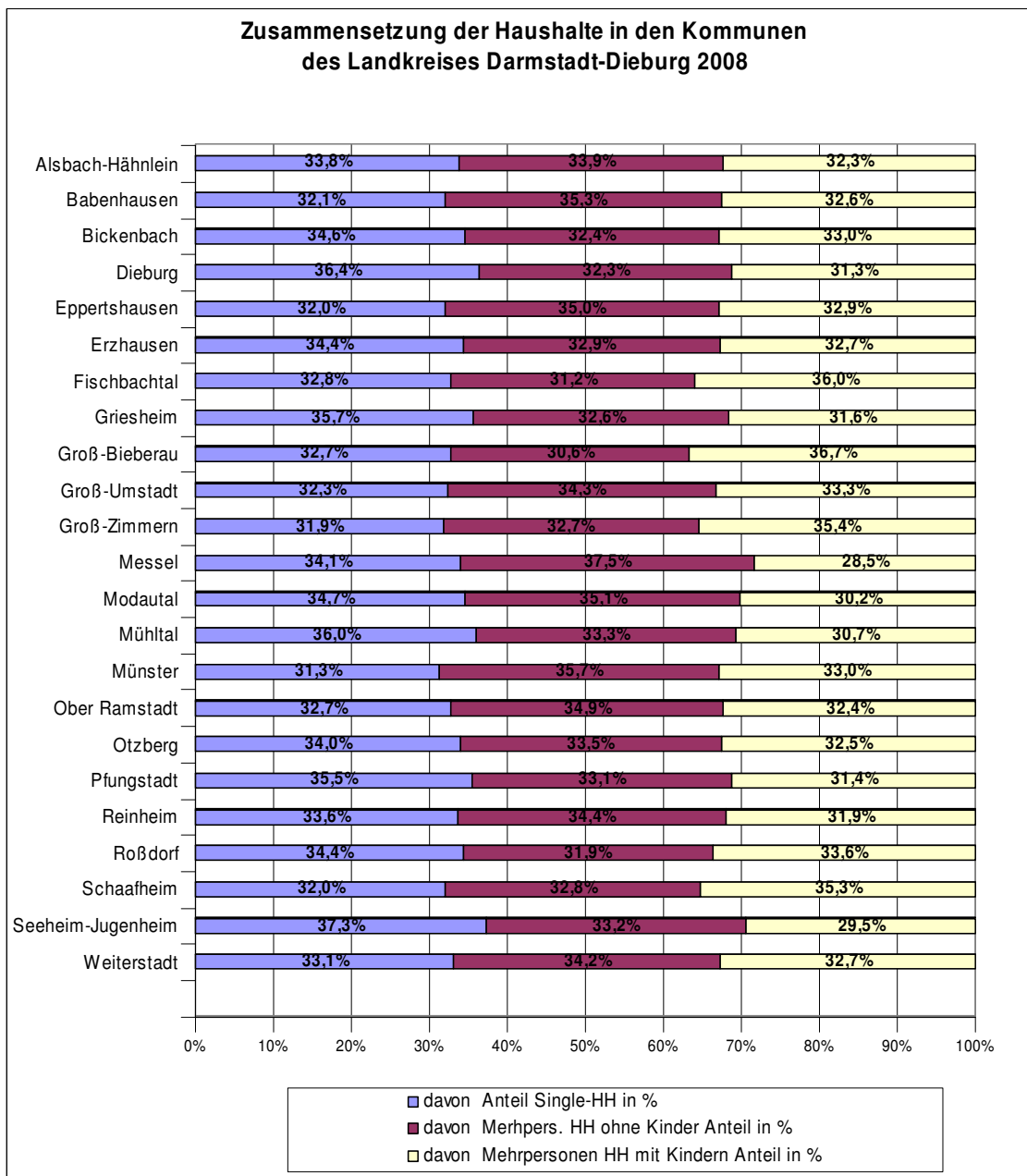
3.2 Zusammensetzung der Haushalte im Kreisgebiet und den Kommunen

Im Zuge der demografischen Entwicklung und des gesellschaftlichen Wandels wird sich auch die Struktur der Lebensformen innerhalb der Haushalte weiter verändern. So liefert z.B. der Anteil der Single-Haushalte Anhaltspunkte für den Grad der Individualisierung. Der Anteil der Haushalte mit und ohne Kinder gibt Aufschluss über eine sich abzeichnende Polarisierung zwischen einem familienorientierten bzw. nichtfamilienorientierten Leben (vgl. Höhn/Dorbritz 1995).

Wie schon im Jahr 2004 wurden die Haushaltsdaten auf der Grundlage der Daten der GfK Marktforschung (Bevölkerungsstrukturdaten 2008) auch für das Bezugsjahr 2008 für den Landkreis Darmstadt-Dieburg berechnet.



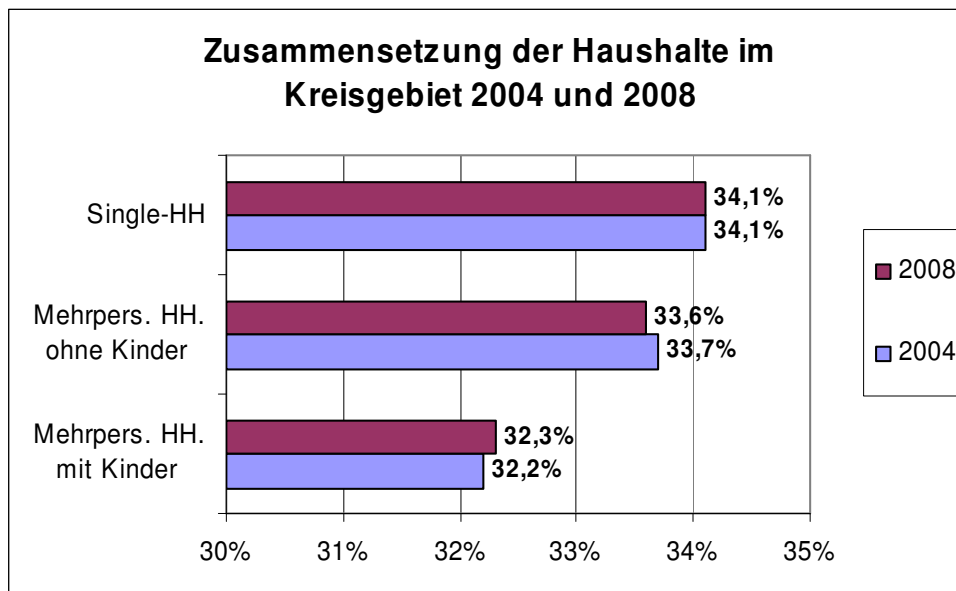
Am 01.01.2008 waren von den 127.339 Privathaushalten im Landkreis Darmstadt-Dieburg 43.367 Ein-Personen-Haushalte, 42.808 Mehrpersonen-Haushalte ohne Kinder und 41.164 Mehrpersonen-Haushalte mit Kindern. Damit haben die Lebensformen der Single-Haushalte und der Mehr-Personen-Haushalte ohne Kinder einen Anteil von 67,7%.



Ausgehend vom Kreisdurchschnittswert von 32,3% lebten die meisten Mehr-Personen-Haushalte mit Kindern in Groß-Bieberau (36,7%), Fischbachtal (36,0%) und Schaafheim (35,3%).

2008 lag die durchschnittliche Haushaltsgröße, d.h. die Zahl der Personen im Durchschnitt aller Privathaushalte im Kreis, in Hessen und dem Bundesgebiet bei 2,1 Personen.

In den letzten vier Jahren stieg der Anteil der Mehrpersonen-Haushalte mit Kindern im Kreisgebiet minimal um 0,1%. Entsprechend sank der Anteil der Mehr-Personen-Haushalte ohne Kinder. Der Anteil der Single-Haushalte blieb unverändert.



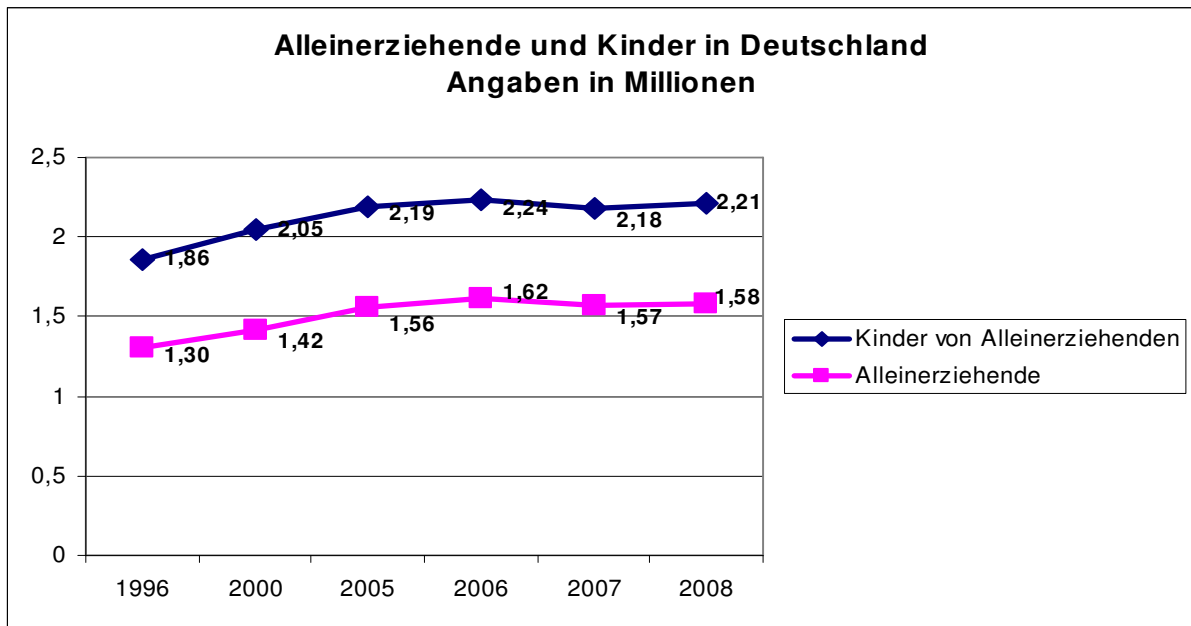
Die Zahl der ausländischen Haushalte verringerte sich im gleichen Zeitraum von 11.575 auf 11.108. Damit sank ihr Anteil an allen Haushalten von 9,7% auf 8,7%.

3.3 Pluralisierung der Lebensformen

In der Familiensoziologie wird seit 20 Jahren der Wandel von der Kleinfamilie hin zur Pluralisierung partnerschaftlicher Lebensformen konstatiert (z.B. Beck 1986, Zapf 1992). Damit ist die Vorstellung verbunden, dass die sogenannte „Normalfamilie“ mit Vater, Mutter und zwei Kindern auf dem Rückzug ist und stattdessen die Vielfalt bzw. Heterogenität der familiären und partnerschaftlichen Lebensverläufe zugenommen hat (vgl. Brüderl 2004).

Durch den Individualisierungsprozess (Beck) und die sozial-strukturellen Differenzierungsprozesse eröffnen sich den Einzelnen immer mehr Möglichkeiten für die eigene Lebensgestaltung. Neben der „traditionellen Kleinfamilie“ haben sich alternative Lebensformen herausgebildet wie Singlehaushalte, nichteheliche Lebensgemeinschaften, kinderlose Ehen, Alleinerziehende, verschiedene Formen von „Patchwork-Familien“ wie Stiefelternfamilie oder Pflege- oder Adoptivfamilie, Wohngemeinschaften, Fernbeziehungen und andere mehr.

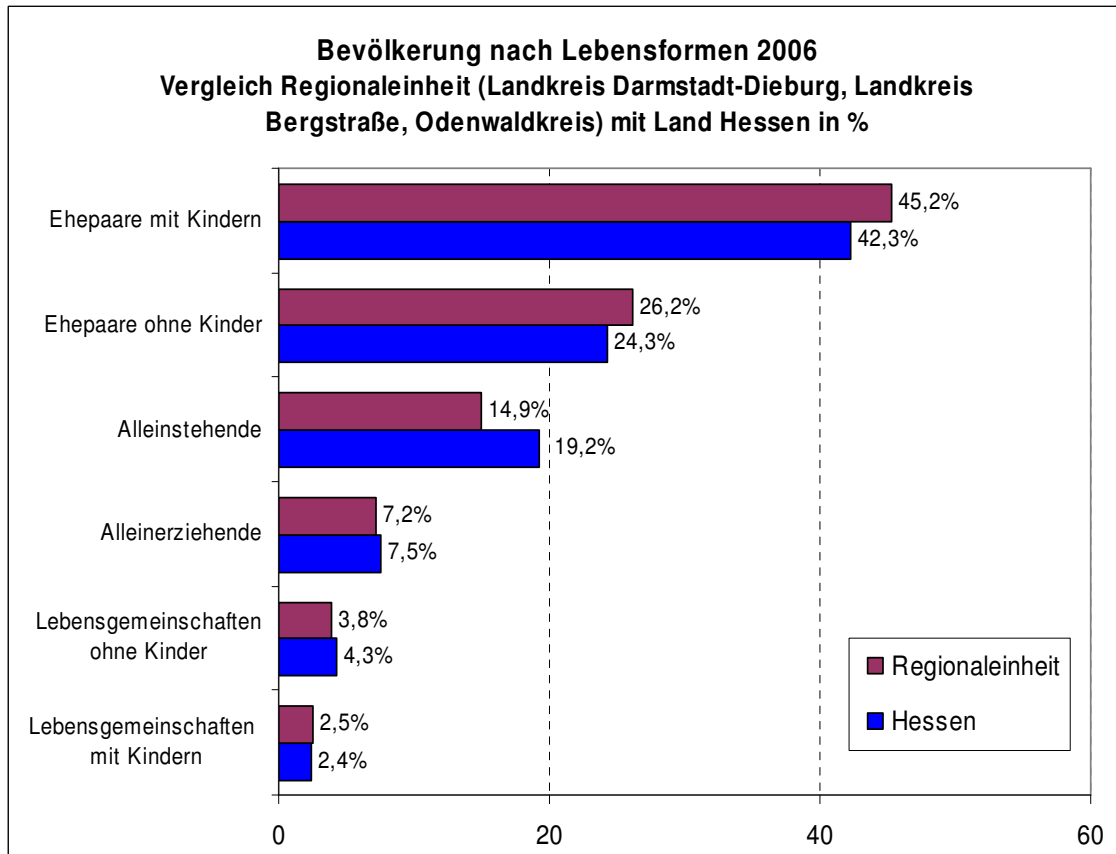
Als Indikatoren für die Pluralisierung der familiären Lebensformen gelten der Rückgang der Geburten und der Eheschließungen sowie das Ansteigen der Scheidungsraten. Für den Wandel der Familienstrukturen spricht auch die Zunahme der nicht ehelichen Lebensgemeinschaften und der Alleinerziehenden. Allein die Zahl der Alleinerziehenden stieg von 1,3 Millionen im Jahr 1996 auf 1,58 Millionen im Jahr 2008. Dies bedeutet einen Anstieg um 21,5%. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Kinder, die bei Alleinerziehenden lebten, um 350.000 und damit 18,8%.



Quelle: F.A.Z.-Grafik Walter

Diese Veränderungen werden daher von vielen Demografen auch als „zweiter demografischer Übergang“ (Peukert 2002) bezeichnet.

Die individuellen Lebensverläufe und deren Vielfalt (vgl. Brüderl/Klein 2003) können aufgrund fehlender Daten hier nicht in den Blick genommen werden. Erste Hinweise auf die Verteilung der neuen Lebensformen liefern aber die regionalisierten Ergebnisse der Mikrozensus-Stichprobe des Hessischen Statistischen Landesamtes von 2006.



Danach hat die traditionelle Lebensform der Familie mit Kindern sowohl in der Regionaleinheit mit dem Kreisgebiet als auch in Hessen den höchsten Anteil. Es kann daher davon

ausgegangen werden, dass die meisten Kleinkinder Eltern haben, die verheiratet sind. Mit einem Anteil von 26,2% für die Regionaleinheit folgt an zweiter Stelle die Lebensform der kinderlosen Ehepaare. Er liegt hier höher als in Hessen insgesamt.

Dagegen liegt der Single-Haushalt in der Regionaleinheit mit knapp 15% unter dem hessischen Durchschnitt von 19%. Nach der Stichprobe des Mikrozensus haben die Alleinerziehenden in der Regionaleinheit einen Anteil von 7,2% an den aufgeführten Lebensformen und bleiben damit nur 0,3% unter dem hessischen Durchschnittswert. Die Lebensgemeinschaften mit und ohne Kinder bleiben jeweils unter 5% und stellen nur einen sehr geringen Teil der Lebensformen in der Regionaleinheit und in Hessen dar.

Die 1%-Stichprobe des Mikrozensus wirft ein erstes Blitzlicht auf die Lebensformen, bietet aber keine wirklich aussagekräftigen Zahlen für das Kreisgebiet. Aus diesem Grund wird zur Darstellung der Familienstrukturen im Landkreis Darmstadt-Dieburg die Familienverbandsstatistik als Datengrundlage herangezogen.

3.4 Familienverbandsstatistik

Die Familienverbandsstatistik des ekom21, Standort Kassel, basiert auf Daten des Einwohnerwesens und erfasst die Familienverbände am Ort des Hauptwohnsitzes nach Ehepaaren und Alleinstehenden mit und ohne Kinder. Als zusätzliches Merkmal wird bei den Alleinstehenden der Familienstand erfasst. Auch wenn es hier leichte Abweichungen zu den jährlich berechneten Bevölkerungsdaten der ekom21 gibt, unterliegen die Daten doch der gleichen Erhebungssystematik und geben absolute Zahlen für das Kreisgebiet wieder, die wesentlich belastbarer sind als die Ergebnisse des Mikrozensus.

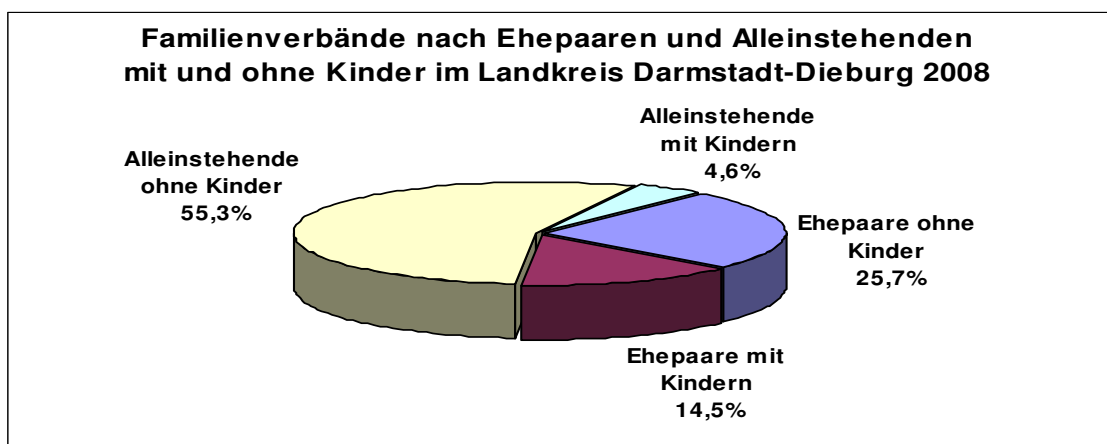
3.4.1 Familienverbände im Landkreis 2008

Im Jahr 2008 gab es 171.250 Familienverbände im Landkreis Darmstadt-Dieburg. Davon waren 102.492 Alleinstehende und 68.758 Ehepaare gemeldet. Insgesamt wurden 138.611 Familienverbände ohne Kinder und 32.639 Familienverbände mit Kindern registriert.



Quelle: KGRZ Kassel (Pamela Allg.-Auswertung) und Einwohnermeldeamt Groß-Bieberau, Stand 31.12.2008; eigene Berechnungen Jugendhilfeplanung Landkreis Darmstadt-Dieburg

Von den 102.492 Alleinstehenden waren 94.670 ohne Kinder gemeldet und von den 68.759 Ehepaaren waren dies 43.941. Die Zahl der Alleinstehenden mit Kindern betrug 7.823 und die der Ehepaare 24.816.



Quelle: KGRZ Kassel (Pamela Allg.-Auswertung) und Einwohnermeldeamt Groß-Biebrau, Stand 31.12.2008; eigene Berechnungen Jugendhilfeplanung Landkreis Darmstadt-Dieburg

Von den Familienverbänden mit Kindern waren somit 76% Ehepaare und 24% Alleinstehende.

2008 waren im Landkreis rund 52.000 Kinder und Jugendliche gemeldet. Der überwiegende Teil der Minderjährigen, ca. 79%, wuchs nach wie vor bei verheirateten Eltern auf. 21% der Kinder und Jugendlichen lebten mit einem Alleinstehenden zusammen. Alleinstehende, die ohne ihren Partner mit minderjährigen Kindern gemeldet sind und als gesetzliche Vertreter dieser Kinder gelten, werden nachfolgend als Alleinerziehende bezeichnet.

3.4.2 Alleinstehende im Landkreis Darmstadt-Dieburg mit und ohne Kinder

Im Jahr 2008 waren von den 102.492 Alleinstehenden im Kreis 94.669 Personen ohne Kinder gemeldet und 7.823 Personen mit Kindern.



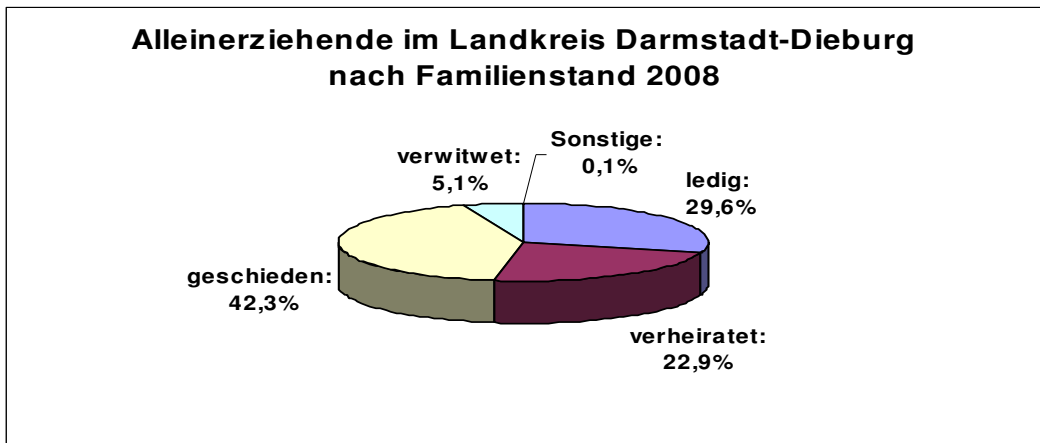
Quelle: KGRZ Kassel (Pamela Allg.-Auswertung) und Einwohnermeldeamt Groß-Biebrau, Stand 31.12.2008; eigene Berechnungen Jugendhilfeplanung Landkreis Darmstadt-Dieburg

Eine Differenzierung nach Geschlecht ist auf dieser Grundlage für das Kreisgebiet nicht möglich. Trotzdem kann davon ausgegangen werden, dass knapp 90% der Alleinerziehenden mit Kindern Frauen sind.

Wie Studien zur Sozialstruktur der Armut belegen, stellen alleinerziehende Frauen eine der Hauptgruppen der Bevölkerung mit Armutsrisiko dar. Gründe für die überdurchschnittliche Betroffenheit dieser Gruppe, liegen, trotz öffentlicher Förderung und Unterstützung, in der eingeschränkten Erwerbs- und Betreuungssituation nur einer Person.

3.4.3 Alleinerziehende nach Familienstand im Kreisgebiet

Mit Stand 2008 leben 7.823 Alleinerziehende mit Kindern im Kreisgebiet.



Quelle: KGRZ Kassel (Pamela Allg.-Auswertung) und Einwohnermeldeamt Groß-Bieberau, Stand 31.12.2008; eigene Berechnungen Jugendhilfeplanung Landkreis Darmstadt-Dieburg

Das entspricht einem Anteil von 4,6% an allen Familienverbänden. In dieser Lebensform wachsen 10.924 Kinder auf. Das entspricht einem Anteil von 20,8% aller Minderjährigen im Kreisgebiet.

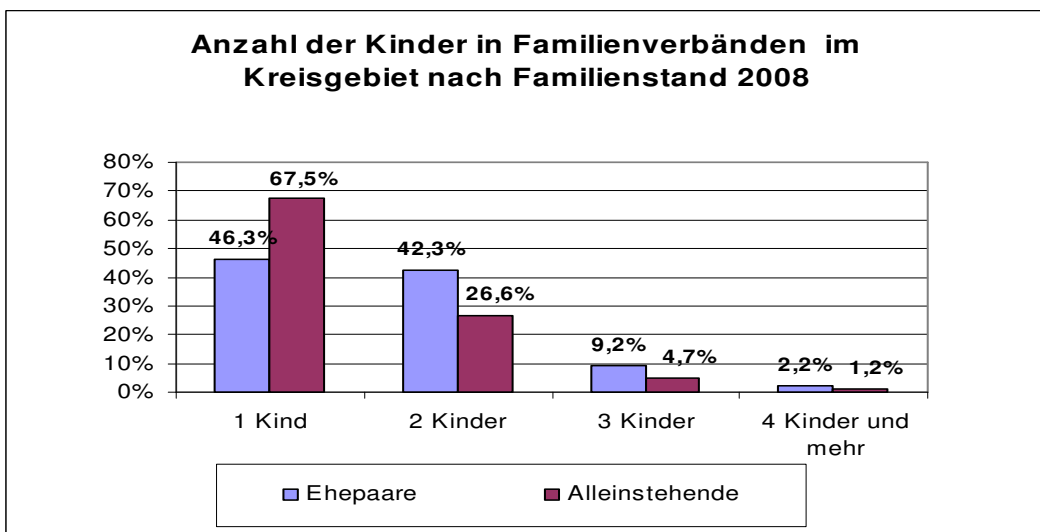
Die meisten Alleinerziehenden, insgesamt 3.246 Personen, sind geschieden. Davon haben 65,2% ein Kind, 28,3% zwei Kinder und 6,5% drei Kinder und mehr.

Die zweitgrößte Gruppe der Alleinerziehenden, 2.543 Personen, sind ledig. 77,1% der ledigen Alleinerziehenden leben mit einem Kind, 19,2% mit zwei Kindern und 3,7% mit drei Kindern und mehr.

Die drittgrößte Gruppe der Alleinerziehenden ist verheiratet und getrennt lebend. Hier, wie auch bei der vierten Gruppe, den verwitweten Alleinerziehenden, sind Einzelkinder in der Überzahl.

3.4.4 Kinder in den Familienverbänden des Kreisgebietes

Ein Vergleich der Familienformen, in denen minderjährige Kinder aufwachsen zeigt, dass Alleinerziehende deutlich weniger Kinder haben als Ehepaare.

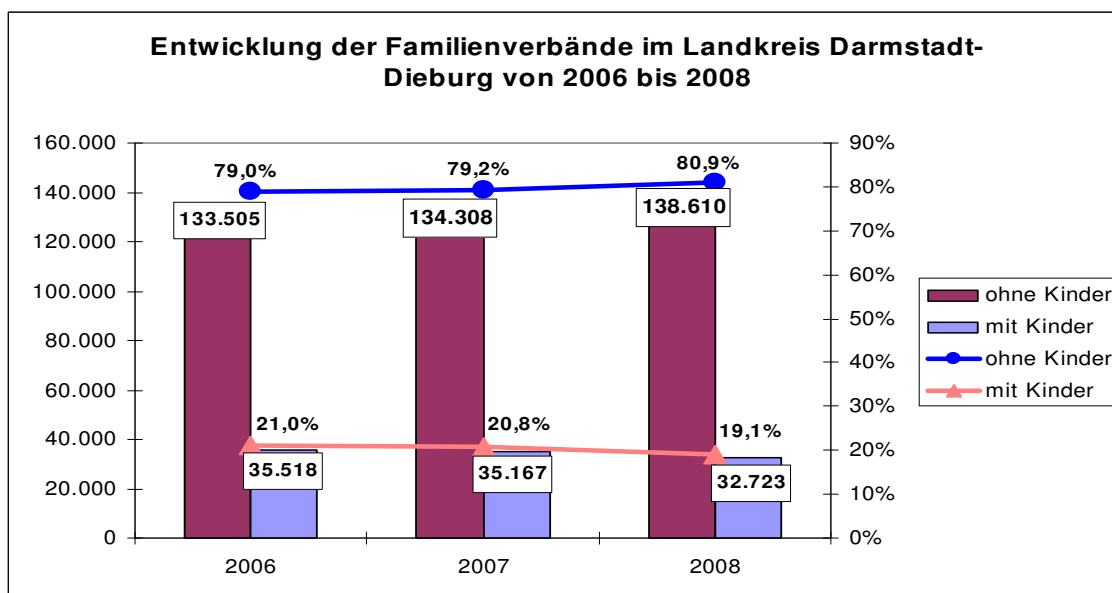


Quelle: KGRZ Kassel (Pamela Allg.-Auswertung) und Einwohnermeldeamt Groß-Bieberau, Stand 31.12.2008; eigene Berechnungen Jugendhilfeplanung Landkreis Darmstadt-Dieburg

Bei 46% der verheirateten Paaren lebt ein Kind, bei 42% leben zwei Kinder und bei knapp 12% drei Kinder und mehr. Von den Alleinerziehenden haben 68% nur ein Kind, rund 27% zwei Kinder und nur knapp 6% drei Kinder und mehr.

3.4.5 Entwicklung der Familienverbände

Die Entwicklung der Familienverbände über den Zeitraum der letzten drei Jahre zeigt einen deutlichen Anstieg der Lebensformen ohne Kinder. Im Zeitraum von 2006 bis 2008 stieg die Zahl der Familienverbände von 169.023 auf 171.250 und die der Familienverbände ohne Kinder von 133.505 auf 138.611. Gleichzeitig sank die Zahl der Familienverbände mit Kindern von 35.518 auf 32.723. Im Vergleichszeitraum nahm damit die Lebensform mit Kindern um 8,1% ab und die ohne Kinder um 3,8% zu.

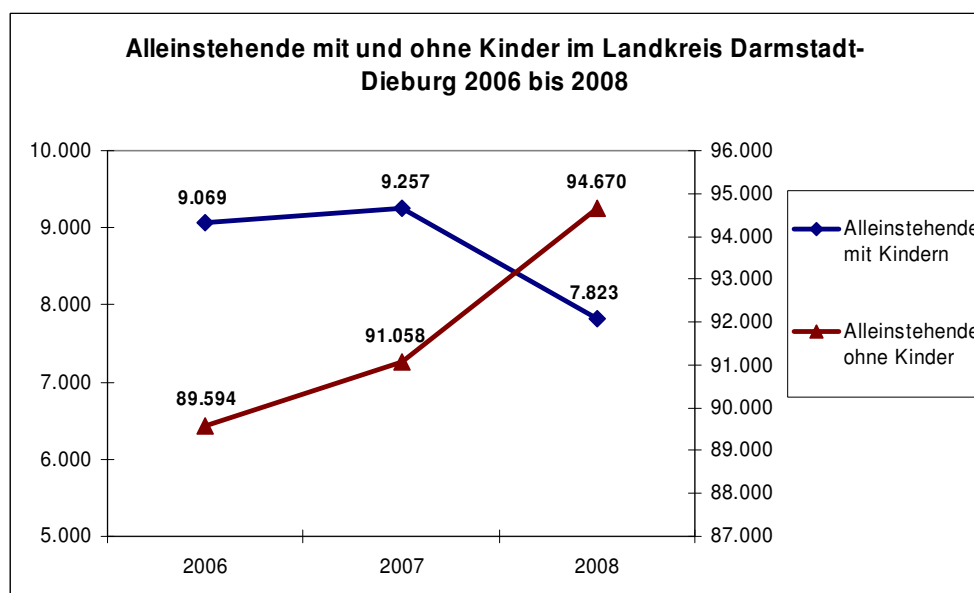


Quelle: KGRZ Kassel (Pamela Allg.-Auswertung) und Einwohnermeldeamt Groß-Bieberau, Stand 31.12.2008; eigene Berechnungen Jugendhilfeplanung Landkreis Darmstadt-Dieburg

Während der Anteil der Familienverbände ohne Kinder von 79,0% auf 80,9% stieg, verringerte sich der Anteil der Familienverbände mit Kindern im Kreisgebiet von 21,0% auf 19,1%.

Alleinstehende

Im gleichen Zeitraum ist auch der Anteil der Alleinstehenden ohne Kinder gestiegen und zwar um 5,7%, während sich der Anteil der Alleinerziehenden mit Kindern um 13,7% verringerte.



Quelle: KGRZ Kassel (Pamela Allg.-Auswertung) und Einwohnermeldeamt Groß-Bieberau, Stand 31.12.2008; eigene Berechnungen Jugendhilfeplanung Landkreis Darmstadt-Dieburg

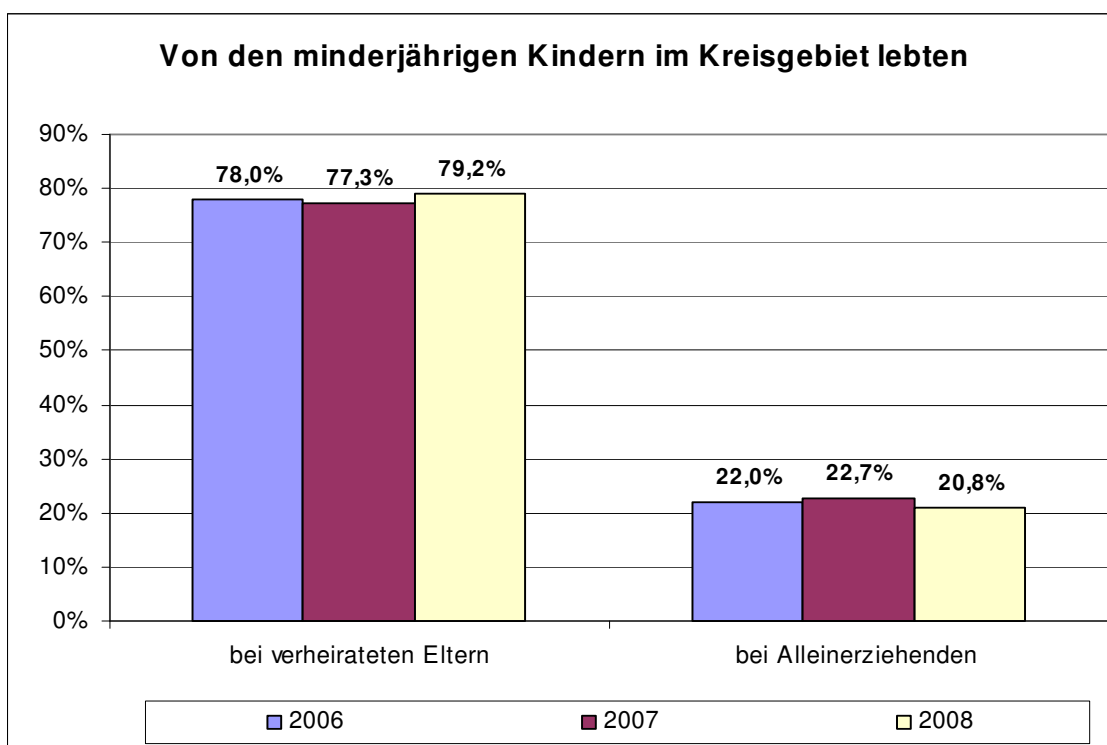
Familienverbände mit Minderjährigen

Von 2006 bis 2008 verringerte sich die Anzahl der minderjährigen jungen Menschen, die von der Familienverbandsstatistik im Kreisgebiet erfasst wird, um insgesamt 8%. Während in diesem Zeitraum die Zahl der Minderjährigen mit verheirateten Eltern um knapp 7% zurückging, nahm die Zahl der Kinder in einer Ein-Eltern-Familie um rund 13% und damit fast doppelt so viel ab.

Die minderjährigen Kinder im Kreisgebiet				
lebten bei	im Jahr			% Veränderung Gesamtzeitraum
	2006	2007	2008	
verheirateten Eltern	44.459	43.404	41.518	-6,6%
alleinerziehenden	12.545	12.781	10.924	-12,9%
Gesamt	57.004	56.185	52.442	-8,0%

Quelle: KGRZ Kassel (Pamela Allg.-Auswertung) und Einwohnermeldeamt Groß-Bieberau, eigene Berechnungen Jugendhilfeplanung Landkreis Darmstadt-Dieburg

Der Anteil der minderjährigen Kinder und Jugendlichen, die bei ihren verheirateten Eltern lebten ist von 78,0% im Jahr 2006 auf 79,2% im Jahr 2008 gestiegen.



Quelle: KGRZ Kassel (Pamela Allg.-Auswertung) und Einwohnermeldeamt Groß-Bieberau, Stand 31.12.2008; eigene Berechnungen Jugendhilfeplanung Landkreis Darmstadt-Dieburg

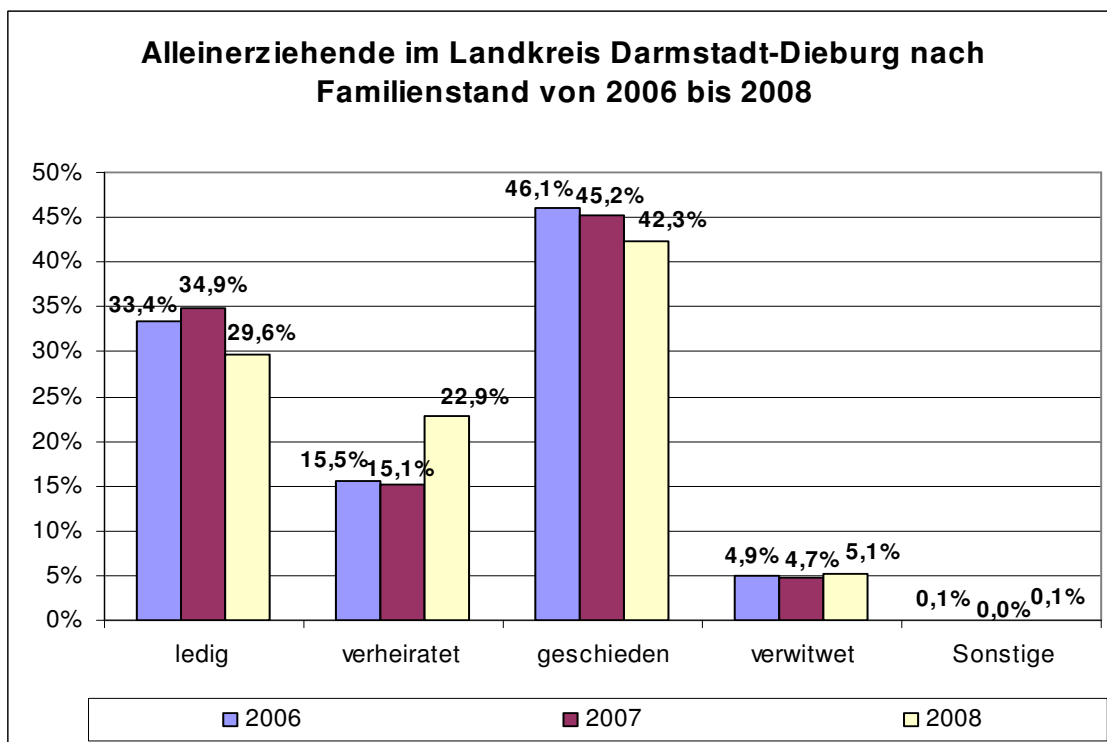
Im gleichen Zeitraum sank der Anteil der Kinder und Jugendliche, die bei Alleinerziehenden leben von 22,0% auf 20,8%.

Veränderung der Lebensform „Alleinerziehende“

Betrachtet man die Gruppe der Alleinerziehenden nach dem Familienstand und über den Zeitraum der letzten drei Jahre, so setzt sich der größte Teil der Ein-Eltern-Familien aus Müttern und Vätern zusammen, die schon einmal verheiratet waren.

2006 waren 46,1% der Alleinerziehenden geschieden und 2008 waren es noch 42,3%. Studien belegen, dass diese Gruppe die Alleinverantwortung für sich und die Kinder häufig als Belastung empfindet, die in der Regel auch mit der Einschränkung des Lebensstandards verbunden ist (vgl. Nave-Herz/Krüger 1992).

Der Anteil der ledigen Alleinerziehenden zeigt im gleichen Zeitraum eine abnehmende Tendenz von 33,4% auf 29,6% und der Anteil der verwitweten Alleinerziehenden bleibt nahezu konstant.



Eine deutlich steigende Tendenz ist bei den verheirateten, aber getrennt lebenden, Alleinerziehenden zu verzeichnen. Ihr Anteil erhöhte sich von 15,5% auf 22,9%.

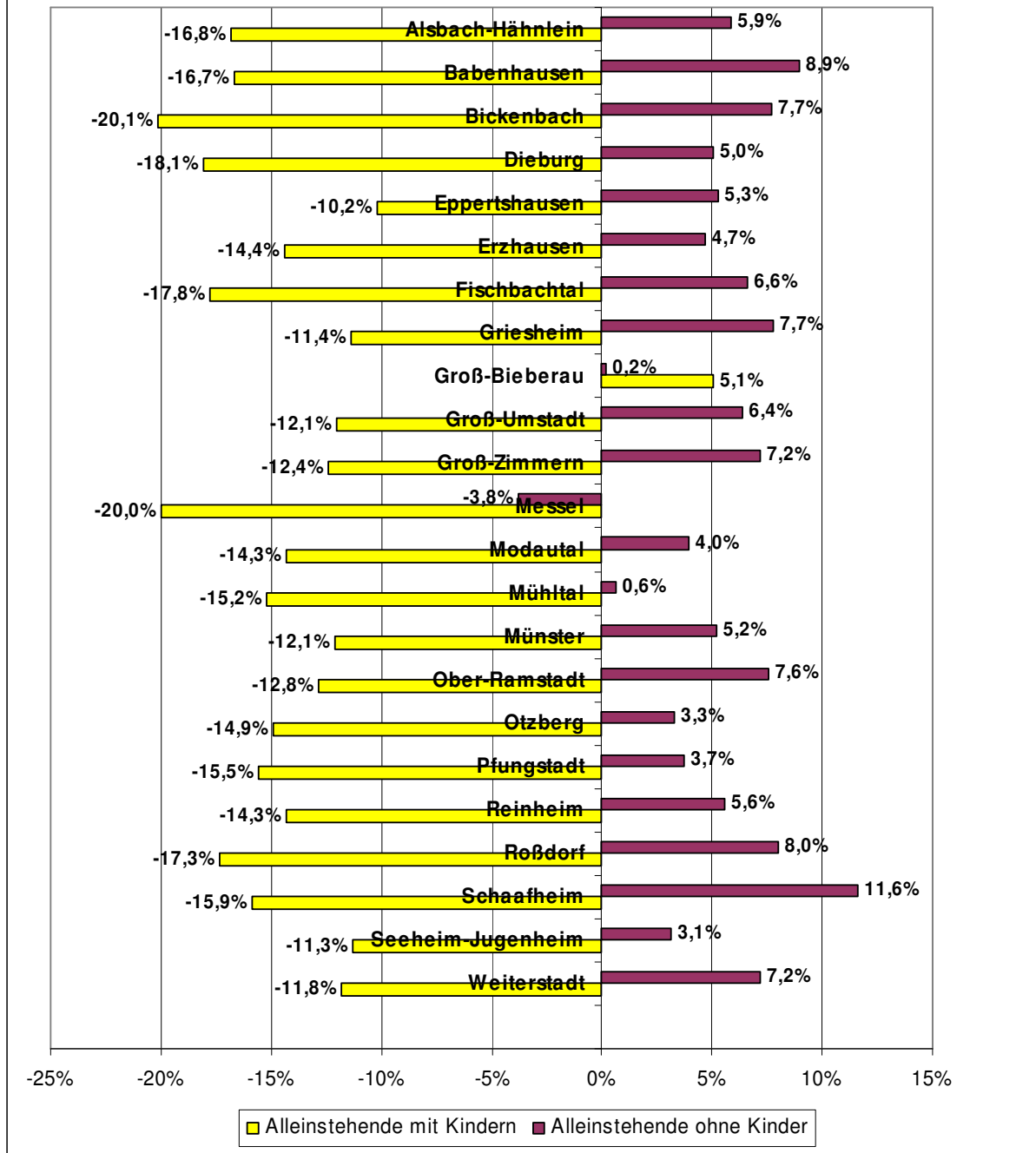
3.4.6 Regionale Verteilung der Familienverbände

Veränderung der Alleinstehenden in den Kreiskommunen

Der Rückgang der Alleinstehenden mit Kindern von 2006 bis 2008 zeigt sich, ausgehend vom Kreismittelwert von -13,7%, am deutlichsten in den Kommunen Bickenbach (-20,1%) und Messel (-20,0%) und am geringsten in Eppertshausen (-10,2%) sowie Seeheim-Jugenheim (-11,3%). Einzig die Gemeinde Groß-Bieberau verzeichnet eine Zunahme dieser Gruppe um 5,1%.

Die Zunahme der Alleinstehenden ohne Kinder beträgt für den gleichen Zeitraum 5,7%. Ausgehend von diesem Mittelwert verzeichnen die Kommunen Schaafheim (11,6%) und Babenhäuser (8,9%) die höchsten und Groß-Bieberau (0,2%) sowie Mühlthal (0,6%) die niedrigsten Steigerungen.

Veränderung der Alleinstehenden mit und ohne Kinder in den Kreiskommunen von 2006 bis 2008 in Prozent

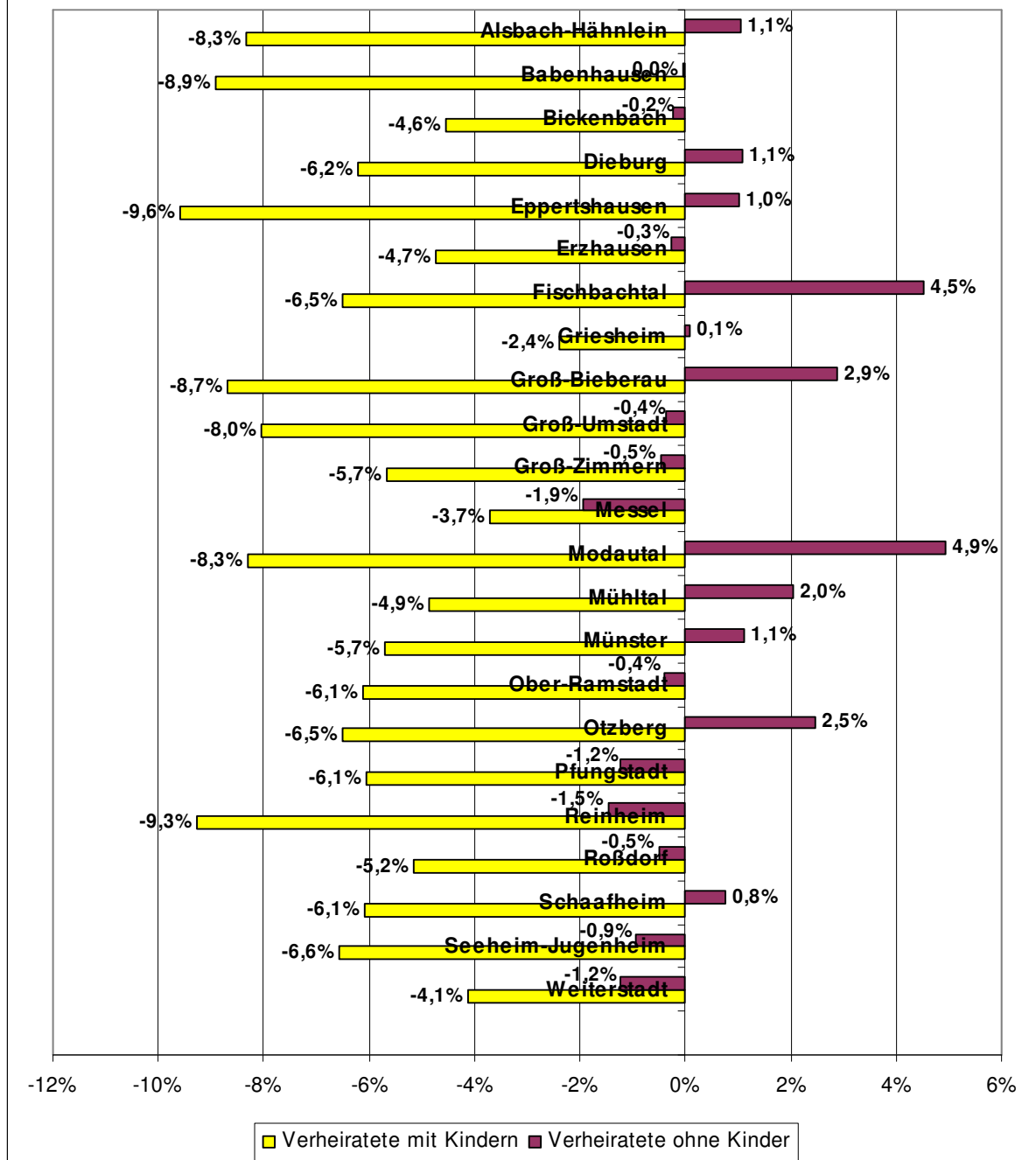


Veränderung der Verheirateten in den Kreiskommunen

Der Rückgang der Verheirateten mit Kindern von 2006 bis 2008 zeigt sich, ausgehend vom Kreismittelwert von -6,2%, am deutlichsten in den Kommunen Eppertshausen (-9,6%) und Babenhhausen (-8,9%) und am geringsten in Griesheim (-2,4%) als auch in Messel (-3,7%).

Die Zunahme der Verheirateten ohne Kinder beträgt für den gleichen Zeitraum kreisweit 0,1%. Ausgehend von diesem Mittelwert verzeichnen die Kommunen Modautal (+4,9%) und Fischbachtal (+4,5%) die höchsten Steigerungen. Rückgänge dieser Familienverbände verzeichnen Messel (-1,9%) und Reinheim (-1,5%).

Veränderung der Verheirateten mit und ohne Kinder in den Kreiskommunen von 2006 bis 2008 in Prozent

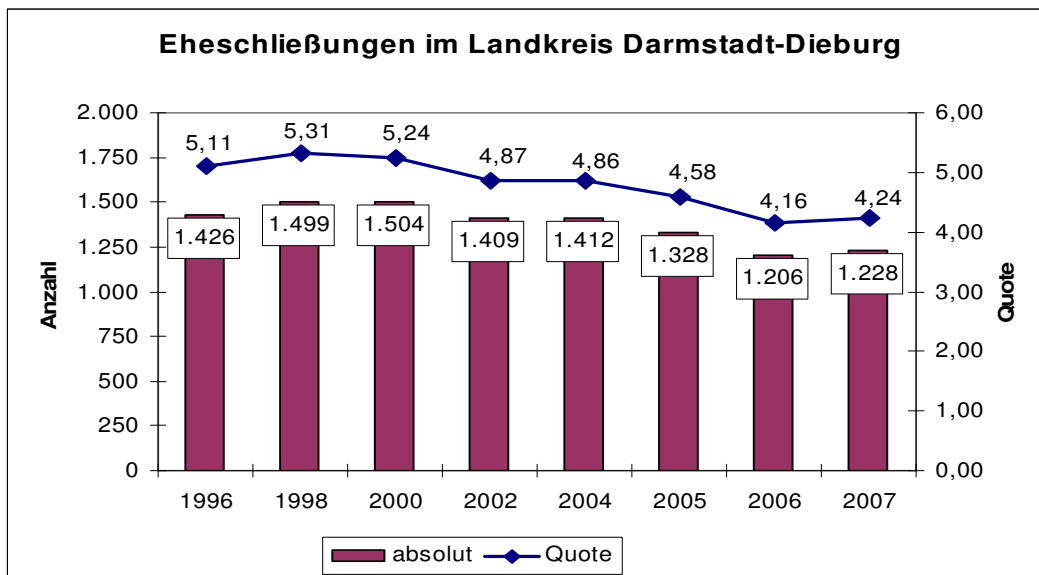


3.5 Eheschließungen und Ehescheidungen

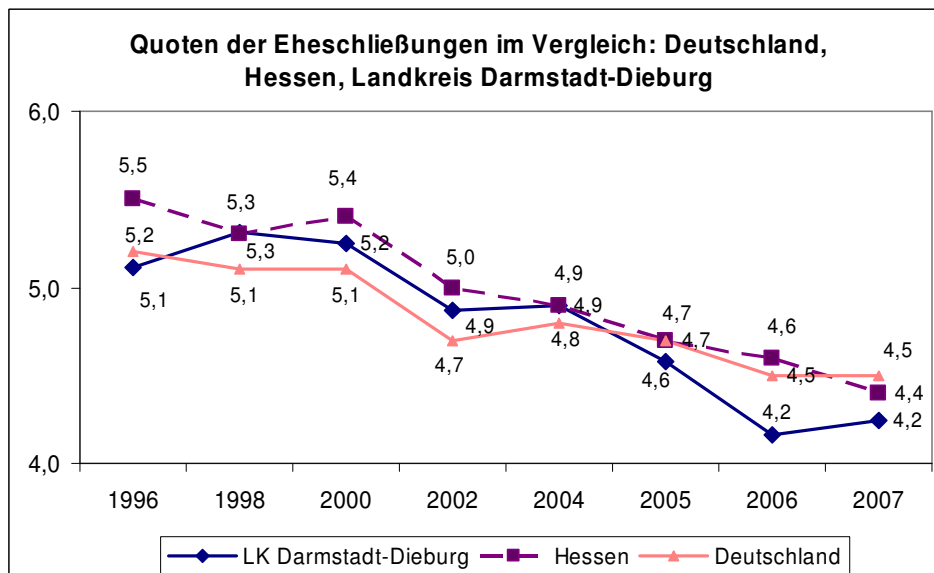
Entsprechend dem Trend der Pluralisierung der Lebensformen ist auch im Landkreis Darmstadt-Dieburg die Heiratsrate gesunken und die Scheidungsrate gestiegen.

3.5.1 Eheschließungen

Im Jahr 2007 ließen sich 1.228 Paare standesamtlich trauen. Seit dem Höhepunkt im Jahr 1998 mit 5,31 Eheschließungen je 1000 Einwohner/-innen sank die Quote auf 4,16 im Jahr 2006 und stieg im Jahr 2007 nunmehr auf 4,24.

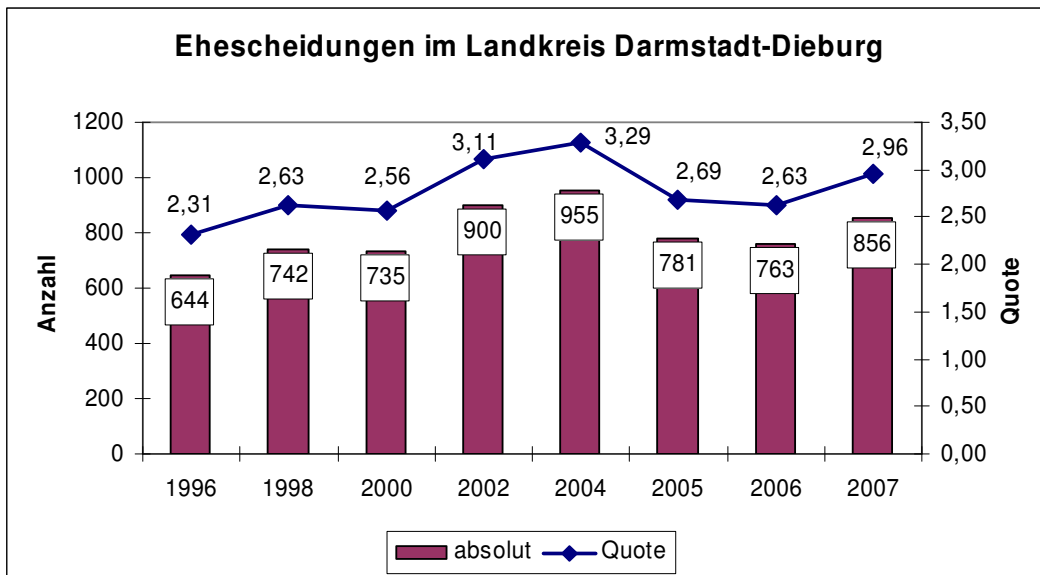


Damit lag der Landkreis Darmstadt-Dieburg bei den Eheschließungen seit 2005 sowohl unter dem Bundesdurchschnitt als auch unter dem Durchschnitt in Hessen.

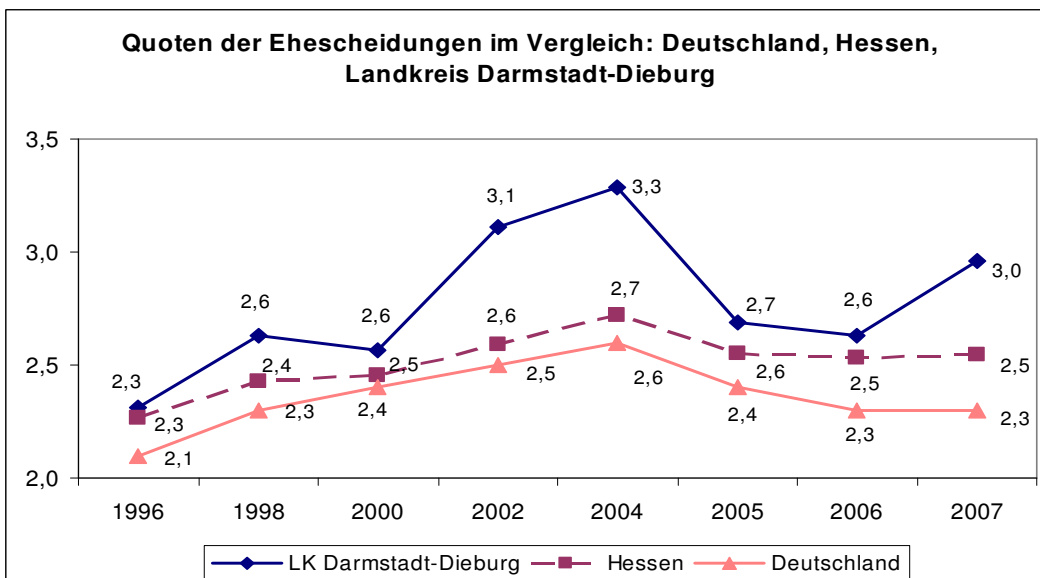


3.5.2 Ehescheidungen

Im Jahr 2007 wurden im Kreisgebiet insgesamt 856 Ehen geschieden. Von 1996 bis 2004 stieg die Ehescheidungsquote im Landkreis von 2,31 auf 3,29 je 1000 Einwohner/-innen. In den Jahren 2005 und 2006 sank sie ab, um bis 2007 wieder auf knapp 3 Ehescheidungen je 1000 der Bevölkerung anzusteigen.

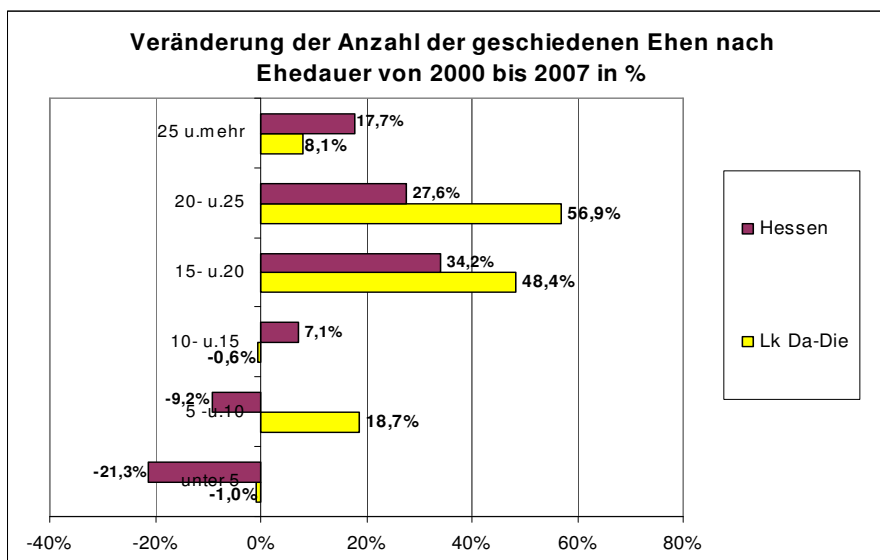


Wie ein Vergleich mit Deutschland und Hessen zeigt, lassen sich Ehepaare im Landkreis Darmstadt-Dieburg deutlich häufiger scheiden.



2007 wurden 12% der Scheidungen im Kreisgebiet nach einer Ehedauer von unter 5 Jahren und 31% nach einer von 5 bis 10 Jahren durchgeführt. 19% der Ehen wurden nach 10 bis 15 Ehejahren, 16% nach 15 bis 20 Ehejahren, 9% nach 20 bis unter 25 Ehejahren und noch 13% nach 25 Jahren Ehe und mehr geschieden. Mit einer maximalen Abweichung von 1% entspricht dies auch der Ehedauer bei Scheidungen in Hessen.

Bezogen auf den Zeitraum von 2000 bis 2007 zeigen sich allerdings Unterschiede. Während in Hessen die höchste Zunahme (+34,2%) bei den Scheidungen mit einer Ehedauer von 15 bis unter 20 Jahren zu verzeichnen war, waren dies im Landkreis die Scheidungen nach einer Ehedauer von 20 bis 25 Jahren mit einem Anteil von 56,9%.

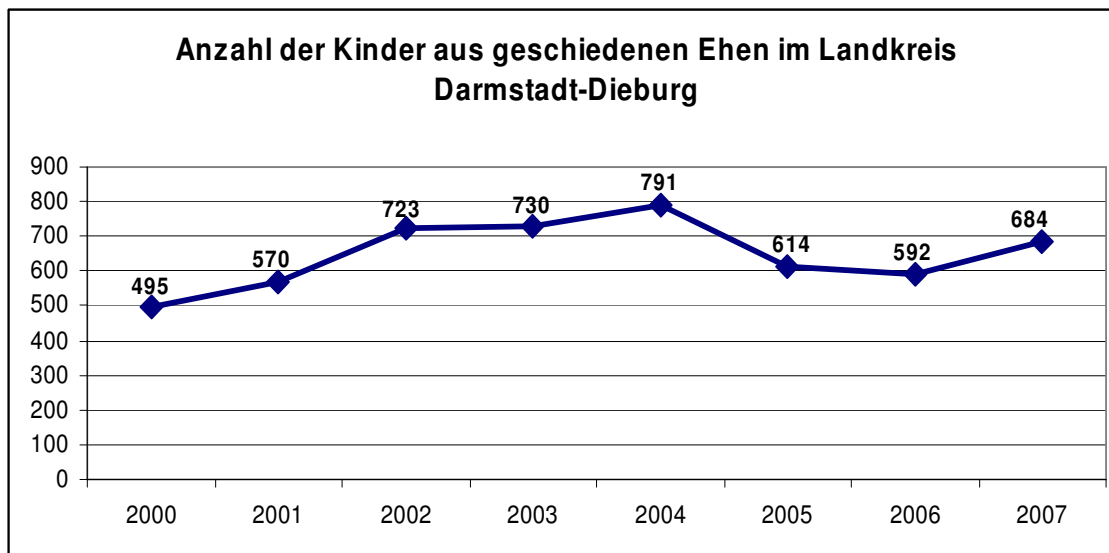


Damit wurden in den letzten sieben Jahren zunehmend Ehen mit einer Dauer von 15 Jahren und mehr geschieden.

3.5.2.1 Geschiedene Ehen nach Anzahl der Kinder

Von den 2007 geschiedenen 856 Ehen im Landkreis war knapp die Hälfte kinderlos. Bei den Ehen mit Kindern, die geschieden wurden, überwiegen die Einzelkinder (28,4%). Bei 16,2% der Scheidungen waren zwei Kinder betroffen.

Insgesamt erlebten 684 Kinder im Kreis die Scheidung ihrer Eltern. Das entspricht einem Anteil von 1,3% an allen Minderjährigen.



Im Zeitraum von 2000 bis 2007 stieg die Zahl der von Scheidung betroffenen Kinder im Kreisgebiet von 495 auf 684. Das entspricht einer Zunahme um 38,2%. Hessen verzeichnete in dieser Zeitspanne eine Steigerung um 14,9%.

3.6 Bevölkerung nach überwiegendem Lebensunterhalt

Bevor die ökonomischen Rahmenbedingungen in den Blick genommen werden, ist für die Erfassung der Situation der Bevölkerung der Frage nachzugehen, wovon sie ihren Lebensunterhalt sichert.

Es wird daher abschließend aufgezeigt, von welcher Unterhaltsquelle die Wohnbevölkerung hauptsächlich die Mittel für den Lebensunterhalt bezieht. Dabei wird die Bevölkerung differenziert nach erwerbstätigen und nichterwerbstätigen Personen erfasst. Bei mehreren Unterhaltsquellen wird nur die Wesentlichste berücksichtigt.

Einen zentralen Stellenwert zur Sicherung des Lebensunterhaltes nimmt natürlich die Erwerbstätigkeit ein. Die Bedeutung der Erwerbsarbeit reduziert sich keineswegs auf ihre Wirkung im Arbeitsleben und die Einkommensfunktion. Auch die Lebenssituation der Nichterwerbstätigen ist unmittelbar damit verknüpft. So hängen die Entwicklungschancen der Kinder und Jugendlichen nicht zuletzt von den durch Erwerbsarbeit gegebenen Handlungsspielräumen ihrer Eltern ab. Auch der Lebensstandard der Seniorinnen und Senioren steht in engem Zusammenhang mit dem Einkommen aus dem eigenen früheren Erwerbsleben oder dem, welches durch die Ehepartner/-in erworbenen wurde.

Um Anhaltswerte für die Veränderungen der letzten Jahre zu erhalten, wurde auf die Statistiken des HSL zurückgegriffen. Die im Rahmen des Mikrozensus 1994 und 1996 erhobenen Daten wurden im ersten Sozialstrukturatlas des Landkreises Darmstadt-Dieburg (1999) veröffentlicht.

Beim Mikrozensus handelt es sich zwar um eine repräsentative Befragung der Bevölkerung (1%-Stichprobe), aber aufgrund der Zufallsstichprobe, können zwischen den befragten Personengruppen und der in der Realität anzutreffenden Strukturen Ungleichheiten auftreten.

Darüber hinaus ist die kleine Grundgesamtheit auf der Ebene der zu Regionaleinheiten zusammengefassten Landkreise (hier: Darmstadt-Dieburg, Bergstrasse und Odenwald) nicht immer deckungsgleich mit der tatsächlich vorhandenen Anzahl der Personen. Aus diesem Grund können Entwicklungen über einen längeren Zeitraum nur als Annäherungswerte an die Wirklichkeit verstanden werden.

3.6.1 Überwiegender Lebensunterhalt 2008

Im Jahr 2008 sicherten 42,4% der Bevölkerung in Hessen und der Regionaleinheit ihren Lebensunterhalt überwiegend durch eigene Erwerbstätigkeit.

Als Erwerbstätige gelten in den zugrunde gelegten Statistiken alle Hessen, die eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig von der geleisteten Arbeitszeit (z.B. nur einige Wochenstunden) und davon, ob sie hieraus ihren überwiegenden Lebensunterhalt bestreiten oder nicht (z.B. Studenten/-innen oder Rentner/-innen).

28,6% der Bevölkerung in Hessen und 28,5% in der Regionaleinheit sicherten den Lebensunterhalt überwiegend über Einkünfte von Angehörigen. Hessenweit bezogen 28,9% der Bevölkerung Renten bzw. Pensionen und in den zusammengefassten Kreisgebieten waren es 29,2%.

Für 2008 ergab ein Vergleich von Hessen mit der Regionaleinheit (Darmstadt-Dieburg, Bergstraße und Odenwald), dass hessenweit mehr Männer (49,7% gegenüber 49,4%), aber ein annähernd gleicher Anteil von Frauen (35,4% und 35,3%) ihren überwiegenden Lebensunterhalt durch eigene Erwerbstätigkeit sichern.

Der Anteil der Befragten, die ihren Unterhalt durch Angehörige sichern, ist in Hessen und der Regionaleinheit fast gleich. Dagegen liegt der Anteil der Rentenbezieher/-innen im Kreisgebiet leicht über dem in Hessen.

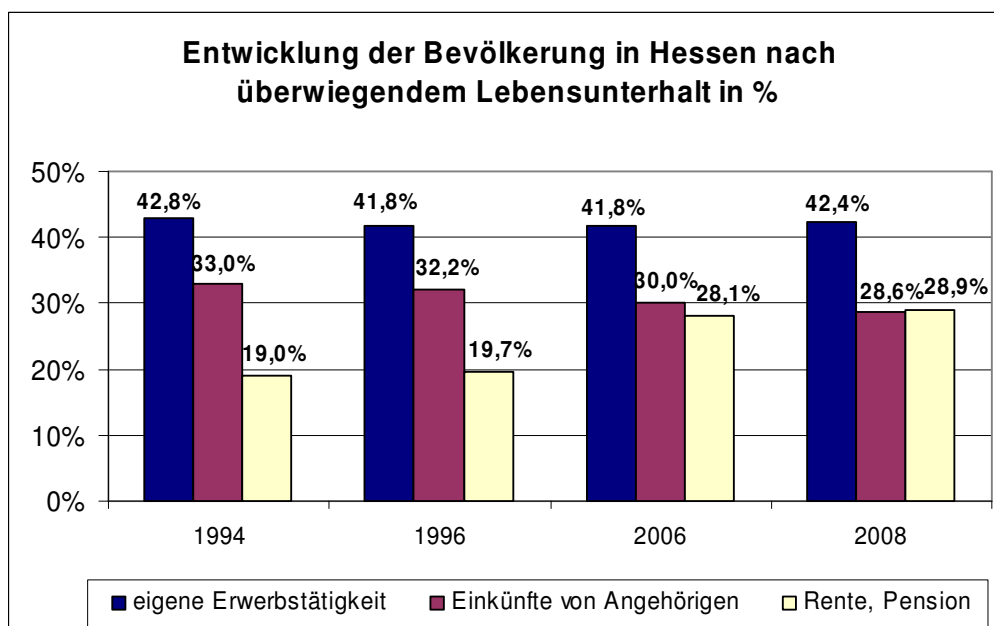
Während 2008 zwischen Hessen und den aufgeführten Landkreisen kaum gravierende Unterschiede festgestellt werden können, zeigt ein Zeitvergleich deutliche Veränderungen.

3.6.2 Entwicklung der Bevölkerung nach überwiegendem Lebensunterhalt

Der Anteil der Bevölkerung, die ihren Lebensunterhalt durch Erwerbsarbeit sichert, hat in den letzten Jahren leicht abgenommen. Verantwortlich dafür ist, neben der Verlängerung der Ausbildungszeit, die Zunahme der Arbeitslosigkeit und die Tendenz zur Frühverrentung.

In Hessen weist die Entwicklung der Bevölkerung von 1994 bis 2008 einen Anstieg von 1,7% auf, während die Zahl derer, die ihren Unterhalt überwiegend durch Erwerbsarbeit sichern, nur um 0,8% zunahm. Die Zunahme ist der verstärkten Erwerbstätigkeit der Frauen (+10%) geschuldet, da die Erwerbstätigkeit der Männer (-5,1%) rückläufig war.

Im gleichen Zeitraum ging die Zahl der Personen, die ihren Lebensunterhalt über Angehörige beziehen, um 11,9% zurück. Auch diese Entwicklung ist auf die weiblichen Personen (-14,3%) zurückzuführen, die von Angehörigen keine Einkünfte mehr beziehen und einer eigenen Erwerbstätigkeit nachgehen.



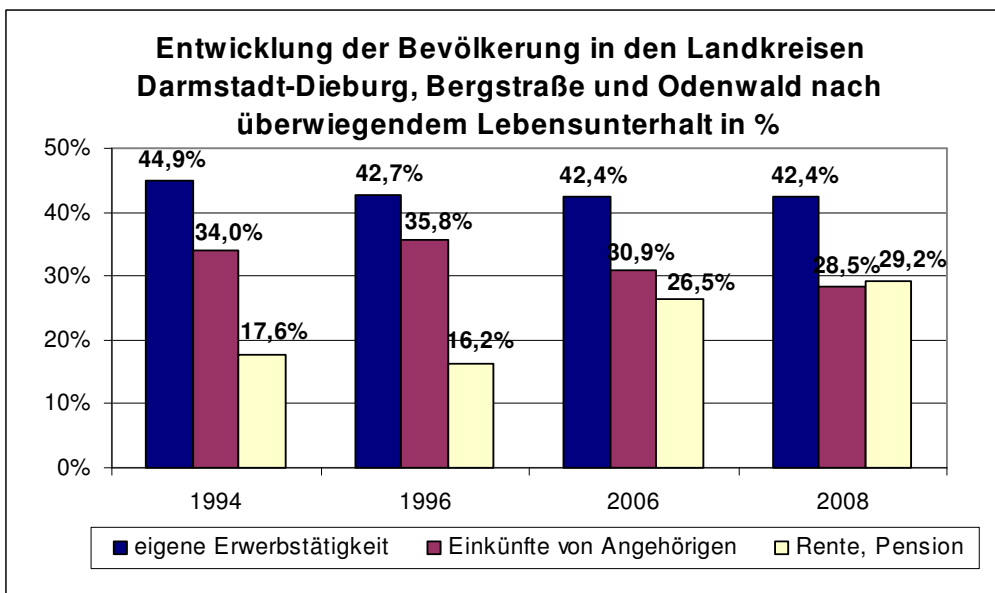
Quelle: HSL, B3, Mikrozensus 1994 und 1996, REGBV3.1. Bevölkerung 2006 und 2008, eigene Berechnung JHP

Im Beobachtungszeitraum verzeichnete die Gruppe, die ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Rentenzahlungen oder Pensionen bestreitet, in Hessen einen überdurchschnittlichen Zuwachs.

In der Regionaleinheit der drei Landkreise ist diese Entwicklung deutlich ausgeprägter als in Hessen. Einem Zuwachs der Bevölkerung um 22.200 Personen (+3,5%) stand im gleichen Zeitraum eine Abnahme der überwiegend von Erwerbsarbeit lebenden Bevölkerung von 2,3% gegenüber.

Auch die Zahl der Menschen, die von den Einkünften der Angehörigen leben, verringerte sich um 28.300 (-13,2%). Am stärksten nahm dabei die Zahl der weiblichen Angehörigen ohne eigenes Einkommen ab. Sie sank von 139.600 im Jahr 1994 auf 114.300 und damit um 18,1%.

Im Gegensatz dazu erhöhte sich die Zahl der Rentner/-innen und Pensionäre in der Regionaleinheit um 79.400 sehr deutlich. Das entsprach einer Zunahme von 71,7% über den gesamten Zeitraum und lag damit weit über der Steigerung von 55,1%, die diese Gruppe in Hessen verzeichnete.

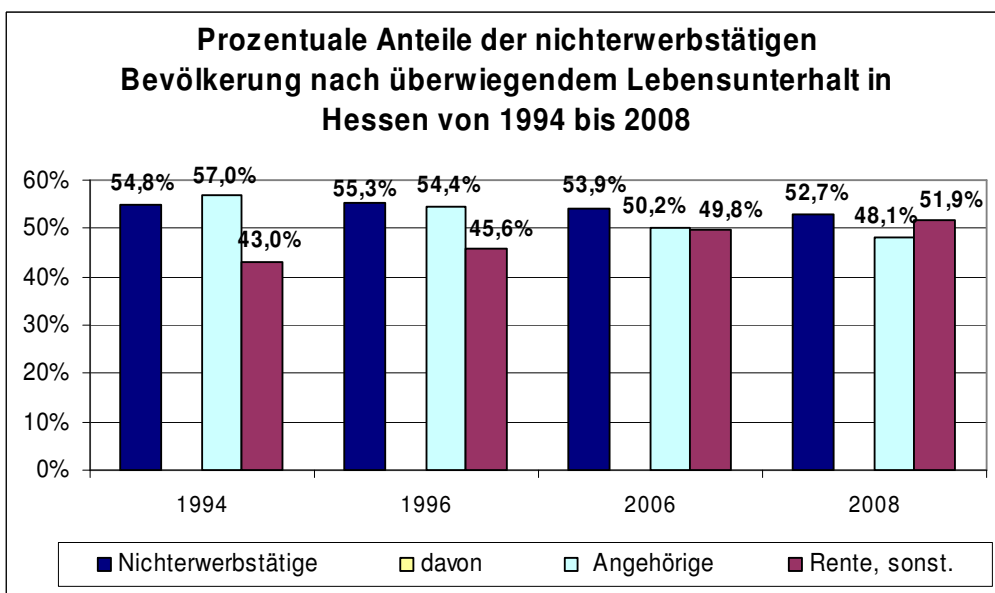


Quelle: HSL, B3, Mikrozensus 1994 und 1996, REGBV3.1. Bevölkerung 2006 und 2008, eigene Berechnung JHP

Gemessen an der jeweiligen Gesamtbevölkerung hat sich im Vergleichszeitraum der Anteil der Erwerbstätigen in den drei Landkreisen um 2,5% verringert, während hessenweit nur ein Rückgang um 0,4% zu verzeichnen ist. Auch bei der Gruppe der Angehörigen ist in den Kreisgebieten eine Abnahme um 5,5% zu erkennen, während hessenweit ein Rückgang um nur 4,4% festzustellen ist. Umgekehrt verläuft die Entwicklung bei den Renten- und Pensionsbezieher/-innen. Während in den Landkreisen ein Anstieg um 11,6% zu verzeichnen ist, weist Hessen eine Zunahme von 9,9% auf.

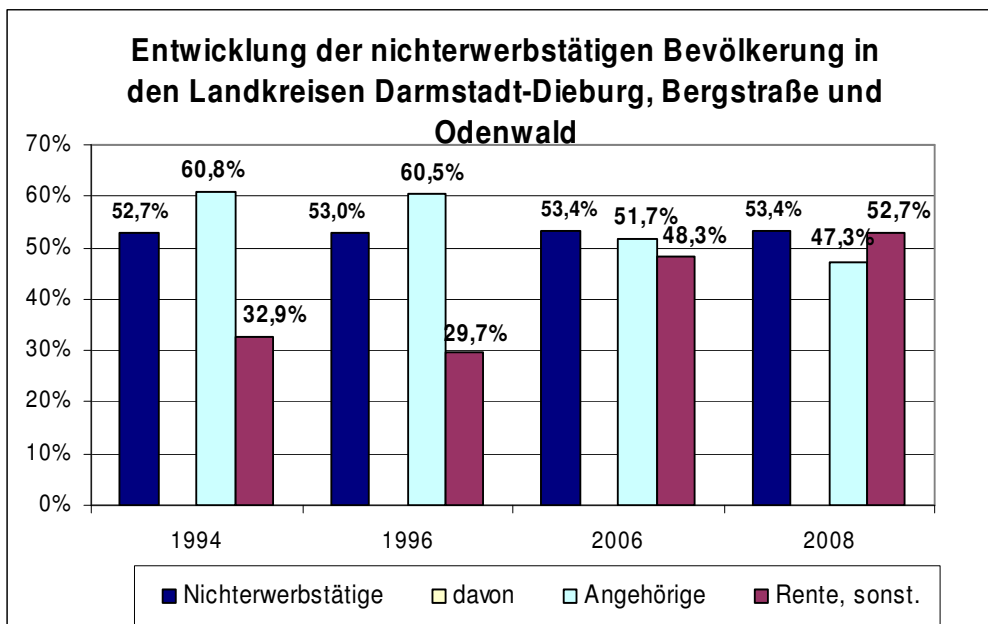
3.6.3 Entwicklung der nichterwerbstätigen Bevölkerung nach überwiegender Lebensunterhalt

Um auch hier die Veränderungen zu verdeutlichen, wird die Entwicklung anhand der Zeitreihenbetrachtung dargestellt. Von 1994 bis 2008 stieg die Zahl der nichterwerbstätigen Bevölkerung in Hessen von 5.967.600 auf 6.070.600 und damit um 1,7%. Dabei sank der prozentuale Anteil der nichterwerbstätigen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung von 54,8% im Jahr 1994 auf 52,7% im Jahr 2008.



Quelle: HSL, B3, Mikrozensus 1994, 1996, 2006 und 2008, eigene Berechnung JHP

In der zusammengefassten Regionaleinheit verlief die Entwicklung abweichend von der in Hessen. Hier stieg sowohl die Zahl der Einwohner/-innen, als auch der prozentuale Anteil der nichterwerbstätigen Personen von 52,7% im Jahr 1994 auf 53,4% im Jahr 2008.



Quelle: HSL, B3, Mikrozensus 1994, 1996, 2006 und 2008, eigene Berechnung JHP

Die Nichterwerbstätigen erhalten überwiegend Sozialeinkommen, die z.B. bei Rentner/-innen durch das versicherungsrechtliche Äquivalenzprinzip in ihrer Höhe vom früheren Arbeitseinkommen abhängig sind. Auch sonstige Sozialleistungen (z.B. Sozialgeld, Wohngeld) im Familienverbund sind in ihrer Höhe unmittelbar an das Einkommen des Hauptverdieners gekoppelt.

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse: Gesellschaftliche Rahmenbedingungen

Demografische Entwicklung

Kennzeichnend für die demografische Entwicklung des Landkreises werden in den kommenden Jahren der Rückgang der Bevölkerung und ihre Alterung sein.

Bevölkerungsentwicklung

- Die Vorausberechnungen der 11. koordinierten Bevölkerungsentwicklung prognostizieren einen Rückgang der Bevölkerung im Kreisgebiet bis 2050 um 8%.

Verhältnis von Jung und Alt

- Die Relationen zwischen den Generationen werden sich stark verändern. Werden als Altersmaße der Jugend- und der Altenquotient herangezogen, so sinkt ersterer von 33,7 im Jahr 2000 auf 28,4 im Jahr 2050, während letzterer im gleichen Zeitraum sehr stark ansteigt und zwar von 22,5 auf 61,3.
- Nach der Vorausberechnung kommen im Jahr 2050 auf 100 Personen nur noch 10,3 Personen im erwerbsfähigen Alter.

Die Lebenserwartung

- In Deutschland hat sich die Lebenserwartung in den letzten 100 Jahren verdoppelt. Im Kreisgebiet liegt die Lebenserwartung über dem Bundesdurchschnitt. Sie beträgt bei Geburt im Jahr 2006 bei Männern inzwischen 78,6 und bei Frauen 83,2 Jahre (Deutschland: 76,4 bei Männern und 82,1 bei Frauen).
- Auch in Zukunft wird von einem weiteren Lebenserwartungsgewinn ausgegangen, wobei der Trend zur Annäherung der Lebenserwartungen von Männern und Frauen weiterhin anhält.

Wandel der Altersstruktur

- Die Überalterung der Bevölkerung, als die zentrale Herausforderung der nächsten Jahrzehnte, hat Auswirkung auf die Organisation der Arbeitswelt, die soziale Infrastruktur und die sozialen Sicherungssysteme.

Veränderung der Haushaltsstruktur

- In Folge des demografischen Wandels verändert sich auch die Größenstruktur der Haushalte. Der Trend zu kleineren Haushalten ist bundesweit weiter zu beobachten.
- Betrug die durchschnittliche Haushaltsgröße im Kreisgebiet 1996 noch 2,4, so sank dieser Wert auf 2,1 im Jahr 2008. Dies liegt vor allem am hohen Anteil der Ein-Personen-Haushalte, der im Kreisgebiet in den letzten vier Jahren 34,1% beträgt.

Familien mit Kindern

- Zu Jahresbeginn 2008 waren von den 127.339 Privathaushalten im Landkreis Darmstadt-Dieburg 34,1% Ein-Personen-Haushalte, 33,8% Mehrpersonen-Haushalte ohne Kinder und 32,3% Mehrpersonen-Haushalte mit Kindern. Damit haben die Lebensformen der Haushalte ohne Kinder einen Anteil von 67,7%.
- Der Anteil der ausländischen Haushalte an allen Haushalten im Kreisgebiet ist rückläufig. 2004 betrug der Anteil 9,7% und 2008 lag er bei 8,7%.
- Im Kreisgebiet leben immer weniger Familien mit Kindern. Von 2006 bis 2008 hat sich die Zahl der Familienverbände mit Kindern (-8,1%) deutlich verringert und die Zahl der Familienverbände ohne Kinder (+3,8%) zugenommen.
- Der größte Teil der Kinder im Kreisgebiet wächst nach wie vor bei verheirateten Eltern auf. So stieg der Anteil der minderjährigen Kinder und Jugendlichen, die bei ihren verheirateten Eltern leben von 78% im Jahr 2006 auf 79,2% im Jahr 2008.
- Die Zahl der Alleinstehenden mit Kindern ist rückläufig. Die Gruppe der Alleinerziehenden im Kreisgebiet besteht zum überwiegenden Teil (42,3%) aus geschiedenen Müttern und Vätern. Der Anteil der ledigen Alleinerziehenden verringerte sich von 33,4% im Jahr 2006 auf 29,6% in 2008.

Eheschließungen

- Die Quote der Eheschließungen je 1000 Einwohner/-innen zeigt im Kreisgebiet einen Rückgang von 5,11 im Jahr 1996 auf 4,24 im Jahr 2007.
- Ein Vergleich mit Hessen und Deutschland zeigt, dass im Landkreis Darmstadt-Dieburg weniger Ehen geschlossen werden.

Ehescheidungen

- Im Jahr 2007 wurden im Kreisgebiet insgesamt 856 Ehen geschieden. Wie ein Vergleich mit Deutschland und Hessen zeigt, lassen sich Ehepaare im Landkreis Darmstadt-Dieburg deutlich häufiger scheiden.
- 2007 wurden die meisten Scheidungen (31%) nach einer Ehedauer von 5 bis 10 Jahren durchgeführt.
- Von 1996 bis 2007 stieg die Ehescheidungsquote im Landkreis von 2,31 auf 2,96 je 1000 Einwohner/innen.
- Im Zeitraum von 2000 bis 2007 konnte im Landkreis Darmstadt-Dieburg der höchste Anstieg (56,9%) bei den Scheidungen nach einer Ehedauer von 20 bis 25 Jahren festgestellt werden. In Hessen war die höchste Zunahme (+34,2%) bei den Scheidungen mit einer Ehedauer von 15 bis 19 Jahren zu verzeichnen.
- Der Anteil der von der Scheidung ihrer Eltern betroffenen Kinder und Jugendlichen im Kreisgebiet stieg von 495 im Jahr 2000 auf 684 im Jahr 2007. Das entspricht einer Zunahme um 38,2%. Im gleichen Zeitraum weist Hessen eine Steigerung um 14,9% auf.

Überwiegender Lebensunterhalt

- 2008 bestritten 42,4% der Bevölkerung in der Regionaleinheit 4 (Landkreis Darmstadt-Dieburg, Bergstraße und Odenwaldkreis) und in Hessen ihren überwiegenden Lebensunterhalt durch eigene Erwerbstätigkeit. 29,2% (Hessen 28,9%) bezogen Rente oder Pensionen und 28,5% (28,6%) sicherten ihren Lebensunterhalt durch Einkünfte von Angehörigen.
- Die Entwicklung zeigt, dass der Anteil der Bevölkerung, die ihren Lebensunterhalt durch Erwerbsarbeit sichert, in den letzten Jahren leicht abgenommen hat. Verantwortlich dafür ist, neben der Verlängerung der Ausbildungszeit, die Zunahme der Arbeitslosigkeit und die Tendenz zur Frühverrentung.
- Während in Hessen die Entwicklung der Bevölkerung von 1994 bis 2008 einen Anstieg von 1,7% aufweist, nahm die Zahl derer, die ihren Unterhalt überwiegend durch Erwerbsarbeit sichern, nur um 0,8% zu. In der Regionaleinheit der drei Landkreise ist diese Entwicklung noch deutlich ausgeprägter. Einem Zuwachs der Bevölkerung um 3,5% stand im gleichen Zeitraum eine Abnahme der überwiegend von Erwerbsarbeit lebenden Bevölkerung von 2,3% gegenüber.
- Im gleichen Zeitraum verringerte sich auch die Zahl der Menschen, die von den Einkünften der Angehörigen lebten. In Hessen sank die Anzahl um 11,9% und in der Regionaleinheit um 13,2%.
- Im Gegensatz dazu erhöhte sich über den gesamten Zeitraum die Zahl der Rentner/-innen und Pensionäre in der Regionaleinheit um 71,7% und in Hessen um 55,1%.

IV Ökonomische Rahmenbedingungen

1 Wirtschaftliche Entwicklung und der Arbeitsmarkt

1.1 Entwicklung des Wirtschaftswachstums

Die wichtigsten Statistiken für die Beobachtung der Wirtschaft sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Eine zentrale Größe der VGR zur Messung der gesamtwirtschaftlichen Leistung eines Landes ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Es misst den Wert der im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen (Wertschöpfung) abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter in einem bestimmten Zeitraum. Die Veränderungsrate des realen BIP dient als Messgröße für das Wirtschaftswachstum (vgl. Statistisches Bundesamt). Beeinflusst wird die Zunahme oder Abnahme des BIP sowohl durch die Veränderung des Volumens als auch durch die allgemeine Preisentwicklung.

Die Wirtschaftsentwicklung in Hessen und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg konnte sich 2007 behaupten. In diesem Jahr belief sich der Wert des Bruttoinlandsproduktes (in jeweiligen Preisen) in Hessen auf rund 215,19 Mrd. Euro. Das hessische BIP, hatte damit einen Anteil von knapp 9% am BIP Deutschlands (vgl. HSL 3/4.08: 64). Rund 70% des hessischen BIP wurden im Regierungsbezirk Darmstadt erwirtschaftet. Jeder an der Produktion beteiligte Erwerbstätige erarbeitete eine Leistung von 69.678 Euro. Damit verzeichnete Hessens Wirtschaft 2007 den zweitstärksten Anstieg seit dem Boomjahr 2000 (+3,4%).

Bruttoinlandsprodukt* (BIP) insgesamt und je Einwohner 2005 bis 2007										
Kreisfreie Stadt (St.)	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner									
Landkreis Gemeinde	Euro				Anteil am BIP des Landes Hessen in %			Messzahlen (Landeswert = 100)		
	2005	2006	2007	Zu- bzw. Abn. (-) in %	2005	2006	2007	2005	2006	2007
	Bergstraße	23.566	23.054	23.796	1,0%	3,1	2,9	2,9	70,9	67,3
Darmstadt-Dieburg	19.137	19.888	20.598	7,6%	2,7	2,8	2,8	57,6	58,1	58,1
Groß-Gerau	33.573	34.984	35.892	6,9%	4,2	4,2	4,2	101,0	102,2	101,3
Hochtaunuskreis	33.495	35.358	37.159	10,9%	3,8	3,9	3,9	100,8	103,3	104,9
Main-Kinzig-Kreis	25.024	26.367	27.018	8,0%	5,1	5,2	5,1	75,3	77,0	76,2
Main-Taunus-Kreis	35.841	36.904	38.684	7,9%	4,0	4,0	4,0	107,8	107,8	109,2
Odenwaldkreis	21.485	21.299	22.297	3,8%	1,1	1,0	1,0	64,6	62,2	62,9
Offenbach	30.387	31.234	32.499	7,0%	5,1	5,1	5,1	91,4	91,2	91,7
Rheingau-Taunus-Kreis	19.228	19.297	20.138	4,7%	1,8	1,7	1,7	57,8	56,4	56,8
Wetteraukreis	22.659	23.026	24.101	6,4%	3,3	3,3	3,3	68,2	67,2	68,0
Reg.-Bez. Darmstadt	37.612	38.652	39.713	5,6%	70,1	70,0	69,7	113,2	112,9	112,1
Land H e s s e n	33.240	34.414	35.437	6,6%	100	100	100	100	100	100
davon										
kreisfreie Städte	58.699	60.129	61.405	4,6%	39,9	39,9	39,5	178,3	176,2	173,3
Landkreise	25.805	26.793	27.772	7,6%	60,1	60,1	60,5	76,7	77,4	78,4

*In jeweiligen Preisen. Berechnungsstand: Februar 2008.

Quelle: HSL: Statistische Berichte, Kennziffer P I 3-j/07; eigene Berechnungen JHP LK Da-Di

Mit einem Bruttoinlandsprodukt von 35.437 Euro je Einwohner/-in war Hessen 2007 das drittstärkste Bundesland nach Hamburg und Bremen. Auch im längerfristigen Vergleich zeigt die Veränderung des BIP in jeweiligen Preisen 2007 gegenüber 1993 in Hessen einen Anstieg um 40,9% und damit eine gute Wirtschaftsentwicklung (vgl. HSL Statistische Berichte 2009). Im Jahr 2007 wurden 60,5% der hessischen Wirtschaftsleistung in Landkreisen und 39,9% in kreisfreien Städten erbracht. Die Landkreise konnten dabei in den letzten drei Jahren ihren Anteil um 0,4 Prozentpunkte steigern.

Bei kommunaler Betrachtung auf Basis des BIP je Erwerbstätigen zeigen sich Abweichungen zwischen Landkreisen (65.332 Euro) und kreisfreien Städten (77.587 Euro), die allerdings nicht so gravierend sind, wie die auf der Grundlage des BIP der Einwohner/-innen. Bei diesen zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Landkreisen und den Städten.

Während die Städte 2007 ein BIP (in jeweiligen Preisen) je Einwohner/-innen von 61.405 Euro aufwiesen, waren es bei den Landkreisen nur 27.772 Euro.

Auch im Landkreis Darmstadt-Dieburg war der Verlauf der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in den letzten Jahren positiv. 2007 erreichte der Wert des Bruttoinlandsproduktes (in jeweiligen Preisen) im Kreisgebiet 5.956 Mill. Euro. Gegenüber 1993 konnte damit ein Zuwachs von 47,4% erwirtschaftet werden. 2007 betrug der Anteil des Kreises am Bruttoinlandsprodukt des Landes Hessen 2,8% und erreichte damit gegenüber 2005 eine leichte Zuwachsrate um 0,1 Prozentpunkte.

Im Durchschnitt erarbeitete jede/r Erwerbstätige im Landkreis Darmstadt-Dieburg im Jahr 2007 eine Leistung von 61.789 Euro. Gemessen am Landeswert von 100 erreichte der Landkreis 88,7 und stand damit an Rang 8 der Landkreise im Regierungsbezirk Darmstadt.

Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner/-in erhöhte sich im Landkreis Darmstadt-Dieburg von 19.137 Euro im Jahr 2005 auf 20.598 Euro im Jahr 2007. Das entspricht einer deutlichen Zunahme um 7,6% (Regierungsbezirk Darmstadt 5,5% und Hessen 6,6%). Gemessen am Landeswert von 100 erreichte das Kreisgebiet mit 58,1 im Jahr 2007 im Vergleich zu den anderen Landkreisen im Regierungsbezirk Darmstadt allerdings nur den vorletzten Rang.

1.1.1 Veränderungen zwischen den Wirtschaftsbereichen

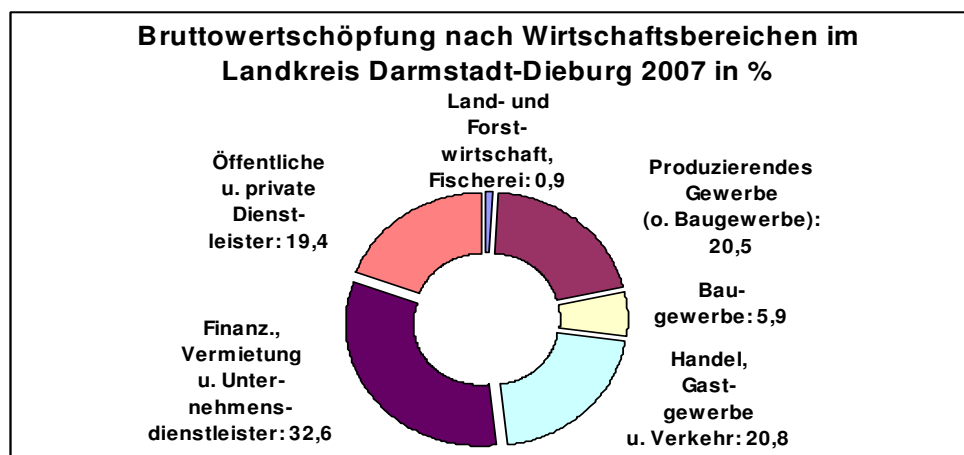
Die Bruttowertschöpfung ist eine wichtige Kennzahl für die Leistung der Wirtschaftsbereiche. Ausgehend vom Produktionswert der Wirtschaftseinheiten in einer Periode wird durch Abzug der Vorleistungen die Bruttowertschöpfung ermittelt.

Im Jahr 2007 wurden rund 73% der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung im Kreisgebiet von den Dienstleistungsbereichen (tertiärer Sektor) erbracht.

2007 wuchs die preisbereinigte Bruttowertschöpfung in Hessen gegenüber dem Vorjahr im produzierenden Gewerbe (sekundärer Sektor) um 5,4% (in Deutschland um 6,3%). Ebenso wie für Deutschland insgesamt kamen die wesentlichen Impulse aus dem Export der Industrie.

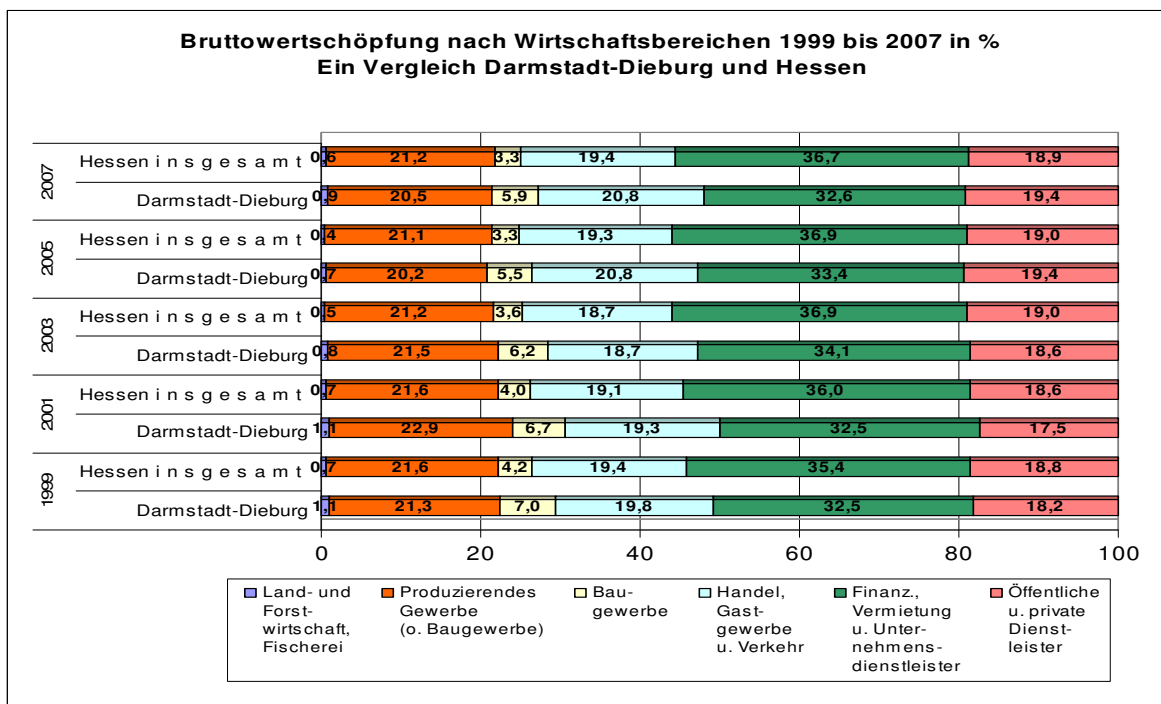
Auch der Dienstleistungssektor sorgte mit einem Plus von 2,4% in Hessen für eine positive Entwicklung der Wirtschaft. Vor allem der Bereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ wuchs um 2,4% (Deutschland +2,1%) und minderte so den Rückstand im verarbeitenden Gewerbe.

In der hessischen Landwirtschaft war die Entwicklung durch einen Rückgang der Anzahl der Betriebe (-2,3%) und eine Stagnation der Tierbestände gekennzeichnet (vgl. HSL 3/4 2008: 64f).



Quelle: HSL: Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen 1998 bis 2007; eigene Berechnungen JHP LK Da-Di

Mit einem Anteil von 32,6% ist 2007 auch im Landkreis Darmstadt-Dieburg vor allem der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister für die Bruttowertschöpfung bedeutsam. Der Anteil des produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) zur gesamtwirtschaftlichen Leistung belief sich in diesem Jahr auf 20,5% und der des Baugewerbes auf 5,9%.



Quelle: HSL: Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen 1998 bis 2007; eigene Berechnungen JHP LK Da-Di

Im Jahr 1999 betrug der Anteil des produzierenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung noch 21,3% und der des Baugewerbes 7,0%. Auf die Dienstleistungsbereiche insgesamt entfielen seinerzeit rund 70% der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung, davon 18,2% auf den Bereich öffentliche und private Dienstleister und 19,8% auf Handel, Gastgewerbe und Verkehr.

Im Zeitvergleich wird deutlich, dass der Anteil des Baugewerbes von 7,0% auf 5,9% am stärksten zurückgegangen ist. In den Bereichen Land-, Forstwirtschaft, Fischerei (primärer Sektor) sowie Finanzierung, Vermietung und Unternehmerdienstleister traten nur geringfügige Veränderungen ein. Am stärksten profitiert hat seit 2004 der Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr.

1.1.2 Verbraucherpreisindex

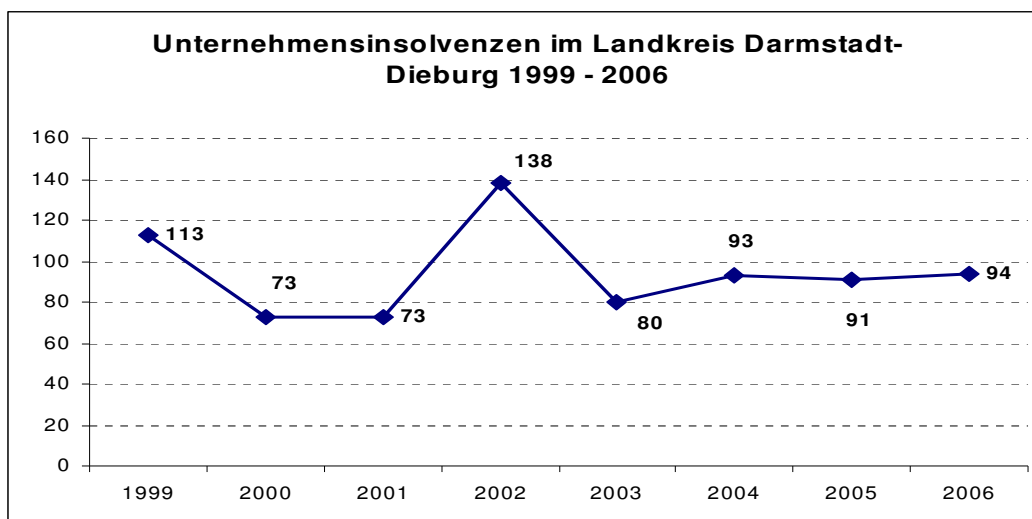
Der Verbraucherpreisindex für Deutschland misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Dabei werden Single-Haushalte ebenso berücksichtigt wie Rentnerhepaare oder Großfamilien. Der Verbraucherpreisindex liefert ein Gesamtbild der Teuerung in Deutschland, in das alle Haushaltstypen, alle Regionen und sämtliche dort nachgefragten Waren und Dienstleistungen einbezogen sind. Dazu gehören Mieten, Nahrungsmittel und Bekleidung ebenso wie etwa Kraftfahrzeuge oder Dienstleistungen wie Friseur, Reinigung oder Reparaturen (vgl. Hessisches Statistisches Landesamt 2008).

Im Jahr 2007 beschleunigte sich der Preisanstieg in Hessen deutlich, insbesondere verursacht durch die Mehrwertsteuererhöhung im Januar. So stieg der Verbraucherpreisindex gegenüber dem Vorjahr um 2,2%. Trotz der hohen wirtschaftlichen Wachstumsdynamik stieg der Verbraucherpreisindex (VPI) von 2002 bis 2007 in Hessen geringer als im gesamten

Bundesgebiet. Während der Anstieg in diesem Zeitraum in Hessen bei 7,6% lag, erreichte er bundesweit 8,0% (vgl. Statistisches Bundesamt 2009).

1.1.3 Unternehmensinsolvenzen

In Hessen erreichte die Zahl der Unternehmerinsolvenzen im Jahr 2007 mit 1720 Fällen (-12% gegenüber 2006) den niedrigsten Stand seit 1994 (vgl. Statistik Hessen April 2008:63) den niedrigsten Stand seit 1994. Auch im Landkreis Darmstadt-Dieburg konnte ein Rückgang der Unternehmerinsolvenzen verzeichnet werden. Von 1999 bis 2006 sanken die Insolvenzen im Kreisgebiet von 113 auf 94. Dies bedeutet einen Rückgang um 16,8%.



Quelle: Hessische Gemeindestatistik 2008

1.2 Einkommensentwicklung

Die Darstellung der funktionalen Einkommensverteilung knüpft an das Volkseinkommen an. Mit dem Volkseinkommen wird die Summe aller Einkommen aus Erwerbsarbeit, aus unternehmerischer Tätigkeit sowie aus Vermögen bzw. Kapitaleinkommen bezeichnet, die inländische Wirtschaftseinheiten während einer Periode im In- oder Ausland erzielt haben.

Bei der gesamtwirtschaftlichen Einkommensverteilung wird zwischen Einkommen aus unselbständiger Arbeit (Arbeitnehmerentgelte) und Einkommen aus selbständiger Arbeit (Unternehmertätigkeit) und Vermögen unterschieden.

Im Jahr 2007 lag das Volkseinkommen in Deutschland bei 1.824,2 Mrd. Euro, das waren 22.176 Euro je Einwohner/-in. Auf das Arbeitnehmerentgelt entfielen 1.181 Mrd. Euro (64,7%) und auf die Unternehmens- und Vermögenseinkommen 643,2 Mrd. Euro (35,3%). Während sich die beiden Komponenten des Volkseinkommens zwischen 1994 und 2003 weitgehend parallel entwickelt haben, stiegen seit 2004 die Unternehmens- und Vermögenseinkommen deutlich stärker an als das Arbeitnehmerentgelt (vgl. Datenreport 2008:87f).

1.2.1 Arbeitnehmerentgelte

Das Arbeitnehmerentgelt ist das Arbeitsentgelt der Arbeitnehmer/-innen aus unselbständiger Erwerbsarbeit. Es umfasst sämtliche Geld- und Sachleistungen, die den innerhalb eines Wirtschaftsgebietes beschäftigten Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen aus dem Arbeits- oder Dienstverhältnis zugeflossen sind. Es setzt sich zusammen aus den Bruttolöhnen und Gehältern (Löhne und Gehälter vor Abzug der Sozialbeiträge der Arbeitnehmer und der Lohnsteuer) sowie den tatsächlichen Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung und Pensionskassen.

Im Jahr 2007 entfielen bundesweit 19,1% des Arbeitnehmerentgelts auf die Sozialbeiträge der Arbeitgeber und 28,3% auf die Abzüge der Arbeitnehmer (13,8% für Sozialbeiträge und 14,5% für Lohnsteuer). Somit verblieben 2007 vom Arbeitnehmerentgelt nur noch 52,6% als Nettolöhne und -gehälter bei den Arbeitnehmern. Im Jahr 1991 waren dies noch 56,8%.

Das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer/-in 2007 betrug in Deutschland 33.540 Euro. In Hessen lag es bei 36.929 Euro. Nach einem Bundesländer Ranking der INSM (Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft 2008) lagen damit in Hessen die Arbeitskosten, also das, was ein Unternehmen im Jahr im Schnitt für eine/n Arbeitnehmer/-in zu bezahlen hat, an Rang 15 und damit dem vorletzten Platz hinter Hamburg. Aus Sicht der Arbeitnehmer/-innen würde damit Hamburg Rang 1 und Hessen Rang 2 einnehmen.

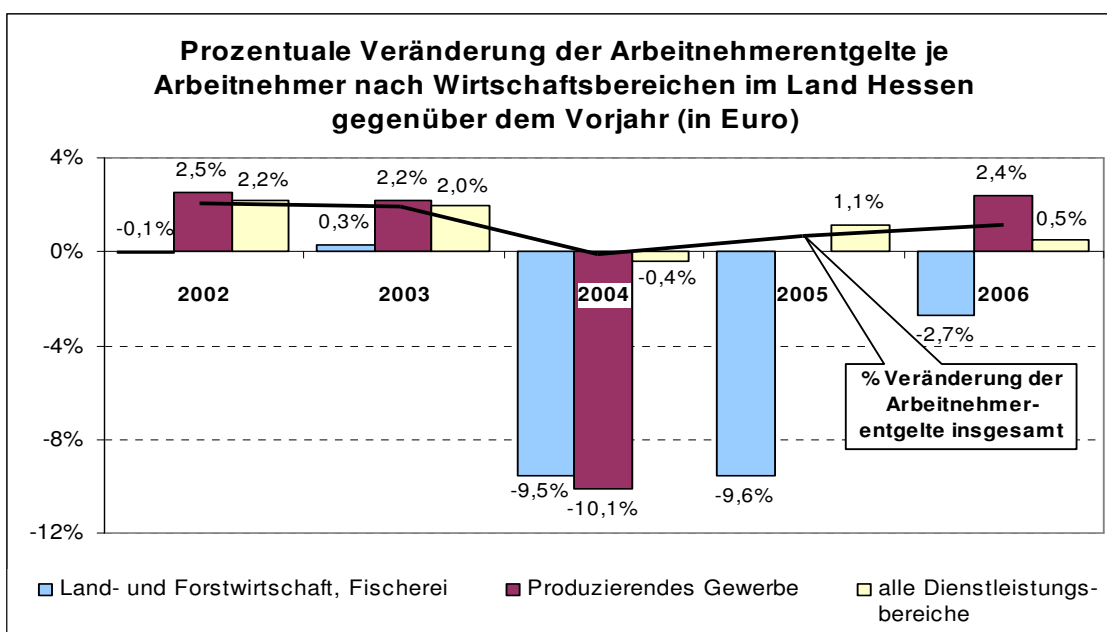
Für den Landkreis Darmstadt-Dieburg liegen die aktuellsten Zahlen aus dem Jahr 2006 vor. Hier betrug das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer 34.456 Euro. Differenziert nach Wirtschaftsbereichen wurden die höchsten Arbeitnehmerentgelte mit 39.584 Euro je Arbeitnehmer/-in im Produzierenden Gewerbe einschließlich dem Baugewerbe gezahlt. In den Dienstleistungsbereichen kamen die Arbeitnehmerentgelte auf 30.188 Euro und am geringsten waren sie im Bereich Land- und Forstwirtschaft und Fischerei mit 17.325 Euro.

1.2.2 Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte

Nach dem dynamisierten Ranking der INSM stieg das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer/-in in Hessen von 2004 bis 2007 um 1,6%. Damit lag Hessen auf Rang 8 und damit im Mittel der 16 Bundesländer. Rang 1 nahm Berlin mit einer Steigerung um 0,2% und Rang 16 Baden-Württemberg mit +3,3%.

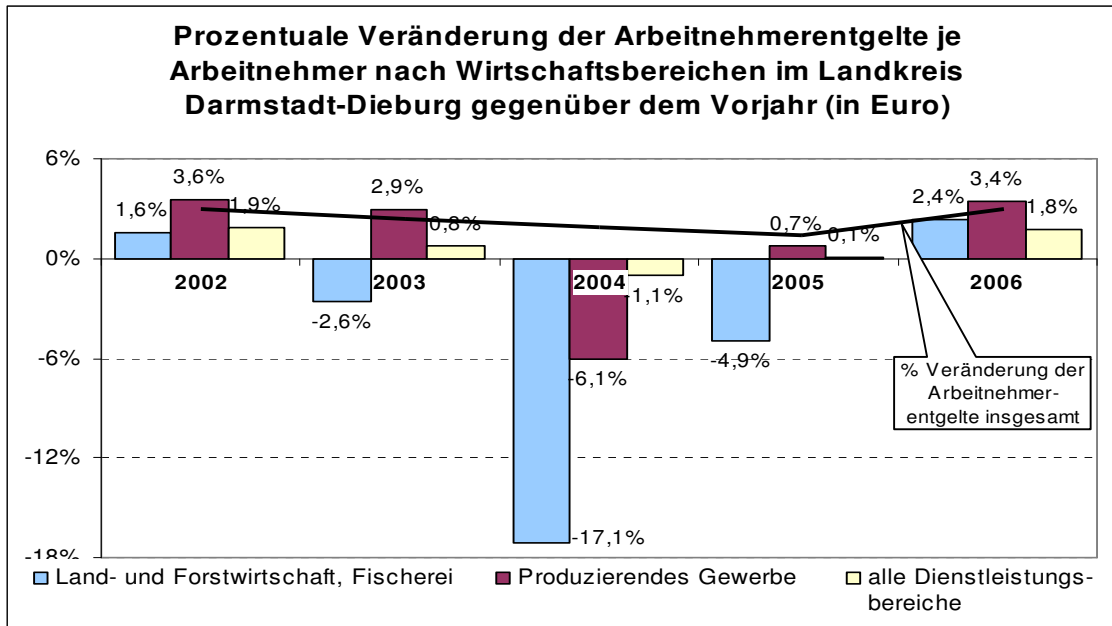
Im Zeitraum von 2002 bis 2006 stieg das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Kreisgebiet um 7,3% und in Hessen um 5,6%. Von dieser Zunahme waren aber nicht alle Wirtschaftssektoren gleichermaßen betroffen.

Ausgehend von diesen Mittelwerten wies in Hessen einzig der Dienstleistungssektor eine Steigerung von 5,5% auf, während das produzierende Gewerbe, einschließlich des Baugewerbes, einen Rückgang um 3,6% und die Forst- und Landwirtschaft und Fischerei einen noch stärkeren Rückgang der Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer/-in von 20,2% verzeichnete.



Quelle: HSL: Hessische Kreiszahlen Bd. 1; 2001 bis 2008; eigene Berechnungen JHP

Im Landkreis Darmstadt-Dieburg verbuchten sowohl das produzierende Gewerbe einschließlich des Baugewerbes als auch die Dienstleistungsbereiche Steigerungen um 4,3% bzw. 3,6%. Dagegen war auch im Kreisgebiet ein extremer Rückgang von -20,2% im gesamten Zeitraum bei den Arbeitsentgelten je Arbeitnehmer/-in im primären Sektor festzustellen.

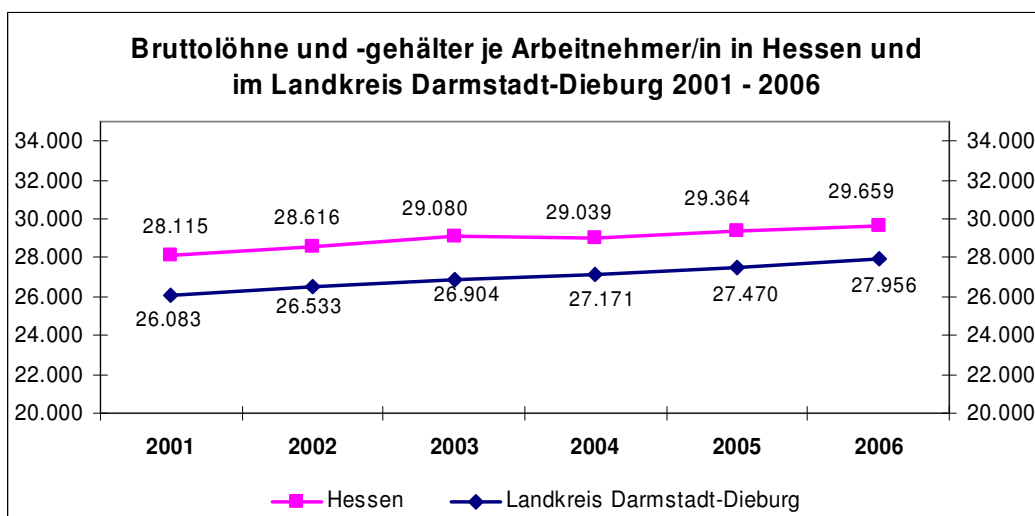


Quelle: HSL: Hessische Kreiszahlen Bd. 1; 2001 bis 2008; eigene Berechnungen JHP

Insgesamt ist das Niveau des Arbeitnehmerentgelts je Arbeitnehmer/-in in Hessen und im Landkreis von 2002 bis 2006 überdurchschnittlich hoch. Aufgrund der ungleichmäßigen Verteilung auf die Arbeitnehmergruppen und der Verbraucherpreissteigerung im gleichen Zeitraum um 7,8%, führte die Erhöhung der Entgelte nicht immer zu einer realen Verbesserung der Einkommenssituation.

1.2.3 Bruttolöhne und -gehälter der Arbeitnehmer/-innen

Auch die Bruttolöhne/-gehälter, d.h. die von den Betrieben geleisteten Geld- und Sachleistungen vor Abzug der Lohnsteuer und Sozialbeiträgen an die Arbeitnehmer/-innen, zeigten in den letzten Jahren deutliche Zunahmen. Insgesamt stiegen die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer/-in von 2001 bis 2006 in Hessen um 5,5% und im Landkreis Darmstadt-Dieburg um 7,2%.



Quelle: HSL: Hessische Kreiszahlen Bd. 1; 2001 bis 2008; eigene Berechnungen JHP

Aber auch diese Einkommenssteigerungen bei den Bruttolöhnen/-gehälter verteilen sich nicht gleichmäßig auf alle Arbeitnehmer/-innen. Im Beobachtungszeitraum stiegen vor allem die Bruttomonatsverdienste der Beschäftigten im Dienstleistungssektor. In Hessen stiegen hier die Verdienste um 5,4% und im Landkreis Darmstadt-Dieburg um 3,5%. Im produzierenden Gewerbe einschließlich des Baugewerbes stiegen die Löhne hessenweit um 4,7%, während im Kreisgebiet ein Rückgang um 3% zu verzeichnen war. Das Verdienstniveau der Arbeitnehmer/-innen im primären Sektor fiel am stärksten zurück. Die Bruttolöhne/-gehälter der Beschäftigten sanken in der Land- und Forstwirtschaft und Fischerei in Hessen um 18,7% und im Landkreis um 19,1%.

1.2.4 Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte umfasst im Wesentlichen die Einkommen aus unselbständiger Arbeit, die Einkünfte aus freiberuflicher bzw. unternehmerischer Tätigkeit sowie Vermögenseinkünfte. An dieses Primäreinkommen knüpft die staatliche Umverteilung an. Durch den Abzug von direkten Steuern und den Zufluss von Sozialtransfers (wie z.B. Renten, Arbeitslosengeld, Kindergeld) wird aus dem Primäreinkommen das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte. Es zeigt somit an, wie viel Geld durchschnittlich jedem/jeder Einwohner/-in für Konsumzwecke und für Ersparnisse zur Verfügung steht. Es ist damit Ausdruck für den materiellen Wohlstand der Bevölkerung.

Verfügbares Einkommen der priv. Haushalte je Einwohner/in 2006		
Gebiet	EUR	Deutschland = 100
Baden-Württemberg	19.845	109,4
Bayern	19.285	106,3
Nordrhein-Westfalen	19.104	105,3
Hessen	18.833	103,8
Landkreis Darmstadt-Dieburg	19.483	107,4
Deutschland	18.135	100,0

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; eigene Bearbeitung JHP

Das Niveau der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner/-in lag 2006 in Deutschland bei 18.135 Euro (= 100%). Gemessen daran lag Hessen bei 103,8%. Baden-Württemberg (109,4%), Bayern (106,3%) und NRW (105,3) konnten ein höheres Niveau verzeichnen. Das verfügbare Einkommen im Landkreis Darmstadt-Dieburg erreichte gemessen am Bundesdurchschnitt einen Stand von 107,4%.

Auch gemessen am Landeswert (Hessen = 100%) lag damit das Niveau der verfügbaren Einkommen im Kreisgebiet darüber und an Rang 5 der Landkreise im Regierungsbezirk Darmstadt.

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 2006* nach Verwaltungsbezirken				
Landkreise	Verfügbares Einkommen			
	insgesamt	Anteil an Hessen	je Einwohner/in	
	Mill. Euro	%	Euro	Landeswert =100
Darmstadt-Dieburg	5.649	4,9	19.483	103,5
Bergstraße	5.087	4,4	19.143	101,6
Groß-Gerau	4.474	3,9	17.756	94,3
Hochtaunus	5.693	5,0	25.083	133,2
Main-Kinzig	7.738	6,8	18.899	100,4
Main-Taunus	4.959	4,3	22.115	117,4
Odenwald	1.783	1,6	17.839	94,7
Offenbach	6.920	6,0	20.541	109,1
Rheingau-Taunus	3.712	3,2	20.102	106,7
Wetterau	5.666	4,9	18.967	100,7
Reg.-Bez. Darmstadt (ind. Kreisfreie Städte)	73.457	64,2	19.477	103,4
Land Hessen	114.486	100,0	18.833	100,0
davon				
kreisfreie Städte	24.947	21,8	18.120	96,2
Landkreise	89.539	78,2	19.041	101,1

* einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszwecke. Vorläufige Werte

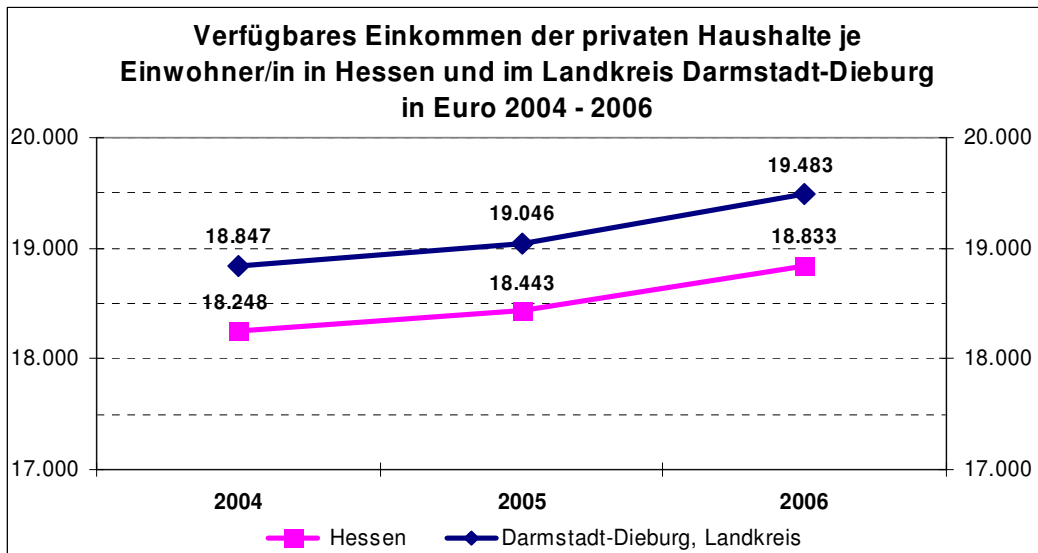
Quelle: HSL Statistisches Handbuch Hessen; eigene Berechnungen JHP

Mit einem Einkommen von 19.483 Euro Einkommen je Einwohner/-in hatten die Bewohner/-innen des Landkreises deutlich mehr Einkommen für Konsum und Sparen zur Verfügung als der Durchschnitt in Hessen mit 18.833 Euro und in Deutschland mit 18.135 Euro. Für die einzelnen Kommunen des Landkreises liegen keine Daten vor.

1.2.4.1 Entwicklung der letzten Jahre

Lag das monatliche Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner/-in im Kreisgebiet 1991 noch unter dem Bundesdurchschnitt West, so lag es 2006 darüber. Im Gesamtzeitraum betrug die durchschnittliche Wachstumsrate im Landkreis 48,4% und lag damit über der bundesdeutschen von 37,9%.

Die Veränderung des verfügbaren Einkommens im Landkreis Darmstadt-Dieburg und in Hessen verlief von 2004 bis 2006 annähernd gleich.



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2009; eigene Bearbeitung JHP

Während dieses Zeitraums erhöhte sich das verfügbare Einkommen je Einwohner/-in im Kreisgebiet um knapp 3,4% und lag damit nur wenig über der durchschnittlichen Entwicklung von 3,2% in Hessen.

Innerhalb der Landkreise im Regierungsbezirk Darmstadt zeigten sich hinsichtlich der verfügbaren Einkommen erhebliche Unterschiede in der Entwicklungsdynamik. Mit einem Zuwachs von 5,8% lag der Landkreis über dem Durchschnitt an Rang 5.

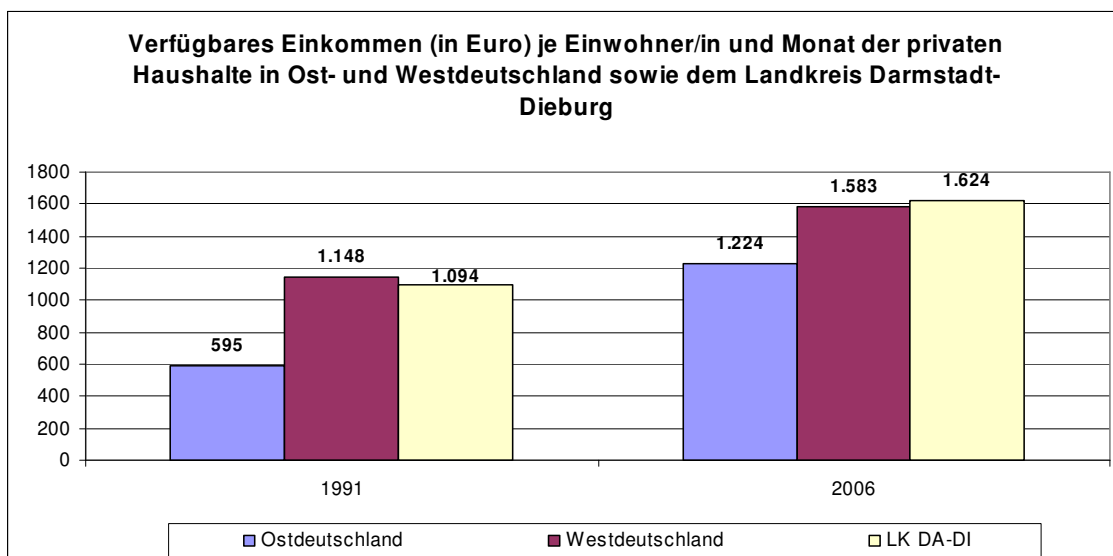
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte pro Einwohner einschließlich privater Organisationen in den Landkreisen im Regierungsbezirk Darmstadt von 2003 bis 2006 in jeweiligen Preisen					
Landkreise	2003	2004	2005	2006	% Veränderung
Darmstadt-Dieburg	18.408	18.847	19.046	19.483	5,8%
Bergstraße	18.281	18.719	18.916	19.143	4,7%
Groß-Gerau	17.374	17.561	17.761	17.756	2,2%
Hochtaunuskreis	25.333	26.138	24.731	25.083	-1,0%
Main-Kinzig-Kreis	17.928	18.166	18.602	18.899	5,4%
Main-Taunus-Kreis	20.865	21.478	21.876	22.115	6,0%
Odenwaldkreis	16.623	16.650	17.482	17.839	7,3%
Offenbach	19.593	19.837	19.939	20.541	4,8%
Rheingau-Taunus-Kreis	18.829	19.282	19.097	20.102	6,8%
Wetteraukreis	18.157	18.475	18.674	18.967	4,5%
Reg.-Bez. Darmstadt	18.672	19.089	19.155	19.477	4,3%

Quelle: Hessische Stat. Landesamt: Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Hessen 2003 bis 2006 nach kreisfreien Städten und Landkreisen Wiesbaden 2006; eigene Berechnungen JHP

Die Unterschiede beruhen auf den örtlichen Einkommensstrukturen: Kommunen, in denen ein größerer Teil der Einkünfte aus Arbeitnehmertätigkeiten, Gewerbebetrieben oder Vermögen stammt, erzielen höhere Werte als solche, in denen relativ viele Bürger/-innen für ihren Lebensunterhalt auf die sozialen Sicherungssysteme angewiesen sind.

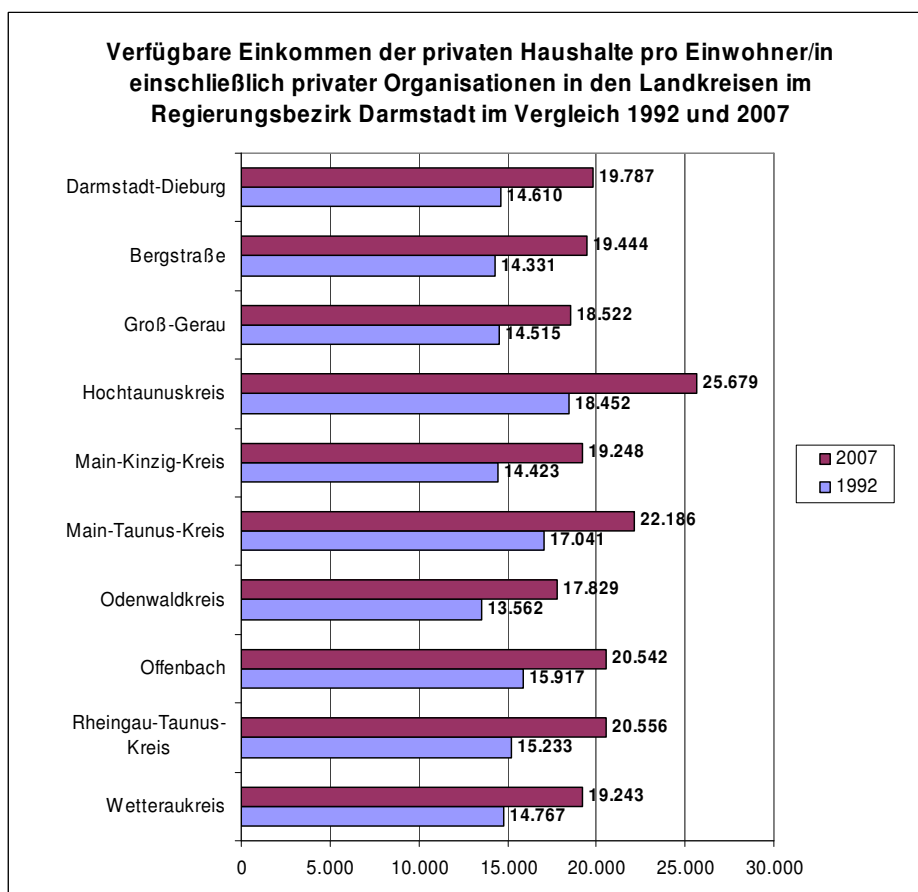
1.2.4.2 Langfristige Entwicklung

Verglichen mit dem verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte pro Kopf in Westdeutschland ergibt sich für den Landkreis Darmstadt-Dieburg im Vergleichszeitraum von 1991 bis 2006 ein überdurchschnittliches Wachstum.



Quelle: INSM; Arbeitskreis VGR der Länder 2008B; Statista 2009; HSL: Das verfügbare Einkommen PII 2-j/93 und 2006; eigene Berechnungen JHP

Auch die Entwicklung in den Landkreisen des Regierungsbezirks Darmstadt von 1992 bis 2007 zeigt ein überdurchschnittliches Wachstum des verfügbaren Einkommens im Landkreis Darmstadt-Dieburg.



Quelle: HSL: Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Hessen nach kreisfreien Städten und Landkreises, Kennziffer P II 2-j/93 und 2007, Wiesbaden; eigene Berechnung JHP

Im Beobachtungszeitraum stieg das verfügbare Einkommen pro Kopf im Regierungsbezirk Darmstadt um 30,7%. Ausgehend von dieser Wachstumsrate erreichten sechs der zehn Landkreise eine höhere Zunahme des Pro-Kopf-Einkommens und vier eine niedrigere. Der

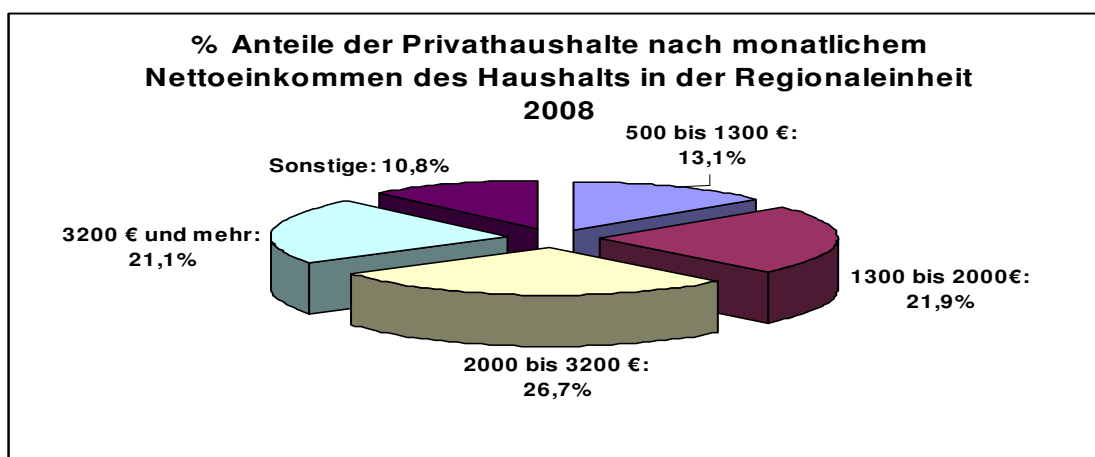
Landkreis Darmstadt-Dieburg nahm mit einer Wachstumsrate von 35,4% innerhalb der Landkreise Platz 3 ein.

Der Unterschied zur Arbeitsproduktivität (Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen), bei welcher der Landkreis mit einer Leistung von 61.789 Euro an achter Stelle stand, ergibt sich aus dem großen Überhang an Auspendler/-innen. Ein Großteil des Einkommens, das außerhalb des Landkreises verdient wird, wird von den Auspendler/innen in den Heimatorten des Landkreises als verfügbares Einkommen verteilt.

1.2.5 Monatliches Nettoeinkommen der Privathaushalte

Ein weiterer wichtiger Indikator für Wohlstand ist das durchschnittliche zur Verfügung stehende Nettoeinkommen im Monat je Haushalt. Nach Auswertungen des Mikrozensus 2008 verfügten 6% der Haushalte in der Regionaleinheit der drei Landkreise (Darmstadt-Dieburg, Bergstraße und Odenwaldkreis) über ein monatliches Nettoeinkommen von 500 bis 900 Euro. In Hessen waren das im gleichen Jahr 8,5% der Haushalte. Wird das Einkommen der Haushalte mit einem Nettoeinkommen von 500 bis 1.300 Euro zugrunde gelegt, so lag der Anteil an den Haushalten mit diesem Einkommen in der Regionaleinheit bei 13,1% und in Hessen bei 22,6%.

Im gleichen Jahr lag der Anteil der Haushalte mit Einkommen zwischen 1.300 und 3.200 Euro in der Regionaleinheit bei 48,6% und in Hessen bei 49,1%. Bezogen auf die Nettoeinkommen der Haushalte mit 3.200 Euro und mehr lag die Regionaleinheit mit einem Anteil von 21,3% über dem von Hessen mit 18,4%.



Auch die Entwicklung der Nettoeinkommen der Privathaushalte von 2006 bis 2008 zeigte sowohl in der Regionaleinheit als auch in Hessen sehr ähnliche Tendenzen.

Privathaushalte nach monatlichem Nettoeinkommen des Haushalts								
	in %							
	500 - 900	900 - 1300	1300 - 1500	1500 - 2000	2000 - 2600	2600 - 3200	3200 und mehr	Sonstige 1)
LK Darmstadt-Dieburg, Bergstraße, Odenwaldkreis								
2006	6,9%	12,7%	7,2%	15,8%	16,2%	11,3%	20,6%	7,9%
2007	6,6%	12,5%	6,6%	15,2%	16,3%	11,1%	23,5%	7,3%
2008	6,0%	12,4%	7,0%	14,9%	14,7%	12,0%	21,1%	10,8%
Summe Hessen								
2006	8,7%	14,0%	7,7%	16,3%	15,0%	10,0%	18,4%	8,0%
2007	8,9%	13,3%	7,2%	16,0%	15,0%	10,3%	19,7%	7,6%
2008	8,5%	13,3%	7,0%	15,3%	14,7%	10,5%	19,5%	9,5%

1) Haushalte, in denen mindestens ein Haushaltsmitglied in der Haupttätigkeit selbstständige/r Landwirt/in ist, sowie Haushalte ohne Angabe

Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus-Bevölkerung in Privathaushalten REG-HH5; eigene Berechnungen JHP

So waren ein leichter Rückgang der unteren und mittleren Nettoeinkommen und ein Anstieg bei den Nettoeinkommen ab 2.600 Euro zu verzeichnen.

1.2.6 Renten

Regionale Einkommensunterschiede sind z.B. auch bei den monatlichen Rentenzahlbeträgen zu finden. Die Entwicklung der verfügbaren Einkommen je Einwohner/-innen zeigt Auswirkungen auf die Rentenzahlbeträge. War das verfügbare Einkommen über- oder unterdurchschnittlich, so war auch der durchschnittliche Rentenzahlbetrag über- oder unterdurchschnittlich.

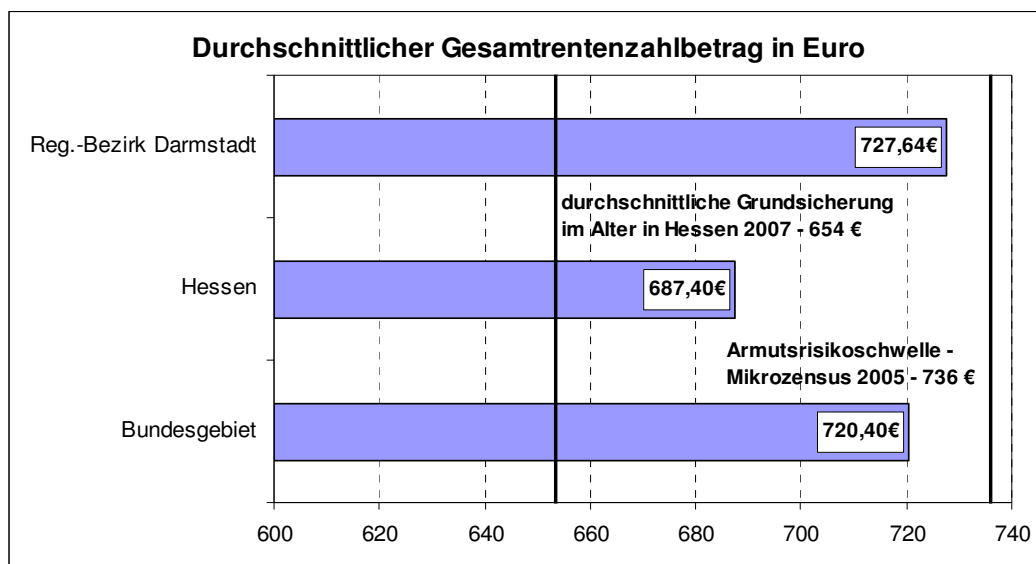
Rentenzahlbestand am 1.7.2007, Rentner/-innen		
	Anzahl der Rentner /-innen	durchschnittlicher Gesamtrentenzahlbetrag (EUR)
Bundesgebiet	10.999.266	720,40 €
Hessen	761.873	687,40 €
Reg.-Bezirk Darmstadt	460.983	727,64 €

Quelle: Deutsche Rentenversicherung und Statistisches Bundesamt, eigene Zusammenstellung JHP

Zum 01.07.2007 gab es bundesweit 10.999.266 Rentner/-innen (ohne Waisenrente). Der durchschnittliche Gesamtrentenzahlbetrag (ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, reine Kindererziehungsleistungen und ohne Nullrenten) lag bei 720,40 Euro im Monat.

Hessenweit gab es zu diesem Stichtag 761.873 Rentner und Rentnerinnen, davon lebten 460.983 Rentner und Rentnerinnen (60,5%) im Regierungsbezirk Darmstadt.

Die monatliche Durchschnittsrente in Hessen betrug 687,40 Euro. Im Regierungsbezirk Darmstadt wurden im Schnitt 727,64 Euro Rente ausgezahlt. Damit liegt die durchschnittliche Rente im Regierungsbezirk Darmstadt sowohl über dem Bundes- (+1%) als auch dem Landesdurchschnitt (+5,9%). Daten nur für den Landkreis Darmstadt-Dieburg lagen nicht vor.



Quelle: Deutsche Rentenversicherung und Statistisches Bundesamt, eigene Zusammenstellung JHP

Obwohl die durchschnittlichen Renten im Regierungsbezirk Darmstadt leicht über dem hessischen und dem bundesdeutschen Durchschnitt lagen, sind sie, zumindest für allein lebende Rentenbezieher/-innen, unterhalb der Armutsrisikoschwelle anzusiedeln. Diese liegt - je nach den zu Grunde gelegten statistischen Berechnungen - in einem Bereich zwischen 736 und 980 Euro Nettoäquivalenzeinkommen. Die Bundesregierung gibt im dritten Armuts- und Reichtumsbericht (2008:305) die Armutsrisikoquote der Rentner/-innen mit 13% an.

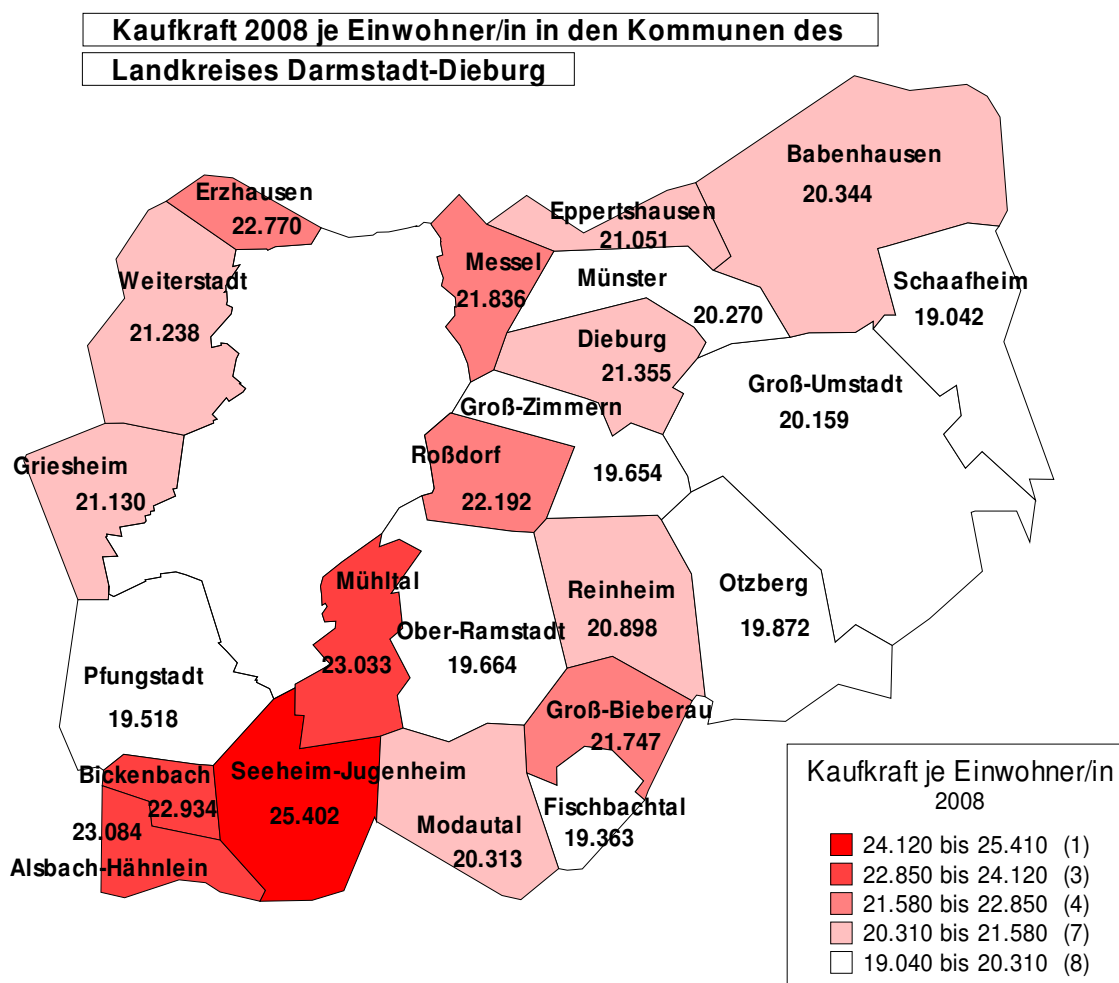
Der Paritätische Wohlfahrtsverband erwartet in den nächsten Jahren eine deutliche Zunahme der Altersarmut in Deutschland. Während heute rund 2,5% der Rentner/-innen in Deutschland Grundsicherung erhalten, gehen Schätzungen davon aus, dass im Jahr 2025 bereits 10% der Rentner/-innen von Altersarmut betroffen sein werden.

1.3 Preisniveauunterschiede

Die vorgenannten regionalen Einkommen können aber nicht ohne weiteres als Wohlstandsunterschiede interpretiert werden. Hierzu müssen auch die regionalen Preisniveauunterschiede berücksichtigt werden. Genauer gesagt, welche Kaufkraft das Einkommen in der jeweiligen Region hat und welche Wohn- bzw. Wohneigentumskosten hier zu bezahlen sind. Regionale Preisniveauunterschiede können daher die Einkommensunterschiede relativieren, allerdings ist es mangels Datengrundlage nicht möglich, diesen Effekt bezogen auf den Landkreis Darmstadt-Dieburg darzustellen. Hinweise geben die unterschiedliche Kaufkraft für den Einzelhandel sowie die Preise für Mietwohnungen und die Bezahlbarkeit von Wohneigentum.

1.3.1 Kaufkraft in den Kommunen des Landkreises Darmstadt-Dieburg

Zur Ermittlung des Konsumpotenzials der Kommunen im Landkreis Darmstadt-Dieburg wurde auf die Daten der GfK Geo Marketing zurückgegriffen, die eine anerkannte Richtgröße zur Ermittlung der Kaufkraft darstellt.

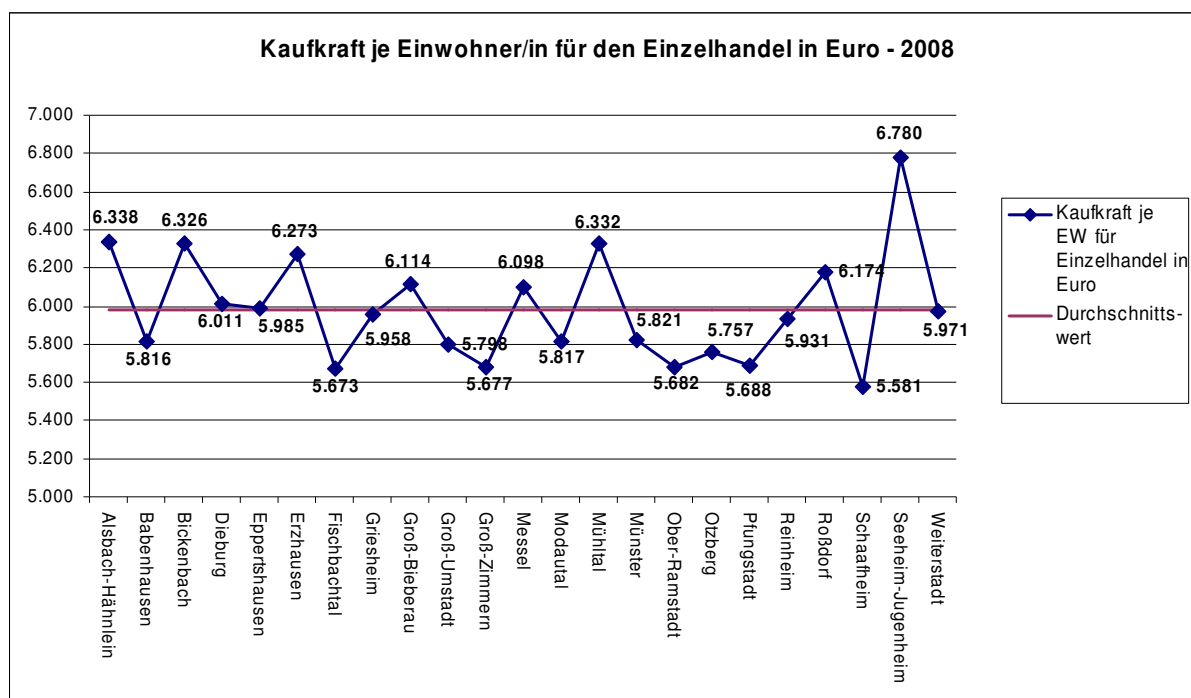


Die Kaufkraft wird aus der Summe aller Nettoeinkünfte und staatlichen Transferleistungen pro Region berechnet. Sie wird direkt am Wohnort des Konsumenten ausgewiesen und ist damit ein wichtiger Indikator für das Konsumpotenzial der dort lebenden Bevölkerung.

Ausgehend von einer Kaufkraft je Einwohner/-in von 21.100 Euro im Landkreis Darmstadt-Dieburg (=100%) im Jahr 2008 verfügten die Kommunen Seeheim-Jugenheim (120,4%), Alsbach-Hähnlein (109,4%) und Mühltal (109,2%) über die höchste Kaufkraft im Kreisgebiet. Unterdurchschnittliche Kaufkraft wiesen die Kommunen Schaafheim (90,2%), Fischbachtal (91,8%) und Pfungstadt (92,5%) auf.

1.3.2 Kaufkraft für den Einzelhandel in den Kreiskommunen

Die Kaufkraft für den Einzelhandel bezeichnet die Geldsumme, die von den Einwohner/-innen einer Kommune pro Jahr im Einzelhandel ausgegeben wird. 2008 lag der Durchschnittswert im Kreisgebiet bei 5.983 Euro. In Abhängigkeit der insgesamt zur Verfügung stehenden Kaufkraft je Einwohner/-innen schwankte die für den Einzelhandel in den 23 Kommunen des Landkreises zwischen 6.780 Euro in Seeheim-Jugenheim und 5.581 Euro in Schaafheim.



Quelle: Gemeindesteckbriefe 2009, IHK Darmstadt – eigene Berechnung

1.3.3 Geldvermögen

Nach Zahlen der Einkommens- und Verbraucherstudie (EVS) 2008 ist das Geldvermögen in Deutschland in den vergangenen 15 Jahren um knapp 70% und damit auf 47.700 Euro pro Haushalt gestiegen. Dies entspricht einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 3,6%. Um den durchschnittlichen Verbraucherpreisanstieg von rund 1,7% bereinigt, ergibt sich bundesweit ein kaufkraftbereinigtes Wachstum von fast 2%.

Obwohl sich das durchschnittliche Geldvermögen der privaten Haushalte erhöht hat und die Abstände zwischen armen und reichen Bundesländern deutlich kleiner geworden sind, zeigen sich nach wie vor große Unterschiede von Bundesland zu Bundesland.

Haushalte in den südlichen Bundesländern besitzen im Durchschnitt das höchste Pro-Kopf-Geldvermögen. Bayern und Baden-Württemberg mit fast gleichem Geldvermögen liegen an der Spitze mit 61.600 Euro bzw. 61.400 Euro je Haushalt. Gemessen am bundesdeutschen Durchschnitt verfügen Hessen, Rheinland-Pfalz sowie Nordrhein-Westfalen ein überdurchschnittliches Finanzvermögen (vgl. BVR-Studie 2009:2ff).



1.3.4 Wohn- und Wohneigentumskosten

Auch wenn der Dimension „Wohnen“ und damit der Versorgung mit angemessenem Wohnraum entsprechend dem Lebenslagenansatz ein eigenes Kapitel gewidmet wird (siehe Kapitel Wohnraum und Wohnumfeld), gehören die Wohn- und Eigentumskosten zu den ökonomischen Rahmenbedingungen. Neben der Kaufkraft tragen sie zu Preisniveauunterschieden bei und können damit die Einkommensunterschiede relativieren.

Die Wohn- und Wohneigentumskosten unterscheiden sich regional erheblich, wobei die Städte und Gemeinden mit einem höheren verfügbaren Einkommen auch, bezogen auf Mietpreis und Kosten für Wohneigentum, ein deutlich höheres Preisniveau aufweisen.

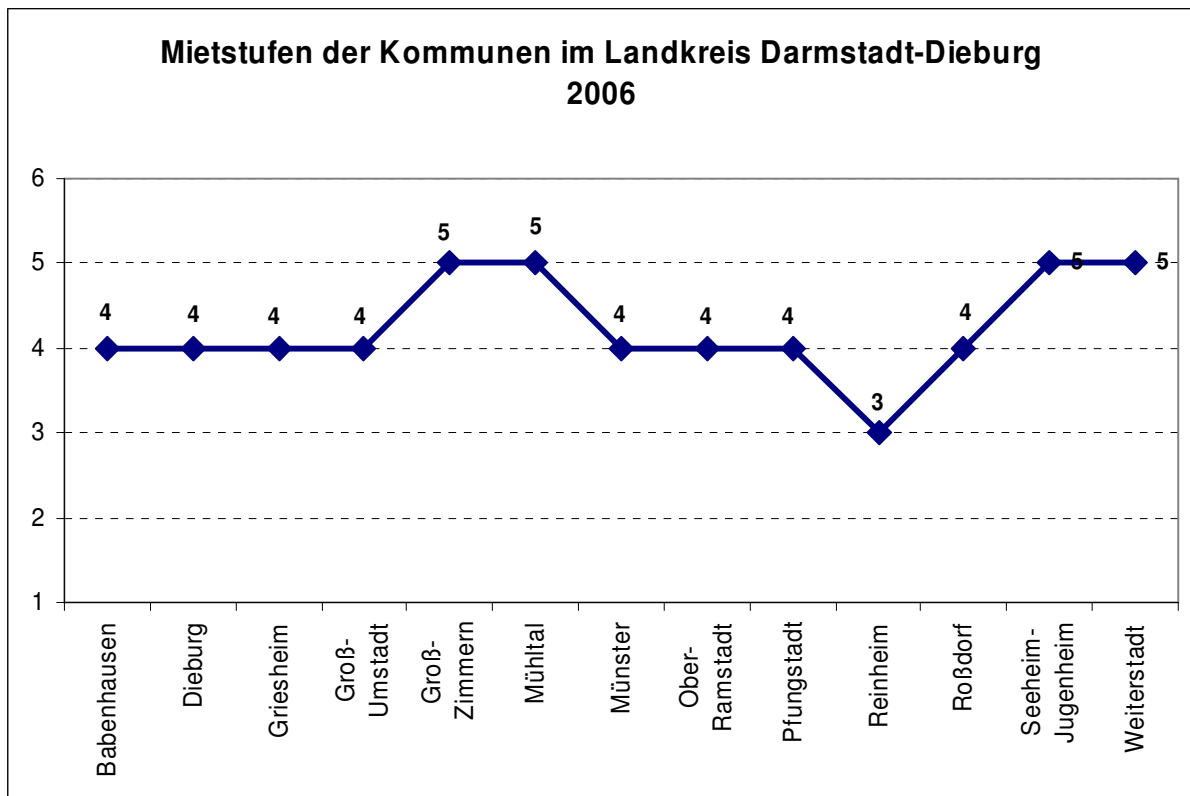
Über die Entwicklung der Mieten auf der Ebene des Landkreises Darmstadt-Dieburg und seiner Kommunen liegen nur wenige Daten vor.

1.3.4.1 Mietkosten

Nach einer Zusatzerhebung des Mikrozensus von 2006 zum Thema Wohnen lagen die durchschnittlichen Bruttokaltmieten je m² für Wohneinheiten in Hessen insgesamt bei 6,58 Euro und in der Regionaleinheit (Darmstadt-Dieburg, Bergstraße und Odenwaldkreis) bei 6,08 Euro. Gemessen daran liegen die Mietpreise in der Regionaleinheit mit dem Kreisgebiet 7,6% unter dem hessischen Durchschnittswert.

Das Mietpreisniveau der Kommunen wird, bezogen auf den Bundesdurchschnitt, anhand von sechs Mietstufen klassifiziert. Im Jahr 2006 wurde der Landkreis Darmstadt-Dieburg in das Mietpreisniveau der Mietstufe IV eingeordnet. Damit lag das Mietniveau im Kreisgebiet 6,5% über dem Bundesdurchschnitt.

Eine Übersicht der Mietstufen der Kreise in Hessen gruppiert von den 23 Städten und Gemeinden dreizehn Kommunen des Kreisgebietes in die entsprechenden Mietstufen ein.



Quelle: www.bafoeg-aktuell.de/cms/soziales/wohngeld; eigene Aufbereitung

Die meisten der aufgeführten Kommunen wurden der Mietstufe IV zugeordnet und entsprechen damit dem Kreisdurchschnitt. In Groß-Zimmern, Mühlital, Seeheim-Jugenheim und Weiterstadt erfolgte die Zuordnung nach Mietstufe V. Damit war hier das Mietniveau überdurchschnittlich hoch. In Reinheim liegt das Mietniveau mit der Eingruppierung in die Mietstufe III unter dem Kreisdurchschnitt.

Gemessen am Mietpreisniveau und den durchschnittlich verfügbaren Einkommen im Landkreis ist es durchaus möglich, dass z.B. die verfügbaren Einkommen in Reinheim einen höheren wirtschaftlichen Lebensstandard ermöglichen als beispielsweise in Seeheim-Jugenheim. Einwohner/-innen von Groß-Zimmern z.B. könnten mit unterdurchschnittlich verfügbarem Einkommen und erhöhten Mietkosten sogar ein teils geringeres Wohlstandsniveau haben.

Insgesamt ist das Mietniveau in den letzten Jahren stark angestiegen. Im Kreisgebiet stieg es von Mietstufe III im Jahr 1993 und 1,5% unter dem Bundesdurchschnitt auf Mietstufe IV und +6,5% über dem Bundesdurchschnitt.

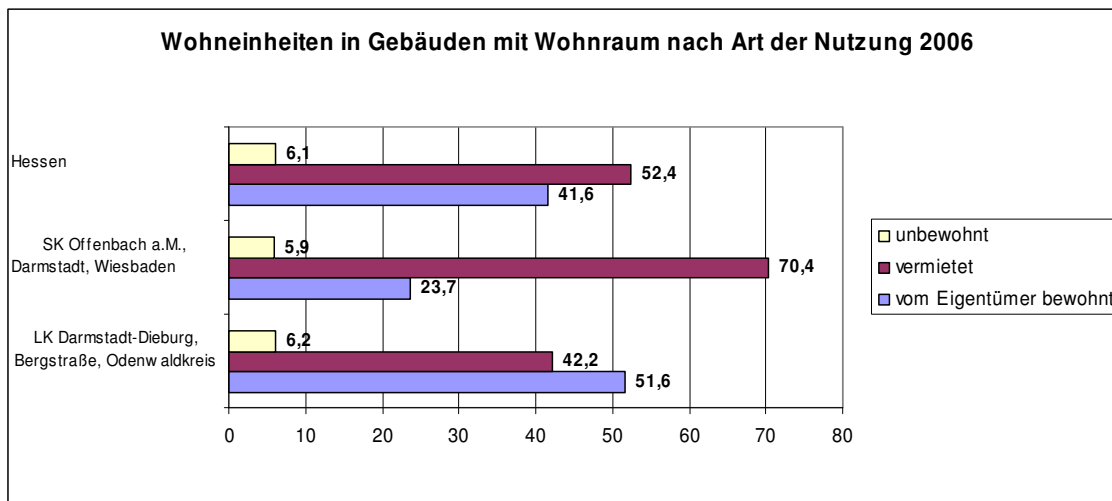
1.3.4.2 Wohneigentum

Als ein weiterer Wohlstandsindikator wird das Wohneigentum bezeichnet. Im Gegensatz zum Wohnungseigentum als rechtlicher Konstruktion, bezeichnet Wohneigentum die selbst bewohnte eigene Immobilie. Dies kann sowohl ein Haus als auch eine Eigentumswohnung sein.

Im europäischen Vergleich weist Deutschland eine der geringsten Wohneigentumsquoten auf, d.h. es gibt einen niedrigen Anteil an Bewohner/-innen mit Wohneigentum. Die Spanne der Eigentumsquote reicht von 82% in Spanien bis zu 36% in der Schweiz. Bei einem Durchschnitt von 62% leben nur 43% der deutschen Haushalte (44,6% in den alten und 34,2% in den neuen Bundesländern) in Wohneigentum (vgl. Haimann: 2006). Auch der Zeitvergleich zeigt, dass sich die Eigentumsquote nur gering erhöht hat, nämlich von 39% im 1993 auf 43% in 2006.

Von allen Bundesländern hat das Saarland mit 56,9% die höchste und Sachsen mit 31% die niedrigste Wohneigentumsquote. Hessen liegt mit einer Quote von 44,7% im Mittel (vgl. Statistisches Bundesamt).

Nach der bereits genannten Mikrozensus-Zusatzerhebung zum Thema Wohnen aus dem Jahre 2006 gab es in Hessen 2.823.000 Wohngebäude in Wohnungseigentum. Davon waren 1.173.000 von Eigentümern bewohnt, 1.478.000 vermietet und 171.000 unbewohnt. Nach den Ergebnissen dieser Befragung lag die Wohneigentumsquote in Hessen damit nur bei 41,6%. Davon waren 244.000 oder 20,8% selbst bewohnte Eigentumswohnungen.



Quelle: HSL, Mikrozensus, Zusatzerhebung Wohnen 2006; eigene Berechnungen JHP

In der Regionaleinheit Landkreis Darmstadt-Dieburg, Bergstraße und Odenwaldkreis betrug die Wohneigentumsquote 51,6% und lag damit weit über der in Hessen und den großen Nachbarstädten. Von dem Wohneigentum waren 19% selbst bewohnte Eigentumswohnungen.

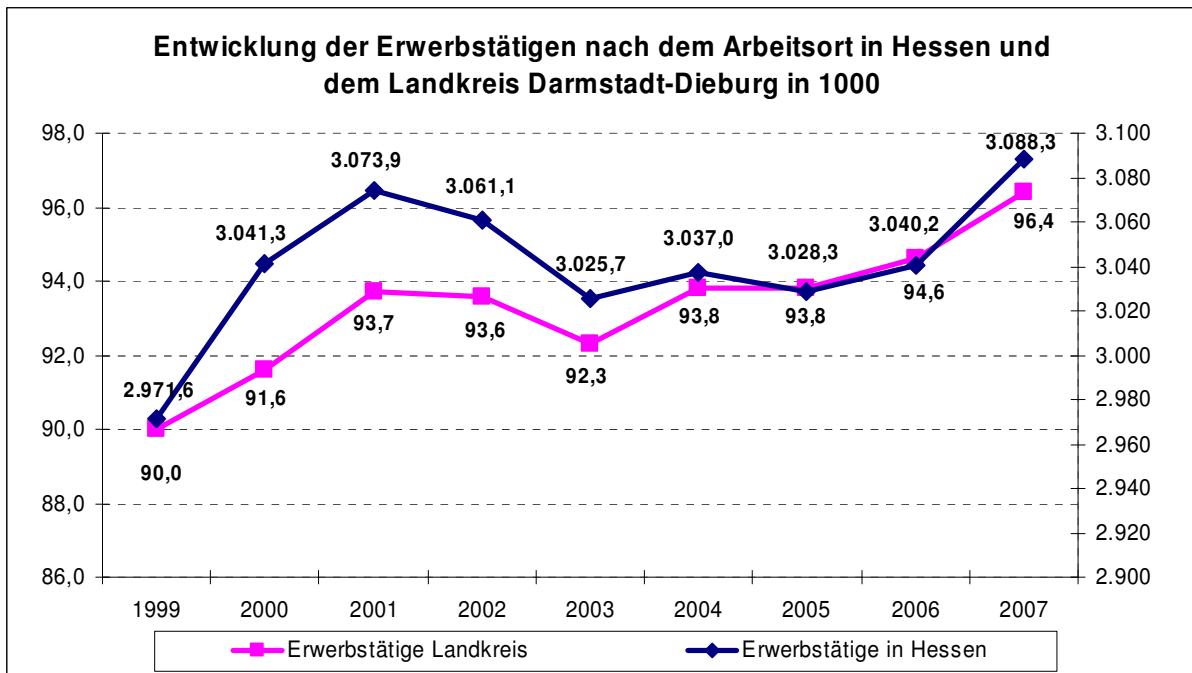
1.4 Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt

Die positive konjunkturelle Entwicklung prägte auch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Zur Darstellung werden in einem kurzen Überblick die Anzahl der Erwerbstätigen, die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie die Erwerbsquoten und die Erwerbslosenquoten herangezogen. Dabei wurde auf statistisches Datenmaterial der Länder und des Bundes zurückgegriffen, aber auch auf Erhebungen des Mikrozensus. Wie bereits mehrfach benannt, werden hier die Landkreise Darmstadt-Dieburg, Bergstraße und Odenwaldkreis als Regionaleinheit zusammengefasst.

1.4.1 Zuwachs an Erwerbstätigen

In den letzten drei Jahren von 2005 bis 2007 hat die positive wirtschaftliche Entwicklung in Hessen und dem Kreisgebiet zu einem deutlichen Zuwachs an Erwerbstätigen geführt.

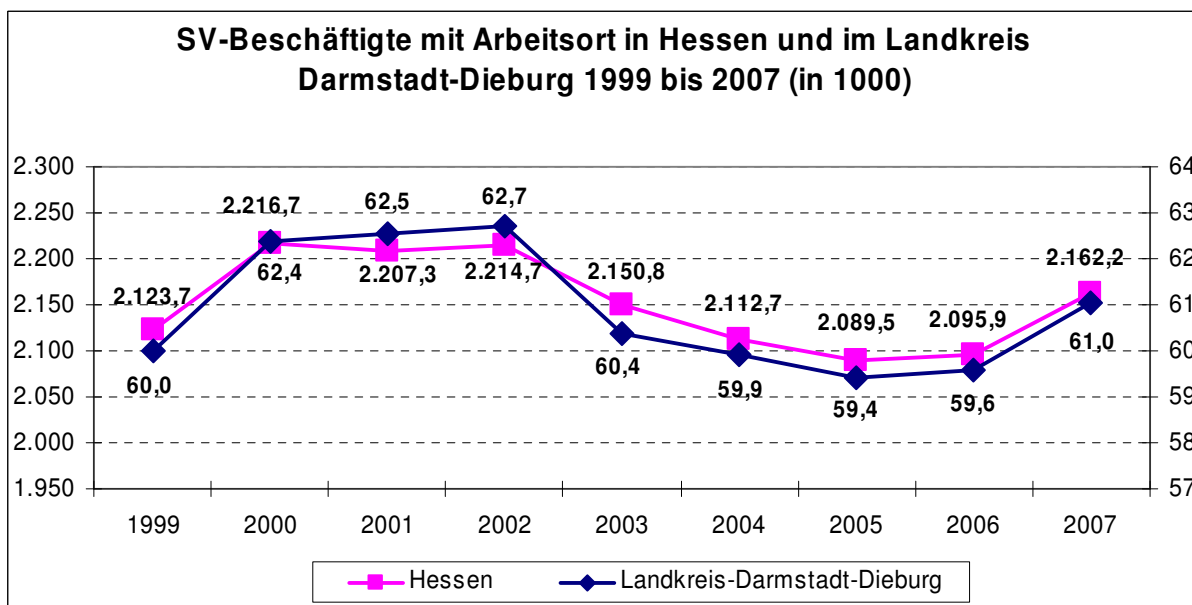
Die Zahl der Erwerbstätigen mit einem Arbeitsplatz im Landkreis Darmstadt-Dieburg hat sich von 90.000 im Jahr 1999 auf rund 96.400 im Jahr 2007 erhöht. Damit stieg die Zahl der Erwerbstätigen im Landkreis Darmstadt-Dieburg um 7,1%, in Hessen um 3,9%, in den hessischen Landkreisen um 3,6% und in Deutschland um 3,5%.



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2009; eigene Berechnungen JHP

Während die Zahl der Erwerbstätigen stieg, verringerte sich der Anteil der Arbeitnehmer/-innen unter den Erwerbstätigen im Kreisgebiet von 86,8% auf 85,6% und in Hessen von 89,7% auf 88,7%. Entsprechend erhöhte sich der Anteil der Selbständigen im Landkreis von 13,2% auf 13,9% und in Hessen von 10,3% auf 11,3%.

Im selben Zeitraum stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SV-Beschäftigten) mit Arbeitsort im Kreisgebiet um 1,7% und in Hessen um 1,8%.



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Erwerbstätigenrechnung, Reihe 2, Bd. 1; eigene Zusammenstellung JHP

Nach einem deutlichen Rückgang von 2002 bis 2004 ist seit 2005 wieder ein Aufwärtstrend zu erkennen. Seither stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Arbeitsort im Kreisgebiet um 2,2%, im Regierungsbezirk Darmstadt um 1,4% und in Hessen um 1,9%.

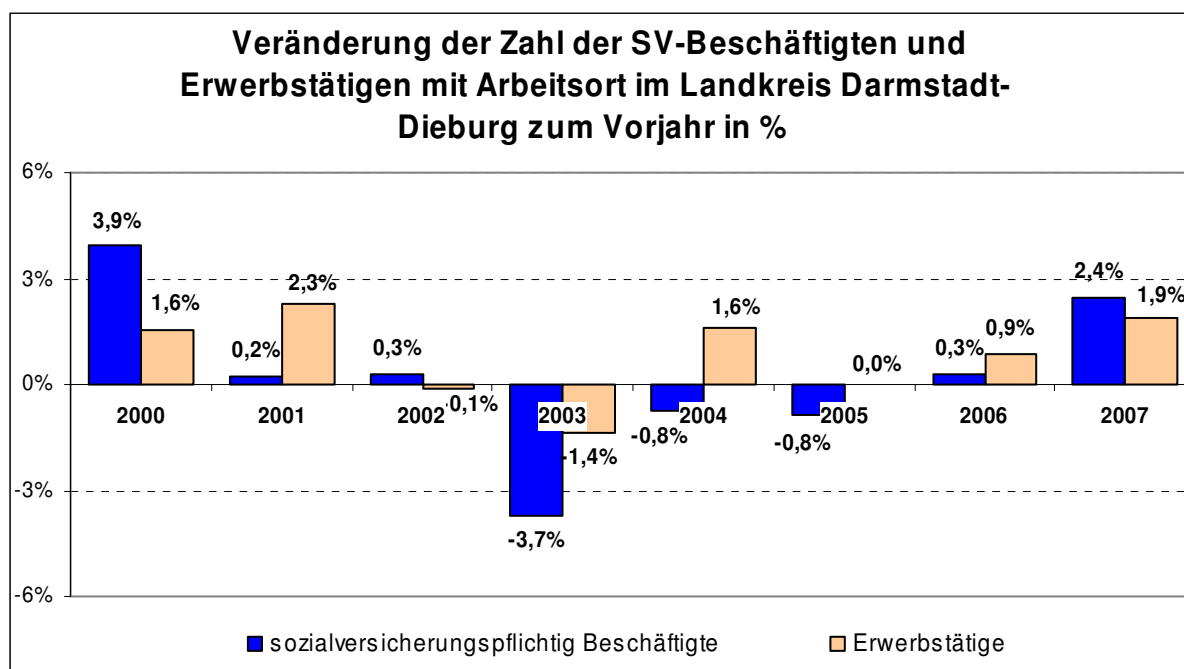
Die Beschäftigungsquote, als Relation zwischen den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Arbeitsort im Kreisgebiet und der Erwerbsbevölkerung (von 15 bis unter 65 Jahren), lag 2007 bei 31,3%.

Eine geschlechtsspezifische Differenzierung zeigt eine Quote von 35,7% bei den Männern und 26,8% bei den Frauen. Werden die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Wohnort im Kreisgebiet zugrunde gelegt, so ergibt sich eine wesentlich höhere Beschäftigungsquote von 51%. Auch hier liegt die Quote der Männer mit 56,5% weit höher als die der Frauen mit 45,3%.

1.4.2 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Erwerbstätige

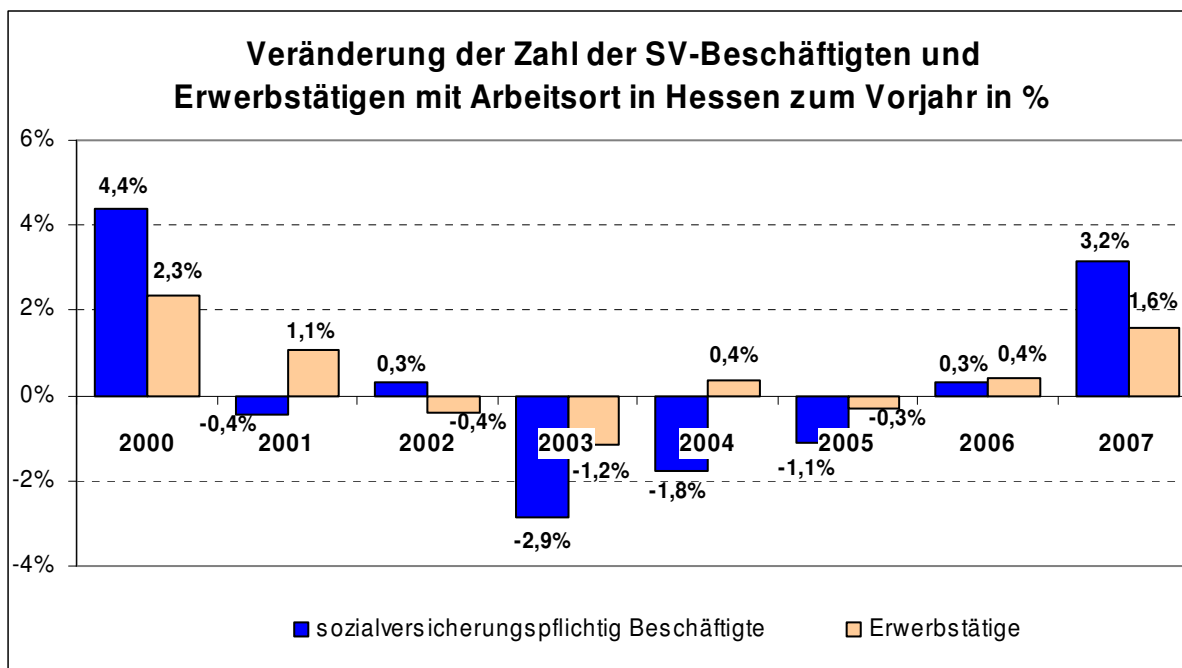
Wird der Entwicklungsverlauf der Erwerbstätigen und der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 2000 bis 2007 verglichen, wird deutlich, dass die wirtschaftlich prosperierenden Jahre bis 2001 von einem Zuwachs an Erwerbstätigen sowie SV-Beschäftigten gekennzeichnet waren. Im Gegensatz zu anderen Regionen stieg sowohl die Zahl der Erwerbstätigen wie auch der SV-Beschäftigten.

Von 2002 bis 2004/2005 folgten wirtschaftlich rückläufige Jahre, in denen die Zahl der Erwerbstätigen und Beschäftigten deutlich zurückging. Erst seit 2006 zeigte sich wieder eine Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die positive Auswirkungen auf die Beschäftigten hatte. Dabei stieg sowohl der Anteil der SV-Beschäftigten als auch der Erwerbstätigen an.



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Erwerbstätigenrechnung, Reihe 2, Bd. 1; eigene Zusammenstellung JHP

Diese Entwicklung nimmt im Landkreis Darmstadt-Dieburg einen sehr ähnlichen Verlauf wie in Hessen insgesamt.



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Erwerbstätigenrechnung, Reihe 2, Bd. 1; eigene Zusammenstellung JHP

Der Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen für den Zeitraum von 2004 bis 2007 kann als Folge der Dynamisierung des Niedriglohnbereichs und hier vor allem auf die geringfügig entlohnte Beschäftigung im Nebenjob zurückgeführt werden. Die steigende Zahl der SV-Beschäftigten ist zu einem großen Teil auf die Zunahme der Teilzeitbeschäftigten zurückzuführen.

1.4.3 Berufspendler/-innen im Landkreis Darmstadt-Dieburg

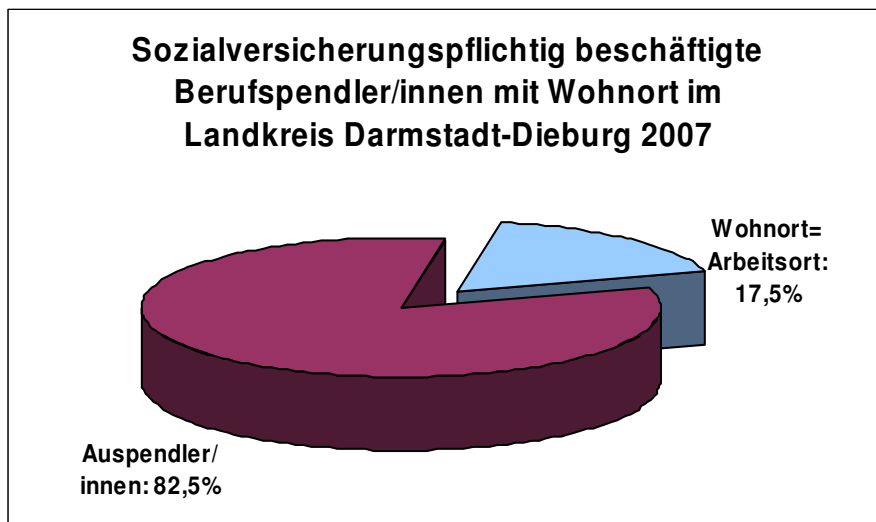
Das Thema Mobilität ist hinsichtlich der Erreichbarkeit eines Arbeitsplatzes von besonderer Bedeutung. So z.B. für Mütter und Väter im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder für junge Menschen, die ohne eigenen PKW auf den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) angewiesen sind, um ihrer Berufsausbildung/-tätigkeit nachgehen zu können.

Der Anteil der Berufspendler/-innen an den Erwerbstätigen gibt sowohl Auskunft über den Grad der geforderten Mobilität als auch die lokale Arbeitsplatzangebotsstruktur. So wird ein positiver Pendlersaldo als wichtiges Indiz für eine Region mit attraktiven Arbeitgebern gewertet.

1.4.3.1 Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Berufspendler/-innen

Berufspendler/-innen sind Arbeitnehmer/-innen, die außerhalb ihres Wohnortes arbeiten. Nachfolgend werden als Einpendler/-innen die Personen aufgeführt, die im Kreisgebiet arbeiten und außerhalb wohnen. Dagegen wohnen die Auspendler/-innen im Kreisgebiet und arbeiten außerhalb.

Werden allerdings alle Auspendler/-innen erfasst, die ihren Wohnort verlassen, um einer Berufstätigkeit nachzugehen, sei es außerhalb des Kreisgebietes oder in einer anderen Gemeinde des Landkreises, so waren 2007 von den 98.936 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Wohnort im Landkreis Darmstadt-Dieburg 81.628 Auspendler/-innen und damit 82,5%.



Quelle: Arbeitsamt Darmstadt, Pendlerauswertung 2007 und Statistik der Bundesagentur für Arbeit: eigene Berechnungen JHP

Somit müssen mehr als vier Fünftel aller SV-Beschäftigten ihren Wohnort verlassen, um zu ihrem Arbeitsplatz zu gelangen. Nur knapp ein Fünftel der Beschäftigten hat seinen Wohn- und Arbeitsort im Landkreis.

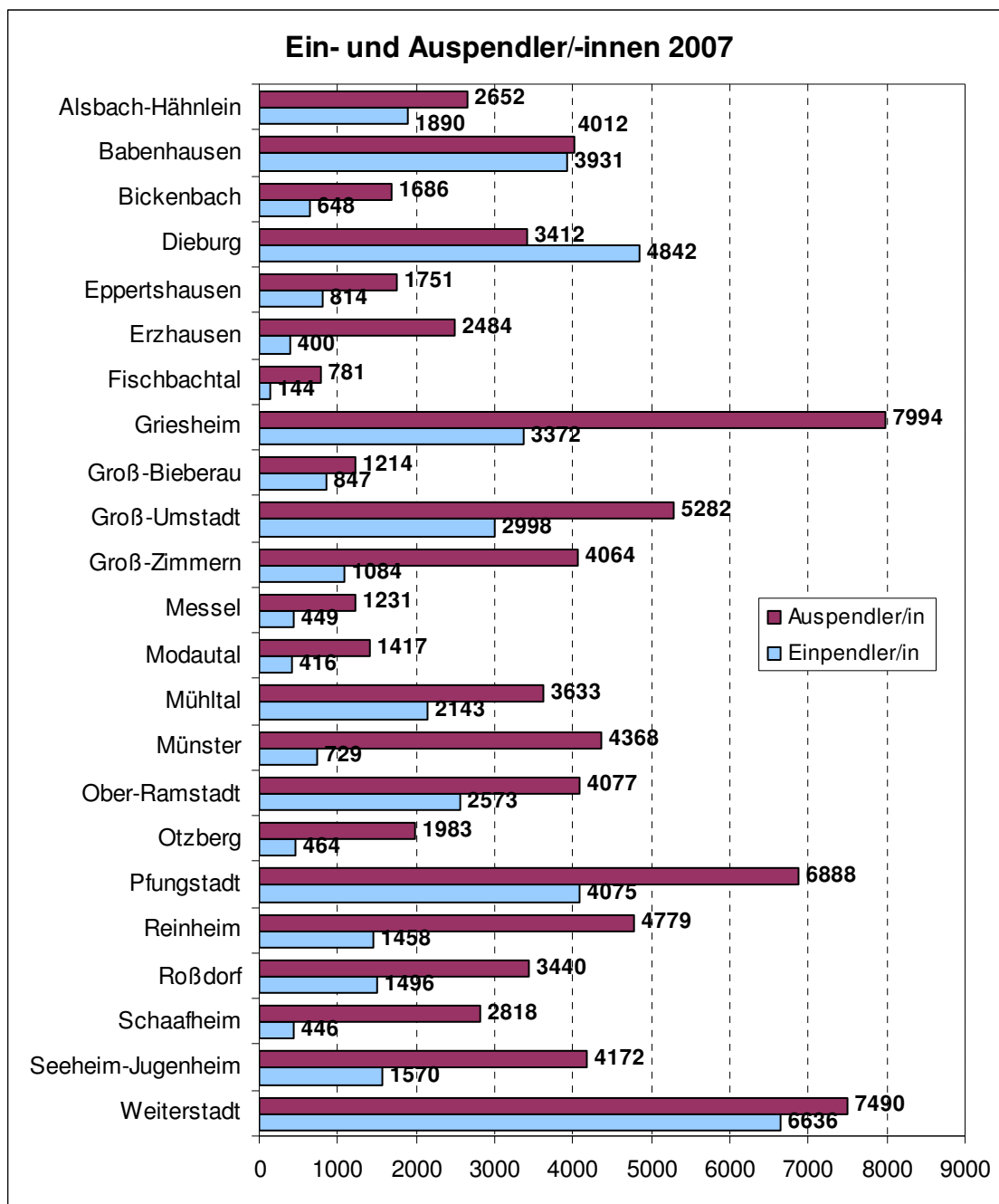
In den letzten Jahren wurde ein ständiger Anstieg des Pendleranteils bei den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Landkreis festgestellt. So zeigt ein Zeitvergleich von 1994 bis 2007, dass für immer weniger Beschäftigte im Kreisgebiet der Wohnort auch gleichzeitig der Arbeitsort ist.

Bei einem Rückgang der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in diesem Zeitraum um 645 (bzw. 0,6%) kann eine Zunahme der Auspendler/-innen um 4.664 (6,1%) verzeichnet werden. Gleichzeitig hat die Zahl der Beschäftigten mit Arbeitsort im Landkreis Darmstadt-Dieburg um 1.608 (2,7%) zugenommen und somit die Zahl der Einpendler/-innen um 6.917 (11,7%).

1.4.3.2 Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Berufspendler/-innen in den Kreiskommunen

Von den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Berufspendler/-innen mit Wohnort im Landkreis und Arbeitsort in einer anderen Kreiskommune oder außerhalb des Landkreises waren 43.425 Einpendler/-innen (34,7%) und 81.628 (65,3%) Auspendler/-innen.

Ausgehend von diesen Mittelwerten fanden sich 2007 die meisten Einpendler/-innen in Dieburg (58,7%), Babenhausen (49,5%) und Weiterstadt (47,0%). Die meisten Auspendler/-innen verzeichneten die Kommunen Schaafheim (86,3%), Erzhausen (86,1%) und Münster (85,7%).



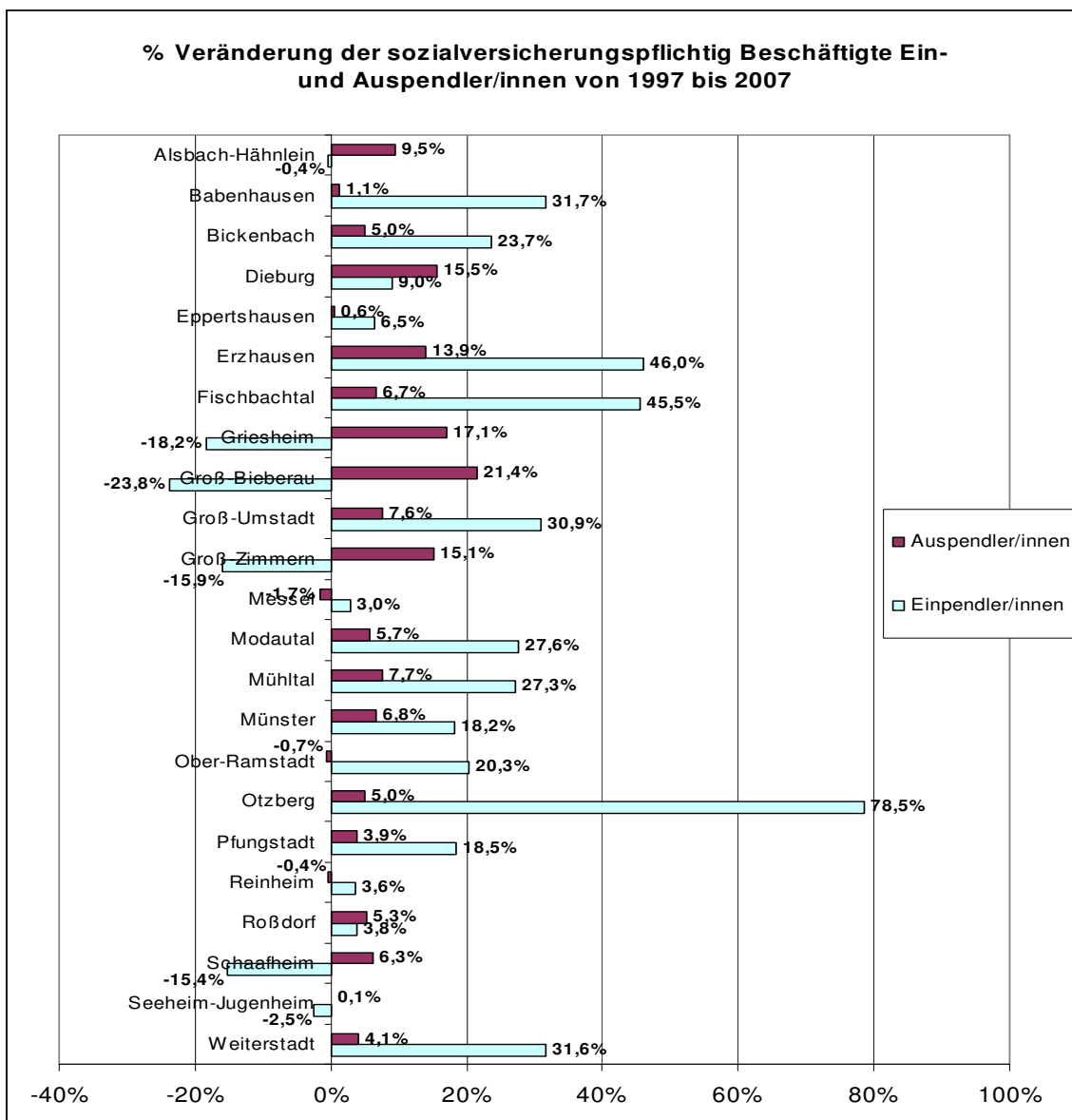
Quelle: Hessische Gemeindestatistik 2008; eigene Berechnungen JHP

Von allen Kreiskommunen konnte einzig die Stadt Dieburg einen positiven Überhang von 1.430 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verzeichnen. 2007 fanden in der Stadt mehr Beschäftigte von außen einen Arbeitsplatz als Beschäftigte, die zur Arbeit hinaus pendeln.

Den größten Saldo wies im gleichen Jahr die Stadt Griesheim auf. Hier pendelten 4.622 Beschäftigte mehr aus der Stadt, als Beschäftigte von außerhalb einen Arbeitsplatz fanden.

1.4.3.3 Veränderung der sozialversicherungspflichtigen Berufspendler/-innen in den Kreiskommunen von 1997 bis 2007

Im Verlauf von zehn Jahren hat sich die Situation der Berufspendler/-innen in einigen Kommunen des Kreises deutlich verändert. Bezogen auf den Gesamtkreis stieg die Zahl der Einpendler/-innen um 12,1% und die der Auspendler/-innen um 6,5%.



Quelle: Arbeitsamt Darmstadt: Pendlerauswertung 06/1997 und Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen JHP

Ausgehend von diesen Durchschnittswerten verzeichneten Groß-Bieberau (-23,8%), Griesheim (-18,2%) und Schaafheim (-15,4%) überdurchschnittliche Rückgänge bei den Einpendler/-innen, wohingegen sich in Otzberg (+78,5%), Erzhausen (+46,0%) und Fischbachtal (45,5%) enorme Zunahmen feststellen ließen.

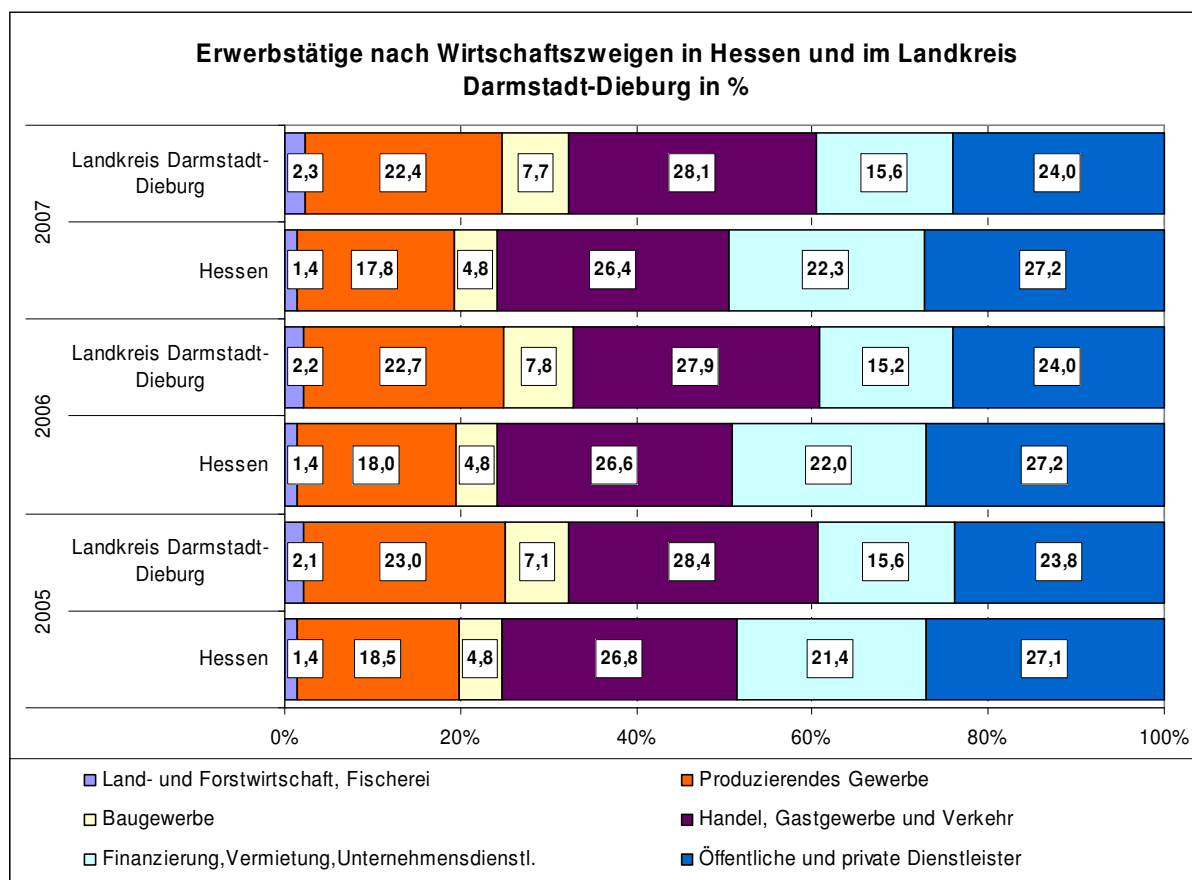
Bei den Auspendler/-innen wiesen Messel (-1,7%), Ober-Ramstadt (-0,7%) und Reinheim (-0,4%) deutliche Rückgänge aus. Dagegen nahmen sie in Groß-Bieberau (+21,4%), Griesheim (17,1%) und in Dieburg (15,5%) stark zu.

1.4.4 Erwerbstätige nach Wirtschaftszweigen

Auf den Entwicklungsverlauf der Nachfrage nach Arbeitskräften wirken vor allem drei Faktoren ein: das Wirtschaftswachstum, die Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität (z.B. der Einsatz neuer Technologien) und das Arbeitsvolumen (wöchentliche bzw. jährliche Arbeitszeit).

Seit der Nachkriegszeit hat sich bundesweit ein wirtschaftlicher Strukturwandel vollzogen, der gekennzeichnet ist vom Übergang der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft. Diese

Entwicklung, auch Tertiarisierungsprozess genannt, bewirkt, dass die Beschäftigung im produzierenden Sektor tendenziell zurückgeht und im Dienstleistungssektor wächst.



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2009; eigene Berechnungen JHP

Mit Blick auf die Wirtschaftsbereiche im Kreisgebiet kann von 2005 bis 2007 ein Anstieg der Beschäftigten im primären Sektor um 0,2% verzeichnet werden. Im produzierenden Gewerbe wird der Rückgang der Erwerbstätigen um 0,6% durch einen Anstieg im Baugewerbe um 0,5% fast ausgeglichen. Im tertiären Sektor ist ein leichter Rückgang der Beschäftigten um 0,2% festzustellen, der kompensiert wird durch den Anstieg der Beschäftigten bei den öffentlichen und privaten Dienstleister.

Im gleichen Zeitraum zeigt ein Vergleich mit Hessen eine vergleichbare Entwicklung. Eine Ausnahme stellt der Zuwachs der Beschäftigten im tertiären Sektor, speziell im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister (+0,8%), dar.

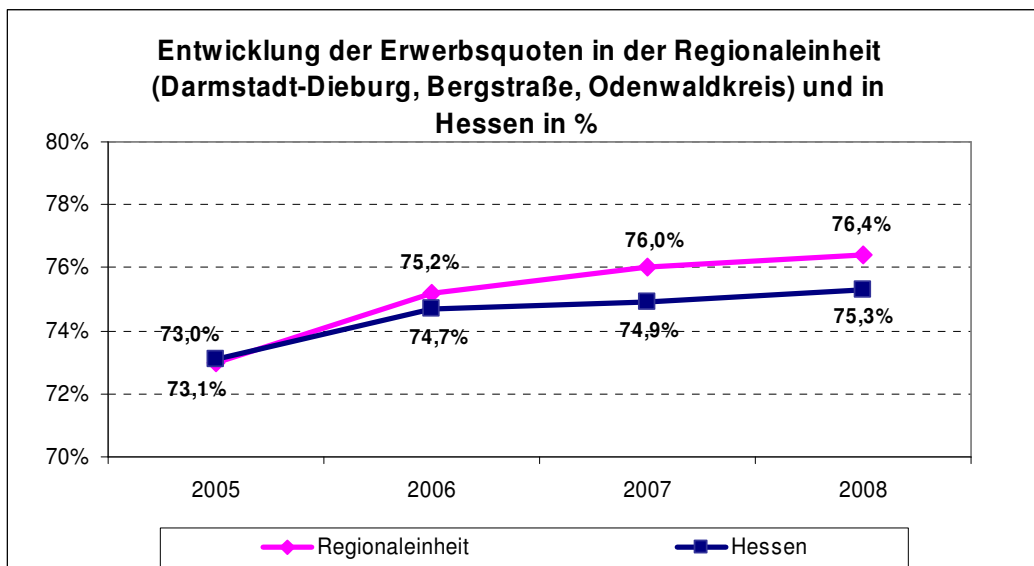
Insgesamt macht sich der Zuwachs der Erwerbstätigen im Kreisgebiet am stärksten im sekundären Sektor und in Hessen am stärksten im tertiären Sektor bemerkbar.

1.4.5 Entwicklung der Erwerbsquote und Erwerbslosenquote

1.4.5.1 Erwerbsquote

Ein wichtiger Indikator für die Messung der Erwerbsbeteiligung ist die Erwerbsquote. Sie gibt den Anteil aller Erwerbspersonen (der Erwerbstätigen und der Erwerbslosen) an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter im Alter von 15 bis 65 Jahren an. Gemessen wird so nicht nur die realisierte Erwerbsbeteiligung, sondern auch der Erwerbswunsch der nicht beschäftigten Personen.

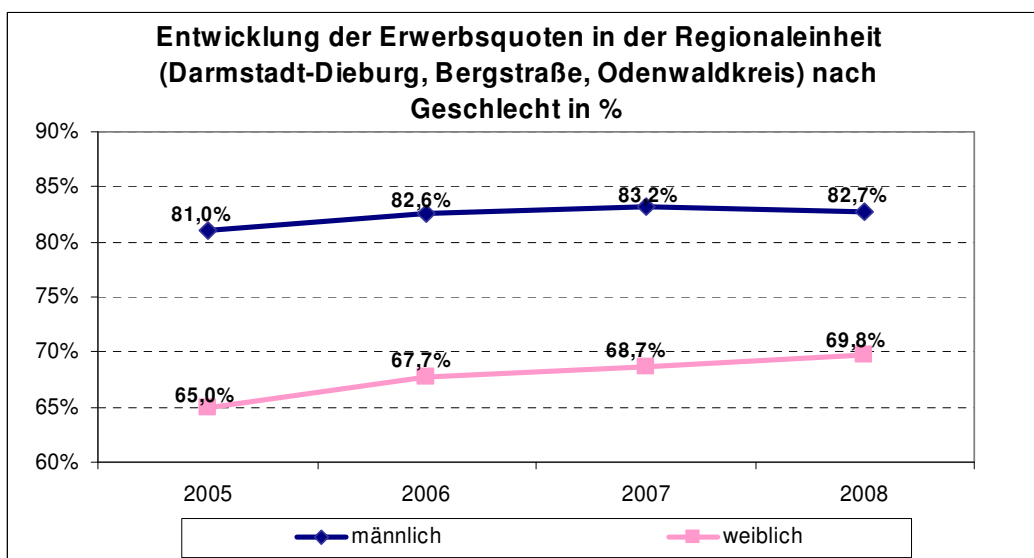
2007 betrug die Erwerbsquote in der Regionaleinheit der drei Landkreise 76%. Die Erwerbsquote lag damit auf dem Niveau der Bundesrepublik und über der von Hessen.



Quelle: HSL Mikrozensus REG-BV 1.2 von 2005 bis 2008; eigene Berechnung JHP

Von 2005 bis 2008 stieg die Erwerbsquote in der Regionaleinheit der drei Landkreise von 73,0% auf 76,4% und in Hessen von 73,1% auf 75,3%.

Die Entwicklung der geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten zeigt bundesweit einen deutlich zunehmenden Anteil der weiblichen Erwerbsbevölkerung seit den 1960er Jahren und einen Rückgang des Anteils der männlichen. Allerdings hat sich die Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern in den letzten Jahren kontinuierlich angeglichen. Da aber nach wie vor deutlich mehr Frauen als Männer nicht erwerbstätig sind, befinden sie sich in der so genannten „Stillen Reserve“.

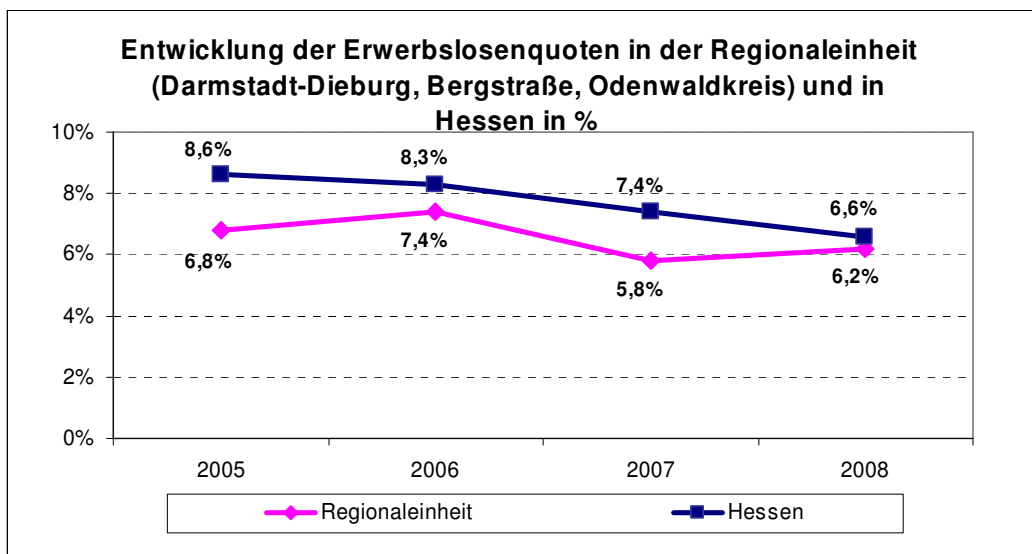


1.4.5.2 Erwerbslosenquote

Nach dem Labour-Force-Konzept der International Labour Organization (ILO) wird jede Person im Alter von 15 bis unter 65 Jahren als erwerbslos bezeichnet, die nicht erwerbstätig ist, aber in den letzten vier Wochen aktiv nach einer Tätigkeit gesucht hat und sofort dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht.

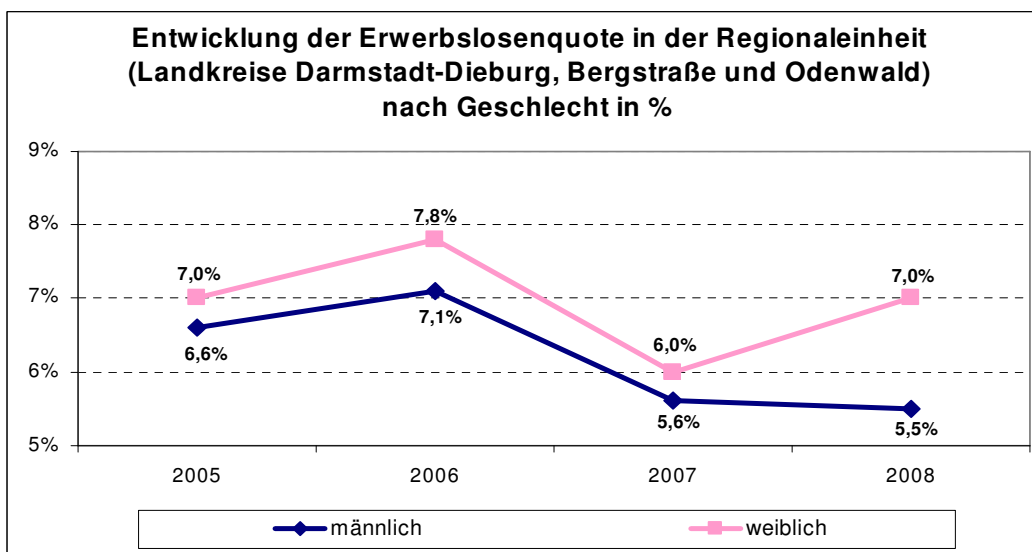
Die Erwerbslosenquote bildet den Anteil der Erwerbslosen von 15 bis 64 Jahren an den Erwerbspersonen der entsprechenden Altersgruppe ab. Sie bezieht sich auf Personen in Privathaushalten, ohne Grundwehr- und Zivildienstleistende. Sie ist daher nicht vergleichbar

mit den Arbeitslosenquoten der Bundesagentur für Arbeit, die sich auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen beziehen, hat aber den Vorteil, dass Zeitvergleiche nicht durch Änderungen der Sozialgesetze beeinträchtigt werden.



Quelle: HSL Mikrozensus REG-BV 1.2 von 2005 bis 2008; eigene Berechnung JHP

Nach Ergebnissen des Mikrozensus lag 2006 die Erwerbslosenquote in Deutschland mit 9,8% wesentlich höher als in der Regionaleinheit und in Hessen.

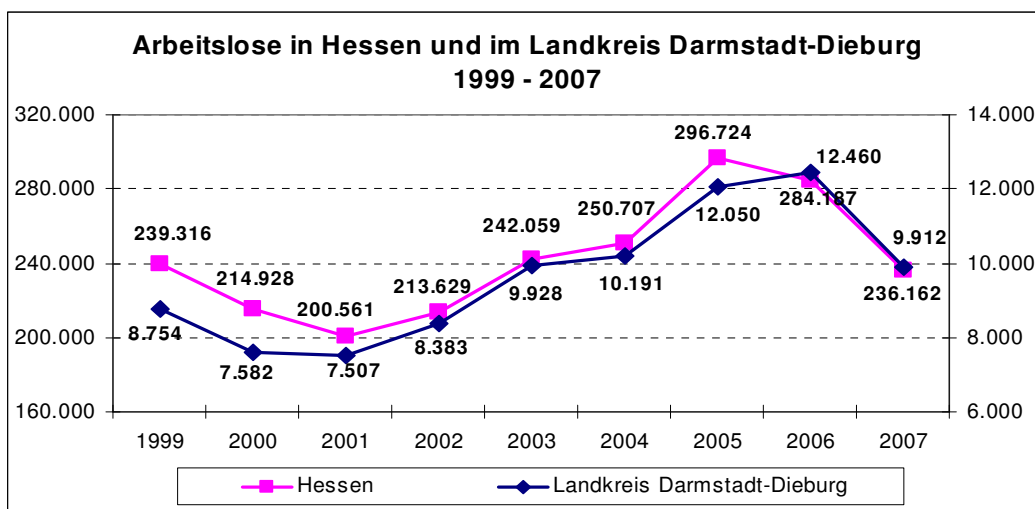


Frauen hatten es auf dem Arbeitsmarkt immer schwerer als Männer. So sahen sich 2007 in der Regionaleinheit der drei Landkreise 5,5% der Männer, aber 7% der Frauen mit Erwerbslosigkeit konfrontiert.

1.4.6 Entwicklung der Arbeitslosenzahlen und der Arbeitslosenquote

1.4.6.1 Arbeitslosenzahlen

Sowohl aktuell als auch über einen längeren Zeitraum zeigen die Arbeitsmarktindikatoren, dass sich die regionalen Arbeitsmärkte nicht auseinanderentwickelt, sondern einen sehr ähnlichen Entwicklungsverlauf genommen haben. In Hessen und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg kann, in Abhängigkeit von den Zu- bzw. Abnahmen der Erwerbstätigen und der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, im zeitlichen Verlauf ein Anstieg bzw. Rückgang der Arbeitslosen verzeichnet werden.



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2009; eigene Aufbereitung JHP

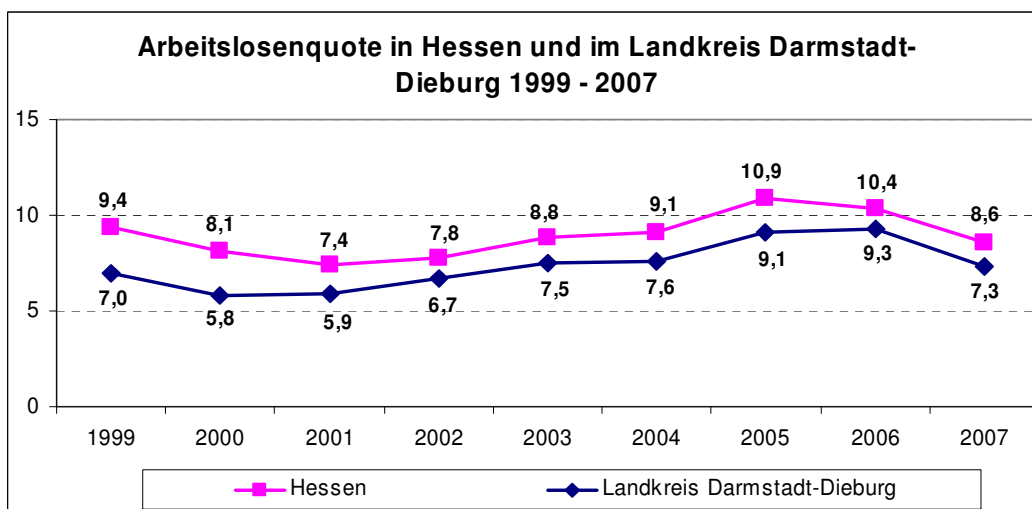
In der Verlaufskurve von 1999 bis 2007 wird diese parallele Entwicklung sehr deutlich, obwohl sich die Zahl der Arbeitslosen in Hessen um 3.154 verringerte und im Landkreis Darmstadt-Dieburg um 1.158 Arbeitslose erhöhte. Dies entspricht im hessischen Durchschnitt einem Rückgang um 1,3% und im Kreisgebiet einer Zunahme um 13,2%.

Zum Vergleich: Im gleichen Zeitraum fiel die Zahl der registrierten Arbeitslosen in Deutschland um 324.100 und damit um 7,9%.

1.4.6.2 Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote setzt die registrierten Arbeitslosen in Beziehung zu den Erwerbspersonen (d.h. Erwerbstätige und Arbeitslose). Bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen ist die Arbeitslosenquote der prozentuale Anteil der Arbeitslosen an den abhängig zivilen Erwerbspersonen. Diese setzen sich aus den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, den geringfügig Beschäftigten und den Beamten zusammen.

Die Arbeitslosenquote, bezogen auf die abhängig zivilen Erwerbspersonen, zeigt in der längerfristigen Perspektive ebenfalls eine parallele Entwicklung in Hessen und dem Kreisgebiet. So sank die Arbeitslosenquote in Hessen von 9,4 im Jahr 1999 auf 8,6 im Jahr 2007. Im gleichen Zeitraum verzeichnete der Landkreis Darmstadt-Dieburg einen leichten Anstieg von 7,0 auf 7,3.



Quelle: Arbeitsmarktstatistik der Arbeitsverwaltung und -vermittlung der Bundesagentur für Arbeit, 2009; eigene Aufbereitung JHP

Die positive Beschäftigungssituation der letzten Jahre drückt sich auch im Rückgang der Arbeitslosenquoten in Hessen und dem Kreisgebiet aus.

1.5 Bilanz der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Neben dem BIP, dem verfügbaren Einkommen je Einwohner/-in und dem Nettoeinkommen der Privathaushalte belegen auch andere Indikatoren, wie z.B. das steigende Geldvermögen und die Wohneigentumsquote, dass sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Hessen und im Landkreis Darmstadt-Dieburg im Beobachtungszeitraum positiv entwickelt haben.

Dies belegt auch das zweite wissenschaftliche Regionalranking der Initiative Neue Marktwirtschaft (INSM), die im Jahr 2009, basierend auf Daten von 2007, ein Stärken-Schwächen-Profil in insgesamt 409 Kreisen und kreisfreien Städten durchgeführt hat. Die Studie berücksichtigt neben den bereits ausführlich dargestellten Indikatoren, wie dem BIP, weitere ökonomische und strukturelle Indikatoren so die Einkommenssteuerkraft und die Ausbildungsplatzdichte. Insgesamt gehen in das Ranking 39 Einzelindikatoren ein, die zu den vier Bereichen Wohlstand, Arbeitsmarkt, Struktur und Standort zusammengefasst werden. Diesen vier Zielvariablen liegt ein striktes Wohnortkonzept zugrunde.

2. Regionalranking der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) 2009 für den Landkreis Darmstadt-Dieburg					
				Rang	
Indikator	Dimension	Wert	Mittelwert	Bund	Land Hessen
Wohlstand	Punkte	15,4	12,5	39	6
Kaufkraft 1)	Euro je Ew.	21.357	18.541	39	8
Einkommensteuerkraft 2)	Euro je Ew.	454	282	14	5
Arbeitsmarkt	Punkte	13,8	12,5	146	4
Arbeitslosenquote 3)	Prozent	5,9	8,4	143	4
Arbeitsplatzversorgung 4)	Prozent	60,8	60	192	12
Struktur	Punkte	15,4	15,0	172	10
BIP je Einwohner	Euro	20.545	28.534	331	26
Gewerbesaldo 5)	je 1.000 Ew	1,7	1,4	148	14
Pendlersaldo 6)	je 100 Ew	-13,9	-0,8	387	26
ALG-II-Empfänger	je 100 Ew	3,7	5,6	140	5
Junge Arbeitslose 7)	Prozent	2,7	3,5	177	7
Demografie	Index	109,2	100	137	9
Straftaten	je 100.000 Ew	3.971	6.786	51	3
Private Verschuldung 8)	Prozent	9,1	9,6	170	8
Gemeindliche Steuerkraft 9)	Euro je Ew.	843	765	126	14
Öffentliche Schulden 10)	Euro je Ew.	1.419	1.456	234	6

1) GfK-Kaufkraft

2) Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer

3) bezogen auf abhängige Erwerbspersonen

4) Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Wohnort) und der geringfügig Beschäftigten (Wohnort) an den Erwerbsfähigen (Einwohner im Alter von 15 - 65 Jahren) in %

5) Saldo aus Gewerbean- und -abmeldungen

6) Saldo aus SV-Beschäftigten am Arbeitsort und SV-Beschäftigten am Wohnort

7) Anteil der Arbeitslosen unter 25 an den Einwohnern von 15 - 25

8) Anteil der privat Verschuldeten an den Einwohnern über 18

9) Grundsteuer, Gewerbesteuer, Gemeindeanteil aus Einkommensteuer und Umsatzsteuer (abzüglich Gewerbesteuerumlage)

10) inklusive Eigenbetriebe

Quelle: Institut der Deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH

Im Gesamtranking belegt der Landkreis Darmstadt-Dieburg mit 54,9 Punkten bundesweit Platz 96. Innerhalb von Hessen erreicht der Landkreis Platz sechs unter den 26 Kreisen und kreisfreien Städten. Gegenüber dem ersten INSM-Regionalranking von 2006 (Daten von

2004) konnte der Landkreis seine Position in Hessen verbessern und zwar von Platz 7 auf nunmehr Platz 6.

Als Stärken des Landkreises Darmstadt-Dieburg verbucht die Studie die Einkommenssteuerkraft, die sich auf 464 Euro je Einwohner/-in beläuft und Rang 14 einnimmt bei einem bundesweiten Durchschnitt von 282 Euro. Auch die hohe Kaufkraft je Einwohner/-in im Kreisgebiet mit Rang 39 im bundesweiten Mittel und Rang 8 in Hessen und die geringen Straftaten mit Rang 51 im Gesamtranking und Platz drei in Hessen verweisen auf die Leistungsfähigkeit des Landkreises.

Danach nimmt der Landkreis, bezogen auf die Zielgrößen Wohlstand und Arbeitsmarkt in Hessen einen hohen und bezogen auf die Einflussgröße Struktur einen mittleren Rang ein.

Neben den Verdichtungsräumen mit modernen Unternehmen stellen im Kreisgebiet vor allem die großen Anteile an ländlichem Raum mit einer teils mittelständischen Wirtschaftsstruktur und traditionsreichem Handwerk und Handel sowie der Land- und Forstwirtschaft besondere Anforderungen an die Infrastruktur. Obwohl im ländlichen Raum besondere Anforderungen zu bewältigen sind, konnte sich das Kreisgebiet aufgrund der konsequenten sozialpolitischen Entwicklungspolitik in den letzten Jahrzehnten, sowohl in den Verdichtungsräumen als auch im ländlichen Raum, zu einem attraktiven Lebens- und Wirtschaftsraum weiterentwickeln.

Dies belegt nicht zuletzt die in der INSM-Studie verwendete Einflussgröße Standort. Hier erreicht der Landkreis Darmstadt-Dieburg im Jahr 2007, bezogen auf den Anteil der in Kindertageseinrichtungen betreuten Kinder unter 6 Jahren (gemessen an allen unter 6-Jährigen) hessenweit Rang 3. Auch bei der Zahl der Ingenieure auf 100 SV-Beschäftigte und den angebotenen Lehrstellen je 100 Bewerber/-innen liegt der Landkreis in Hessen im oberen Bereich.

2. Regionalranking der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) 2009 für den Landkreis Darmstadt-Dieburg					
				Rang	
Indikator	Dimension	Wert	Mittelwert	Bund	Land Hessen
Standort	Punkte	10,3	10	89	8
Produktivität 1)	Euro	62.265	58.299	111	19
Arbeitskosten 2)	Euro	34.869	31.848	325	15
Hochqualifizierte 3)	Prozent	7,8	7,8	157	14
Ingenieure 4)	Prozent	2,8	2,2	85	8
Gästeübernachtungen	je Ew	1,5	4,8	325	24
Kita-Betreuungsquote 5)	Prozent	54,7	54,3	147	3
Ausbildungsplätze 6)	Prozent	100,0	98,9	143	9

1) BIP je Erwerbstätigen

2) Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer

3) Anteil der SV-Beschäftigten mit Hochschul- oder FH-Abschluss

4) je 100 SV-Beschäftigte

5) Anteil der betreuten Kinder unter 6 Jahren

6) Ausbildungsplätze je 100 Nachfrager

Quelle: Institut der Deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH

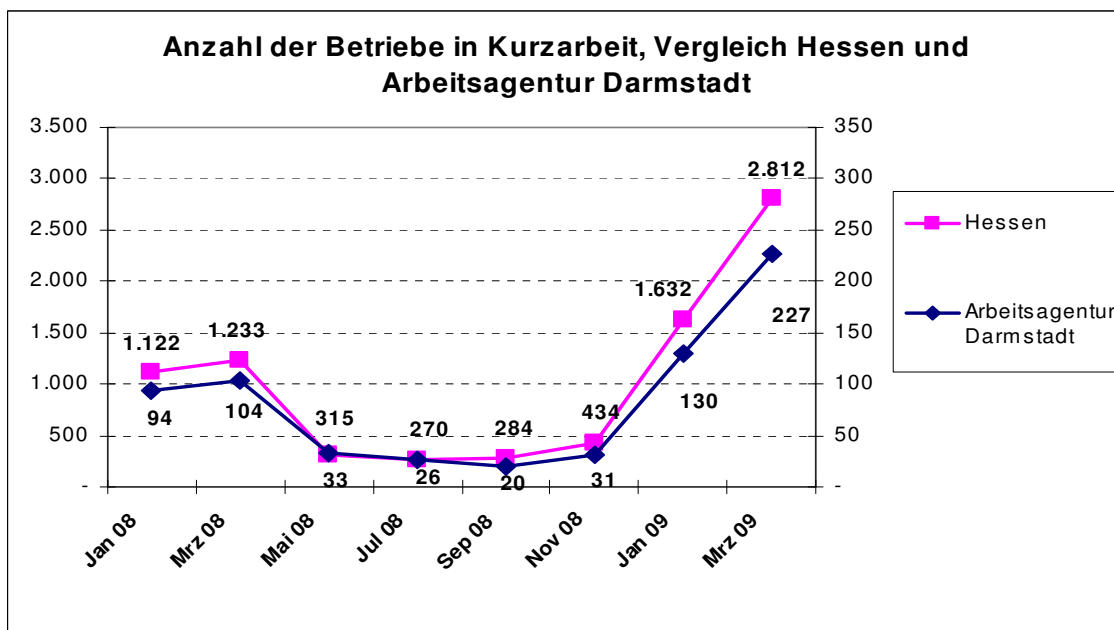
1.6 Aktuelle wirtschaftliche Situation und Ausblick

Die Rezession als Folge der Finanzmarktkrise ist für die meisten Industrieländer nicht zu umgehen. So muss auch bundesweit mit einem erheblichen Schrumpfen der Wirtschaftsaktivitäten gerechnet werden. Deutschland als Exportnation ist besonders von der weltweiten Rezession betroffen. Dies wird auch nicht ohne Folgen für das gesamtwirtschaftliche Wachstum in Hessen und damit dem Landkreis bleiben.

2008 waren die Rückgänge in Hessen bei den Auftragseingängen noch niedriger als in Deutschland insgesamt. Dennoch wird die hessische Industrie, mit einer überdurchschnittlichen Exportquote von 50% (Deutschland 45%), gegen diese konjunkturellen Entwicklungen ankämpfen müssen (vgl. Helaba 2009:7f).

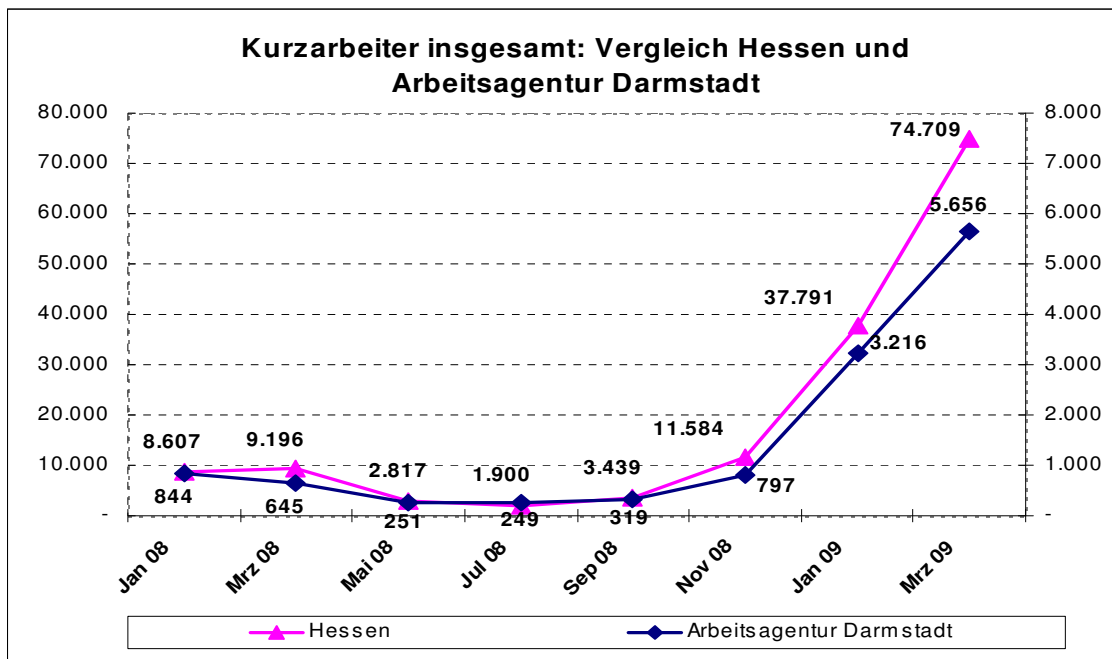
Auch wenn zur aktuellen wirtschaftlichen Situation noch nicht viele Daten und Fakten vorliegen, Anzeichen der Auswirkungen von Finanz- und Wirtschaftskrise sind in Hessen bereits zu spüren. Die Wirtschaftsstatistiken für das erste Quartal 2009 lassen in der Industrie, im Baugewerbe und im Einzelhandel eine Negativ-Entwicklung erkennen.

Die konjunkturelle Trendwende hat den Arbeitsmarkt schon erreicht. Für viele Unternehmen war die Einführung von Kurzarbeit unumgänglich. Entsprechend hat sich die Zahl der Betriebe in Hessen, die ihre Beschäftigten in Kurzarbeit schicken mussten, von Januar 2008 bis März 2009 um 1.690 erhöht. Das bedeutet eine Steigerung um 150%. Einen ähnlichen Verlauf nahm die Kurzarbeit in den Betrieben mit Zuständigkeit bei der Arbeitsagentur Darmstadt. Hier meldeten 133 Unternehmen Kurzarbeit, was einer Zunahme um 141,5% entsprach.



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Kurzarbeit, Jan. 08 bis März 09; eigene Aufbereitung JHP

Entsprechend der gemeldeten Kurzarbeit in den Betrieben und der Anzahl der dort Beschäftigten stieg auch die Anzahl der Personen, die sich in Kurzarbeit befinden. In Hessen stieg die Zahl der Kurzarbeiter/-innen zwischen Oktober 2008 und März 2009 von 6.450 auf 74.705. Das bedeutet eine drastische Zunahme um das 11,5-fache oder um 1.058%.

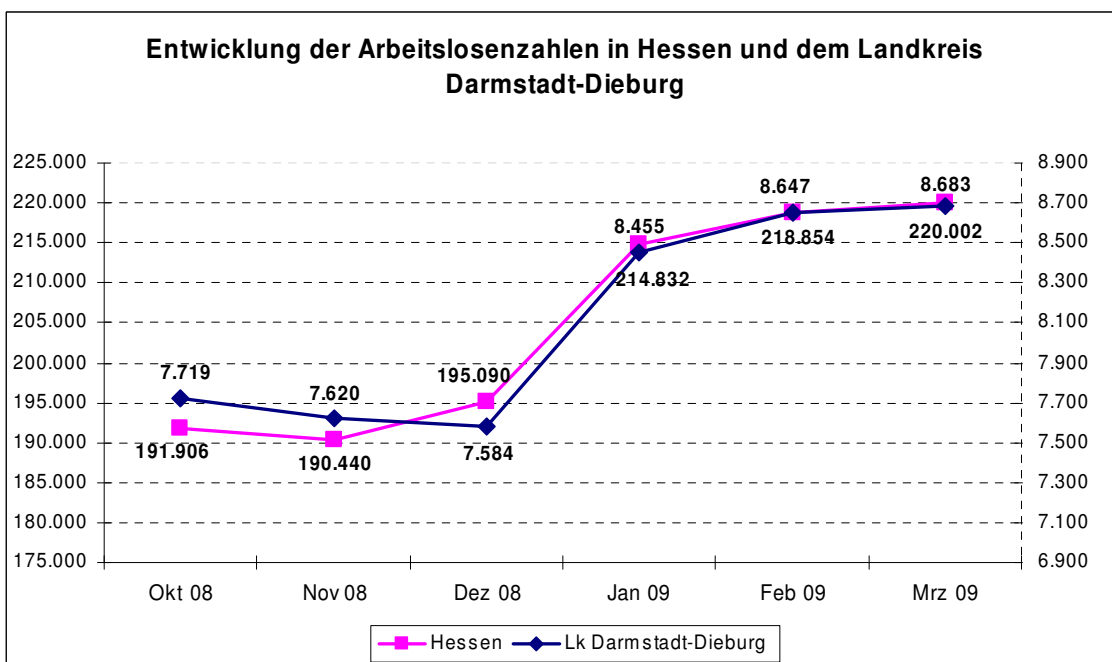


Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Kurzarbeit, Jan. 08 bis März 09; eigene Aufbereitung JHP

Auch im Bezirk der Arbeitsagentur Darmstadt stieg die Zahl der gemeldeten Kurzarbeiter/-innen dramatisch an. Im Beobachtungszeitraum erhöhte sich die Anzahl der Kurzarbeiter/-innen um 4.812, was einer Steigerung um 570,1% entspricht.

Obwohl für den Landkreis Darmstadt-Dieburg noch keine Daten vorlagen, kann davon ausgegangen werden, dass hier die Entwicklung sehr ähnlich verläuft.

Ein weiterer Indikator für die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt ist der starke Anstieg der Arbeitslosenzahlen. Im Zeitraum von Oktober 2008 bis März 2009 verzeichnete Hessen eine Zunahme der Arbeitslosen um 14,6% und der Landkreis Darmstadt-Dieburg eine um 12,5%.



Quelle: Statistisches Landesamt Hessen – Staat und Wirtschaft in Hessen 06-09

Der mit der Finanzkrise angestoßene Anpassungsprozess wird sich vermutlich noch auf die nächsten Jahre auswirken und das reale Wachstumspotential in den Industrienationen be-

grenzen. Daher muss sich die Politik in Hessen und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg trotz umfangreicher Konjunkturpakete in 2009 auch weiterhin auf ein erhebliches Schrumpfen der Wirtschaftsaktivitäten einstellen (vgl. Helaba 2009:7).

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und die Forschungsanstalt der Bundesagentur für Arbeit prognostizieren für das Jahr 2010 eine wirtschaftliche Stagnation (Nullwachstum) und gehen von einer weiter ansteigenden Arbeitslosigkeit aus.

Das Rettungspaket für die deutsche Banken- und Finanzbranche und die damit verbundene Neuverschuldung wird neben den massiven Steuerausfällen zukünftig Auswirkungen auf die Haushaltsplanung der Bundesregierung und somit die Bewältigung der sozialpolitischen Problemfelder haben. Davon wird verstärkt die Sozialpolitik der Bundesländer und somit auch der Landkreise und kreisfreien Städte betroffen sein.

1.7 Öffentliche Haushalte, Sozialausgaben und Steuereinnahmen

Der Spielraum für sozialpolitisches Handeln wird durch die Finanzlage der öffentlichen Haushalte bestimmt. Die positiven Entwicklungen und Rahmenbedingungen der letzten Jahre und die ersten Auswirkungen der Rezession spiegeln sich auch bei den Ausgaben und den Mitteln für den „Sozialhaushalt“ wider. Die Kreisverwaltung arbeitet seit 2001 nach dem System der kaufmännischen Buchführung, „Doppik“ genannt. Doppik steht für die Abkürzung **doppelte** Buchführung **in** **K**onten. Im Unterschied zur Kameralistik und in Abgrenzung zur üblichen doppelten Buchführung der Privatwirtschaft, wird in der öffentlichen Verwaltung ein Modell verwendet, das die verwaltungsspezifischen Belange berücksichtigt und die Vermögensrechnung, die Ergebnisrechnung und die Finanzrechnung umfasst.

1.7.1 Haushalt der Kreisverwaltung Darmstadt-Dieburg

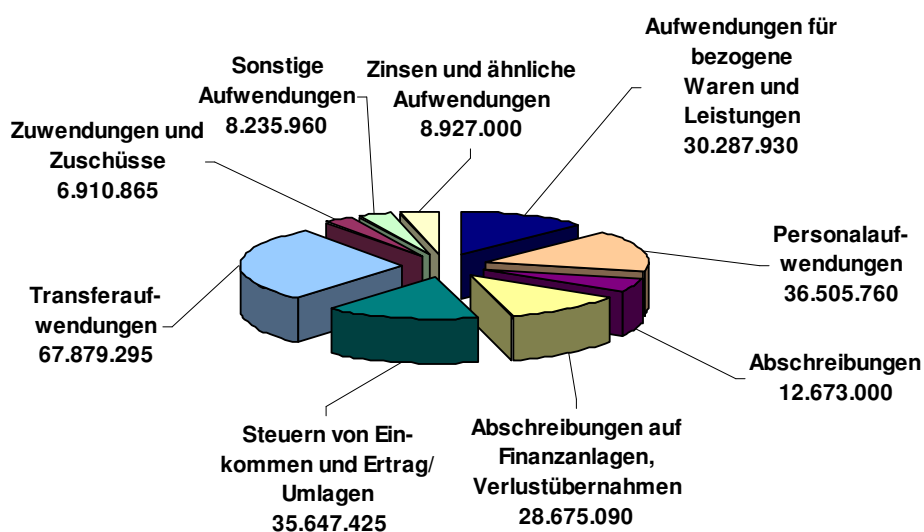
Im Jahr 2008 lag die Summe der Aufwendungen, d.h. des Ergebnishaushaltes des Landkreises Darmstadt-Dieburg, bei 235.742.325 Euro. Die Summe der Erträge erreichte 236.966.500 Euro. Gegenüber 2007 konnte die Kreisverwaltung 2008 eine verbesserte Bilanz vorweisen.

Aufwendungen und Erträge des Haushaltes der Kreisverwaltung Darmstadt-Dieburg in Euro				
	2006	2007	2008	2009
Summe der Erträge	192.931.710	223.666.905	236.966.500	330.758.285
Summe der Aufwendungen	222.587.885	231.972.210	235.742.325	335.094.535

Quelle: Kreisverwaltung Darmstadt-Dieburg, Nachtragshaushalte 2006 bis 2009

Da die Aufwendungen für die sozialen Bereiche im Vordergrund stehen, weist eine Differenzierung der Aufwendungen 2008 nach Kontengruppen den größten Anteil mit 28,8% bei den Transferleistungen auf. Hier sind die Aufwendungen für den sozialen Bereich enthalten. An zweiter Stelle mit einem Anteil von 15,5% stehen die Aufwendungen für das Personal.

Aufwendungen nach Kontengruppen 2008 in Euro

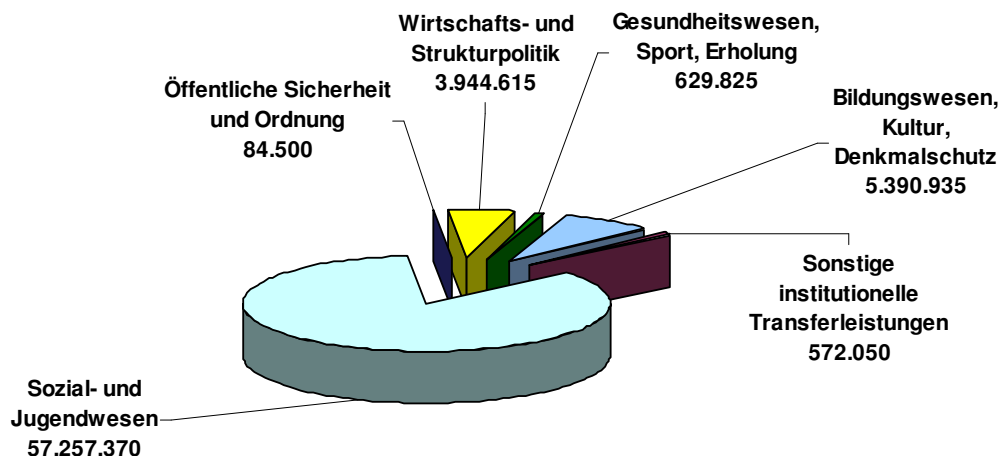


Quelle: Kreisverwaltung Darmstadt-Dieburg: Haushaltsplan 2009; eigene Zusammenstellung

1.7.2 Sozialausgaben der Kreisverwaltung Darmstadt-Dieburg

Eine Aufschlüsselung der Transferleistungen in der Gesamthöhe von 67.879.295 Euro verschafft einen Überblick über die Aufwendungsschwerpunkte des „Sozialhaushaltes“ der Kreisverwaltung.

Verteilung der Transferaufwendungen der Kreisverwaltung Darmstadt-Dieburg 2008 in Euro

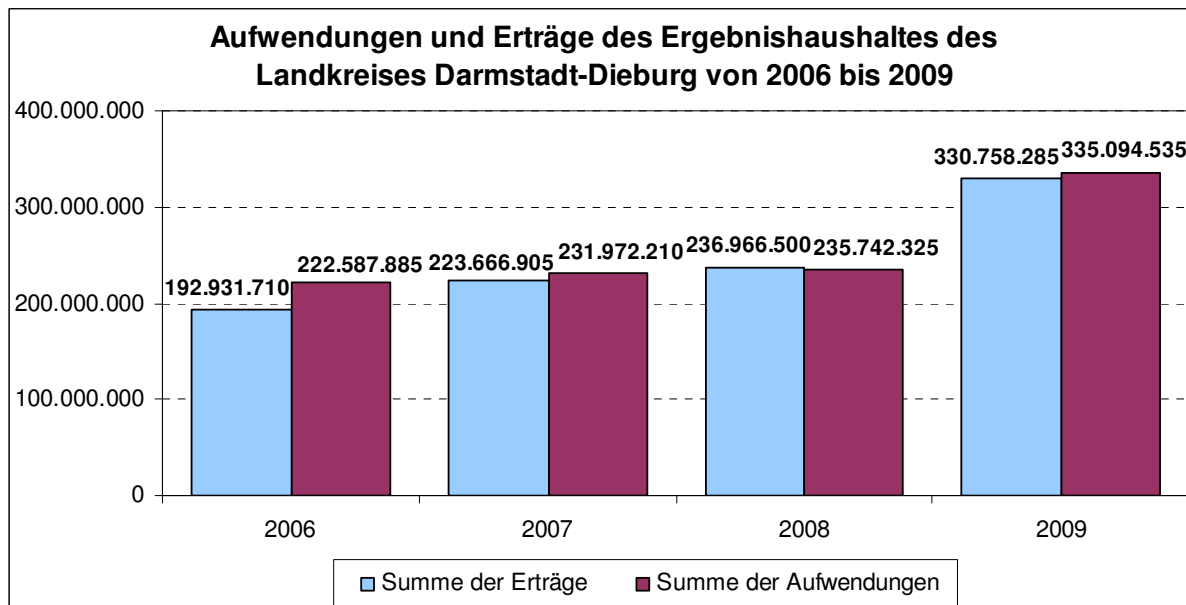


Quelle: Kreisverwaltung Darmstadt-Dieburg: Haushaltsplan 2009; eigene Zusammenstellung

Im Jahr 2008 entfielen alleine 84,4% aller Aufwendungen auf die Bereiche Jugend-, Familien-, Frauen-, Alten- und Sozialhilfe. Der Bereich Bildungswesen, Kultur- und Denkmalschutz folgte mit einem Anteil von 7,9% und auf die Wirtschafts- und Strukturpolitik entfiel ein Anteil von 5,8%. Die anderen drei Bereiche lagen mit ihren Anteilen unter einem Prozent.

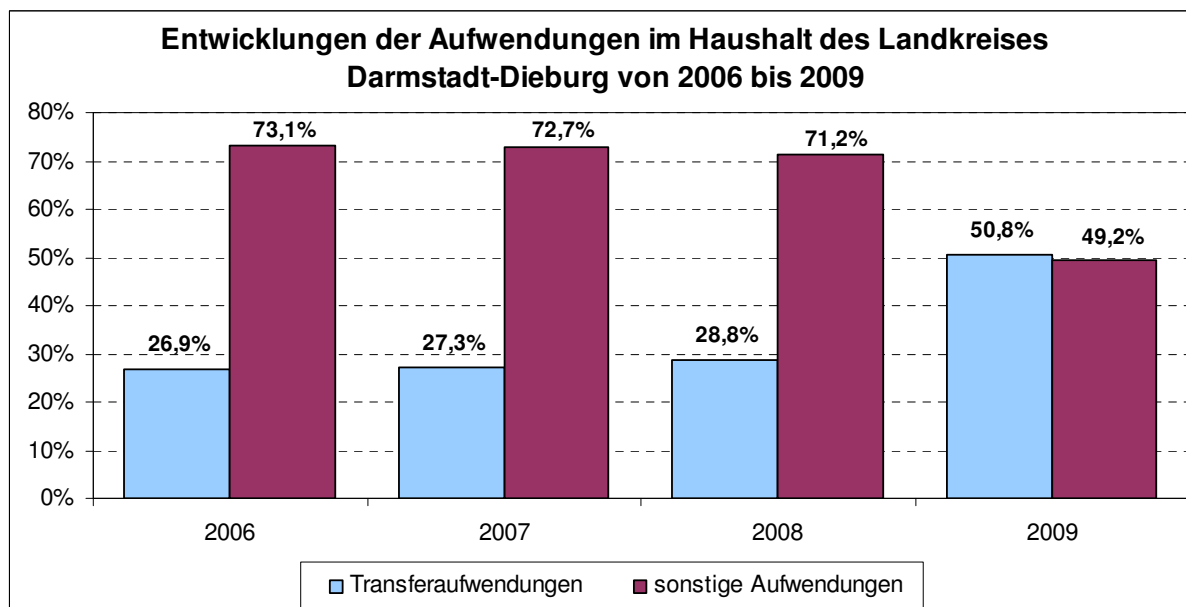
1.7.3 Entwicklung der Aufwendungen von 2006 bis 2009

Zur Darstellung der finanziellen Entwicklung des Ergebnishaushaltes der Kreisverwaltung wurden die Nachtragshaushaltspläne für die Jahre 2006 bis 2009 herangezogen.



Die Entwicklung der Erträge des Kreishaushaltes von 2006 bis 2009 zeigt eine Zunahme um 137.826.575 Euro und damit einen Anstieg um 71,4%. Im gleichen Zeitraum stieg die Summe der Aufwendungen um 112.506.650 Euro. Das bedeutet eine Steigerung um 50,5%.

Ein Vergleich der sonstigen Aufwendungen mit den Transferleistungen des Sozialen Bereiches zeigt von 2006 bis 2008 einen kontinuierlichen Anstieg des „Sozialhaushaltes“.

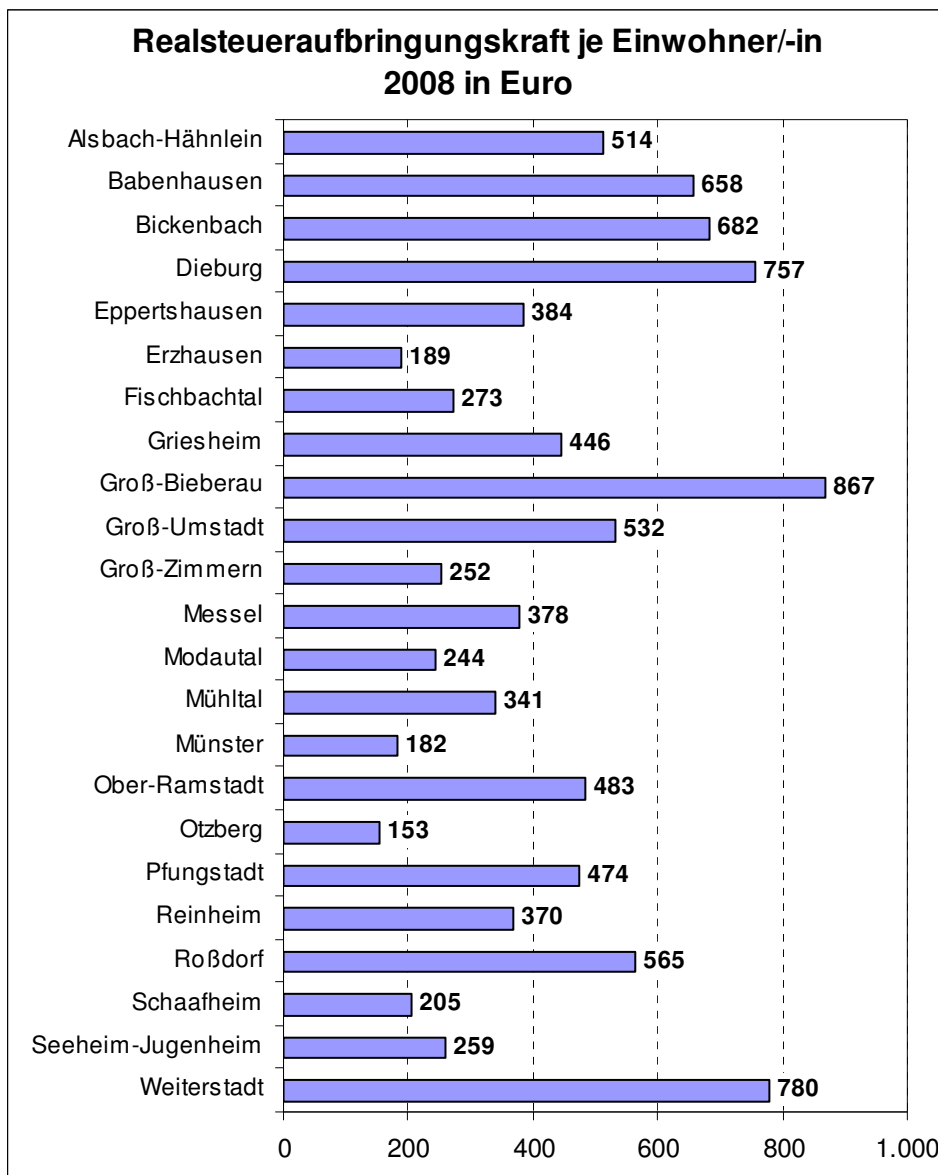


Die im Vergleich zu den Vorjahren deutlich gestiegenen Transferaufwendungen des sozialen Bereiches (von 28,8% auf 50,8%) für das Jahr 2009 sind auf den zum 01.01.2009 in den Kreishaushalt integrierten bisherigen Eigenbetrieb „Kreisagentur für Beschäftigung“ (KfB) zurückzuführen.

Vor dem Hintergrund, dass ab 2009 die Aufwendungen aus dem Bereich der Grund-sicherung und die der kommunalen Anteile an den Unterhaltskosten gestiegen sind, hat sich der Anteil der Transferaufwendungen an den Gesamtaufwendungen nochmals deutlich erhöht.

1.7.4 Steuereinnahmen der Kreiskommunen

Die Realsteueraufbringungskraft gibt an, wie hoch das Realsteuereinkommen in den einzelnen Gemeinden gewesen wäre, wenn in allen Gemeinden für jede Realsteuer der jeweilige landesdurchschnittliche Hebesatz angewandt worden wäre. Zu den Realsteuern zählen die Grundsteuer A für landwirtschaftlich genutzte Flächen, die Grundsteuer B für bebaute und bebauungsfähige Grundstücke sowie die Gewerbesteuer.

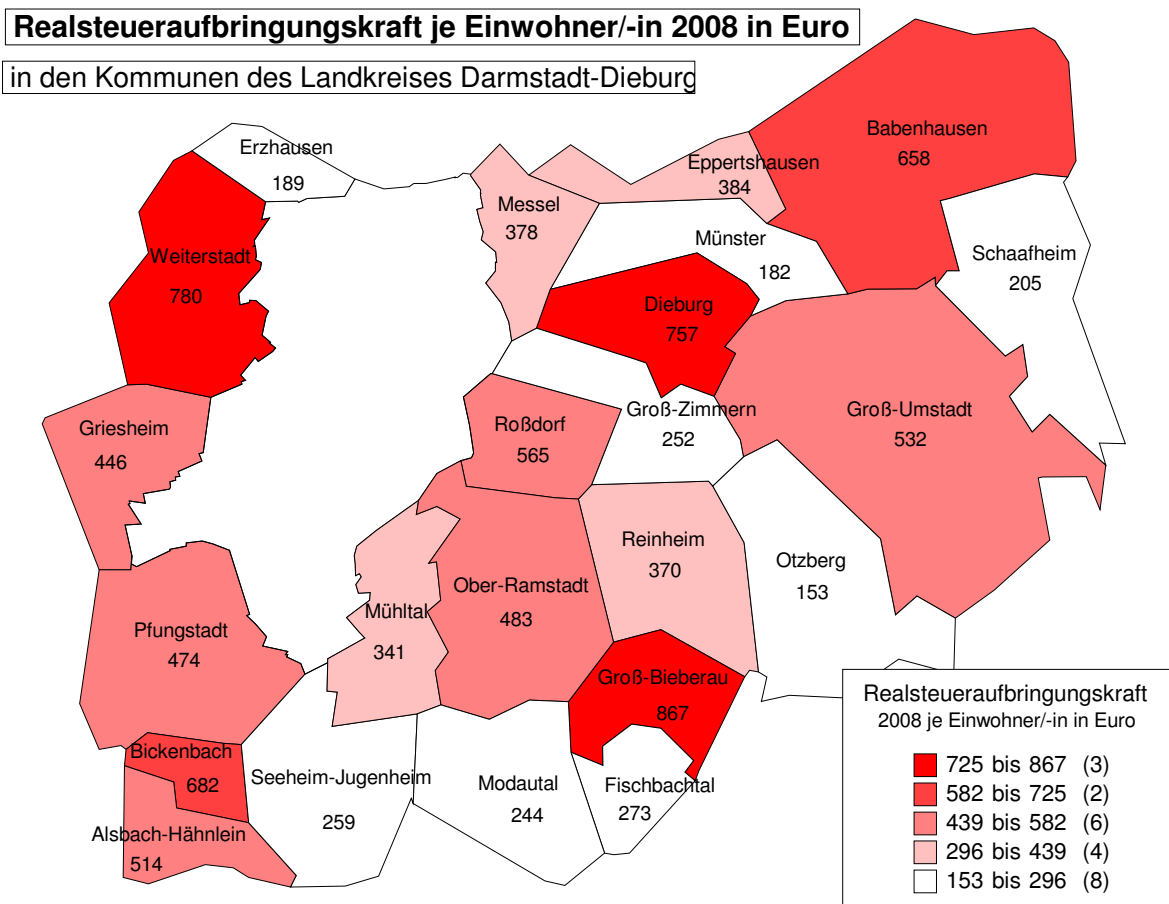


Quelle: Gemeindesteckbriefe 2009, IHK Darmstadt; eigene Aufbereitung JHP

Die Realsteueraufbringungskraft je Einwohner/-in ist ein Indikator sowohl für die Finanzkraft einer Gemeinde als auch für die Leistungsfähigkeit der ortsansässigen Wirtschaft. In den Kommunen des Landkreises Darmstadt-Dieburg zeigte sich bezüglich der Realsteueraufbringungskraft ein sehr heterogenes Bild.

Im Jahr 2008 verzeichneten die Städte Groß-Bieberau, Weiterstadt und Dieburg eine überdurchschnittlich hohe Steueraufbringungskraft. Dagegen war sie in den Gemeinden Otzberg, Münster und Erzhausen besonders niedrig.

Die sozialräumliche Verteilung der Realsteueraufbringungskraft auf die einzelnen Kommunen verdeutlicht, dass die Finanzkraft und Leistungsfähigkeit der ortsansässigen Wirtschaft der Kommunen im Westteil des Kreises deutlich stärker ist als die der Kommunen im Ostteil. Ausnahmen bilden hier die Städte Groß-Bieberau, Dieburg und die Kommune Babenhausen.



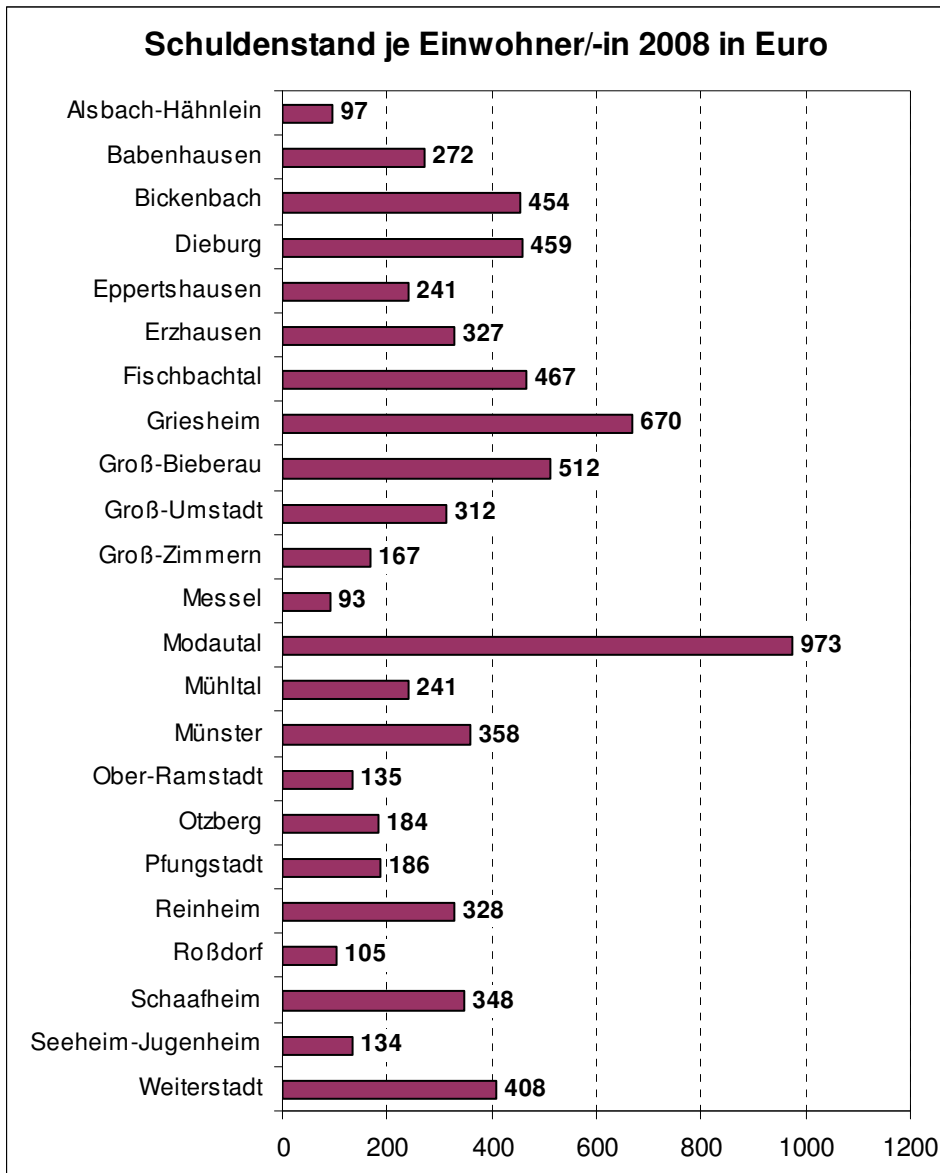
Quelle: Gemeindesteckbriefe 2009, IHK Darmstadt; eigene Aufbereitung JHP

1.7.5 Schuldenstand der Kreiskommunen

Die Schulden der öffentlichen Haushalte charakterisieren die Einnahmen- und Ausgabenlage der öffentlichen Hand. Zur besseren Vergleichbarkeit werden die Schulden auf die Anzahl der Einwohner/-innen vor Ort bezogen.

Auch bezogen auf den Schuldenstand je Einwohner/-in, zeigten sich für das Jahr 2008 deutliche Unterschiede hinsichtlich der einzelnen Kommunen des Landkreises.

Während Messel, Alsbach-Hähnlein und Roßdorf die niedrigsten Pro-Kopf-Verschuldungen aufwiesen, gehörten Modautal, Griesheim sowie Groß-Bieberau zu den Kommunen mit dem höchsten Schuldenstand je Einwohner/-in.

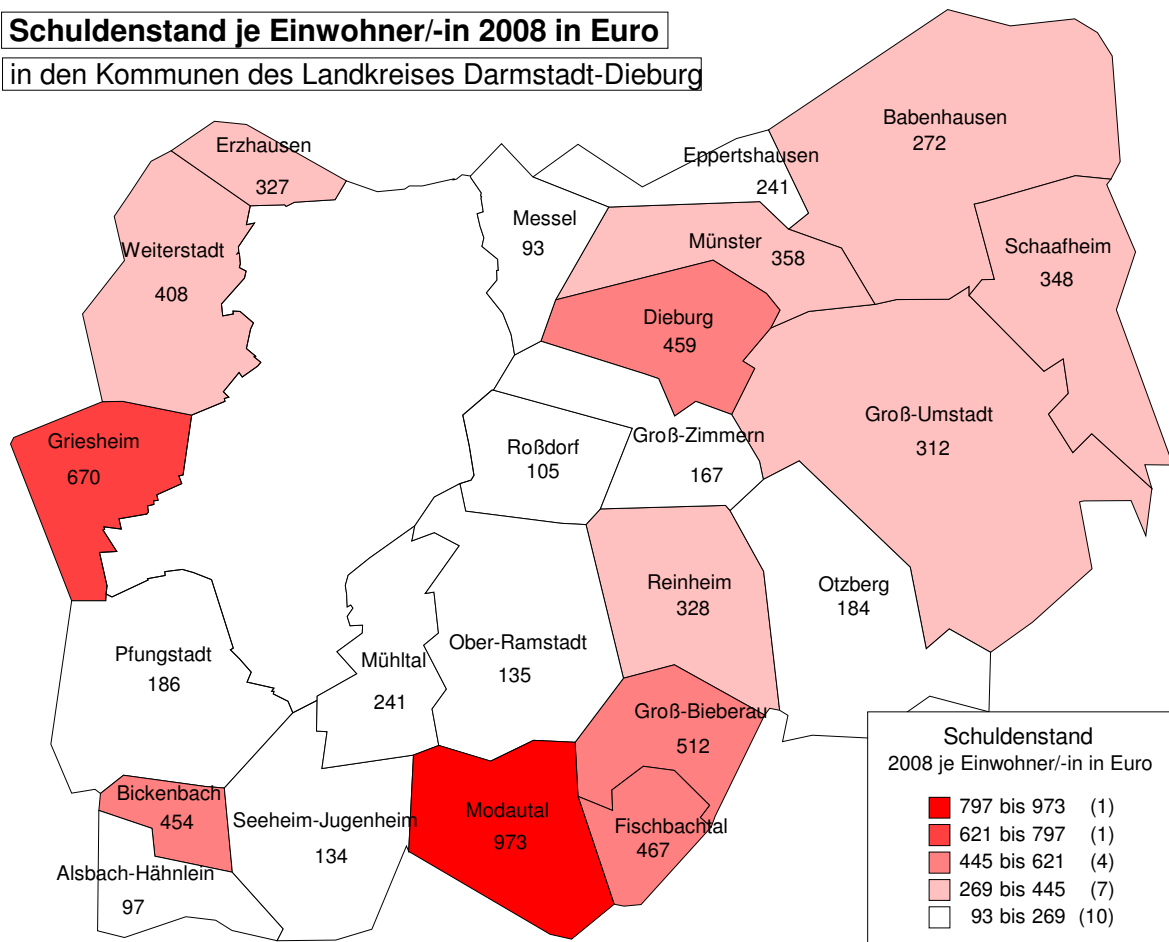


Quelle: Gemeindesteckbriefe 2009, IHK Darmstadt; eigene Aufbereitung JHP

Angesichts des höheren Steueraufkommens im Westteil des Kreises und in den Städten Dieburg, Groß-Umstadt und Groß-Bieberau zeigt die sozialräumliche Verteilung der Pro-Kopf-Verschuldung ein sehr durchmishtes Bild der Kreiskommunen. So fanden sich im Westteil fünf Kommunen und acht Kommunen im Ostteil mit einem überdurchschnittlichen Schuldenstand

Schuldenstand je Einwohner/-in 2008 in Euro

in den Kommunen des Landkreises Darmstadt-Dieburg

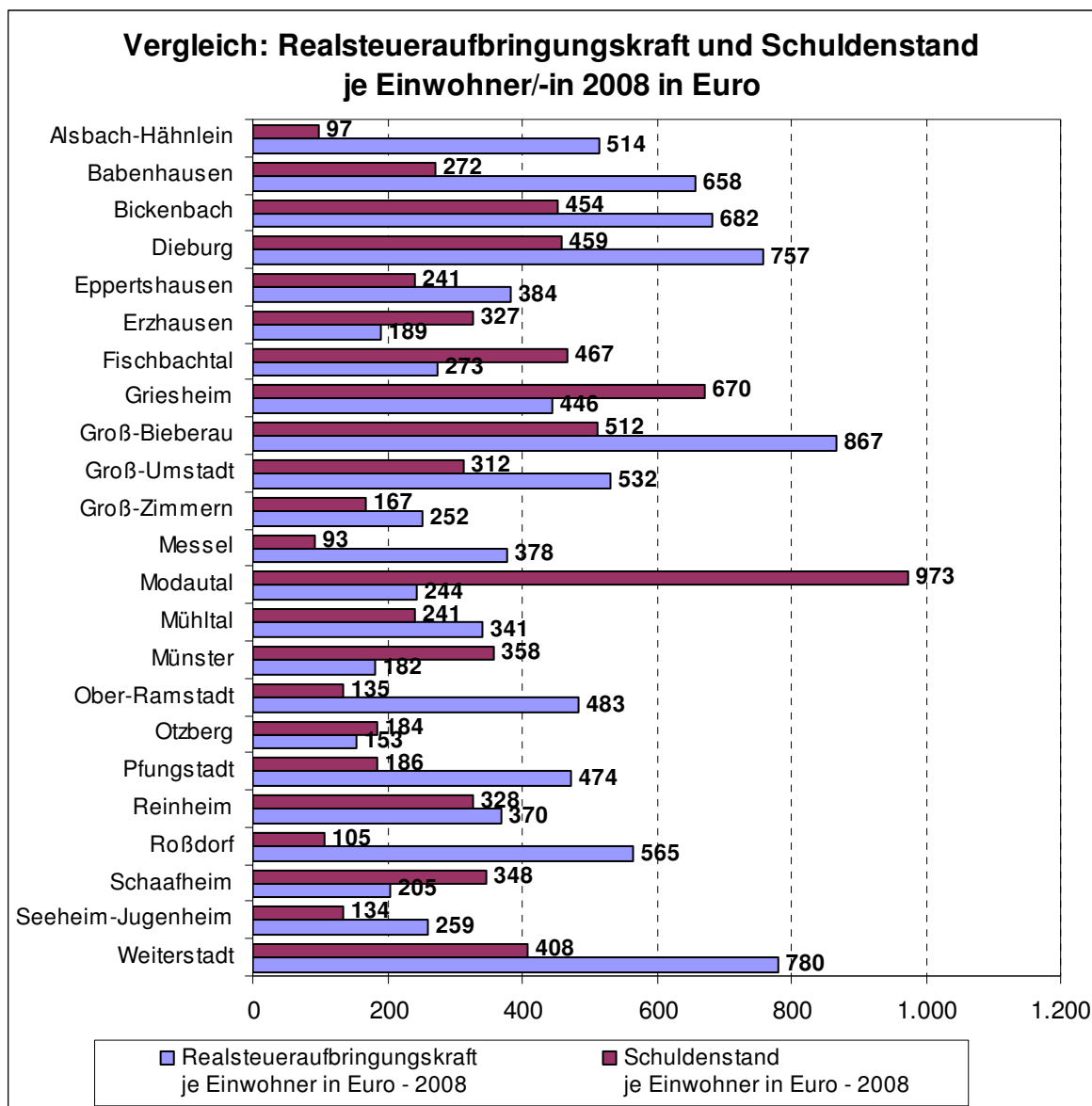


Quelle: Gemeindesteckbriefe 2009, IHK Darmstadt; eigene Aufbereitung JHP

1.7.6 Steuer-Schuldenverhältnis der Kreiskommunen

Um einen besseren Überblick zu erhalten wird nachfolgend die Realsteueraufbringungskraft je Einwohner zur Pro-Kopf-Verschuldung der Kommunen ins Verhältnis gesetzt.

Hierbei zeigt sich die höchste Verschuldung mit einer Differenz von -729 Euro in der Gemeinde Modautal. Auch in der Stadt Griesheim (-224 Euro) der Gemeinde Fischbachtal (-194 Euro) übersteigt der Schuldenstand je Einwohner/-in die Realsteueraufbringungskraft je Einwohner/-in.



Quelle: Gemeindesteckbriefe 2009, IHK Darmstadt; eigene Aufbereitung JHP

Ein überdurchschnittlich gutes Steuer-Schulden-Verhältnis findet man in Roßdorf (+460 Euro), Alsbach-Hähnlein (+417 Euro) und in Babenhäusen (+386 Euro).

Auch die Kommunen Weiterstadt (+372 Euro), Groß-Bieberau (+355 Euro) und Ober-Ramstadt (+348 Euro) weisen eine positive Relation zwischen Steueraufbringungskraft und Schuldenstand auf.

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse: Ökonomische Rahmenbedingungen

Wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsmarkt

In den Jahren von 2005 bis 2007 profitierte der Landkreis Darmstadt-Dieburg von einem wirtschaftlichen Wachstum als solide Basis für eine insgesamt positive Einkommensentwicklung. Kennzeichnend dafür waren:

Bruttoinlandsprodukt (BIP)

- Die Wirtschaft in Hessen und im Landkreis Darmstadt-Dieburg, gemessen am realen Bruttoinlandsprodukt, verzeichnete 2007 deutliche Steigerungen gegenüber den Vorjahren.

Entwicklung der Wirtschaftsbereiche

- In den letzten vier Jahren waren im Kreisgebiet nur geringfügige Veränderungen zu verzeichnen. Profitiert hat vor allem der Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr.

Verbraucherpreisindex

- Im Jahr 2007 beschleunigte sich der Preisanstieg in Hessen. Der Verbraucherpreisindex war 2007 um 2,2% höher als im Vorjahr.

Unternehmensinsolvenzen

- Die Zahl der Insolvenzen im Kreisgebiet verringerte sich von 1999 bis 2006 um 16,8%. In Hessen erreichte die Zahl der Unternehmensinsolvenzen 2006 den niedrigsten Stand seit 1995.

Einkommensentwicklung

- Bis 2007 ist eine durchschnittlich positive Einkommensentwicklung bei zunehmender Bedeutung von Kapitaleinkünften festzustellen.

Renten

- Obwohl die Renten im Regierungsbezirk Darmstadt mit durchschnittlich 727,64 Euro über dem hessischen und dem bundesdeutschen Mittelwert liegen, sind sie unterhalb der Armutsrisikoschwelle anzusiedeln.

Kaufkraft

- Ausgehend von einer Kaufkraft von 21.100 Euro je Einwohner/-in im Jahr 2008 im Kreisgebiet verfügten die Einwohner/-innen der Kommunen Seeheim-Jugenheim, Alsbach-Hähnlein und Mühlthal über die höchste und Schaafheim und Fischbachtal über die niedrigste Kaufkraft.

Mietniveau

- Von 1993 bis 2006 ist das Mietniveau im Kreisgebiet von Mietstufe III auf Mietstufe IV und damit um 6,5% über dem Bundesdurchschnitt angestiegen.

Wohneigentum

- Mit einer Wohneigentumsquote von 51,6% liegt die Regionaleinheit mit den Landkreisen Darmstadt-Dieburg, der Bergstraße und dem Odenwaldkreis über der durchschnittlichen hessischen Wohneigentumsquote von 41,6% und der bundesweiten von 43,0%.

Nettoeinkommen der privaten Haushalte

- Die Entwicklung der monatlichen Nettoeinkommen der privaten Haushalte zeigt bei den unteren und mittleren Einkommen einen leichten Rückgang und einen Anstieg bei einem höheren Nettoeinkommen ab 2.600 Euro und mehr.

Erwerbstätigkeit

- Die positive Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre drückt sich im Ergebnis auch bei der Erwerbstätigkeit aus. Sowohl die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort im Landkreis Darmstadt-Dieburg, als auch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nahmen weiter zu.

Erwerbsquote

- Im Kreisgebiet stieg die Erwerbsquote von 73,0% im Jahr 2005 auf 76,4% im Jahr 2008. Die Zunahme resultiert aus der höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen.

Berufspendler/-innen

- 2007 verzeichneten die Kreiskommunen bei den Pendlerströmen, mit Ausnahme von Dieburg, einen negativen Überhang, d.h. es pendelten mehr Beschäftigte zur Arbeit nach außerhalb, als Beschäftigte zur Arbeit einpendeln.

Arbeitsmarkt

- Auch auf dem Arbeitsmarkt ließ die gute konjunkturelle Entwicklung der letzten drei Jahre die Arbeitslosigkeit merklich sinken. Nach der Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit sank die Arbeitslosenquote von 9,1 im Jahr 2005 auf 7,3 im Jahr 2007.

Ausblick

- In den kommenden Jahren werden die Auswirkungen der Finanzkrise und der tiefsten Rezession seit Gründung der Bundesrepublik zu einer nachlassenden wenn nicht gar rückläufigen Entwicklung der Wirtschaft führen. In Folge der extrem schlechten Ausgangslage ist zukünftig mit einer zunehmenden Belastung des Arbeitsmarktes zu rechnen. Dies wird auch deutliche Auswirkungen auf die Sozialen Sicherungssysteme haben.

Betriebe in Kurzarbeit

- Von Januar 2008 bis März 2009 stieg die Zahl der Betriebe, die ihre Beschäftigten in Kurzarbeit schickten, um 133 Unternehmen. Das entspricht einer Zunahme um 141,5%.

Kurzarbeiter/-innen

- Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der gemeldeten Beschäftigten in Kurzarbeit um das 11,5-fache oder 1058%.

Öffentliche Haushalte

Haushalt der Kreisverwaltung Darmstadt-Dieburg

- Der Landkreis verfügte 2008 über einen ausgeglichen Haushalt. Die Summe der Erträge überstieg die Summe der Aufwendungen.

Sozialausgaben

- Seit 2006 nahmen die Aufwendungen für den sozialen Bereich kontinuierlich zu.

Finanzkraft der Kreiskommunen

- Bezogen auf die Realsteueraufbringungskraft je Einwohner/-in waren die Kreiskommunen 2008 sehr heterogen. In Groß-Bieberau, Weiterstadt und Dieburg lag sie über und in Otzberg, Münster und Erzhausen unter dem Durchschnitt.

Schuldenstand der Kreiskommunen

- Bezogen auf den Schuldenstand je Einwohner/-in zeigten sich 2008 ebenfalls deutliche Unterschiede. Die niedrigsten Pro-Kopf-Verschuldungen fanden sich in Messel, Alsbach-Hähnlein und Roßdorf, die höchsten in Modautal, Griesheim und Groß-Bieberau.

Steuer-Schulden-Verhältnis der Kreiskommunen

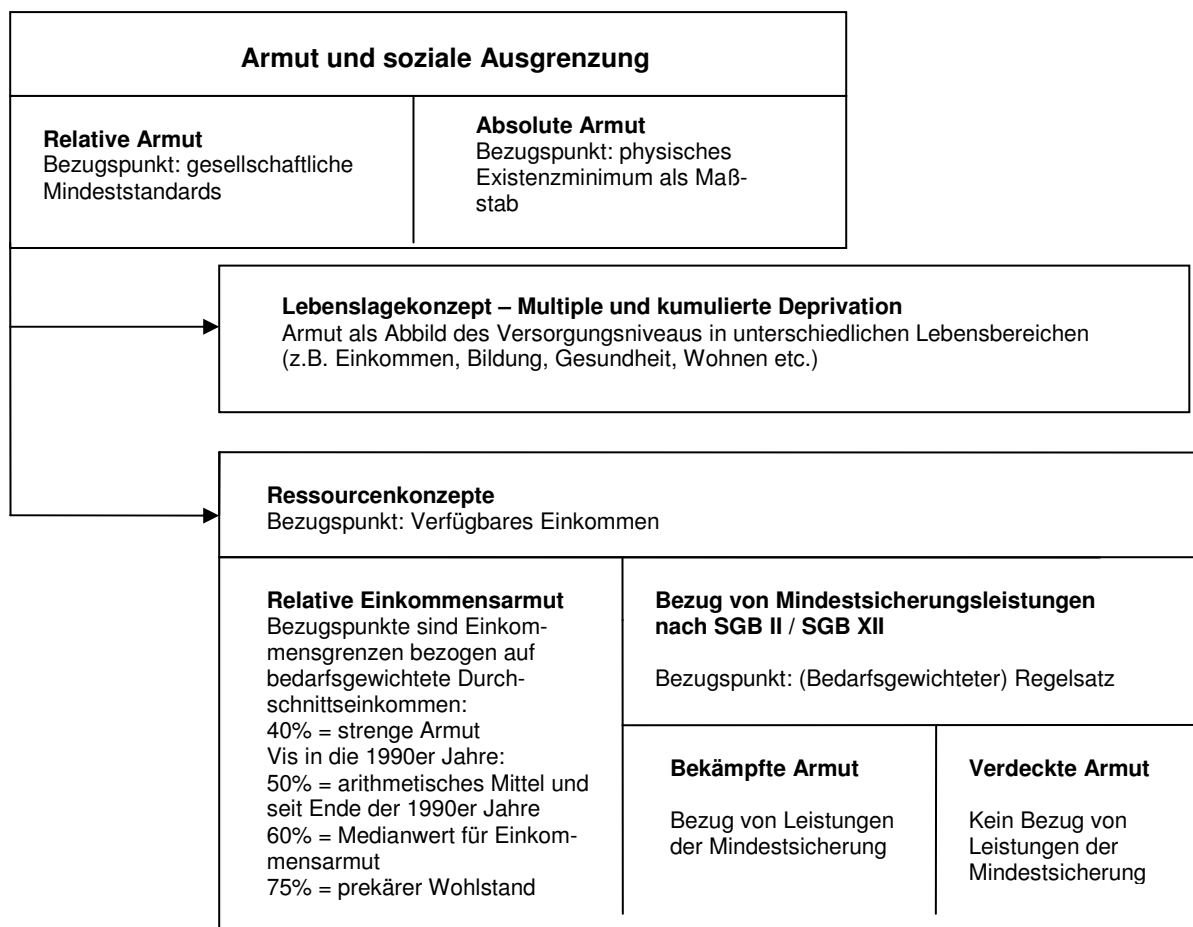
- Eine überdurchschnittlich gute Relation zeigte sich 2008 in Roßdorf, Alsbach-Hähnlein und Babenhausen. Dagegen wiesen Modautal, Griesheim und Fischbachtal bei dieser Gegenüberstellung die höchste Verschuldung auf.

V Lebensbedingungen und Lebenslagen, Armut und Reichtum

1 Einkommen als zentraler Maßstab von Armut

Bei der konkreten Analyse von Armutsrisiken steht fast immer das Einkommen im Zentrum der Betrachtung. Da die meisten für die persönliche Lebensführung notwendigen Güter und Dienstleistungen gekauft werden müssen, wird die Verfügung über Geld zu einer entscheidenden Voraussetzung für den individuellen Lebensstandard.

Die Integration in den Arbeitsmarkt und damit die Sicherung eines ausreichenden und kontinuierlichen Einkommens wird nicht nur als Schlüssel zur Überwindung von Armutslagen gesehen, sondern auch zur gesellschaftlichen Integration. Eine Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben ist heute ohne ein ausreichende Einkommen nicht möglich (vgl. Bäcker u.a. 2008:213).



Quelle: Boeckh, J.: Einkommen und soziale Ausgrenzung. In: Huster, E.-U., u.a. Wiesbaden 2008:289

In der wissenschaftlichen Bearbeitung von Armut wird deutlich, dass Armut trotz Erwerbstätigkeit zunehmend eine zentrale Rolle spielt. Dabei ist nicht nur die Höhe des Einkommens für die Lebenssituation entscheidend, sondern auch das wie. Es macht einen Unterschied, ob ein selbstverdientes, kontinuierliches Erwerbseinkommen bezogen wird über das eigenständig verfügt werden kann oder ob die Existenzsicherung von familiären Unterhaltsleistungen, z.B. eines Ehemannes, abhängig ist.

Darüber hinaus ist es auch ein Unterschied, ob eine Verlässlichkeit und Planbarkeit der Lebensführung (z.B. durch Renten) gewährleistet wird, die an die allgemeine Einkommensentwicklung angepasst sind oder auf Fürsorgeleistungen basieren, die von bedürftigkeitsgeprüften Ermessensentscheidungen abhängen (ebda: 213f).

Auch wenn davon ausgegangen wird, dass Höhe und Verteilung der Einkommen von entscheidender Bedeutung für die Lebenslage der Menschen sind, ist eine Reduktion auf die Einkommens- und Vermögensentwicklung für eine mehrdimensionale Analyse von Armut und Reichtum nicht ausreichend. In diesem Bericht wurde einem erweiterten Armutsverständnis mit dem Entwurf eines Lebenslagenkonzeptes Rechnung getragen. Die Abbildung „Armut und soziale Ausgrenzung“ soll an dieser Stelle noch einmal an die ausführliche definitorische Auseinandersetzung mit den Armutsbegriffen im Exkurs erinnern.

Zu beachten, aber im Bericht nicht berücksichtigt, sind die Lebens-, Arbeits- und Umweltbedingungen unter denen das Einkommen erzielt wird. Dazu zählt auch das Maß der bereitgestellten sozialen und öffentlichen Infrastruktureinrichtungen, die ohne direkte Bezahlung genutzt werden können, wie z.B. das Schul- und Hochschulwesen, die Kultur- und Freizeitangebote oder das öffentliche Verkehrswesen.

Wichtige Aspekte, die im Rahmen dieses Berichtes ebenfalls nicht erfasst werden konnten, sind Antworten auf die Frage, wofür das Einkommen ausgegeben wird (werden muss) und eine Bilanz, um den Preis welcher Belastungen das Einkommen erzielt wird. Dabei sind die Fähigkeiten und Potentiale der Einzelnen nicht zu unterschätzen, die einer ungewissen und unregelmäßigen Einkommenssituation durch eine Berufsausbildung, Weiterbildungsmaßnahmen oder einer besseren Gesundheit entkommen und die ihre Zugangschancen zum Arbeitsmarkt so verbessern, dass nachhaltig finanzielle Notlagen überwunden werden können (vgl. Dritter Armuts- und Reichtumsbericht 2008:32).

Unberücksichtigt bei der nachfolgenden monetär-statistischen Betrachtung bleibt auch der so genannte „Reproduktionsbereich“, d.h. die gesamte Versorgung mit unbezahlter Arbeit, Gütern und Dienstleistungen. Diesem Sektor kommt in unserer Gesellschaft eine hohe Bedeutung zu. Hier ist u.a. an die Familien- und Beziehungsarbeit, die Erziehungs- und Betreuungsarbeit, die Nachbarschaftshilfe oder das Ehrenamt zu denken.

1.1 Einkommensverteilung und relative Einkommensarmut

Die Einkommensverteilung ist ein beständiger Prozess, der von gesetzgeberischen Entscheidungen und deren Umsetzungen im Sozial- und Steuerrecht, in Tarifverträgen sowie durch die Gewährung freiwilliger Leistungen beeinflusst wird.

Der nachfolgende Teil befasst sich mit den Einkommens- und Vermögensverhältnissen in Hessen und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg. Im Vordergrund steht die Frage wie sich das Einkommen auf die verschiedenen Bevölkerungsgruppen verteilt und welche Personengruppen besonders häufig von Armut betroffen sind.

Um diesen und weiteren Fragen nachzugehen, musste auf unterschiedliche Datenquellen zurückgegriffen werden. Daten aus der VGR geben Auskunft über den Verteilungsstand und die Verteilungswirkung von Einkommen. Die funktionelle Einkommensverteilung wird anhand der Arbeitnehmerentgelte, der Bruttolöhne und -gehälter sowie der Gesamtbeiträge der Einkünfte der Steuerpflichtigen dargestellt.

Während die Einkommenssteuerklassen der Lohn- und Einkommenssteuerstatistik einen ersten Einblick in die Einkommensverteilung auf der individuellen Ebene geben, spiegelt die sekundäre Einkommensverteilung, das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte wider, das letztendlich für Konsum- und Sparzwecke zur Verfügung steht.

Orientiert an den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes auf der Basis der EU-SILC wurde eine erste Annäherung zur Einschätzung des Risikos der Einkommensarmut im Kreisgebiet versucht.

Bezogen auf tatsächliche Armutsgrenzen und Armutsgefährdungsquoten standen für den Landkreis Darmstadt-Dieburg allein keine Daten zur Verfügung. Einige wenige, die im Rahmen des Mikrozensus im Verbund mit dem Landkreis Bergstraße und Odenwaldkreis erhoben wurden, fanden Verwendung.

Zur Sozialstruktur von Armut gab es nur Vergleichswerte bezogen auf Hessen und das Bundesgebiet.

1.1.1 Verfügbares Einkommen und Armutsgefährdung

Das verfügbare Einkommen einer Person ist ein wichtiger Indikator für den Lebensstandard und den Zugang zu Lebenschancen. Der finanzielle Handlungsspielraum ist aber nicht nur durch das laufende Einkommen, sondern auch durch das verfügbare Vermögen und andere fixe Kosten, wie z.B. Miete, Tilgung von Schulden oder Medikamenten bei chronisch Erkrankten, bestimmt. Diese Faktoren können bei der nachfolgenden Betrachtung der Einkommensverteilung nicht berücksichtigt werden.

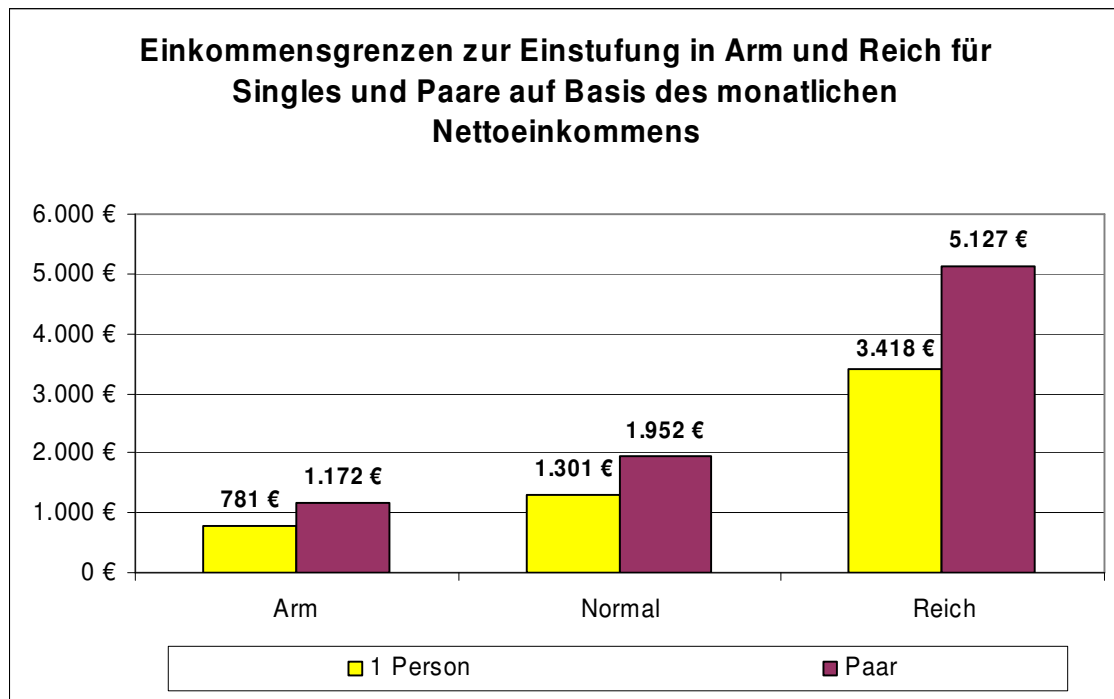
Nach dem relativen Armutsbegriff wird Armut bzw. Armutsgefährdung ins Verhältnis zur mittleren Einkommenssituation in der jeweiligen Region gesetzt. Wer ein Einkommen unterhalb eines bestimmten Mindestabstandes zur mittleren Einkommenssituation hat, gilt nach dem Konzept der relativen Einkommensarmut als armutsgefährdet.

Nach den EU-Kriterien sind das Menschen, denen weniger als 60% des Medianes der Äquivalenzeinkommen (auf der Basis der neuen OECD-Skala) der jeweiligen Bevölkerung zur Verfügung stehen.

Diese relative Armutsgrenze wird häufig auch als Armutsrisikogrenze oder Armutsgefährdungsschwelle bezeichnet. Damit ist die Armutsgefährdungsschwelle ein wichtiger Indikator zur Messung relativer Einkommensarmut.

1.1.2 Risiko der Einkommensarmut

Dem Risiko der Einkommensarmut unterliegt, wer ein Einkommen unterhalb eines bestimmten Mindestabstandes zum Mittelwert der Gesellschaft hat. Das Statistische Bundesamt hat nach einer Befragung von 26.000 Personen die nachfolgenden Einkommensgrenzen zur Einstufung in Arm und Reich auf Basis des monatlichen Nettoeinkommens berechnet.



Quelle: Statista 2009 unter Verwendung des Statistisches Bundesamt; eigene Aufbereitung JHP

Demnach sind Einpersonen-Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 781 Euro und Paare mit einem von 1.172 Euro als armutsgefährdet zu bezeichnen (Datenbasis des EU-SILC 2006).

1.2 Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit

In der modernen Gesellschaft besteht die Dichotomie zwischen Erwerbsarbeit und Armut nur noch zum Teil. Heute ist selbst Vollbeschäftigung keine Garantie mehr für ein die Existenz sicherndes Einkommen. Insbesondere Personen mit geringer Qualifikation tragen ein hohes Risiko im Niedrigsegment zu verbleiben oder durch Arbeitslosigkeit in die Nähe der Armutsgefährdung zu gelangen.

Die Chance, ein ausreichendes Erwerbseinkommen zu erhalten, hängt eng mit den Bedingungen und Voraussetzungen des marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystems zusammen. Ein Kennzeichen für diese Wirtschaftsordnung ist es, dass der überwiegende Teil der Bevölkerung seinen Lebensunterhalt durch abhängig beschäftigte Erwerbsarbeit sichert. 2008 waren im Kreisgebiet von den Erwerbstätigen 85,1% als abhängig Beschäftigte und 14,9% als Selbständige gemeldet.

Das Einkommen durch abhängige Erwerbsarbeit zu sichern hat soziale Konsequenzen. Im Gegensatz zu Einkommen aus Vermögen (z.B. Zinsen und Mieten), das unabhängig von der persönlichen Situation der Eigentümer/-innen fließt, kann den Einkommensrisiken z.B. durch Betriebsschließungen bei abhängig Beschäftigten individuell nur begrenzt ausgewichen werden. Auch für „kleine Selbständige oder „Ich-AG's“ kann Krankheit und Invalidität schnell zu existenziellen Einkommensrisiken führen, wenn keine Vermögenseinkünfte zur Verfügung stehen.

1.2.1 Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter

Die Markteinkommen werden durch die konjunkturelle Entwicklung und die damit einhergehende Arbeitsmarktsituation geprägt.

In Hessen und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg (vgl. auch Kapitel 4.2.3) können seit 1998 ein konjunktureller Aufschwung und entsprechend positive Beschäftigungseffekte sowie steigende Bruttolöhne und -gehälter verzeichnet werden.

Arbeitnehmerentgelt sowie Bruttolöhne und -gehälter (jeweils Inland) je Arbeitnehmer in Hessen 1998 bis 2008				
Jahr	Arbeitnehmerentgelt in Euro je Arbeitnehmer	Veränderung zum Vorjahr in %	Bruttolöhne und -gehälter in Euro je Arbeitnehmer	Veränderung zum Vorjahr in %
1998	33.335		26.802	
1999	33.728	1,2%	27.214	1,5%
2000	34.451	2,1%	27.658	1,6%
2001	34.993	1,6%	28.174	1,9%
2002	35.510	1,5%	28.585	1,5%
2003	36.350	2,4%	29.141	1,9%
2004	36.338	0,0%	29.201	0,2%
2005	36.332	0,0%	29.306	0,4%
2006	36.827	1,4%	29.726	1,4%
2007	37.181	1,0%	30.106	1,3%
2008	37.868	1,8%	30.772	2,2%
Veränderung Gesamtzeitraum	4.533	13,6%	3.970	14,8%

Quelle: Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2008/ Februar 2009; eigene Berechnungen JHP

1.2.2 Einkommensklassen nach den Bruttoeinkünften in Hessen, dem Regierungsbezirk Darmstadt und Darmstadt-Dieburg

Um einen ersten Anhaltspunkt über die Verteilung des Einkommens zu erhalten, werden nachfolgend die Einkommensklassen der Lohn- und Einkommenssteuerstatistik abgebildet, in denen die Einkünfte zusammengefasst werden. Der Gesamtbetrag der Einkünfte stellt aber noch nicht die Wertsumme dar, über welche die Bezieher/-innen verfügen können, da ein Teil der erzielten Einkünfte über die noch zu zahlenden direkten Steuern zur staatlichen Umverteilung anstehen. Bei der Auswertung der Einkünfte wird ein Veranlagungszeitraum von drei Jahren zugrunde gelegt. Aus diesem Grund sind die hier verwendeten Daten aus dem Jahr 2004 die aktuellsten.

Im Erhebungsjahr 2004 hatten 28,0% der Steuerpflichtigen in Hessen, 26,8% im Regierungsbezirk Darmstadt und 26,4% im Landkreis Darmstadt-Dieburg Bruttoeinkünften unter 10.000 Euro im Jahr.

In Hessen verfügten 14,5%, im Regierungsbezirk Darmstadt 14,1% und im Kreisgebiet 13,3% der Steuerpflichtigen über steuerpflichtige Einkommen von 10.000 bis unter 20.000 Euro. Einkünfte von 20.000 bis unter 50.000 Euro meldeten 39,2% der Steuerpflichtigen in Hessen, 38,3% im Regierungsbezirk Darmstadt und 39,0% im Landkreis Darmstadt-Dieburg.

18,3% der Steuerpflichtigen in Hessen, 20,8% im Regierungsbezirk Darmstadt und 21,4% im Landkreis Darmstadt-Dieburg wiesen Einkünfte von über 50.000 Euro im Jahr auf.

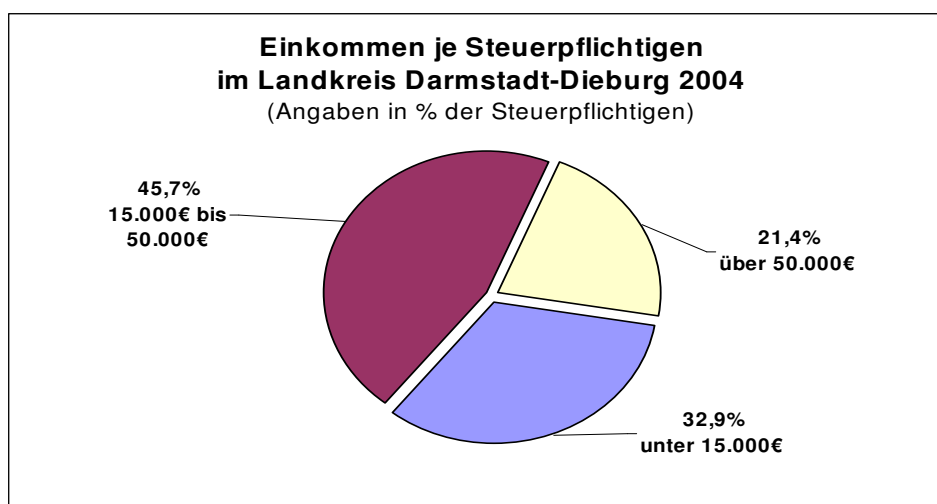
Prozentualer Anteil der Steuerpflichtigen nach dem Gesamtbetrag der Einkünfte im Jahr 2004			
Größenklassen nach dem Gesamtbetrag der Einkünfte	in Hessen	im Regierungsbezirk Darmstadt	im Landkreis Darmstadt-Dieburg
0 Euro	6,2%	5,8%	5,5%
1 < 2500 Euro	8,2%	7,9%	7,9%
2500 < 5000 Euro	4,7%	4,4%	4,5%
5000 < 7500 Euro	4,6%	4,5%	4,4%
7500 < 10 000 Euro	4,4%	4,3%	4,1%
10 000 < 12 500 Euro	3,8%	3,7%	3,4%
12 500 < 15 000 Euro	3,5%	3,4%	3,2%
15 000 < 20 000 Euro	7,3%	7,0%	6,7%
20 000 < 25 000 Euro	8,1%	7,7%	7,7%
25 000 < 37 500 Euro	19,3%	18,7%	19,0%
37 500 < 50 000 Euro	11,7%	12,0%	12,3%
50 000 Euro und mehr	18,3%	20,8%	21,4%
davon			
50 000 b.u. 12 5000 Euro	16,2%	18,2%	19,3%
12 5000 Euro oder mehr	2,1%	2,6%	2,1%
darunter			
500 000 Euro oder mehr	0,1%	0,1%	0,1%
Insgesamt	100,0%	100,0%	100,0%

Quelle: HSL: Statistischer Bericht LIV2004; eigene Berechnungen JHP

Im Vergleich zu Hessen und dem Regierungsbezirk Darmstadt wies der Landkreis Darmstadt-Dieburg 2004 den niedrigsten Anteil der Steuerpflichtigen in der unteren Größenklasse und den höchsten Anteil in der oberen Größenklasse der Einkünfte auf.

1.2.3 Einkommensklassen im Kreisgebiet

Ausgehend von den Bruttoeinkünften hatten im Landkreis Darmstadt-Dieburg im Erhebungsjahr 32,9% der Steuerpflichtigen Einkünfte unter 15.000 Euro, 45,7% 15.000 bis 50.000 Euro und 21,4% über 50.000 Euro im Jahr zur Verfügung.



Einkommenssteuerklassen nach dem Gesamtbetrag der Einkünfte im Landkreis Darmstadt- Dieburg 2004								
Größenklassen nach dem Gesamtbetrag der Einkünfte	Steuerpflichtige	in % aller Steuerpflichtigen	Gesamterbetrag der Einkünfte		Einkommen	Zu versteuerndes Einkommen	Festgesetzte Steuern	Nachrichtlich: Bruttolohn
			1000 Euro	Euro je Steuerpflichtigen				
0 Euro	7.172	5,5%	-	-	251	254	14	4.468
1 < 2500 Euro	10.376	7,9%	11.374	1.096	4.975	4.931	108	23.711
2500 < 5000 Euro	5.897	4,5%	21.590	3.661	13.076	13.039	186	23.548
5000 < 7500 Euro	5.719	4,4%	35.682	6.239	22.852	22.814	327	31.183
7500 < 10 000 Euro	5.422	4,1%	47.224	8.710	31.415	31.355	485	39.895
10 000 < 12 500 Euro	4.403	3,4%	49.388	11.217	33.784	33.731	1.025	40.947
12 500 < 15 000 Euro	4.182	3,2%	57.553	13.762	40.964	40.910	2.113	50.573
15 000 < 20 000 Euro	8.807	6,7%	154.264	17.516	118.276	117.859	9.801	140.121
20 000 < 25 000 Euro	10.060	7,7%	227.034	22.568	182.381	181.828	20.649	218.600
25 000 < 37 500 Euro	24.955	19,0%	771.419	30.912	650.418	646.150	98.254	760.655
37 500 < 50 000 Euro	16.117	12,3%	697.809	43.296	614.040	607.498	112.324	684.552
50 000 Euro und mehr	28.105	21,4%	2.418.409	86.049	2.221.808	2.130.272	580.359	2.081.108
davon								
50 000 b.u. 12 5000 Euro	25.330	19,3%	1.818.137	71.778	1.661.213	1.585.931	383.969	1.712.350
12 5000 Euro oder mehr	2.775	2,1%	600.273	216.315	560.595	544.342	196.390	368.758
darunter								
500 000 Euro oder mehr	97	0,1%	106.148	1.094.309	98.798	98.288	39.519	28.729
Insgesamt	131.215	100,0%	4.491.745	34.232	3.933.738	3.830.134	825.644	4.099.362
Nachrichtlich: Verlustfälle	1.568	1,2%	-37.509	-23.922	-44.385	-44.387	-	5.727

Quelle: HSL Statistischer Bericht LIV 2004; eigene Berechnungen JHP

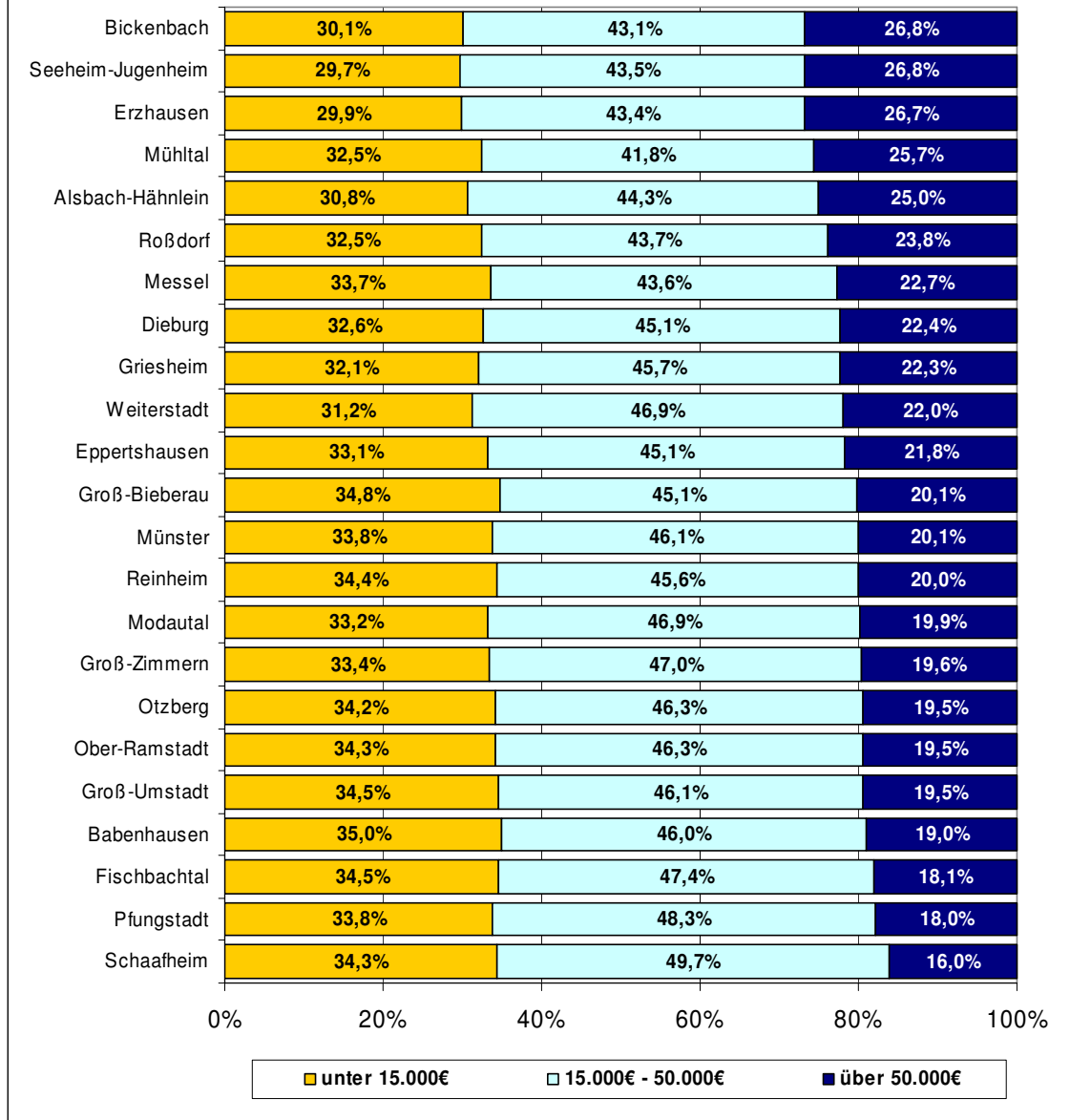
1.2.4 Einkommensklassen in den Kreiskommunen

Bei den Durchschnittswerten für die einzelnen Kommunen zeigten sich deutliche Unterschiede und Abweichungen von den Kreisdurchschnittswerten.

Die höchsten Werte, mit mehr als 50.000 Euro je Steuerpflichtigen, fanden sich in den Kommunen des Westkreises, in Bickenbach und Seeheim-Jugenheim mit je 26,8%, in Erzhäusern (26,7%), in Mühlthal (25,7%) und in Alsbach-Hähnlein (25,0%).

Einkommen je Steuerpflichtigen in den Kommunen 2004

(Angaben in % der Steuerpflichtigen)



Quelle: HSL: Statistische Berichte LIV 2004; eigene Berechnungen JHP

Die geringsten zu versteuernden Einkommen, mit unter 15.000 Euro je Steuerpflichtigen, und damit die höchsten Anteile dieser Größenklassen verzeichneten insbesondere die Kommunen im Ostkreis. Dies waren in Babenhausen 35,0% der Steuerpflichtigen und in Groß-Umstadt und Fischbachtal je 34,5%. Hinzu kommen Ober-Ramstadt und Schaafheim mit einem Anteil dieser Steuerpflichtigen von je 34,3%.

1.3 Einkommensverteilung

Die Betrachtung von Mittelwerten allein lässt noch keine Aussage darüber zu, wie gleich oder ungleich die Einkommen in der Bevölkerung verteilt sind. Ein allgemeiner Indikator zur Beschreibung der Einkommensverteilung sind die Einkommensanteile über die einzelne Einkommensgruppen verfügen. Nach Ergebnissen der EU-SILC 2006 hatten die einkommensstärksten 20% der Bevölkerung ein rund vier Mal (4,1) so hohes Einkommen als die einkommensschwächsten der Bevölkerung in Deutschland (Statistisches Bundesamt 2008:2).

Der Gini-Koeffizient beschreibt die Ungleichheit der Einkommensverteilung in einer Gesellschaft. Er nimmt bei einer völligen Gleichverteilung den Wert 0 und bei einer maximalen Ungleichverteilung den Wert 1 an. Je kleiner der Koeffizient, desto gleicher ist das Einkommen oder anders ausgedrückt, je näher der Wert bei Eins liegt, umso größer ist die Ungleichverteilung. Bezogen auf die Äquivalenzeinkommen beträgt der Gini-Koeffizient in Hessen 0,30 und in Deutschland 0,29. Damit ist in Hamburg, Berlin und Hessen die Ungleichheit größer als im Bundesgebiet.

Gini-Koeffizient der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung 1) in Privathaushalten am Hauptwohrtort 2007	
Land	Gini
Baden-Württemberg	0,28
Bayern	0,29
Berlin	0,30
Brandenburg	0,25
Bremen	0,29
Hamburg	0,32
Hessen	0,30
Mecklenburg-Vorpommern	0,25
Niedersachsen	0,28
Nordrhein-Westfalen	0,29
Rheinland-Pfalz	0,28
Saarland	0,28
Sachsen	0,24
Sachsen-Anhalt	0,25
Schleswig-Holstein	0,28
Thüringen	0,24
Bundesrepublik Deutschland	0,29
Nachrichtlich:	
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	0,29
Neue Bundesländer (einschließlich Berlin)	0,26

1) Berechnet auf Basis der neuen OECD-Skala.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW; 2009

Die Entwicklung der Einkommensverteilung in Deutschland zeigt, dass sich die Schere zwischen arm und reich weiter geöffnet hat. Hatte der Gini-Koeffizienten im Jahr 1985 noch einen Wert von 0,25 so stieg er bis 2007 auf 0,29. Damit ist das Ausmaß der Einkommensungleichheit 2007 auf dem höchsten Niveau der vergangenen Jahrzehnte.

1.4 Erwerbseinkommen und Armut

Das Ausmaß von Teilhabechancen wird im Wesentlichen durch die Höhe des erzielten Erwerbseinkommens aus unselbständiger Arbeit bestimmt. Niedrige Löhne können die Betroffenen von der gesellschaftlichen Teilhabe ausschließen. Gleichzeitig konnten durch den Aufbau zusätzlicher Beschäftigung im Niedriglohnbereich viele Menschen aus der Arbeitslosigkeit herausgeführt werden. Auswertungen des SOEP 2005 zeigen eine deutliche Zunahme des Niedriglohnsektors (vgl. 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung:68).

1.4.1 Niedriglohnbereich

Wird nur das individuelle Arbeitseinkommen in den Blick genommen, so geht der Dritte Armutsbericht der Bundesregierung von einer Zunahme des Niedriglohnbereichs von 2002 bis 2005 aus. Bei dieser Betrachtung wird ein Verdienst von weniger als zwei Dritteln des Medianes der Bruttolöhne aus unselbständiger Beschäftigung angesetzt. Im Jahr 2005 waren dies bundesweit weniger als 13.393 Euro im Jahr (Dritter Armuts- und Reichtumsbericht 2008:33f). Insgesamt zählten damit im gleichen Jahr 36,4% der Arbeitnehmer/-innen zu die-

sem Niedriglohnbereich. Davon waren 47,7% Frauen und 24,8% Männer. Im Jahr 2002 betrug der Anteil der Niedriglöhne insgesamt 35,5%.

Die Entwicklung ist dabei nicht nur Ausdruck der niedrigen Bruttolöhne, sondern auch den Veränderungen in den Erwerbsmustern geschuldet. Dazu gehören vor allem rückläufige durchschnittliche Arbeitszeiten und die Zunahme der Teilzeitbeschäftigung, insbesondere von Frauen.

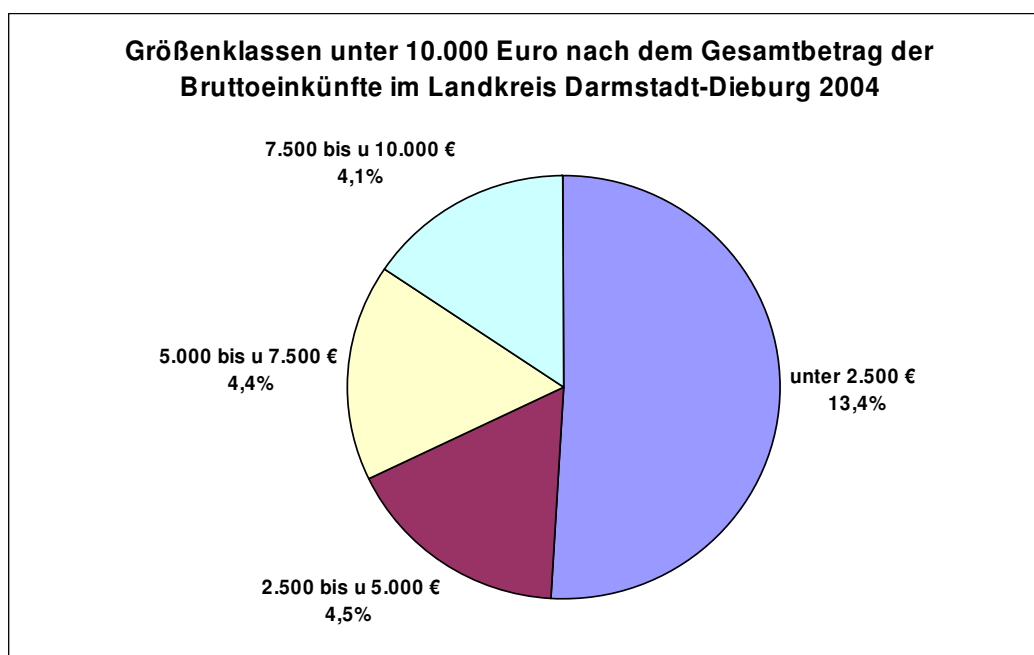
2004 betrug das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, das dem Niedriglohnbereich zugeordnet wurde, 13.625 Euro. Da für den Landkreis Darmstadt-Dieburg keine realen Bruttoeinkünfte aus unselbständiger Arbeit nach anderen Größengruppen vorliegen, wurden die Bruttoeinkünfte bis zu 15.000 Euro als Annäherungswert an den Niedriglohnbereich zugrunde gelegt. Damit wären theoretisch ca. 32,9% der Steuerpflichtigen im Kreisgebiet dem Niedriglohnbereich zuzuordnen.

Nach Ergebnissen der Erhebung EU-SILC war 2006 und 2007 etwa jeder fünfzehnte Erwerbstätige (7%) trotz Arbeit armutsgefährdet.

1.4.2 Risiko der Einkommensarmut im Kreisgebiet

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes sind Einpersonen-Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von unter 781 Euro und Paare mit einem von unter 1.172 Euro als armutsgefährdet zu bezeichnen (Datenbasis des EU-SILC 2006). Ausgehend von den Bruttoeinkünften der Steuerpflichtigen im Landkreis Darmstadt-Dieburg wird eine erste Einschätzung des Risikos der Einkommensarmut im Kreisgebiet vorgenommen.

Liegt das zu versteuernde Einkommen im Jahr nicht höher als 7.834 Euro wird keine Einkommensteuer berechnet. Dies ergibt einen Grundfreibetrag von 653 Euro im Monat. Unmittelbar nach diesem Grundfreibetrag setzt die Besteuerung mit einem anfänglichen Grenzsteuersatz von 14% ein (Eingangssteuersatz). Dieser Steuersatz gilt nur für den Anteil des zu versteuernden Einkommens, der den Grundfreibetrag überschreitet. Bei einem Bruttoeinkommen von 8.000 Euro bis zu 10.000 Euro liegen der Steuersatz zwischen 0,3% und 6,2% und der Grenzsteuersatz zwischen 14% und 18%.



Quelle: HSL: Statistische Berichte LIV 2004; eigene Berechnungen JHP

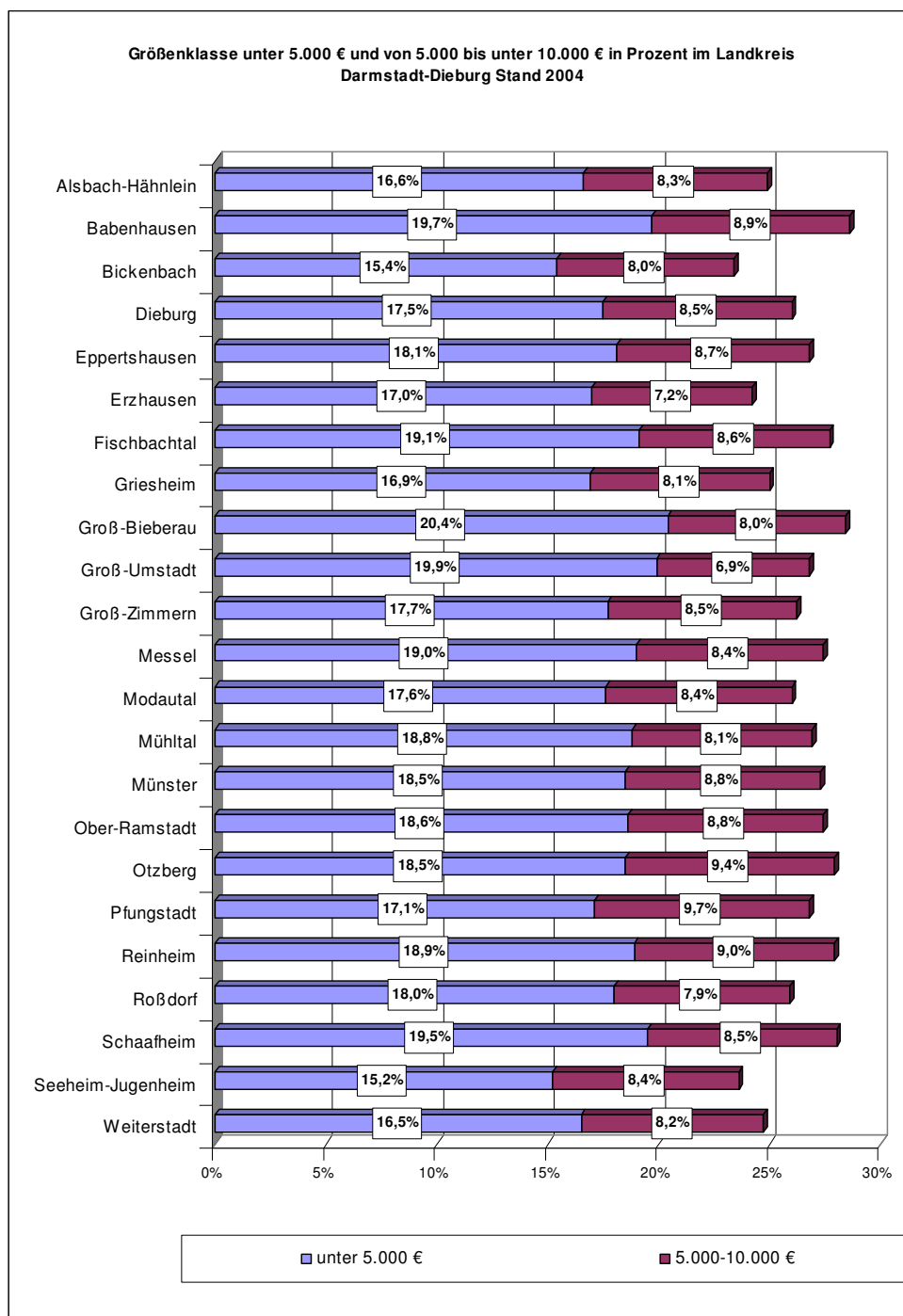
Bei einem Bruttojahresgehalt bis zu 10.000 Euro kann (ohne Berücksichtigung weiterer Einnahmen und Transferleistungen) von einem monatlichen Nettoeinkommen je Steuer-

pflichtigen bis zu 790 Euro ausgegangen werden. Ausgehend von weniger als 781 Euro (60% des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens) für eine Person hätten rein rechnerisch ca. 26,4% der Steuerpflichtigen ein Einkommen unterhalb der Armutsschwelle.

1.4.3 Risiko der Einkommensarmut in den Kreiskommunen

Die nachfolgende Grafik verdeutlicht die Anteile der Steuerpflichtigen mit einem Bruttoeinkommen von unter 5.000 Euro und von 5.000 bis 10.000 Euro in den Kreiskommunen.

Wird der Anteil der Einpersonen-Haushalte zu den Bruttoeinkommen bis 10.000 Euro im Jahr in Beziehung gesetzt, so kann auch für die Kreiskommunen ein erster Anhaltswert für eine Armutsrisikoquote dieser Bevölkerungsgruppe ermittelt werden.



Quelle: HSL: Statistische Berichte LIV 2004; eigene Berechnungen JHP

Ausgehend vom Kreisdurchschnittswert von 9% lebten die meisten einkommensarmen Einpersonen-Haushalte mit einem Anteil von 9,7% in Mühlthal und die wenigsten einkommensarmen Singles in Bickenbach mit einem Anteil von 8,1%.

Das Ausmaß von Armut anhand der Einkommenspositionen darzustellen, ist aber ein schwieriges Unterfangen. Dabei ist vor allem zu berücksichtigen, dass der Bezug eines geringen Einkommens weder eine notwendige, noch eine hinreichende Bedingung für Einkommensarmut ist. Eine Person mit einem niedrigen Lohn ist dann nicht arm, wenn erstens noch andere Haushaltsmitglieder über Einkommen verfügen oder andere Einkommensquellen zur Verfügung stehen. Dies können staatliche oder private Transferleistungen oder Einkünfte aus Vermögen sein.

2 Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit, familiäre Unterstützung und Transferleistungen

Da die überwiegende Zahl der Menschen aber nicht allein, sondern gemeinsam mit Partnern und/oder Kindern in einem Mehr-Personen-Haushalt lebt, ist mit der Höhe der durchschnittlich zu versteuernden Einkünfte je Steuerpflichtigen allein noch keine Aussage zu treffen. Die Einkommenslage auf der Ebene des Haushaltes setzt sich, je nach Lebenslage und Lebensphase, meistens aus einem Mix unterschiedlicher Einkommensarten zusammen. So kann sich das verfügbare Einkommen in einem Haushalt z.B. nur aus Erwerbseinkommen zusammensetzen oder wie es bei vielen Rentner/-innen der Fall ist, aus der Alters- oder Hinterbliebenenrenten und Wohngeld.

Eine Analyse der Haushaltseinkommen, und im weiteren Verlauf, auch der Armutsgefährdung nach sozialer und beruflicher Stellung würde aber zu erheblichen Verzerrungen führen. So könnten die Einkommen der Beamten und Beamtinnen deutlich zu hoch angesetzt oder die Armutsgefährdungsschwelle bei den Selbständigen unterschätzt werden. Um dies zu vermeiden, wurde nachfolgend das verfügbare Einkommen auf der Haushaltsebene und - soweit es die sehr eingeschränkt vorliegende Datenlage zulässt - differenziert nach soziodemografischen Merkmalen betrachtet.

Um eine weitere Differenzierung des Haushaltseinkommens und der privaten Konsumausgaben z.B. nach sozialer Stellung des Haupteinkommensbeziehers und Haushaltstyps vornehmen zu können, wurde nachfolgend auf die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) zurückgegriffen, deren aktuellste Auswertungen bezogen auf das Jahr 2003 existiert.

2.1 Einkommen, Einnahmen und Konsumausgaben privater Haushalte in Hessen

Das Haushaltsbruttoeinkommen der privaten Haushalte in Hessen auf der Basis der EVS setzt sich zusammen aus dem Bruttoeinkommen aus unselbständiger und selbständiger Arbeit, aus Einnahmen aus Vermögen und Vermietung sowie aus Einkommen aus öffentlichen und nicht-öffentlichen Transferleistungen.

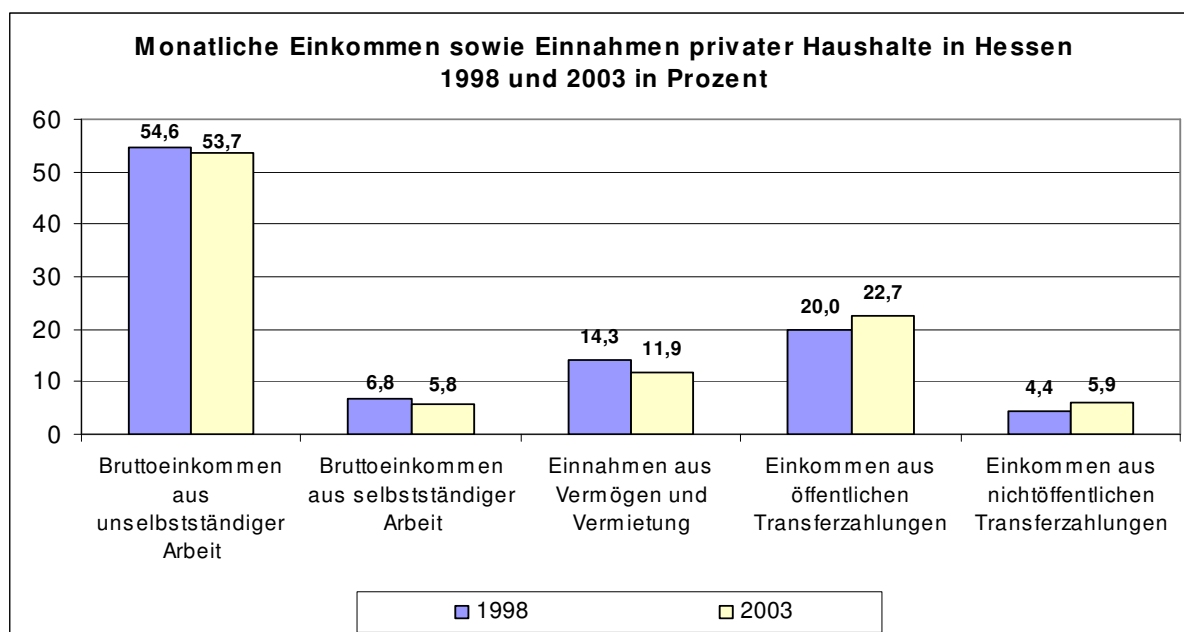
Nach Abzügen für Steuern und Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung stand in Hessen durchschnittlich ein Haushaltsnettoeinkommen von 3.080 Euro zur Verfügung.

Auf der Ausgabenseite wurden durchschnittlich 2.338 Euro je Haushalt für Konsumausgaben verwendet. Ein Vergleich mit 1998 zeigt eine Zunahme von 122 Euro für den privaten Konsum und somit in den letzten fünf Jahren durchschnittlich eine niedrige Gesamtzunahme von 5,5%. In einigen Teilbereichen waren sogar recht deutliche Rückgänge zu verzeichnen. Die Abhängigkeit zwischen Art der Einkünfte und Struktur der Ausgaben und sozialer Stellung der Bezugsperson zeigt sich bei näherer Betrachtung.

Hier liegen die Daten auf der kleinsten Ebene nur für die Bundesländer vor. In Hessen wurde auf dieser Datenbasis im Jahr 2003 ein durchschnittliches Haushaltsbruttoeinkommen von 3.891 Euro berechnet. Das waren rund 250 Euro oder knapp 7% mehr als bei der letzten

Auswertung 1998. Dagegen wurden die Einnahmen aus Vermögensumwandlung und Krediten in diesem Zeitraum zurückgefahren, so dass das gesamte Haushaltsbudget in diesen fünf Jahren lediglich um 3% stieg.

Die Unterscheidung der Haushalte nach Einkommens- und Einnahmearten gibt einen Überblick über die Zusammensetzung. Ein Vergleich von 1998 und 2003 zeigt erste Veränderungen auf. So sind in diesem Zeitraum die Anteile der Haushalte mit einem Bruttoeinkommen aus unselbständiger (-0,9%) und selbständiger Arbeit (-0,2%) ebenso zurückgegangen wie die Haushalte, die Einnahmen aus Vermögen und Vermietung (-2,4%) beziehen.



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden 2009; eigene Berechnungen JHP

Einen Anstieg verzeichneten dagegen die Haushalte, die auf Einkommen aus öffentlichen (+2,7%) und nicht-öffentlichen (0,9%) Transferzahlungen angewiesen sind.

Im Vergleich zu 1998 haben 2003 die Einkommen aus Transferleistungen gegenüber den Einkommen aus unselbständiger und selbständiger Arbeit überdurchschnittlich zugenommen. Damit wurde die Bedeutung der Transferleistungen weiter ausgeweitet.

2.2 Haushaltsnettoeinkommen der privaten Haushalte in Hessen

Unter dem Haushaltsnettoeinkommen der privaten Haushalte wird die Summe der Monateinkommen aller Haushaltsmitglieder verstanden, die sich aus Erwerbstätigkeit, Renten, Pensionen, öffentlichen und nichtöffentlichen Transferzahlungen sowie Einnahmen aus Vermögen, Vermietung und Verpachtung zusammensetzt, abzüglich der Einkommens- und Kirchensteuer, des Solidaritätszuschlages und der Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung.

Haushalte, die in den eigenen vier Wänden wohnen, wird ein Eigentümermietwert unterstellt. Der dabei unterstellte fiktive Eigentümermietwert ist auf der Einnahmeseite Bestandteil des Einkommens aus Vermögen und auf der Ausgabenseite in den Ausgaben für Miete enthalten.

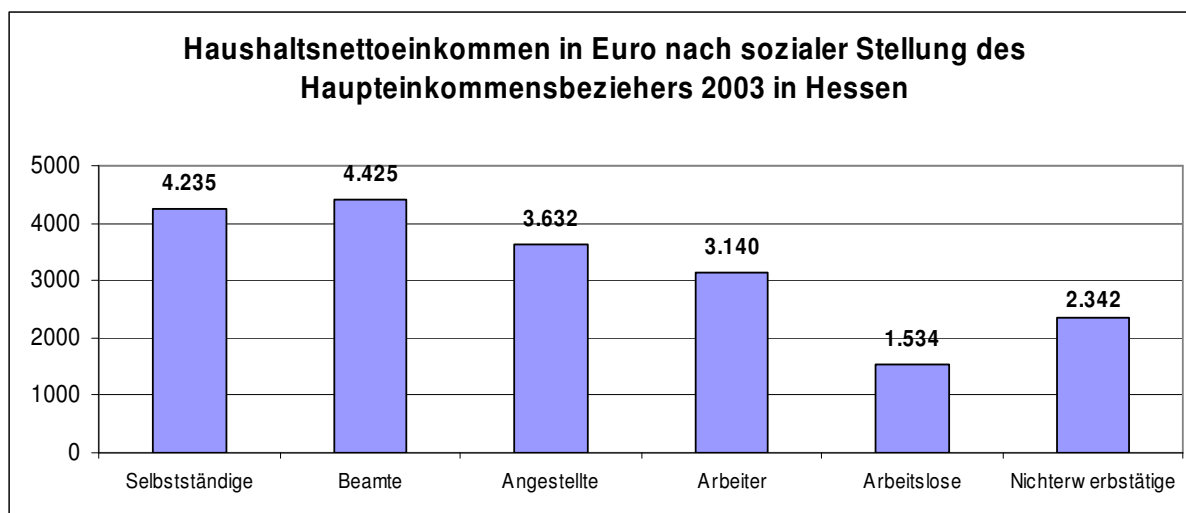
Maßgeblich für die Höhe der Haushaltsnettoeinkommen ist die Anzahl der einfließenden individuellen Nettoeinkommen z.B. von Partnern, erwachsenen Kindern oder im Haushalt lebenden Verwandten wie Eltern.

2.2.1 Haushaltsnettoeinkommen und private Konsumausgaben nach sozialer Stellung

Bei der Unterscheidung der Haushaltsnettoeinkommen nach der Einkommensquelle der Haupteinkommensbeziehenden sind zum Teil erhebliche Differenzen sowohl in der Entwicklung der Einkommen als auch in der Struktur der Konsumausgaben festzustellen. Dabei ist zu beachten, dass es sich bei den Angaben ebenso um Durchschnittswerte handelt, die von den tatsächlichen Einkommen der einzelnen Haushalte der jeweiligen Gruppe stark abweichen können.

Ausgehend vom Durchschnittsnettoeinkommen von 3.080 Euro in Hessen (= 100%) im Jahr 2003 lag das Nettoeinkommen der verbeamteten Haupteinkommensbezieher/-innen mit 4.235 Euro am Höchsten. Dies hängt damit zusammen, dass Beamte bzw. Beamtinnen (wie später auch der/die Pensionär/-in) überdurchschnittlich häufig über einen Fachhochschul- bzw. Hochschulabschluss verfügen. Hier gibt es auch keine ungelernten Kräfte, wie z.B. bei den Arbeitern und Angestellten, da eine abgeschlossene Lehre Eingangsvoraussetzung für die Beamtenlaufbahn ist.

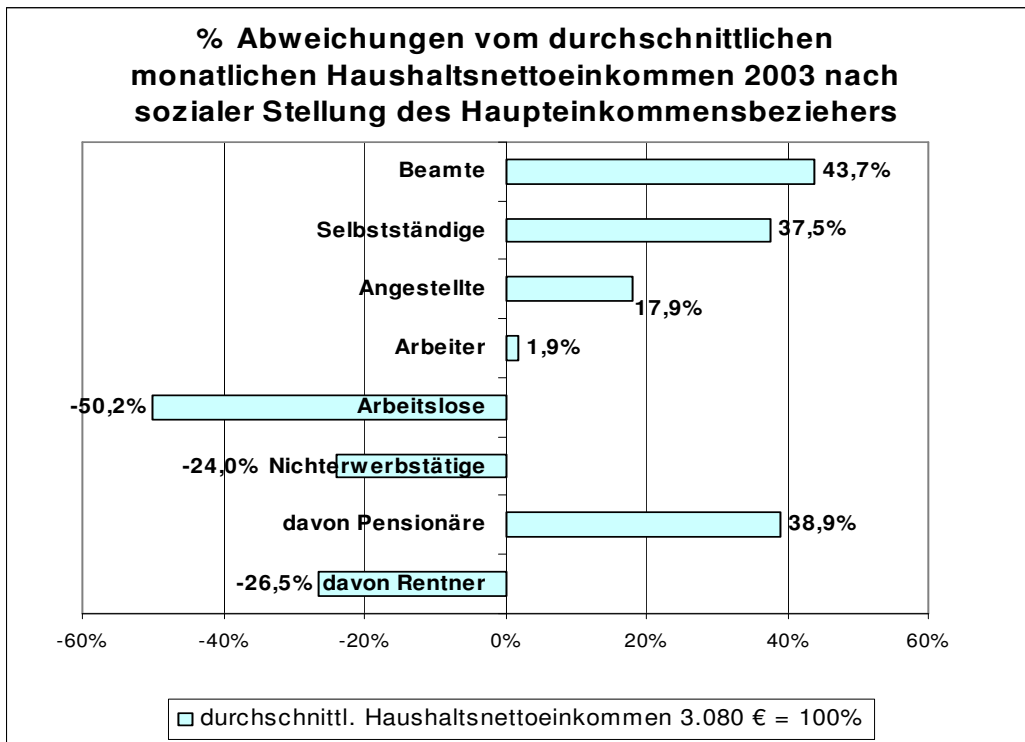
Auch bei den privaten Konsumausgaben lagen die Beamtenhaushalte 2003 mit 3.133 Euro im Monat an der Spitze, gefolgt von den Selbständigen mit 3.042 Euro.



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden; eigene Berechnungen JHP

Die Haushaltsnettoeinkommen der Selbständigen, der Angestellten und der Arbeiter/-innen lagen 2003 ebenfalls über dem hessischen Mittelwert. Bei den Ausgaben für den privaten Konsum hatten die Haushalte von Arbeitern mit 2.518 Euro fast das Niveau der Angestellten mit 2.559 Euro erreicht (vgl. auch Rompel 2006).

Dagegen lagen die Haushaltseinkommen von arbeitslosen und nichterwerbstätigen Haupteinkommensbezieher/-innen weit unter dem Durchschnitt. Eine Differenzierung der nichterwerbstätigen Haupteinkommensbezieher zeigt, dass die Einkommen der Rentner/-innen unterdurchschnittlich und die der Pensionäre überdurchschnittlich waren.

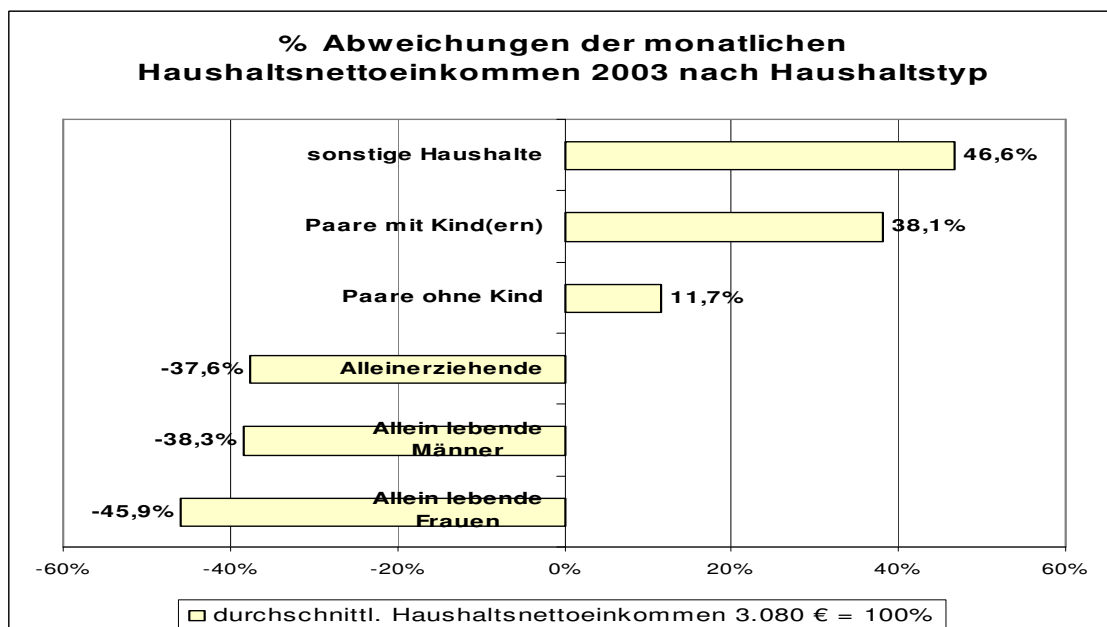


Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt; eigene Berechnungen JHP

Die Haushalte von Nichterwerbstätigen blieben mit einem Betrag von monatlich 1.945 Euro für Konsumausgaben am Ende der Skala.

2.2.2 Haushaltsnettoeinkommen nach Haushaltstyp

Für das Einkommen und die Verbrauchsgewohnheiten ist nicht allein die Haushaltsgröße ausschlaggebend, sondern auch die Zusammensetzung. Deshalb werden nachfolgend die Haushaltsnettoeinkommen der verschiedenen Haushaltstypen dargestellt. Dabei werden nur die Haushalte einem Haushaltstyp zugeordnet, denen außer den bei der Typisierung genannten Mitgliedern keine weiteren Personen angehören. Sind weitere Personen (z. B. Schwiegermutter oder -vater) vorhanden, werden diese Haushalte stets der Gruppe „Sonstige Haushalte“ zugeordnet.



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt 2009; eigene Berechnungen JHP

Als Kinder zählen alle ledigen Kinder unter 18 Jahre der Haupteinkommensbezieher/-in oder dessen (Ehe-)Partner. Damit ist impliziert, dass bei der Auswertung die Lebensgemeinschaften den Ehepaaren gleichgestellt wurden (vgl. Hessisches Statistisches Landesamt 2009).

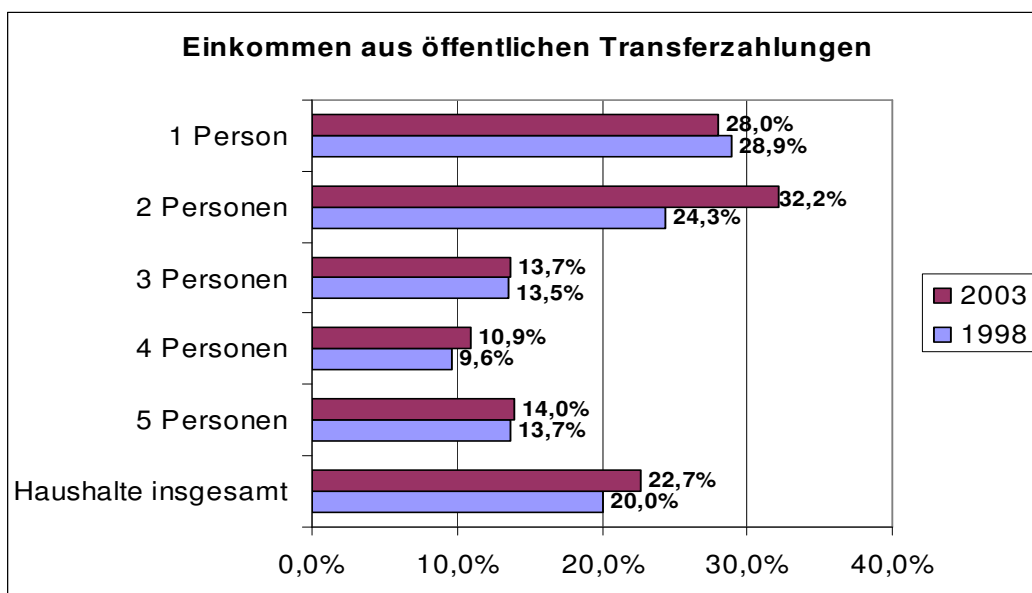
Neben den „sonstigen Haushalten“ haben Paare mit und ohne Kinder ein überdurchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen zur Verfügung, während Alleinerziehende und Single-Haushalte unterdurchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen aufweisen. Allein lebende Frauen verfügen über das geringste Haushaltsnettoeinkommen.

2.2.3 Einkommen aus Transferzahlungen

Starke Differenzen zeigen sich auch bei den wichtigsten Einkommensarten. 2003 hatten von den allein lebenden Männern 55,2% Erwerbseinkommen und 27,6% Transfereinkommen. Alleinlebende Frauen bezogen zu 47,5% Erwerbseinkommen und zu 40,6% Transfereinkommen. In den niedrigsten Einkommensklassen entfiel sogar die Hälfte des Bruttoeinkommens auf öffentliche Transferleistungen (vgl. Rompel 2006).

2.2.3.1 Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen

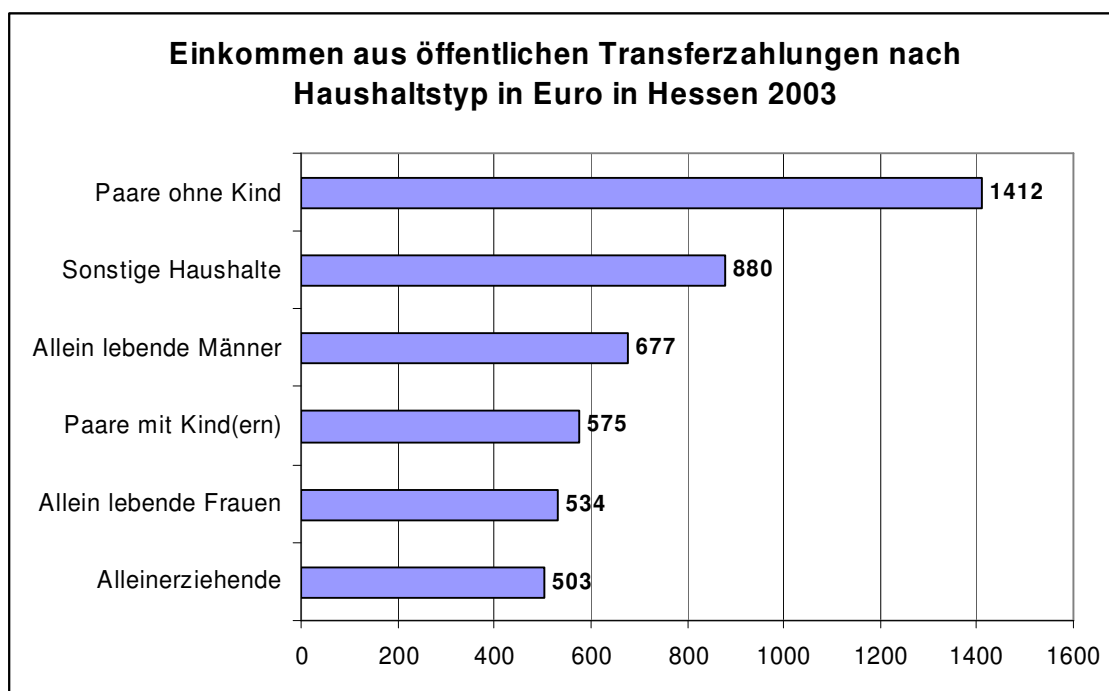
2003 erhielten 22,7% der Haushalte in Hessen Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen. Dies waren 2,7% mehr als 1998.



Vor allem Haushalte mit zwei und mehr Personen erhielten gegenüber 1998 häufiger Einkommen aus Transferleistungen als Einpersonen-Haushalte.

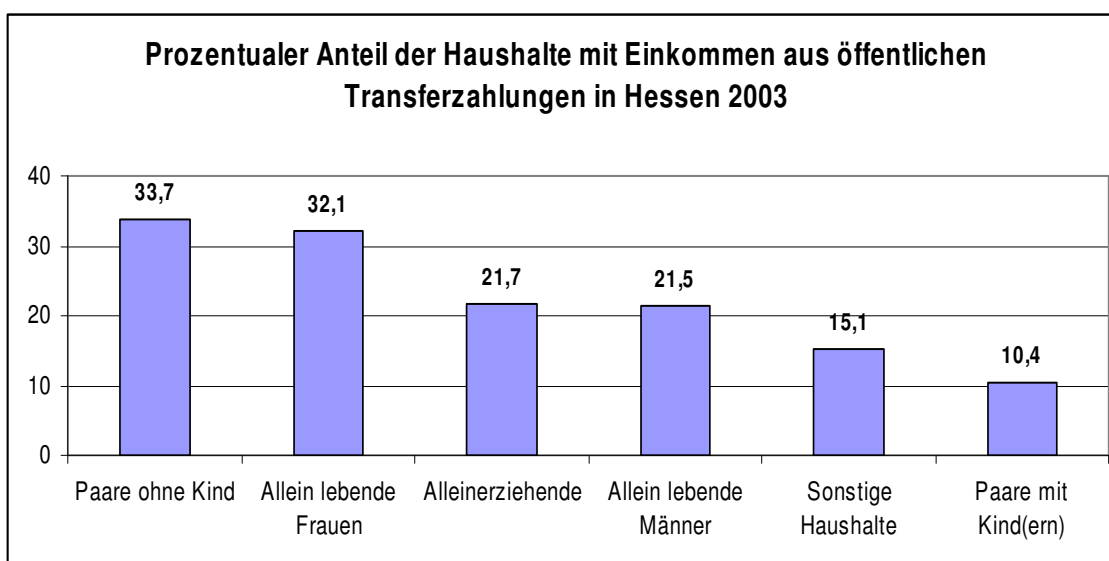
Öffentliche Transferzahlungen nach Haushaltstyp

2003 betrug das durchschnittliche Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen in Hessen 884 Euro. Paare ohne Kinder erhielten mit 1.412 Euro je Monat das höchste und Alleinerziehende mit 503 Euro monatlich das geringste Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen.



Quelle: HSL: Monatl. Einkommen, Einnahmen sowie Ausgaben privater Haushalte, Wiesbaden 2009; eigene Aufbereitung JHP

Im Jahr 2003 waren 22,7% der Haushalte auf Einkommen aus Transferzahlungen angewiesen. Eine Differenzierung nach Haushaltstypen ergab, dass Paare ohne Kinder nicht nur die höchsten Einkommen aus öffentlichen Transferleistungen erzielten, sondern auch mit 33,7% den höchsten Anteil stellten.



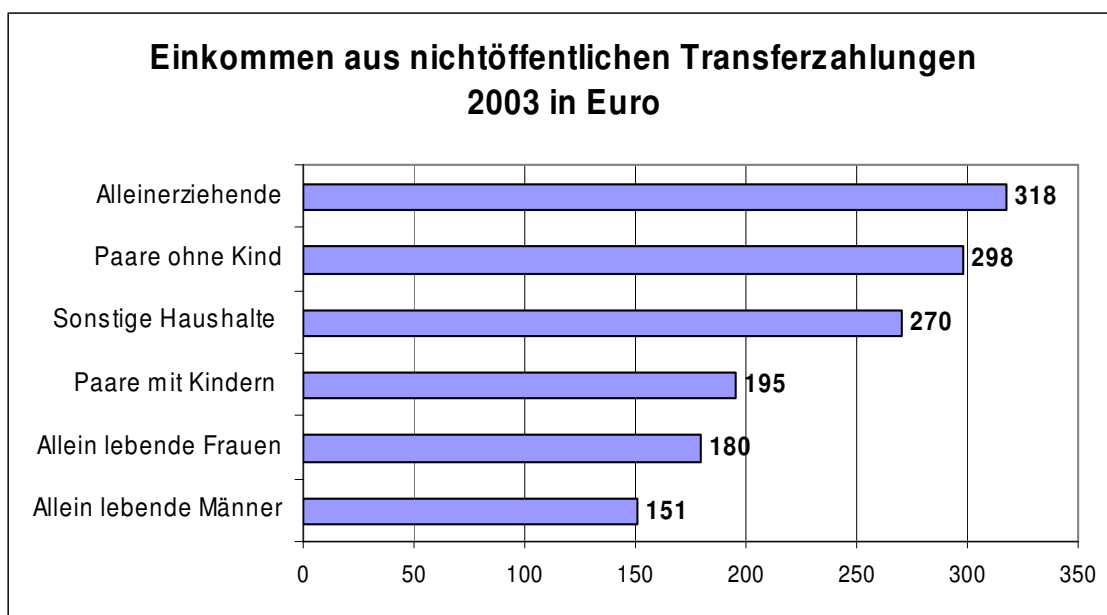
Quelle: HSL: Monatl. Einkommen, Einnahmen sowie Ausgaben privater Haushalte, Wiesbaden 2009; eigene Aufbereitung JHP

Von den allein lebenden Frauen erhielten 32,1% und von der Gruppe der Alleinerziehenden 21,7% Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen. Mit einem Anteil von 10,4% sind Paare mit Kindern an wenigsten auf dieses Einkommen angewiesen.

2.2.3.2 Private Transferzahlungen

Alleinerziehende, bei denen es sich in der Mehrzahl um Frauen handelt, bezogen 2003 durchschnittlich 318 Euro Einkommen aus privaten Transferzahlungen. Sie erhielten damit die höchsten privaten Transferleistungen vor den Paaren ohne Kinder und den „sonstigen

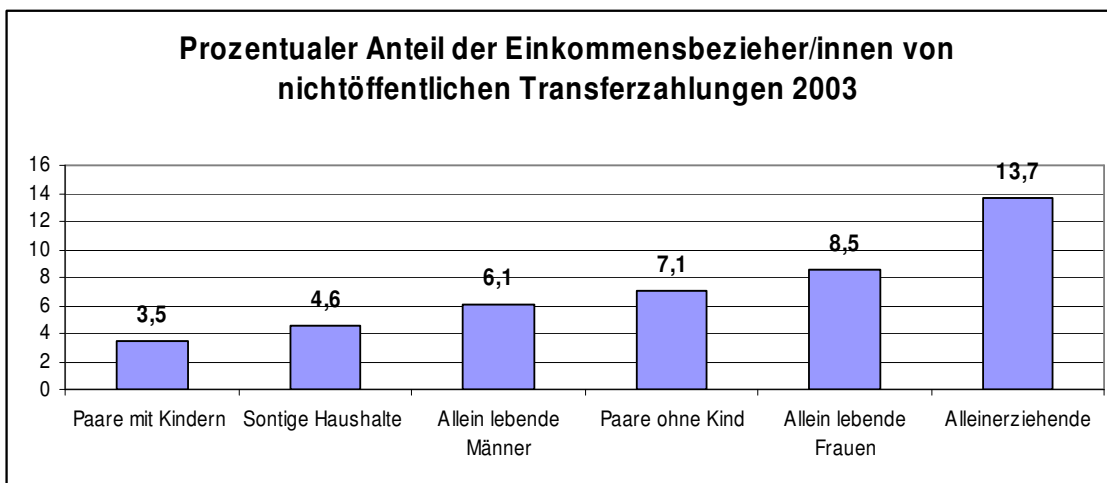
Haushalten“. Die geringsten Einkommen aus nicht-öffentlichen Transferleistungen erhielten mit monatlich 151 Euro allein lebende Männer.



Quelle: HSL: Monatl. Einkommen, Einnahmen sowie Ausgaben privater Haushalte, Wiesbaden 2009; eigene Aufbereitung JHP

Private Transferzahlungen nach Haushaltstyp

Entsprechend hoch liegen die Anteile der Alleinerziehenden an den Einkommensbezieher/-innen von privaten Transferzahlungen. 13,7% aller Alleinerziehenden und 8,5% der allein lebenden Frauen erhielten private Unterhaltszahlungen.



Quelle: HSL: Monatl. Einkommen, Einnahmen sowie Ausgaben privater Haushalte, Wiesbaden 2009; eigene Aufbereitung JHP

Auch 7,1% der Paare ohne Kinder bezogen private Transfereinkommen, aber nur 3,5% der Paare mit Kindern.

3 Einkommen von Familien und Armutsgefährdungsschwelle

Der Wissensstand zur Einkommenssituation von Familien ist, wie schon an anderer Stelle dargelegt, lückenhaft und ungenügend. Die amtliche Statistik (MZ, EVS und SOEP) bietet keine ausreichend differenzierten und aktuellen Daten über die Höhe und Struktur der Haushaltseinkommen nach Zahl der Kinder und deren Alter für den Landkreis Darmstadt-Dieburg.

Armut wird stets im Haushaltskontext wirksam. Um die materielle Lage der unterschiedlichen Haushaltsformen mit einer jeweils unterschiedlichen Anzahl von Familienmitgliedern vergleichen zu können, müsste die absolute Höhe des verfügbaren Einkommens in Pro-Kopf-Einkommen umgerechnet werden können und das Alter der Kinder bekannt sein. Aus diesem Grund ist eine Berechnung des Nettoäquivalenzeinkommens der privaten Haushalte im Kreisgebiet Darmstadt-Dieburg nicht möglich.

Auf der Basis der europaweiten Erhebung EU-SILC und den zuletzt verfügbaren Daten von 2006 waren allein lebende Personen nach der EU-Definitionen dann armutsgefährdet, wenn sie weniger als 9.370 Euro (781 Euro im Monat) zum Leben hatten. Ein Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren galt bei einem verfügbaren Jahreseinkommen von weniger als 19.677 Euro (1.640 Euro) armutsgefährdet.

Armutsgrenzen für unterschiedliche Haushaltsformen* nach der neuen OECD-Skala in Euro							
Datenbasis und Jahr	allein lebende Person	Paar ohne Kind	Paar mit Kindern unter 14 Jahren			Alleinerziehende mit Kindern unter 14 Jahren	
			mit 1 Kind	mit 2 Kindern	mit 3 Kindern	mit 1 Kind	mit 2 Kindern
EU-SILC 2006	781	1.172	1.406	1.640	1.874	1.015	1.250
Mikrozensus 2007	764	1.146	1.375	1.604	1.834	993	1.222
			Paar mit Kindern über 14 Jahren			Alleinerziehende mit Kindern über 14 Jahren	
			mit 1 Kind	mit 2 Kindern	mit 3 Kindern	mit 1 Kind	mit 2 Kindern
EU-SILC 2006			1.562	1.953	2.343	1.172	1.562
Mikrozensus 2007			1.528	1.910	2.292	1.146	1.528

*60 Prozent des mittleren Einkommens (Medianeinkommens)

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis des Mikrozensus und des EU-SILC

Das mittlere verfügbare Einkommen armutsgefährdeter Personen liegt 20% unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle. Auf der Basis der EU-SILC 2006 war dies ein Einkommen von 7.496 Euro im Jahr und damit monatlich 625 Euro. Diese relative Armutslücke (hier 156 Euro) bezeichnet die Differenz des Einkommensunterschiedes, der zur Überwindung der Armut fehlt (vgl. Stat. Bundesamt 28/08:1).

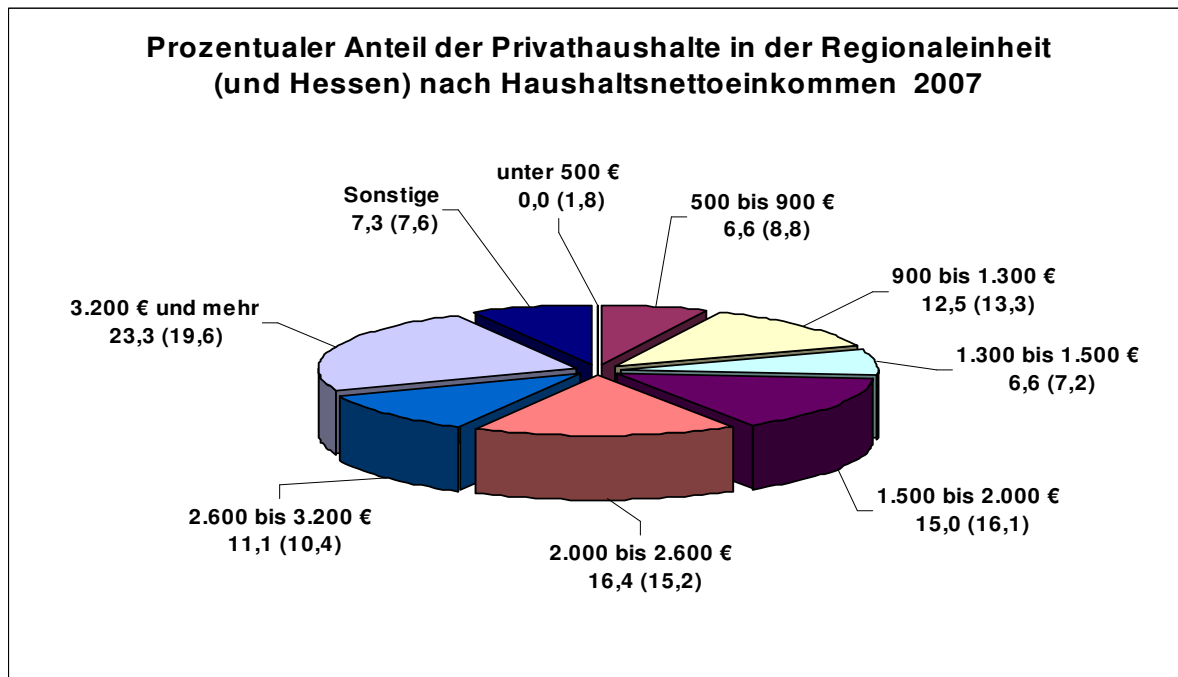
Wird der Mikrozensus 2007 zugrunde gelegt, so liegt die (äquivalenzgewichtete) Einkommensgrenze für das Armutsrisiko um 17 Euro unter den Berechnungen der EU-SILC von 2006. Dies hat Auswirkungen auf die Berechnung der Armutsgrenzen für die unterschiedlichen Haushaltstypen. Die niedrigeren Einkommen des Mikrozensus sind einerseits auf die durch Klassenbildung bedingten Ungenauigkeiten durch Antwortverweigerungen (5% aller Teilnehmer/-innen) zurückzuführen, andererseits auf die ungenaue Abfrage in Form der Selbsteinstufung in die Einkommensklassen (vgl. Schmid 2008:8).

3.1 Haushaltsnettoeinkommen und Einschätzung des Armutsgefährdungsrisikos in der Regionaleinheit mit dem Landkreis und in Hessen

Die nachfolgenden Einkommensanalysen zum Haushaltsnettoeinkommen basieren für Hessen auf Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes 2007. Für den Landkreis Darmstadt-Dieburg konnte auf Daten des HSL für die Jahre 2006 bis 2008 zurückgegriffen werden. Diesen Berechnungen liegen Erhebungen des Mikrozensus zur Bevölkerung in Privathaushalten zu Grunde. Dabei wurde die Höhe des Nettoeinkommens eines jeden Haushaltes der Stichprobe erfragt. Haushaltsbezugspersonen, die selbständige/r Landwirt/-in als Haupttätigkeit benannten, brauchten keine Angaben zur Höhe des Haushaltseinkommens zu machen. Sie wurden unter die Rubrik „Sonstige“ aufgenommen.

In der nachfolgenden Grafik werden die Haushaltsnettoeinkommen differenziert nach Einkommenshöhe für die Regionaleinheit (Bergstraße, Darmstadt-Dieburg und Odenwald) und

Hessen (Angaben in Klammern) nach den Erhebungen des Mikrozensus im Jahr 2007 verglichen.



Quelle: HSL Mikrozensus REG_HH5 Privathaushalte 2006-2008; eigene Berechnungen JHP

Von den befragten Privathaushalten in der Regionaleinheit bezogen 6,6% ein Haushaltsnettoeinkommen von unter 900 Euro. In Hessen waren es 10,6%.

Über ein Haushaltsnettoeinkommen von 900 Euro bis 1.500 Euro verfügten 19,1% der Privathaushalte in der Regionaleinheit und 20,5% in Hessen. Ein Nettoeinkommen von 1.500 Euro bis 2.600 Euro hatten 31,4% der Privathaushalte in der Regionaleinheit und 31,3% in Hessen.

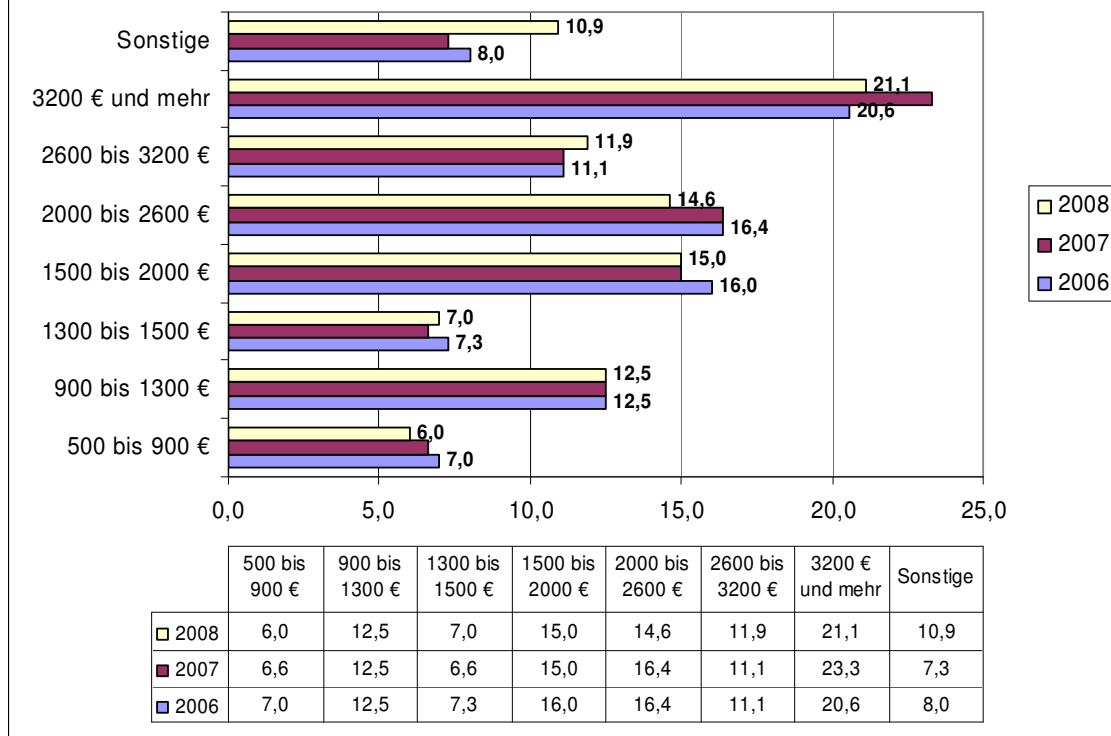
34,4% der Privathaushalte in der Regionaleinheit und 30% in Hessen verfügten über ein monatliches Nettoeinkommen von mehr als 2.600 Euro.

3.1.1 Entwicklung der Haushaltsnettoeinkommen in der Regionaleinheit

Die Ergebnisse des Mikrozensus, bezogen auf die Haushaltsnettoeinkommen in der Regionaleinheit von 2006 bis 2008, lassen eine positive Entwicklung erkennen.

Ein Vergleich der Nettohaushaltseinkommen nach Einkommensklassen macht deutlich, dass sich die Anteile der Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen unter 2.600 Euro verringerten oder auf gleichem Niveau stagnierten, während der Anteil der Haushalte mit einem Nettoeinkommen von 2.600 Euro und mehr anstieg.

Prozentualer Anteil der Privathaushalte in den LK Darmstadt-Dieburg, Bergstraße und Odenwaldkreis nach monatlichem Nettoeinkommen des Haushaltes von 2006 bis 2008



Quelle: HSL Mikrozensus REG_HH5 Privathaushalte 2006-2008; eigene Berechnungen JHP

Aber auch hier ist anzumerken, dass diese Nettoeinkommen noch wenig aussagen über die Einkommenslage der Personen, die in einem Haushalt leben. So bietet ein und dasselbe Einkommen einen anderen Lebensstandard, wenn nur eine Person ihren Lebensbedarf damit bestreitet, als wenn davon eine Familie mit Kindern leben muss. Um die Einkommen von Haushalten miteinander vergleichbar zu machen, ist es daher notwendig, deren Größe und Zusammensetzung zu kennen.

3.2 Privathaushalte nach Nettoeinkommen und Haushaltsgröße in Hessen

Eine Differenzierung der Haushaltsnettoeinkommen nach der Haushaltsgröße der Privathaushalte ist aufgrund der Datenlage nur für Ein- und Mehrpersonen-Haushalte und nur für Hessen insgesamt möglich.

3.2.1 Mehrpersonen-Haushalte

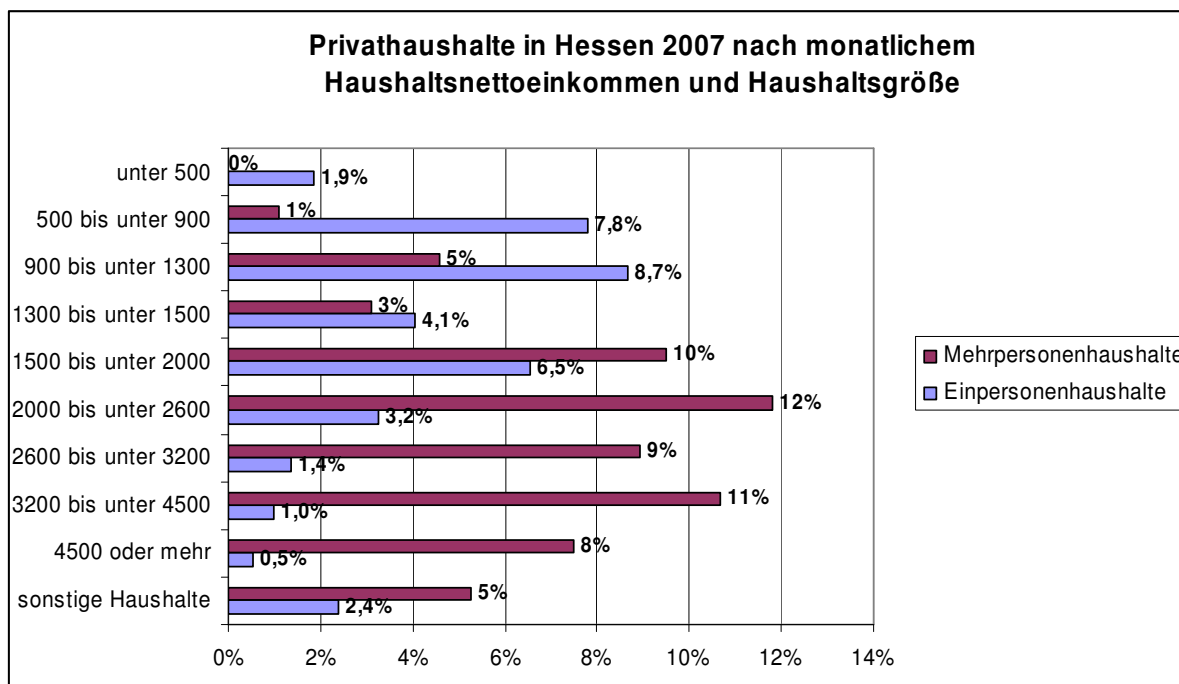
Da für die Bestimmung der Armutsgrenzen die Anzahl der Mitglieder in den Mehrpersonen-Haushalten nicht vorlagen, wurden nachfolgend nur die Haushaltsnettoeinkommen unter 1.300 Euro für Mehrpersonen-Haushalte und unter 900 Euro für Einpersonen-Haushalte in den Blick genommen werden.

Bei den Mehrpersonen-Haushalten kann davon ausgegangen werden, dass mindestens zwei Personen vom Haushaltsnettoeinkommen ihren Lebensunterhalt bestreiten müssen. Die Spanne für armutsgefährdete Alleinerziehende mit einem Kind bzw. Paaren ohne Kind lag monatlich bei ca. 1.146 Euro bzw. bei Paaren mit einem Kind oder Alleinerziehenden mit zwei Kindern zwischen 1.400 und 1.600 Euro. Es kann daher davon ausgegangen werden dass 2007 in Hessen mindestens 6% bis 9% der Mehrpersonenhaushalte an der Armutsgrenze lebten.

Im Jahr 2007 hatten 9,7% der Einpersonen-Haushalte in Hessen ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von unter 900 Euro. Ein großer Teil dieser Singles gehört damit, je nach zugrunde gelegter Armutrisikoschwellenberechnung, zu den Personen mit einem Armutrisiko.

3.2.2 Einpersonen-Haushalte

Auf der Grundlage des EU-SILC 2006 sind monatliche Nettoeinkommen von 1.301 Euro für Single-Haushalte als normal anzusehen. Zu diesen gehörten in Hessen Einpersonen-Haushalte mit einem verfügbaren Nettohaushaltseinkommen von 900 bis unter 1.500 Euro, die insgesamt einen Anteil von 12,8% stellten. 9,8% der Einpersonen-Haushalte verfügte über ein Nettoeinkommen von 1.500 Euro bis unter 2.600 Euro.

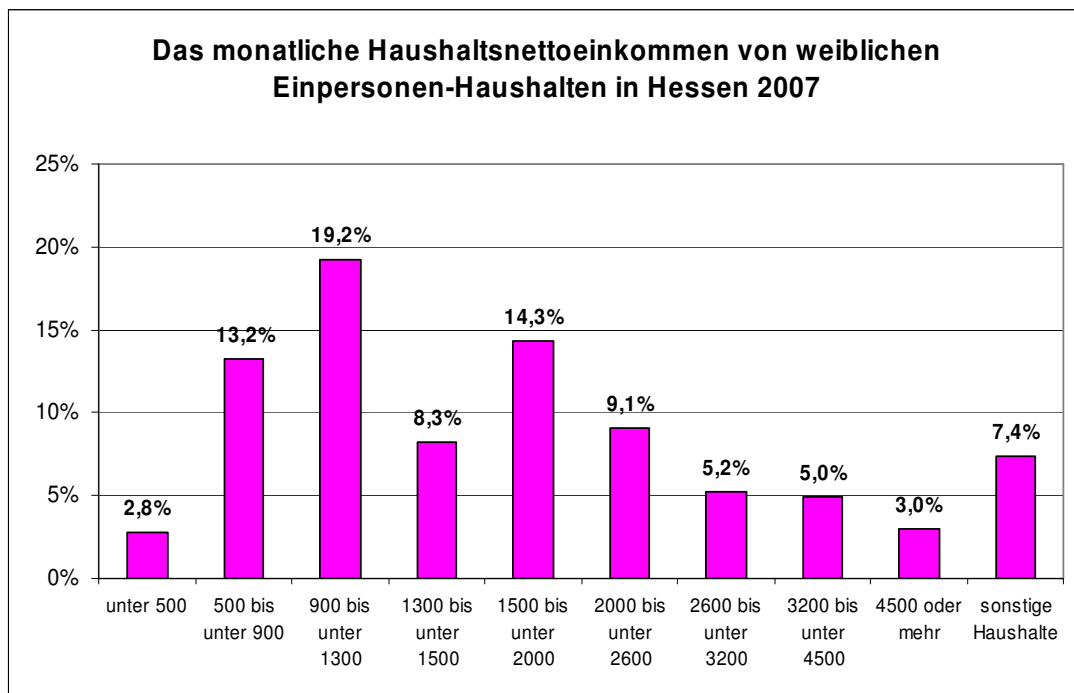


Quelle: HSL Mikrozensus Bevölkerung in Privathaushalten 2007; eigene Berechnungen JHP

2,9% der Single-Haushalte verfügten über ein Nettoeinkommen von 2.600 Euro und mehr. Eine Person wird nach der genannten Berechnung als reich angesehen, wenn das monatliche Nettoeinkommen 3.418 Euro übersteigt. Dies trifft in Hessen für knapp 1,5% der Einpersonenhaushalte zu.

3.2.2.1 Haushaltsnettoeinkommen nach Geschlecht

Eine weitere Untergliederung der Haushalte nach Geschlecht zeigt, dass den Einpersonenhaushalten in Hessen 87,4% Frauen und nur 12,6% Männer vorstehen. Dabei wird deutlich, dass das Einkommen allein lebender Frauen in den unteren Einkommensklassen deutlich unter und in den oberen Einkommensklassen deutlich über dem Gesamtdurchschnitt liegt.



Quelle: HSL Mikrozensus Bevölkerung in Privathaushalten 2007; eigene Berechnungen JHP

Während im Jahr 2007 nur 9,6% aller Einpersonen-Haushalte in Hessen über ein monatliches Nettoeinkommen von unter 900 Euro, so waren es bei den weiblichen Single-Haushalten immerhin 16%. Dies erklärt sich nicht zuletzt durch den hohen Anteil von Frauen ab 65 Jahren an den allein lebenden Frauen und das unterdurchschnittliche Alterseinkommen dieser Gruppe.

Die Gründe hierfür sind vielfältig. Einige seien kurz aufgeführt wie die kürzeren Versicherungszeiten in der gesetzliche Rentenversicherung aufgrund von Kindererziehungszeiten, die höheren Anteile von Teilzeitarbeit und die geringeren Erwerbseinkommen gegenüber Männern bei gleichwertigen Tätigkeiten.

3.3 Haushaltsnettoeinkommen von Familien

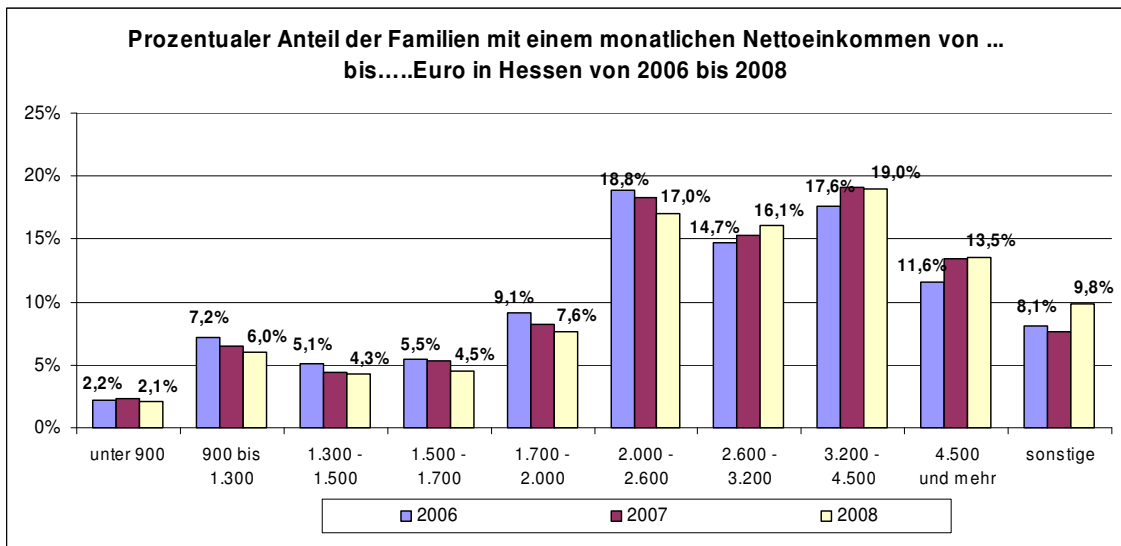
Aufgrund der geringen Anzahl der Bevölkerung bei der Stichprobe des Mikrozensus konnten, bezogen auf die unterschiedlichen Lebensformen (z.B. Ehepaare, Lebensgemeinschaften mit ledigen Kindern etc.), für die Regionaleinheit mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg keine Aussagen getroffen werden.

Nachfolgend finden daher nur Auswertungen bezogen auf „Familien insgesamt“ Verwendung. Trotz dieser Beschränkung standen für die Regionaleinheit mit dem Kreisgebiet nicht in allen Einkommensklassen Werte zur Verfügung.

3.3.1 Haushaltsnettoeinkommen von Familien in Hessen

2008 verfügten in Hessen 8,1% der Familien über ein Haushaltsnettoeinkommen von bis zu 1.300 Euro, 8,8% über eines bis 1.700 Euro und 24,6% über ein Einkommen von 1.700 bis 2.600 Euro.

Wie die Entwicklung von 2006 bis 2008 zeigt, hat der Anteil der Familien, die monatlich ein Haushaltsnettoeinkommen bis zu 2.600 Euro zur Verfügung haben abgenommen, während der Anteil der Familien, die über 2.600 Euro und mehr pro Monat verfügen, kontinuierlich zugenommen hat.

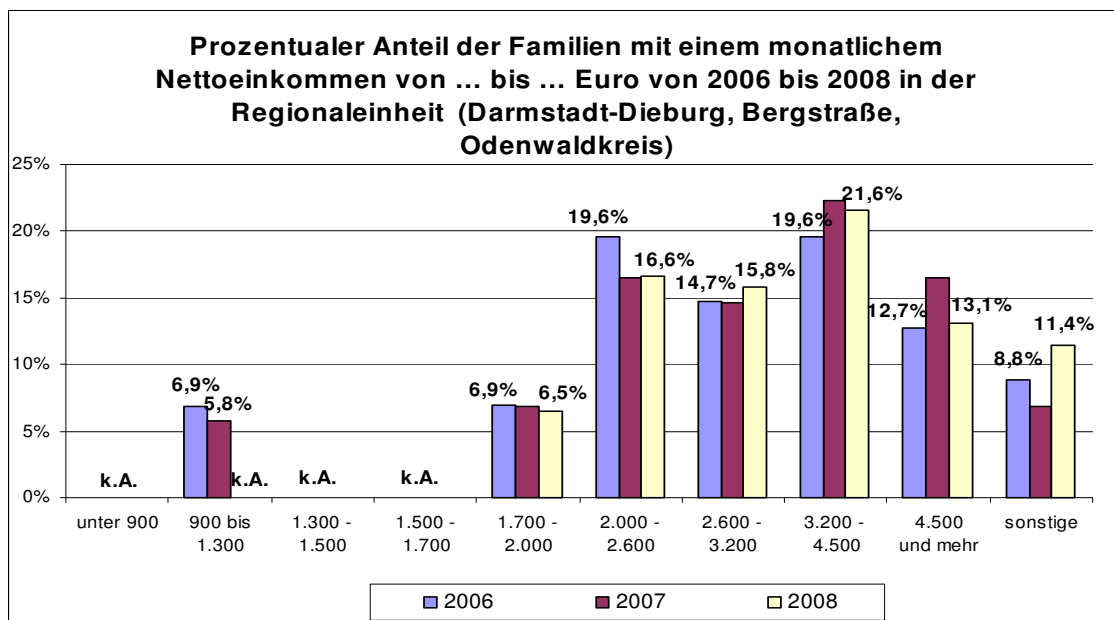


Quelle: HSL Mikrozensus REG-FP5; eigene Berechnungen JHP

Wird die Armutsgefährdungsgrenze von Familien auf der Basis der EU-SILC 2006 und des Mikrozensus 2007, in Abhängigkeit von der Anzahl der Personen im Haushalt, bei einem Haushaltsnettoeinkommen von maximal 1.700 Euro angesetzt, dann lebten ca. 17% der Familien in Hessen 2008 an der Armutsgrenze.

3.3.2 Haushaltsnettoeinkommen von Familien in der Regionaleinheit

Aufgrund der geringen Stichprobengröße und der Selbsteinstufung in Haushaltsnettoklassen liegen für die Regionaleinheit der Landkreise Darmstadt-Dieburg, Bergstraße und Odenwald nur unvollständige Ergebnisse vor.



Quelle: HSL Mikrozensus REG-FP5; eigene Berechnungen JHP

2007 verfügten 5,8% der Familien über ein Haushaltsnettoeinkommen von 900 bis zu 1.300 Euro und 2006 waren es noch 6,9%. Für 2008 lagen keine Angaben vor. Familien mit diesem Haushaltsnettoeinkommen lebten an der Armutsgrenze.

2008 betrug der Anteil der Familien in der Regionaleinheit mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 1.700 Euro bis 2000 Euro 6,5% und der Familien mit einem Einkommen 2.000 bis 2.600 Euro 16,6%.

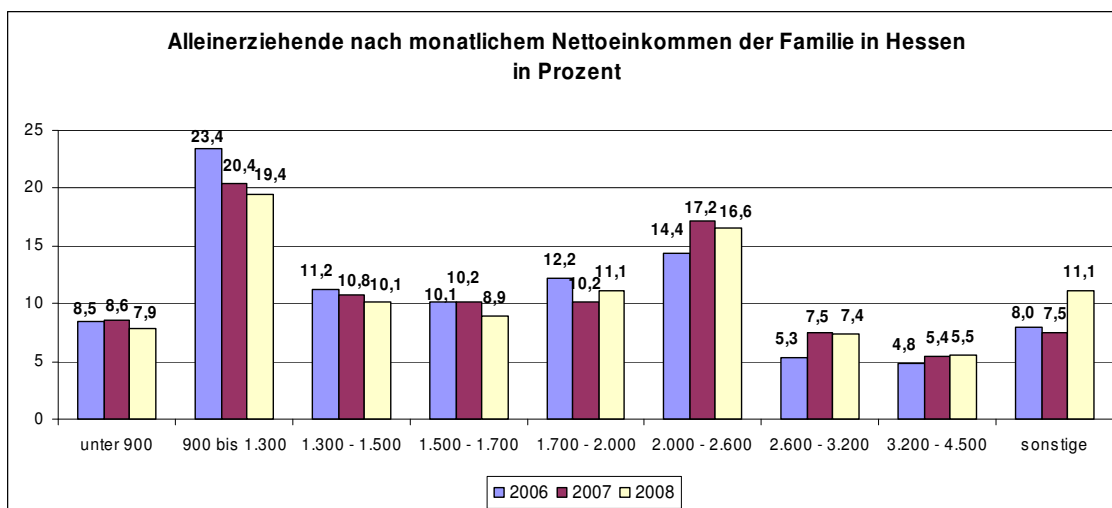
Trotz der geringen Werte in den unteren Nettoeinkommen, zeigt sich anhand der vorhandenen Ergebnisse ein sehr ähnlicher Entwicklungsverlauf wie in Hessen. Insgesamt kann ein Rückgang bei den Haushaltsnettoeinkommen bis 2.600 Euro und eine Zunahme bei Einkommen von 2.600 Euro und mehr verzeichnet werden.

3.4 Haushaltsnettoeinkommen von Alleinerziehenden in Hessen

Nach einer Umfrage von Allensbach (vgl. Kloepfer 2006:42) sehen fast 50% der kinderlosen Erwachsenen im Alter von 18 bis 44 Jahren Kinder als eine große finanzielle Belastung an. Kinderreichtum ist ein Armutsrisiko, das besonders für einen Typus von Familie gilt: den der Alleinerziehenden. Alleinerziehende, so steht es im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, gehören zu der Gruppe, die ein erhöhtes Armutsrisiko tragen und besonders von Armut betroffen sind.

Den Grund für deren hohes Armutsrisiko sieht der Erziehungswissenschaftler Lenzen (2006) darin, dass „die Alleinerziehenden, bei denen es sich vor allem um Frauen handelt, schon wegen der fehlenden Betreuung für ihre Kinder kaum Möglichkeiten haben, sich weiterzuqualifizieren, um dann in höhere Einkommensklassen zu gelangen und ihr Armutsrisiko zu reduzieren“.

Die Armutsrisikoschwelle von Alleinerziehenden mit einem Kind wurde monatlich auf der Basis der EU-SILC mit 1.015 Euro für Kinder unter 14 Jahren und mit 1.172 Euro für Kinder über 14 Jahren berechnet.



Quelle: HSL Mikrozensus REG-FP5; eigene Berechnungen JHP

Mit einem Nettoeinkommen zwischen 1.172 Euro (Kind unter 14 Jahren) und 1.562 Euro (Kind über 14 Jahren) je nach Berechnungsgrundlage lebten Alleinerziehende mit zwei Kindern an der Armutsgrenze.

Obwohl weder die Zahl noch das Alter der Kinder in den Haushalten von Alleinerziehenden vorliegen, kann geschätzt werden, dass 2008 von den Alleinerziehenden (mit 1 bis 3 Kindern und mehr) in Hessen zwischen 27,3% (unter 1.500 Euro) und 37,4% (unter 1.700 Euro) an der Armutsgrenze lebten.

Die Entwicklung von 2006 bis 2008 zeigt, dass sich das Armutsrisiko der Alleinerziehenden in den Nettoeinkommensgruppen bis 1.500 Euro verringert hat. Rückläufig waren im gleichen Zeitraum auch die Anteile der Alleinerziehenden mit einem Nettoeinkommen zwischen 1.500 und 2.000 Euro, während sich die Anteile der allein erziehenden Einkommensbezieher/-innen mit einem Nettoeinkommen von mehr als 2.000 Euro erhöht haben.

4 Armutrisikoquote und Armutsgefährdungslücke

Die Höhe der Armutsgefährdungsquote ist für sich genommen wenig aussagekräftig. Sie hängt ab von der Wahl der Datenquelle, der verwendeten Skala zur Berechnung des Äquivalenzeinkommens sowie der Festlegung der Armutsgefährdungsquote.

Beispielrechnung für relative Armut 2003				
	Anteil am Median des Nettoäquivalenzeinkommens	Jahreseinkommen in Euro	Monatseinkommen in Euro	betroffene Bevölkerung
Median*	100%	18.768	1.564	50%
armutsgefährdet*	60%	10.274	856	13%
Existenzminimum**	43%	7.365	614	
relativ arm*	40%	6.894	575	4%

* Statistisches Bundesamt

** Fünfter Existenzminimumbericht der Bundesregierung

2003 betrug das vom Statistischen Bundesamt errechnete Nettoäquivalenzeinkommen bundesweit 18.768 Euro. Nach EU-Standard lag die Armutsgefährdungsschwelle (60%) bei 10.274 Euro. Demnach lebten 13% der Bevölkerung an der Armutsgrenze.

Als relativ arm gilt ein Nettoäquivalenzeinkommen von 40%. Das waren 2003 durchschnittlich 6.849 Euro im Jahr. Auf der Basis der EU-SILC von 2006 (ebenfalls 40% des Medianes am NÄE) waren dies 7.496 Euro im Jahr und damit monatlich 625 Euro.

Das steuerfreie „sächliche Existenzminimum“ wird auf der Basis von Verbraucherbefragungen des Statistischen Bundesamtes durch die Bundesregierung berechnet. Es lag 2003 bei 7.384 Euro für eine/n Alleinstehende/n. Für Ehepaare wurde es jährlich bei 12.240 Euro (1.020 Euro pro Monat) und für ein Kind bei 3.684 Euro (307 Euro pro Monat) angesetzt.

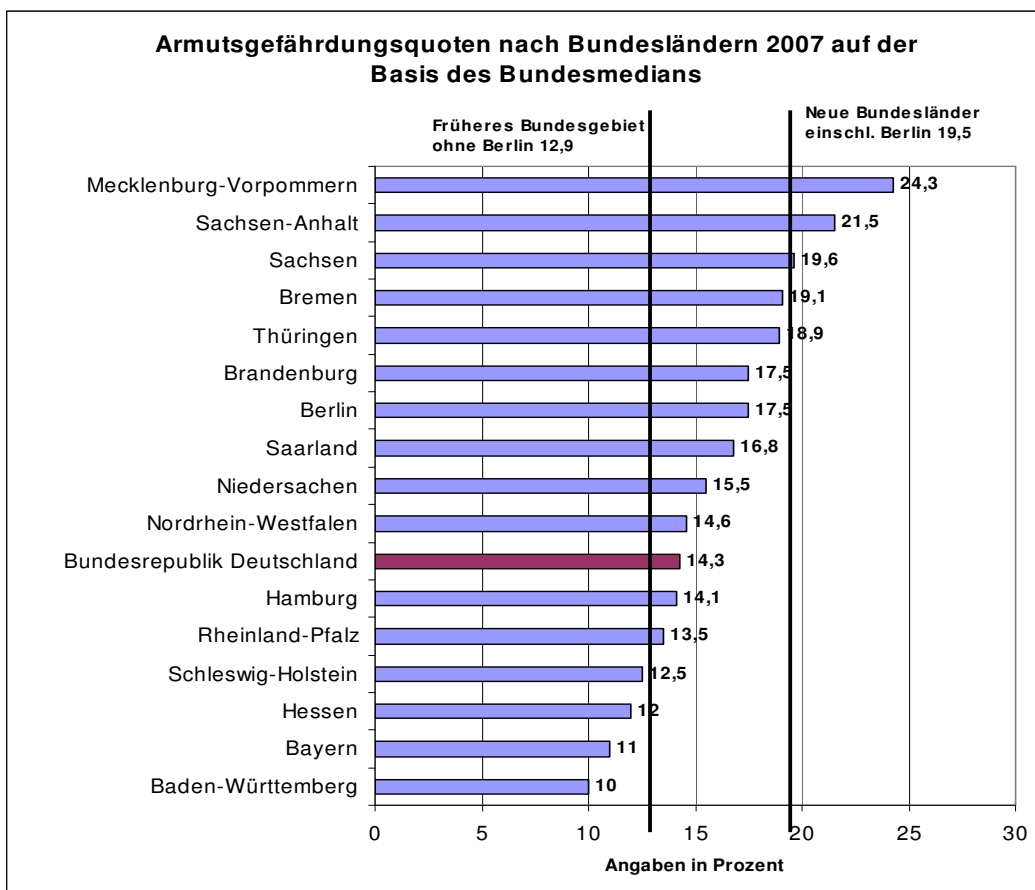
4.1 Armutrisikoquoten in Deutschland und den Bundesländern 2007

Um einen Vergleich der Armutrisikoquoten von Hessen mit denen des Bundesgebietes zu ermöglichen, beziehen sich die nachfolgenden Berechnungen auf den Bundesmedian. Dabei wird die Armutsgefährdungsschwelle des Bundes auf Datenbasis des Mikrozensus, anhand des mittleren Einkommens (Median) im gesamten Bundesgebiet, errechnet.

Auch wenn den Armutsgefährdungsquoten für Bund und Länder eine einheitliche Armutsgefährdungsschwelle zugrunde liegt, werden bei dieser Betrachtung Unterschiede im Einkommensniveau zwischen den Bundesländern nicht beachtet.

Das bundesdeutsche durchschnittliche Nettoäquivalenzeinkommen fällt aufgrund der niedrigeren Einkommen in den neuen Bundesländern geringer aus als in den alten Bundesländern. Gemessen am Bundesmedian lag die bundesweite Armutsgefährdungsquote 2007 bei 14,3%.

In Westdeutschland betrug sie 12,9% und in Ostdeutschland 19,5%. In Hessen waren 12% der Bevölkerung und damit jede/r achte Bürger/-in armutsgefährdet. Damit nahm Hessen nach Bayern und Baden-Württemberg den drittletzten Rang ein. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ist Hessen zweigeteilt. So ist die Bevölkerung im Norden mit einem Anteil von fast 15% stärker von Armut betroffen als die im Süden. 2007 lebten im Rhein-Main-Gebiet 10% bis 11% an oder unter der Armutsgrenze.



Quelle: Ergebnisse Mikrozensus, IT.NRW, eigene Aufbereitung JHP

Im Unterschied zum Bundesmedian werden beim Landesmedian die jeweiligen regionalen Armutsgefährdungsschwellen anhand des mittleren Einkommens (Median) des jeweiligen Bundeslandes beziehungsweise der jeweiligen Region errechnet. Dadurch wird den Unterschieden im Einkommensniveau zwischen den Bundesländern bzw. Regionen Rechnung getragen.

Armutsgefährdungsquoten nach Bundesländern 2007		
Land	gemessen am Bundesmedian	gemessen am jeweiligen Landesmedian/ regionalen Median
	in %	
Baden-Württemberg	10,0	13,0
Bayern	11,0	13,6
Berlin	17,5	13,9
Brandenburg	17,5	13,7
Bremen	19,1	15,2
Hamburg	14,1	16,8
Hessen	12,0	14,9
Mecklenburg-Vorpommern	24,3	13,6
Niedersachsen	15,5	14,7
Nordrhein-Westfalen	14,6	14,5
Rheinland-Pfalz	13,5	14,7
Saarland	16,8	14,0
Sachsen	19,6	13,6
Sachsen-Anhalt	21,5	13,9
Schleswig-Holstein	12,5	13,9
Thüringen	18,9	12,9
Deutschland	14,3	14,3
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	12,9	14,3
Neue Bundesländer (einschließlich Berlin)	19,5	13,5

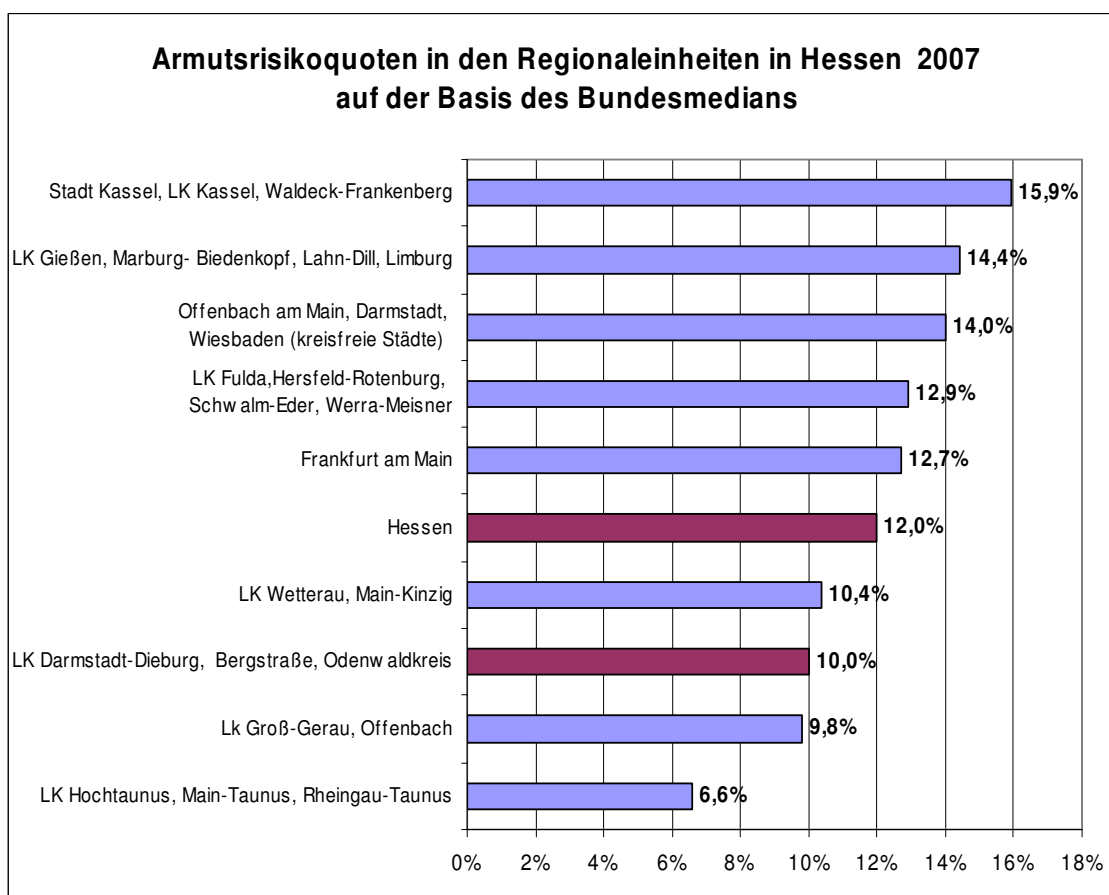
Quelle: Ergebnisse Mikrozensus, IT.NRW

Wird der jeweilige Landesmedian zugrunde gelegt, so zeigt sich, dass der Anteil der Menschen, die in Hessen von Einkommensarmut betroffen sind, mit 14,9% höher liegt als im früheren Bundesgebiet. Gemessen am regionalen Median fällt in Hessen die Armutsrisikoquote um 0,6% höher aus als im gesamten Bundesgebiet. Hessen liegt hier nach Hamburg und Bremen auf Rang 3.

4.2 Armutsrisikoquoten in Hessen

Die Armutsrisikoquoten für die Regionaleinheiten in Hessen liegen ebenfalls auf der Datenbasis des Mikrozensus und des Bundesmedianes vor. Gemessen an der hessischen Armutsrisikoquote von 12%, gelten in der Regionaleinheit der Landkreise Darmstadt-Dieburg, Odenwald und Bergstraße 10% der Bevölkerung als armutsgefährdet. Ausgehend von der Bevölkerung im Kreisgebiet tragen ca. 28.929 Menschen im Landkreis ein Armutsrisiko.

Mit 15,9% liegt die Armutsrisikoquote in Hessen und damit der Anteil der von Einkommensarmut betroffenen Bevölkerung am höchsten in der Regionaleinheit mit der Stadt Kassel sowie den Landkreisen Kassel und Waldeck-Frankenberg.



Quelle: HSL, Ergebnisse des Mikrozensus 2007, eigene Aufbereitung JHP

Die niedrigste Armutsrisikoquote mit 6,6% findet sich in der Regionaleinheit von Hochtaunuskreis, Main-Taunus-Kreis und Rheingau-Taunus-Kreis.

4.3 Sozialstruktur der Einkommensarmut

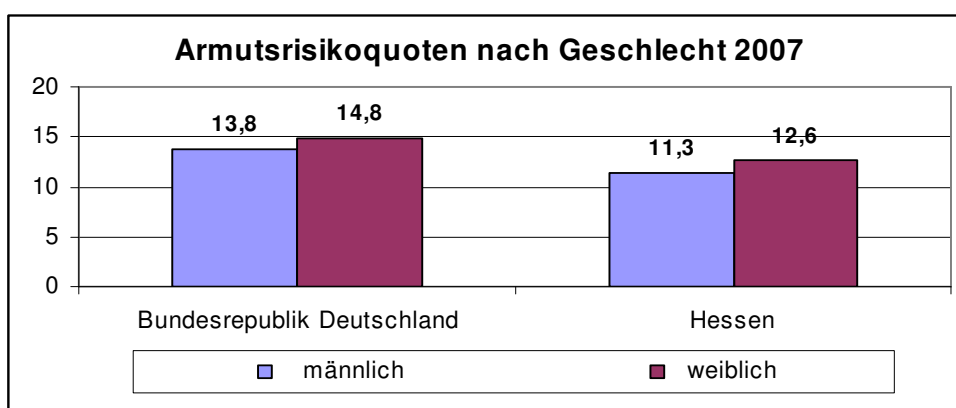
Vermittelt über die Erwerbsarbeit partizipiert ein großer Teil der Bevölkerung am erwirtschafteten Wohlstand. Allerdings erfährt eine immer größer werdende Zahl von Menschen Armut und damit soziale Ausgrenzung. Aber nicht alle Bevölkerungsgruppen sind in gleichem Maße von relativer Einkommensarmut betroffen.

Die Zunahme des Armutsrisikos hat in der Regel individuelle und gesellschaftliche Ursachen. Es stellt sich daher die Frage, welche Menschen und welche Gruppen besonders von Armut betroffen sind und warum.

Da auf der Ebene des Landkreises Darmstadt-Dieburg keine Daten hierzu vorliegen, wird auf die hessischen und die bundesweiten Armutsrisikoquoten zurückgegriffen. Dabei ergibt die Armutsrisikoanalyse, dass das Armutsrisiko in Hessen insgesamt immer unter dem des Bundesgebietes liegt.

4.3.1 Armutsrisikoquoten nach Geschlecht

Die Armutsrisikoquoten von Männer und Frauen unterscheiden sich bundesweit und hessenweit nur wenig. Dies liegt darin begründet, dass zur Bestimmung des Armutsrisikos nicht das individuelle, sondern das Haushaltsnettoeinkommen zugrunde gelegt wird. In Paar- oder Familienhaushalten wird daher nicht unterschieden zwischen dem Einkommen von Mann und Frau.

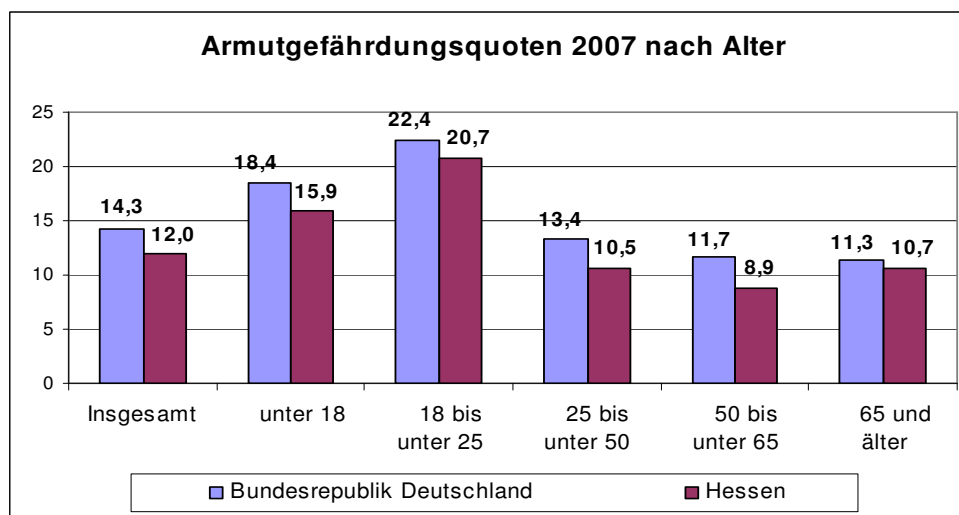


Quelle: Ergebnisse Mikrozensus, IT.NRW, eigene Aufbereitung JHP

Die leicht erhöhte Armutsrisikoquote bei Frauen ist auf die Alleinerziehenden zurückzuführen.

4.3.2 Armutsrisikoquoten nach Alter

Die altersspezifischen Armutsgefährdungsquoten belegen, dass das Armutsrisiko mit steigendem Alter sinkt. Die Armut von Kindern und Jugendlichen mit einem Anteil von 18,4% bzw. 15,9% stellt somit ein größeres Problem dar als die Altersarmut mit 11,3% bzw. 10,7%. In Hessen ist damit jeder sechste junge Mensch unter 18 Jahren von Armut bedroht.

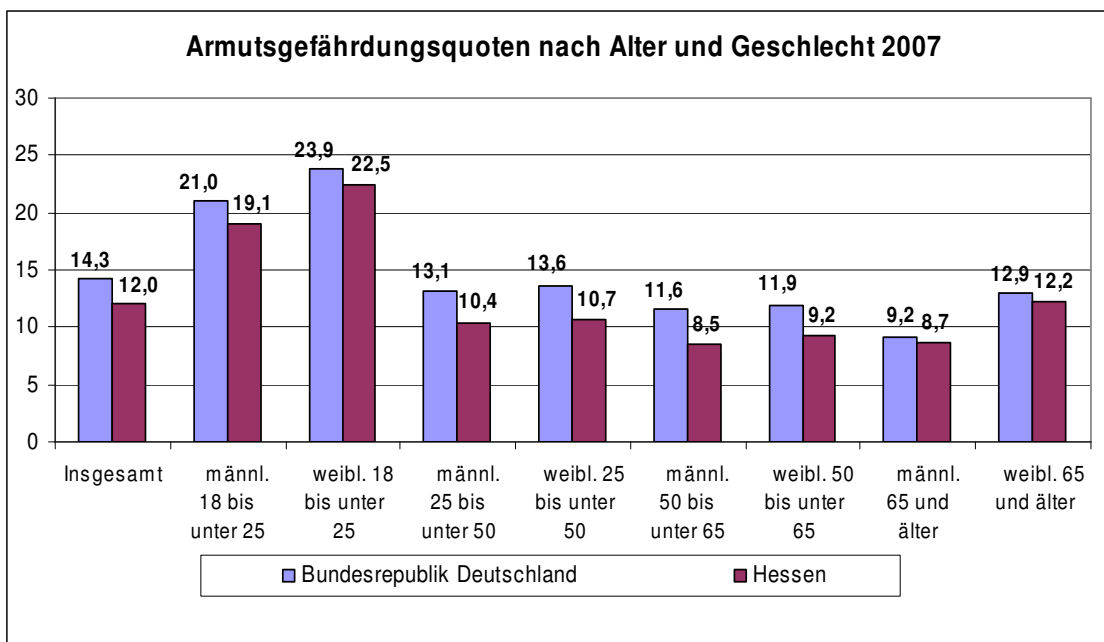


Quelle: Ergebnisse Mikrozensus, IT.NRW, eigene Aufbereitung JHP

Das höchste Armutsrisiko weisen jungen Menschen im Alter von 18 bis unter 25 Jahren auf. Im Bundesgebiet ist fast jeder vierte junge Mensch dieser Altersgruppe betroffen und in Hessen jeder fünfte. Hier, wie bei allen anderen Merkmalen fällt auf, dass das Armutsrisiko in Hessen immer niedriger ist als bundesweit.

4.3.3 Armutsrisikoquoten nach Geschlecht und Alter

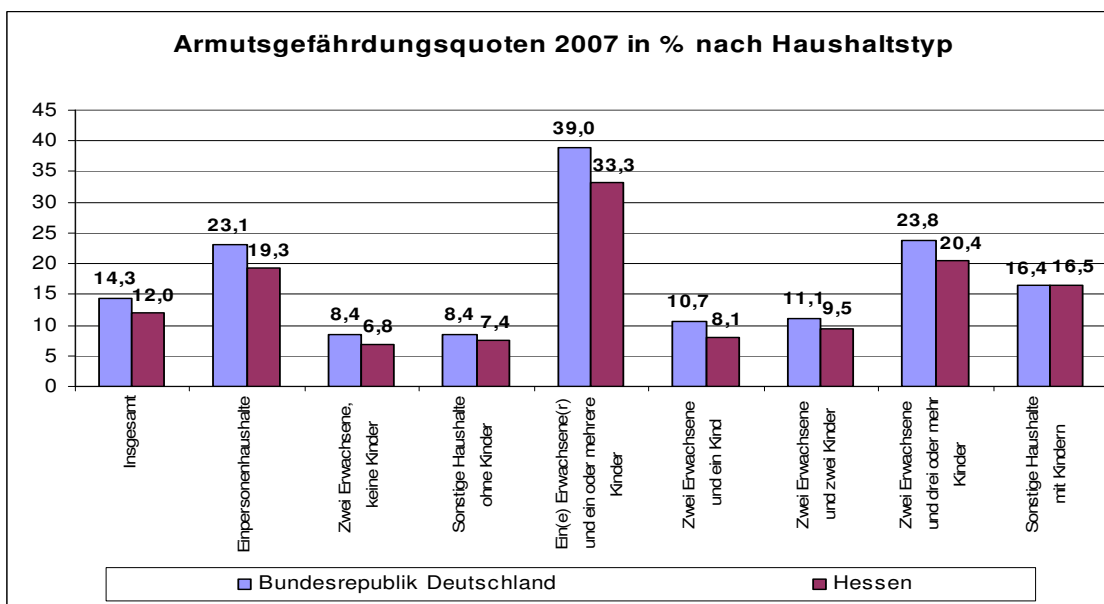
Eine Differenzierung nach Alter und Geschlecht zeigt, dass das Armutsrisiko von jungen Frauen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren und älteren Frauen mit 65 Jahren und älter überdurchschnittlich hoch ist.



Quelle: Ergebnisse Mikrozensus, IT.NRW, eigene Aufbereitung JHP

4.3.4 Armutsrisikoquoten nach Haushaltstyp

Familien mit drei und mehr minderjährigen Kindern sowie Alleinerziehende sind einem sehr hohen Armutsrisiko ausgesetzt.

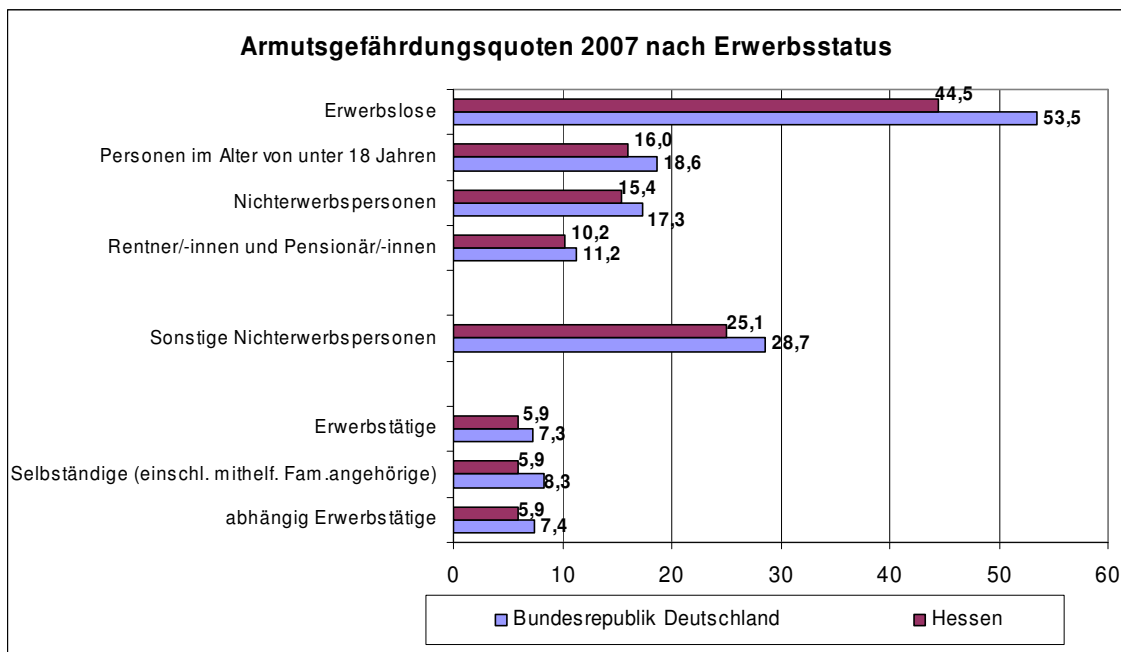


Quelle: Ergebnisse Mikrozensus, IT.NRW, eigene Aufbereitung JHP

Ein-Eltern-Familien sind mit einem Anteil von über 30% überdurchschnittlich hoch von Einkommensarmut betroffen. Aber auch bei Paarhaushalten mit drei und mehr minderjährigen Kindern liegt das Armutsrisiko bei über 20%.

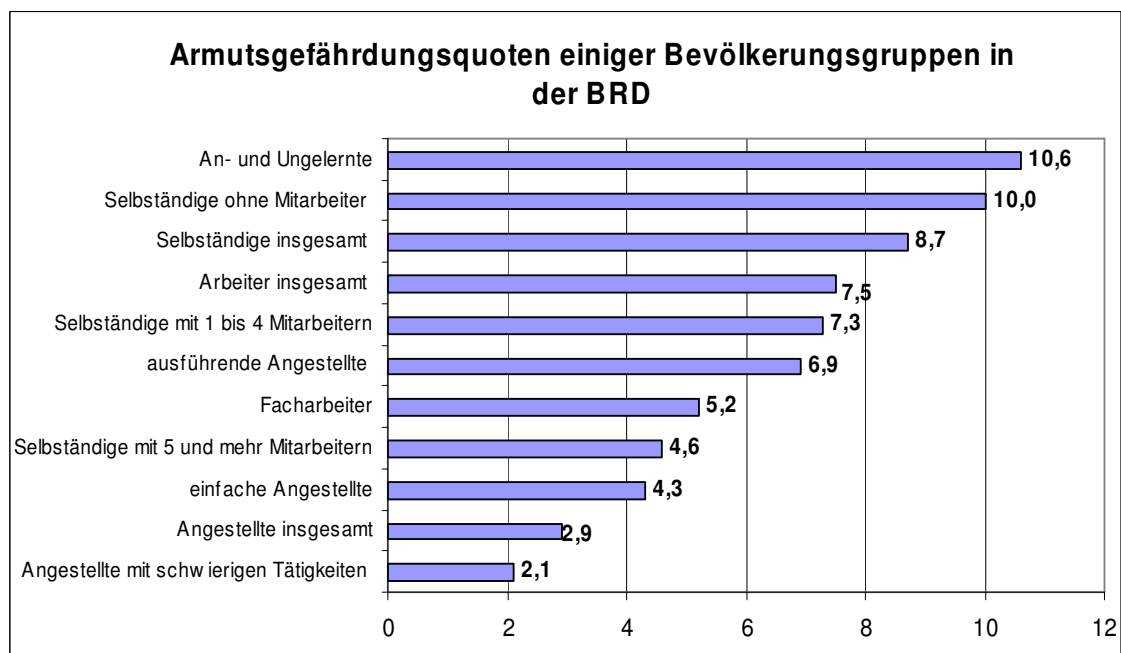
4.3.5 Armutsrisikoquoten nach Erwerbsstatus

Erwerbslose tragen mit einem Anteil von 53,5% bundesweit und 44,5% in Hessen ein extrem überdurchschnittliches Armutsrisiko. Auch die „Sonstigen Nichterwerbspersonen“ sind einem überdurchschnittlichen Armutsrisiko ausgesetzt.



Quelle: Ergebnisse Mikrozensus, IT.NRW, eigene Aufbereitung JHP

Erwerbstätige Personen tragen mit 7,3% bzw. 5,9% ein geringes Risiko von Einkommensarmut betroffen zu sein.



Quelle: Ergebnisse Mikrozensus, eigene Aufbereitung JHP

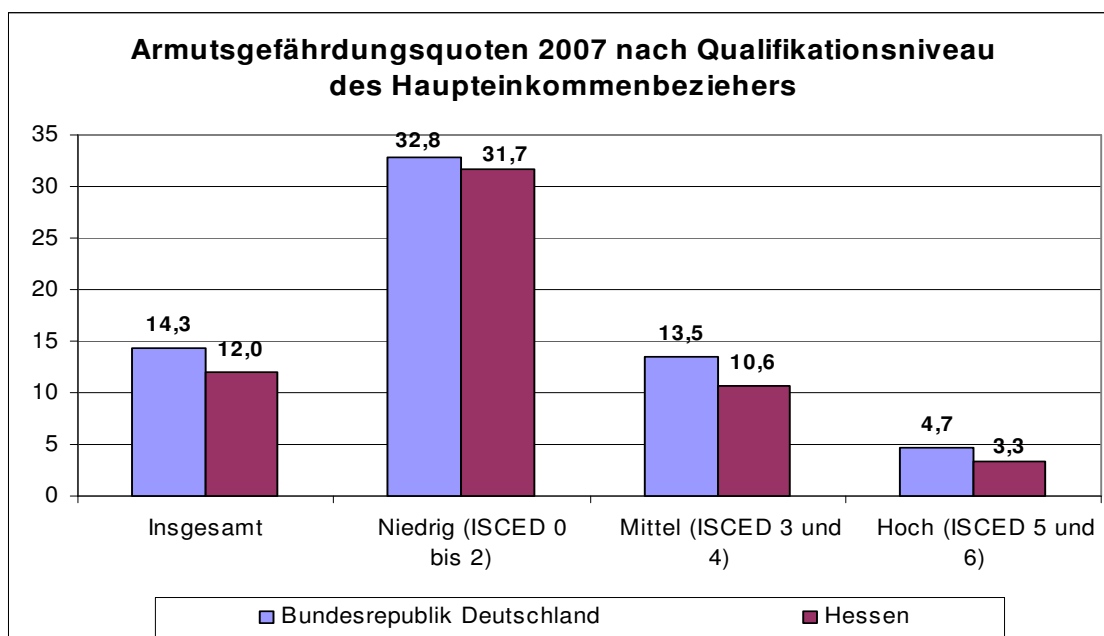
Allerdings sind auch hier nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen vom Risiko der Einkommensarmut betroffen. Von den Erwerbstätigen weisen An- und Ungelernte sowie Selbstständige, vor allem ohne Mitarbeiter/-innen, ein höheres Armutsrisiko als Angestellte auf.

4.3.6 Armutsrisikoquoten nach Qualifikationsniveau

Ein wichtiger Armutsrisikofaktor ist die geringe schulische und berufliche Qualifikation. Je niedriger die Qualifikation, desto geringer sind die Chancen auf eine die Existenz sichernde berufliche Tätigkeit.

Von der UNESCO wurde zur Klassifizierung und Charakterisierung des Bildungswesens der Standard ISCED (International Standard Classification of Education) entwickelt, der unterschiedliche Level umfasst.

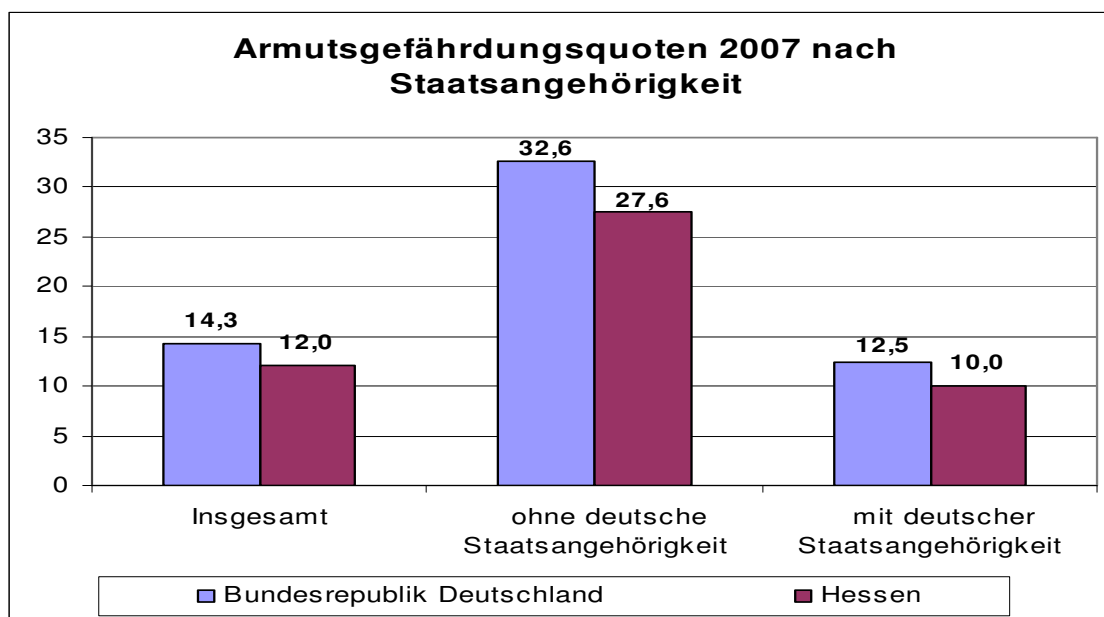
Level 0 bis 2 umfasst die vorschulische Erziehung, die Grundschule sowie die Sekundarstufe I. Die Sekundarstufe II und die duale Berufsausbildung entspricht Level 3. Level 4 wird die postsekundäre Bildung zugeordnet, der in Deutschland neben Abendgymnasien, Kollegs auch die Fachoberschulen zugeordnet sind. Zu Level 5 und 6 gehört die tertiäre Bildung. Auf der ersten Stufe zählt dazu die Ausbildung an Fachschulen, Berufsakademien und Hochschulen und auf der zweiten die Forschungsqualifikation z.B. in Form von Promotion und Habilitation (vgl. Wikipedia ISCED).



Die Ergebnisse des Mikrozensus bestätigen, dass Bildung eine zentrale Ressource für den Arbeitsmarkt und damit die Einkommenssituation darstellt. Bezogen auf das Qualifikationsniveau des Haupteinkommensbezieher tragen vor allem Niedrigqualifizierte mit einem Anteil von über 30% ein überdurchschnittlich hohes Armutsrisiko.

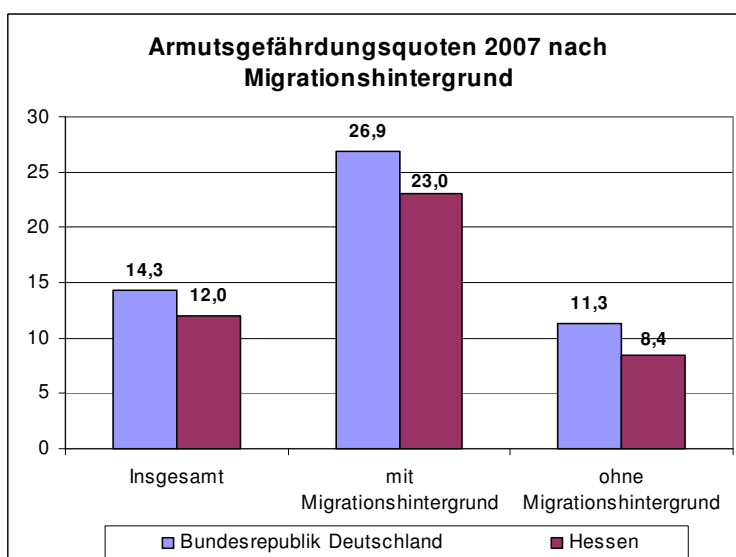
4.3.7 Armutsrisikoquoten nach Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund

Ein vergleichsweise hohes Armutsrisiko weist auch die Bevölkerung ohne deutsche Staatsangehörigkeit auf sowie Personen mit Migrationshintergrund.



Quelle: Ergebnisse Mikrozensus, IT.NRW, eigene Aufbereitung JHP

32,6% (BRD) bzw. 27,6% (Hessen) der ausländischen Bevölkerung sind von Armut bedroht und 26,9% (BRD) bzw. 23,0% (Hessen) der Bevölkerung mit Migrationshintergrund.

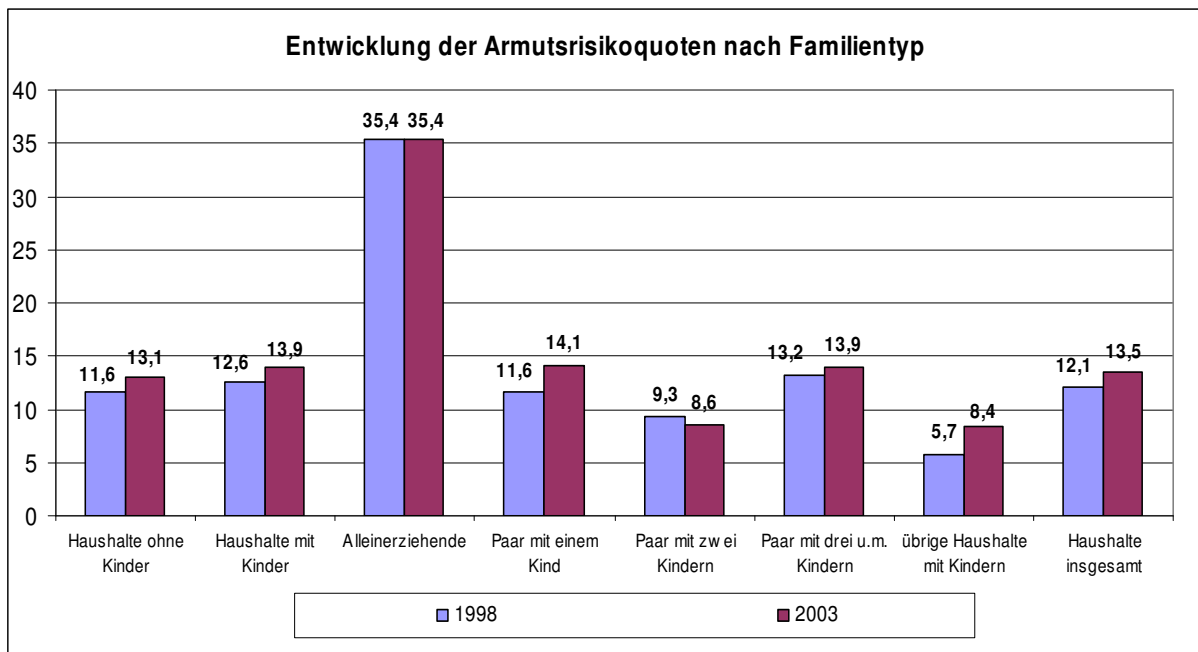


Quelle: Ergebnisse Mikrozensus, IT.NRW, eigene Aufbereitung JHP

Damit tragen Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit ein höheres Armutsrisiko als Personen mit Migrationshintergrund.

4.4 Veränderung der Armutsrisikoquoten von Familien

Zur Darstellung der Entwicklung über einen längeren Zeitraum stehen für die Bundesrepublik Armutsrisikoquoten auf der Basis der EVS für 1998 und 2003 zur Verfügung. Die Entwicklung zeigt, dass in diesen fünf Jahren die Armutsrisikoquoten von Alleinerziehenden auf hohem Niveau von 35,4% gleich geblieben sind. In diesen Jahren hat sich das Armutsrisiko von Paaren mit zwei Kindern leicht verringert (-0,7%).



Quelle: Fraunhofer Institut, EVS, 1. Halbjahr 1998 und 2003

Bei allen anderen Haushalten hat sich im gleichen Zeitraum die Armutsgefährdungsquote erhöht. Am stärksten stieg sie bei Paaren mit einem Kind an und zwar von 11,6% auf 14,1%.

4.4.1 Armutsrisikoquoten vor Familienleistungsausgleich und Sozialtransfer

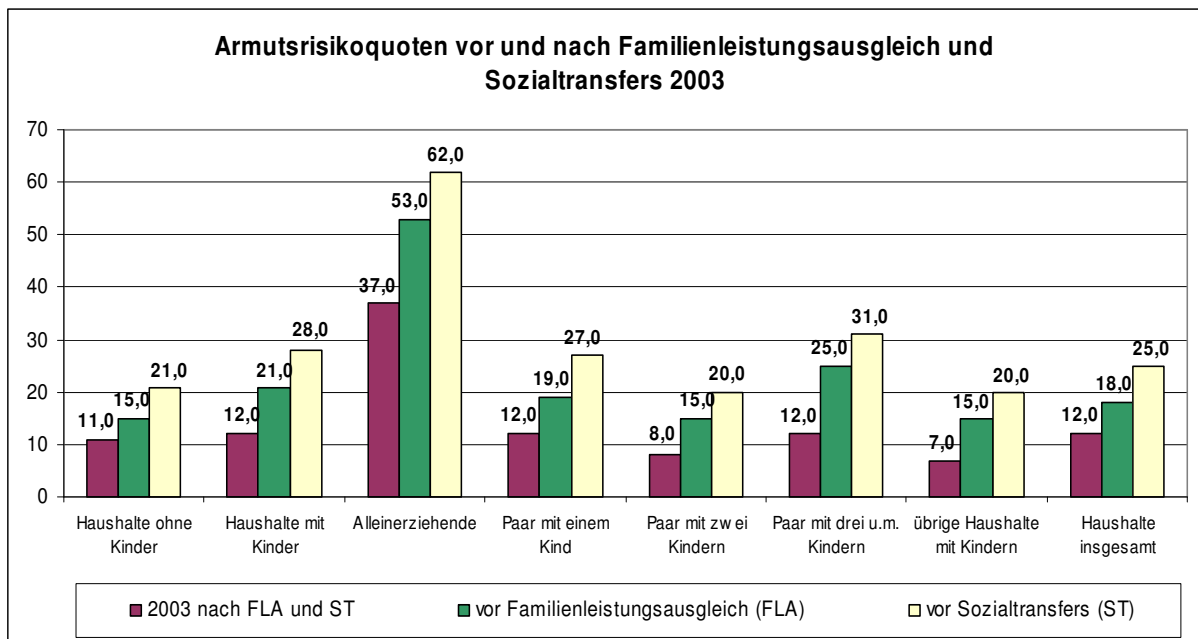
Die Leistungen des Familienleistungsausgleich (also Kindergeld, Erziehungsgeld, Unterhaltsvorschuss und BAföG) und die Sozialleistungen (z.B. ALG II oder Sozialgeld) innerhalb des deutschen Sozialsystems sollen dazu beitragen Armutslagen zu vermeiden oder abzumildern.

Um den Einfluss dieser Familienleistungen und der Transferzahlungen transparent zu machen, sollen nachfolgend die Armutsrisikoquoten mit und ohne Berücksichtigung dieser Leistungen dargestellt werden.

Zurückgegriffen wurde auf Berechnungen des Fraunhofer Instituts auf der Basis der EVS von 2003, die im 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2005) veröffentlicht sind. Zu bedenken ist hierbei, dass sich die Erhebung auf 2003 bezieht, und Auswirkungen der Hartz IV Reformen keine Berücksichtigung finden.

2003 betrug die berechnete Armutsrisikoquote für Haushalte mit Kindern 12%. Sie lag aber vor dem Familienleistungsausgleich bei 21% und vor Sozialtransfers bei 28%. Durch Familienleistungen (wie Kindergeld) und Sozialtransfers kann bei einer Haushaltskonstellation mit Kindern das Armutsrisiko um mehr als die Hälfte gemindert werden.

Bei Haushalte von Alleinerziehenden wurde ohne Sozialtransfers eine Armutsrisikoquote von 62% berechnet. Allein durch Familienleistungen wird bei den Alleinerziehenden eine Reduzierung um 15% erreicht. Alle Leistungen zusammen genommen, verringern das Armutsrisiko dieser Gruppe um 40%.



Quelle: Fraunhofer Institut, EVS, 1. Halbjahr 2003, nach dem 2. Armuts- und Reichtumsbericht 2005

Insgesamt wird das Armutsrisiko von Kindern und ihren Familien durch Familienleistungen und Sozialtransfers deutlich abgesenkt.

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse: Einkommen als zentraler Maßstab von Armut

Relative Einkommensarmut

Einkommensarmut

- In diesem Sozialbericht wird Einkommensarmut als relative Armut definiert. Dabei wird Armut bzw. die Armutsgefährdung ins Verhältnis zur mittleren Einkommenssituation in der jeweiligen Region gesetzt. Ansatzpunkt der Ermittlung der Einkommenssituation ist das Haushaltsnettoeinkommen. Aus diesem wird das bedarfsgewichtete Nettoäquivalenzeinkommen berechnet.

Armutsgefährdung

- Nach den EU-Kriterien gelten Menschen als armutsgefährdet, denen weniger als 60% des Medianes der Äquivalenzeinkommen (auf der Basis der neuen OECD-Skala) der jeweiligen Bevölkerung zur Verfügung stehen. Diese relative Armutsgrenze wird häufig auch als Armutsrisikogrenze oder Armutsgefährdungsschwelle bezeichnet.

Armutsgefährdungsniveau

- 2006 waren nach den Ergebnissen der EU-SILC durchschnittlich 15% der deutschen Bevölkerung armutsgefährdet. Das Armutsgefährdungsniveau blieb 2007 unverändert. Vor Berücksichtigung von Sozialleistungen des Staates ergab sich 2006 eine Quote von 25% und 2007 eine von 24%.

Arbeitsarmut

- Nach Ergebnissen der Erhebung EU-SILC war 2006 und 2007 etwa jeder 15.te Erwerbstätige (7%) in Deutschland trotz Arbeit armutsgefährdet.

Bruttoeinkünfte im Landkreis Darmstadt-Dieburg

- Ausgehend von den Bruttoeinkünften hatten 2004 im Landkreis Darmstadt-Dieburg 32,9% der Steuerpflichtigen Einkünfte unter 15.000 Euro, 45,7% 15.000 bis 50.000 Euro und 21,4% mehr als 50.000 Euro im Jahr zur Verfügung.

Bruttoeinkünfte in den Kommunen des Landkreises Darmstadt-Dieburg

- Die Steuerpflichtigen mit den höchsten Einkünften (50.000 Euro und mehr) fanden sich vor allem in den Kommunen des Westkreises. Die Steuerpflichtigen mit den niedrigsten zu versteuernden Einkommen (unter 15.000 Euro) fanden sich insbesondere in den Kommunen des Ostkreises.

Einkommensverteilung

- Die Betrachtung von Mittelwerten allein lässt noch keine Aussage darüber zu, wie gleich oder ungleich die Einkommen in der Bevölkerung verteilt sind. Nach Ergebnissen der EU-SILC 2006 hatten in Deutschland die einkommensstärksten 20% der Bevölkerung ein rund vier Mal (4,1) so hohes Einkommen wie die einkommenschwächsten der Bevölkerung. Im gleichen Jahr lebten nach Auswertungen des SOEP 11,4% der deutschen Bevölkerung in relativer Armut.
- Auch der Gini-Koeffizient beschreibt die Ungleichheit der Einkommensverteilung einer Gesellschaft. Bezogen auf die Äquivalenzeinkommen ist in Hessen der Gini-Koeffizient höher und damit die Ungleichheit größer als im Bundesgebiet.
- Auch die Entwicklung der Einkommensverteilung in Deutschland von 1985 bis 2007 zeigt anhand des Gini-Koeffizienten, dass sich die Schere zwischen arm und reich weiter geöffnet hat.

Erwerbstätigkeit und Armutsrisiko

- Ein Einkommen aus Erwerbstätigkeit bietet nicht in jedem Fall Schutz vor Armut. Das Problem ist nicht auf Teilzeitarbeiter/-innen und geringfügig Beschäftigte begrenzt, sondern zunehmend reicht das Einkommen nicht aus, um vor Armut zu schützen. Das Armutsrisiko der Erwerbstätigen liegt in Hessen bei knapp 6%.

Niedriglohnbereich

- Seit 2005 ist bundesweit eine Zunahme des Niedriglohnssektors zu verzeichnen. Dabei wird ein Verdienst von weniger als zwei Dritteln des Medianes der Bruttolöhne aus unselbständiger Beschäftigung angesetzt. Nach dem Dritten Armutsbericht waren dies im Jahr 2005 bundesweit weniger als 13.393 Euro im Jahr.
- Insgesamt zählten damit 36,4% der Arbeitnehmer/-innen zu diesem Niedriglohnbereich. Davon waren 47,7% Frauen und 24,8% Männer. Im Jahr 2002 betrug der Anteil der Niedriglöhne insgesamt 35,5%.

Niedriglohnsektor im Kreis

- Wird rein rechnerisch ein Annäherungswert von 15.000 Euro Bruttoeinkünften im Jahr angenommen, so wären theoretisch 32,9% der Steuerpflichtigen im Kreisgebiet dem Niedriglohnsektor zuzuordnen.

Einkommensarmut im Kreisgebiet

- Bei einem Bruttojahresgehalt von 10.000 Euro und damit einem geschätzten Nettoeinkommen von bis zu 790 Euro im Monat hätten rein rechnerisch 26,4% der Steuerpflichtigen im Kreis ohne weitere Unterstützung ein Einkommen unterhalb und an der Armutsschwelle.

Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit, familiäre Unterstützung und Transferleistungen

Veränderung der Einkommen und Einnahmen der Privathaushalte

- Von 1998 bis 2003 sind die Anteile der hessischen Haushalte mit einem Bruttoeinkommen aus unselbständiger (-0,9%) und selbständiger Arbeit (-0,2%) sowie die mit Einnahmen aus Vermögen und Vermietung (-2,4%) gesunken und die Anteile der Haushalte mit Einkommen aus öffentlichen (+2,7%) und nicht-öffentlichen (0,9%) Transferzahlungen gestiegen.

Haushaltsnettoeinkommen nach sozialer Stellung

- Eine Unterscheidung der Haushaltsnettoeinkommen nach sozialer Stellung der Haupteinkommensbezieher/-innen zeigt deutlich, dass Beamte und Beamtinnen (noch vor den Selbständigen) über die höchsten und Arbeitslose (noch vor den Nichterwerbstätigen) über die niedrigsten Einkommen verfügen.

Haushaltsnettoeinkommen nach Haushaltstyp

- Während Paare mit und ohne Kinder über überdurchschnittliche Haushaltseinkommen verfügen, weisen Alleinerziehende und Single-Haushalte unterdurchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen auf.

Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen

- 2003 betrug das durchschnittliche Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen in Hessen 884 Euro. Paare ohne Kinder erhielten mit 1.412 Euro das höchste und Alleinerziehende mit 503 Euro das niedrigste Einkommen. Dabei stellte die Gruppe „Paare ohne Kinder“ mit einem Anteil von 33,7% den höchsten Anteil der Empfänger/-innen vor den allein lebenden Frauen (32,1%) und den Alleinerziehenden (21,7%). Von den Paaren mit Kindern nahmen nur 10,4% öffentliche Transferleistungen in Anspruch.

Private Transferzahlungen

- 2003 erhielten 13,7% der Alleinerziehenden und 8,5% der allein lebenden Frauen private Transfereinkommen. Dabei erhielten Alleinerziehende mit durchschnittlich 318 Euro die höchsten Zahlungen und allein lebende Männer mit 151 Euro die niedrigsten.

Haushaltsnettoeinkommen und Armutsgefährdungsschwelle

Armutsgefährdungsschwelle und OECD-Skala

- EU-weit gilt als armutsgefährdet, wer weniger als 60% des Medianeinkommens erzielt. Bezugsgröße ist das bedarfsgewichtete NÄE privater Haushalte. Aufgrund der unterschiedlichen Anzahl der Familienmitglieder und der Alterszusammensetzung erfolgt eine Gewichtung anhand der neuen OECD-Skala.

Armutsgefährdungsschwelle nach EU-SILC

- Auf der Basis der EU-SILC von 2006 waren allein lebende Personen nach der EU-Definition dann armutsgefährdet, wenn sie im Jahr weniger als 9.370 Euro (781 Euro im Monat) zum Leben hatten. Ein Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren galt bei einem verfügbaren Jahreseinkommen von weniger als 19.677 Euro (1.640 Euro) als armutsgefährdet.

Haushaltsnettoeinkommen und Armutsgefährdung in der Regionaleinheit und in Hessen

- Nach Erhebungen des Mikrozensus verfügten 6,6% der Privathaushalte in der Regionaleinheit mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg über ein Haushaltsnettoeinkommen von unter 900 Euro. In Hessen waren es 10,6%. Bei diesem Personenkreis - kann davon ausgegangen werden, dass sie ein erhöhtes Armutsrisiko tragen.

Privathaushalte nach Nettoeinkommen und Haushaltsgröße in Hessen

- Bei Mehrpersonenhaushalten kann davon ausgegangen werden, dass 2007 mindestens 6% bis 9% und bei Einpersonenhaushalten ca. 9,7% an der Armutsgrenze lebten. Eine Differenzierung nach Geschlecht zeigt, dass bis zu 16% der weiblichen Alleinstehenden an der Armutsgefährdungsschwelle leben.

Haushaltsnettoeinkommen von Familien

- Nach Erhebungen des Mikrozensus lebten 2008 ca. 17% der Familien in Hessen an der Armutsgrenze.
- In Hessen und der Regionaleinheit zeigt die Entwicklung von 2006 bis 2008 einen positiven Verlauf. So kann ein Rückgang der Familien mit niedrigen Haushaltseinkommen (bis 2.600 Euro pro Monat) und ein Anstieg von Familien mit höherem und hohem Einkommen (2.600 Euro und mehr pro Monat) verzeichnet werden.

Haushaltsnettoeinkommen von Alleinerziehenden in Hessen

- Alleinerziehende tragen ein erhöhtes Armutsrisiko. Nach Erhebungen des Mikrozensus lebten 2008 zwischen 27,3% (monatliches Nettoeinkommen unter 1.500 Euro) und 37,4% (monatliches Nettoeinkommen unter 1.700 Euro) an der Armutsgrenze.

Armutsrisikoquoten

Armutsrisikoquote in Deutschland 2007

- Ausgehend von der bundesdeutschen Armutsgefährdungsquote von 14,3% liegt das Armutsrisiko, gemessen am Bundesmedian, in den neuen Bundesländern mit 19,5% höher als im früheren Bundesgebiet mit 12,9%.

Armutsrisikoquote in Hessen 2007

- Gemessen am Bundesmedian tragen die Hessen mit 12% ein niedrigeres, gemessen am Landesmedian mit 14,9% ein höheres Armutsrisiko.

Armutsrisikoquote in der Regionaleinheit 2007

- Nach Auswertungen des Mikrozensus beträgt das Armutsrisiko in der Regionaleinheit mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg, gemessen am Bundesmedian, 10% und liegt so unter dem hessischen Durchschnitt.

- Ausgehend von der Bevölkerung im Kreisgebiet tragen ca. 28.929 Menschen im Landkreis ein Armutsrisiko.

Sozialstruktur der Einkommensarmut 2007 in Hessen

Alter und Geschlecht

- Frauen tragen ein höheres Armutsrisiko als Männer.
- Das höchste Armutsrisiko tragen jungen Menschen von 18 bis unter 25 Jahren. Im Bundesgebiet ist fast jeder vierte und in Hessen jeder fünfte junge Mensch dieser Altersgruppe betroffen. Mit zunehmendem Alter sinkt das Armutsrisiko, steigt aber wieder mit Erreichen des Rentenalters an.
- Daher ist hessenweit ein leichter Anstieg der Einkommensarmut bei Menschen mit 65 Jahren und älter zu verzeichnen. Davon betroffen sind vor allem Frauen.

Haushaltstyp

- Familien mit minderjährigen Kindern sind überdurchschnittlich von Einkommensarmut betroffen. Ein-Eltern-Familien tragen mit einem Anteil von über 33% das höchste Armutsrisiko, auch Paarhaushalte mit drei und mehr minderjährigen Kindern sind mit einem Anteil von über 20% einem sehr hohen Armutsrisiko ausgesetzt.

Erwerbsstatus

- Erwerbslose tragen mit einem Anteil von über 44,5% ein extrem hohes Armutsrisiko. Dagegen tragen erwerbstätige Personen mit knapp 6% nur ein sehr geringes Risiko. Von den erwerbstätigen Personen sind vor allem An- und Ungelernte (10,6%) armutsgefährdet.

Qualifikationsniveau

- Ein gewichtiger Armutsrisikofaktor ist die schulische und berufliche Qualifikation. Je niedriger die Qualifikation, des Haupteinkommensbeziehers, desto höher ist das Armutsrisiko.

Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund

- Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit tragen in Hessen ein höheres Armutsrisiko (27,6%) als Personen mit Migrationshintergrund (23%).

Veränderung der Armutsrisikoquoten

Armutsrisikoquoten vor Familienleistungen und Sozialtransfers

- Familienleistungen und Sozialtransfers senken das Armutsrisiko von Familien mit Kindern deutlich ab. So betrug die Armutsrisikoquote 2003 für Haushalte mit Kindern 12%.
- Vor den Familienleistungen lag die Armutsrisikoquote aber bei 21% und vor Sozialtransfer bei 28%. Bei Haushalten von Alleinerziehenden konnte allein durch Familienleistungen eine Reduzierung um 15% erreicht werden. Alle Leistungen zusammen verringerten das Armutsrisiko dieser Gruppe um 40%.

Entwicklung der Armutsrisikoquoten von Familien

- Von 1998 bis 2003 hat sich gezeigt, dass das Armutsrisiko von Alleinerziehenden auf hohem Niveau (35,4%) gleich geblieben ist. Bei allen anderen Familienformen hat sich die Armutsgefährdungsquote erhöht.

5 Soziale Sicherungsleistungen

Die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland sind ein wichtiges Element der Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung sowie der Wahrnehmung von Teilhabe- und Verwirklichungschancen. Mit den Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme werden finanzielle Hilfen des Staates bezeichnet, die zumindest ergänzend zu anderen vorhandenen Einkünften, zur Sicherung des grundlegenden Lebensunterhaltes an leistungsberechtigte Personen ausgezahlt werden (vgl. Stat. Ämter 2008:5 - Mindestsicherung).

Die bisherigen Ausführungen zum Armutsrisiko orientierten sich an dem Konzept der relativen Einkommensarmut. Dabei wurde Armut als Unterschreitung eines festgelegten Anteils des Durchschnittseinkommens (60% des Medianes) der Bevölkerung definiert.

Das politisch-normativ definierte Konzept von Armut geht davon aus, dass arm ist, wer über weniger als das gesetzlich definierte Einkommensminimum verfügt, seinen Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten kann und auf staatliche Unterstützung angewiesen ist. In diesem Sinne gelten Personen als arm, wenn sie Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme erhalten. Diese behördlich wahrgenommene und statistisch erfasste Armut wird mitunter begrifflich gleichgesetzt mit „bekämpfter“ Armut. Als tatsächlich arm (im Sinne von „absoluter“ oder „verdeckter Armut“) gelten demnach nur die Personen, die den gesetzlichen Anspruch auf Sicherung des Lebensunterhaltes nicht in Anspruch nehmen (vgl. Exkurs zu Armut 1.4.2).

Obwohl beiden Ansätzen unterschiedliche Definitionen zugrunde liegen, gibt es eine große Schnittmenge von Personen und Haushalten, die mit beiden Verfahren erfasst werden: Menschen, die unter der Einkommensarmutsgrenze leben und Menschen, die soziale Transferleistungen in Anspruch nehmen. Unter den Transferleistungen der sozialen Sicherungssysteme werden finanzielle Hilfen des Staates verstanden, die zur Sicherung des grundlegenden Lebensunterhaltes an leistungsberechtigte Personen ausgezahlt werden.

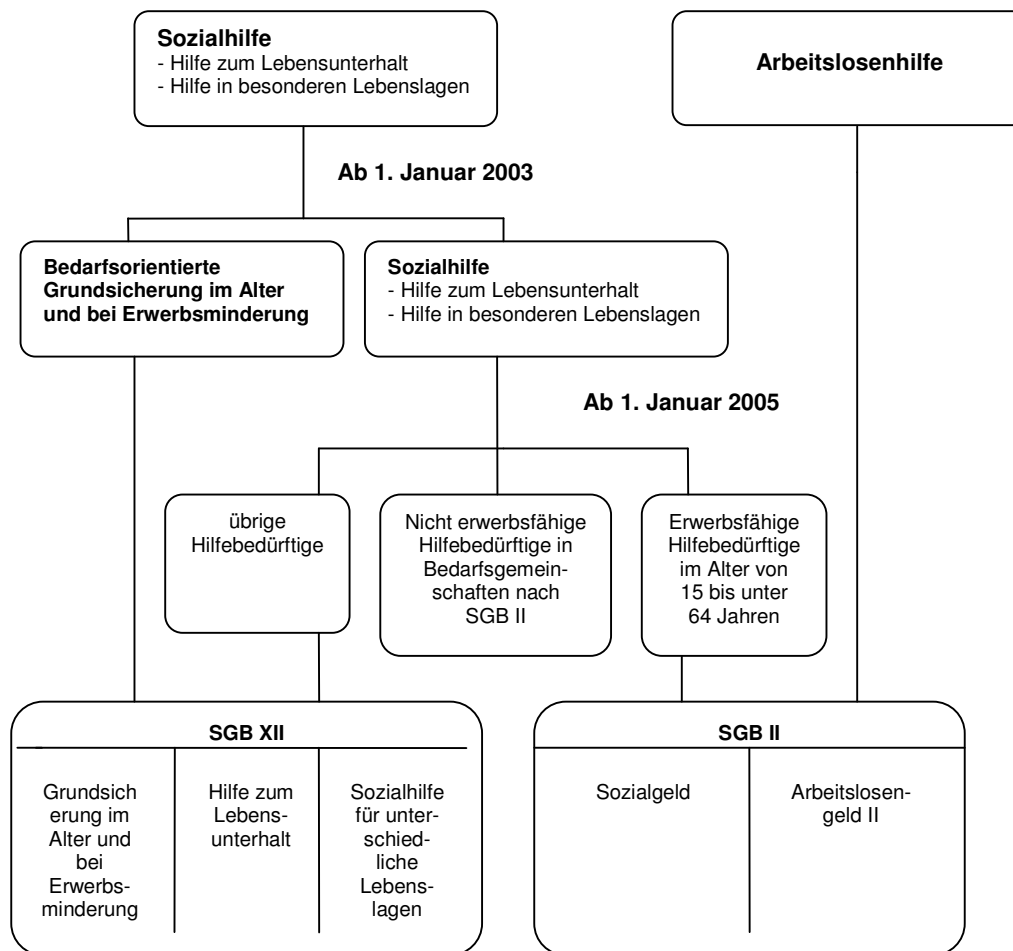
5.1 Änderung der sozialen Leistungssysteme

In den vergangenen Jahren wurden die gesetzlichen Grundlagen für die Sozialleistungssysteme mehrfach geändert. Zum 1. Januar 2003 wurde die bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung eingeführt.

Seit dem 01. Januar 2005 sind die Vorschriften des Grundsicherungsgesetzes Bestandteil des Sozialgesetzbuches Zwölftes Buch (SGB XII), Viertes Kapitel, ebenso wie die Hilfe zum Lebensunterhalt, Drittes Kapitel. Die Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) ist eine bedarfsorientierte soziale Leistung zur Sicherstellung des soziokulturellen Existenzminimums.

Weitere Änderungen wurden mit dem vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz IV) durch die Zusammenlegung von arbeitslosen und Sozialhilfe vollzogen. Seither erhalten erwerbsfähige Hilfebedürftige zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes die Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II, das so genannte Arbeitslosengeld II (ALG II).

Die nachfolgende Übersicht veranschaulicht die Veränderungen durch die Gesetzgebung und die Systematik der Sozialhilfeleistungen.



Grafik: LDS NRW

5.2 Soziale Mindestsicherungsleistungen

In den nachfolgenden Abschnitten werden die Transferleistungen der sozialen Mindestsicherung näher beschrieben. Dazu zählen im Einzelnen folgende Leistungen:

- Arbeitslosengeld II und Sozialgeld nach dem Sozialgesetzbuch II
- Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen im Rahmen der Sozialhilfeeinrichtungen im Rahmen der Sozialhilfe SGB XII
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Rahmen der Sozialhilfe nach SGB XII
- Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) und
- Leistungen der Kriegsopferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG).

Neben einem Überblick über die Personen und Bedarfsgemeinschaften, die diese Leistungen erhalten, werden der Umfang der Inanspruchnahme sowie die Entwicklung in den letzten Jahren dargestellt. Dabei wird auch der Frage nachgegangen, welche Personengruppen besonders häufig staatliche Transferleistungen in Anspruch nehmen (müssen).

5.2.1 Soziale Mindestsicherungsleistungen in Deutschland – Ein Überblick

Am Jahresende 2006 erhielten in Deutschland rund 8,3 Millionen Menschen Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungs-systeme, um ihren grundlegenden Lebensunterhalt zu bestreiten. Damit sind 10,1% der in Deutschland lebenden Menschen auf Existenzsichernde finanzielle Hilfen des Staates angewiesen. Im Verlauf des Jahres 2006 sind

für diese Leistungen Kosten in Höhe von 45,6 Milliarden Euro entstanden. Dabei entfiel mit Abstand der größte Teil der Ausgaben auf Leistungen nach dem SGB II, die zu 73% als Arbeitslosengeld II und zu 27% als Sozialgeld ausgezahlt wurden. Etwa 7,3 Millionen Personen erhielten Ende 2006 diese als „Hartz IV“ bezeichneten Leistungen.

Empfänger/-innen von Leistungen der sozialen Mindestsicherung am Jahresende 2006 und Bruttoausgaben im Laufe des Jahres 2006				
Leistungsart	Empfänger/-innen	Prozent	Ausgaben in Mrd. EUR*	Ausgaben je Einw. in EUR**
Leistungen nach dem SGB II insgesamt	7.283.493	87,7%	40,5	491,7
davon				
Arbeitslosengeld II	5.310.821	72,9%		
Sozialgeld	1.972.672	27,1%		
Mindestsicherungsleistungen im Rahmen der Sozialhilfe nach dem SGB XII insgesamt	763.809	9,2%	3,7	44,0
davon				
Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt - außerhalb von Einrichtungen	81.818	10,7%	0,5	5,6
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	681.991	89,3%	3,2	38,3
Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	193.562	2,3%	0,9	10,3
Laufende Leistungen der Kriegsopferfürsorge	59.849	0,7%	0,5	6,4
insgesamt	8.300.713	100,0%	45,6	552,4

* Bruttoausgaben für die jeweilige Sozialleistung

** durchschnittliche Bevölkerung im Jahr 2006

Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Rund 764.000 Menschen erhielten laufende Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes im Rahmen der Sozialhilfe nach dem SGB XII. Die Bruttoausgaben für diese Leistungen beliefen sich auf 3,7 Milliarden Euro.

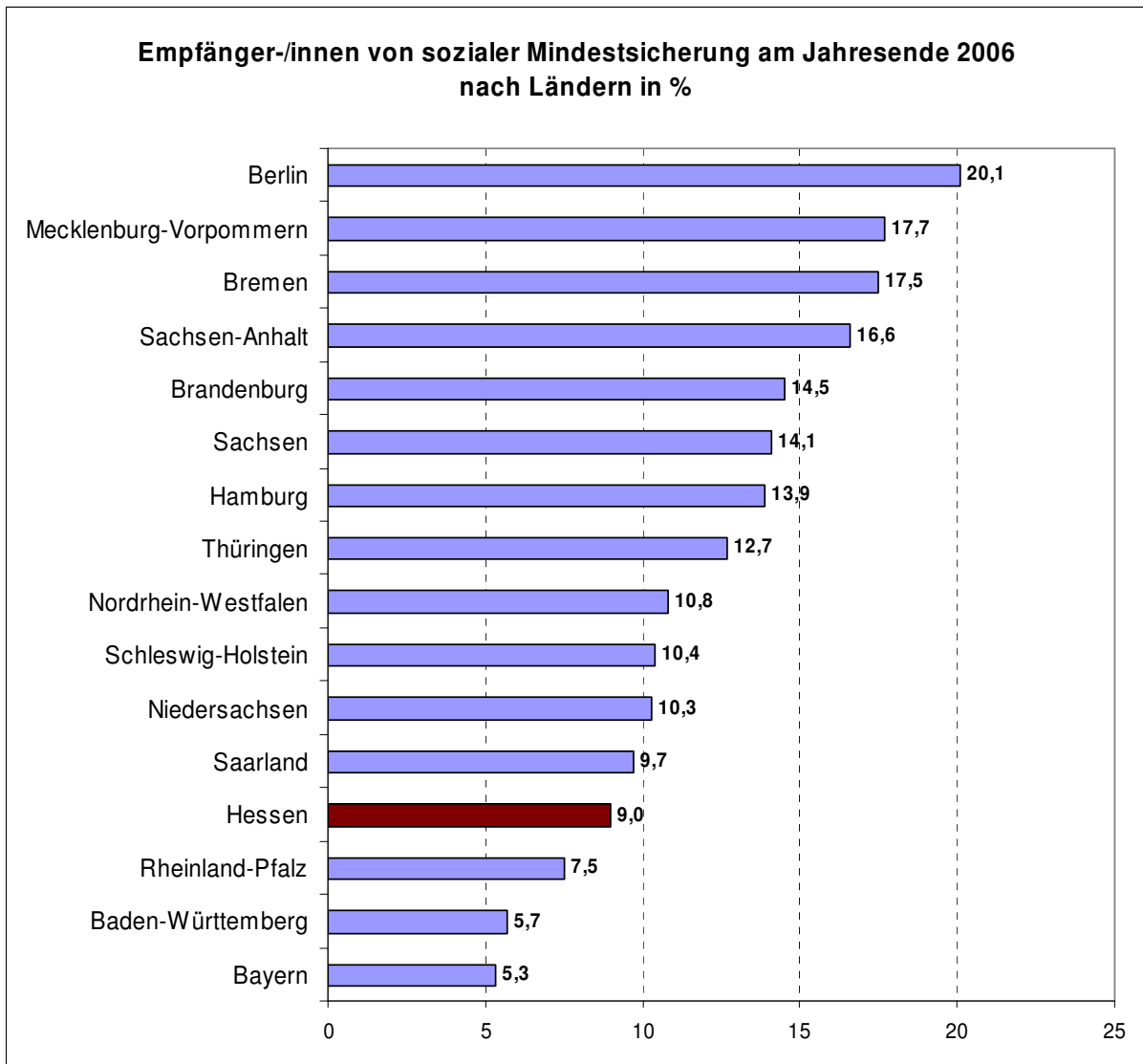
So genannte „Asylbewerberleistungen“, erhielten knapp 194.000 in Deutschland gemeldete Asylbewerber/-innen, die damit ihren Lebensunterhalt sicherten. Die Bruttoausgaben beliefen sich 2006 auf 0,9 Milliarden Euro.

Eine weitere Leistung zur Mindestsicherung, die hauptsächlich ältere Menschen betrifft, ist die Kriegsopferfürsorge. Am Jahresende 2006 erhielten fast 60.000 Personen diese Leistung, deren Ausgaben insgesamt 0,5 Milliarden betragen.

5.2.2 Empfänger/-innen von Mindestsicherungsleistungen nach Bundesländern

Der regionale Vergleich zeigt, dass 2006 die Menschen in den Stadtstaaten und den neuen Bundesländern verstärkt auf Leistungen der Mindestsicherung angewiesen waren. Mit der im Ländervergleich höchsten Bezugsquote von 20,1% erhielt jede/r fünfte Berliner/-in Leistungen zur Sicherung des grundlegenden Lebensunterhalts.

Die niedrigsten Bezugsquoten waren in den südlichen Bundesländern festzustellen. So erhielten am Jahresende 2006 in Bayern 5,3%, in Baden-Württemberg 5,7%, in Rheinland-Pfalz 7,5% und in Hessen 9,0% der Einwohner/-innen Leistungen der Mindestsicherungssysteme (vgl. Bericht Soziale Mindestsicherung in Deutschland 2006).



Quelle: Sozialberichterstattung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder; eigene Aufbereitung JHP

5.3 Staatliche Transferleistungen nach SGB II

5.3.1 Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II

Seit der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe ist mit der Grundsicherung für Arbeitssuchende eine einheitliche Leistung für alle erwerbsfähigen Personen geschaffen worden, die hilfebedürftig sind, weil entweder das Arbeitseinkommen nicht ausreicht oder sie keine Erwerbsarbeit haben. Das ALG II ist eine bedarfsorientierte und bedürftigkeitsabhängige Fürsorgeleistung. Maßstab für die Bewilligung von Leistungen ist die individuelle Bedürftigkeit der Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft (vgl. Dritter Armuts- und Reichtumsbericht 2008:52).

Anspruchsberechtigt sind erwerbsfähige Personen, die ihren Lebensunterhalt und den ihrer Angehörigen nicht aus eigener Kraft (durch zumutbare Arbeitsaufnahme oder den Einsatz von berücksichtigungsfähigen Einkommen oder Vermögen) sichern können, aber gesundheitlich in der Lage sind, mindestens drei Stunden zu arbeiten. Anspruch darauf haben alle erwerbsfähigen Hilfebedürftigen zwischen 15 und 65 Jahren, die ihren Aufenthaltsort in Deutschland haben. Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit können nur dann erwerbsfähig sein, wenn eine Arbeitserlaubnis vorliegt oder die Aufnahme einer Beschäftigung erlaubt wurde.

Nicht erwerbsfähige Personen, die mit einem/r erwerbsfähigen Bezieher/-innen von ALG II in einer Bedarfsgemeinschaft zusammenleben, erhalten das so genannte Sozialgeld, sofern sie keinen Anspruch auf Leistungen nach dem SGB XII (Sozialhilfe) haben.

Als Bedarfsgemeinschaft werden Personen behandelt, die mit dem/r erwerbsfähigen Hilfeempfänger/-in in einem Haushalt (wie z.B. Eltern, Partner/-in, minderjährige Kinder) leben und ihn gemeinsam bewirtschaften. Bei einer solchen Bedarfsgemeinschaft werden alle ihr angehörenden Personen mit ihrem Einkommen und Vermögen in eine gemeinsame Berechnung einbezogen. Dieser Ausgleich kann zu insgesamt weniger Leistungen (z.B. wenn Vermögen vorhanden ist), aber auch zu höheren Leistungen (durch mehrere Freibeträge bei der Anrechnung von Arbeitseinkommen) führen.

5.3.2 Zusammensetzung und Leistungshöhe von Hartz IV

Der Eckregelsatz und die Regelleistung stellen für Hartz IV-Leistungen das maßgebliche Existenzminimum dar. Der Regelsatz beläuft sich zunächst auf 359 Euro monatlich je Antragsteller. Für einen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Antragsteller werden 323 Euro (für eine Bedarfsgemeinschaft, in der Antragsteller/-in und Partner/-in Arbeitslosengeld II Bezieher sind: 2 x 90% der Regelleistung, also 646 Euro) gezahlt.

Die in der Regelsatzverordnung festgelegte Leistungshöhe richtet sich nach der Bedürftigkeit der/s Antragsteller/-in und wird aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) abgeleitet.

Für die Ermittlung des Regelsatzes werden die in der EVS ermittelten Ausgaben in zehn Ausgaben-Bedarfsposten gruppiert und nach einem Schlüssel anteilig berechnet. Das nachfolgende Beispiel gibt einen Überblick über die Anteile am Regelsatz für eine/n Antragsteller/-in.

Der Regelsatz für die soziale Grundversorgung errechnet sich aus monatlichen Beträgen für ...		
Anteil am Regelbedarf	in % von der RL	in € von der RL
Nahrung, Getränke, Tabakwaren	ca. 37%	132,83 €
Freizeit, Kultur	ca. 11%	39,49 €
Bekleidung, Schuhe	ca. 10%	35,90 €
Telefon, Telefax, Internet	ca. 9%	32,31 €
sonstige Waren und Dienstleistungen (insb. Kosten für Körperpflege und Hygiene)	ca. 8%	28,72 €
Wohnung (ohne Kosten für Miete), Strom	ca. 8%	28,72 €
Möbel, Haushaltsgeräte (inkl. Instandhaltung)	ca. 7%	25,13 €
Medikamente, Hilfsmittel (Gesundheitspflege)	ca. 4%	14,36 €
Verkehr	ca. 4%	14,36 €
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	ca. 2%	7,18 €
Gesamt	100%	359,00 €

Quelle: <http://www.bafoeg-aktuell.de/cms/soziales/hartz-iv/regelbedarf.html>

Der Regelsatz soll den laufenden und einmaligen Bedarf für Ernährung, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, Haushaltsenergie, allerdings ohne Heizung, abdecken. Er soll ausreichen für die Bedürfnisse des täglichen Lebens sowie in vertretbarem Umfang auch Beziehungen zur Umwelt sowie die Teilnahme am kulturellen Leben ermöglichen. Sofern Rentenanpassungen der Deutschen Rentenversicherung, jeweils zum 01. Juli eines Jahres, durchgeführt werden, wird auch der Regelsatz angepasst.

Tabelle zur Regelleistung (RL)				
Bedarf	bis 30.06.	ab 01.07.	% vom Regelsatz	Gesetz
Regelbedarf für Volljährige/ Alleinerziehende	351 €	359 €	100%	§ 20 Abs. 2 SGB II
RL volljährige Partner innerhalb einer Bedarfsgemeinschaft	316 €	323 €	90%	§ 20 Abs. 3 SGB II
RL unter 25-Jährige im Haushalt der Eltern / Strafregelleistung für ohne Zustimmung ausgezogene U 25'er	281 €	287 €	80%	§ 20 Abs. 2 S. 2 SGB II / § 22 Abs. 2a SGB II
Kinder 0 bis 13 Jahre	211 €		60%	§ 28 Abs. 1 Nr. 1 SGB II
Kinder 0 bis 6 Jahren		215 €	60%	§ 28 Abs. 1 Nr. 1 SGB II
RL für Kinder von 7 bis 13 Jahren		251 €	70%	§ 74 SGB II
Kinder 15 bis 17 Jahre	281 €	287 €	80%	§ 28 Abs. 1 Nr. 2 SGB II

Quelle: <http://www.bafoeg-aktuell.de/cms/soziales/hartz-iv/regelbedarf.html>

Seit dem 01.07.2009 liegt der Regelsatz bei 359 Euro. Bis zum 30.06.2009 lag er bei 351 Euro, was eine Erhöhung von 8 Euro oder in Prozent 2,3% ergibt.

5.3.2.1 Zusätzliche Leistungen und Mehrbedarf

Zusätzlich zu den Beträgen des Regelsatzes werden Kosten für Unterkunft und Heizung für angemessenen Wohnraum erstattet. Hier gibt es keine pauschalen Sätze, sondern die Erstattungen richten sich nach den tatsächlichen angemessenen Kosten.

Alleinerziehenden, Schwangeren sowie Behinderten stehen darüber hinaus zusätzlich pauschalierte Mehrbedarfe zur Verfügung. Weiterhin werden Mehrbedarfe gezahlt, wenn dies aus gesundheitlichen Gründen dringend erforderlich ist und mit einem Attest belegt wird.

Nach § 23 SGB II können Beihilfen für drei Fallgruppen gesondert gewährt werden.

1. Erstaussstattungen für die Wohnung einschließlich Haushaltsgeräten,
2. Erstaussstattungen für Bekleidung einschließlich bei Schwangerschaft und Geburt sowie
3. mehrtägige Klassenfahrten im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen.

Erwerbsfähige Hilfebedürftige sind in die Sozialversicherung einbezogen. Die Beiträge zur Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung werden übernommen. Als Familienmitglieder sind auch die Bezieher/-innen von Sozialgeld in der Regel in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung mitversichert.

5.3.2.2 Leistungen für Bedarfsgemeinschaften

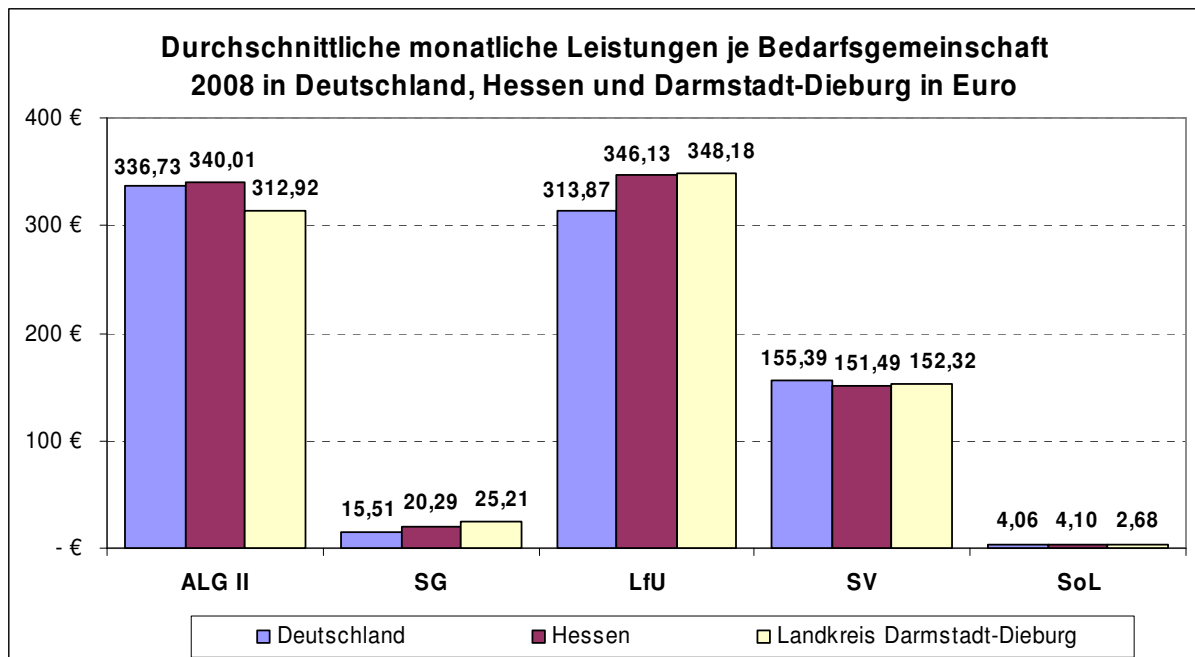
Die monatliche Leistung für eine Bedarfsgemeinschaft nach dem SGB II betrug im Dezember 2008 im Kreisgebiet durchschnittlich 841,30 Euro. Die Regelleistung des Arbeitslosengeldes (ohne Unterkunft) betrug je Bedarfsgemeinschaft (ermittelt aus der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften mit Anspruch auf diese Leistung) monatlich durchschnittlich 348,32 Euro und die Höhe des Sozialgeld 125,30 Euro.

Leistungen für Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II im Dezember 2008 im Landkreis Darmstadt-Dieburg		
Merkmale	Höhe der monatlichen Leistungen nach dem SGB II in Euro je Bedarfsgemeinschaft	
	Durchschnittliche Leistung je BG (ermittelt aus Anzahl aller BG's)	Durchschnittliche Leistung je BG (ermittelt aus Anzahl der BG's mit Anspruch auf diese Leistung)
Arbeitslosengeld II (ohne Leistungen für Unterkunft)	312,92 €	
nur Regelleistung	309,23 €	348,32 €
nur Zuschlag nach ALG gem. § 24 SGB II	3,69 €	114,94 €
Sozialgeld (ohne Leistungen für Unterkunft)	25,21 €	
nur Regelleistung	24,90 €	125,30 €
Leistungen für Unterkunft und Heizung	348,18 €	
nur laufende Leistung	347,65 €	
LfU nach Größe der Bedarfsgemeinschaften ¹		
BG mit einer Person	261,23 €	
BG mit zwei Personen	346,36 €	
BG mit drei Personen	414,28 €	
BG mit vier Personen	480,79 €	
BG mit fünf und mehr Personen	607,87 €	
Sozialversicherungsbeiträge	152,32 €	
Sonstige Leistungen	2,68 €	
Leistungen je Bedarfsgemeinschaft insgesamt	841,30 €	
Nettoleistung je Bedarfsgemeinschaft	706,82 €	705,53 €

¹ ohne einmalige Kosten für Wohnungsbeschaffung sowie die Übernahme von Mietschulden

Quelle: Statistik der BA: Grundsicherung für Arbeitssuchende im Dezember 2008; eigene Zusammenstellung JHP

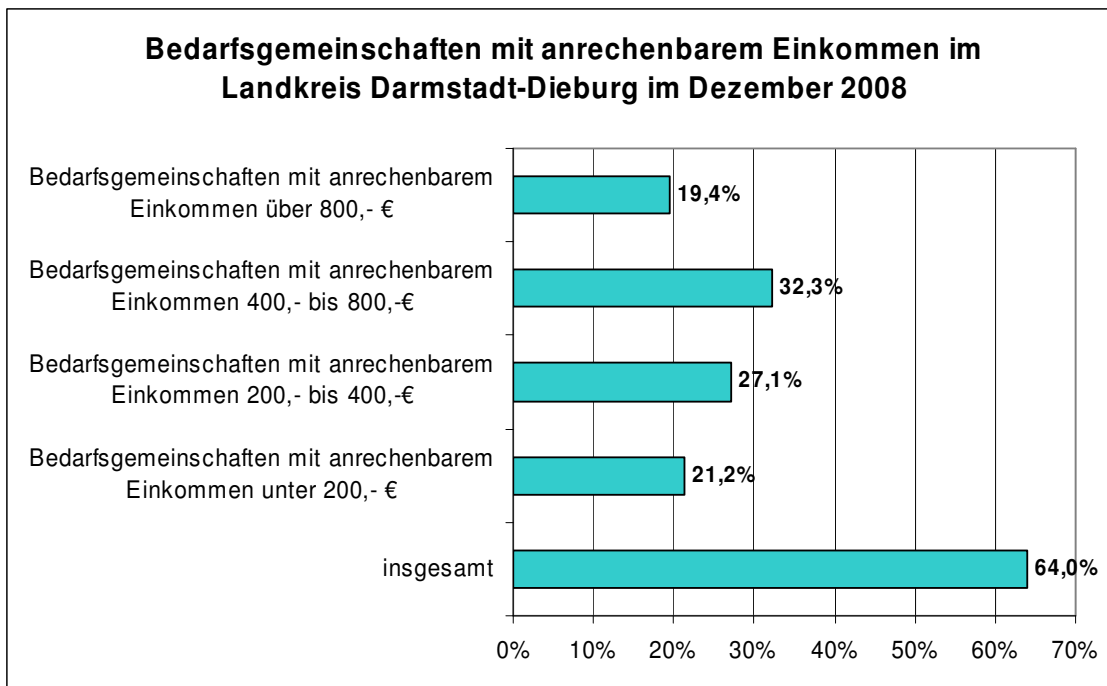
Die wichtigsten durchschnittlichen monatlichen Leistungen je Bedarfsgemeinschaft bundesweit, in Hessen und im Kreisgebiet, ermittelt aus der Anzahl aller Bedarfsgemeinschaften, verdeutlicht die nachfolgende Grafik.



Quelle: Statistik der BA: Grundsicherung für Arbeitssuchende im Dezember 2008; eigene Zusammenstellung JHP

Mit einer durchschnittlichen monatlichen Leistung in Höhe von 340,01 Euro lag das Arbeitslosengeld II für erwerbsfähige Hilfebedürftige am höchsten in Hessen und mit 312,92 Euro am niedrigsten im Kreisgebiet. Mit durchschnittlich 25,21 Euro (ohne Leistungen für Unterkunft) monatlich wurde im Kreisgebiet das höchste Sozialgeld für nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige ausgezahlt. Dies traf auch für die Gewährung von Leistungen für Unterkunft und Heizung der Bedarfsgemeinschaften zu.

Bundesweit wurden mit 155,39 Euro die höchsten Beiträge zur Sozialversicherung der Empfänger/-innen von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes (Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung) sowie entsprechende Zuschüsse zu Beiträgen bei Befreiung von der Versicherungspflicht übernommen. Die sonstigen Leistungen nach SGB II (SoL) lagen im Kreisgebiet mit 2,68 Euro unter den SoL in Hessen und dem Bundesgebiet.

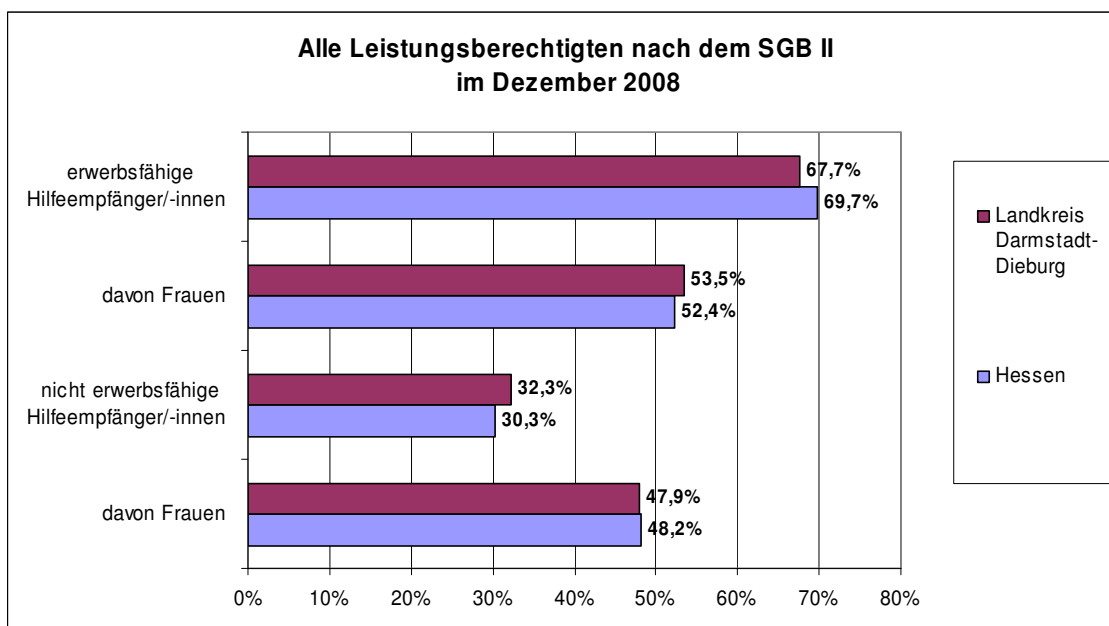


Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Statistik der Grundsicherung, Berichtsmonat Dezember 2008; eigene Aufbereitung JHP

Bei der Leistungsberechnung im Landkreis Darmstadt-Dieburg wurde im Dezember 2008 bei 64% der Bedarfsgemeinschaften eigenes Einkommen berücksichtigt.

5.3.3 Leistungsberechtigte der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II im Landkreis Darmstadt-Dieburg

Im Dezember betrug die Anzahl aller Leistungsempfänger/-innen nach SGB II im Landkreis 15.149 Personen. Gemessen an der Gesamtbevölkerung des Kreisgebietes 2008 entsprach dies einem Anteil von 6,7%. Damit bezog jede/r 15.te Kreisbewohner/-in SGB II-Leistungen. Von den Leistungsbezieher/-innen waren 48,3% Männer und 51,7% Frauen.

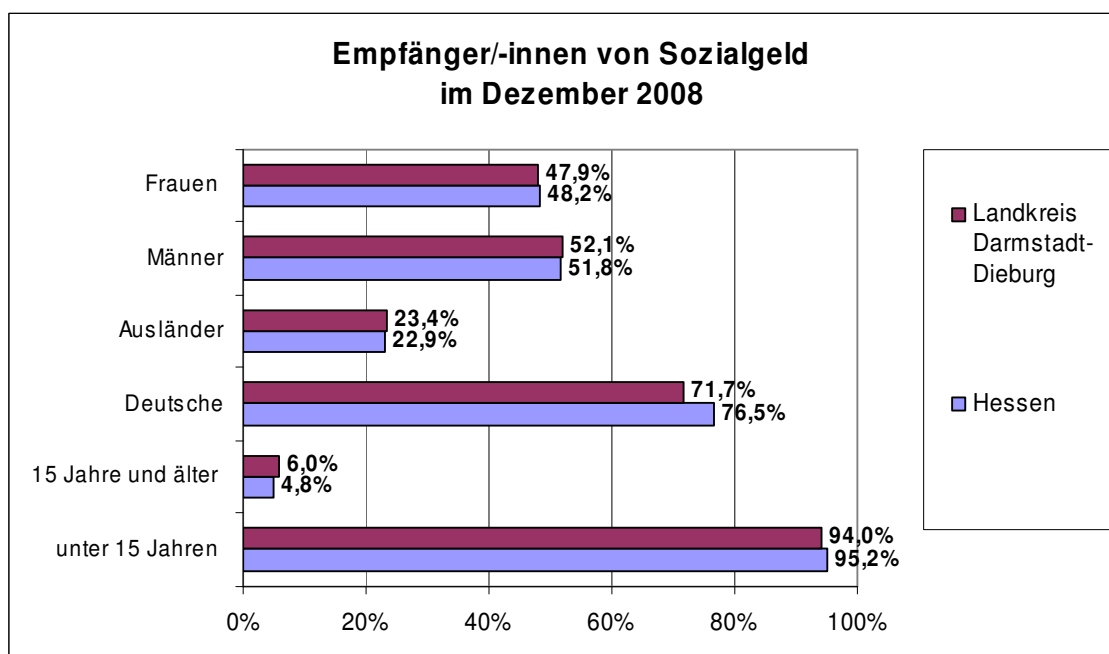


Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Statistik der Grundsicherung, Berichtsmonat Dezember 2008; eigene Aufbereitung JHP

Im Berichtsmonat Dezember 2008 lag der Anteil der Arbeitslosengeld II Empfänger/-innen im Landkreis bei 67,7% und der Anteil der Bezieher/-innen von Sozialgeld bei 32,3%. Damit lag der Anteil der nicht-erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im Kreisgebiet über dem hessischen Durchschnitt.

5.3.3.1 Nicht erwerbsfähig: Empfänger/-innen von Sozialgeld

Nicht erwerbsfähige Familienangehörige von ALG II-Empfängern erhalten das so genannte Sozialgeld.



Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Statistik der Grundsicherung, Berichtsmonat Dezember 2008; eigene Aufbereitung JHP

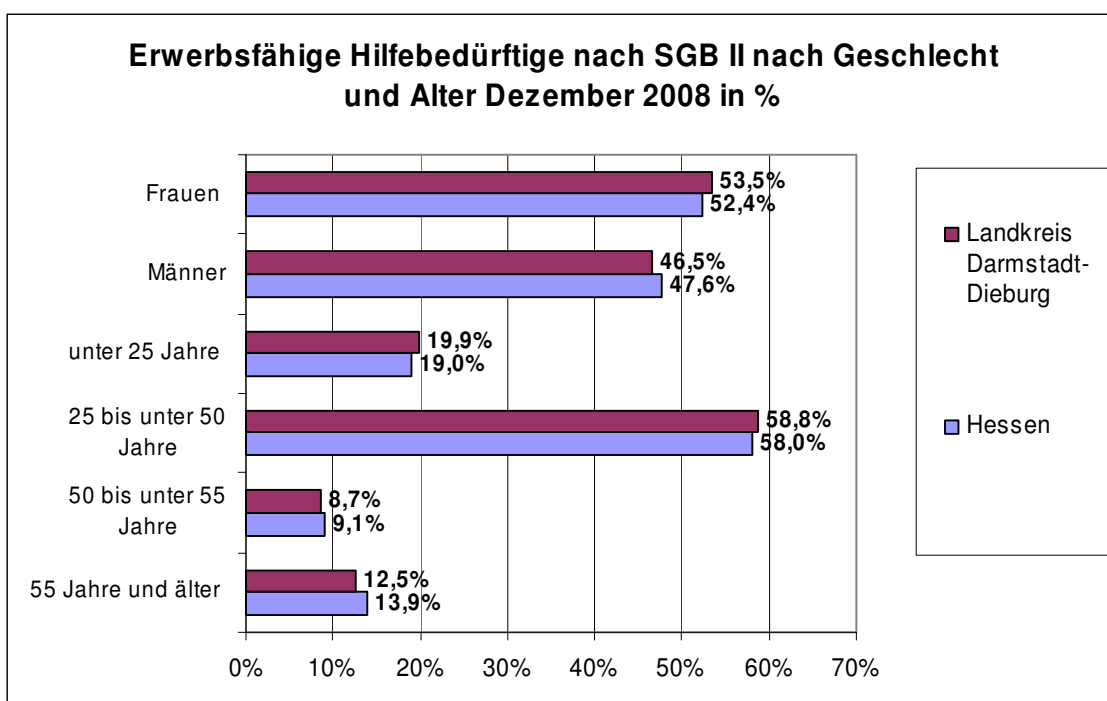
Im Berichtsmonat Dezember 2008 wurden im Landkreis Darmstadt-Dieburg 4.894 Sozialgeldempfänger/-innen gemeldet, davon waren 4.602 Personen und damit 94% unter 15 Jahren.

Der Anteil der Sozialgeldempfänger/-innen an allen Hartz IV-Leistungen betrug damit 32,3%. Bei den Sozialgeldberechtigten überwiegt der Anteil der Männer mit 51,8%. Rund 71,7% der Hilfebezieher/-innen hatten die deutsche Staatsangehörigkeit und 23,4% waren ausländische Mitbürger/-innen. Für knapp 5% der Bezieher/-innen wurde keine Zuordnung vorgenommen.

Der Kinderanteil an allen Bezieher/-innen von Hartz IV-Leistungen betrug 2008, gemessen an der altersgleichen Bevölkerung im Landkreis Darmstadt-Dieburg 10,9%. Damit lag der Kinderanteil unter dem in Hessen (14,6%) und dem 2006 in Deutschland (16,6%) festgestellten Anteil. Im Kreisgebiet bezog fast jedes 9.te Kind, in Hessen knapp jedes 7.te und deutschlandweit fast jedes sechste Kind unter 15 Jahren Leistungen nach den SGB II.

5.3.3.2 Erwerbsfähig: Arbeitslosengeld II- Empfänger/-innen

Im Dezember 2008 waren im Landkreis Darmstadt-Dieburg insgesamt 10.255 Empfänger/-innen von ALG II erwerbsfähig. Das entspricht 67,7% aller Empfänger/-innen von Hartz IV-Leistungen. Eine Differenzierung nach soziodemografischen Merkmalen gibt an, welche Bevölkerungsgruppen überdurchschnittlich auf diese Leistungen angewiesen waren.

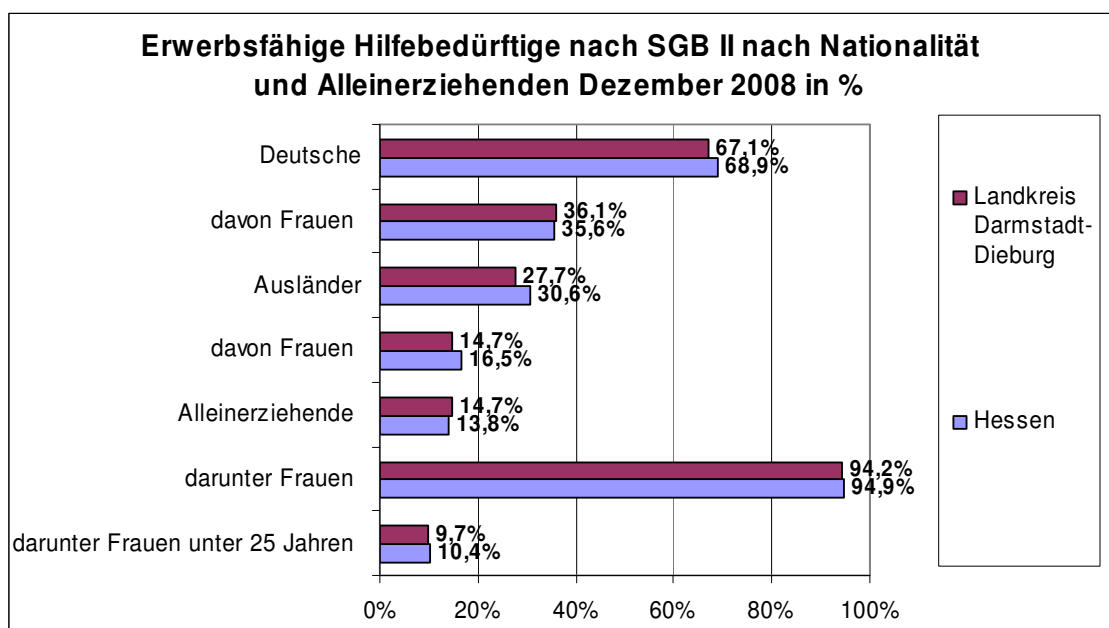


Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Statistik der Grundsicherung, Berichtsmonat Dezember 2008; eigene Aufbereitung JHP

Bei Betrachtung der Geschlechterverteilung fällt auf, dass Frauen diese Leistung mit 53,5% zu weit höheren Anteilen bezogen als Männer. Diese Verteilung ist auch hessenweit zu beobachten.

Eine Unterscheidung nach Alter zeigte eine vergleichsweise lange „mittlere Altersklasse“ von 25 bis unter 50 Jahren mit einem Anteil von 58,8%. Auffällig ist, dass mit zunehmendem Alter der Anteil Leistungsbeziehern steigt. Lag der Anteil der männlichen Hilfeempfänger unter Berufseinsteigern unter 25 Jahren noch bei 45,5% so erreichte er bei denen, die kurz vor Ende des Erwerbslebens standen, schon 53,3%.

Von den erwerbsfähigen Empfänger/-innen Ende 2008 hatten im Kreisgebiet 67,1% eine deutsche und 27,7% eine ausländische Nationalität. Zu 5,5% der Leistungsbezieher/-innen wurden keine Angaben gemacht.



Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Statistik der Grundsicherung, Berichtsmonat Dezember 2008; eigene Aufbereitung JHP

Wie schon in der Vergangenheit bei der Sozialhilfe sind Frauen als Alleinerziehende nun auch stärker von Hartz IV-Leistungen abhängig als Männer. Von den insgesamt 1.506 Alleinerziehenden mit ALG II-Bezug waren 94,2% Frauen. Dies entspricht in etwa auch dem hessischen (94,9%) und dem bundesdeutschen Wert (94%). In der Altersgruppe der unter 25-Jährigen, in der im Kreisgebiet 143 Alleinerziehende erfasst wurden, betrug ihr Anteil 96,5%.

5.3.3.3 Erwerbstätige Hilfebedürftige im Kreisgebiet

Leistungen der Grundsicherung sind nach § 1 Abs. 1 SGB II unter anderem darauf auszurichten, dass Hilfebedürftigkeit durch eine Erwerbstätigkeit vermieden oder beseitigt und die Dauer der Hilfebedürftigkeit dadurch verkürzt oder verringert wird. Von den 5.098.196 erwerbsfähigen, hilfebedürftigen SGB II-Bezieher/-innen bezogen im Januar 2007 bundesweit rund 1,3 Millionen Personen Leistungen nach dem SGB II, obwohl sie einer Beschäftigung nachgingen. Damit ist ein Viertel (25,5%) aller erwerbsfähigen Hilfebezieher/-innen erwerbstätig.

Zu diesen Hilfebedürftigen, die trotz Erwerbseinkommen hilfebedürftig im Sinne des SGB II sind, gehören Personen mit geringfügiger Beschäftigung, also die so genannten Mini-Jobber und sozialversicherungspflichtige Erwerbstätige. Frauen, Ausländer/-innen und Teilzeitbeschäftigte beziehen dabei überdurchschnittlich häufig gleichzeitig Erwerbseinkommen und Grundsicherungsleistungen (Bundesagentur für Arbeit).

Eine geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt dann vor, wenn das Arbeitsentgelt aus dieser Tätigkeit regelmäßig 400Euro im Monat nicht übersteigt.

Erwerbsfähige Hilfebedürftige im Landkreis Darmstadt-Dieburg im Dezember 2008							
	Erwerbsfähige Hilfebedürftige	Erwerbstätige insgesamt		davon sozialversicherungspflichtig Beschäftigte		davon geringfügig Beschäftigte (bis 400€)	
		abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Darmstadt-Dieburg	abs. 10.255	abs. 3.117	in % 30,4%	abs. 1.326	in % 42,5%	abs. 1.791	in % 57,5%

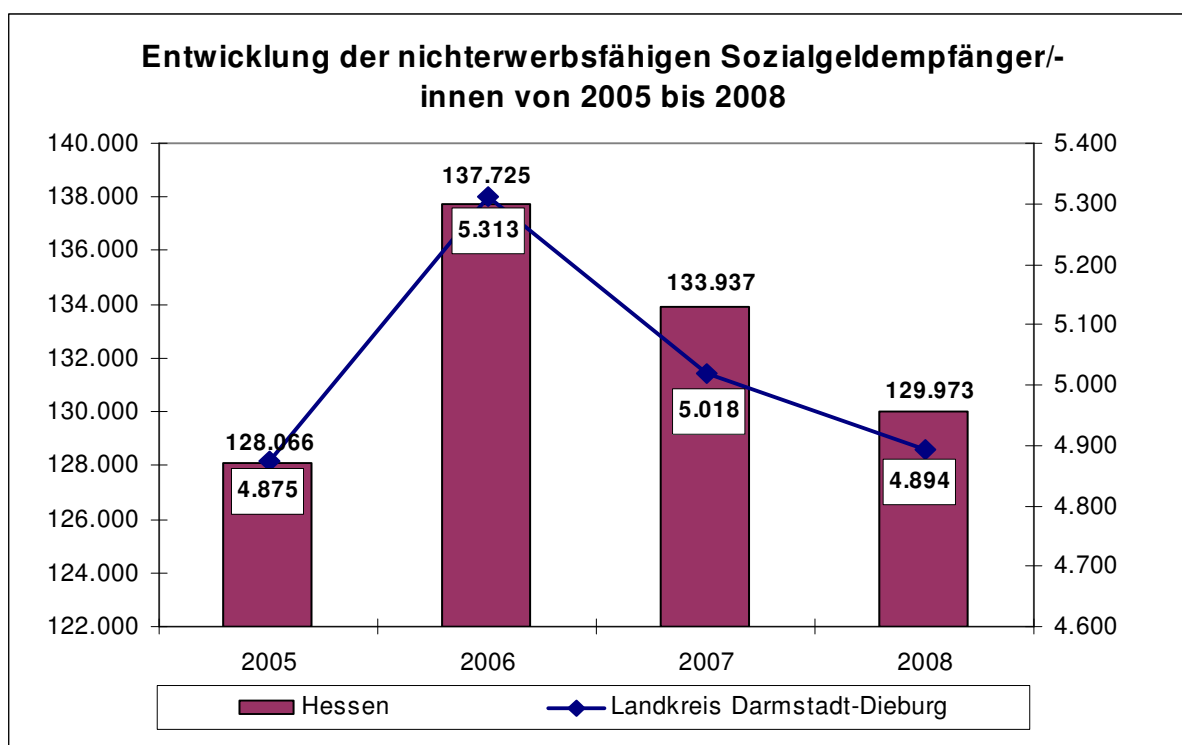
Quelle: KfB Darmstadt-Dieburg Berichtsmonat Dezember 2008; eigene Aufbereitung JHP

Von den 10.255 erwerbsfähigen Hilfebedürftigen im Kreisgebiet gingen 3.117 einer Arbeit nach, d.h. 30,4% erhielten Erwerbseinkommen und SGB II-Leistungen. Von diesen erwerbstätigen Hilfebedürftigen waren 42,5% sozialversicherungspflichtig beschäftigt und erhielten ein monatliches Einkommen über 400Euro. 57,5% der erwerbsfähigen Hilfeempfänger/-innen und damit der überwiegende Teil erlangten nur ein monatliches Erwerbseinkommen bis zu 400Euro. Diese geringfügige Beschäftigung ist nicht sozialversicherungspflichtig. Der Arbeitnehmer erhält den Verdienst abschlagsfrei, während der Arbeitgeber 28% pauschal an Renten- und Krankenversicherungsbeiträgen abführt.

5.3.4 Entwicklung der Leistungsberechtigten nach SGB II im Kreisgebiet

5.3.4.1 Entwicklung der nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen

Bei Empfänger/-innen von Sozialgeld zeigt sich für den Landkreis Darmstadt-Dieburg und Hessen ein sehr ähnlicher Entwicklungsverlauf.



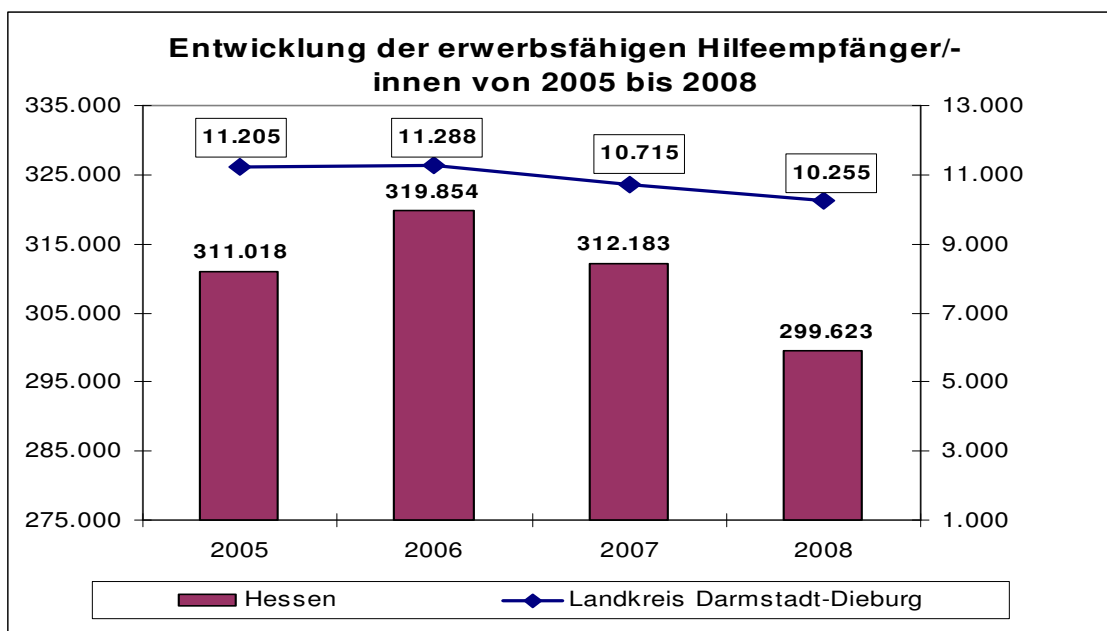
Quelle: BA:: Statistik der Grundsicherung, Berichtsmonat jeweils Dez. 2005 bis 2008; eigene Aufbereitung JHP

Von 2005 bis 2006 stieg die Zahl der Empfänger/-innen stark an und ist seither kontinuierlich rückläufig.

Im gesamten Beobachtungszeitraum nahm die Zahl der Sozialgeldempfänger/-innen in Hessen stärker zu (+1,5%) als im Kreisgebiet (+ 0,4%).

5.3.4.2 Entwicklung der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen

Sehr ähnlich verlief die Entwicklung der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen. Ihre Zahl nahm in Hessen und im Kreisgebiet von 2005 bis 2006 stark zu und seither kontinuierlich ab.



Quelle: BA.: Statistik der Grundsicherung, Berichtsmonat jeweils Dez. 2005 bis 2008; eigene Aufbereitung JHP

Im gesamten Beobachtungszeitraum verringerte sich die Zahl der erwerbsfähigen ALG II-Bezieher/-innen in Hessen um 3,7% und im Kreisgebiet um 8,5%.

5.3.4.3 Entwicklung der erwerbstätigen Hilfebedürftigen

Die Entwicklung der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen wurde im Landkreis Darmstadt-Dieburg erstmals 2007 erhoben. Aus diesem Grund existieren keine Vergleichsdaten für die Vorjahre.

Entwicklung der erwerbsfähige Hilfebedürftige im Landkreis Darmstadt-Dieburg im Dezember von 2007 bis 2008							
Landkreis	Erwerbsfähige Hilfebedürftige	Erwerbstätige insgesamt		davon sozialversicherungspflichtig		davon geringfügig Beschäftigte (bis 400€)	
		abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Darmstadt-Dieburg	abs.	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
2008	10.255	3.117	30,4%	1.326	42,5%	1.791	57,5%
2007	10.715	2.972	27,7%	1.303	43,8%	1.669	56,2%
Veränderung	-460	145	2,7%	23	-1,3%	122	1,3%

Quelle: KfB Darmstadt-Dieburg Berichtsmonat Dezember 2007 u. 2008; eigene Aufbereitung JHP

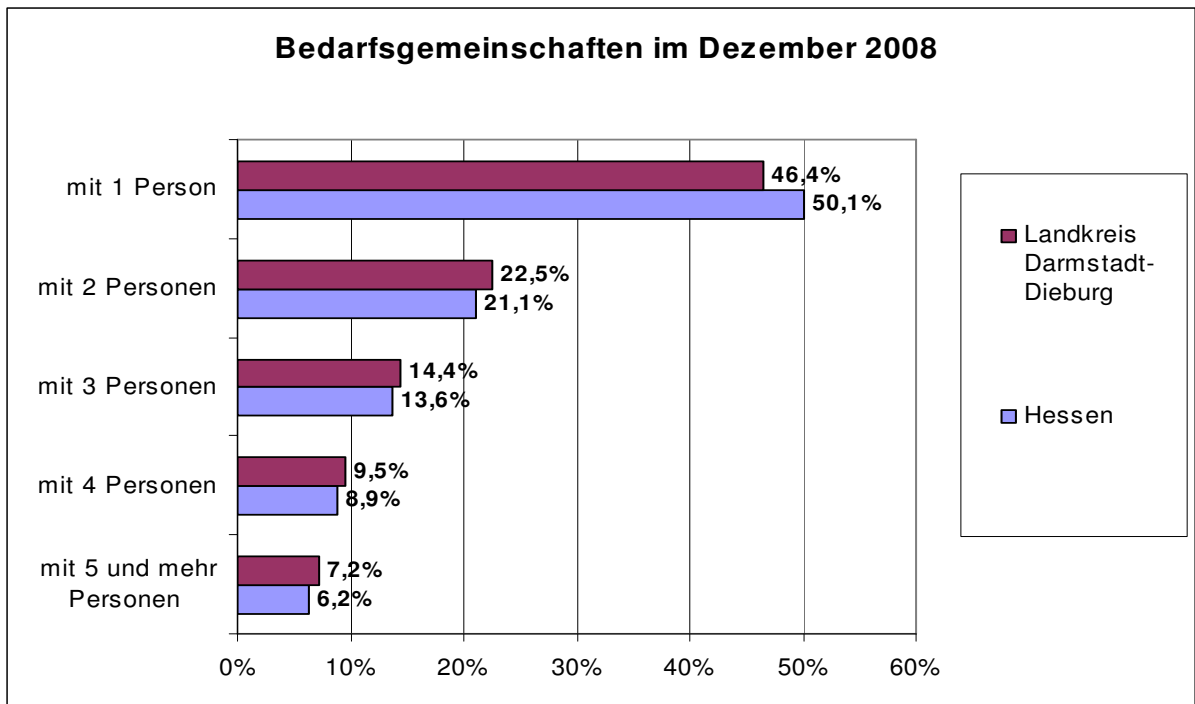
Der Vergleich 2008 mit dem Vorjahr zeigt einen Anstieg der erwerbstätigen SGB II-Bezieher/-innen um 2,7%.

Die Differenzierung zeigt aber, dass der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten leicht rückläufig war, während der Anteil der geringfügig Beschäftigten leicht anstieg.

5.3.5 Bedarfsgemeinschaften nach SGB II im Kreisgebiet

Im Dezember 2008 gab es im Landkreis Darmstadt-Dieburg insgesamt 7.111 Bedarfsgemeinschaften. In den Bedarfsgemeinschaften lebten zu diesem Zeitpunkt 15.149 Personen und somit 2,1 Personen pro Bedarfsgemeinschaft. In 38,3% der Bedarfsgemeinschaften lebten Kinder unter 15 Jahren zusammen.

Von den Bedarfsgemeinschaften waren 3.300 Single-Bedarfsgemeinschaften. In 1.599 Bedarfsgemeinschaften lebten 2 Personen, in 1.027 drei Personen, in 675 vier Personen und in 510 fünf Personen und mehr.

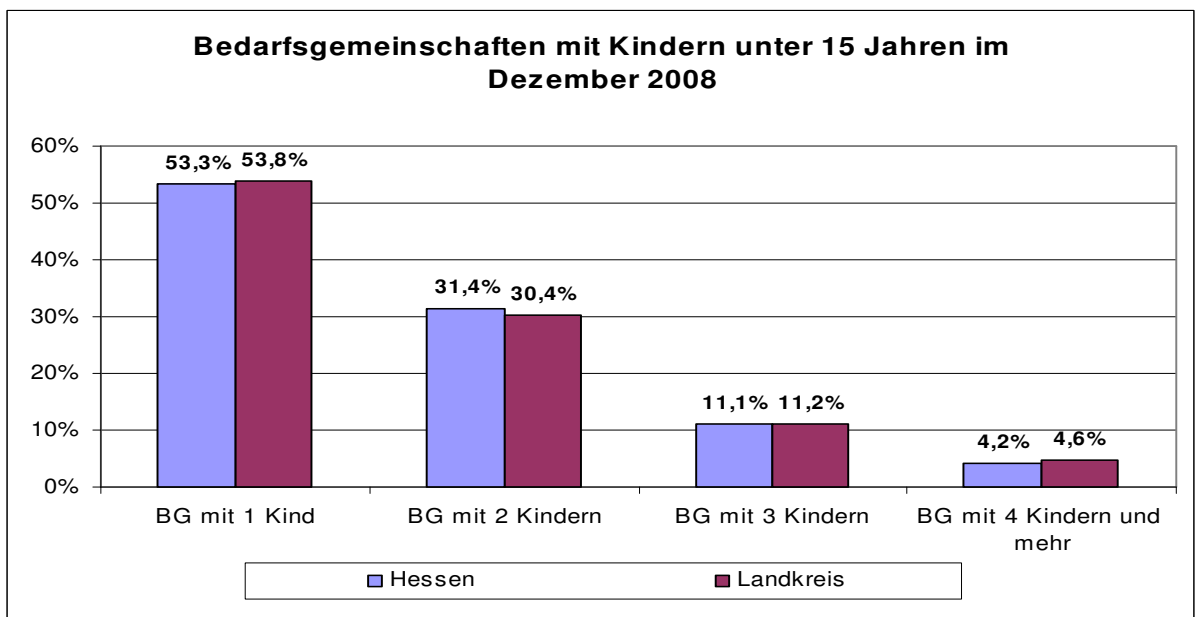


Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Statistik der Grundsicherung, Berichtsmonat Dezember 2008. Daten nach einer Wartezeit von 3 Monaten; eigene Aufbereitung JHP

Ein Vergleich mit Hessen zeigt im Kreisgebiet einen geringeren Anteil an Single-Bedarfsgemeinschaften und höhere Anteile bei allen anderen Bedarfsgemeinschaften.

5.3.6 Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 15 Jahren

Im Dezember 2008 wurden insgesamt 7.111 Bedarfsgemeinschaften im Landkreis Darmstadt-Dieburg erfasst. Davon waren 2.725 Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 15 Jahren. Damit lag der Anteil der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 15 Jahren an allen Bedarfsgemeinschaften bei 38,3%.



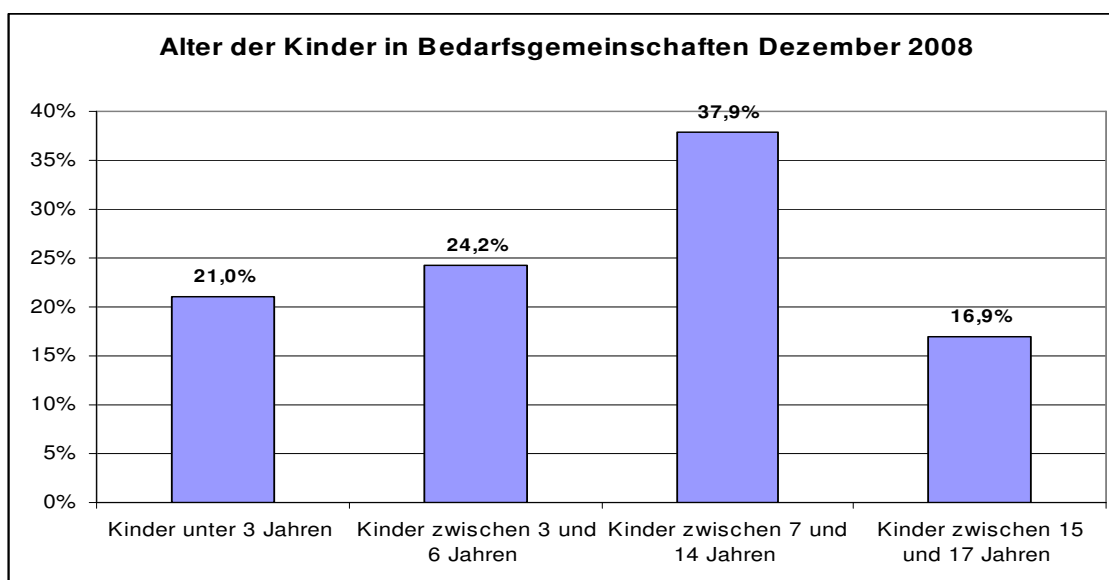
Quelle: KfB Darmstadt-Dieburg; eigene Berechnungen JHP

Über die Hälfte dieser Bedarfsgemeinschaften hatte ein Kind, knapp ein Drittel hatte zwei Kinder und knapp 16% hatten drei und mehr Kinder. Eine sehr ähnliche Verteilung findet sich auch hessenweit.

5.3.6.1 Bedarfsgemeinschaften nach Alter der Kinder

In 3.033 Bedarfsgemeinschaften lebten Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Damit betrug der Anteil der Bedarfsgemeinschaften mit Minderjährigen an allen Bedarfsgemeinschaften 42,7%.

Im Dezember 2008 lebten von den 51.926 Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren im Kreisgebiet 4.348 in Bedarfsgemeinschaften. Dies entspricht einem Anteil von 8,4%. Damit wuchs fast jedes 12.te Kind im Kreisgebiet in Familien auf, die soziale Transferleistungen im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitssuchende erhielten.



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Statistik Grundsicherung Dezember 2008; eigene Aufbereitung JHP

Eine Differenzierung der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren nach dem Alter der Kinder und Jugendlichen zeigt, dass 54,8%, und damit über die Hälfte zwischen 7 und 17 Jahre alt waren. 45,2% der Kinder in Bedarfsgemeinschaften waren im Alter von 0 bis 6 Jahre.

5.3.6.2 Alleinerziehende mit SGB II-Bezug

In Haushalten von Alleinerziehenden lag das Armutsrisiko 2007 bundesweit mit 39% und 33,3% in Hessen doppelt so hoch wie im Durchschnitt aller Haushalte oder Paarhaushalten mit Kindern (BMAS 2008). Alleinerziehende sind daher öfter und länger auf die Grundsicherung des SGB II angewiesen.

Von allen Alleinerziehenden in Deutschland erhielten im Dezember 2008 41% Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II. Im Landkreis Darmstadt-Dieburg betrug der Anteil der Alleinerziehende mit SGB-II Bezug 20,4%.

Bedarfsgemeinschaften von Alleinerziehenden im SGB II im Dezember 2008		
	Landkreis Darmstadt-Dieburg	Deutschland
alle BGs	7.111	3.467.000
Alleinerziehende*	1.595	648.000
Prozentualer Anteil		
an allen BGs	22,4%	18,7%
an BGs mit Kinder(n)	52,6%	54,1%

Quelle: *KfB Da-Di; IAB 12/2009; eigene Berechnungen JHP

Von den knapp 3,5 Millionen Bedarfsgemeinschaften mit SGB II-Bezug im Dezember 2008 in Deutschland waren 648.000 Bedarfsgemeinschaften von Alleinerziehenden. Damit betrug der Anteil von Bedarfsgemeinschaften mit einem alleinerziehenden Elternteil an allen Bedarfsgemeinschaften rund 19%.

Werden zum Vergleich alle Bedarfsgemeinschaften mit Kindern herangezogen, so liegt der Anteil der Alleinerziehenden bei 54,1%. Alleinerziehende stellten damit mehr als die Hälfte der Bedarfsgemeinschaften mit minderjährigen Kindern.

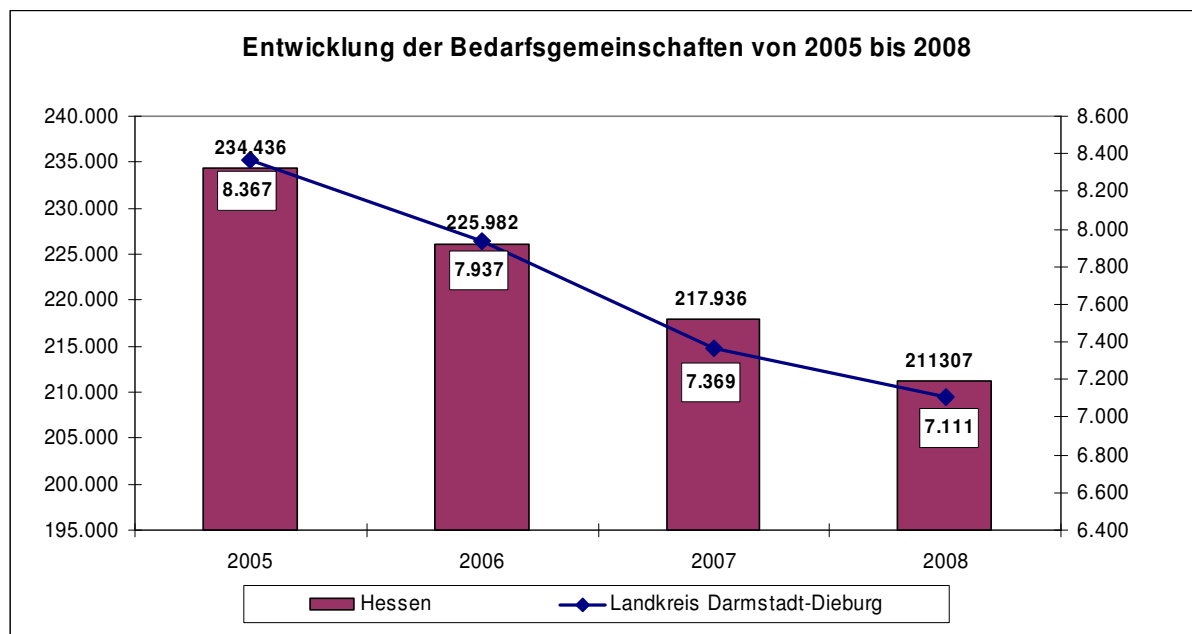
Im Landkreis Darmstadt-Dieburg betrug der Anteil der Alleinerziehenden an allen Bedarfsgemeinschaften 22,4%. Werden alle Bedarfsgemeinschaften mit Kindern zugrunde gelegt, so lag 2008 der Anteil der Alleinerziehenden im Kreisgebiet bei 52,6% und damit leicht unter dem Bundesdurchschnitt.

Von den Alleinerziehenden mit Anspruch auf Leistungen nach dem ALG II waren 98,1% erwerbsfähige Hilfebedürftige. Das SGB II berücksichtigt jedoch den Konflikt zwischen den Betreuungspflichten für kleine Kinder und der Verpflichtung zur Erwerbstätigkeit, die in der Regel bei alleinerziehenden Elternteilen schwerer zu lösen ist.

Daher wird die Verpflichtung dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen in Abhängigkeit von der Betreuungssituation und dem Alter der zu betreuenden Kinder eingeschränkt. Bis zum Alter von drei Jahren ist die Beteiligung am Erwerbsleben freiwillig, bei älteren Kindern müssen Betreuung und Erwerbstätigkeit in Einklang gebracht werden (vgl. IAB 12/2009).

5.3.7 Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften

Die Entwicklung von 2005 bis 2008 zeigt einen kontinuierlichen Rückgang der Bedarfsgemeinschaften sowohl in Hessen als auch im Landkreis.



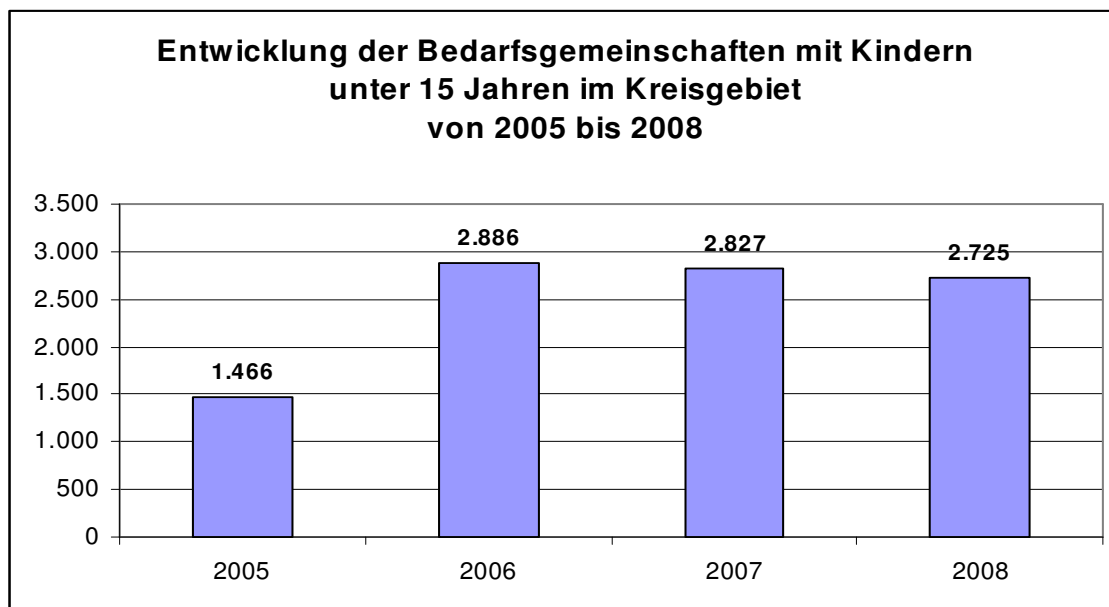
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Statistik der Grundsicherung, Berichtsmonat Dezember 2008. Daten nach einer Wartezeit von 3 Monaten; eigene Aufbereitung JHP

Im gesamten Beobachtungszeitraum war in Hessen ein Rückgang der Bedarfsgemeinschaften um 9,9% und im Kreisgebiet ein Rückgang um 15% zu verzeichnen. Gleichzeitig verringerte sich die Zahl der in den Bedarfsgemeinschaften lebenden Personen in Hessen um 2,2% und im Kreisgebiet um 5,8%, während die Personen pro Bedarfsgemeinschaft von 1,9 auf 2 in Hessen und von 1,9 auf 2,1 im Kreisgebiet anstieg.

5.3.8 Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern

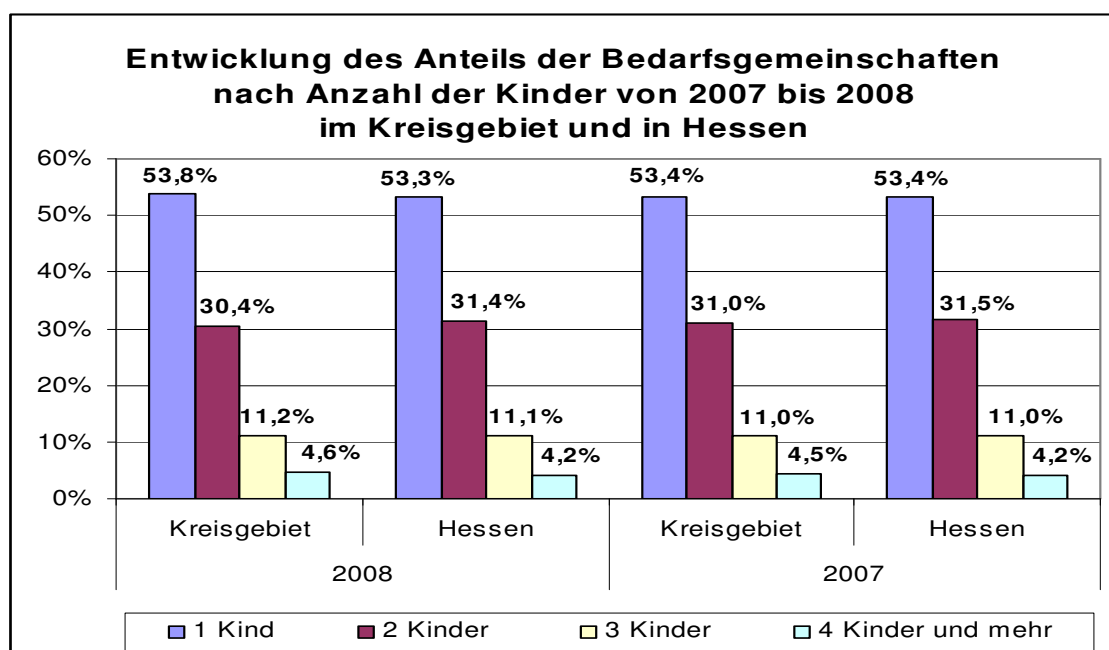
Der Anstieg der Bedürftigkeit von Bedarfsgemeinschaften mit Kindern spiegelt die Zunahme des „bekämpften“ Armutsrisikos von Ehepaaren mit Kindern und Alleinerziehenden wider.

Im Vergleichszeitraum stieg die Zahl der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern von 1.466 im Jahr 2005 auf 2.725 im Jahr 2008. Dies bedeutet einen Anstieg um mehr als 85%. Damit hat sich die Zahl der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern in fünf Jahren fast verdoppelt.



Quelle: KfB Dez. 2005 und 2006; Bundesagentur für Arbeit: Statistik der Grundsicherung, Dez. 2007 und 2008; eigene Aufbereitung JHP

Ein Vergleich der Entwicklung des Anteils der Bedarfsgemeinschaften nach Anzahl der Kinder in den Jahren 2007 und 2008 (davor liegen keine Vergleichszahlen vor) zeigt im Kreisgebiet eine leichte Zunahme des Anteils der Bedarfsgemeinschaften mit einem Kind (+0,4%), mit drei Kindern (+0,2%) und vier oder mehr Kindern (+0,1%). Einzig bei den Bedarfsgemeinschaften mit zwei Kindern ist ein leichter Rückgang (- 0,6%) zu verzeichnen.



Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Statistik der Grundsicherung, Berichtsmonat Dezember 2007 und 2008; eigene Aufbereitung JHP

Dagegen zeigte sich in Hessen ein minimaler Rückgang bei den Bedarfsgemeinschaften mit einem Kind bzw. zwei Kindern (je -0,1%), einen leichten Rückgang bei den Bedarfsgemeinschaften mit drei Kindern (-0,1%). Unverändert blieb hier der Anteil der Bedarfsgemeinschaften mit 4 Kindern und mehr.

5.3.9 Leistungsberechtigte nach SGB II in den Kommunen des Landkreises Darmstadt-Dieburg

Nachfolgend wird, abweichend von den bisher verwendeten Daten der Bundesagentur für Arbeit, die eine Vergleichbarkeit mit Hessen ermöglicht haben, auf die Daten der Kreisagentur für Beschäftigung (KfB) der Kreisverwaltung Darmstadt-Dieburg zurückgegriffen. Einzig bei der KfB liegen die Daten bezogen auf die einzelnen Kreiskommunen vor. Aufgrund der unterschiedlichen Datenquellen gibt es bei den nachfolgend aufgeführten Werten leichte Abweichungen.

Im Berichtsmonat Dezember 2008 waren in den 23 Kreiskommunen 15.611 Personen in 7.288 Bedarfsgemeinschaften gemeldet. Um Vergleichswerte für die Kreiskommunen zu erhalten, wurde nachfolgend der prozentuale Anteil der Leistungsempfänger/-innen an der Bevölkerung unter 65 Jahren berechnet.

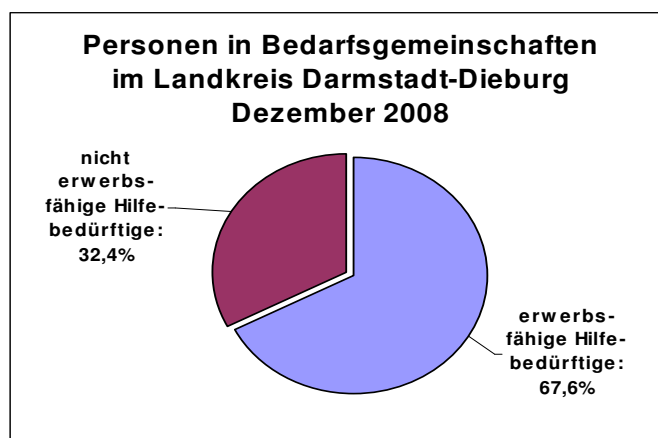
Kreisweit erhielten damit 6,6% der Bevölkerung unter 65 Jahren und damit jede/r 15. Bewohner/-in dieser Altersgruppe Leistungen nach dem SGB II. Ausgehend von diesem Mittelwert fand sich der größte Anteil an Leistungsberechtigten in der Bevölkerung in den Kommunen Groß-Zimmern (10,4%), Babenhausen und Reinheim (mit je 9,3%).

Empfänger/-innen von Leistungen nach dem SGB II in den Kreiskommunen 2008		
Kommune	Gesamt	in der Bev. unter 65 Jahren
Alsbach-Hähnlein	432	5,7%
Babenhausen	1.246	9,3%
Bickenbach	184	4,2%
Dieburg	904	7,6%
Eppertshausen	312	6,6%
Erzhausen	256	4,2%
Fischbachtal	110	5,1%
Griesheim	1.440	6,6%
Groß-Bieberau	259	6,9%
Groß-Umstadt	1.001	5,8%
Groß-Zimmern	1.218	10,4%
Messel	135	4,4%
Modautal	113	2,9%
Mühltal	341	3,1%
Münster	939	7,9%
Ober-Ramstadt	1.023	8,3%
Otzberg	201	3,8%
Pfungstadt	1.473	7,5%
Reinheim	1.258	9,3%
Roßdorf	645	6,5%
Schaafheim	380	5,1%
Seeheim-Jugenheim	501	4,1%
Weiterstadt	1.240	6,1%
Gesamt	15.611	6,6%

Quelle: KfB Dezember 2008; eigene Berechnungen JHP

Die geringsten Anteile an Hartz IV-Empfänger/-innen verzeichneten die Kommunen Modautal (2,9%).

Von allen gemeldeten Leistungsempfänger/-innen waren 10.559 erwerbsfähig und 5.052 nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige.



Quelle: KfB Darmstadt-Dieburg; eigene Berechnungen JHP

5.3.9.1 Nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige: Empfänger/-innen von Sozialgeld

Um Vergleichswerte für die Kreiskommunen zu erhalten, wurde der prozentuale Anteil der nichterwerbsfähigen Hilfeempfänger/-innen, gemessen an der Bevölkerung unter 15 Jahren. Diese Altersgruppe stellt zu über 90% die Empfänger/-innen von Sozialgeld.

Insgesamt wohnten ca. 12% der Kinder unter 15 Jahren im Landkreis Darmstadt-Dieburg in einer Familie, die Leistungen nach dem SGB II bezogen. Somit lebte jedes achte Kind in einer Bedarfsgemeinschaft und erhielt Sozialgeld.

Nichterwerbsfähige Hilfebedürftige: Empfänger/-innen von Sozialgeld						
	insgesamt	in% der Bev. unter 15 Jahren	davon Männer	in%	davon Frauen	in %
Alsbach-Hähnlein	129	10,1%	64	49,6%	65	50,4%
Babenhäusen	431	17,4%	239	55,5%	192	44,5%
Bickenbach	62	7,7%	34	54,8%	28	45,2%
Dieburg	315	14,4%	156	49,5%	159	50,5%
Eppertshausen	93	10,6%	42	45,2%	51	54,8%
Erzhausen	78	6,7%	45	57,7%	33	42,3%
Fischbachtal	40	10,2%	20	50,0%	20	50,0%
Griesheim	452	11,7%	219	48,5%	233	51,5%
Groß-Bieberau	90	12,6%	51	56,7%	39	43,3%
Groß-Umstadt	280	9,1%	140	50,0%	140	50,0%
Groß-Zimmern	417	19,0%	225	54,0%	192	46,0%
Messel	47	9,2%	19	40,4%	28	59,6%
Modautal	39	6,2%	21	53,8%	18	46,2%
Mühlthal	106	5,4%	68	64,2%	38	35,8%
Münster	329	15,6%	161	48,9%	168	51,1%
Ober-Ramstadt	305	14,0%	159	52,1%	146	47,9%
Otzberg	61	6,9%	29	47,5%	32	52,5%
Pfungstadt	467	13,4%	232	49,7%	235	50,3%
Reinheim	399	16,6%	212	53,1%	187	46,9%
Roßdorf	214	11,7%	106	49,5%	108	50,5%
Schaafheim	128	9,4%	73	57,0%	55	43,0%
Seeheim-Jugenheim	131	6,1%	71	54,2%	60	45,8%
Weiterstadt	439	12,2%	244	55,6%	195	44,4%
Gesamtkreis	5.052	12,0%	2.630	52,1%	2.422	47,9%

Quelle: KfB Darmstadt-Dieburg, eigene Berechnungen JHP

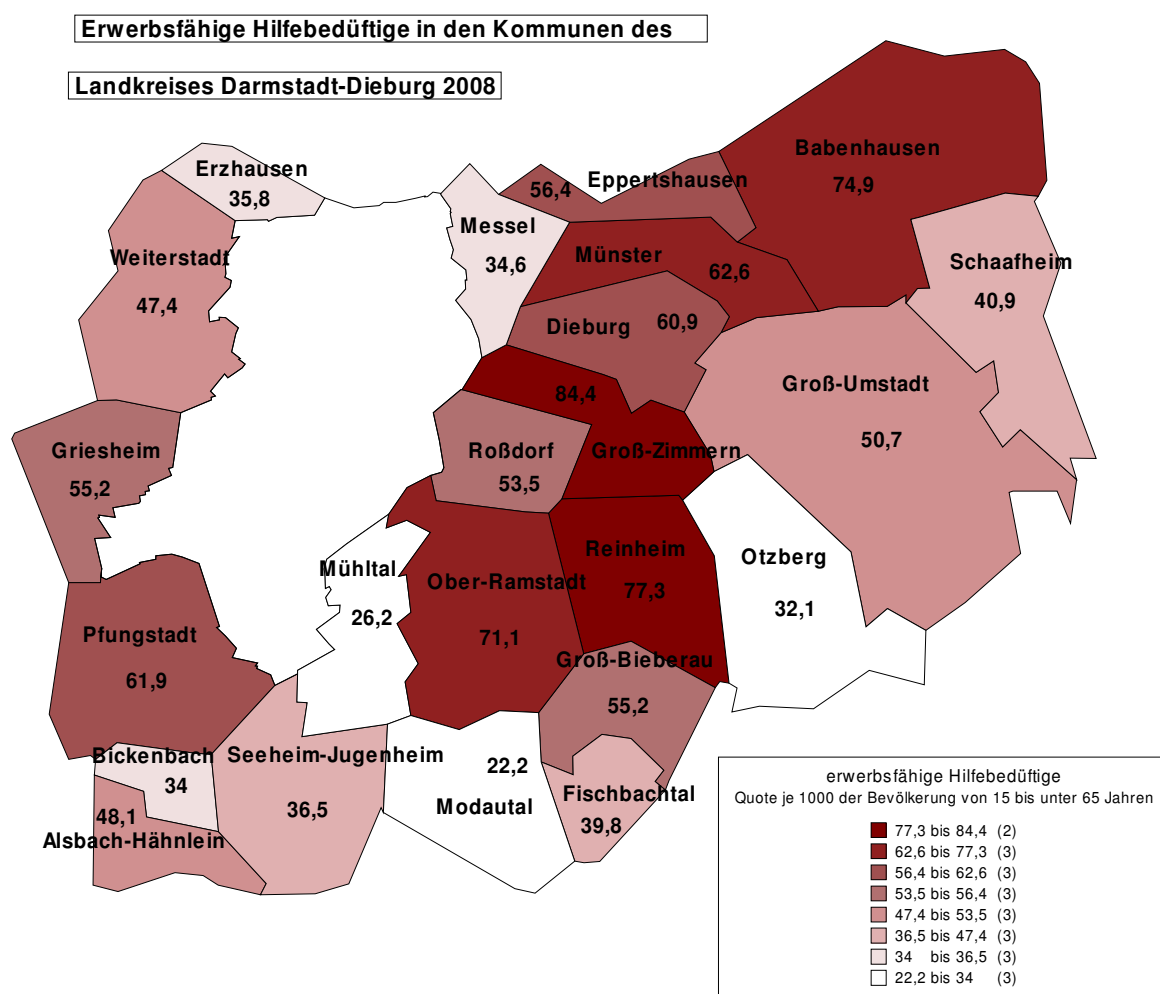
Ausgehend von dieser Quote lebten die meisten jungen Sozialgeldempfänger/-innen in Groß-Zimmern (19%) und in Babenhausen (17,4%).

Den geringsten Anteil an nichterwerbsfähigen Hilfebedürftigen wiesen die Kommunen Mühlthal und Seeheim-Jugenheim auf.

Ausgehend vom Kreisdurchschnitt von 52,1% männlichen und 47,9% weiblichen Sozialgeldempfänger/-innen waren in Mühlthal die meisten männlichen Bezieher und in Messel die meisten weiblichen Bezieherinnen auszumachen.

5.3.9.2 Erwerbsfähige Hilfebedürftige: Arbeitslosengeld II- Empfänger/-innen

Um auch für die erwerbsfähigen Hilfebedürftigen einen Vergleichswert zu erhalten wurde, bezogen auf die Kommunen, eine Quote je 1000 der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahre berechnet. Ausgehend von der Kreisquote von 54,6 lebten in Groß-Zimmern (84,4), in Reinheim (77,3) und in Babenhausen (74,9) die meisten erwerbsfähigen Hilfebedürftigen.



Quelle: KfB Darmstadt-Dieburg; eigene Berechnungen Jugendhilfeplanung

Dagegen wohnten in den Kommunen Modautal und Mühlthal die wenigsten erwerbsfähigen Hilfeempfänger/-innen.

5.3.9.3 Erwerbstätige Personen mit SGB II-Bezug

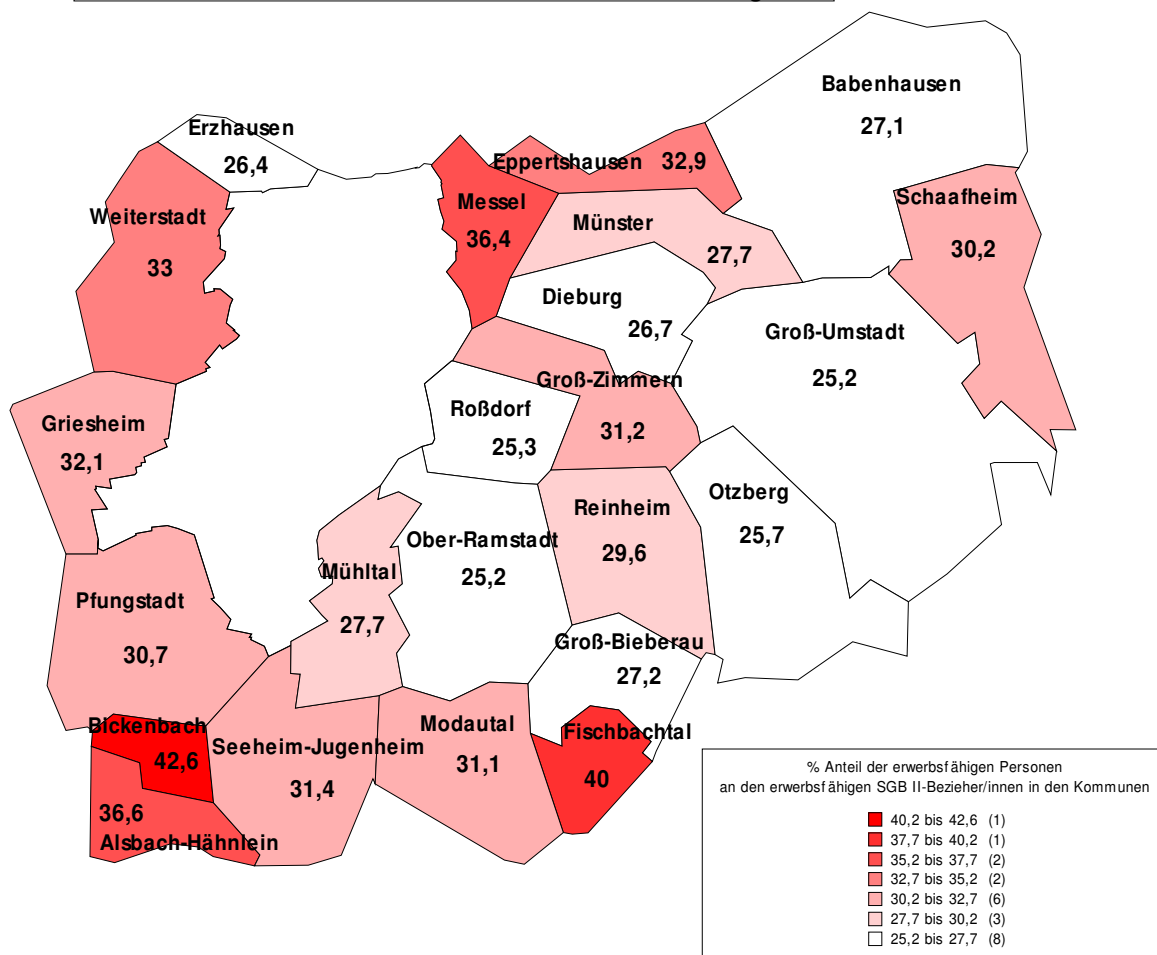
Insgesamt gab es im Dezember 2008 in den Kreiskommunen insgesamt 10.559 erwerbsfähige Hilfebedürftige mit SGB II-Bezug. Davon waren 3.117 Personen erwerbstätig. Das entsprach einem Anteil von 29,5%. Ausgehend von diesem Mittelwert fanden sich die

meisten erwerbstätigen Hilfebedürftigen in Bickenbach (42,6%), in Fischbachtal (40,0%) und in Alsbach-Hähnlein (36,6%).

Den niedrigsten Anteil von erwerbstätigen Personen an den erwerbsfähige Hilfeempfänger/-innen verzeichneten die Kommunen Groß-Umstadt und Ober-Ramstadt mit je 25,2% sowie Roßdorf mit 25,3%.

Prozentualer Anteil der erwerbstätigen Personen an den erwerbsfähigen

SGB II-Bezieher/-innen im Landkreis Darmstadt-Dieburg 2008



Quelle: KfB Darmstadt-Dieburg; eigene Berechnungen Jugendhilfeplanung

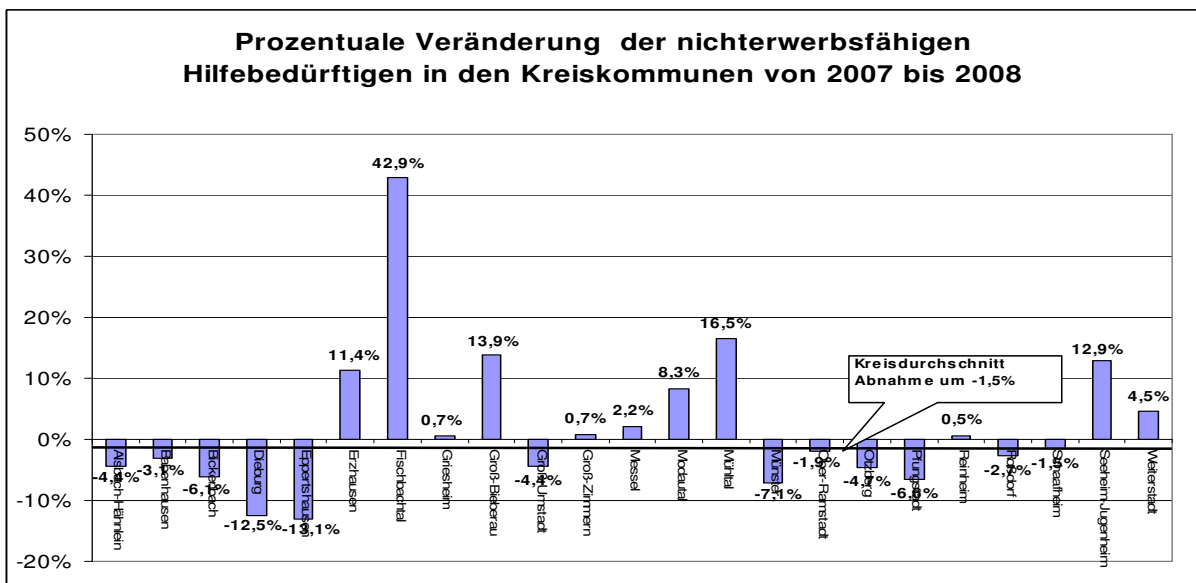
5.3.10 Entwicklung der Leistungsberechtigten nach SGB II in den Kreiskommunen

5.3.10.1 Nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige

Bezogen auf die Kreiskommunen wurden Daten der nichterwerbsfähigen Hilfebedürftigen im Landkreis Darmstadt-Dieburg erstmals 2007 erhoben.

Von 2007 bis 2008 verringerte sich die Zahl der nichterwerbsfähigen Hilfebedürftigen in den Kreiskommunen insgesamt von 5.131 auf 5.052. Dies entspricht einem Rückgang dieser Personengruppe um 1,5%.

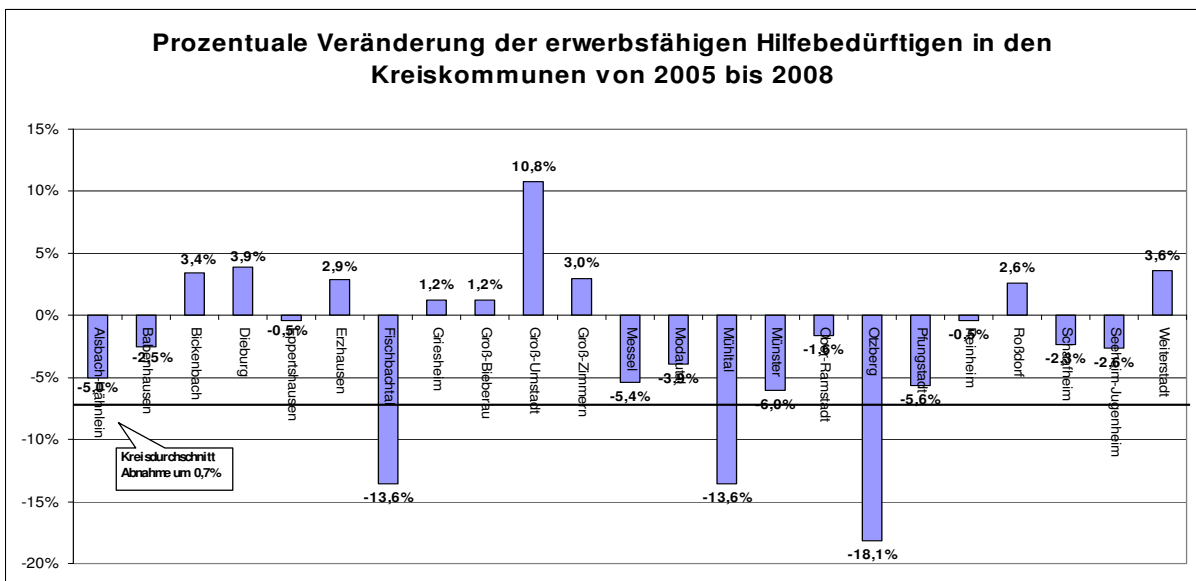
Ausgehend von diesem Mittelwert konnte der stärkste Rückgang bei den nichterwerbsfähigen Hilfebedürftigen in den Kommunen Erzhausen (-13,2%), Dieburg (-12,5%) und Münster (-7,1%) festgestellt werden.



Den Kreisdurchschnitt zugrunde gelegt, verzeichneten dagegen die Kommunen Fischbachtal (+42,9%), Mühltal (+16,5%) und Groß-Bieberau (+13,9%) eine hohe Zunahme der nichterwerbsfähigen Hilfeempfänger/-innen.

5.3.10.2 Erwerbsfähigen Hilfebedürftigen

Von 2005 bis 2008 verringerte sich die Zahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in den Kreiskommunen insgesamt von 10.639 auf 10.559. Das entspricht einem Rückgang im Beobachtungszeitraum um 79 Personen und damit um -0,7%.



Quelle: KfB Darmstadt-Dieburg; eigene Berechnungen Jugendhilfeplanung

Entgegen dem Trend gemessen am Kreisdurchschnittswert stieg die Zahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in Groß-Umstadt (+10,8%), Dieburg (3,9%), Weiterstadt (3,6%) und weiteren sechs Kommunen an.

Am deutlichsten zurück ging die Zahl der erwerbsfähigen Hilfeberechtigten in Otzberg (-18,1%), in Fischbachtal und Mühltal (je -13,6%).

5.3.10.3 Erwerbstätige Hilfebedürftigen

Auch bezogen auf die Kreiskommunen wurden der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen im Landkreis Darmstadt-Dieburg erstmals 2007 erhoben.

Im Vergleich zum Vorjahr verringerte sich 2008 die Zahl der erwerbsfähigen Hilfeempfänger/-innen kreisweit um 4,2%. Gleichzeitig erhöhte sich der Anteil der erwerbstätigen Hilfebedürftigen um 4,9%. Diese Entwicklung gestaltet sich in den Kreiskommunen sehr heterogen.

Veränderung der erwerbsfähigen und erwerbstätigen SGB II-Bezieher/-innen in den Kommunen des Kreisgebietes von 2007 bis 2008				
	% Veränderung der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen insgesamt	davon erwerbstätige Hilfebedürftige	davon sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	davon geringfügig Beschäftigte (bis 400€)
	in %	in %	in %	in %
Alsbach-Hähnlein	-1,6%	30,6%	35,9%	26,1%
Babenhäusen	-3,9%	11,6%	20,8%	5,8%
Bickenbach	-10,9%	30,0%	35,3%	26,1%
Dieburg	-4,2%	-1,3%	-19,5%	15,9%
Eppertshausen	-7,6%	18,0%	3,3%	32,3%
Erzhausen	-1,1%	-6,0%	-30,4%	14,8%
Fischbachtal	16,7%	33,3%	66,7%	20,0%
Griesheim	-5,1%	2,6%	-1,9%	7,4%
Groß-Bieberau	3,0%	9,5%	56,3%	-19,2%
Groß-Umstadt	-3,5%	19,0%	11,5%	22,8%
Groß-Zimmern	-0,1%	11,1%	21,0%	5,6%
Messel	1,1%	33,3%	0,0%	72,7%
Modautal	-7,5%	53,3%	-33,3%	400,0%
Mühltal	1,3%	20,4%	30,4%	12,9%
Münster	-10,8%	0,0%	-10,9%	6,7%
Ober-Ramstadt	-3,1%	-14,6%	-25,5%	-4,5%
Otzberg	-14,1%	-14,3%	20,0%	-25,0%
Pfungstadt, Stadt	-8,0%	0,7%	1,5%	0,0%
Reinheim, Stadt	-4,6%	2,4%	-4,6%	7,9%
Roßdorf	-0,9%	1,9%	-10,4%	11,9%
Schaafheim	-9,0%	-1,3%	-3,3%	0,0%
Seeheim-Jugenheim	5,1%	10,5%	0,0%	19,6%
Weiterstadt, Stadt	-5,1%	-1,9%	9,4%	-12,1%
Gesamt	-4,2%	4,9%	1,8%	7,3%

Quelle: KfB Darmstadt-Dieburg Berichtsmonat Dezember 2007/2008; eigene Aufbereitung JHP

So stieg der Anteil der erwerbstätigen SGB II-Bezieher/-innen am stärksten in Modautal mit 53,3% sowie in Messel und Fischbachtal mit je 33,3%. Im Gegensatz dazu waren in den Kommunen Ober-Ramstadt (-14,6%) und Otzberg (14,3%) deutliche Rückgänge bei den erwerbstätigen Hilfeempfänger/-innen zu verzeichnen.

Eine weitere Differenzierung zeigt deutlich, dass der Anstieg der Erwerbstätigkeit im Kreisgebiet nur zu einem kleineren Teil (1,8%) auf die Zunahme der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zurückzuführen ist. Der weitaus größere Teil ist dem Anstieg der Beschäftigten mit so genannten Mini-Jobs (+7,3%) geschuldet.

Bezogen auf die Kreiskommunen zeigte sich aber auch hier ein sehr unterschiedliches Bild. Während sich in den Kommunen Fischbachtal (+66,7%), Groß-Bieberau (+56,3%) und Alsbach-Hähnlein (35,9%) die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit SGB II-Bezug außerordentlich erhöht hat, war sie in den Kommunen Modautal (-33,3%), Erzhausen (-30,4%) und Dieburg (-19,5%) deutlich rückläufig.

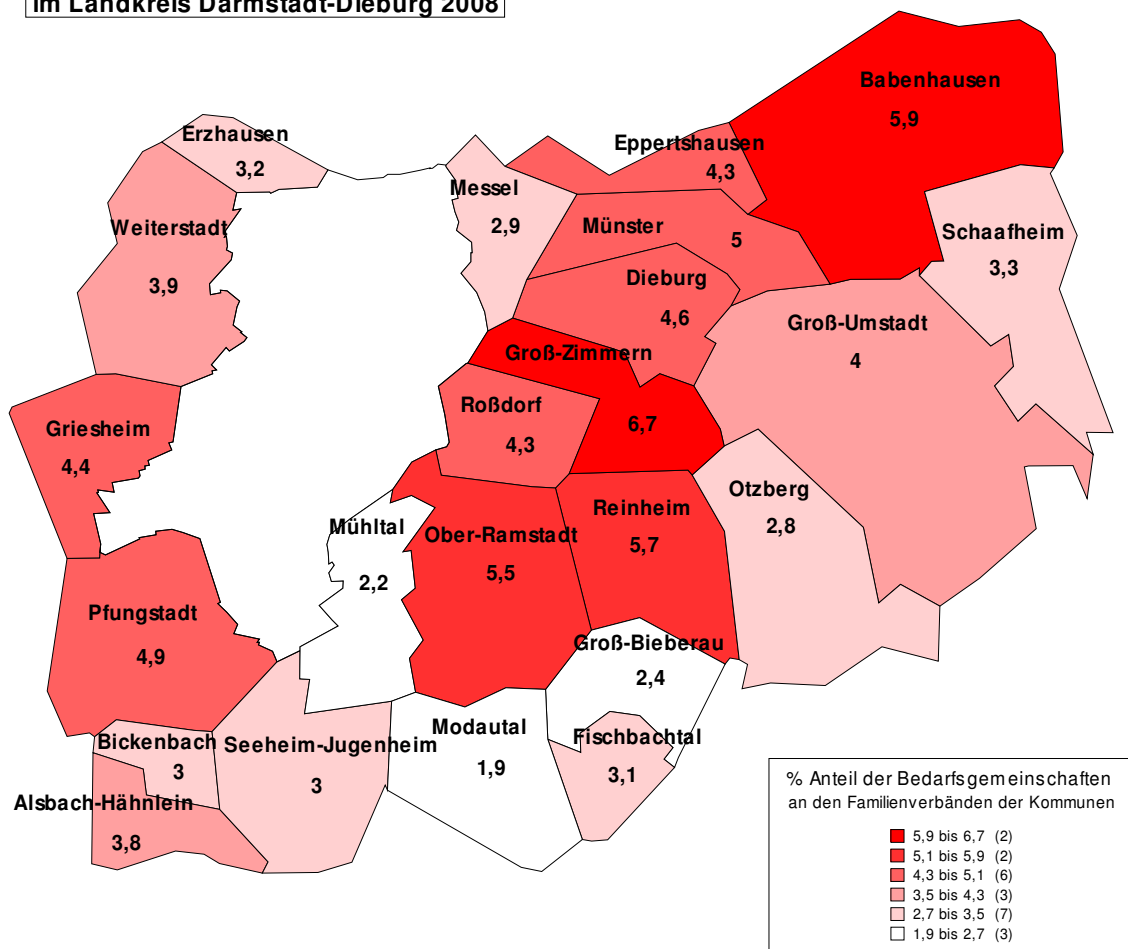
Gemessen am Kreisdurchschnitt hat sich die Zahl der geringfügig Beschäftigten mit SGB II-Bezug in Modautal (+400%) und Messel (72,7%) am stärksten erhöht und in Otzberg (-25%) und Groß-Bieberau (-19,2%) am stärksten verringert.

5.3.11 Bedarfsgemeinschaften in den Kreiskommunen

Im Jahr 2008 gab es 7.288 Bedarfsgemeinschaften mit Leistungen nach dem SGB II und 171.250 Familienverbände im Kreisgebiet. Werden beide in Beziehung gesetzt, so sind kreisweit 4,3% der Familienverbände Bedarfsgemeinschaften nach SGB II.

Ausgehend von diesem Durchschnittswert lebte 2008 der höchste Anteil der Bedarfsgemeinschaften, gemessen an den Familienverbänden vor Ort, in Groß-Zimmern (6,7%), in Babenhausen (5,9%) und in Reinheim (5,7%).

**Prozentualer Anteil der Bedarfsgemeinschaften an den Familienverbänden
im Landkreis Darmstadt-Dieburg 2008**



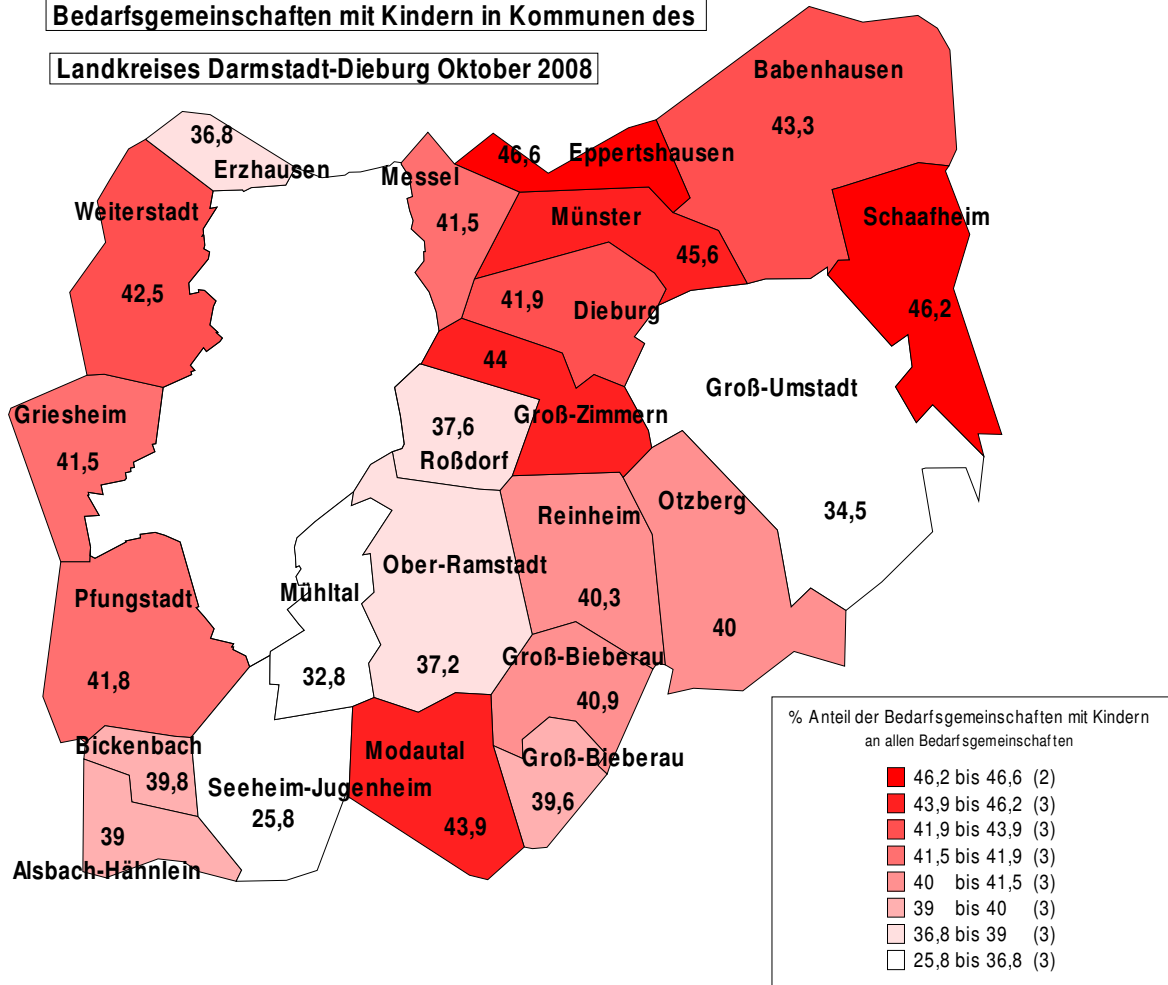
Quelle: KfB Darmstadt-Dieburg; eigene Berechnungen Jugendhilfeplanung

Die geringsten Anteile fanden sich in den Kommunen Mühlital (2,2%), Groß-Bieberau (2,4%) und in Otzberg (2,8%).

5.3.12 Bedarfsgemeinschaften mit Kindern in den Kreiskommunen

Von den im Berichtsmonat Dezember 2008 gemeldeten 7.288 Bedarfsgemeinschaften waren 2.940 Bedarfsgemeinschaften mit Kindern. Das entspricht einem Anteil von 40,3%.

**Bedarfsgemeinschaften mit Kindern in Kommunen des
Landkreises Darmstadt-Dieburg Oktober 2008**



Quelle: KfB Darmstadt-Dieburg; eigene Berechnungen Jugendhilfeplanung

Ausgehend von diesem Kreisdurchschnittswert lebten die meisten Bedarfsgemeinschaften mit Kindern in Eppertshausen und in Schaaheim.

Die wenigsten Bedarfsgemeinschaften mit Kindern fanden sich in Seeheim-Jugenheim und Mühlthal.

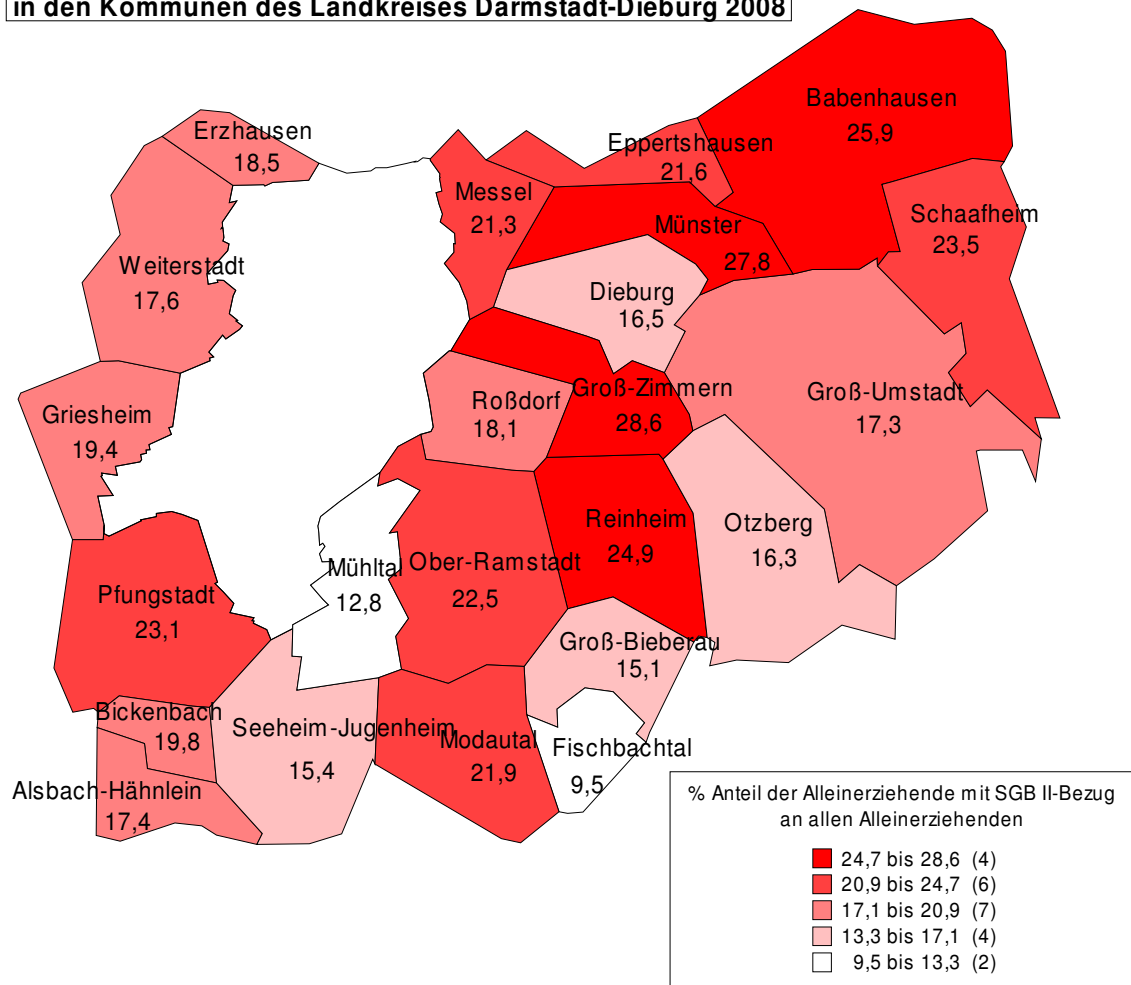
5.3.12.1 Anteil der alleinerziehenden Empfänger/-innen von SGB II an allen Alleinerziehenden

Kreisweit lag im Berichtsmonat Dezember 2008 der prozentuale Anteil der alleinerziehenden SGB II-Empfänger/-innen bei 20,4%. Ausgehend von diesem Kreisdurchschnittswert lebte der größte Anteil der Bedarfsgemeinschaften von Alleinerziehenden, gemessen an allen Alleinerziehenden der jeweiligen Kommunen, in Groß-Zimmern (28,6%), in Münster (27,8%) und in Babenhausen (25,9%).

Die niedrigsten Anteile von alleinerziehenden SGB-II-Bezieher/-innen, gemessen an den Alleinerziehenden vor Ort, fanden sich in Fischbachtal (9,5%), in Mühlthal (12,8%) und in Groß-Bieberau (15,1%).

Prozentualer Anteil der Alleinerziehenden im SGB II an allen Alleinerziehenden

in den Kommunen des Landkreises Darmstadt-Dieburg 2008



Quelle: KfB Darmstadt-Dieburg; eigene Berechnungen Jugendhilfeplanung

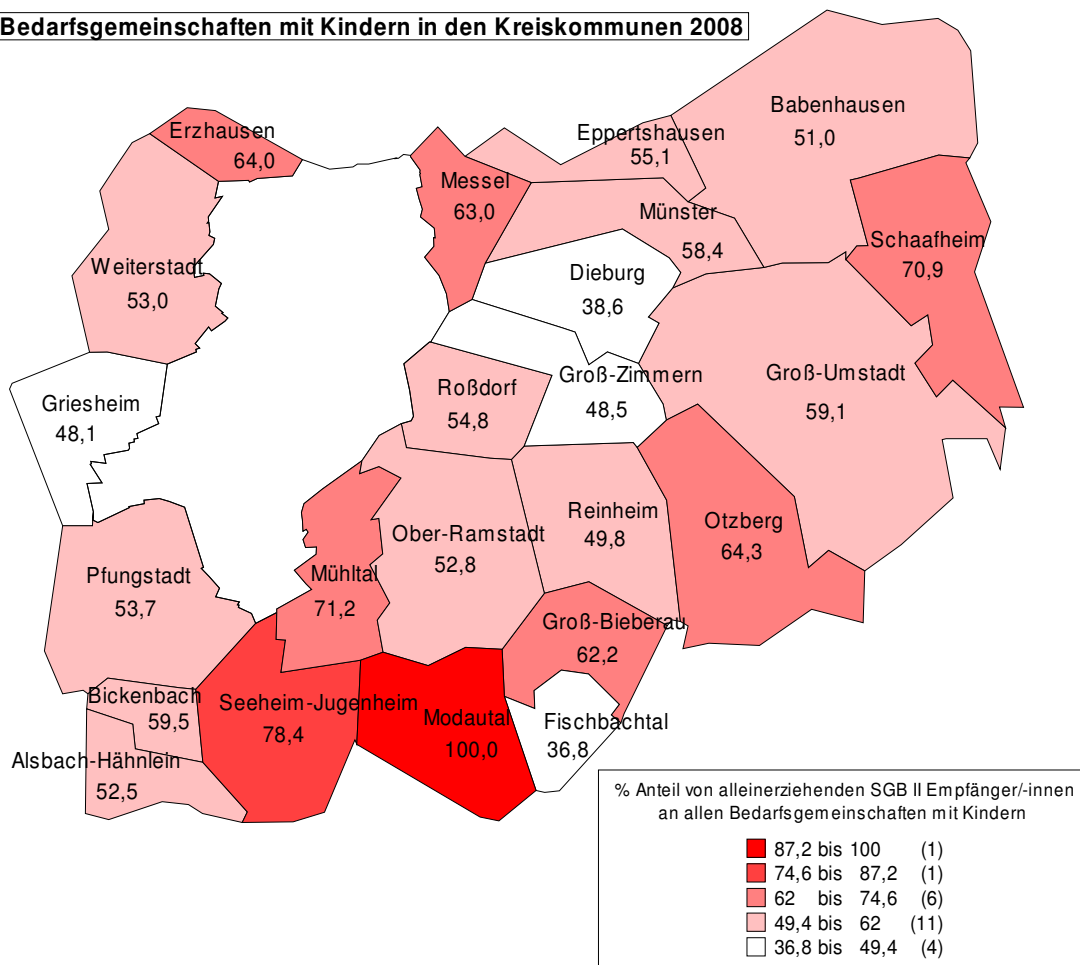
5.3.12.2 Anteil der Bedarfsgemeinschaften von Alleinerziehenden an den Bedarfsgemeinschaften mit Kindern

Im Berichtsmonat Dezember 2008 lag der Anteil der Bedarfsgemeinschaften von Alleinerziehenden an allen Bedarfsgemeinschaften mit Kindern im Landkreis Darmstadt-Dieburg bei 54,3%.

Ausgehend von diesem Kreisdurchschnittswert fand sich der größte Anteil der Bedarfsgemeinschaften von Alleinerziehenden, gemessen an den Bedarfsgemeinschaften mit Kindern der jeweiligen Kommunen, in Modautal (100%), in Seeheim-Jugenheim (78,4%) und in Mühlthal (71,2%).

Prozentualer Anteil der Bedarfsgemeinschaften von Alleinerziehenden an den

Bedarfsgemeinschaften mit Kindern in den Kreiskommunen 2008



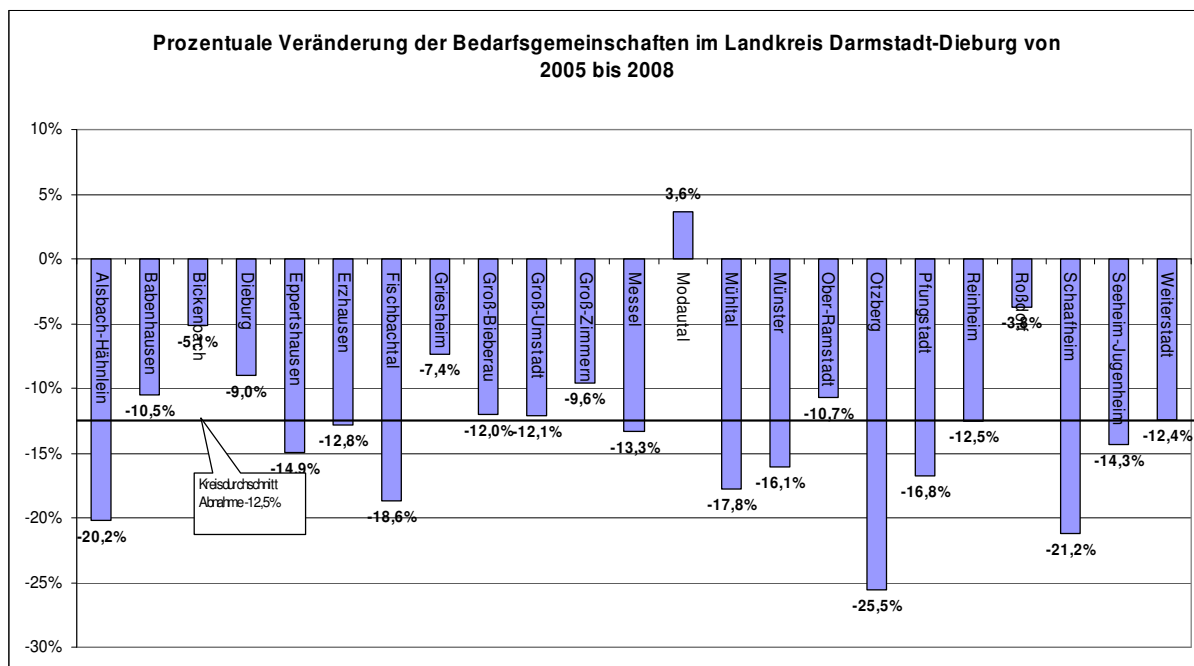
Quelle: KfB Darmstadt-Dieburg; eigene Berechnungen Jugendhilfeplanung

Die niedrigsten Anteile von alleinerziehenden SGB-II-Bezieher/-innen, gemessen an allen Bedarfsgemeinschaften mit Kindern vor Ort, fanden sich in Fischbachtal (36,8%), in Dieburg (38,6%) und in Griesheim (48,1%).

5.3.13 Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften in den Kreiskommunen von 2005 bis 2008

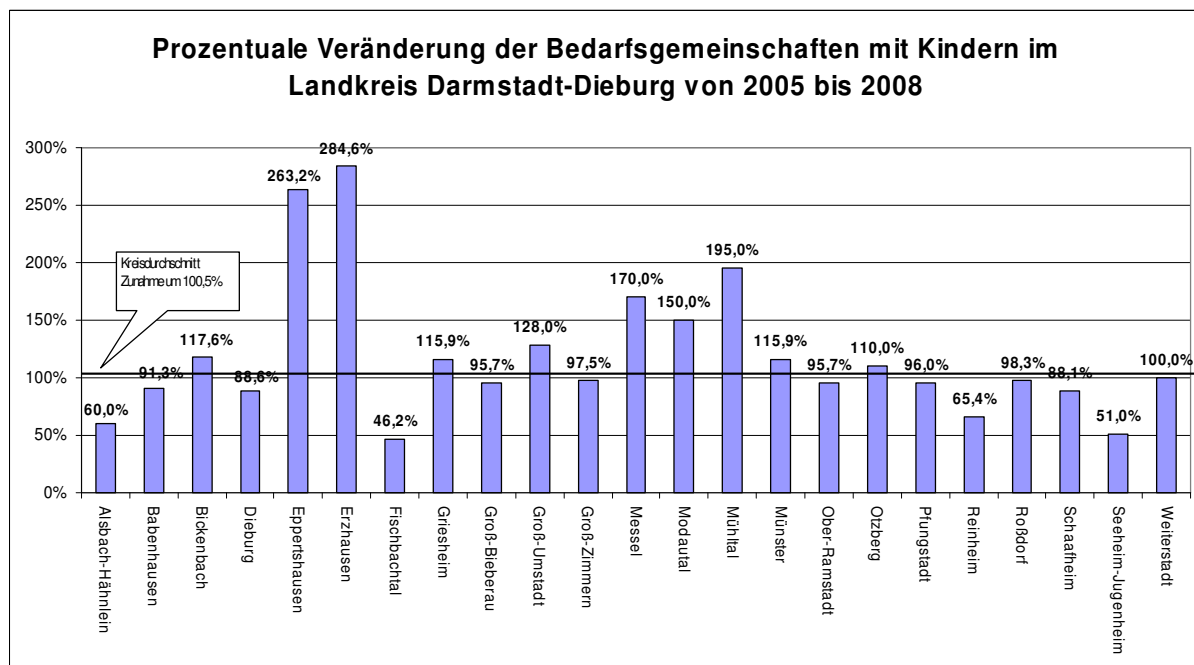
Von 2005 bis 2008 verringerte sich die Zahl der Bedarfsgemeinschaften im Landkreis Darmstadt-Dieburg von 8.327 auf 7.288. Das entspricht einem Rückgang im Beobachtungszeitraum von -12,5%.

Insgesamt konnten, mit Ausnahme von Modautal (+3,6%), alle Kreiskommunen einen Rückgang der Bedarfsgemeinschaften verzeichnen. Ausgehend vom Kreisdurchschnitt nahm die Zahl der Bedarfsgemeinschaften am stärksten in Otzberg (-25,5%) und in Schaafheim (-21,2%) ab.



5.3.14 Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern in den Kreiskommunen von 2005 bis 2008

Während die Zahl der Bedarfsgemeinschaften insgesamt von 2005 bis 2008 rückläufig war, ist das Gegenteil bei den Bedarfsgemeinschaften mit Kindern der Fall. Waren 2005 nur 1.466 Bedarfsgemeinschaften mit Kindern gemeldet, so waren es 2008 bereits 2.940. Das entspricht einer Zunahme um 100,5%. Damit hat sich in drei Jahren die Zahl der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern verdoppelt.



Ausgehend von diesem Mittelwert hat sich die Zahl der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern überdurchschnittlich in den Kommunen Erzhausen (+284,6%) und Eppertshausen (+263,2%) erhöht.

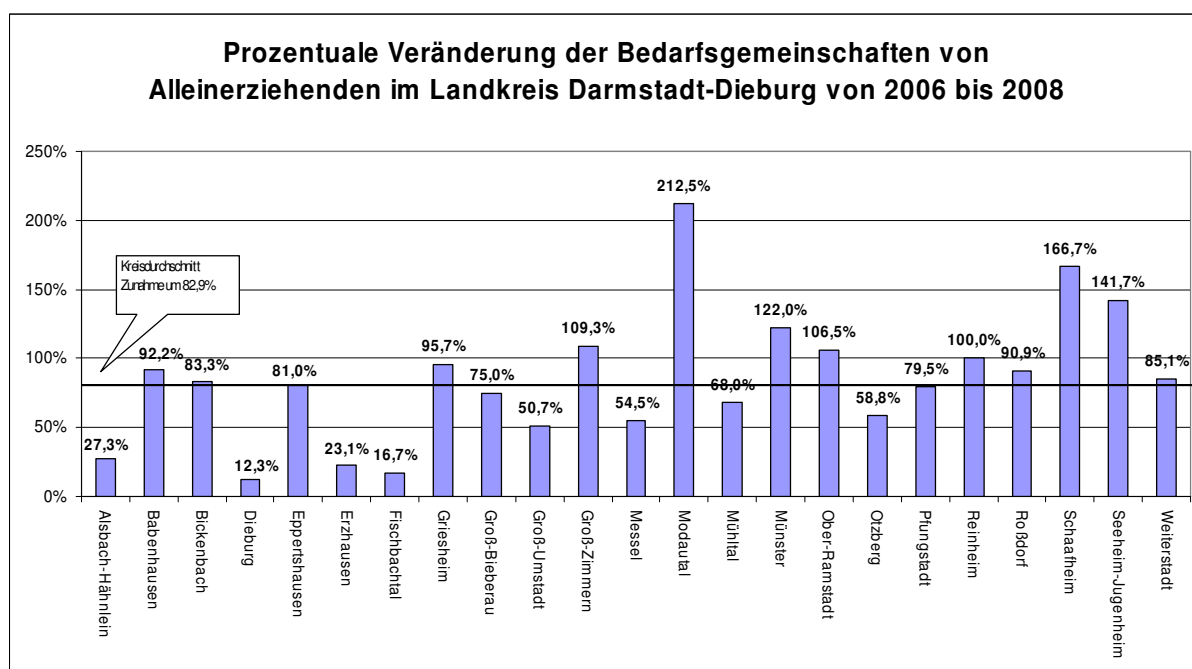
Unterdurchschnittliche Zunahmen der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern wiesen die Kommunen Fischbachtal und Seeheim-Jugenheim auf.

5.3.14.1 Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften von Alleinerziehenden von 2006 bis 2008

Bezogen auf die einzelnen Kreiskommunen wurden Daten zu Bedarfsgemeinschaften Alleinerziehender erstmals 2006 aufbereitet. Ein Rückgriff auf 2005 ist daher für die Kommunen nicht möglich.

Von 2006 bis 2008 hat sich die Zahl der Alleinerziehenden mit SGB II-Bezug von 872 auf 1.595 erhöht. Dies entspricht einer Zunahme um 82,9%.

Ausgehend von diesem Kreismittelwert hat sich die Zahl der Bedarfsgemeinschaften von Alleinerziehenden überdurchschnittlich in den Kommunen Modautal (+212,5%), Schaaheim (+166,7%) und Seeheim-Jugenheim (+141,7%) erhöht.



Quelle: KfB Darmstadt-Dieburg; eigene Berechnungen Jugendhilfeplanung

Im gesamten Beobachtungszeitraum kann in keiner Kreiskommune ein Rückgang der Bedarfsgemeinschaften von Alleinerziehenden verzeichnet werden. Bickenbach (+12,3%), Fischbachtal (+16,7%) und Erzhausen (+23,1%) sind die Kommunen mit den geringsten Steigerungsraten.

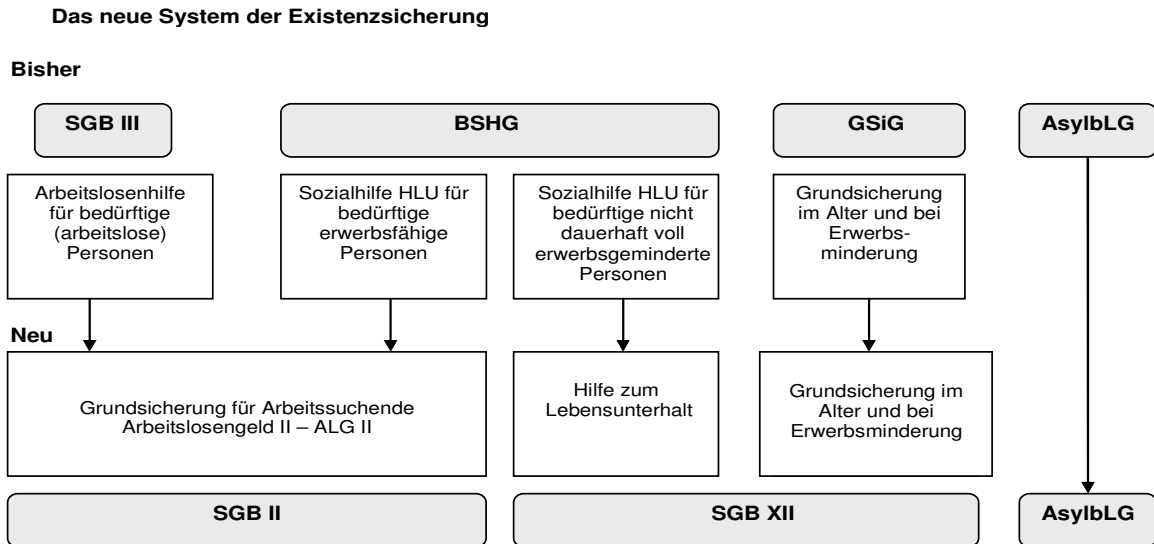
5.4 System der Existenzsicherung im SGB XII

Die Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) stellt ein differenziertes System an Hilfen zur Verfügung: Hilfe zum Lebensunterhalt, Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie Leistungen bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit, Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderung und Leistungen zur Überwindung besonderer sozialer Lagen. Gleichzeitig erschweren die unterschiedlichen Elemente des Systems der Existenzsicherung einen Gesamtüberblick über Zahl und Sozialstruktur aller Empfänger/-innen von Sozialhilfe- und Grundsicherungsleistungen.

Durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu einer einheitlichen Grundsicherung unterliegt der größte Teil der in der Vergangenheit Sozialhilfe beziehenden Personengruppe nunmehr dem Geltungsbereich des SGB II wie im vorangegangenen

Kapitel ausführlich beschrieben. Zugleich wurde das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) und das Grundsicherungsgesetz (GSiG) in das Sozialgesetzbuch (SGB XII) eingegliedert.

Aufgrund des Nebeneinanders der drei Sozialleistungen zur Existenzsicherung kommt der Abgrenzung zwischen dem SGB II und dem SGB XII eine besondere Bedeutung zu, die nachfolgend anschaulich dargestellt wird.



Quelle: ZEFIR

Seit dem 1. Januar 2005 ist die bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel des SGB XII Bestandteil des Sozialhilferechts. Der Personenkreis mit Anspruch auf Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung hat sich in diesem Zusammenhang nicht verändert.

Nach diesem Gesetz (§§ 41 bis 46 SGB XII) haben Personen ab 65 Jahren sowie dauerhaft allein aus medizinischen Gründen voll erwerbsgeminderte Personen ab 18 Jahren einen Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung, wenn sie bedürftig sind und ihre Notlage nicht mehr selbst überwinden können. Ziel des Gesetzes war, verschämte Altersarmut zu mindern, also solchen Personen den Leistungsbezug zu erleichtern, die bisher den Rückgriff auf das Einkommen ihrer Kinder zu befürchteten und Antragstellungen vermieden, indem sie für sich selbst auf eigentlich benötigte Hilfen verzichteten (vgl. BMAS 2009).

Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) nach dem Dritten Kapitel § 8 sowie §§ 27 bis 40 SGB XII soll den notwendigen Lebensunterhalt von Menschen decken, deren wirtschaftliche und soziokulturelle Existenz nicht auf andere Weise gesichert werden kann. Hilfe zum Lebensunterhalt erhält nicht, wer sich aus eigener (Arbeits-)Kraft oder eigenen Mitteln (Einkommen oder Vermögen) selbst helfen kann oder die erforderliche Hilfe von Angehörigen oder Trägern anderer Sozialleistungen erhält.

Daher sind grundsätzlich Leistungsberechtigte nach dem SGB II, d.h. erwerbsfähige Personen im Alter von 15 bis 65 Jahren sowie deren nicht erwerbsfähige Angehörige (Sozialgeldbezieher/-innen) von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt ausgeschlossen. Dies gilt auch für Ausländer/-innen, sofern eine Berechtigung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz vorliegt.

Andere Leistungsansprüche, z.B. auf Kindergeld und Krankengeld, die vorrangig behandelt werden, schließen zwar einen Anspruch auf HLU nicht aus, werden aber rechnerisch berücksichtigt und führen so zu einer Minderung oder gar zum Wegfall der Hilfe.

Aus diesem Grund verbleibt nach dem neuen System nur noch ein kleiner Kreis von Menschen, der Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) haben kann. Insofern schützt die Hilfe zum Lebensunterhalt als letztes der sozialen „Auffangnetze“ vor Armut und sozialer Ausgrenzung.

5.4.1 Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII

Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Dritten Kapitel des SGB XII ist „Personen zu leisten, die ihren notwendigen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln, insbesondere aus ihrem Einkommen und Vermögen beschaffen können“ (§ 19 SGB XII). Nach § 27 SGB XII umfasst der notwendige Lebensunterhalt „insbesondere Ernährung, Unterkunft, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, Heizung und persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens“. Zu den letztgenannten „gehören in vertretbarem Umfang auch Beziehungen zur Umwelt und eine Teilnahme am kulturellen Leben“.

Bei der Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) handelt sich um eine nachrangige Leistung, d.h. die Hilfe wird nur dann gewährt, wenn keine anderen Hilfen in Anspruch genommen werden können. Dies sind im Regelfall vorübergehend Erwerbsunfähige, längerfristig Erkrankte und Vorruhestandsrentner/-innen mit sehr geringer Rente (vgl. Statistisches Bundesamt 14.10.2009). Im Bedarfsfall haben vor allem folgende Personen Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt:

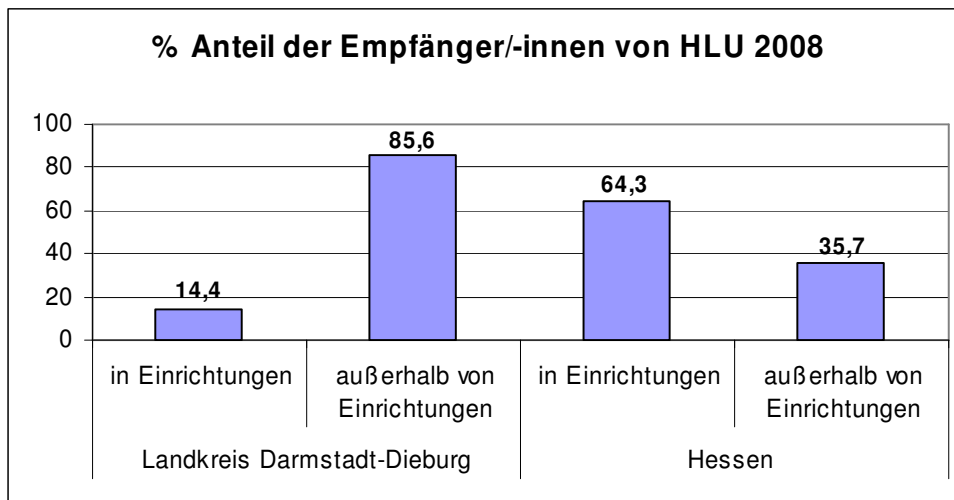
- Personen, die eine befristete Rente wegen voller Erwerbsminderung beziehen oder die Voraussetzungen zum Bezug erfüllen, ohne einen tatsächlichen Rentenanspruch zu haben. Diese Personen haben weder einen Anspruch auf ALG II, da sie dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung stehen, noch auf Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung, weil sie das Merkmal der Dauerhaftigkeit (§ 41 Abs. 1 Satz 1 SGB XII).
- Personen, deren Anspruch auf ALG II endet, weil sie vermutlich länger als sechs Monate in einer stationären Einrichtung verbleiben (§ 7 Abs. 4 Satz 1 SGB II).
- Personen, deren Antrag auf Grundsicherung abgelehnt wurde, weil sie in den letzten zehn Jahren die Bedürftigkeit vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt haben (§ 41 Abs. 4 SGB XII).
- Kinder unter 15 Jahren, die in einer Bedarfsgemeinschaft mit Bezieher/-innen von Grundsicherung (z.B. Großeltern) aufwachsen und ihren Lebensunterhalt nicht aus Unterhaltsansprüchen sicherstellen können.
- Ausländer/-innen, bei denen ein Abschiebehindernis (z.B. Androhung von Folter im Heimatstaat) festgestellt und eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 AufenthG erteilt wurde.
- Bewohner/-innen von Alten-, Pflege- oder Behindertenwohnheimen, deren eigenes Einkommen und Vermögen nicht ausreicht, den notwendigen Lebensunterhalt in den Einrichtungen zu übernehmen (§ 35 SGB XII).

Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt wird daher sowohl innerhalb als auch außerhalb von Einrichtungen gewährt.

5.4.1.1 Empfänger/-innen von Hilfe zum Lebensunterhalt

Seit der Gesetzesänderung 2005 gehört nur noch eine vergleichsweise geringe Anzahl von Berechtigten zum Personenkreis der Leistungsbezieher/-innen von Hilfe zum Lebensunterhalt. Ende 2008 betrug die Anzahl der Hilfeberechtigten bundesweit rund 325.000 Personen (vgl. Statistisches Bundesamt 2009). Somit kamen rund vier Hilfebezieher/-innen auf 1.000 Einwohner/-innen.

Zur gleichen Zeit bezogen in Hessen 28.211 Personen HLU-Leistungen. Auch hier kamen rund vier Leistungsberechtigte auf 1.000 Einwohner/-innen.

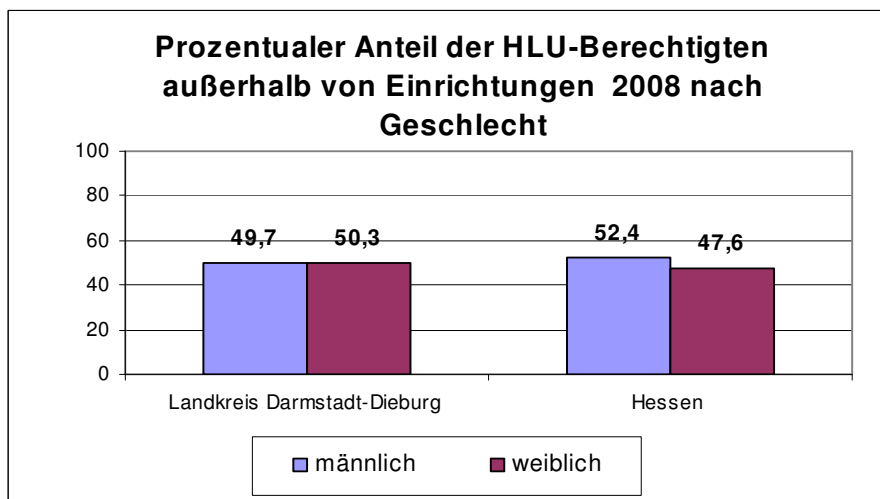


Quelle: HSL, Statistische Berichte, Sozialhilfe in Hessen Bd. II 2005 bis 2008; eigene Berechnungen JHP

Mit Stichtag 31.12.2008 gab es im Landkreis Darmstadt-Dieburg 681 Hilfebezieher/-innen. Dies entspricht einem Verhältnis von zwei Berechtigten zu 1.000 Einwohner/-innen.

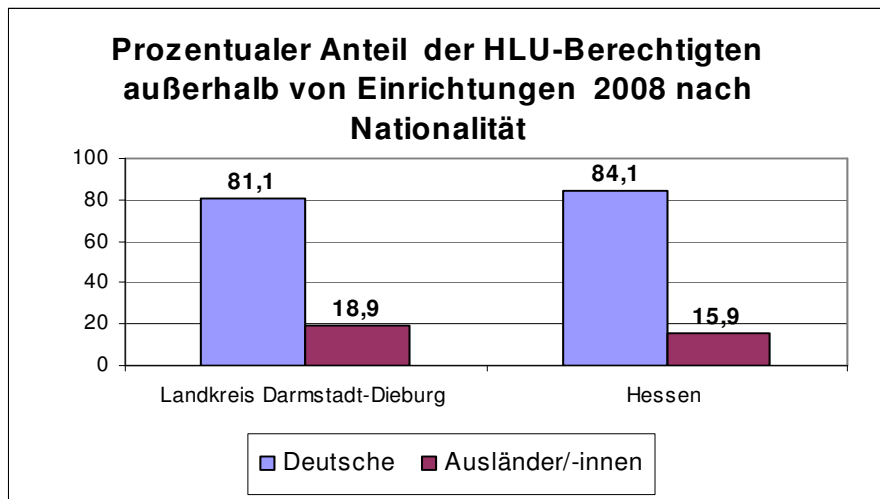
Ende 2008 lebten somit im Landkreis Darmstadt-Dieburg mehr als drei Viertel der Hilfebezieher/-innen (85,6%) außerhalb von Einrichtungen. Das sind Menschen, die nicht in einem Krankenhaus, einem Alten- und Pflegeheim oder sonstigen stationären Einrichtungen untergebracht sind. Die restlichen 14,4% der Bezieherinnen und Bezieher von HLU lebten innerhalb dieser Einrichtungen.

In Hessen zeigte sich ein verändertes Bild. Hier lebten knapp zwei Drittel der Hilfebezieher/-innen (64,3%) in Einrichtungen und schon mehr als ein Drittel außerhalb von Einrichtungen (35,7%).



Quelle: HSL: Statistische Berichte 2007 und 2008; eigene Berechnungen JHP

Eine Differenzierung nach Geschlecht zeigt, dass 2008 im Kreisgebiet der Anteil der Empfängerinnen von HLU außerhalb von Einrichtungen knapp über dem der Männer lag. In Hessen ist das umgekehrt. Hier bezogen mehr Männer als Frauen diese staatliche Unterstützung.



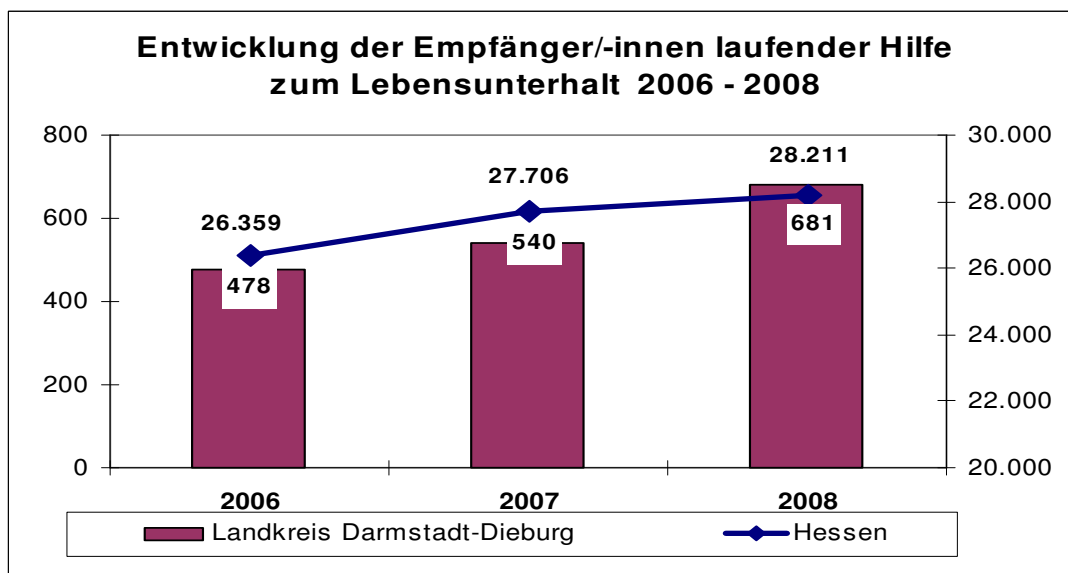
Quelle: HSL: Statistische Berichte 2007 und 2008; eigene Berechnungen JHP

Von den 583 Leistungsbezieherinnen und -beziehern außerhalb von Einrichtungen waren im Kreisgebiet 473 Deutsche und 110 Ausländer/-innen. Das entspricht einem prozentualen Anteil von 81,1% zu 18,9%. Hessenweit lag der Anteil der deutschen Leistungsbezieher/-innen darüber und der der ausländischen darunter.

5.4.1.2 Die Entwicklung der Leistungsberechtigten von HLU

Im Jahr 2005 traten bei der Umstellung vom BSHG auf das SGB II und XII Schwierigkeiten in der Zuständigkeit der Fallbearbeitung auf. Das Datenmaterial ist aus diesem Grund nicht aussagekräftig und so wurde in der Darstellung der Entwicklung darauf verzichtet.

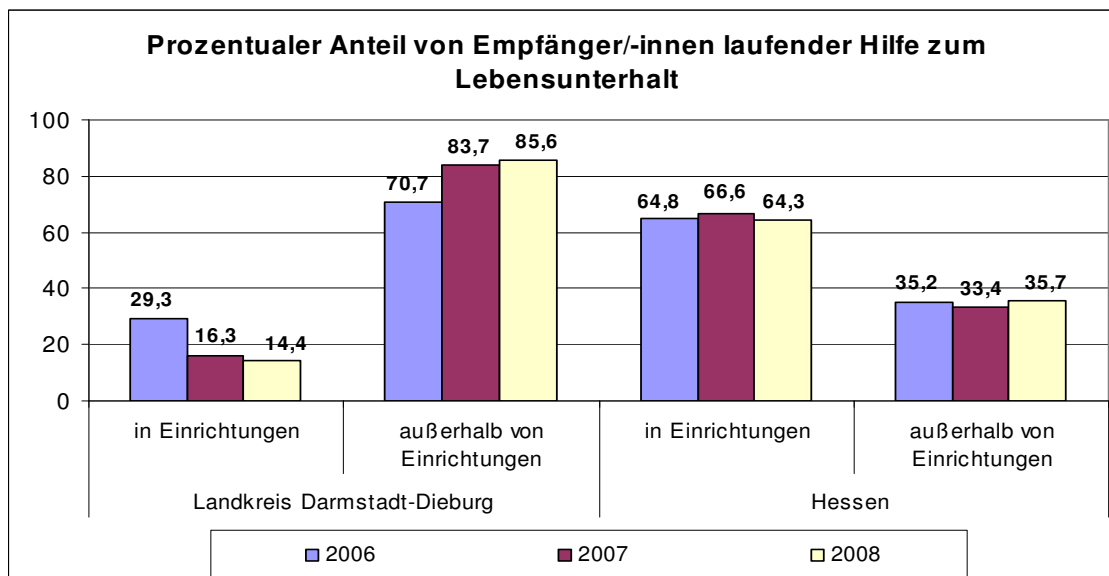
Von 2006 bis 2008 stieg sowohl in Hessen als auch im Landkreis die Zahl der Empfänger/-innen von Hilfe zum Lebensunterhalt. Sie erhöhte sich im Landkreis von 2006 bis 2008 um 203 Personen und in Hessen um 1.852 Personen. Die Steigerung der Fallzahlen lässt auf die zunehmende Erwerbsunfähigkeit der Betroffenen schließen.



Quelle: HSL: Statistische Berichte, Sozialhilfe in Hessen Bd. II 2005 bis 2008; eigene Berechnungen JHP

Im Beobachtungszeitraum von 2006 bis 2008 kann bei den Empfänger/-innen von Hilfe zum Lebensunterhalt im Landkreis Darmstadt-Dieburg eine Steigerung um 42,5% und in Hessen um 7% verzeichnet werden.

Die starke Zunahme der Fallzahlen im Kreisgebiet ist auch damit zu erklären, dass seit 2008 die Hilfe zum Lebensunterhalt (Taschengeldbeträge) für die in der JVA einsitzenden Untersuchungshäftlinge über das 3. Kapitel des SGB XII statistisch gemeldet und abgebildet werden.



Quelle: HSL, Statistische Berichte, Sozialhilfe in Hessen Bd. II 2005 bis 2008; eigene Berechnungen JHP

Auch bezogen auf die Wohnsituation der Empfänger/-innen von HLU-Leistungen weicht die Entwicklung im Landkreis Darmstadt-Dieburg von der in Hessen und dem Bundesgebiet ab.

Während bundes- und hessenweit der Großteil der Hilfebezieher/-innen in Einrichtungen lebte, verhielt es sich im Landkreis Darmstadt-Dieburg umgekehrt.

5.4.2 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Die Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel SGB XII sollen den grundlegenden Bedarf für den Lebensunterhalt absichern. Sie können von den Menschen geltend gemacht werden, die aufgrund ihres Alters ab 65 Jahren oder von 18 bis 64 Jahren wegen vollständiger Erwerbsminderung nicht mehr erwerbstätig sein können und deren Einkünfte nicht mehr für den notwendigen Lebensunterhalt ausreichen.

Für Menschen, welche die Altersgrenze im Sinne der gesetzlichen Rentenversicherung erreicht haben, stellt die Grundsicherung im Alter die eigentliche Sozialhilfe dar. Nach dem Gesetz zur Anpassung der Regelaltersgrenze gilt die Altersgrenze von 65 Jahren allerdings nur für die Personen, die vor dem 01.01.1947 geboren wurden. Für Personen, die später geboren sind, wird entsprechend der Gesetzesvorlage die Altersgrenze schrittweise angehoben.

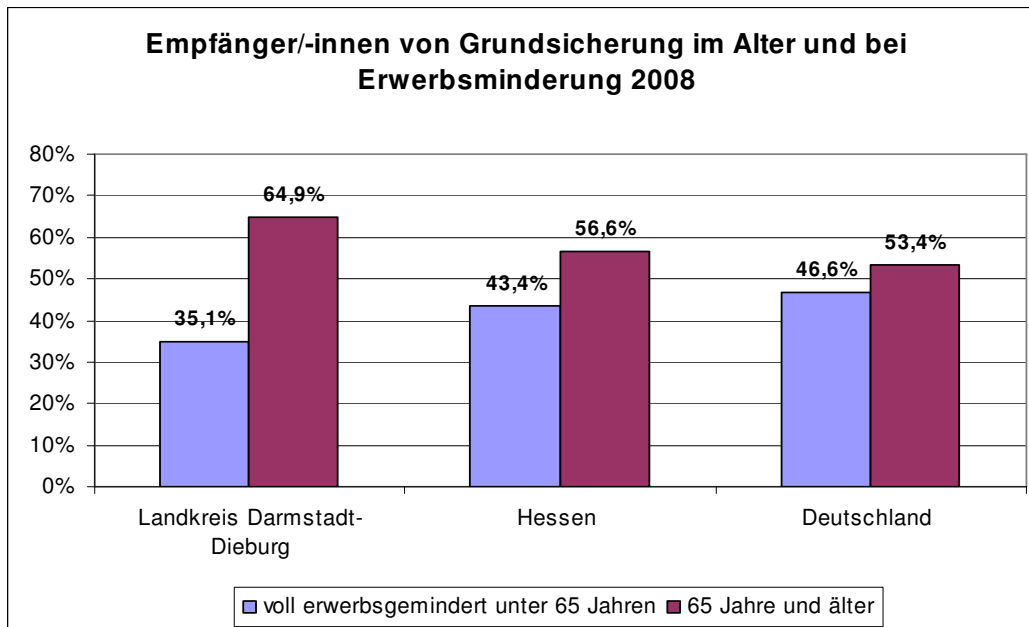
5.4.2.1 Empfänger/-innen von Grundsicherung

Ende 2008 erhielten bundesweit 768.000 Menschen Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Davon waren 358.000 im Alter von 18 bis 64 Jahren dauerhaft voll erwerbsgemindert (47%) und 410.000 Empfänger/-innen (53%) 65 Jahre und älter. In Deutschland erhielten 429.000 Frauen diese Form der Sozialhilfe. Somit trugen die Frauen mit einem Anteil von 56% auch hier ein größeres Armutsrisiko als Männer.

Insgesamt bekamen 1,1% der volljährigen Bevölkerung bundesweit Grundsicherungshilfe. Gegenüber 2007 stieg 2008 die Zahl der Bezieher/-innen um 35.000 Personen an. Das ent-

spricht einer Steigerung von 4,8%. Dabei nahm die Zahl der Männer mit +6,1% deutlicher zu als die der Frauen mit +3,8% (vgl. dpp und Welt online 2009).

Am Jahresende 2008 bezogen in Hessen insgesamt 62.658 Menschen und damit 1% der volljährigen Bevölkerung diese Leistungen. Davon waren 43% voll erwerbsgeminderte Personen und 57% der Leistungsempfänger/-innen 65 Jahre und älter. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl der Hilfebezieher/-innen um 3,6%.



Quelle: HSL, Statistische Berichte KI2-j/05-08; eigene Berechnungen JHP

2008 erhielten 1.417 Personen im Landkreis Darmstadt-Dieburg Grundsicherungsleistungen. Umgerechnet auf die Landkreisbevölkerung ab 18 Jahren waren damit 0,6% der volljährigen Bevölkerung Leistungsberechtigte. Von den Bezieher/-innen war gut ein Drittel im Alter von 18 bis unter 64 Jahre und erhielt diese Sozialleistung aufgrund einer dauerhaften Erwerbsminderung. Knapp zwei Drittel waren 65 Jahre und älter. Gegenüber 2007 stieg die Zahl der Leistungsempfänger/-innen um 24 und damit um 1,7%.

Mehr Frauen als Männer sind auf Grundsicherungsleistungen angewiesen

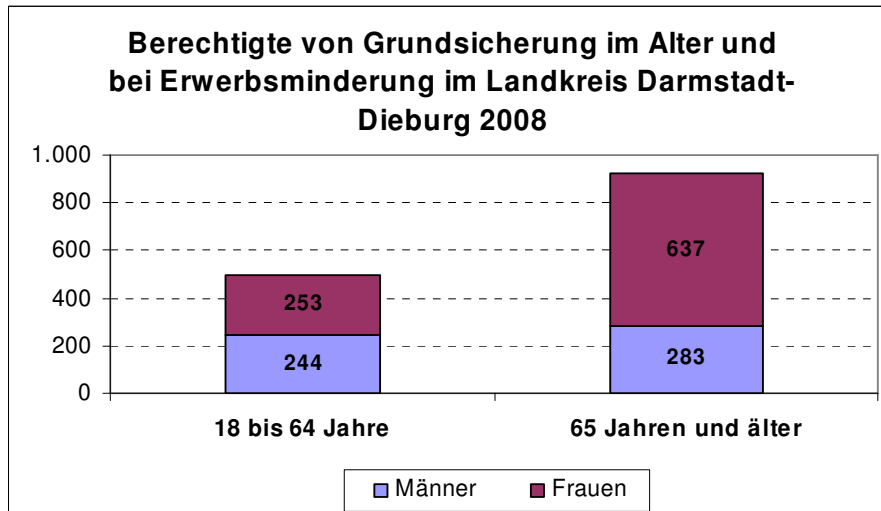
Wie im Bundesgebiet tragen Frauen im Landkreis Darmstadt-Dieburg ebenfalls bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung das größere Armutsrisiko. 2008 waren im Kreisgebiet 890 Leistungsberechtigte weiblich und 527 männlich. Das entspricht fast einem Verhältnis von zwei Dritteln zu einem Drittel.



Quelle: HSL, Statistische Berichte KI2-j/05-08; eigene Berechnungen JHP

Eine ähnliche Verteilung, wenn auch nicht in dieser Ausprägung zeigte sich 2008 gleichfalls in Hessen, wo 56,5% Frauen und 43,5% Männer diese Leistung bezogen.

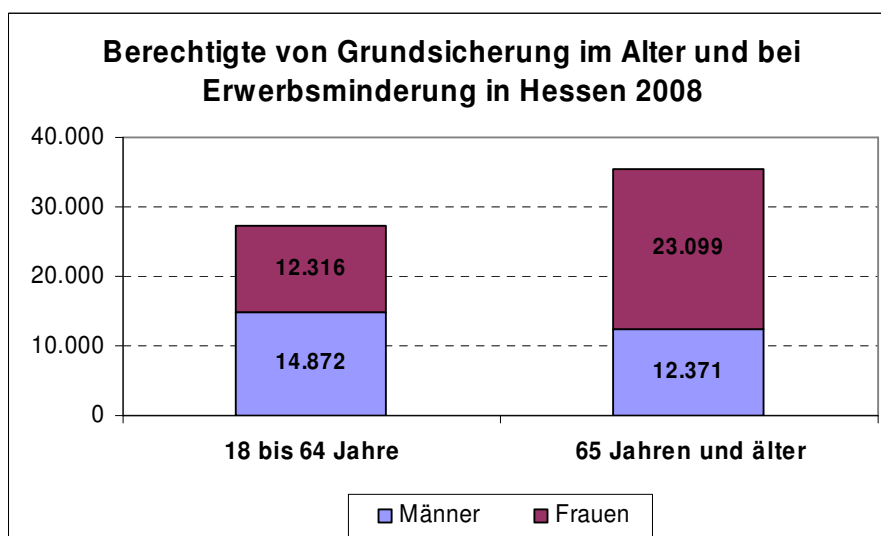
Damit lag der Frauenanteil im Landkreis Darmstadt-Dieburg weit über dem Niveau im Bundesgebiet (56%) und in Hessen.



Differenziert nach den zwei Personengruppen in der Grundsicherung zeigen sich deutliche Unterschiede. Sowohl im Kreisgebiet (69,2%) als auch in Hessen (65,1%) sind Frauen mit 65 Jahren und älter mehr als doppelt so häufig auf Grundsicherung angewiesen als Männer.

Frauen sind gerade im Alter vermehrt von Armut betroffen. Gründe hierfür liegen häufig in der geringeren Berufstätigkeit, bedingt durch Kindererziehung sowie in niedrigeren Löhnen, die sich auf die Höhe der Rentenzahlungen auswirken. Aufgrund der niedrigeren Renten im Alter sind Frauen stärker als Männer auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen.

Bei der Personengruppe mit voller Erwerbsminderung im Alter von 18 bis 64 Jahren erreichte der Anteil der Männer im Kreisgebiet mit 49,1% fast den der Frauen mit 50,9%.

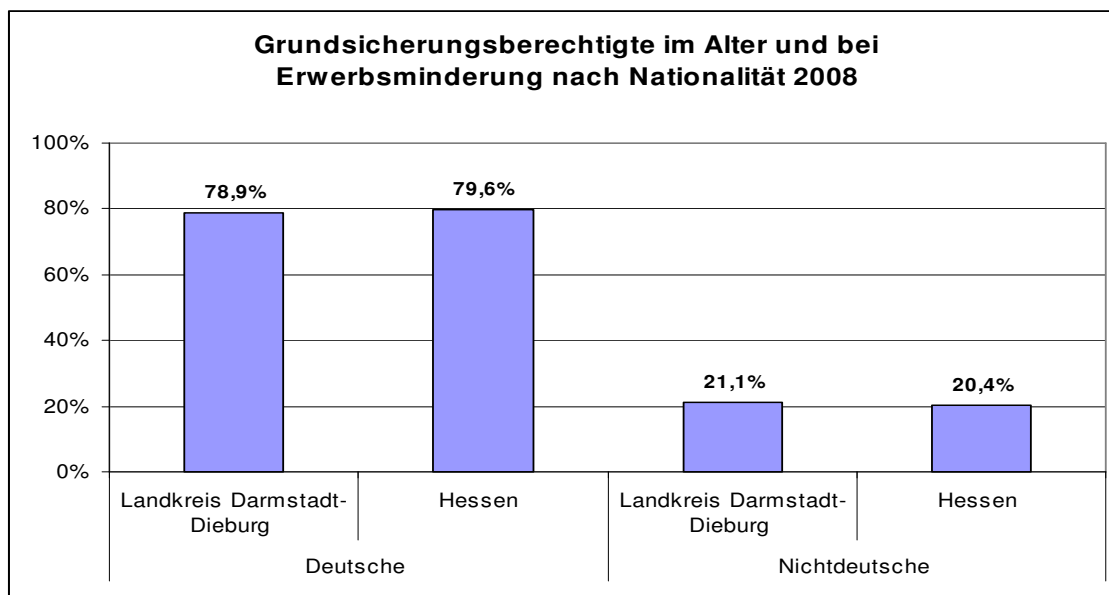


Dagegen liegt in Hessen der Anteil der voll erwerbsgeminderten Männer mit 54,7% weit über dem der Frauen mit 45,3%.

Empfänger/-innen von Grundsicherung nach Nationalität

2008 gab es im Kreisgebiet 1.118 deutsche und 299 ausländische Grundsicherungsempfänger/-innen. Das entspricht einem Anteil von 78,9% zu 21,1%.

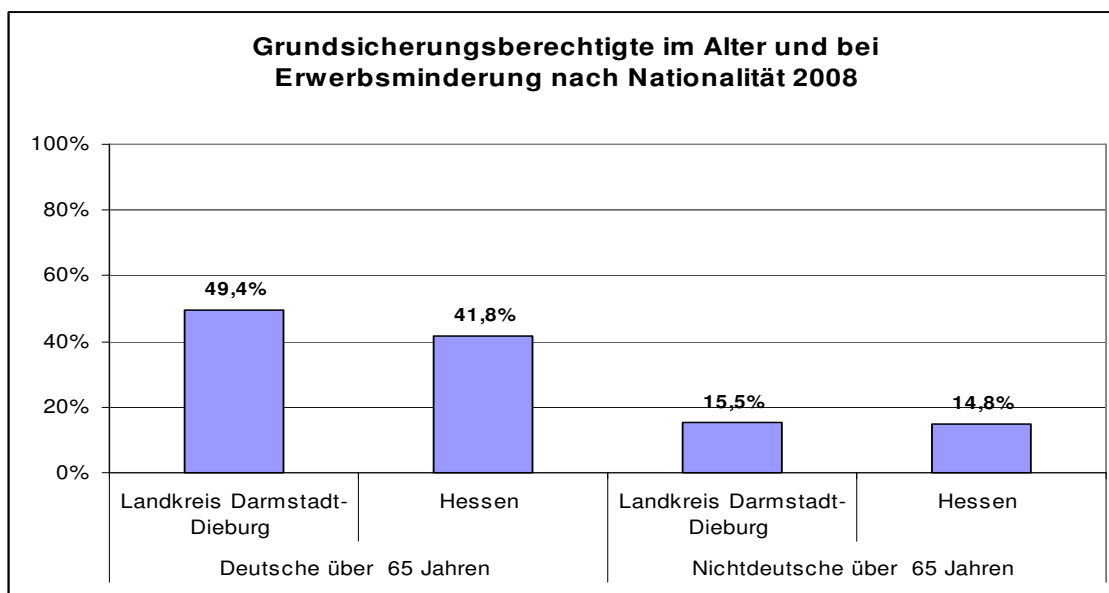
Eine ähnliche Verteilung mit 79,6% zu 20,4% fand sich 2008 in Hessen. Hier bezogen 49.885 deutsche und 12.773 ausländische Personen Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.



Quelle: HSL: Statistik Grundsicherung 2008; eigene Berechnungen JHP

Damit lag der Anteil der ausländischen Mitbürger/-innen 2008 an allen Grundsicherungsempfänger/-innen im Kreisgebiet mit 21,1% fast doppelt so hoch wie der Anteil der ausländischen Bevölkerung (10,7%) ab 18 Jahren.

Wird nur die Personengruppe der Ausländerinnen und Ausländer ab 65 Jahren betrachtet, so zeigte sich bei ihnen auch eine vergleichsweise hohe Inanspruchnahme dieser Sozialleistung. Im Landkreis erhielten 15,5% der ausländischen Mitbürger/-innen ab 65 Jahren diese Grundsicherungsleistungen, bei einem Bevölkerungsanteil dieser Altersgruppe von 7,4%.



Quelle: HSL: Statistik Grundsicherung 2008; eigene Berechnungen JHP

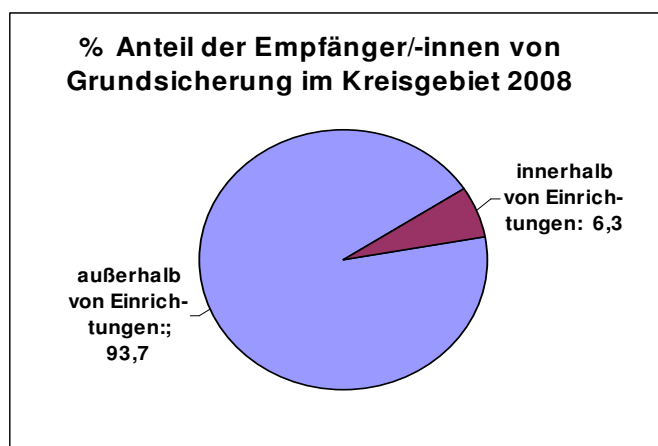
Somit sind auch die ausländischen Rentner/-innen häufiger als die deutschen auf Grundsicherung im Alter angewiesen. Dafür verantwortlich sind in erster Linie die kürzeren Rentenbeitragszahlungen sowie die geringeren erzielten rentenversicherungspflichtigen Einkünfte.

Von allen Grundsicherungsempfänger/-innen erhielten in der Gruppe der voll erwerbsgeminderten 18- bis unter 65-Jährigen im Kreisgebiet 80 Ausländer/-innen (5,6%) und 417 Deutsche (29,4%) diese Sozialleistung.

5.4.2.2 Empfänger/-innen von Grundsicherung außerhalb und innerhalb von Einrichtungen

Bundesweit lag der Anteil der Menschen, die 2008 in stationären Einrichtungen untergebracht waren, bei 186.000 und damit bei 24,3%. 581.000 Menschen und damit 75,7%, d.h. mehr als drei Viertel, lebten außerhalb solcher Einrichtungen.

Im gleichen Jahr lebten in Hessen 62.658 Personen (79%) außerhalb von Einrichtungen und 13.165 Personen (21%) innerhalb von Einrichtungen.



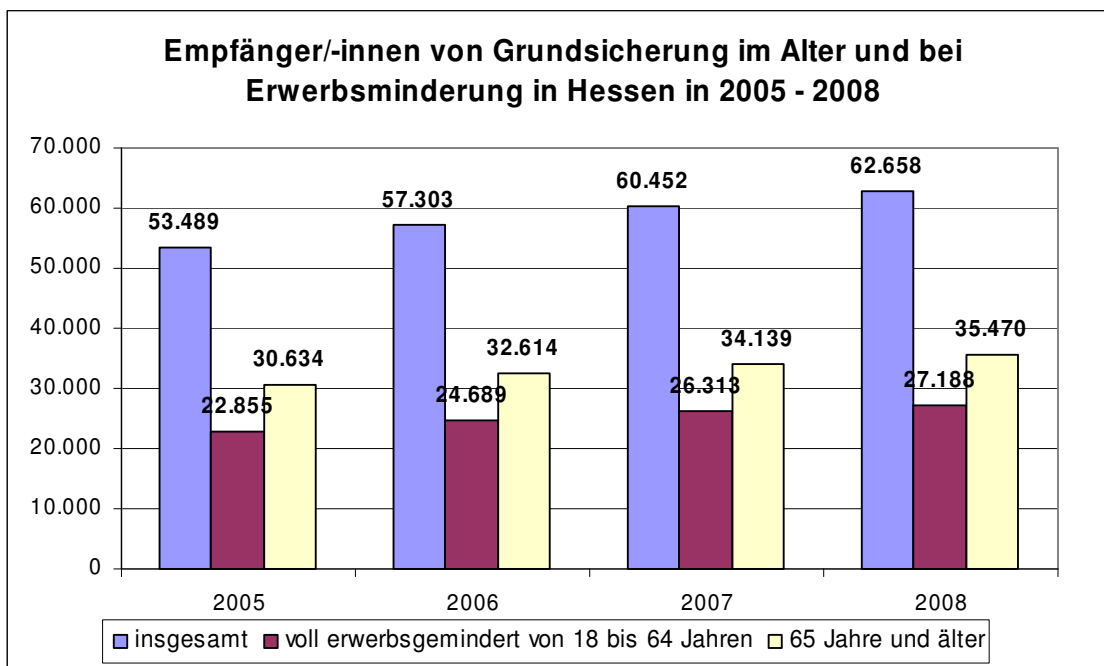
Quelle: HSL: Statistik Grundsicherung 2008; eigene Berechnungen JHP

Im Landkreis Darmstadt-Dieburg lebten 2008 von den insgesamt 1.417 Grundsicherungsempfänger/-innen 1.328 außerhalb von und 89 in Einrichtungen. Dies entspricht einem Verhältnis von 93,7% zu 6,3%.

Damit waren von diesen Leistungsempfänger/-innen in Hessen dreimal mehr in Einrichtungen untergebracht als im Landkreis. Das spricht dafür, dass viele Personen mit Grundsicherung bei Erwerbsminderung im Landkreis in ein Familiensystem eingebunden sind, das sich auch der alten Menschen annimmt.

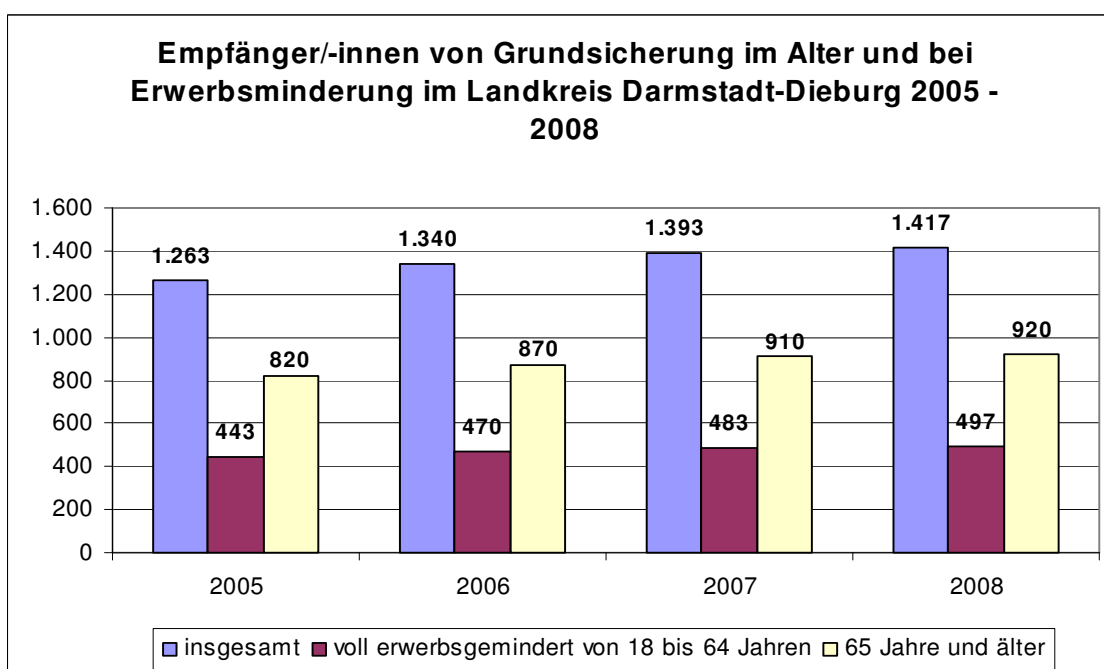
5.4.2.3 Entwicklung der Leistungsberechtigten von Grundsicherung

Von 2005 bis 2008 stieg die Zahl der Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung hessenweit um 9.169. Das entspricht einer Zunahme um 17,1%.



Quelle: HSL: Hessische Kreiszahlen 2007, 2008 Bd. 2; Statistische Berichte 2005, Statistik Grundsicherung 2008; eigene Zusammenstellung JHP

Eine Differenzierung nach beiden Personengruppen zeigt, dass in diesem Zeitraum in Hessen die Zahl der dauerhaft voll erwerbsgeminderten Personen zwischen 18 und 64 Jahren stärker zugenommen hat (+19%) als die Personen mit Grundsicherung im Alter, die 65 Jahre und älter sind (+15,8%).



Quelle: HSL: Hessische Kreiszahlen 2007, 2008 Bd. 2; Statistische Berichte 2005, Statistik Grundsicherung 2008; eigene Zusammenstellung JHP

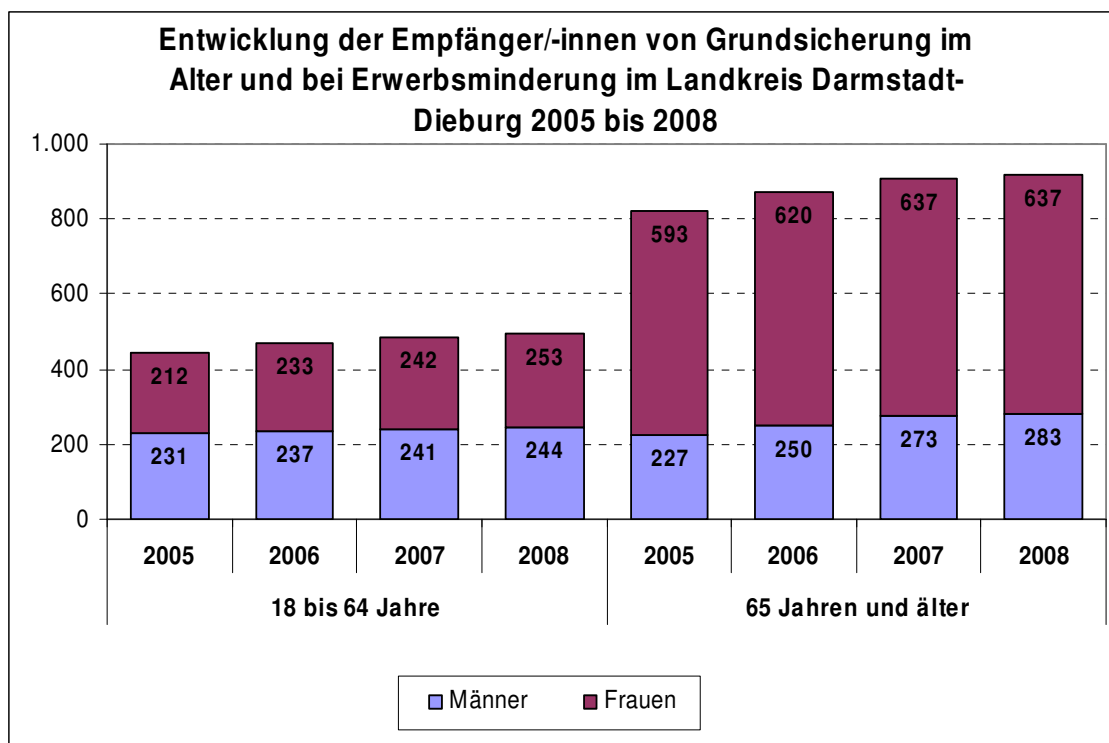
Im Landkreis erhöhte sich die Zahl der Personen mit Grundsicherungsleistungen im gleichen Zeitraum um 154. Das entspricht insgesamt als auch bezogen auf die Ausdifferenzierung einer Zunahme um je 12,2%. Diese Steigerungsrate lag sowohl bei Personen mit Grundsicherung im Alter als auch bei voller Erwerbsminderung unter der hessischen.

Entwicklung der Grundsicherung im Alter nach Geschlecht

Ein Vergleich der Entwicklung von 2005 bis 2008 nach dem Geschlecht zeigt deutliche Unterschiede bezogen auf die Grundsicherung im Alter.

So stieg die Zahl der weiblichen Erwerbsgeminderten von 18 bis 64 Jahre im Zeitraum im Landkreis Darmstadt-Dieburg von 212 auf 253 und damit um 19,3%. Dagegen stieg die Zahl der Männer nur um 13 und nahm damit um 5,6% zu.

Dabei hat sich im Vergleichszeitraum das Verhältnis von Männern und Frauen umgekehrt. Lag der Anteil der Frauen 2005 noch bei 47,8%, so erreichte er 2008 schon 50,9%. Damit stellten Frauen auch bei den voll Erwerbsgeminderten mehr als die Hälfte der Berechtigten.



Quelle: HSL: Hessische Kreiszahlen 2007, 2008 Band 2; Stat. Berichte 2005, Statistik Grundsicherung 2008; eigene Zusammenstellung JHP

Bei der Grundsicherung im Alter waren Frauen schon seit 2005 in der Mehrheit. Ihre Zahl stieg im Kreisgebiet von 593 auf 637 und verzeichnete so eine Zunahme um 7,4%.

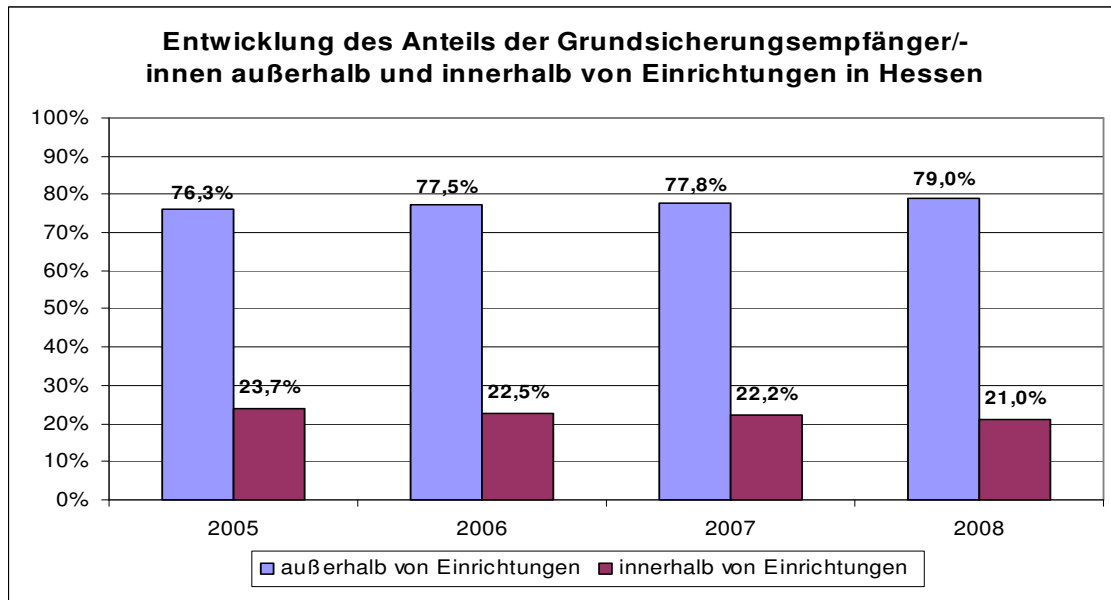
Dagegen konnte bei den Männern im Vergleichszeitraum eine Zunahme um 56 und somit ein starker Anstieg um 24,7% verzeichnet werden. Trotz der Zunahme der Männer blieb der prozentuale Anteil nach Geschlecht bei einem Anteil von 28% im Jahr 2005 zu 30% im Jahr 2008 bei den Männern und 72% bzw. 70% bei den Frauen fast konstant.

5.4.2.4 Entwicklung der Leistungsberechtigten außerhalb und innerhalb von Einrichtungen

Von 2005 bis 2008 stieg die Zahl der Empfänger/-innen von Grundsicherung in Hessen von 53.489 auf 62.658. Dies entspricht einer Zunahme um 9.169 Personen und einem Anstieg um 17,1%. Im gleichen Zeitraum verzeichnete die Zahl der Grundsicherungsempfänger/-innen außerhalb von Einrichtungen einen Zuwachs von 8.688 Personen und damit einen Anstieg um 21,3%.

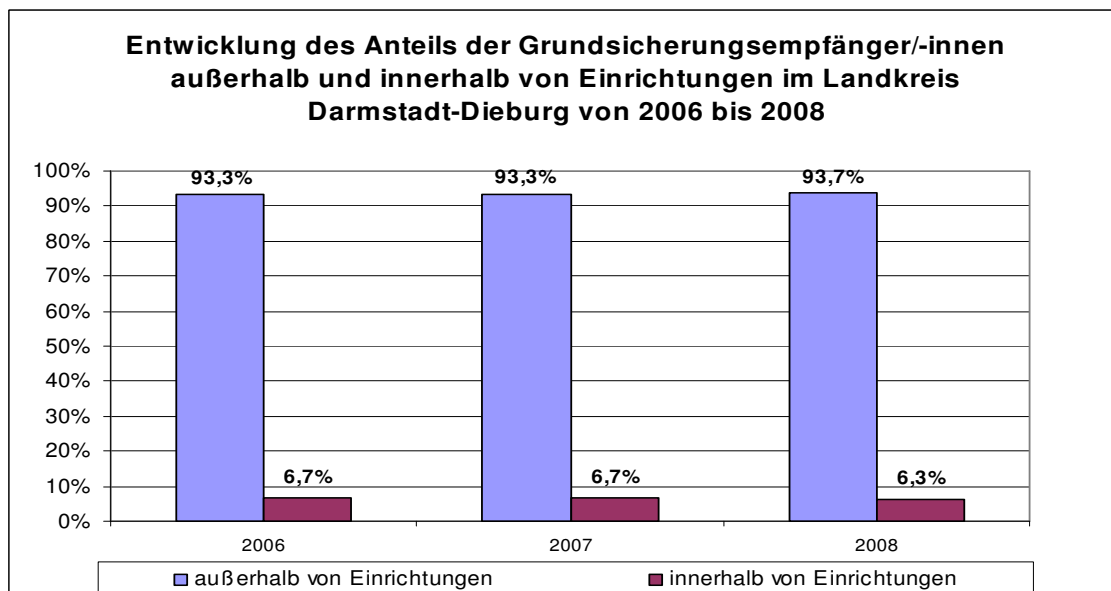
Während im Beobachtungszeitraum hessenweit die Zahl der Empfänger/-innen außerhalb der Einrichtungen um 12,5% zugenommen hat, erhöhte sich die der Empfänger/-innen in Einrichtungen nur um 2,1%.

Insgesamt hat sich in Hessen der Anteil der Grundsicherungsberechtigten außerhalb von Einrichtungen von 76,3% auf 79,0% erhöht, während der Anteil der Berechtigten in den Einrichtungen von 23,7% auf 21,0% sank.



Quelle: HSL: Statistische Berichte KI2-j/05-08; eigene Berechnungen JHP

Für den Landkreis Darmstadt-Dieburg ergibt sich eine sehr ähnliche Entwicklung. Allerdings liegen Daten, unterschieden nach Inanspruchnahme außerhalb und innerhalb von Einrichtungen, erst ab dem Jahr 2006 vor.



Quelle: HSL: Statistische Berichte KI2-j/05-08; eigene Berechnungen JHP

Von 2006 bis 2008 stieg die Zahl der Empfänger/-innen von Grundsicherung im Kreisgebiet von 1.340 auf 1.417. Dies entspricht einer Zunahme um 77 Personen und einem Anstieg um 5,7%.

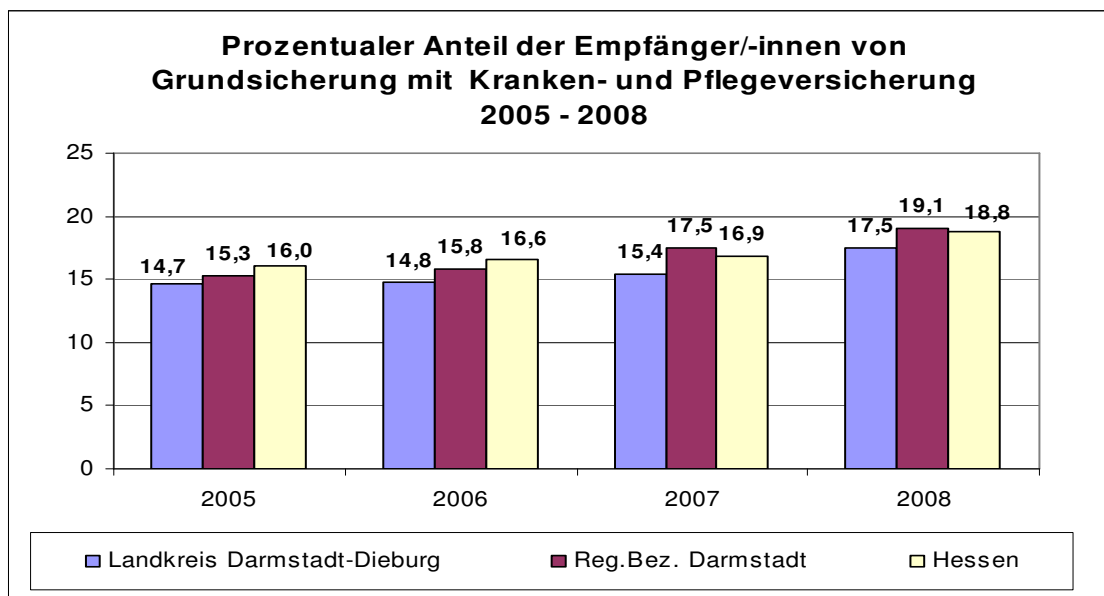
Im gleichen Zeitraum verzeichnete die Zahl der Grundsicherungsempfänger/-innen außerhalb von Einrichtungen einen Zuwachs von 78 Personen und damit einen Anstieg um 6,2%. Dagegen verringerte sich die Zahl der Personen in Einrichtungen um 1,1%.

Insgesamt hat sich im Kreisgebiet der Anteil der Grundsicherungsberechtigten außerhalb von Einrichtungen von 93,3% auf 93,7% leicht erhöht, während der Anteil der Berechtigten in den Einrichtungen von 6,7% auf 6,3% sank.

5.4.2.5 Entwicklung der Leistungsberechtigten nach anerkannten Ansprüchen und Aufwendungen

Übernommene Kranken- und Versicherungsbeiträge

Nach § 5 Abs. 1 Nr. 13 SGB V in Verbindung mit § 186 Abs. 11 SGB V gilt seit dem 1. April 2007 eine weitgehende Versicherungspflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung. Personen, die nicht krankenversichert sind, können Leistungen nach dem 5. Kapitel des SGB XII (Hilfen zur Gesundheit) erhalten. Es besteht die Möglichkeit der Meldung an eine Krankenversicherung. Die Krankenkasse leistet dann im Rahmen des Betreuungsverhältnisses wie für reguläre Mitglieder gesetzliche und satzungsgemäße Leistungen, deren Kosten vom Sozialamt (§ 264 SGB V) übernommen werden.

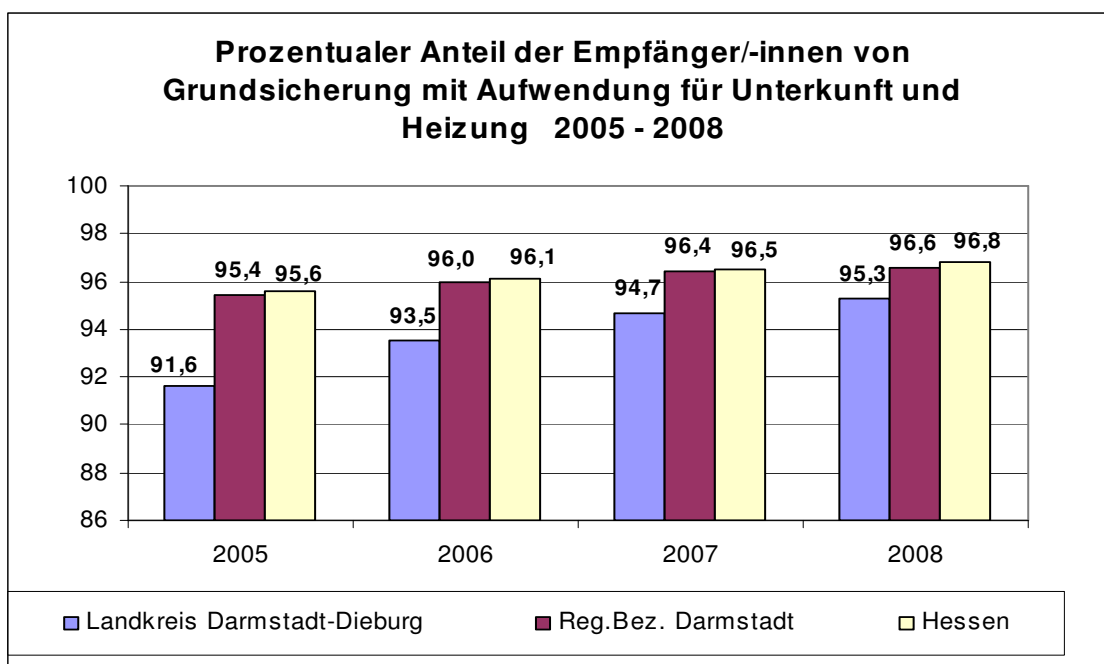


Quelle: HSL 2006 bis 2009; eigene Berechnungen JHP

Von 2005 bis 2008 stieg der Anteil der Bezieher/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die Hilfen zur Gesundheit und zur Pflege in Anspruch nahmen. Die stärkste Zunahme verzeichnete der Regierungsbezirk Darmstadt mit +3,8%, im Landkreis Darmstadt-Dieburg und in Hessen stieg der Anteil um 2,9%.

Aufwendungen für Unterkunft und Heizung

Nach § 29 Abs. 1 SGB XII werden die Kosten für Unterkunft in der Grundsicherung in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen erbracht. Dies gilt auch für die Kosten der Heizung gemäß § 29 Abs. 3 sofern diese Kosten angemessen sind. Bei stationärer Unterbringung sind diese Kosten in Höhe der durchschnittlichen angemessenen Aufwendungen für die Warmmiete eines Einpersonenhaushaltes zu Grunde zu legen (§ 42 Nr. 2 SGB XII).

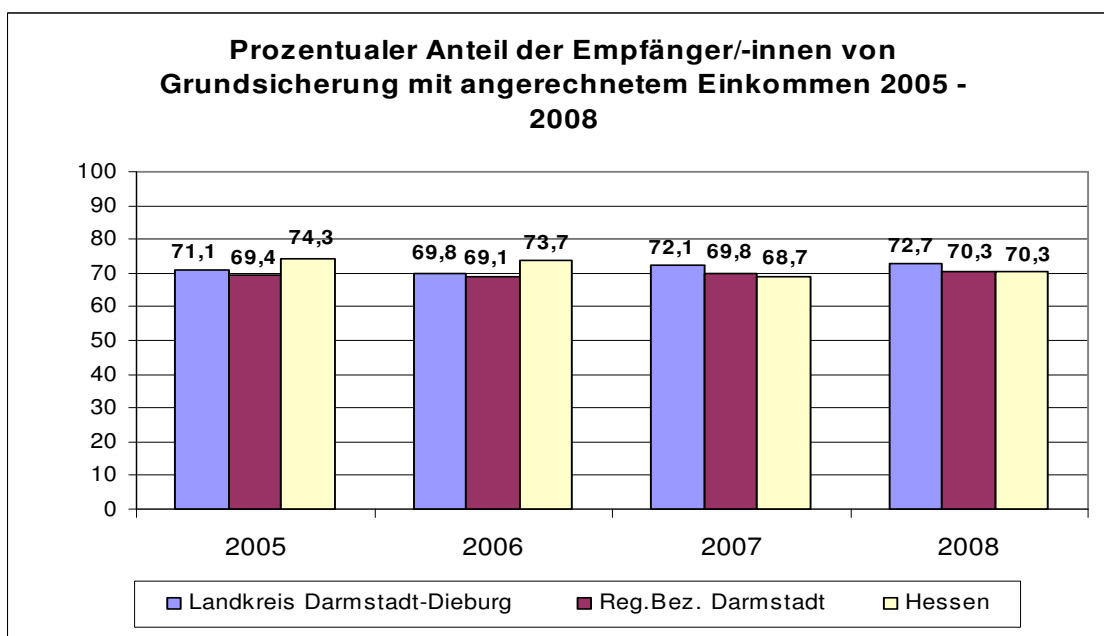


Quelle: HSL 2006 bis 2009; eigene Berechnungen JHP

Während im Regierungsbezirk Darmstadt und in Hessen der Anteil der Empfänger/-innen von Grundsicherung mit Aufwendungen für Unterkunft und Heizung nur minimal um je 1,2% anstieg, erhöhte sich der Anteil im Landkreis im gleichen Zeitraum um 3,7%.

Empfänger/-innen mit angerechnetem Einkommen

Die Sozialhilfe wie auch das Arbeitslosengeld II ist abhängig vom Einkommen (§ 82 SGB XII) und vom Vermögen (§ 90 SGB XII). Daher werden grundsätzlich alle Einkünfte, z.B. Renten, Kindergeld etc. als Einkommen auf die Sozialhilfe angerechnet.



Quelle: HSL 2006 bis 2009; eigene Berechnungen JHP

Abzusetzen sind bestimmte Beträge, vor allem Steuern und Sozialversicherungsbeiträge und weitere mit der Erzielung des Einkommens verbundenen Ausgaben und neben der Rente ein Anteil von 30% des bereinigten Einkommens aus selbständiger und nichtselbständiger

Tätigkeit. Für Beschäftigte einer Werkstatt für Behinderte gilt eine Sonderregelung zur Berechnung des Absetzungsbetrags (vgl. Wikipedia Sozialhilfe).

Von 2005 bis 2008 stieg der Anteil der Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Landkreis um 1,6% und im Regierungsbezirk um 0,9%, während hessenweit ein Rückgang des Anteils um 4% zu verzeichnen ist.

5.4.3 Eingliederungshilfe für Behinderte

Die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen ist im sechsten Kapitel des Sozialgesetzbuches XII geregelt. Sie ist eine spezielle Hilfe im Leistungskatalog der Sozialhilfe, deren Aufgabe darin besteht, eine drohende Behinderung zu verhüten oder eine Behinderung oder deren Folgen zu beseitigen oder zu mildern als auch behinderte Menschen in die Gesellschaft einzugliedern (§ 53 Abs. 3 SGB XII). In diesem Sinne wirkt sie präventiv, rehabilitativ und integrativ.

Anspruchsberechtigt sind Personen, die durch eine Behinderung wesentlich in ihrer Fähigkeit an der Gesellschaft teilzunehmen, eingeschränkt sind oder von einer wesentlichen Behinderung bedroht sind.

Die Eingliederungshilfe soll Menschen mit Behinderungen die Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben nach ihren Fähigkeiten ermöglichen. Dazu gehören neben den Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, zur Teilhabe am Arbeitsleben auch Leistungen im Arbeitsbereich und Hilfen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft, die auch eine angemessene schulische und berufliche Ausbildung beinhaltet.

Somit bietet die Eingliederungshilfe ein vielfältiges und umfangreiches Spektrum an Leistungen für Personen mit körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderungen von der Frühförderung für behinderte Kinder und Jugendliche über Werkstätten für Behinderte bis zum Platz in einer Wohneinrichtung (vgl. Deutscher Landkreistag 2007:3).

5.4.3.1 Eingliederungshilfen im Landkreis Darmstadt-Dieburg

Im Jahr 2008 erhielten 616 Personen im Landkreis Darmstadt-Dieburg und 40.620 Personen in Hessen Eingliederungshilfen für Behinderte (vgl. HSL 2009). Das hier erfasste Leistungsspektrum ist inhaltlich dem § 54 SGB XII (in Verbindung mit §§ 26, 33, 41 und 55 SGB IX) entnommen und enthält auch Hilfen, für die der örtliche Sozialhilfeträger nicht zuständig ist, wie z.B. Teilhabe am Arbeitsleben, Leistungen im Arbeitsbereich und Hilfen zur beruflichen Ausbildung.

5.4.3.2 Frühförderung im Kreisgebiet

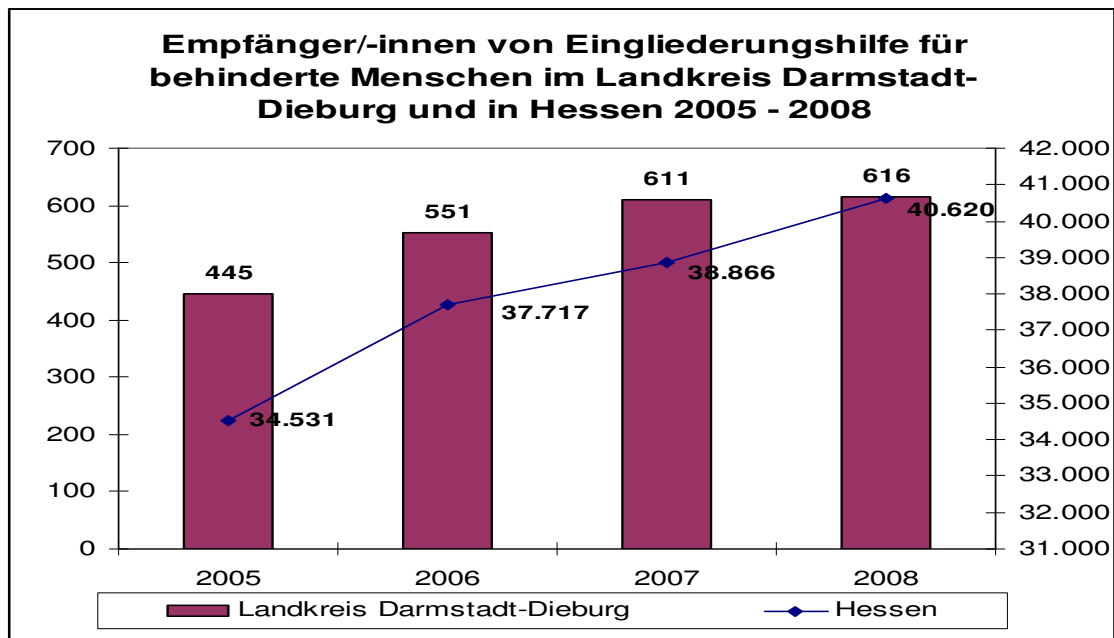
Kinder aus dem Landkreis Darmstadt-Dieburg, die vom Landkreis finanzierte Leistungen der Frühförderstellen in Anspruch nehmen, werden bei den Meldungen des HSL statistisch nicht erfasst, weil keine Abrechnung der Leistungen im Einzelfall erfolgt, sondern nur eine institutionelle Förderung.

Das Angebot der interdisziplinär zusammengesetzten Beratungsteams in den Frühförderstellen richtet sich an Familien mit entwicklungsauffälligen, von Behinderung bedrohten oder behinderten Kindern in der Altersgruppe von Geburt bis zum Schuleintritt.

Im Jahr 2008 nahmen 336 Kinder, die noch nicht eingeschult sind, Leistungen der Frühförderstellen in Anspruch.

5.4.3.3 Entwicklung der Eingliederungshilfen

Von 2005 bis 2008 nahm die Zahl der Bezieher/-innen der Eingliederungshilfen für Behinderte sowohl im Landkreis Darmstadt-Dieburg als auch in Hessen wie auch bundesweit kontinuierlich zu. Dabei erhöhte sich im Landkreis Darmstadt-Dieburg Zahl der Leistungsempfänger/-innen um 38,4% und in Hessen um 17,6%.

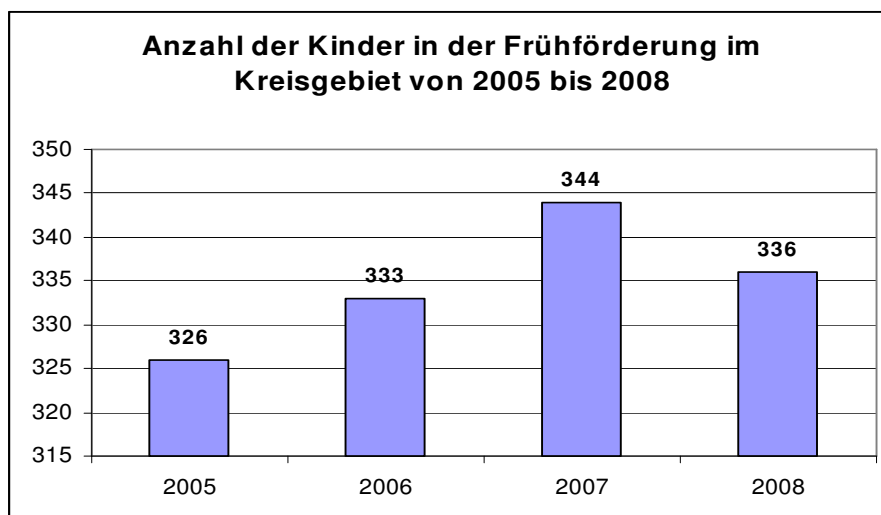


Quelle: HSL: Die Sozialhilfe in Hessen 2005 - 2008

Die Zunahme ist vor allem auf die Altersstruktur zurückzuführen, da erstmals wieder eine Generation behinderter Menschen das Rentenalter erreicht. Weiterhin nähert sich die Lebenserwartung behinderter Menschen an die der Nichtbehinderten an, die stetig ansteigt. Dazu tragen auch Fortschritte in der Frührehabilitation bei Geburt und der Akutmedizin bei Unfällen bei. Darüber hinaus steigt durch die Zunahme von psychischen Erkrankungen auch die Zahl der seelisch behinderten Menschen (vgl. Deutscher Landkreistag 2007:5).

5.4.3.4 Entwicklung der Frühförderung

Von 2005 bis 2008 stieg die Zahl der Kinder in der Frühförderung im Landkreis Darmstadt-Dieburg von 326 auf 336. Dies bedeutet eine Zunahme um 10 bzw. 3,1%.



Quelle: KV Da-Di: Sozialamt, Allgemeine soziale Angelegenheiten (VI/3); eigene Bearbeitung JHP

5.4.4 Hilfe zur Pflege

Hilfe zur Pflege ist Teil der Sozialhilfe und im siebten Kapitel des SGB XII in den §§ 61ff gesetzlich geregelt. Danach erhalten pflegebedürftige Menschen eine bedarfsorientierte Unterstützung, wenn sie den notwendigen Pflegeaufwand nicht aus eigenen Mitteln sichern können.

Anspruchsberechtigt sind Personen, die wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung in erheblichem Maße oder mehr Hilfe für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen des täglichen Lebensablaufs benötigen. Hilfe zur Pflege umfasst die häusliche Pflege, Hilfsmittel, teilstationäre Kurzzeitpflege und stationäre Pflege.

Der Vorrang ambulant vor stationär ist für die Sozialhilfe insgesamt in § 13 Abs. 1 SGB XII formuliert, so dass auch im Bereich der Hilfe zur Pflege ein genereller Vorrang der ambulanten, häuslichen Pflege vor teil- oder vollstationären Pflegeleistungen (§ 63 SGB XII) gilt.

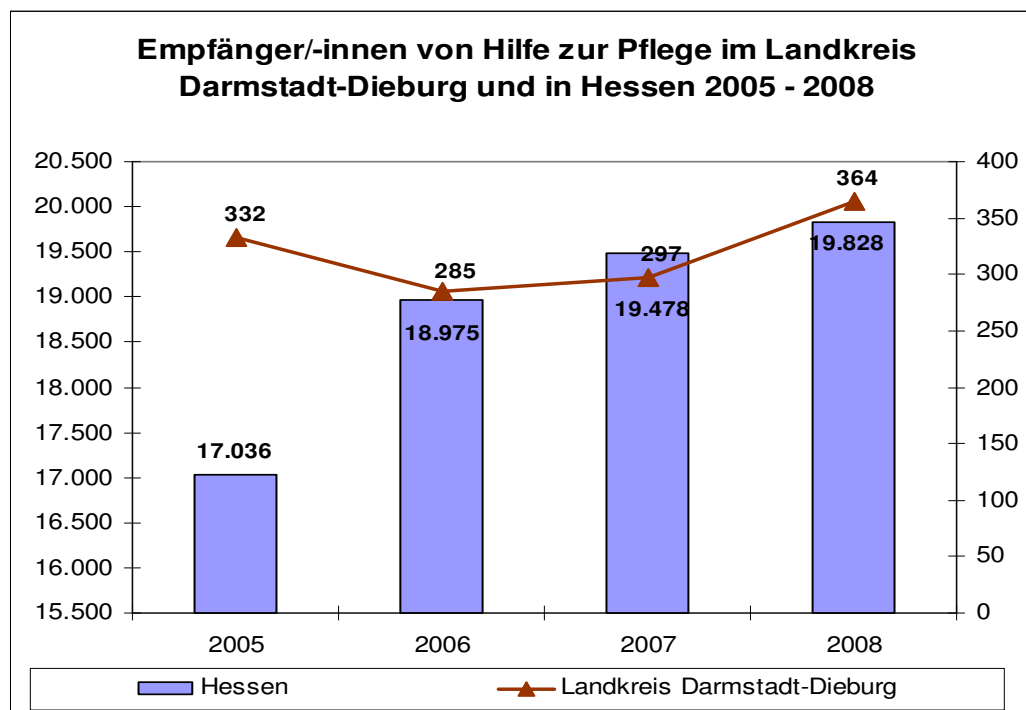
5.4.4.1 Hilfe zur Pflege im Landkreis Darmstadt-Dieburg

Im Jahr 2008 benötigten im Landkreis Darmstadt-Dieburg 364 Personen Hilfe zur Pflege. In Hessen waren es insgesamt 19.828 Personen.

5.4.4.2 Entwicklung der Hilfe zur Pflege

Sowohl im Landkreis Darmstadt-Dieburg als auch in Hessen stieg von 2005 bis 2008 die Anzahl der Empfänger/-innen von Hilfe zur Pflege an.

Im Landkreis Darmstadt-Dieburg erhöhte sich die Zahl der Anspruchsberechtigten mit Hilfe zur Pflege von 2005 bis 2008 um 9,6% und in Hessen um 16,4%.



Quelle: HSL: Die Sozialhilfe in Hessen 2005 - 2008

Das Statistische Bundesamt rechnete schon 2003 bundesweit mit einem Anstieg der Pflegebedürftigen bis 2020 um mehr als ein Drittel. Dazu trägt der geschätzte Zuwachs betagter pflege- und sozialhilfebedürftiger Personen bei, aber auch die höhere Pflegequote durch den höheren Pflegebedarf älterer Menschen ohne Familienzusammenhang.

5.4.5 Asylbewerberleistungsgesetz

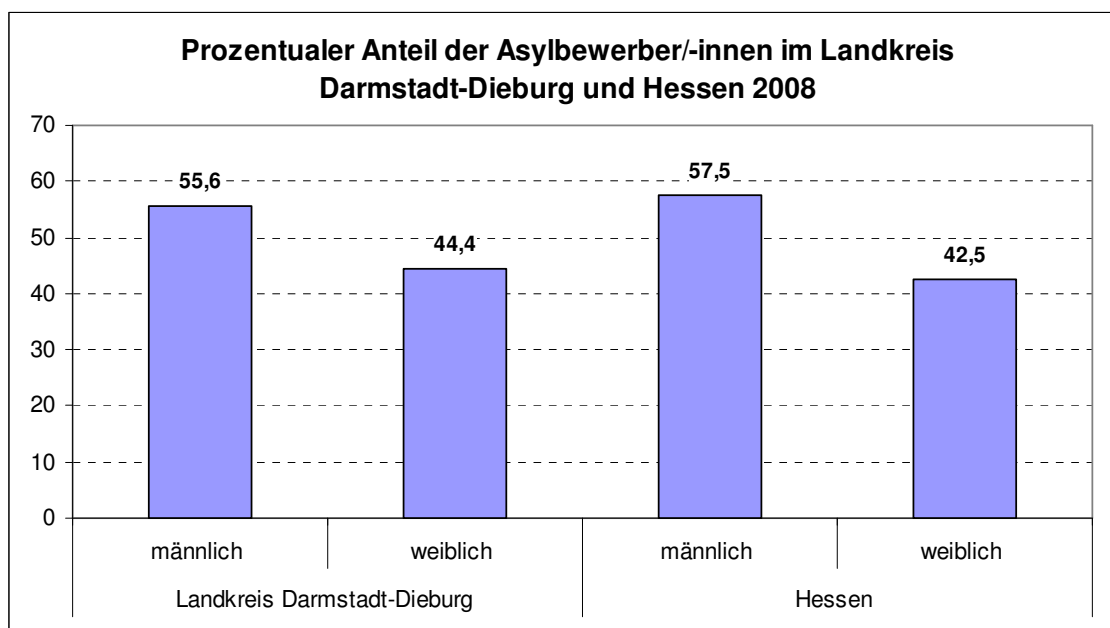
Seit 1993 regelt das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) die materiellen Leistungen an Asylbewerber/-innen, geduldete Ausländer/-innen und Kriegs- sowie Bürgerkriegsflüchtlinge zur Sicherung ihres Existenzminimums während ihres Aufenthaltes in Deutschland.

Die Leistungen werden dann gewährt, wenn die eigenen Mittel zur Bestreitung des Lebensunterhalts nicht ausreichen. Die Betroffenen erhalten eine Grundversorgung sowie bei akuten Erkrankungen und Schmerzzuständen eine ärztliche Behandlung. Insgesamt liegen die Leistungen etwa ein Drittel niedriger als die Leistungen nach dem SGB XII.

Im Einzelnen umfassen die Leistungen nach dem AsylbLG den notwendigen Bedarf an Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege sowie Ge- und Verbrauchsgüter des Haushaltes. In der Regel werden diese Leistungen als Sachleistungen und nur in Ausnahmefällen als Geldleistungen gewährt. Der monatliche Wert beträgt für den Haushaltsvorstand 184,07 Euro, für Haushaltsangehörige nach vollendeten 7. Lebensjahr 158,50 Euro und für jüngere Kinder 112,48 Euro. Zusätzlich erhalten die Leistungsberechtigten ein Taschengeld in Höhe von 40,90 Euro monatlich und Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahr 20,45 Euro. Weiterhin sind notwendige Leistungen bei Schwangerschaft und Geburt sowie bei Krankheit gewährleistet (vgl. Bundesministerium Lexikon 2008).

5.4.5.1 Asylbewerber/-innen im Landkreis Darmstadt-Dieburg und in Hessen

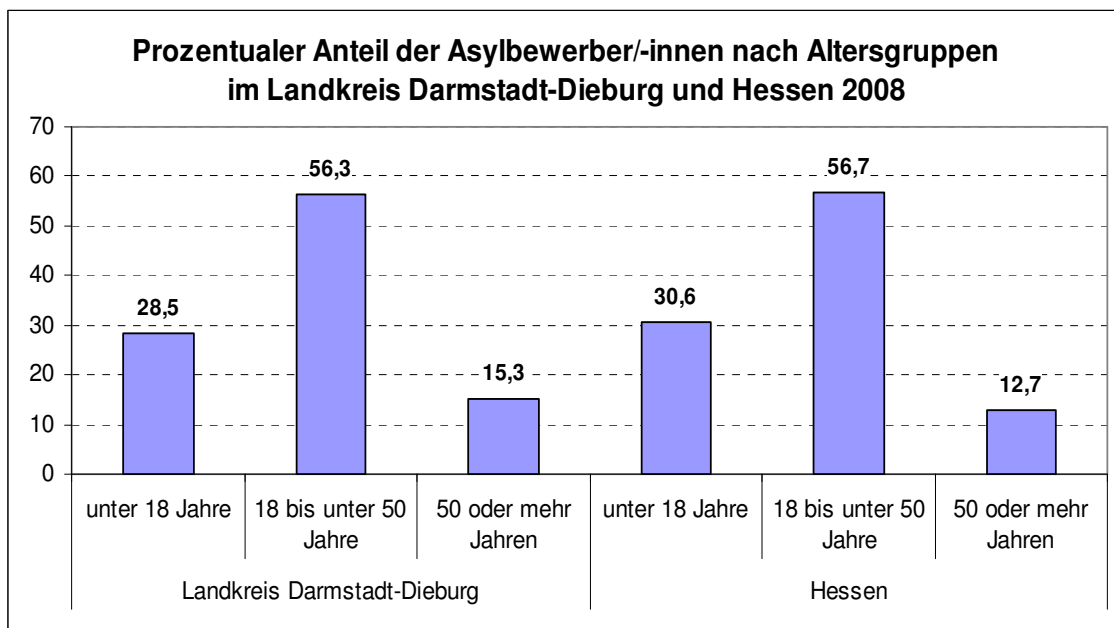
Im Jahr 2008 bezogen im Landkreis Darmstadt-Dieburg 295 und in Hessen 8.453 Personen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.



Quelle: HSL: Hessische Kreiszahlen, 2001-2008 Bd. II ;eigene Berechnung JHP

Dabei lag der Anteil der Frauen unter dem der Männer. So waren 2008 im Landkreis Darmstadt-Dieburg 44,4% weibliche und 55,6% männliche Asylbewerber/-innen gemeldet. Eine ähnliche Verteilung zeigt sich auch in Hessen.

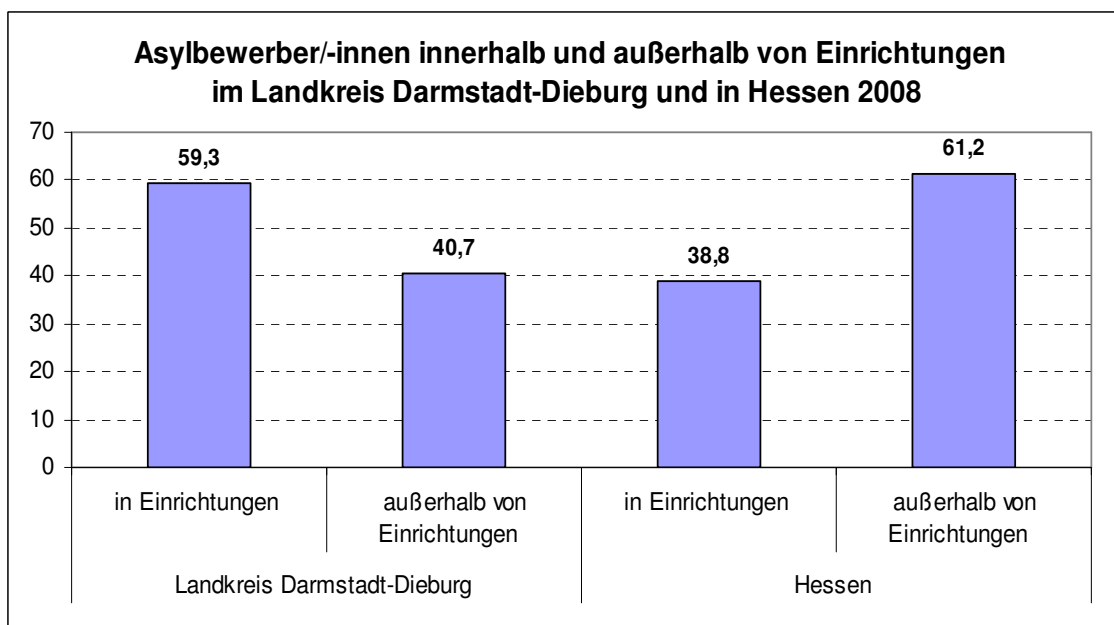
Eine Differenzierung nach Altersgruppen zeigte, dass im Landkreis Darmstadt-Dieburg weit mehr als die Hälfte der Leistungsberechtigten zur Altersgruppe der 18- bis unter 50-Jährigen gehörte. Gut ein Viertel der Asylbewerber/-innen war minderjährig und ältere Personen mit 50 Jahren und älter hatten einen Anteil von 15%.



Quelle: HSL: Hessische Kreiszahlen, 2001-2008 Bd. II ;eigene Berechnung JHP

5.4.5.2 Asylbewerber/-innen in und außerhalb von Einrichtungen

Im Jahr 2008 lebten im Kreisgebiet knapp 60% der Asylbewerber/-innen in Einrichtungen und 40% außerhalb.

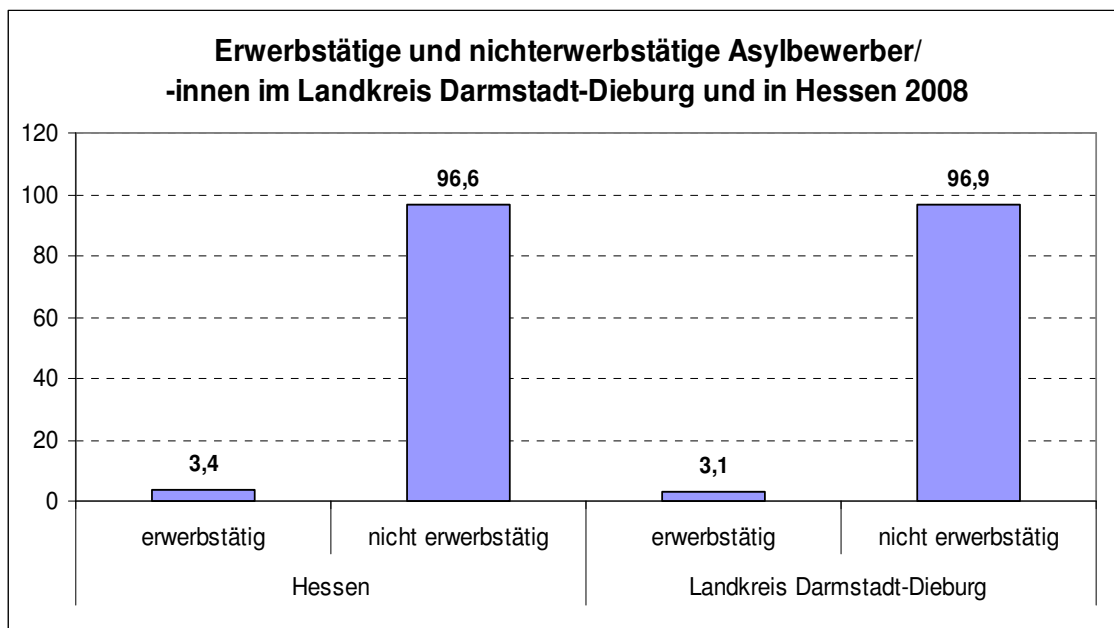


Quelle: HSL: Hessische Kreiszahlen, 2001-2008 Bd. II ;eigene Berechnung JHP

In Hessen war das Verhältnis genau umgekehrt. 40% der Asylbewerber/-innen lebten 2008 in und 60% außerhalb von Einrichtungen.

5.4.5.3 Erwerbsbeteiligung von Asylbewerber/-innen

Erwerbstätige Leistungsberechtigte stellen unter den Asylbewerber/-innen eher die Ausnahme dar.

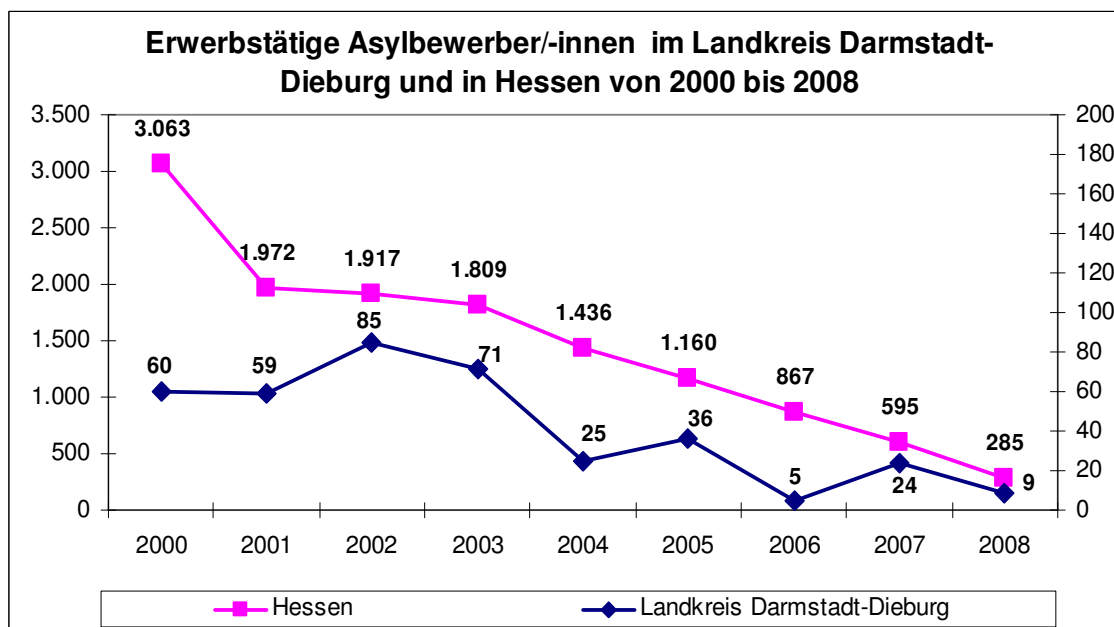


Quelle: HSL: Hessische Kreiszahlen, 2001-2007 Bd. 1; 2008 Bd. 2; eigene Berechnung JHP

Im Jahr 2008 waren es insgesamt neun Asylbewerber/-innen im Landkreis Darmstadt-Dieburg und in Hessen 295. Damit lag der Anteil der erwerbstätigen Leistungsberechtigten sowohl im Landkreis Darmstadt-Dieburg als auch in Hessen knapp über 3%.

5.4.5.4 Entwicklung der Berechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

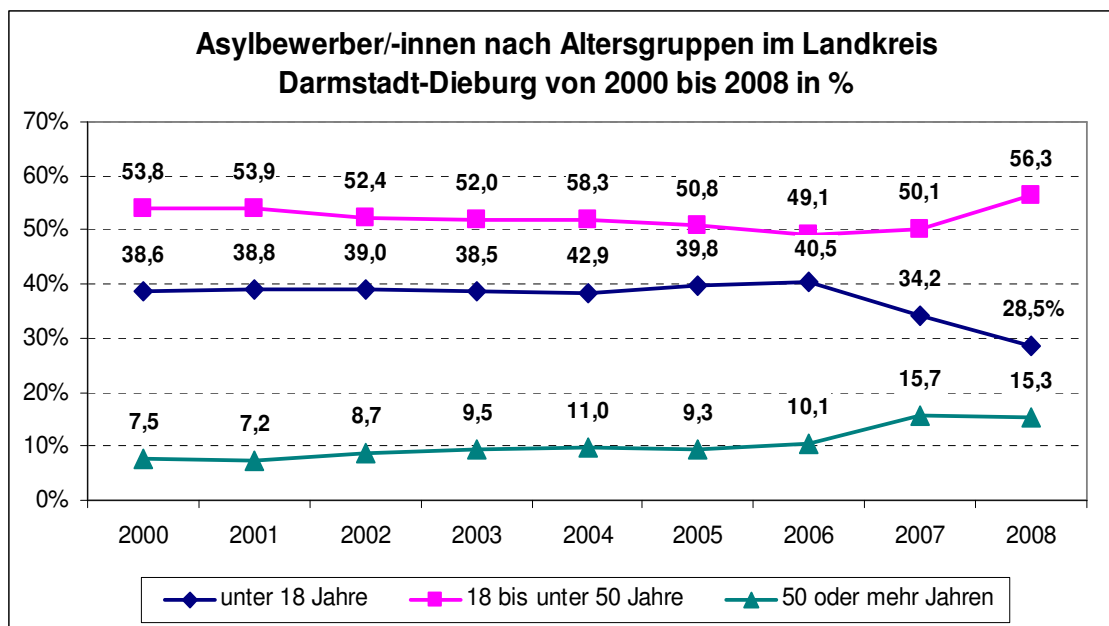
Die Zahl der Asylbewerber/-innen im Landkreis Darmstadt und in Hessen ist in den letzten Jahren beständig gesunken.



Quelle: HSL: Hessische Kreiszahlen, 2001-2008 Bd. 2; eigene Berechnung JHP

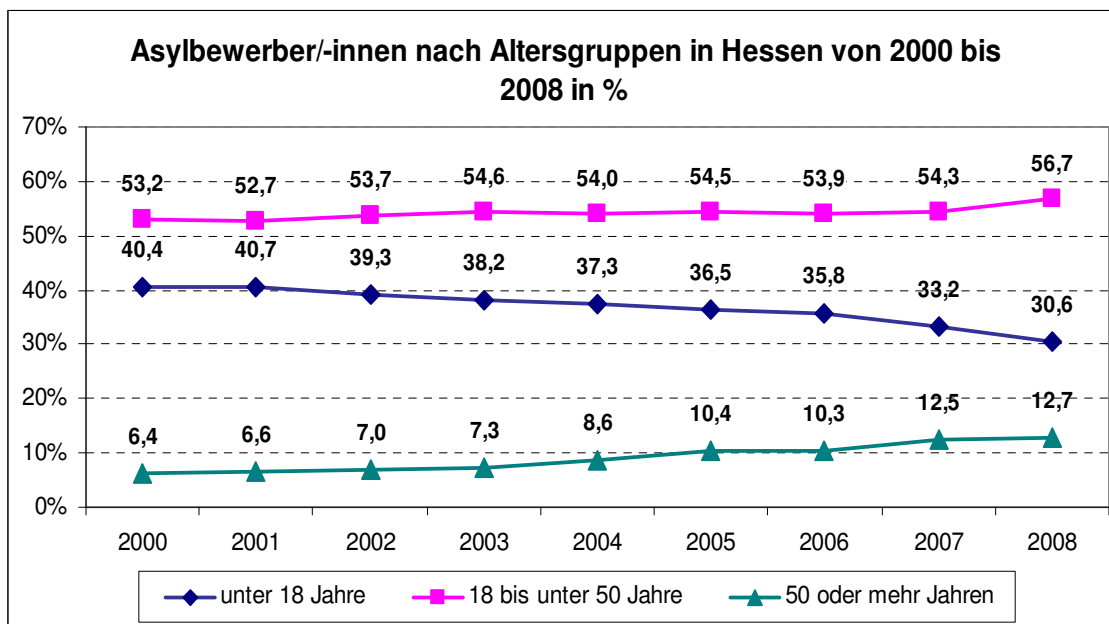
So ging die Zahl der Asylbewerber/-innen im Kreisgebiet von 2000 bis 2008 um 1.189 Personen zurück. Dies entspricht einem prozentualen Rückgang um 80,1%. Hessenweit verringerte sich die Zahl der Leistungsberechtigten um 30.833 Personen und damit um 78,5%.

Entwicklung nach Altersgruppen



Quelle: HSL: Statistische Berichte 2000-2009 Bd. 1; eigene Berechnung JHP

Die Entwicklung nach Altersgruppen zeigte im gleichen Zeitraum kreisweit eine deutliche Zunahme bei den Asylberechtigten mit 50 Jahren und älter (+7,8%). Der Anteil der 18- bis unter 50-Jährigen konnte ebenfalls einen Anstieg um 2,5% verzeichnen, während der Anteil der minderjährigen Kinder und Jugendlichen von 38,6% auf 28,5% sank und sich damit um 10,1% verringerte.

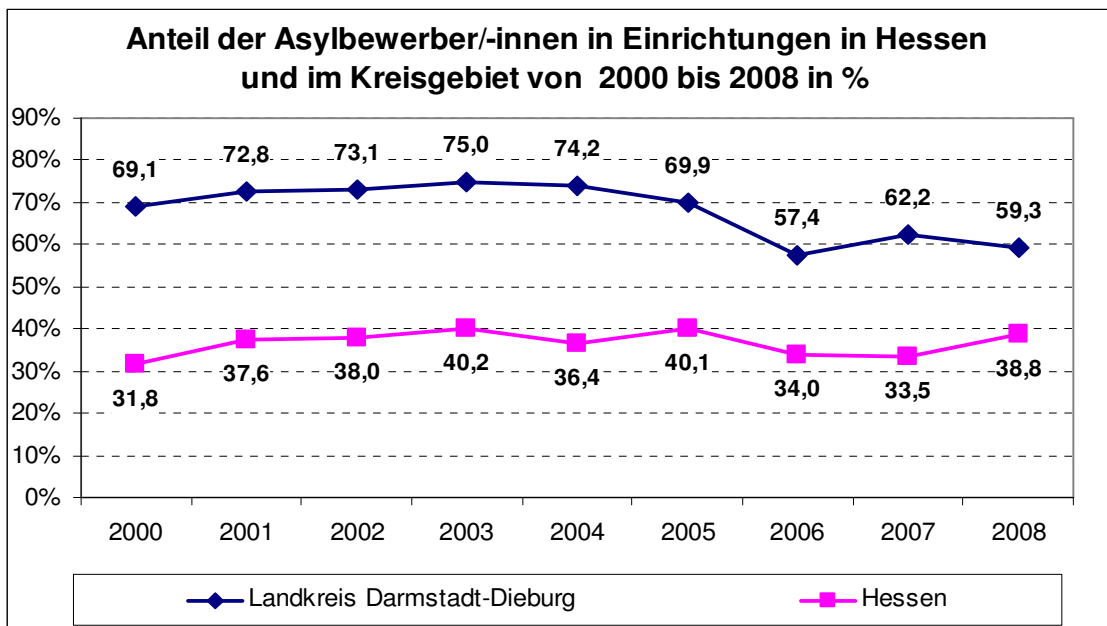


Quelle: HSL: Statistische Berichte 2000-2009 Bd. 1; eigene Berechnung JHP

Sehr ähnlich verlief die Entwicklung in Hessen. Hier erhöhte sich im gleichen Zeitraum der Anteil der Altersgruppe mit 50 und mehr Jahren (+ 6,3%) und der von 18 bis 50 Jahren (+ 3,5%). Gleichzeitig sank hier der Anteil der unter 18-Jährigen ebenso wie im Kreisgebiet um knapp 10%.

Entwicklung in und außerhalb von Einrichtungen

Im Zeitraum von 2000 bis 2008 näherte sich der Anteil der Asylbewerber/-innen in Einrichtungen im Kreisgebiet und in Hessen an.



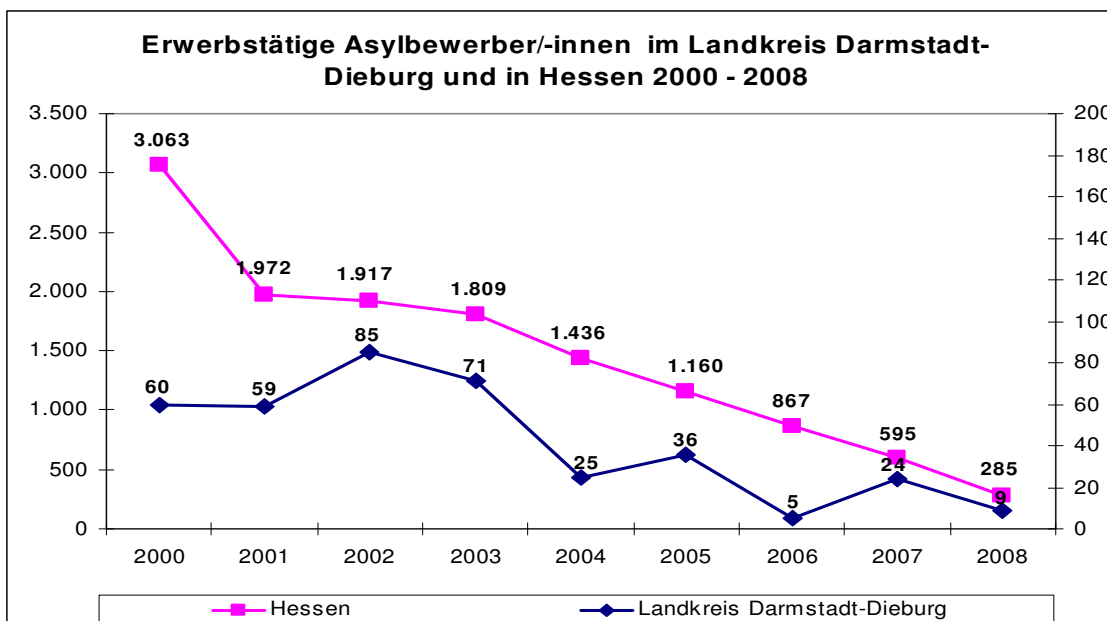
Quelle: HSL: Statistische Berichte 2000-2009 Bd. 1; eigene Berechnung JHP

Während der Anteil der Leistungsberechtigten in den Einrichtungen im Landkreis von 69,1% auf 59,3% sank, stieg der Anteil hessenweit von 31,8% auf 38,8%.

Entwicklung der erwerbstätigen Asylbewerber/-innen

Dieser Entwicklungsverlauf findet sich auch bei den erwerbstätigen Asylbewerber/-innen. Entsprechend sank die Zahl der Erwerbstätigen unter den Leistungsberechtigten im Beobachtungszeitraum kreisweit um 51 Personen und damit um 85%.

In Hessen reduzierte sich die Zahl der Erwerbstätigen unter den Asylbewerber/-innen um 2.778 Personen und damit um 90,7%.



Quelle: HSL: Statistische Berichte 2000-2009 Bd. 1; eigene Berechnung JHP

5.4.6 Kriegsofferfürsorge

Die Kriegsofferfürsorge ist Teil des sozialen Entschädigungsrechts, das im Bundesversorgungsgesetz (BVG) und seinen Nebengesetzen geregelt ist. Leistungsberechtigt waren ursprünglich Kriegsbeschädigte und ihre Hinterbliebenen. Heute hat Anspruch auf Versorgung im Rahmen der Sozialen Entschädigung nach §§ 25 bis 27j BVG, wer während einer militärischen oder militärähnlichen Dienstverrichtung einen Unfall oder eine gesundheitliche Schädigung erlitten hat, für dessen Folgen die Gemeinschaft in besonderer Weise einzustehen hat.

Neben den Kriegsoffern erhalten folgende Personengruppen Leistungen der Kriegsofferfürsorge:

- Soldaten, die eine Wehrdienstbeschädigung erlitten haben,
- Zivildienstleistende, die eine Schädigung erlitten haben,
- Opfer von Gewalttaten,
- Impfgeschädigte,
- Politische Häftlinge in der ehemaligen DDR,
- Opfer politisch motivierter Strafverfolgungsmaßnahmen in der ehemaligen DDR,
- Opfer einer hoheitlichen Maßnahme einer deutschen behördlichen Stelle in der ehemaligen DDR sofern die jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen hierfür gegeben sind.

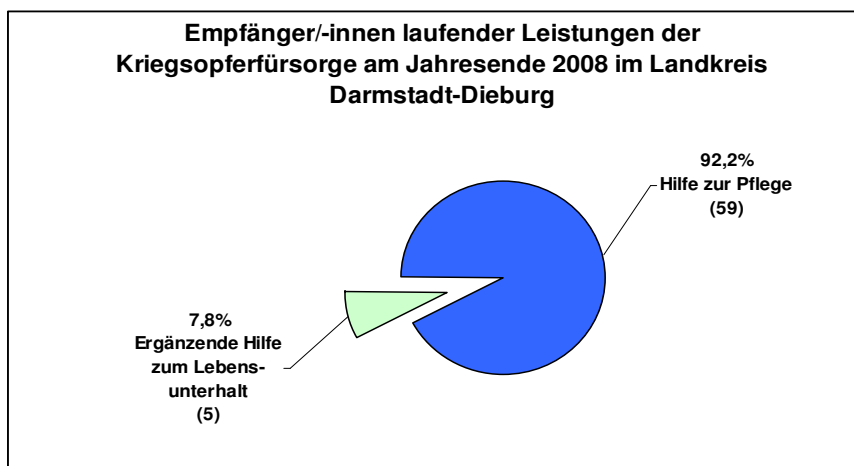
Die Kriegsofferfürsorge wird in Ergänzung zu den übrigen Leistungen nach dem BVG erbracht, sofern die Anspruchsberechtigten aufgrund der Schädigung und die Hinterbliebenen (z.B. Ehegatten, Kinder oder Enkelkinder) infolge des Verlustes des Versorgers nicht in der Lage sind, einen bestehenden Bedarf aus den übrigen Leistungen nach dem BVG und dem sonstigen Einkommen und Vermögen zu decken (vgl. BMAS: Kriegsofferfürsorge 2009:3f). Deshalb ist Voraussetzung für die Leistungsgewährung die Anerkennung eines Versorgungsanspruchs durch den Träger der Kriegsofferversorgung.

Die Versorgung bemisst sich nach Umfang und Schwere der Schädigungsfolgen und dem jeweiligen Bedarf und setzt sich aus mehreren Einzelleistungen zusammen. Dies können Geld- und Sachleistungen sein wie beispielsweise Renten, aber auch Leistungen der medizinischen Rehabilitation (vgl. Sozialbericht des BMAS 2009:178f).

Die wichtigsten Leistungsformen der Kriegsofferfürsorge sind Hilfen in besonderen Lebenslagen, Hilfe zur Pflege, ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt, Hilfe zur Weiterführung des Haushalts, die Altenhilfe und sonstige Hilfen.

5.4.6.1 Empfänger/-innen laufender Leistungen der Kriegsofferfürsorge im Kreisgebiet

Im Landkreis Darmstadt-Dieburg bezogen in 2008 insgesamt 64 Personen Leistungen aus der Kriegsofferfürsorge. Mit einem Anteil von 92,2% lag der Schwerpunkt der Leistungen auf der Hilfe zur Pflege.



Quelle: HSL: Statistische Berichte, Kriegsopferfürsorge 2008

In der Statistik des HSL nicht erfasst, aber für die Praxis relevant sind im Kreisgebiet noch die Leistungsarten

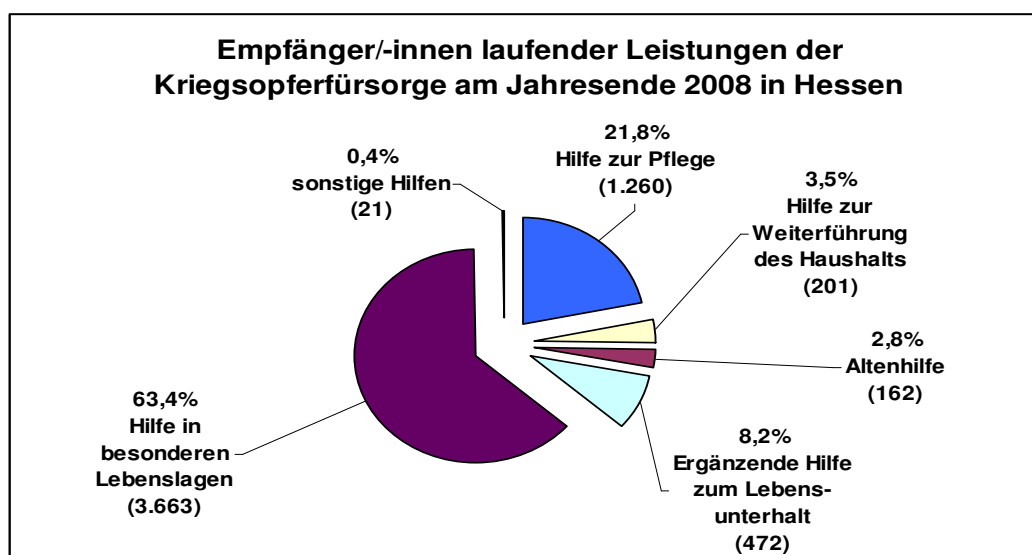
- Altenhilfe (§ 26e Bundesversorgungsgesetz BVG) und
- Erholungshilfe (§ 27b BVG).

Hierbei handelt es sich um einmalige Beihilfen.

Im Jahr 2008 wurden 24 Anträge auf Altenhilfe nach dem BVG positiv beschieden, und bei der Erholungshilfe waren es im gleichen Jahr 30 Anträge.

5.4.6.2 Empfänger/-innen laufender Leistungen der Kriegsopferfürsorge in Hessen

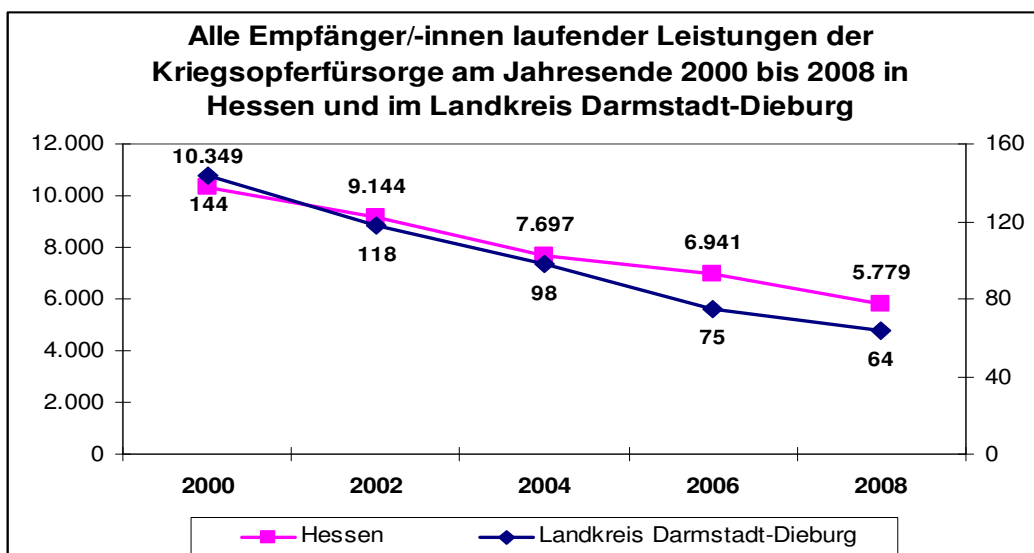
Ende 2008 erhielten 5.779 Personen in Hessen Unterstützung aus der Kriegsopferfürsorge. Der Schwerpunkt der Leistungen lag mit einem Anteil von 63,4%, auf der Hilfe in besonderen Lebenslagen. Die Hilfen zur Pflege nahmen einen Anteil von 21,8% ein.



Quelle: HSL: Statistische Berichte, Kriegsopferfürsorge 2008

5.4.6.3 Entwicklung der Kriegsopferfürsorge

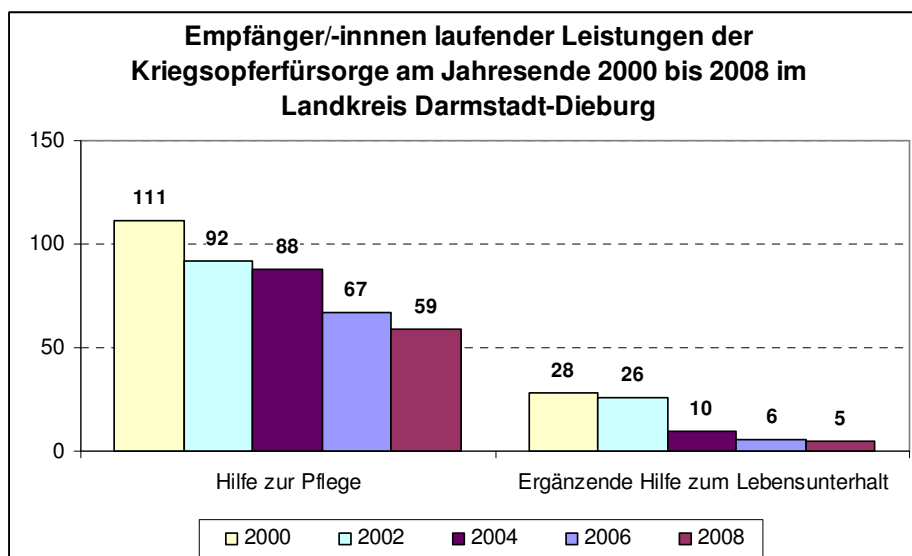
Von 2000 bis 2008 sank der Anteil der versorgungsberechtigten Personen der Kriegsopferfürsorge im Landkreis Darmstadt-Dieburg von 144 auf 64 Personen und damit um 55,6%.



Quelle: HSL: Hessische Kreiszahlen: Bd. 2/ 2001, 2003, 2008, Bd. 1/ 2005

Im gleichen Zeitraum nahm in Hessen die Anzahl der Empfänger/-innen von laufenden Leistungen der Kriegsopferfürsorge von 10.349 um 44,2% auf 5.779 Personen ab.

Eine Differenzierung der Leistungen für den Zeitraum von 2000 bis 2008 ergab für den Landkreis einen Rückgang der Empfänger/-innen im Bereich „Hilfe zur Pflege“ von 111 auf 59 und damit um 88,1%.



Quelle: HSL: Hessische Kreiszahlen: Bd. 2/ 2001, 2003, 2008, Bd. 1/ 2005

In diesem Beobachtungszeitraum hat sich auch die Zahl der Leistungsberechtigten im Bereich der ergänzenden Hilfen zum Lebensunterhalt von 28 auf fünf Empfänger/-innen reduziert. Das entspricht einer Abnahme um 82,1%.

Rückgänge verzeichneten auch die Anträge auf Alten- und Erholungshilfe. Wurden im Jahr 2008 noch 24 Anträge auf Altenhilfe nach dem BVG positiv beschieden, waren es in 2000 immerhin 112. Das ist ein Rückgang um 78,6%. Entsprechend rückläufig waren auch die Aufwendungen. Wurden im Jahr 2000 noch 16.290 Euro verausgabt, waren es 2008 nur noch 7.225 Euro.

Im Jahr 2000 wurden im Rahmen der Erholungshilfe 134 Anträge bewilligt. 2008 waren es noch 30, so dass auch bei dieser Leistungsart ein deutlicher Rückgang, und zwar um 77,6%

stattgefunden hat. Diese Entwicklung zeigte sich auch bei den Aufwendungen, die von 167.270 Euro im Jahr 2000 auf 27.051 Euro im Jahr 2008 verringerten und damit um 83,8%.

5.5 Weitere Hilfen der Sozialverwaltung für einkommensschwache Bewohner/-innen des Kreisgebietes

Ergänzend zu den bereits aufgeführten Hilfen (wie der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II und der Existenzsicherung nach dem SGB XII) können verschiedene weitere Hilfen in Abhängigkeit vom Einkommen gewährt werden.

Da niedrige Einkommen die Voraussetzung für die Hilfestellung darstellen, können diese amtlichen Daten ergänzend für die Bestimmung der sozialen Lage der Bewohner/-innen des Kreisgebietes und zur Vermeidung eines höheren Armutsrisikos herangezogen werden.

Zu diesen Leistungen gehört zum Beispiel die Kostenübernahme bzw. -teilübernahme von Kindertagesbetreuungskosten.

5.5.1 Übernahme der Kinderbetreuungskosten nach § 16 SGB II

Nach § 16 Absatz 2 SGB II wurden Leistungen für die Betreuung minderjähriger oder behinderter Kinder dann übernommen, wenn sie für die Eingliederung der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in das Erwerbsleben erforderlich sind. Die gesetzliche Neuregelung nach § 16a SGB II ab dem Jahr 2009 fand in diesem Bericht noch keine Berücksichtigung.

Die über die Kreisagentur für Beschäftigung aufgewendeten Kinderbetreuungskosten betragen in den Jahren 2007 rund 847.000 Euro und 2008 rund 915.000 Euro. Da in den angegebenen Jahren keine Aufteilung der Aufwendungen nach den gesetzlichen Grundlagen § 16 SGB II und SGB VIII vorgenommen wurde, kann nur eine prozentuale Schätzung nach der derzeitigen Kostenentwicklung erfolgen. Daraus ergibt sich für Leistung nach § 16 SGB II ein Anteil von ca. 19%.

Überträgt man dies auf die Vergleichsjahre ergeben sich Aufwendungen für Kinderbetreuungskosten im Rahmen von Hartz IV-Leistungen nach § 16 SGB II im Jahr 2007 in Höhe von 161.000 Euro und für 2008 in Höhe von 174.000 Euro. Damit lagen 2008 die Aufwendungen für Kinderbetreuungskosten 8,1% über denen des Vorjahres.

5.5.2 Kostenübernahme für Kindertagesbetreuung nach §§ 22 bis 24, 90 SGB VIII

Haushalte mit niedrigem Einkommen haben Anspruch auf Über- bzw. Teilübernahme der entstehenden Kosten für Kindertagesbetreuung im Rahmen der Leistungen der Jugendhilfe nach SGB VIII §§ 22 bis 24. Berechnungsgrundlage hierfür ist § 90 Abs. 3 und 4. Für die Festlegung der zumutbaren Belastung wird die Einkommensberechnung nach dem SGB XII §§ 82 bis 85, 87 und 88 zu Grunde gelegt.

Bei der Kostenübernahme für Kindertagesbetreuung wird zwischen der Kindergartenbeitragsübernahme und der Kostenübernahme für Tagespflege (Krippe/ Krabbelstube, Tagesmutter, betreuende Grundschule, Hort) unterschieden.

5.5.2.1 Kostenübernahme für Kindertagespflege nach § 23 SGB VIII

Eine Förderung und damit eine Kostenübernahme bzw. ein Kostenzuschuss für Tagespflege erfolgte im Kreisgebiet bis 2008 nach den Kriterien des § 23 SGB VIII, sofern alleinerziehende Elternteile berufstätig oder in Ausbildung und aus wirtschaftlichen Gründen nicht in der Lage sind, die Tagespflegekosten selbst zu tragen. Seit Anfang 2009 können alle Eltern, die berufstätig oder in Ausbildung sind und aus finanziellen Gründen die Kosten für die Tagespflege nicht aus eigenen Mitteln aufbringen können, eine Kostenübernahme bzw. einen Kostenzuschuss beantragen.

Kostenübernahme im Kreisgebiet

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Tagespflegekostenübernahme von 2007 bis 2008, da aufgrund gesetzlicher Änderungen keine vergleichbaren Daten für die Vorjahre vorliegen.

Tagespflegekostenübernahme nach §23 SGB VIII im Landkreis Darmstadt-Dieburg		
Jahr	Fälle	Kosten in EUR
2007	58	103.644
2008	64	104.809

Quelle: Landkreis Darmstadt-Dieburg, Abt. WJH; eigene Berechnung JHP

Von 2007 zu 2008 stieg die Anzahl der Beitragsübernahmefälle von 58 auf 64 und damit um 10,3% an. In diesem Zeitrahmen stiegen die aufgewendeten Kosten mit einem Plus von 1,1% nur minimal.

Soziale Risiken finden sich nicht nur bei bestimmten Gruppen und in bestimmten Lebensphasen, sondern können sich auch räumlich konzentrieren. Um einen interkommunalen Vergleich zu ermöglichen, wurden die Quoten der Kinderbetreuungskostenerstattung für die einzelnen Kreiskommunen berechnet.

Kostenübernahme in den Kreiskommunen

2008 betrug die kreisweite Tagespflege-Kostenübernahmequote, gemessen berechnet auf 1000 der jungen Bevölkerung unter 15 Jahren, 1,54.

Kostenübernahme in den Kreiskommunen für Tagespflege nach § 23 SGB VIII

Kommunen	2007 je 1000 der jungen Bev. unter 15 Jahren	2008 je 1000 der jungen Bev. unter 15 Jahren
Alsbach-Hähnlein	2,31	2,36
Babenhäuser	0,40	0,81
Bickenbach	0,00	0,00
Dieburg	1,33	1,83
Eppertshausen	0,00	1,14
Erzhausen	2,57	0,86
Fischbachtal	0,00	0,00
Griesheim	1,28	1,81
Groß-Bieberau	1,36	1,40
Groß-Umstadt	0,95	1,95
Groß-Zimmern	1,78	1,83
Messel	0,00	0,00
Modautal	1,49	3,18
Mühltal	1,55	1,02
Münster	1,86	1,90
Ober-Ramstadt	0,91	1,37
Otzberg	3,23	2,25
Pfungstadt	0,57	0,00
Reinheim	2,43	2,50
Roßdorf	1,61	1,10
Schaafheim	1,42	2,20
Seeheim-Jugenheim	2,30	2,80
Weiterstadt	1,09	1,67
Gesamt	1,35	1,54

Quelle: Jugendamt Darmstadt-Dieburg, Abt. WJH; eigene Berechnungen JHP

Ausgehend von diesem Durchschnittswert waren die Übernahmequoten am Kreisdurchschnitt besonders hoch in Modautal (3,18), Seeheim-Jugenheim (2,80) und Reinheim (2,50).

Mit Ausnahme von Bickenbach, Fischbachtal, Messel und Pfungstadt, wo 2008 keine Fälle von Gebührenübernahmen im Bereich der Tagespflege anfielen, hatten folgende Kommunen besonders niedrige Quoten zu verzeichnen: Babenhausen (0,12), Erzhausen (0,13) und Roßdorf (0,16).

5.5.2.2 Kostenübernahme für Kinderbetreuung nach § 24 SGB VIII

Sind Eltern oder alleinerziehende Elternteile aus wirtschaftlichen Gründen nicht in der Lage Betreuungskosten für den Kindergarten bzw. Kindertagesstätte, die Krippe, den Hort oder die betreuende Grundschule selbst zu bezahlen, können diese, sofern die Voraussetzungen erfüllt sind, vom Jugendamt gemäß SGB VIII § 90 Abs. 3 und 4 übernommen werden.

Kostenübernahme im Kreisgebiet

Die Tabelle verdeutlicht die erbrachten Leistungen und Kosten im Kreisgebiet. Auf Grund gesetzlicher Änderungen liegen vergleichbare Daten allerdings nur für die Jahre 2007 und 2008 vor.

Kostenübernahmen für Kinderbetreuung nach §24 SGB VIII im Landkreis Darmstadt-Dieburg		
Jahr	Fälle	Kosten in EUR
2007	494	431.329
2008	502	407.942

Quelle: Landkreis Darmstadt-Dieburg, Abt. WJH; eigene Berechnung JHP

Von 2007 zu 2008 erhöhte sich die Zahl der Beitragsübernahmen um acht Fälle, das entspricht einer Zunahme um 1,6%. Im gleichen Zeitraum konnte ein Rückgang der Kosten verzeichnet werden. Wurden 2007 noch Gelder in Höhe von 431.329 EUR aufgewendet, waren es 2008 nur noch 407.942 EUR. Das bedeutete eine Abnahme um 5,4%.

Zurückzuführen ist die Kostenreduzierung bei gleichzeitiger Fallsteigerung darauf, dass im Jahr 2008 die Kreisagentur für Beschäftigung (KfB) zum Teil Betreuungskosten für Kinder übernommen hat, deren Eltern sich in Eingliederungsmaßnahmen nach § 16 SGB II befanden (vgl. Kapitel 5.5.1).

Kostenübernahme in den Kreiskommunen

Um einen interkommunalen Vergleich zu ermöglichen, wurden auch hier die Quoten der Kinderbetreuungskostenerstattung für die einzelnen Kreiskommunen berechnet.

Kostenübernahme für Kinderbetreuung in den Kommunen des Landkreises Darmstadt-Dieburg nach SGB VIII § 24				
Kommunen	2007		2008	
	Fälle	je 1000 der jungen Bev. unter 15 Jahren	Fälle	je 1000 der jungen Bev. unter 15 Jahren
Alsbach-Hähnlein	22	16,91	18	14,16
Babenhausen	26	10,45	33	13,33
Bickenbach	16	20,03	14	17,41
Dieburg	12	5,33	22	10,07
Eppertshausen	6	6,73	7	7,98
Erzhausen	6	5,14	11	9,44
Fischbachtal	3	7,58	3	7,63
Griesheim	47	12,06	45	11,65
Groß-Bieberau	9	12,21	9	12,59
Groß-Umstadt	41	13,00	36	11,70
Groß-Zimmern	22	9,81	16	7,30
Messel	5	9,96	9	17,61
Modautal	7	10,43	8	12,72
Mühltal	11	5,69	14	7,16
Münster	13	6,05	13	6,16
Ober-Ramstadt	10	4,54	12	5,50
Otzberg	9	9,68	9	10,11
Pfungstadt	60	17,00	78	22,38
Reinheim	45	18,20	44	18,36
Roßdorf	22	11,80	21	11,50
Schaafheim	28	19,84	22	16,13
Seeheim-Jugenheim	24	11,03	19	8,87
Weiterstadt	50	13,65	39	10,86
Gesamt	494	11,53	502	11,92

Quelle: Jugendamt Darmstadt-Dieburg, Abt. WJH; eigene Berechnungen JHP

Gemessen am Kreisdurchschnitt mit einer Betreuungskostenquote von 11,92 waren 2008 die Beitragsübernahmekostenquoten in Pfungstadt (22,38), Reinheim (18,36) und Messel (17,61) besonders hoch. Unter dem Durchschnitt lagen die Quoten dagegen in Ober-Ramstadt (5,50), Münster (6,16) und Groß-Zimmern (7,30).

Bezogen auf das Vorjahr (2007) weisen sowohl die Fallzahlen als auch die Quoten der Kinderbetreuungsbeitragsübernahme im Kreisgebiet insgesamt nur leichte Zunahmen aus. In den einzelnen Kommunen sind dagegen teilweise stärkere Veränderungen zu verzeichnen. So stieg die Quote in Messel in einem Jahr von 9,96 auf 17,71 während in Schaafheim ein Rückgang der Quote von 19,84 auf 16,13 zu verzeichnen war.

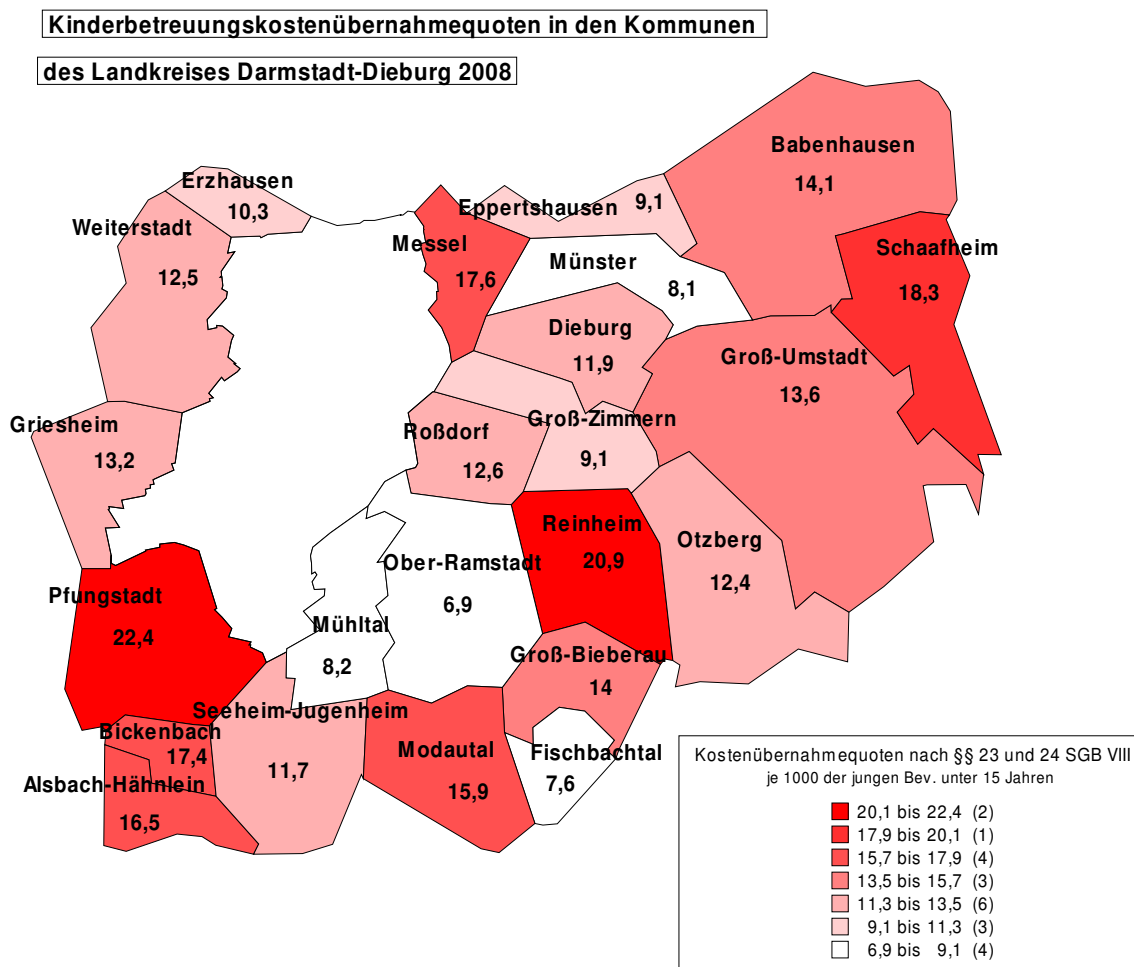
5.5.2.3 Kostenübernahmekostenquoten für alle Kindertagesbetreuungseinrichtungen nach dem SGB VIII

Insgesamt wurden 2008 in 566 Fällen Kosten in Höhe von 512.751 Euro für die Kinderbetreuung nach §§ 22 bis 24 SGB VIII übernommen. Gegenüber dem Vorjahr zeigte sich 2008 eine leichte Zunahme der Kostenübernahmefälle um 2,5%.

Kostenübernahmen für Kinderbetreuung nach §§ 23, 24 SGB VIII im Landkreis Darmstadt-Dieburg		
Jahr	Fälle	Kosten in EUR
2007	552	534.973
2008	566	512.751

Quelle: Landkreis Darmstadt-Dieburg, Abt. WJH; eigene Berechnung JHP

Die nachfolgende Grafik verdeutlicht die sozialräumliche Verteilung aller Kostenübernahmequoten für Kinderbetreuung nach dem SGB VIII für das Jahr 2008.



Die höchsten Kostenübernahmequoten für Kinderbetreuung gab es 2008 in Pfungstadt (22,4), Reinheim (20,9) und Schaafheim (18,3), während in Ober-Ramstadt (6,9) und Fischbachtal (7,6) die niedrigsten Übernahmequoten zu verzeichnen waren.

5.5.3 Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz

Kinder von Alleinerziehenden können Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) erhalten. Die Gewährung der UVG-Leistung kann für maximal 72 Monate, d.h. sechs Jahre erfolgen.

Die Leistungen nach dem UVG werden grundsätzlich unabhängig von der Staatsangehörigkeit des Kindes gewährt.

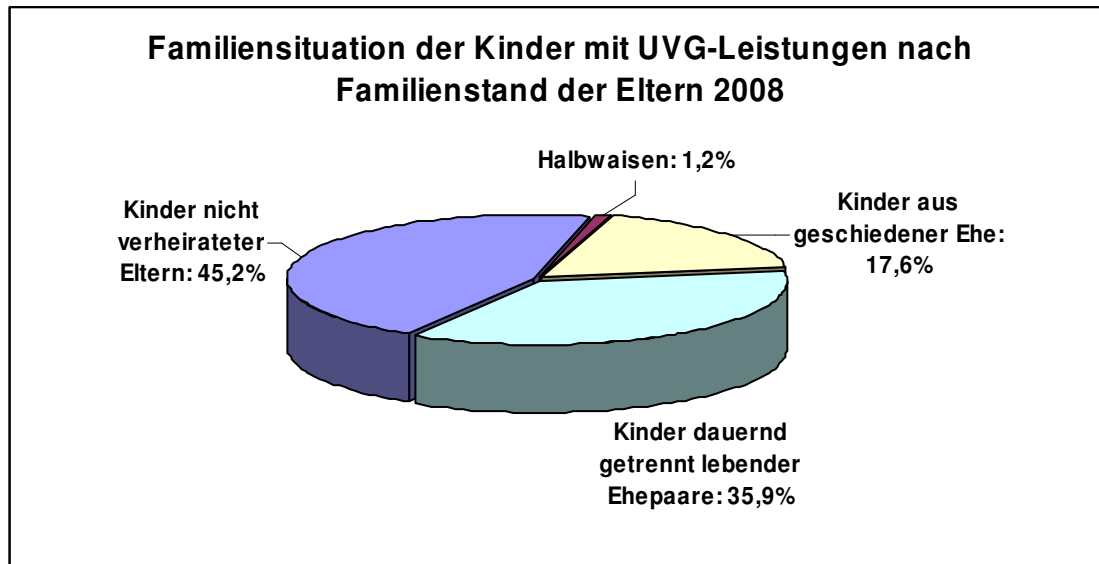
Nach dem UVG kann Unterhalt für Kinder dann gewährt werden, wenn

- der Unterhalt nicht ausreichend und nicht regelmäßig geleistet wird oder der Unterhaltspflichtige gar keinen Unterhalt zahlt (§ 1 Abs. 1 Nr. 3 UVG).
- sie bei einem Elternteil leben, der ledig, geschieden, verwitwet oder dauernd getrennt lebend ist (§ 1 Abs. 1 Nr. 2 UVG). Verheiratete Eltern gelten dann als dauernd getrennt lebend, wenn ein Elternteil wegen Krankheit, Behinderung oder auf Grund richterlicher Anordnung für voraussichtlich für wenigstens sechs Monate in einer Anstalt untergebracht ist.

- der andere Elternteil verstorben ist, werden Unterhaltsvorschussleistungen dann gezahlt, wenn die Waisenbezüge eine bestimmte Höhe nicht erreichen und das Kind bei einem Elternteil lebt
- das zwölfte Lebensjahr noch nicht vollendet ist (§ 1 Abs. 1 Nr. 1 UVG).

5.5.3.1 Empfänger/-innen von UVG im Landkreis Darmstadt-Dieburg

2008 erhielten 1.717 Kinder unter 12 Jahren Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz. Das entspricht kreisweit einer Quote von 53 bezogen auf 1000 der altersgleichen Bevölkerung.



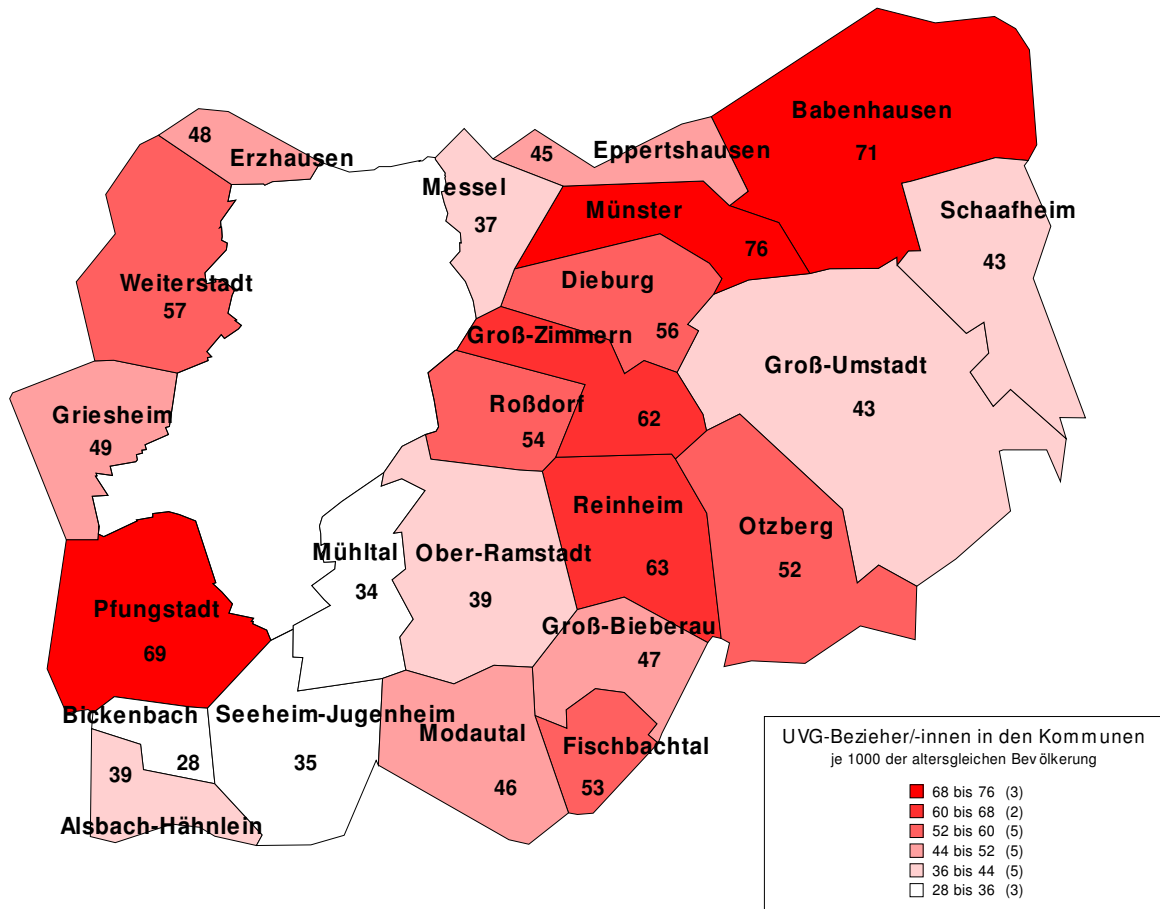
Quelle: KV Darmstadt-Dieburg, UVG-Statistik Jugendhilfe; eigene Aufbereitung JHP

Fast die Hälfte der Kinder mit UVG-Bezug hatte Eltern, die nicht verheiratet waren. Ein gutes Drittel der UVG-Bezieher/-innen lebte bei einem Elternteil, das getrennt von dem/r Ehepartner/-in wohnte und knapp ein gut ein Sechstel lebte mit einem geschiedenen Elternteil zusammen. Nur 1,2% der UVG-Empfänger/-innen waren Halbwaise.

5.5.3.2 Empfänger/-innen von UVG in den Kreiskommunen

Ausgehend von der Kreisdurchschnittsquote von 53 Bezieher/-innen je 1000 der altersgleichen Bevölkerung lebten die meisten Kinder mit UVG-Bezug in Münster, Babenhausen und Pfungstadt.

Quoten der UVG-Zahlfälle im Landkreis Darmstadt-Dieburg 2008



5.5.3.3 Entwicklung der UVG-Leistungsberechtigten

Von 2007 bis 2008 stieg die Zahl der jungen UVG-Bezieher/-innen von 1.674 auf 1.717 und damit um 2,6%.

Ausgehend von diesem Mittelwert erhöhte sich die Zahl der UVG-Empfänger/-innen am deutlichsten in Groß-Bieberau (+23,8%), Erzhausen (+21,1%), und Bickenbach (+20,0%).

Rückläufig waren dagegen die Kinder mit UVG-Bezug in Messel (-34,8%), Mühltal (-16,4%) und Alsbach-Hähnlein (-15,9%).

UVG-Bezieher/-innen in den Kommunen des Landkreises Darmstadt-Dieburg 2007 und 2008			
Kommune	2007	2008	Veränderung in %
Alsbach-Hähnlein	44	37	-15,9%
Babenhausen	114	135	18,4%
Bickenbach	15	18	20,0%
Dieburg	92	95	3,3%
Eppertshausen	32	30	-6,3%
Erzhausen	38	46	21,1%
Fischbachtal	14	15	7,1%
Griesheim	136	151	11,0%
Groß-Bieberau	21	26	23,8%
Groß-Umstadt	98	101	3,1%
Groß-Zimmern	117	106	-9,4%
Messel	23	15	-34,8%
Modautal	25	22	-12,0%
Mühltal	61	51	-16,4%
Münster	118	124	5,1%
Ober-Ramstadt	64	67	4,7%
Otzberg	30	35	16,7%
Pfungstadt	195	191	-2,1%
Reinheim	113	112	-0,9%
Roßdorf	69	77	11,6%
Schaafheim	41	46	12,2%
Seeheim-Jugenheim	61	57	-6,6%
Weiterstadt	153	160	4,6%
Kreisgebiet	1.674	1.717	2,6%

Quelle: Kreisverwaltung Darmstadt-Dieburg, UVG-Statistik; eigene Aufbereitung JHP

Auch ein Vergleich der UVG-Bezieher/-innenquote bezogen auf 1000 der altersgleichen Bevölkerung unter 12 Jahren zeigt eine kreisweite Zunahme von 50 im Jahr 2007 auf 53 im Jahr 2008.

Bezogen auf die Quoten zeigen sich Zunahmen vor allem in Babenhausen und Groß-Bieberau.

Rückläufig sind dagegen die Quoten vor allem im Messel, Mühltal und Alsbach-Hähnlein.

Quote der UVG-Zahlfälle* im Landkreis Darmstadt-Dieburg von 2007 bis 2008		
Kommune	Quote 2007	Quote 2008
Alsbach-Hähnlein	45	39
Babenhausen	59	71
Bickenbach	24	28
Dieburg	53	56
Eppertshausen	46	45
Erzhausen	39	48
Fischbachtal	49	53
Griesheim	44	49
Groß-Bieberau	36	47
Groß-Umstadt	41	43
Groß-Zimmern	68	62
Messel	57	37
Modautal	49	46
Mühltal	41	34
Münster	71	76
Ober-Ramstadt	37	39
Otzberg	43	52
Pfungstadt	70	69
Reinheim	60	63
Roßdorf	48	54
Schaafheim	38	43
Seeheim-Jugenheim	36	35
Weiterstadt	53	57
Kreisgebiet	50	53

*gemessen an der jungen Bevölkerung unter 12 Jahren der jeweiligen Kommune

5.5.4 Überschuldung privater Haushalte und Schuldnerberatung

Wer arm ist, muss nicht überschuldet sein – Überschuldung kann aber zu Armut führen. Nach dem drittem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung gilt ein Privathaushalt dann als überschuldet, „wenn Einkommen und Vermögen aller Haushaltsmitglieder über einen längeren Zeitraum trotz Reduzierung des Lebensstandards nicht ausreichen, um fällige Forderungen zu begleichen (vgl. 2008:53).

Warum es zur Überschuldung kommt, hat oft mehrere Ursachen. Anhand der Überschuldungsstatistik des Statistischen Bundesamtes von 2007, an der sich 212 von insgesamt 950 Schuldnerberatungsstellen beteiligten, wurde deutlich, dass Arbeitslosigkeit (29,6%) häufig Auslöser für eine Überschuldung bei Privatpersonen ist. Weitere Gründe sind einschneidende Ereignisse wie Trennung, Scheidung oder Tod des Partners bzw. der Partnerin (13,1%).

Schuldnerberatungsstellen bieten Betroffenen, die mit ihrer Überschuldung nicht mehr alleine zurecht kommen, von Kreditkündigungen und Pfändungen bedroht bzw. betroffen sind oder von Ihren Gläubigern gemahnt werden, aber nicht bezahlen können, Gesprächspartner sowie qualifizierte Unterstützung an.

Die Schuldnerberatung erarbeitet dabei gemeinsam mit den Betroffenen Wege aus der Überschuldung, hilft bei der Neuorientierung des Haushaltsbudgets sowie der Verhandlung mit Gläubigern. Außerdem bietet sie Hilfestellung und Begleitung im Verbraucherinsolvenzverfahren.

5.5.4.1 Situation im Landkreis Darmstadt-Dieburg

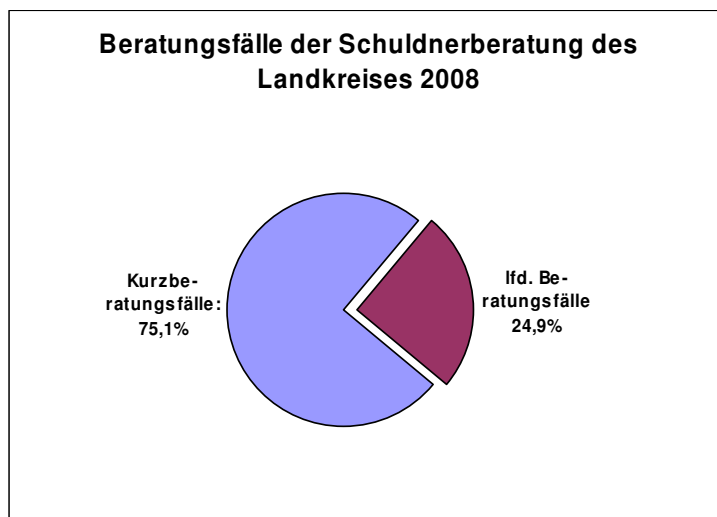
Laut Schulden-Kompass 2008, einer repräsentative Auswertung der SCHUFA-Daten, die den so genannten Privatschuldenindex ermittelt, belegt der Landkreis Darmstadt-Dieburg, verglichen mit den anderen 429 Kreisen und kreisfreien Städten in Deutschland, Rang 88. Dies entspricht einem Platz im ersten Viertel, wobei in den Regionen mit den niedrigsten Indexwerten die kritischen Anzeichen einer Privatverschuldung am schwächsten ausgeprägt sind. Das heißt, Privathaushalte im Landkreis sind, was ihre finanzielle Situation betrifft, im Bundesvergleich relativ gut aufgestellt. Dennoch gibt es auch im Landkreis Darmstadt-Dieburg verschuldete Privathaushalte.

Auf Grund von fehlenden Daten zur Situation der überschuldeten Haushalte im Landkreis insgesamt, kann im Rahmen dieser Berichtserstattung lediglich auf die von der Schuldnerberatungsstelle des Landkreises Darmstadt-Dieburg zur Verfügung gestellten Informationen näher eingegangen werden.

Bei den nachfolgenden Aufbereitungen ist zu beachten, dass die Überschuldungsstatistik der Schuldnerberatung keine Aussagen über die tatsächliche Anzahl überschuldeter Haushalte oder Personen im Landkreis und deren Lebenssituation erlaubt. Dies hat mehrere Gründe: Zum einen nehmen viele Personen, obwohl sie überschuldet sind, die Dienste von Schuldnerberatungsstellen nicht in Anspruch. Zum anderen gibt es neben der Schuldnerberatungsstelle des Landkreises noch weitere Stellen, die Beratungen durchführen, Bescheinigungen für das Scheitern außergerichtlicher Einigungsversuche ausstellen und danach das Privatinsolvenzverfahren begleiten.

5.5.4.2 Beratungsfälle der Schuldnerberatung des Landkreises

Im Jahr 2008 wurden insgesamt 1.680 Beratungsfälle erfasst. Davon waren 1.261 Kurzberatungsfälle und 419 laufende Beratungsfälle.

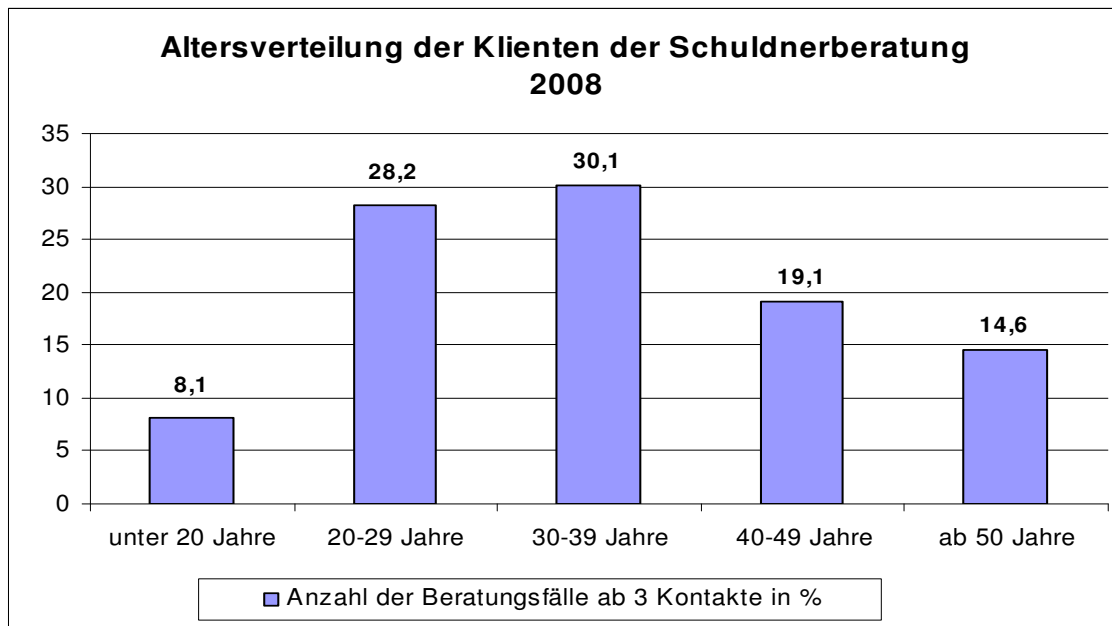


Quelle: Schuldnerberatung Darmstadt-Dieburg

Die nachfolgenden Ausführungen zur sozialökonomischen Struktur der beratenen Klienten beziehen sich ausschließlich auf Beratungsfälle der Schuldnerberatung des Landkreises Darmstadt-Dieburg mit drei oder mehr Kontakten aus dem Jahr 2008.

5.5.4.3 Von Überschuldung gefährdete Personengruppen in der Schuldnerberatung des Landkreises

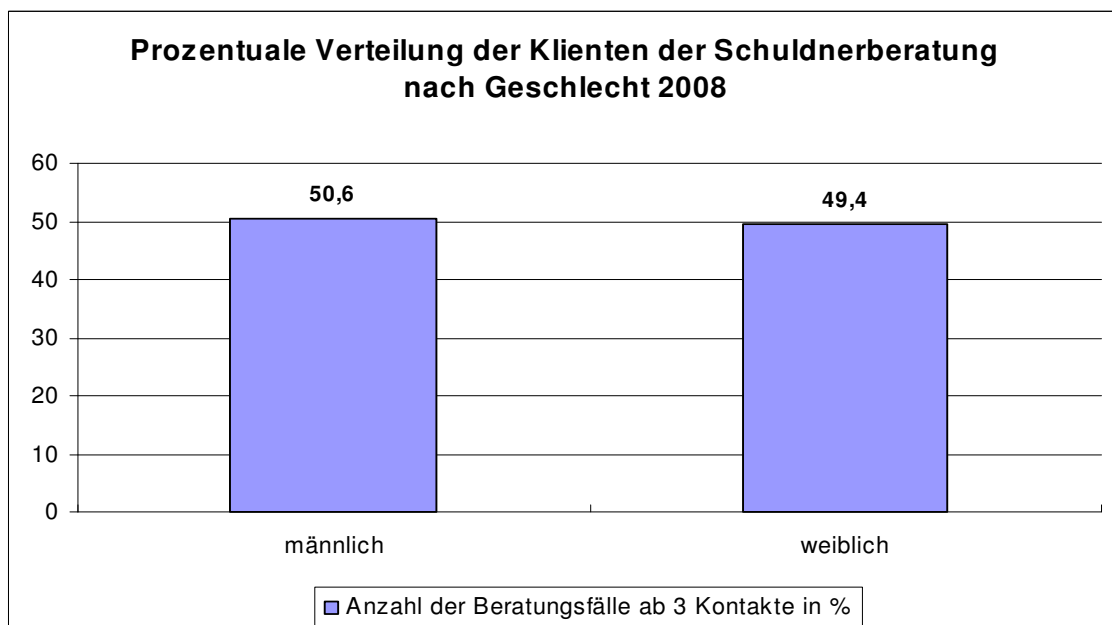
Alter der Klienten/-innen



Quelle: Schuldnerberatung Darmstadt-Dieburg

Den größten Anteil an den laufenden Beratungen der Schuldnerberatung nimmt mit 58,2% die Altersgruppe von 20 bis 39 Jahren ein. Die Gruppe der unter 20-Jährigen ist mit einem Anteil von 8,1% am schwächsten vertreten.

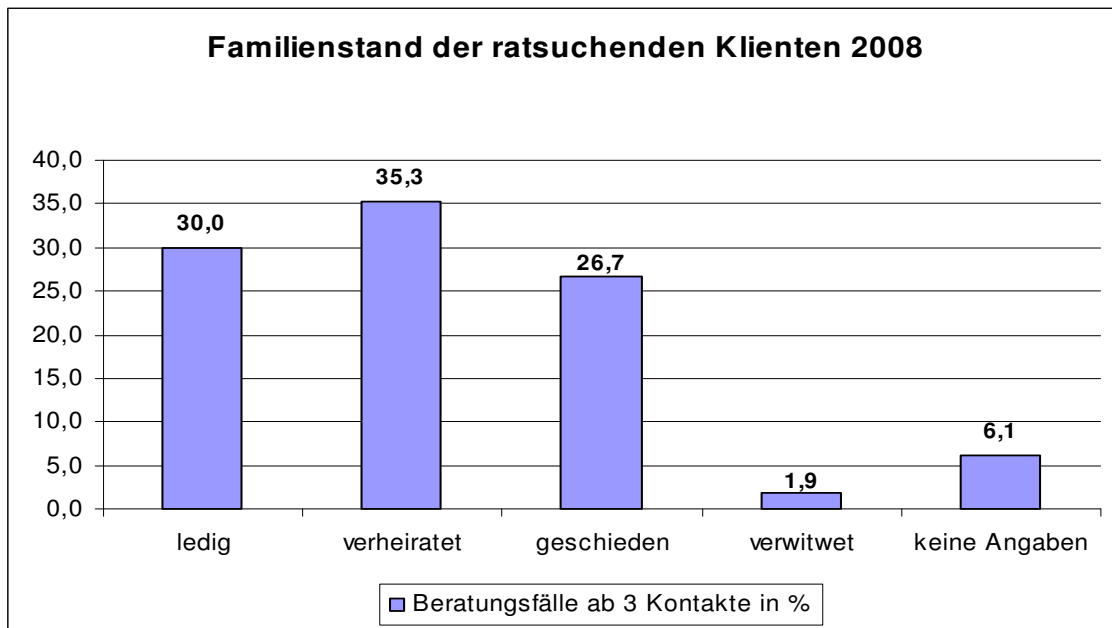
Geschlecht der Klienten



Quelle: Schuldnerberatung Darmstadt-Dieburg

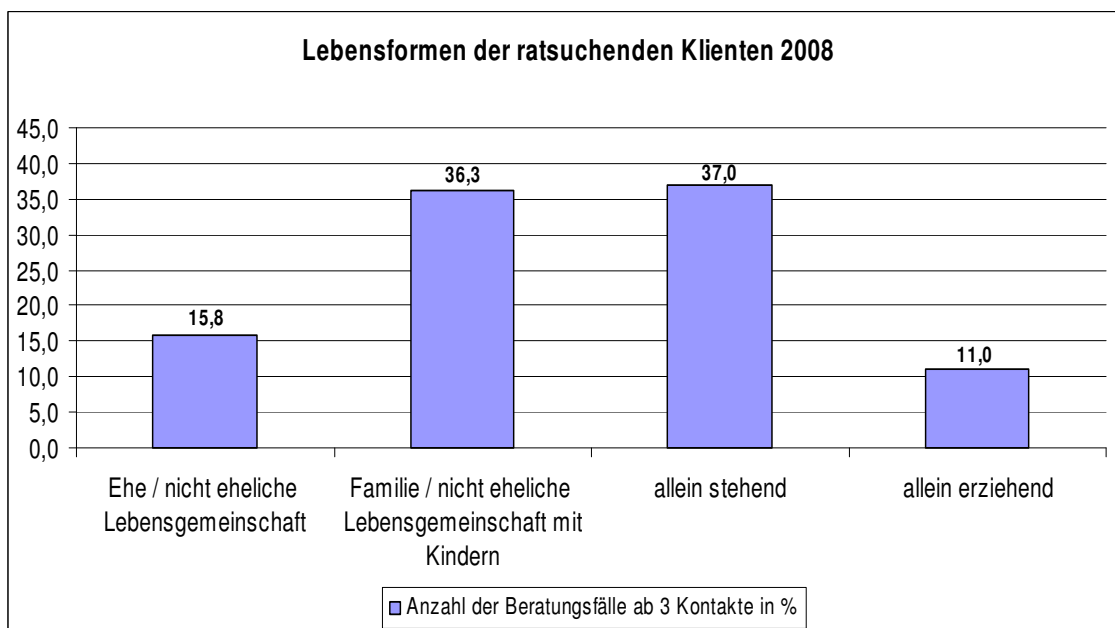
Eine Verteilung der gefährdeten Personengruppe bei den laufenden Beratungsfällen nach Geschlecht zeigt 2008 keine signifikanten Unterschiede.

Familienstand der Klienten



Quelle: Schuldnerberatung Darmstadt-Dieburg

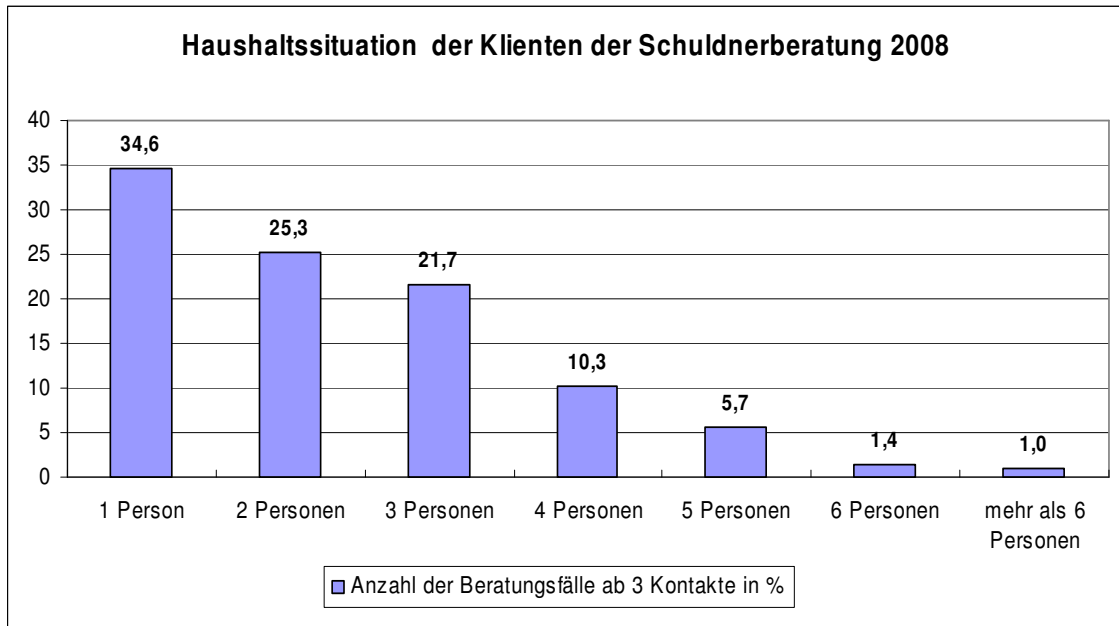
2008 waren 30,0% der Personen, die laufende Beratungstermine in Anspruch nahmen ledig. 35,3% und damit der größte Teil waren verheiratet und 26,7% geschieden. Der Anteil der Verwitweten lag bei 1,9%.



Quelle: Schuldnerberatung Darmstadt-Dieburg

2008 lebten, neben dem großen Anteil von alleinstehenden Personen (37,0%) bei den laufenden Beratungsterminen, 36,3% der Ratsuchenden zusammen mit Kindern in einer Familie bzw. einer nicht ehelichen Lebensgemeinschaft. Weitere 15,8% waren verheiratet oder lebten in einer nicht ehelichen Lebensgemeinschaft ohne Kinder. Der Anteil der Allein-erziehenden lag bei 11,0%.

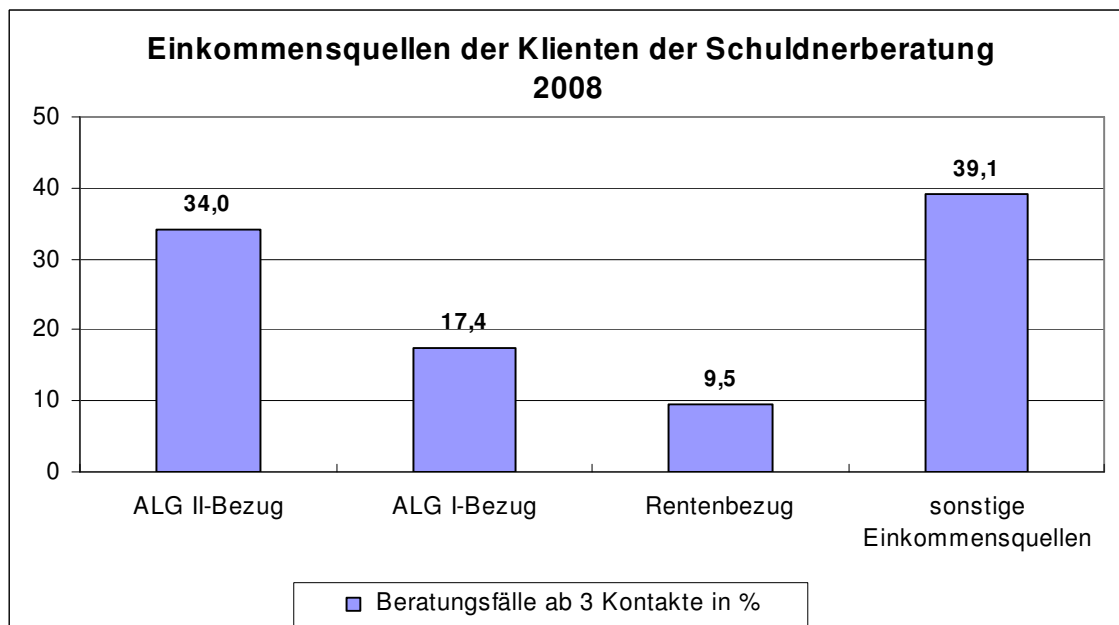
Haushaltszusammensetzung



Quelle: Schuldnerberatung Darmstadt-Dieburg

34,6% der Personen mit laufendem Beratungsbedarf lebten 2008 in einem Ein-Personen-Haushalt. 25,3% lebten in einem Zwei-Personen-Haushalt und 21,7% in einem Drei-Personen-Haushalt. 18,4% der Klienten wohnten gemeinsam mit drei und mehr Personen zusammen.

Einkommenssituation

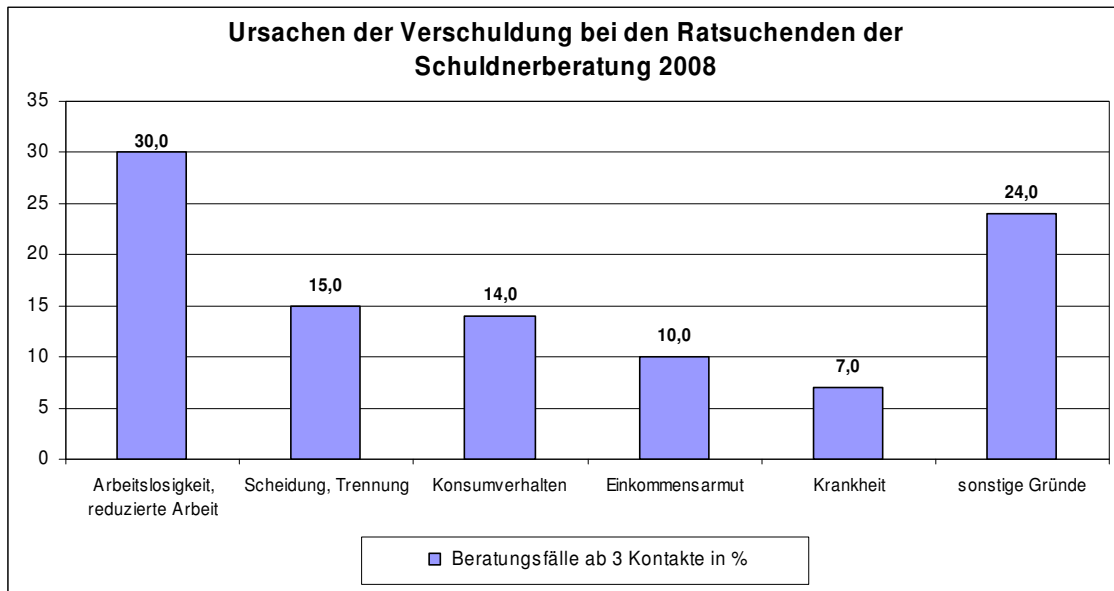


Quelle: Schuldnerberatung Darmstadt-Dieburg

Knapp die Hälfte der Klienten der Schuldnerberatung waren 2008 Bezieher/-innen von Grundsicherung nach dem SGB II (ALG II) oder Arbeitslosengeldberechtigte (ALG I). Knapp jeder zehnte Klient bzw. Klientin bezog bereits Rente.

Auslöser der Überschuldung

Die Gründe, warum eine Person nicht mehr in der Lage ist, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, sind vielschichtig. Meistens verursachen mehrere Faktoren die wirtschaftliche Notlage. Bezogen auf die Beratenen der Schuldnerberatung 2008 zeigt sich auch im Landkreis Darmstadt-Dieburg, dass Arbeitslosigkeit und die Reduzierung von Arbeit die Hauptursachen von Überschuldung sind.



Weiterhin werden auch Trennung bzw. Scheidung sowie Unerfahrenheit gegenüber Konsumangeboten als Ursachen für die Verschuldung genannt.

5.5.4.4 Entwicklung der Beratungsfälle der Schuldnerberatung

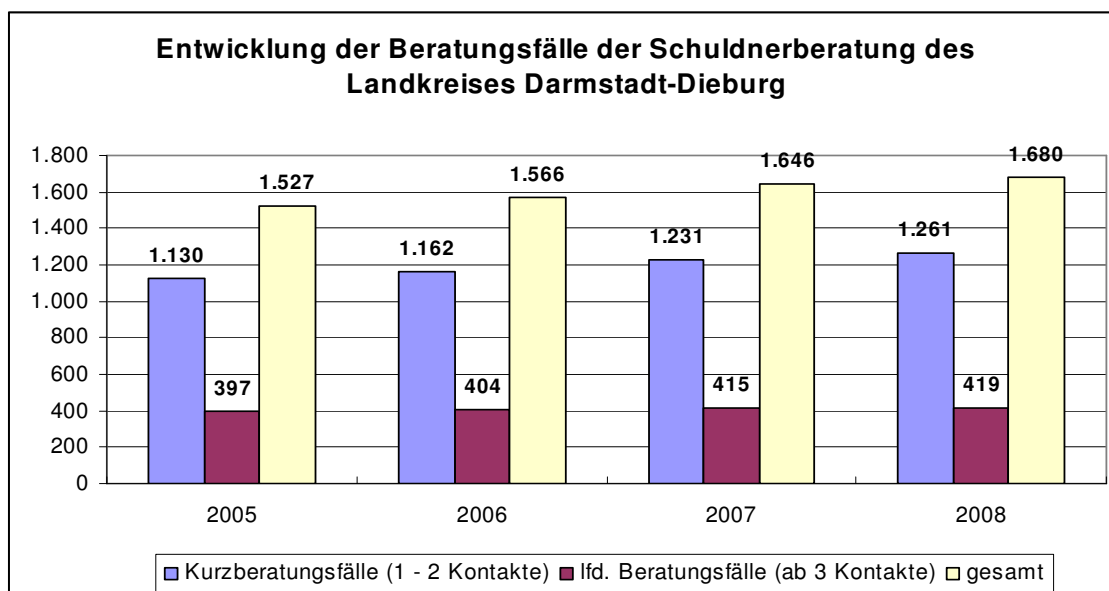
Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Beratungen für den Zeitraum von 2005 bis 2008, differenziert nach Kurzberatungen bzw. laufenden Beratungsfällen mit drei und mehr Kontakten.

Entwicklung der Schuldnerberatung des Landkreises Darmstadt-Dieburg								
Beratungsfälle	2005		2006		2007		2008	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Kurzberatungsfälle (1 - 2 Kontakte)	1.130	74,0	1.162	74,2	1.231	74,8	1.261	75,1
lfd. Beratungsfälle (ab 3 Kontakte)	397	26,0	404	25,8	415	25,2	419	24,9
Gesamt	1.527	100,0	1.566	100,0	1.646	100,0	1.680	100,0

Quelle: Schuldnerberatung Darmstadt-Dieburg; eigene Berechnung JHP

Von 2005 bis 2008 nahm sowohl die Zahl der Kurzberatungsfälle als auch die der laufenden Beratungsfälle zu. Während 2005 insgesamt 1.527 Beratungsfälle zu verzeichnen waren, lag die Zahl im Jahr 2008 bereits bei 1.680. Dies entspricht einem Anstieg um 10,0%.

Das Verhältnis zwischen Kurzberatungen und laufenden Beratungen blieb im Vergleichszeitraum konstant. So waren rund drei Viertel der Beratungsfälle Kurzberatungsfälle mit ein bis zwei Kontakten. Der Anteil der laufenden Beratungsfälle mit drei und mehr Kontakten lag bei rund einem Viertel.



Die Anzahl der Beratungsfälle allein gibt jedoch noch keinen Aufschluss darüber, in wie weit es im Rahmen der Schuldnerberatung gelungen ist, tatsächlich eine erfolgreiche Regulierung der Schulden herbeizuführen.

Interventionen der Schuldnerberatung des Landkreises Darmstadt-Dieburg von 2005 bis 2008

	2005		2006		2007		2008	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Beratungsfälle insgesamt	1.527	100,0	1.566	100,0	1.646	100,0	1.680	100,0
davon								
Regulierungsfälle insgesamt	258	16,9	248	15,8	241	14,6	260	15,5
davon								
erfolgreiche Regulierungsfälle	99	38,4	101	40,7	96	39,8	113	43,5
schwebende Regulierungsfälle	81	31,4	78	31,5	83	34,4	79	30,4
beantragte Verbraucherinsolvenzen	19	7,4	19	7,7	17	7,1	16	6,2
sonstige	59	22,9	50	20,2	45	18,7	52	20,0

Im Beobachtungszeitraum 2005 bis 2008 lag der Anteil der Regulierungsfälle an allen Beratungsfällen zwischen 16,9% und 15,5%. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil der erfolgreichen Regulierungsfälle kontinuierlich an und zwar von 38,4% auf 43,5%.

Gleichzeitig verringerten sich die schwebenden Regulierungsfälle sowie die beantragten Verbraucherinsolvenzen.

5.5.4.5 Verbraucherinsolvenzen im Landkreis Darmstadt-Dieburg

Ein fester Bestandteil der klassischen Schuldnerberatung ist die Verbraucherinsolvenzberatung. Hierbei handelt es sich um ein vereinfachtes Insolvenzverfahren für Privatpersonen. Ziel ist hierbei, hoch verschuldeten Privatpersonen nach einer gewissen Zeit einen Neuanfang zu ermöglichen, indem der/die Schuldner/-in nach Ablauf der so genannten Wohlverhaltensperiode und nach Abschluss des Insolvenzverfahren von der Pflicht zur Tilgung der restlichen Schulden befreit wird. Dies ist frühestens nach sechs Jahren möglich.

2008 wurden mit Hilfe der Schuldnerberatung des Landkreises insgesamt 16 Verbraucherinsolvenzen beantragt. Gemessen an allen Privatinsolvenzen im Landkreis werden knapp 6% mit Hilfe der Schuldnerberatung durchgeführt.

Verbraucherinsolvenzen bei der Schuldnerberatung des Landkreis Darmstadt-Dieburg				
	2005	2006	2007	2008
beantragte Verbraucherinsolvenzen	19	19	17	16

Quelle: Schuldnerberatung Darmstadt-Dieburg

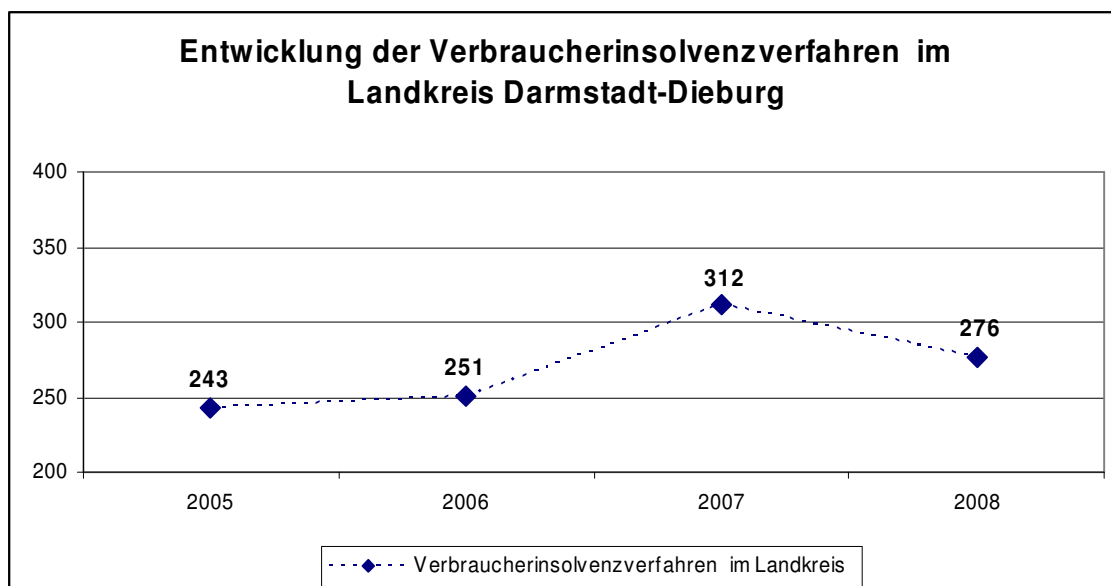
Die Entwicklung von 2005 bis 2008 zeigt einen Rückgang der beantragten Verbraucherinsolvenzen um 15,8%. Während 2005 noch 19 Anträge auf Verbraucherinsolvenz gestellt wurden, waren es 2008 nur noch 16.

Insgesamt gab es im Jahr 2008 im Landkreis Darmstadt-Dieburg 276 Verbraucherinsolvenzverfahren. Die Entwicklung im Beobachtungszeitraum zeigt einen stetigen Anstieg, der erstmals 2008 unterbrochen wurde. Gegenüber dem Vorjahr ist 2008 ein Rückgang um 11,5% zu verzeichnen.

Verbraucherinsolvenzverfahren im Landkreis Darmstadt-Dieburg				
	2005	2006	2007	2008
Verbraucherinsolvenzverfahren im Landkreis	243	251	312	276

Quelle: Hessische Kreiszahlen, Bd. 1 von 2005 bis 2009

Im gesamten Zeitraum stieg die Zahl der privaten Insolvenzen um 33 Verfahren und damit um 13,6%.



Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse: Soziale Sicherungsleistungen

Soziale Mindestleistungen in Deutschland

- Ein Vergleich der Bundesländer 2006 zeigt, dass die Menschen in den Stadtstaaten (Berlin 20,1%) und den neuen Bundesländern (Mecklenburg-Vorpommern 17,7%) verstärkt auf Leistungen der Mindestsicherung angewiesen waren. Die niedrigsten Bezugsquoten waren in den südlichen Bundesländern, in Bayern (5,3%), in Baden-Württemberg (5,7%), in Rheinland-Pfalz (7,5%) und in Hessen (9,0%) festzustellen.

Die Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II

Leistungen

- Die monatliche Leistung für eine Bedarfsgemeinschaft nach dem SGB II betrug im Dezember 2008 im Kreisgebiet durchschnittlich 841,30 Euro. Die Regelleistung des Arbeitslosengeldes II (ohne Unterkunft) betrug je Bedarfsgemeinschaft monatlich durchschnittlich 348,32 Euro und die Höhe des Sozialgeld 125,30 Euro.
- Bei der Leistungsberechnung wurde bei 64,0% der Bedarfsgemeinschaften im Dezember 2008 eigenes Einkommen berücksichtigt.

Leistungsberechtigte im Landkreis Darmstadt-Dieburg

- Im Dezember 2008 betrug die Anzahl aller Leistungsempfänger/-innen nach SGB II im Landkreis 15.149 Personen. Gemessen an der Gesamtbevölkerung des Kreisgebietes 2008 entsprach dies einem Anteil von 6,7%. Damit bezog jede/r 15te Kreisbewohner/-in SGB II-Leistungen. Von den Leistungsbezieher/-innen waren 48,3% Männer und 51,7% Frauen.
- Von den 4.894 nicht erwerbsfähigen Familienangehörigen, die das so genannte Sozialgeld im Berichtsmonat Dezember 2008 erhielten, waren 4.602 Personen und damit 94% unter 15 Jahren.
- Der Anteil der Sozialgeldbezieher/-innen an allen Hartz IV-Leistungen lag damit bei 32,3%. Der Anteil der Männer lag mit 51,8% über dem der Frauen und der Anteil der ausländische Empfänger/-innen betrug 23,4%.
- Der Anteil der Kinder unter allen Bezieher/-innen von Hartz IV-Leistungen betrug 2008, gemessen an der altersgleichen Bevölkerung im Landkreis Darmstadt-Dieburg, 10,9%. Damit lag er unter dem in Hessen (14,6%) und dem von 2006 in Deutschland (16,6%) festgestellten Anteil.
- Im Kreisgebiet bezog 2008 fast jedes neunte Kind, in Hessen knapp jedes siebte und deutschlandweit fast jedes sechste Kind unter 15 Jahren Leistungen nach den SGB II.
- 67,7% aller Empfänger/-innen von ALG II (10.255 Personen) im Kreisgebiet waren im Dezember 2008 erwerbsfähig.
- SGB II-Leistungen wurden zu 53,5% von Frauen in Anspruch genommen. Sie haben damit einen höheren Anteil als Männer.
- Auffällig ist, dass mit zunehmendem Alter der Anteil der Männer mit Leistungsbezug steigt. Lag der Anteil der Hilfeempfänger bei Berufseinsteigern unter 25 Jahren noch bei 45,5%, so stieg er bei den älteren, die kurz vor Ende des Erwerbslebens standen, auf 53,3%.
- Von den erwerbsfähigen Empfänger/-innen Ende 2008 im Kreisgebiet waren 67,1% Deutsche und 27,7% Ausländer/-innen. Für mehr als 5,5% der Leistungsbezieher/-innen lagen zur Nationalität keine Angaben vor.
- Frauen als Alleinerziehende sind häufiger als Männer auf Hartz IV-Leistungen angewiesen. Von den insgesamt 1.506 Alleinerziehenden mit ALG II-Bezug waren 94,2% Frauen. Dies entspricht in etwa auch dem hessischen (94,9%) und dem bundesdeutschen Wert (94%).

- Von den 10.255 erwerbsfähigen Hilfebedürftigen im Kreisgebiet gingen 3.117 einer Erwerbsarbeit nach. Somit erhielten 30,4% Erwerbseinkommen und SGB II-Leistungen. Davon waren 42,5% sozialversicherungspflichtig beschäftigt mit einem monatlichen Einkommen über 400 Euro und 57,5% als geringfügig Beschäftigte mit einem monatlichen Einkommen bis zu 400 Euro eingestellt.

Entwicklung der Leistungsberechtigten im Kreisgebiet

- Die Entwicklung der nichterwerbsfähigen Hilfebedürftigen zeigte von 2005 bis 2008 leichte Zunahmen bei der Zahl der Empfänger/-innen von Sozialgeld für den Landkreis Darmstadt-Dieburg (+0,4%) und Hessen (+1,5%) und einen sehr ähnlichen Entwicklungsverlauf.
- Auch wenn die Entwicklung der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen sehr ähnlich verlief, zeigt sich doch im Beobachtungszeitraum von 2005 bis 2008 ein Rückgang der Zahl der erwerbsfähigen ALG II-Bezieher/-innen im Kreisgebiet (-8,5%) und in Hessen (-3,7%).

Bedarfsgemeinschaften im Landkreis Darmstadt-Dieburg

- Im Dezember 2008 lebten in den insgesamt 7.111 Bedarfsgemeinschaften im Landkreis Darmstadt-Dieburg 15.149 Personen und somit 2,1 Personen pro Bedarfsgemeinschaft.
- In 38,3% der Bedarfsgemeinschaften lebten Kinder unter 15 Jahren zusammen und in 42,7% Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren.
- Im Dezember 2008 wuchs fast jeder zwölfte Minderjährige im Kreisgebiet in Familien auf, die soziale Transferleistungen für Arbeitssuchende im Rahmen der Grundsicherung erhielten.
- Über die Hälfte (53,8%) der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern im Kreisgebiet hatte ein Kind, knapp ein Drittel (30,4%) hatte zwei Kinder und knapp 16% hatte drei und mehr Kinder. Eine sehr ähnliche Verteilung findet sich auch hessenweit.
- Im Landkreis Darmstadt-Dieburg betrug der Anteil der Alleinerziehenden an allen Bedarfsgemeinschaften 22,4%. Werden alle Bedarfsgemeinschaften mit Kindern zugrunde gelegt, so lag 2008 der Anteil der Alleinerziehenden im Kreisgebiet bei 52,6% und damit leicht unter dem Bundesdurchschnitt von 54,1%.

Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften im Kreisgebiet

- Die Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften insgesamt zeigt von 2005 bis 2008 in Hessen (9,9%) und im Kreisgebiet (-15,0%) einen kontinuierlichen Rückgang.
- Bei den Bedarfsgemeinschaften mit Kindern ist das Gegenteil der Fall. Im Vergleichszeitraum stieg die Zahl der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern von 1.466 im Jahr 2005 auf 2.725 im Jahr 2008. Dies bedeutet einen Anstieg um mehr als 85%.

Leistungsberechtigte in den Kommunen des Landkreises Darmstadt-Dieburg

- Im Berichtsmonat Dezember (andere Datengrundlage, daher Abweichung zu den Daten aus dem Dezember) 2008 wurden in den 23 Kreiskommunen 15.611 Personen in 7.288 Bedarfsgemeinschaften erfasst. Davon waren 67,6% erwerbsfähig und 32,4% nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige.

- Insgesamt lebten Ende 2008 ca. 12% der Kinder unter 15 Jahren in den Kreiskommunen in einer Familie, die Leistungen nach dem SGB II bezogen. Somit lebte jedes achte Kind in einer Bedarfsgemeinschaft und erhielt Sozialgeld.
- Ausgehend von der Kreisquote lebten die meisten jungen Sozialgeldempfänger/-innen in Groß-Zimmern (19,0%) und in Babenhausen (17,4%). Den geringsten Anteil an nichterwerbsfähigen Hilfebedürftigen wiesen die Kommunen Mühlthal und Seeheim-Jugenheim auf.
- Gemessen an der Kreisquote von 36,6 je 1000 Einwohner/-innen lebten in Groß-Zimmern, in Babenhausen und in Reinheim die meisten erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und in Modautal und Mühlthal die wenigsten.

Entwicklung der Leistungsberechtigten in den Kommunen

- Von 2007 bis 2008 verringerte sich die Zahl der nichterwerbsfähigen Hilfebedürftigen in den Kreiskommunen insgesamt von 5.131 auf 5.052 und damit um 1,5%. Ausgehend von diesem Mittelwert konnten die stärksten Rückgänge in den Kommunen Erzhausen (-13,2%) und Dieburg (-12,5%) und die stärksten Zunahmen in Fischbachtal (+42,9%) sowie in Mühlthal (+16,5%) verzeichnet werden.
- Von 2005 bis 2008 verringerte sich die Zahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in den Kreiskommunen um 0,7%. Entgegen diesem Trend stieg die Zahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in Groß-Umstadt (+10,8%), Dieburg (3,9%), Weiterstadt (3,6%) und weiteren sechs Kommunen an. Am deutlichsten ging die Zahl der erwerbsfähigen Hilfeberechtigten in Otzberg mit -18,1% und in Fischbachtal und Mühlthal mit je -13,6% zurück.
- Von 2007 bis 2008 verminderte sich die Zahl der erwerbsfähigen Hilfeempfänger/-innen im Landkreis um 4,2%, während gleichzeitig der Anteil der erwerbstätigen Hilfebedürftigen um 4,9% anstieg. Diese Entwicklung gestaltet sich in den Kreiskommunen sehr heterogen. Während in Modautal (+53,3%), Messel und Fischbachtal (je +33,3%) die Zahl der Erwerbstätigen mit SGB II-Bezug stieg, verringerte sie sich in Ober-Ramstadt (-14,6%) und Otzberg (14,3%).

Bedarfsgemeinschaften in den Kommunen des Landkreises Darmstadt-Dieburg

- Von den im Berichtsmonat Dezember 2008 gemeldeten 7.288 Bedarfsgemeinschaften waren 2.940 Bedarfsgemeinschaften mit Kindern. Ausgehend vom Kreisdurchschnittswert, einem Anteil von 40,3%, lebten die meisten Bedarfsgemeinschaften mit Kindern in Eppertshausen und in Schaafheim und die wenigsten in Seeheim-Jugenheim und Mühlthal.
- Ausgehend vom Kreisdurchschnittswert von 20,4% lag der Anteil der alleinerziehenden SGB II-Empfänger/-innen, gemessen an allen Alleinerziehenden der jeweiligen Kommunen, am höchsten in Groß-Zimmern (28,6%) und in Münster (27,8%) und am niedrigsten in Fischbachtal (9,5%) und in Mühlthal (12,8%).
- Den Kreisdurchschnitt von 54,3% zugrunde gelegt, fand sich der größte Anteil der Bedarfsgemeinschaften von Alleinerziehenden, gemessen an den Bedarfsgemeinschaften mit Kindern der jeweiligen Kommunen, in Modautal (100%), Seeheim-Jugenheim (78,4%) und in Mühlthal (71,2%).

Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften in den Kommunen

- Von 2005 bis 2008 verringerte sich die Zahl der Bedarfsgemeinschaften im Landkreis Darmstadt-Dieburg um 12,5%. Mit Ausnahme von Modautal (+3,6%) konnten alle Kreiskommunen einen Rückgang der Bedarfsgemeinschaften verzeichnen.
- Während die Zahl der Bedarfsgemeinschaften rückläufig war, erhöhte sich im Beobachtungszeitraum die Zahl der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern von 1.466 im Jahr 2005 auf 2.940 im Jahr 2008. Das entspricht einer Zunahme um 100,5%. Ausgehend von diesem Mittelwert hat sich die Zahl der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern überdurchschnittlich in den Kommunen Erzhausen (+284,6%) und Eppertshausen (+263,2%) erhöht.
- Auch die Zahl der Alleinerziehenden mit SGB II-Bezug stieg von 2006 bis 2008 von 872 auf 1.595. Dies entspricht einer Zunahme um 82,9%. Ausgehend von diesem Kreismittelwert hat sich die Zahl der Bedarfsgemeinschaften von Alleinerziehenden überdurchschnittlich in den Kommunen Modautal (+212,5%), Schaaflheim (166,7%) und Seeheim-Jugenheim (+141,7%) erhöht.

Das System der Existenzsicherung im SGB XII

Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII

- Im Jahr 2008 waren im Landkreis Darmstadt-Dieburg 681 Personen auf Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen. Damit kamen auf 1.000 Einwohner/-innen zwei Hilfebedürftige im Kreis. In Hessen waren es vier Hilfeempfänger/-innen.
- 2008 lebten im Landkreis Darmstadt-Dieburg 85,6% der Hilfeempfänger/-innen außerhalb von Einrichtungen und 14,4% in Einrichtungen. In Hessen wohnten zur gleichen Zeit 35,7% der Leistungsbezieher/-innen außerhalb und 64,3% innerhalb von Einrichtungen.

Entwicklung der Empfänger/-innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt

- Von 2006 bis 2008 stieg die Anzahl der Hilfeempfänger/-innen im Landkreis um 203 Personen. Damit stieg die Zahl der Bedürftigen um 42,5%. Hessenweit erhöhte sich die Zahl der Hilfebedürftigen im gleichen Zeitraum um 7,0%.
- Auch bezogen auf die Wohnsituation der Empfänger/-innen von HLU-Leistungen weicht die Entwicklung im Landkreis Darmstadt-Dieburg von der in Hessen und dem Bundesgebiet ab. Während bundes- und hessenweit der Großteil der Hilfebezieher/-innen in Einrichtungen lebte, war es im Landkreis Darmstadt-Dieburg umgekehrt. Hier wohnten die meisten Leistungsberechtigten noch in der eigenen Wohnung.

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

- Im Jahr 2008 empfingen im Landkreis Darmstadt-Dieburg 1.417 Personen Leistungen zur Grundsicherung. Umgerechnet auf die Bevölkerung ab 18 Jahren waren damit 0,6% der volljährigen Bewohner/-innen des Landkreises Leistungsbeerechtigte. In Hessen waren es 1,0% und bundesweit 1,1%.
- Von den Bezieher/-innen im Kreis waren 35% erwerbsgeminderte Personen im Alter von 18 bis unter 64 Jahren (Hessen 43%; bundesweit 47%) und 65% waren 65 Jahre und älter (Hessen 57%; bundesweit 53%).

- Frauen sind häufiger als Männer auf Grundsicherungsleistungen angewiesen. 2008 betrug der Frauenanteil im Kreisgebiet rund 63%, in Hessen knapp 57% und bundesweit bei 56%. Vor allem im Alter sind Frauen vermehrt auf diese Leistungen angewiesen.
- 2008 gab es im Kreisgebiet 1.118 deutsche und 299 ausländische Grundsicherungsempfänger/-innen. Das entspricht einem Anteil von 79% zu 21%. Mit ein Anteil von 80% deutschen und 20% ausländischen Leistungsberechtigten zeigte sich in Hessen eine ähnliche Verteilung.
- Von den insgesamt 1.417 Grundsicherungsempfänger/-innen im Landkreis Darmstadt-Dieburg lebten 93,7% außerhalb und 6,3% in Einrichtungen. In Hessen wohnten 79% außerhalb von Einrichtungen und 21% innerhalb von Einrichtungen. Bundesweit lag der Anteil der Menschen, die 2008 in stationären Einrichtungen untergebracht waren, bei 186.000 und damit bei 24,3%. 581.000 Menschen und damit 75,7%, d.h. mehr als drei Viertel, lebten außerhalb solcher Einrichtungen.

Entwicklung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

- Von 2005 bis 2008 stieg die Zahl der Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Kreisgebiet um 12,2% und in Hessen um 17,1%.
- Während in Hessen im Vergleichszeitraum die Zahl der dauerhaft voll erwerbsgeminderten Personen zwischen 18 und 64 Jahren stärker (+19%) als die Personen mit Grundsicherung im Alter zugenommen hat, gibt es im Kreisgebiet einen jeweils gleich starken Anstieg um 12,2%.
- Eine Differenzierung nach Geschlecht zeigt in der Entwicklung von 2005 bis 2008 eine Zunahme der Zahl der erwerbsgeminderten Frauen von 18 bis 64 Jahre um 19,3% und bei den Männern um 5,6%. Dabei hat sich das Verhältnis von Männern und Frauen umgekehrt. Lag der Anteil der Frauen 2005 noch unter 50%, so lag er 2008 darüber.
- Bei der Grundsicherung im Alter stieg die Zahl der Frauen um 7,4% und die der Männer um 24,7%. Trotz dieser Zunahme blieb der prozentuale Anteil der Männer mit 28% bzw. 30% und der der Frauen mit 72% bzw. 70% fast konstant.
- Von 2006 bis 2008 stieg die Zahl der Empfänger/-innen von Grundsicherung im Kreisgebiet von 1.340 auf 1.417. Dies entspricht einer Zunahme um 77 Personen und einem Anstieg um 5,7%. Dabei stieg die Zahl der Grundsicherungsempfänger/-innen außerhalb von Einrichtungen um 6,2%, während sich die Zahl der Personen in Einrichtungen um 1,1% verringerte.

Eingliederungshilfe für Behinderte

- Im Jahr 2008 waren im Landkreis Darmstadt-Dieburg 616 und in Hessen 40.620 Menschen auf Eingliederungshilfen für Behinderte angewiesen.
- Im gleichen Jahr nahmen 336 Kinder aus dem Landkreis Leistungen der Frühförderstellen in Anspruch.

Entwicklung der Eingliederungshilfe für Behinderte

- Von 2005 bis 2008 stieg die Anzahl der Leistungsbezieher/-innen im Landkreis Darmstadt-Dieburg um 38,4% und in Hessen um 17,6%.

- Im Beobachtungszeitraum stieg die Zahl der Kinder in der Frühförderung des Landkreises Darmstadt-Dieburg von 326 auf 336. Dies bedeutet eine Zunahme um 10 Kinder bzw. 3,1%.

Hilfe zur Pflege

- Im Jahr 2008 benötigten im Landkreis Darmstadt-Dieburg 364 Personen und in Hessen 19.828 Menschen Hilfe zur Pflege.

Entwicklung der Hilfe zur Pflege

- Im Zeitraum von 2005 bis 2008 stiegen im Landkreis Darmstadt-Dieburg die Hilfen zur Pflege um 9,6% und in Hessen um 16,4%.

Das Asylbewerberleistungsgesetz

- Im Jahr 2008 bezogen im Landkreis Darmstadt-Dieburg 295 und in Hessen 8.453 Personen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.
- Der Anteil der Asylbewerberinnen lag im Jahr 2008 im Kreisgebiet bei 44,4% und in Hessen mit 42,5% leicht darunter.
- 2008 hatten Asylbewerber/-innen unter 18 Jahren im Landkreis einen Anteil von 28,5%, die von 18 bis unter 50 Jahren einen von 56,3% und die mit 50 Jahren und älter einen Anteil von 15,3%.
- 59,3% der Asylbewerber/-innen im Landkreis Darmstadt-Dieburg lebten im Jahr 2008 in Einrichtungen. In Hessen betrug der Anteil 38,8%.
- Im Jahr 2008 betrug der Anteil der erwerbstätigen Asylbewerber/-innen im Landkreis 3,1% und in Hessen 3,4%.

Entwicklung der Leistungsberechtigten nach dem AsylbLG

- Die Zahl der Asylbewerber/-innen sank im Landkreis Darmstadt-Dieburg von 2000 bis 2008 um 80,1% und in Hessen um 78,5%.
- Während die Altersgruppe der Personen mit 50 Jahren und älter von 2000 bis 2008 um 7,8% und die der 18- bis 50-Jährigen um 2,5% zunahm, verringerte sich der Anteil der Minderjährigen um 10,1%. Dieser Entwicklungsverlauf zeigte sich auch hessenweit.
- Von 2000 bis 2008 verminderte sich im Landkreis Darmstadt-Dieburg der Anteil der Asylbewerber/-innen in Einrichtungen um 9,8%. Im gleichen Zeitraum erhöhte er sich in Hessen um 7,0%.

Kriegsopferfürsorge

- Die wichtigsten Leistungsformen der Kriegsopferfürsorge im Kreisgebiet sind Hilfe zur Pflege und ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt.
- Im Landkreis Darmstadt-Dieburg bezogen Ende 2008 insgesamt 64 Personen Leistungen aus der Kriegsopferfürsorge, davon erhielten 92,2% Hilfe zur Pflege.
- In Hessen erhielten 5.779 Personen Unterstützung aus der Kriegsopferfürsorge. Der Schwerpunkt der Leistungen lag hier mit einem Anteil von 63,4%, auf der Hilfe in besonderen Lebenslagen. Die Hilfen zur Pflege nahmen einen Anteil von 21,8% ein.

Entwicklung der Kriegsoferfürsorge

- Von 2000 bis 2008 sank die Anzahl der Empfänger/-innen von Kriegsoferfürsorge im Kreisgebiet um 55,6% und in Hessen um 44,2%.

Weitere Hilfen der Sozialverwaltung

Kostenübernahme für Kindertagesbetreuung

- Die über die Kreisagentur für Beschäftigung aufgewendeten Kinderbetreuungskosten nach § 16 SGB II stiegen von 161.000 Euro im Jahr 2007 auf 174.000 Euro im Jahr 2008 und damit um 8,1%.
- Von 2007 zu 2008 sind die Fallzahlen der Kostenübernahme für Kinderbetreuung nach § 23 und 24 SGB VIII im Kreisgebiet insgesamt um 14 Fälle gestiegen, das entspricht einem Zuwachs von 2,5%.
- Die höchsten Kostenübernahmequoten für Kinderbetreuung gab es 2008 in Pfungstadt (22,4), Reinheim (20,9) und Schaafheim (18,3), während in Ober-Ramstadt (6,9) und Fischbachtal (7,6) die niedrigsten Übernahmequoten zu verzeichnen waren.

Veränderung der Kostenübernahme für Kindertagesbetreuung

- Bezogen auf das Vorjahr ist 2008 ein leichter Anstieg der Fallzahlen um 1,6% festzustellen.
- In diesem Zeitraum stiegen auch die Quoten der Kinderbetreuungsbeitragsübernahme bezogen auf 1000 der jungen Bevölkerung unter 15 Jahren im Kreisgebiet von 11,53 auf 11,92.
- In den einzelnen Kommunen waren teilweise stärkere Veränderungen gegenüber dem Vorjahr festzustellen. So stieg z.B. die Quote in Messel von 9,96 auf 17,71, während in Schaafheim ein Rückgang der Quote von 19,84 auf 16,13 zu verzeichnen war.

Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz

- 2008 erhielten 1.717 Kinder unter 12 Jahren Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz. Das entspricht kreisweit einer Quote von 53 bezogen auf 1000 der altersgleichen Bevölkerung.
- Fast die Hälfte der Kinder mit UVG-Bezug hatte Eltern, die nicht verheiratet waren. Ein gutes Drittel der UVG-Bezieher/-innen lebte bei einem Elternteil, der getrennt von dem anderen wohnte und ein Sechstel mit einem geschiedenen Elternteil zusammen.
- Ausgehend von der Kreisdurchschnittsquote von 53 Bezieher/-innen je 1000 der altersgleichen Bevölkerung lebten die meisten Kinder mit UVG-Bezug in Münster (76), Babenhausen (71) und Pfungstadt (69).

Entwicklung der UVG-Empfänger/-innen

- Von 2007 bis 2008 stieg die Zahl der jungen UVG-Bezieher/-innen von 1.674 auf 1.717 und damit um 2,6%.
- Ausgehend von diesem Mittelwert erhöhte sich die Zahl der UVG-Empfänger/-innen am deutlichsten in Groß-Bieberau (+23,8%), Erzhausen (+21,1%), und Bickenbach (+20,0%).

- Rückläufig war dagegen die Zahl der Kinder mit UVG-Bezug in Messel (-34,8%), Mühlthal (-16,4%) und Alsbach-Hähnlein (-15,9%).

Schuldnerberatung des Landkreises Darmstadt-Dieburg

- Im Vergleich aller 429 Landkreise und kreisfreien Städte in Deutschland liegt der Landkreis Darmstadt-Dieburg im ersten Viertel auf Rang 88.
- In der kreiseigenen Schuldnerberatung wurden im Jahr 2008 insgesamt 1.680 Beratungsfälle erfasst. Davon waren 1.261 Kurzberatungsfälle und 419 laufende Beratungsfälle.
- Von den Klienten, die 2008 drei oder mehr Termine der Schuldnerberatung wahrgenommen haben, waren mehr als die Hälfte (58,2%) zwischen 20 und 39 Jahre alt, lebte der größte Teil entweder alleine (37%) oder in einer Familie bzw. einer Lebensgemeinschaft mit Kindern (36,3%) und bezog die Hälfte (51,4%) Arbeitslosengeld I oder II.
- Als Hauptursachen für die Überschuldung gaben die Klienten Arbeitslosigkeit bzw. Reduzierung der Arbeit (30%) sowie Scheidung bzw. Trennung (15%) an.

Entwicklung der Beratungsfälle der Schuldnerberatung

- Von 2005 bis 2008 nahm sowohl die Zahl der Kurzberatungsfälle als auch die der laufenden Beratungsfälle zu. Während 2005 insgesamt 1.527 Beratungsfälle verzeichnet wurden, waren es 2008 bereits 1.680. Das entspricht einem Anstieg um 10%. Dabei blieb das Verhältnis zwischen Kurzberatungen und laufenden Beratungen konstant.
- Im Beobachtungszeitraum lag der Anteil der Regulierungsfälle an allen Beratungsfällen zwischen 16,9% und 15,5%. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil der erfolgreichen Regulierungsfälle kontinuierlich an und zwar von 38,4% auf 43,5%.

Verbraucherinsolvenzen im Landkreis Darmstadt-Dieburg

- Im Jahr 2008 wurden im Landkreis insgesamt 276 Verbraucherinsolvenzen durchgeführt. Gegenüber 2005 ist dies eine Steigerung um 33 Fälle und damit 15,8%.

6 Reichtum

In der Sozialberichterstattung nimmt das Thema Armut in vielen Publikationen einen großen Stellenwert ein. Für die Reichtumsberichterstattung gilt dies nur in geringem Umfang. Forschung zum Thema Reichtum findet eher in wissenschaftlichen Randbereichen statt, obwohl individueller Reichtum, seine Entstehung sowie die Funktion und Legitimation die Volkswirtschaftler seit Jahrhunderten beschäftigt.

Huster, einer der wenigen Reichtumsforscher schreibt, "eines der zentralen Probleme beim Reichtum sind dessen sozialstatistische Quellen. Es gibt in der bundesdeutschen Literatur nur wenige Ansätze, die Entwicklung des Reichtums zu beschreiben und zu analysieren. Beschäftigt man sich mit dem Reichtum, erkennt man sehr schnell, dass es im Grunde keine Quellen gibt, die geeignet sind, aus sich heraus das Bild des Reichtums und dessen Entwicklung zu illustrieren. Es drängt sich der Verdacht auf, dass Unkenntnis über hohe Einkommen vielleicht sogar eine ihrer Voraussetzungen darstellt" (Huster 2002:232).

Aber in Zeiten wirtschaftlicher Stagnation rücken Verteilungsfragen wieder verstärkt in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Die Auseinandersetzung mit dem Thema Reichtum

sollte den Fragen nachgehen, inwieweit ein verantwortungsvoller Umgang mit Reichtum erreicht werden kann, der sich auch an sozial sinnvollen und dem Gemeinwohl verpflichtenden Maßstäben orientiert.

„Die Verteilung des Reichtums in einer Gesellschaft, insbesondere von Einkommen und Vermögen, hat Einfluss auf ihren Zusammenhalt. Werden die Unterschiede zwischen Arm und Reich als relativ groß und schwer überwindbar wahrgenommen, kann dies die Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft in Frage stellen. Das gilt insbesondere dann, wenn sich die Einkommen sehr schnell auseinander bewegen und große Bevölkerungsteile nicht an den Einkommenszuwächsen der Gesellschaft insgesamt teilhaben (Dritter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung:24).“

In einem umfassenden Sinn könnte Reichtum, als Gegenpol zur Armut, die als Mangel an Teilhabe- und Verwirklichungschancen beschrieben wird, als ein sehr hohes Maß an Verwirklichungs- und Teilhabechancen interpretiert werden (vgl. Sozialbericht NRW:155).

Die Betrachtung in diesem Bericht konzentriert sich auf die monetären Seiten von Reichtum. Indikatoren für Reichtum sind sowohl das Einkommen als auch das Vermögen, zwei Ebenen, die eng miteinander verwoben sind. So erleichtert ein hohes Einkommen die Bildung von Vermögen. Vermögen selbst kann aber auch zur Einkommensquelle werden, z.B. über Mieteinnahmen von Immobilien oder Zinseinkünften von Geldvermögen.

6.1 Definition von Reichtum

Im Duden wird Reichtum definiert als „die wirtschaftliche Situation einer Person, einer Gruppe oder sogar eines Landes, in der die Summe der verfügbaren Güter und Vermögenswerte das durchschnittliche Niveau des materiellen Wohlstandes in einer Gesellschaft wesentlich übersteigt (Duden Wirtschaft 2004)“.

Ähnlich wie bei der Armut existiert auch für Reichtum in Deutschland keine einheitliche, verbindliche Begriffsdefinition. Reichtum stellt somit eine Größe dar, deren Grenze wie die Armutsrisikoschwelle ein normativ gesetzter Wert darstellt. Reichtumsanalysen basieren daher auf einer Vielzahl unterschiedlicher Reichtumsbegriffe und -abgrenzungen. Nachfolgend werden insgesamt fünf unterschiedliche Reichtumsschwellen genannt.

Die erste Abgrenzung definiert die Einkommensreichumsquote als Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen mehr als 200% des Medianes der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung (in Privathaushalten) beträgt. Diese relative Einkommensgrenze von 200% des mittleren äquivalenzgewichteten Nettoeinkommens ist in der Wissenschaft am häufigsten verbreitet. Sie ist aber auch umstritten, weil so ein relativ großer Teil der Bevölkerung als reich gilt und die große Ungleichheit der Einkommen nicht angemessen abgebildet wird (vgl. Sozialbericht Bayern:154).

Nach Berechnung der EVS 2003 wären dies ein Haushaltsnettoeinkommen von 3.268 Euro im Monat für Alleinlebende und 6.863 Euro für „Paarhaushalte mit zwei Kindern unter 14 Jahren (vgl. Dritter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung:29). Deshalb wird sie von einigen Wissenschaftlern auch als Wohlstandsgrenze oder relativer Wohlstand bezeichnet.

Eine weitere Abgrenzung ist die 300%-Schwelle des mittleren äquivalenzgewichteten Nettoeinkommens, die als Reichtumsgrenze in der Wissenschaft ebenfalls Verwendung findet. Demnach gilt als reich, wer mehr als das Dreifache des Medianeinkommens erzielt. Diese Einkommensgrenze wird auch als höherer Wohlstand bezeichnet.

Drei weitere Abgrenzungen von Reichtum fassen die Grenze noch enger. Danach ist die Zugehörigkeit zum obersten ein Prozent der Einkommensbezieher/-innen eine Reich-

tumsschwelle. Eine weitere legt ein Einkommen von mindestens einer Million Euro zugrunde und eine die Zugehörigkeit zu den obersten 1.000 Einkommensbezieher/-innen.

6.1.1 Datenerfassung

Die Erhebungen zu Einkommensreichtum basieren in Hessen, wie die zu Einkommensarmut, auf den amtlichen Statistiken der EVS, dem Mikrozensus (MZ) und dem Sozioökonomischen Panel (SOEP). Als Schwächen dieser Datengrundlagen wird genannt, dass die Angaben zum Reichtum auf Selbstauskünften bzw. auf der Steuerehrlichkeit der Befragten (vgl. Huster 2005:1) basieren.

Weiter wird kritisiert, dass die Ergebnisse dieser Datenbasen nur bedingt miteinander vergleichbar sind. So blendet die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) den Bereich der höchsten Einkommen aufgrund methodologischer Überlegungen aus, während die Stichprobe des Mikrozensus auch Nettoeinkommen über 18.000 Euro im Monat und mehr abbildet. Außerdem sind bestimmte Gruppen (wie z.B. Migranten und Migrantinnen) unterrepräsentiert.

Im sozioökonomischen Panel (SOEP) sind alle Einkommen und Gruppen, auch Personen mit Migrationshintergrund adäquat erfasst, aber für Hessen nur begrenzte Fallzahlen vorhanden, die nicht repräsentativ sind (vgl. Schmid/Faik 2008:5).

6.2 Einkommensreichtum

6.2.1 Entstehung von Einkommensreichtum

Hohe Arbeitseinkommen sind ein wesentlicher Bestandteil individuellen Reichtums. Reichtum wird durch am Markt erzielte Einnahmen erzielt.

Diese Einnahmen setzen sich zusammen aus:

- Land- und Forstwirtschaft
- Gewerbebetrieb
- Selbständiger Arbeit
- Nichtselbständiger Arbeit
- Kapitalvermögen
- Vermietung und Verpachtung
- Sonstigen Einnahmen (z.B. Renten und Spekulationsgewinne)
- Einkommens- und Lohnersatzleistungen

Werden von den Markteinnahmen Werbungskosten und Betriebsausgaben abgezogen und die Steuervergünstigungen für Unternehmen und für Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung dazugezählt, erhält man das Bruttomarkteinkommen.

Um das Nettomarkteinkommen zu erhalten, wird das Kindergeld zu und folgende Positionen abgezogen:

- Sonderausgaben
- Außergewöhnliche Belastungen
- Zinsen und Tilgung für Wohneigentum
- Einkommenssteuer und Solidaritätszuschlag
- Sozialversicherungsbeiträge

Die hier verwendeten Definitionen wurden dem bayrischen Sozialbericht entnommen, der die Begriffe analog zum Sozialbericht NRW verwendet (vgl. Sozialbericht Bayern 2009:155).

6.2.1.1 Einkommensreichtum durch soziale Herkunft

Aus Sicht der herrschenden Lehrmeinung repräsentieren hohe Arbeitseinkommen einen stärkeren Leistungswillen und somit eine höhere Grenzproduktivität der Besserverdienenden. Demnach sind hohe Einkommensunterschiede Ausdruck eines funktionierenden Anreizsystems, innerhalb dessen hohe Einkommen eine positive Lenkungsfunktion übernehmen.

Die Studie des Ökonomen Hirschel (2004) zu Einkommensreichtum und seinen Ursachen auf der Basis des SOEP stellt die Relevanz von Chancengleichheit und Leistungsprinzip ernsthaft in Frage. Er belegt mit Hilfe statistischer und ökonometrischer Verfahren, dass "Fleiß und Tüchtigkeit allein" nicht ausreichen, um reich zu werden.

Auch andere Studien (z.B. Hartmann 2007 und 2008) zeigen den Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungschancen und der späteren Einkommenshöhe auf. „Das ökonomische, kulturelle und soziale Kapital des Elternhauses, angenähert durch den Schul- und Berufsabschluss des Vaters sowie dessen beruflicher Stellung, wirkt direkt und indirekt auf die Einkommenshöhe“ (Hartmann 2008:368) und sind somit herkunftsabhängig verteilt.

Ergebnisse des Eliteforschers Hartmann bestätigen die Annahme, dass Personen, die Spitzenpositionen besetzen zu einem „deutlich überdurchschnittlichen Maß aus Familien der oberen Mittelschicht oder der Oberschicht kommen und ein überdurchschnittliches Bildungsniveau vorzuweisen haben (Hartmann 1996:12)“.

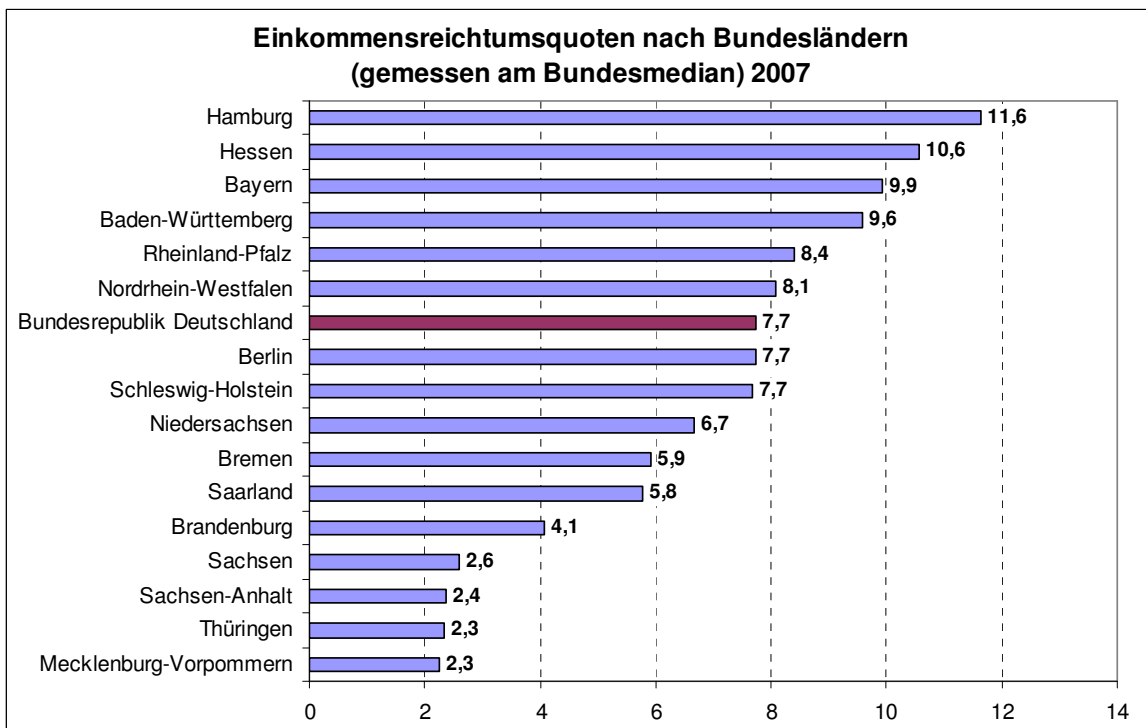
„Bei gleicher Bildung und sonst gleichen Voraussetzungen haben Bewerber/-innen aus der Arbeiter- und Mittelschicht erheblich geringere Chancen als Angehörige aus sozial höheren Schichten. Gründe hierfür sind einerseits ein schichtspezifischer Habitus (z.B. Umgangsformen, Dresscode), der die Rekrutierungsentscheidung mitbestimmt. Andererseits verstärken Unterschiede im Zugang zu beruflichen und informellen Netzwerken die Ungleichheit der Rekrutierungschancen (3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung:28)“.

6.2.2 Einkommensreichtum im bundesdeutschen Vergleich

6.2.2.1 Einkommensreichtum gemessen am Bundesmedian

Die nachfolgenden Einkommensreichtumsquoten basieren auf dem Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von mehr als 200% des Medianes der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Berechnet wurde das Äquivalenzeinkommen auf Basis der neuen OECD-Skala. Datenbasis ist die Stichprobe des Mikrozensus.

Gemessen am Bundesmedian zeigt ein Vergleich der Bundesländer 2007 ein starkes Ost-Westgefälle. Hohe Einkommen verzeichnen vor allem die wirtschaftlich starken Bundesländer (gemessen am BIP) Hamburg, Hessen und Bayern. Geringere Reichtumsquoten finden sich vor allem in den neuen Bundesländern. Schlusslichter sind hier die Bundesländer Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern.

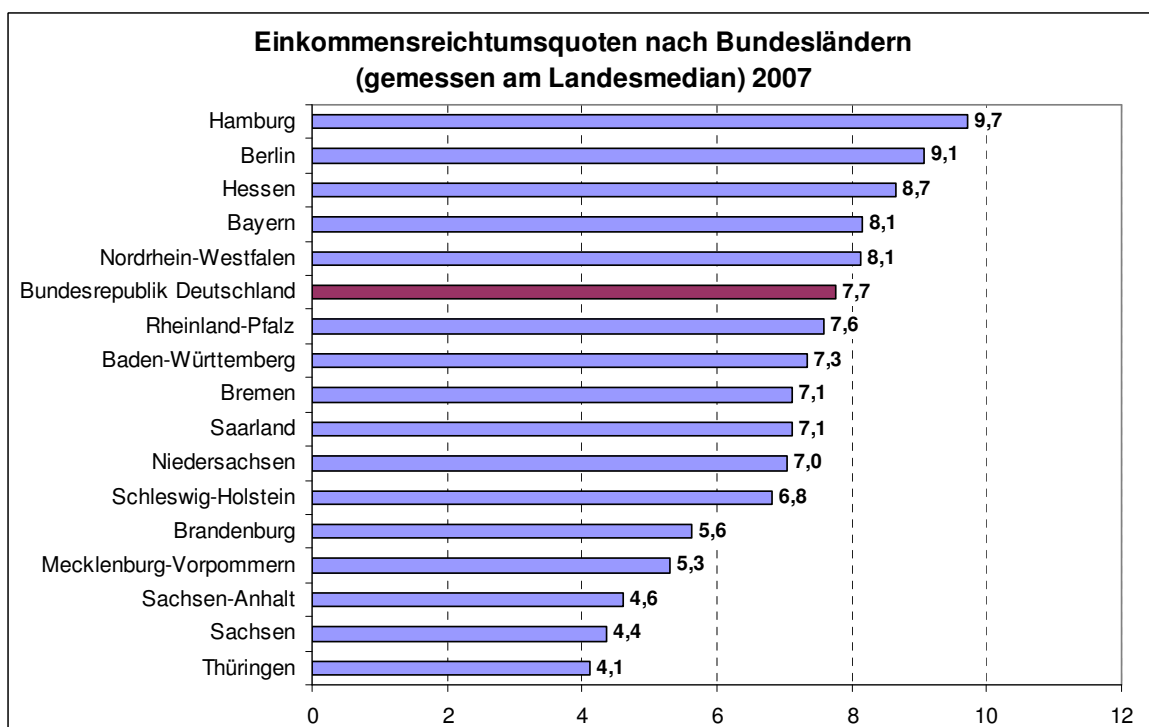


Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus, Berechnungen IT.NRW; eigene Aufbereitung JHP

Der Ländervergleich zeigt, dass Hessen gemessen am 200%-Bundesmedian, mit einer Reichumsquote von 10,6% den zweithöchsten Anteil einkommensreicher Personen verzeichnet. Hessen liegt damit um 2,9% über dem Bundesdurchschnitt.

6.2.2.2 Einkommensreichtum gemessen am Landesmedian

Wird die 200%-Einkommensreichumsquote am Landesmedian gemessen, so behält Hessen den zweiten Platz bei. Allerdings liegt die hessische Reichumsquote hier mit 8,7% gemessen am Landesmedian deutlich unter der Quote gemessen am Bundesmedian.



Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus, Berechnungen IT.NRW; eigene Aufbereitung JHP

6.2.3 Einkommensreichtumsgrenzen in Hessen

Wie auch bei den Armutsrisikoschwellen bestehen bei den unterschiedlichen Reichtumsgrenzen erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Datengrundlagen. Unabhängig davon zeigt sich, dass in Hessen mehr reiche Personen leben als in Westdeutschland.

Wohlstands- und Reichtumsgrenzen in Hessen (200% und 300% des westdeutschen Medians) nach verschiedenen Datenbasen, absolut in Euro /Monat, Hessen 2003 und 2006 (Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen)

Jahr	EVS		MZ		SOEP	
	200%	300%	200%	300%	200%	300%
2003	3.226	5.433	2.467	3.700	2.917	4.377
2006	-	-	2.619	3.929	3.070	4.605

Quelle: Prof. Dr. A. Schmidt, Dr. J. Faik: in IWAK, 2008: 13

6.2.3.1 Reichtums-/Wohlstandsgrenze von 200%

Schmid und Faik (2008) errechneten auf der Grundlage der Reichtums-/Wohlstandsgrenze von 200% des westdeutschen Medianes im Jahr 2003 eine Spanne von 759 Euro zwischen dem niedrigsten berechneten Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen von 2.467 Euro (MZ) und dem höchsten mit 3.226 Euro monatlich (EVS). Danach lebten auf der Grundlage der EVS 9,6% der Hessen und 7,8% der Westdeutschen im Wohlstand. Aufgrund der niedrigeren Reichtumsgrenze gab es nach Berechnungen des Mikrozensus (MZ) im gleichen Jahr mehr wohlhabende Personen. In Hessen waren dies 10,2% und in Westdeutschland 8,6%.

Prozentualer Anteil der Personen mit Einkommensreichtum (200 %)							
Personengruppe	EVS 1993	EVS 1998	EVS 2003	MZ 2003	MZ 2004	MZ 2005	MZ 2006
Alle Personen, Westdeutschland	6,4	7,8	7,8	8,6	8,5	8,9	9,3
Alle Personen, Hessen	7,6	8,7	9,6	10,2	9,7	10,4	10,9

Quelle: Schmid und Faik, IWAK Oktober 2008

Im dritten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung wird die Reichtumsgrenze mit 3.268 Euro pro Monat auf der Grundlage der EVS angegeben. Damit betrug die Reichtumsquote für Deutschland insgesamt 6,4%.

Für das Jahr 2006 liegen Daten nur auf der Basis des Mikrozensus vor, da die Ergebnisse des SOEP für Hessen nicht als repräsentativ gelten. Bei einem zugrunde gelegten Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen von 2.619 Euro betrug die Wohlstandsquote in Hessen 10,9% und in Westdeutschland 9,3%.

6.2.3.2 Reichtumsgrenze von 300%

Wird Reichtum an der 300%-Grenze des westdeutschen Medianes gemessen, so liegt die Spanne der Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen im Jahr 2003 zwischen 3.700 Euro (MZ) und 5.433 Euro (EVS). Entsprechend lag die Reichtumsquote nach der EVS mit 2,3% in Hessen und 1,8% in Westdeutschland niedriger als die nach dem Mikrozensus. Auch nach dem MZ gab es in Hessen mehr reiche Personen als in Westdeutschland, aber mit höheren Quoten. Danach lag die Reichtumsquote in Hessen bei 2,7% und in Westdeutschland bei 2,4%.

Prozentualer Anteil der Personen mit Einkommensreichtum (300 %)							
Personengruppe	EVS 1993	EVS 1998	EVS 2003	MZ 2003	MZ 2004	MZ 2005	MZ 2006
Alle Personen, Westdeutschland	1,1	1,8	1,8	2,4	2,4	2,5	2,5
Alle Personen, Hessen	1,5	1,8	2,3	2,7	2,9	2,9	3,4

Quelle: Schmid und Faik, IWAK Oktober 2008

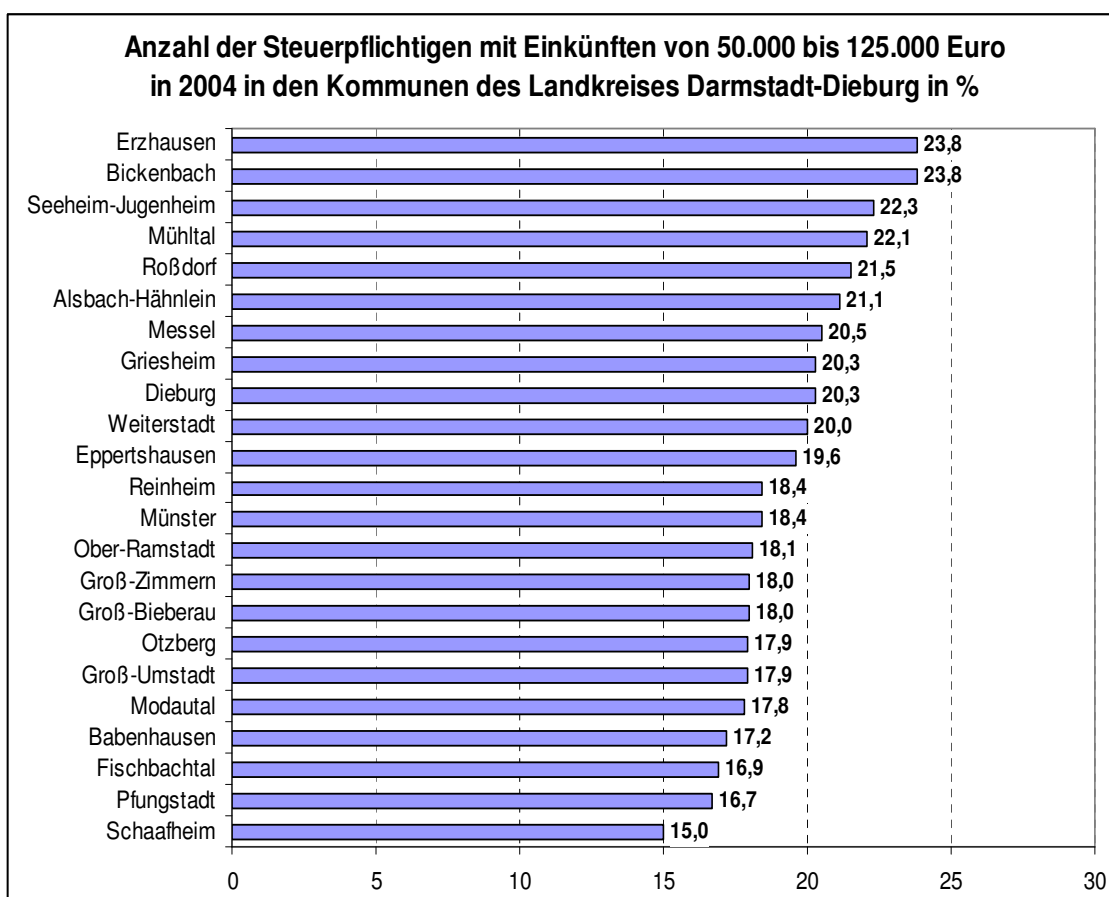
Für das Jahr 2006 wurde auf der Basis des Mikrozensus ein Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen von 3.929 Euro als Reichtumsgrenze errechnet. Auf dieser Basis waren 3,4% aller Personen in Hessen und 2,5% in Westdeutschland reich.

6.2.4 Einkommensreichtum im Landkreis Darmstadt-Dieburg - eine erste Annäherung

Da Berechnungen der Äquivalenznettoeinkommen mit den Einkommens- und Lohnsteuerstatistiken für den Landkreis nicht möglich sind, wurden als Annäherungswerte für die Wohlstandsgrenze von 200% auf die Bruttoeinkommensklassen von 50.000 bis 125.000 Euro zurückgegriffen und für die 300%-Reichtumsgrenze auf die Bruttoeinkommensklassen von 125.000 bis 500.000 Euro. Dabei ist zu bedenken, dass dies nur dann zutreffend wäre, wenn eine Person über dieses Einkommen verfügen könnte. Dies ist in der Realität nicht so häufig gegeben. Trotzdem zeigt die Verteilung, in welchen Kommunen im Landkreis Darmstadt-Dieburg Steuerpflichtige mit hohen und sehr hohen Einkünften leben.

6.2.4.1 Eine Annäherung an die Reichtums-/Wohlstandsgrenze

Der durchschnittliche Anteil von Steuerpflichtigen mit einem Bruttoeinkommen von 50.000 bis 125.000 Euro lag 2004 im Landkreis bei 19,3%. Er lag damit um 1,1% über dem Durchschnittswert des Regierungsbezirks Darmstadt und um 3,1% über dem Durchschnittswert in Hessen von 16,2%.



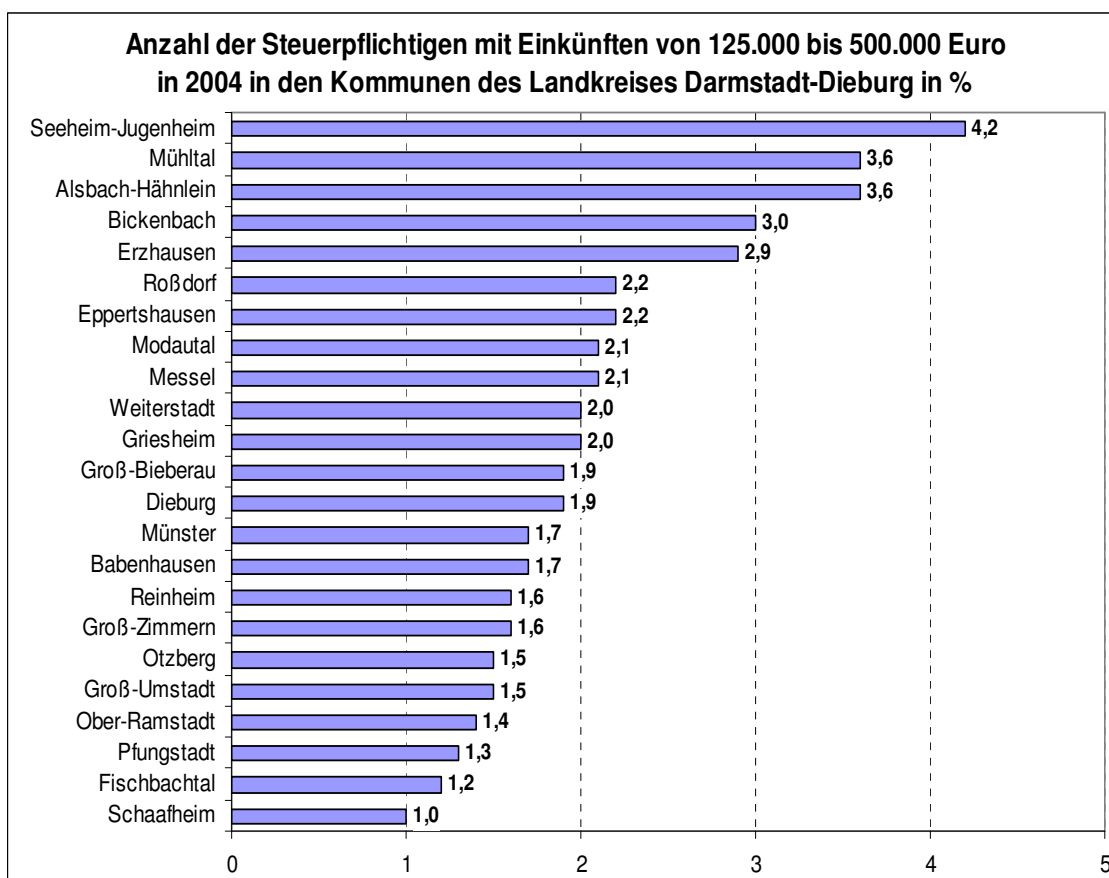
Quelle: HSL Statistik Bericht 2004; eigene Berechnung JHP

Ausgehend vom Kreisdurchschnitt verzeichneten die Kommunen Bickenbach und Erzhausen mit je 23,8% die höchsten Anteile der Steuerpflichtigen mit Einkommen zwischen 50.000 und 125.000 Euro. Der geringste Anteil dieser Steuerpflichtigen mit 15% findet sich in Schaaheim. Dort liegt er 6,4% unter dem Kreisdurchschnitt und 3,3% unter dem hessischen Durchschnittswert.

6.2.4.2 Eine Annäherung an die Reichtumsgrenze von 300%

2004 betrug der Anteil der Steuerpflichtigen in der Einkommensklasse von 125.000 bis 500.000 Euro im Landkreis Darmstadt-Dieburg 2,1%. Er lag damit um 0,4% unter dem Durchschnitt des Regierungsbezirks Darmstadt und um 0,1% über dem hessischen Durchschnitt.

Ausgehend vom Kreisdurchschnitt lebte der höchste Anteil dieser Steuerpflichtigen in der Gemeinde Seeheim-Jugenheim mit 4,2%. Auch in den Kommunen Alsbach-Hähnlein und Mühlthal fanden sich mit Anteilen von je 3,6% überdurchschnittliche viele Steuerpflichtigen mit sehr hohem Einkommen.



Quelle: HSL Statistik Bericht 2004, eigene Berechnung JHP

Die wenigsten Steuerpflichtigen in dieser Einkommensspanne gab es in Schaaheim. Hier lag der Anteil nur bei einem Prozent.

6.2.4.3 Die oberen ein Prozent der Bruttoeinkommensbezieher/-innen im Kreisgebiet

Eine definierte Reichtumsschwelle ist die Zugehörigkeit zum obersten ein Prozent der Einkommensbezieher/-innen. Die höchsten Bruttoeinkommen im Kreis liegen über 500.000 Euro im Jahr. Wird die Reichtumsschwelle mit einem Bruttoeinkommen von jährlich 500.000 Euro und mehr veranschlagt, so lag 2004 der Anteil dieser Steuerpflichtigen im Landkreis Darmstadt-Dieburg bei 0,05%. Er lag damit unter dem Anteil der Steuerpflichtigen im Regierungsbezirk Darmstadt mit 0,14% und unter dem hessischen Durchschnitt mit einem Anteil von 0,11%.

Die Steuerpflichtigen mit dem höchsten Einkommen und damit die „einkommensreichsten“ Personen im Kreisgebiet lebten in Seeheim-Jugenheim (0,31%), in Alsbach-Hähnlein (mit 0,29%) und in Groß-Bieberau (0,24%).

Prozentualer Anteil der Steuerpflichtigen nach Bruttoeinkünften von 50.000 - 500.000 in den Kommunen des Landkreises Darmstadt-Dieburg in 2004 in %			
Kommunen	50.000 - 125.000	125.000 - 500.000	über 500.000
Alsbach-Hähnlein	21,1	3,6	0,29
Babenhausen	17,2	1,7	0,10
Bickenbach	23,8	3,0	0,00
Dieburg	20,3	1,9	0,10
Eppertshausen	19,6	2,2	0,00
Erzhausen	23,8	2,9	0,00
Fischbachtal	16,9	1,2	0,00
Griesheim	20,3	2,0	0,00
Groß-Bieberau	18,0	1,9	0,24
Groß-Umstadt	17,9	1,5	0,00
Groß-Zimmern	18,0	1,6	0,00
Messel	20,5	2,1	0,16
Modautal	17,8	2,1	0,00
Mühltal	22,1	3,6	0,00
Münster	18,4	1,7	0,00
Ober-Ramstadt	18,1	1,4	0,00
Otzberg	17,9	1,5	0,00
Pfungstadt	16,7	1,3	0,03
Reinheim	18,4	1,6	0,00
Roßdorf	21,5	2,2	0,05
Schaafheim	15,0	1,0	0,00
Seeheim-Jugenheim	22,3	4,2	0,31
Weiterstadt	20,0	2,0	0,03
Landkreis Darmstadt-Dieburg	19,3	2,1	0,05
Reg.Beizirk Darmstadt	18,2	2,5	0,14
Hessen	16,2	2,0	0,11

Quelle: HSL Statistik Bericht 2004, eigene Berechnung JHP

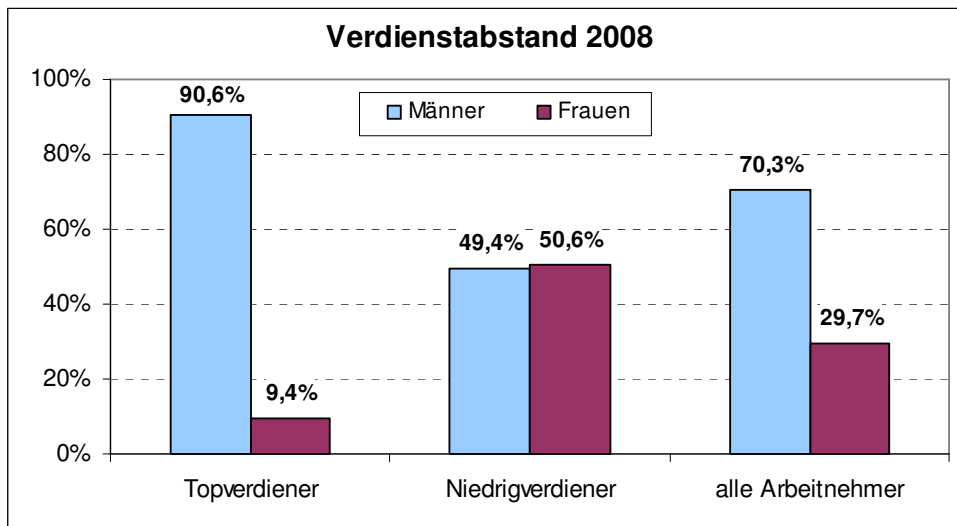
6.2.5 Einkommensreichtum nach soziodemografischen Merkmalen

Der nachfolgende Abschnitt versucht der Frage nachzugehen, inwieweit sich die Einkommensreichen von der Gesamtheit aller Steuerpflichtigen unterscheiden. Dabei musste aus Mangel an Daten für Hessen und den Landkreis auf Auswertungen aus anderen Bundesländern oder bundesdeutsche Untersuchungen zu Einkommensreichtum zurückgegriffen werden.

6.2.5.1 Geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede

Einkommensreichtum wird überwiegend von älteren Männern erzielt und ist in den unteren Altersgruppen sowie bei den Frauen deutlich unterrepräsentiert. So liegt der Anteil der Frauen mit einem Einkommen von 200% und mehr des Durchschnittseinkommen in Bayern bei 33,8% und der der Männer bei 66,2% (vgl. Bayrischer Sozialbericht 2009:157). Unter den 1.000 Höchstverdienern in NRW liegt der Anteil der Männer bei 71,0%, bei den Millionären sind es 68,7% (vgl. Sozialbericht NRW 2007:84).

Bundesweit stellen Frauen unter den Top-Verdienern nur 9,4%, während sie unter den Niedrigverdienern einen Anteil von 50,6% haben und bei der Gesamtzahl aller Arbeitnehmer bei 29,7% liegen.

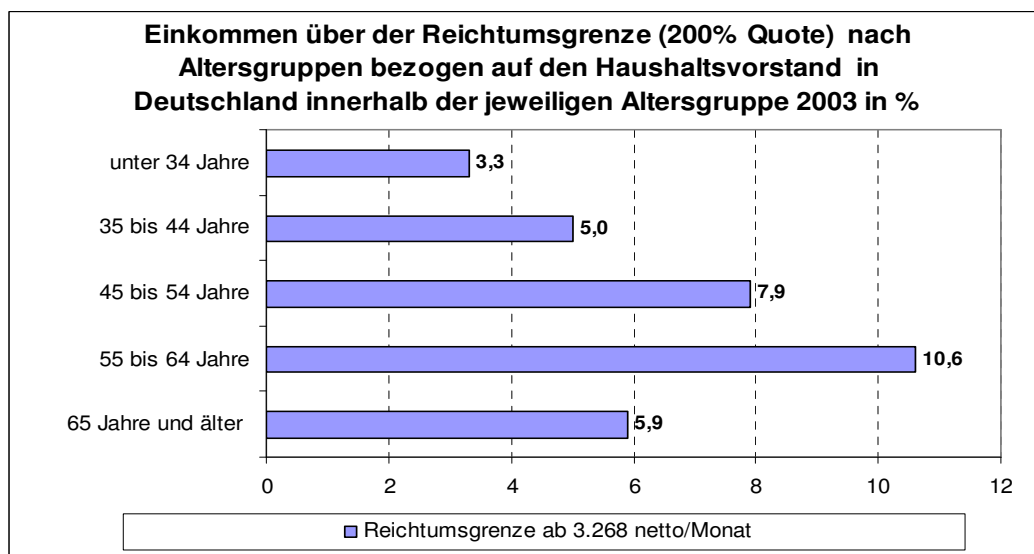


Quelle: destatis 2008; eigene Bearbeitung JHP

6.2.5.2 Einkommensreichtum nach Altersgruppen

Auch bezüglich der Altersstruktur unterscheiden sich die Einkommensreichen von allen Veranlagten. Sie sind meist älter als der Durchschnitt der Steuerpflichtigen.

Ausgehend vom durchschnittlichen Anteil der Westdeutschen (200%-Grenze) mit 7,8% sind Einkommensreiche in den unteren Altersgruppen deutlich unter und in den oberen Altersgruppen deutlich überrepräsentiert.



Quelle: EVS 2003; eigene Bearbeitung JHP

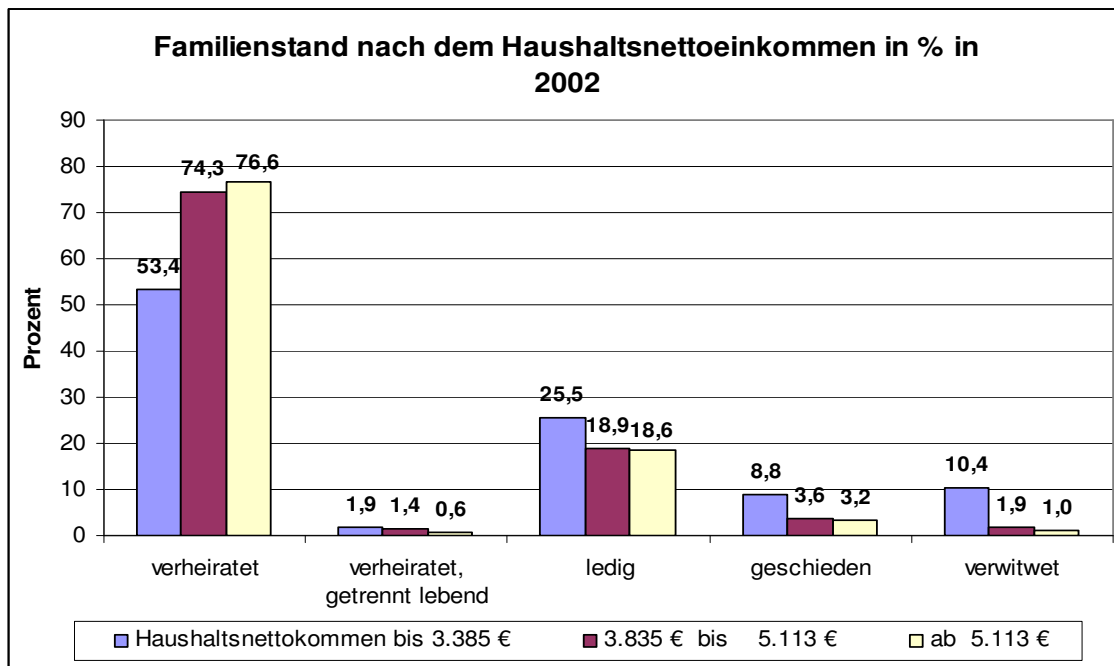
Bis zum Alter von 64 Jahren gilt, je höher das Alter, desto größer ist der Anteil derjenigen, deren Einkommen die Reichtumsgrenze nach dem Nettoäquivalenzeinkommen überschreitet. 2003 fanden sich in Deutschland mit einem Anteil von 10,6% die meisten Einkommensreichen in der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen. Erst mit Beginn des Rentenalters bzw. der Pensionierung sinkt der Anteil der Einkommensreichen wieder.

6.2.5.3 Struktur von einkommensreichen Haushalten

Die Familienstruktur von reichen Familien unterscheidet sich deutlich von der übrigen Bevölkerung.

Familienstand

In Deutschland sind durchschnittlich 55,5% der Bevölkerung ab 16 Jahren verheiratet. Wird das Haushaltsnettoeinkommen zugrunde gelegt, ist signifikant, dass mit zunehmendem Einkommen der Anteil der Verheirateten ansteigt.



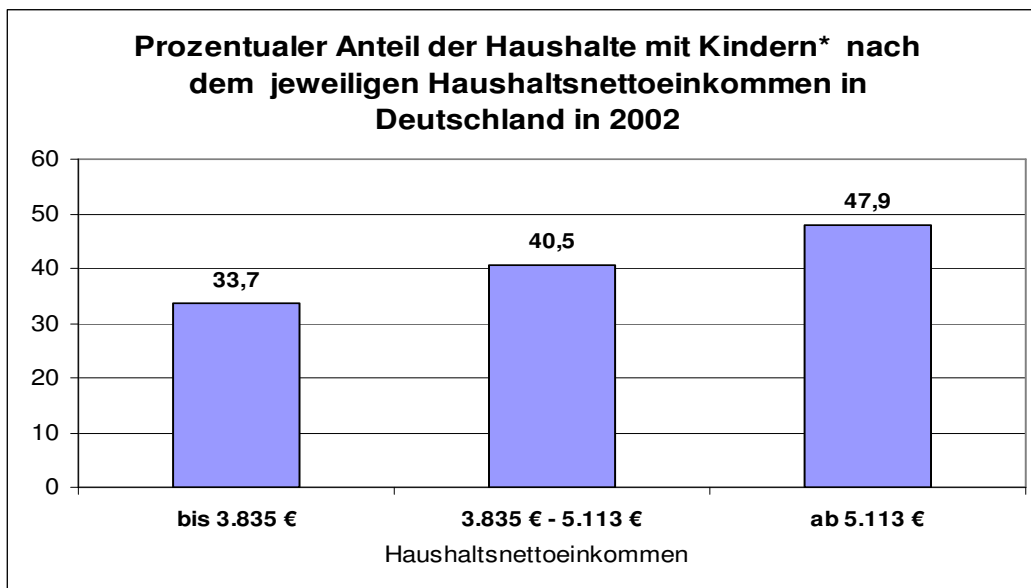
Quelle: Schupp 2003: 60 auf der Basis SOEP in; eigene Bearbeitung JHP

Während Menschen mit einem Nettohaushaltseinkommen bis 3.385 Euro zu 53,4% verheiratet sind, steigt der Anteil bis auf 76,6% bei einem Einkommen ab 5.113 Euro. Zum Teil erklärt sich dieser hohe Anteil aber auch daraus, dass verheiratete Paare, gemeinsam das hohe Haushaltsnettoeinkommen erarbeiten.

Entsprechend liegt bei den Gruppen der Wohlhabenden und Einkommensreichen der Anteil der ledigen Personen mit 18,9% bzw. 18,6% deutlich niedriger als bei der Gruppe mit niedrigerem Einkommen (vgl. Schupp u.a. 2003:59).

Kinder

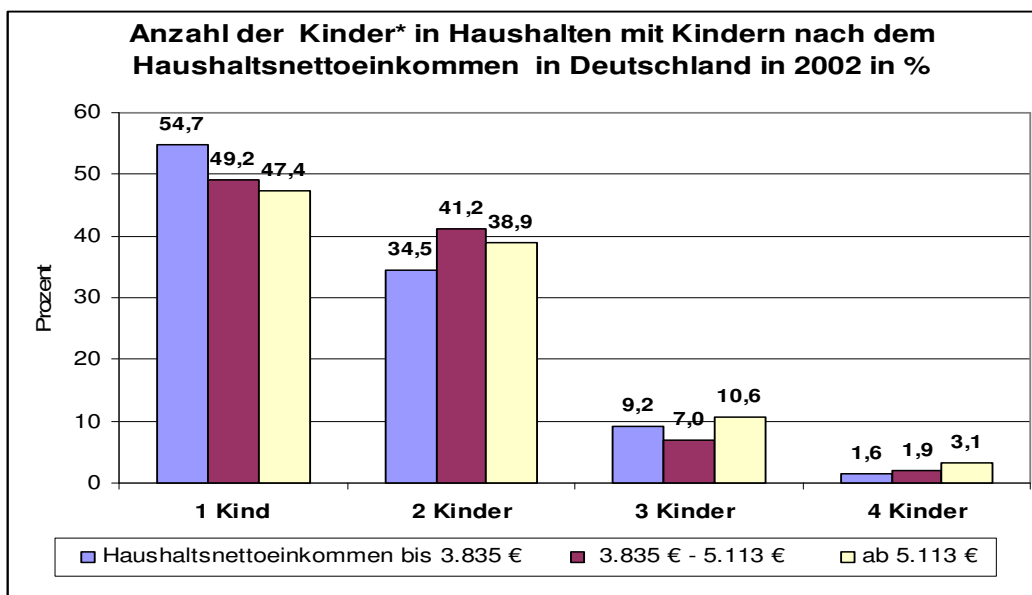
In einkommensreichen Haushalten leben deutlich häufiger Kinder als dies in anderen Haushalten der Fall ist. 2002 lebten bundesweit in 34,6% der Haushalte Kinder. Während der Anteil der Kinder in Haushalten mit einem Haushaltsnettoeinkommen bis zu 3.835 Euro nur 33,7% betrug, stieg dieser Anteil mit zunehmendem Haushaltsnettoeinkommen bis auf 47,9%.



*Kinder bis einschl. 15 Jahre

Quelle: Schupp u.a. 2003: 60 auf der Basis SOEP in; eigene Bearbeitung JHP

Mit der Zunahme des Haushaltsnettoeinkommens und der damit einhergehenden materiellen Absicherung der Familien, steigt die Bereitschaft zu mehr Kindern.



*Kinder bis einschl. 15 Jahre

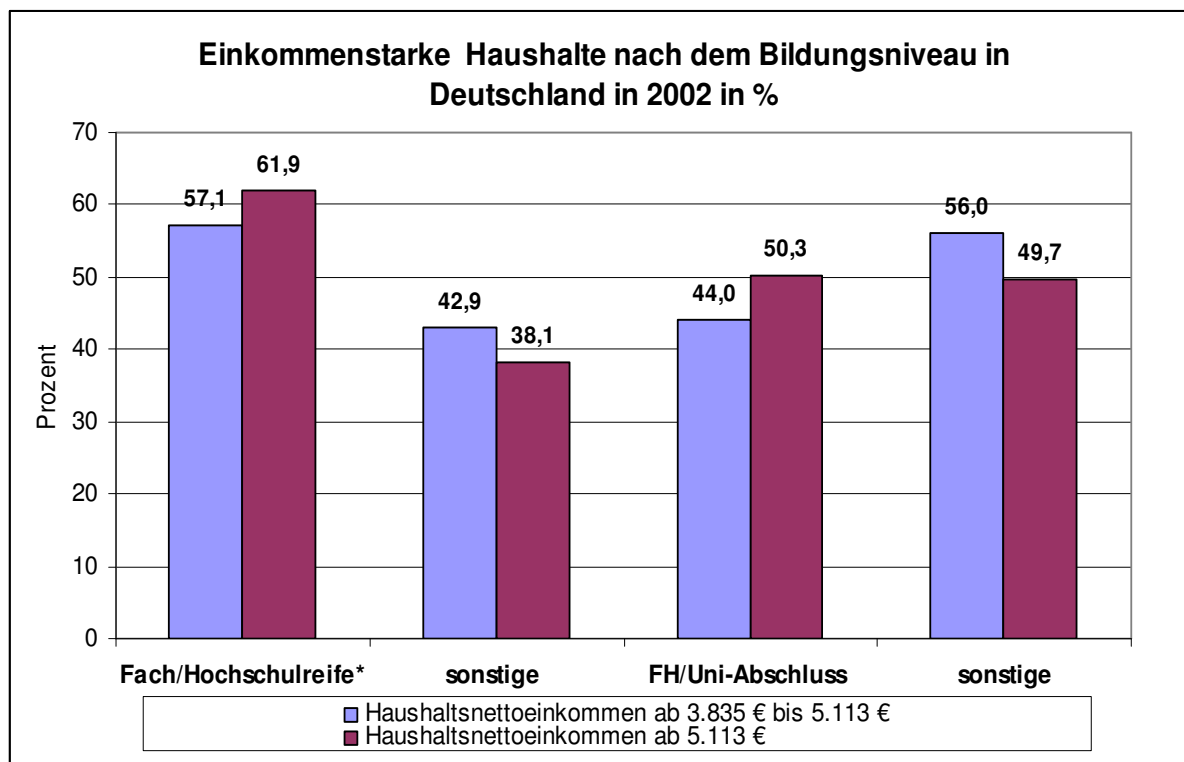
Quelle: Schupp u.a. 2003: 60 auf der Basis SOEP in; eigene Bearbeitung JHP

Bundesweit lag die durchschnittliche Anzahl der Kinder in Haushalten 2002 bei 1,7 Kindern. In Haushalten mit Einkommen bis zu 3.835 Euro lebte überwiegend ein Kind. Die meisten Haushalte mit zwei Kindern (41,2%) verfügten über ein Haushaltsnettoeinkommen zwischen 3.835 Euro und 5.113 Euro. Einkommensreiche Haushalte mit einem Einkommen über 5.113 Euro hatten mit 3,1% den höchsten Anteil von 4 und mehr Kindern.

Auch Ergebnisse aus Bayern und NRW bestätigen, dass einkommensreiche Familien häufig zwei, drei und mehr Kinder haben. Im Vergleich zur übrigen Bevölkerung ist bei den obersten ein Prozent der Einkommensbezieher der Anteil ohne Kinder am niedrigsten (vgl. Sozialberichte Bayern:157; NRW:185).

6.2.5.4 Bildungsniveau

Das Bildungsniveau der einkommensstarken Haushalte in Deutschland wurde 2002 auf der Basis des SOEP über abgeschlossene Bildungszertifikate erfasst. Die Auswertung verdeutlicht, dass Personen aus einkommensreichen Haushalten ein überdurchschnittliches Bildungsniveau aufweisen (vgl. Schupp 2003:63).



*einschl. Polytechnische Oberschule der ehem. DDR bzw. Fachschulabschluss in der ehem. DDR
Quelle: Schupp 2003: 62; eigene Bearbeitung JHP

Mehr als die Hälfte der Einkommensbezieher/-innen (57,1%) mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 3.835 bis 5.113 Euro hat die Fach-/Hochschulreife erworben. Bei Personen mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 5.113 Euro und mehr steigt der Anteil sogar auf 61,9%.

Haushalte mit einem Nettoeinkommen zwischen 3.835 bis 5.113 Euro haben zu 44,0% einen Haushaltsvorstand mit einem Fachhochschul- und Universitätsabschluss. Mit der Höhe der Einkommen steigt dieser Anteil an. So hat jeder zweite einkommensreiche Haushalt mit Einkommen von 5.113 Euro und mehr eine/n Hauptverdiener/-in mit einem Fachhochschul- oder Universitätsabschluss.

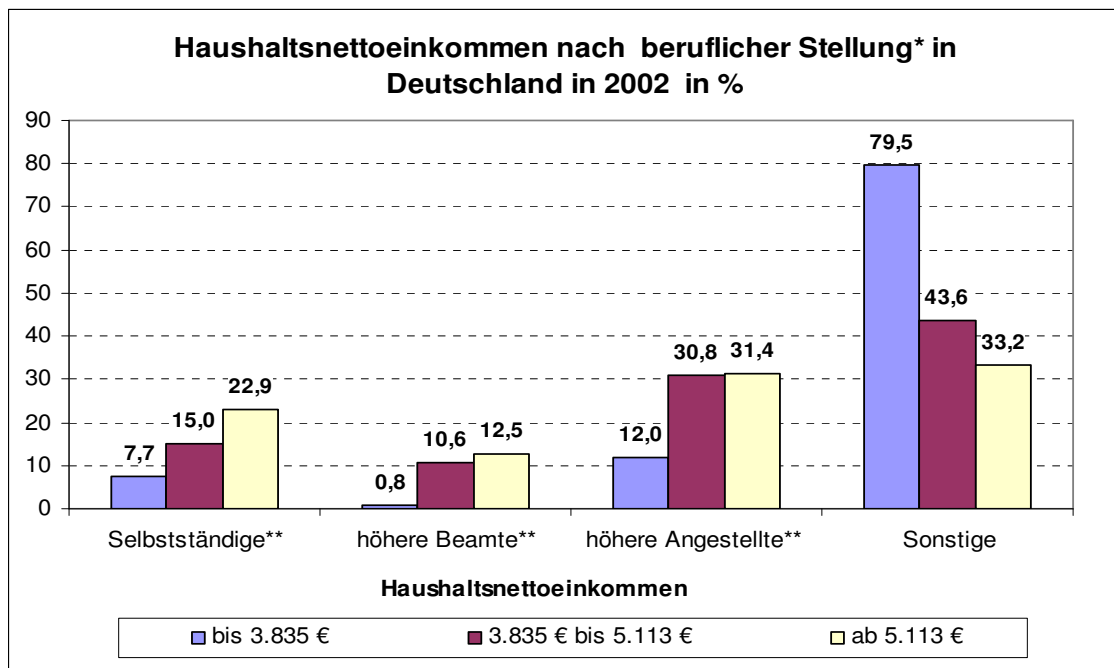
6.2.5.5 Berufliche Stellung

Hohe Haushaltsnettoeinkommen finden sich überwiegend bei den Selbständigen, höheren Beamten sowie den höheren Angestellten.

Bei einem Haushaltsnettoeinkommen unter 3.835 Euro beträgt der Anteil der Selbständigen, der höheren Beamten und der höheren Angestellten insgesamt 20,5%.

Selbständige, höhere Beamte und höhere Angestellten stellen mehr als die Hälfte der Beschäftigten (56,4%) mit einem Haushaltsnettoeinkommen ab 3.835 Euro.

Unter den höchsten Haushaltsnettoeinkommen ab 5.113 Euro finden sich zu zwei Drittel (66,8%) höhere Angestellte, Selbständige und höhere Beamte.



* Basis: Erwerbstätige

** Höhere Angestellte: mit hochqualifizierter Tätigkeit oder Leitungsfunktion; umfassende Führungsaufgaben; Selbständige: freie Berufe, selbst. Akademiker, sonst. Selbständige, ohne Landwirte und mithelfende Familienangehörige;

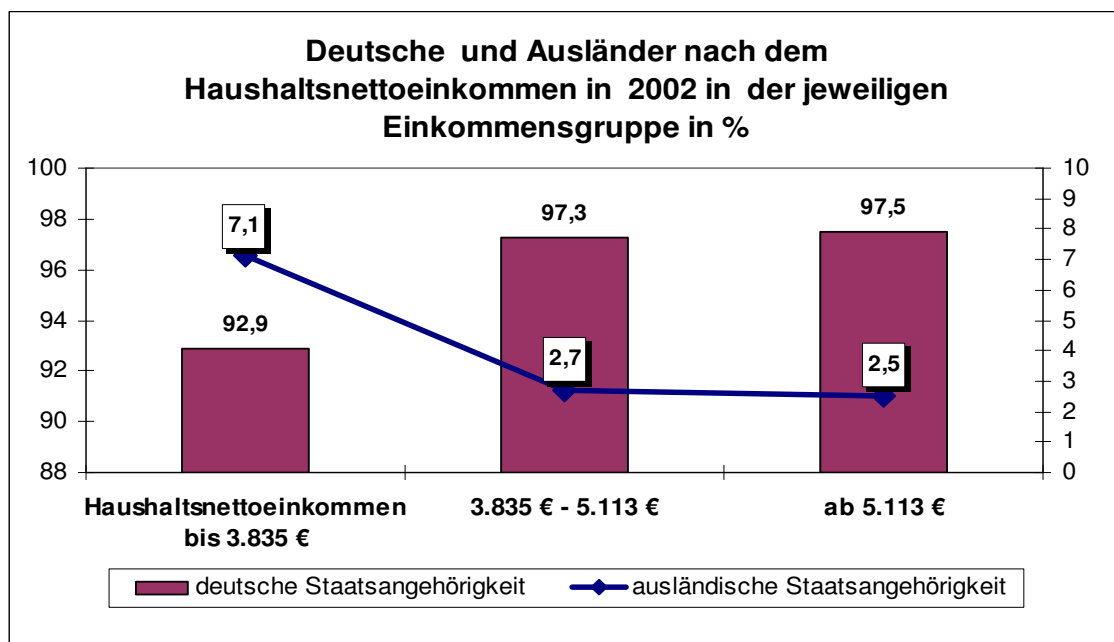
Höhere Beamte: Beamte (einschl. Richter und Berufssoldaten) im höheren Dienst

Quelle: Schupp u.a. 2003: 63 (auf Basis SOEP); eigene Bearbeitung JHP

Dies verdeutlicht, dass der Anteil der Arbeiter/-innen, die eine gehobene Einkommensposition erreichen können, sinkt. Der Anteil der Beamten im höheren Dienst bleibt ab einem Haushaltsnettoeinkommen ab 3.835 Euro eher gleich, ebenso der Anteil der höheren Angestellten. Am stärksten nimmt der Anteil der Selbständigen bei steigendem Haushaltsnettoeinkommen zu (vgl. Schupp u.a. 2003:64).

6.2.5.6 Nationalität

2002 lag der Anteil der Ausländer/-innen an der Gesamtbevölkerung ab 16 Jahren in Deutschland bei 6,7%.



Quelle: Schupp u.a. 2003: 60 auf der Basis SOEP in; eigene Bearbeitung JHP

Während Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit mit einem Anteil von 7,1% überdurchschnittlich bei den niedrigeren Haushaltsnettoeinkommen bis zu 3.835 Euro vertreten sind, geht ihr Anteil mit zunehmendem Haushaltsnettoeinkommen zurück. Nur noch 2,5% gehören zu den Einkommensreichen mit Haushaltsnettoeinkommen von 5.113 Euro und mehr (vgl. Schupp u.a. 2003:60).

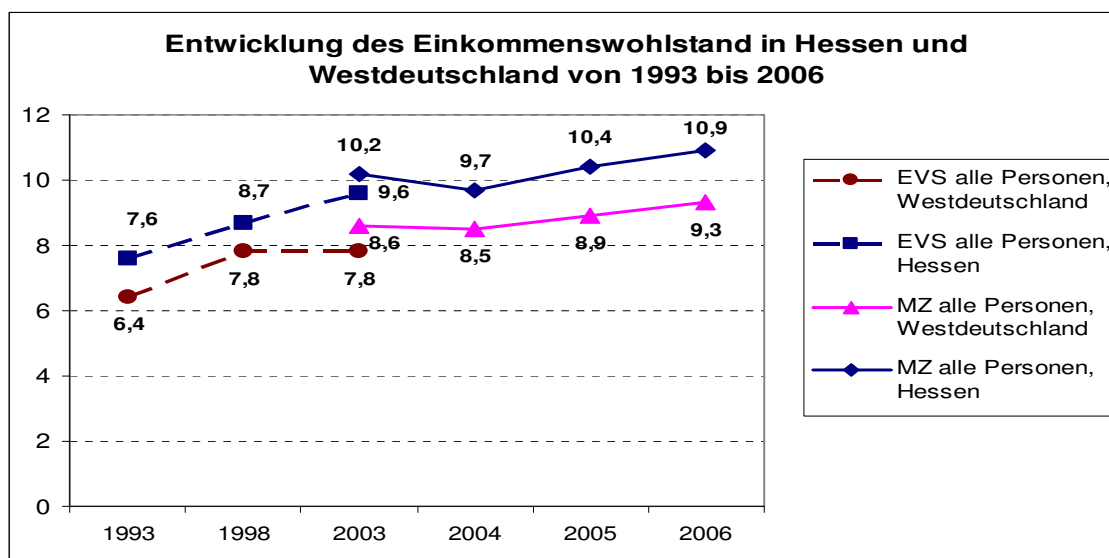
6.2.6 Entwicklung von Einkommenswohlstand und -reichtum

Die Entwicklung des Einkommensreichtums wie der Armutrisiken zeigt sehr deutlich dass sich die Einkommensschere in Deutschland weiter auseinander entwickelt hat. Nicht nur die Armut in der Bevölkerung nimmt zu, sondern auch die Anzahl der Wohlhabenden und Reichen.

6.2.6.1 Entwicklung von Einkommenswohlstand

Für die Entwicklung des Anteils der wohlhabenden Personen liegen für den Zeitraum von 1993 bis 2006 unterschiedliche Datenbasen vor, die aber, der Übersicht halber, in einem Diagramm zusammengefasst wurden. Die Berechnungen für den Zeitraum von 1993 bis 2003 basieren auf der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, die von 2003 bis 2006 auf dem Mikrozensus.

Obwohl auf unterschiedlicher Datengrundlage berechnet, verdeutlichen beide Auswertungen die Zunahme der Personen, deren Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen gemessen am 200% Median mit Einkommenswohlstand bezeichnet wird. Auf der Grundlage des MZ lag 2003 der Anteil der Personen mit Einkommenswohlstand aufgrund der niedrigeren Wohlstandsgrenzen höher als auf der Grundlage der EVS.

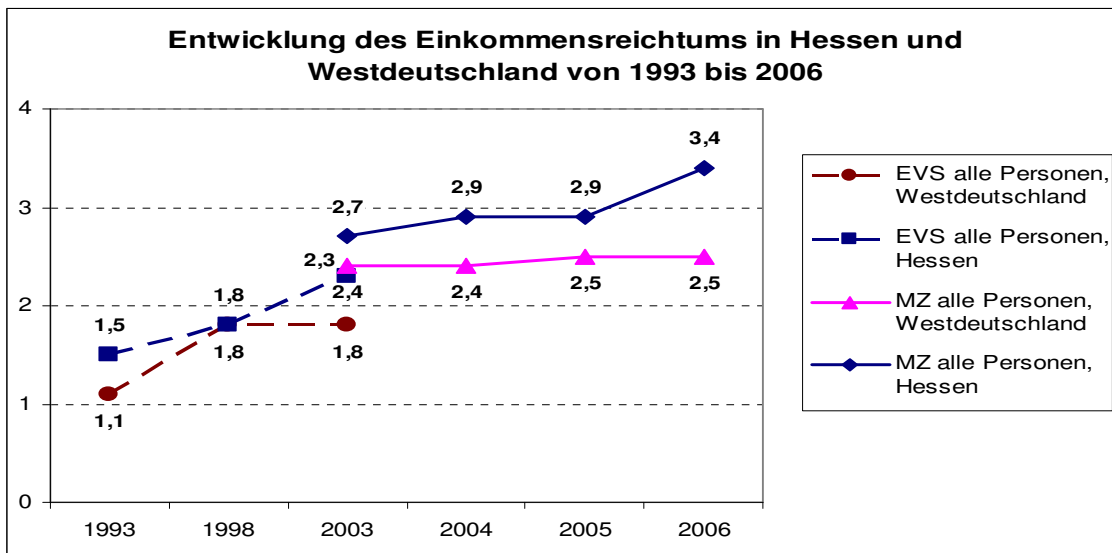


Quelle: Schmid/Faik 2008:13; eigene Aufbereitung JHP

Auf der Basis der EVS stieg der Anteil dieser Personengruppe von 1993 bis 2003 in Hessen stärker (+2%) als in Westdeutschland (+1,4%). Von 2003 bis 2006 wuchs der Anteil der Personen mit hohem Einkommen auf der Grundlage des MZ weiterhin an. 2006 lag Hessen dabei mit einem Anteil von 10,9% wohlhabender Personen um 1,5% über dem Durchschnitt in Westdeutschland

6.2.6.2 Entwicklung von Einkommensreichtum

Auch die Reichtumsquoten, gemessen an der 300%-Grenze sind im gesamten Zeitraum sowohl in Hessen als auch in Westdeutschland gestiegen.



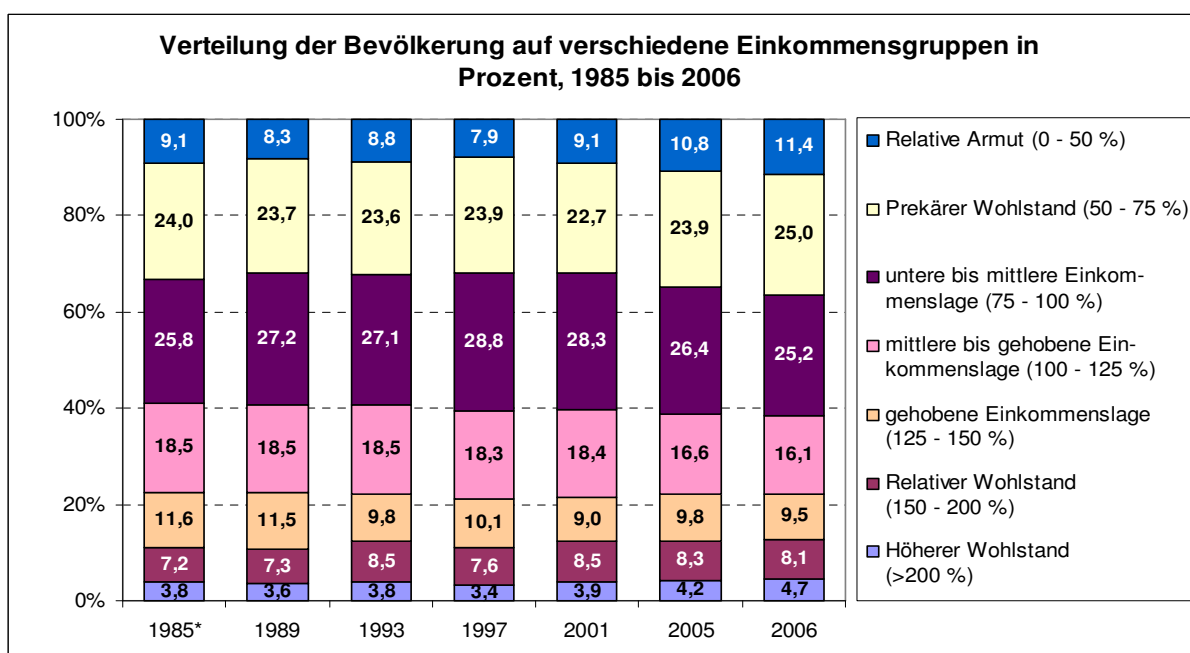
Quelle: Schmid/Faik 2008:13; eigene Aufbereitung JHP

Der Anteil reicher Personen stieg im Zeitraum von 1993 bis 2003 auf der Grundlage der EVS in Hessen von 1,5% auf 2,3% und in Westdeutschland von 1,1% auf 1,8%. In dieser Zeit stieg der Anteil der Reichen in Hessen um 0,8% und in Westdeutschland um 0,7%.

Dieser Trend setzte sich auch im mit dem Mikrozensus erfassten Zeitraum von 2003 bis 2006 fort. In dieser Zeitspanne stieg hessenweit der Anteil der reichen Personen um 0,7% und erreichte 2006 einen Wert von 3,4%. Gleichzeitig konnte in Westdeutschland nur eine Zunahme um 0,1% verzeichnet werden. 2006 lag damit der Anteil von reichen Personen an der Gesamtbevölkerung bei 2,5%. Damit lag Hessen im Jahr 2006 um 0,9% über der Quote in Westdeutschland.

6.2.6.3 Verteilung und Entwicklung von Armut und Reichtum

Die Betrachtung der Einkommensschichtung in Deutschland ermöglicht Aussagen dazu, wie gleich oder ungleich die Einkommen in der Bevölkerung verteilt sind. Von 1985 bis 2006 hat sich der Anteil der Personen in der untersten und in der obersten Einkommensgruppe erhöht.



Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung 2009, SOEP 1991 bis 2006; eigene Aufbereitung JHP

Von 1985 bis 1997 hat sich der Anteil der Personen in der untersten und in der obersten Einkommensgruppe vermindert. Diese Entwicklung hat sich in der Folgezeit, von 1997 bis 2006, umgekehrt.

So stieg der Anteil der Bevölkerung in der untersten Einkommensgruppe von 7,9% auf 11,4%. Gleichzeitig stieg der Bevölkerungsanteil in der obersten Einkommensgruppe von 3,4 auf 4,7%.

Der Anteil der Bevölkerung im unteren bis mittleren Einkommensbereich ist nach einer Zunahme von 1989 bis 1997 angestiegen, und seither kontinuierlich gefallen. Der Bevölkerungsanteil mit mittlerer bis gehobener Einkommenslage blieb bis 2001 relativ stabil, um dann allerdings ebenfalls zu fallen.

Von 1997 bis 2006 kann somit ein Rückgang des Einkommens bei den klassischen Durchschnittsverdienern und damit ein Schrumpfen der typischen Mittelschicht festgestellt werden.

6.3 Vermögen

Insbesondere am Privatvermögen zeigt sich, dass Deutschland ein reiches Land ist. So sind die Vermögen in den vergangenen Jahren ständig gestiegen und haben 2003 eine Summe von rund 5 Billionen Euro erreicht (vgl. 2. Armuts- und Reichtumsbericht 2005:53). Neben dem regelmäßigen Einkommen ist das Vermögen, als Summe aller geldwerten Güter, ein zentraler Bestimmungsfaktor für die materielle Situation eines Haushaltes und leistet einen wichtigen Beitrag zu dessen Wohlfahrt.

Dem Vermögen kommt aus individueller ökonomischer Sicht eine Vielzahl von Funktionen zu wie z.B.:

- die Einkommensfunktion (z.B. durch Zinserträge),
- die Nutzungsfunktion (z.B. von selbst genutztem Eigentum)
- die Sicherheitsfunktion (z.B. bei Ausfall des Einkommens)
- die Machtfunktion (z.B. verleihen größere Vermögen wirtschaftliche und politische Macht)
- die Sozialisationsfunktion (z.B. Finanzierung der Ausbildung von Kindern)

und nicht zuletzt sind Vermögen wichtig für die Alterssicherung (vgl. Frick/Grabka 2009:54).

Die Diskussion der letzten Jahre um die zunehmende Bedeutung der privaten Altersvorsorge hat die Bedeutung der privaten Vermögensbildung noch deutlich erhöht.

6.3.1 Geld- und Immobilienvermögen

Generell werden zwei Arten von Vermögen unterschieden, nämlich Geld- und Immobilienvermögen.

Das Geldvermögen beinhaltet Guthaben auf Konten, die nicht für den Zahlungsverkehr bestimmt sind: z.B. Sparkonten, Guthaben noch nicht ausgezahlter Bausparverträge, Guthaben aus Kapital bildenden Lebensversicherungsverträgen, Ausbildungs- und Aussteuerversicherungen, Rentenwerte (z.B. Pfandbriefe, staatliche Schuldtitel, Industrieobligationen), Wertpapiere, Vermögensbeteiligungen und Ähnliches (z.B. Aktien, Fest- und Termingelder, Zertifikate von Immobilien-, Wertpapier- oder Geldmarktfonds, Anteile an geschlossenen Immobilienfonds und Kapitalgesellschaften etc.) sowie an Privatpersonen verliehenes Geld.

Das Immobilienvermögen wird in Form des Verkehrswertes der jeweiligen Grundstücke und Gebäude erfasst.

Für den materiellen Wohlstand sind in erster Linie die Nettovermögen, d.h. die Bruttovermögen abzüglich der Verbindlichkeiten, bedeutsam.

Zur Berechnung des Nettogeldvermögens werden vom Bruttogeldvermögen die Konsumentenkredite abgezogen. Das Nettoimmobilienvermögen ergibt sich aus dem Verkehrswert abzüglich der restlichen Baukreditschulden. Das Netto(gesamt)vermögen ist somit die Summe aus Nettogeld- und Nettoimmobilienvermögen (vgl. Sozialbericht Bayern:148ff).

6.3.2 Datenerfassung und methodische Probleme

Berechnungen von Vermögenswerten sind sehr komplex und statistisch schwer erfassbar. Auch die Analyse der Vermögensverteilung auf Basis von bevölkerungsrepräsentativen Mikrodaten ist mit einer Reihe von statistischen und methodischen Problemen behaftet. Für den Landkreis Darmstadt-Dieburg liegen keine, für Hessen nur wenige Daten zur Vermögenssituation vor. Deshalb finden in den nachfolgenden Abschnitten Ergebnisse auf der Datenbasis von der EVS und dem SOEP Verwendung. Bei beiden Ansätzen finden die Anwartschaften der gesetzlichen Rentenversicherung keine ausreichende Berücksichtigung, obwohl sie in der Bevölkerung die am häufigsten anzutreffenden Vermögensbestandteile darstellen (vgl. Frick/Grabka 2009:58).

6.3.2.1 Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)

Bei der Bevölkerungsbefragung auf der Grundlage der EVS werden generell ausschließlich materielle Vermögensbestände betrachtet. Dabei wird zwischen Brutto- und Nettovermögen differenziert. Weitere Vermögensarten wie etwa das Produktivvermögen „als Besitz von, bzw. Beteiligung an Betriebsvermögen sind nicht enthalten. Das Bruttogesamtvermögen eines Privathaushaltes ist die Summe aus dem Bruttogeldvermögen und dem Bruttoimmobilienvermögen (vgl. Sozialbericht NRW 2007:189). In der EVS werden Haushalte erfasst, allerdings sind Haushalte mit einem sehr niedrigen und einem sehr hohen Einkommen (nicht mehr als 18.000 Euro monatlich) generell unterrepräsentiert.

6.3.2.2 Soziökonomisches Panel (SOEP)

Die Analysen des SOEP beziehen sich auf das individuelle Vermögen von Personen ab einem Alter von 17 Jahren, d.h. die in privaten Haushalten stattfindende Umverteilung von Personen mit höherem Vermögen zu Haushaltsmitgliedern mit niedrigerem Vermögen bleibt unberücksichtigt. Ein besonderes Problem stellt die marktnahe Bewertung von Vermögensbeständen dar. So werden Immobilien z.B. aus steuerlichen Gründen mit einem Einheitswert bewertet, der in der Regel unter dem aktuellen Verkehrswert liegt. Insgesamt werden mit dem SOEP 80% des aggregierten Nettovermögens (ohne Sachvermögen) der privaten Haushalte nachgewiesen (DIW 4/2009:58).

6.3.3 Definition von Vermögensreichtum

Auch bei den Vermögensgrenzen besteht weder in der Wissenschaft noch in der Politik eine einheitliche Definition. So gelten bei Europas größter Privatbank HSBC Privatkunden als Vermögende, wenn sie über ein Vermögen von mindestens zwei Millionen US-Dollar an liquidem, freiem Vermögen verfügen (vgl. Harrington 2005:25).

Im 2. Armuts- und Reichtumsbericht wird als Messlinie das Doppelte des durchschnittlichen Pro-Kopf-Nettovermögens festgelegt. Damit gilt als vermögensreich, wer 200% des arithmetischen Mittels des Pro-Kopf-Nettovermögens oder mehr besitzt. Auf der Grundlage des Mittelwertes von 2003 gelten demnach alle Haushalte als vermögensreich, deren Vermögen 2003 bei ca. 266.800 Euro lag.

In NRW verfügten vermögensreiche Haushalte im Jahr 2003 über ein durchschnittliches Nettogesamtvermögen von ca. 434.800 Euro. Damit war das Vermögen verglichen mit dem

Durchschnitt aller Haushalte viermal so hoch. Verglichen mit den Haushalten unterhalb der Reichtumsschwelle, deren Vermögen bei ca. 47.400 Euro lag, wiesen sie einen knapp zehnfach höheren Besitz auf (vgl. Sozialbericht NRW 2007:200).

Nach Hauser (2005:13) lag der Anteil der Vermögensreichen an der Bevölkerung in Deutschland 2003 bei 5,6%. Er lag damit unter dem Anteil von 6,6% im Jahr 1998. Erklärt wird der Rückgang mit der oberen Abschneidegrenze von 18.000 Euro Haushaltsnettoeinkommen pro Monat in der Datenermittlung der EVS. Haushalte mit höherem Einkommen werden nicht erfasst und da in einer Periode steigender Einkommen und Vermögen immer mehr Haushalte diese gesetzte Grenze überschreiten, geht der Anteil scheinbar zurück (ebda:14).

6.3.4 Vermögensbestände der privaten Haushalte in Deutschland

Von 1993 bis 2003 sind die privaten Geld- und Immobilienvermögen der Deutschen im Durchschnitt um knapp 26% gewachsen.

In Westdeutschland ist die Vermögensverteilung etwas ungleichmäßiger, in Ostdeutschland dagegen gleichmäßiger geworden. So wiesen die privaten Haushalte nach der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 im Durchschnitt ein Nettovermögen von rund 133.000 Euro aus.

Mittelwert und Median des Gesamtvermögens (in 1.000 Euro je Haushalt) in Deutschland						
	1993		1998		2003	
	Mittelwert	Median	Mittelwert	Median	Mittelwert	Median
Deutschland						
Bruttovermögen	121,1	35,6	133,7	45,6	161,3	67,0
Schulden	15,0	0,0	20,0	0,0	27,9	0,0
Nettovermögen	106,2	32,4	113,7	38,5	133,4	49,8
Früheres Bundesgebiet						
Bruttovermögen	143,3	79,4	151,3	74,8	179,0	93,5
Schulden	17,9	0,0	22,2	0,0	30,2	0,0
Nettovermögen	125,4	60,0	129,2	56,1	148,8	63,6
Neue Länder						
Bruttovermögen	40,1	10,6	56,3	16,8	76,1	25,2
Schulden	3,7	0,0	10,6	0,0	16,6	0,0
Nettovermögen	36,4	10,1	45,6	15,4	59,6	21,8

Quelle: 2. Armuts- und Reichtumsbericht, EVS, ZEW-Berechnungen

Der Median liegt mit rund 50.000 Euro erheblich niedriger. Während die westdeutschen Haushalte im Durchschnitt über ein Geld- und Immobilienvermögen von rund 149.000 Euro verfügen, besitzen die ostdeutschen Haushalte mit knapp 60.000 Euro nur 40% des Vermögens der Westdeutschen (vgl. 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2005:54).

Die Höhe und Verteilung des Vermögens wird durch das Immobilienvermögen dominiert, das knapp drei Viertel des Gesamtvermögens beträgt. Da die Entwicklung der Immobilienwerte bei der EVS auf Selbsteinschätzung der befragten Haushalte beruht, weisen die Ergebnisse Unschärfen auf. Vor allem reichere Haushalte profitieren von der Steigerung des geschätzten Immobilienvermögens. Eine Zuordnung der Haushalte nach der Höhe der Vermögen zeigt, dass im obersten Zehntel praktisch jeder Haushalt Grundvermögen besitzt, während es im untersten Zehntel nur knapp 6% sind (vgl. 2. Armuts- und Reichtumsbericht 2005:53).

6.3.4.1 Vermögenskomponenten des individuellen Nettovermögens

Die Hälfte der Personen in privaten Haushalten ab 17 Jahren verfügte in Deutschland im Jahr 2007 über Vermögen in Form von privaten Versicherungen (52,9%) einschließlich Bausparverträgen und knapp die Hälfte über Geldvermögen (48,9%).

Vermögenskomponenten des individuellen Nettovermögens in Deutschland 2002 und 2007		
	Deutschland	
	2002	2007
Anteil der jeweiligen Besitzer an der Bevölkerung*		
Selbstgenutzter Immobilienbesitz	36,4	36,3
Sonstiger Immobilienbesitz	10,2	10,4
Geldvermögen	45,5	48,9
Private Versicherungen	47,2	52,9
<i>darunter: Bausparverträge**</i>	-	40,7
Betriebsvermögen	4,2	4,4
Sachvermögen	9,6	6,1
Schulden***	29,6	33,1

* Personen in privaten Haushalten im Alter ab 17 Jahren

** Nur 2007 separat erhoben

*** Schulden aus Hypotheken und Konsumentenkrediten

Quellen: SOEP, Berechnungen des DIW Berlin

Durchschnittlich verfügte die Bevölkerung über ca. 25.000 Euro Geldvermögen und ca. 22.000 Euro in privaten Versicherungen (Frick/Grabka 2009:60f). Gegenüber 2002 haben beide Vermögenskomponenten zugenommen. Diese Entwicklung kann zum Teil auf Reformen zur Förderung der privaten Altersvorsorge (Riester-Renten) zurückgeführt werden.

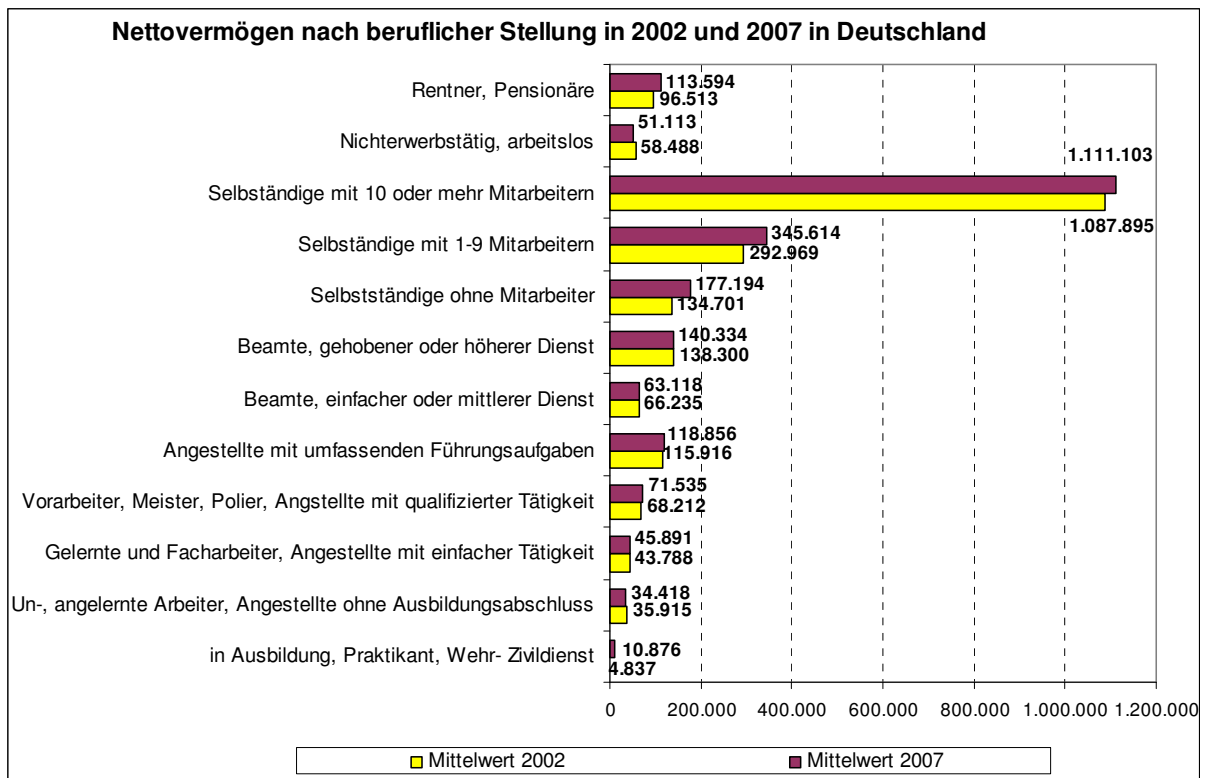
Mehr als ein Drittel der Bevölkerung besaß 2007 eine selbst genutzte Immobilie und ein Zehntel verfügte über sonstigen Immobilienbesitz. Diese Anteile blieben seit 2002 so gut wie konstant. Der durchschnittliche Bruttowert dieser Vermögensform beträgt ca. 145.000 Euro. Damit sind Immobilien die wichtigste Anlageform in Deutschland.

Ein Drittel der Bevölkerung hatte Schulden in Form von Hypotheken- oder Konsumentenkrediten. Die durchschnittlichen Verbindlichkeiten beliefen sich dabei auf ca. 56.000 Euro. Der Anteil dieser Bevölkerung stieg gegenüber 2002 um 4% (vgl. ebda:61).

Auch bei einer Unterscheidung nach Alter, Geschlecht und Migrationshintergrund ist eine Korrelation mit der Höhe des individuellen Vermögens festzustellen: Während die 18- bis unter 25-Jährigen im Jahr 2007 über ein durchschnittliches Nettovermögen von weniger als 7.000 Euro verfügten, besaß die Altersgruppe der 56- bis 65-Jährigen mit durchschnittlich knapp 145.000 Euro das höchste Nettovermögen. Und im Jahr 2002 lag das durchschnittliche Nettovermögen der Männer über dem der Frauen (96.000 Euro gegenüber 67.000 Euro) sowie das der Personen ohne Migrationshintergrund deutlich über dem der Personen mit Migrationshintergrund (87.000 Euro gegenüber 47.000 Euro).

6.3.5 Vermögensreichtum nach beruflicher Stellung

Der Bildungsabschluss beeinflusst die Startbedingungen auf dem Arbeitsmarkt erheblich. Er wirkt sich sowohl auf die Erwerbskarriere als auch auf die Einkommenshöhe aus. Die nachfolgende Darstellung zeigt anhand der beruflichen Stellung, wie diese Chancen realisiert werden konnten.



Quelle: DIW 4/2009: 63 (SOEP); eigene Bearbeitung JHP

Eine Differenzierung der Nettovermögen von Personen ab 17 Jahren nach deren beruflicher Stellung zeigt, dass Vermögensreiche vor allem in der Gruppe der Selbständigen mit 10 und mehr Mitarbeitern anzutreffen sind. Aber auch Selbständige mit weniger Mitarbeitern verfügen über ein hohes Nettovermögen. „Je höher die Reichtumsschwelle, desto höher ist der Anteil derjenigen, die ihre überwiegenden Einnahmen aus Gewerbebetrieb und Kapitalvermögen erzielen.“ (Sozialbericht Bayern 2009:157)“.

Auch Beamte des gehobenen oder höheren Dienstes sowie Angestellte mit umfassenden Führungsaufgaben gehören überdurchschnittlich oft zu den Vermögensreichen.

Dagegen verfügen Arbeiter/-innen und Angestellte ohne Abschluss über die niedrigsten Nettovermögen. Junge Menschen, die in Ausbildung sind oder Zivil- bzw. Wehrdienst ableisten sind häufiger vermögenslos.

Wie die Entwicklung von 2002 bis 2007 zeigt, konnten Selbständige und höhere Beamte ihr Nettovermögen steigern, während bei Arbeiter/-innen, Angestellten mit einfacher Tätigkeit aber auch bei Beamte oder Beamtinnen des einfachen und mittleren Dienstes ein Rückgang des Nettovermögens festzustellen ist.

6.3.6 Ursachen für Vermögensreichtum

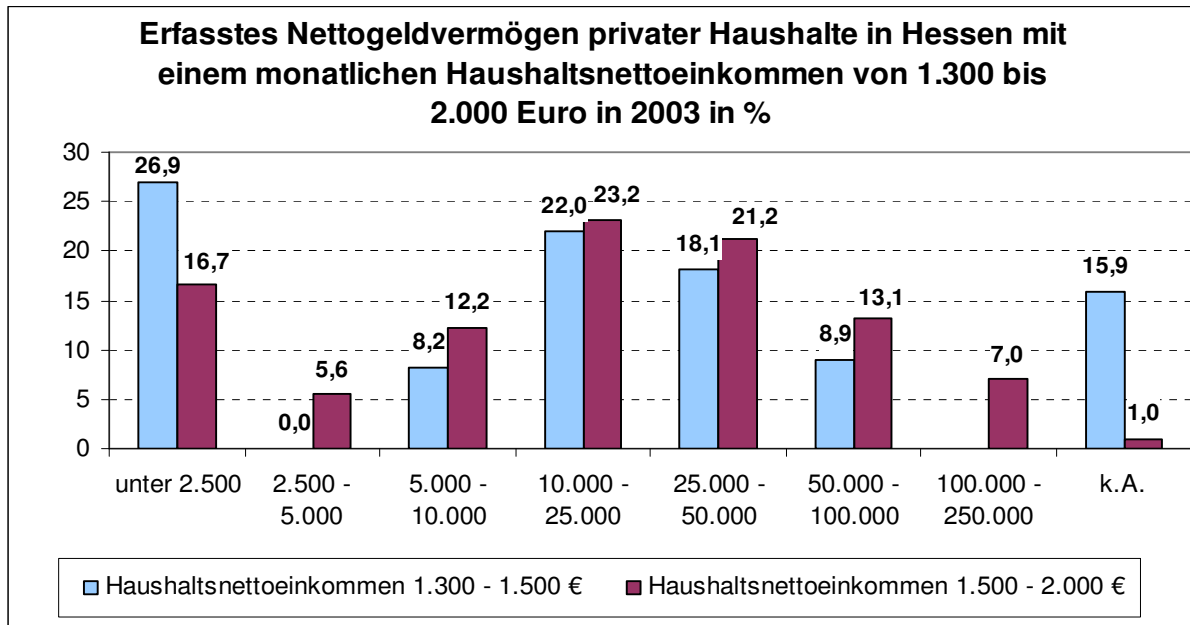
Ein wesentlicher Bestandteil des individuellen Reichtums sind hohe Erwerbseinkommen und das ererbte bzw. geschenkte Vermögen selbst.

6.3.6.1 Vermögen durch hohe Erwerbseinkommen

Bei der Entstehung von Vermögensreichtum spielt das Einkommen eine bedeutende Rolle. Dabei ist es auch bedeutsam wie viele Personen in einem Haushalt zum Einkommen beitragen. Erwerbstätige mit hohem Einkommen sind in der Lage Rücklagen und Vermögen zu bilden, welches wiederum zu einem laufenden Einkommen beitragen kann. „Innerhalb der Gruppe der Reichen existiert eine Personengruppe, bei der Einkommen und Vermögen insoweit eine Qualität gewinnen, als sie immer wieder zur Quelle von neuem Einkommen und

Vermögen werden (Huster 2005:1)“. Für Erwerbstätige mit geringem Einkommen ist dies nur begrenzt, bzw. gar nicht möglich.

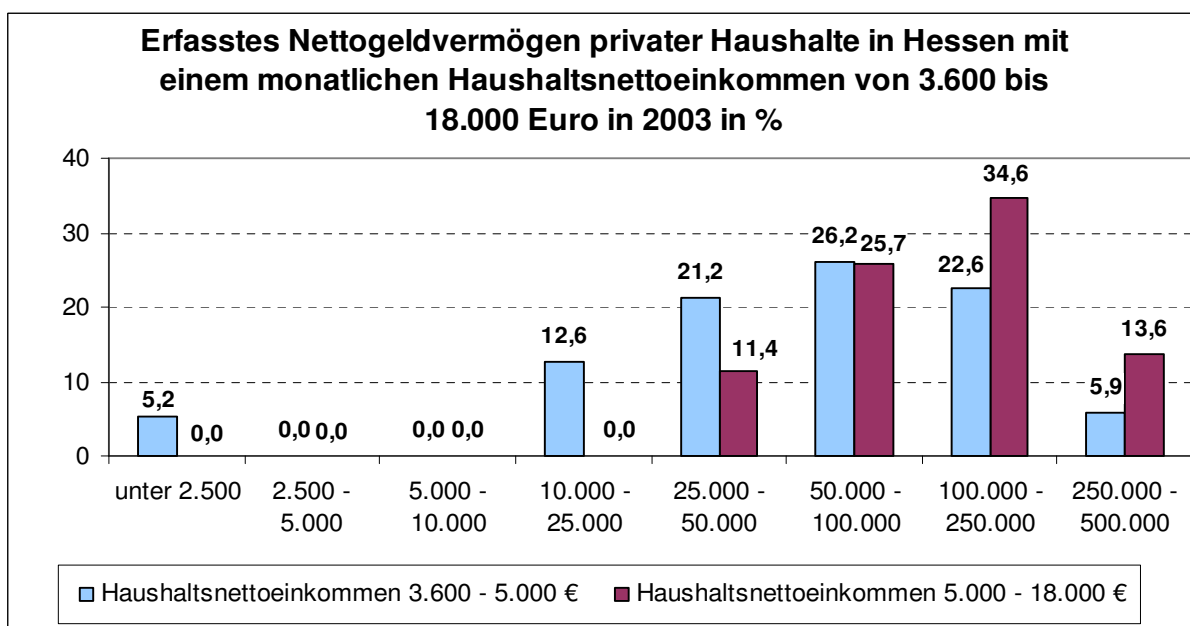
So wird anhand des Vergleichs des erfassten Nettogeldvermögens der privaten Haushalte und dem Haushaltsnettoeinkommen offensichtlich, dass niedrige Haushaltseinkommen häufig dazu führen, dass wenig Geldvermögen angespart werden kann.



Quelle: HSL (EVS) von 2003; eigene Bearbeitung JHP

Im Jahr 2003 hatten von den Haushalten mit einem Nettoeinkommen bis zu 1.500 Euro pro Monat 57,1% ein Nettogeldvermögen bis 25.000 Euro, 18,1% eines von 25.000 bis 50.000 Euro und nur 8,9% verfügten über 50.000 Euro und mehr.

Schon bei einem Haushaltsnettoeinkommen zwischen 1.500 und 2.000 Euro lag das Nettogeldvermögen weit darüber. So verfügten zwar ebenfalls 57,7% dieser Haushalte über ein Nettogeldvermögen bis 25.000 Euro und 21,2% über eines von 25.000 bis 50.000 Euro, aber schon 20,1% verfügten über mehr als 50.000 Euro.



Quelle: HSL, nach EVS von 2003; eigene Bearbeitung JHP

In der Gruppe der Haushalte mit Nettoeinkommen von 3.600 bis 5.000 Euro verfügten 2003 schon 54,7% über Nettogeldvermögen von über 50.000 Euro.

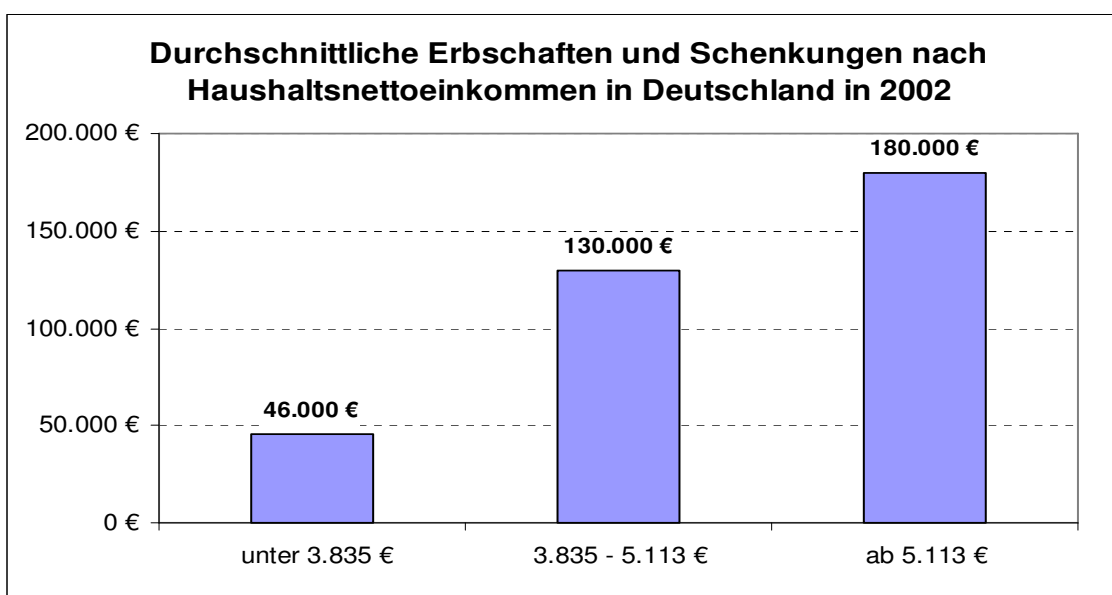
Dagegen besaßen 73,9% aller erfassten Haushalte mit einem Nettoeinkommen zwischen 5.000 bis 18.000 Euro (Erfassungsgrenze EVS) ein Nettogeldvermögen über 50.000 Euro.

6.3.6.2 Vermögen als Ursache für Vermögensreichtum

Im Verhältnis zum Einkommen ist das Vermögen selbst eher die Ursache von Vermögensreichtum. So ist das ererbte bzw. geschenkte Vermögen aus früheren Epochen, das über Generationen mit den einhergehenden Privilegien in den Familien weiter gegeben wird, ein wichtiger, häufig sogar der wichtigste Faktor für individuellen Reichtum an Einkommen und Vermögen. „Bei der Schaffung und Erhaltung von ökonomischer Ungleichheit haben Erbschaften schon immer eine entscheidende Rolle gespielt (Harrington 2005:25)“.

Durch Zins- und Kapitalerträge führt das Vermögen zu weiterem Zuwachs. Erbschaften und Transfers zwischen Generationen zu Lebzeiten beeinflussen die Vermögensbildung. Empirische Indizien sprechen dafür, dass es in höheren Einkommensklassen häufiger zu Erbschaften kommt als in niedrigeren (vgl. Hauser/Becker 2005:375).

In höheren Einkommensklassen werden im Durchschnitt auch höhere Beträge vererbt. Haushalte mit einem Nettoeinkommen unter 3.835 Euro erben durchschnittlich 46.000 Euro. Haushalte mit Haushaltsnettoeinkommen zwischen 3.835 Euro und 5.113 Euro erben durchschnittlich schon fast das Dreifache (knapp 130.000 Euro).



Quelle: Schupp, J. u. A in DIW Studien: 2003: 3; eigene Bearbeitung JHP

Bei Haushalten mit einem Nettoeinkommen von 5.113 Euro und mehr beträgt die durchschnittliche Erbschaftshöhe mit fast 180.000 Euro nahezu das Vierfache (vgl. Schupp u.a. 2003:3).

6.3.7 Vermögensverteilung und Entwicklung

Die Privatvermögen in Deutschland sind sehr ungleich verteilt. Die unteren 50% der Haushalte verfügen über etwas weniger als 4% des gesamten Nettovermögens, während die vermögensstärksten 20% der Haushalte rund zwei Drittel des gesamten Nettovermögens auf sich vereinen (vgl. 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2005:55). Dabei werden Eigentumsrechte an Einzelfirmen, Personengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Praxisausstattungen von Freiberuflern ebenso wenig erfasst wie das

Gebrauchsvermögen der Haushalte wie Kleidung, Wohnungsausstattung, Schmuck, Kunstgegenstände u.a.m. (vgl. Hauser 2005:11).

Die vermögendsten 10% der Bevölkerung besitzen mit 46,8% nicht nur fast die Hälfte des Gesamtvermögens, sie haben auch ihren Anteil seit 1998 um 2,4% erhöhen können (vgl. Hartmann 2007:9).

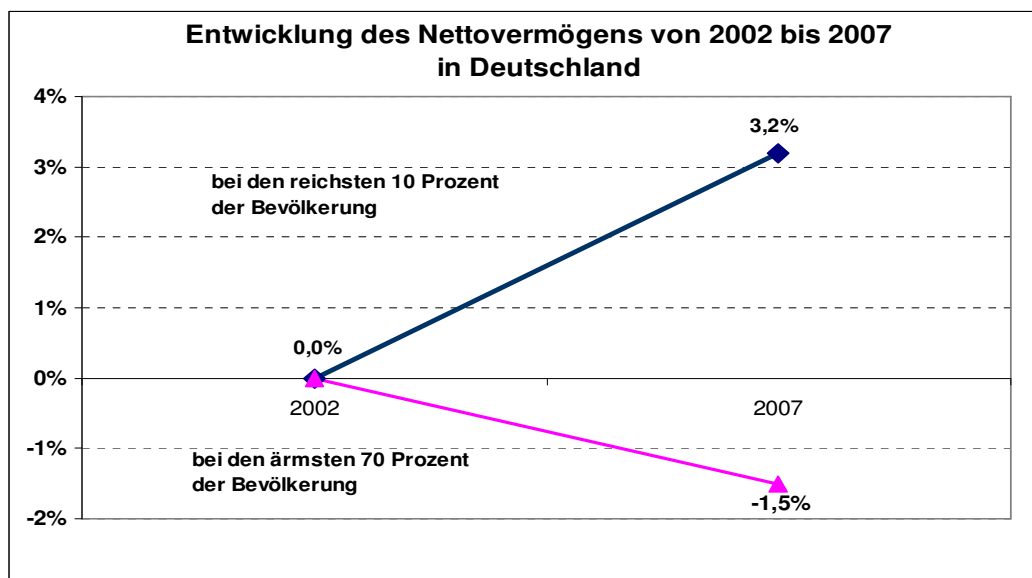
Trotz der Finanzkrise ist die Zahl der Millionärshaushalte in Deutschland im Jahr 2007 gegenüber dem Vorjahr um gut 20%. Sie lag damit bei 422.000 Millionärshaushalten. Damit rangiert Deutschland bei den Ländern mit den meisten Millionären weltweit an vierter Stelle, nach den USA, Japan und Großbritannien. Gezählt wurden Dollarmillionäre, so dass ein Vermögen von 700.000 Euro ausreichte, in die Millionärsliste aufgenommen zu werden (vgl. Focus Money 05.09.2008 mit Bezug auf den Global Wealth Report).

Vermögensverteilung der oberen 10% und unteren 50% der Bevölkerung in Deutschland 1998 - 2003		
	1998	2003
Verteilung des Vermögens auf die oberen 10%	44%	47%
Verteilung des Vermögens auf die unteren 50%	4%	4%

Quelle 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung: 186 (auf Basis EVS gemessen am Bundesmedian)

Ein Blick auf die Vermögensverteilung in der Bundesrepublik in der Zeit von 1998 bis 2003 zeigt, dass das Vermögen bei den unteren 50% der Bevölkerung stagnierte, während es bei den 10% der reichsten Bevölkerung um 3% anstieg.

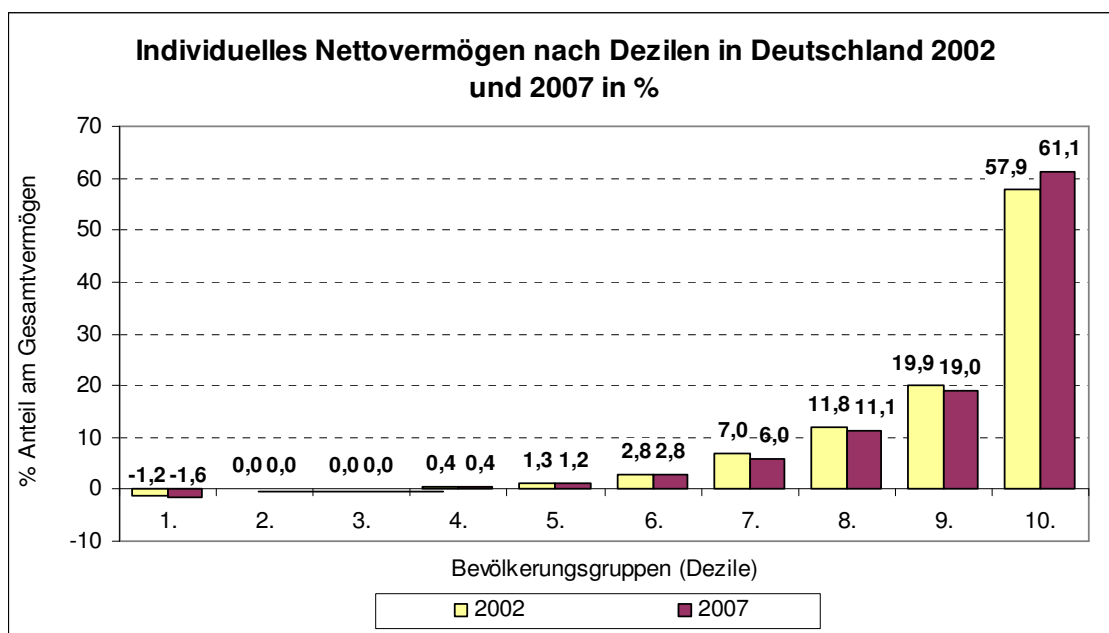
Auch bezogen auf Auswertungen des SOEP zeigt sich im weiteren Verlauf, von 2002 bis 2007, dass sich die Vermögensschere weiter zu Ungunsten der ärmsten Bevölkerungsgruppen öffnete.



Quelle: SOEP: DIW 2009 in DJI Bulletin Heft 86, 2/2009

Während die reichsten 10% der Bevölkerung ihr individuelles Nettovermögen um 3,2% steigern konnten, verringerte es sich bei den 70% der ärmsten Bevölkerung im gleichen Zeitraum um 1,5% (vgl. DJI Bulletin Heft 86:8).

Wird 2007 das individuelle Nettovermögen innerhalb der Bevölkerungsgruppen in Deutschland in zehn gleich große Gruppen (Dezile) unterteilt, zeigt sich, dass das reichste Zehntel über 61,1% des Nettovermögens verfügte. Die Entwicklung zeigt, dass das Nettovermögen im obersten Dezil seit 2002 weiter zugenommen hat.



Quelle: SOEP in DIW Nr.4/2009: 59

Dagegen besaßen 2007 zwei Drittel der Gesamtbevölkerung kein oder nur ein sehr geringes Nettovermögen. Die untersten 70%, der nach dem Vermögen sortierten Bevölkerung, hatten einen Anteil am Gesamtvermögen von knapp 9%. Im Vergleich zu 2002 sind das 1,5 Prozentpunkte weniger (vgl. Frick/Grabka:59).

Wie der Zeitverlauf zeigt, können immer mehr Menschen auf Grund der niedrigen Einkommen keine Ersparnisse mehr zurücklegen, während andere wenige aufgrund von starken Einkommenszunahmen immer mehr Vermögensbildung betreiben konnten. Hintergrund für diese Entwicklung bildet die Senkung der Steuerlasten für einkommensstarke Bevölkerungsgruppen. So bescherte die Einkommenssteuerreform ab 2005 dem Durchschnittsverdiener eine Steuerentlastung von 1.340 Euro pro Jahr, dem Spitzenverdiener aber eine von 104.000 Euro (vgl. Schäfer 2009a:2).

6.3.7.1 Gini-Koeffizienten der Vermögensverteilung

Diese ungleiche Verteilung zeigt sich auch in einem sehr hohen Gini-Koeffizienten. Dieser lag 1993 auf der Basis der EVS bei 0,665 und erreichte 2003 bereits den Wert von 0,675.

Gini-Koeffizienten der Verteilung des Nettogesamtvermögens			
Basis Evs*	Gesamt	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder
1993	0,665	0,625	0,718
1998	0,665	0,641	0,682
2003	0,675	0,657	0,671
Basis SOEP	Gesamt		
2002	0,777		
2007	0,799		

*Berücksichtigung von negativen Werten als Nullwerte.

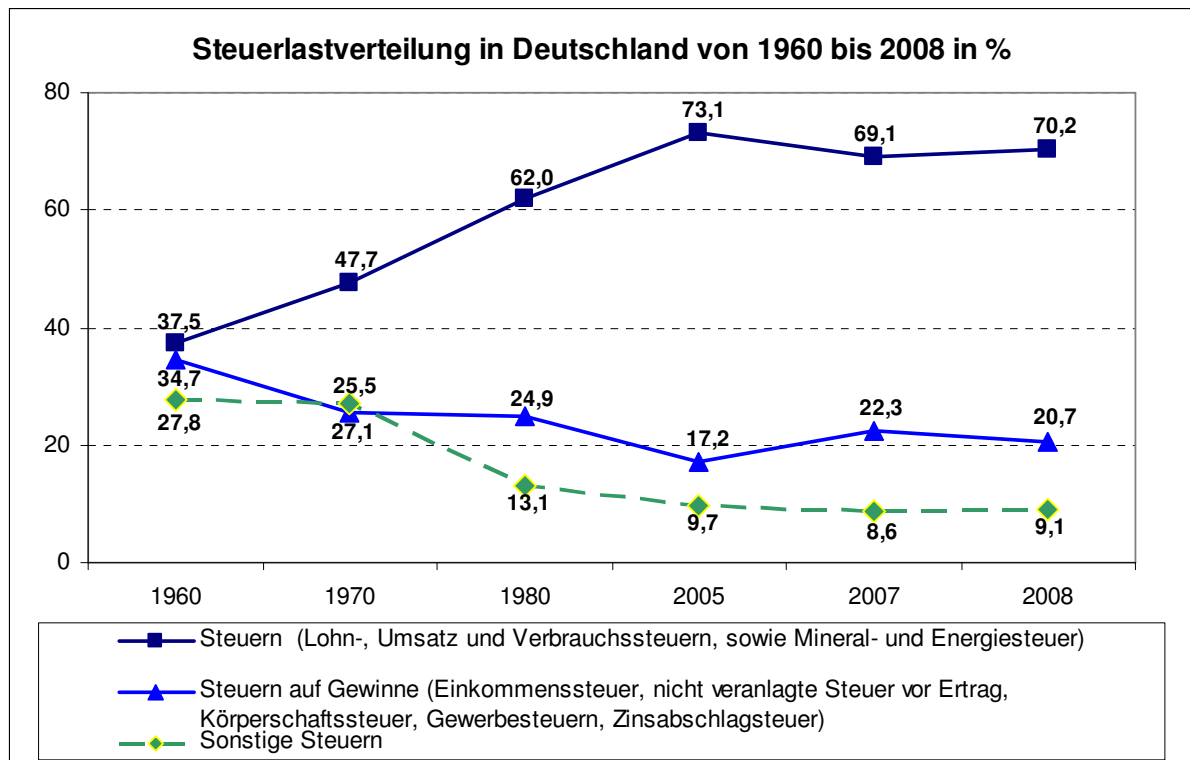
Quelle: 2. Armuts- und Reichtumsbericht, EVS, ZEW-Berechnungen sowie SOEP, Berechnungen des DIW Berlin 2009; eigene Zusammenstellung JHP

Auf Basis des SOEP lag der Gini-Koeffizient 2007 bei 0,799 und damit noch sehr viel näher am Maximalwert von 1 als der von 2002 mit 0,777. Im internationalen Vergleich nimmt Deutschland damit eine mittlere Position bei der Vermögensungleichheit ein.

6.3.8 Auswirkungen steuerlicher Belastungen auf die Vermögensbildung

In den letzten Jahrzehnten wurde der Anteil der Gewinnsteuern am gesamten Steueraufkommen (veranlagte Einkommenssteuer, nicht veranlagte Steuer auf Ertrag, Körperschaftssteuer, Gewerbesteuer und Zinsabschlagsteuer) zurückgefahren. Und auch wenn das Vermögensteuergesetz bisher nicht aufgehoben ist, wird auch seit 1997 keine Vermögenssteuer mehr erhoben. Dagegen hat das Steueraufkommen auf Lohn-, Umsatz-, Verbrauchssteuern sowie Mineralöl- und Energiesteuer an Bedeutung gewonnen.

So wurde im Zeitraum vom 1960 bis 2008 der Anteil der Gewinnsteuern von 34,7% auf 20,7% reduziert, während der Anteil der so genannten „Massensteuern“ am gesamten Steueraufkommen von 37,5% auf 70,2% stieg (vgl. Schäfer 2009b:4).



Quelle: Schäfer: 2009b:4; eigene Bearbeitung JHP

6.4 Einkommens- und Vermögensreichtum

Obgleich das verfügbare Einkommen deutlich weniger konzentriert ist als das Vermögen, besteht zwischen den Verteilungen dieser beiden ökonomischen Größen ein enger Zusammenhang. Dem einkommensstärksten Zehntel der Bevölkerung standen 2007 durchschnittlich 317.000 Euro an individuellem Vermögen zur Verfügung, während der entsprechende Wert für das einkommenschwächste Zehntel nur rund 32.000 Euro betrug (vgl. DIW Berlin 4/2009).

6.4.1 Integrierte Einkommens- und Vermögensverteilung

Reichtum im Sinne von Einkommens- und Vermögensreichtum bietet entgegengesetzt zur Armut, ein sehr hohes Maß an Verwirklichungs- und Teilhabechancen und ermöglicht eine unabhängige Lebensführung (vgl. NRW:155).

In der umfassenden integrierten Einkommens- und Vermögensverteilung auf der Grundlage der EVS 2003 betrug die Reichtumsquote (auf Basis des Anteils der Personen mit einem Einkommen von mehr als 3.418 Euro im Monat) 8,8%. Sie liegt damit über der Reichtumsquote von 6,4% bei der einfachen Verteilung aufgrund des Einkommens. Dies ist gleich-

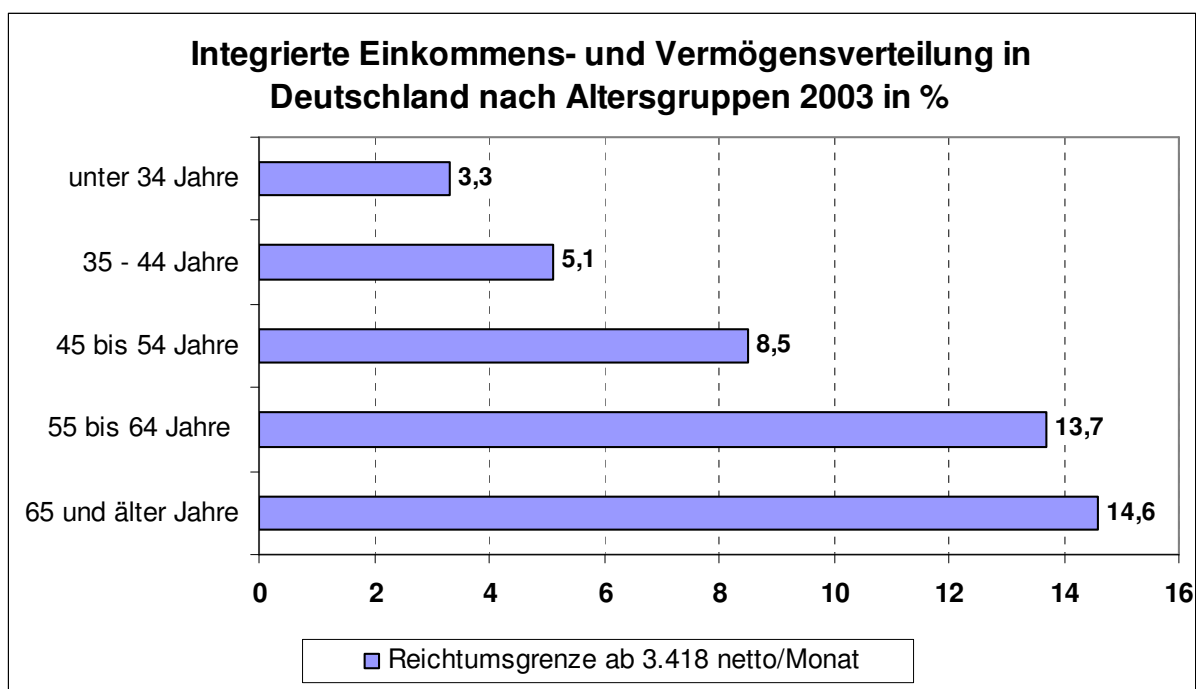
bedeutend mit der Zunahme reicher Personen von 5,0 auf 6,8 Millionen (vgl. 3. Armuts- und Reichtumsbericht 2008:45). Dabei wird schon im Armutsbericht angemerkt, dass der zugrunde gelegte Wert nicht den allgemeinen Vorstellungen der Bürger/-innen entspricht, die bei einer Befragung ein persönliches Einkommen von 5.000 Euro netto im Monat als Reichtum ansahen (ebda:45).

6.4.2 Soziografische Merkmale der integrierten Verteilung

Ein Vergleich der einfachen und integrierten Vermögensverteilung zeigt Unterschiede vor allem beim Alter und bei dem Sozialstatus auf.

6.4.2.1 Einkommens- und Vermögensverteilung nach Alter

Während in der einfachen Einkommensverteilung nur 5,9% der Haushalte mit einer Bezugsperson über 65 Jahre als reich gelten, sind dies in der kombinierten Betrachtung 14,6%.



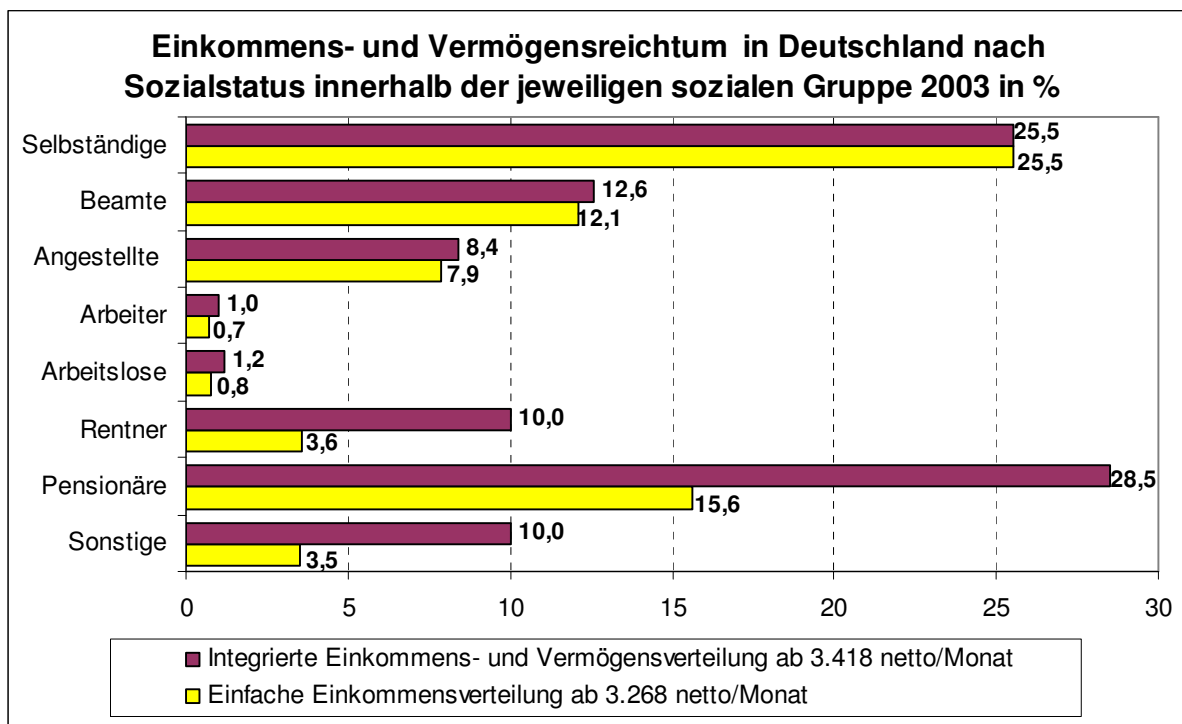
Quelle: Lebenslagen in Deutschland: 45; eigene Bearbeitung JHP

Eine Differenzierung nach Alter zeigt, je älter die Personen sind, desto mehr Einkommen und Vermögen haben sie zur Verfügung. Der höchste Anteil der Personen mit Einkommen und Vermögen findet sich daher in der Alterklasse mit 65 Jahren und älter.

Dies wird im Wesentlichen damit begründet, dass ältere Menschen mehr Zeit zum Vermögensaufbau hatten und vielfach Schulden und Hypotheken von Immobilien bereits abgetragen sind.

6.4.2.2 Einkommens- und Vermögensreichtum nach dem Sozialstatus

Auch ein Vergleich der verschiedenen sozialen Gruppen nach der einfachen Einkommensverteilung und der integrierten Einkommens- und Vermögensverteilung zeigt die stärksten Veränderungen bei den Rentnern und Pensionären.



Quelle: HSL Statistik Bericht LIV 2004; eigene Bearbeitung JHP

Bei den Selbständigen liegt der Anteil mit 25,5% sowohl nach der einfachen als auch nach der integrierten Einkommens- und Vermögensverteilung auf einem hohen Niveau.

Am Ende der Skala stehen Arbeiter/-innen und Arbeitslose sowohl nach der einfachen, als auch der integrierten Einkommens- und Vermögensverteilung mit Anteilen von mehr oder weniger einem Prozent.

6.4.3 Reichtum durch Leistung oder Klasse?

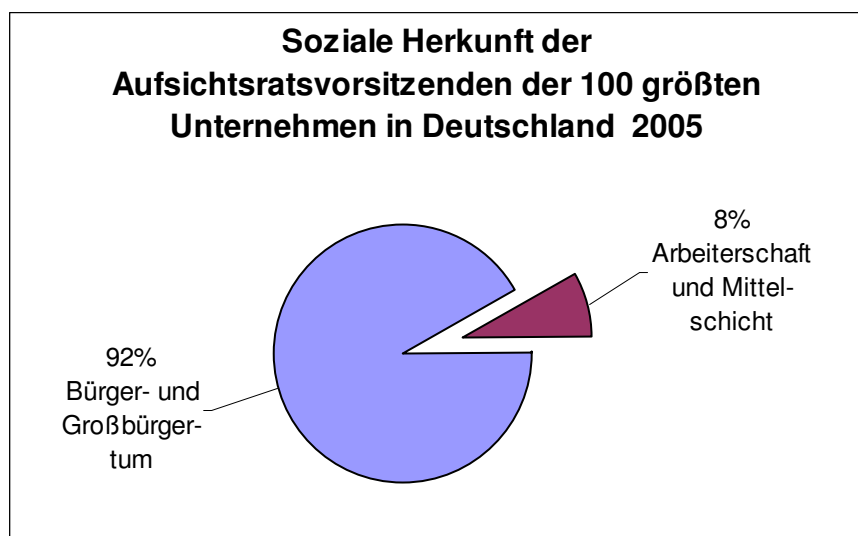
„Es ist mithin ein Mythos, dass wir in einer chancengleichen Leistungsgesellschaft leben, in welcher jeder und jede durch die eigene Leistung Karriere machen und zur Elite gehören kann (Klundt 2004:42). Hohe Arbeitseinkommen sind in der Regel keine Gratifikation für tatsächliche Leistungsunterschiede zwischen Reichen und Nicht-Reichen und beruhen weniger auf objektiv begründbaren Maßstäben, als auf der gesellschaftlichen Definitions- und betrieblichen Durchsetzungsmacht gesellschaftlicher Eliten (vgl. Hirschel 2004:33).

In welchem Maß der wirtschaftlichen Elite die Durchsetzung ihrer Interessen gelingt, hängt einerseits ab von der Homogenität und andererseits von den gegebenen gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnissen (vgl. Hartmann 2008:5).

Reichtum und wirtschaftliche Macht werden größtenteils innerhalb der Familie durch Sozialisation, Bildung, Erbschaften und Netzwerke weitergereicht (vgl. Hirschel 2004:144ff). Bis auf wenige Ausnahmen können Einkommensreiche als geschlossener Kreis betrachtet werden, aus dem heraus die exklusive soziale Rekrutierung der wirtschaftlichen Eliten erfolgt.

Für die Besetzung von Führungspositionen ist in erster Linie der klassenspezifische Habitus der Kandidaten ausschlaggebend. Nur wer die Codes der „besseren Gesellschaft tatsächlich verinnerlicht hat, kann sie in Teilen ignorieren oder daraus einen wichtigen Vorteil ziehen“ (Hartmann 2007:148f). Auch die externen Manager großer Familienunternehmen stammen überwiegend aus dem Bürger- und Großbürgertum.

„Von den Vorstandsvorsitzenden der 100 größten Unternehmen stammt ungefähr die Hälfte aus dem Großbürgertum. Ein weiteres Drittel ist in bürgerlichen Verhältnissen groß geworden und nur rund 15% kommen aus den breiten Mittelschichten oder der Arbeiterklasse, den 96,5% der Bevölkerung. Daran hat sich seit Jahrzehnten nichts geändert“ (Hartmann 2007:144).



Quelle: Hartmann, 2007: 144; eigene Bearbeitung JHP

Die Bildungsexpansion hat zwar auch Kindern aus dem Arbeiter- und Angestelltenmilieu den Erwerb des Dokortitels erleichtert, aber nicht den Zugang zu den Chefetagen der deutschen Wirtschaft. Ursache hierfür ist nicht der erreichte Bildungsabschluss, sondern der klassenbedingte Habitus.

Selbst bei gleichwertigem Abschluss mit dem Dokortitel „liegen die Chancen in den Vorstand oder die Geschäftsführung eines der 400 größten deutschen Konzerne zu gelangen, für Promovierte aus dem Bürgertum um 70% und für die aus dem Großbürgertum im Durchschnitt um 150% höher als für die Promovierten aus den Mittelschichten und der Arbeiterklasse. Je nach Jahrgang beträgt die Differenz in der Spitze sogar bis zu 400%, mit im Zeitverlauf steigender Tendenz“ (ebda: 149). Mit Abstand die besten Chancen haben heute noch Kinder mit adliger Herkunft.

Die derzeit verstärkt geführte Diskussion um Elite-Universitäten und Studiengebühren können als Ausdruck der Hierarchisierung der Hochschullandschaft gesehen werden und als Ausdruck klassenspezifischer Interessen. Nach Hartmann ist es „Ziel maßgeblicher bürgerlicher Kreise, für den eigenen Nachwuchs gute Studienbedingungen auf Kosten der restlichen Bevölkerung zu garantieren“ (Die Welt vom 14.04.2002).

Dass über Studiengebühren der sozial selektive Zugang zur Hochschule geregelt wird, zeigt die Zunahme der sozialen Ungleichheit in den letzten Jahren. Während sich der Anteil der Studierenden aus der sozial höchsten Herkunftsgruppe von 1982 bis 2003 von 17% auf 37% mehr als verdoppelt hat, verringerte sich der Anteil der unteren Einkommenschichten im gleichen Zeitraum von 23% auf 12% (FR vom 17.06.2004).

Bildung und Besitz stellen noch immer eine zentrale Grundlage der bundesrepublikanischen Gesellschaft dar. Damit sind Armut und Reichtum zwei Seiten einer Medaille (vgl. 1. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2002:116ff).

Die Steuerreformvorhaben der letzten Jahre waren bisher einseitig auf die Belange der Wirtschaft ausgerichtet und haben dadurch den Finanzierungsbedarf für notwendige öffentliche Investitionen ebenso vernachlässigt wie eine gerechtere und konjunkturpolitisch effizientere Umverteilung von oben nach unten“ (Eißel 2002:115).

Diese steuerliche Umverteilung ist in mehrfacher Hinsicht problematisch und hat z.B. die Kommunen in eine prekäre Haushaltslage gebracht.

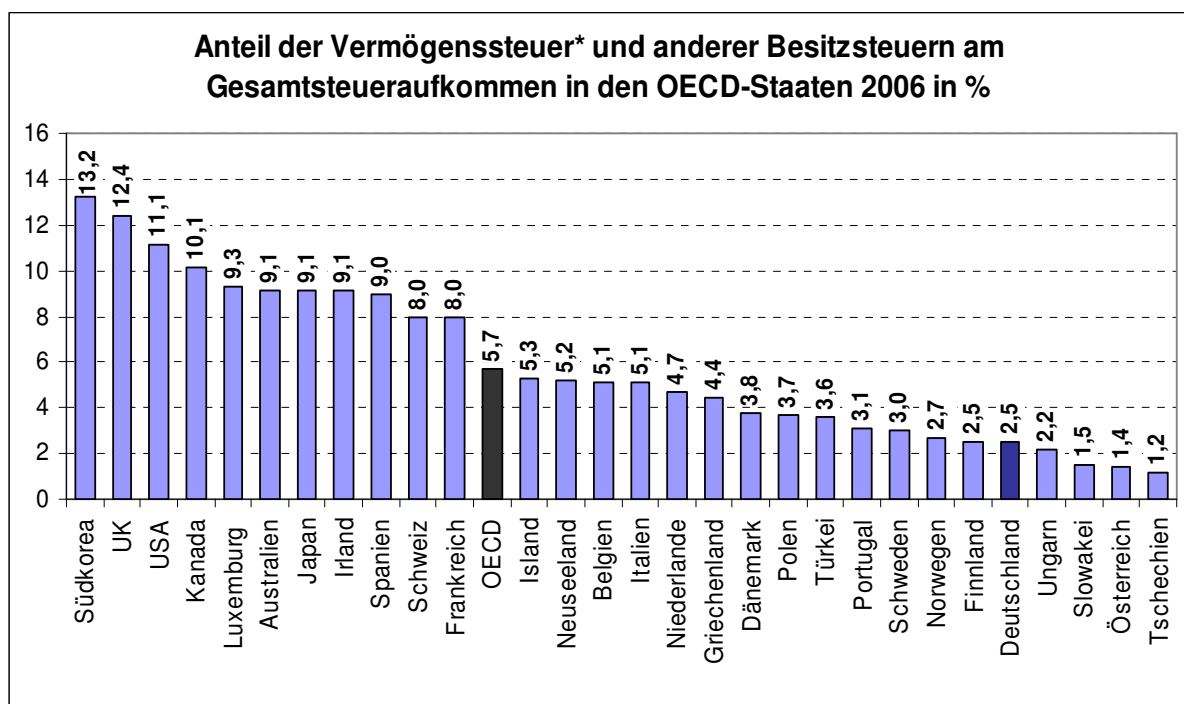
Um die weitere Polarisierung der deutschen Gesellschaft in Arm und Reich, Gewinner und Verlierer, bildungsnahe und bildungsferne Schichten zu verhindern, müssen Möglichkeiten einer gerechteren Verteilung des Wohlstandes wahrgenommen werden, die denkbar, machbar und ökonomisch sinnvoll sind und Bedingungen geschaffen werden, die wieder mehr soziale Gerechtigkeit für alle schaffen.

6.5 Ausblick

Die Globalisierung der Wirtschaft hat einen wichtigen Einfluss für die nationalen Steuersysteme. Diese Entwicklung wird auch nicht vor dem Landkreis Darmstadt-Dieburg halt machen, der in vielen Bereichen bisher von der positive Entwicklung der Wirtschaft in Hessen profitierte.

Mobile Faktoren wie Kapital und Arbeit können durch Standortverlagerungen einer im internationalen Vergleich übermäßigen Besteuerung entzogen werden. Die unterschiedliche Besteuerung stellt die Staaten in einen Wettbewerb zueinander, bei dem gleichzeitig Lohn- und Einkommenssteuern sowie Sozialabgaben das Arbeitsangebot positiv oder negativ beeinträchtigen.

Vor dem Hintergrund, dass in den letzten Jahren die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander geht, stellt die OECD fest, „dass Steuern auf Vermögen eine vergleichsweise geringe Bedeutung“ haben. So wurden in Deutschland 2006 gerade mal 2,5% des Gesamtsteueraufkommens aus Vermögenssteuern erzielt.

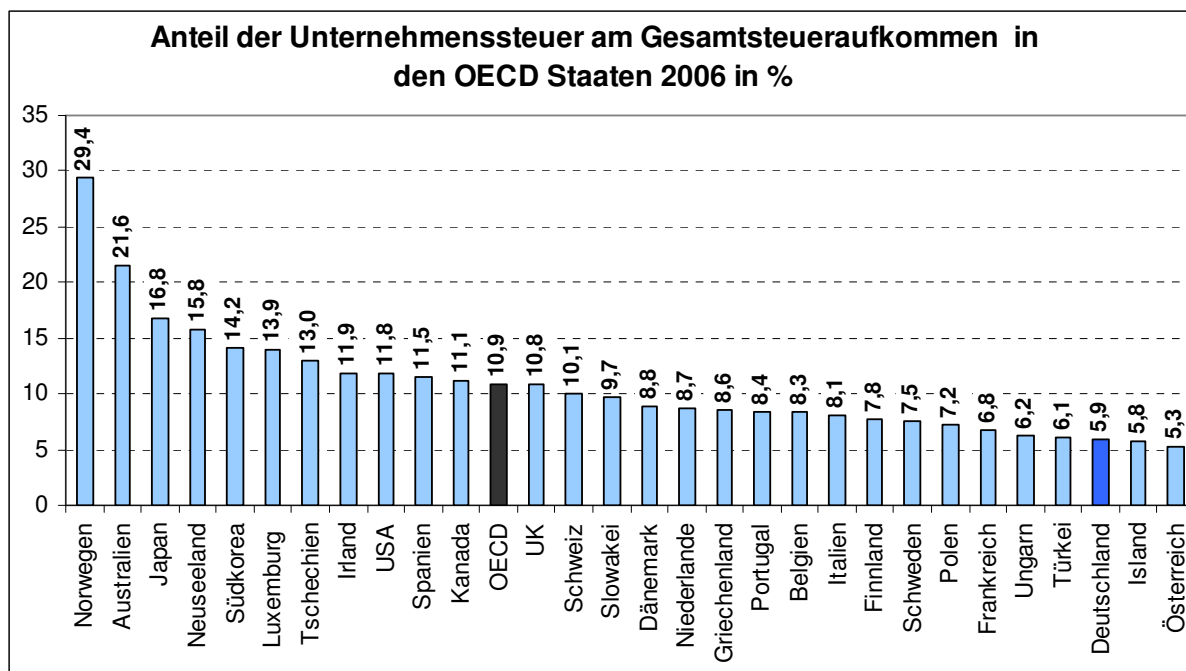


*Vermögenssteuer i.w.S.

Quelle: OECD, Berechnungen DGB Klartext Nr. 24/2009; eigene Bearbeitung JHP

Die dargestellte Grafik zur Vermögenssteuer orientiert sich an der für die OECD verwendete Definition und umfasst neben der Vermögenssteuer im eigentlichen Sinne häufig auch andere Besitzsteuern wie z.B. Grundsteuern, Steuer auf Immobilieneigentum, Kraftfahrzeugsteuer, Gewerbekapitalsteuer, Zweitwohnungssteuer sowie auch Erbschaftssteuer und Schenkungssteuer.

Die OECD empfiehlt daher ihren Mitgliedsländern die Besteuerung auf immobile Faktoren zu verschieben. Steuern auf Grundbesitz und Immobilien gelten als vergleichsweise effizient, da sie keine verzerrende Wirkung auf das Angebot von Arbeit und Kapital haben.



Quelle: OECD, Berechnungen DGB Klartext Nr. 24/2009; eigene Bearbeitung JHP

Steuern und Abgaben auf Kapitaleinkünfte könnten so etwa durch Steuern auf Konsum oder Vermögen ersetzt werden. Die OECD hat sowohl an Deutschland als auch an Österreich die Empfehlung weitergegeben, die Abschaffung von Schenkungs- und Erbschaftsteuer zu überdenken (vgl. OECD, Erbschafts- und Vermögenssteuern 2009).

Auch der Vergleich der OECD-Staaten für 2006 zeigt, dass sich Deutschland auch bei der Unternehmenssteuer mit lediglich 5,9% des deutschen Gesamtsteuereinkommens auf den hintersten Rängen befindet. Nur noch Island und Österreich weisen ein noch geringeres Belastungsniveau am Gesamteueraufkommen der Unternehmenssteuer auf.

Mit der Einführung der Abgeltungssteuer zum 1.1.2009 werden Vermögenseinkommen pauschal nur noch mit einem Satz von 25% (plus Solidaritätszuschlag und eventueller Kirchensteuer) belastet, während zuvor der individuelle Steuersatz Anwendung fand. Dies bedeutet, in Abhängigkeit der Höhe des zu versteuernden Einkommens, wieder eine Entlastungen für einkommensstarke Gruppen (vgl. DIW Nr. 45/2007:672).

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse: Reichtum

Einkommensreichtum

Wohlstandsgrenze in Hessen

- Gemessen am 200%-Bundesmedian zeigt ein Vergleich der Bundesländer, dass Hessen mit einer Quote von 10,6% den zweithöchsten Anteil wohlhabender Personen in Deutschland hat. Hessen liegt damit um 2,9% über dem Bundesdurchschnitt. Auch gemessen am Landesmedian behauptet Hessen den zweiten Platz.
- Gemessen an dieser Reichtumsgrenze lebten nach Berechnungen des Mikrozensus 2006 in Hessen 10,9% und in Westdeutschland 9,3% wohlhabende Personen.

Entwicklung

- Der Anteil einkommensreicher Personen bezogen auf die Wohlstandsquote stieg von 2003 bis 2006 nach dem Mikrozensus um 0,7% in Hessen und in Westdeutschland.

Einkommensreichtumsgrenze von 300% des Medianes

- 2006 galten, gemessen an dieser Reichtumsgrenze (berechnet auf der Grundlage des Mikrozensus), 3,4% der Hessen und 2,5% der Westdeutschen als einkommensreich.

Entwicklung

- Bezogen auf diese Quote stieg der Anteil einkommensreicher Personen von 2003 bis 2006 um 0,7% in Hessen und um 0,1% in Westdeutschland.

Annäherungswerte für die Wohlstandsgrenze im Landkreis Darmstadt-Dieburg

- Der durchschnittliche Anteil von Steuerpflichtigen mit einem Bruttoeinkommen von 50.000 Euro bis 125.000 Euro lag 2004 im Landkreis bei 19,3%. Er lag damit um 1,1% über dem Durchschnittswert des Regierungsbezirks Darmstadt und um 3,1% über dem Durchschnittswert in Hessen.

Annäherungswerte für die Reichtumsgrenze im Landkreis Darmstadt-Dieburg

- 2004 betrug der Anteil der Steuerpflichtigen in der Einkommensklasse von 125.000 Euro bis 500.000 Euro im Landkreises Darmstadt-Dieburg 2,1%. Er lag damit um 0,4% unter dem Durchschnitt des Regierungsbezirks Darmstadt und um 0,1% über dem hessischen Durchschnitt.

Zugehörigkeit zum obersten ein Prozent der Einkommensbezieher/-innen im Landkreis Darmstadt-Dieburg

- Die höchsten Bruttoeinkommen im Kreis liegen bei über 500.00 Euro im Jahr. 2004 lag der Anteil dieser Steuerpflichtigen im Landkreis Darmstadt-Dieburg bei 0,05% und damit unter dem Anteil der Steuerpflichtigen im Regierungsbezirk Darmstadt mit 0,14% und unter dem hessischen Durchschnitt mit 0,11%.

Regionale Unterschiede im Kreisgebiet

- Innerhalb des Landkreises gab es unter den einzelnen Kommunen erhebliche Unterschiede bezogen auf Einkommensreichtum. Insgesamt lebten in den Kommunen des Westkreises mehr einkommensreiche Personen als in den Kommunen des Ostteils. Die Kommunen mit den reichsten Einkommensbezieher/-innen sind Seeheim-Jugenheim und Alsbach-Hähnlein.

Einkommensreichtum in Deutschland nach soziodemografischen Merkmalen

Geschlecht und Alter

- Die höchsten Einkommen werden überwiegend von älteren Männern erzielt. In den unteren Altersgruppen ist Reichtum deutlich unterrepräsentiert.
- Gemessen am 200%-Median und dem Durchschnittswert in Westdeutschland von 7,8% sind Einkommensreiche in den unteren Altersgruppen bis 34 Jahren mit 3,3% deutlich unter und in den oberen Altersgruppen zwischen 55 und 64 Jahren mit 10,6% deutlich überrepräsentiert.

Die Struktur von einkommensreichen Haushalten

- Mit zunehmendem Einkommen steigt der Anteil der Verheirateten. Einkommensreiche Haushalte sind seltener kinderlos. Die Zahl der Kinder in diesen Familien liegt mit zwei, drei und vier Kindern über dem Durchschnitt.

Berufliche Stellung

- Hohe Haushaltsnettoeinkommen finden sich überwiegend bei Selbständigen, höheren Beamten sowie höheren Angestellten.

Nationalität

- Ausgehend von einem Ausländer/-innenanteil an der Gesamtbevölkerung von 6,7% im Jahr 2002 sind Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit mit einem Anteil von 7,1% überdurchschnittlich bei niedrigen Haushaltsnettoeinkommen und mit einem Anteil von 2,5% unterdurchschnittlich bei hohen Haushaltsnettoeinkommen ab 5.113 Euro vertreten.

Die Entwicklung von Einkommenswohlstand und -reichtum

Einkommensschere in Deutschland

- Die Entwicklung zeigt, dass nicht nur die Armut in der Bevölkerung zunimmt, sondern auch die Anzahl der Wohlhabenden und Reichen.

Die Verteilung und Entwicklung von Armut und Reichtum

- Von 1985 bis 2006 hat sich der Anteil der Personen in der untersten und in der obersten Einkommensgruppe erhöht. So stieg der Anteil in der niedrigsten Einkommensgruppe von 9,1% auf 11,4% und in der obersten von 3,8% auf 4,7%.
- Im gleichen Zeitraum kann auch ein Rückgang des Einkommens bei den klassischen Durchschnittsverdienern und damit ein Schrumpfen der typischen Mittelschicht festgestellt werden.

Vermögen

Vermögensbestände und Vermögenskomponenten der privaten Haushalte in Deutschland

- Von 1993 bis 2003 sind die privaten Geld- und Immobilienvermögen der Deutschen im Durchschnitt um knapp 26% gewachsen.

Private Versicherungen

- Im Jahr 2007 verfügte die Hälfte der Personen ab 17 Jahren in Privathaushalten in Deutschland über Vermögen in Form von privaten Versicherungen (52,9%) einschließlich Bausparverträgen und knapp die Hälfte über Geldvermögen (48,9%).

Geld- und Versicherungsvermögen

- Durchschnittlich verfügte die Bevölkerung 2007 über ca. 25.000 Euro Geldvermögen und ca. 22.000 Euro in privaten Versicherungen. Gegenüber 2002 haben beide Vermögenskomponenten zugenommen.

Immobilien

- Der Besitz von Immobilien ist die wichtigste Anlageform in Deutschland. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung besaß 2007 eine selbst genutzte Immobilie und ein Zehntel verfügte über sonstigen Immobilienbesitz. Diese Anteile blieben seit 2002 so gut wie konstant. Der durchschnittliche Bruttowert dieser Vermögensform betrug ca. 145.000 Euro.

Hypotheken- oder Konsumentenkredite

- Ein Drittel der Bevölkerung hatte Schulden in Form von Hypotheken- oder Konsumentenkrediten. Die durchschnittlichen Verbindlichkeiten beliefen sich dabei auf ca. 56.000 Euro. Der Anteil dieser Bevölkerung stieg gegenüber 2002 um 4%.

Vermögen in Deutschland nach soziodemografischen Merkmalen

Alter

- Während die Altersgruppe der 18- bis unter 25-Jährigen im Jahr 2007 über ein durchschnittliches Nettovermögen von weniger als 7.000 Euro verfügte, besaß die Altersgruppe der 56- bis 65-Jährigen mit durchschnittlich knapp 145.000 Euro das höchste Nettovermögen.

Geschlecht und Migrationshintergrund

- Im Jahr 2002 lag das durchschnittliche Nettovermögen der Männer über dem der Frauen (96.000 Euro gegenüber 67.000 Euro) sowie das der Personen ohne Migrationshintergrund deutlich über dem der Migrantinnen und Migranten (87.000 Euro gegenüber 47.000 Euro).

Berufliche Stellung

- Vermögensreiche finden sich überdurchschnittlich in der Gruppe der Selbständigen, der Gruppe der Beamten und Beamtinnen des gehobenen oder höheren Dienstes sowie der Gruppe der Angestellten mit umfassenden Führungsaufgaben. Dagegen verfügen Arbeiter/-innen und Angestellte ohne Abschluss über die niedrigsten Nettovermögen.

Ursachen für Vermögensreichtum

Vermögen durch hohe Erwerbseinkommen

- Bei der Entstehung von Vermögensreichtum spielt das Einkommen eine bedeutende Rolle. Im Jahr 2003 hatten von den Haushalten mit einem Nettoeinkommen bis zu 1.500 Euro pro Monat nur 8,9% ein Nettogeldvermögen über 50.000 Euro und mehr.
- Haushalte mit einem Nettoeinkommen zwischen 1.500 und 2.000 Euro verfügten zu 20,1%, solche mit 3.600 Euro bis 5.000 Euro zu 54,7% und Haushalte mit einem Einkommen von 5.000 Euro bis 18.000 Euro (Erfassungsgrenze EVS) zu 73,9% über ein Nettogeldvermögen von 50.000 Euro und mehr.

Vermögen als Ursache für Vermögensreichtum

- Bedeutender als das Erwerbseinkommen ist das ererbte bzw. geschenkte Vermögen aus früheren Epochen, das über Generationen weiter gegeben wird.

- Bei Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 5.113 Euro und mehr beträgt die durchschnittliche Erbschaftshöhe mit fast 180.000 Euro nahezu das Vierfache dessen, was Haushalte mit Monatseinkommen bis 3.835 Euro erhalten.

Vermögensverteilung und Entwicklung

Ungleiche Verteilung

- Die Privatvermögen in Deutschland sind sehr ungleich verteilt.
- Die unteren 50% der Haushalte verfügen über etwas weniger als 4% des gesamten Nettovermögens, während die vermögensstärksten 20% der Haushalte rund zwei Drittel des gesamten Nettovermögens auf sich vereinen.

Ungleiche Entwicklung des Vermögens

- Von 1998 bis 2003 stagnierte in der Bundesrepublik das Vermögen bei den unteren 50% der Bevölkerung, während es bei den 10% der reichsten Bevölkerung um 3% anstieg.
- Von 2002 bis 2007 öffnete sich die Vermögensschere weiter zu Ungunsten der ärmsten Bevölkerungsgruppen.

Gini-Koeffizienten der Vermögensverteilung

- Auf Basis des SOEP lag der Gini-Koeffizient 2007 bei 0,799 und damit noch sehr viel näher am Maximalwert von 1 als der von 2002 mit 0,777. Im internationalen Vergleich nimmt Deutschland damit eine mittlere Position bei der Vermögensungleichheit ein.

Einkommens- und Vermögensreichtum

- Obgleich das verfügbare Einkommen deutlich weniger als das Vermögen konzentriert ist, besteht zwischen den Verteilungen dieser beiden ökonomischen Größen ein enger Zusammenhang. Dem einkommensstärksten Zehntel der Bevölkerung standen 2007 durchschnittlich 317.000 Euro an individuellem Vermögen zur Verfügung, während der entsprechende Wert für das einkommensschwächste Zehntel nur rund 32.000 Euro betrug.

Entstehung von Reichtum

- Reichtum wird durch am Markt erzielte Einnahmen erzielt. Das ererbte bzw. geschenkte Vermögen ist die häufigste Ursache für Vermögensreichtum.
- Reichtum ist eng mit der sozialen Herkunft und den damit verbundenen Bildungschancen verknüpft. Bei der Besetzung von beruflichen Spitzenpositionen und den damit verbundenen hohen Einkommen, werden Bewerber/-innen aus den unteren Schichten, trotz gleicher beruflicher Qualifikation, benachteiligt.

VI Dimensionen der Lebenslagen

1 Erwerbsbeteiligung und Arbeitslosigkeit

Der Erwerbstätigkeit kommt sowohl im individuellen als auch im gesellschaftlichen Zusammenhang eine maßgebliche Bedeutung zu. Erwerbsarbeit ist nicht nur der Ursprung von gesellschaftlichem Wohlstand, sondern über die Sicherung der eigenen Existenz hinaus ein entscheidender Schlüssel zur sozialen und gesellschaftlichen Teilhabe insgesamt.

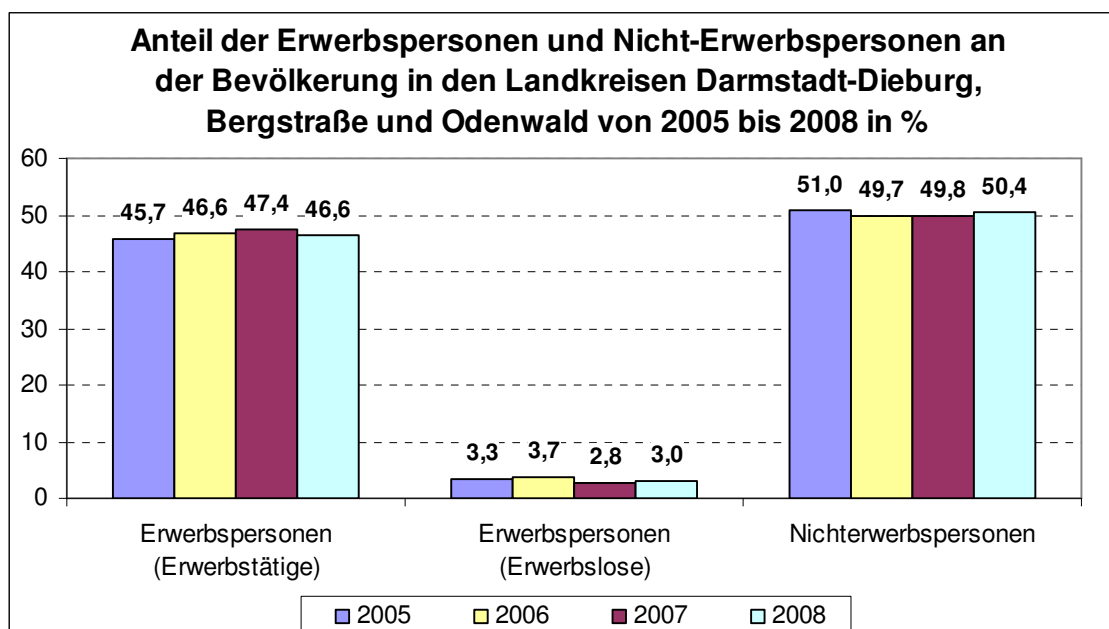
Entsprechend stellt die Erwerbslosigkeit das zentrale soziale Risiko in einer Gesellschaft dar, welches die gesellschaftliche Partizipation einschränkt. Dabei entzieht sich der Risikoeintritt weitgehend individueller Einflussnahme, weil er abhängig von der gesellschaftlichen Entwicklung ist.

Zur Darstellung der Strukturen und ihrer Veränderungen werden die Erwerbspersonen und die Nicht-Erwerbspersonen herangezogen, aus denen sich die Bevölkerung zusammensetzt. Dazu gehören im Einzelnen die Erwerbstätigen, die sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer/-innen und die Erwerbslosen.

Den Auswertungen zur Erwerbsbeteiligung liegen im Wesentlichen die Ergebnisse des Mikrozensus zugrunde. Diese beleuchten, wie schon erwähnt die Situation in der Regionaleinheit (Landkreise Darmstadt-Dieburg, Bergstraße und Odenwald). Da es sich hier um 1%-Stichprobenergebnisse handelt, wurden die Werte gerundet, d.h. nicht immer ergeben alle Anteile 100%.

1.1 Erwerbsbeteiligung

Von den rund 652.000 Menschen, die im Jahr 2008 in den drei Landkreisen ihren Hauptwohnsitz hatten, waren 323.300 Erwerbspersonen (49,6%) und 328.700 Nicht-Erwerbspersonen (50,4%).



Quelle: HSL, Tabelle BV.11 2005 bis 2008; eigene Berechnungen JHP

Als Erwerbspersonen gelten Erwerbstätige und Erwerbslose. Zu den Nicht-Erwerbspersonen zählen neben Schüler- und Student/-innen, Hausfrauen/-männer und Frührentner/-innen, auch Empfänger/-innen von Sozialgeld und Grundsicherung sowie nicht arbeitslose ALG II-Empfänger/-innen zwischen 15 und 64 Jahren.

Ein Teil dieser Nicht-Erwerbspersonen, die unter bestimmten Bedingungen bereit wären, eine Beschäftigung aufzunehmen, aber nicht als arbeitslos gemeldet sind und keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben, wie z.B. Hausfrauen oder Schüler/-innen und Student/-innen werden in der Arbeitsmarktforschung als Stille Reserve bezeichnet. Hierüber liegen keine Angaben vor, weil diese Personen auch nicht in die Arbeitslosenstatistik eingehen.

Als Erwerbstätige werden alle Personen gezählt, die eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig von der geleisteten Arbeitszeit und der Bedeutung dieser Tätigkeit für den Lebensunterhalt.

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus waren von der Gesamtbevölkerung 417.000 Personen und damit 64,0% im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren. Von den 323.300 Erwerbspersonen waren im Dezember 2008 nach Abzug von 19.700 Erwerbslosen rund 303.600 Menschen erwerbstätig. Das entspricht einem Anteil von 46,6% der Bevölkerung.

Für die Messung der Erwerbsbeteiligung ist die Erwerbsquote ein wichtiger Indikator. Die Erwerbsquote gibt den Anteil aller Erwerbspersonen (der Erwerbstätigen und der Erwerbslosen) an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter im Alter von 15 bis 65 Jahren an. Gemessen wird so nicht nur die realisierte Erwerbsbeteiligung, sondern auch der Erwerbswunsch der nicht beschäftigten Personen. 2008 betrug die Erwerbsquote in der Regionaleinheit 76,4%, davon entfielen 82,7% auf die Männer und 69,8% auf die Frauen.

Die hohe Erwerbsorientierung von Frauen ist ein Indikator dafür, dass die Erzielung von eigenem Einkommen zunehmend einen hohen Stellenwert einnimmt. Die Versorgung mit der alleinigen Zuständigkeit der Frauen für Haus- und Familienarbeit kann als ein Auslaufmodell gesehen werden.

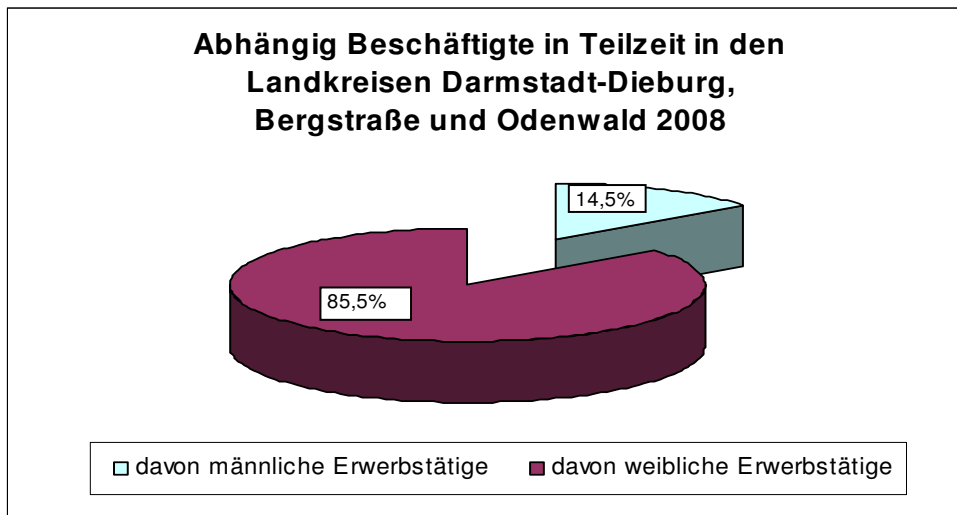
2008 betrug die Erwerbslosenquote in den drei zusammengefassten Landkreisen 6,2%. Die Erwerbslosenquote der Frauen lag dabei bei 7,0% und die der Männer bei 5,5%.

1.1.1 Erwerbstätige nach Alter, Geschlecht und Nationalität

Eine Differenzierung der erwerbstätigen Bevölkerung nach Altersgruppen ergab, dass 73,3% der 25- bis unter 55-Jährigen 2008 erwerbstätig waren. Im Vergleich zu dieser Kerngruppe stellten die Gruppe der Jüngeren (unter 25 Jahren) und die der Älteren (55 Jahre und mehr) mit einem Anteil von 11,2% bzw. 15,5% eher Randgruppen unter den Erwerbstätigen dar.

Trotz der Erwerbsorientierung sind Frauen weiterhin geringer erwerbsbeteiligt als Männer. 2008 sind von den Erwerbstätigen in der Regionaleinheit 55,4% Männer und 44,6% Frauen.

Darüber hinaus sind Frauen sehr viel weniger mit der vollen tariflichen Stundenzahl beschäftigt. Von den abhängig Beschäftigten arbeiteten 69,5% der Männer und 30,5% der Frauen in Vollzeit. Entsprechend hoch ist der Anteil der Frauen bei den abhängig Beschäftigten mit einer Teilzeitarbeit (85,5%).



Quelle: HSL: Mikrozensus REGET 1 Erwerbstätige; eigene Berechnungen JHP

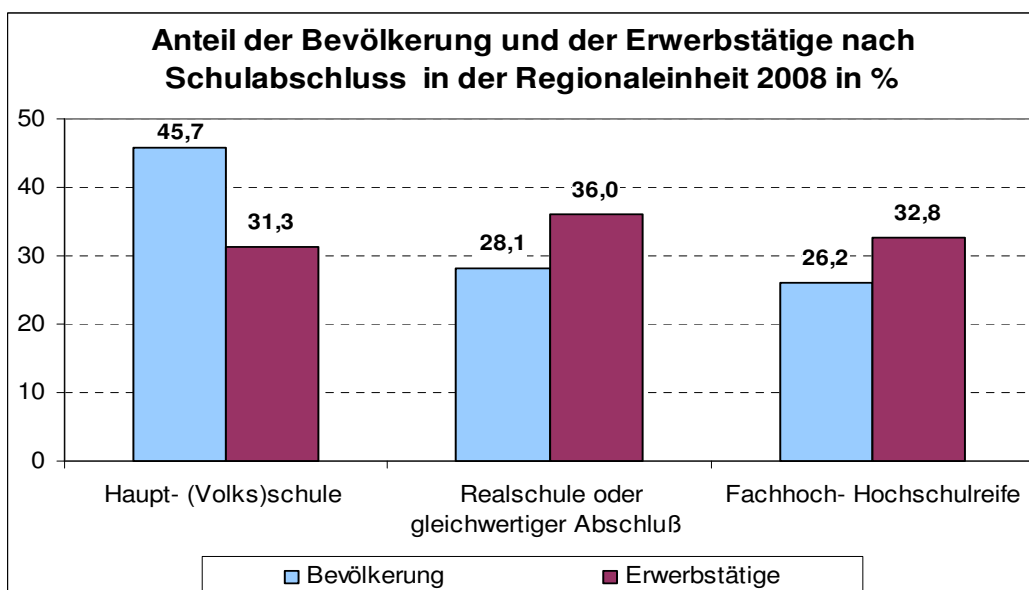
2008 waren in der Regionaleinheit 31.500 ausländische Erwerbspersonen gemeldet. Das entspricht einem Anteil von 9,7%. Von den ausländischen Erwerbspersonen waren 27.000 (85,7%) erwerbstätig und 4.500 (14,3%) erwerbslos. Von den erwerbstätigen Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit waren 55,6% männlich und 44,4% weiblich.

1.1.2 Qualifikation der Erwerbstätigen

Neben dem Alter, dem Geschlecht und der Herkunft spielt die Qualifikation der Erwerbstätigen eine zentrale Rolle für die Erwerbsbeteiligung. Das Niveau der Qualifikation und die betrieblichen Anforderungen an Erwerbstätige und Arbeitssuchende entscheiden nicht nur über die berufliche Entwicklung des Einzelnen, sondern auch über die wirtschaftliche Entwicklung einer Volkswirtschaft.

Ein Vergleich der allgemeinen Schulabschlüsse der Bevölkerung und der Erwerbstätigen verdeutlicht, dass diejenigen, die über einen höheren Schulabschluss verfügen, auch eine höhere Erwerbsbeteiligung aufweisen.

Im Jahr 2008 besaßen 31,3% der Erwerbstätigen einen Hauptschulabschluss und 32,8% die Fachhoch- bzw. Hochschulreife. Mit 36,0% verfügte der größte Teil der Erwerbstätigen über einen Realschul- oder gleichwertigen Abschluss.

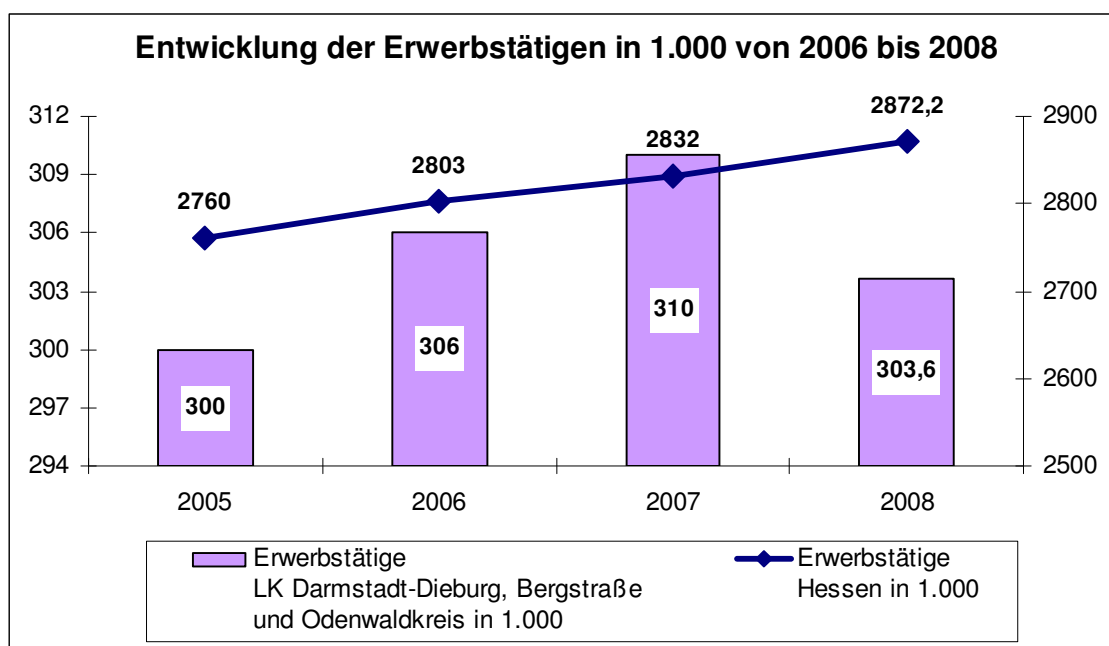


Quelle: HSL, REG-BV 05 2008; eigene Aufbereitung JHP

In der Regionaleinheit zählten 2008 zu den Erwerbstätigen 32.000 Selbständige (10,5%) und 269.000 abhängig Beschäftigte (88,6%). Davon waren 17.000 Beamte und Beamtinnen (6,3%), 172.000 Angestellte (63,9%) und 80.000 Arbeiter/-innen (29,7%).

1.1.3 Entwicklung der Erwerbstätigen

Auf der Basis der Ergebnisse des Mikrozensus wird deutlich, dass sich die Beschäftigungssituation in Hessen von 2005 bis 2008 kontinuierlich verbessert hat. Im gesamten Zeitraum, von 2005 bis 2008, stieg die Zahl der Erwerbstätigen um 53.500. Das entspricht einem Zuwachs um 1,8%.



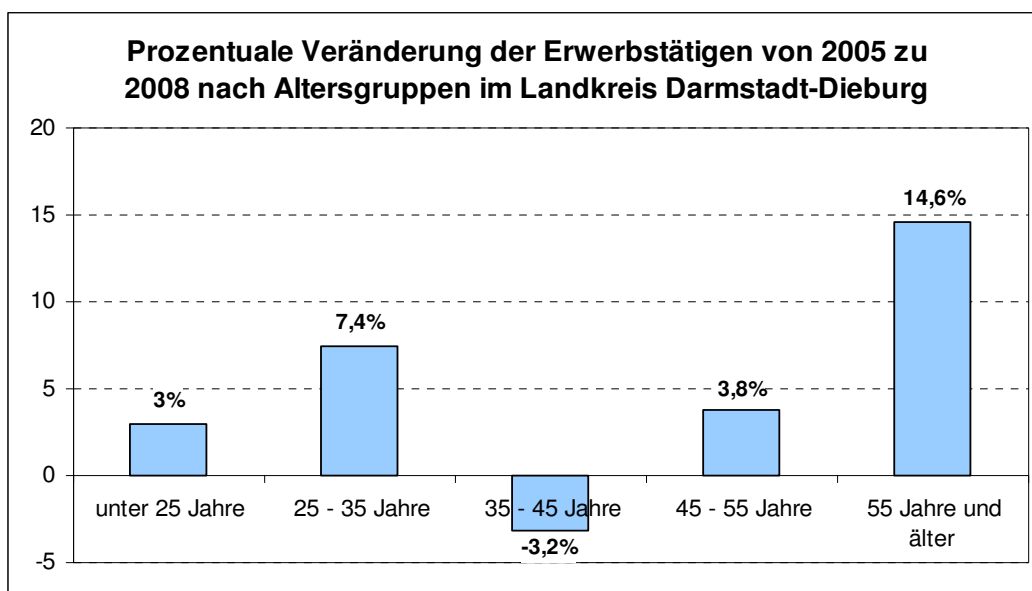
Quelle: HSL REG-BV1.1 2005 bis 2008; eigene Berechnungen JHP

Für die Regionaleinheit lässt sich von 2005 bis 2007 ebenfalls ein deutlicher Anstieg der Erwerbstätigen um 3,3% feststellen. Allerdings verringerte sich hier von 2007 bis 2008 die Zahl der Beschäftigten um 6.400 und damit um 2,1%. Wird der gesamte Zeitraum betrachtet, so kann auch in der Regionaleinheit ein Anstieg der Erwerbstätigen um 0,4% verzeichnet werden.

1.1.3.1 Erwerbstätige nach Altersgruppen

Ein differenzierter Blick auf die Erwerbsbeteiligung der einzelnen Altersgruppen zeigt die deutliche Zunahme bei den Erwerbstätigen, die 55 Jahre und älter sind. Ein Grund hierfür kann in der gesetzlich verschlechterten Möglichkeit zur früheren Verrentung gesehen werden.

Auch die Altersgruppen der Älteren von 45 bis 55 Jahren und die der Jüngeren unter 25 Jahren verzeichneten im Beobachtungszeitraum einen leichten Anstieg.



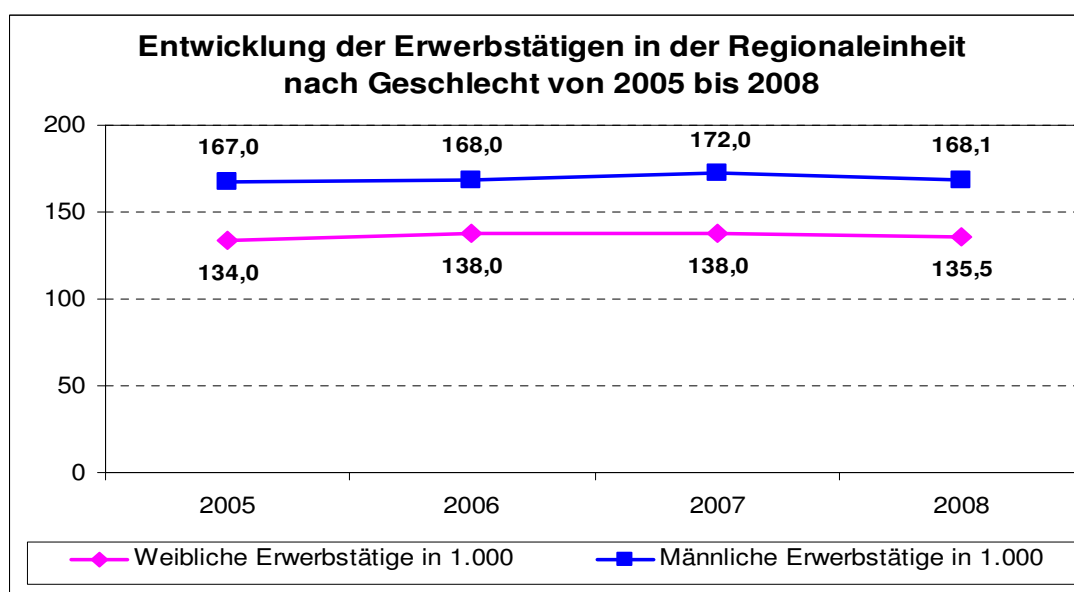
Quelle: HSL REG-ET 12005 bis 2008; eigene Berechnungen JHP

Ein Rückgang der Erwerbstätigen kann sowohl bei der Altersgruppe von 25 bis 35 Jahren als auch bei der von 35 bis 45 Jahren verzeichnet werden.

1.1.3.2 Geschlechtsspezifische Erwerbsbeteiligung

Die Entwicklung der geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten zeigt bundesweit einen deutlich zunehmenden Anteil der weiblichen Erwerbstätigen seit den 1960er Jahren, und einen Rückgang des Anteils der männlichen Erwerbstätigen. Allerdings hat sich die Erwerbsbeteiligung in den letzten Jahren kontinuierlich angeglichen, auch wenn die der Frauen nach wie vor geringer ist.

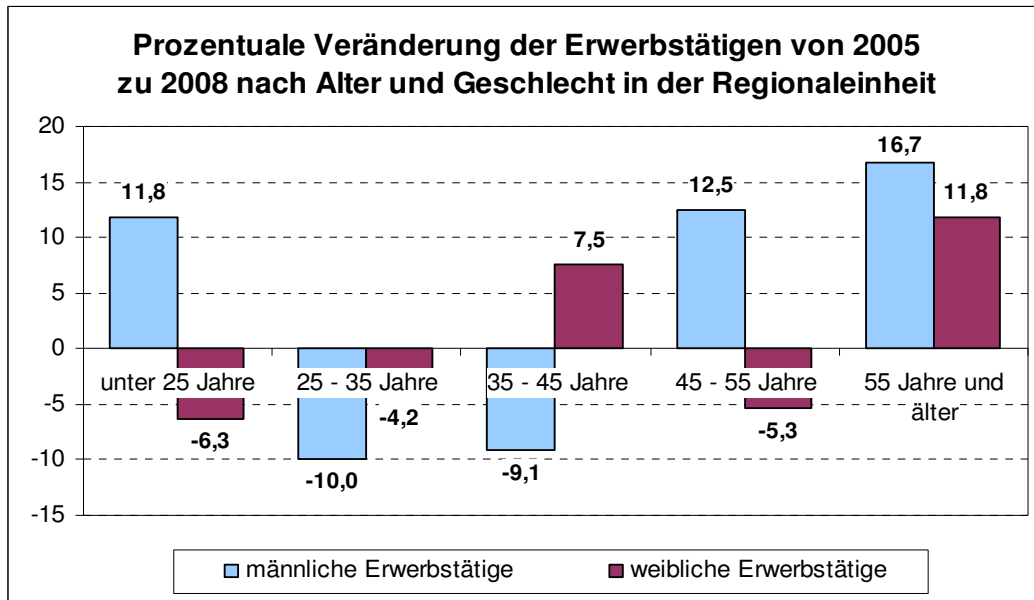
So kann im Beobachtungszeitraum von 2005 bis 2008 in der Regionaleinheit sowohl bei den weiblichen, als auch bei den männlichen Erwerbstätigen ein ähnlicher Entwicklungsverlauf und eine leichte Zunahme verzeichnet werden. Die Anzahl der erwerbstätigen Männer erhöhte sich um 1.100 und damit um 0,7%, die der Frauen um 1.500 und damit um 1,1%.



Quelle: HSL Tabelle REG-BV1.1 2006-2006; eigene Berechnung JHP

Auch wenn insgesamt eine positive Bilanz der Erwerbstätigkeit in der Regionaleinheit festzustellen ist, zeigt doch ein differenzierter Blick auf den Erhebungszeitraum erhebliche Unterschiede nach Geschlecht und Alter auf.

Während die Männer als Berufseinsteiger unter 25 Jahren und vor allem mit viel Berufserfahrung mit 45 Jahren und älter starke Zunahmen verbuchen können, kann ein Rückgang der Erwerbstätigkeit von Frauen bis zum Alter von 35 Jahren ausgewiesen werden. Dies betrifft genau die Familienphase bei Frauen, d.h. den Lebensabschnitt in dem sie potentiell schwanger werden können bzw. schon Mütter sind.

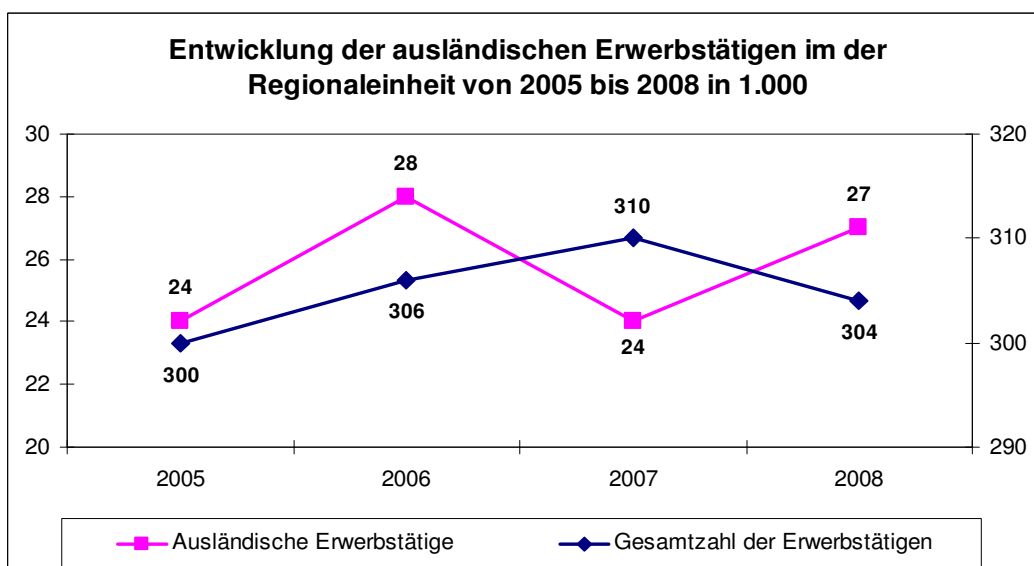


Quelle: HSL Tabelle REG-BV1.1 2006-2006; eigene Berechnung JHP

Erst im Alter von 35 bis 45 Jahren und mit 55 Jahren und älter ist bei den Frauen eine Zunahme der Erwerbstätigkeit im Zeitverlauf zu verzeichnen.

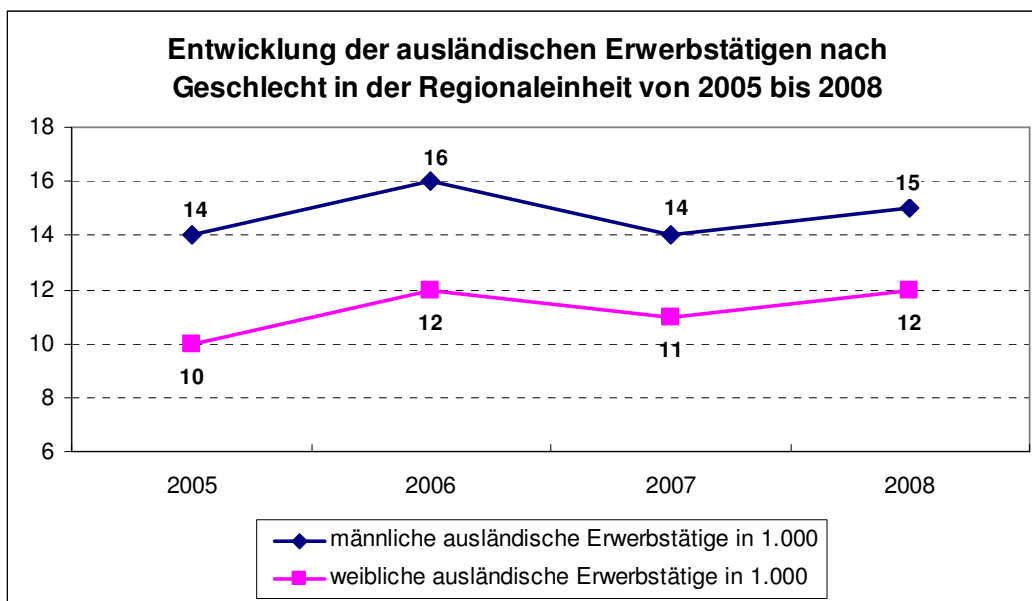
Bei den Männern kann ein Rückgang der Erwerbstätigkeit vor allem bei der Altersgruppe von 25 bis 45 Jahren festgestellt werden, also in der Lebensphase, die zeitlich mit Ehe und Familiengründung einhergeht.

1.1.3.3 Die Entwicklung der ausländischen Erwerbstätigen



Quelle: HSL: Mikrozensus REGET 1 Erwerbstätige; eigene Berechnungen JHP

Die Beschäftigungssituation der ausländischen Erwerbstätigen in der Regionaleinheit verlief von 2005 bis 2008 in Hoch und Tiefs. Insgesamt kann aber für den Gesamtzeitraum eine sehr positive Bilanz gezogen werden.

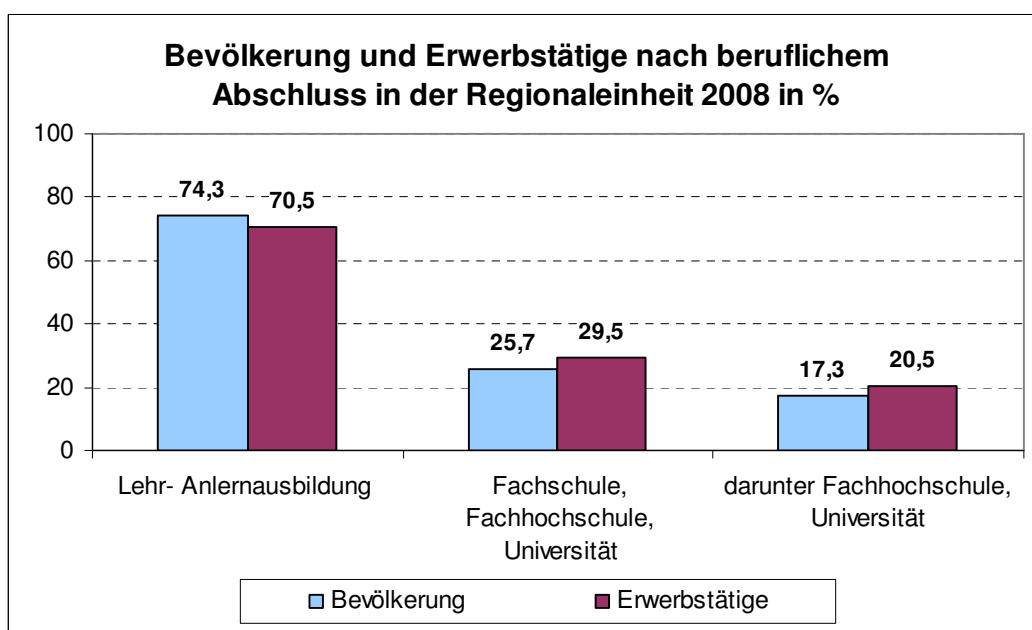


Quelle: HSL: Mikrozensus REGET 1 Erwerbstätige; eigene Berechnungen JHP

So stieg in der Regionaleinheit die Zahl der ausländischen Beschäftigten um 3.000 und damit um 12,5%. Eine Differenzierung nach dem Geschlecht der ausländischen Erwerbstätigen belegt eine parallele Entwicklung von Männern und Frauen, obwohl die Erwerbstätigkeit der Frauen (+20,0%) viel stärker als die der Männer (+7,1%) zugenommen hat.

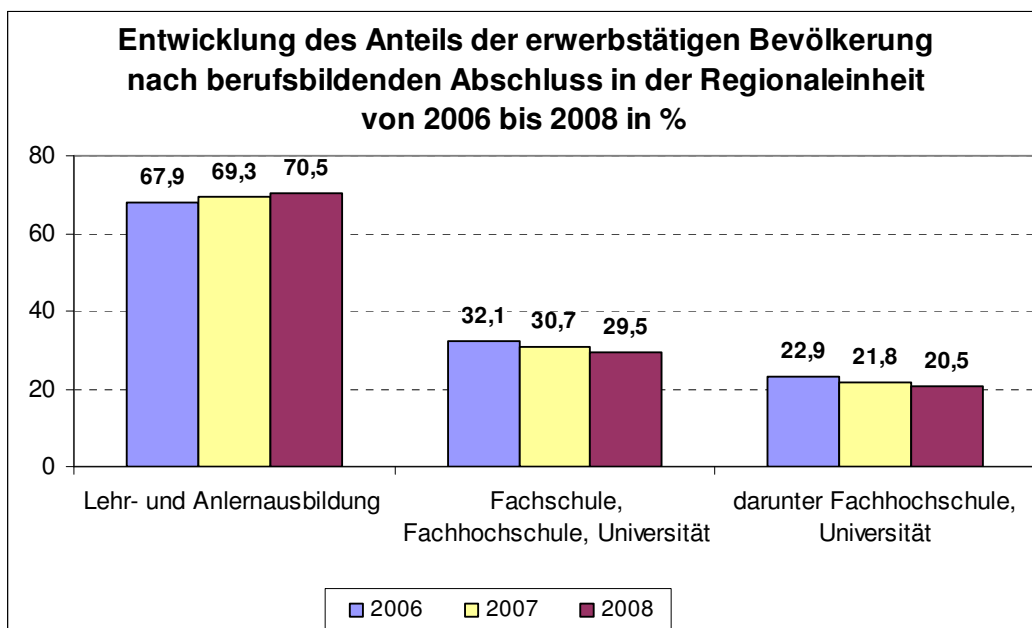
1.1.3.4 Entwicklung der Qualifikationsstrukturen

Das Qualifikationsniveau bestimmt in starkem Maße die Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Die allgemeinbildenden und die beruflichen Bildungsabschlüsse prägen das berufliche Weiterkommen. Je höher der schulische und berufliche Bildungsgrad, desto bessere Chancen eröffnen sich auf dem Arbeitsmarkt.



Quelle: HSL Mikrozensus 2006-2008, Tabelle REG-BV 5; eigene Berechnung JHP

In der Regionaleinheit der Landkreise Darmstadt-Dieburg, Bergstrasse und Odenwald verdeutlicht der Zeitvergleich eine unterschiedliche Entwicklung der Bildungsqualifikationen der Erwerbstätigen.



Quelle: HSL: Mikrozensus REGET 1 Erwerbstätige; eigene Berechnungen JHP

Während der Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung in der Regionaleinheit mit Lehr- und Anlernausbildung stieg, sank der Anteil der Erwerbstätigen mit einer qualifizierten Ausbildung an einer Fachschule oder einer Fachhochschule bzw. Universität.

Dies hat Gründe im Anforderungsprofil der Arbeitsplätze in der Region.

1.1.3.5 Entwicklung nach der Stellung im Beruf in Hessen

Der Wandel der Arbeitsgesellschaft zeigt sich, neben der Zunahme der Arbeitslosigkeit seit den 1980er Jahren, vor allem im Bedeutungszuwachs des Dienstleistungssektors und dem Bedeutungsverlust von Arbeitsplätzen im industriellen Bereich. Diese Veränderungen haben Auswirkungen auf die Erwerbsorientierung und die Erwerbschancen der Bevölkerung und zur Folge, dass Anforderungen an die Qualifikation der Beschäftigten zunehmen ebenso wie die Probleme von Geringqualifizierten auf dem Arbeitsmarkt eine Erwerbsarbeit zu finden.

Die Entwicklung der Erwerbstätigen in Hessen, differenziert nach der Stellung im Beruf, zeigt seit 1950 eine deutliche Verschiebung von den Arbeitern und Arbeiterinnen hin zu den Angestellten.

Waren 1950 noch 47,3% aller Erwerbstätigen in Hessen Arbeiter/-innen, lag ihr Anteil 2008 nur noch bei 23,7%. Entsprechend kam es bei den Angestellten zu einer gegensätzlichen Entwicklung. Betrug der Anteil der Angestellten an allen Erwerbstätigen im Jahr 1950 noch 17,0%, erreichte er 2008 schon 59,3%. Damit waren weit über die Hälfte der erwerbstätig Beschäftigten Angestellte.

Stark rückläufig entwickelte sich der Anteil der mithelfenden Familienangehörigen. Er sank von 16,2% im Jahr 1950 auf 0,8% im Jahr 2008.

In der Gruppe der Selbständigen kann im gesamten Zeitraum ein leichtes Auf und Ab beobachtet werden. Während sich von 1950 bis 1980 ein Rückgang der Selbständigen von 15,4% auf 8,0% abzeichnete, stieg der Anteil kontinuierlich bis 2006 auf 11,9% an, um dann bis 2008 wieder auf 10,7% abzufallen.

Erwerbstätige nach der Stellung im Beruf in Hessen						
Jahr	Insgesamt in 1.000	davon				
		Selbstständige	Mithelfende Familienangehörige	Beamte	Angestellte*	Arbeiter**
		%				
1950	2 013	15,4	16,2	4,1	17,0	47,3
1961	2 332	12,1	11,2	5,7	26,3	44,6
1970	2 402	9,2	5,8	7,5	33,7	43,9
1980	2 446	8,0	2,7	8,7	40,4	40,3
1990	2 708	8,7	1,9	8,1	46,9	34,5
1991	2 727	9,1	1,6	7,9	47,2	34,4
1992	2 769	9,0	1,7	7,9	48,6	32,9
1993	2 731	9,0	1,4	8,1	49,3	32,2
1994	2 696	9,6	1,6	7,9	49,9	31,0
1995	2 680	9,9	1,3	7,8	50,3	30,6
1996	2 689	10,3	1,1	7,7	50,0	31,0
1997	2 658	10,8	1,2	7,5	51,0	29,5
1998	2 664	10,8	1,1	7,2	51,4	29,6
1999	2 703	10,5	1,0	6,8	51,6	30,1
2000	2 751	10,6	0,8	6,3	51,7	30,5
2001	2 807	10,7	1,1	6,1	54,1	28,0
2002	2 784	10,6	1,0	6,1	55,6	26,7
2003	2 743	11,1	1,2	6,1	55,9	25,7
2004	2 702	11,3	1,2	6,1	54,1	27,4
2005	2 761	11,8	1,0	6,1	55,6	25,4
2006	2 803	11,9	0,9	5,6	57,3	24,3
2007	2 832	11,0	0,9	5,6	56,5	26,0
2008	2 872	10,7	0,8	5,4	59,3	23,7

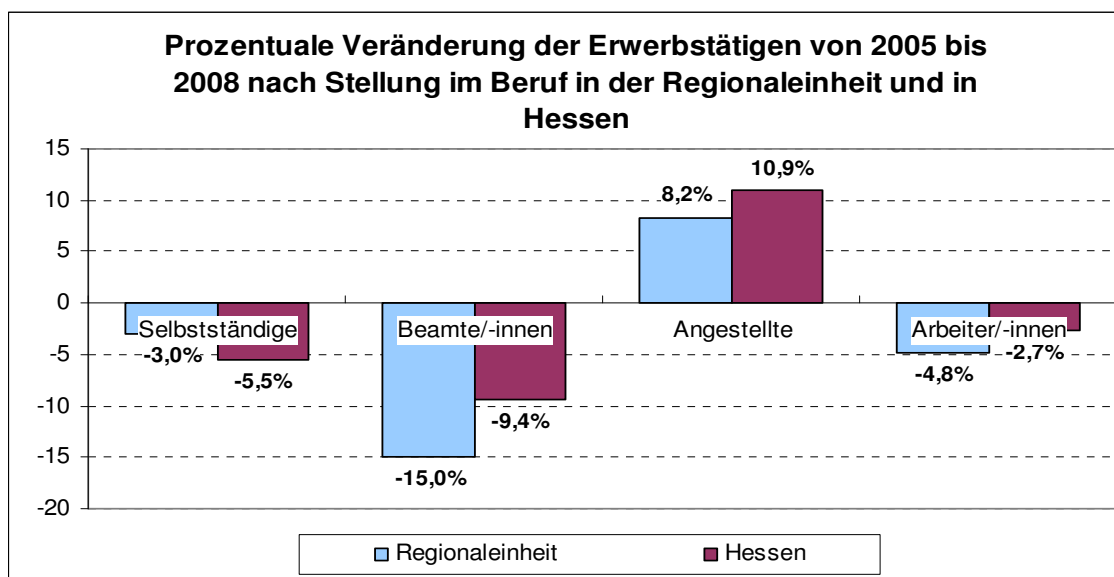
* Einschl. Auszubildende in anerkannten kaufmännischen und technischen Ausbildungsberufen.

** Einschl. Auszubildende in anerkannten gewerblichen Ausbildungsberufen.

Quelle: HSL

1.1.3.6 Entwicklung nach der Stellung im Beruf in der Regionaleinheit

Die Entwicklung der Erwerbstätigen nach der Stellung im Beruf spiegelt auch den Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft in der Regionaleinheit wider.



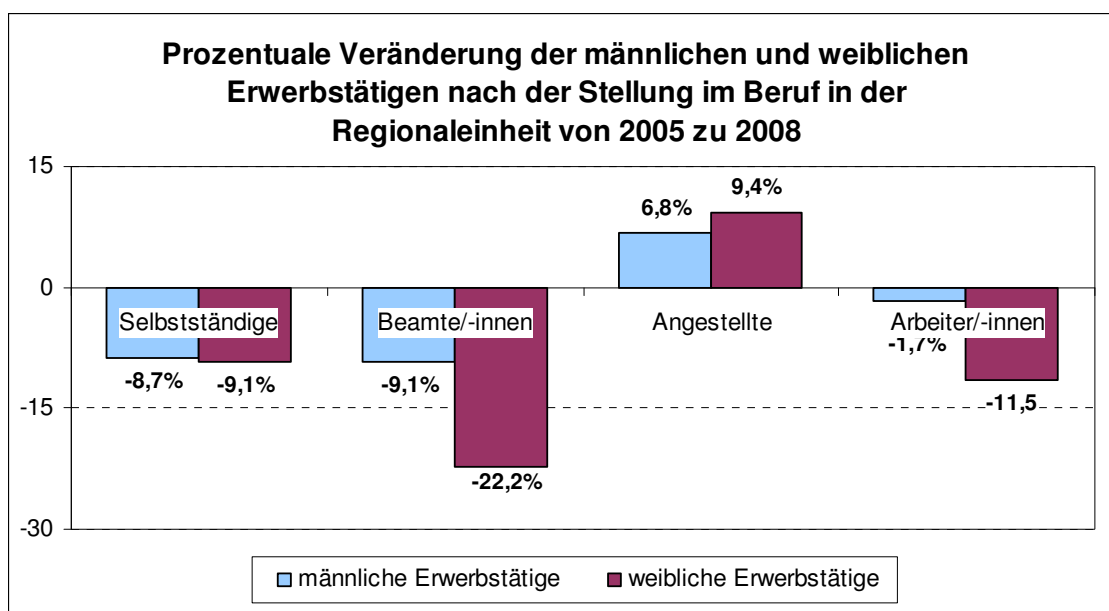
Quelle: HSL: REG-ET 2 Erwerbstätige nach Stellung im Beruf -2005 bis 2008; eigene Berechnungen JHP

Während in der Regionaleinheit (Darmstadt-Dieburg, Bergstraße und Odenwald) und in Hessen die Zahl der Angestellten gestiegen ist, verringerte sich die Zahl der Arbeiter/-innen.

Am stärksten rückläufig war die Zahl der Beamtinnen und der Beamten. Der Rückgang war in der Regionaleinheit mit -15,0% wesentlich einschneidender als in Hessen mit -9,4%. Auch die Zahl der Selbständigen hat sich vermindert, allerdings in Hessen stärker als in der Regionaleinheit.

Eine Unterscheidung nach Geschlecht verdeutlicht, dass in Hessen die Zahl der Beamtinnen um 1.000 (+1,9%) und der weiblichen Angestellten um 100.000 (+12,2%) gestiegen ist. Dagegen sank die Zahl der Arbeiterinnen um 17.000 (-7,6%) und die der weiblichen Selbständigen um 7.000 (6,9%).

In der Regionaleinheit mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg können Frauen nur bei den Angestellten Zunahmen verbuchen. In allen anderen Bereichen ist die Zahl der Frauen stark rückläufig. Vor allem die Zahl der Beamtinnen ist mit einem Rückgang um 22,2% stark geschrumpft.



Quelle: HSL, Tabelle BV1.1 2006-2008; eigene Berechnung JHP

1.1.4 Erwerbstätige im Landkreis Darmstadt-Dieburg nach dem Arbeitsortprinzip

Um die reale Situation der Erwerbstätigen im Landkreis Darmstadt-Dieburg zu erfassen, werden nachfolgend die Daten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder herangezogen. Da die Aufbereitung der Daten auf diesen Ebenen aufwendiger und zeitintensiver sind, liegen aktuell nur Auswertungen bis zum Jahr 2007 vor.

Nach der Definition der Statistikämter werden zu den Erwerbstätigen, neben den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, auch Beamte, Selbständige und mithelfende Familienangehörige sowie geringfügig Beschäftigte gezählt. Damit gelten alle Personen als erwerbstätig, die irgendeinem Erwerb, und seien es nur einige Wochenstunden, nachgehen und zwar unabhängig davon, ob sie hieraus ihren überwiegenden Lebensunterhalt bestreiten oder nicht. Bezogen auf den Landkreis liegen Daten zu den Erwerbstätigen nur nach dem Arbeitsortprinzip vor, d.h. es werden nur die Personen erfasst, die einer Erwerbsarbeit im Landkreis nachgehen, unabhängig davon, wo sie wohnen.

1.1.4.1 Arbeitnehmer/-innen

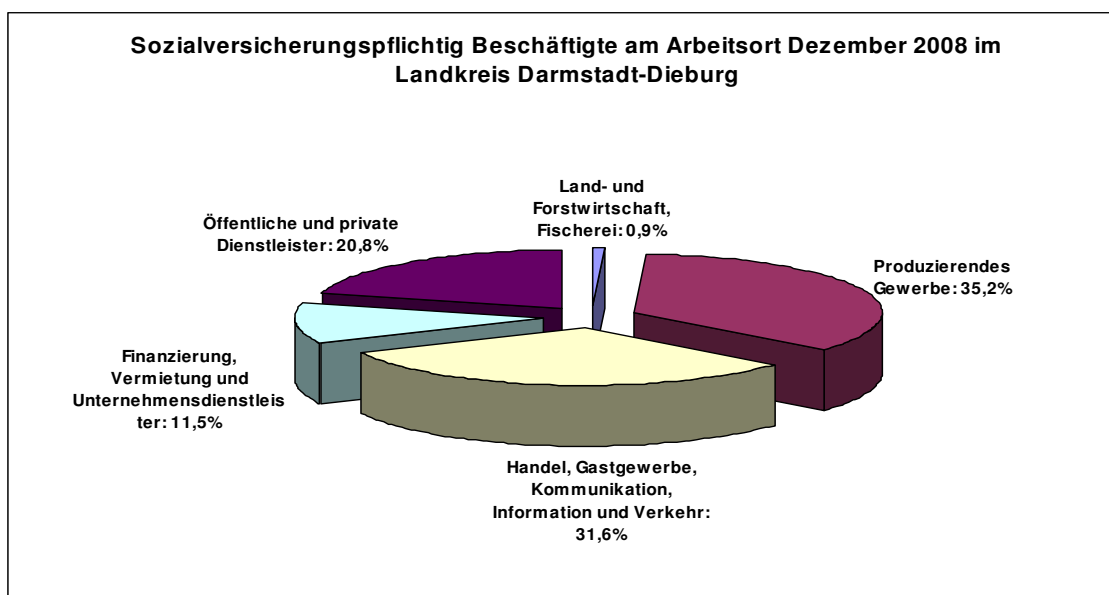
Im Jahr 2007 waren insgesamt 96.400 Menschen am Arbeitsort im Landkreis Darmstadt-Dieburg erwerbstätig (vgl. Stat. Ämter des Bundes und der Länder 2009). Davon waren 82.500 Arbeitnehmer/-innen. Zu diesen werden neben den Arbeiter/-innen, Angestellten, Beamten und Beamtinnen auch Richter/-innen und Soldaten und Soldatinnen (als Beruf oder auf Zeit), Zivildienstleistende, Auszubildende und Praktikant/-innen, auch Heimarbeiter/-innen sowie geringfügig Beschäftigte, einschließlich der Beschäftigten mit „Ein-Euro-Jobs“ gezählt. Der Anteil der Arbeitnehmer/-innen erreichte somit einen Anteil an den Erwerbstätigen von 85,6%.

1.1.4.2 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sind alle Arbeiter/-innen und Angestellte einschließlich der Auszubildenden, die kranken-, pflege- und rentenversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Arbeitslosenversicherung oder für die von den Arbeitsgebern Beiträge zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Daten über die sozialversicherungspflichtig Beschäftigte liegen für den Landkreis sowohl nach dem Arbeitsortprinzip als auch nach dem Wohnortprinzip vor.

Im Dezember 2008 waren 61.849 sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen mit Arbeitsort im Landkreis Darmstadt-Dieburg gemeldet. Damit waren 63,4% der Erwerbstätigen und 73,5% der Arbeitnehmer/-innen des Kreisgebietes sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Die Verteilung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf die Wirtschaftssektoren mit Stand Dezember 2008 verdeutlicht den hohen Anteil im Dienstleistungssektor (63,9%).



Quelle: Hessische Gemeindestatistik 2009

1.1.4.3 Selbständige

2008 waren von den Erwerbstätigen im Landkreis Darmstadt-Dieburg 13.400 als Selbständige gemeldet. Das entspricht einem Anteil von 14,9%. Im gleichen Jahr waren in Hessen 10,8% der Erwerbstätigen selbständig. Von 1990 bis 2008 erhöhte sich die Zahl der Selbständigen um 1.700. Das entspricht einem Zuwachs um 14,5%. Hessenweit stieg die Zahl der Selbständigen in diesem Zeitraum um 10,8%.

1.1.4.4 Geringfügig entlohnte Beschäftigte

Da es in Deutschland keine gesetzlichen Mindestlöhne gibt, sind aus sozialpolitischer Sicht Beschäftigte mit einem niedrigen Arbeitseinkommen von besonderer Bedeutung. So wird die Höhe des Arbeitseinkommens am unteren Ende der Verdienstskala durch sozialpolitische Regelungen beeinflusst. Das soziokulturelle Existenzminimum, das in den Bedarfssätzen der Sozialhilfe und des Arbeitslosengeldes II abgebildet wird (siehe dazu Kapitel 5), hat Auswirkungen auf Angebot und Nachfrage sowie die Lohnbildung. Anders gesagt, je niedriger die Bedarfssätze liegen, desto größer wird der Spielraum für die Vereinbarung von niedrigen Löhnen (vgl. Bäcker/Naegele u.a. 2008:236f).

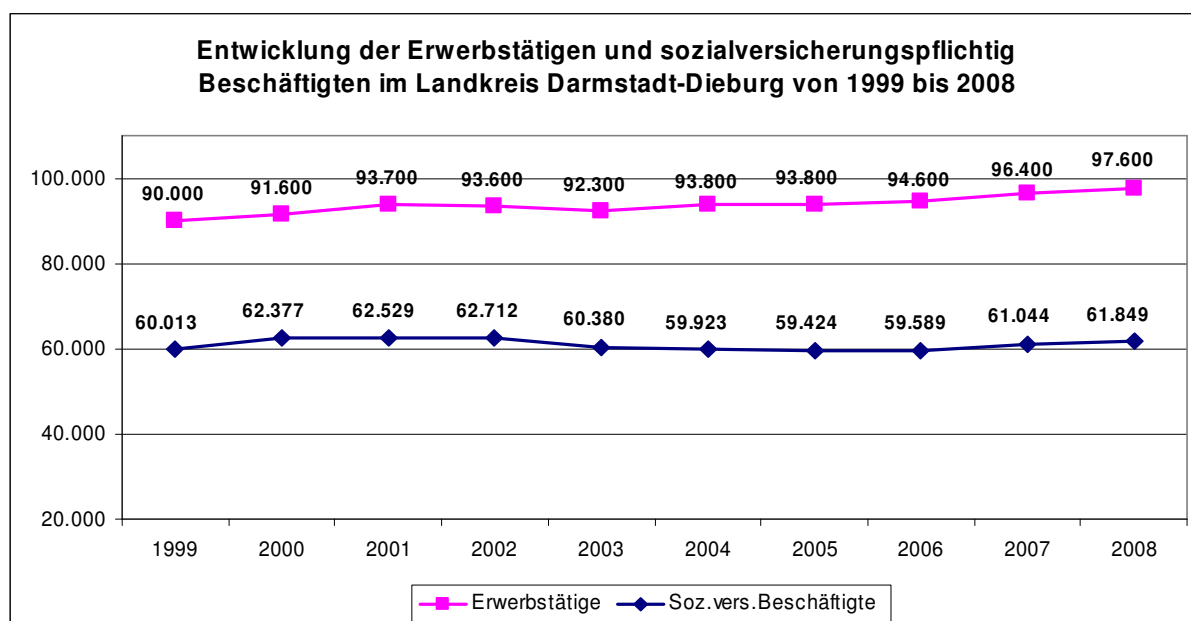
Somit wird deutlich, dass das Thema geringfügig Beschäftigte und Niedriglöhne zentrale Fragen des Arbeitsmarktes betrifft. Vor allem deshalb, weil niedrige Entlohnung zum dem Risiko führt, die eigene Existenz trotz einer Erwerbsarbeit nicht sichern zu können. Darüber hinaus sind die Folgen von niedrigem Erwerbseinkommen auch im Zeitverlauf zu berücksichtigen.

Zum Stichtag am 30. Juni 2008 gab es mit Arbeitsort im Kreisgebiet 22.067 geringfügig entlohnte Beschäftigten (GeB). Davon waren 14.813 (67,2%) ausschließlich geringfügig Beschäftigte und 7.254 (32,8%) im Nebenjob geringfügig beschäftigt. Gegenüber 2007 hat die Zahl der GeB mit Arbeitsort im Kreisgebiet um 2,2% zugenommen.

Insgesamt stellten die geringfügig Beschäftigten einen Anteil von 22,6% an allen Erwerbstätigen und 26,2% an allen Arbeitnehmer/-innen im Landkreis dar.

1.1.5 Entwicklung der Erwerbstätigen und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Landkreis Darmstadt-Dieburg

Die Zahl der Erwerbstätigen mit einem Arbeitsplatz im Landkreis Darmstadt-Dieburg hat sich von 90.000 im Jahr 1999 auf rund 97.600 im Jahr 2008 erhöht. Damit stieg die Zahl der Erwerbstätigen im Landkreis Darmstadt-Dieburg um 7.600 und somit um 8,3%. Im gleichen Zeitraum stieg diese in Hessen um 4,7%.



Quelle: HSL: Hessische Kreiszahlen; jeweils Bd.1 2001 bis 2009; eigene Berechnung JHP

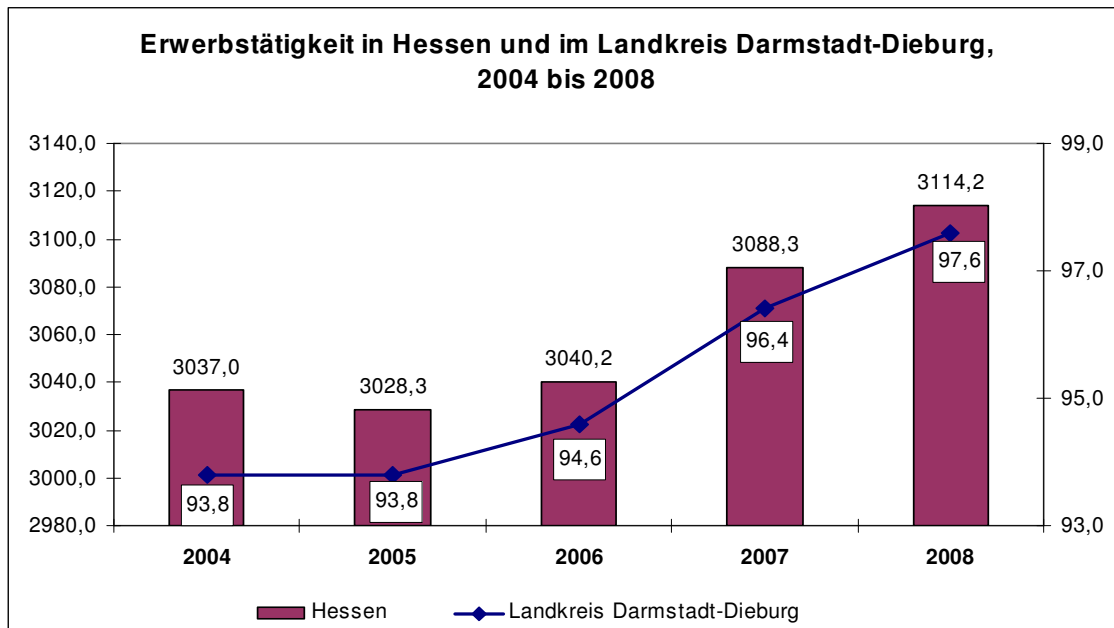
Im gleichen Zeitraum erhöhte sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Arbeitsort im Kreisgebiet von 60.013 auf 61.849 und damit um 2,9%. Waren im Jahr 1999 noch 66,7% der Erwerbstätigen im Kreisgebiet sozialversicherungspflichtig beschäftigt, waren dies 2008 nur noch 63,4%.

In Hessen waren im Jahr 1999 von den 2.971.600 Erwerbstätigen 2.151.492 sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Das entsprach einem Anteil von 72,4%. Im Jahr 2008 waren es noch 2.192.267 von 3.114.200 Erwerbstätigen und damit 70,4%.

Damit verringerte sich der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an den Erwerbstätigen im Beobachtungszeitraum im Kreisgebiet um 3,3% und in Hessen um 2,0%.

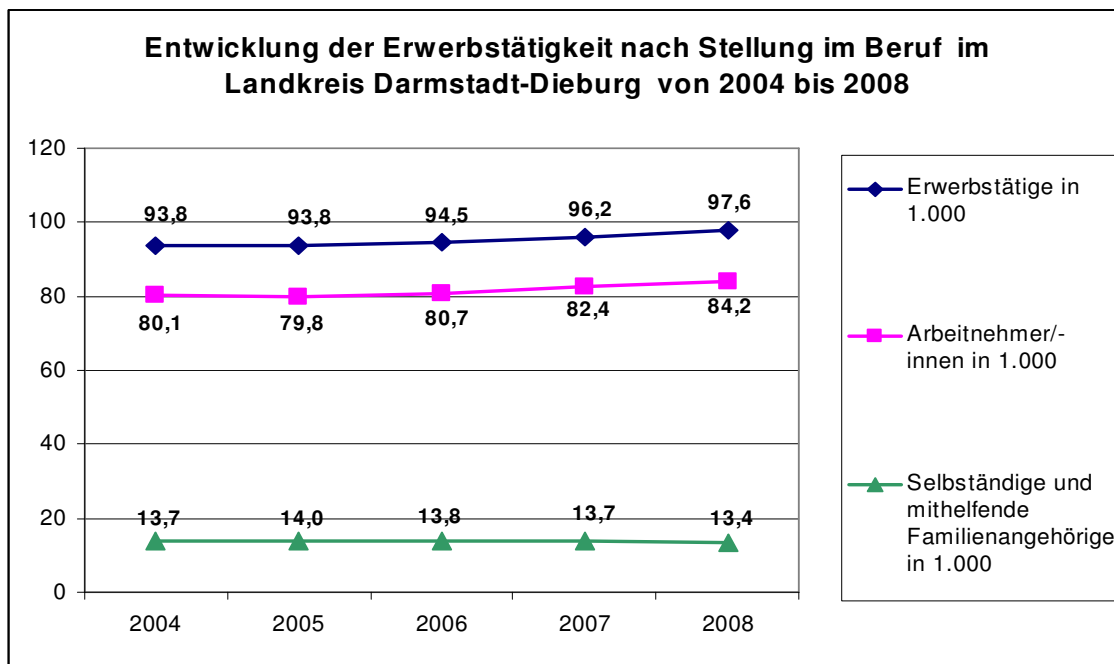
1.1.5.1 Entwicklung nach der Stellung im Beruf

Von 2004 bis 2008 kann eine parallele Aufwärtsentwicklung der Erwerbstätigen im Landkreis Darmstadt-Dieburg und in Hessen beobachtet werden.



Quelle: Stat. Ämter des Bundes und der Länder 2009; HSL: Kreiszahlen 2009; eigene Aufbereitung JHP

In diesem Zeitraum stieg die Zahl der Erwerbstätigen im Landkreis um 3.800 (4,1%) und in Hessen um 77.200 (2,5%).



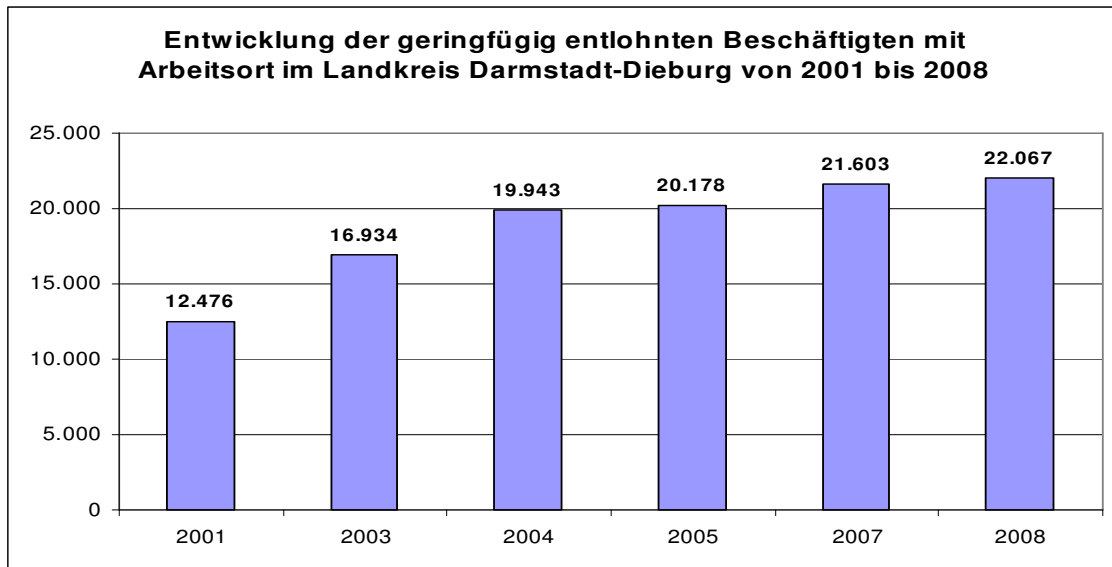
Quelle: HSL: "Erwerbstätige in Hessen 2005 bis 2008 nach kreisfreien Städten und Landkreisen"; eigene Aufbereitung JHP

Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der Arbeitnehmer/-innen in diesem Zeitraum im Kreisgebiet um 4.100 (+ 5,1%), während sich die Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen um 300 (-2,2%) verringerte.

In diesen vier Jahren erhöhte sich somit der Anteil der Arbeitnehmer/-innen an den Erwerbstätigen von 85,3% auf 86,3% und der Anteil der Selbständigen sank von 14,6% auf 13,7%.

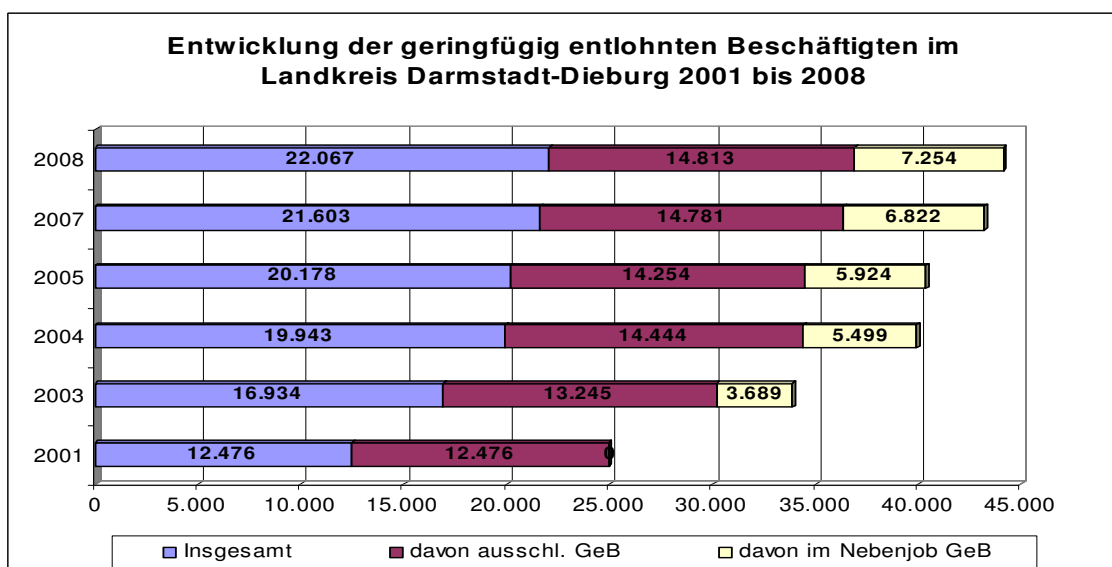
1.1.5.2 Entwicklung der geringfügig entlohnten Beschäftigten

Von 2001 bis 2008 stieg die Zahl der geringfügig entlohnten Beschäftigten mit Arbeitsort im Kreisgebiet um insgesamt 9.591 Personen und damit um 76,9%.



Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Beschäftigungsstatistik, GbB Stichtag jeweils 30.06.; eigene Berechnungen JHP

Eine Differenzierung zeigt, dass eine Ausweitung beider Personenkreise erfolgte, die zu den geringfügig entlohnten Beschäftigten zählen. Dies sind zum einen Menschen, die ausschließlich auf diese Beschäftigung angewiesen waren und zum anderen Personen, die einer geringfügig entlohnten Beschäftigung im Nebenjob nachgehen.



Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Beschäftigungsstatistik, GbB Stichtag jeweils 30.06.; eigene Berechnungen JHP

Während sich die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnten Personen von 2001 bis 2008 um 2.337 und damit 18,7% erhöhte, stieg die Zahl der GeB im Nebenjob von 2003 bis 2008 um 3.565 Personen und damit um 96,6%.

Bezogen auf den Landkreis kann daher für den Beobachtungszeitraum von 2001 bis 2008 festgestellt werden, dass der Anstieg der Erwerbstätigen (+3.900) in diesem Zeitraum zu 59,9% auf die Zunahme der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten (+2.337) zurückzuführen ist. Bezogen auf alle Arbeitnehmer/- innen sind 77,9% der Steigerung in diesem Zeitraum auf die GeB zurückzuführen.

1.1.6 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Kreisgebiet nach dem Wohnortprinzip

Nach dem Wohnortprinzip werden alle Beschäftigten erfasst, die in der betreffenden Kommune wohnen, unabhängig davon, wo sie arbeiten. Allerdings liegen nach dem Wohnortprinzip für den Landkreis Darmstadt-Dieburg nur Daten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SV-Beschäftigten) vor.

Im Juni 2008 waren 100.477 SV-Beschäftigte mit Wohnort im Landkreis Darmstadt-Dieburg gemeldet. Davon waren 44.719 und damit 44,5% weiblich.

Der Anteil der Vollzeitbeschäftigten an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten betrug 80,6%. Differenziert nach Geschlecht waren 94,7% der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Männer und 63,0% der Frauen Vollzeit beschäftigt.

Von den insgesamt 19.512 Teilzeitbeschäftigten waren 84,7% (16.529) weiblich und 15,3% (2.983) männlich. Damit kehrt sich das Verhältnis von Männern und Frauen bei den Teilzeitbeschäftigten um. Von allen SV-Beschäftigten arbeiteten nur 5,3% der Männer, aber 37,0% der Frauen in Teilzeit.

Am 30.06.2008 waren von den SV- Beschäftigten im Kreisgebiet die meisten (30,4%) zwischen 40 und 50 Jahre und die wenigsten (2,5%) unter 20 Jahre alt.

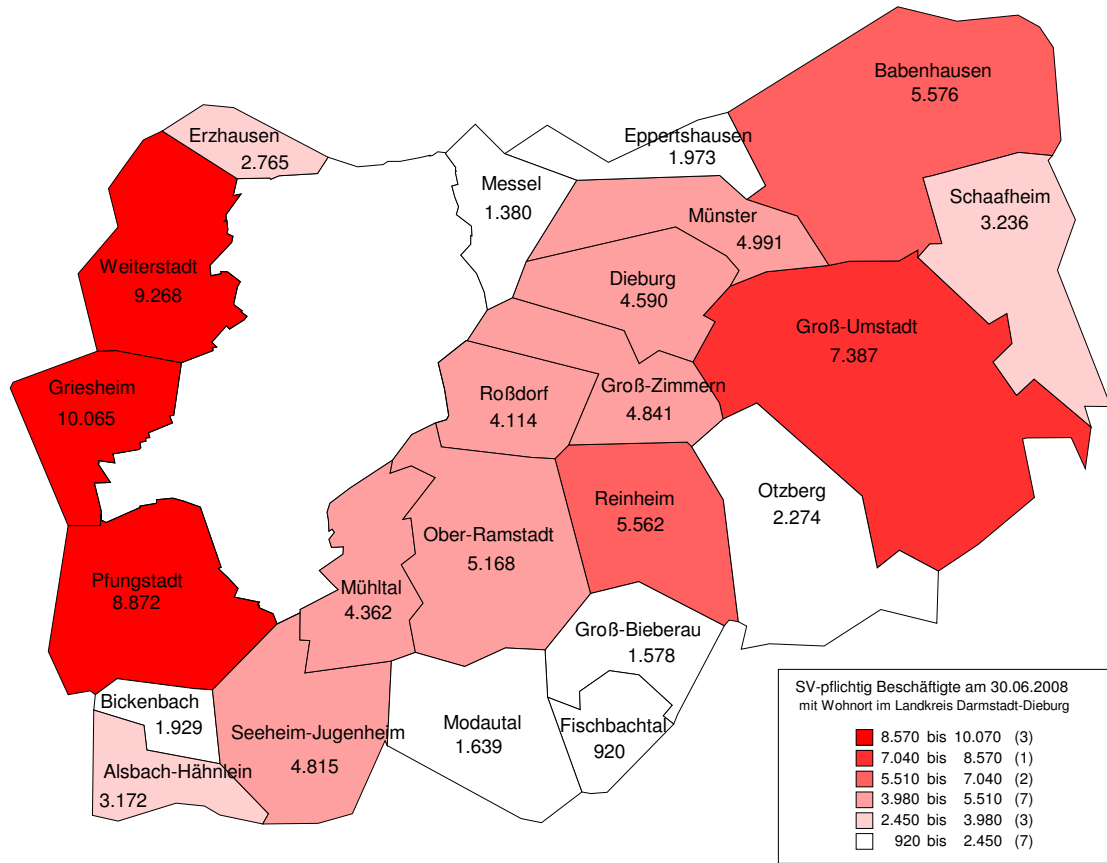
Zum gleichen Stichtag hatten 56,9% der SV-Beschäftigten mit Wohnort im Landkreis eine abgeschlossene Berufsausbildung und 11,4% verfügten über einen Abschluss an einer Fach-, Fachhoch- bzw. Hochschule. 14,8% der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer/-innen war in einem Beschäftigungsverhältnis ohne eine Berufsausbildung abgeschlossenen zu haben.

1.1.6.1 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in den Kreiskommunen nach dem Wohnortprinzip

Werden die zum Stichtag 2008 nach dem Wohnortprinzip erfassten 100.477 Beschäftigten zur erwerbsfähigen Bevölkerung von 15 bis unter 65 Jahren ins Verhältnis gesetzt, so sind kreisweit 51,8% dieser Bevölkerung sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Ausgehend von diesem Kreisdurchschnittswert wohnen die meisten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Griesheim (56,3%), Weiterstadt und Erzhausen (mit je 55,0%).

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2008 mit Wohnort im Landkreis Darmstadt-Dieburg

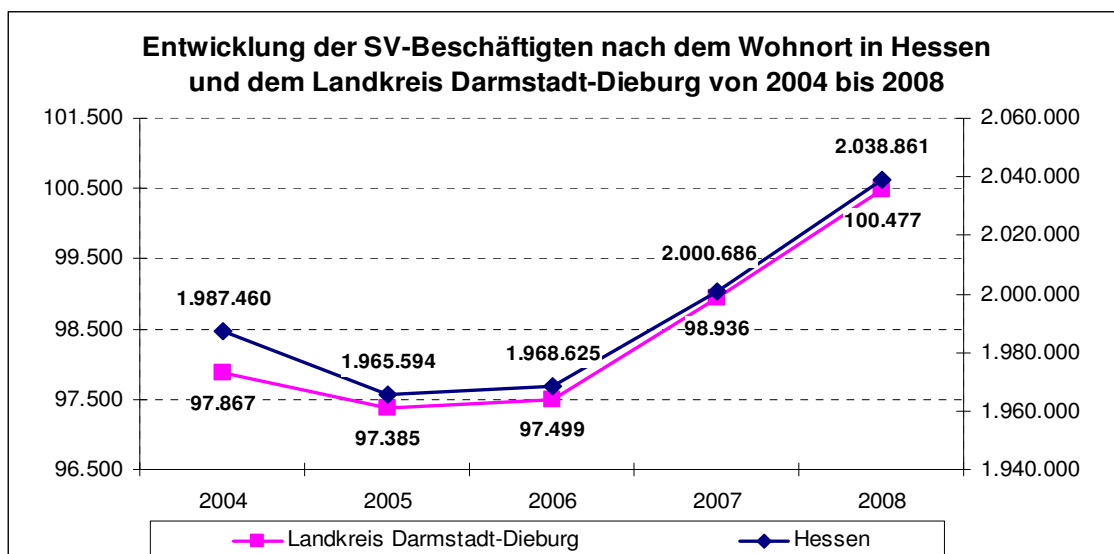


Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, SV-pfl. Beschäftigte nach Wohn- und Arbeitsort, 30.6.2008; eigene Berechnungen JHP

Die wenigsten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im erwerbsfähigen Alter wohnen in Seeheim-Jugenheim (46,9%), in Dieburg (47,1%) und in Mühlthal (48,0%).

1.1.7 Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort

Von Juni 2004 bis Juni 2008 stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Wohnort im Kreisgebiet von 97.385 auf 100.477 und damit um 2,6%. Im gleichen Zeitraum verzeichnete Hessen einen Zugewinn um 51.401 SV-Beschäftigte und damit ebenfalls 2,6%.

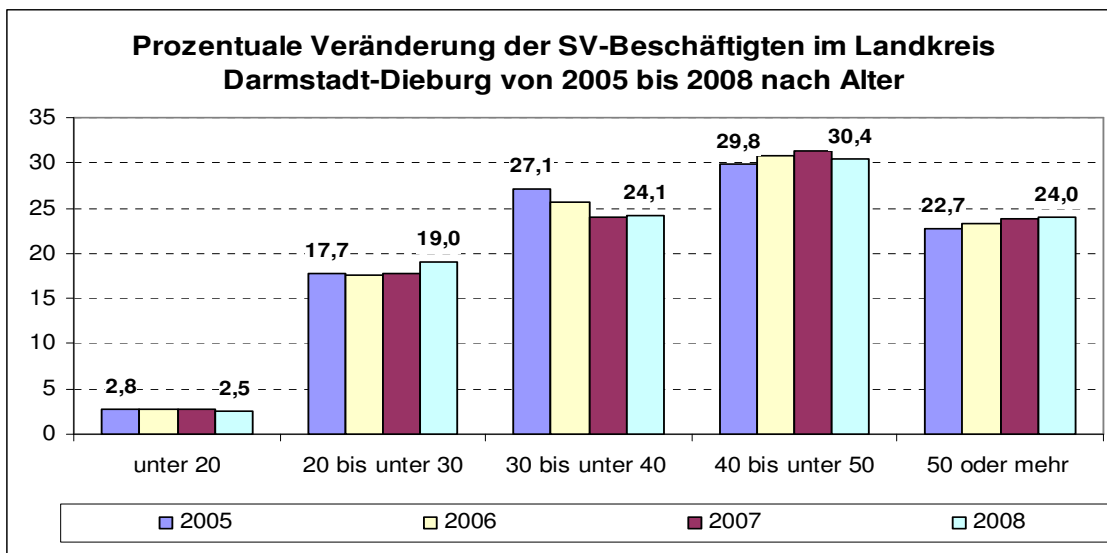


Quelle: HSL: Hessische Gemeindestatistik 2004 bis 2009; eigene Bearbeitung JHP

Bezogen auf die Zahl der SV-Beschäftigten zeigt die Entwicklung von 2004 bis 2008 im Landkreis eine Verlaufskurve parallel zu der in Hessen. Nach 2004 folgten zwei Jahre der Stagnation und von 2006 bis 2008 ein deutlicher Anstieg der SV-Beschäftigungsverhältnisse.

1.1.7.1 Entwicklung nach Alter

Die Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach dem Alter zeigt von 2005 bis 2008 einen rückläufigen Anteil bei den 30- bis unter 40-Jährigen (-3,0%) und einen bei den unter 20-Jährigen (-0,3%).

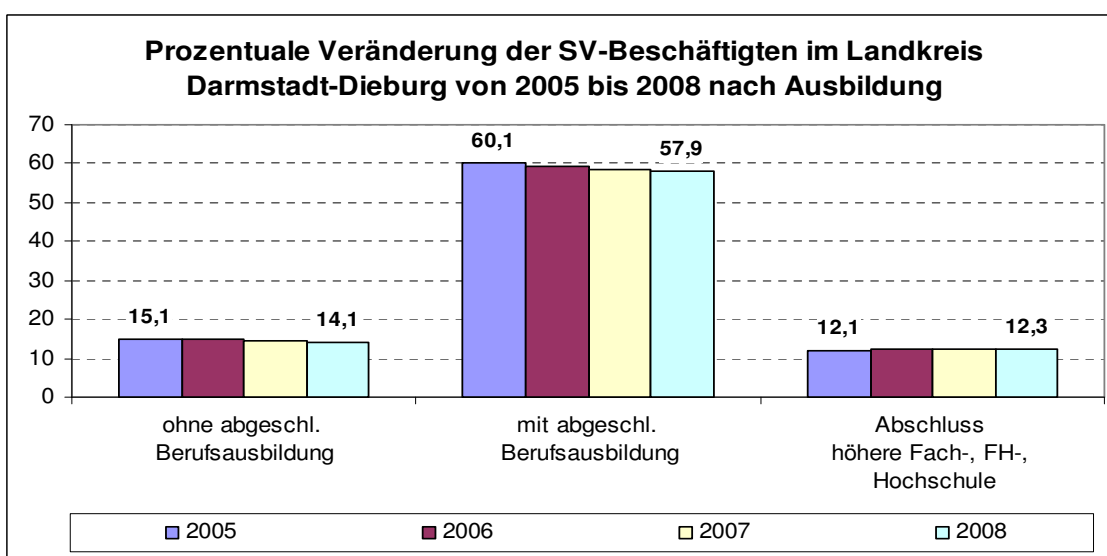


Quelle: Hessische Gemeindestatistik 2005-2008; eigene Zusammenstellung JHP

Zunahmen können die Altersgruppen der 20- bis 30-Jährigen (+1,3%) der 40- bis 50-Jährigen (+0,6%) sowie der 50-Jährigen und älter (+1,3%) verzeichnen.

1.1.7.2 Entwicklung nach beruflichem Bildungsabschluss

Die berufliche Bildungsstruktur der SV-Beschäftigten mit Wohnort im Landkreis Darmstadt-Dieburg hat sich von 2005 bis 2008 nur gering verändert.



Quelle: Hessische Gemeindestatistik 2005-2008

Während der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ohne und mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung leicht abnahm, erhöhte sich der Anteil der Beschäftigten mit einem Abschluss an einer höheren Fachschule, Fachhoch- oder Hochschule minimal.

1.2 Erwerbslosigkeit

Die Erwerbsarbeit spielt sowohl auf der gesellschaftlichen als auch auf der individuellen Ebene eine zentrale Rolle. Arbeit als Hauptquelle zur Sicherung des Lebensunterhaltes dient gleichzeitig der persönlichen Selbstentfaltung.

Erwerbslosigkeit stellt dagegen, sowohl wegen der finanziellen Konsequenzen, die sie mit sich bringt, als auch wegen der gesellschaftlichen Stigmatisierung, die mit ihr einhergeht, ein Problem dar. Die durch Erwerbslosigkeit bedingten Einkommensverluste zwingen Betroffene nicht nur zum Konsumverzicht, sondern führen meist auch zu einer eingeschränkten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (vgl. Wingert 2008:109). Ohne bezahlte Arbeit zu sein, ist allerdings nicht nur für die direkt betroffenen Personen ein Problem, sondern stellt vielmehr für das gesamte familiäre und soziale Umfeld eine Belastung dar.

200 lag die Armutsrisikoquote der hessischen Erwerbstätigen mit 5,0% unter dem bundesdeutschen Durchschnitt von 6,2%. Im Gegensatz zu den Erwerbstätigen sind Erwerbslose überdurchschnittlich häufig von Armut bedroht. So lag die Armutsgefährdungsquote 2007 in Deutschland bei 53,5% und in Hessen bei 44,5%. Im gleichen Zeitraum lag die allgemeine Armutsgefährdungsquote in Deutschland bei 14,3% und in Hessen bei 12,0%. Damit tragen Menschen ohne Erwerbsarbeit ein rund dreimal höheres Armutsrisiko (vgl. 3. Armuts- und Reichtumsbericht 2008:183).

1.2.1 Begriffsdefinition: Arbeitslosigkeit

Das nachfolgende Kapitel stellt die offiziell registrierte Arbeitslosigkeit und die davon betroffenen Menschen in den Mittelpunkt der Betrachtung. Seit dem Umbau der Sozialsysteme im Jahr 2005 werden Arbeitslose in zwei Rechtskreisen registriert. Unterschieden wird zwischen Arbeitslosen nach den Rechtskreisen des Zweiten und des Dritten Sozialgesetzbuches (SGB II und III).

Die Definition der Arbeitslosigkeit hat sich durch die Einführung des SGB II nicht geändert. Das SGB II enthält keine Definition der Arbeitslosigkeit, da diese keine Voraussetzung für den Erhalt von Leistungen nach dem SGB II ist. Für Leistungsbezieher/-innen nach dem SGB II findet die Definition der Arbeitslosigkeit nach dem SGB III Anwendung.

Laut § 16 Abs.1 des SGB III gilt als arbeitslos, wer vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis steht, eine versicherungspflichtige Beschäftigung sucht und dabei den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit zur Verfügung steht und sich arbeitslos gemeldet hat.

In § 16 Abs. 2 ist ferner geregelt, dass Personen in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik nicht als arbeitslos gelten. Als nicht arbeitslos zählen außerdem Personen, die

- mehr als geringfügig beschäftigt sind (mindestens 15 Stunden pro Woche),
- nicht arbeiten dürfen oder können,
- ihre Verfügbarkeit einschränken,
- das 65. Lebensjahr vollendet haben,
- sich als Nichtleistungsempfänger/-innen länger als drei Monate nicht mehr bei der zuständigen Arbeitsagentur gemeldet haben,
- arbeitsunfähig erkrankt sind,

- Schüler/-innen, Studenten/-innen und Schulabgänger/-innen, die eine Ausbildungsstelle suchen,
- sowie arbeitserlaubnispflichtige Ausländer/-innen und deren Familienangehörige und Asylbewerber/-innen ohne Leistungsbezug, wenn ihnen der Arbeitsmarkt verschlossen ist.

Zur Sicherstellung der Vergleichbarkeit und der Qualität der Statistik wurde durch eine Kombination von Informationen über Arbeitslosigkeit aus beiden Bereichen eine integrierte Statistik geschaffen. Die Verzahnung beider Systeme soll Doppelerfassungen vermeiden und den Nachweis der Arbeitslosigkeit bezogen auf den nationalen oder regionalen Arbeitsmarkt ermöglichen. Erfasst werden in der integrierten Arbeitslosenstatistik die Personen, die offiziell „arbeitslos“ gemeldet sind.

Unterbeschäftigung und Stille Reserve

Aufgrund der Definition der Zählkriterien, wer als arbeitslos gilt, ist die offizielle Zahl der Arbeitslosen nicht vollständig. Nicht berücksichtigt wurde die Unterbeschäftigung, die in der Arbeitslosenstatistik nicht oder nicht vollständig erfasst ist.

Diese Unterbeschäftigung, die das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) jährlich auf 1,2 Millionen Menschen (von insgesamt rund 3,3 Millionen erfassten Arbeitslosen) schätzt, setzt sich deutschlandweit aus rund 700.000 Personen in der Stillen Reserve in Maßnahmen und rund 500.000 in der Stillen Reserve im engeren Sinne zusammen. Zu den Erstgenannten gehören Arbeitslose mit Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, Personen, die eine Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung haben oder solche, die unter die 58er-Regelung fallen. Die Stille Reserve umfasst die Personen, die zwar bereit sind, eine Erwerbsarbeit anzunehmen, aber offiziell nicht arbeitslos gemeldet sind (vgl. IAB 13/2008: 4f).

Rechtskreis SGB III

Die Bundesagentur für Arbeit und Agenturen erfassen die Daten des Arbeits- und Ausbildungsmarktes nach dem SGB III. Hier finden sich die Angaben zu Personen, die Anspruch auf das so genannte Arbeitslosengeld I (ALG I) haben.

Das ALG I ist eine beitragsfinanzierte und in der Dauer befristete Lohnersatzleistung. Anspruch haben Arbeitnehmer/-innen, wenn sie sich bei der Agentur für Arbeit arbeitslos gemeldet und die Anwartschaftszeiten erfüllt haben. Die Anwartschaft erfüllt, wer innerhalb der letzten zwei Jahre mindestens 12 Monate arbeitslosenversicherungspflichtig beschäftigt war (§ 123 SGB III).

Rechtskreis SGB II

Die SGB II-Statistiken werden je nach Gebietskörperschaft von den Arbeitsgemeinschaften (ARGEn), den Kommunalen Trägern, den so genannten Optionskommunen (wie der KfB) und anderen wie z.B. Trägern in getrennter Aufgabenwahrnehmung (AAgAw) an die Bundesagentur für Arbeit geliefert (vgl. Bundesagentur für Arbeit; Statistik nach SGB II und SGB III).

Das Arbeitslosengeld II (ALG II) ist eine Grundsicherungsleistung für Arbeitssuchende. Entgegen der Bezeichnung ist Arbeitslosigkeit keine Voraussetzung für den Bezug, da es ergänzend zu anderen Einkommen und auch dem ALG I bezogen werden kann. Anspruchsberechtigt sind alle erwerbsfähigen Personen, die ihren Lebensunterhalt und den ihrer Familie nicht aus eigener Kraft sichern können, gesundheitlich aber in der Lage sind mindestens drei Stunden am Tag zu arbeiten.

Anders als das ALG I wird das ALG II nicht aus der Arbeitslosenversicherung gezahlt. Das ALG II ist eine steuerfinanzierte Leistung, deren Höhe sich nicht nach dem vorherigen Arbeitseinkommen richtet. Die rechtliche Grundlage für das ALG II enthält das SGB II. Eine ausführliche Darstellung zu Leistungsbezieher/-innen des SGB II und der anderen sozialen Sicherungssysteme ist im Kapitel fünf zu finden.

Nachfolgend wird zuerst ein Überblick über alle Arbeitslosen nach den Rechtskreisen SGB II und III mit Stand Dezember 2008 gegeben und die Entwicklung der letzten Jahre aufgezeigt. Danach folgen ein Vergleich der Arbeitslosen beider Rechtskreise sowie die Entwicklung der Arbeitslosigkeit getrennt nach den beiden Rechtskreisen.

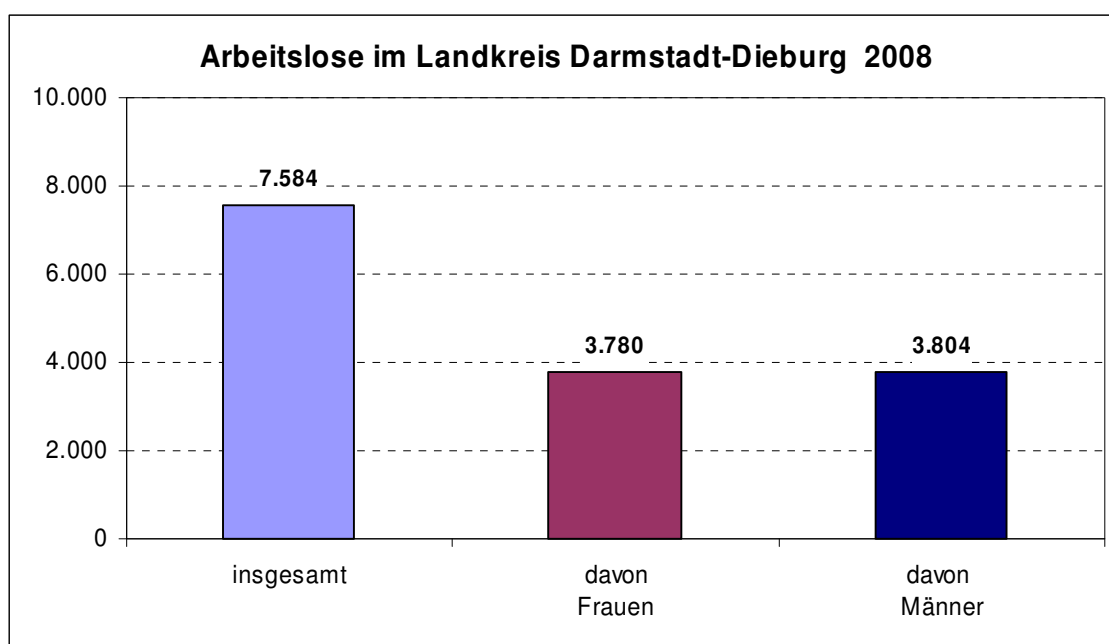
1.2.2 Arbeitslosigkeit im Landkreis Darmstadt-Dieburg und in Hessen

Im Dezember 2008 lag die Zahl der Arbeitslosen im Landkreis Darmstadt-Dieburg bei 7.584 (Rechtskreise SGB II und III). In Hessen gab es insgesamt 195.090 Arbeitslose. Der Anteil der Frauen lag bei 49,8% und der der Männer bei 50,2%.

1.2.3 Soziografische Merkmale von Arbeitslosen

1.2.3.1 Geschlecht

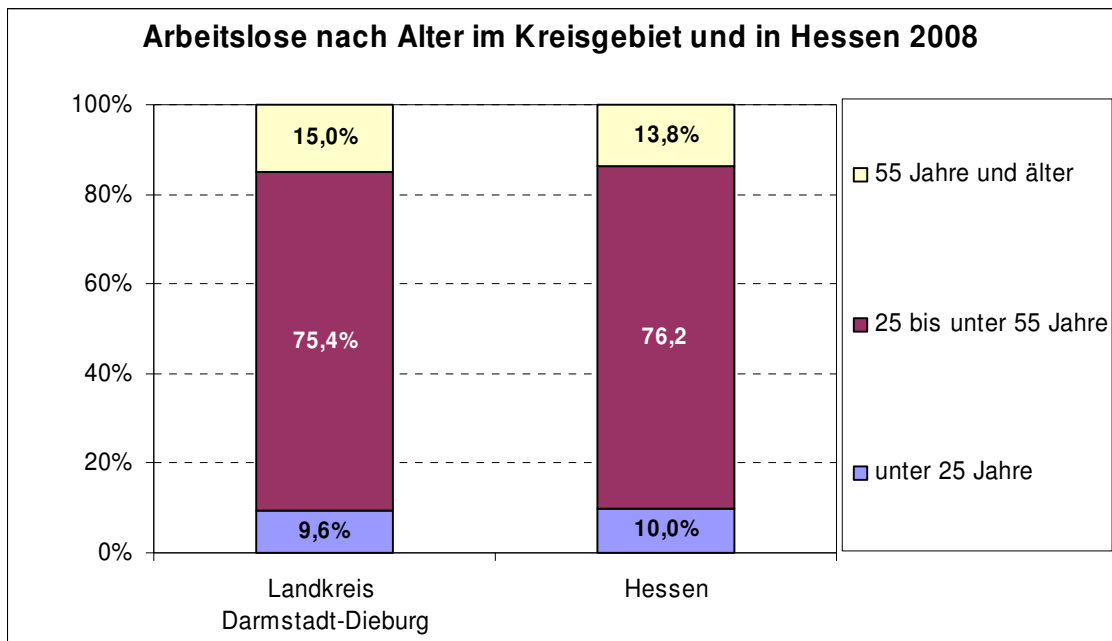
Bezüglich der Geschlechterverteilung lassen sich sowohl für den Landkreis als auch für Hessen keine signifikanten Unterschiede feststellen. Der Frauenanteil lag im Landkreis bei 49,8%, hessenweit lag er bei 48,0%.



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung JHP

1.2.3.2 Altersstruktur

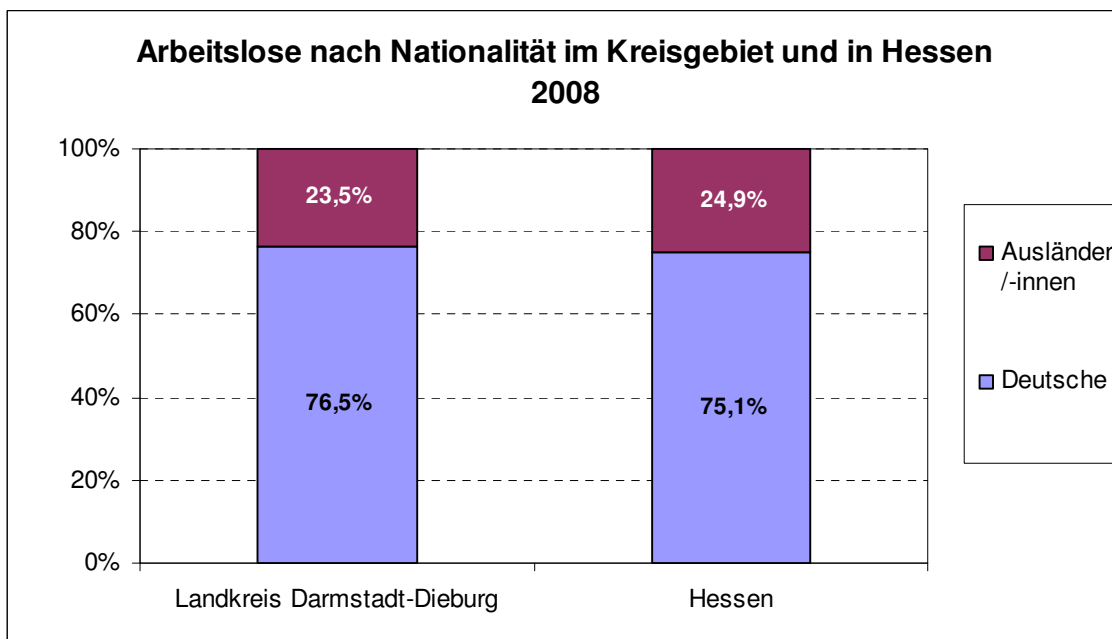
Im Landkreis Darmstadt-Dieburg und in Hessen waren 2008 drei Viertel aller Arbeitslosen zwischen 25 und 54 Jahre alt waren. Der Anteil der unter 25-Jährigen lag im Landkreis bei 9,6% (Hessen: 10,0%) der Anteil der über 55-Jährigen bei 15,0% (Hessen: 13,8%).



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung JHP

1.2.3.3 Nationalität

Im Jahr 2008 gab es im Landkreis 1.780 arbeitslose Ausländer/-innen und 5.804 Deutsche. Das entspricht knapp einem Verhältnis von 1:4. In Hessen lag die Zahl der arbeitslosen Ausländer/-innen bei 48.665, d.h. 24,9% der Arbeitslosen hatten keinen deutschen Pass.



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung JHP

Verglichen mit dem durchschnittlichen Ausländer/-innenanteil, der 2008 im Landkreis bei 10,3% und in Hessen bei 11,9% lag, wird deutlich, dass ausländische Bürger/-innen überdurchschnittlich häufig von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

1.2.4 Arbeitslose in den Kommunen des Kreisgebietes

Für die Kommunen hat die Arbeitslosigkeit einen belastenden finanziellen Effekt, der die Spielräume zum Ausbau der sozialen Infrastruktur einengt. Gleichzeitig muss auch in den Kommunen darauf geachtet werden, dass weite Teile der arbeitsfähigen Menschen nicht

ausgegrenzt werden. Im Landkreis Darmstadt-Dieburg sind die Kreiskommunen unterschiedlich stark von Arbeitslosigkeit betroffen.

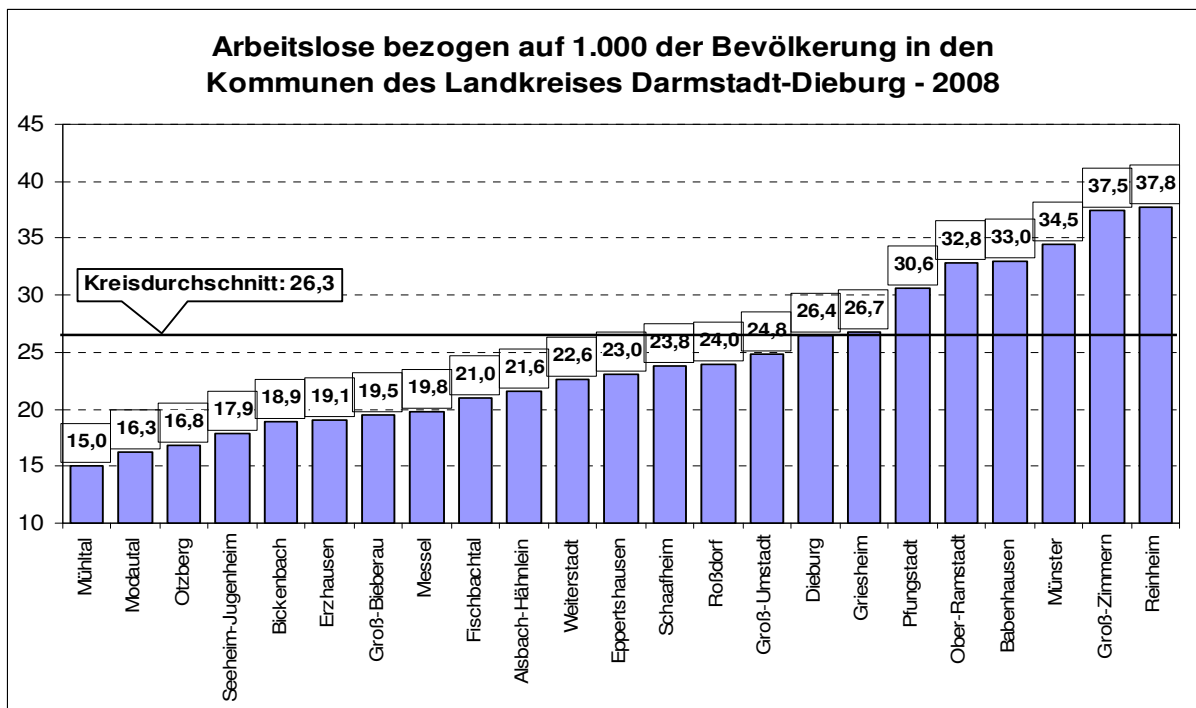
Arbeitslose nach dem Rechtskreisen SGB II in den Kommunen des Landkreises Darmstadt-Dieburg im Dezember 2008					
	SGB II Berechtigte	SGB III Berechtigte	alle Arbeits- losen	Bevölkerung	Quote je 1.000 der Bevölkerung
Alsbach-Hähnlein	113	85	198	9.148	21,6
Babenhausen	392	147	539	16.327	33,0
Bickenbach	61	40	101	5.345	18,9
Dieburg	259	126	385	14.586	26,4
Eppertshausen	78	57	135	5.859	23,0
Erzhausen	83	59	142	7.450	19,1
Fischbachtal	33	23	56	2.667	21,0
Griesheim	483	211	694	26.013	26,7
Groß-Bieberau	63	27	90	4.614	19,5
Groß-Umstadt	374	155	529	21.296	24,8
Groß-Zimmern	397	122	519	13.857	37,5
Messel	44	32	76	3.834	19,8
Modautal	47	34	81	4.962	16,3
Mühltal	120	87	207	13.783	15,0
Münster	343	148	491	14.244	34,5
Ober-Ramstadt	365	129	494	15.046	32,8
Otzberg	65	43	108	6.440	16,8
Pfungstadt	528	219	747	24.374	30,6
Reinheim	485	156	641	16.947	37,8
Roßdorf	219	78	297	12.355	24,0
Schaafheim	132	84	216	9.081	23,8
Seeheim-Jugenheim	182	109	291	16.230	17,9
Weiterstadt	341	206	547	24.168	22,6
Gesamt	5.207	2.377	7.584	288.626	26,3

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnung JHP

Ausgehend von den absoluten Zahlen fanden sich die meisten Arbeitslosen in den Städten. Um einen Gesamteindruck über die Situation der Arbeitslosen in den 23 Kommunen des Kreisgebietes zu erhalten, wird die Gesamtzahl der Arbeitslosen nach den Rechtskreisen SGB II und III in Relation zu 1.000 der Bevölkerung vor Ort gesetzt und eine Vergleichsquote gebildet.

Im Jahr 2008 lag der Kreisdurchschnitt der Arbeitslosen nach beiden Rechtskreisen bezogen auf 1.000 Einwohner/-innen bei einer Quote von 26,3. Ausgehend von diesem Durchschnittswert zeigt die Spannweite von 15,0 bis 37,8 deutliche Unterschiede auf.

Die wenigsten Arbeitslosen bezogen auf die Bevölkerung verzeichneten 2008 die Kommunen Mühlthal (15,0), Modautal (16,3) und Otzberg (16,8).



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnung JHP

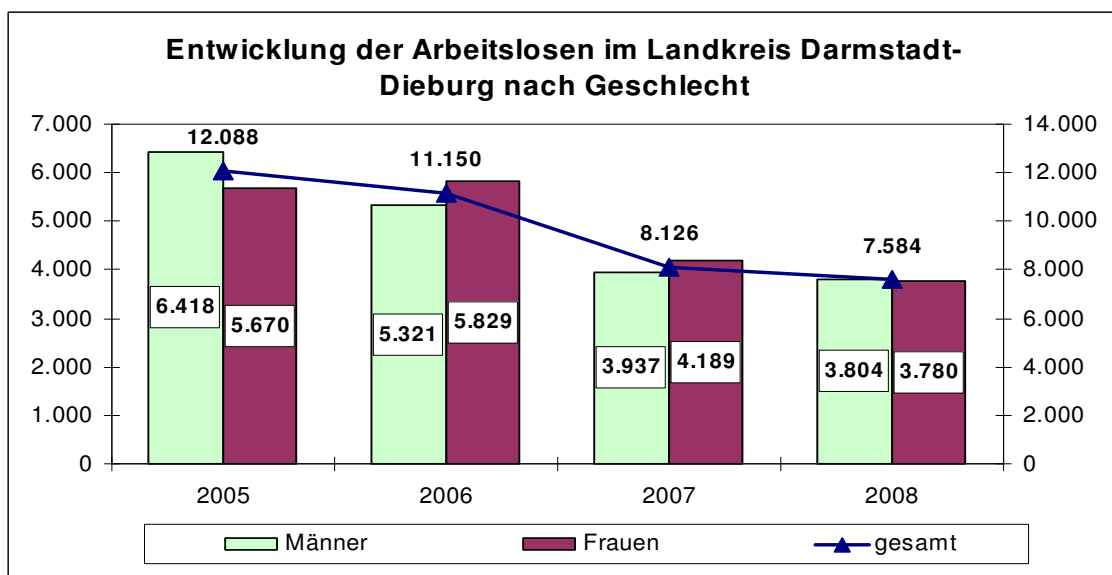
Dagegen hatten Reinheim (37,8), Groß-Zimmern (37,5) und Münster (34,5) deutlich höhere Arbeitslosenzahlen je 1.000 Einwohner/-innen zu verzeichnen.

1.2.5 Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Landkreis Darmstadt-Dieburg

Im Jahr 2005 lag die Zahl der Arbeitslosen im Landkreis Darmstadt-Dieburg bei 12.088. Bis 2008 konnte ein kontinuierlicher Rückgang der Arbeitslosenzahlen auf 7.584 verzeichnet werden. Dies entspricht einer Abnahme um 37,3%.

1.2.5.1 Arbeitslose nach Geschlecht

Im Beobachtungszeitraum nahmen die Arbeitslosenzahlen im Landkreis Darmstadt-Dieburg sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen deutlich ab. Während 2005 die Zahl der von Arbeitslosigkeit betroffenen Männer die der Frauen überstieg, gab es in den Folgejahren 2006 sowie 2007 mehr arbeitlose Frauen als Männer.

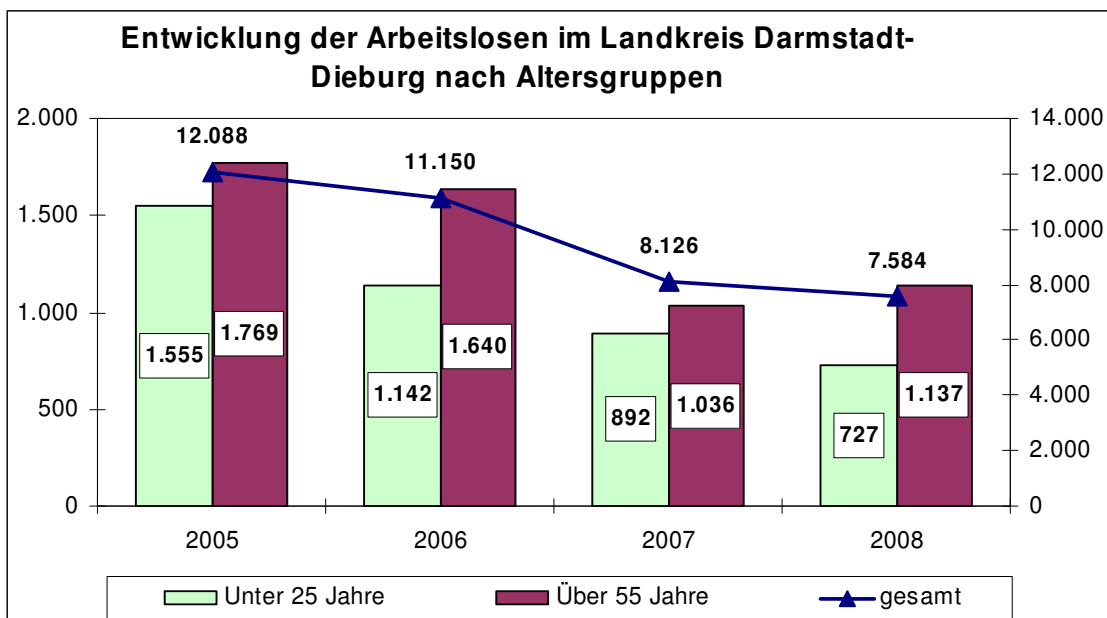


Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung JHP

Für das Jahr 2008 konnte ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis verzeichnet werden.

1.2.5.2 Arbeitslose nach Altersstruktur

Eine Unterscheidung nach Altersgruppen zeigt, dass im Landkreis Darmstadt-Dieburg von 2005 bis 2008 sowohl bei der Gruppe der unter 25-Jährigen (-53,2%) als auch bei der Gruppe der über 55-Jährigen (-35,7%) ein Rückgang der Arbeitslosenzahlen zu verzeichnen war.

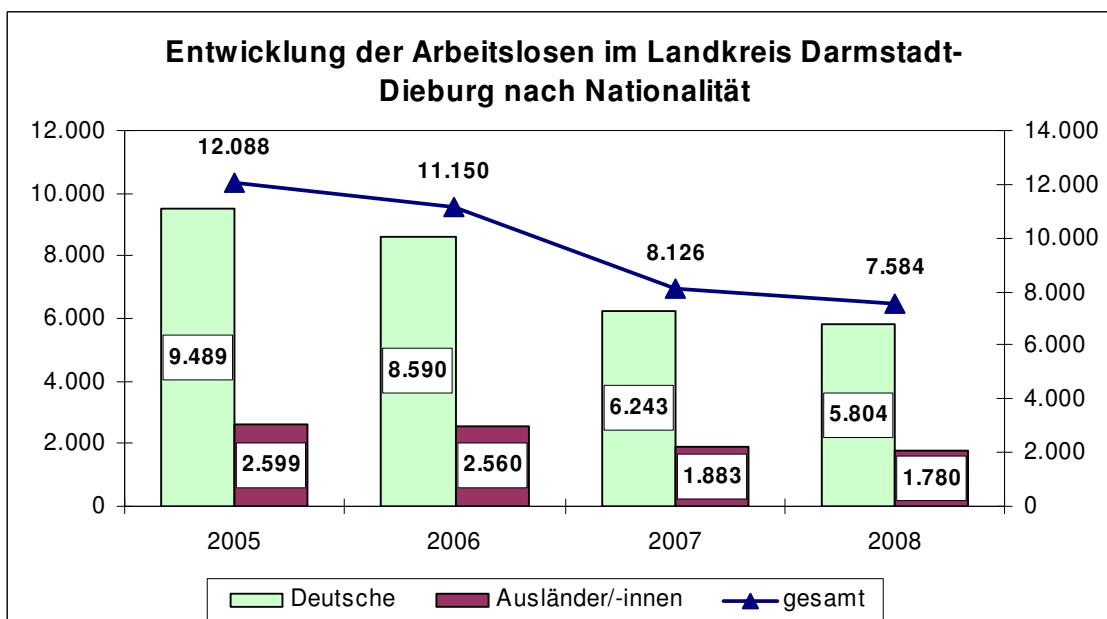


Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung JHP

Gegenüber 2007 stieg 2008 die Zahl der älteren Arbeitslosen über 55 Jahre um 9,7%.

1.2.5.3 Arbeitslose nach Nationalität

Von 2005 bis 2008 verringerte sich Zahl der Arbeitslosen insgesamt um 37,3%.

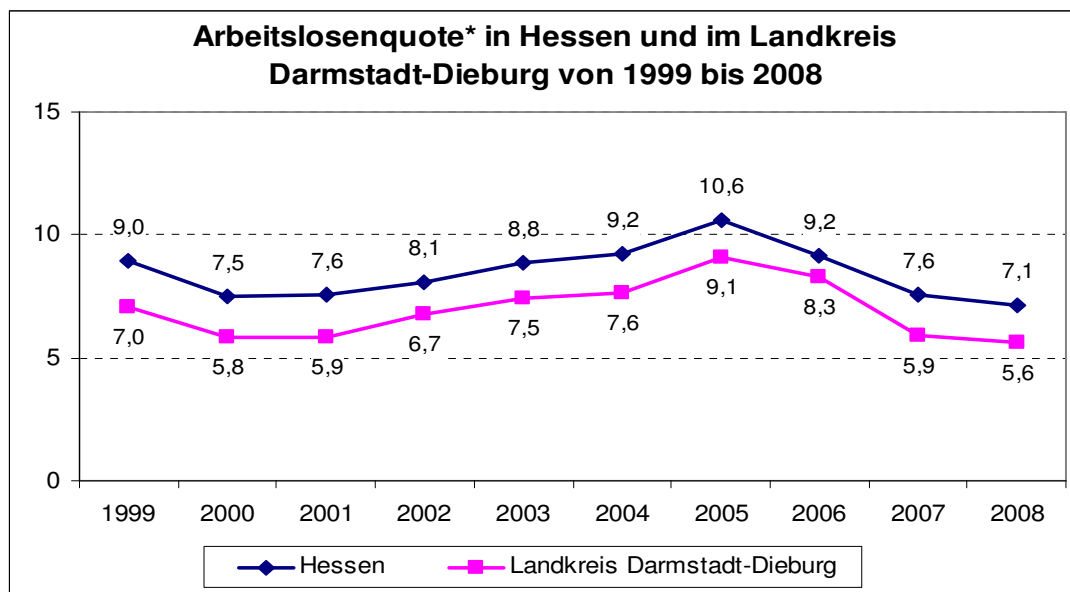


Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung JHP

Dabei betrug der Rückgang bei den Deutschen in dieser Zeitspanne 38,3% und der der Ausländer/-innen 31,5%.

1.2.6 Entwicklung der Arbeitslosenquoten in Hessen und im Landkreis Darmstadt-Dieburg

Um die Situation der Arbeitslosen im Landkreis Darmstadt-Dieburg besser einschätzen zu können, wird die Entwicklung der Arbeitslosenquote seit 1999 im Vergleich zu Hessen dargestellt. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an der zivilen Erwerbsbevölkerung.



* bezogen auf abhängig zivile Erwerbspersonen

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung JHP

Der Vergleich der Arbeitslosenquoten von 1999 bis 2008 im Kreisgebiet und Hessen zeigt, dass während des gesamten Beobachtungszeitraums der Landkreis niedrigere Quoten aufwies als Hessen.

Die Entwicklung der Arbeitslosenquote verlief im Landkreis Darmstadt-Dieburg parallel zu der in Hessen. So sank die Arbeitslosenquote in Hessen um 1,9 und im Landkreis Darmstadt-Dieburg um 1,4.

Sowohl in Hessen als auch im Landkreis gab es im Jahr 2005 die höchste Arbeitslosenquote. Dies liegt an der 2005 eingeführten Sozialrechtsreform und der damit einhergehenden Zusammenlegungen von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Bedingt durch die neuen gesetzlichen Regelungen wurden auch ehemalige Sozialhilfeberechtigte, die im alten System nicht als arbeitslos gemeldet wurden, in der Arbeitslosenstatistik erfasst. Darüber hinaus müssen sich seit 2005 auch erwerbsfähige Angehörige von ehemaligen Arbeitslosenhilfe-Empfänger/-innen arbeitslos melden, sofern eine Arbeit für sie zumutbar ist.

1.2.7 Arbeitslosigkeit nach dem Rechtskreis SGB II

Von den im Dezember 2008 im Landkreis Darmstadt-Dieburg 7.584 arbeitslos gemeldeten Personen wurden 5.207 Personen dem Rechtskreis SGB II zugeordnet. Das entspricht einem Anteil von 68,7% an allen Arbeitslosen. In Hessen waren von den 195.090 arbeitslos gemeldeten Personen 135.592 im Rechtskreis SGB II gemeldet. Das entsprach einem Anteil von 69,5%.

1.2.7.1 Arbeitslose in den Kreiskommunen

Arbeitslose nach dem Rechtskreis SGB II in den Kommunen des Landkreises Darmstadt-Dieburg 2008			
	SGB II Berechtigte	Bevölkerung	Quote je 1.000 der Bevölkerung
Alsbach-Hähnlein	113	9.148	12,4
Babenhausen	392	16.327	24,0
Bickenbach	61	5.345	11,4
Dieburg	259	14.586	17,8
Eppertshausen	78	5.859	13,3
Erzhausen	83	7.450	11,1
Fischbachtal	33	2.667	12,4
Griesheim	483	26.013	18,6
Groß-Bieberau	63	4.614	13,7
Groß-Umstadt	374	21.296	17,6
Groß-Zimmern	397	13.857	28,6
Messel	44	3.834	11,5
Modautal	47	4.962	9,5
Mühltal	120	13.783	8,7
Münster	343	14.244	24,1
Ober-Ramstadt	365	15.046	24,3
Otzberg	65	6.440	10,1
Pfungstadt	528	24.374	21,7
Reinheim	485	16.947	28,6
Roßdorf	219	12.355	17,7
Schaafheim	132	9.081	14,5
Seeheim-Jugenheim	182	16.230	11,2
Weiterstadt	341	24.168	14,1
Gesamt	5.207	288.626	18,0

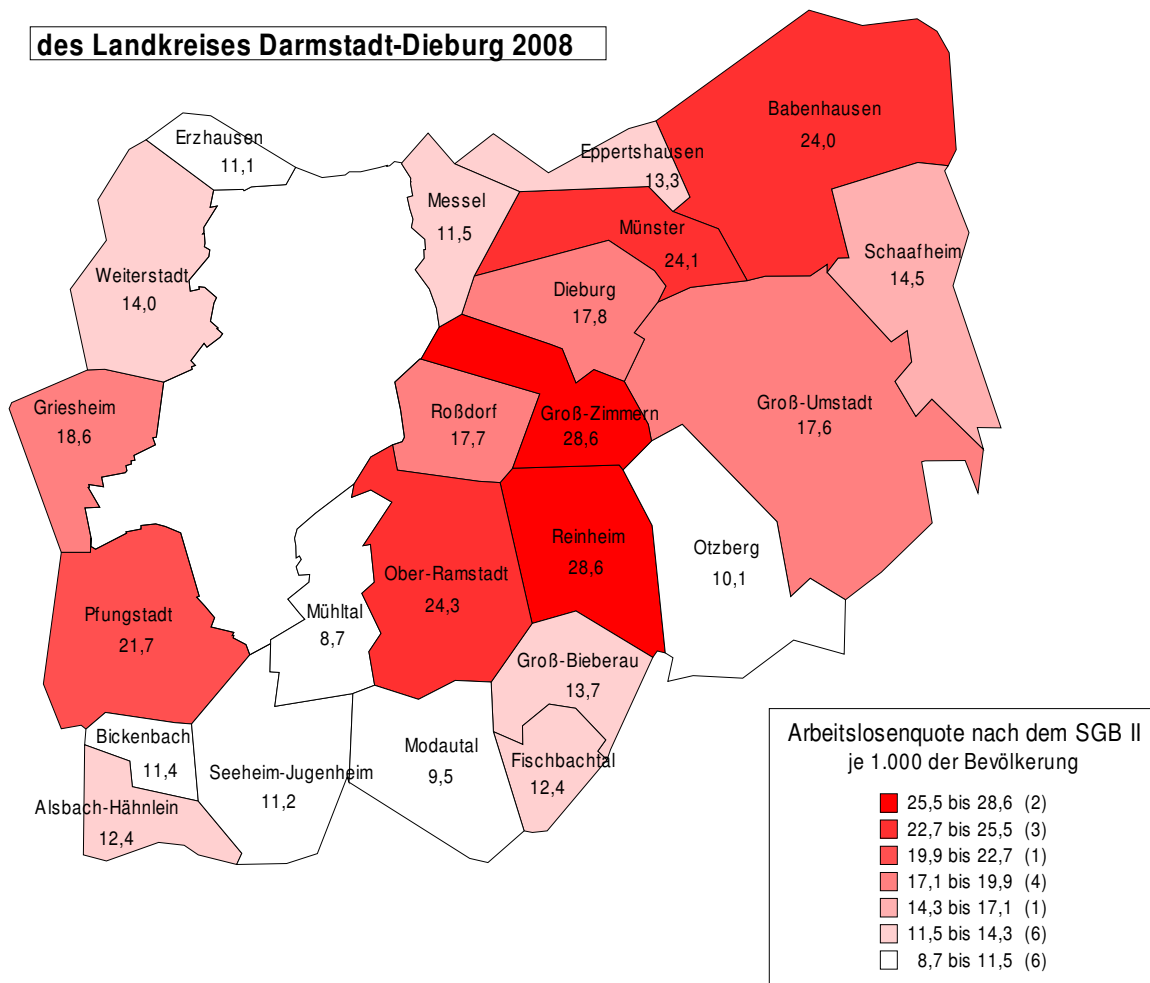
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen JHP

Die Quote der Arbeitslosen nach dem Rechtskreis SGB II bezogen auf 1.000 der Bevölkerung vor Ort erreichte 2008 eine Spannweite zwischen 8,7 und 28,6. Der Kreisdurchschnitt lag bei 18,0. Ausgehend von diesem Wert lagen 7 Kommunen über und 16 Kommunen unterhalb des Kreisdurchschnitts.

Die nachfolgende Grafik verdeutlicht noch einmal die sozialräumliche Verteilung der Arbeitslosenquoten nach dem Rechtskreis SGB II.

Arbeitslose im Rechtskreis SGB II in den Kommunen

des Landkreises Darmstadt-Dieburg 2008

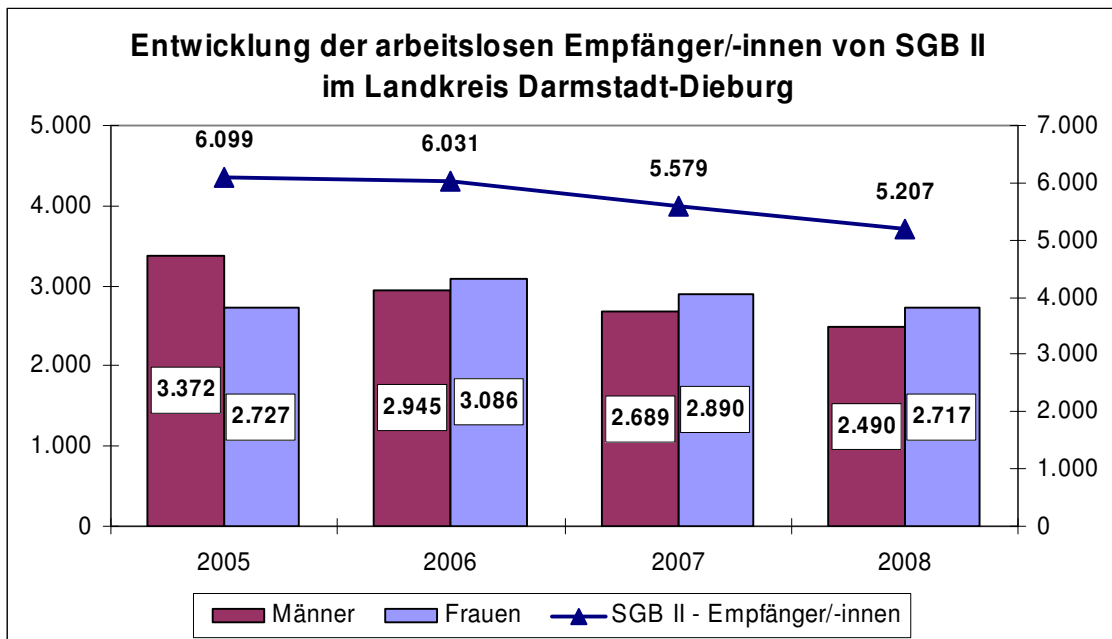


Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung JHP

Im Ostteil des Kreises ist die Arbeitslosendichte im Rechtskreis des SGB II höher als im Westkreis. Die höchste Quote verzeichneten die Kommunen Groß-Zimmern und Reinheim mit je 28,6. Die niedrigsten Quoten fanden sich den Kommunen Mühltal (8,7) und Modautal (9,5).

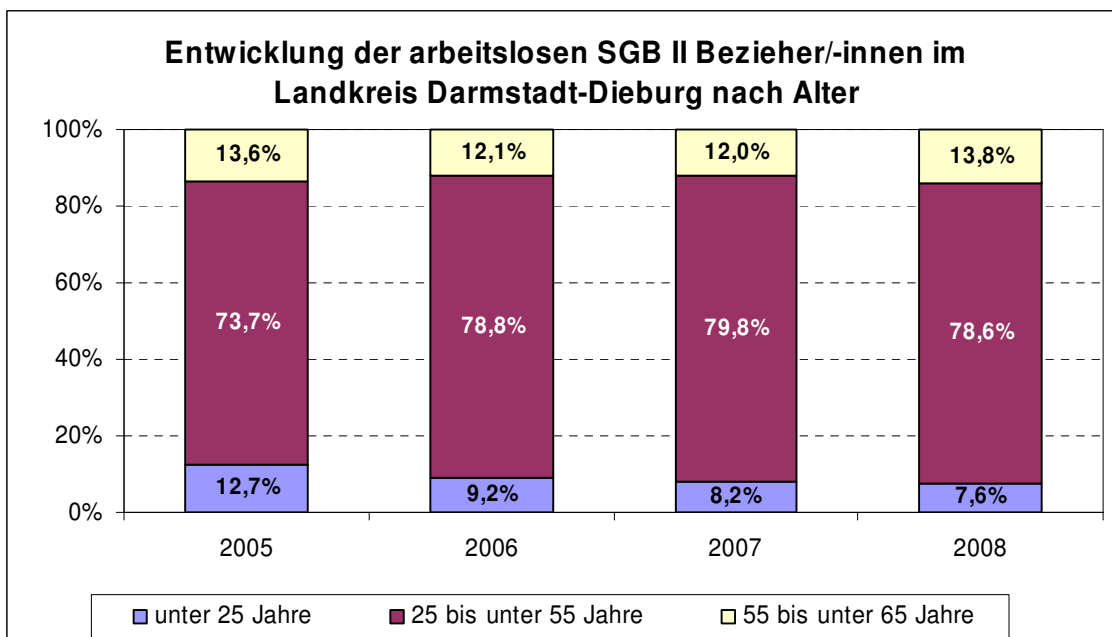
1.2.7.2 Entwicklung und soziografische Merkmale der Arbeitslosen

Im Beobachtungszeitraum 2005 bis 2008 kam es zu einem Rückgang der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II um insgesamt 14,6%.



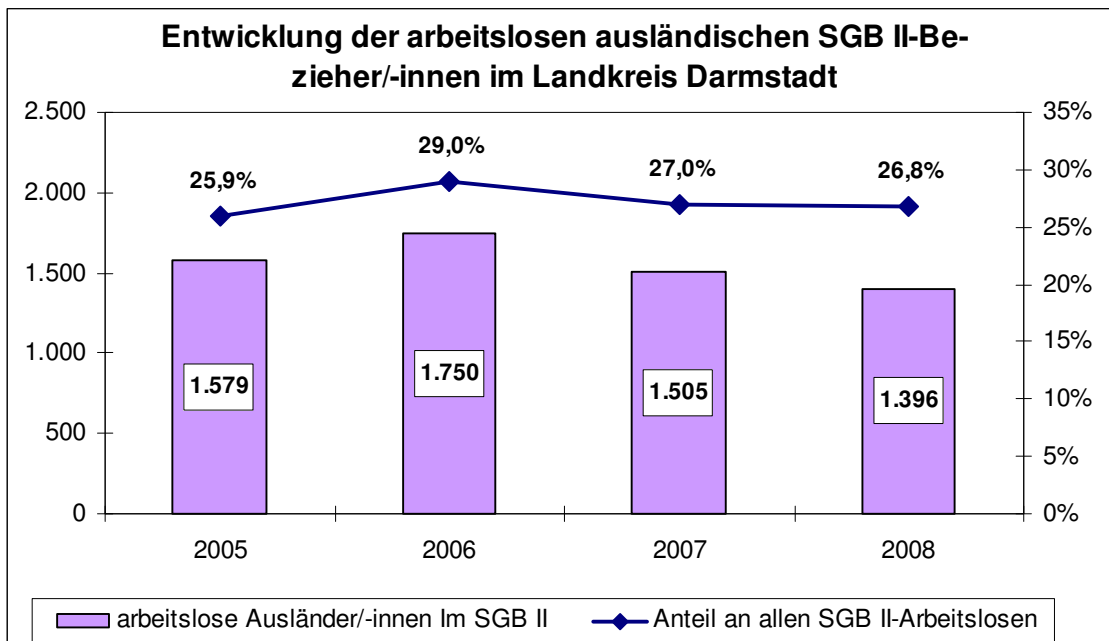
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung JHP

Bezüglich des Geschlechterverhältnisses kann festgestellt werden, dass im Jahr 2005 mehr Männer als Frauen von Arbeitslosigkeit nach dem Rechtskreis SGB II betroffen waren. Dies änderte sich 2006. Trotz insgesamt rückläufiger Entwicklung lag die Zahl der arbeitslosen Frauen leicht über der der Männer.



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung JHP

Von 2005 bis 2008 veränderte sich die Alterstruktur der arbeitslosen SGB II-Bezieher/-innen nur geringfügig. Während sich der Anteil der Altersgruppe von 25 bis unter 55 Jahren um 4,9% erhöhte, verringerte sich der der Jungen unter 25 Jahren um 5,5%. Der Anteil der Altersgruppe mit 55 Jahren und älter blieb relativ konstant.

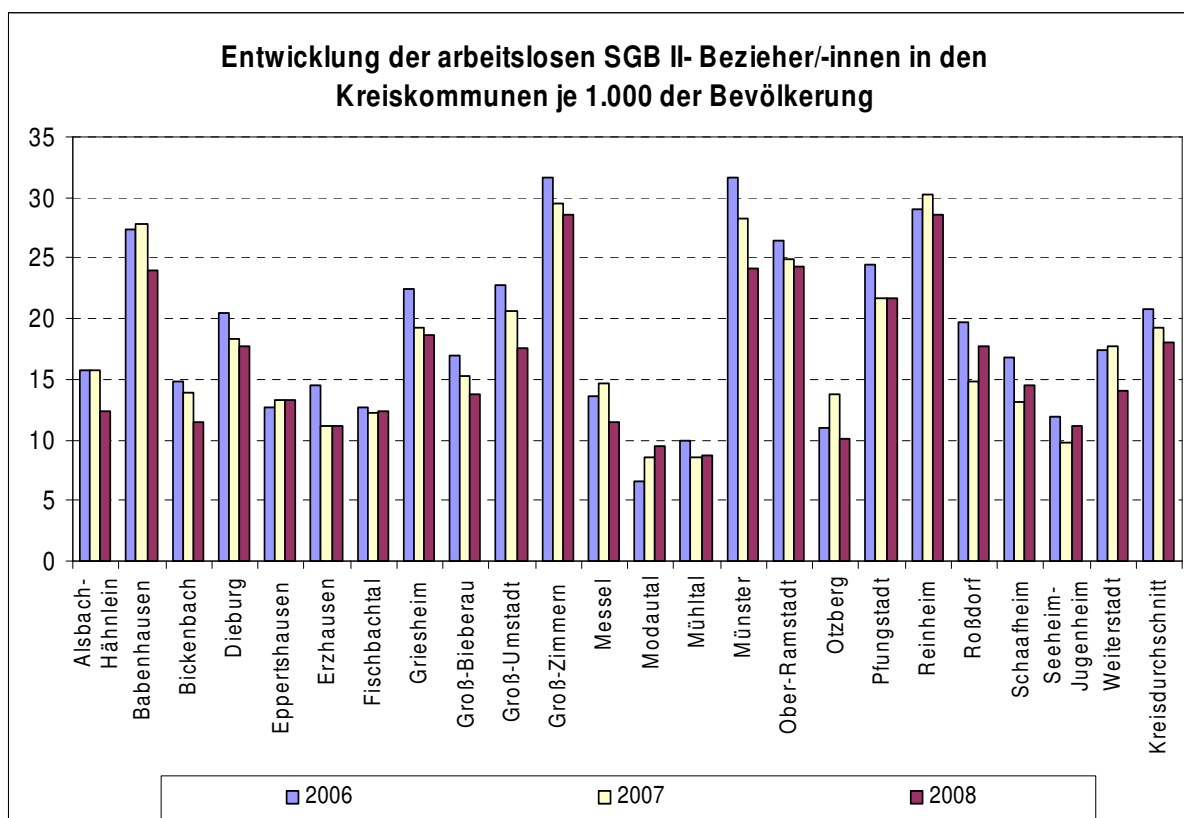


Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung JHP

Die Zahl der ausländischen Arbeitslosen mit SGB II-Bezug verringerte sich im Vergleichszeitraum um 11,6%. Dabei stieg der prozentuale Anteil der ausländischen Arbeitslosen an allen SGB II-Arbeitslosen von 25,9% auf 26,8%.

1.2.7.3 Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den Kreiskommunen

Die Entwicklung der Arbeitslosen nach dem Rechtskreis SGB II zeigt, bezogen auf die Kreiskommunen, von 2006 bis 2008 einen sehr unterschiedlichen Verlauf.



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnung JHP

Im Beobachtungszeitraum kam es mit Ausnahme von Eppertshausen und Modautal in allen Kommunen zu einem Rückgang der SGB II-Arbeitslosenquote. Den stärksten Rückgang konnte Münster verzeichnen.

1.2.8 Arbeitslosigkeit nach dem Rechtskreis SGB III

Von den im Dezember 2008 im Landkreis Darmstadt-Dieburg 7.584 arbeitslos gemeldeten Personen wurden 2.377 Personen dem Rechtskreis SGB III zugeordnet. Das entsprach einem Anteil von 31,3% an allen Arbeitslosen. In Hessen waren von den 195.090 arbeitslos verzeichneten Personen 59.498 im Rechtskreis SGB III gemeldet. Das entsprach einem Anteil von 30,5%.

1.2.8.1 Arbeitslose in den Kreiskommunen

Die Quote der Arbeitslosen nach dem Rechtskreis SGB III bezogen auf 1.000 der Bevölkerung vor Ort erreichte 2008 eine Spannweite zwischen 5,9 und 10,4, die damit wesentlich geringer ist als die nach dem Rechtskreis SGB II.

Die Kreisdurchschnittsquote der Arbeitslosen nach dem SGB III lag bei 8,2. Insgesamt lagen 13 Kommunen über und 10 Kommunen unterhalb dieses Mittelwertes.

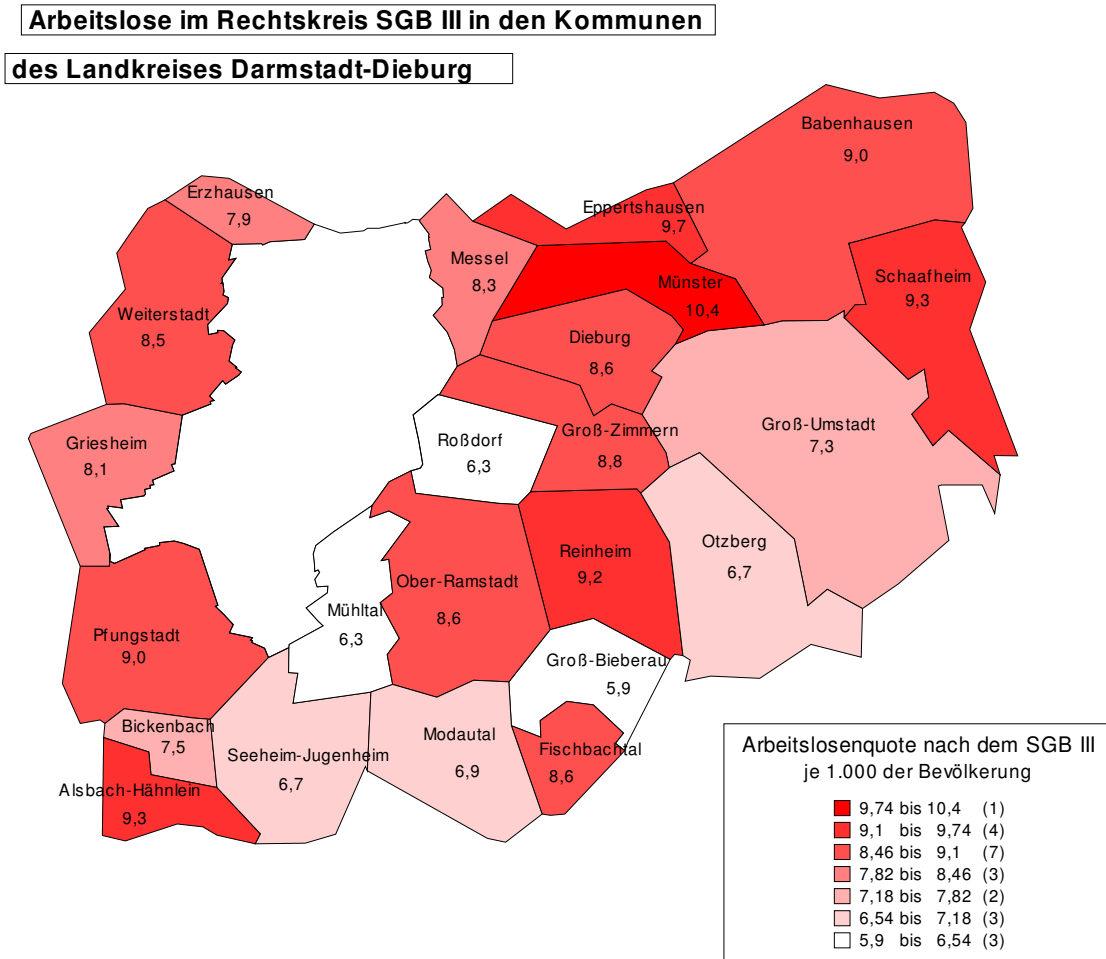
Arbeitslose nach dem Rechtskreis SGB III in den Kommunen des Landkreises Darmstadt-Dieburg 2008			
	SGB III Berechtigte	Bevölkerung	Quote je 1.000 der Bevölkerung
Alsbach-Hähnlein	85	9.148	9,3
Babenhäusen	147	16.327	9,0
Bickenbach	40	5.345	7,5
Dieburg	126	14.586	8,6
Eppertshausen	57	5.859	9,7
Erzhausen	59	7.450	7,9
Fischbachtal	23	2.667	8,6
Griesheim	211	26.013	8,1
Groß-Bieberau	27	4.614	5,9
Groß-Umstadt	155	21.296	7,3
Groß-Zimmern	122	13.857	8,8
Messel	32	3.834	8,3
Modautal	34	4.962	6,9
Mühltal	87	13.783	6,3
Münster	148	14.244	10,4
Ober-Ramstadt	129	15.046	8,6
Otzberg	43	6.440	6,7
Pfungstadt	219	24.374	9,0
Reinheim	156	16.947	9,2
Roßdorf	78	12.355	6,3
Schaafheim	84	9.081	9,3
Seeheim-Jugenheim	109	16.230	6,7
Weiterstadt	206	24.168	8,5
Gesamt	2.377	288.626	8,2

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnung JHP

Ausgehend vom Kreismittelwert verzeichneten die Kommunen Münster (10,4), Eppertshausen (9,7) sowie Alsbach-Hähnlein und Schaafheim (je 9,3) 2008 die höchsten Quoten.

Die niedrigsten Arbeitslosenquoten im Rechtskreis des SGB III, bezogen auf je 1.000 Einwohner/-innen, fanden sich in Groß-Bieberau (5,9), Mühlthal und Roßdorf (je 6,3). Arbeitslosen.

Die sozialräumliche Verteilung der Arbeitslosenquoten im Rechtskreis des SGB III zeigt keine Auffälligkeiten bezogen auf den Ost- oder Westkreis.

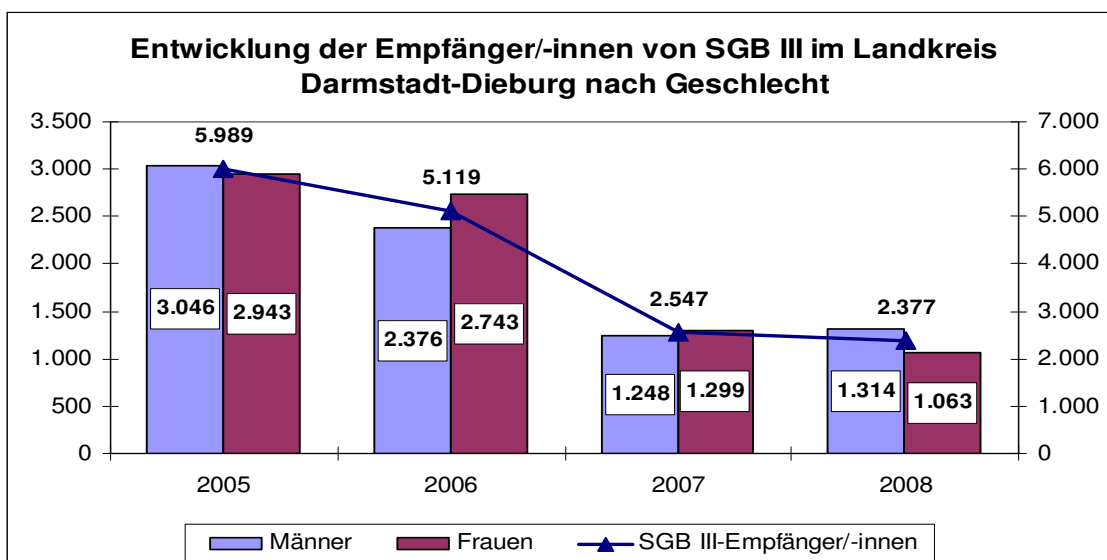


Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnung JHP

1.2.8.2 Entwicklung und soziografische Merkmale der Arbeitslosen

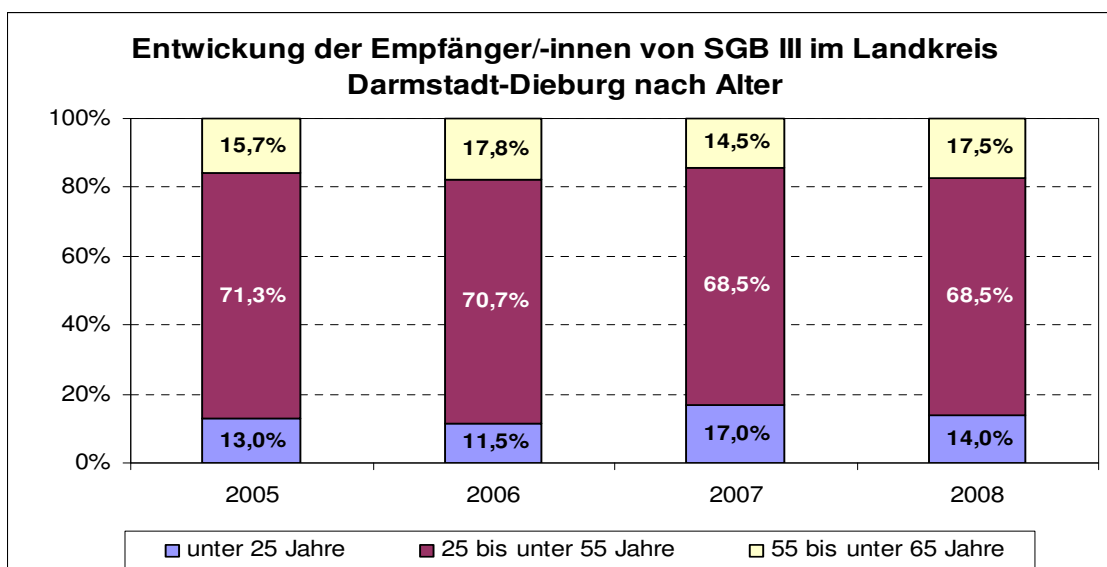
Von 2005 bis 2008 ging die Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB III mit -60,3% deutlich zurück.

Differenziert nach Geschlecht kann festgestellt werden, dass die Zahl der arbeitslosen Männer 2005 und 2008 über dem der Frauen lag, während 2006 und 2007 der Frauenanteil über dem der Männer lag.



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung JHP

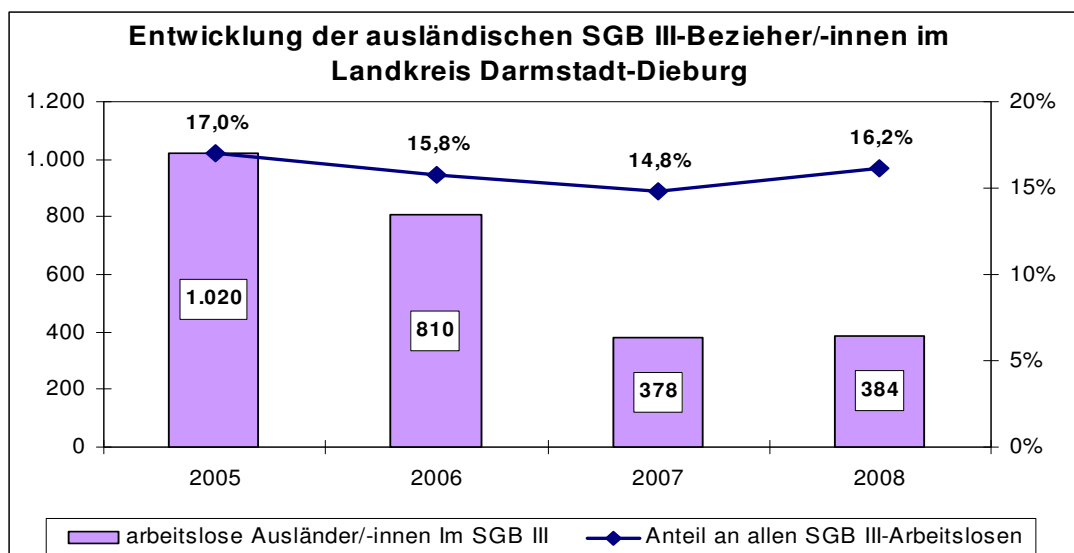
Die Alterstruktur der arbeitslosen SGB III-Bezieher/-innen veränderte sich von 2005 bis 2008 nur geringfügig.



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung JHP

Während sich der Anteil der Jüngeren unter 25 Jahren (+1,0%) und der Älteren über 55 Jahren (+1,8%) leicht erhöhte, verringerte sich der Anteil der Altersgruppe von 25 bis unter 55 Jahren (-2,8%).

Im Vergleichszeitraum ist ein Rückgang der ausländischen Arbeitslosen im Rechtskreis SGB III um 62,3% zu verzeichnen. Dabei verringerte sich der prozentuale Anteil der ausländischen Arbeitslosen an allen Arbeitslosen mit SGB III-Bezug von 17,0% auf 16,2%.

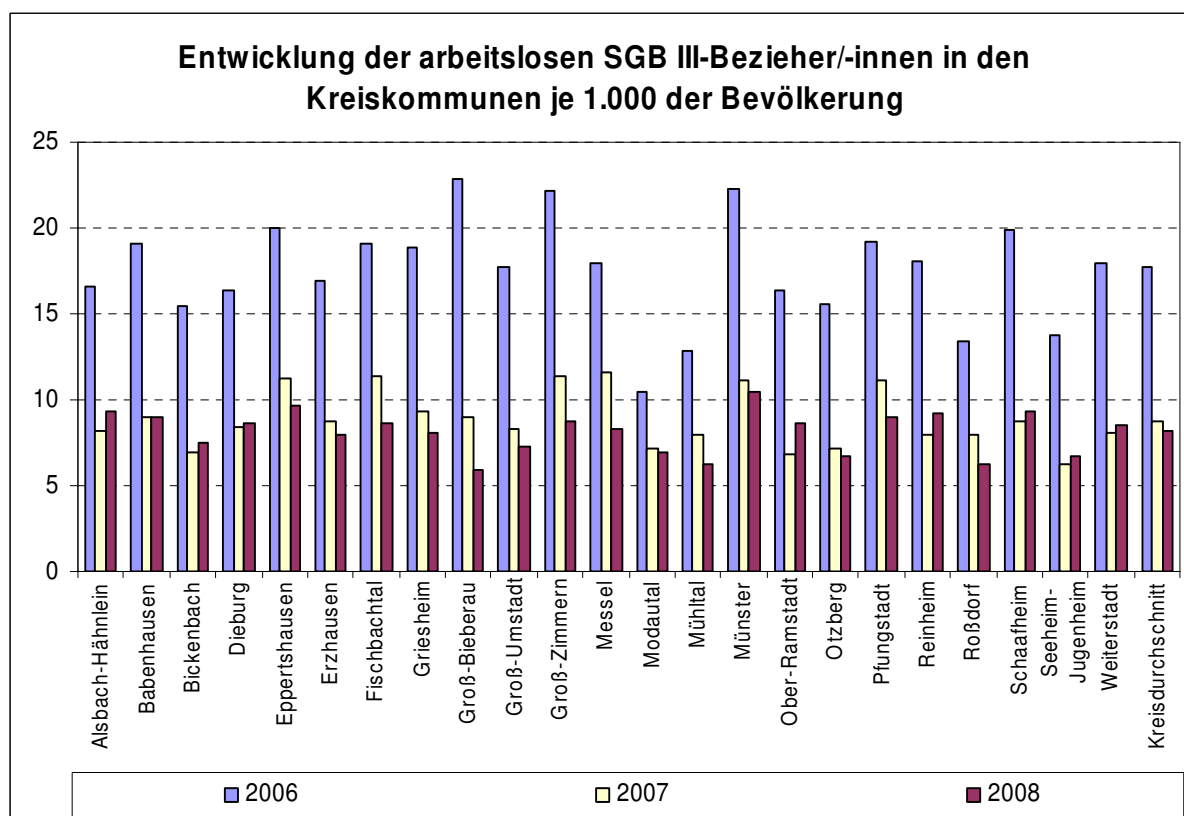


Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung JHP

Die Zahl der ausländischen SGB III-Arbeitslosen fiel von 2005 bis 2007 kontinuierlich, um im Folgejahr 2008 wieder leicht anzusteigen. Gegenüber 2007 ist dies ein Anstieg 1,6%.

1.2.8.3 Entwicklung in den Kreiskommunen

Die Entwicklung der Arbeitslosen nach dem Rechtskreis SGB III von 2006 bis 2008 zeigt für die einzelnen Kreiskommunen einen sehr ähnlichen Verlauf.

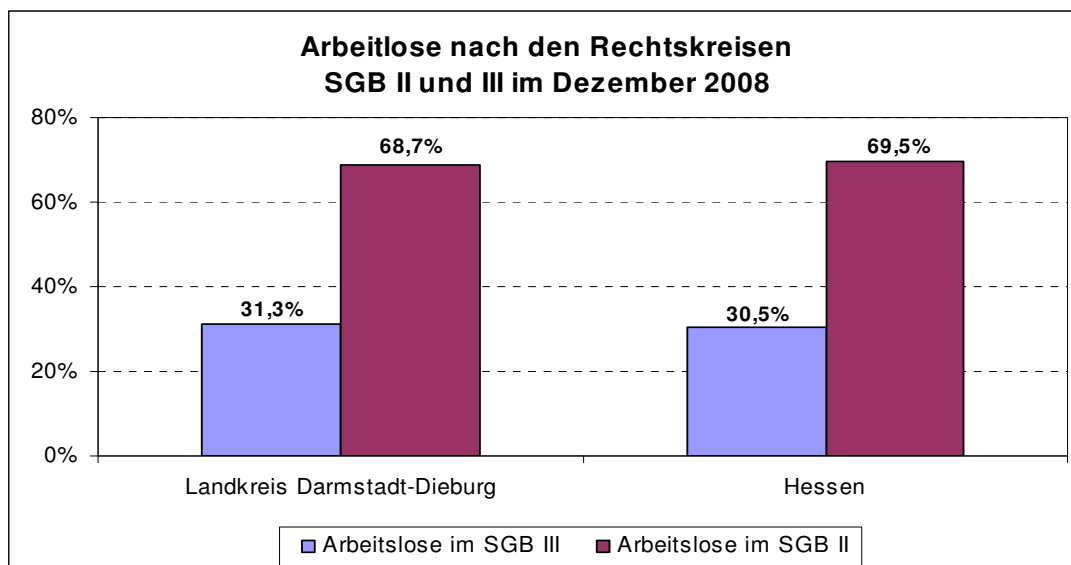


Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnung JHP

So konnte im Vergleichszeitraum in allen 23 Kreiskommunen ein deutlicher Rückgang der SGB III-Arbeitslosenquote verzeichnet werden. Den größten Rückgang gab es in Groß-Bieberau. Dort verringerte sich die Quote von 22,8 auf 5,9 und damit um 74,1%. Die geringste Veränderung mit einem Rückgang von 33,7% verzeichnete die Kommune Modautal.

1.2.9 Vergleich der Arbeitslosigkeit nach den Rechtskreisen SGB II und III

Von den im Dezember 2008 im Landkreis Darmstadt-Dieburg 7.584 (Hessen 195.090) arbeitslos gemeldeten Personen wurden 2.377 Personen dem Rechtskreis SGB III (Hessen 59.498) und 5.207 dem Rechtskreis SGB II (Hessen 135.592) zugeordnet.

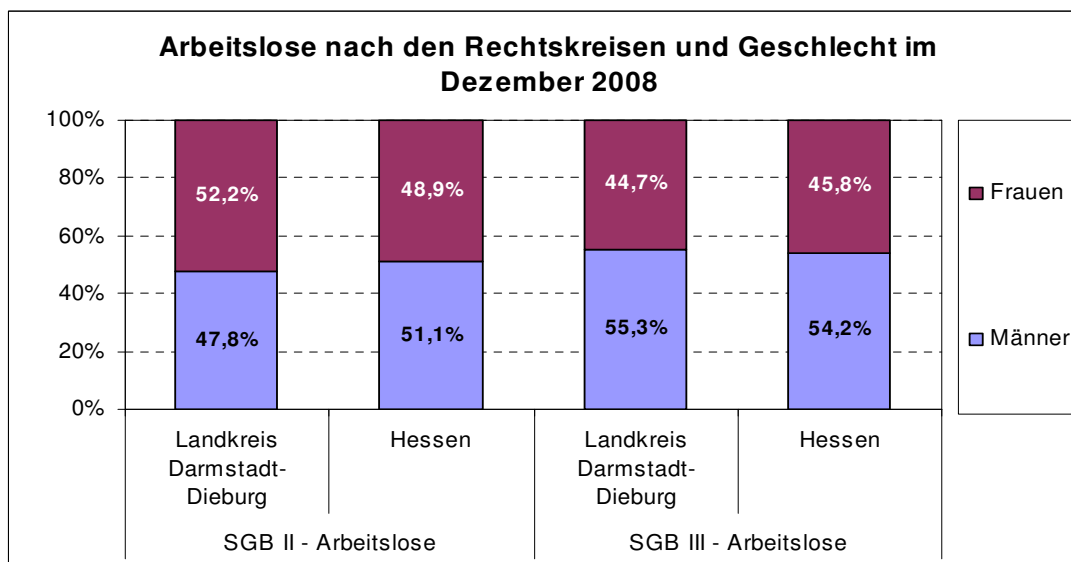


Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung JHP

Damit war 2008 die Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB II kreis- und hessenweit mehr als doppelt so hoch als im Rechtskreis SGB III.

1.2.9.1 Soziografische Merkmale der Arbeitslosen

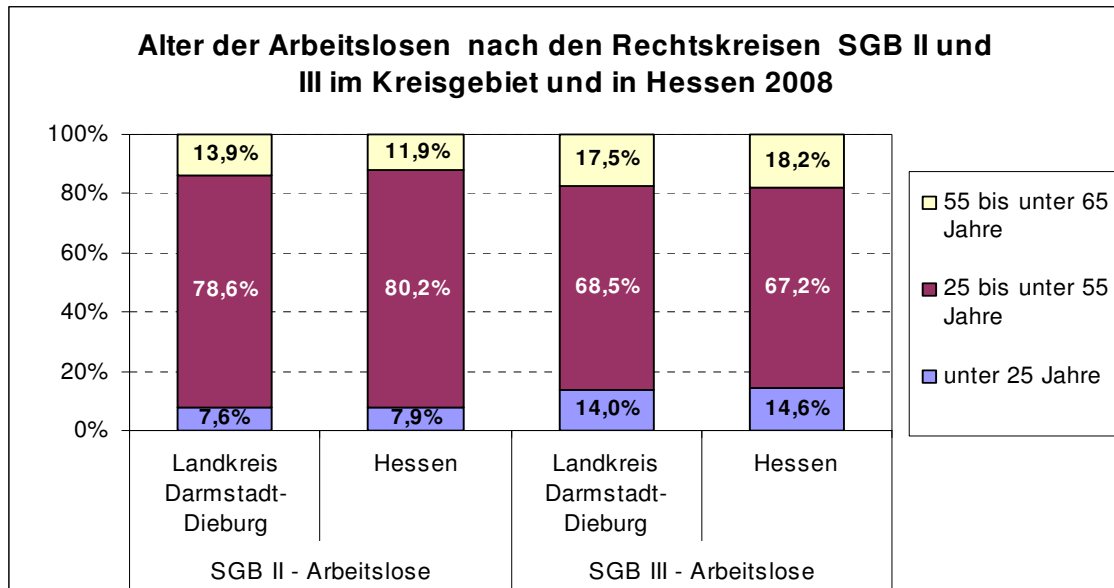
Die Verteilung nach Geschlecht und Rechtskreisen zeigte im Kreisgebiet 2008 im Rechtskreis des SGB II einen höheren Anteil von Frauen.



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung JHP

Während der Anteil der Frauen im Kreisgebiet im Rechtskreis des SGB II über dem von Hessen lag, lag er bezogen auf den Rechtskreis des SGB III leicht darunter. Entsprechend liegt hier Anteil der männlichen SGB II-Arbeitslosen über dem in Hessen.

Ein Blick auf die Altersstruktur der Arbeitslosen verdeutlicht Unterschiede nach den Rechtskreisen. So lag der Anteil der unter 25-Jährigen im Rechtskreis des SGB II im Kreisgebiet bei 7,6% und in Hessen bei 7,9%. Im Rechtskreis des SGB III erreichte der Anteil dieser Altersgruppe im Kreisgebiet 14,0% und in Hessen sogar 14,6%.

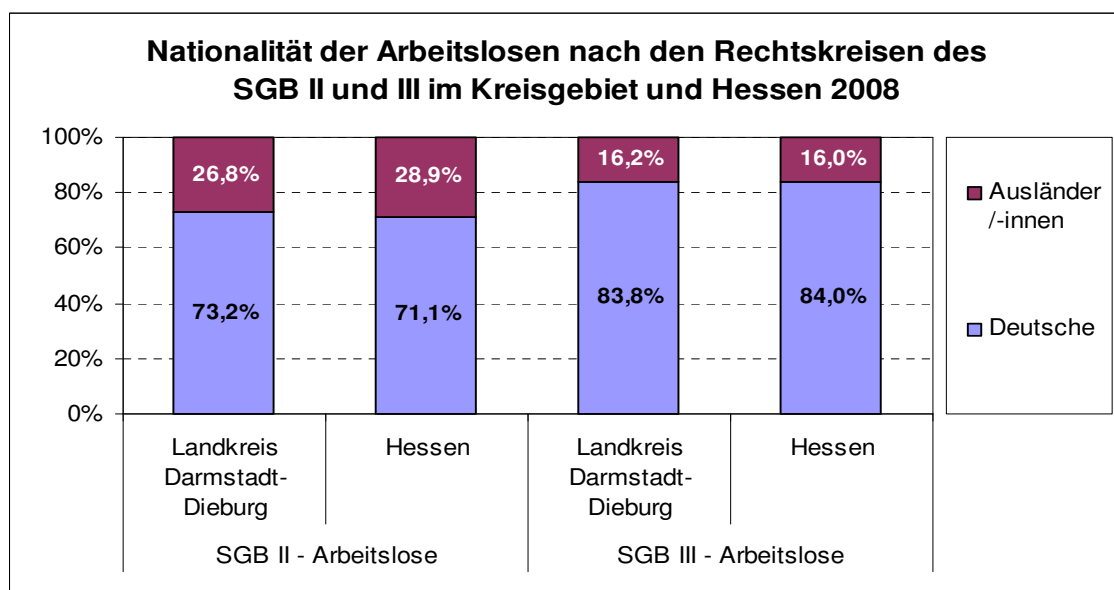


Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung JHP

Auch in der Gruppe der 55- bis unter 65-Jährigen war der Anteil der Arbeitslosen nach dem SGB II im Kreisgebiet höher als in Hessen, während er bei den Arbeitslosen nach dem SGB III darunter lag.

In der Gruppe der 25- bis unter 55-Jährigen lag der Anteil der Arbeitslosen nach dem Rechtskreis des SGB II im Kreisgebiet und in Hessen deutlich über dem des SGB III. Auch bei dieser Altersgruppe fand sich im Kreis ein höherer Anteil als in Hessen.

Mit Stand Dezember 2008 lag der Ausländer/-innenanteil bei den Arbeitslosen nach dem Rechtskreis SGB III im Landkreis Darmstadt-Dieburg bei 16,2% und in Hessen bei 16,0%.



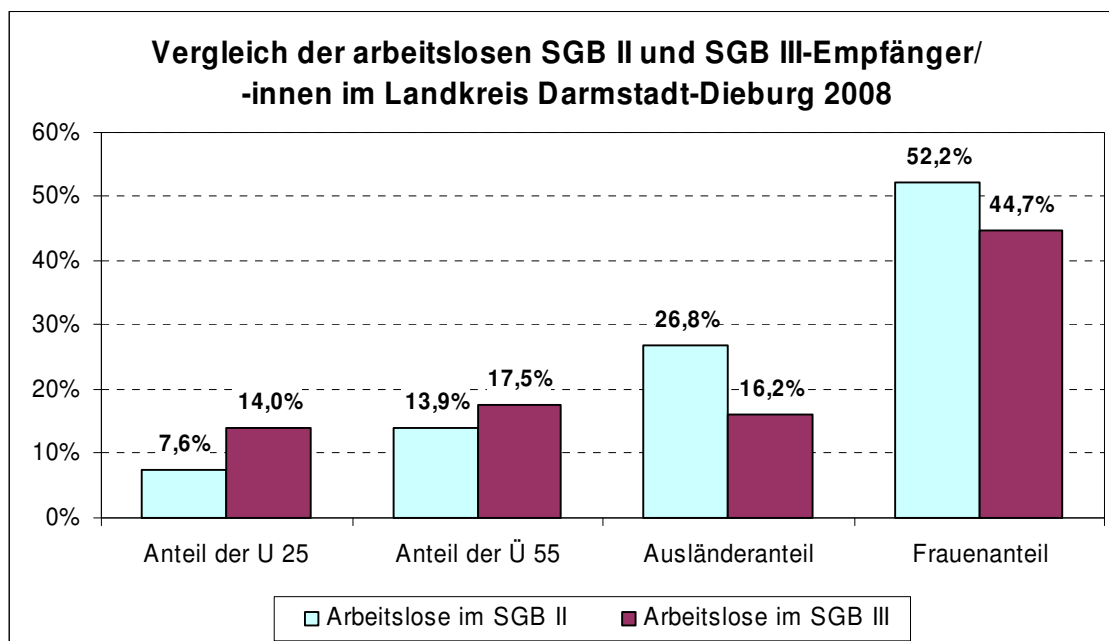
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung JHP

Deutlich höher war der Anteil der ausländischen Arbeitslosen im Rechtskreis des SGB II. Im Kreisgebiet betrug er 26,8% und in Hessen 28,9%. Damit verfügte mehr als jede/r Vierte

arbeitslose ALG II-Empfänger/-in sowohl im Landkreis Darmstadt-Dieburg als auch in Hessen über keinen deutschen Pass.

1.2.9.2 Zusammenfassender Vergleich

2008 gab es im Landkreis Darmstadt-Dieburg insgesamt 2.377 Arbeitslose nach dem Rechtskreis des SGB III und 5.207 Arbeitslose nach dem des SGB II.



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung JHP

Der Vergleich zeigt, dass arbeitslose Frauen in der Gruppe der SGB III-Bezieher/-innen mit einem Anteil von 44,7% unterrepräsentiert und in der Gruppe der arbeitslosen SGB II-Empfänger/-innen leicht über dem Durchschnitt liegt (52,2%).

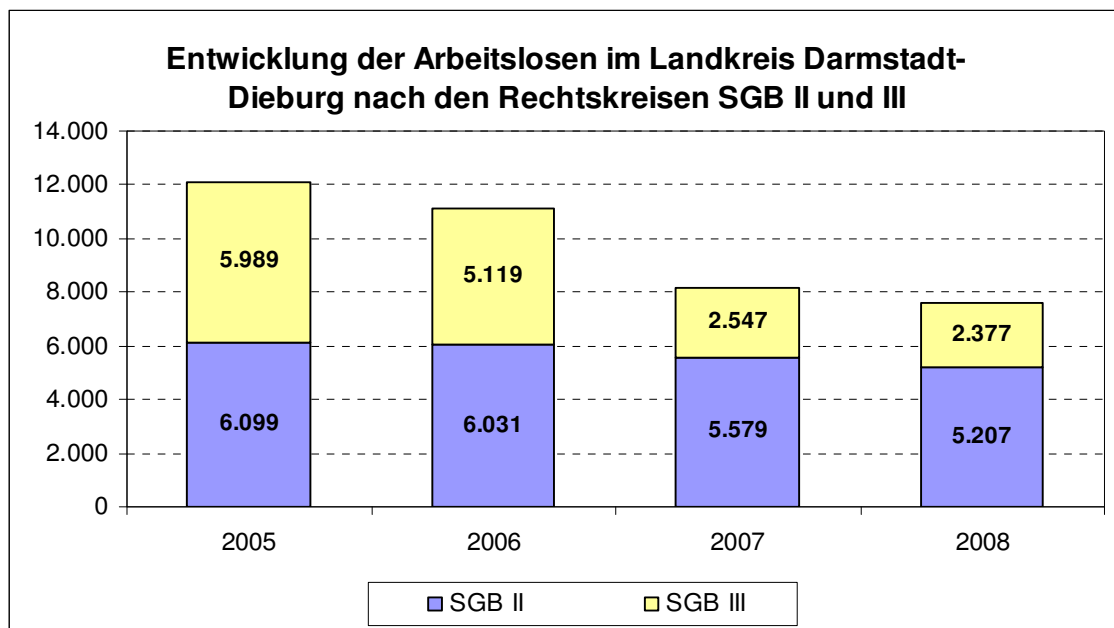
Auch bei der Nationalität liegt der Anteil der arbeitslosen Ausländer/-innen mit SGB II-Bezug über dem der arbeitslosen SGB III-Bezieher/-innen. Landkreis Darmstadt-Dieburg:

Deutliche Unterschiede zeigen sich auch hinsichtlich des Alters. Hier liegt der Anteil der Arbeitslosen nach dem Rechtskreis des SGB III sowohl bei den jungen Menschen unter 25 Jahren als auch bei den älteren Menschen mit über 55 Jahren weit über dem der Arbeitslosen nach dem Rechtskreis SGB II.

1.2.9.3 Vergleichende Entwicklung der Arbeitslosigkeit

Die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen im Landkreis Darmstadt-Dieburg differenziert nach den beiden Rechtskreisen zeigt, dass von 2005 bis 2008 die Zugänge in Arbeitslosigkeit sowohl im SGB II als auch im SGB III zurückgingen.

Dabei verringerte sich die Zahl der Arbeitslosen mit SGB III-Bezug deutlich um 3.612 Personen und damit um 60,3%. Die Zahl der arbeitslosen Menschen mit SGB II-Bezug verringert sich ebenfalls um 892 und damit um 14,6%.



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung JHP

War das Verhältnis zwischen SGB III- und SGB II-Arbeitslosen 2005 noch relativ ausgewogen war (49,5% zu 50,5%) kam es in den Folgejahren zu einem deutlichen prozentualen Anstieg der SGB II-Arbeitslosen gegenüber den Arbeitslosen, die dem Rechtskreis des SGB III zuzuordnen sind. In den letzten beiden Jahren lag das Verhältnis jeweils bei 2:1 (68,7% zu 31,3%).

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse: Erwerbsbeteiligung und Erwerbslosigkeit

Erwerbsorientierung

- Gemessen an der Erwerbsquote (73,0% im Jahr 2005 und 76,4% im Jahr 2008) nimmt die Erwerbsorientierung der Bevölkerung in der Regionaleinheit mit dem Landkreis Darmstadt Dieburg weiter zu. Dabei ist der Anstieg der Erwerbsquote vor allem auf die zunehmende Erwerbsorientierung der Frauen zurückzuführen.

Erwerbsbeteiligung

Erwerbs- und Nichterwerbspersonen

- Von den 2008 gemeldeten Personen mit Hauptwohnsitz in den Landkreisen Darmstadt-Dieburg, Bergstraße und Odenwaldkreis zählten 49,6% zu der Gruppe der Erwerbspersonen. Davon waren 46,4% erwerbstätig und 3,0% erwerbslose Personen.
- Im gleichen Jahr gehörten 50,4% der mit Hauptsitz gemeldeten Personen zur Gruppe der Nicht-Erwerbspersonen. Dazu zählen Schüler/-innen, Studenten/-innen, Hausfrauen/-männer, Frührentner/-innen, Empfänger/-innen von Sozialgeld und Grundversicherung sowie nicht arbeitslose ALG II-Empfänger/-innen zwischen 15 und 64 Jahren.
- Von den ausländischen Erwerbspersonen waren 85,7% erwerbstätig und 14,3% erwerbslos.

Struktur der erwerbstätigen Bevölkerung in der Regionaleinheit

Alter, Geschlecht und Bildung

- Im Jahr 2008 waren 73,3% der 25- bis unter 55-Jährigen in der Regionaleinheit erwerbstätig. Von den Jüngeren unter 25 Jahren waren es 11,2% und die Älteren mit 55 Jahren und mehr stellten einen Anteil von 15,5%.
- Von den Erwerbstätigen waren Männer (55,4%) häufiger erwerbstätig als Frauen (44,6%). Darüber hinaus sind 85,5% der abhängig Teilzeitbeschäftigten Frauen.
- 2008 besaßen 31,3% der Erwerbstätigen in der Regionaleinheit einen Haupt- bzw. Volksschulabschluss, 36,0% den Realschulabschluss und 32,8% verfügten über die Fachhochschul- bzw. Hochschulreife.
- Der Rückgang der Arbeiter/-innen und die Zunahme der Angestellten in Hessen und der Regionaleinheit belegen den Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft.

Erwerbstätige und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach dem Arbeitsortprinzip

Erwerbstätige im Landkreis Darmstadt-Dieburg

- Die Zahl der Erwerbstätigen mit einem Arbeitsplatz im Landkreis Darmstadt-Dieburg hat sich von 90.000 im Jahr 1999 auf rund 96.400 im Jahr 2007 erhöht (+7,1%). Davon waren 85.500 Arbeitnehmer/-innen. Dies entspricht einem Anteil von 85,6% an allen Erwerbstätigen.

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte

- Zum 30.06.2007 waren von den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen im Landkreis Darmstadt-Dieburg 38,8% im produzierenden Gewerbe und 27,6% im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr beschäftigt. 20,2% der Beschäftigten waren bei einem öffentlichen oder privaten Dienstleister, 12,7% im Bereich Finanzierung und Unternehmensdienstleistungen sowie 1,5% in der Land- und Forstwirtschaft bzw. Fischerei tätig.

Selbständige

- 2007 waren im Kreisgebiet 13,9% der Erwerbstätigen als Selbständige angemeldet und in Hessen 11,3%.

Geringfügig Beschäftigte

- 2007 gab es 21.603 geringfügig entlohnte Beschäftigte mit Arbeitsort im Kreisgebiet. Davon waren 14.781 (68,4%) ausschließlich geringfügig Beschäftigte und 6.822 Personen (31,6%) im Nebenjob geringfügig beschäftigt. Insgesamt stellten die geringfügig Beschäftigten einen Anteil von 22,4% an allen Erwerbstätigen und 26,4% an allen Arbeitnehmer/-innen im Landkreis.

Entwicklung

- Von 2000 bis 2007 stieg die Zahl der Erwerbstätigen im Landkreis um 5,2% und in Hessen 1,5%.

- Im gleichen Zeitraum verringerte sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Kreisgebiet um 2,2% und in Hessen um 2,4%.
- Dabei verringerte sich der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Kreisgebiet von 86,1 auf 63,3% und in Hessen von 72,9 auf 70,0%.
- Von 2004 bis 2007 ist der Anstieg der Erwerbstätigen im Kreisgebiet zu 63,8% auf die Zunahme der geringfügig entlohnten Beschäftigten (+1.660) zurückzuführen. Werden nur die Arbeitnehmer/-innen betrachtet, so sind 69,2% der Steigerung in diesem Zeitraum auf die GeB zurückzuführen.

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte im Landkreis Darmstadt-Dieburg nach dem Wohnortprinzip

- Im Juni 2008 waren 100.477 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Wohnort im Landkreis Darmstadt-Dieburg gemeldet. Davon waren 44,5% weiblich.
- Werden die zum Stichtag 2008 nach dem Wohnortprinzip erfassten 100.477 Beschäftigten zur erwerbsfähigen Bevölkerung von 15 bis unter 65 Jahren ins Verhältnis gesetzt, so sind kreisweit 51,8% dieser Bevölkerung sozialversicherungspflichtig beschäftigt.
- Ausgehend von diesem Kreisdurchschnittswert wohnen die meisten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Griesheim (56,3%), Weiterstadt und Erzhausen (mit je 55,0%).
- Die wenigsten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im erwerbsfähigen Alter wohnen in Seeheim-Jugenheim (46,9%), in Dieburg (47,1%) und in Mühlthal (48,0%).

Entwicklung

- Von 2004 bis 2008 kann ein Anstieg der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Wohnort im Kreisgebiet und in Hessen um 2,6% verzeichnet werden. Die Entwicklung im Kreisgebiet verläuft parallel zu der in Hessen.
- Von 2005 bis 2008 zeigt die Entwicklung nach dem Alter der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Zunahmen bei den 20- bis 30-Jährigen (+1,3%), den 40- bis 50-Jährigen (+0,6%) und den 50-Jährigen und älter (+1,3%). Rückgänge sind bei den 30- bis unter 40-Jährigen (-3,0%) und bei den unter 20-Jährigen (-0,3%) zu verzeichnen.
- Von 2005 bis 2008 zeigt die berufliche Bildungsstruktur der SV-Beschäftigten eine geringe Abnahme bei den Geringqualifizierten und den Qualifizierten mit abgeschlossener Berufsausbildung und eine leichte Zunahmen bei den Hochqualifizierten.

Erwerbslosigkeit

Arbeitslose nach den Rechtskreisen SGB II und SGB III

- Im Dezember 2008 lag die Zahl der Arbeitslosen im Landkreis Darmstadt-Dieburg nach den Rechtskreisen SGB II und III bei 7.584. In Hessen gab es insgesamt 195.090 Arbeitslose.

Soziografische Merkmale

Geschlecht

- Der Anteil der Frauen im Landkreis lag bei 49,8% und hessenweit bei 48,0%.

Altersstruktur

- 2008 waren drei Viertel aller Arbeitslosen im Kreisgebiet und in Hessen zwischen 25 und 54 Jahre alt. Der Anteil der unter 25-Jährigen lag im Landkreis bei 9,6% und hessenweit bei 10,0%. Der Anteil der über 55-Jährigen an den Arbeitslosen lag im Kreis bei 15,0% und in Hessen bei 13,8%.

Nationalität

- 2008 gab es im Landkreis 1.780 arbeitslose Ausländer/-innen und 5.804 Deutsche. Im Kreisgebiet hatten somit 23,5% der Arbeitslosen keinen deutschen Pass. In Hessen betrug der Anteil 24,9. Gemessen am Anteil der ausländischen Bevölkerung sind Ausländer/-innen überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen.

Entwicklung

- Von 1999 bis 2008 sank die Arbeitslosenquote bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen im Landkreis Darmstadt-Dieburg von 7,0 auf 5,6 und in Hessen von 9,0 auf 7,1. Damit lag die Arbeitslosenquote im Kreisgebiet im Beobachtungszeitraum immer unter der hessischen.
- Die Zahl der Arbeitslosen nach den Rechtskreisen SGB II und SGB III verringerte sich im Landkreis von 12.088 im Jahr 2005 auf 7.584 im Jahr 2008. Das entspricht einem Rückgang der Arbeitslosenzahlen um 37,3%.

Arbeitslose im Rechtskreis SGB II

- Von den im Dezember 2008 im Landkreis Darmstadt-Dieburg 7.584 arbeitslos gemeldeten Personen wurden 5.207 Personen dem Rechtskreis SGB II zugeordnet und bezogen ALG II. Das entspricht einem Anteil von 68,7% an allen Arbeitslosen. In Hessen betrug der Anteil 69,5%.
- Die Quote der Arbeitslosen nach dem Rechtskreis SGB II bezogen auf 1.000 der Bevölkerung vor Ort erreichte 2008 eine Spannweite zwischen 8,7 und 28,6. Der Kreisdurchschnitt lag bei 18,0. Ausgehend von diesem Wert lagen sieben Kommunen über und 16 Kommunen unterhalb des Kreisdurchschnitts.

Arbeitslose im Rechtskreis SGB II auf kommunaler Ebene

- Den höchsten Anteil an SGB II-Arbeitslosen je 1.000 Einwohner/-innen hatten 2008 Groß-Zimmern und Reinheim (je 28,6) zu verzeichnen, während es in Mühltal (8,7) und Modautal (9,5) die wenigsten SGB II-Arbeitslosen bezogen auf je 1.000 Einwohner/-innen gab.

Entwicklung

- Von 2005 bis 2008 kam es zu einem Rückgang der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II um insgesamt 14,6%.

Arbeitslose im Rechtskreis SGB III

- Im Jahr 2008 bezogen 31,3% der Arbeitslosen im Landkreis Darmstadt-Dieburg Leistungen nach dem SGB III (ALG I). Hessenweit waren es 30,5%.
- Die Kreisdurchschnittsquote der Arbeitslosen nach dem SGB III lag bei 8,2. Insgesamt lagen 13 Kommunen über und 10 Kommunen unterhalb dieses Mittelwertes.

Arbeitslose im Rechtskreis SGB III auf kommunaler Ebene

- Den höchsten Anteil an SGB III-Arbeitslosen je 1.000 Einwohner/-innen verzeichneten 2008 Münster (10,4) und Eppertshausen (9,7). In Groß-Bieberau (5,9), Mühlthal und Roßdorf (je 6,3), gab es dagegen die wenigsten SGB III-Arbeitslosen bezogen auf 1.000 Einwohner/-innen.

Vergleich der Arbeitslosen nach den Rechtskreisen SGB II und III

- 2008 war die Arbeitslosigkeit nach dem Rechtskreis SGB II kreis- und hessenweit mehr als doppelt so hoch als nach dem Rechtskreis SGB III.

Geschlecht

- 2008 war im Rechtskreis des SGB III ein höherer Anteil von Frauen im Kreisgebiet festzustellen. In Hessen lag hier sowie im Rechtskreis des SGB II der Männeranteil über dem der Frauen.

Altersstruktur

- Der Anteil der unter 25-Jährigen im Rechtskreis des SGB II lag im Kreisgebiet bei 7,6% und in Hessen bei 7,9%. Im Rechtskreis des SGB III zeigt sich fast eine Verdoppelung. So betrug der Anteil dieser Altersgruppe im Kreisgebiet 14,0% und in Hessen 14,6%.

Nationalität

- Der Anteil der ausländischen Arbeitslosen im Rechtskreis des SGB II lag über dem des SGB III. Im Kreisgebiet betrug er 26,8% und in Hessen 28,9%. Damit verfügte mehr als jede/r Vierte arbeitslose ALG II-Empfänger/-in sowohl im Landkreis Darmstadt-Dieburg als auch in Hessen über keinen deutschen Pass.

Entwicklung

- Die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen im Landkreis Darmstadt-Dieburg differenziert nach den beiden Rechtskreisen zeigt, von 2005 bis 2008 einen Rückgang der Arbeitslosigkeit sowohl im SGB II als auch im SGB III.
- Dabei verringerte sich die Zahl der Arbeitslosen mit SGB III-Bezug deutlich um 3.612 Personen und damit um 60,3%. Die Zahl der arbeitslosen Menschen mit SGB II-Bezug verringert sich ebenfalls um 892 und damit um 14,6%.

2 Schulische Bildung und berufliche Qualifikation

Bildung ist die Basis für gesellschaftliche Anerkennung und berufliches Fortkommen. Gerade in unserer Gesellschaft ist die (Aus-) Bildung eng mit dem Beschäftigungssystem verbunden. Die Verteilung von Lebenschancen erfolgt daher im wesentlichen durch „das Nadelöhr der (überwiegend öffentlich vermittelten) Bildungschancen“ (Erster Armutsbericht).

Bildung ist daher für den Einzelnen nicht nur eine wichtige Voraussetzung für den Zugang zum Arbeitsmarkt, sondern auch der Schlüssel für kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe. Gut ausgebildete Menschen tragen zur sozialen Stabilität und zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit einer Region bei. Bildung ist inzwischen auch zu einem wichtigen Faktor im Wettbewerb der Nationen geworden.

Personen ohne oder mit einem nur geringen Bildungsabschluss sind dagegen überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit, monetärer Armut und damit einhergehender sozialer Ausgrenzung betroffen. Eine verfehlte Verknüpfung von Bildungs- und Beschäftigungssystem führt schnell zu Problemlagen, deren Korrektur oft mit hohen individuellen und sozialen Kosten verbunden ist.

In den westlichen Demokratien zählt die Chancengleichheit aller Gesellschaftsmitglieder zu den wesentlichen Grundrechten. Dieses Recht impliziert auch gleiche Bildungschancen. In der Forderung nach gleichen Bildungschancen für alle wird Bildung als Garant sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe gesehen.

Die Ergebnisse der PISA-Studien deckten in diesem Zusammenhang in Deutschland nicht nur große Unterschiede im Leistungsniveau der Schüler/-innen auf, sondern wiesen vor allem empirisch nach, dass der sozioökonomische Hintergrund der Kinder und Jugendlichen einen bedeutenden Einfluss auf die Schulleistungen und den damit einhergehenden Schulerfolg hat. Schlechte Bildungschancen stehen in engem Verhältnis zu materieller Armut.

Über 40 Jahre nach der Umsetzung der Bildungsreformen und der Bildungsexpansion, die Kindern aus fast allen Bevölkerungsschichten zugute kam, kann von einer Umverteilung der Bildungschancen zugunsten benachteiligter Schichten nicht mehr die Rede sein (vgl. Stompe 2005:137).

Die Hürden im deutschen Bildungssystem sind so hoch, dass die Schwachen sie nur selten überspringen können. So liegen laut dem Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung die Möglichkeiten für eine Gymnasialempfehlung für Kinder mit einem hohen Sozialstatus fast drei mal so hoch wie die eines Kindes aus einem Facharbeiterhaushalt und die Chancen ein Studium aufzunehmen sieben mal so hoch (vgl. Armutsbericht 2004).

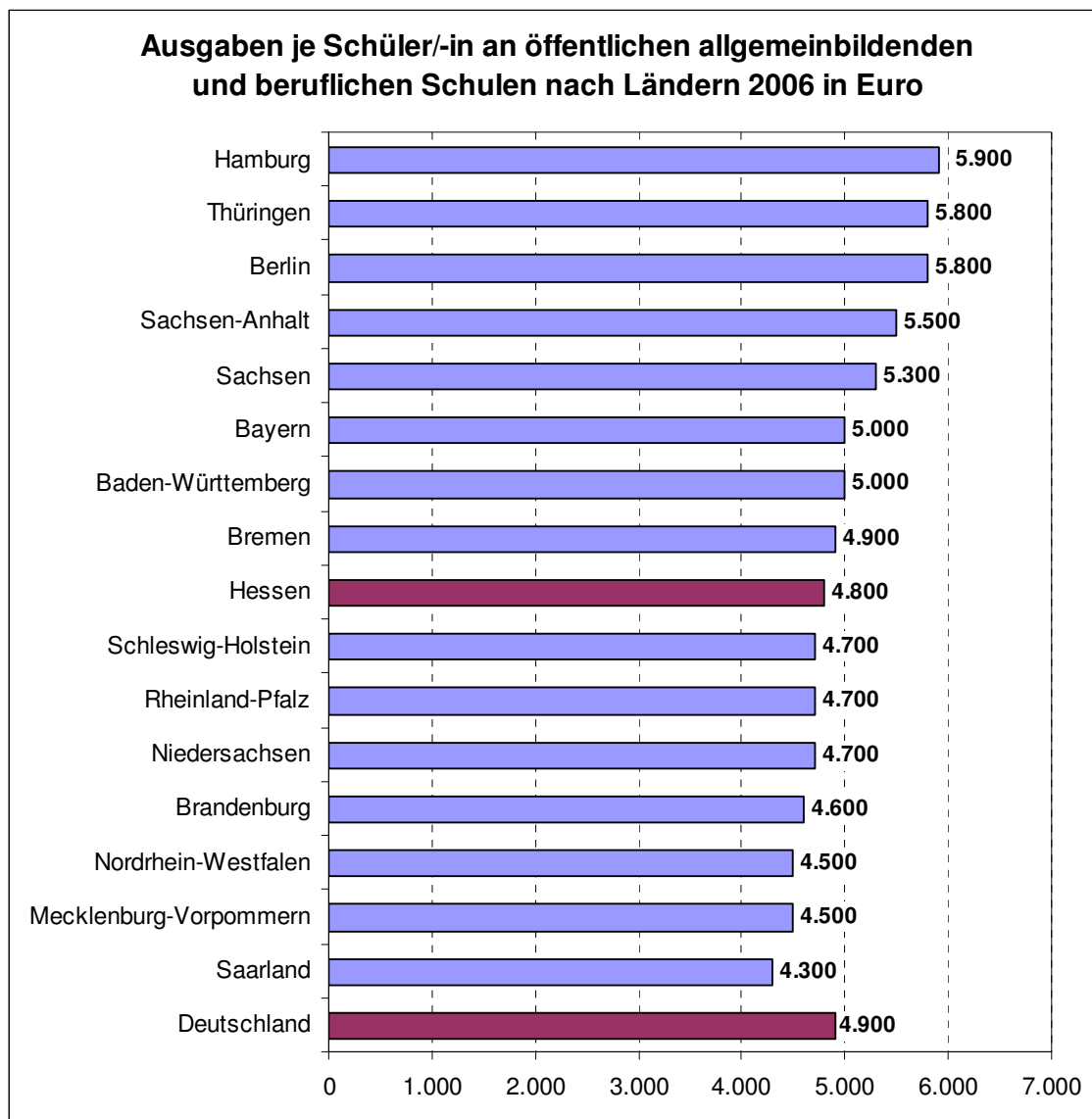
Auch der Schulerfolg der Kinder in Deutschland ist besonders eng mit dem Sozialstatus der Eltern und deren Ausbildungsstand verknüpft. So werden Bildungschancen trotz Bildungsexpansion und der Maxime „Chancengleichheit durch Bildung“ weiterhin „sozial vererbt“ und ein Großteil der Kinder und Jugendlichen von höherer Bildung ausgeschlossen.

Armut und Bildung hängen also auf vielfältige Weise zusammen und von einander ab. Ein Mangel an Bildung kann ein Aspekt, aber auch eine Ursache oder Folge, von Armut sein.

2.1 Ausgaben für Bildung

In der Bundesrepublik Deutschland weist das Grundgesetz den Ländern im Rahmen der föderalistischen Staatsordnung die Gesetzgebungskompetenz für das Schulwesen zu. Dementsprechend nutzen die Länder diese Freiheit, um ihr Schulsystem den jeweiligen Gegebenheiten anzupassen.

Die Höhe der Bildungsausgaben und ihre Entwicklung ist ein Indikator dafür, welchen Stellenwert Bildung in einer Gesellschaft hat.

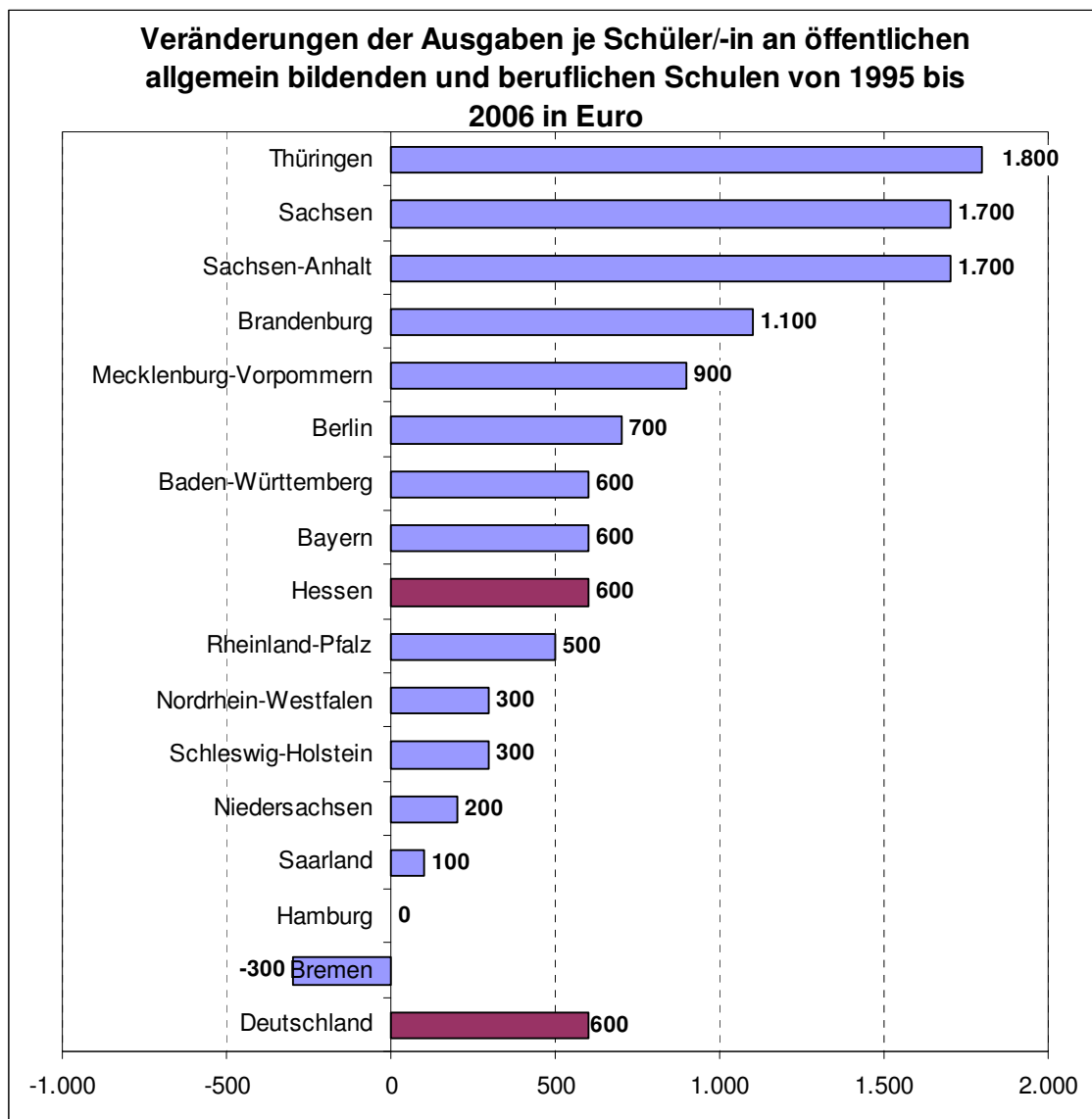


Quelle: Statistisches Bundesamt, Bildungsausgaben 2006; eigene Darstellung JHP

Im Jahr 2006 wurden in Hessen 4.800 Euro je Schüler/-in an öffentlichen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen ausgegeben. Damit nimmt Hessen im Vergleich zu den anderen Bundesländern einen mittleren Platz ein. Deutschlandweit wurden durchschnittlich 4.900 Euro je Schüler/-in ausgegeben.

Die Entwicklung der Bildungsausgaben im Zeitraum von 1995 bis 2006 verdeutlicht die Unterschiede innerhalb der einzelnen Bundesländer.

In den neuen Bundesländern, vor allem in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt stiegen die Ausgaben je Schüler/-in um 1.800 bzw. 1.700 Euro an. Während in Hamburg die Ausgaben gleich blieben, kam es in Bremen zu einem Rückgang der Ausgaben um 300 Euro je Schüler/-innen.



Quelle: Statistisches Bundesamt, Bildungsausgaben 2006; eigene Berechnung JHP

Die Bundesländer Hessen, Bayern und Baden-Württemberg lagen mit einer Steigerung der Ausgaben um 600 Euro je Schüler/-in im Bundesdurchschnitt und nahmen damit einen Platz in der Mittelgruppe ein.

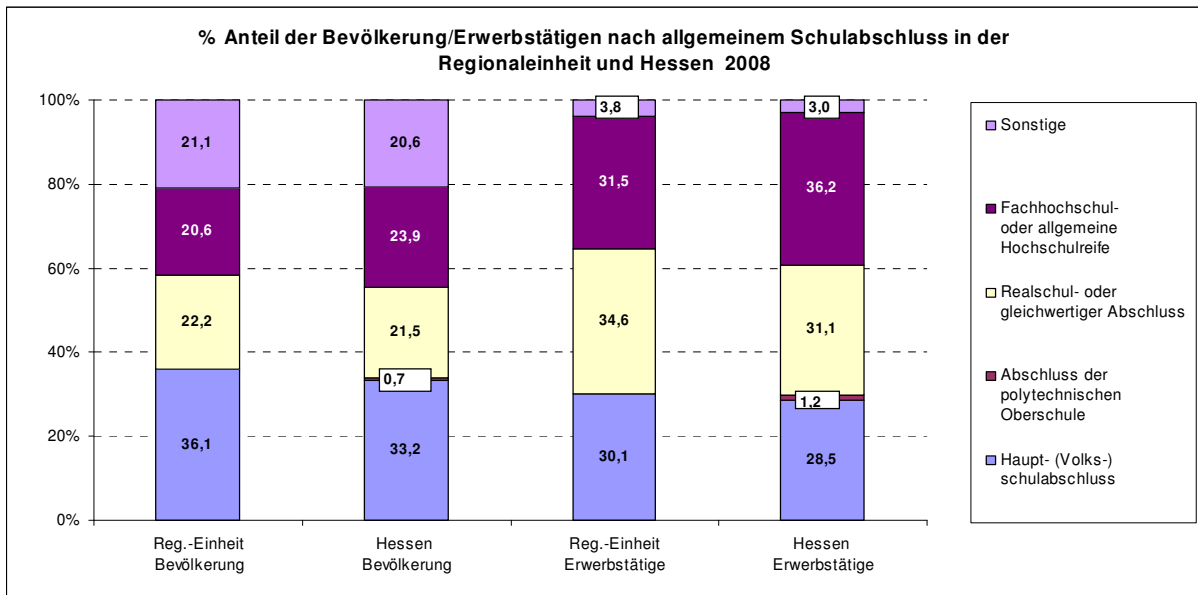
2.2 Bildungsstruktur der Bevölkerung und der Erwerbstätigen

2.2.1 Allgemeinbildende Schulabschlüsse

Zur Darstellung der Bildungsstruktur und der Erwerbstätigkeit wurde auf die Daten des Mikrozensus zurückgegriffen. Nach dieser Erhebung verfügten im Jahr 2008 36,1% der Bevölkerung in der Regionaleinheit (mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg) über einen Haupt- bzw. Volksschulabschluss. In Hessen lag der Anteil dieser Bevölkerungsgruppe mit 33,2% darunter.

Innerhalb der Gruppe der Erwerbstätigen lag der Anteil der Personen mit Haupt- bzw. Volksschulabschluss bei 30,1% in der Regionaleinheit und bei 28,5% in Hessen.

In der Regionaleinheit verfügten 20,6% der Gesamtbevölkerung über die Fachhochschulreife bzw. die allgemeine Hochschulreife. Hessenweit waren es 23,9%. Bei den Erwerbstätigen lag der Anteil der Personen mit dieser Qualifikation in der Regionaleinheit bei 31,5% und in Hessen bei 36,2%.



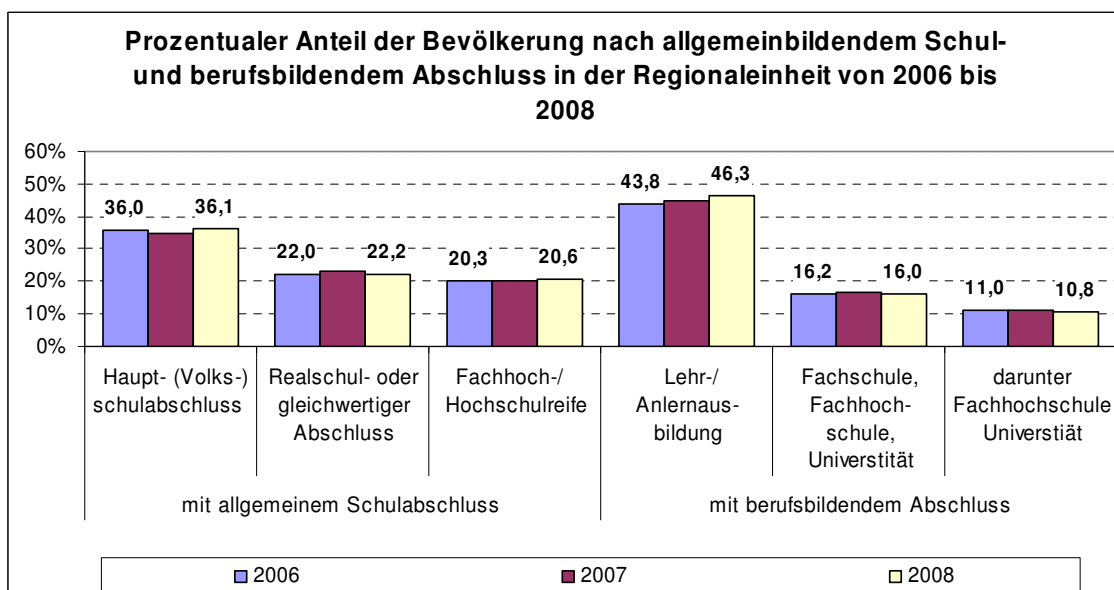
Quelle: HSL, Mikrozensus 2008; eigene Berechnung JHP

Unter die Kategorie „Sonstige“ gehören junge Menschen, die noch in Schulausbildung sind, Personen ohne Schulabschluss oder Personen, die keine Angaben zu ihrer Schulausbildung gemacht haben. Ihr Anteil bei den Erwerbstätigen ist mit unter 4% hier eine zu vernachlässigende Größe.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass sowohl die Gesamtbevölkerung als auch die Erwerbstätigen in der Regionaleinheit im Vergleich zu Hessen niedrige Bildungsabschlüsse aufweisen. Das heißt, in der Regionaleinheit lag der Anteil derjenigen, die lediglich über eine niedrigere schulische Qualifikation (Haupt- bzw. Volksschulabschluss) verfügten über dem hessischen Durchschnitt. Entsprechend lag der Anteil derjenigen, die über eine höhere Qualifikation (Fachhochschulreife bzw. die allgemeine Hochschulreife) verfügte in der Regionaleinheit darunter.

2.2.2. Entwicklung der Bildungsabschlüsse der Bevölkerung

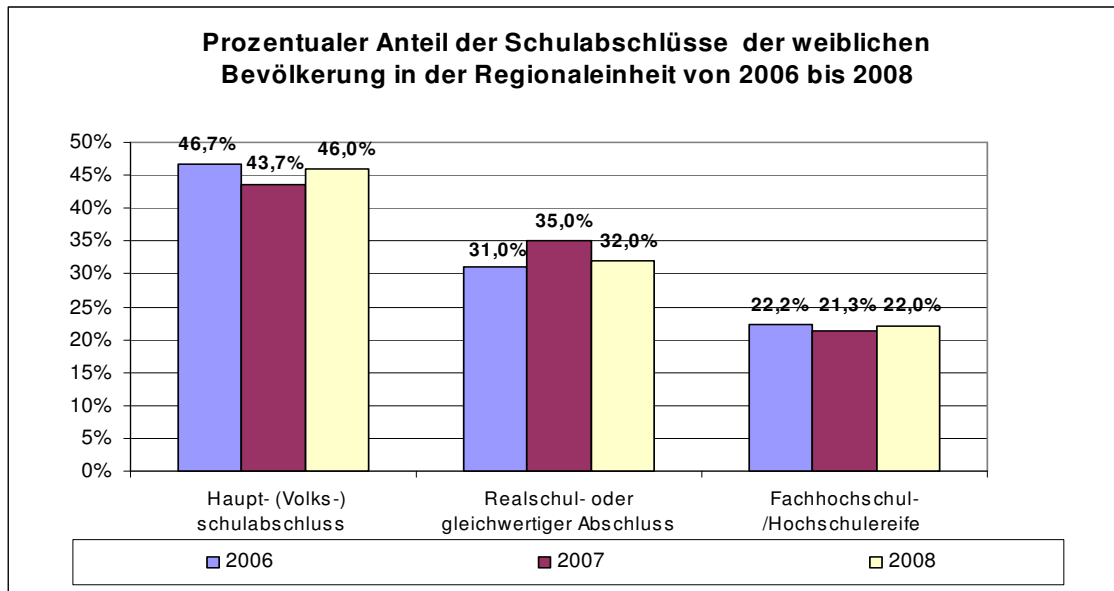
Die Bildungsabschlüsse der Bevölkerung in der Regionaleinheit der Landkreise Darmstadt-Dieburg, Odenwald und Bergstraße zeigen in den letzten drei Jahren nur leichte Veränderungen.



Quelle: HSL: REG-BV 5 2005 bis 2008 Mikrozensus; eigene Berechnungen JHP

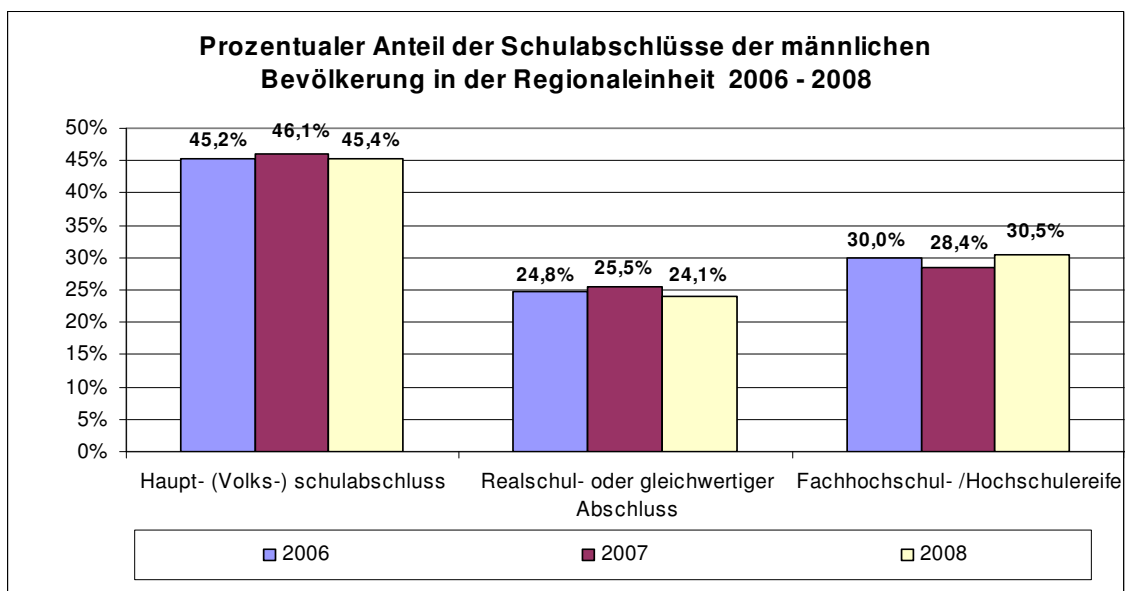
Insgesamt hat sich der Anteil der Bevölkerung mit höheren allgemeinbildenden Abschlüssen in den letzten drei Jahren nur leicht erhöht. So stieg der Anteil mit Realschulabschluss um 0,2% und der mit Abitur oder einem vergleichbarer Abschluss um 0,3%.

Bezogen auf die berufliche Bildungsstruktur zeigt sich ein Anstieg der Lern- und Anlernausbildung, während sich der Anteil der Bevölkerung mit Hochschulabschluss leicht verringerte.



Quelle: HSL: REG-BV 5 2005 bis 2008 Mikrozensus; eigene Berechnungen JHP

Differenziert nach Geschlecht zeigt sich im Beobachtungszeitraum, dass sich das Bildungsniveau, gemessen an den allgemeinbildenden Abschlüssen, nur minimal erhöht hat. Frauen haben zu 0,7% weniger Hauptschulabschlüsse und zu 1,0% mehr Realschulabschlüsse.



Quelle: HSL: REG-BV 5 2005 bis 2008 Mikrozensus; eigene Berechnungen JHP

Bei der männlichen Bevölkerung ist ein leichter Anstieg bei den höherwertigen Abschlüssen (Fachhochschul-/Hochschulreife) von 0,5% auszumachen. Dagegen haben die Anteile mit Hauptschulabschluss um 0,2% zugenommen und die mit Mittlerer Reife um 0,7% ab.

2.3 Niedriger Bildungsstand

In modernen Wissensgesellschaften sind Personen ohne Schulabschluss beziehungsweise mit einem nur gering qualifizierenden Bildungsabschluss überproportional häufig von Arbeitslosigkeit und monetärer Armut betroffen. Für gering qualifizierte Personen besteht die Gefahr, im Niedriglohnbereich arbeiten zu müssen oder sogar dauerhaft vom Arbeitsmarkt verdrängt zu werden. Insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene haben Probleme, den Einstieg in ein Existenz sicherndes Erwerbsleben zu schaffen.

Die folgenden zwei Indikatoren bilden den Umfang dieser Personengruppen ab: Personen mit einem niedrigen Bildungsstand und frühe Schulabgänger/-innen (vgl. Sozialberichterstattung Statistische Ämter des Bundes und der Länder).

Der dargestellte Bildungsstand basiert auf den Bildungsstufen nach ISCED (International Standard Classification of Education), der internationalen Standardklassifikation des Bildungswesens. Die Bildungsstufen nach ISCED gelten als Standards der UNESCO für internationale Vergleiche der länderspezifischen Bildungssysteme. Sie werden auch von der OECD genutzt. Nach ISCED wird Bildung in sieben Ausbildungsstufen untergliedert und die Bildungsstände in drei Gruppen zusammengefasst. Ein niedriger Bildungsstand entspricht ISCED-Stufen 0, 1 und 2, ein mittlerer Bildungsstand den ISCED-Stufen 3 und 4 und ein hoher Bildungsstand: den ISCED-Stufen 5 und 6 (vgl. destatis).

2.3.1 Personen mit einem niedrigen Bildungsstand

Innerhalb der Bundesländer zeigten sich 2006 bezogen auf Personen mit einem niedrigen Bildungsstand große Unterschiede. Zugrunde lag der Anteil der Personen zwischen 25 und 65 Jahren, die nach der Standardeinteilung über einen einfachen Bildungsabschluss (ISCED-Stufe II) verfügten.

Während in Bremen ein Viertel der 25- bis unter 65-Jährigen höchstens über einen Real-schulabschluss ohne Berufsausbildung (ISCED-Stufe II) verfügten, waren es in Sachsen lediglich 5%. Hier wird die Korrelation zwischen den Investitionen in Bildung von 1995 bis 2006 und dem Bildungsniveau der Bevölkerung 2006 (siehe Kapitel Ausgaben für Bildung) sehr deutlich.

Prozentualer Anteil der Personen mit niedrigem Bildungsstand 2006			
Land	25- bis unter 65-Jährige		
	insgesamt	davon	
		Männer	Frauen
Bremen	25	21	28
Saarland	21	17	25
Hamburg	20	18	21
Nordrhein-Westfalen	20	17	23
Baden-Württemberg	19	14	24
Rheinland-Pfalz	19	15	23
Hessen	18	14	22
Niedersachsen	18	14	21
Bayern	17	13	22
Berlin	17	16	18
Schleswig-Holstein	15	12	18
Sachsen-Anhalt	10	10	11
Mecklenburg-Vorpommern	10	10	10
Thüringen	8	8	9
Brandenburg	8	7	8
Sachsen	5	4	5
Deutschland	17	14	20
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	19	15	23
Neue Bundesländer (einschl. Berlin)	8	7	8

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; eigene Darstellung JHP

In Hessen lag der Anteil dieser Personengruppe bei 18% und damit leicht über dem Bundesdurchschnitt von 17%. Bei der Gegenüberstellung der Bundesländer ist ein deutliches Ost-West-Gefälle erkennbar. Die alten Bundesländer haben einen deutlich höheren prozentualen Anteil an Personen zwischen 25 und 65 Jahren mit niedrigem Bildungsstand. Die Spanne reicht von 19% bis zu 8%.

Bezüglich der Geschlechterverteilung lassen sich ebenfalls deutliche Unterschiede erkennen. In allen Bundesländern, mit Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern, lag der Anteil der Frauen mit niedrigem Bildungsabschluss über dem der Männer. So variiert die Spannweite der niedrigen Bildungsabschlüsse in den alten Bundesländern zwischen Bremen mit 28,0% und Berlin sowie Schleswig-Holstein mit 18% mit einer Differenz von 10%. In den neuen Bundesländern fiel diese Spanne mit 6% wesentlich geringer aus, nämlich von Sachsen mit 5% und Sachsen-Anhalt mit 11%. Auch hier zeigte sich ein offensichtliches Ost-West-Gefälle. Bezogen auf den Bildungsstand sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern in den neuen Bundesländern weniger ausgeprägt als in den alten Bundesländern.

2.3.2 Frühe Schulabgänger/-innen

Unter den sogenannten „Frühen Schulabgänger/-innen“ wird der Anteil der 18- bis unter 25-Jährigen an der altersgleichen Bevölkerung verstanden, der sich nicht in Schule oder Ausbildung befindet und der über keinen Abschluss des Sekundarbereichs II (maximal ISCED 2) verfügt. Grundwehr- und Zivildienstleistende werden nicht mitgerechnet.

Prozentualer Anteil der frühen Schulabgänger/-innen an den 18-bis 25-Jährigen 2006			
Land	insgesamt	davon	
		Männer	Frauen
Baden-Württemberg	12,4	11,3	13,4
Bayern	12,6	12,6	12,5
Berlin	18,2	19,7	16,7
Brandenburg	11,1	12,4	9,7
Bremen	17,5	14,8	20,0
Hamburg	16,7	17,7	15,9
Hessen	14,7	15,6	13,8
Mecklenburg-Vorpommern	12,9	13,1	12,7
Niedersachsen	14,6	14,9	14,3
Nordrhein-Westfalen	16,7	17,4	16,0
Rheinland-Pfalz	15,3	14,2	16,5
Saarland	20,8	22,9	18,8
Sachsen	8,9	9,9	7,8
Sachsen-Anhalt	12,2	13,3	11,0
Schleswig-Holstein	17,1	18,2	16,1
Thüringen	8,8	9,0	8,6
Bundesrepublik Deutschland	14,1	14,4	13,8
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	14,9	15,1	14,7
Neue Bundesländer (einschließlich Berlin)	10,8	11,6	9,9

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; eigene Darstellung JHP

Im Jahr 2006 lag der Anteil der „frühen Schulabgänger/-innen“ in Hessen bei 14,7% und deutschlandweit bei 14,1%. Hessen nahm damit einen Platz im Mittelfeld ein. Wie bei den Personen mit niedrigem Bildungsstand wird auch bei den „frühen Schulabgänger/-innen“ ein Ost-West-Gefälle sichtbar (10,8% zu 14,9%).

Eine Differenzierung nach Geschlecht zeigte, dass mehrheitlich der Anteil der jungen Männer über dem der jungen Frauen lag. Dies traf aber nicht durchgängig auf alle Bundes-

länder zu. Ausnahmen sind Bremen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Hier lag der Anteil der Frauen über dem der Männer.

2.4 Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung

Die frühkindliche Bildung als erste Stufe der Bildung spielt eine bedeutende Rolle für das spätere Lernen, weil in den ersten Lebensjahren die kognitive und soziale Entwicklung und die Herausbildung der Sprache entscheidend beeinflusst werden kann.

Besonders seit den PISA-Debatten sind die Frühpädagogik und ihr Beitrag zum Bildungserfolg der Kinder ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt. Viele Studien belegen, dass Kinder von einem frühen Besuch guter Kindertageseinrichtungen für ihre Bildungsbiographie profitieren. Das gilt besonders für Kinder aus bildungsfernen Familien oder für Kinder mit Migrationshintergrund, deren Eltern der frühkindlichen Erziehung aber häufig wenig Gewicht beimessen.

Gerade bei Kindern aus sozial schwachen Familien oder Kindern mit Migrationshintergrund kann frühkindliche Bildung und Förderung in Kindertageseinrichtungen dazu beitragen, herkunftsbedingte Chancenungleichheiten zu reduzieren.

Vor diesem Hintergrund wurde in den letzten Jahren die Bildung und Erziehung von Kindern zu einem zentralen und gemeinsamen Anliegen von Bildungs-, Sozial- und Familienpolitik. Um die Bedeutung der frühen Bildung von Kindern hervorzuheben, wurde in Hessen ein Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder von 0 bis 10 Jahren erstellt. Dieser wird seit dem Kindergarten-/Schuljahr 2008/09 schrittweise in Kindertageseinrichtungen, Grundschulen sowie vielen weiteren Lernorten des Elementar- und Primarbereichs umgesetzt. In einem ersten Schritt soll dabei vor allem die Verzahnung zwischen Kindertageseinrichtung und Grundschule gestärkt werden.

2.4.1 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren

Um den Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren voranzubringen, wurde 2008 das Kinderförderungsgesetz (KiföG) verabschiedet. Das Gesetz sieht vor, dass bis 2013 bundesweit im Durchschnitt für jedes dritte Kind unter drei Jahren ein Betreuungsplatz zur Verfügung steht. Ein Drittel dieser Plätze soll in der Kindertagespflege entstehen.

Außerdem soll nach Abschluss der Ausbauphase ab dem 1. August 2013 der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder vom vollendeten ersten bis zum vollendeten dritten Lebensjahr eingeführt werden. Zusätzlich soll ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot für Kinder unter einem Jahr geschaffen werden.

Bezüglich der Betreuungsquoten innerhalb dieser Altersgruppe gibt es deutschlandweit starke Differenzen. Während 2007 in Ostdeutschland für durchschnittlich 40,7% der Kinder unter drei Jahren ein Betreuungsplatz zur Verfügung stand, lag der Anteil in Westdeutschland im Durchschnitt bei nur 9,9% (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008:50).

2.4.1.1 Betreuungsplätze im Kreisgebiet

Der Landkreis Darmstadt-Dieburg strebt an, sein Betreuungsplatzangebot bis 2013 so auszubauen, dass für 35% der Ein- bis Dreijährigen und für 5% der unter Einjährigen ein Betreuungsplatz in einer institutionellen Kinderbetreuungseinrichtung oder der Kindertagespflege zur Verfügung steht.

Zum 31.12.2008 gab es im Landkreis Darmstadt-Dieburg 4.765 Kinder im Alter zwischen einem und drei Jahren und 2.273 Kinder unter einem Jahr. Wenn für 35% der Ein- bis Dreijährigen und für 5% der Kinder unter einem Jahr ein Betreuungsplatz zur Verfügung gestellt werden soll, ergibt sich daraus ein Bedarf von 1.781 Betreuungsplätzen.

Zu diesem Stichtag standen im Landkreis insgesamt 1.142 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren zur Verfügung, davon wurden 350 in der Tagespflege angeboten. Dies entspricht, gemessen an dem aufgeführten Ausbauziel, aktuell einem Versorgungsgrad von 64,1%. Bis 2013 soll ein stufenweiser Ausbau der Betreuungsplätze erfolgen.

2.4.2 frühkindliche Bildung von Kindern mit Migrationshintergrund

Bildung und früher Spracherwerb sind entscheidend für das Gelingen von Integration und daher gute Gründe, warum gerade ausländische Kinder oder Kinder mit Migrationshintergrund von der frühkindlichen Bildung profitieren würden. Aber diese Kinder besuchen deutlich seltener eine Kindertagesstätte und sind weniger häufig bei Tagespflegepersonen in Betreuung.

Nach neuesten Auswertungen des Statistischen Bundesamtes (destatis) betrug im März 2009 die Betreuungsquote bei Kindern unter sechs Jahren ohne Migrationshintergrund rund 61,0% und bei Kindern mit Migrationshintergrund nur knapp 47,0%.

Auch in den verschiedenen Altersgruppen lassen sich unterschiedliche Betreuungsquoten feststellen. Lag bei allen Drei- bis unter Sechsjährigen eine Betreuungsquote von 84,0% vor, so lag die der Kindern ohne Migrationshintergrund bei 96,0%.

Bei den Kindern unter drei Jahren fällt der Unterschied noch deutlicher aus. Hier war die Betreuungsquote bei den Kindern ohne Migrationshintergrund mit 25% mehr als doppelt so hoch als die der Kinder mit Migrationshintergrund (10,5%). Insgesamt lag die Betreuungsquote bei Kindern unter drei Jahren bei 20,0% (vgl. destatis wissen nutzen 2009).

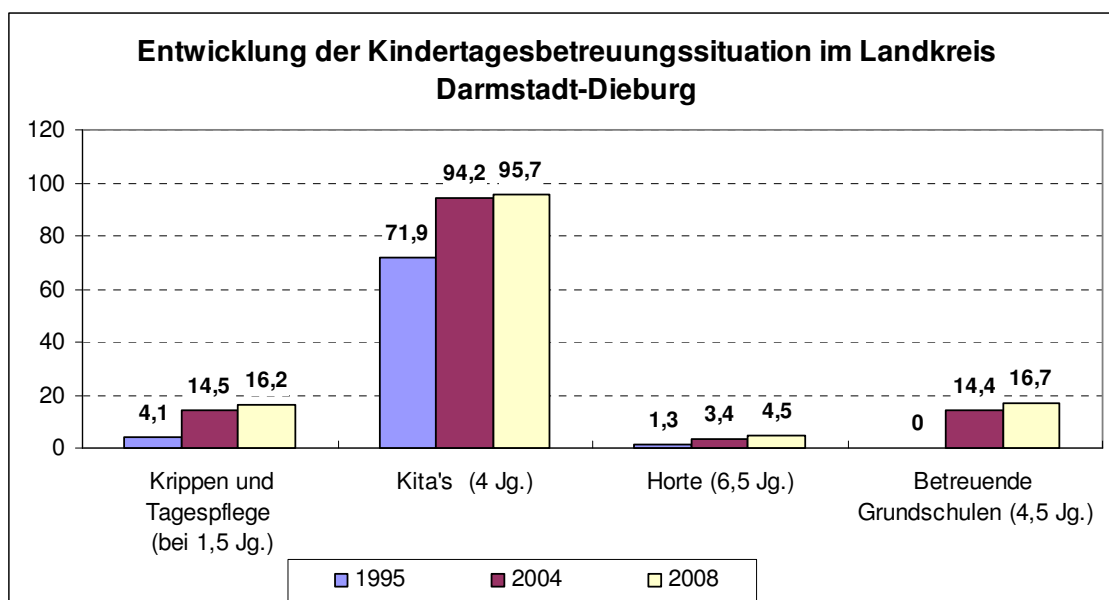
2.4.3 Entwicklung der Betreuungssituation in den Kindertageseinrichtungen des Landkreises Darmstadt-Dieburg

Im Landkreis Darmstadt-Dieburg gibt es folgende Angebotsformen zur Tagesbetreuung von Kindern:

- Krippen und Krabbelstuben sowie Tagespflege für Kinder bis zum dritten Lebensjahr
- Altersstufenübergreifende Einrichtungen, in denen Kinder verschiedenster Altersgruppen gemeinsam betreut werden
- Kindergarten – Kindertagesstätten für Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren
- Horte als traditionelle Form der Schulkindbetreuung bis zu 14 Jahren und
- Betreuende Grundschulen mit unterschiedlichen Angeboten an schulischer Betreuung.

Von 1995 bis 2008 konnte die Versorgungssituation der Kinder im Landkreis Darmstadt-Dieburg bei allen Angebotsformen der Tagesbetreuung verbessert werden.

Den größten Zuwachs an Betreuungsplätzen und damit einen Anstieg der Betreuungsquote (Verhältnis der Kinderzahlen zu den vorhandenen Plätzen bezogen auf 4 Jahrgänge) um 23,8% verzeichneten die Kindertagesstätten.



Quelle: Kreisverwaltung Darmstadt-Dieburg, Kitaberatung, Jugendhilfeplanung; eigene Berechnungen JHP

Bei den Betreuenden Grundschulen (auf der Grundlage von 4,5 Jahrgängen) konnte die Betreuungssituation im Vergleichszeitraum um 16,7% verbessert werden. Mit einer Steigerung um 12,1% konnte die Betreuungssituation der unter Dreijährigen (ausgehend von 1,5 Jahrgängen) im Kreisgebiet deutlich verbessert werden. Sehr moderat hingegen fiel der Anstieg der Quote bei der Hortbetreuung (auf der Grundlage von 6,5 Jahrgängen) aus (+3,2%).

2.5 Schulbildung

Der Landkreis Darmstadt-Dieburg verfügt über ein vielfältiges und wohnortnahes schulisches Angebot. Insgesamt 80 allgemeinbildende Schulen sowie ein berufliches Schulzentrum sollen den Schüler/-innen eine optimale Schulausbildung ermöglichen.

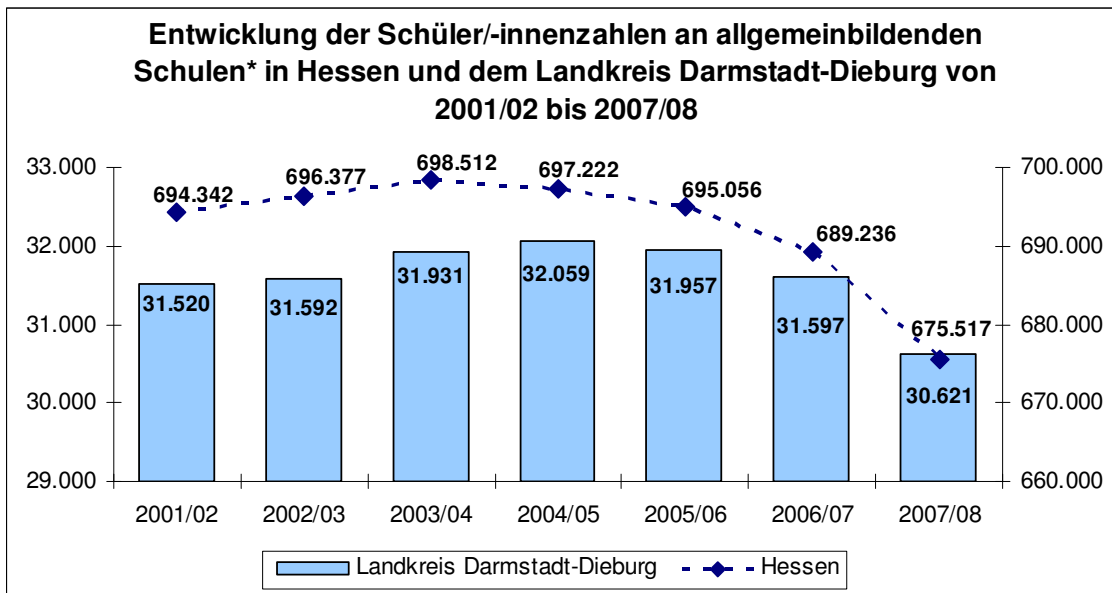
Neben 50 eigenständigen Grundschulen werden auch vier Grundschulen in Verbindung mit anderen Organisationsformen angeboten. Dadurch stehen den Schüler/-innen im Landkreis Darmstadt-Dieburg insgesamt 54 Grundschulen zur Verfügung. Dieses eng gezeigte Grundschulnetz ermöglicht den Schülerinnen und Schülern der Primarstufe einen wohnortnahen Schulbesuch.

Darüber hinaus verfügt der Landkreis über weiterführende Bildungsangebote. An insgesamt 17 Schulstandorten innerhalb des Kreisgebietes besteht die Möglichkeit, den mittleren Bildungsabschluss zu erreichen. Unter Berücksichtigung der beruflichen Schule kann an acht Schulen die Hochschulreife erworben werden.

2.5.1 Entwicklung der Schüler/-innenzahlen in Hessen und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg

Im Landkreis Darmstadt-Dieburg zeigt ein Zeitvergleich mit dem Land Hessen bezogen auf die Anzahl der Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen eine sehr ähnliche Entwicklung.

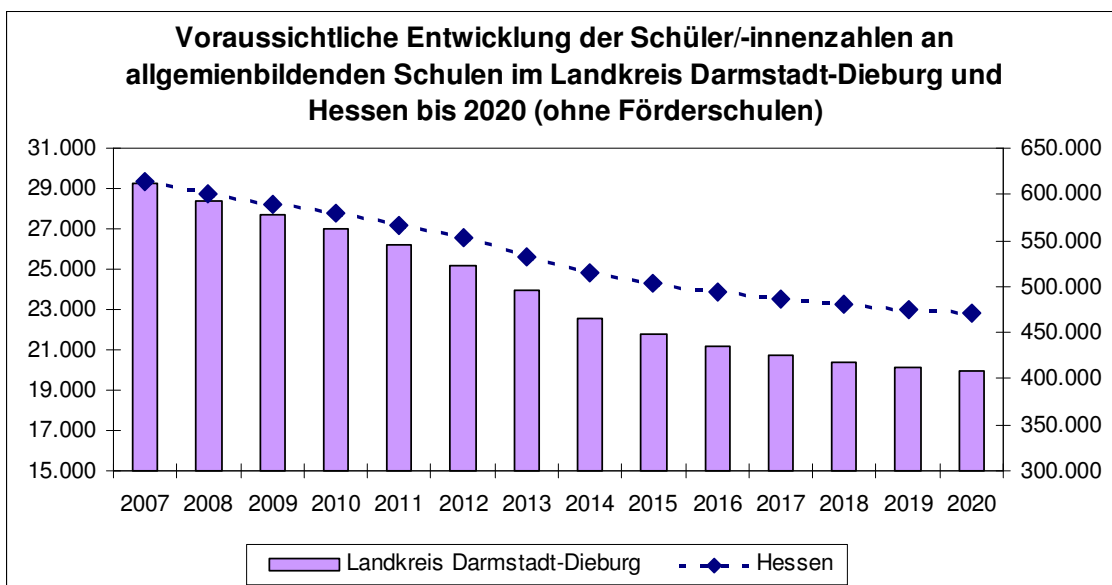
Im Beobachtungszeitraum 2001/02 bis 2007/08 kam es im Kreisgebiet und in Hessen zu einem Rückgang der Schüler/-innen um 2,8% bzw. 2,7%. Während hessenweit eine Abnahme bereits im Schuljahr 2004/05 einsetzte, kam es im Landkreis Darmstadt-Dieburg erstmals 2005/06 zu einem Rückgang.



* ohne Schulen für Erwachsene
 Quelle: Hessisches Kreiszahlen 2002 – 2008; eigene Berechnung JHP

Auf Grund des demografischen Wandels ist davon auszugehen, dass die Zahl der Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen in allen hessischen Städten und Landkreisen in den nächsten Jahren weiter zurückgehen werden. Diese Entwicklung wird zusätzlich noch verstärkt durch die flächendeckende Einführung des achtjährigen gymnasialen Bildungsgangs.

Der Rückgang der Schüler/-innen trifft die einzelnen Landkreise bzw. kreisfreien Städte jedoch unterschiedlich stark. Während für die Städte Frankfurt und Offenbach lediglich eine Abnahme von 2% bzw. 9% bis 2020 prognostiziert wird, trifft es einige Landkreise mit Rückgängen bis zu 35% besonders stark.



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Staat und Wirtschaft in Hessen 8-09; eigene Darstellung JHP

Für den Landkreis Darmstadt-Dieburg wurde bis 2020 eine Verringerung der Zahl der Schüler/-innen um 32,2% vorausberechnet. Damit liegt der Landkreis Darmstadt-Dieburg auf Platz vier der Wegfälle. Lediglich für den Vogelsbergkreis (-34,8%), den Werra-Meißner-Kreis (-33,8%) sowie den Landkreis Kassel (-32,3%) wurden noch höhere Abnahmen prognostiziert. Hessenweit ist bis 2020 mit einem Rückgang von Schülerinnen und Schülern an allgemeinbildenden Schulen um 23,3% zu rechnen.

Vor dem Hintergrund der prognostizierten Abnahme von Schüler/-innen bis 2020 und dem künftigen Fachkräftemangel, wird es in den nächsten Jahren noch wichtiger werden, Kinder aus allen gesellschaftlichen Schichten im Bildungssystem besser zu qualifizieren.

2.5.2 Schulübergänge im Landkreis Darmstadt-Dieburg

Viele Studien belegen den Einfluss der sozialen Herkunft auf den Bildungserfolg, der sich durch das gesamte deutsche Bildungssystem zieht. Bereits in der Grundschule zeigen sich z.B. Unterschiede in der Lesekompetenz der Schüler/-innen in Abhängigkeit von der Schichtzugehörigkeit, dem Bildungsabschluss der Eltern sowie der Anzahl im Haushalt verfügbarer Bücher. Die Ungleichheiten im familiären und kulturellen Umfeld der Kinder werden in der Grundschule nicht kompensiert.

Die höchste Barriere des deutschen Schulsystems stellt jedoch der Übergang von der vierten Grundschulklasse in eine weiterführende Schule dar. Hier werden die entscheidenden Weichen für die weitere Entwicklung der Bildungsbiografie eines Schülers bzw. einer Schülerin gestellt. Kinder der „oberen Dienstklasse“ erhalten auch bei gleichen kognitiven Fähigkeiten mit einer 4,5-mal höheren Wahrscheinlichkeit eine Gymnasialempfehlung als Kinder von un- und angelernten Arbeitern (vgl. Solga/Dombrowski 2009:14).

Eine Besonderheit des deutschen Schulsystems besteht darin, dass Bildung im Vergleich zu anderen Staaten, heute durch die Föderalismusreform eine reine Ländersache ist. Das dreizügige Schulsystem in der Verantwortung der Länder weist eine große Vielzahl von Übergängen und unterschiedlichen Wechseln auf.

Nach der Einschulung ist der Besuch einer weiterführenden Schule im Sekundarbereich I ab der Jahrgangsstufe 5 (mit Ausnahme von Berlin und Brandenburg ab der Jahrgangsstufe 7) die zweite wichtige Gelenkstelle im deutschen Schulwesen. Bei der Entscheidung über die weiterführende Schulart fließen sowohl bestimmte Leistungsvorgaben als auch der Elternwille mit ein.

Neben dem Wechsel nach der Grundschulzeit, besteht außerdem die Möglichkeit, sich erst nach dem Absolvieren einer zweijährigen Beobachtungs- oder Orientierungsstufe (Förderstufe) für eine Schulform zu entscheiden. Daneben besteht auch die Möglichkeit zu einem späteren Zeitpunkt die Schulform zu wechseln, beispielsweise nach der 10. Realschulkasse in die 11. Klassen eines Oberstufengymnasiums.

Die Tabelle verdeutlicht die Veränderung beim Übergang von der vierten in die fünfte Jahrgangsstufe im Landkreis Darmstadt-Dieburg in den letzten drei Jahren bezogen auf die Zahl der Schüler/-innen.

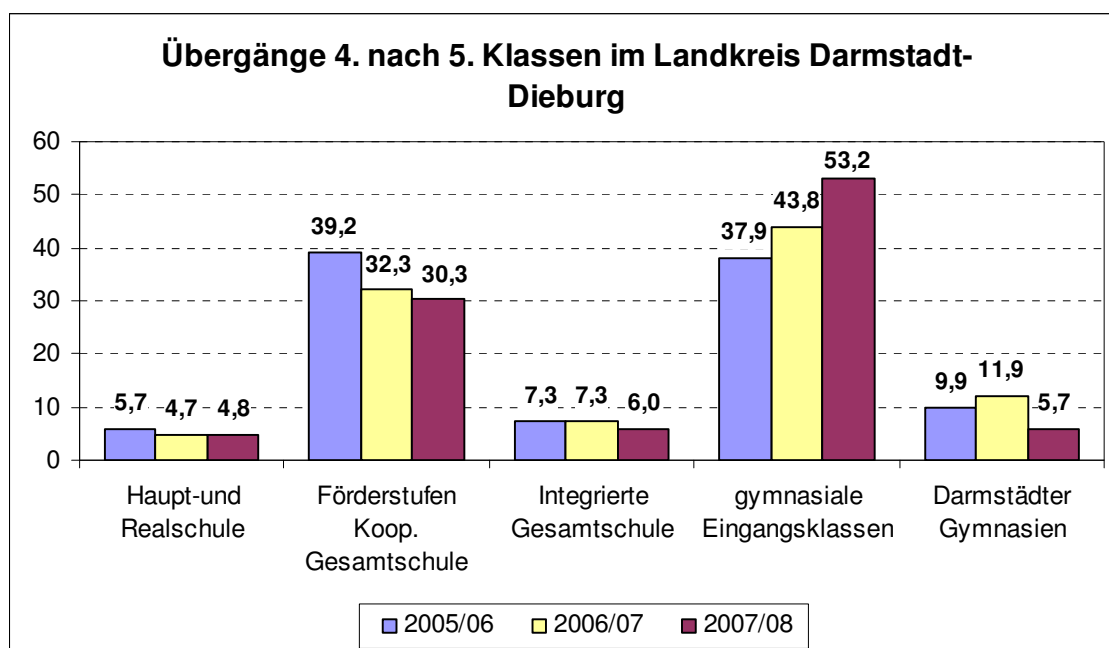
Übergänge 4. nach 5. Klassen			
	2005/06	2006/07	2007/08
Anzahl der Schüler	2.763	2.799	2.534

Quelle: Kreisverwaltung Darmstadt-Dieburg, Abt. Schulentwicklung; eigene Darstellung JHP

Im gesamten Zeitverlauf zeigt die Entwicklung einen leichten Rückgang der Zahl der Schüler/-innen um 229 und damit um 8,3%.

2.5.2.1 Schulübergänge nach Schulform

Bei der Wahl der Schulform nach der Grundschulzeit zeigt sich deutlich, dass von allen Angeboten der gymnasiale Zweig zunehmend favorisiert wird.



Quelle: Kreisverwaltung Darmstadt-Dieburg, Abt. Schulentwicklung; eigene Berechnung JHP

So konnte im Beobachtungszeitraum der gymnasialen Eingangsklassen ein starker Zuwachs um 15,3% verzeichnet werden. Leicht rückläufig war dagegen die Gruppe der Schüler/-innen, die nach der vierten Grundschulklasse auf ein Darmstädter Gymnasium wechselten.

Während zum Schuljahr 2005/06 noch 274 Kinder aus dem Landkreis auf ein Darmstädter Gymnasium wechselten, waren es 2007/08 nur noch 145. Eine zentrale Ursache dafür liegt in den Zugangsbeschränkungen der Darmstädter Gymnasien. Insgesamt wechselten zum Schuljahr 2007/08 1.494 (58,9%) der Schüler/-innen auf eine gymnasiale Eingangsklasse.

Dagegen ging der Anteil der Schüler/-innen, die sich nach der vierten Klasse für die Kooperative Gesamtschule mit Förderstufe entschieden, um 8,9% zurück.

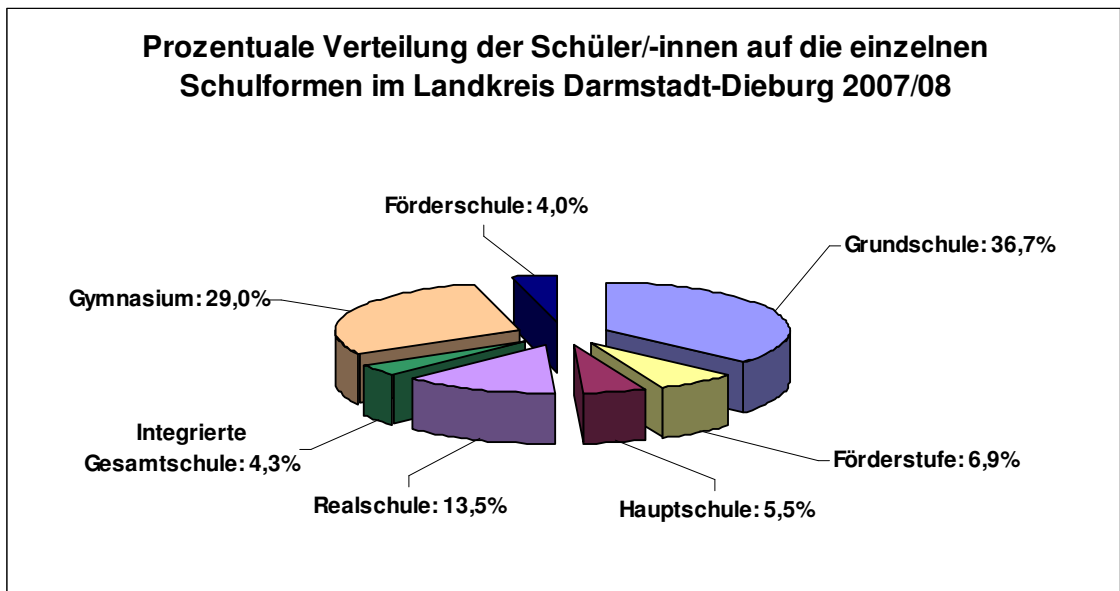
Auf einem konstant niedrigen Niveau mit abnehmender Tendenz blieb der Anteil der Schüler/-innen, die sich nach der Grundschule für eine Haupt-, Real- oder eine Integrierte Gesamtschule entschieden.

2.5.3 Schüler/-innen nach den Schulformen

Von den insgesamt 30.621 Schüler/-innen des Landkreises Darmstadt-Dieburg im Schuljahr 2007/08 besuchten 11.238 eine Grundschule. 8.895 waren Schüler/-innen eines Gymnasiums bzw. eines gymnasialen Zweiges einer kooperativen Gesamtschule und 4.142 eine Realschule.

Lediglich 1.684 der Schüler/-innen besuchten eine Hauptschule. 2.118 Schüler/-innen im Landkreis nahmen das Angebot der Förderstufen und 1.328 das von integrierten Gesamtschulen war. Förderschulen besuchten 1.216 der Schüler/-innen.

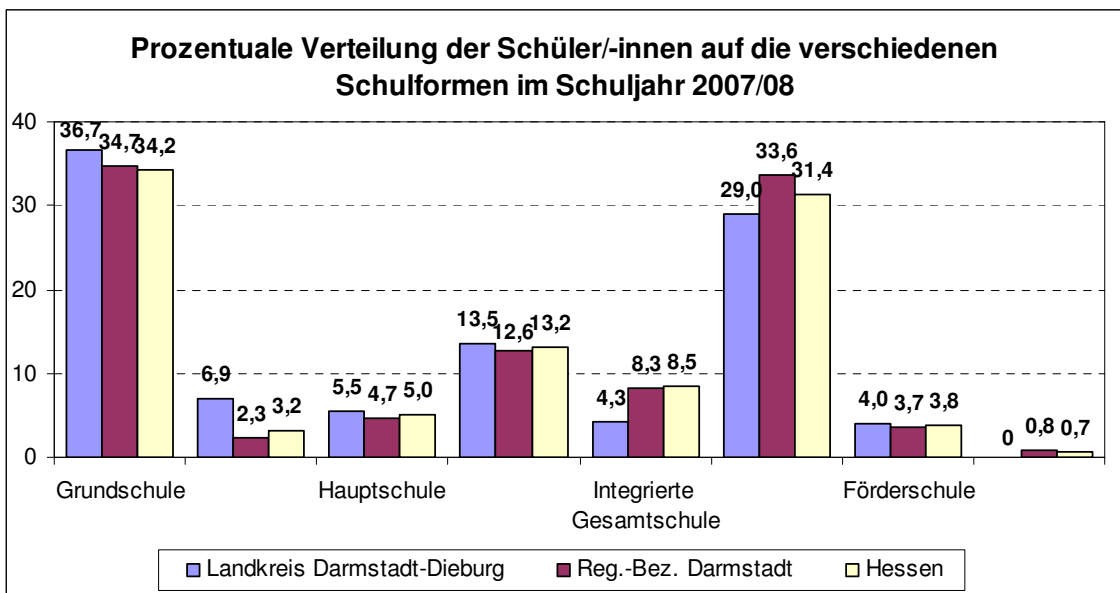
Prozentuale Verteilung der Schüler/-innen auf die einzelnen Schulformen im Landkreis Darmstadt-Dieburg 2007/08



Quelle: Hessisches Kultusministerium, Bildungspolitik in Zahlen; eigene Berechnung JHP

Eine Gegenüberstellung des Besuchs der verschiedenen Schulformen im Schuljahr 2007/08 auf der Ebene des Kreisgebiets, des Regierungsbezirks und des Landes verdeutlicht die Abweichungen des Nutzerverhaltens. So besuchten im Landkreis Darmstadt-Dieburg im Vergleich zum Regionalbezirk sowie dem Land Hessen deutlich mehr Schüler/-innen eine Förderstufe.

Prozentuale Verteilung der Schüler/-innen auf die verschiedenen Schulformen im Schuljahr 2007/08



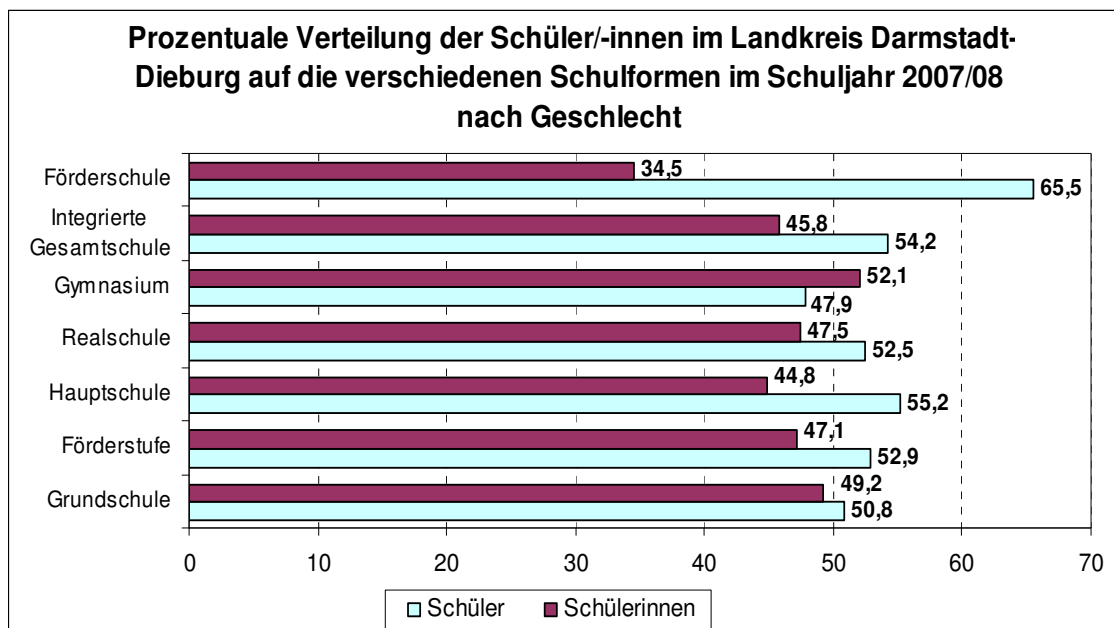
Quelle: Hessisches Kultusministerium, Bildungspolitik in Zahlen; eigene Berechnung JHP

Gegenläufige Tendenzen zeigen sich beim Besuch von Gymnasien sowie dem der integrierten Gesamtschulen.

2.5.3.1 Inanspruchnahme nach Geschlecht

Während in der Grundschule das Geschlechterverhältnis mit 49% zu 51% noch ausgewogen ist, zeigen sich innerhalb der anderen Schulformen zum Teil deutliche Differenzen.

Sind an den Förder- und Hauptschulen sowie an den Gesamtschulen Jungen deutlich überrepräsentiert, so sind dies Mädchen an den Gymnasien. Extrem auffällig ist das Verhältnis von 2 Jungen zu einem Mädchen an den Förderschulen.



Während die Statistiken seit vielen Jahren deutlich machen, dass die Jungenproblematik ständig zunimmt, findet das Thema „Geschlechterdifferenzen und die Benachteiligung von Jungen im Bildungssystem“ in der öffentlichen Diskussion erst in den letzten Jahren, vor allem durch die Jahresgutachten des Aktionsrats Bildung, stärkere Beachtung.

Die nachweisbare Benachteiligung von Jungen im Schulsystem durch zunehmende Leistungsschwierigkeiten, wie schlechtere Noten, geringere Häufigkeit bei Empfehlungen für weiterführende Schulen und weniger Schulabschlüsse, ist seit der IGLU-Studie (Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung) von 2005 bekannt.

Als Ursache für die besseren Noten der Mädchen wurde deren Wohlverhalten oder Anpasstheit angeführt, aber auch das Fehlen männlicher Bezugspersonen in den Kinderbetreuungseinrichtungen und Grundschulen (vgl. Valtin u.a. 2005). Der Behauptung, dass die Feminisierung des Lehrberufes zu einer Benachteiligung von Jungen beiträgt, konnte wissenschaftlich aber nicht belegt werden. So kommen neuere Studien zu dem Ergebnis, dass Klassenlehrerinnen bei der Notenvergabe in geringerem Maße Verzerrungen unterliegen als Klassenlehrer (vgl. Schultheis 2008; aber auch Kuhn 2008).

Ein weiterer Erklärungsansatz geht davon aus, dass leistungsschwächere Jungen im Gegensatz zu leistungsschwachen Mädchen eher durch störendes Verhalten im Unterricht auffallen, was dazu führen kann, dass leistungsschwache Mädchen besonders gefördert werden, während leistungsschwache Jungen eher vernachlässigt werden (Solga/Dombrowski 2009:30).

Ein weiterer Aspekt wird von Möble u.a. (2006) eingebracht, der feststellen konnte, dass die Schulnoten von Jungen in der Grundschulzeit signifikant mit dem Medienkonsum korrelieren. Jungen nutzen Medien häufiger und anders als Mädchen. Sie sehen häufiger und länger fern und spielen mehr Computerspiele, auch solche, die eigentlich als jugendgefährdend eingestuft sind. Die Komponente von Mediennutzung und Konsum von Gewalt sollte daher eine stärkere Berücksichtigung in der Diskussion um das Leistungsverhalten Grundschulkindern finden.

Ausgeblendet wird in der Diskussion um Bildungsbenachteiligung von Jungen auch die Tatsache, dass der Zusammenhang von schlechten Schulnoten mit der sozialen Herkunft weit enger verknüpft ist als der Geschlechteraspekt (vgl. Von Balluseck 2009).

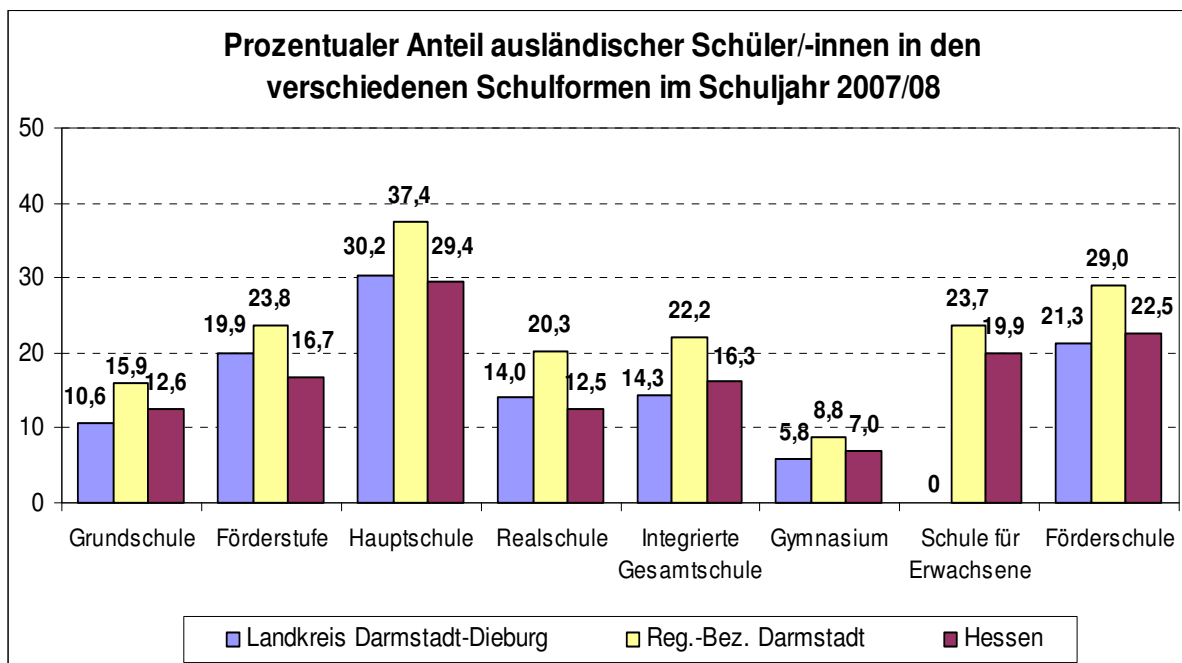
Diverse Bildungsstudien konstatieren eine Bildungsbenachteiligung von Menschen mit niedriger sozialer Herkunft. War die „katholische Arbeitertochter vom Land“ in den 1970er Jahren noch der Idealtypus für Bildungsbenachteiligung durch Mehrfachunterdrückung (Dahrendorf), so sind es nach Geißler (2005) heute „türkische Jugendliche aus Problemvierteln oder der „Migrantensohn“.

2.5.3.2 Inanspruchnahme nach Nationalität

Die Verteilung der nicht-deutschen Schüler/-innen auf die verschiedenen Schulformen macht sehr deutlich, dass hier eine sehr heterogene Verteilung vorliegt. Sowohl in Hessen, dem Regierungsbezirk Darmstadt als auch im Landkreis Darmstadt-Dieburg ist der prozentuale Anteil ausländischer Schüler/-innen im Schuljahr 2007/08 an den Haupt- und Förderschulen am höchsten und an den Gymnasien am niedrigsten.

Der überproportionale Besuch von Förderschulen wird als Indikator für eine systematische Benachteiligung der Ausländerkinder im deutschen Schulwesen gesehen. Studien von Kornmann (2000) und Diefenbach (2003) zeigen, dass ausländische junge Menschen in Förderschulen (ehemals Schulen für Lernbehinderte) seit fast zwei Jahrzehnten deutlich überrepräsentiert sind. Ihre Schulbesuchsquote liegt im Bundesdurchschnitt etwa doppelt so hoch wie bei der deutschen Vergleichsgruppe. Dies korrespondiert mit der sehr geringen Besuchsquote von Gymnasien und Realschulen.

Förderschulen werden in der Regel von Kindern und Jugendlichen besucht, die den Anforderungen der Regelschule nicht gerecht werden können, ohne dass erkennbare physische oder körperlich bedingte Beeinträchtigungen vorliegen. Durch eingeschränkte Lern- und/oder Lebensbedingungen, häufig verbunden mit familiären Problemlagen, bringen diese Kinder häufig nicht die Voraussetzungen mit, die einen erfolgreichen Regelschulbesuch ermöglichen.



Quelle: Hessisches Kultusministerium, Bildungspolitik in Zahlen; eigene Berechnung JHP

In der Regel werden diese Kinder und Jugendlichen nicht aufgrund einer Behinderung im Sinne des SGB XII an diese Schulform überwiesen, sondern aus pädagogischen und/oder schulorganisatorischen Gründen, die häufig auf soziale Ursachen zurückzuführen sind.

Schon 1995 wurde festgestellt, dass 19% der Kinder aus der Unterschicht eine Förderschule besuchten. Für Kinder aus der Oberschicht traf dies nur zu 1% zu. Angeführt werden die

unsichere berufliche und finanzielle Situation der Eltern, schlechte Wohnbedingungen, das Leben in sozialen Brennpunkten, unvollständige Familien, eingeschränkte und einseitige Anregungen und soziale Isolation tragen dazu bei, dass die Bedürfnisse der Kinder in dieser Lebenswelt nicht befriedigt werden können und dies dazu führt, dass sie ihr intellektuelles Potential nicht entfalten können (vgl. Schlack 1995:90/91). Auch statistische Veröffentlichungen der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK) belegen, dass Ausländerkinder ein fast dreieinhalb Mal höheres Risiko tragen eine Förderschule zu besuchen als deutsche Kinder (KMK-Statistik bis 2003).

Ebenso belegen Ergebnisse der PISA-Studie, dass in Deutschland, Belgien und der Schweiz der Anteil der Schüler/-innen, bei denen eine sozialpädagogischer Förderbedarf festgestellt wurde und die in Sondereinrichtungen beschult werden am höchsten ist (vgl. Katzenbach/Schroeter 2007).

Auch in Ländern wie Dänemark, Island oder Finnland gibt es eine hohe Quote für eine sonderpädagogische Unterstützung. Aber diese Förderung findet vor allem in der Regelschule statt und nur zu einem geringen Prozentsatz in speziellen Sondereinrichtungen. So scheint es den Finnen mit ihrem aufwändigen Unterstützungssystem gelungen zu sein, nicht nur die Schulform, sondern auch die Erscheinungsform der Lernbehinderung zum Verschwinden gebracht zu haben. Die Zahl der Abgänger/-innen, die die finnische Gemeinschaftsschule ohne Abschluss verlassen, ist mit unter 1% für deutsche Verhältnisse unvorstellbar (ebda).

Nach den Ergebnissen der PISA-Studie kommt auch der Menschenrechtsbeauftragte der EU (zit. nach Katzenbach/Schroeter 2007) zu dem Fazit, dass eine auf Selektion ausgerichtete Schulstruktur zu einer deutlichen Benachteiligung von Kindern aus Haushalten mit einem Armutsrisiko, von Kindern mit Migrationshintergrund und von Kindern mit Behinderungen führt.

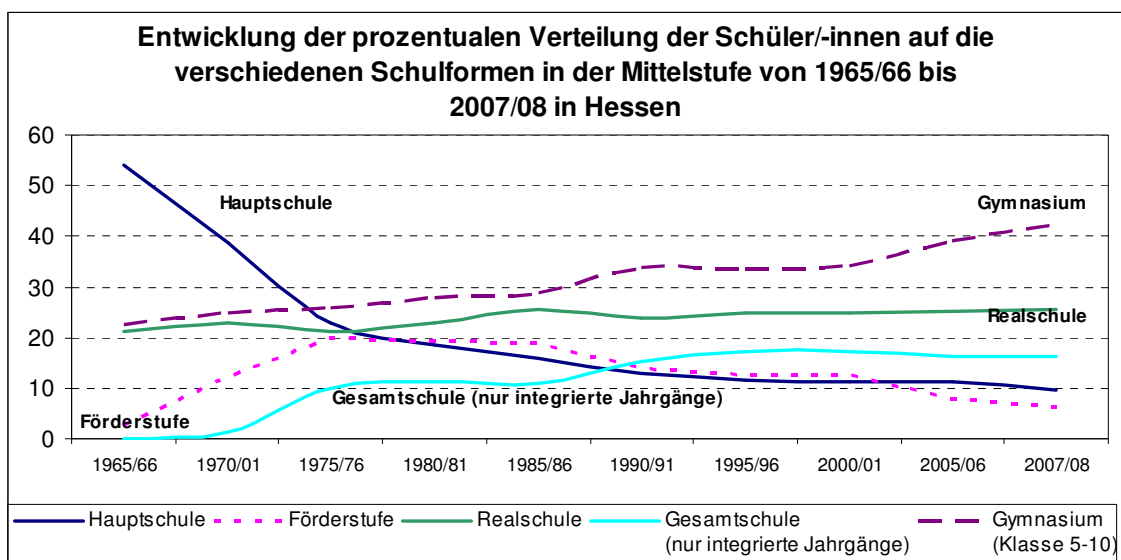
Um die Bildungschancen der ausländischen Kinder und Jugendlichen und der Kinder mit Migrationshintergrund zu erhöhen, sollte daher einer Ausweitung sonderpädagogischer Förderung mit Skepsis begegnet werden. Zu stärken sind dagegen eher die subsidiären Funktionen der Benachteiligtenpädagogik, der interkulturellen Bildung und der Jugendberufshilfe sowie die Umsetzung des Modells der Inklusiven Schule.

Die Kernideen einer Schule für alle Kinder bestehen darin, „alle Heterogenitätsdimensionen, d.h. neben Behinderung und Benachteiligung eben auch Geschlecht, kultureller und sozio-ökonomischer Hintergrund zu berücksichtigen, und dass darüber binäre Unterscheidungen wie eben behindert/ nicht behindert, weiblich/männlich, deutsch/nicht-deutsch etc. an Bedeutung verlieren und zugunsten konsequenter Individualisierung aufgehoben werden können“ (Katzenbach/Schroeter 2007).

2.5.3.3 Entwicklung der Schüler/-innen nach den Schulformen in Hessen

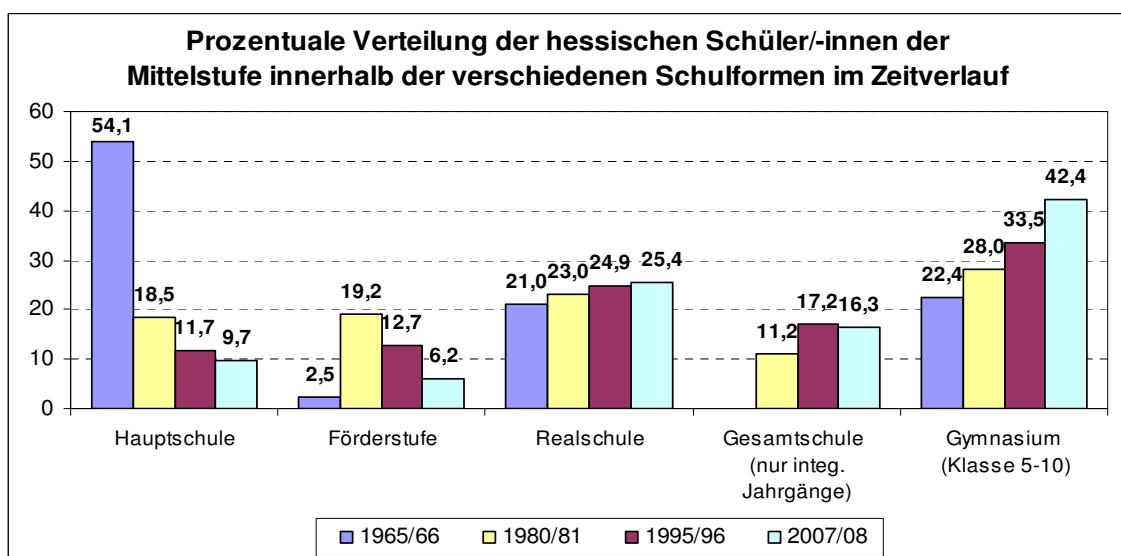
Der Langzeitvergleich des Schulbesuchs nach Schulformen von 1965/1966 bis 2007/2008 in Hessen zeigt einen dramatischen Rückgang bei den Hauptschulen und einen kontinuierlichen Anstieg der Gymnasien.

Besuchten im Schuljahr 1965/66 noch mehr als die Hälfte aller hessischen Schüler/-innen die Hauptschule, waren es bereits zehn Jahre später (1975/76) nur noch rund 20%. In den folgenden 30 Jahren nahm der Anteil der Hauptschüler/-innen weiter ab. Im Schuljahr 2007/08 lag er nur noch bei 9,7%.



Quelle: Hessisches Kultusministerium, Bildungspolitik in Zahlen; eigene Berechnung JHP

Entsprechend zeigt sich im Gymnasialbereich eine gegenläufige Entwicklung. Während im Schuljahr 1965/66 lediglich 22,4% der Schüler/-innen ein Gymnasium besuchten, waren es 2007/08 bereits 42,4%.



Quelle: Hessisches Kultusministerium, Bildungspolitik in Zahlen; eigene Berechnung JHP

Aber auch die Realschulen und die Integrierten Gesamtschulen können über diesen Zeitraum leichte Zunahmen um 4,4% bzw. 5,1% verbuchen.

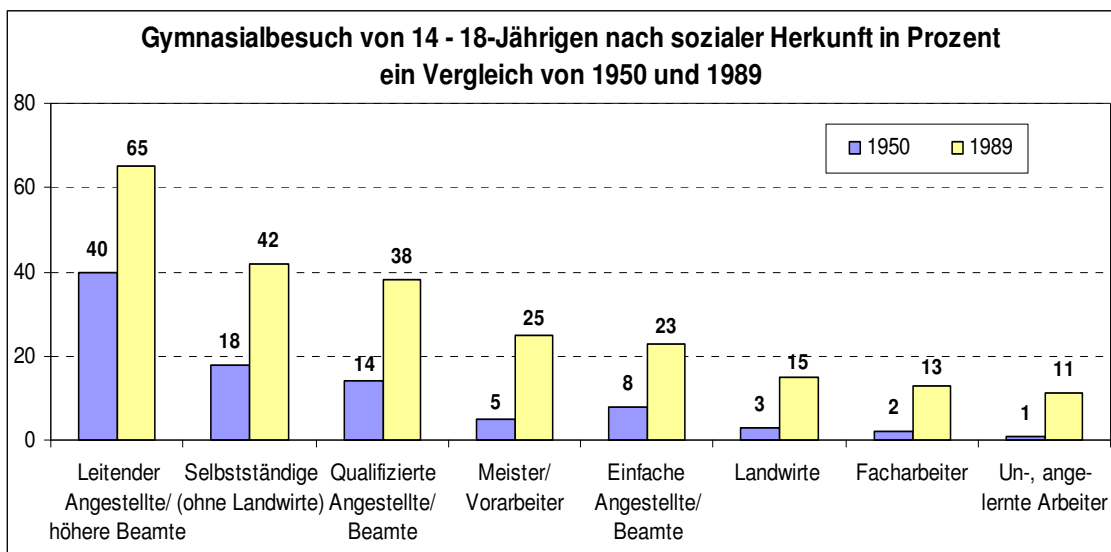
Auch wenn der Anteil der Förderschulen an den Schulformen insgesamt seit Mitte der 1980er Jahre rückläufig war, kann im gesamten Beobachtungszeitraum doch ein Anstieg um 3,7% festgestellt werden.

2.5.4 Bildungschancen im Vergleich

Immer mehr Kinder und Jugendliche besuchen länger weiterführende Bildungseinrichtungen und erwerben dabei höhere Abschlüsse.

Auch wenn die Bildungsexpansion den Kindern aus nahezu allen Bevölkerungsgruppen zugute gekommen ist, kann dennoch nicht von einer Annäherung der Bildungschancen und einem damit einhergehenden Abbau der schichtspezifischen Unterschiede gesprochen werden. So kam der Ausbau der Realschulen und Gymnasien zwar allen Schichten zugute,

allerdings konnten die Kinder aus der unteren Hälfte der Gesellschaft nur an den Realschulen zu den anderen aufschließen. Beim Besuch eines Gymnasiums haben sich die Chancenabstände sogar vergrößert (vgl. Geißler 2005:71ff).

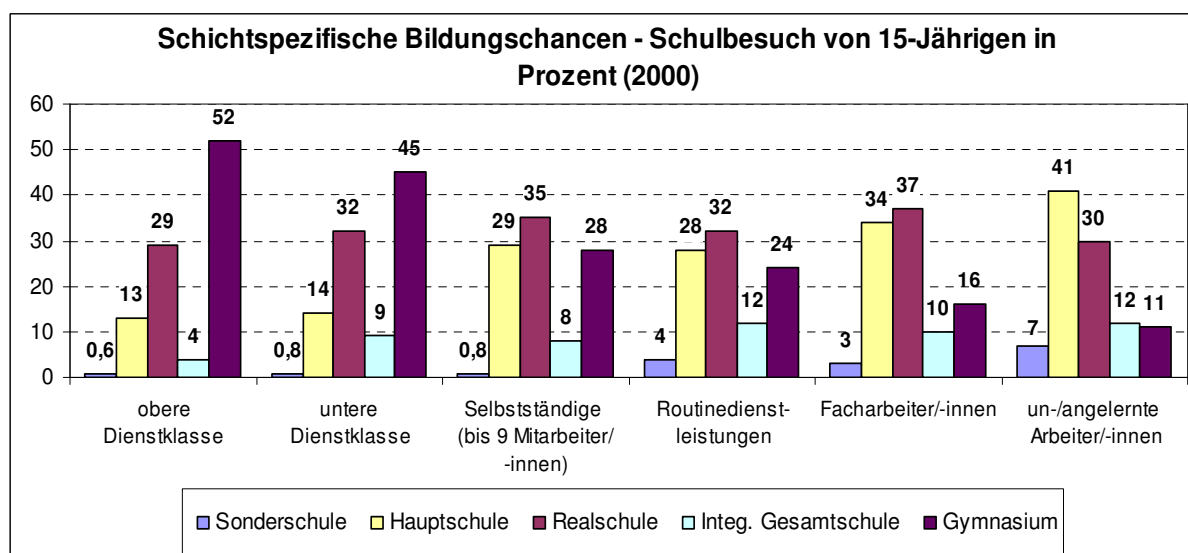


Quelle: Geißler, 2005; eigene Darstellung JHP

Während 1950 die Chancen von Kindern leitender Angestellte sowie höherer Beamten ein Gymnasium zu besuchen, im Vergleich zu denjenigen Kindern von Un- und Angelernten, um 39 Prozentpunkte höher lagen, stieg der Abstand bis 1989 auf 54 Prozentpunkte an.

Geißler fasst diese Entwicklung wie folgt zusammen: „Nimmt man die Chancenabstände in Prozentpunkten zwischen den Schichten als Maß für Chancenungleichheit, dann hat die Bildungsexpansion also ein paradoxes Ergebnis hervorgebracht: mehr Bildungschancen – aber weniger Chancengleichheit“ (ebda 2005:71ff).

Die schichtspezifischen Bildungschancen in Deutschland werden für das Jahr 2000 noch einmal am Beispiel von 15-jährigen Schüler/-innen aufgezeigt.



Quelle: Informationen zur politischen Bildung (Heft 269), 2004; eigene Berechnung JHP

Während der Anteil der Schüler/-innen, die eine Realschule besuchen in allen gesellschaftlichen Schichten relativ gleich ist (Range, d.h. die Spanne zwischen dem kleinsten und dem größten beobachteten Wert, beträgt 8%) zeigt sich die soziale Segregation im Bildungs-

bereich im Falle der Gymnasien (Range: 41%) auf der einen und der Hauptschulen (Range: 28%) auf der anderen Seite besonders deutlich.

So besuchten lediglich 11% der Kinder ungelernter oder angelernter Arbeiter ein Gymnasium, auf eine Hauptschule gingen dagegen 41%. Bei den Kindern, deren Eltern der oberen Dienstklasse zu zuordnen sind, besuchte die Hälfte (52%) ein Gymnasium und lediglich 13% eine Hauptschule.

Dies verdeutlicht sehr anschaulich, dass Kinder aus unteren Einkommensschichten sehr viel schlechtere Bildungschancen haben als Kinder der oberen. „Wer arm ist an kulturellen und materiellen Gütern hat es bis heute schwerer, eine „Bildungskarriere“ am Gymnasium zu machen als ein Kind aus der kulturellen und sozialen Oberschicht“ (Stompe 2005:140).

Kinder aus statushöheren Elternhäusern können bedingt durch die materielle Besserstellung effektiver gefördert werden und sind somit besser auf die Anforderungen in der Schule vorbereitet. Diese Kinder können im Gegensatz zu Kindern aus sozial schwachen Familien in der Regel von den höheren Wissens- und Bildungskompetenzen der Eltern sowie einem intellektuell anregenderen Klima profitieren und sind damit besser auf die sozialen und kulturellen Anforderungen in der Schule vorbereitet (vgl. Huinik 2008:25).

2.5.5 Ausbildungsförderung für Schülerinnen und Schüler

Die sozioökonomisch bedingten Unterschiede der Bildungsabschlüsse hängen auch davon ab, in welchem Ausmaß eine schulische Förderung jener Kinder und Jugendlichen gelingt, deren Eltern keine ausreichenden finanziellen Mittel für eine höherwertige Ausbildung aufbringen können.

Um eine qualifizierte Ausbildung nicht an den fehlenden finanziellen Ressourcen scheitern zu lassen, kann für schulische Aus- und Fortbildung nach den Bestimmungen des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) eine monatliche finanzielle Unterstützung beantragt werden. Auf diese individuelle Ausbildungsförderung besteht ein Rechtsanspruch, wenn dem Auszubildenden die für seinen Lebensunterhalt und seine Ausbildung erforderlichen Mittel nicht anderweitig zur Verfügung stehen.

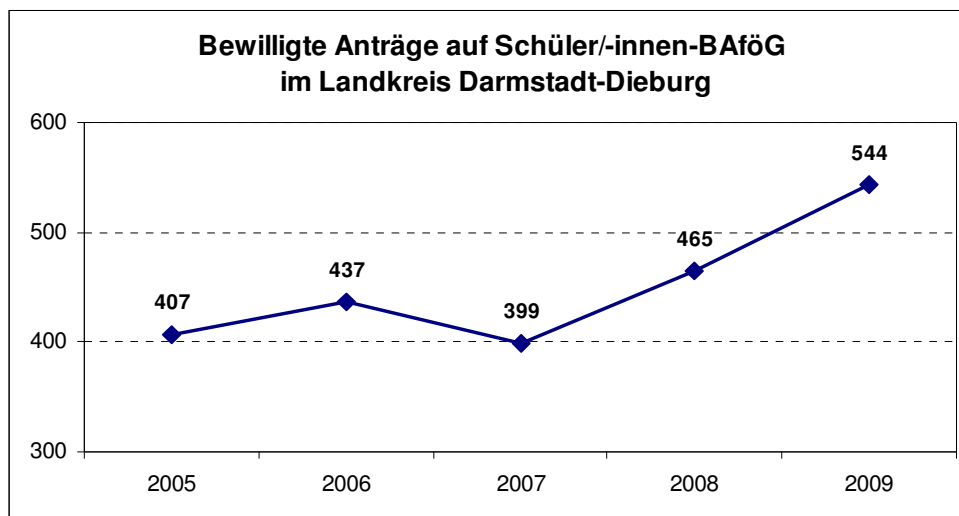
Dieses sogenannte Schüler/-innen-BAföG soll dazu dienen, dem jungen Menschen unabhängig von seiner wirtschaftlichen und sozialen Situation Zugang zu einer schulischen Ausbildung zu verhelfen, die seiner Neigung, Eignung und Leistung entspricht.

Anträge auf Schüler/-innen-BaföG im Landkreis Darmstadt-Dieburg					
	Anträge insgesamt	abgelehnt	in %	bewilligt.	in %
2005	448	41	9,2%	407	90,8%
2006	477	40	8,4%	437	91,6%
2007	433	34	7,9%	399	92,1%
2008	530	65	12,3%	465	87,7%
2009	594	50	8,4%	544	91,6%

Quelle: Kreisverwaltung Darmstadt-Dieburg, Abt. VI/3b; eigene Darstellung JHP

Im Landkreis Darmstadt-Dieburg wurden in den Jahren 2009 insgesamt 594 Förderanträge auf Schüler/-innen-BAföG gestellt, davon wurden 91,6% bewilligt und 8,4% abgelehnt. Die Ablehnungen erfolgten zum großen Teil aufgrund des hohen Einkommens der Eltern oder weil die Unterlagen nicht vollständig abgegeben wurden.

Im Zeitraum von 2005 bis 2009 kam es zu einem Anstieg der Antragsstellungen um 32,6%. In diesem Zeitraum verringerte sich der Anteil der Ablehnungen von 9,2% auf 8,4%. Entsprechend stieg der Anteil der bewilligten Anträge von 90,8% auf 91,6%.

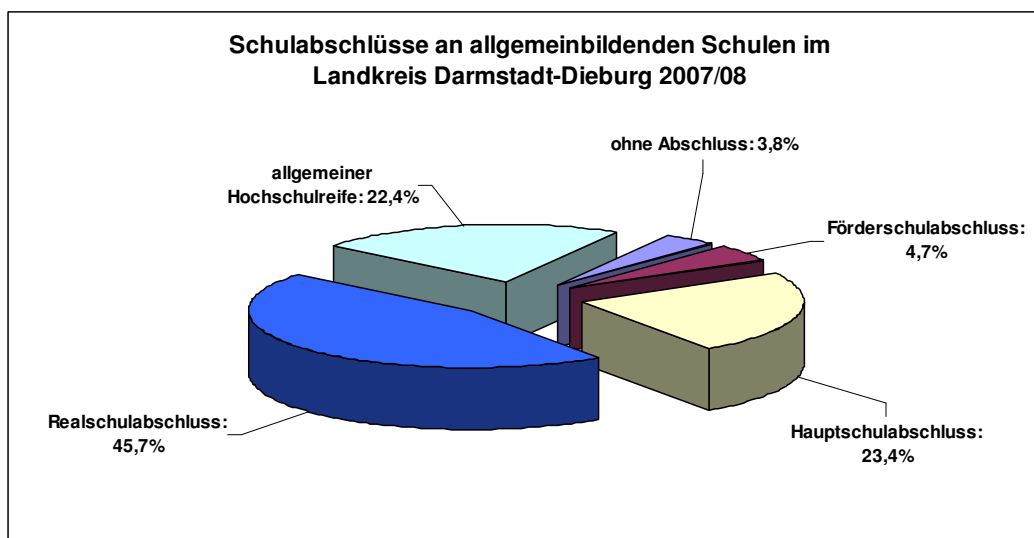


Quelle: Kreisverwaltung Darmstadt-Dieburg, Abt. VI/3b; eigene Darstellung JHP

Insgesamt stieg die Zahl der bewilligten Anträge von 407 auf 544 und damit um 137. Der Anteil der geförderten Schüler/-innen stieg damit um 33,7%.

2.6 Schulabschlüsse in Hessen und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg

Die Art des erworbenen Schulabschlusses hat für den Eintritt in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt eine zentrale Bedeutung. Die Verlierer des Schulsystems sind zukünftig auch die Verlierer am Arbeitsmarkt.

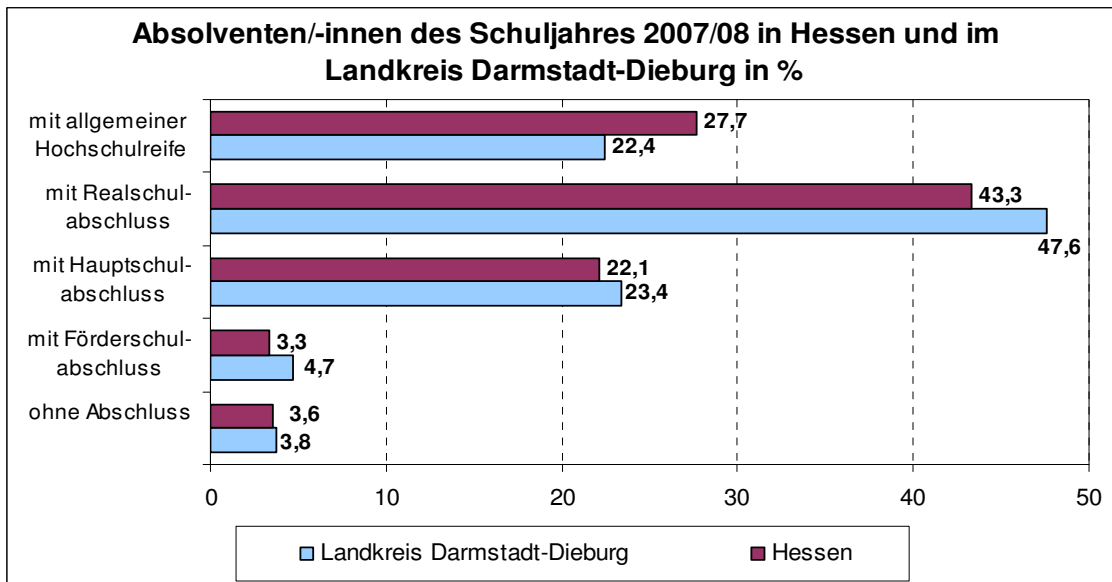


Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt; eigene Berechnung JHP

Knapp die Hälfte der Schüler/-innen (45,7%) beendeten die Schule 2007/08 mit einem Realschulabschluss, 22,4% erzielten die allgemeine Hochschulreife und 23,4% erreichten den Hauptschulabschluss.

4,7% der Schüler/-innen verließen die Schule mit einem Förderschulabschluss, 3,8% erhielten keinen allgemeinbildenden Schulabschluss.

Ein Vergleich der erreichten Bildungsabschlüsse zum Ende des Schuljahres 2007/08 in Hessen und dem Landkreis zeigt sowohl Übereinstimmungen als auch Abweichungen.



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt; eigene Berechnung JHP

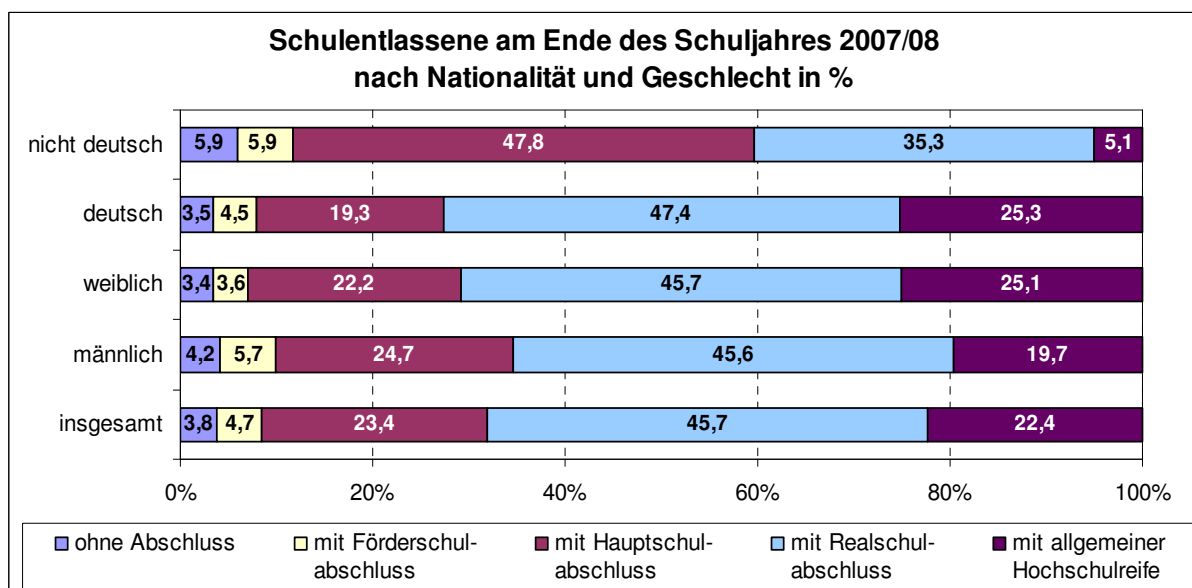
Deutliche Unterschiede werden beim Vergleich der Realschulabschlüsse sowie der allgemeinen Hochschulreife sichtbar. Während hessenweit 27,7% der Absolventen/-innen die allgemeine Hochschulreife erlangten, waren es im Landkreis Darmstadt-Dieburg lediglich 22,4%.

Entsprechend höher fiel der Anteil der erreichten Realschulabschlüsse im Landkreis aus. Der Anteil der Absolvent/-innen mit Realschulabschluss lag im Kreisgebiet bei 47,6% und damit um 4,3% über dem Durchschnitt in Hessen.

Bei Haupt- und Förderschulabschlüssen liegt der Anteil der Absolvent/-innen leicht über dem hessischen Mittelwert. Der Anteil der Schüler/-innen, die ohne Abschluss diese Bildungsinstitutionen verlassen haben, zeigte dagegen kaum Unterschiede.

2.6.1 Soziografische Merkmale der Schulentlassenen

Die Schulentlassenen werden nachfolgend unterschieden nach den erreichten Schulabschlüssen zum Ende des Schuljahres 2007/08 sowie nach dem Geschlecht und der Nationalität.



Quelle: Hessische Kreiszahlen 2008; eigene Berechnung JHP

2.6.1.1 Geschlecht

Im Schuljahr 2007/2008 schlossen deutlich mehr Schülerinnen (25,1%) die Schule mit der allgemeinen Hochschulreife ab als Schüler (19,7%). Dagegen zeigten sich bei den Real- schulabschlüssen kaum geschlechtsspezifische Differenzen.

Unterschiede zeigten sich auch bei den niedrigeren Bildungsabschlüssen. So beendeten im Schuljahr 2007/08 mehr Schüler (24,7%) als Schülerinnen (22,2%) die Schule mit dem Hauptschulabschluss oder einem Förderschulabschluss (5,7% zu 3,6%). Auch verließen mehr junge Männer (4,2%) die Schule ohne einen allgemeinbildenden Abschluss als junge Frauen (3,4%).

2.6.1.2 Nationalität

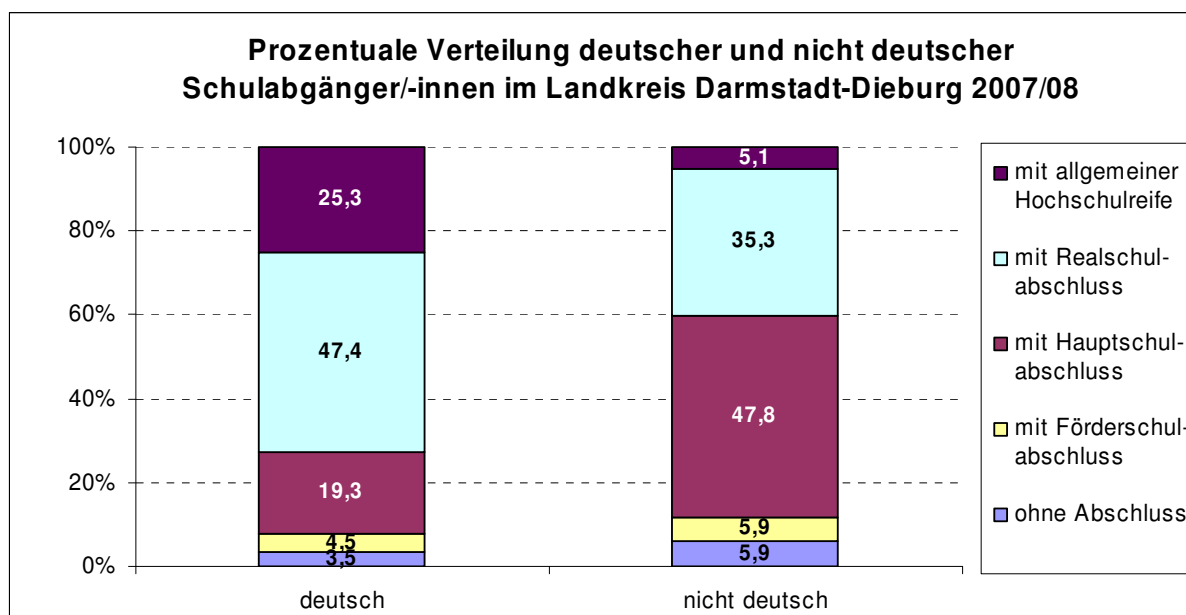
Deutliche Unterschiede in Bezug auf den Bildungserfolg lassen sich im Vergleich von deutschen und nichtdeutschen Schulabgänger/-innen erkennen. Während 2007/08 ein Viertel (25,3%) der deutschen Schüler/-innen die Schule mit der allgemeinen Hochschulreife beendeten, lag der Anteil bei den ausländischen Schüler/-innen nur bei 5,1%. Damit lag der Anteil der deutschen Schüler/-innen mit allgemeiner Hochschulreife 5-mal höher als der Anteil der ausländischen Schüler/-innen.

Ausländische Schüler/-innen (47,8%) verließen die Schule im Vergleich zu deutschen Schüler/-innen (19,3%) dagegen deutlich häufiger mit einem Hauptschulabschluss.

Auch bei den Förderschulabschlüssen liegt der Anteil der ausländischen Absolvent/-innen mit 5,9% über dem der deutschen mit 4,5%.

Im Vergleich zu den deutschen Schüler/-innen verließen ausländische Schüler/-innen die Schule auch häufiger ohne allgemeinbildenden Abschluss (3,5% zu 5,9%).

Die folgende Darstellung stellt die erreichten Schulabschlüsse deutscher und ausländischer Absolvent/-innen im Schuljahr 2007/08 im Landkreis Darmstadt-Dieburg gegenüber.



Quelle: Hessische Kreiszahlen 2008; eigene Berechnung JHP

Ausländische Schüler/-innen erreichen im Vergleich zu ihren deutschen Mitschülern/-innen oft niedrigere Bildungsabschlüsse. Generell wird der sozialen und kulturellen Heterogenität der Gruppe der Schüler/-innen, die aus unterschiedlichen Kulturkreisen stammen, zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

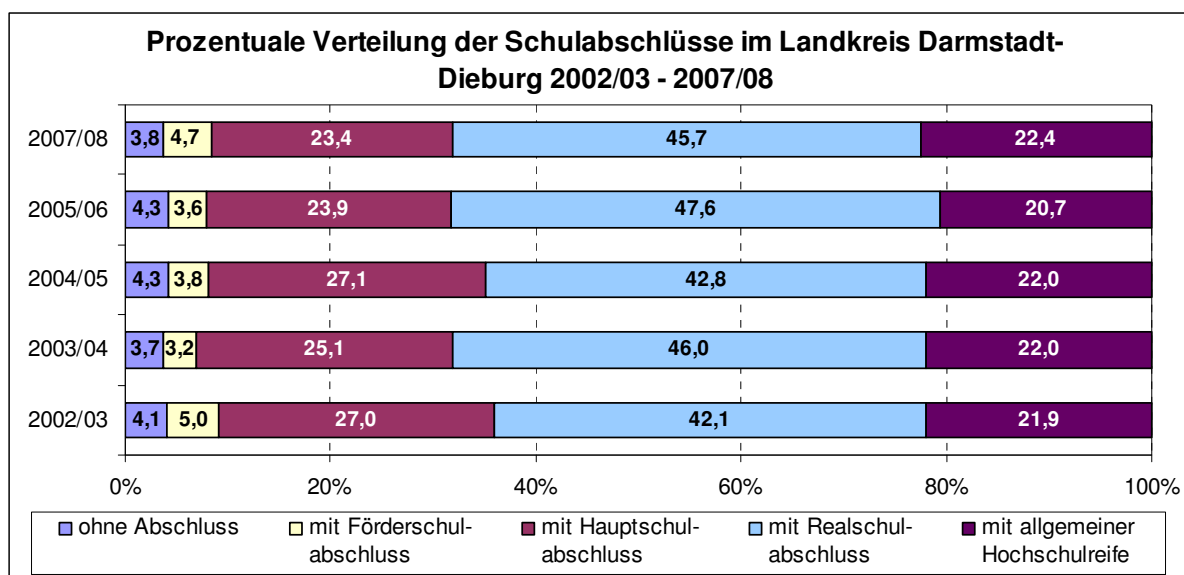
Ein großer Teil der Benachteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund lässt sich jedoch über ihre Zugehörigkeit zur unteren sozialen Schicht und dem damit eng verknüpften niedrigen Bildungsniveau der Eltern erklären.

Neben der sozioökonomischen Herkunft und der ethnischen Zugehörigkeit spielen aber auch die Beherrschung der deutschen Sprache, das Zuwanderungs- bzw. Einwanderungsalter, eventuelle Rückkehrabsichten der Eltern, der Rechtsstatus, die kulturellen Unterschiede, die fehlenden Kenntnisse über das deutsche Schulsystem und die Lernumwelt sowie die institutionelle Diskriminierung im Rahmen von Selektionsentscheidungen an den Übergängen im Schulsystem für den Bildungserfolg von Kindern mit Migrationshintergrund eine zentrale Rolle (vgl. Solga/Dombrowski 2009:25ff).

2.6.2 Entwicklung der Schulabschlüsse nach Schulformen im Landkreis Darmstadt-Dieburg

Im Beobachtungszeitraum von 2002/03 bis 2007/08 zeigt die prozentuale Verteilung der Schulabschlüsse im Landkreis Darmstadt-Dieburg nur leichte Veränderungen.

Auffällig ist ein positiver Trend zu einer höheren Bildungsqualifikation. So nahm der Anteil der Realschulabschlüsse im Beobachtungszeitraum um 3,6% zu und der Anteil der Hauptschulabschlüsse um 3,6% ab.



Quelle: HSL: Hessische Kreiszahlen 2002 bis 2006, jeweils Band 1; eigene Berechnung JHP

Minimal gestiegen ist auch der Anteil der Schulentlassenen mit allgemeiner Hochschulreife (+0,5%), während der Anteil der Schulabgänger/-innen ohne allgemeinbildenden Schulabschluss um 0,3% zurückgegangen ist.

Obwohl sich im Entwicklungszeitraum die Anteile von ausländischen Absolventinnen und Absolventen mit höheren allgemeinbildenden Abschlüssen (vor allem der Realschulen) erhöht haben, erreichen Kinder ausländischer Herkunft nach wie vor geringere Abschlüsse.

2.7 Berufliche Ausbildung

Für die jungen Menschen eine qualifizierte Ausbildung zu gewährleisten, ist eine der wichtigsten gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Aufgaben. So stellt eine abgeschlossene Berufsausbildung heute in der Regel die Mindestqualifikation für den Einstieg ins Arbeitsleben dar.

Auch für Tätigkeiten, die nur geringe Qualifikationen erfordern, werden bevorzugt Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung eingestellt. Vor dem Hintergrund, dass Arbeitsplätze mit geringen Qualifikationsanforderungen verstärkt von der Verlagerung ins Ausland betroffen sind, gewinnt die berufliche Ausbildung immer mehr an Bedeutung.

Ein guter schulischer Abschluss ist ein wichtiger Einstiegsfaktor für den zukünftigen Werdegang in der nachfolgenden beruflichen Ausbildung. Dabei stellt die duale Berufsausbildung, die parallele Ausbildung in Betrieb und Berufsschule, für den größten Teil der jungen Menschen zwischen 16 und 20 Jahren den Einstieg in das Berufs- und Arbeitsleben dar.

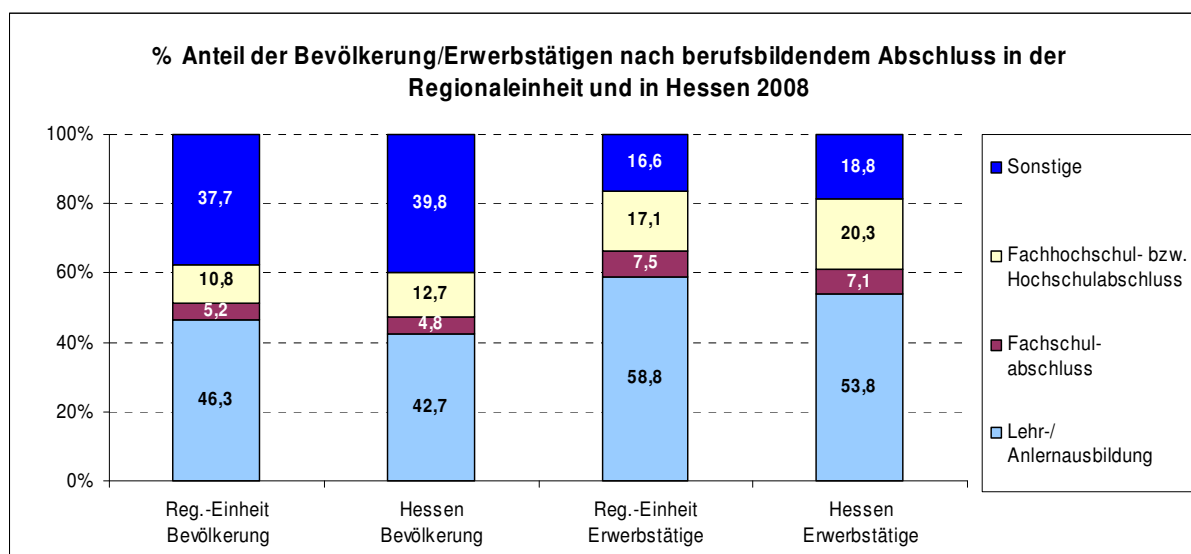
Etwa zwei Drittel der Abgänger/-innen von allgemeinbildenden Schulen münden in die betriebliche Berufsausbildung ein. Dabei zeichnet sich seit Jahren der Trend ab, dass immer mehr Abgänger/-innen mit Hochschul-/Fachhochschulreife eine Lehre beginnen, während Hauptschulabsolvent/-innen immer weniger direkt in das duale System überwechseln, sondern vorher Berufsfachschulen besuchen, um ihre Chancen eine Lehrstelle zu finden, zu verbessern (vgl. Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2005:88f).

Die Mehrheit der Schüler/-innen ohne allgemeinbildenden Schulabschluss ergreifen später eine „zweite Chance“ und nehmen Möglichkeiten der Nachqualifizierung wahr, um versäumte Bildungs- und Ausbildungsabschlüsse nachzuholen. Dennoch zeigt sich, dass bundesweit ein wachsender Teil der jungen Menschen von 18 bis 24 Jahren weder über einen Schulabschluss (Sekundarbereich I) noch einen beruflichen Abschluss verfügt.

Die Zusammensetzung der jungen Menschen bis einschließlich 25 Jahren ohne Berufsausbildung hat sich im Vergleich zu den 1970er Jahren grundlegend verändert. Sie ist heute zunehmend sozial homogen. Überproportional und mit steigender Tendenz sind männliche Jugendliche ausländischer Herkunft vertreten (ebda).

2.7.1 Berufliche Bildungsabschlüsse

Ein Blick auf die beruflichen Bildungsabschlüsse 2008 verdeutlicht dass hessenweit 42,7% der Bevölkerung über eine Lehr- bzw. Anlernausbildung verfügten. In der Regionaleinheit (LK Darmstadt-Dieburg, Bergstraße und Odenwaldkreis) waren es 46,3% der Bevölkerung. Bei den Erwerbstätigen lag der Anteil der Personen mit einer Lehr- bzw. Anlernausbildung hessenweit bei 53,8% und in der Regionaleinheit bei 58,8%.



Quelle: Statistisches Bundesamt 2009; eigene Berechnung JHP

Über einen Fachhochschul- bzw. Hochschulabschluss verfügten zum gleichen Erhebungszeitpunkt 12,7% der hessischen Bevölkerung und 10,8% der der Regionaleinheit. Bei den

Erwerbstätigen lag der Anteil der Personen mit Fachhochschul- bzw. Hochschulabschluss bei 20,3% in Hessen bzw. 17,1% in der Regionaleinheit.

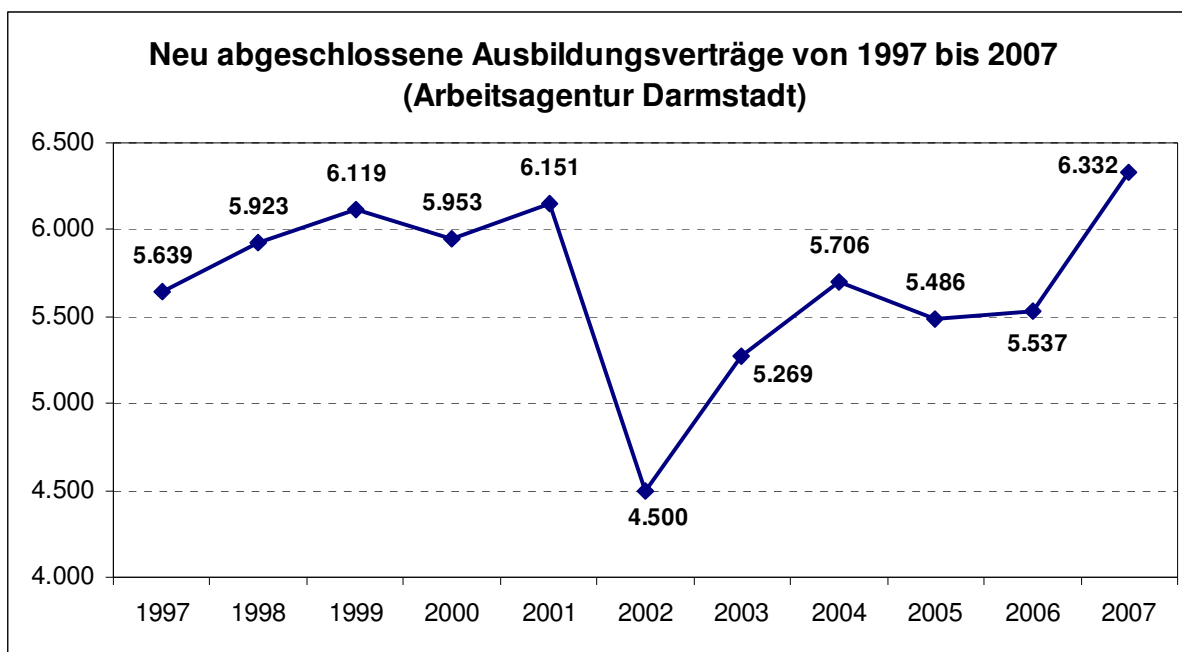
In der Tendenz kann bei der Bevölkerung und den Erwerbstätigen in der Regionaleinheit bezogen auf die Bildungsabschlüsse festgestellt werden, dass die berufliche Ausbildung über und die qualifizierten schulischen Abschlüsse unter dem hessischen Durchschnitt liegen.

2.7.2 Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt

Die Versorgung mit neuen Ausbildungsverträgen hängt entscheidend von der Anzahl der nachfragenden Schulabgänger/-innen und der zur Verfügung stehenden betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen ab.

Zahlen zur Erfassung der Situation auf dem Ausbildungsmarkt stehen auf der Ebene der Arbeitsagenturbezirke zur Verfügung. Der Landkreis Darmstadt-Dieburg ist dem Agenturbezirk Darmstadt zugeordnet. Aus diesem Grund kann keine Unterscheidung zwischen der Stadt Darmstadt und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg erfolgen.

Von 1997 bis 2007 hat sich die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in der Zuständigkeit der Arbeitsagentur Darmstadt erhöht.

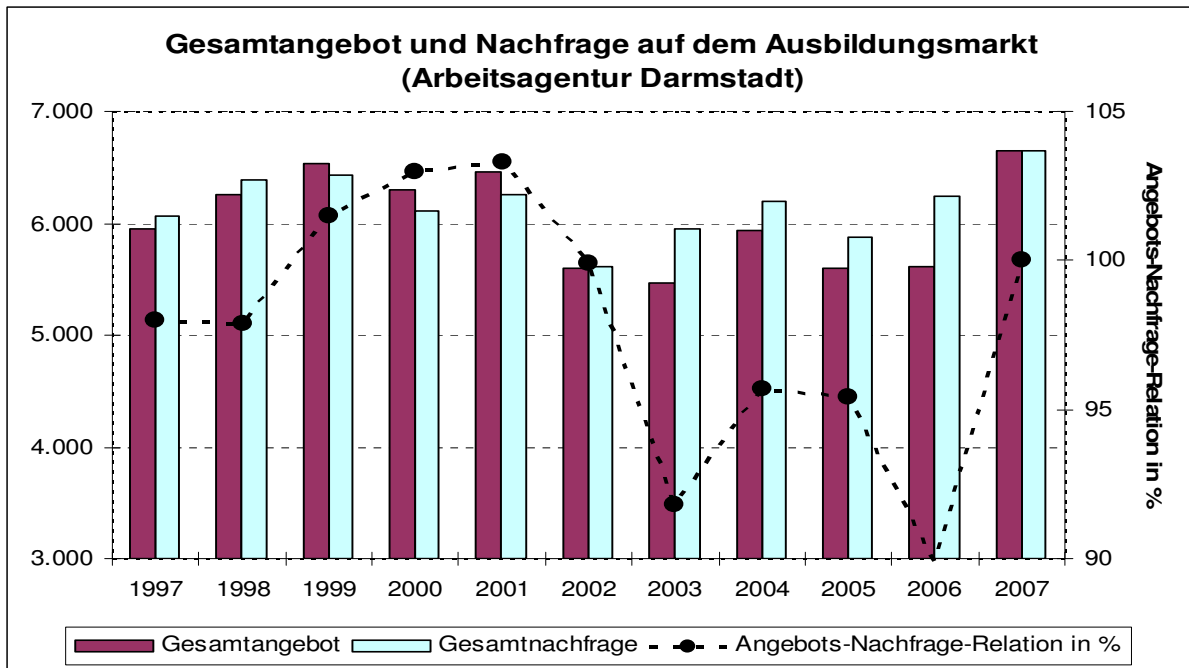


Quelle: Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung JHP

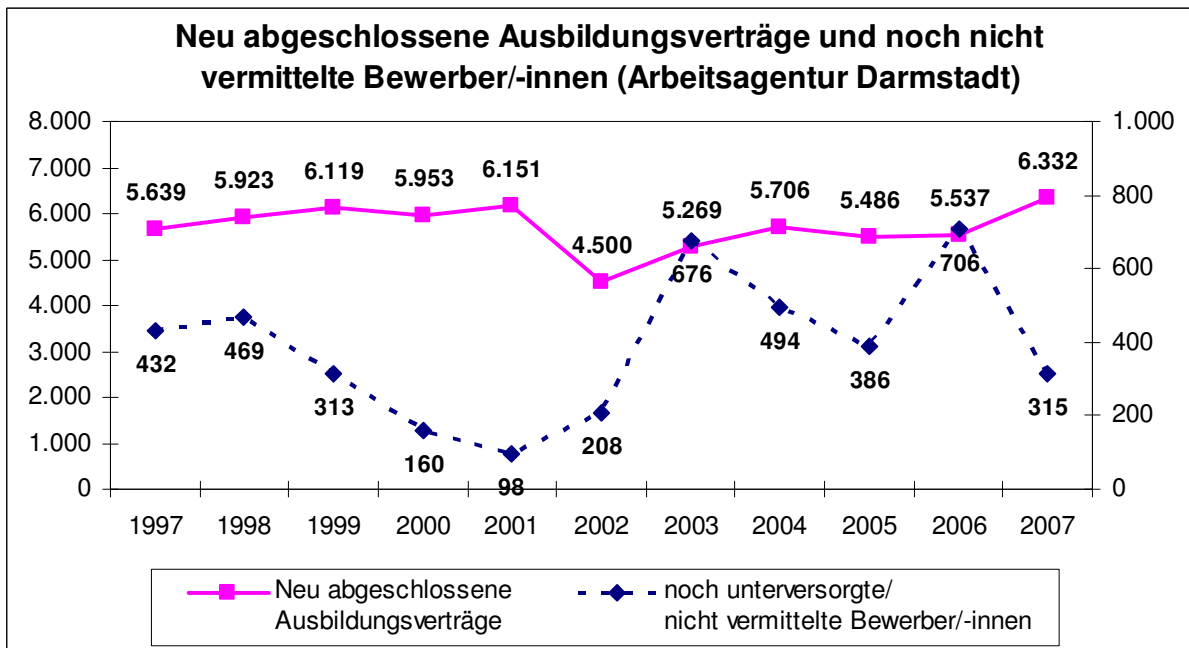
So stieg im gesamten Zeitraum die Zahl der Ausbildungsplätze um 693 und damit um 12,3%. Trotz eines rapiden Einbruchs von 2001 bis 2002 konnte in den Folgejahren das Ausbildungsplatzangebot kontinuierlich wieder angehoben und damit verbessert werden.

Ein Vergleich der Angebots-Nachfrage-Relation auf dem Ausbildungsmarkt im Arbeitsagenturbezirk Darmstadt von 1997 bis 2007 zeigt eine unterschiedliche Entwicklung.

In den Jahren 1997 bis 1998 überstieg die Nachfrage das Angebot. So kamen 1997 auf 5.951 freie Stellen 6.071 Bewerber/-innen. In den Jahren 1999 bis 2001 standen mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung als nachgefragt wurden. In den Folgejahren von 2003 bis 2006 stieg die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen über das vorhandene Angebot hinaus an. Im Jahr 2007 hat sich die Situation wieder verbessert und es gab erstmals ein ausgeglichenes Verhältnis von 6.645 Angeboten und 6.647 Nachfragen.



Eine Angebots-Nachfrage-Relation von 100% oder mehr bedeutet jedoch noch nicht automatisch, dass alle Ausbildungssuchenden auch einen Ausbildungsplatz finden.



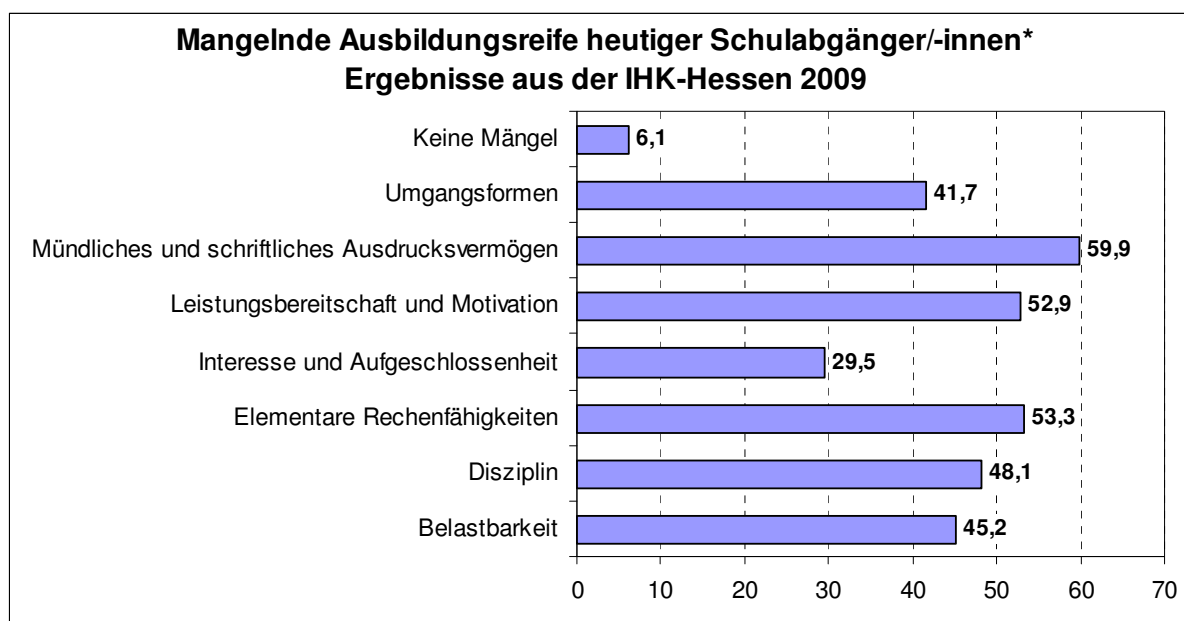
Erfüllen die Bewerber/-innen beispielsweise nicht die geforderten Anforderungen oder entsprechen die zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätze nicht den Vorstellungen der Ausbildungssuchenden, bleiben sie unbesetzt.

2.7.2.1 Probleme bei der Ausbildungsplatzbesetzung

Die Industrie und Handelskammer (IHK) befragt seit einigen Jahren regelmäßig bundesweit ihre ausbildenden Unternehmen zur aktuellen Ausbildungssituation. In Hessen stellen die IHK-Unternehmen über 60% aller Ausbildungsplätze. Im Rahmen dieser Umfrage zeigte sich u.a., dass 20% der befragten Ausbildungsbetriebe 2008 ihre zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätze nicht vollständig besetzen konnten.

Von den befragten Unternehmen waren 57,5% der Meinung, dass das größte Ausbildungshemmnis die mangelnde Ausbildungsreife der Schulabgänger/-innen darstellte. Im Rahmen der IHK-Umfrage wurde die mangelnde Ausbildungsreife der heutigen Schulabgänger/-innen vor allem auf Mängel im Ausdrucksvermögen, der Rechenfähigkeiten sowie der Leistungsbereitschaft zurückgeführt.

Vermisst werden vor allem grundlegende Bildungsqualifikationen, wie Lesen, Rechtschreibung und Rechnen, die in die Zuständigkeit der Schule fallen. Aber auch Schlüsselqualifikationen wie Motivation, Disziplin, gute Umgangsformen und Belastbarkeit werden häufig vermisst.



*Mehrfachnennungen waren möglich

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Hessischer Industrie- und Handelskammern 2009; eigene Darstellung JHP

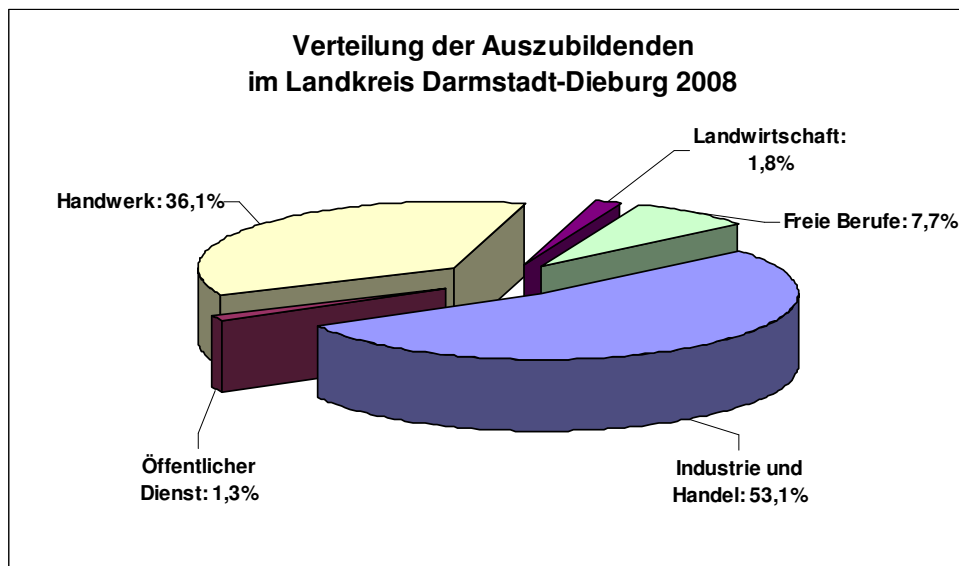
Und obwohl schon viele der befragten Unternehmen mit ausbildungsbegleitenden Hilfen oder anderen Ideen wie Praxistagen und Nachhilfen im Betrieb auf die Mängel der Schulabgänger/-innen reagieren, müssen Kinder und Jugendliche durch frühere und individuellere Förderung in Schule und Elternhaus stärker unterstützt und damit auch besser auf die Herausforderungen des Berufsalltags vorbereitet werden.

Die Benachteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund durch das deutsche Bildungssystem setzt sich auch beim Übergang von der Schule in den Beruf weiter fort. Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund haben besonders große Schwierigkeiten einen Ausbildungsplatz zu finden. Während von den deutschen Absolventinnen und Absolventen bereits die Hälfte der Jugendlichen drei Monate nach Beenden der allgemeinbildenden Schule einen Ausbildungsplatz gefunden hat, dauert es bei den Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund durchschnittlich 17 Monate bis die Hälfte von ihnen in Ausbildung ist (Solga/Dombrowski 2009:33).

2.7.3 Situation der Auszubildenden im Landkreis Darmstadt-Dieburg

2008 waren 3.011 Auszubildende im Landkreis Darmstadt-Dieburg eingestellt. Von den vorhandenen Ausbildungsplätzen entfielen 1.600 auf Industrie und Handel, 1.087 auf das Handwerk, 53 auf die Landwirtschaft, 40 auf den Öffentlichen Dienst und 231 auf freie Berufe.

Somit waren mehr als die Hälfte aller Ausbildungsplätze in der Industrie und im Handel zu finden. Diese Auszubildenden stellten die mit Abstand größte Gruppe dar.



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt; eigene Berechnung JHP

Jede/r dritte Auszubildende war 2008 im Handwerk beschäftigt. Die drittgrößte Gruppe mit 7,8% fand ein Ausbildungsverhältnis bei den freien Berufen. Mit einem Anteil von 1,8% bzw. 1,3% lag der Anteil der Auszubildenden am niedrigsten in der Landwirtschaft und dem öffentlichen Dienst.

2.7.3.1 Geschlecht der Auszubildenden

Die geschlechtsspezifische Segmentierung des Ausbildungsmarktes hat sich in den letzten Jahren nicht entscheidend verändert. Trotz einer besseren Vorqualifikation im Vergleich zu männlichen Schulabgängern, haben junge Frauen nicht die gleichen Chancen auf dem Ausbildungsmarkt.

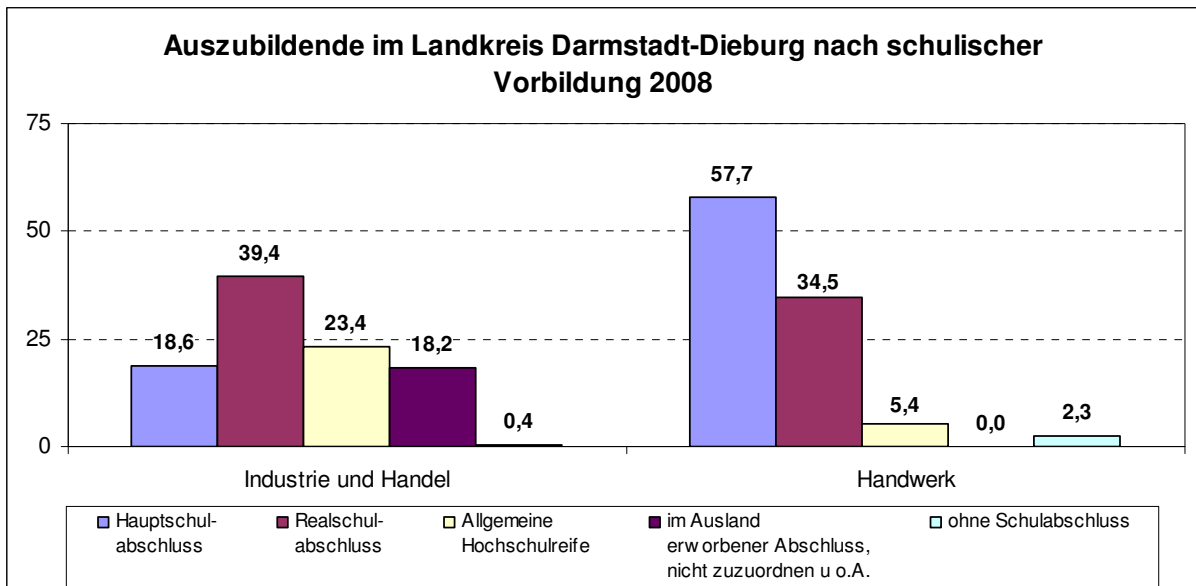
Auch im Landkreis Darmstadt-Dieburg waren 2008 zwei Drittel der Auszubildenden männlich.



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt; eigene Berechnung JHP

2.7.3.2 Schulische Vorbildung der Auszubildenden

Eine Differenzierung der Auszubildenden nach ihrer schulischen Vorbildung macht ebenfalls deutliche Unterschiede sichtbar.



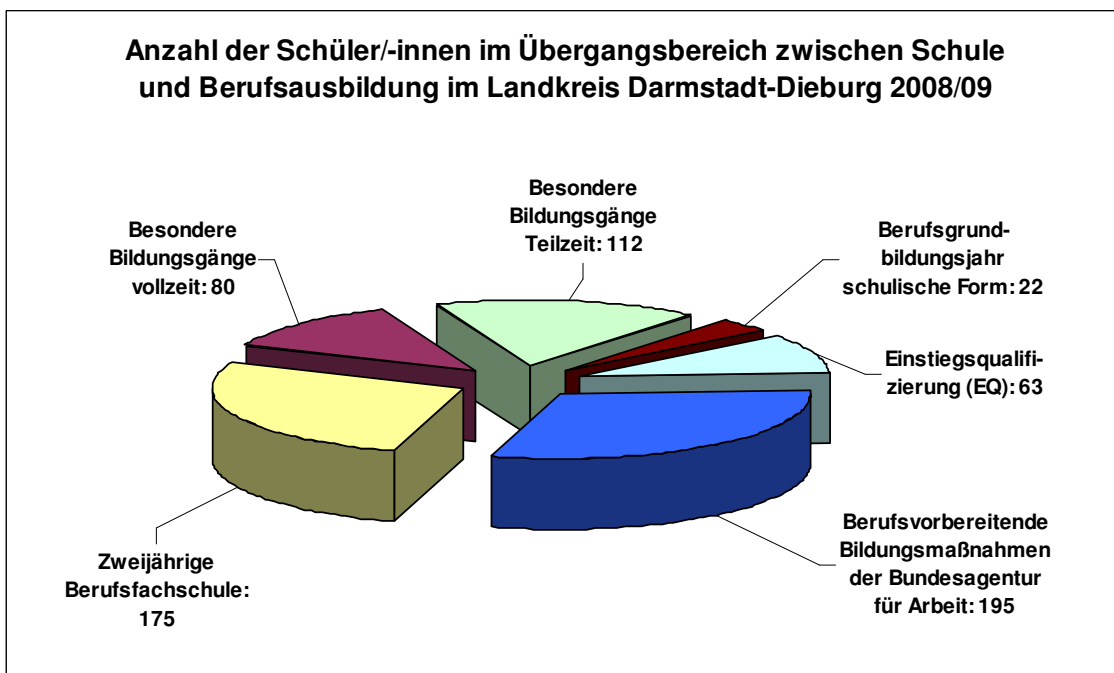
Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt; eigene Berechnung JHP

Im Jahr 2008 verfügten 39,4% der Auszubildenden in der Industrie und im Handel über einen Realschulabschluss und 23,4% sogar über die Hochschulreife. Nur noch knapp jeder fünfte Auszubildende verfügte über einen Hauptschulabschluss.

Im Handwerk lag der Anteil der Auszubildenden mit Mittlerer Reife bei 34,5% und mit Abitur bei 5,4%. Hier verfügten mehr als die Hälfte der Auszubildenden, nämlich 57,7% und damit drei Mal mehr als in Industrie und Handel, über einen Hauptschulabschluss.

2.7.4 Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen

Nicht alle Schulabgänger/-innen finden nach der Schule sofort einen Ausbildungsplatz. Diese jungen Menschen haben die Möglichkeit sich weiter zu qualifizieren, und an unterschiedlichen berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen teilzunehmen. Im Schuljahr 2008/09 nahmen insgesamt 647 Schüler/-innen an Bildungsmaßnahmen im Landkreis Darmstadt-Dieburg teil.



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt; eigene Aufbereitung JHP

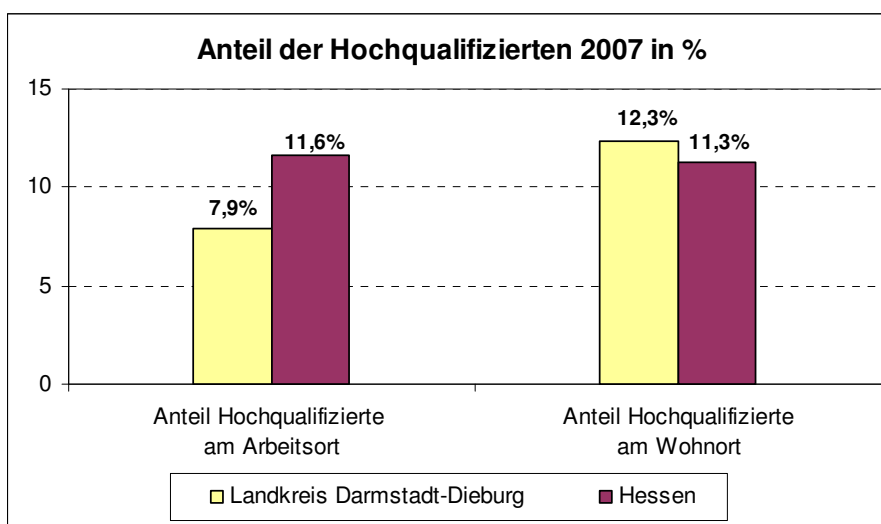
Von diesen Schülerinnen und Schülern im Übergang zwischen Schule und Berufsausbildung besuchten 30,1% eine berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme der Bundesagentur für Arbeit und 27,0% eine zweijährige Berufsfachschule. 17,3% absolvierten besondere Bildungsgänge in Teilzeit und 12,4% in Vollzeit. Einer Einstiegsqualifizierung gingen 9,7% der Schüler/-innen nach und 3,4% durchliefen ein Berufsgrundbildungsjahr in schulischer Form.

2.8 Hochschulausbildung

Für die Innovationsfähigkeit und das Wachstum der Ökonomie ist ein hoher Anteil an Personen mit einer formal hohen Qualifikation von zentraler Bedeutung. Formal höhere Abschlüsse sind signifikant mit höheren Einkommen verbunden, aber auch mit höheren Kompetenzen, die mit zunehmender Berufserfahrung steigen.

2.8.1 Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Akademiker/-innen

2007 betrug der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluss und Arbeitsort im Landkreis Darmstadt-Dieburg 7,9% und in Hessen 11,6%.



Quelle: Bertelsmann Stiftung; eigene Darstellung JHP

Im gleichen Jahr betrug der Anteil der hochqualifizierten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Wohnort im Landkreis Darmstadt-Dieburg 12,3% und in Hessen 11,3%.

Während hessenweit mehr Hochqualifizierte arbeiten als wohnen, ist im Landkreis Darmstadt-Dieburg der Anteil der Hochqualifizierten am Wohnort deutlich größer als der Anteil der Hochqualifizierten, die ihren Arbeitsort im Landkreis Darmstadt-Dieburg haben.

2.8.2 Akademikerlücke und Fachkräftemangel

Deutschland weist im internationalen Vergleich einen relativ geringen Anteil an Akademikerinnen und Akademikern aus. Nach Angaben der OECD war der Anteil der 25- bis 64-jährigen Bevölkerung mit einem Meister-/Techniker- oder Hochschulabschluss im Jahr 2006 in den USA um 15% und der Anteil der Personen mit einem Universitätsabschluss sogar um 20% höher als in Deutschland (vgl. Anger/Plünnecke 2009:1f).

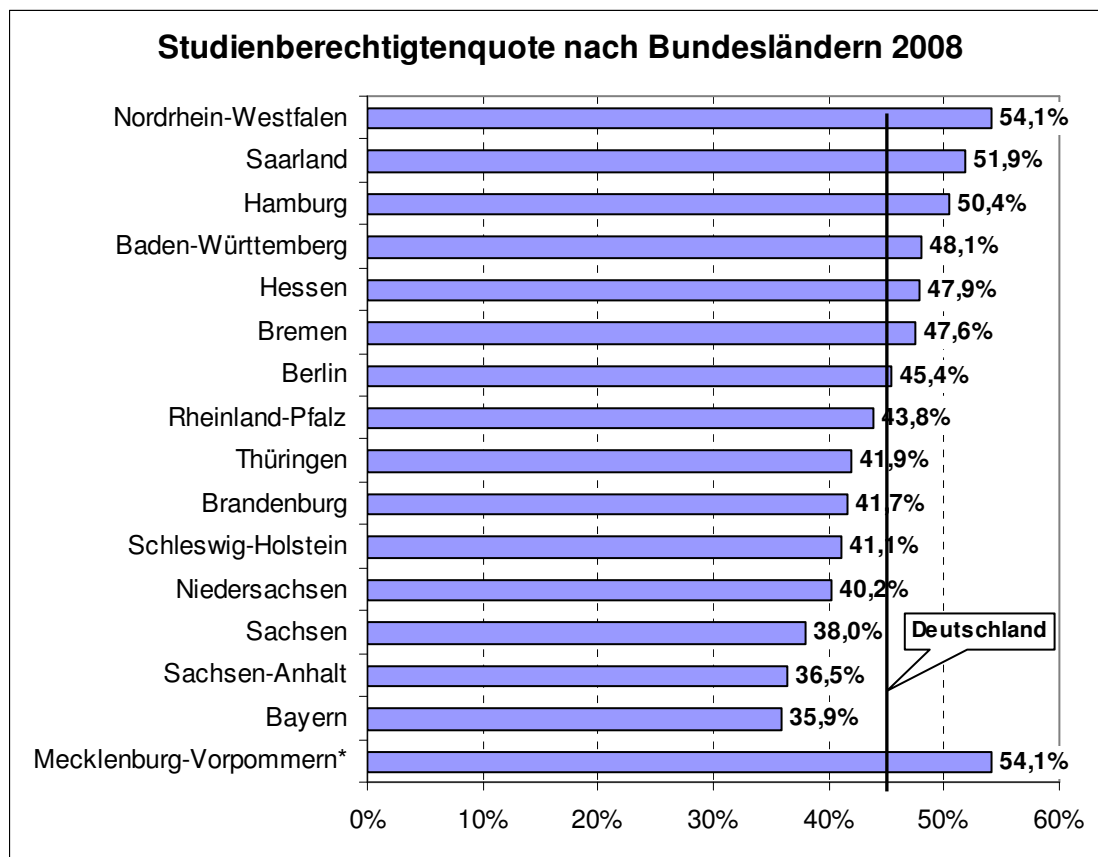
Seit längerem wird in Deutschland auch der Mangel an formal hochqualifizierten Fachkräften beklagt, der sich vor allem in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Wissenschaften bemerkbar macht und zu erheblichen Wertschöpfungsverlusten führt (vgl. Koppel 2008).

Ein wesentlicher Grund für den geringeren Anteil von Personen mit einer akademischen Ausbildung liegt in der deutlich niedrigeren Studienanfängerquote in Deutschland. Während in den USA 64% eines Jahrgangs ein Studium beginnen, sind es in Deutschland nur 35%.

Auch die EU-Kommission stellt mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union im Vergleich zur USA einen erheblichen Nachholbedarf an Akademiker/-innen fest und sieht dringenden Handlungsbedarf (Europäische Kommission 2008).

2.8.3 Studienberechtigtenquote

Schulabgängerinnen und Schulabgänger mit Hochschulreife sind potentiell zukünftige Studierende. Die Studienberechtigungsquote gibt an, wie hoch der Anteil der Schulabgänger/-innen mit allgemeiner, fachgebundener oder Fachhochschulreife an der gleichaltrigen Bevölkerung der 18- bis 20-Jährigen ist.



* 2008 doppelter Abiturientenjahrgang

Quelle: Statistisches Bundesamt: Hochschulen auf einen Blick 2010; eigene Aufbereitung JHP

2008 erwarben 442.100 Schulabsolvent/-innen eine Studienberechtigung. Damit lag die Studienberechtigtenquote deutschlandweit bei 45,1%. Damit war für fast die Hälfte der altersgleichen Bevölkerung die Voraussetzung gegeben, ein Hochschulstudium aufzunehmen.

Ausgehend vom deutschen Mittelwert lag die Studienberechtigungsquote in Hessen mit 47,9% an Rang 5.

2.8.4 Übergangsquote

Die Übergangsquote gibt den Anteil der Schulabgängerinnen und -abgänger an, die im Laufe der Zeit ein Studium an deutschen Hochschulen beginnen. Dabei findet auch Berücksichtigung, dass der Studienbeginn zeitversetzt erfolgen kann.

Im Jahr 2008 nahmen 35% aller Schulabsolvent/-innen, die 2008 die Zugangsberechtigung zur Hochschule erhalten haben, ein Studium auf. Differenziert nach dem Geschlecht begannen 39% aller studienberechtigten Frauen mit dem Studium, aber nur 33% der studienberechtigten Männer. Noch im Jahr 2000 waren dies nur 19% der männlichen Studienberechtigten. Aufgrund der verringerten Zeit bzw. dem Wegfall von Wehr- und Ersatzdienst nähern sich die Quoten an die der weiblichen an.

2.8.5 Studierende an den Hochschulen

2.8.5.1 Studienanfängerquote

Die Studienanfängerquote gibt Aufschluss über den Anteil der Studienanfänger/-innen an der altersspezifischen Bevölkerung. Diese Berechnung des Statistischen Bundesamtes orientiert sich am OECD-Standard.

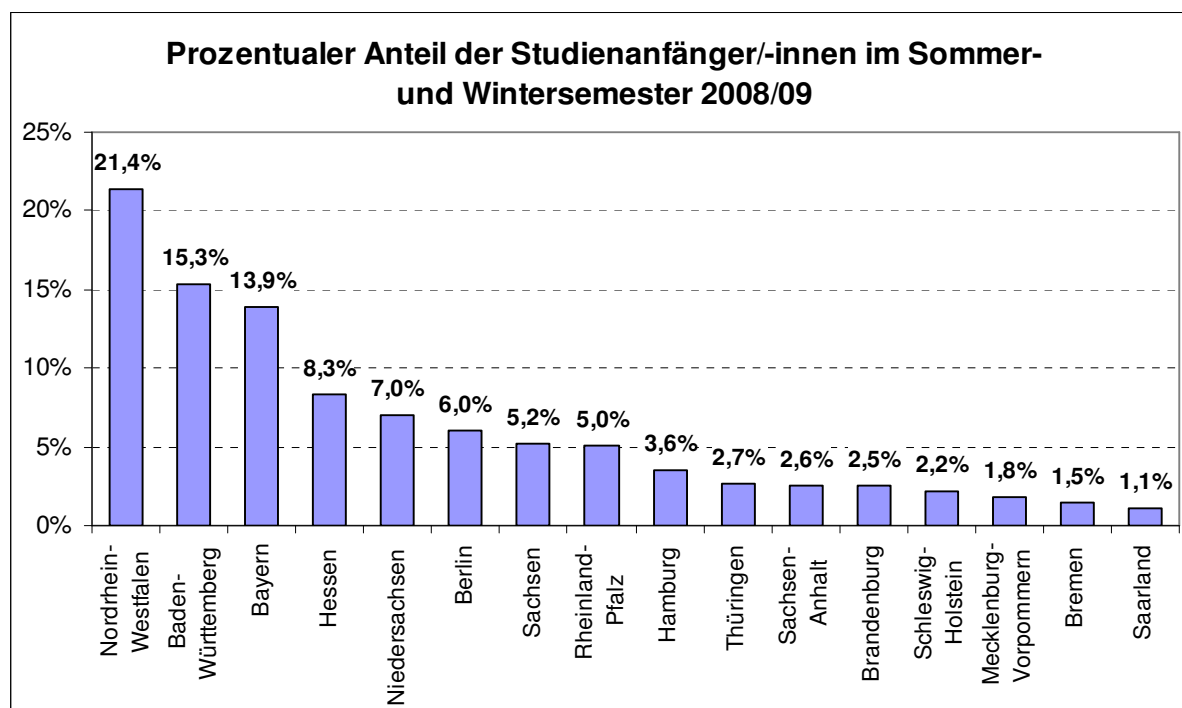
Danach betrug 2008 die Studienanfängerquote in Deutschland 39,3%. Dabei lag die Quote der Frauen mit 39,9% über der der Männer mit 38,7%. Im Jahr 1998 betrug die Studienanfängerquote noch 29,2% und der Anteil der Männer lag mit 29,3% leicht über der der Frauen mit 29,2%. 2006 erreichte die Studienanfängerquote schon 35,7% und seither ist ein kontinuierlicher Anstieg zu verzeichnen.

Im Jahr 2008 begannen bundesweit 396.610 Studienanfänger/-innen ein Studium. Von den Studienanfänger/-innen an deutschen Hochschulen waren 196.916 und damit fast die Hälfte (49,6%) Frauen.

2.8.5.2 Studienanfänger/-innen im Studienjahr 2008/2009

Ein Vergleich der Bundesländer zeigt, dass der Anteil der Studienanfänger/-innen im Sommer- und Wintersemester 2008/2009 am höchsten in Nordrhein-Westfalen und am niedrigsten im Saarland lag.

Gegenüber dem Vorjahr stieg im Studienjahr 2008/2009 die Zahl der Erstimmatrikulierten um 9%. In fast allen Bundesländern ist eine deutliche Zunahme der Zahl der Studienbeginner/-innen zu verzeichnen.



Quelle: Statistisches Bundesamt Deutschland; eigene Aufbereitung JHP

In Hessen wurden 32.974 Studierende neu immatrikuliert. Das entspricht einem Anteil an der Gesamtzahl der neu Studierenden im Bundesgebiet von 8,3%. Gemessen am Studienort lag Hessen damit auf Rang 4.

Studienanfänger/-innen: Erstes Hochschulsemester nach Bundesländern					
Bundesland	Studienjahr *			Veränderung	
	2007/08	2008/09	2009/2010**	abs.	in %
Baden-Württemberg	47.674	60.661	65.323	17.649	37,0%
Bayern	52.833	55.001	59.081	6.248	11,8%
Berlin	22.339	23.967	26.045	3.706	16,6%
Brandenburg	8.571	9.866	10.070	1.499	17,5%
Bremen	5.483	5.848	5.752	269	4,9%
Hamburg	12.728	14.095	15.255	2.527	19,9%
Hessen	28.911	32.974	35.294	6.383	22,1%
Mecklenburg-Vorpommern	6.766	7.080	7.662	896	13,2%
Niedersachsen	26.689	27.777	29.127	2.438	9,1%
Nordrhein-Westfalen	77.568	84.697	91.192	13.624	17,6%
Rheinland-Pfalz	19.222	20.004	20.805	1.583	8,2%
Saarland	3.617	4.456	5.218	1.601	44,3%
Sachsen	20.847	20.659	21.079	232	1,1%
Sachsen-Anhalt	9.346	10.120	10.045	699	7,5%
Schleswig-Holstein	8.616	8.824	9.485	869	10,1%
Thüringen	10.149	10.581	11.272	1.123	11,1%
Deutschland	361.360	396.610	422.705	61.345	17,0%
weitere Angaben					
Frauen	180.001	196.916	210.640	30.639	17,0%
Ausländer	64.028	69.809	73.068	9.040	14,1%
Bildungsinländer	10.269	11.459	.		
Durchschnittsalter	21,9	21,9	.		

* Studienanfänger/-innen im Sommer- und nachfolgenden Wintersemester

** Vorläufiges Ergebnis (Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten)

Quelle: Statistisches Bundesamt Deutschland

Im gesamten Zeitraum von 2007/2008 bis 2009/2010 stieg der Anteil der Studienanfänger/-innen deutschlandweit um 17,0%. Ausgehend von diesem Mittelwert verzeichnete das Saarland den höchsten Zuwachs und Sachsen den niedrigsten. Hessen erreichte mit einem Zuwachs um 22% Rang 3.

2.8.5.3 Studierende an den Hochschulen

Im Wintersemester 2008/2009 waren an deutschen Hochschulen insgesamt 2.025.307 Studierende immatrikuliert. Davon waren 1.057.807 deutsche (88,2%) und 239.143 (11,8%) ausländische Student/-innen. Dieser Ausländer/-innenanteil gibt Auskunft über den Anteil aller Studierenden mit ausländischer Nationalität.

Werden nur die Bildungsinländer, d.h. die Studierenden mit ausländischer Nationalität, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im deutschen Bildungssystem erworben haben, in den Blick genommen, so zeigt sich von 1996/97 bis 2006/2007 ein annähernd konstanter Wert um die 3% bei einem Bevölkerungsanteil von ca. 10% (vgl. Statistisches Bundesamt Hochschulstandort Deutschland 2007).

Unter den 171.249 Studierenden im Wintersemester 2008/2009 in Hessen waren 80.583 weiblich. Das entspricht einem Anteil von 47,1%. Der Anteil der ausländischen Studierenden betrug 24.937 und damit 14,6%.

2.8.5.4 Studierende nach Hochschularten in Hessen

Im Wintersommersemester 2008/2009 studierten an den hessischen Universitäten 113.007 Studentinnen und Studenten.

Studierende nach Hochschulen und Hochschularten im Wintersemester 2008/2009					
	insgesamt	davon weiblich	in %	davon ausländische	in %
Universitäten					
Technische Universität Darmstadt	18.175	5.328	29,3%	3.482	19,2%
J.W.Goethe-Universität Frankfurt a.M.	32.961	18.980	57,6%	5.636	17,1%
J.Liebig-Universität Gießen	22.508	14.499	64,4%	1.743	7,7%
Phillips-Universität Marburg	19.142	10.652	55,6%	2.105	11,0%
Universität Kassel	17.868	8.880	49,7%	1.988	11,1%
Euopean Buisness School, Oestrich-Winkel	1.322	407	30,8%	214	16,2%
HfB- Buisness School of Finance and Management Frankfurt a.M.	1.031	288	27,9%	127	12,3%
Gesamt	113.007	59.034	52,2%	15.295	13,5%
Theologische Hochschulen					
Theologische Fakultät Fulda	39	5	12,8%	10	25,6%
Phil. Theol. Hochschule St. Georgen Frankfurt a.M.	285	80	28,1%	74	26,0%
Luth. Theol. Hochschule Oberursel	33	8	24,2%	6	18,2%
Gesamt	357	93	26,1%	90	25,2%

Quelle: HSL: Studierende und Gasthörer an den Hochschulen in Hessen im WS 2008/2009; eigene Berechnungen JHP

Der Anteil der Frauen lag bei 52,2% und der der ausländischen Student/-innen bei 13,5%. Den höchsten Frauenanteil mit 64,4% verzeichnete die Justus Liebig-Universität in Gießen, den geringsten Anteil die Business School of Finance and Management in Frankfurt am Main.

Der Anteil der Studentinnen und Studenten, der im Wintersemester 2008/2009 an einer hessischen Universität immatrikuliert war, betrug 66,0%. Damit war die Universität die meist genutzte Hochschulart. Von allen weiblichen Studierenden in Hessen waren 73,3% an den Universitäten eingeschrieben. Auch 65,9% aller ausländischen Student/-innen in Hessen besuchten eine Universität.

Studierende nach Hochschulen und Hochschularten im Wintersemester 2008/2009					
	insgesamt	davon weiblich	in %	davon ausländische	in %
Kunsthochschulen					
Hochschule für Musik und darst. Kunst Frankfurt a.M.	771	464	60,2%	252	32,7%
Städelschule Frankfurt a.M.	120	42	35,0%	71	59,2%
Hochschule für Gestaltung Offenbach a.M.	566	312	55,1%	96	17,0%
Gesamt	1.457	818	56,1%	419	28,8%
Fachhochschulen					
FH Darmstadt	10.172	3.274	32,2%	1.764	17,3%
FH Frankfurt a. M.	8.967	3.625	40,4%	2.069	23,1%
FH Fulda	4.719	2.435	51,6%	574	12,2%
FH Gießen-Friedberg	10.167	2.150	21,1%	1.228	12,1%
FH Wiesbaden	8.751	3.163	36,1%	1.347	15,4%
EFH Darmstadt	1.283	1.000	77,9%	67	5,2%
Europa-FH Fresenius Idstein	1.114	753	67,6%	64	5,7%
Priv. FH der gesetzl. Unfallversicherung Bad Hersfeld	40	32	80,0%	0	0,0%
W. Büchner Hochschule Darmstadt (priv. FernFH)	3.894	274	7,0%	79	2,0%
Priv. FH Nord-Hessen, Bad Sooden-Allendorf	3.815	2.289	60,0%	136	3,6%
Priv. FH Proxadis Frankfurt a.M.	352	145	41,2%	11	3,1%
Priv. FH Accadis Bad Homburg	449	253	56,3%	31	6,9%
Gesamt	53.723	19.393	36,1%	7.370	13,7%
Verwaltungsfachhochschulen					
Archivschule Marburg	45	30	66,7%	0	0,0%
VFH Rotenburg	682	423	62,0%	0	0,0%
VFH Wiesbaden	1.822	739	40,6%	34	1,9%
FH des Bundes öffentl. Verwaltung, FB Kriminalpolizei, Wiesbaden	102	43	42,2%	0	0,0%
FH des Bundes öffentl. Verwaltung, FB Wetterdienst, Langen	55	10	18,2%	1	1,8%
Gesamt	2.706	1.245	46,0%	35	1,3%

Quelle: HSL: Studierende und Gasthörer an den Hochschulen in Hessen im WS 2008/2009; eigene Berechnungen JHP

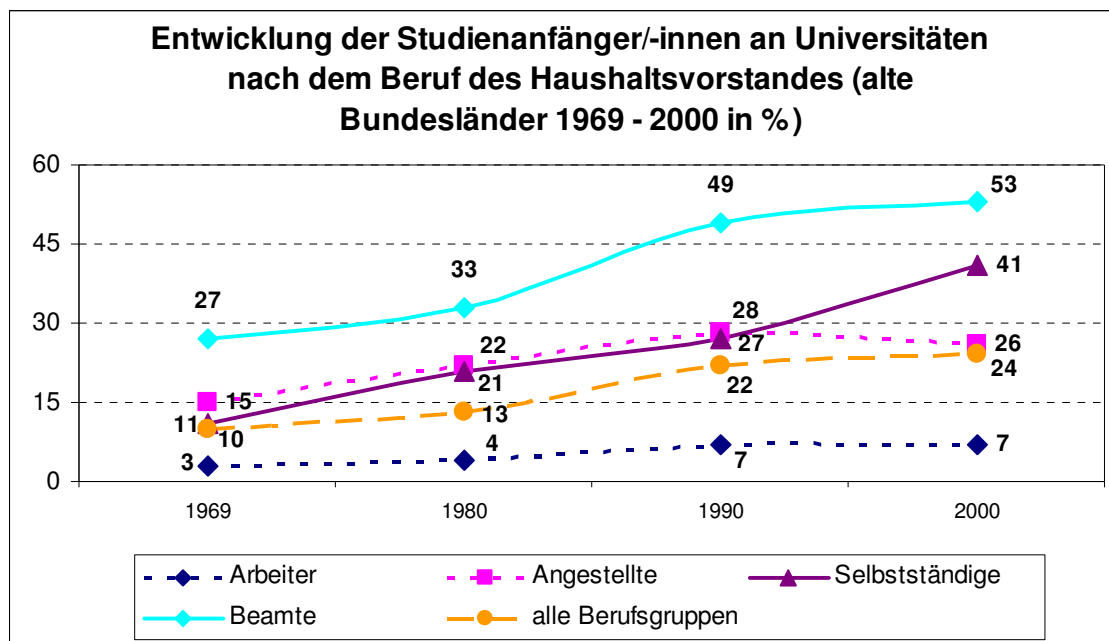
An zweiter Stelle folgten im Wintersemester 2008/2009 die Fachhochschulen. Hier waren 31,4% aller hessischen Studierenden eingeschrieben, 24,1% aller Studentinnen in Hessen und 31,8% aller ausländischen Studierenden.

Hier studierten zu diesem Zeitpunkt 53.723 Studentinnen und Studenten. Der Anteil der Frauen lag bei 36,1% und der der ausländischen Student/-innen bei 13,7%.

An dritter Stelle der wichtigsten Hochschularten folgen mit 2.706 Student/-innen und einem Anteil von 1,6% aller Studierenden in Hessen die Verwaltungsfachhochschulen. Hier lagen der Anteil der Frauen mit 46% leicht und der Anteil der ausländischen Studierenden mit 1,3% weit unter dem hessischen Mittelwert.

2.8.5.5 Soziale Herkunft der Studierenden

Beim Übergang von der Schule an die Hochschulen wird der leistungsunabhängige soziale Filter erneut wirksam. So wollen beispielsweise Arbeiterkinder mit guten Leistungen seltener studieren (43%) als Schüler/-innen der mittleren Leistungsstufe, die aus Familien von Selbständigen (55%), Beamten (50%) oder Angestellten (44%) stammen (vgl. Geißler 2004).



Quelle: Geißler, R.: Bildungsexpansion und Bildungschancen 2004; eigene Darstellung JHP

Die Entwicklung von 1969 bis 2000, von über 30 Jahren, macht deutlich, dass es in allen gesellschaftlichen Schichten zu einem Anstieg der Studienanfänger/-innen an Universitäten kam. Durchschnittlich stieg der Anteil von 10% auf 24%. Bezüglich der sozialen Herkunft der Studenten/-innen zeigen sich allerdings große Unterschiede.

Kamen 1969 nur 11% der Studienanfänger/-innen, aus einem Haushalt mit selbständigem Haushaltsvorstand, so waren es 2000 bereits 41%. Mit einem Plus von 30% ist das die höchste Steigerung. Auch Studienbeginner/-innen aus Beamtenhaushalten verzeichneten einen deutlichen Anstieg von 27% auf 53%. Damit entschied sich jedes zweite Kind aus einem Beamtenhaushalt im Jahr 2000 für ein Universitätsstudium. Sehr gering, mit einem Anstieg von lediglich 4%, fiel dagegen die Zunahme bei den Kindern aus Arbeiterfamilien aus. Hier entschieden sich im Jahr 2000 lediglich 7% für ein Studium an einer Universität (vgl. Geißler 2004).

Wie eine aktuelle Studie des Hochschul-Informations-Systems (HIS) zeigte, findet sich diese soziale Selektion auch bei der Vergabe von Stipendien wieder. Mehr als die Hälfte (51%) der rund 20.000 geförderten Stipendiaten hatten Eltern mit einem hohen Bildungs- und Berufsstatus, während weniger als jeder zehnte Stipendiat (9%) eine niedrige soziale Herkunft aufwies.

Innerhalb der einzelnen Stiftungen bestehen jedoch zum Teil große Differenzen hinsichtlich der sozialen Zusammensetzung der Stipendiaten. Während der Anteil der Studentinnen und Studenten aus der unteren sozialen Schicht bei der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung bei 28% lag, waren es bei der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung lediglich 6% (vgl. Kerbusk 2009).

2.9 Frühe Selektion verringert die Chancengleichheit

Als Ursache für die beschriebenen schichtspezifischen Chancenunterschiede im deutschen Bildungssystem nennt die Bildungsforschung vor allem Unfähigkeit die Leistungspotentiale von Kindern aus sozial schwächeren Schichten wirklich auszuschöpfen. Die Bildungsverläufe werden in Deutschland von einem leistungsunabhängigen sozialen Filter beeinflusst.

So ist das deutsche Bildungssystem, mit den noch immer weit verbreiteten Halbtagschulen schlechter in der Lage, Ungleichheiten im familiären Alltag zu kompensieren, als Ganztagschulen, die in vielen anderen europäischen Ländern die Regel sind.

Bedingt durch den hohen Anteil an Erwerbs- und Reproduktionsarbeit und die unterschiedliche Nutzung der Zeit, sind soziale Unterschiede im kulturellen Kapital der Familie für den Kompetenzerwerb der Kinder besonders relevant. Die Schule gleicht die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen der Kinder nicht aus. Im Gegenteil verlangt das deutsche Schulsystem von den Eltern sehr oft ein hohes Maß an Engagement und Einsatz. Eltern aus sozial schwachen und bildungsfernen Schichten können diesen Ansprüchen oft nicht gerecht werden (vgl. Solga/Dombrowski 2009:21ff).

Hinzu kommt, dass Kinder, die die Hauptschule besuchen durch die frühe Selektion meist schon in der vierten Klasse, wenig Kontakt zu Mitschüler/-innen aufbauen können, die häufig ein höheres Bildungsstreben aufweisen. Dies und die späteren Berufsaussichten mit einem Hauptschulabschluss haben negative Auswirkungen auf die Lernmotivation. Lernen und der Erwerb von sozialer Kompetenz sind aber stark von Anstrengung und Motivation abhängig. Durch die Selektion wird bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt eine Klassifizierung der Schüler/-innen hinsichtlich ihres Leistungspotentials und ihrer Zukunftserwartungen vorgenommen. Die frühe Auslese verringert damit Chancengleichheit.

Die frühe Aufteilung in Hauptschule, Realschule und Gymnasium und die dadurch extrem frühe Selektion der Kinder im deutschen Bildungssystem ruft, auch im europäischen Raum, immer wieder Kritik hervor (vgl. UN-Menschenrechtsbeauftragten Munoz). Trotz der vielfach beschworenen Durchlässigkeit zwischen den Schultypen habe die frühe Auslese bleibende negative Konsequenzen (vgl. Wößmann 2007).

Nach einer 2007 veröffentlichten Ifo-Studie seien Kinder aus sozial schwachen Schichten in Bundesländern mit später Aufteilung und einer geringeren Anzahl von Schultypen weniger benachteiligt. Nach Ergebnissen der Studie haben Schüler/-innen in Brandenburg und Berlin die größten Bildungschancen, weil dort die „Selektion“ erst in der sechsten Klasse stattfindet und dadurch eine geringere Abhängigkeit der Leistungen vom jeweiligen familiären Hintergrund erzielt wird. Die Studie tritt auch Befürchtungen entgegen, auf Kosten des Leistungsniveaus werde Gleichmacherei betrieben. Eine spätere und geringere Aufteilung habe keinen negativen Einfluss auf die Leistungen der Schüler/-innen.

„In Bezug auf die frühe Mehrgliedrigkeit zeigt sich, dass der familiäre Einfluss umso größer ist, je eher die Selektion in unterschiedliche Schultypen erfolgt. Das mehrgliedrige Schulsystem wird oftmals mit angeblich positiven Niveaueffekten, insbesondere für leistungsstarke Schüler, verteidigt. Die vorgelegten Befunde legen aber nahe, dass eine frühe Selektion der Schüler in verschiedene Schultypen nicht nur die Chancenungleichheit erhöht, sondern auch das gesamte Leistungsniveau sogar eher senkt als erhöht (Ifo Working Papers 2005).“

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse: Bildung

Bildung der Bevölkerung

- Der Anteil der Bevölkerung mit höheren allgemeinbildenden Abschlüssen hat sich in der Regionaleinheit (mit den Landkreisen Darmstadt-Dieburg, Bergstraße und Odenwald) von 2006 bis 2008 nur leicht erhöht. So stieg der Anteil mit Realschulabschluss um 0,2% und der mit Abitur oder einem vergleichbarer Abschluss um 0,3%.
- Die berufliche Bildungsstruktur der erwerbstätigen Bevölkerung in der Regionaleinheit hat sich in diesem Zeitraum kaum verändert. Das trifft auch auf die beruflichen Bildungsabschlüsse der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu.

Ausgaben für Bildung

- Die Höhe der Bildungsausgaben und ihre Entwicklung ist ein Indikator dafür, welchen Stellenwert Bildung in einer Gesellschaft hat. 2006 wurden in Hessen 4.800

Euro je Schüler/-in an öffentlichen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen ausgeben. Damit nimmt Hessen im Vergleich zu den anderen Bundesländern einen mittleren Platz ein.

- Die Entwicklung der Bildungsausgaben der einzelnen Bundesländer im Zeitraum von 1995 bis 2006 verdeutlicht die Unterschiede. Während in Thüringen die Ausgaben um 1.800 Euro anstiegen, kam es in Bremen zu einem Rückgang der Ausgaben um 300 Euro je Schüler/-innen. Die Bundesländer Hessen, Bayern und Baden-Württemberg lagen mit einer Steigerung der Ausgaben um 600 Euro je Schüler/-in im Bundesdurchschnitt.

Niedriger Bildungsstand

- Allgemeinbildende Schulabschlüsse beeinflussen das berufliche Weiterkommen in hohem Maße. Personen ohne oder mit einem nur gering qualifizierenden Bildungsabschluss sind überproportional häufig von Arbeitslosigkeit und monetärer Armut betroffen. In Hessen lag der Anteil der Personen zwischen 25 und 65 Jahren mit einem niedrigen Bildungsstand bei 18% und damit leicht über dem Bundesdurchschnitt von 17%.
- In allen Bundesländern, mit Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern, lag der Anteil der Frauen mit niedrigem Bildungsabschluss über dem der Männer
- Der Anteil der „frühen Schulabgänger/-innen“, d.h. der Anteil der 18- bis unter 25-Jährigen (an der altersgleichen Bevölkerung), der sich nicht in Schule oder Ausbildung befindet und der über keinen Abschluss des Sekundarbereichs II lag 2006 in Hessen bei 14,7% und deutschlandweit bei 14,1%.
- Der Anteil der jungen Männer mit niedriger Bildung lag über dem der jungen Frauen.
- Der Bildungsgrad von Kindern und Jugendlichen hängt in hohem Maß vom bildungsgrad und der sozialen Herkunft der Eltern ab.

Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung

- Von 1995 bis 2008 konnte die Versorgungssituation der Kinder im Landkreis Darmstadt-Dieburg bei allen Angebotsformen der Tagesbetreuung verbessert werden.

Schulbildung

Rückgang der Schüler/-innenzahlen

- Seit dem Schuljahr 2005/06 sind im Landkreis Darmstadt-Dieburg sinkende Schüler/-innenzahlen zu verzeichnen. Eine Vorausberechnung des HSL prognostizierte für den Landkreis bis 2020 einen Rückgang von 32,2%.

Schulübergänge

- Bei der Wahl der Schulform nach der Grundschulzeit zeigt sich deutlich, dass auch im Kreisgebiet von allen Angeboten der gymnasiale Zweig zunehmend favorisiert wird. Insgesamt wechselten zum Schuljahr 2007/08 1.494 (58,9%) der Schüler/-innen auf eine gymnasiale Eingangsklasse.
- Auf einem konstant niedrigen Niveau mit abnehmender Tendenz blieb der Anteil der Schüler/-innen, die sich nach der Grundschule für eine Haupt-, Real- oder eine Integrierte Gesamtschule entschieden.

Schüler/-innen nach den Schulformen

- Von den insgesamt 30.621 Schüler/-innen des Landkreises Darmstadt-Dieburg im Schuljahr 2007/08 besuchten 36,7% eine Grundschule. 29,0% waren Schüler/-innen eines Gymnasium bzw. eines gymnasialen Zweiges einer kooperativen Gesamtschule und 13,5% einer Realschule.
- Lediglich 5,5% der Schüler/-innen besuchten eine Hauptschule, 6,9% nahmen das Angebot der Förderstufen und 4,3% das von integrierten Gesamtschulen war. Förderschulen besuchten 4,0% der Schüler/-innen.

Geschlecht

- An den Förder- und Hauptschulen sowie an den Gesamtschulen sind Jungen deutlich überrepräsentiert, an den Gymnasien sind es die Mädchen. Extrem auffällig ist das Verhältnis von 2 Jungen zu einem Mädchen an den Förderschulen.

Nationalität

- Während an den Grundschulen der prozentuale Anteil ausländischer Kinder im Landkreis bei 10,6% liegt, ist er überdurchschnittlich hoch an den Hauptschulen (30,2%), an den Förderschulen (19,9%) und den Realschulen (14,0%) und überdurchschnittlich gering an den Gymnasien (5,8%).

Bildungschancen im Vergleich

- Der Schulerfolg von Kindern ist eng mit der sozialen Herkunft und dem Status der Eltern verknüpft. Kinder aus sozial schwachen und bildungsfernen Schichten besuchen wesentlich häufiger die Hauptschule als dies Kinder aus der oberen sozialen Schicht tun.

Schulabschlüsse

- 47,6% der Schüler/-innen im Landkreis Darmstadt-Dieburg beendeten 2007/08 die Schule mit dem Realschulabschluss und 22,4% erzielten die allgemeine Hochschulreife. 23,4% der Schüler/-innen schafften den Hauptschulabschluss, 4,7% den Förderschulabschluss und 3,8% schlossen die Schule ohne allgemein bildenden Abschluss ab.

Geschlecht

- Im Schuljahr 2007/2008 schlossen deutlich mehr Schülerinnen (25,1%) die Schule mit der allgemeinen Hochschulreife ab als Schüler (19,7%). Während sich bei den Realschulabschlüssen kaum geschlechtsspezifische Differenzen zeigten, beendeten mehr Schüler (24,7%) als Schülerinnen (22,2%) die Schule mit dem Hauptschulabschluss und einem Förderschulabschluss (5,7% zu 3,6%). Auch mehr junge Männer (4,2%) als junge Frauen (3,4%) verließen die Schule ohne einen allgemeinbildenden Abschluss.

Nationalität

- Ausländische Schulabgänger/-innen erreichen auch im Landkreis Darmstadt-Dieburg deutlich niedrigere Abschlüsse als deutsche Abgänger/-innen.
- Ein großer Teil der Benachteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund lässt sich jedoch über ihre Zugehörigkeit zur unteren sozialen Schicht und dem damit eng verknüpften niedrigen Bildungsniveau der Eltern erklären.

Berufliche Ausbildung

Ausbildungsmarkt

- Von 1997 bis 2007 hat sich die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in der Zuständigkeit der Arbeitsagentur Darmstadt um 693 damit um 12,3% erhöht.
- Während in den Jahren 1997 bis 1998 die Nachfrage das Angebot überstieg, hat sich im Jahr 2007 die Situation wieder verbessert. Erstmals wieder gab es ein ausgeglichenes Verhältnis von 6.645 Angeboten und 6.647 Nachfragen und damit ein Angebots-Nachfrage-Relation von 100%.

Auszubildende

- Von den 3.011 Auszubildenden im Landkreis Darmstadt-Dieburg 2008 waren 53,1% bei Industrie und Handel, 36,1% im Handwerk, 1,8% in der Landwirtschaft, 1,3% im Öffentlichen Dienst und 7,7% bei freien Berufen eingestellt.
- Die geschlechtsspezifische Segmentierung des Ausbildungsmarktes hat sich in den letzten Jahren nicht entscheidend verändert. Trotz einer besseren Vorqualifikation im Vergleich zu männlichen Schulabgängern, waren 2008 auch im Landkreis Darmstadt-Dieburg zwei Drittel der Auszubildenden männlich.

Hochschulausbildung

- 2008 lag die Studienberechtigungsquote bei 45,1%. Ausgehend von diesem Mittelwert lag die Studienberechtigungsquote in Hessen mit 47,9% an Rang 5.
- 2008 betrug die Studienanfängerquote in Deutschland 39,3%. Dabei lag die Quote der Frauen mit 39,9% über der der Männer mit 38,7%.
- Unter den 171.249 Studierenden im Wintersemester 2008/2009 in Hessen waren 80.583 weiblich. Das entspricht einem Anteil von 47,1%. Der Anteil der ausländischen Studierenden betrug 24.937 und damit 14,6%.
- Im Studienjahr 2008/2009 wurden in Hessen 32.974 Studierende neu immatrikuliert. Das entspricht einem Anteil an der Gesamtzahl der neu Studierenden im Bundesgebiet von 8,3%. Gemessen am Studienort lag Hessen damit auf Rang 4.

Soziale Segregation

- Die soziale Segregation der Schüler/-innen zieht sich durch das gesamte deutsche Bildungssystem, von der Grundschule bis zur Universität. Während deutschlandweit im Jahr 2000 die Hälfte der Beamtenkinder ein Studium an einer Universität begann, waren es in der Gruppe der Arbeiterkinder lediglich 7%.

3 Wohnen

Die Lebensverhältnisse werden entscheidend durch die Wohnverhältnisse geprägt. Neben dem Bedürfnis nach Nahrung und Kleidung gilt die Versorgung mit Wohnraum als Grundbedürfnis eines jeden Menschen. Die Unterversorgung mit Wohnraum ist eine Form von Armut, von der vor allem einkommensschwache Personen betroffen sind. Die Versorgung mit angemessenem und bezahlbarem Wohnraum muss deshalb im Zentrum staatlichen Handelns stehen, da ein sich selbst überlassener Wohnungsmarkt die Gefahr in sich trüge, einige Bevölkerungsgruppen von der Versorgung mit Wohnraum auszuschließen.

Je geringer das Einkommen, umso höher ist der Anteil, der für Mietkosten bereitgestellt werden muss. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung erfährt die Risiken des Wohnungsmarktes vor allem als Einkommensrisiko. Die Wohnsituation prägt die Lebensqualität von Menschen. Eine eigene Wohnung ist Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben, für Erwerbsarbeit und gesellschaftlicher Teilhabe. Der Verlust der Wohnung ist daher gleichbedeutend mit Armut überhaupt. Die Sicherung der Wohnungsversorgung der Bevölkerung ist außerdem die Grundvoraussetzung für das Gelingen anderer sozialen Hilfesysteme.

Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, im Rahmen eines Sozialberichtes mit dem Schwerpunkt Armut, sich neben der Struktur des Wohnungsbestandes auch mit der Wohnungsversorgung und dem Sozialen Wohnungsbau im Kreisgebiet auseinanderzusetzen.

3.1 Struktur des Wohnungsbestandes im Landkreis Darmstadt-Dieburg

3.1.1 Bestand an Wohngebäuden

Am 31.12.2008 gab es im Kreisgebiet einen Bestand an 69.567 Wohngebäuden. 60,4% dieser Wohngebäude verfügten über eine Wohnung (Einfamilienhäuser), 26,9% über zwei und 12,8% besaßen drei und mehr Wohnungen. Insgesamt ist festzustellen, dass überproportional viele Einfamilienhäuser und wenig Wohnhäuser mit drei und mehr Wohnungen zur Verfügung standen.

In den Kommunen ist der Wohngebäudebestand unterschiedlich verteilt. Gemessen an den prozentualen Anteilen des gesamten Wohnhausbestandes des Kreisgebietes, war der Bestand an Wohnungen in den Städten Pfungstadt mit 7,6%, Griesheim mit 7,6%, Groß-Umstadt mit 7,5% und Weiterstadt mit 7,4% am größten. Die wenigsten Wohngebäude standen in Fischbachtal (1,0%) und Messel (1,3%).

Bestand an Wohngebäuden zum 31.12.2008								
Kommune	insgesamt	in %	davon mit ... Wohnungen					
			1	in %	2	in %	3 oder mehr	in %
Alsbach-Hähnlein	2.437	3,5	1.588	65,2	614	25,2	235	9,6
Babenhäusen	3.816	5,5	2.358	61,8	1.021	26,8	437	11,5
Bickenbach	1.358	2,0	839	61,8	354	26,1	165	12,2
Dieburg	3.827	5,5	2.588	67,6	888	23,2	351	9,2
Eppertshausen	1.486	2,1	928	62,4	408	27,5	150	10,1
Erzhausen	1.991	2,9	1.218	61,2	555	27,9	218	10,9
Fischbachtal	715	1,0	471	65,9	175	24,5	69	9,7
Griesheim	5.267	7,6	2.554	48,5	1.405	26,7	1.308	24,8
Groß-Bieberau	1.170	1,7	711	60,8	353	30,2	106	9,1
Groß-Umstadt	5.236	7,5	3.356	64,1	1.385	26,5	495	9,5
Groß-Zimmern	3.138	4,5	1.980	63,1	845	26,9	313	10,0
Messel	884	1,3	503	56,9	274	31,0	107	12,1
Modautal	1.444	2,1	1.001	69,3	354	24,5	89	6,2
Mühltal	3.451	5,0	2.079	60,2	906	26,3	466	13,5
Münster	3.408	4,9	2.091	61,4	955	28,0	362	10,6
Ober-Ramstadt	3.485	5,0	1.900	54,5	1.061	30,4	524	15,0
Otzberg	1.876	2,7	1.267	67,5	512	27,3	97	5,2
Pfungstadt	5.254	7,6	2.720	51,8	1.453	27,7	1.081	20,6
Reinheim	4.372	6,3	2.848	65,1	1.205	27,6	319	7,3
Roßdorf	3.195	4,6	2.017	63,1	832	26,0	346	10,8
Schaafheim	2.382	3,4	1.470	61,7	709	29,8	203	8,5
Seeheim-Jugenheim	4.232	6,1	2.565	60,6	1.074	25,4	593	14,0
Weiterstadt	5.143	7,4	2.939	57,1	1.368	26,6	836	16,3
Landkreis Darmstadt-Dieburg	69.567	100,0	41.991	60,4	18.706	26,9	8.870	12,8

Quelle: Hessische Gemeindestatistik, Ausgabe 2009; eigene Berechnung JHP

Ausgehend vom Gesamtbestand einer Kommune fanden sich die meisten Wohngebäude mit nur einer Wohnung in Modautal (69,3%), Dieburg (67,6%) und Otzberg (67,5%). In diesen drei Kommunen waren über zwei Drittel des Wohnungsbestandes Einfamilienhäuser. Griesheim wies mit 48,5% die niedrigste Anzahl an Einfamilienhäusern aus. Hier gab es mit einem Viertel des Bestandes (24,8%) die meisten Wohngebäude mit drei oder mehr Wohnungen.

In Pfungstadt waren die Hälfte (51,8%) der Wohngebäude Einfamilienhäuser. Hier fand sich ein Fünftel (20,6%) der Wohngebäude mit drei und mehr Wohnungen. Die geringste Anzahl an Wohngebäuden mit 3 oder mehr Wohnungen fanden sich in Otzberg (5,2%) und Modautal (6,2%).

3.1.2 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden

Wohnungen finden sich nicht nur in reinen Wohngebäuden, sondern auch in Gebäuden mit Nutzungsmischungen (z.B. Gewerbe und Wohnen). Um das Bild zu vervollständigen wird nachfolgend der Bestand an Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden aufgeführt. Die zur Verfügung stehende Wohnfläche wurde auf die Einwohner/-innen umgerechnet. Dieser Durchschnittswert ist jedoch nur als grober Richtwert anzusehen.

Ein knappes Fünftel der im Landkreis zur Verfügung stehenden Wohnungen waren in den Städten Griesheim (9,8%) und Pfungstadt (9,0%) zu finden. Der geringste Wohnungsbestand stand in Messel (1,5%) und in Groß-Bieberau (1,5%) zur Verfügung.

Bestand an Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden am 31.12.2008					
Kommune	Insge- samt	in %	Wohn- fläche in 1.000qm	Bevölkerung insgesamt am 31.12.08	m ² pro Person
Alsbach-Hähnlein	4.089	3,2	420	9.148	45,9
Babenhausen	6.756	5,3	686	16.327	42,0
Bickenbach	2.484	2,0	249	5.345	46,6
Dieburg	6.448	5,1	649	14.586	44,5
Eppertshausen	2.456	1,9	249	5.859	42,5
Erzhausen	3.367	2,7	335	7.450	45,0
Fischbachtal	1.084	0,9	124	2.667	46,5
Griesheim	12.359	9,8	1.117	26.013	42,9
Groß-Bieberau	1.888	1,5	207	4.614	44,9
Groß-Umstadt	8.685	6,9	887	21.296	41,7
Groß-Zimmern	5.488	4,3	534	13.857	38,5
Messel	1.741	1,4	174	3.834	45,4
Modautal	2.050	1,6	231	4.962	46,6
Mühltal	6.477	5,1	648	13.783	47,0
Münster	5.908	4,7	588	14.244	41,3
Ober-Ramstadt	6.834	5,4	643	15.046	42,7
Otzberg	2.727	2,2	307	6.440	47,7
Pfungstadt	11.405	9,0	1.030	24.374	42,3
Reinheim	7.150	5,6	747	16.947	44,1
Roßdorf	5.443	4,3	568	12.355	46,0
Schaafheim	3.762	3,0	416	9.081	45,8
Seeheim-Jugenheim	7.516	5,9	798	16.230	49,2
Weiterstadt	10.544	8,3	998	24.168	41,3
Landkreis Darmstadt-Dieburg	126.661	100,0	12.605	288.626	43,7

Quelle: Hessische Gemeindestatistik, Ausgabe 2009, Ekom 21 Hessen und Einwohnermeldeamt Groß-Bieberau; eigene Berechnungen JHP

2008 standen den Kreisbewohner/-innen im Durchschnitt 43,7m² Wohnfläche pro Person zur Verfügung. Ausgehend von diesem Kreisdurchschnitt hatten die Einwohner/-innen von Groß-Zimmern mit 38,5m² pro Person die geringste und die Einwohner/-innen von Seeheim-Jugenheim mit 49,2m² pro Person die größte Wohnfläche im Kreisgebiet zur Verfügung.

3.2 Entwicklung der Mieten im Landkreis Darmstadt-Dieburg

Die Höhe der Miete reflektiert die Angebots- und Nachfragesituation auf dem Mietwohnungsmarkt. In Deutschland hat jede Kommune eine eigene Mietstufe, wobei I die niedrigste und VI die höchste ist. Die Mietstufe spielt bei der Berechnung der zuschussfähigen Miete bei der Berechnung von Wohngeld oder ALG II eine wichtige Rolle.

Das Mietniveau wird anhand von sechs Mietstufen ermittelt. Die Zuordnung einer Gemeinde zu einer der Mietstufen erfolgt anhand der Abweichung der Quadratmetermieten der örtlichen Mietzuschussempfänger/-innen (soweit sie Hauptmieter/-innen sind) vom entsprechenden Bundesdurchschnitt. Dabei erfolgt die Berechnung dieser Abweichung indem kleinere Gemeinden auf Kreisebene zusammengefasst werden.

Mietstufen	Mietniveau in % bezogen auf den Bundesdurchschnitt
I	unter -15%
II	-15% bis unter -5%
III	-5% bis unter 5%
IV	5% bis unter 15%
V	15% bis unter 25%
VI	25% und höher

Quelle: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Für alle sechs Mietstufen wurden, in Abhängigkeit von der Personenzahl der Haushalte, Höchstbeträge, die maximal bewilligt werden können, festgelegt. Beispielsweise kann in einer Kommune der Mietstufe I ein Ein-Personen-Haushalt maximal 292 Euro erhalten, wenn alle Voraussetzungen dafür erfüllt sind. In der gleichen Mietstufe kann ein 6-Personen-Haushalt insgesamt 627 Euro erhalten. Dieser Betrag setzt sich auch dem Höchstbetrag eines 5-Personen-Haushaltes (561 Euro) und 66 Euro für die sechste Person zusammen.

Mietstufen mit entsprechendem Höchstbetrag						
Mietstufe	Höchstbetrag in Euro					
	1 Person	2 Personen	3 Personen	4 Personen	5 Personen	jede weitere Person
I	292	352	424	490	561	66
II	308	380	451	523	600	72
III	330	402	479	556	638	77
IV	358	435	517	600	688	83
V	385	468	556	649	737	88
VI	407	501	594	693	787	99

Quelle: <http://www.wohngeldantrag.de/stufen/hesseng.html>

Ein Ein-Personen-Haushalt in einer Kommune der Mietstufe VI kann maximal 407 Euro, ein 5-Personen-Haushalt bis zu 787 Euro Wohngeld erhalten.

Für das Kreisgebiet kann die Entwicklung des Mietniveaus seit 1993 dokumentiert werden. Differenzierte Daten im Zeitverlauf lagen für Griesheim, Groß-Umstadt, Pfungstadt, Weiterstadt und das Kreisgebiet insgesamt vor.

Ein Vergleich der vier größten Städte im Landkreis Darmstadt-Dieburg, gemessen am Kreisdurchschnitt von 6,5%, zeigte ein überdurchschnittlich hohes Mietniveau in Weiterstadt (Mietstufe V). Hier lag 2006 das Mietniveau 8,8% über dem Kreisniveau.

Gewichtete Abweichung vom bundesdurchschnittlichen Mietniveau und entsprechende Mietstufe im Landkreis Darmstadt-Dieburg sowie den Kommunen mit mehr als 20.000 Einwohner/-innen												
	1993		1994		1995		2004		2005		2006	
	%	Mietstufe	%	Mietstufe	%	Mietstufe	%	Mietstufe	%	Mietstufe	%	Mietstufe
Griesheim	2,1	III	5,5	III	9,7	IV	13,8	IV	11,1	IV	11,0	IV
Groß-Umstadt	-3,7	III	-2,0	III	-3,2	III	4,0	III	5,2	IV	5,1	IV
Pfungstadt	-4,6	III	-5,0	II	-1,6	III	8,4	IV	10,5	IV	8,6	IV
Weiterstadt	8,4	IV	10,7	IV	15,2	V	17,5	V	17,7	V	15,3	V
Landkreis Darmstadt-Dieburg	-1,5	III	-0,1	III	1,1	III	11,2	IV	8,5	IV	6,5	IV

Quelle: HSL, Statistik Hessen, Wohngeld in Hessen im Jahr 2008

Im Beobachtungszeitraum von 1993 bis 2006 konnte kreisweit bis 2004 ein kontinuierlicher Anstieg der Mietstufen verzeichnet werden. Seit 2005 war die Entwicklung des Mietniveaus im Kreisgebiet dann wieder rückläufig.

Auch für die Kommunen im Landkreis Darmstadt-Dieburg mit mehr als 10.000 Einwohner/-innen lag die Einteilung in Mietstufen vor. Diese Kreiskommunen wurden überwiegend der Mietstufe IV zugeordnet. Die Kommunen Groß-Zimmern, Mühlthal, Seeheim-Jugenheim und Weiterstadt bekamen ab 01.01.2009 die Mietstufe V zugewiesen. Lediglich Reinheim wurde der Mietstufe III zugeordnet.

Mietstufen im Landkreis Darmstadt-Dieburg sowie den Kommunen mit mehr als 10.000 Einwohner/-innen		
	Mietstufen	
	31.12.08	ab 1.1.09
Babenhausen	IV	IV
Dieburg	IV	IV
Griesheim	IV	IV
Groß-Umstadt	III	IV
Groß-Zimmern	V	V
Mühlthal	IV	V
Münster	IV	IV
Ober-Ramstadt	V	IV
Pfungstadt	IV	IV
Reinheim	III	III
Roßdorf	V	IV
Seeheim-Jugenheim	V	V
Weiterstadt	V	V
Landkreis Darmstadt-Dieburg	IV	IV

Quelle: <http://www.wohngeldantrag.de/stufen/hesseng.html>; eigene Darstellung JHP

In vier Kommunen wurden mit 01.01.2009 neue Mietstufen festgelegt: Groß-Umstadt wurde von III auf IV und Mühlthal von IV auf V hoch gestuft. Gleichzeitig wurden Ober-Ramstadt und Roßdorf von V auf IV herab gestuft.

Für die Kommunen mit weniger als 10.000 Einwohner/-innen gilt die aktuelle Mietstufe des Landkreises Darmstadt-Dieburg (IV).

3.3 Sozialer Wohnungsbau

Die Situation auf dem Wohnungsmarkt kann in der Mehrzahl der Kreiskommunen als entspannt bezeichnet werden. Für einkommensstarke und kinderlose Haushalte steht im gesamten Kreisgebiet eine große Auswahl an möglichen Wohnungen und Häusern zur Verfügung. Aber es gibt auch Haushalte, die sich aus eigener Kraft nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können. Kinderreiche Haushalte, Alleinerziehende oder behinderte Menschen haben häufig Probleme, eine geeignete Wohnung zu finden. Für Menschen, die Wohnungen nicht auf dem freien Wohnungsmarkt finden können, wurde der staatlich geförderte Wohnungsbau eingeführt.

Begonnen wurde der Soziale Wohnungsbau in den 1950er Jahren. Ziel war es, den in der breiten Bevölkerung vorherrschenden Wohnraummangel zu beseitigen. Seit den 1970er Jahren wurden diese Wohnungen zunehmend einkommensschwachen Schichten vorbehalten. Anspruch auf eine Sozialwohnung hat heute nur, wer im Besitz eines so genannten Wohnberechtigungsschein (WBS) ist. Dieser wird nach festgesetzten Einkommensgrenzen vergeben. Insgesamt hat die Bedeutung des Sozialen Wohnungsbau in den letzten Jahren stark abgenommen.

Im Zuge der Föderalismusreform wurde die Zuständigkeit für die Soziale Wohnraumförderung zum 1. September 2006 vom Bund auf die Länder übertragen. Das Jahreseinkommen wird in Hessen nach dem Wohnraumförderungsgesetz (WoFG) des Bundes berechnet. Danach liegen die Jahreseinkommensgrenzen, unter Berücksichtigung von verschiedenen Frei- und Abzugsbeträgen, derzeit (Stand 2008) für:

- 1-Personen-Haushalte bei 12.000 Euro (netto)
- 2-Personen-Haushalte bei 18.000 Euro (netto)
- Zuzüglich für jede weiter zum Haushalt rechnende Person 4100 Euro (netto)
- Für jedes im Haushalt lebende Kind erhöht sich die Einkommensgrenze um weiter 500 Euro.

Zusätzlich sind die Landesregierungen dazu ermächtigt, durch Rechtsverordnung von den genannten Einkommensgrenzen nach den örtlichen und regionalen wohnungswirtschaftlichen Verhältnissen Abweichungen festzulegen

3.3.1 Entwicklung des Sozialwohnungsbedarfs im Landkreis Darmstadt-Dieburg

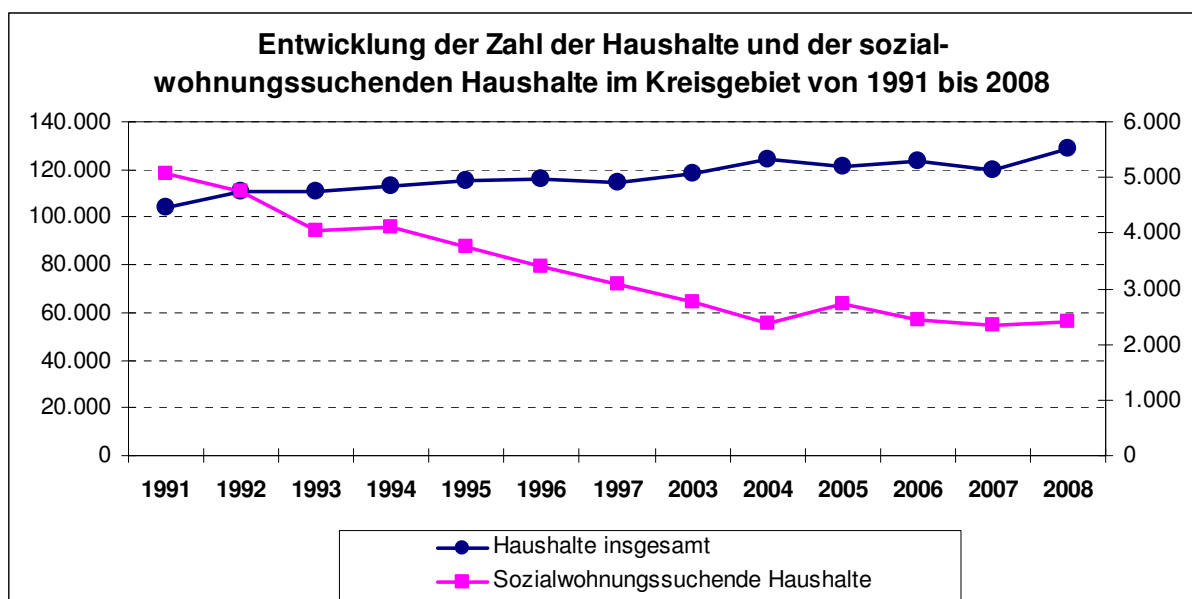
Der Bedarf an Sozialwohnungen im Kreisgebiet wird anhand der Wartelisten der wohnungssuchenden Haushalte der Städte und Gemeinden ermittelt.

In 2008 gab es im Landkreis Darmstadt-Dieburg 2.418 wohnungssuchende Haushalte. Das entspricht einem Anteil von 1,9% aller Haushalt im Landkreis Darmstadt-Dieburg. Seit 1991 ist der Anteil wohnungssuchender Haushalte um 3,0% zurückgegangen.

Sozialwohnungsbedarf im Landkreis Darmstadt-Dieburg			
	Haushalte insgesamt	Wohnungssuchende Haushalte	Anteil in %
1991	103.797	5.080	4,9%
1992	110.806	4.763	4,3%
1993	110.620	4.058	3,7%
1994	112.846	4.113	3,6%
1995	114.941	3.745	3,3%
1996	116.359	3.397	2,9%
1997	114.504	3.083	2,7%
2003	118.054	2.746	2,3%
2004	124.648	2.359	1,9%
2005	121.249	2.720	2,2%
2006	123.857	2.450	2,0%
2007	119.789	2.336	2,0%
2008	128.425	2.418	1,9%

Quelle: Landkreis Darmstadt-Dieburg, Wohngeldstelle; nach Angaben der Kommunen; eigene Berechnung JHP

Über den Zeitraum von 1991 bis 2008 nahmen die sozialwohnungssuchenden Haushalte im Vergleich zur Entwicklung der gesamten Haushalte im Landkreis Darmstadt-Dieburg deutlich ab.



Quelle: Landkreis Darmstadt-Dieburg, Wohngeldstelle; eigene Berechnung JHP

Vor allem für niedrige Einkommensbezieher/-innen ist der Wohnraummangel in den Städten ein Problem. Im Jahr 2008 kamen 61,9% der Sozialwohnungssuchenden aus den vier größten Städten des Landkreises. Ein Viertel der wohnungssuchenden Haushalte suchte eine Sozialwohnung in Griesheim.

Entwicklung des Sozialwohnungsbedarfs von 1991 bis 2008											
Vergleich Kreisgebiet und Kommunen über 20.000 Einwohner/-innen											
	Landkreis Darmstadt-Dieburg	Griesheim	davon in %	Groß-Umstadt	davon in %	Pfungstadt	davon in %	Weiterstadt	davon in %	alle vier Städte	davon in %
1991	5.080	533	10,5	340	6,7	1.181	23,2	253	5,0	2.307	45,4
1992	4.763	552	11,6	358	7,5	860	18,1	264	5,5	2.034	42,7
1993	4.058	642	15,8	394	9,7	689	17,0	312	7,7	2.037	50,2
1994	4.113	668	16,2	419	10,2	739	18,0	310	7,5	2.136	51,9
1995	3.745	610	16,3	334	8,9	718	19,2	322	8,6	1.984	53,0
1996	3.397	398	11,7	356	10,5	687	20,2	345	10,2	1.786	52,6
1995	3.083	413	13,4	372	12,1	623	20,2	314	10,2	1.722	55,9
2003	2.746	800	29,1	314	11,4	295	10,7	239	8,7	1.648	60,0
2004	2.359	453	19,2	321	13,6	289	12,3	260	11,0	1.323	56,1
2005	2.720	526	19,3	298	11,0	546	20,1	239	8,8	1.609	59,2
2006	2.450	542	22,1	297	12,1	396	16,2	164	6,7	1.399	57,1
2007	2.336	549	23,5	290	12,4	314	13,4	173	7,4	1.326	56,8
2008	2.418	599	24,8	290	12,0	409	16,9	199	8,2	1.497	61,9

Quelle: Landkreis Darmstadt-Dieburg, Wohngeldstelle; eigene Berechnung JHP

Seit 1991 hat der Anteil der Sozialwohnungssuchenden in den vier größten Städten des Landkreises um 16,5% zugenommen. Anders als in Griesheim (+14,3%), Groß-Umstadt (+5,3%) und Weiterstadt (+3,2%) nahm in Pfungstadt der Anteil der Sozialwohnungssuchenden ab (-6,3%).

3.3.1.1 Sozialwohnungssuchende Haushalte

Als antragsberechtigte Wohnungssuchende gelten Personen, die sich nicht nur vorübergehend im Bundesgebiet aufhalten, die einen selbständigen Haushalt selbst betreiben oder führen und deren anrechenbares Gesamteinkommen die maßgebliche Einkommensgrenze nicht überschreitet. Ausländer/-innen der EU-Staaten haben einen Anspruch auf einen Wohnungsberechtigungsschein, wenn sie eine unbefristete oder mindestens ein Jahr befristete Aufenthaltsgenehmigung haben.

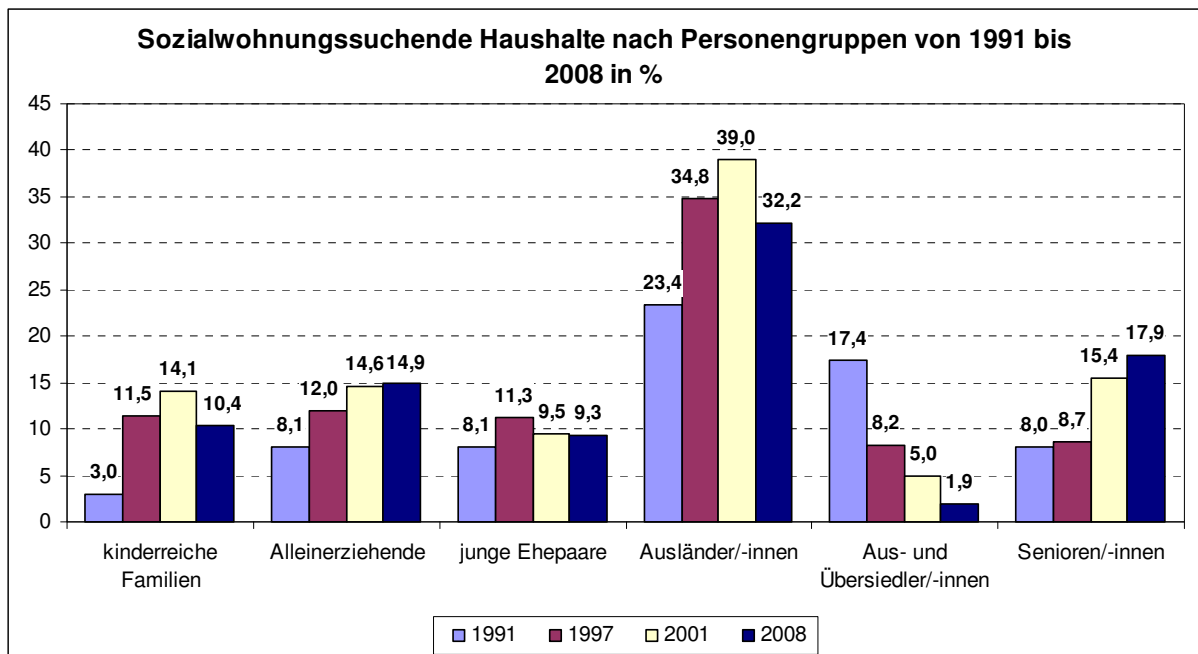
2008 waren Ausländer/-innen mit 32,2% die größte Personengruppe, die eine Sozialwohnung suchte. Danach folgten Senioren/-innen mit 17,9%, Alleinerziehende mit 14,9% sowie kinderreiche Familien mit 10,4% und junge Ehepaare mit 9,3%.

Bereits 1991 waren die meisten der Wohnungssuchenden Ausländer/-innen. Ihr Anteil stieg von 1991 bis 2008 von 23,4% auf 32,2% an. Im gleichen Zeitraum hat sich der Anteil der Senioren/-innen mehr als verdoppelt. Er stieg von 8,0% auf 17,9%. Gleichzeitig hat sich der Anteil wohnungssuchender kinderreicher Familien mehr als verdreifacht (3,0%; 10,4%).

Sozialwohnungssuchende Haushalte nach Personengruppen im Vergleich von 1991 bis 2008								
	Haushalte							
	1991		1997		2001		2008	
		in %		in %		in %		in %
kinderreiche Familien	154	3,0%	354	11,5%	307	14,1%	251	10,4%
Alleinerziehende	411	8,1%	369	12,0%	317	14,6%	360	14,9%
junge Ehepaare	409	8,1%	347	11,3%	206	9,5%	225	9,3%
Ausländer/-innen	1.189	23,4%	1.074	34,8%	846	39,0%	778	32,2%
Aus- und Übersiedler/-innen	882	17,4%	254	8,2%	108	5,0%	46	1,9%
Senioren/-innen	404	8,0%	268	8,7%	335	15,4%	433	17,9%
Gesamtzahl der wohnungssuchenden Haushalte	5.080		3.083		2.172		2.418	

Quelle: Landkreis Darmstadt-Dieburg, Wohngeldstelle; eigene Berechnung JHP

Stark rückläufig ist dagegen der Anteil der Aus- und Übersiedler an der Gruppe der Sozialwohnungssuchenden. Während er 1991 noch bei 17,4% lag, hatte diese Gruppe 2008 nur noch einen Anteil von 1,9% an der Gesamtzahl der Sozialwohnungssuchenden. Das kann als ein Indiz dafür gesehen werden, dass sich die Gruppe der Aus- und Übersiedler gut in die Gesellschaft integriert hat.



Quelle: Landkreis Darmstadt-Dieburg, Wohngeldstelle; eigene Berechnung JHP

Die Zunahme der Senioren/-innen kann als Hinweis auf wachsende Altersarmut gesehen werden. Zudem zeigt die Entwicklung, dass sich auch die Situation von Alleinerziehenden oder kinderreichen Familien verschärft hat.

3.3.2 Sozialer Wohnungsbau im Landkreis Darmstadt-Dieburg

Der vorhandene Bestand an Sozialwohnungen ist Grundlage für die Einschätzung des Bedarfs. Die Daten über den Bestand an öffentlich gefördertem Sozialen Wohnungsbau in den Kommunen des Kreisgebietes wurden nach schriftlichen sowie fernmündlichen Auskünften der zuständigen Mitarbeiter/-innen der jeweiligen Kommunen zusammengestellt.

2008 gab es im Landkreis insgesamt 4.012 öffentlich geförderte Sozialwohnungen, während 2004 nur 3.476 Wohnungen zur Verfügung standen. Dies entspricht einer Zunahme von 15,4%.

Die meisten Sozialwohnungen befanden sich in den Städten des Landkreises, wobei in Pfungstadt der Sozialwohnungsbestand weit über dem Durchschnitt lag. 2008 gab es hier 1.521 Sozialmietwohnungen. Es folgten die Städte Griesheim (450), Reinheim (273), Babenhäuser (229) und Ober-Ramstadt (227).

Sozialer Wohnungsbau im Landkreis Darmstadt-Dieburg			
	Sozialwohnungen insgesamt (öffentl. geförderte)		
	zum 31.12.2004	zum 31.12.2008	Veränderung in %
Alsbach-Hähnlein	77	86	11,7%
Babenhausen	174	229	31,6%
Bickenbach	33	33	0,0%
Dieburg	105	185	76,2%
Eppertshausen	22	66	200,0%
Erzhausen	54	0	-100,0%
Fischbachtal	0	0	0,0%
Griesheim	407	450	10,6%
Groß-Bieberau	33	29	-12,1%
Groß-Umstadt	254	220	-13,4%
Groß-Zimmern	116	108	-6,9%
Messel	5	5	0,0%
Modautal	20	3	-85,0%
Mühltal	75	48	-36,0%
Münster	59	187	216,9%
Ober-Ramstadt	197	227	15,2%
Otzberg	6	2	-66,7%
Pfungstadt	1068	1521	42,4%
Reinheim	298	273	-8,4%
Roßdorf	69	103	49,3%
Schaafheim	14	5	-64,3%
Seeheim-Jugenheim	65	35	-46,2%
Weiterstadt	325	197	-39,4%
Landkreis Darmstadt-Dieburg	3.476	4.012	15,4%

Quelle: Auskunft der einzelnen Kommunen im Landkreis Darmstadt-Dieburg und Wohngeldstelle; eigene Erhebung/Berechnung JHP

Die Entwicklung von 2004 bis 2008 zeigt bezogen auf die Anzahl öffentlich geförderter Sozialmietwohnungen die größten Veränderungen in Münster (+216,9%) und Erzhausen (-100,0%). In Eppertshausen hat sich die Anzahl an Sozialwohnungen verdreifacht und in Dieburg um 76,2% zugenommen. Gleichzeitig kam es in Modautal zu einer Abnahme um 85,0% und in Otzberg nahm der Bestand um zwei Drittel ab (-66,7%).

Vor allem in den ländlichen Kreiskommunen kann der Rückgang des Sozialwohnungsbestandes mit einem Nachfragerückgang erklärt werden.

3.3.2.1 Entwicklung des Bedarfs an Sozialwohnungen in den Kreiskommunen

Die Anzahl der wohnungssuchend gemeldeten Haushalte gibt Auskunft über den Sozialwohnungsbedarf. Insgesamt ist der Bedarf an Sozialwohnungen kreisweit im Vergleichszeitraum 2004 und 2008 um 2,5% gestiegen.

Sozialwohnungssuchende in den Kommunen des Landkreises Darmstadt-Dieburg von 2004 bis 2008			
Kommune	2004	2008	Veränderung seit 2004 in %
Alsbach-Hähnlein	70	61	-12,9%
Babenhäusen	234	306	30,8%
Bickenbach	22	27	22,7%
Dieburg	47	33	-29,8%
Eppertshäusen	38	78	105,3%
Erzhäusen	19	16	-15,8%
Fischbachtal	12	k.A.	k.A.
Griesheim	453	599	32,2%
Groß-Bieberau	16	5	-68,8%
Groß-Umstadt	321	290	-9,7%
Groß-Zimmern	101	32	-68,3%
Messel	23	4	-82,6%
Modautal	8	4	-50,0%
Mühlthal	40	54	35,0%
Münster	88	52	-40,9%
Ober-Ramstadt	113	65	-42,5%
Otzberg	18	17	-5,6%
Pfungstadt	289	409	41,5%
Reinheim	41	37	-9,8%
Roßdorf	67	101	50,7%
Schaafheim	23	5	-78,3%
Seeheim-Jugenheim	56	24	-57,1%
Weiterstadt	260	199	-23,5%
Landkreis Darmstadt-Dieburg	2359	2418	2,5%

Quelle: Landkreis Darmstadt-Dieburg, Wohngeldstelle; eigen Berechnung JHP

Die Entwicklung zeigt, dass sich der Bedarf an Sozialwohnungen in den Kommunen unterschiedlich entwickelt hat. Während in Messel (-82,6%), Schaafheim (-78,3%), Groß-Bieberau (-68,8%) und Groß-Zimmern (-68,3%) der Bedarf an Sozialwohnungen im Vergleichszeitraum stark zurückgegangen ist, hat in Eppertshäusen (+105,3%), Roßdorf (+50,7%) und Pfungstadt (+41,5%) der Bedarf an Sozialwohnungen deutlich zugenommen.

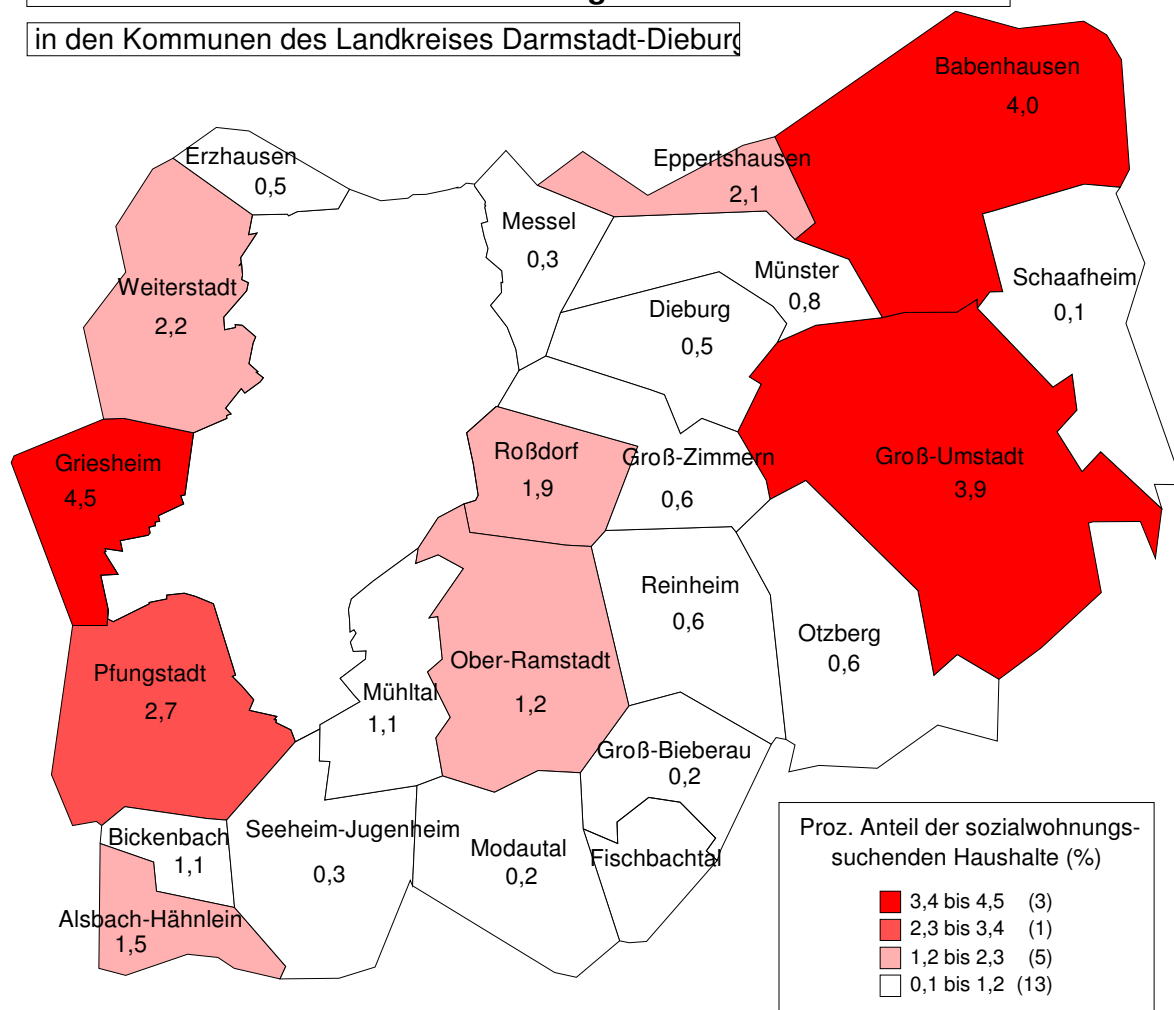
Der Bedarf an Sozialwohnungen zeigt eine steigende Tendenz. Auf Grund der anhaltenden Arbeitslosigkeit, der Zunahme von Armut, vor allem von Alleinerziehenden und kinderreichen Familien, und der steigenden Mieten auf dem freien Wohnungsmarkt wird sich dieser Bedarf noch mehr erhöhen.

3.3.2.2 Sozialwohnungssuchende Haushalte in den Kreiskommunen

Um Vergleichswerte innerhalb der Kommunen des Kreisgebietes herzustellen, wurde der prozentuale Anteil der wohnungssuchenden Haushalte zu allen Haushalten in der jeweiligen Kommune ins Verhältnis gesetzt. Der Anteil der wohnungssuchend gemeldeten Haushalte an allen Haushalten lag 2008 im Kreisgebiet bei 1,9%.

Prozentualer Anteil der sozialwohnungsuchenden Haushalte 2008

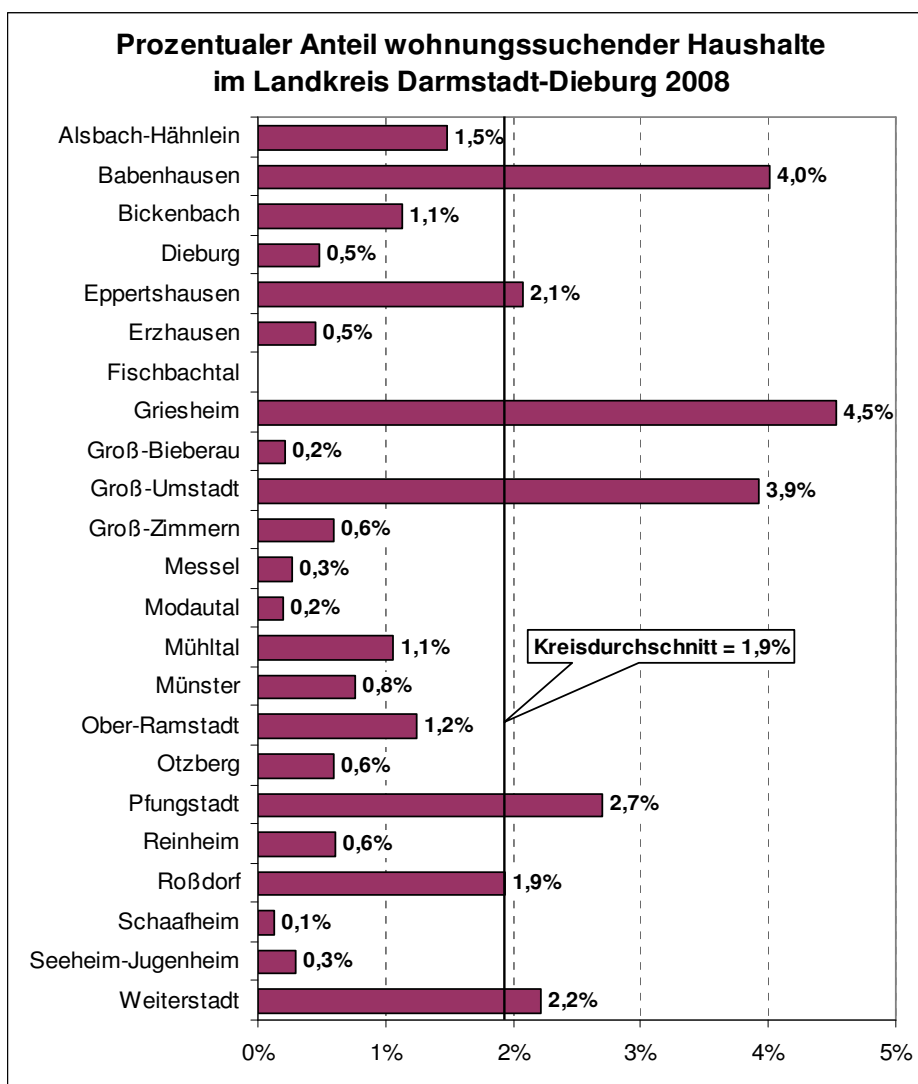
in den Kommunen des Landkreises Darmstadt-Dieburg



Hinweis: Für Fischbachtal liegen keine Daten vor.

Quelle: Landkreis Darmstadt-Dieburg, Wohngeldstelle; eigen Berechnung JHP

Den höchsten Anteil an wohnungssuchenden Haushalten, gemessen am Kreisdurchschnitt, vermeldete 2008 die Stadt Griesheim mit 4,5%, was u.a. mit der hohen Attraktivität der Stadt z.B. durch die zentrale Lage sowie die gute Verkehrsanbindung zu erklären ist. An zweiter Stelle folgte Babenhäusen mit 4,0% sozialwohnungssuchender Haushalte und an dritter Stelle Groß-Umstadt. Hier suchten 3,9% der Haushalte eine Sozialwohnung.



Für Fischbachtal liegen keine Daten vor.

Quelle: Landkreis Darmstadt-Dieburg, Wohngeldstelle; eigene Berechnung JHP

Schaaheim hat den niedrigsten Anteil sozialwohnungssuchender Haushalte im Landkreis Darmstadt-Dieburg. Hier suchen nur 0,1% aller Haushalte eine Sozialwohnung. Auch in Groß-Bieberau, Modautal (je 0,2%) sowie Messel und Seeheim-Jugenheim (je 0,3%) suchen nur sehr wenige Haushalte eine Sozialwohnung.

3.4 Wohngeld

Wohngeld wird nach dem Wohngeldgesetz (WoGG) seit 1965 zur wirtschaftlichen Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens geleistet. Einkommensschwachen Mietern und Nutzern von eigenen Wohnungen hilft das Wohngeld die angemessenen Kosten zu tragen.

Wohngeld wird entweder in Form eines Mietzuschusses (für Mieter/-innen) oder als Lastenzuschuss (für selbstnutzende Eigentümer/-innen) geleistet. Die Höhe des Wohngeldes ist abhängig von der zu berücksichtigenden Zahl der Haushaltsmitglieder, der monatlichen Miete bzw. Belastung und dem anzurechnenden Einkommen des Haushaltes. Die Wohngeldreform zum 01.01.2009 hatte eine deutliche Wohngelderhöhung zur Folge, so dass mehr Familien vom Wohngeld profitieren werden. Neu ist außerdem die Einbeziehung der Heizkosten in das Wohngeld.

Ab 1991 wurde bei der Wohngeldgewährung grundsätzlich zwischen dem Tabellenwohngeld und dem pauschalierten Wohngeld unterschieden, bei letzterem handelte es sich um ein

vereinfachtes Wohngeldverfahren für Empfänger/-innen von Sozialhilfe und Kriegsofopferfürsorge.

Die Wohngeldreform 2001 führte erstmals zu einer allgemeinen Anpassung des Wohngeldes unter Berücksichtigung der Miet- und Einkommensentwicklungen der letzten Jahre, gleichzeitig wurde von nun an zwischen dem Allgemeinen Wohngeld und dem Besonderen Mietzuschuss, der an Empfänger/-innen von Sozialhilfe und Kriegsofopferfürsorge gezahlt wurde, unterschieden.

Im Rahmen der Sozialreform Hartz IV wurde der Anteil von Empfänger/-innen von Wohngeldleistungen deutlich reduziert. Seit dem 01.01.2005 erhalten nur noch Haushalte Wohngeld, deren Unterkunftskosten nicht im Rahmen anderer Transferleistungen wie z.B. ALG II, Sozialhilfe, Kriegsofopferfürsorge, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz berücksichtigt werden. Ziel war hier eine klare Trennung der Zuständigkeiten für die Unterkunftskosten der Transferleistungsempfänger/-innen und der Haushalte ohne Transferleistungen zu schaffen. Diese Reform führte zur Verlagerung einer großen Empfänger/-innengruppe von Wohngeld hin zu den genannten Transferleistungen.

3.4.1 Wohngeld in Hessen und den südhessischen Landkreisen

Wohngeld wird jeweils zur Hälfte von Bund und Ländern finanziert, wobei der Bund seit 2003 zusätzlich einen Festbetrag in Höhe von 409 Mio. Euro für die Länder von deren Hälfte der Wohngeldausgaben übernimmt.

Gezahltes Wohngeld 2008		
	insgesamt	Je Einwohner/-in (bezogen auf die Bevölkerung am 30.06.2008)
	in 1.000 Euro	Euro
Main-Kinzig-Kreis	3.042	7,46
Groß-Gerau	1.835	7,24
Wetteraukreis	2.084	6,98
Odenwaldkreis	675	6,86
Offenbach	2.179	6,47
Bergstraße	1.431	5,42
Darmstadt-Dieburg	1.563	5,40
Hochtaunuskreis	1.167	5,17
Rheingau-Taunus-Kreis	787	4,29
Main-Taunus-Kreis	731	3,24
Land Hessen	42.855	7,06
davon		
kreisfreie Städte	11.605	8,33
Landkreise	31.250	6,68

Quelle: HSL, Statistik Hessen, Mikrozensus, Wohngeld in Hessen im Jahr 2008; eigene Berechnung JHP

Im Jahr 2007 wurden im hessischen Durchschnitt 7,06 Euro je Einwohner/-in für Wohngeld ausgegeben. Dabei kann ein Stadt-Land-Gefälle festgestellt werden. Während die Landkreise durchschnittlich nur 6,68 Euro je Einwohner/-in für Wohngeld ausgaben, waren die Ausgaben der kreisfreien Städte (Darmstadt, Frankfurt am Main, Offenbach und Wiesbaden) mit durchschnittlich 8,33 Euro je Einwohner/-in um ein Viertel höher.

Ein Vergleich der südhessischen Landkreise, bezogen auf das Wohngeld in Euro je Einwohner/-in, ergab, dass 2008 der Main-Kinzig-Kreis mit 7,46 Euro den höchsten Rang (1)

und der Main-Taunus-Kreis mit 3,24 Euro den niedrigsten Rang (10) einnahm. Mit Ausgaben in Höhe von 5,40 Euro je Einwohner/-in lag das Kreisgebiet bezogen auf die Wohngeldausgaben je Einwohner/-in im Mittelfeld auf Rang 7. Insgesamt wurden 2008 im Kreisgebiet 1.563.000 Euro für Wohngeld aufgewendet.

3.4.1.1 Empfänger/-innen von Wohngeld in Hessen

Zum 31.12.2008 wurden in Hessen insgesamt 28.483 Wohngeldempfängerhaushalte ermittelt. Über 90% dieser Haushalte, nämlich 26.112, erhielten einen Mietzuschuss während 2.371 Haushalte Wohngeld in Form eines Lastenzuschusses bekamen.

Empfänger/-innen-Haushalte von Wohngeld in Hessen 2008					
	Wohngeldempfängerhaushalte am 31.12.2008			Durchschnittlicher monatlicher Anspruch am Jahresende auf	
	insgesamt	davon Empfängerhaushalte von			
	je 1.000 Haushalte	Mietzuschuss	Lastenzuschuss	Mietzuschuss	Lastenzuschuss
				in Euro	
Bergstraße	8,7	960	75	97	145
Darmstadt-Dieburg	7	789	102	104	135
Groß-Gerau	9,8	1.122	54	119	132
Hochtaunuskreis	7	727	32	112	134
Main-Kinzig-Kreis	10,1	1.792	121	102	129
Main-Taunus-Kreis	4,6	471	14	93	115
Odenwaldkreis	10,4	392	62	87	147
Offenbach	8,1	1.241	57	119	125
Rheingau-Taunus-Kreis	5,2	406	24	89	89
Wetteraukreis	10,6	1.275	135	98	130
Land Hessen	9,9	26.112	2.371	96	119
davon					
kreisfreie Städte	11,2	8.008	199	99	121
Landkreise	9,5	18.104	2.172	88	114

Hinweis: Die Anzahl der Haushalte bezieht sich auf die im Mikrozensus ermittelten Privathaushalte am Hauptwohnsitz 2008

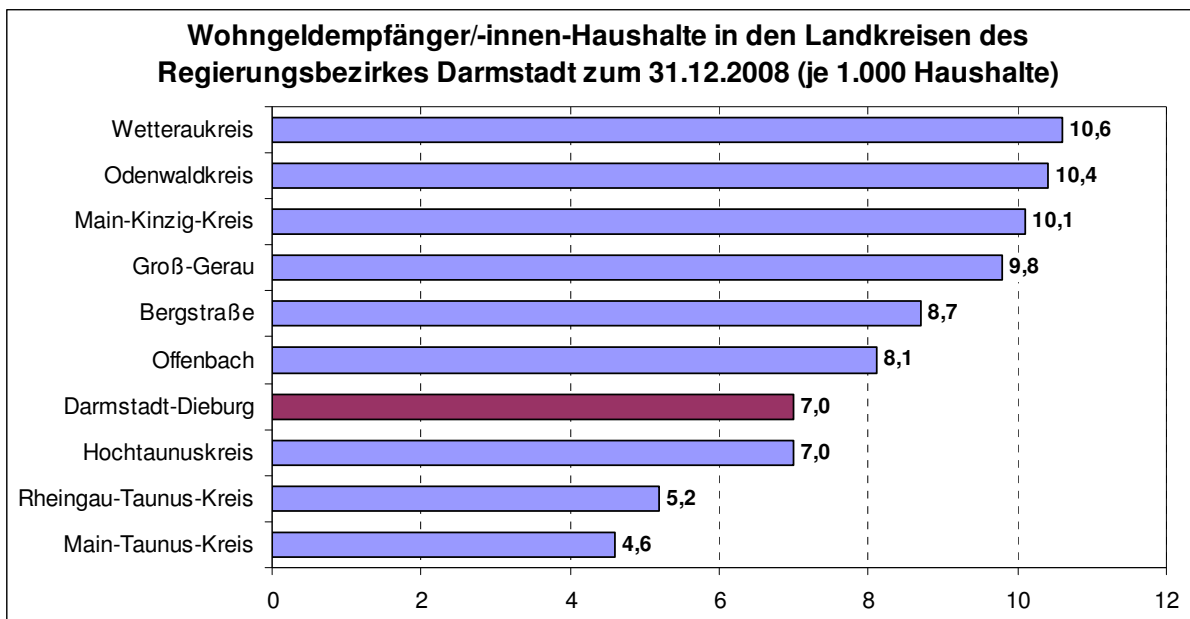
Quelle: HSL, Statistik Hessen, Wohngeld in Hessen im Jahr 2008; eigene Berechnung JHP

Zum 31.12.2008 waren in Hessen 28.483 Wohngeldempfängerhaushalte gemeldet. Bezogen auf 1.000 Haushalte entspricht dies einer Quote von 9,9. Dabei lagen die kreisfreien Städte mit einer Quote von 11,2 über und die Landkreise mit einer Quote von 9,5 leicht unter dem hessischen Durchschnitt.

Hessenweit wurde ein durchschnittlicher monatlicher Mietzuschuss von 96 Euro gezahlt, der Lastenzuschuss lag 2008 durchschnittlich bei 119 Euro. Der Vergleich zwischen den Landkreisen und kreisfreien Städten zeigt, dass sowohl der Miet- als auch der Lastenzuschuss in den kreisfreien Städten höher als in den Landkreisen waren. Die Differenz betrug bei den Mietzuschüssen monatlich 11 Euro und bei den Lastenzuschüssen 7 Euro.

3.4.1.2 Empfänger/-innen von Wohngeld in den Landkreisen des Regierungsbezirkes Darmstadt

Die höchste Quote der Wohngeldempfängerhaushalte (Rang 1) der südhessischen Landkreise verzeichnete 2008 der Wetteraukreis mit einer Quote von 10,6. Den niedrigsten Rang (10) mit einer Quote von 4,6 nahm der Main-Taunus-Kreis ein. Der Landkreis Darmstadt-Dieburg lag mit einer Quote von 7,0 im unteren Drittel auf Rang 7.



Quelle: HSL, Statistik Hessen, Wohngeld in Hessen im Jahr 2008; eigene Berechnung JHP

Ein Vergleich der Landkreise zeigt auch, dass der durchschnittliche Anspruch beim Mietzuschuss mit monatlich 119 Euro in den Landkreisen Groß-Gerau und Offenbach am höchsten und im Odenwaldkreis mit monatlich 87 Euro am geringsten war. Beim durchschnittlichen monatlichen Lastenzuschuss lag 2008 der Odenwaldkreis mit 147 Euro auf Rang 1, mit durchschnittlich 89 Euro fiel der Lastenzuschuss im Rheingau-Taunus-Kreis am niedrigsten aus.

Im Kreisgebiet lag der durchschnittliche Mietzuschuss bei 104 Euro, der Lastenzuschuss betrug durchschnittlich 135 Euro. Sowohl beim Miet- als auch beim Lastenzuschuss lag der Landkreis Darmstadt-Dieburg damit im oberen Drittel der südhessischen Landkreise.

3.4.2 Wohngeld im Landkreis Darmstadt-Dieburg

2008 wurden im Kreisgebiet 2.631 Anträge auf Wohngeld gestellt. Davon wurden 32,2% der Anträge abgelehnt. Bewilligt wurden 1.631 Anträge auf Mietzuschuss und 153 Anträge auf Lastenzuschuss, das entspricht einem Verhältnis von 9 zu 1.

Im Vergleichszeitraum von 2005 bis 2008 nahm die Zahl der Wohngeldempfänger/-innen von 3.673 im Jahr 2005 auf 1.784 im Jahr 2008 kontinuierlich ab. Lediglich im Jahr 2006 stieg die Zahl der Wohngeldempfänger/-innen noch einmal deutlich an, was mit der Nachberechnung der Wohngeldansprüche von Heimbewohner/-innen zu erklären ist.

Wohngeldempfänger/-innen im Landkreis Darmstadt-Dieburg von 2005 bis 2008								
	2005		2006		2007		2008	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Anträge auf Wohngeld	5.012	100,0%	6.424	100,0%	3.284	100,0%	2.631	100,0%
Ablehnungen	1.339	26,7%	1.241	19,3%	875	26,6%	847	32,2%
Bewilligungen	3.673	73,3%	5.183	80,7%	2.409	73,4%	1.784	67,8%
davon:								
Mietzuschuss	3.432	93,4%	4.993	96,3%	2.237	92,9%	1.631	91,4%
Lastenzuschuss	241	6,6%	190	3,7%	172	7,1%	153	8,6%

Quelle: Hessische Zentrale für Datenverarbeitung, Auskunft der Kommunen; eigene Berechnung JHP

Die Zahl der gestellten Wohngeldanträge entwickelte sich im untersuchten Zeitraum ähnlich. Während von 2005 zu 2006 ein Anstieg um 28,2% zu verzeichnen war, sank die Zahl der Antragsstellungen danach kontinuierlich ab.

3.4.2.1 Struktur der Empfänger/-innen von Wohngeld

Die Struktur der Wohngeldempfänger/-innen kann anhand der vorliegenden Daten nur nach Personengruppen und nach der Anzahl der Personen pro Bewilligungshaushalt ermittelt werden.

Empfänger/-innen nach Personengruppen

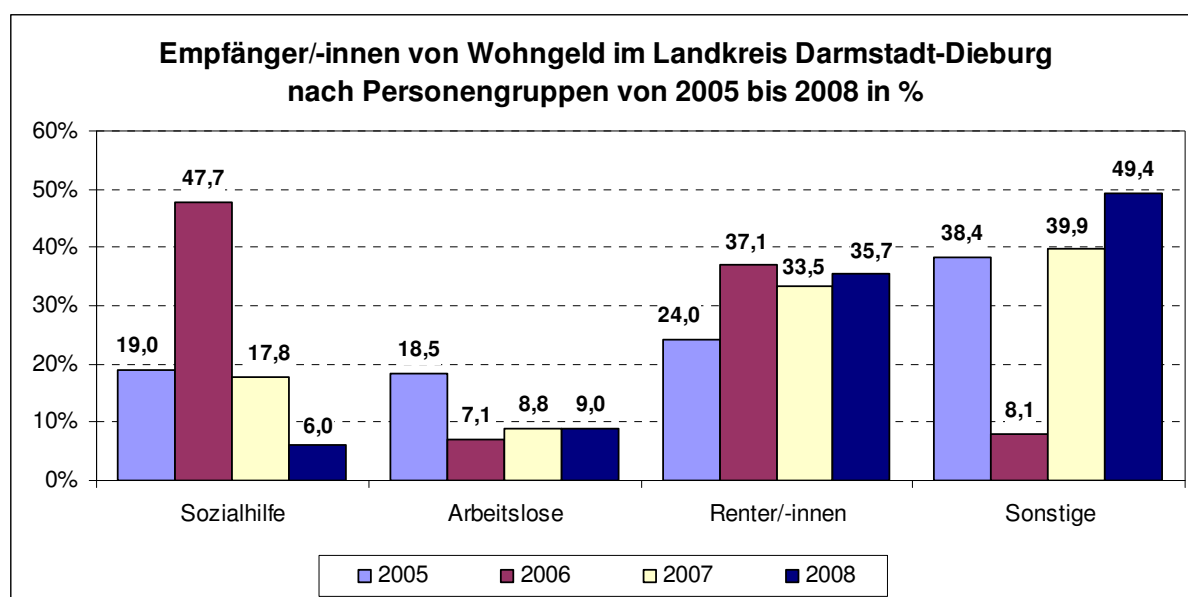
2008 erhielten insgesamt 1.784 Personen im Landkreis Darmstadt-Dieburg Wohngeld. Die Gruppe der „Sonstigen“ stellte mit 49,4% den größten Anteil der Wohngeldempfänger/-innen dar. Dieser Gruppe gehören alle Arbeitnehmer/-innen, Selbständige, Schüler/-innen und Studenten/-innen an, d.h. Personen, die weder Sozialhilfe beziehen noch arbeitslos oder Rentner/-innen sind.

Rund ein Drittel (35,7%) der Wohngeldempfänger/-innen waren Rentner/-innen, der Anteil der Sozialhilfeempfänger/-innen lag bei 6,0% und 9,0% der Wohngeldempfänger/-innen waren Arbeitslose.

Wohngeldempfänger/-innen nach Personengruppen im Landkreis Darmstadt-Dieburg von 2005 bis 2008					
	Insgesamt	davon:			
		Sozialhilfe	Arbeitslose	Rentner/-innen	Sonstige
2005	3.673	699	680	883	1411
2006	5.183	2.470	368	1.925	420
2007	2.409	429	213	806	961
2008	1.784	107	160	636	881

Quelle: Hessische Zentrale für Datenverarbeitung; eigene Berechnung JHP

Während im Beobachtungszeitraum 2005 bis 2008 der Anteil der Sozialhilfeempfänger/-innen (-13,0%) sowie der Arbeitslosen (-9,5%) kontinuierlich abnahm, stiegen die Anteile der Rentner/-innen um 11,7% sowie der „Sonstigen“ um 11,0% an. Diese Entwicklung ist mit der zum 01.01.2005 in Kraft getretenen Sozialreform „Hartz IV“ zu erklären (vgl. dazu Kapitel Wohngeld).



Quelle: Hessische Zentrale für Datenverarbeitung; eigene Berechnung JHP

In der Entwicklung von 2005 bis 2008 fällt das Jahr 2006 auf. Hier stieg der Anteil der Sozialhilfeempfänger/-innen noch einmal auf 47,7%, während die Gruppe der „Sonstigen“ auf 8,1% zurückging. Diese Verteilung ist mit der Nachberechnung der Wohngeldansprüche von Heimbewohnern/-innen zu erklären, da das Wohngeldgesetz 2005 rückwirkend geändert wurde.

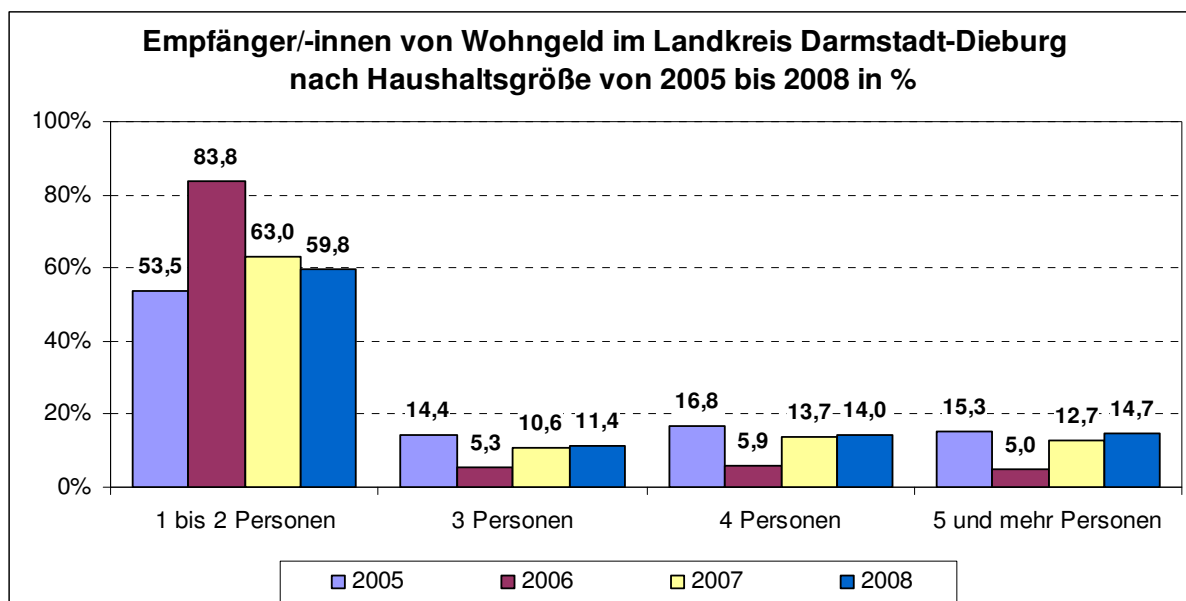
Empfänger/-innen von Wohngeld nach Anzahl der Personen

Im Jahr 2008 erhielten 1.139 Haushalte im Landkreis Darmstadt-Dieburg Wohngeld. In 681 der Haushalte lebten ein oder zwei Personen. Mit 59,8% stellten sie die mit Abstand größte Gruppe an allen Wohngeldbewilligungen dar. In dieser Gruppe befinden sich vor allem viele Senioren/-innen, die auf Grund niedriger Renten auf Wohngeld angewiesen sind. Haushalte mit fünf und mehr Personen sowie 4-Personen-Haushalte folgten mit einem Anteil von 14,7% bzw. 14,0%. Der Anteil der Wohngeldempfänger/-innen, die in einem 3-Personen-Haushalt lebten lag bei 11,4%.

Wohngeldempfänger/-innen nach Personengruppen (ohne Griesheim, Groß-Umstadt, Pfungstadt und Weiterstadt) von 2005 bis 2008				
	2005	2006	2007	2008
1 bis 2 Personen	1.290	3.661	1.039	681
3 Personen	346	232	175	130
4 Personen	406	257	226	160
5 und mehr Personen	369	217	209	168
Insgesamt	2.411	4.367	1.649	1.139

Quelle: Hessische Zentrale für Datenverarbeitung; eigene Berechnung JHP

Während der prozentuale Anteil der 1-2-Personen-Haushalte, die Wohngeld bezogen, von 2005 bis 2008 um 6,3% anstieg, nahmen die drei anderen Haushaltsformen ab. Dabei sank der Anteil der 3-Personen-Haushalte um 3,0% und der der 4-Personen-Haushalte nahm um 2,8% ab.



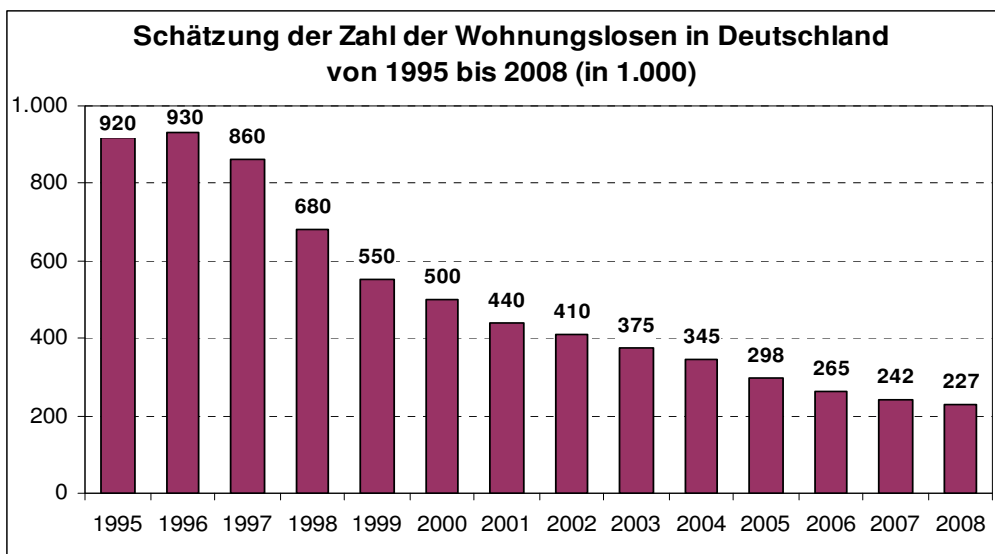
Quelle: Hessische Zentrale für Datenverarbeitung; eigene Berechnung JHP

Ein leichter Rückgang (-0,5%) ist auch beim Anteil der Haushalte mit 5 und mehr Personen von 2005 bis 2008 zu verzeichnen.

3.5 Wohnungslose

Deutschland verfügt über keine bundeseinheitliche Wohnungsnotfall-Berichterstattung. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (BAG W) legt jedoch jedes Jahr eine Schätzung zur Anzahl der Wohnungslosen vor. Dabei gilt als wohnungslos, wer nicht über einen mietvertraglich abgesicherten Wohnraum bzw. Wohneigentum verfügt. Entsprechend dieser Definition gelten Personen, die in einer Einrichtung der Wohnungshilfe, einer Notunterkunft, einer Aussiedlerunterkunft bzw. bei Freunden oder Bekannten untergebracht sind als wohnungslos.

Für das Jahr 2008 schätzte die „BAG W“ die Zahl der aktuell Wohnungslosen in Deutschland auf ca. 227.000, davon seien rund 4.000 wohnungslose Aussiedler/-innen. Ohne jede Unterkunft, d.h. „auf der Straße“, lebten geschätzte 20.000 Personen.

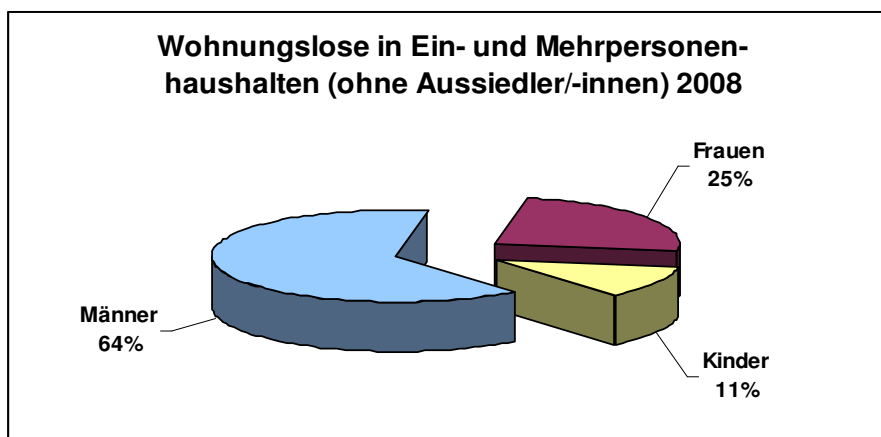


Quelle: BAG Wohnungslosenhilfe e.V.; eigene Darstellung JHP

Von 1995 bis 2008 verringerte sich die Zahl der Wohnungslosen in Deutschland von 920.000 auf 227.000. Sie ist damit in den 13 Jahren um 75,3% zurückgegangen.

Von den wohnungslosen Menschen lebten 41% in Mehrfamilienhaushalten (Paare und Familien) und 59% waren alleinstehend (vgl. BAG Statistikbericht, Korrekturen 2009).

Vor allem Männer sind von Wohnungslosigkeit betroffen. Auf Grund der Dunkelzifferproblematik schätzt die „BAG W“ den Anteil der Männer unter den Wohnungslosen auf ca. 64%, den Anteil der Frauen auf 25% und den der Kinder auf 11%.



Quelle: Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V.: Statistikbericht

Nach Auskunft der BAG W (2008) lag 2006 das Durchschnittsalter der wohnungslosen Männer bei 40,2 Jahren. Wohnungslose Frauen waren im Durchschnitt mit 35,8 Jahren jünger. Der Anteil der Wohnungslosen ohne deutsche Staatsangehörigkeit lag 2006 bei 9,4%.

Bezüglich der Lebenssituationen lassen sich für das Jahr 2006 signifikante Unterschiede zwischen wohnungslosen Männern und Frauen feststellen. 2006 verfügten insgesamt 77,9% der Wohnungslosen über eine formal niedrigere schulische Bildungsqualifikation. Darunter zählten 78,9% der Männer und 72,0% der Frauen. Während 92,7% der Männer allein stehend und ohne Kind(er) waren, betrug der Anteil der allein stehenden Frauen 60,8%. Ein Viertel der wohnungslosen Frauen (23,4%) lebte mit Kind(ern) in einem Haushalt, davon 16,5% als alleinstehende mit Kind(ern). Insgesamt lebten nur 3,1% der Männer mit Kind(ern) zusammen, 1,4% der Männer waren Alleinstehende mit Kind(ern).

3.5.1 Ein Blitzlicht auf die Situation im Landkreis Darmstadt-Dieburg

Um die Situation der Wohnungslosen im Landkreis Darmstadt-Dieburg einzuschätzen, fehlen die Daten. In diesem Zusammenhang kann lediglich auf die Informationen der beiden Übergangwohnheime des gemeinnützigen Vereins „Horizont e. V.“ zurückgegriffen werden.

Notwaende – Übergangwohnheim für Frauen

Das Frauenübergangwohnheim „Notwaende“ ist eine sozialtherapeutische Einrichtung für Frauen in besonderen sozialen Notlagen nach den §§ 67ff SGB XII und verfügt über insgesamt elf Wohnplätze. Aufgenommen werden volljährige Frauen, die zur Bewältigung verschiedener Problemlagen sozialtherapeutische und pädagogische Unterstützung benötigen.

Dies können sein:

- Wohnungslosigkeit
- Entlassung aus der Strafhaft
- Psychosoziale Schwierigkeiten
- Beziehungsprobleme
- Gesundheitsprobleme
- Suchtprobleme

Wenn von dem zuständigen Jugendamt eine Kostenzusage erteilt wird, können Kinder ebenfalls mit aufgenommen werden.

2008 gab es insgesamt 75 Anfragen von Frauen und Kindern um in der Einrichtung aufgenommen zu werden. Etwas mehr als ein Viertel (28,0%) konnte aufgenommen und untergebracht werden. Damit wurden im Übergangwohnheim „Notwaende“ 28 Personen betreut, darunter waren 14 Frauen im Alter unter 25 Jahren und sechs Kinder. Nahezu alle wohnungslosen Frauen, die aufgenommen wurden, litten unter den Folgen von Gewalterfahrung, d.h. Gewalt ist häufig ein (Mit-)Auslöser für Wohnungslosigkeit.

Notwaende - Übergangwohnheim für Frauen						
Jahr	Anfragen	Aufnahmen		Betreuungen abs.	davon	
		abs.	in %		unter 25 Jahre	Zahl der Kinder
2005	39	7	17,9%	19	8	1
2006	67	18	26,9%	29	13	2
2007	53	10	18,9%	28	13	4
2008	75	21	28,0%	28	14	6

Quelle: Horizont e.V.; eigene Darstellung JHP

Seit 2005 haben die Anfragen um 92,3% zugenommen. Zugleich hat sich auch der prozentuale Anteil der Aufnahmen in Bezug zu den Anfragen um 10,1% erhöht und die Betreuungen im Übergangwohnheim haben um 47,4% zugenommen. Es fällt auf, dass vermehrt junge Frauen und mehr Kinder aufgenommen werden müssen. Aufgrund der begrenzten Kapazitäten können nicht alle Frauen aufgenommen werden. Viele Frauen bleiben unverorgt und damit weiter der extremen Notlage „Wohnungslosigkeit“ ausgesetzt.

Im Durchschnitt verblieben 2006 die Frauen 10,6 Monate im Übergangwohnheim, 2005 waren es durchschnittlich 10,4 Monate. Bezüglich der Herkunft der Frauen kann für das Jahr 2006 festgestellt werden, dass 65,5% der Frauen aus vormals ungesicherten Lebensverhältnissen kamen. Von den 18 Frauen, die 2006 aus dem Übergangwohnheim entlassen wurden, konnten über die Hälfte (55,6%) in eine eigene Wohnung ziehen. 11,1% der Frauen blieben nach ihrem Aufenthalt ohne festen Wohnsitz.

Horizont-Haus – Übergangwohnheim für Männer

Das Horizont-Haus ist ein Übergangwohnheim für Männer in besonderen sozialen Notlagen gemäß §§ 67, 68 SGB XII und verfügt über insgesamt zwölf Wohnplätze. Aufgenommen werden volljährige Männer, die zur Überwindung verschiedener Problemlagen pädagogischer und administrativer Unterstützung bedürfen.

Hierzu zählen u.a.:

- Wohnungslosigkeit
- Entlassung aus der Strafhaft
- psychosoziale Schwierigkeiten
- Beziehungsprobleme
- Gesundheitsproblem
- Suchtprobleme

Es ist möglich bis zu zwei Jahre im „Horizont-Haus“ zu verbleiben. In begründeten Ausnahmefällen kann diese Frist auch verlängert werden. Nach dem Auszug aus dem Männerwohnheim besteht die Möglichkeit einer ambulanten Nachbetreuung durch die Mitarbeiter des Horizont-Hauses. In der Regel ist dieses Angebot auf zwei Jahre befristet.

2008 wurden 64 Anfragen bzgl. einer Aufnahme im Männerwohnheim gestellt. 28,1% dieser Männer konnten im Horizont-Haus aufgenommen werden. Insgesamt wurden 22 Männer im Laufe des Jahres 2008 betreut.

Horizont-Haus - Männerwohnheim				
Jahr	Anfragen	Aufnahmen		Betreuungen
		abs.	in %	abs.
2005	77	28	36,4%	37
2006	63	13	20,6%	30
2007	55	14	25,5%	33
2008	64	18	28,1%	22

Quelle: Horizont e.V.; eigene Darstellung JHP

Von 2005 bis 2008 haben die Anfragen um 16,9% abgenommen. Zudem zeigten sich im gleichen Zeitraum Abnahmen bei den prozentualen Anteilen der Aufnahmen um 8,3% und bei den Betreuungen um 40,5%.

2006 waren über zwei Drittel der aufgenommenen Männer jünger als 36 Jahre. Mehr als ein Drittel der Männer lebte zuvor auf der Straße (36,7%) und 30,0% waren auch der Justizvoll-

zugsanstalt entlassen worden. Von den 16 Männern, die 2006 aus dem Übergangswohnheim entlassen wurden, konnten 31,3% in eine eigene Wohnung ziehen, 37,5% verblieben allerdings auf der Straße.

Die rückläufige Entwicklung der wohnungslosen Menschen ist vor allem auf den Wohnungsmarkt und den Rückgang der Nachfrager (demographischer Wandel), vor allem in ländlichen Gebieten und bezogen auf größere Haushalte zurückzuführen. Einen wichtigen Beitrag leisten hier auch die Präventionsbemühungen der Kommunen und die Integrationsarbeit der Wohnungslosenhilfe mit ihren bundesweit 1.200 Diensten.

Abschließend lässt sich feststellen, dass Armutsrisiken im Bereich des Wohnungsmarktes nicht so stark ausgeprägt sind, wie dies bei den Indikatoren Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe/ALGII oder Überschuldung der Fall ist. Unverkennbar ist jedoch, dass es nach wie vor Menschen gibt, für die der freie Wohnungsmarkt verschlossen bleibt. Die Analyse zeigt, dass vor allem Ausländer/-innen, Senioren/-innen sowie Alleinerziehende von diesem Problem betroffen sind.

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse: Wohnen

Wohnungsmarkt

- Der Wohnungsmarkt im Landkreis Darmstadt-Dieburg stellt sich sehr unterschiedlich dar. Während vor allem in den ländlichen Kommunen genügend Wohnraum zur Verfügung steht, ist die Wohnsituation in den Städten deutlich angespannter.

Mietniveau

- 2006 lag das Mietniveau im gesamten Kreisgebiet 6,5% über dem Bundesdurchschnitt und wurde damit der Mietstufe IV zugeordnet. Das höchste Mietniveau erreichte Weiterstadt mit einem Wert, der 15,3% über dem Kreisdurchschnitt lag.

Wohnfläche

- Rein statistisch gesehen standen den Kreisbewohner/-innen 2008 43,7m² Wohnfläche pro Person zur Verfügung. Ausgehend von diesem Durchschnittswert haben die Einwohner/-innen von Groß-Zimmern mit 38,5m² pro Person die geringste und die von Seeheim-Jugenheim mit 49,2m² pro Person die größte Wohnfläche zur Verfügung.

Sozialwohnungssuchende Haushalte

- Die Zahl der sozialwohnungssuchenden Haushalte ging von 1991 bis 2008 um 52,4% zurück. Waren 1991 noch 5.080 wohnungssuchende Haushalte für eine Sozialwohnung registriert, waren es 2008 nur noch 2.418.

Sozialwohnungsbedarf

- Der Sozialwohnungsbedarf ist in den Städten des Landkreises am größten. 2008 kamen 61,9% der Sozialwohnungssuchenden aus Griesheim, Groß-Umstadt, Pfungstadt und Weiterstadt. Den größten Bedarf an Sozialwohnungen hatten 2008 im Landkreis Darmstadt-Dieburg mit einem Anteil von 32,2% ausländische Einwohner/-innen sowie Senioren/-innen (17,9%).

Wohngeld

- Im Landkreis Darmstadt-Dieburg wurde 2008 Wohngeld in Höhe von 1.563.000 Euro bzw. durchschnittlich 5,40 Euro je Einwohner/-in gezahlt. Im Kreisgebiet gab es zum

Stichtag 31.12.2008 insgesamt 891 Wohngeldempfängerhaushalte. 2008 wurden im Kreisgebiet 2.631 Anträge auf Wohngeld gestellt. Davon wurden 32,2% der Anträge abgelehnt. Das Verhältnis zwischen Miet- und Lastenzuschuss betrug ca. 9 zu1.

Wohnungslose

- Über die Zahl der Wohnungslosen liegen nur Schätzungen vor. Die BAG Wohnungslosenhilfe geht bundesweit 2008 von 227.000 Wohnungslosen aus. Von 1995 bis 2008 kam es zu einem Rückgang der Wohnungslosenzahlen um 75,3%.
- Für den Landkreis Darmstadt-Dieburg liegen keine Daten zu Wohnungs- oder Obdachlosen vor.

4 Gesundheit

Die Lebenslage eines Menschen ist bedeutend geprägt von ihrem Gesundheitszustand. So können lang anhaltende Krankheiten oder Behinderungen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben stark einschränken. Aber auch problematische Lebenslagen, wie z.B. arbeitslos zu sein oder ein Kind alleine groß zu ziehen, erhöhen die Anfälligkeit für gesundheitliche Probleme. Erwerbschancen werden durch längere gesundheitliche Beeinträchtigungen eingeschränkt und verursachen gleichzeitig höhere Kosten für die Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen.

Zwischen Gesundheit und Lebenslage besteht daher ein enger Zusammenhang. Auf der einen Seite führen schwierige Lebenslagen häufiger zu gesundheitlichen Problemen und auf der anderen Seite haben Personen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen ein höheres Risiko sozial abzustiegen. Damit ist die soziale Lage einer der wichtigsten Einflussfaktoren der Gesundheit. Auch der Gesetzgeber hat diese Erkenntnis aufgegriffen und in § 20 SGB V umgesetzt. Darin heißt es, Leistungen zur Prävention sollen "insbesondere einen Beitrag zur Verminderung sozial bedingter Ungleichheit von Gesundheitschancen erbringen".

Auch die Situation am Arbeitsplatz hat einen wichtigen Einfluss auf den Gesundheitszustand der Menschen. Steigende Anforderungen in der Arbeitswelt, die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, die Zunahme psychischer Fehlbelastungen u.a.m. hat dazu geführt, dass neben dem Arbeitsschutz verstärkt auch die betrieblichen Gesundheitsförderung eingeführt wurde, um die Gesundheit, die Leistungsfähigkeit und die Motivation der Mitarbeiter/-innen in den Betrieben und Unternehmen zu verbessern.

Neben den präventiven Maßnahmen am Arbeitsplatz spielen die Lebensweise und der Lebensstil zunehmend eine wichtige Rolle für das Krankheitsgeschehen. So ist das gesundheitsrelevante Verhalten je nach sozialer Herkunft sehr unterschiedlich. Hier wird vor allem dem Bildungsniveau Bedeutung zugemessen, mit dem Einstellungen und Verhaltensweisen, z.B. bezogen auf Ernährung, Bewegung, Rauchen und Alkoholkonsum, variieren.

Im Rahmen dieses Berichtes liegt der Fokus, neben der gesundheitlichen Lage und der medizinischen Versorgung, auf dem Zusammenhang zwischen der sozioökonomischen Lage und der gesundheitlichen Situation der Bevölkerung.

4.1 Gesundheitliche Lage

Hurrelmann beschreibt Gesundheit als „... Stadium des Gleichgewichts von Risikofaktoren und Schutzfaktoren, das eintritt, wenn einem Menschen eine Bewältigung sowohl der inneren (körperlichen und psychischen) als auch der äußeren (sozialen und materiellen) Anforderungen gelingt“ (vgl. ders. 2006:146).

Das Bindungsgeflecht zwischen Gesundheit und Krankheit setzt sich aus personalen Faktoren, Verhaltens- und Verhältnisfaktoren zusammen. Zu den personalen Faktoren gehören die genetische Disposition, die körperlich-psychische Konstitution und die ethnische Zugehörigkeit. Die Essgewohnheiten, die körperliche Aktivität und die psychische Spannungsregulation stellen die Verhaltensfaktoren dar. Der sozioökonomische Status, die Bildungsangebote sowie die Gesundheits- und Krankheitsversorgung haben einen bestimmenden Einfluss auf die Verhältnisfaktoren (vgl. ebda:21).

Die sozioökonomischen Einflüsse spiegeln sich auch im Krankheitsgeschehen und der subjektiven Einschätzung der Gesundheit wider. Eine Versicherten-Umfrage des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WIdO) zum Gesundheitsstand der gesetzlich Krankenversicherten verdeutlicht, dass die Selbsteinschätzung der Gesundheit alters-, bildungs-, einkommens- und schichtabhängig ist. So schätzen Frauen ihre Gesundheit schlechter als Männer ein. Angehörige der unteren sozialen Schichten beurteilen die eigene Gesundheit schlechter als Angehörige der oberen. Außerdem wird mit zunehmendem Alter die eigene Gesundheit schlechter bewertet (vgl. WIdO 2007:1ff).

4.1.1 Lebenserwartung und Mortalität

Lebenserwartung wird statistisch die zu erwartende Zeitspanne genannt, die einem Menschen von der Geburt bis zu seinem Tod verbleibt. Berechnet wird diese Spanne mit Hilfe einer Sterbetafel, die auf den ermittelten Sterbehäufigkeiten der Vergangenheit und auf Modellannahmen für die zukünftige Sterblichkeitsentwicklung basiert.

Die gesundheitliche Lage der Bevölkerung in Deutschland zeigt, gemessen an der Lebenserwartung, eine positive Entwicklung. So hat sich in den letzten 100 Jahren die Lebenserwartung verdoppelt. Wesentliche Ursachen dafür sind die Verbesserung der hygienischen Verhältnisse und der medizinischen Versorgung sowie eine gesündere Ernährung. Darüber hinaus wurde ein Zusammenhang zwischen der Lebenserwartung und dem sozialen Status eines Menschen festgestellt (vgl. Mackenbach 2006). Analysen auf der Basis des SOEP weisen deutliche Korrelation zwischen dem Einkommen und der Lebenserwartung nach (vgl. Lampert u.a. 2007).

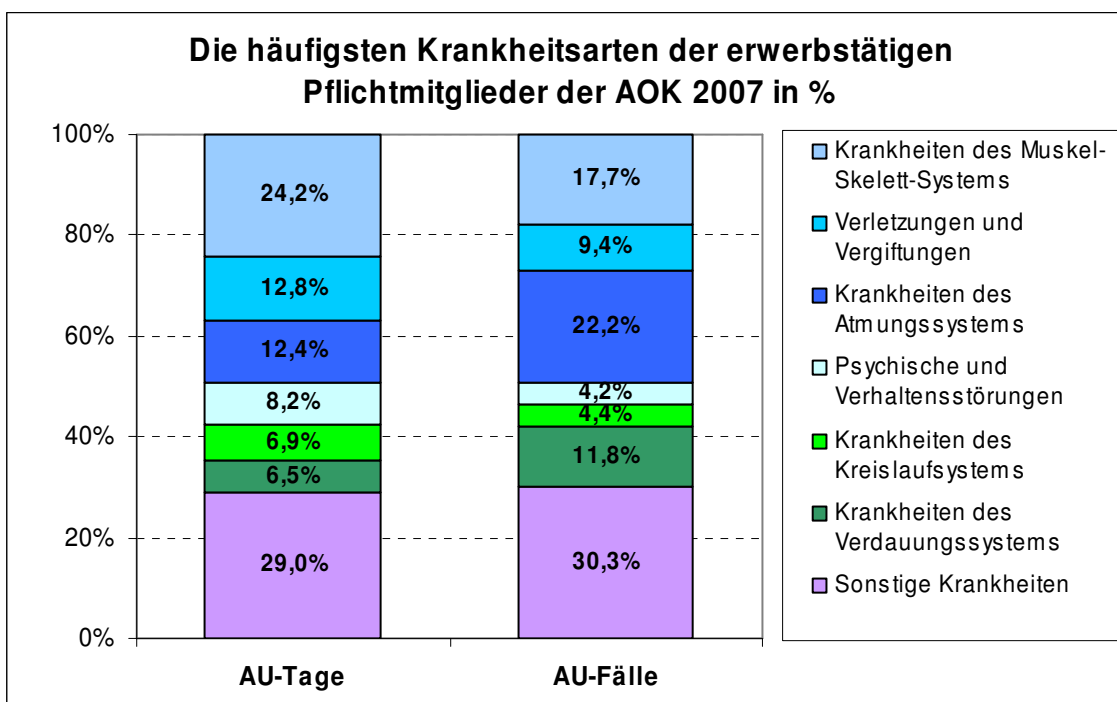
Im Jahr 2007 betrug die durchschnittliche Lebenserwartung in Deutschland 77,1 Jahre. Von 2006 bis 2007 stieg die Lebenserwartung bei Geburt bundesweit bei den Jungen von 76,2 Jahre auf 76,9 und bei den Mädchen von 81,8 auf 82,3 Jahre (vgl. Statistisches Bundesamt Nr. 304 2008). Dagegen werden Frauen und Männer aus der Armutrisikogruppe des SOEP durchschnittlich nur 70 bzw. 77 Jahre alt, während Männer und Frauen mit sehr hohem Einkommen fast 10 Jahre länger leben (81 bzw. 85 Jahre).

In Hessen besaßen die Jungen im Jahr 2007 eine Lebenserwartung von 78,0 Jahren und Mädchen von 82,8 Jahren. Im Landkreis Darmstadt-Dieburg lag die durchschnittliche Lebenserwartung der Jungen im gleichen Jahr bei 78,2 Jahren und der Mädchen bei 83,1 Jahren. Verglichen mit dem Bundesdurchschnitt wurden im Kreisgebiet die Jungen um 1,3 Jahre und die Mädchen um 0,8 Jahre älter. Damit lag die Lebenserwartung der Neugeborenen 2007 im Landkreis Darmstadt-Dieburg über dem bundesdeutschen und hessischen Mittelwert.

4.1.2 Morbidität

Zur Bewertung der Gesundheit wird häufig die Krankheitshäufigkeit (Morbidität) herangezogen. Nach der Versicherten-Umfrage des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WIdO) haben 2008 die krankheitsbedingten Fehlzeiten gegenüber dem Vorjahr erneut zugenommen. Die 9,7 Millionen in der AOK versicherten Beschäftigten waren durchschnittlich 17 Tage krank geschrieben. Ein Jahr zuvor wurden nur 16,3 Tage in Anspruch genommen.

Für die Zunahme der Fehlzeiten wurden vor allem der Anstieg von Atemwegserkrankungen und die seit Jahren zunehmenden Fälle psychischer Beschwerden verantwortlich gemacht. Letztere verursachen zudem die längsten Ausfallzeiten und haben seit 1995 um 80% zugenommen. Ein/e Arbeitnehmer/-in fehlte auf Grund einer psychischen Erkrankung durchschnittlich 22,5 Tage, bei Atemwegserkrankungen dagegen nur 6,4 Tage (vgl. WIdO 2009:1).



Quelle: Gesundheitsberichterstattung des Bundes 2009

Über zwei Drittel aller Arbeitsunfähigkeitstage können auf sechs Krankheitsgruppen nach der Internationalen statistische Klassifikation der Krankheiten (ICD) abgebildet werden. So entfielen 2007 auf Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems knapp ein Viertel der Krankheits-tage der AOK-Versicherten.

Verletzungen, Vergiftungen und andere bestimmte Folgen äußerer Ursachen und Krankheiten des Atmungssystems nehmen den zweiten Platz mit jeweils knapp einem Achtel der Krankheitstage ein. Zudem wurde herausgefunden, dass Krankheiten des Atmungssystems, des Muskel-Skelett-Systems und des Verdauungssystems die häufigsten Gründe für Krank-schreibungen sind (vgl. Gesundheitsberichterstattung des Bundes 2009).

Die Abbildung verdeutlicht auch, dass psychische und Herz-Kreislauf-Erkrankungen ver-gleichsweise lange Ausfallzeiten mit sich bringen, während Atemwegserkrankungen und gesundheitliche Störungen des Verdauungssystems zwar häufig auftreten, aber geringere Ausfallzeiten verursachen.

4.1.3 Gesundheitliche Beeinträchtigungen

Nach Selbstauskünften im Rahmen der Mikrozensus-Stichprobe (MZ) gaben 2005 knapp 13% der bundesdeutschen Bevölkerung an, krank (12,0%) oder unfallverletzt (0,7%) ge-wesen zu sein.

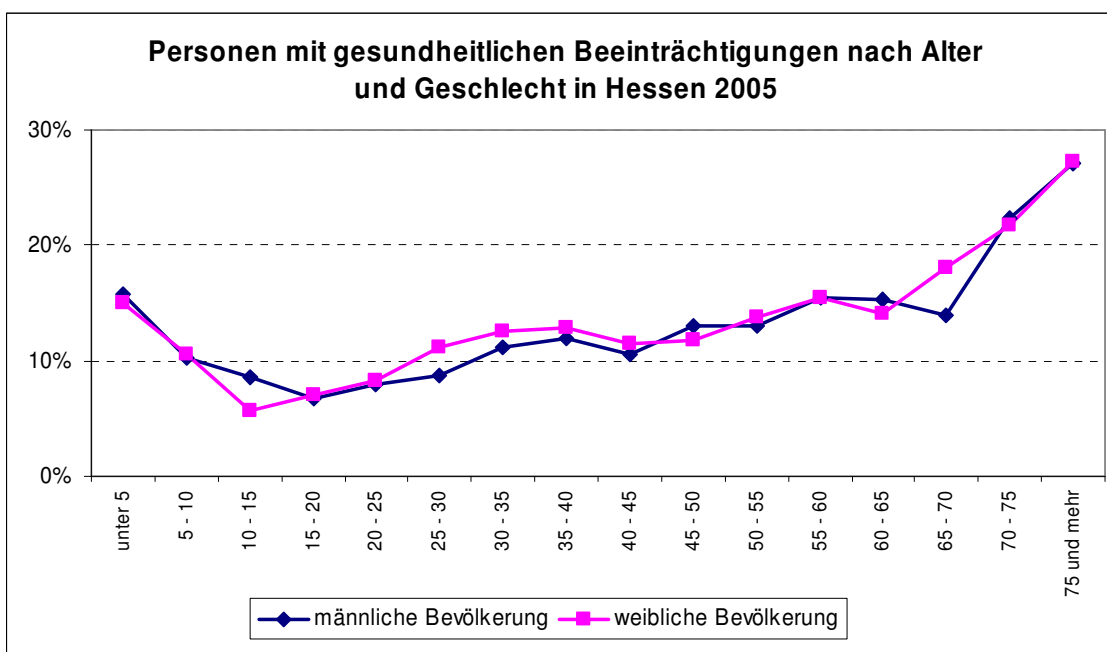
4.1.3.1 Einflussgröße Alter

Da das Alter eine wichtige Einflussgröße für die Gesundheit darstellt, zeigt eine Differenzie-rung nach Altersgruppen, dass der Anteil der Kranken und Unfallverletzten bei den 15- bis unter 40-Jährigen nur 9,0%, bei den 40- bis unter 65-Jährigen aber schon 11,5% betrug. Von den über 65-Jährigen beurteilte sich schon jede/r Vierte als krank oder unfallverletzt.

Zwischen 65 und 85 Jahren wies bereits jeder Fünfte (20,8%) der Bevölkerung gesundheitliche Beeinträchtigungen aus. Bei den über 85-Jährigen waren es 31,7% und damit schon fast jeder Dritte (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2008).

Da für den Landkreis Darmstadt-Dieburg keine Informationen vorlagen, finden nachfolgend Daten bezogen auf Hessen Verwendung (MZ 2005). Insgesamt gaben 13,7% der hessischen Bevölkerung an, krank oder unfallverletzt zu sein. Dabei zeigte sich ebenfalls ein Anstieg der gesundheitlichen Beschwerden mit zunehmendem Alter.

Lag der Anteil bei den 25- bis unter 30-Jährigen noch bei 9,9%, so gaben schon 15,4% der 55- bis unter 60-Jährigen an, krank oder unfallverletzt zu sein. Bei der 70- bis unter 75-jährigen Bevölkerung betrug der Anteil 22,1% und bei den über 75-Jährigen berichten 27,2% gesundheitlich beeinträchtigt zu sein (vgl. HSL 2007a).



Quelle: HSL 2007a

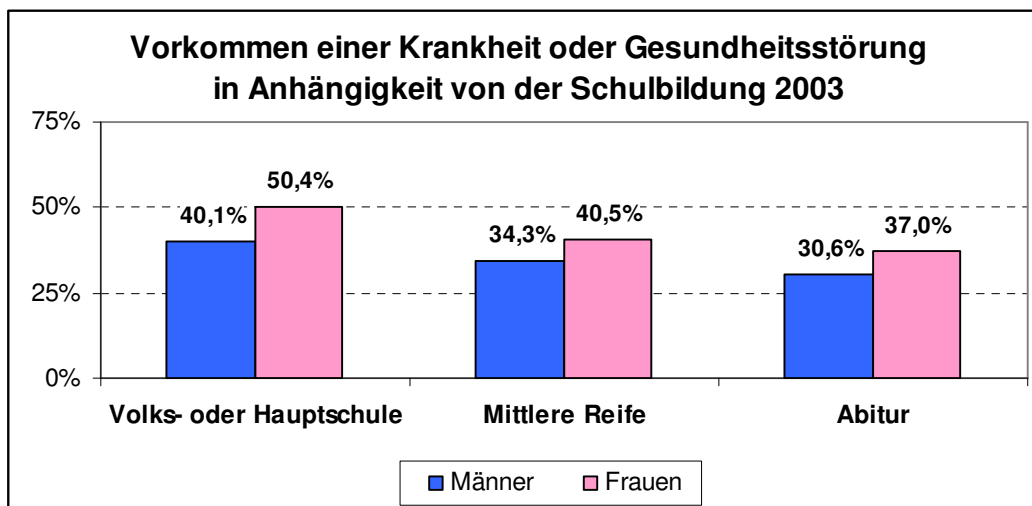
Obwohl keine gravierenden Unterschiede zwischen den Geschlechtern festzustellen waren, gaben vor allem mehr Frauen als Männer zwischen 25 und 45 Jahren an, gesundheitliche Beeinträchtigungen zu haben. Zum Teil kann das auch an der Doppelbelastung durch Familie und Beruf liegen. Bei den über 75-Jährigen sind die Anteile kranker Männer und Frauen annähernd gleich groß (vgl. ebda).

4.1.3.2 Einflussgröße Bildung

„Bildung ist eine wesentliche Voraussetzung für die Teilhabe am sozialen, kulturellen und politischen Leben. Eine umfassende Bildung erleichtert die Bewältigung der zunehmend komplexeren gesellschaftlichen Anforderungen, die Orientierung und Positionierung in den sozialen Beziehungsgefügen sowie die Bewältigung von schwierigen Lebenssituationen“ (Lampert/Ziese 2005:52).

Heute spricht man von lebenslanger Bildung. Sowohl im Kindheits-, Jugend- als auch im Erwachsenenalter müssen sich Menschen heute (weiter-)bilden. Der Erwerb von Bildung macht sozialen und gesellschaftlichen Aufstieg möglich, während mangelnde Bildung oft zu schwierigen Arbeitsverhältnissen führt und so häufig Arbeitslosigkeit begründet.

Der Vergleich der verschiedenen Schulabschlüsse und das Vorkommen einer Krankheit oder einer Gesundheitsstörung verdeutlicht, dass mit höherem Bildungsniveau die Gesundheitsstörungen seltener auftreten.

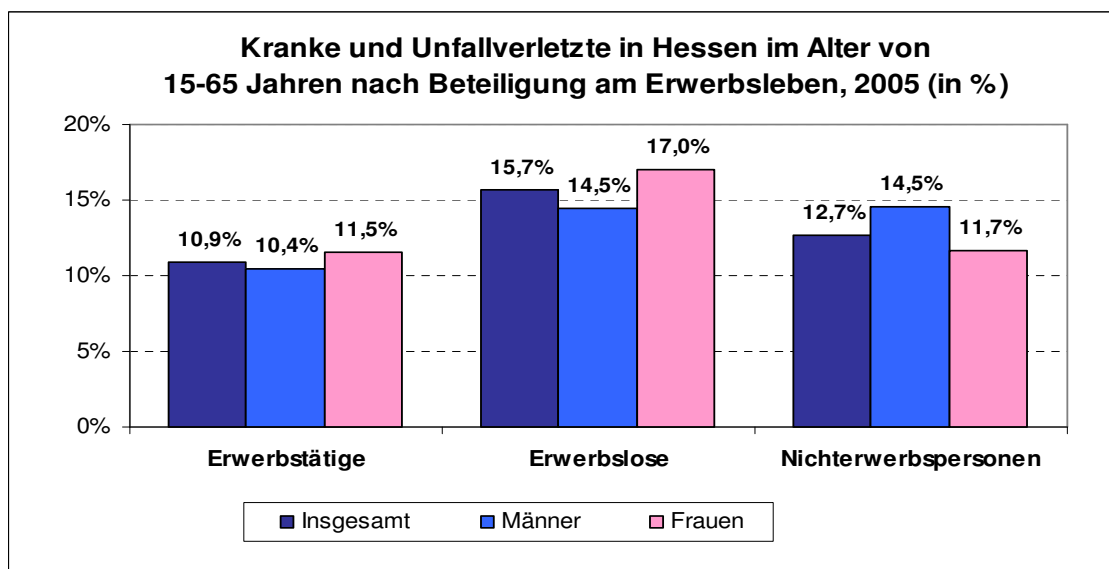


Quelle: vgl. Lampert/Ziese 2005:56

Über die Hälfte der Frauen mit einem Volks- oder Hauptschulabschluss (50,4%) gaben an, von einer Krankheit oder gesundheitlichen Störung betroffen zu sein. Nur drei von zehn Männern mit Abitur (30,6%) haben eine Gesundheitsstörung oder Krankheit. Insgesamt gaben Frauen häufiger an, erkrankt zu sein.

4.1.3.3 Einflussgröße Erwerbsstatus

Von der im Jahr 2005 befragten hessischen Bevölkerung gaben 10,9% der 15- bis unter 65-jährigen Erwerbstätigen an, krank oder unfallverletzt zu sein. Von den Erwerbslosen waren es bereits 15,7% und bei den Nichterwerbspersonen lag der Anteil bei 12,7%. Damit waren Nichterwerbstätige deutlich häufiger krank als Erwerbstätige.



Quelle: HSL 2007a

Bezogen auf den Erwerbsstatus zeigten sich auch deutlich geschlechtsspezifische Unterschiede. Erwerbslose Frauen weisen mit 17,0% den höchsten Krankenstand bezogen auf die Altersgruppe der 15- bis unter 65-Jährigen auf.

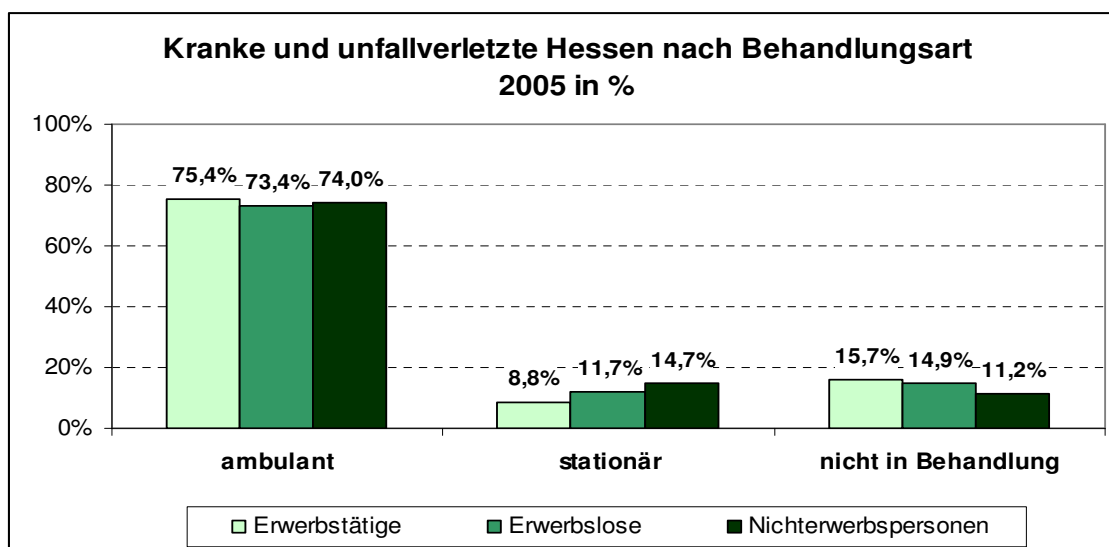
Mit jeweils 14,5% folgten die erwerbslosen Männer und die männlichen Nichterwerbspersonen. Von den erwerbstätigen Männern gaben nur 10,4% an, krank oder unfallverletzt zu sein. Auch wenn der Anteil der erwerbstätigen Frauen um 1,1% über dem der Männer lag, waren sie im Vergleich zu den erwerbslosen und den nicht erwerbstätigen Frauen weniger gesundheitlich beeinträchtigt.

4.1.4 Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung

Aus der MZ-Auswertung zum Gesundheitsstand der Bevölkerung geht auch hervor, dass 2005 ca. drei Viertel der Kranken und der Unfallverletzten in Hessen in ambulanter Behandlung waren. Dabei fand sich der höchste Anteil mit 75,4% bei den Erwerbstätigen.

Erwerbslose und Nichterwerbspersonen nahmen geringfügig weniger eine ambulante Behandlung in Anspruch. Dafür wurden sie häufiger stationär behandelt. 2005 wurde fast jede siebte kranke Nichterwerbsperson (14,7%) in einem Krankenhaus behandelt.

Im Gegensatz dazu wurde nur jeder elfte Erwerbstätige (8,8%) stationär behandelt. Bei ihnen zeichnete sich auch der höchste Anteil derer ab, die keine Behandlung in Anspruch nahmen. Jeder Sechste (15,7%) ging trotz Krankheit seiner beruflichen Tätigkeit nach.



Quelle: HSL 2007a

Gesundheitlich beeinträchtigte Erwerbstätige waren mit einem Anteil von 15,7% am häufigsten nicht in Behandlung. Von den Erwerbslosen waren es 14,9% und von den Nichterwerbspersonen 11,2%, die keine Behandlung in Anspruch nahmen.

4.1.5 Subjektive Gesundheit

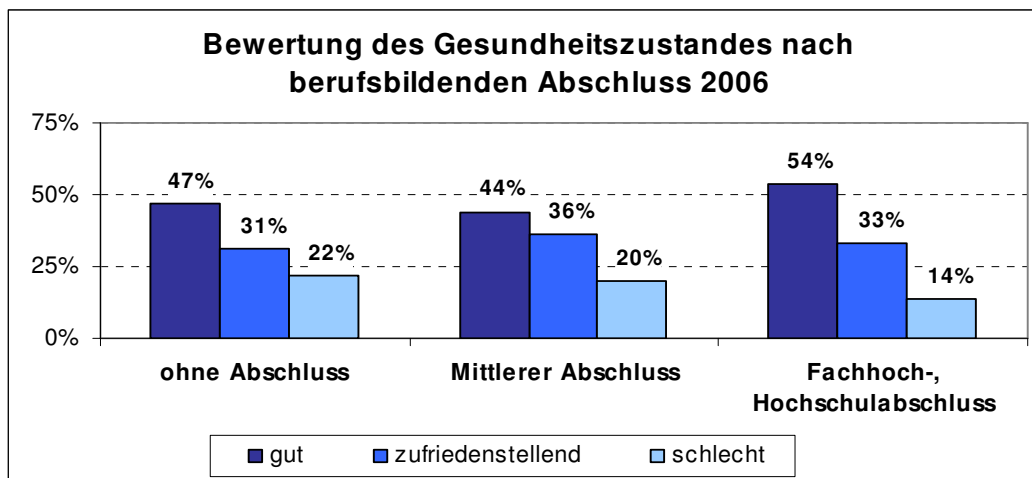
Einen eigenständig zu betrachteten Aspekt der Gesundheit stellt die subjektive Gesundheit dar. „In vielen Fällen ist die subjektive Sicht der Betroffenen ebenso oder gar relevanter für die Ableitung von Handlungsempfehlungen als die sogenannten harten „objektiven“ Daten. Da die Selbsteinschätzung der Gesundheit nicht nur von vorhandenen Erkrankungen und Beschwerden abhängt, sondern auch von gesundheitsbezogenen Einstellungen und Wahrnehmungen sowie sozialen Vergleichen, könnten Bildungsunterschiede im besonderen Maße zum Tragen kommen“ (Lampert/Ziese 2005:61).

Aus diesem Grund wird zur Beurteilung der gesundheitlichen Situation neben den Angaben zur Morbidität und Mortalität die subjektive Einschätzung der eigenen Gesundheit herangezogen. Die persönliche Einschätzung der Gesundheit kann von der „objektiven“ Bewertung abweichen.

4.1.5.1 Einflussgröße Ausbildung

2006 fanden knapp 90% der Absolvent/-innen mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluss ihren Gesundheitszustand gut oder zufrieden stellend. Bei den Personen mit einem mittleren Bildungsabschluss waren dies 80% und bei Personen ohne Bildungsabschluss nur noch 78%.

Damit wurde die beste Selbsteinschätzung zur allgemeinen Gesundheit von Männer und Frauen mit dem höchsten Berufsabschlüssen abgegeben. Die schlechteste gesundheitliche Selbsteinschätzung hatten Personen ohne Abschluss.



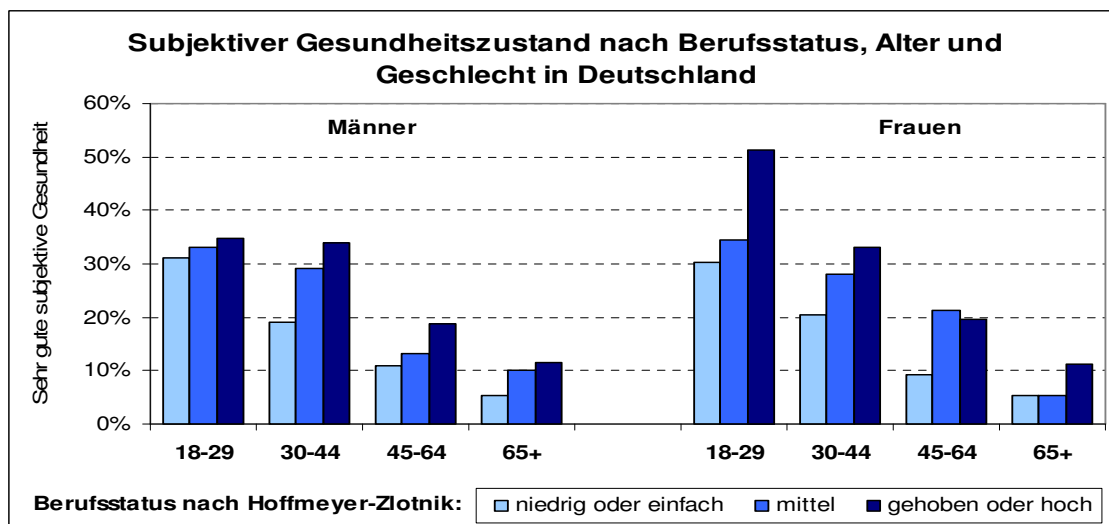
Quelle: vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2008c:262

Mehr als jeder vierte Befragte ohne Abschluss, jeder Fünfte mit mittlerer Ausbildung, aber nur jeder Siebente mit einem hohen Abschluss bewerten ihren Gesundheitszustand als schlecht (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2008c:262).

4.1.5.2 Einflussgröße Arbeitswelt

Im folgenden Diagramm sind die Anteile der Personen mit der Angabe „sehr gute Gesundheit“ in Abhängigkeit vom Berufsstatus abgebildet. Über alle Altersklassen und bei beiden Geschlechtern besteht ein positiver Zusammenhang zwischen Berufsstatus und der sehr guten subjektiven Gesundheit (vgl. Lampert/Ziese 2005:97).

Besonders auffallend ist, dass über 50% der befragten 18- bis 29-jährigen Frauen, die einen gehobenen oder hohen Berufsstatus erreicht hatten, angaben eine sehr gute Gesundheit zu besitzen.



Quelle: Lampert/Ziese 2005:98

Mit zunehmendem Berufsstatus gaben mehr Frauen und Männer an, eine sehr gute Gesundheit zu haben. Zwischen den gleichaltrigen Frauen und Männern innerhalb der verschiedenen Berufsstatus bestehen, mit Ausnahme der 18- bis 29-jährigen Frauen mit gehobenem Berufsstatus sowie der über 45-jährigen Frauen mit einem mittleren Berufsstatus, sehr geringe Unterschiede.

4.2 Ressourcen der Gesundheitsversorgung

Laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist die Gesundheit des Menschen „ein Zustand vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens“. Gesundheit ist ein wichtiges Grundrecht. Die Bewahrung und Verbesserung der Gesundheit ist Ziel des staatlich regulierten Gesundheitssystems. Demnach bemisst sich die Qualität des Gesundheitssystems auch an der Realisierung dieses Rechts für die Bürger/-innen eines Staates. Eine flächendeckende, qualitativ gute medizinische Versorgung der Bevölkerung ist unverzichtbarer Bestandteil eines modernen Sozialstaates.

4.2.1 Krankenversicherung

In Deutschland weist die medizinische und pflegerische Versorgung einen hohen Standard auf. So besteht im Krankheitsfall eine soziale Absicherung gegen Gesundheitsrisiken am Arbeitsplatz, gibt es Schutzbestimmungen und eine Vielzahl an Präventionsangeboten (vgl. Lampert/Ziese 2005:6).

Bereits 1883 wurde die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) eingeführt. Zu Beginn wurden Einzeldienstverträge mit den Ärzten abgeschlossen und die Krankenkassen konnten die Vertragsbedingungen wegen der großen Zahl verfügbarer Ärzte vorgeben. Dadurch gelangten die Ärzte zunehmend in finanzielle Abhängigkeiten von den Krankenkassen. Deshalb kam es bis 1931 immer wieder zu Arbeitskämpfen. Schließlich wurde das Einzelvertragssystem beendet und durch die Kassenärztlichen Vereinigungen als Vertragspartner für die Krankenkassen ersetzt.

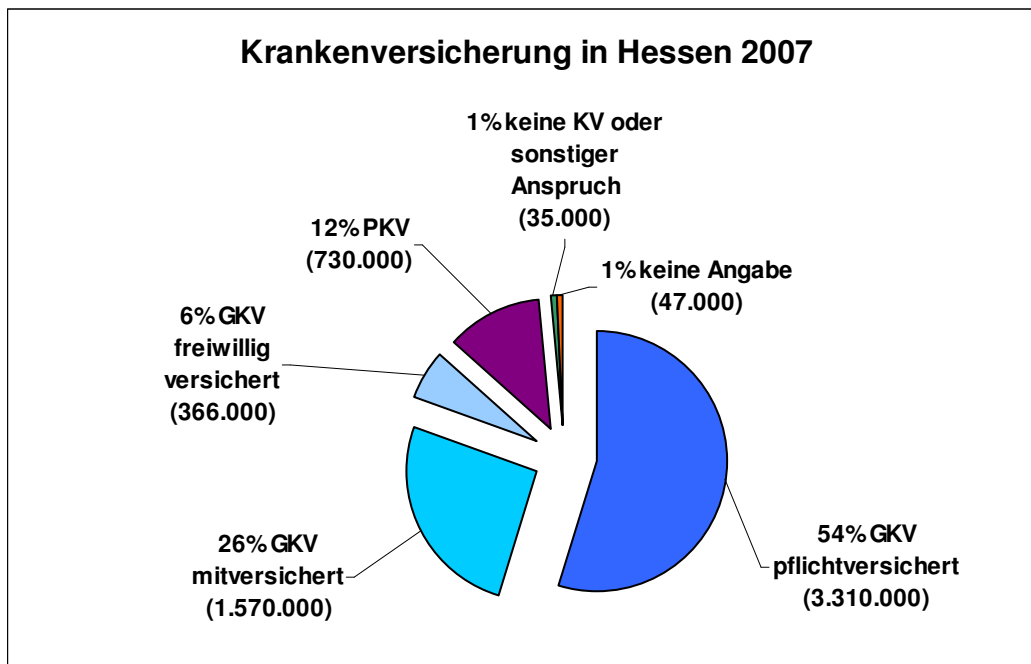
Die Einführung der GKV sollte eine bessere medizinische Versorgung für alle Bürgerschichten sicherstellen. Im Fünften Sozialgesetzbuch (SGB V) ist der Leistungsumfang der gesetzlichen Krankenkassen geregelt. Grundsätzlich bestehen für alle gesetzlich Versicherten die gleichen Leistungsansprüche. Jede/r Bürger/-in ist automatisch gesetzlich pflichtversichert, wenn er nicht die Voraussetzungen für den Eintritt in eine private Krankenversicherung erfüllt. Die gesetzliche Krankenversicherung ist ein fester Bestandteil einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und der Beitrag wird zu gleichen Teilen durch die Arbeitnehmer/-innen und die Arbeitgeber/-innen übernommen.

Während die gesetzlichen Krankenkassen alle Personen, unabhängig von ihrem gesundheitlichen Zustand, aufnehmen müssen, werden die Mitglieder bei einer privaten Krankenversicherung (PKV) selektiert. Arbeitnehmer/-innen oder Angestellte müssen mindestens über ein Brutto-Jahresgehalt von 49.950 Euro verfügen, um in eine private Krankenversicherung wechseln zu können. Freiberufler, Selbständige oder Beamte sind von dieser Regelung nicht betroffen, sie haben ein Wahlrecht, ob sie sich privat oder freiwillig gesetzlich versichern wollen.

Insgesamt waren 2006 in Deutschland 86% der Bevölkerung in der gesetzlichen und 10% in der privaten Krankenversicherung versichert. Die übrigen 4% hatten entweder keine Krankenversicherung oder hatten einen sonstigen Anspruch.

4.2.1.1 Krankenversicherung in Hessen

Für die Bevölkerung des Landkreises Darmstadt-Dieburg stehen keine Krankenversicherungsdaten zur Verfügung. In Hessen waren 2007 über 86% der hessischen Bürger/-innen gesetzlich und über 12% privat krankenversichert. Ca. 1% der hessischen Bevölkerung hatte keine Krankenversicherung bzw. einen sonstigen Anspruch auf Krankenversorgung. Diese können sich aus dem Bezug staatlicher Transferleistungen oder einer freien Heilfürsorge ergeben. Ein weiteres Prozent machte keine Angaben.



Quelle: HSL 122/2009

Über die Hälfte der 6,07 Millionen Hessen (54%) war 2007 in einer gesetzlichen Krankenversicherung pflichtversichert. Zu dieser Gruppe gehören Angestellte, Arbeiter/-innen sowie Auszubildende und Rentner/-innen. Ohne eigenes beitragspflichtiges Einkommen sind 26% in einer gesetzlichen Krankenkasse (GKV) familienversichert und weitere 6% waren freiwillig in der GKV. Das sind v. a. Personen, deren Verdienst die Versicherungspflichtgrenze übersteigt, die aber weiterhin freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung verbleiben wollen (vgl. HSL 122/2009).

4.2.2 Medizinische Versorgung im Landkreis Darmstadt-Dieburg

In Hessen waren 2009 bei der Kassenärztlichen Vereinigung 4.127 Hausärzte/-ärztinnen, 4.724 Fachärzte/-ärztinnen und 2.570 Psychotherapeut/-innen sowie 83 ärztliche Bereitschaftsdienste gemeldet. Darunter befanden sich auch die 163 Hausärzte, 144 Fachärzte und 48 Psychotherapeuten/-innen, die im Landkreis Darmstadt-Dieburg tätig sind (Kassenärztliche Vereinigung Hessen 2009).

4.2.2.1 Hausarztichte

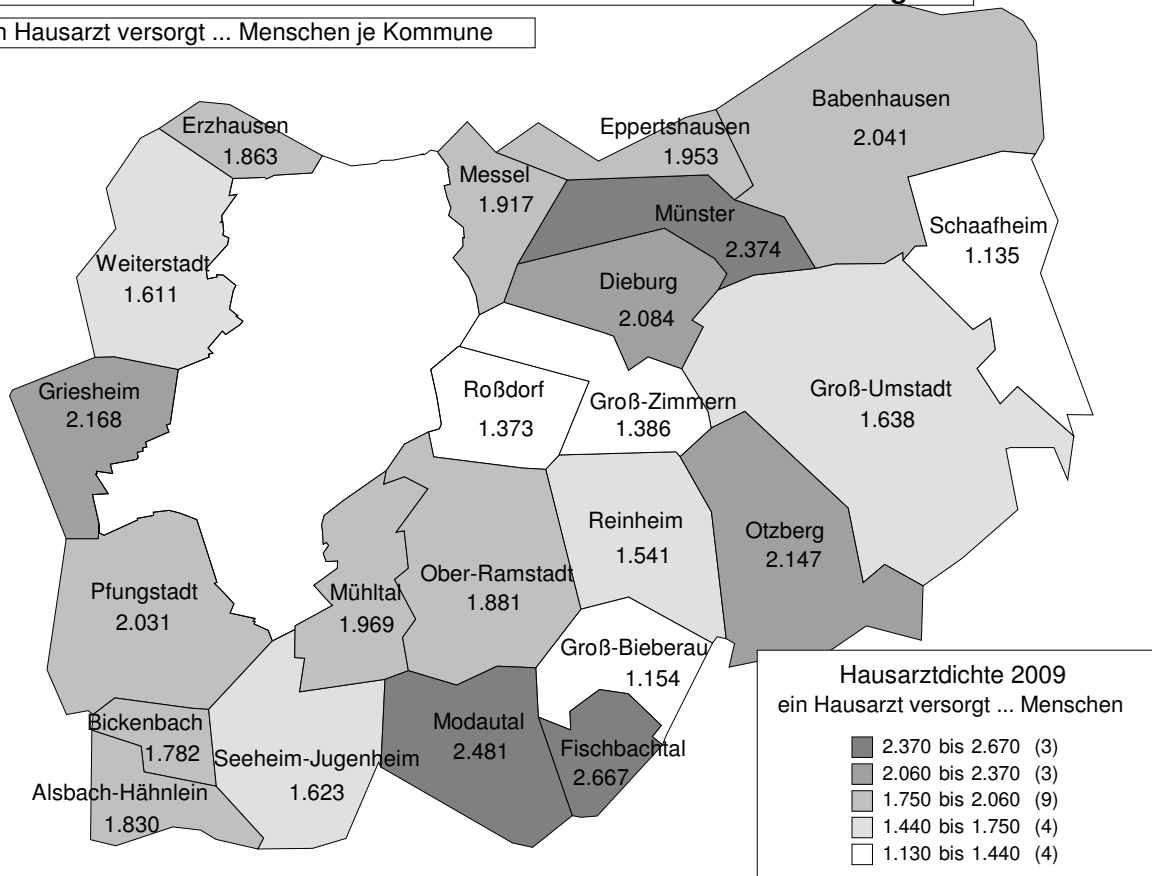
Insgesamt kamen 2009 auf einen Hausarzt bzw. eine Hausärztin im Landkreis Darmstadt-Dieburg 1.771 Menschen.

Die beste hausärztliche Versorgung konnte in der Gemeinde Schaafheim festgestellt werden. Dort versorgte ein Hausarzt bzw. eine Hausärztin 1.135 Patienten (bezogen auf die Einwohner/-innen). Aber auch in Groß-Bieberau, Roßdorf und Groß-Zimmern war eine relativ gute Versorgung gewährleistet.

Dagegen bestand in Fischbachtal die niedrigste Hausarztichte. Hier versorgte ein Hausarzt 2.667 Patienten und das waren mehr als doppelt so viele als in Schaafheim.

Hausarztichte in den Kommunen des Landkreises Darmstadt-Dieburg

ein Hausarzt versorgt ... Menschen je Kommune



Quelle: Kassenärztliche Vereinigung Hessen 2009; eigene Berechnung JHP

Auch in Modautal und Münster waren nur wenige hausärztliche Praxen ansässig.

4.2.2.2 Facharztichte

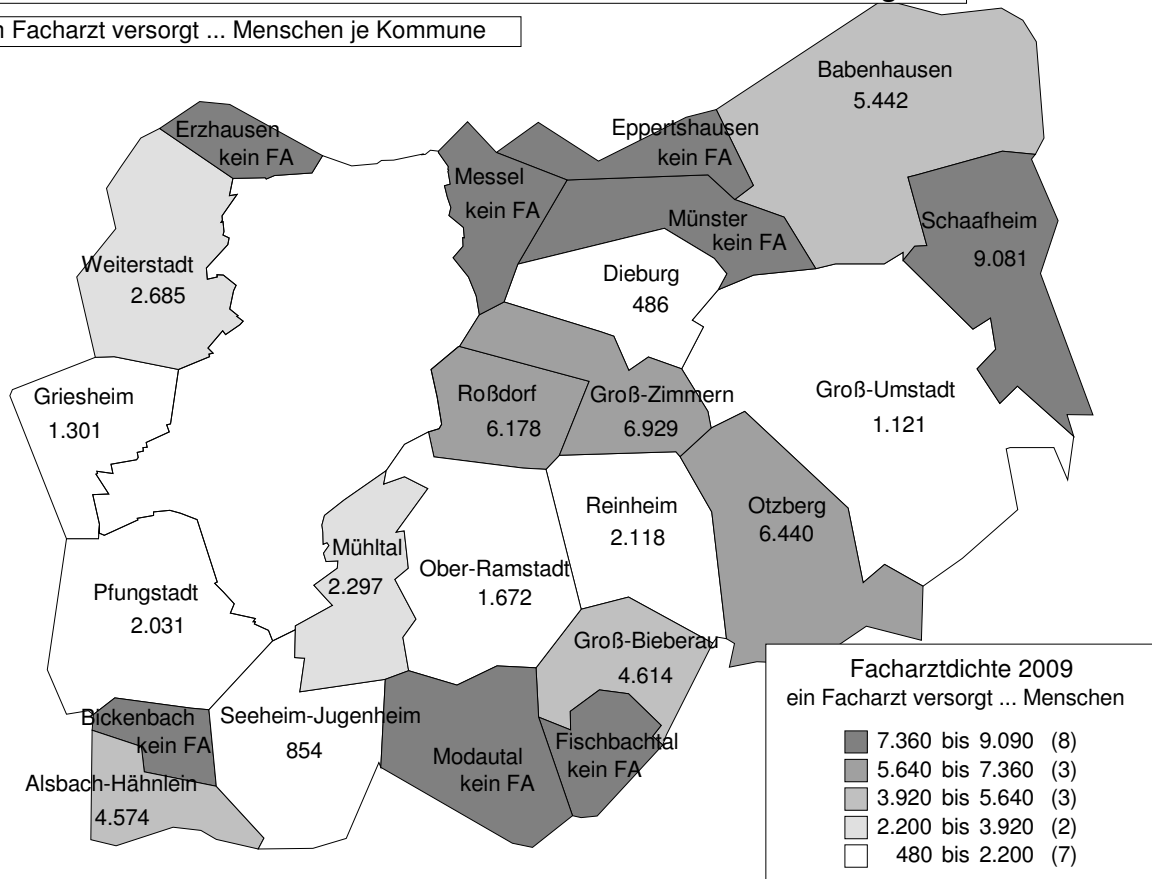
Daneben zeichneten sich auch bei der Facharztichte große Unterschiede im Landkreis Darmstadt-Dieburg ab. Insgesamt gab es 144 Fachärzte/-innen in den 23 Kommunen. Ein Facharzt bzw. eine Fachärztin war für 2.004 Menschen im Landkreis Darmstadt-Dieburg zuständig.

Die beste Versorgung war in Dieburg gewährleistet. Dort kamen auf 14.586 Einwohner/-innen 30 Fachärzte. Auch Seeheim-Jugenheim und Groß-Umstadt wiesen eine große Facharztichte auf. Sicherlich kann dies auf die dort angesiedelten Krankenhäuser (St. Rochus Krankenhaus in Dieburg und die Kreiskliniken in den beiden anderen Kommunen) zurückgeführt werden.

In sieben Gemeinden gab es keine/n niedergelassenen Facharzt bzw. Fachärztin. Das war in Bickenbach, Eppertshausen, Erzhausen, Fischbachtal und auch in Messel, Modautal und Münster der Fall.

Facharztdichte in den Kommunen des Landkreises Darmstadt-Dieburg

ein Facharzt versorgt ... Menschen je Kommune



Quelle: Kassenärztliche Vereinigung Hessen 2009; eigene Berechnung JHP

Schaafheim wies die geringste Facharztdichte der 16 Kommunen mit Fachärzten/-ärztinnen auf. Hier war ein/e Facharzt/-ärztin für alle 9.081 Einwohner/-innen zuständig.

4.2.2.3 Psychotherapeut/-innen

Bei der psychologischen Versorgung bestand ebenfalls ein Ungleichgewicht. Im Landkreis Darmstadt-Dieburg kamen auf eine/n Psychotherapeut/-in 6.013 Einwohner/-innen. Von den 48 im Landkreis praktizierenden Psychotherapeut/-innen arbeiteten fast 30% in Seeheim-Jugenheim (14).

In Dieburg hatten sich sechs und in Mühlthal sowie in Ober-Ramstadt jeweils vier Psychotherapeut/-innen niedergelassen. Neun Kommunen wurden nicht durch eine psychotherapeutische Praxis versorgt.

Ärztliche Versorgung in den Kommunen des Landkreises Darmstadt-Dieburg 2009				
	Hausarzt	Facharzt	Psycho- therapeuten	Zahnarzt
Alsbach-Hähnlein	5	2	0	5
Babenhausen	8	3	2	7
Bickenbach	3	0	1	2
Dieburg	7	30	6	14
Eppertshausen	3	0	0	2
Erzhausen	4	0	0	4
Fischbachtal	1	0	0	0
Griesheim	12	20	2	17
Groß-Bieberau	4	1	1	3
Groß-Umstadt	13	19	3	16
Groß-Zimmern	10	2	0	7
Messel	2	0	0	1
Modautal	2	0	1	1
Mühltal	7	6	4	5
Münster	6	0	1	5
Ober-Ramstadt	8	9	4	9
Otzberg	3	1	0	1
Pfungstadt	12	12	3	15
Reinheim	11	8	3	12
Roßdorf	9	2	3	6
Schaafheim	8	1	0	4
Seeheim-Jugenheim	10	19	14	13
Weiterstadt	15	9	0	11
Landkreis Darmstadt-Dieburg	163	144	48	160
Hessen	4127	4724	2570	792

Quelle: Kassenärztliche Vereinigung Hessen, Landes Zahnärztekammer Hessen 2009

4.2.2.4 Zahnärztdichte

Ferner praktizierten im Landkreis Darmstadt-Dieburg 160 Zahnärzte/-ärztinnen (Hessen: 792). Statistisch gesehen, versorgte ein Zahnarzt bzw. eine Zahnärztin 1.804 Einwohner/-innen des Landkreises Darmstadt-Dieburg. Auch hier zeigte sich eine ungleiche Verteilung. In Fischbachtal gab es gar keine ortsansässigen zahnärztliche Praxis, in Messel, Modautal sowie Otzberg jeweils nur eine für alle Einwohner/-innen.

Die meisten Zahnärzte/-ärztinnen hatten ihre Praxis in Griesheim (17 Zahnärzte), in Groß-Umstadt (16) und in Pfungstadt (15). Dieburg wies die größte Zahnärztdichte auf. Auf 1.042 Einwohner/-innen kam ein/e Zahnarzt/-ärztin. Nach Fischbachtal, ohne eine zahnärztliche Praxis, wies Otzberg die zweitschlechteste zahnärztliche Versorgung auf. Hier war eine Zahnärztin für alle 6.440 Einwohner/-innen zuständig.

4.3 Macht Krankheit arm oder macht Armut krank?

Die Gesundheitsreformbestrebungen in Deutschland und die Suche nach einem finanzierbaren und bedarfsgerechten Gesundheitssystem hat in den letzten Jahrzehnten die Frage nach den Auswirkungen von Armut und Gesundheit wieder verstärkt in den Fokus der politischen Aufmerksamkeit gestellt.

Der soziale Gradient (d.h. der signifikante Zusammenhang zwischen zwei bzw. mehreren Faktoren) für Gesundheit ist empirisch vielfach nachgewiesen worden. Aus Sicht der

Wissenschaft besteht Einigkeit darüber, dass dieser Zusammenhang über die gesamte Lebenspanne geht und alle demographischen Gruppen betrifft, unabhängig davon, wie in den verschiedenen Untersuchungen Armut bzw. soziale Klasse definiert wurde (vgl. Haverkamp 2008, Feinstein 1993).

In der Literatur wird überwiegend von einer kausalen Beziehung ausgegangen (vgl. Haverkamp 2008, West 1991). Wissenschaftliche Untersuchungen beschäftigen sich vor allem mit Unterschieden der sozioökonomischen Merkmale wie Ausbildung, beruflicher Status und Einkommen, wobei gleichzeitig einhergehende Unterschiede im Gesundheitszustand auch als „gesundheitliche Ungleichheit“ bezeichnet werden (vgl. Haverkamp 2008, Mielck 2000).

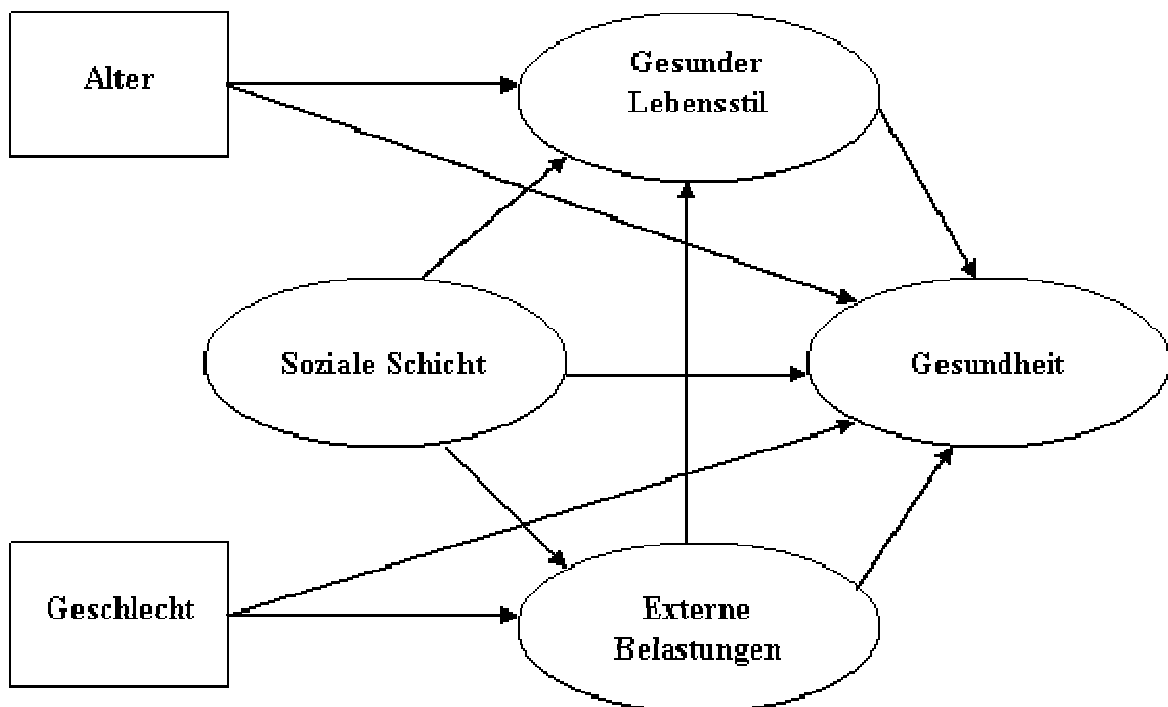
Neuere wissenschaftliche Ansätze differenzieren zusätzlich nach Geschlecht, Familienstatus, Ethnizität und Migration u.a.m. Dabei wird zunehmend der subjektiven Bewertung der sozialen Situation durch die Akteure und Akteurinnen selbst eine größere Bedeutung eingeräumt (vgl. Haverkamp 2008).

4.3.1 Erklärungsansätze zu Gesundheit und sozialer Ungleichheit

4.3.1.1 Das „Strukturgleichungsmodell“

Eine Studie der Universität Marburg zu Armutslebensläufen in Deutschland belegt, dass bei Erwachsenen vorwiegend eine „soziale Selektion“ vorliegt. Das heißt, eine chronisch schlechte Gesundheit erhöht das Risiko von Armut. Es gibt aber auch Hinweise darauf, dass Kinder, die in Armut aufwachsen, als Erwachsene eine schlechtere Gesundheit haben (vgl. Mueller/Heinzel-Gutenbrunner 1998).

Zur Erklärung der gesundheitlichen Unterschiede zwischen den Sozialstatusgruppen entwickelten Mueller und Heinzel-Gutenbrunner ein „Strukturgleichungsmodell“, d.h. ein Modell zur Erklärung von gesundheitlichen Unterschieden. Gesundheit wird als Ergebnis der Einflüsse „gesunder Lebensstil“, „soziale Schicht“, „externe Belastungen“ sowie Alter und Geschlecht dargestellt.



Quelle: Mueller/ Heinzel-Gutenbrunner 2001:194

Zwischen den Variablen bestehen mannigfaltige Beziehungen: Der „gesunde Lebensstil“ unterliegt dem Einfluss des „Alters“, der „sozialen Schicht“ und „externen Belastungen“. Auch die „externen Belastungen“ werden direkt durch die „soziale Schicht“ und das „Geschlecht“ beeinflusst. Gleichzeitig wirken sie auf den „gesunden Lebensstil“ und direkt auf die Gesundheit (vgl. Mueller/Heinzel-Gutenbrunner 2001:194).

Mueller und Heinzel-Gutenbrunner kommen zu dem Ergebnis, dass das Gesundheitsverhalten durch das Alter, das Geschlecht und den Sozialstatus bestimmt wird. Zudem verbessert sich das Gesundheitsverhalten im Alter positiv. Hier weisen Frauen ein besseres Gesundheitsverhalten auf. Und dies obwohl bei Frauen und Älteren, im Sinne von zunehmendem Alter, auch mehr gesundheitsschädliche Belastungen auftreten.

Ein hoher sozialer Status wirkt sich günstig auf das Gesundheitsverhalten aus. Darüber hinaus beeinflusst ein hoher sozialer Status die Gesundheit dreifach. Er wirkt direkt auf die Gesundheit, beeinflusst das gesundheitsförderliche Verhalten positiv und übt eine negative Wirkung auf gesundheitsschädliche externe Belastungen aus (vgl. ebda:195f).

Viele Studien belegen, dass Armut krank macht und die Lebenserwartung verkürzt. Erst in der letzten Zeit wird Armut auch in Bezug auf das Geschlecht näher untersucht. Dabei wurden deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern festgestellt. Frauen unterliegen anderen Armutsrisiken als Männer.

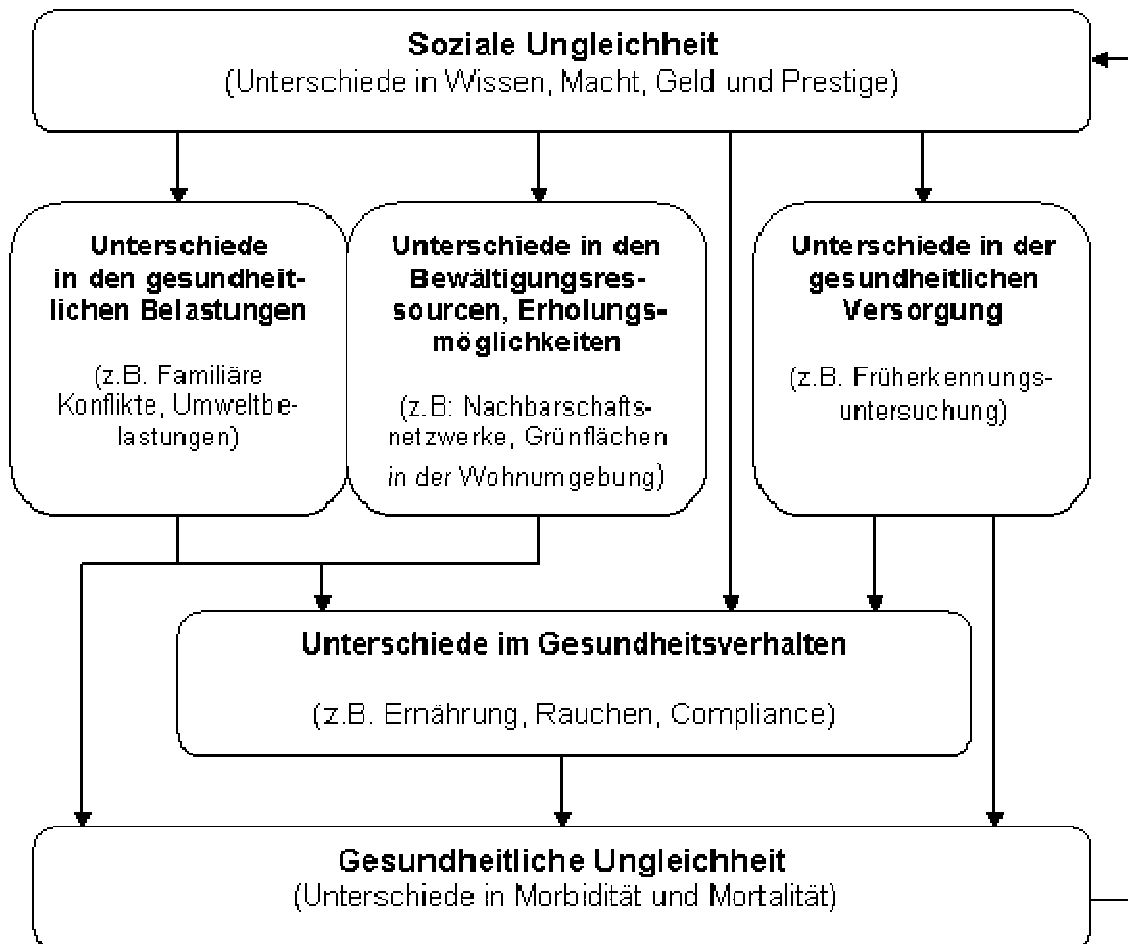
Eine Kombination von niedriger Bildung und niedriger beruflicher Stellung begrenzt die individuellen Möglichkeiten und birgt die Gefahr, an den Rand der Gesellschaft gedrängt zu werden. So erlangen Frauen zum Beispiel trotz hoher Bildung nur selten hohe berufliche Positionen. Das hängt v. a. mit den Zugangschancen auf dem Arbeitsmarkt, aber auch mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zusammen. Die Unterbrechung der Erwerbstätigkeit hat meist eine schlechtere berufliche Stellung zur Folge (vgl. Babitsch 2000).

4.3.1.2 Soziale und gesundheitliche Ungleichheit

Auch das Erklärungsmodell nach Mielck (2000) verdeutlicht die Zusammenhänge von sozialer und gesundheitlicher Ungleichheit. Die soziale Lage nimmt direkt Einfluss auf die gesundheitlichen Belastungen, Bewältigungsressourcen und Erholungsmöglichkeiten sowie die gesundheitliche Versorgung als auch auf das Gesundheitsverhalten. Doch auch die genannten vier Faktoren beeinflussen ihrerseits die Gesundheit.

Personen in Armut haben einen niedrigen sozialen Status. Auf Grund dessen sind sie anderen gesundheitlichen Belastungen (z.B. auch das Wohnumfeld) als jemand mit einem hohen Sozialstatus ausgesetzt.

Unterschiedliche Bewältigungsstrategien erzeugen auch Unterschiede im Gesundheitsverhalten (z.B. Rauchen statt Spaziergehen). Dieses Verhalten wirkt positiv oder negativ auf die Gesundheit und führt zu gesundheitlicher Ungleichheit. So führt zum Beispiel Rauchen in Kombination mit wenig Sport zu einer schlechteren Gesundheit. Eine schlechtere Gesundheit hat wiederum Auswirkungen auf die soziale Lage, da die Person auf Grund der gesundheitlichen Verfassung eingeschränkt ist.



Quelle: Lehmann 2005 (nach Ekeles und Mielck 1997)

So treten viele Gesundheitsstörungen und Krankheiten bei sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen vermehrt auf. Besonders davon betroffen sind Langzeitarbeitslose, Geringqualifizierte oder Alleinerziehende. Gerade bei diesen Gruppen zeigen sich oft schlechte gesundheitsrelevante Verhaltensweisen wie Rauchen oder Bewegungsmangel (vgl. Lampert/Ziese 2005:6).

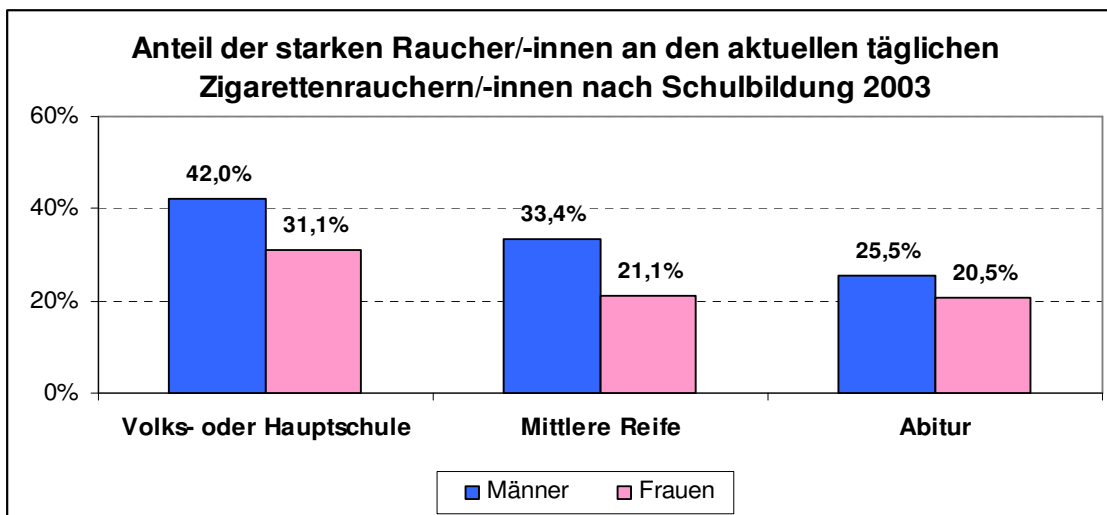
4.4 Gesundheitsverhalten und Bildung

Beim Gesundheitsverhalten kommt der Bildung ein übergeordneter Stellenwert zu, weil hierüber gesundheitsbezogene Einstellungen vermittelt werden, die bei der Ausprägung und Stabilisierung gesundheitsrelevanter Verhaltensmuster eine bedeutende Rolle spielen. Die nachfolgend aufgeführten Ergebnisse beziehen sich auf den vom Robert-Koch-Institut 2003 durchgeführten Gesundheitssurvey und andere Forschungsergebnisse, die von Lampert/Ziese (2005) zusammengefasst wurden.

4.4.1 Rauchen

Rauchen ist das größte zu vermeidende Gesundheitsrisiko. Nach Auskunft des Bundesministeriums für Gesundheit rauchen 33,9% der Erwachsenen in Deutschland. Das sind etwa 16 Mio. Menschen. Wird die Entwicklung des Rauchverhaltens nach Daten des Mikrozensus (MZ) betrachtet, ist bei der erwachsenen Bevölkerung nur ein geringfügiger Rückgang im Nikotinkonsum festzustellen.

Von „starkem Rauchen“ wird ab einem täglichen Konsum von 20 oder mehr Zigaretten gesprochen. Über alle Schulbildungsschichten gab es mehr starke Raucher/-innen unter den Männern als unter den Frauen. So bezeichneten sich 42,0% der Männer mit einem Volks- oder Hauptschulabschluss als starke Raucher. Auch die Anteile der Männer mit Mittlerer Reife oder Abitur lagen deutlich über den entsprechenden Anteilen der starken Raucher/-innen.



Quelle: Lampert/Ziese 2005:65

Je niedriger der Schulabschluss, umso höher fällt der Zigarettenkonsum aus. Die Differenz zwischen ehemaligen Volks- oder Hauptschülern und Abiturienten lag bei den starken Rauchern bei 16,5% und bei den Raucherinnen bei 10,6%.

4.4.1.1 Rauchen nach Geschlecht und Alter

Im Jahr 2003 rauchten insgesamt 42,1% der Männer mit Mittlerer Reife, 37,9% mit einem Volks- oder Hauptschulabschluss und 31,8% der mit Abitur. Auch Frauen mit Mittlerer Reife (31,7%) rauchten mehr als die mit einem Volks- oder Hauptschulabschluss (26,2%) oder mit Abitur (25,5%). Insgesamt rauchten aber weniger Frauen als Männer.

Differenziert nach Alter fanden sich die höchsten Anteile von Rauchern in der Gruppe der Volks-/Hauptschulabsolventen im Alter zwischen 18 bis 29 Jahren mit 67,8%. Dagegen rauchten in dem Alter nur 43,7% der Männer mit Abitur.

Unter den gleichaltrigen jüngeren Frauen rauchten diejenigen mit einem Volks- oder Hauptschulabschluss mit 61,9% am häufigsten. Mit 35,7% rauchten Frauen mit Abitur am wenigsten.

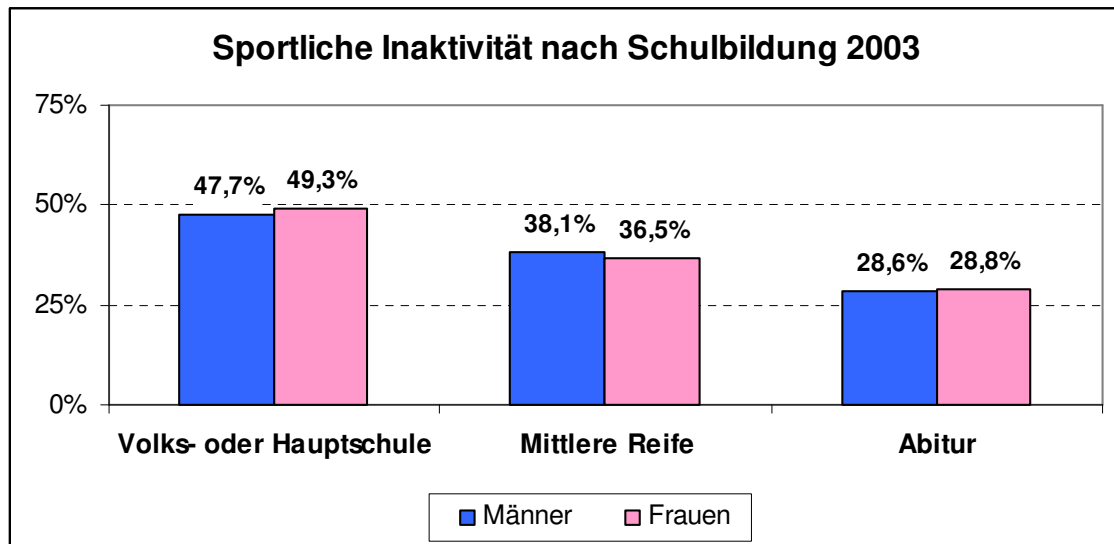
	Männer			Frauen		
	Volks-/Hauptschule	Mittlere Reife	Abitur	Volks-/Hauptschule	Mittlere Reife	Abitur
18-29 Jahre	67,8%	59,9%	43,7%	61,9%	51,6%	35,7%
30-39 Jahre	58,3%	48,4%	33,4%	56,8%	37,8%	29,4%
40-49 Jahre	45,6%	45,6%	38,3%	46,9%	37,9%	26,6%
50-59 Jahre	33,5%	33,5%	26,4%	33,3%	27,2%	22,8%
60-69 Jahre	22,6%	19,6%	18,2%	15,7%	13,8%	14,1%
70+ Jahre	19,9%	12,2%	9,2%	6,9%	6,4%	4,5%
Gesamt	37,9%	42,1%	31,8%	26,2%	31,7%	25,5%

Quelle: Lampert/Ziese 2005:64

Die wenigsten Raucher/-innen je Altersgruppe waren bei den Männern und Frauen mit Abitur, mit Ausnahme der 60 bis 69 Jahre alten Frauen, zu finden. Mit zunehmendem Alter sinken die Anteile der rauchenden Bevölkerung unabhängig von der Schulbildung.

4.4.2 Sportliche Betätigung

Neben dem Rauchen stellt die körperliche Aktivität ein „wichtiges Handlungsfeld für Prävention und Gesundheitsförderung dar. Durch regelmäßige körperliche Aktivität lässt sich in jedem Alter ein Beitrag zur Krankheitsvermeidung und Aufrechterhaltung der Gesundheit erzielen“ (Lampert/Ziese 2005:66). Angebote zur Prävention und sportlicher Betätigung wurden je nach Bildungsniveau unterschiedlich angenommen.



Quelle: Lampert/Ziese 2005

Der Anteil der sportlich Inaktiven nahm mit steigendem Schulbildungsstand ab. Unter den Absolventen der Volks- oder Hauptschule gab es den höchsten Prozentsatz an sportlich nicht aktiven Menschen mit 47,7% der Männer und 49,3% der Frauen. Bei Männern und Frauen mit Abitur wurde der niedrigste Wert an sportlicher Inaktivität in Höhe von 28,6% bzw. 28,8% ermittelt.

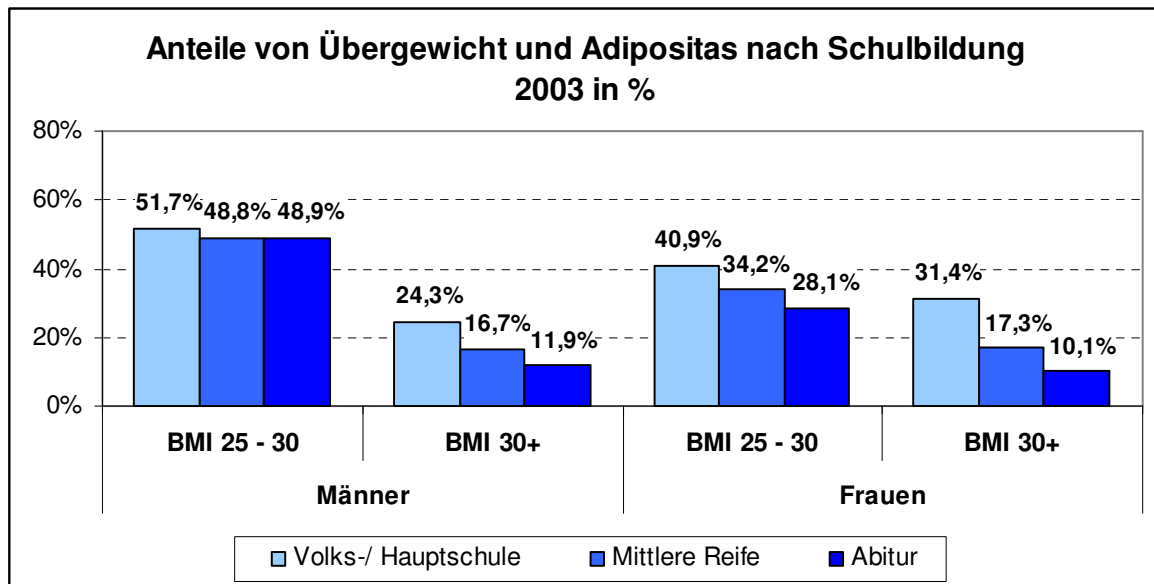
4.4.3 Übergewicht

Hinsichtlich der gesundheitlichen Risiken spielt auch Übergewicht eine große Rolle. „Ein zu hohes Körpergewicht begünstigt die Entwicklung von chronischen, die Lebensqualität mindernden Krankheiten und Gesundheitsstörungen wie Hypertonie, koronare Herzkrankheit, Schlaganfall, Diabetes Mellitus, Gallenblasenerkrankungen, Gicht und bei Männern und Frauen unterschiedlich zu lokalisierende bösartige Neubildungen. Außerdem kann ein zu hohes Körpergewicht zu orthopädischen Komplikationen führen und insbesondere im höheren Lebensalter die Gehmobilität und damit eine selbständige Lebensführung einschränken“ (vgl. ebda:66).

Bildungsunterschiede stellen sich auch in der Häufigkeit des Auftretens von Übergewicht dar. Je niedriger der erreichte schulische Abschluss liegt, umso höher ist der Anteil der Personen mit Übergewicht oder Adipositas. Eine Messzahl zur Bewertung von Übergewicht ist der Body Mass Index (BMI). Er berechnet sich aus dem Gewicht, geteilt durch die Größe im Quadrat. Für Erwachsene gilt ein BMI von 19 bis 25 als normal. Von Übergewicht, spricht man bei Werten von über 25.

4.4.3.1 Übergewicht nach Geschlecht

Über drei Viertel (76,0%) der Männer mit einem Volks-/Hauptschulabschluss waren 2003 übergewichtig. Mit Erreichung der Mittleren Reife sank der Anteil auf 65,5% und bei Männern mit Abitur betrug der Anteil noch 60,8%. Bei den adipösen Männern war der Anteil derer mit einem Volks- oder Hauptschulabschluss (24,3%) mehr als doppelt so hoch als der von Männern mit Abitur (11,9%).



Quelle: vgl. Lampert/Ziese 2005:67

Der Anteil der übergewichtigen Frauen mit niedrigem Bildungsniveau betrug 72,3%. Der Anteil der Frauen mit einem mittleren Schulabschluss lag bei 51,5% und der prozentuale Anteil der übergewichtigen Frauen mit Abitur bei 38,2%. In der Gruppe mit der niedrigsten Schulbildung war der Anteil der adipösen Frauen mit 31,4% mehr als dreimal so hoch wie der bei den Frauen mit der höchsten Schulbildung.

4.5 Inanspruchnahme von präventiven Maßnahmen und Bildung

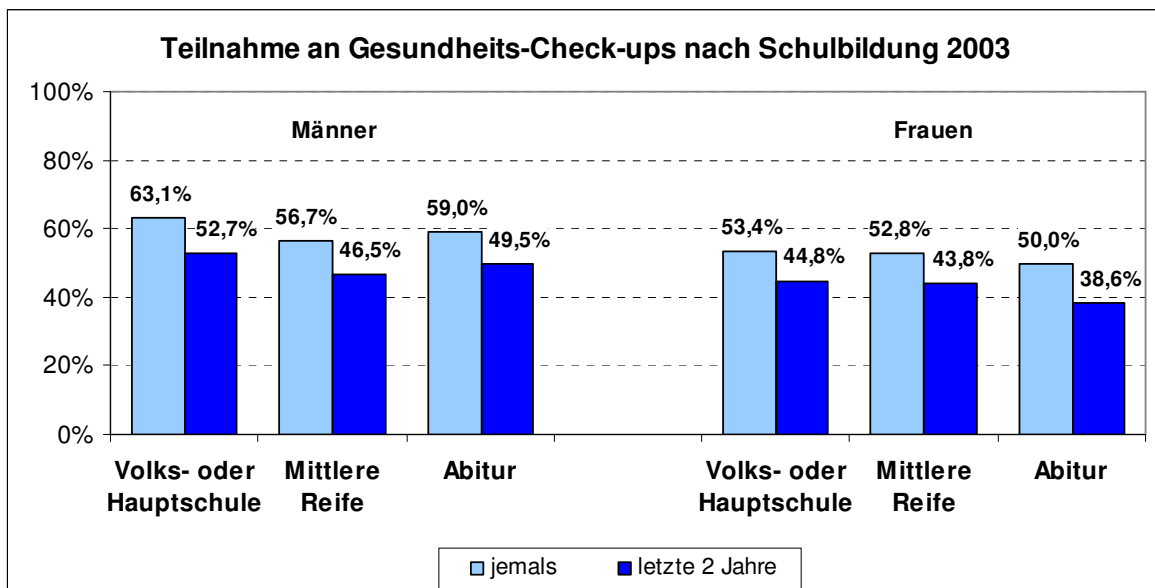
4.5.1 Gesundheits-Check

Der Gesundheits-Check wird für Menschen ab 35 Jahren zum Zweck der Früherkennung von Krankheiten, wie Herz-Kreislauf- und Nierenerkrankungen sowie Zuckerkrankheit angeboten. Diese Untersuchungen können alle zwei Jahre von den Mitgliedern der gesetzlichen Krankenkassen wahrgenommen werden.

Die Teilnahme an dieser präventiven Maßnahme fiel je nach Schulbildung sehr unterschiedlich aus. In der niedrigsten Bildungsgruppe war die Beteiligung höher als in der mittleren oder höchsten.

4.5.1.1 Gesundheits-Check nach Geschlecht

2003 hatten fast zwei Drittel der Männer mit einem Hauptschulabschluss (63,1%) an einem Check-up teilgenommen. Auch zeigte sich, dass sich fast jeder zweite Mann mit der niedrigsten und der höchsten Schulbildung in den letzten zwei Jahren von einem Arzt durchchecken ließ. Am wenigsten wahrgenommen wurden die Checks von Männern mit Mittlerer Reife.



Quelle: Lampert/Ziese 2005:70

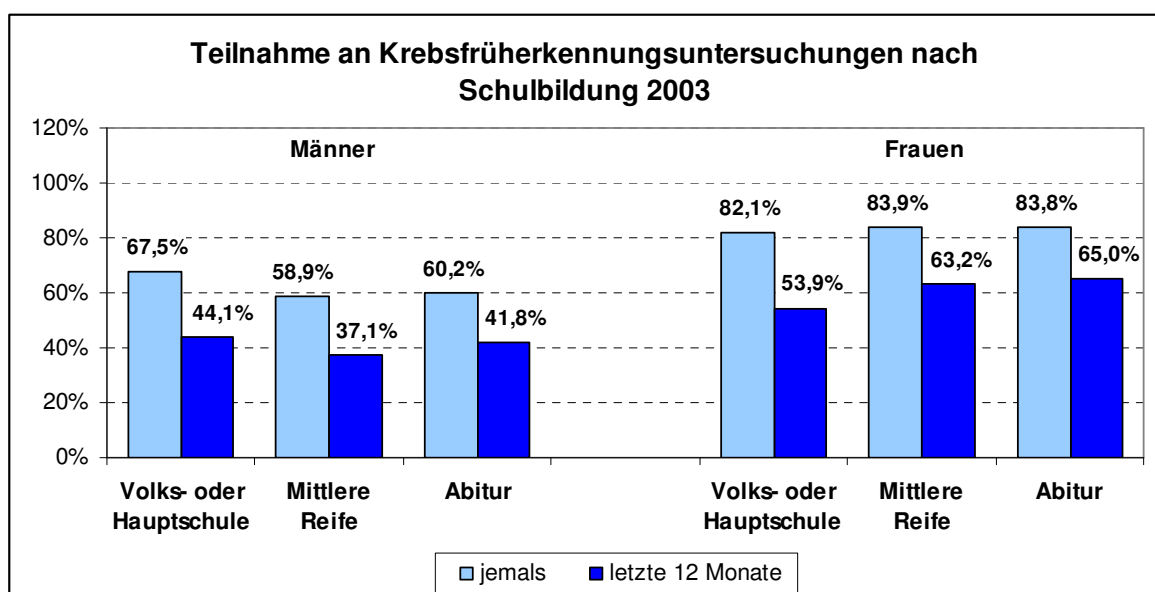
Frauen nahmen diese Gesundheitskontrolle seltener in Anspruch als die Männer. Hier sanken die Anteile je höher der Schulbildungsabschluss war. Mindestens jede zweite Frau hatte, unabhängig vom Schulabschluss, jemals an einem Check-up teilgenommen. Besonders auffällig ist, dass vergleichsweise nur ein geringer Teil der Frauen mit Abitur (38,6%) in den letzten zwei Jahren daran teilnahmen.

4.5.2 Teilnahme an Krebsfrüherkennungsuntersuchungen

Die Krebsvorsorgeuntersuchung ist eine klassische Form der Vorsorgemedizin und kann der Früherkennung von Krankheiten bei scheinbar gesunden Personen dienen. Sie ist eine Leistung der gesetzlichen Krankenkassen.

4.5.2.1 Teilnahme nach Geschlecht

Früherkennungsuntersuchungen wurden von Frauen deutlich häufiger als von Männern wahrgenommen. Mehr als 82% der Frauen hatten 2003 jemals an einer Krebsfrüherkennungsuntersuchung teilgenommen. Das liegt v. a. daran, dass Frauen beim Frauenarzt regelmäßig eine gynäkologische Krebsfrüherkennung erhalten.



Quelle: Lampert/Ziese 2005:71

Dagegen zeichneten sich bei der Teilnahme der Früherkennungsuntersuchungen bezogen auf die letzten zwölf Monate deutliche Unterschiede ab. Fast zwei Drittel der Frauen mit Abitur (65,0%) nahmen 2003 an Krebsfrüherkennungsuntersuchungen teil. Dagegen waren es in der Gruppe mit der niedrigsten Schulbildung etwas mehr als die Hälfte der Frauen (53,9%).

Mehr als zwei Drittel der Männer mit einem Volks- oder Hauptschulabschluss hatten schon einmal an einer Krebsvorsorgeuntersuchung teilgenommen. Mit deutlichem Abstand von 7,3% folgten die Männer mit Abitur. Die niedrigste Teilnahmerate verzeichneten die Männer mit Mittlerer Reife mit einem Anteil von 58,9%. Von den Männern nahmen die mit dem niedrigsten Schulabschluss (44,1%) diese Untersuchungen in den letzten 12 Monaten am häufigsten und die Männer mit mittlerem Abschluss (37,1%) am seltensten wahr.

4.6 Gesundheit und Erwerbsstatus

Der Erwerbstatus und die berufliche Position bedingen Einkommensungleichheiten und haben gleichfalls einen großen Einfluss auf die Gesundheit. Unfallgefahren, körperliche und psychische Belastungen sowie Zeitdruck wirken sich auf die Gesundheit der Erwerbspersonen aus. Jedoch schränkt auch ein schlechter Gesundheitszustand die Möglichkeit, einen Beruf auszuüben, enorm ein. Vor allem gesundheitlich belastete Erwerbstätige sind in größerem Maße von betriebsbedingten Kündigungen betroffen oder lassen sich früher verrenten.

Trotz rückläufiger Mortalitätsraten zeigte sich, dass die gesundheitlichen Unterschiede auch in Bezug auf den Berufsstatus größer werden. Der berufliche Status hat einen großen Einfluss auf die Sterberaten. Zu diesem Ergebnis kam auch die Analyse über „Berufsspezifische Morbiditätsentwicklung von Krankenversicherten der Gmünder Ersatzkasse (GEK) im Zeitraum 1990 bis 2003“. Weiterhin wurde nachgewiesen, dass der Berufseffekt für bestimmte Krankheiten unterschiedlich hoch ist (vgl. Timm/Helmer 2005).

Bei Zugrundelegen der Daten der GEK, wiesen die männlichen Arbeiter die höchsten kumulativen Sterblichkeitsraten auf. Außerdem zeigten sich bei den männlichen Angestellten und Arbeitern höhere kumulierte Sterberaten als bei den weiblichen Angestellten und Arbeiterinnen. Gering qualifizierte angestellte Männer besaßen im Unterschied zu den anderen Berufsgruppen die höchste Sterblichkeitsrate. Im Anschluss folgten Männer in gering qualifizierten manuellen Berufen, in qualifizierten manuellen Berufen, qualifizierte Angestellte sowie in technischen Berufen. Männer in einem Beruf mit hohem Status hatten das geringste männliche Sterblichkeitsrisiko und dieses lag noch höher als alle kumulierten Mortalitätsraten der Frauen.

Frauen mit einem gering qualifizierten manuellen Beruf hatten die höchsten Sterberaten. Dagegen wiesen Frauen in technischen Berufen insgesamt das geringste Mortalitätsrisiko auf. Frauen, die in einem Beruf mit hohem Status arbeiteten und gering qualifizierte weibliche Angestellte wiesen nur sehr geringe Unterschiede auf (vgl. Lampert/Ziese 2005:96).

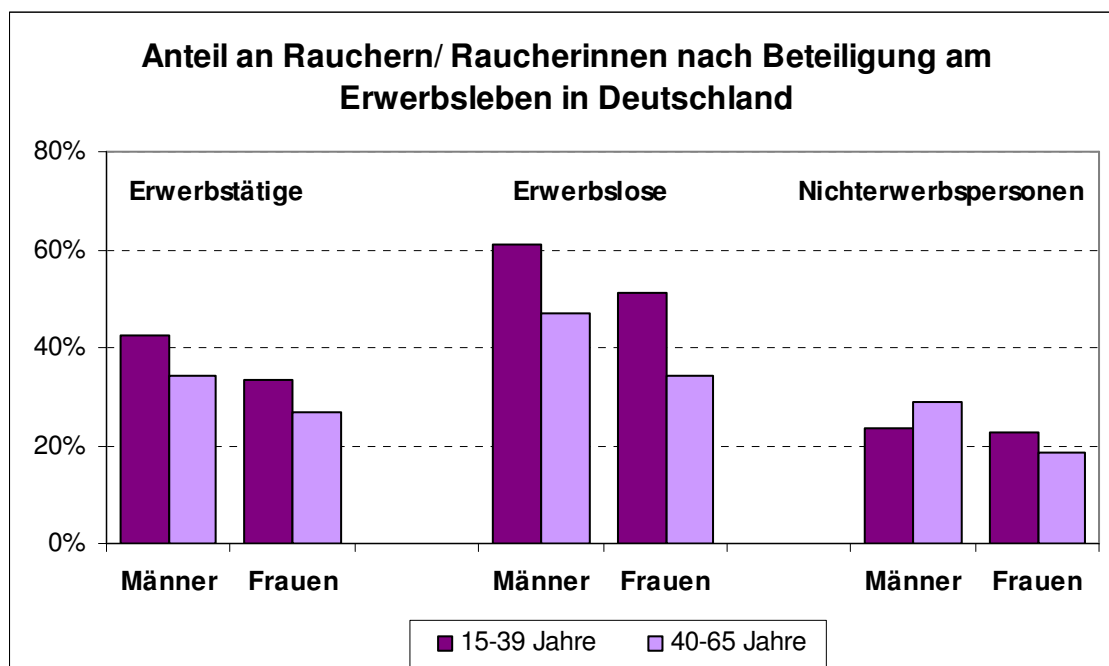
4.6.1 Rauchen und berufliche Stellung

Die Auswertung der Daten des Mikrozensus (MZ) 2005 zeigte, dass 30,1% der Deutschen über 18 Jahren rauchte. Dabei rauchten mit 34,8% mehr Männer als Frauen mit einem Anteil von 27,3% (vgl. Pötschke-Langer et al. 2009:30).

In Hessen wird weniger geraucht. Insgesamt rauchten 2005 nur 25,9% der über 15-Jährigen. Der Anteil der Männer lag bei 30,3% und der der Frauen bei 21,9% (vgl. HSL 2007b:71).

Durch die 2003 durchgeführte MZ-Zusatzbefragung zum Thema Gesundheit können auch Aussagen über das Rauchverhalten nach Berufsstatus getroffen werden. Fast die Hälfte der Erwerbslosen (48,9%), ein Drittel der Erwerbstätigen (34,6%) und mehr als ein Fünftel der Nichterwerbspersonen (22,4%) waren Raucher/-innen. Der größte Anteil fand sich mit 60,9%

bei den männlichen Erwerbslosen im Alter zwischen 15 und 39 Jahren (vgl. Lampert/Ziese 2005:99).



Quelle: Lampert/Ziese 2005:99

Auf der Datenbasis des MZ 2005 zeigten sich Unterschiede im Rauchverhalten auch bezogen auf verschiedene Berufe. Die höchsten Raucheranteile der Männer waren in handwerklichen Berufen und die niedrigsten in akademischen Berufen zu finden. So wiesen z.B. Gebäudereiniger bzw. Raumpfleger mit 59% die höchsten Raucheranteile auf, während Elektroingenieure (15%) am wenigsten rauchten (vgl. Pötschke-Langer et al. 2009:36).

Auch bei den Frauen zeigte sich, dass die wenigsten Raucher/-innen bei den akademischen Berufen zu finden waren. So wiesen Gymnasiallehrerinnen den geringsten (14%) und Restaurantfachfrauen sowie Stewardessen den höchsten Anteil an Raucherinnen mit je 47% auf.

Von den rauchenden Frauen in den Gesundheitsberufen hatten Ärztinnen mit 15% den geringsten Anteil. Ein Viertel der medizinisch-technischen Angestellten rauchte und unter den Helferinnen in der Pflege oder Altenpflegerinnen war der Tabakkonsum mit Anteilen von 39% bzw. 40% am höchsten (vgl. ebda:37).

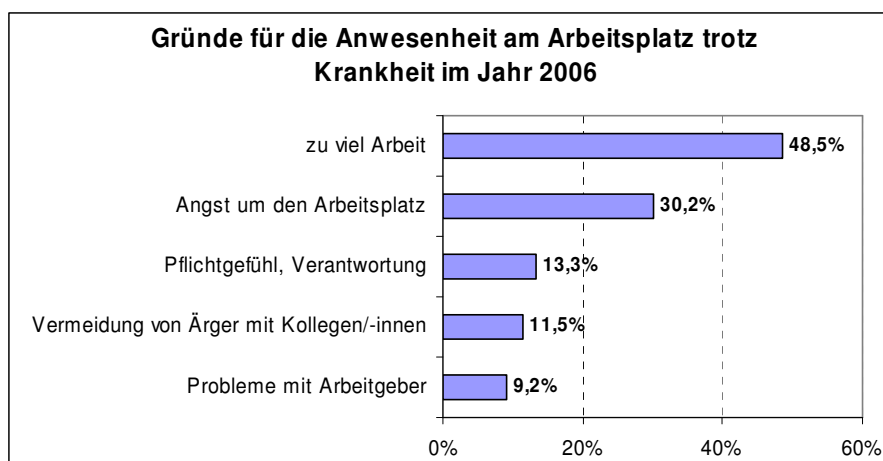
4.6.2 Erkrankungen am Arbeitsplatz

Jeweils zum ersten des Monats ermitteln die gesetzlichen Krankenkassen die Zahl der Pflichtmitglieder, die durch eine Erkrankung arbeitsunfähig sind. Personen, für die in der Regel keine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ausgestellt wird (beispielsweise Rentner/-innen, Student/-innen) werden dabei nicht berücksichtigt. Im Jahr 2007 erreichte der Krankenstand mit 3,2% (d.h. der Anteil der arbeitsunfähigen Kranken an allen Pflichtmitgliedern, ohne Berücksichtigung von Rentner/-innen) seinen bisherigen Tiefstand (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2008).

Das Wissenschaftliche Institut der AOK (WIdO) stellte 2006 enorme Unterschiede zwischen den einzelnen Branchen fest: Die höchsten Ausfallzeiten kamen in den Branchen Abfall- und Abwasserbeseitigung (6,1%), Metallerzeugung und -bearbeitung, Recycling sowie Tabakverarbeitung (mit je 5,2%) vor.

Im Kreditgewerbe (2,7%) und der Datenverarbeitung (2,2%) wurden die niedrigsten Ausfallzeiten festgestellt. Bei Personen, die außergewöhnlichen psychischen oder physischen Belastungen ausgesetzt sind, waren die Ausfallzeiten überdurchschnittlich hoch. Dazu zählen körperliche Schwerarbeit, Nacht- und Schichtarbeit, Arbeit unter starken Witterungseinflüssen, Tätigkeiten mit einem hohen Unfallrisiko und monotone Arbeiten. Ältere Arbeitnehmer hatten deutlich höhere krankheitsbedingte Fehlzeiten als jüngere (vgl. ebda).

Knapp zwei Drittel der Beschäftigten gaben an, dass sie zur Arbeit gingen, obwohl sie sich „richtig krank“ fühlten. Der Anteil lag bei den erwerbstätigen Frauen deutlich höher (64,4%) als bei den Männern (58,9%). Jede/r dritte Arbeitnehmer/-in ging sogar mit gesundheitlichen Beschwerden zur Arbeit, obwohl der Arzt davon abgeraten hatte. Auch hier überstieg der Anteil der Frauen den der Männern (vgl. ebda).



Quelle: WIdO, Wissenschaftliches Institut der AOK 2007

Als häufigste Gründe, trotz Krankheit den Arbeitsplatz aufzusuchen, wurden eine hohe Arbeitsbelastung (48,5%) und die Angst um den Arbeitsplatz (30,2%) genannt. Ferner wurden Pflichtgefühl und Verantwortung (13,3%), Vermeidung von Ärger mit Kollegen (11,5%) und Probleme mit dem Arbeitgeber bei Krankmeldungen (9,2%) angeführt. Von Kranken, die weiterhin zur Arbeit gingen, versuchten sich viele am folgenden Wochenende auszukurieren und fast jeder Fünfte hatte im Vorjahr schon einmal Urlaub zur Genesung genommen. Die Mehrheit der Arbeitnehmer/-innen (82,4%) meldete sich mit einem ärztlichen Attest krank (vgl. ebda).

Die meisten Ausfalltage am Arbeitsplatz waren im Jahr 2007 auf Muskel- und Skeletterkrankungen (24,2%), Verletzungen (12,8%), Atemwegserkrankungen (12,5%) und psychische Erkrankungen (8,1%) zurückzuführen.

Seit 1997 haben die Fehlzeiten auf Grund psychischer Erkrankungen um 62,3% zugenommen. Das geht vor allem auf veränderte Diagnosestellungen der Ärzte bzw. Ärztinnen und den Anstieg der Erkrankungsraten zurück. Knapp die Hälfte der Beschäftigten (48,8%) wies im Jahr 2007 keine Krankmeldung auf (vgl. ebda).

4.7 Gesundheitsversorgung und Einkommen

Die Ergebnisse des telefonischen Gesundheitssurveys, das 2003 vom Robert Koch Institut durchgeführt wurde, bestätigen den Zusammenhang zwischen der finanziellen Lage und auftretenden Erkrankungen. So gaben 42,1% der 30- bis 64-Jährigen mit einem Armutsrisiko an, an einer länger dauernden oder häufiger auftretenden Krankheit zu leiden. In der Vergleichsgruppe mit einem höheren Einkommen waren dies lediglich 36,7% (vgl. ebda:34).

Die Vermutung, dass die Einführung der Praxisgebühren den Zugang für einkommensschwache Personen behindere, wird durch eine Erhebung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. aus dem Jahr 2004 gestützt.

Die Befragung, an der mehr als 100 Dienste der Wohnungslosenhilfe beteiligt waren, ergab, dass grundsätzlich keine Ausnahmen bei der Erhebung der Praxisgebühr gemacht werden. Wohnungslose Kranke gehen entweder nicht mehr zum Arzt oder werden dort nicht mehr behandelt. Auch gab mehr als die Hälfte der Befragten an, dass die Klienten/-innen keine Zuzahlungen leisten können. Es gäbe nur die Möglichkeit, die Leistungen über einen „Kredit“ von Seiten der Einrichtungen zu finanzieren, die danach in Raten zurückgezahlt werden müssen (vgl. Rosenke 2004).

Auch für SGB II-Empfänger/-innen ist es schwierig, die Praxisgebühr oder die Zuzahlungen für verschriebene Medikamente aufzubringen. Im Normalfall müssen ALG II-Empfänger/-innen bis 83,28 Euro für verschriebene Medikamente jährlich selbst zahlen. Erst danach sind sie von Zuzahlungen befreit. Chronisch Kranke müssen bis 41,64 Euro Zuzahlungen für rezeptpflichtige Medikamente jährlich selbst tragen (vgl. 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2008:218).

Das Ergebnis der Untersuchung zum „Zusammenhang von Armut, Schulden und Gesundheit des Instituts der Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin der Mainzer Universität (ASG 2008) zeigte, dass 65% der Befragten nach eigenen Angaben, aus Geldmangel die vom Arzt verschriebenen Medikamente nicht kaufen konnten. Darüber hinaus gaben auch hier 60% der Befragten an, nicht zum Arzt gegangen zu sein, weil sie die nötigen finanziellen Mittel für die Zuzahlungen nicht aufbringen konnten (vgl. Trabert 2008).

Im Rahmen des SOEP 2003 wurde auch danach gefragt, ob im letzten viertel Jahr ein/e Arzt/Ärztin aufgesucht wurde. Insgesamt konsultierten 65% der Männer und 77% der Frauen über 18 Jahren in den letzten drei Monaten eine ärztliche Praxis.

Obwohl die ökonomisch schlechter gestellten Personen häufiger von Krankheiten betroffen waren, gingen sie seltener zu einem Arzt. So waren 56% der Männer aus der Armutsgruppe und 66% aus der finanziell besser gestellten Vergleichsgruppe im letzten viertel Jahr bei einem Arzt oder einer Ärztin. Bei den Frauen fand sich eine ähnliche Tendenz. Während nur 70% der Frauen aus der Armutsgruppe eine Ärztin bzw. einen Arzt aufsuchten, waren es 78% der besser Verdienenden (vgl. Lampert/Ziese 2005:43).

Damit suchten Frauen und Männer der Armutsrisikogruppe 1,4-mal seltener eine ärztliche Praxis auf als besser Verdienende.

4.7.1 Gesundheitsverhalten und Einkommen

Ein gesundheitsriskanteres Verhalten kann als Hauptgrund für die größeren gesundheitlichen Probleme in der Armutsrisikogruppe gesehen werden.

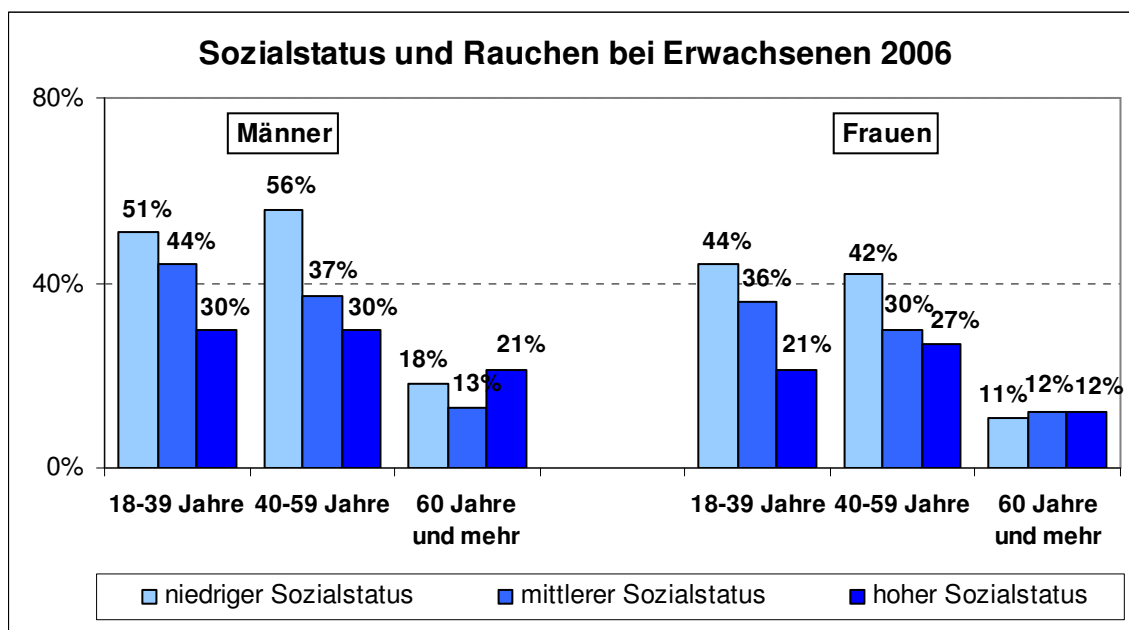
4.7.1.1 Rauchverhalten

Nach Auswertungsergebnissen des MZ 2003 rauchten 37,2% der über 15-jährigen Männer und Frauen mit einem monatlichen Haushaltseinkommen unter 700 Euro. Von den Gleichaltrigen mit höherem Einkommen waren nur 27,2% Raucher/-innen.

Auch Ergebnisse des SOEP 2002 bestätigen diese Aussage. Der Anteil der Raucher/-innen, mit Ausnahme der über 65-jährigen Frauen, ist höher, je niedriger das Einkommen ist. Bei den Männern fand sich der größte Anteil bei den 30- bis 44-Jährigen mit 61,4% und danach folgten die 18- bis 29-Jährigen mit 52,8%. Die entsprechenden Anteile bei den Frauen fielen geringer aus (vgl. ebda:41).

Eine Untersuchung von 2009 belegt auch den Zusammenhang von Rauchen und sozialem Status. Den drei Sozialstatusgruppen lagen die Indikatoren Bildung, Beruf und Nettohaushaltseinkommen zugrunde.

Sowohl im Alter von 18 bis 39 Jahren als auch zwischen 40 und 59 Jahren waren bei Personen mit einem niedrigen sozialen Status deutlich mehr Raucher/-innen zu finden, als in bei denen mit hohem Sozialstatus.



Quelle: Pötschke-Langer et al. 2009:34

In Hessen war der Anteil der rauchenden Männer in der Gruppe der Personen ohne Abitur 1,6 mal so hoch wie in der Gruppe der Personen mit Abitur. Bei den Frauen lag dieser Anteil nur leicht darunter (1,5) (vgl. Pötschke-Langer et al. 2009:34).

4.7.1.2 Alkoholkonsum

Alkohol gefährdet die Gesundheit auf vielfältige Weise. So greift regelmäßiger Konsum Leber und Bauchspeicheldrüse an und kann das Nervensystem schädigen. Besonders gefährdet sind Ungeborene. In Deutschland werden jährlich mehr als 2000 Kinder geboren, die an einem fetalen Alkoholsyndrom leiden (vgl. DKG Krebsgesellschaft 2010).

Als tolerierbare Obergrenzen für die Alkoholzufuhmengen (TOAM) wurden für erwachsene Frauen 10 bis 12 Gramm und für Männer 20 bis 24 Gramm Alkohol pro Tag festgelegt (vgl. Burger/Mensink 2003:6).

Frauen mit einem hohen sozioökonomischen Status konsumieren mehr Alkohol als Frauen der Vergleichsgruppen. Nur 9% der Frauen mit geringem sozioökonomischem Status gaben an, mehr als 10 Gramm Alkohol täglich zu trinken. In der Vergleichsgruppe mit mittlerem Status waren es bereits 14%, in der mit hohem Status sogar 30%.

Bei den Männern war der Anteil derer, die täglich Alkohol oberhalb der tolerierbaren oberen Menge konsumierten, mit 35% relativ hoch. In der Personengruppe mit mittlerem Sozialstatus gaben 29% und in der mit niedrigem Status 32% der Männer an, mehr als 20 Gramm Reinalkohol pro Tag zu trinken (vgl. ebda:9).

4.7.1.3 Sportliche Betätigung

Auch bei den sportlich Inaktiven zeigte sich ein ähnliches Bild. Männer und Frauen der Armutsriskogruppe bewegten sich über alle Altersgruppen hinweg weniger als die der anderen Einkommensgruppen. Im mittleren Lebensalter lag der Anteil 1,5- bis 2-mal höher als in der einkommensstärksten Vergleichsgruppe. Mit zunehmendem Alter nahm die sportliche Betätigung in allen Einkommensgruppen ab (vgl. Lampert/Ziese 2005:42).

4.7.2 Gesundheitliche Beeinträchtigungen und Einkommen

Von Armut betroffene Bevölkerungskreise sind verstärkt von Erkrankungen betroffen. Wie aufgeführt, schätzen sie ihre Gesundheit schlechter ein und unterliegen einem höheren vorzeitigen Sterberisiko. Auch weisen Personen mit einem niedrigeren Sozialstatus eher gesundheitsschädigende Verhaltensweisen auf, wie z.B. dem Rauchen oder der geringen sportlichen Betätigung (vgl. Lampert/Ziese 2005:28).

Deshalb ist es umso auffälliger, wenn die gesundheitlichen Beeinträchtigungen nicht wie vermutet mit einem geringen Einkommen ansteigen, sondern genau das Gegenteil der Fall ist. Nach einer Auswertung des SOEP 2006 gaben 46,2% der Männer und 41,7% der Frauen an, durch eine gesundheitliche Beeinträchtigung eingeschränkt zu sein.

Hier fällt auf, dass der Anteil der Männer, die sich gesundheitlich beeinträchtigt fühlen, mit zunehmendem Einkommen steigt. So beklagten nur 39,2% der Männer aus der untersten Einkommensposition (<60%), aber 53,3% aus der einkommensstärksten Gruppe einen schlechten gegenwärtigen Gesundheitszustand und Einschränkungen im Alltag. Im Jahr 2002 war dieser Unterschied mit 42,2% zu 56,0% noch stärker ausgeprägt.

Entwicklung des Anteils der Personen mit gesundheitlicher Beeinträchtigung ¹ nach Einkommensposition				
Einkommensposition ²	Männer		Frauen	
	2002	2006	2002	2006
< 60%	40,2%	39,2%	35,5%	38,8%
60 -< 80%	42,9%	40,0%	35,3%	36,4%
80 -< 100%	46,1%	45,0%	40,6%	37,3%
100 -< 150%	47,4%	47,2%	43,2%	44,8%
>= 150%	56,0%	53,3%	47,3%	48,5%
Gesamt	47,8%	46,2%	41,0%	41,7%

¹ schlechter subjektiver gegenwärtiger Gesundheitszustand UND Einschränkungen im Alltag durch den Gesundheitszustand. Der Indikator lässt sich nur für die Jahre 2002 und 2006 bilden, da die erforderlichen Informationen in den anderen Jahren nicht erhoben worden sind.

² Relative Einkommenspositionen: unter 60%, 60-80%, 80-100%, 100-150% und 150% und mehr Nettoäquivalenzeinkommen bezogen auf den gesellschaftlichen Mittelwert (Median)

Quelle: 3. Armuts- und Reichtumsbericht 2008:186

Auch bei den Frauen waren geringere gesundheitliche Beeinträchtigungen vor allem bei den niedrigen und mittleren Einkommenspositionen vorzufinden. Die niedrigsten Anteile (36,4%) fanden sich bei den Frauen mit einem Einkommen zwischen 60% und unter 80% des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens. Wie bei den Männern gaben die Frauen mit der höchsten Einkommensposition am zahlreichsten an, eine schlechte Gesundheit und alltägliche Einschränkungen zu haben. Von 2002 bis 2006 haben die Beeinträchtigungen bei allen Einkommensgruppen, mit Ausnahme der Gruppe mit der Einkommensposition „80% bis unter 100%“, deutlich zugenommen.

Für Hessen liegen keine Daten über einen Zusammenhang von gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Einkommen vor. Allerdings kann davon ausgegangen werden, dass die aufgeführten Ergebnisse auch auf die hessische Bevölkerung übertragen werden können.

4.8 Gesundheitliche Situation von Erwerbslosen

Viele Ergebnisse von empirischen Studien zu Armut und Gesundheit belegen den Zusammenhang von niedrigem sozialen Status und der kürzeren Lebenserwartung eines Menschen.

Arme Menschen leben unter schlechteren Wohn- und Arbeitsbedingungen als wohlhabende. Die ständige existenzielle Unsicherheit führt zu erhöhtem Stress. Hinzu kommt, dass Menschen mit schlechter sozialer Stellung und geringerer Bildung ungesünder leben. Sie ernähren sich einseitig, bewegen sich zu wenig, rauchen und trinken häufiger. Außerdem nehmen sie gesundheitliche Vorsorge-Angebote seltener in Anspruch. Finanzielle Einbußen durch Arbeitslosigkeit gehen häufig mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen einher oder wirken ungünstig auf bereits bestehende Krankheiten. Jedes Geld, das mehr verdient wird, setzt sich um in eine längere Lebensdauer. Deshalb weisen insbesondere Langzeitarbeitslose ein vielfach erhöhtes Sterberisiko auf (vgl. Lindert 2008).

Arbeitslose sind häufiger krank als Berufstätige. Nach der Forsa-Umfrage „Kundenkompass Stress“ im Auftrag der Techniker Krankenkasse (TK) waren 2008 Menschen ohne Arbeit länger krankgeschrieben als Erwerbstätige. Erwerbslose waren durchschnittlich mehr als 20 Tage im Jahr krank. Das waren zwei Tage mehr als in 2007. Als Grund wurde der hohe psychische Stress angegeben, der durch die Arbeitslosigkeit erzeugt wird. Dieser wirke sich auch auf die körperliche Gesundheit aus. Die hohe Anzahl der Erkrankungen wurde darauf zurückgeführt, dass bei Erwerbslosen besonders häufig psychische Erkrankungen auftreten und diese länger andauern als andere Krankheitsformen.

Die Studie zeigte weiter, dass fast jede/r zweite Arbeitslose, der/die Angst hat, nicht wieder einen Arbeitsplatz zu bekommen, sich dauerhaft gestresst fühlt. Der Befragung zufolge, setzt die ständige Sorge um den Lebensunterhalt vier von zehn Stellenlosen unter Druck. Bei jedem dritten Arbeitslosen bzw. jeder dritten Arbeitslosen führt die Angst um die Altersvorsorge zu Stress. Hinzu kommen ständige Selbstzweifel. Jede/r fünfte befragte Arbeitslose gab an „unter niedergedrückter Stimmung oder gar Depressionen zu leiden, weitere vier von zehn litten unter Kopfschmerzen oder Depressionen und jedem Dritten schlug die Sorge auf den Magen“ (TK 2009:42).

4.8.1 Selbsteinschätzung des Gesundheitszustandes

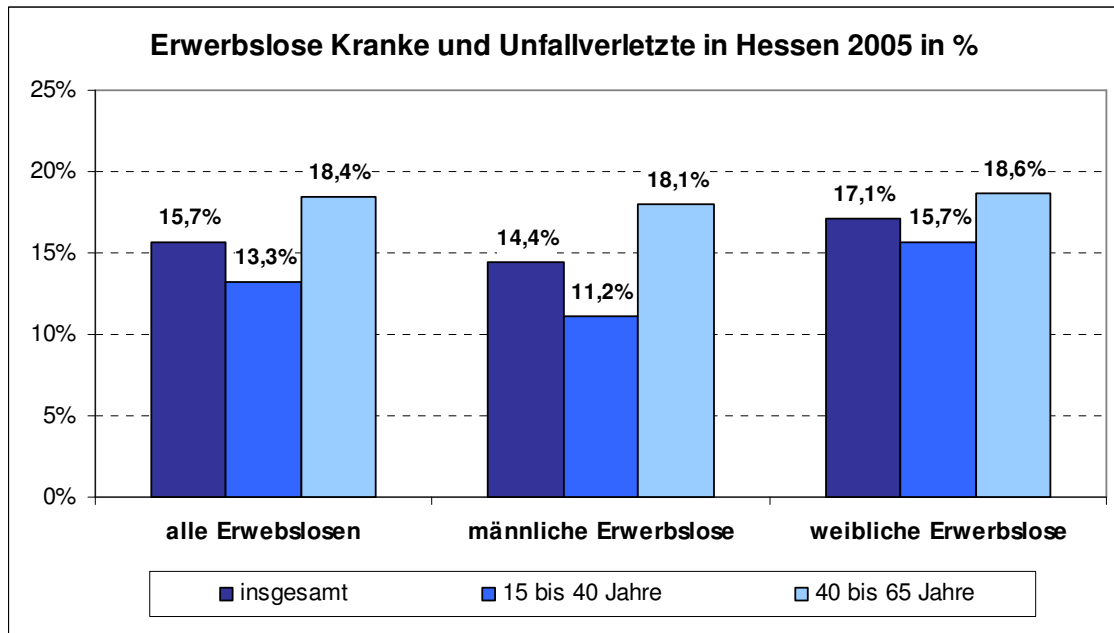
Im Jahr 2005 bezeichneten sich 13,7% der hessischen Bevölkerung, die Angaben zu ihrem Gesundheitszustand im Rahmen der MZ-Erhebung machten, als krank oder unfallverletzt. Von den Erwerbstätigen gaben 11,0% an, krank oder unfallverletzt zu sein. Bei den Erwerbslosen lag der Anteil bereits bei 12,3% und bei den Nichterwerbspersonen bei 16,2%.

Gegenüber der MZ-Auswertung von 2003 kann ein Anstieg der kranken Erwerbstätigen und Nichterwerbspersonen und ein Rückgang der kranken Erwerbslosen verzeichnet werden. Damals sagten 8,6% der Erwerbstätigen, 14,2% der Erwerbslosen und 15,2% der Nichterwerbspersonen, dass sie krank oder unfallverletzt seien (vgl. HSL 2007b:46).

4.8.1.1 Differenzierung nach Alter und Geschlecht

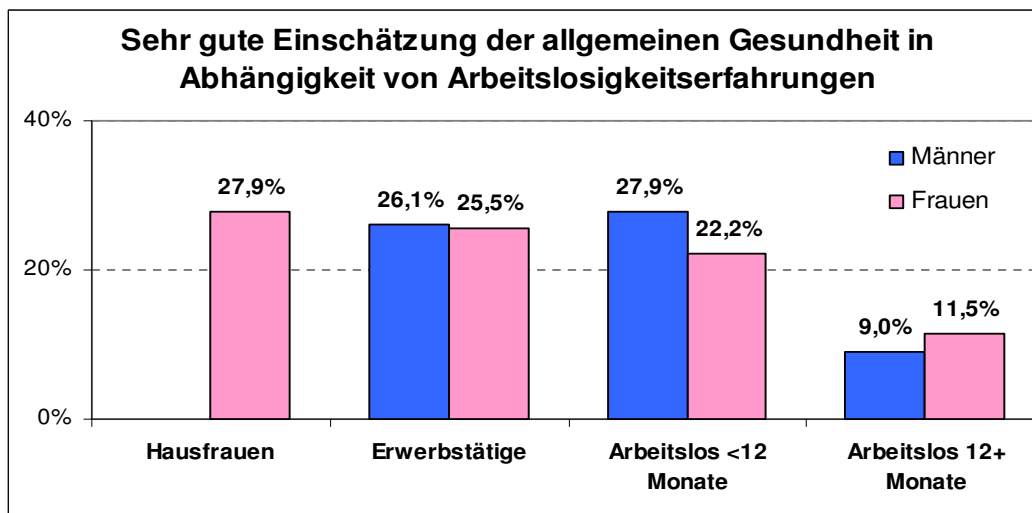
Von den Erwerbslosen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren gaben 15,7% an, krank oder unfallverletzt zu sein. Der Anteil der Männer lag mit 14,4% darunter und der der Frauen mit 17,1% darüber. Im Alter zwischen 15 und 40 Jahren zeigten sich noch deutlichere Unterschiede zwischen Frauen und Männern. So sagten nur 11,2% der Männer, aber 15,7% der Frauen aus, krank oder unfallverletzt zu sein.

Mit zunehmendem Alter stieg der Anteil der erwerbslosen Kranken und Unfallverletzten und die Unterschiede zwischen den Geschlechtern verringerten sich. Auch wenn immer noch mehr Frauen als Männer gesundheitliche Beeinträchtigungen aufwiesen, lag der Anteil der männlichen und weiblichen 40- bis 45-jährigen Erwerbslosen über 18%.



Quelle: HSL 2007a; eigene Berechnungen JHP

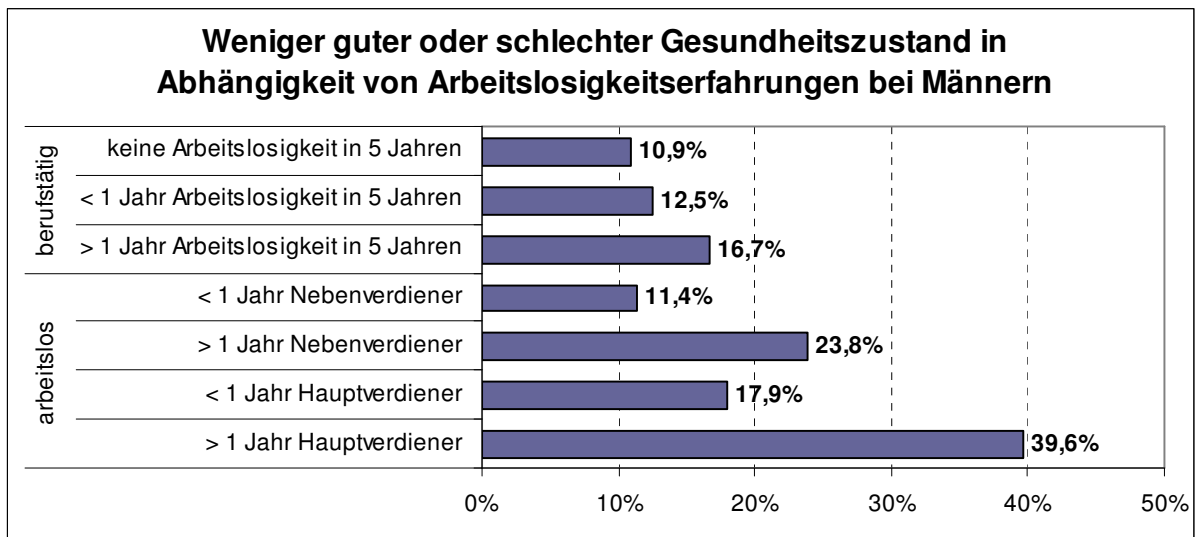
Auch die Auswertung der Daten des bundesweiten Gesundheitssurveys von 2003 bestätigte, dass Arbeitslose und besonders Langzeitarbeitslose ihren allgemeinen Gesundheitszustand schlechter einschätzten als Personen der Vergleichsgruppen.



Quelle: Lampert/Ziese 2005:108

Nur 9% der Männer, die länger als 12 Monate arbeitslos waren, bewerteten ihre eigene Gesundheit als sehr gut. Dagegen sagte das noch jeder vierte männliche Kurzarbeitslose (27,9%). Zusammen mit den befragten Hausfrauen stellten sie den höchsten Anteil. Auch der Anteil der langzeitarbeitslosen Frauen, die ihre Gesundheit als sehr gut beurteilten, fiel mit 11,5% ebenfalls sehr niedrig aus.

Im Rahmen dieses Gesundheitssurveys (2003) wurde auch der Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Gesundheit hinsichtlich der Dauer der Arbeitslosigkeit bei Männern beleuchtet. Von den Berufstätigen gaben die Männer den schlechtesten Gesundheitszustand, die über ein Jahr und mehr in den letzten fünf Jahren arbeitslos waren.

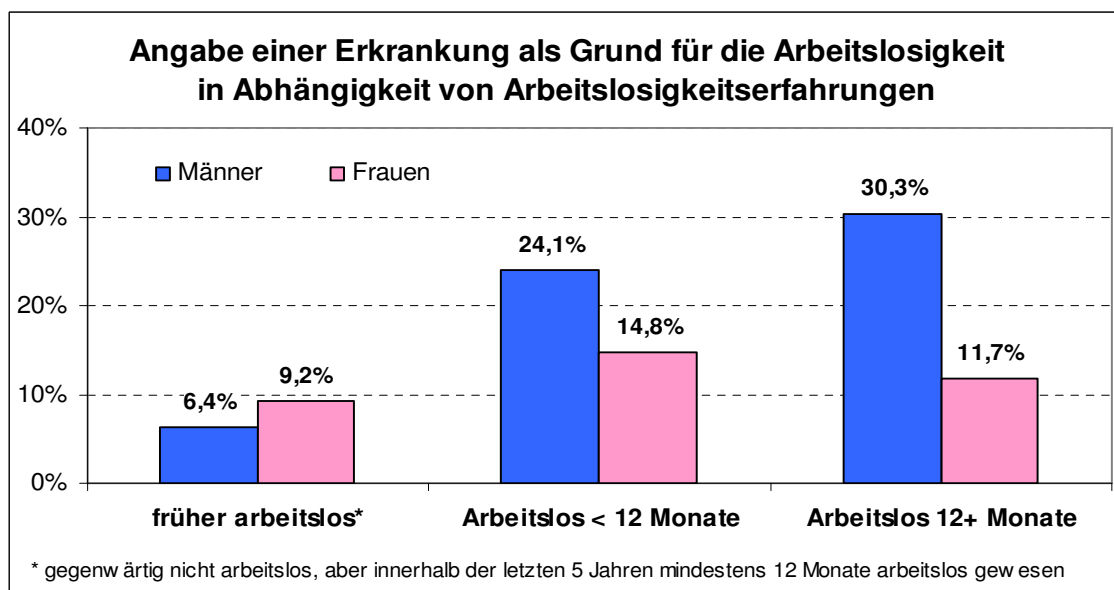


Quelle: RKI 2003:9

Am schlechtesten bewerteten langzeitarbeitslose Männer, die früher Hauptverdiener der Familie waren, ihren Gesundheitszustand. Fast jeder Vierte führte den schlechten Gesundheitszustand auf die Erfahrungen der Arbeitslosigkeit zurück.

4.8.1.2 Krankheit als Ursache für Arbeitslosigkeit

Jeder vierte arbeitslose und fast jeder dritte langzeitarbeitslose Mann gab an, dass eine Erkrankung mit ein Grund für die Arbeitslosigkeit sei. Frauen führten insgesamt seltener eine gesundheitliche Einschränkung als Grund für die Arbeitslosigkeit an.



Quelle: Lampert/Ziese 2005

Bei Berufstätigen wurde eine Arbeitslosigkeit, die länger zurücklag, kaum mit einer Krankheit in Verbindung gebracht (vgl. Lampert/Ziese 2005:109). Vor allem Männer, die seit mehr als zwölf Monaten ohne Arbeit waren, machten eine Erkrankung ursächlich für ihre Arbeitslosigkeit verantwortlich (vgl. ebda:110).

4.8.2 Krankheiten und Beschwerden

Arbeitslose Frauen litten am häufigsten unter Schwindelattacken. Das gab jede zweite arbeitslose Frau mit einer Arbeitslosigkeit von unter einem Jahr an. Bei den langzeitarbeits-

losen Frauen waren 42,7% davon betroffen. Danach folgten mit über 40% chronische Rückenschmerzen und über 36% Depressionen. Vor allem Depressionen nahmen mit länger andauernder Arbeitslosigkeit zu (vgl. ebda:111ff).

Unter Schwindelattacken litt ebenfalls knapp ein Drittel der Männer mit einer Arbeitslosigkeit unter einem Jahr. Über ein Viertel dieser Arbeitslosen nannte weiterhin Hypercholesterolemie (28,9%), chronischen Rückenschmerzen (28,6%) oder Hypertonie (25,8%) als Krankheiten oder Beschwerden. Mehr als ein Drittel der langzeitarbeitslosen Männer waren nach eigenen Aussagen an Hypertonie (37,5%), Schwindel (35,2%) oder chronischen Rückenschmerzen (33,7%) erkrankt.

Mit der Dauer der Arbeitslosigkeit nahmen die Erkrankungen bei Frauen und bei Männern zu.

4.8.3 Gesundheitsverhalten von Arbeitslosen

4.8.3.1 Rauchen

Nach dem Gesundheitssurvey von 2003 rauchten fast zwei Drittel der 20- bis 59-jährigen kurz- und langzeitarbeitslosen Männer, aber nur zwei Fünftel der erwerbstätigen Männer.

Männer mit einer Arbeitslosigkeit von über einem Jahr rauchten 2,7-mal häufiger als erwerbstätige Männer. Bei den Frauen zeigten sich ebenfalls Unterschiede, die aber nach Kontrolle des Alterseffekts nicht mehr signifikant sind (vgl. Lampert/Ziese 2005:119).

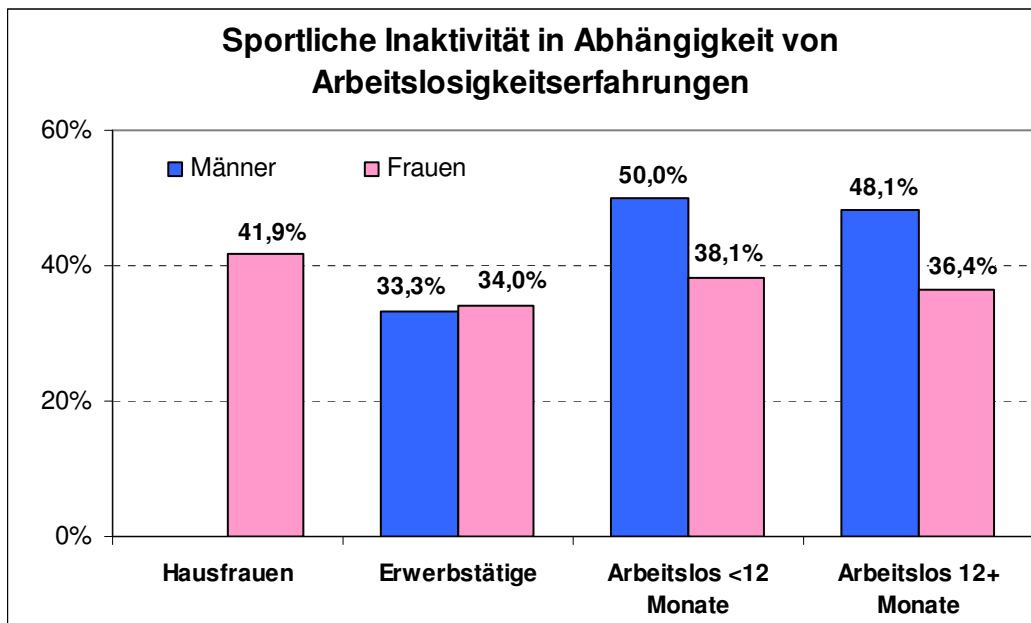
4.8.3.2 Ernährung

Die für Ernährung vorliegenden Untersuchungen bestätigen keinen Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und schlechter Ernährung. Allerdings könnte das erhöhte Vorkommen von Übergewicht bei Langzeitarbeitslosen ein Indiz für schlechtere Ernährungsgewohnheiten darstellen.

2003 gaben insgesamt 33% der 20- bis 59-jährigen langzeitarbeitslosen Frauen an, übergewichtig zu sein. Weitere 26% waren sogar adipös. Dagegen waren nur 30% der erwerbstätigen Frauen übergewichtig und nur 13% waren stark übergewichtig. Bei den Männern waren 23% der Langzeitarbeitslosen und 16% der Erwerbstätigen adipös (vgl. ebda:120).

4.8.3.3 Sportliche Betätigung

Entgegen der Annahme, Arbeitslose hätten mehr Zeit, um sich sportlich zu betätigen, betrieb ca. die Hälfte der arbeitslosen Männer gar keinen Sport. Diese Aussage traf dagegen nur auf ein Drittel der erwerbstätigen Männer zu (vgl. ebda:129).

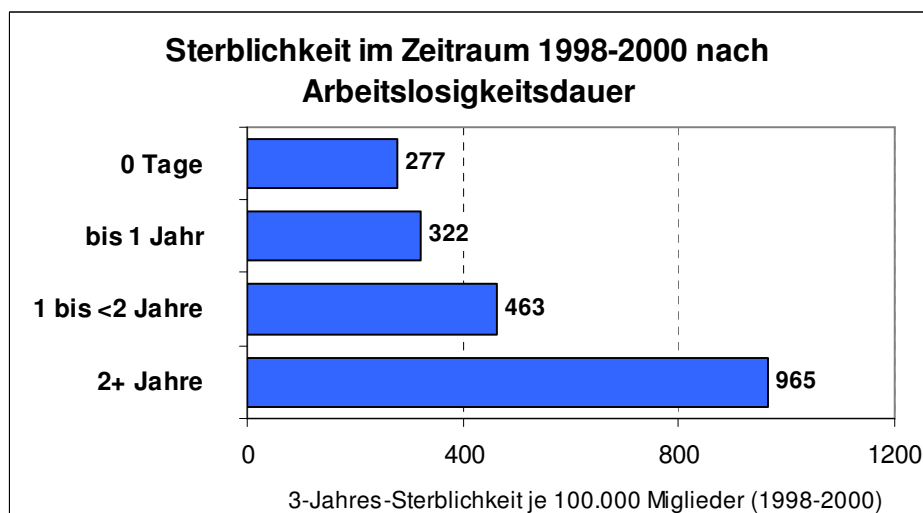


Quelle: Lampert/Ziese 2005:120

Bei den Frauen traten nur geringe Unterschiede auf. Die Hausfrauen waren sportlich am inaktivsten.

4.8.3.4 Mortalität

Eine Studie der Gmünder Ersatzkasse (GEK) ermittelte die Sterblichkeit der Mitglieder für die Jahre 1998 bis 2000, die zu Beginn der Befragung zwischen 20 und 49 Jahre alt waren. Die Versicherten wurden eingeteilt in durchgängig Berufstätige, Berufstätige mit bis zu einem Jahr Arbeitslosigkeit, Berufstätige mit ein bis zu zwei Jahren Arbeitslosigkeit sowie Personen mit zwei Jahren Arbeitslosigkeit und mehr (vgl. Lampert/Ziese 2005:121f).



Quelle: Lampert/Ziese 2005

Von 100.000 Mitgliedern starben 2,77% der durchgängig Erwerbstätigen in den drei Folgejahren. Bei den Mitgliedern mit einer der Arbeitslosigkeitsdauer von ein bis zwei Jahren 1- bis 2-jährigen Dauer waren es bereits 4,63% und bei den Mitgliedern mit langer Arbeitslosigkeit (über zwei Jahre) traten zu 9,65% Todesfälle auf.

Damit nahm das Risiko der Sterblichkeit in Abhängigkeit von der vorausgegangenen Arbeitslosigkeit zu: „Werden die unterschiedlichen Alters- und Geschlechtszusammensetzungen der Vergleichsgruppen berücksichtigt, dann errechnet sich für Versicherte mit ein bis unter zwei

Jahren Arbeitslosigkeit ein um den Faktor 1,6 und für Versicherte mit zwei oder mehr Jahren Arbeitslosigkeit ein um den Faktor 3,4 erhöhtes Mortalitätsrisiko im Vergleich zu den durchgängig Erwerbstätigen“ (Lampert/Ziese 2005:122).

4.9 Gesundheit und soziale Lage von Kindern und Jugendlichen

Die finanzielle Situation der Eltern beeinflusst maßgeblich die materielle Lebenslage von Kindern und Jugendlichen. Ihr Armutsrisiko hängt somit sowohl von der Erwerbsbeteiligung als auch vom Qualifikationsniveau der Eltern ab. Je mehr Minderjährige in einem Haushalt leben, desto größer wird das Armutsrisiko. Mit jedem Kind steigt der finanzielle Bedarf der Familie an und mit dem steigenden Betreuungsaufwand nimmt der Spielraum für die Erwerbsbeteiligung der Eltern ab.

Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Haushalten können selten der Situation in der Familie entkommen, denn sie sind auf diese emotional angewiesen und materiell abhängig. Viele dieser Kinder und Jugendlichen, die in diesen Familien aufwachsen, kennen nur das Leben in diesen „armen Verhältnissen“.

Oftmals schämen sie sich für die finanzielle Situation der Familie und haben Angst mit ihren Freunden nicht mithalten zu können. Kinder und Jugendliche messen sich an den Standards Gleichaltriger, die in einkommenshöheren Haushalten leben. Sie verlieren schnell die Wertschätzung unter Gleichaltrigen, wenn sie nicht mithalten können. Im schlimmsten Fall kann das zur Ausgrenzung, zum Ausschluss aus dem Freundeskreis, zum Abbruch sozialer Kontakte oder depressiven Störungen sowie Selbstwertkrisen führen. Viele Eltern versuchen bei sich noch mehr zu sparen, um die Armut ihrer Kinder abzumildern (vgl. Lenzen 2007).

Während bei Erwachsenen soziale Benachteiligung bzw. Armut häufig zu reduzierter Gesundheit führt, geht diese bei betroffenen Kindern zusätzlich mit einer geringeren neurokognitiven Entwicklung einher (vgl. Case et al. 2002). „Beispielsweise können bestimmte Merkmale des familiären Hintergrundes ein soziales Risiko für die individuelle Leistungsentwicklung darstellen, deren Einfluss durch biologisch bedingte neurokognitive Störungen, etwa des Arbeitsgedächtnisses oder der Sprachentwicklung, noch verstärkt werden kann“ (vgl. Gold 2009).

Zu diesem Ergebnis kam auch eine Studie des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung (MZES). Relative Einkommensarmut hat einen signifikanten Einfluss auf die kognitive Entwicklung und den Wortschatz. Der Einfluss von Armut auf die Entwicklung und den Wortschatz ist unabhängig vom Bildungsstand der Eltern. Für die Entwicklung der Sprache ist es wichtig, sich mit den Kindern zu beschäftigen, ihnen vorzulesen oder gemeinsam mit ihnen Brett- oder Gesellschaftsspiele zu spielen. Der Einfluss der relativen Einkommensarmut beruht ausschließlich auf dem Anregungsreichtum der häuslichen Umgebung (vgl. Biedinger 2009).

Außerdem gibt es Hinweise auf einen „Kausationseffekt“, d.h. dass Kinder, die in Armut aufwachsen, haben auch als Erwachsene eine schlechtere Gesundheit (vgl. Mueller/Heinzel-Gutenbrunner 1998).

2007 lebten in Hessen 15,9% der minderjährigen Kinder und Jugendlichen in einem einkommensarmen Haushalt. Damit ist in Hessen jeder sechste junge Mensch unter 18 Jahren von Armut bedroht.

Im Jahr 2008 waren im Landkreis Darmstadt-Dieburg 5.022 Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren von Einkommensarmut betroffen, da ihre Familien auf Transferleistungen aus dem SGB II angewiesen waren. Das waren 12% der gleichaltrigen Bevölkerung.

4.9.1 Kindervorsorgeuntersuchungen

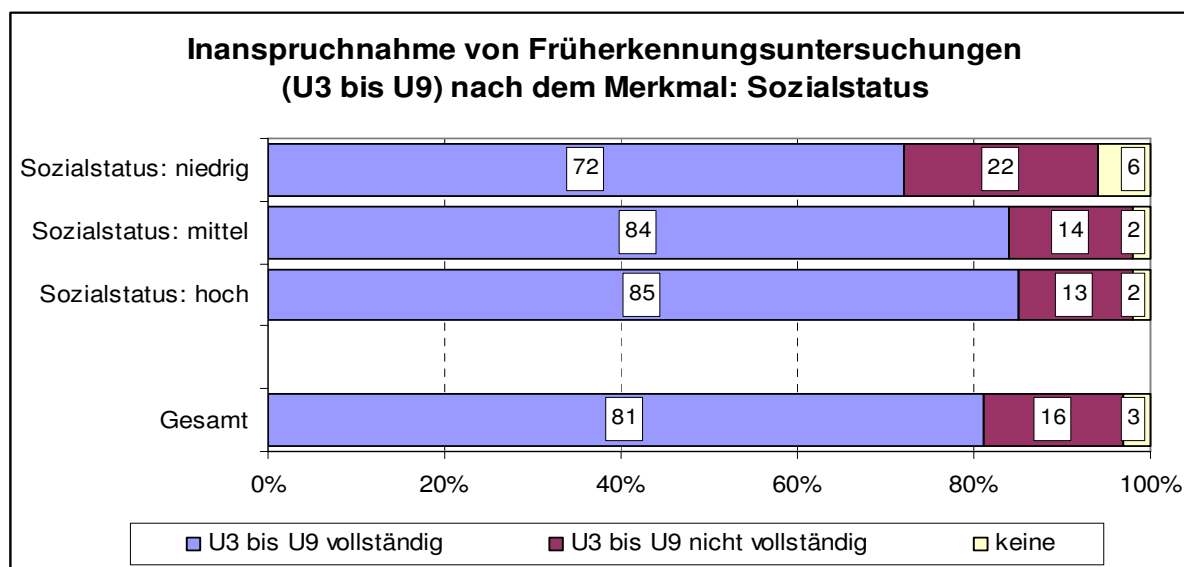
Seit 1971 zählen die Kindervorsorgeuntersuchungen für Säuglinge und Kleinkinder zu den Pflichtleistungen der Krankenkassen (§ 26 SGB V). Sie sollen sicherstellen, dass Entwicklungsauffälligkeiten von Neugeborenen, Kleinkindern und Kindern durch einen Kinderarzt/-ärztin erkannt werden, um diese frühzeitig einer Behandlung zuzuführen. Gleichzeitig sollen die Untersuchungen dazu dienen, Fälle von Vernachlässigung, Kindesmisshandlung oder sexuellem Missbrauch festzustellen. Aus diesem Grund gibt es seit dem 1. Januar 2008 in Hessen das Kindergesundheitsschutzgesetz (KiGSchG). Es soll die Verbesserung des Gesundheitsschutzes für Kinder gewährleisten sowie durch Datenübermittlungen der Meldebehörden und der Kinderärzte/-ärztinnen die Teilnahme der Kinder an den Vorsorgeuntersuchungen sicherstellen.

Insgesamt gibt es zehn Vorsorgeuntersuchungen, die von den Krankenkassen übernommen werden. Davon werden neun im Kindesalter (U1 bis U9) und eine im Jugendalter (J1) durchgeführt. Seit Mai 2006 gibt es zusätzlich vier weitere Untersuchungen (U7a, U10, U11 und J2).

Die Ergebnisse des Kinder- und Jugendgesundheits surveys (KiGGS) 2006 zeigen, dass 81% der Kinder, die zwischen 1990 und 1999 geboren wurden, an allen Vorsorgeuntersuchungen U3 bis U9 teilgenommen haben. 16% nahmen die Untersuchungen nur teilweise wahr und 3% nahmen nie an einer Vorsorgeuntersuchung teil. Die Untersuchungen bis zum 24. Lebensmonat (U7) werden von mehr als 90% der Kinder absolviert. Erst ab der U8 fiel der Anteil unter 90% (vgl. RKI 2008:128).

Die Betrachtung der Vorsorgeuntersuchungen von U1 und U2 können hier vernachlässigt werden, da diese Untersuchungen bereits im Krankenhaus durchgeführt werden und daher fast alle Kinder daran teilnahmen.

Eine Differenzierung der Inanspruchnahme von Früherkennungsuntersuchungen von der U3 bis zur U9 im Jahr 2006 nach dem sozialen Status der Eltern zeigte deutliche Abweichungen.



Quelle: RKI 2006

Kinder von Eltern mit einem niedrigen Sozialstatus nahmen 2006 nur zu 72% alle Früherkennungsuntersuchungen von der U3 bis U9 wahr. Bei jedem fünften Kind dieser Gruppe waren die Untersuchungen von U3 bis U9 nicht vollständig und 6% nahmen überhaupt keine Früherkennungsuntersuchung in Anspruch.

Dagegen nahmen 84% der Kinder aus einem Elternhaus mit einem mittleren Sozialstatus und 85% mit einem hohen sozialen Status an den U3- bis U9-Untersuchungen teil (vgl. RKI 2006:70).

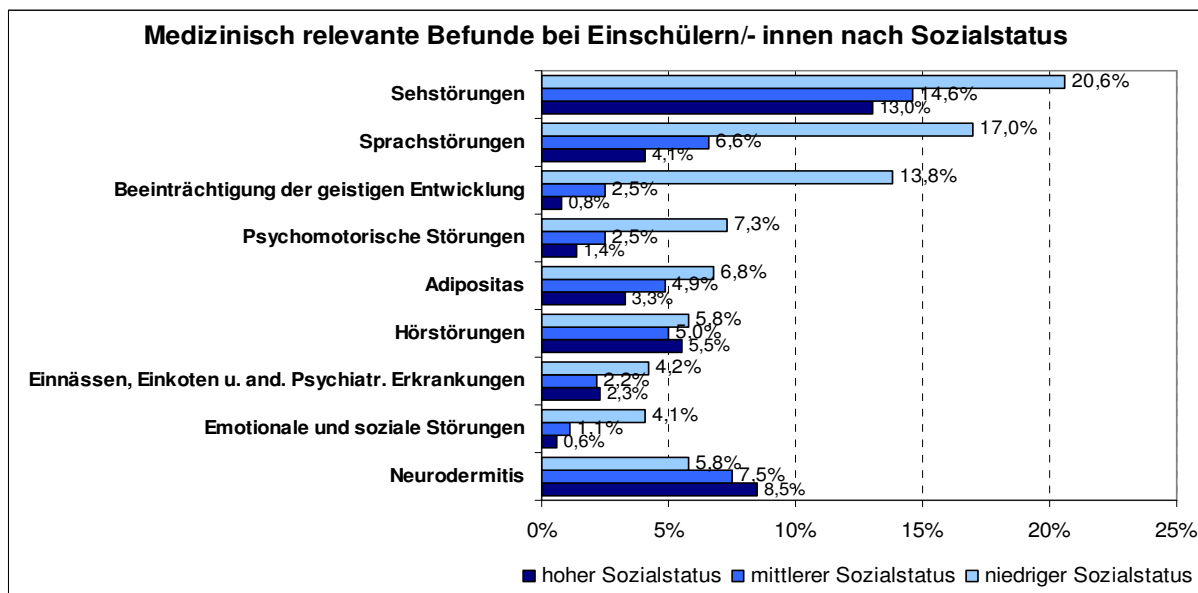
4.9.2 Einschulungsuntersuchungen

Neben den Vorsorgeuntersuchungen geben die Schuleingangsuntersuchungen Auskunft über den Gesundheitszustand von schulpflichtigen Kindern. In Hessen sind die Schuleingangsuntersuchungen (SEU) eine Pflichtaufgabe der Gesundheitsämter. Dabei werden alle Kinder eines Jahrganges vor dem Schuleintritt durch Ärzte bzw. Ärztinnen des Gesundheitsamtes untersucht. In der Regel werden die Kriterien der SEU auf Landesebene durch die zuständigen Fachministerien oder andere Landeseinrichtungen auf der Basis entsprechender Schulgesetze oder Gesundheitsdienstgesetze festgelegt.

Durch die verpflichtende Untersuchung werden auch diejenigen Kinder erreicht, die von ihren Eltern nicht zu den Vorsorgeuntersuchungen beim Kinderarzt gebracht wurden. Ein weiterer Vorteil der Schuleingangsuntersuchungen gegenüber den Vorsorgeuntersuchungen ist, dass bereits eine Standardisierung erfolgt und auch sozialmedizinische Aspekte Berücksichtigung finden. Zu keinem anderen Zeitpunkt werden Kinder so umfassend auf ihren Gesundheitszustand überprüft.

Im Bundesland Brandenburg werden bei den Einschulungsuntersuchungen zusätzlich Angaben zur Schulbildung und zum Erwerbsstatus der Eltern erfasst. Daraus lassen sich Aussagen über den Zusammenhang zwischen der Gesundheit der Kinder und dem Sozialstatus ihrer Eltern treffen.

Bei Kindern aus Elternhäusern mit niedrigem sozialen Status traten häufiger gesundheitliche Beeinträchtigungen auf. Eine einzige Ausnahme stellt der Befund „Neurodermitis“ dar. Dieser Befund erhöhte sich bei Kindern mit steigendem Sozialstatus der Eltern.



Quelle: Lampert/Ziese 2005:147

Die festgestellten Unterschiede der medizinisch relevanten Befunde waren sehr auffällig. Der am häufigsten auftretende Befund, die Sehstörung, wurde bei fast jedem fünften Kind aus einem sozialstatusniedrigen Elternhaus und bei fast jedem achten Kind aus einem statushohen Elternhaus festgestellt.

Kinder aus einem Elternhaus mit einem niedrigen sozialen Status wiesen viermal häufiger Sprachstörungen auf als Kinder aus einem Elternhaus mit hohem Sozialstatus. Bezogen auf

die geistige Entwicklung, war jedes siebte Kind mit niedrigem Sozialstatus beeinträchtigt, dagegen nur jedes 125. Kind mit einem hohen Sozialstatus. Die hier aufgeführten medizinisch relevanten Befunde sind gleichzeitig relevant für die Frühförderung.

Große Abweichungen in Abhängigkeit vom Elternhaus zeigten sich bei den Kindern mit psychomotorischen und emotional-sozialen Beeinträchtigungen und bei Adipositas.

4.9.3 Schuleingangsuntersuchung im Landkreis Darmstadt-Dieburg

Kinder, die eingeschult werden, müssen bestimmte körperliche, geistige, sprachliche und soziale Voraussetzungen mitbringen, um sich im Schulalltag zurechtzufinden. Entwicklungsstörungen können erhebliche Nachteile im Lern- und Leistungsverhalten zur Folge haben, die sich auf die gesamte Schullaufbahn auswirken. Das rechtzeitige Erkennen von Auffälligkeiten und Beeinträchtigungen ist daher im Interesse der betroffenen Kinder von erheblicher Bedeutung und eröffnet ihnen frühzeitig die Chance auf individuelle Hilfen.

Vor Schulbeginn wird mittels der Schuleingangsuntersuchung der Gesundheitszustand der Kinder aus dem Landkreis Darmstadt-Dieburg untersucht. Mit Blick auf die schulischen Anforderungen stellen die Ärzte/-innen des Gesundheitsamtes fest, ob ein Kind ernsten Beeinträchtigungen ausgesetzt ist, für die ein medizinischer Handlungsbedarf besteht bzw. ob und in welcher Weise ein Kind noch individueller Förderung bedarf.

Zu den Befunden mit medizinischem Handlungsbedarf gehören Erkrankungen wie körperliche und seelische Störungen, Entwicklungsverzögerungen und Behinderungen. Im Rahmen dieses Berichtes liegt der Schwerpunkt auf den am häufigsten auftretenden Befunden.

Die Daten der Schuleingangsuntersuchungen für die Jahre 2005 bis 2008 wurden vom Gesundheitsamt für Darmstadt und den Landkreis Darmstadt-Dieburg zur Verfügung gestellt und von der Jugendhilfeplanung des Landkreises erstmals für diesen Sozialbericht ausgewertet.

Die nachfolgend dargestellten Informationen zur Gesundheitssituation der Kinder beziehen sich auf diese Datengrundlage.

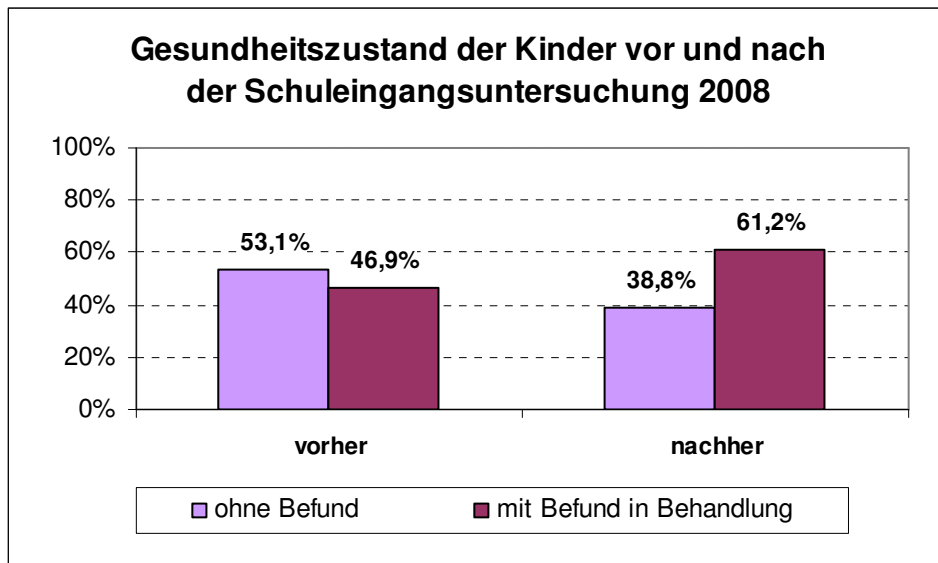
4.9.3.1 Schuleingangsuntersuchung im Kreisgebiet 2008

Im Jahr 2008 nahmen 3.073 Kinder aus dem Landkreis Darmstadt-Dieburg an der medizinischen Schuleingangsuntersuchung teil. Davon waren 1.633 Jungen (53,1%) und 1.440 Mädchen (46,9%).

Alter und Geschlecht der Kinder vor der Einganguntersuchung		
	2008	
Mädchen	1.440	46,9%
davon		
unter 5 Jahren	16	1,1%
5 Jahre	609	42,3%
6 Jahre	768	53,3%
7 Jahre und mehr	47	3,3%
	1.440	100,0%
Jungen	1.633	53,1%
davon		
unter 5 Jahren	8	0,5%
5 Jahre	598	36,6%
6 Jahre	952	58,3%
7 Jahre und mehr	75	4,6%
	1.633	100,0%

Quelle: Gesundheitsamt: Schuleingangsuntersuchung 2008; eigene Berechnungen JHP

Die Altersspanne der untersuchten Kinder reichte von unter fünf Jahren bis über sieben Jahren. Der Großteil der Kinder war im Alter zwischen sechs und sieben Jahren (56,0%) bzw. zwischen fünf und sechs Jahren (39,3%).



Quelle: Gesundheitsamt: Schuleingangsuntersuchung 2008; eigene Berechnungen JHP

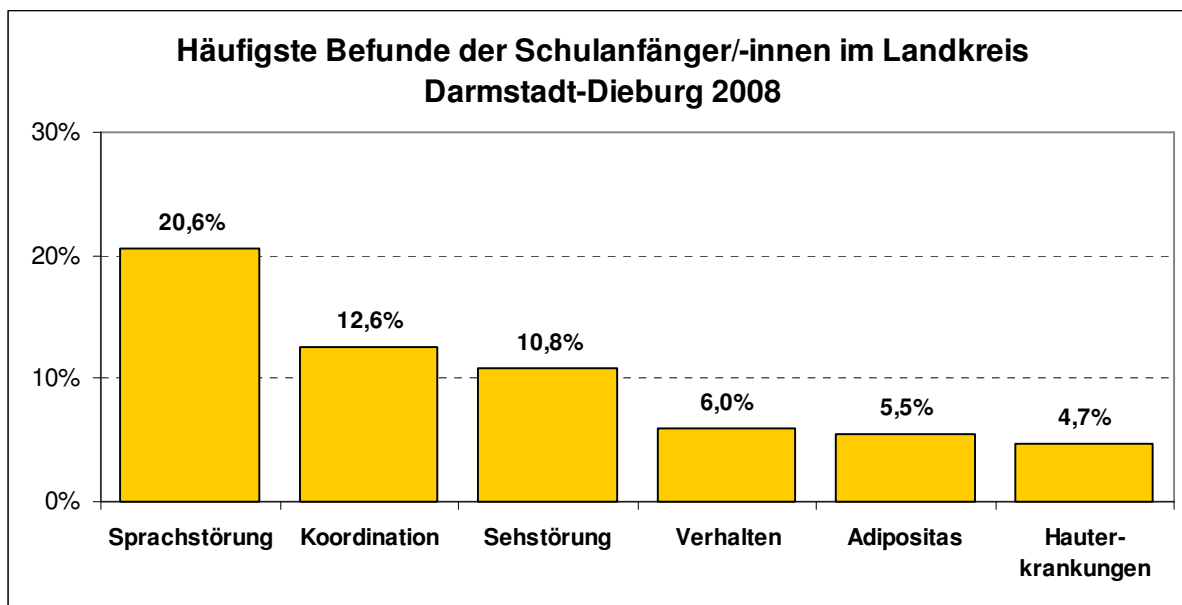
Den Ärzte/-innen des Gesundheitsamtes wurden 53,1% der Kinder ohne Vorerkrankungen (ohne bestätigte Befunde) vorgestellt. Bei 46,9% der Kinder bestanden im Vorfeld gesundheitliche Auffälligkeiten, d.h. ein Befund lag bereits vor. Nach der SEU zeigte sich ein verändertes Verhältnis. Bei 61,2% der Kinder lag nun eine Auffälligkeit zur Abklärung oder ein Befund vor. Nur knapp zwei Viertel der untersuchten Kinder zeigten keinerlei Auffälligkeiten.

4.9.3.2 Häufigste Befunde

Bei der Auswertung der Befunde zeigte sich eine breite Palette von unterschiedlichen Auffälligkeiten oder gesundheitlichen Störungen. Es wird aber sehr deutlich, dass die häufigsten unter den medizinischen Befunden solche sind, die für die Frühförderung eine große Relevanz aufweisen. Vor allem vor dem Hintergrund, dass die Kinder zum Zeitpunkt der Einschulung schon durchschnittlich sechs Jahre alt sind und somit der Zeitpunkt der Früherkennung und Frühförderung, der eher im Alter bis zu fünf Jahren liegt, schon überschritten ist.

Bei 632 Kindern wurde 2008 in der SEU des Landkreises Darmstadt-Dieburg eine Sprachstörung festgestellt. Mit einem Anteil von 20,6% ist das die am häufigsten vorkommende Störung. Sprachstörungen können unter anderen Störungen der Aussprache, Lispeln, Störungen beim Gebrauch der Grammatik oder ein eingeschränktes Sprachverständnis sein.

Mit einem Anteil von 12,6% folgten an zweiter Stelle Kinder mit Koordinationsstörungen. Bei 388 Kindern wurde ein Befund in diesem Bereich ermittelt. Hierbei handelt es sich um motorische Störungen, die z. B. durch Bewegungsmangel (z.B. alle Wege mit dem Auto fahren) oder Spielgewohnheiten (z.B. Computer- bzw. Konsolenspiele) entstehen können.



Quelle: Gesundheitsamt: Schuleingangsuntersuchung 2008; eigene Berechnungen JHP

Bei den Sehstörungen der Kinder handelt es sich beispielsweise um Kurz- bzw. Weitsichtigkeiten, um Schiefelder mit starker Sehbeeinträchtigung eines Auges, um Störungen des räumlichen Sehens oder um Farbfehlsichtigkeiten. Sehstörungen wurden bei insgesamt 332 der untersuchten Kinder im Landkreis festgestellt. Das entspricht einem Anteil von 10,8%.

Bei 184 Kindern aus dem Kreisgebiet wurden Verhaltensauffälligkeiten diagnostiziert. Diese folgten mit 6,0% an vierter Stelle. Verhaltensauffälligkeiten sind überwiegend Auffälligkeiten im Sozialverhalten.

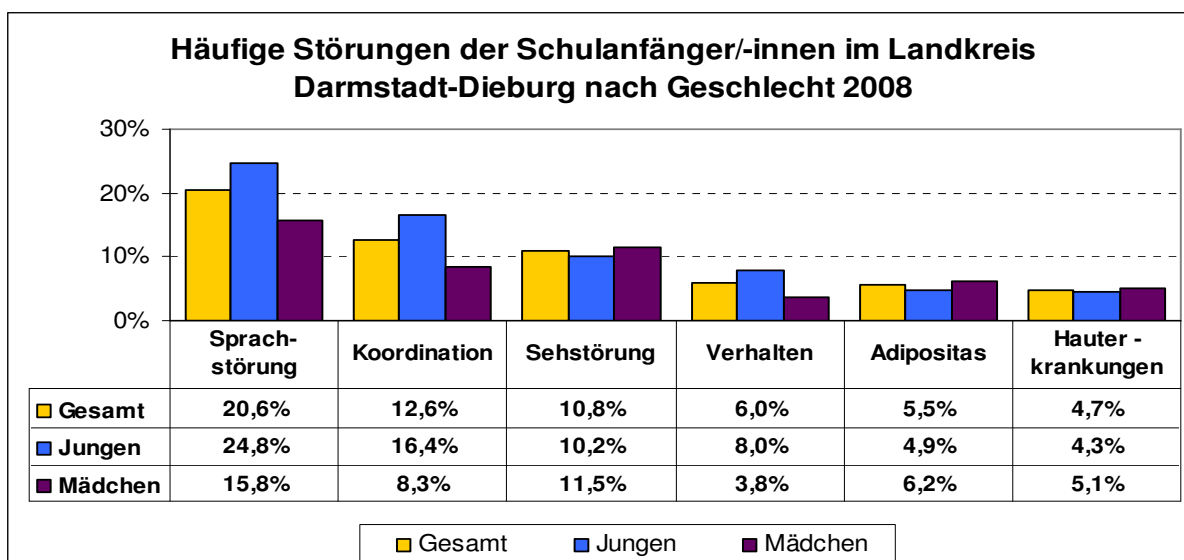
Insgesamt waren 169 untersuchte Kinder aus dem Landkreis stark übergewichtig. Bei Adipositas, d.h. starkem Übergewicht handelt es sich um einen Body-Maß-Index (BMI) von über 30. Dieser errechnet sich aus dem Quotienten vom Gewicht und dem Quadrat der Körpergröße. Der Anteil von 5,5% adipöser Kinder im Landkreis Darmstadt-Dieburg liegt leicht unter dem Bundesdurchschnitt aller Kinder- und Jugendlichen von 6% (vgl. RKI 2006:29).

Übergewicht (BMI von 25 bis 29,9) und Adipositas stellen ein großes gesundheitliches Risiko dar. Übergewicht belastet nicht nur die Knochen, sondern auch die Herz- und Kreislaufsysteme, den Blutzuckerspiegel, die Organe und schließlich auch die Psyche der Kinder. Nach Ergebnissen der Universität Bremen ist in Deutschland gegenwärtig bereits jedes fünfte Kind übergewichtig (vgl. Universität Bremen, Pressemitteilung 124/2009).

An sechster Stelle der Befunde folgten mit einem Anteil von 4,7% Hauterkrankungen. Bei 144 Kindern wurden Hautveränderungen oder Neurodermitis festgestellt.

4.9.3.3 Häufige Befunde nach Geschlecht

Eine Differenzierung nach dem Geschlecht verdeutlicht, dass Jungen deutlich häufiger von Sprach-, Koordinations- sowie Verhaltensstörungen betroffen waren als Mädchen. So wurde bei rund einem Viertel der Jungen, aber nur bei jedem sechsten Mädchen eine Sprachstörung diagnostiziert.



Quelle: Gesundheitsamt: Schuleingangsuntersuchung 2008; eigene Berechnungen JHP

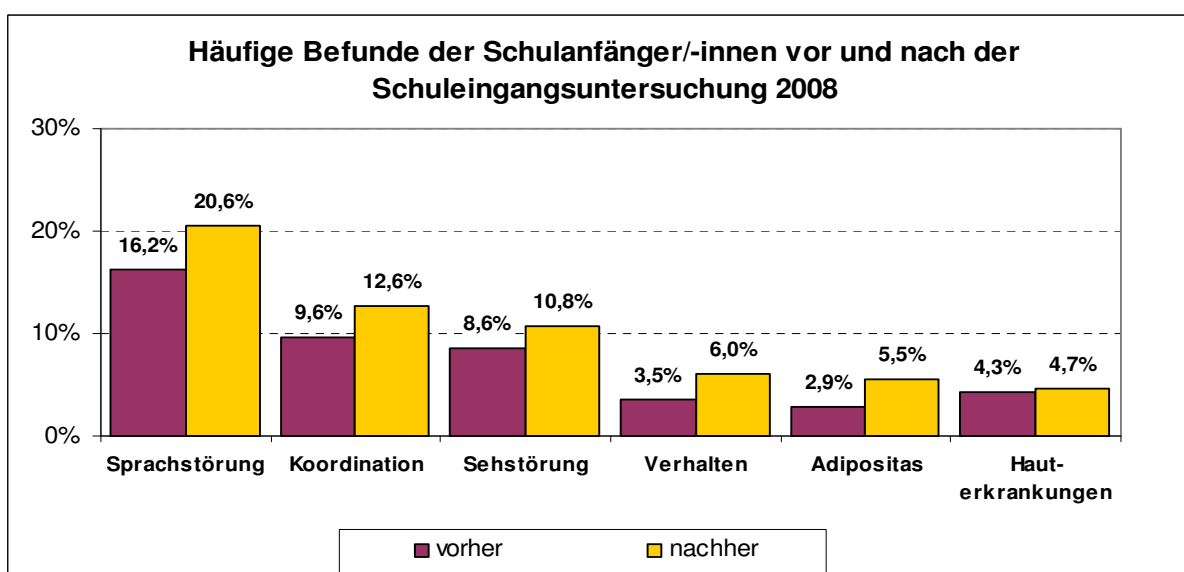
Annähernd doppelt so viele Jungen wie Mädchen wiesen Koordinationsstörungen auf. Zudem zeigten Jungen mehr als doppelt so viele Auffälligkeiten im Sozialverhalten als Mädchen.

Die Befunde „Sehstörung“, „Adipositas“ und „Hauterkrankungen“ traten geringfügig häufiger bei den Mädchen auf als bei den Jungen.

4.9.3.4 Befunde vor und nach der Schuleingangsuntersuchung

Die nachfolgende Übersicht zeigt die festgestellten Befunde vor und nach der Schuleingangsuntersuchung 2008. Viele Auffälligkeiten der Kinder werden bereits vor der SEU von den Eltern, Erzieher/-innen oder Kinderärzte/-innen erkannt und behandelt. Die Auswertung zeigt aber, dass doch viele gesundheitliche Beeinträchtigungen vor der SEU nicht bekannt waren und damit ein Hinweis auf mögliche diagnostische Versäumnisse in der Vergangenheit darstellen.

2008 kamen 16,2% der Kinder mit einer bereits diagnostizierten Sprachstörung zur SEU, die eine Therapie in Form von Logopädie erhielten. In der anschließenden Untersuchung wurde bei weiteren 4,4% der Kinder eine Sprachauffälligkeit oder -störung diagnostiziert, die der weiteren Abklärung oder Behandlung bedurfte.



Quelle: Gesundheitsamt: Schuleingangsuntersuchung 2008; eigene Berechnungen JHP

Mit Ausnahme der „sehr offensichtlichen“ Hauterkrankungen wurden auch Koordinations- und Sehstörungen, Verhaltensauffälligkeiten und Adipositas vor der Schuleingangsuntersuchung nicht angemessen wahrgenommen.

Alle Kinder, bei denen erstmals auffällige Befunde festgestellt wurden, bekamen vom Gesundheitsamt Erstüberweisungen, sogenannte Arztbriefe, zur weiteren Abklärung oder Behandlung ausgestellt.

4.9.3.5 Entwicklung der häufigsten Befunde von 2005 bis 2008

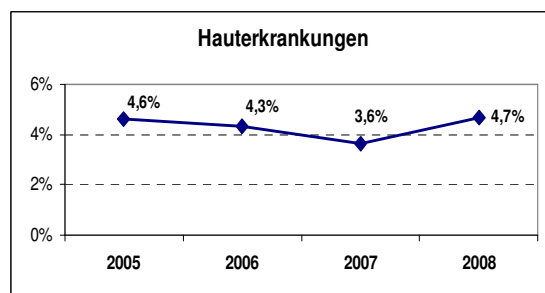
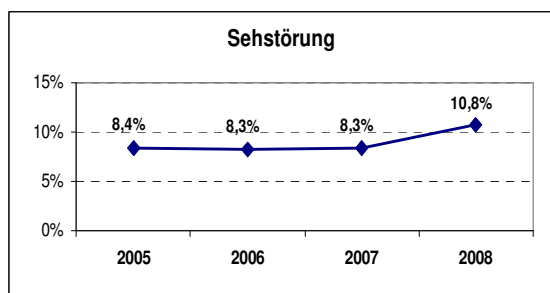
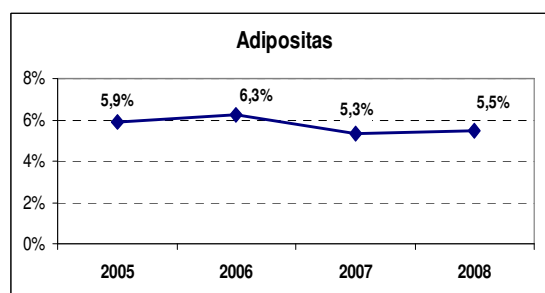
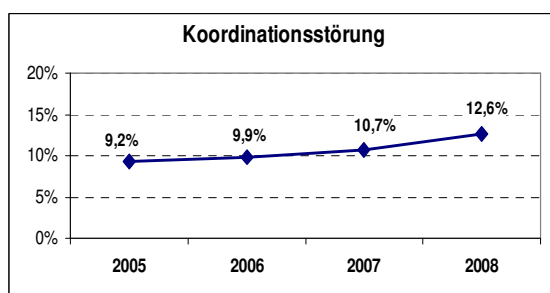
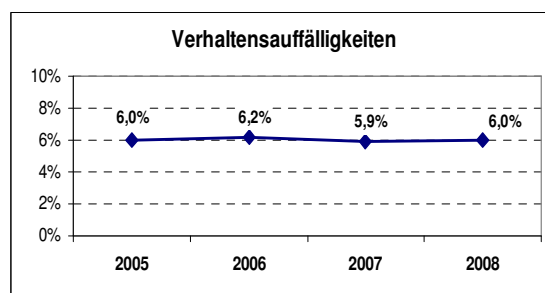
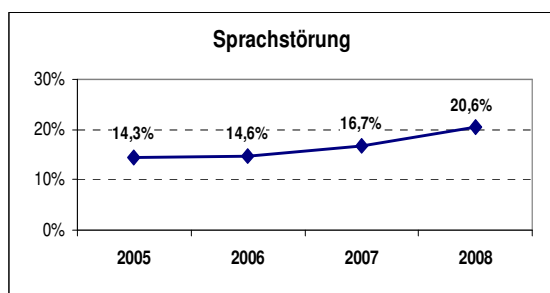
Eine Betrachtung der am häufigsten festgestellten Befunde von 2005 bis 2008, also über die letzten vier Jahre, zeigt unterschiedliche Entwicklungen, d.h. sowohl ein Anstieg als auch ein Rückgang, bezogen auf die einzelnen Befunde.

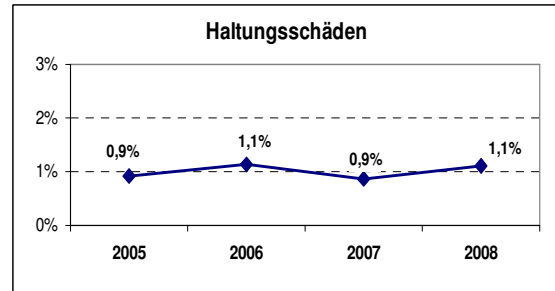
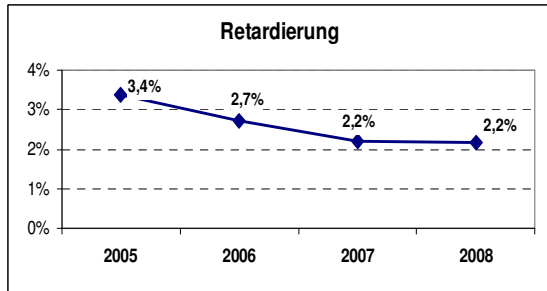
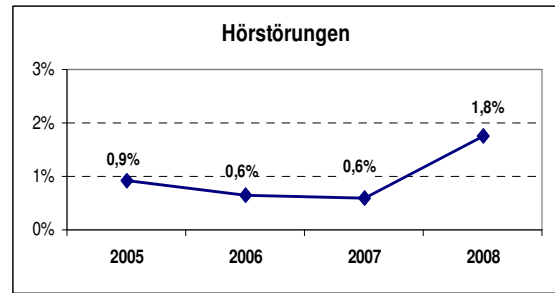
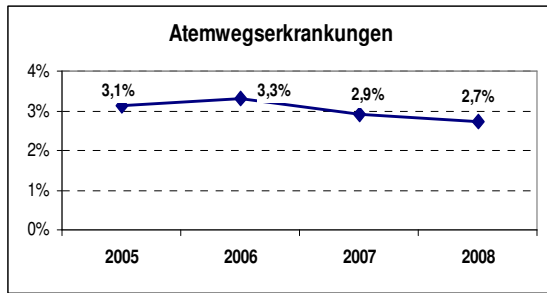
Anstieg der Befunde

Der Anteil der Kinder mit Sprachstörungen nahm deutlich zu und zwar von 14,3% im Jahr 2005 auf 20,6% im Jahr 2008 und damit um 6,6%.

Auch die Koordinations- und Sehstörungen von Kindern haben über den Beobachtungszeitraum zugenommen. Der Anteil der Kinder mit Koordinationsstörungen stieg von 9,2% auf 12,6% und der mit Sehstörungen von 8,4% auf 10,8%.

Im gleichen Zeitraum hat sich der Anteil der Kinder mit Hörstörungen von 0,9% auf 1,8% verdoppelt.





Quelle: Gesundheitsamt: Schuleingangsuntersuchung 2008; eigene Berechnungen JHP

Rückgang der Befunde

Bei dem Befund „Retardierung“ zeigte sich der stärkste Rückgang. Der Anteil der Kinder mit diesem Befund verringerte sich um 1,2%. Als Retardierung wird allgemein die zeitliche Verzögerung eines Ablaufes bezeichnet, in der Medizin die verzögerte körperliche oder geistige Entwicklung eines Menschen.

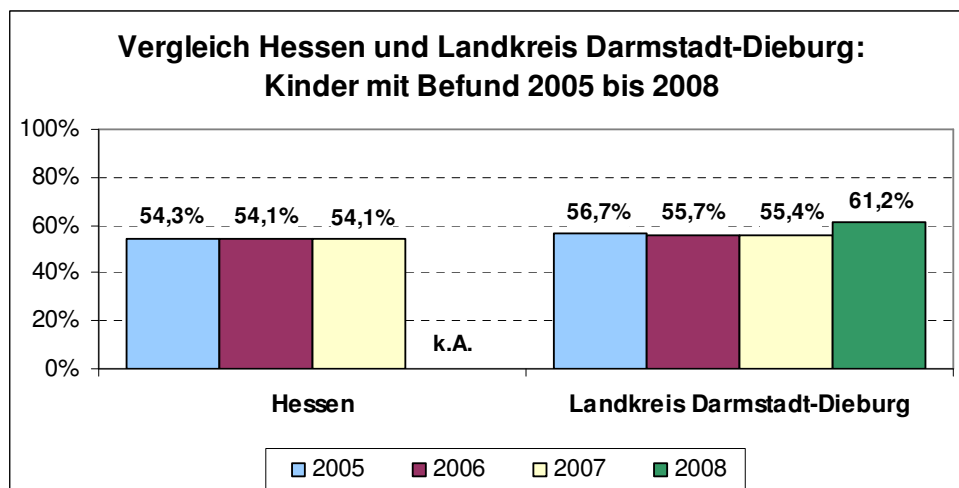
Weiterhin verringerten sich die Anteile der Kinder mit Adipositas und Atemwegserkrankungen im Vergleichszeitraum um jeweils 0,4%.

Beständige Befunde

Bei den Befunden wie Verhaltensauffälligkeiten, Hauterkrankungen sowie Haltungsschäden blieb der Anteil der Kinder im Vergleichszeitraum annähernd konstant.

4.9.3.6 Schuleingangsuntersuchungen im Vergleich

Im Vergleichszeitraum von 2005 bis 2008 lagen die Anteile der Kinder mit medizinisch relevanten Befunden im Landkreis Darmstadt-Dieburg leicht über den entsprechenden Werten in Hessen.



Quelle: HSL 2009; Gesundheitsamt: Schuleingangsuntersuchung 2008; eigene Berechnungen JHP

2008 wurde beim HSL ein Wechsel in der Untersuchungsmethodik vorgenommen. Daher lagen keine Angaben für Hessen vor. Auffällig ist das Jahr 2008, indem sich der Anstieg der Kinder mit Befunden im Kreisgebiet gegenüber den Vorjahren deutlich erhöhte.

4.9.3.7 Schulempfehlung

2008 erhielten 2.716 Kinder aufgrund der Schuleingangsuntersuchung die Schulempfehlung. Das entspricht einem Anteil von 88,4%. Im Vergleich zu 2005 hat dieser Anteil um 1,2% abgenommen.

Wie bereits in den Vorjahren erhielten insgesamt mehr Mädchen (91,7%) als Jungen (85,4%) die schulärztliche Empfehlung zur Beschulung. Der Anteil der Mädchen blieb im Vergleich zu 2005 annähernd gleich. Dagegen nahm der Anteil der Jungen, die eine Einschulungsempfehlung erhielten, um 2,1% ab.

4.9.4 Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung 2008 bezogen auf die Kommunen

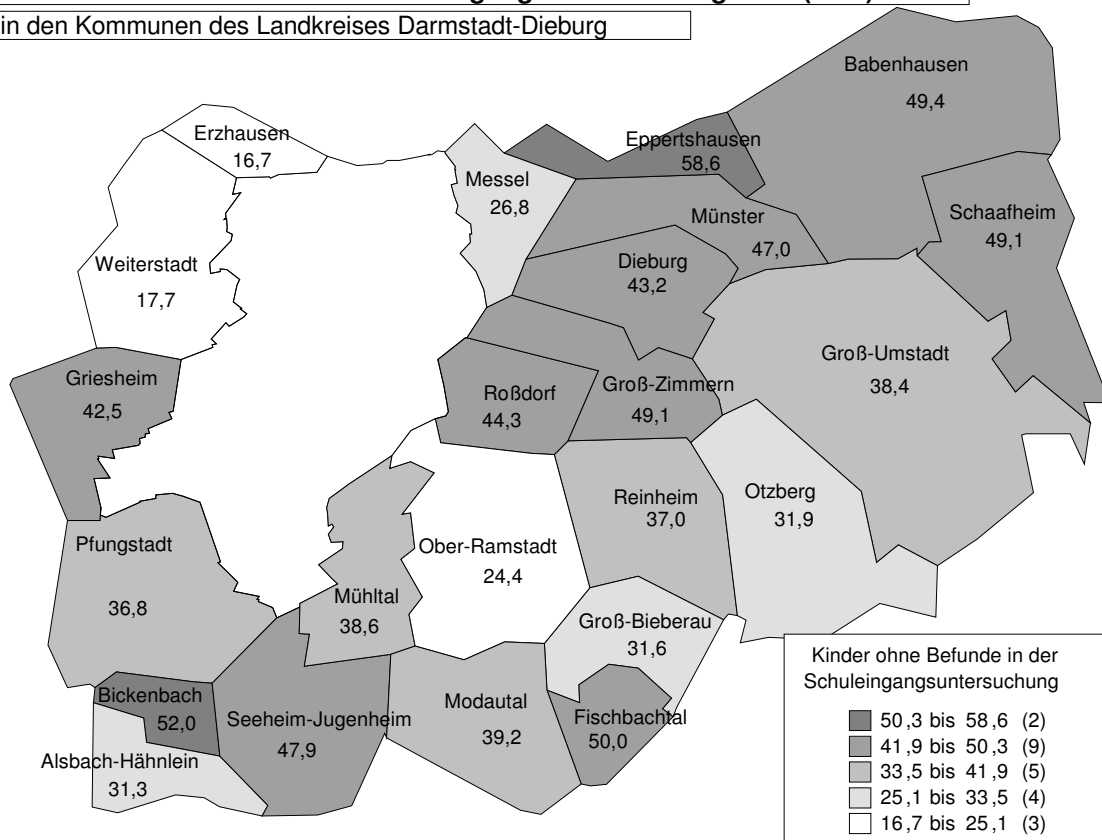
Die zur Verfügung stehenden Daten ermöglichten eine Auswertung auch für die einzelnen Kommunen des Landkreises. Auch hier zeigten die Ergebnisse hinsichtlich der Befunde und dem medizinischen Handlungsbedarf große sozialräumliche Unterschiede.

4.9.4.1 Kinder ohne und mit medizinisch relevanten Befunden

2008 wohnten die meisten Kinder, die in der Schuleingangsuntersuchung ohne auffällige gesundheitliche Befunde getestet wurden, in Eppertshausen und in Bickenbach. In Eppertshausen zeigten 58,6% der untersuchten Kinder keine Auffälligkeiten, d.h. bei 41,4% der Kinder wurden Befunde mit Relevanz festgestellt. Von den untersuchten Kindern in Bickenbach hatten 52,0% keinen Befund.

Kinder ohne Befunde in der Schuleingangsuntersuchung 2008 (in %)

in den Kommunen des Landkreises Darmstadt-Dieburg

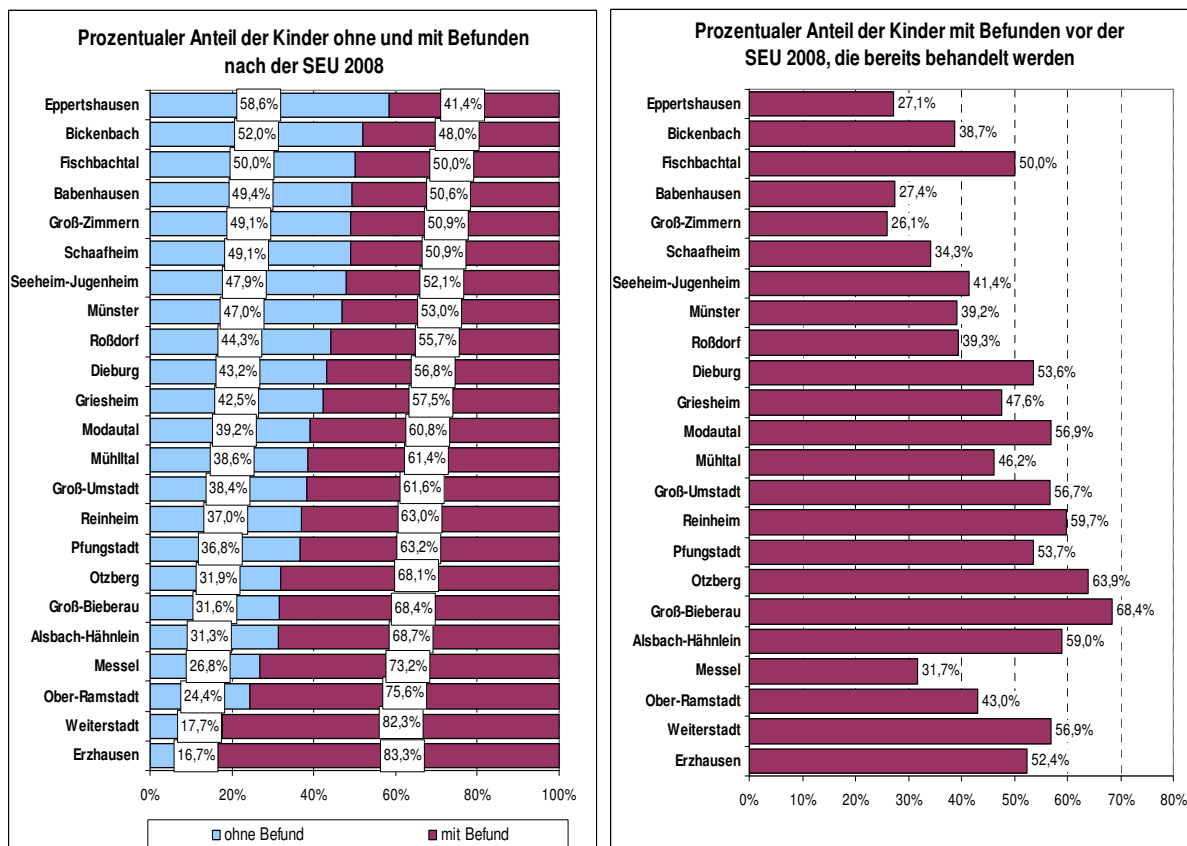


Quelle: Gesundheitsamt: Schuleingangsuntersuchung 2008; eigene Berechnungen JHP

Bereits in Fischbachtal verfügte jedes zweite untersuchte Kind über einen oder mehrere relevante Befunde. In 21 von 23 Kommunen des Landkreises zeigten über die Hälfte der Kinder Auffälligkeiten. In Erzhäusen und Weiterstadt war der Anteil der Kinder ohne Befunde am geringsten und damit der mit relevanten Befunden am höchsten.

Hier muss aber nochmals darauf hingewiesen werden, dass eine Vielzahl dieser medizinisch relevanten Befunde bzw. der Befunde mit Relevanz für die Frühförderung bereits vor der Schuleingangsuntersuchung festgestellt wurden und sich viele Kinder bereits in entsprechender Behandlung befanden.

So wurden beispielsweise in Fischbachtal (50,0%) oder Groß-Bieberau (68,4%) alle diagnostizierten Befunde bereits behandelt.



Quelle: Gesundheitsamt: Schuleingangsuntersuchung 2008; eigene Berechnungen JHP

In Reinheim, Dieburg, Modautal sowie in Otzberg und Groß-Umstadt wurden zwischen 3,2% und 4,9% der Befunde vor der SEU nicht erkannt. Dagegen wiesen in Messel sogar 41,5% der Kinder Befunde auf, die vor der SEU nicht bekannt waren und deshalb noch nicht entsprechend behandelt wurden.

4.9.4.2 Häufigste Befunde

Nachfolgend werden die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung 2008 bezogen auf die Kommunen und die am häufigsten vorgekommenen Befunde dargestellt.

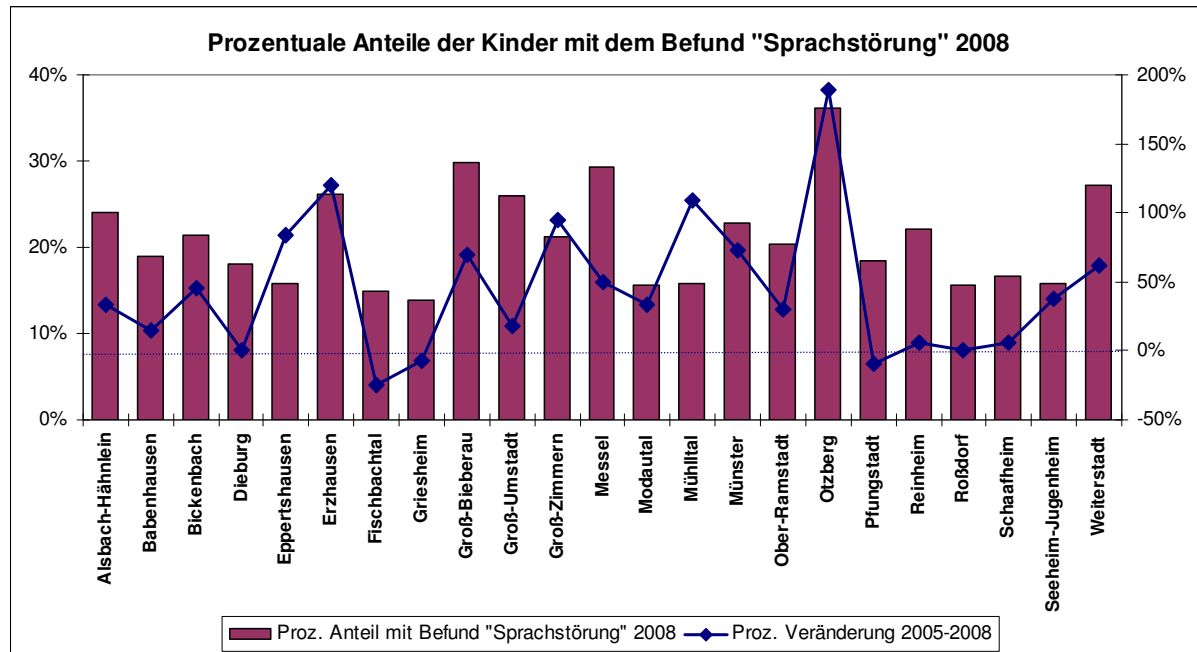
Sprachstörungen

Mit einem Anteil von 20,6% wurden Sprachstörungen bei 632 Einschüler/-innen im Landkreis Darmstadt-Dieburg gefunden.

Ausgehend von allen Kindern, die aus den jeweiligen Kommunen an der SEU 2008 teilnahmen, fanden sich die meisten Kinder mit Sprachstörungen in Otzberg. Hier lag bei mehr als

einem Drittel der untersuchten Otzberger Kinder (36,1%) ein Befund im Bereich Sprachstörung vor. Auch in Groß-Bieberau (29,8%) und Messel (29,3%) finden sich überdurchschnittlich viele Einschüler/-innen mit Sprachstörungen.

Die niedrigsten Anteile an Kindern mit Sprachstörungen fanden sich nach der SEU 2008 in Griesheim (13,9%), Fischbachtal (15,0%) und Roßdorf (15,6%).



Quelle: Gesundheitsamt: Schuleingangsuntersuchung 2008; eigene Berechnungen JHP

Die Entwicklung von 2005 bis 2008 zeigt, dass sich bezogen auf den Befund Sprachstörung die höchsten Zunahmen in Otzberg (+188,9%), Erzhausen (+120,0%) und in Mühlital (+109,1%) fanden. In Dieburg und Roßdorf traten keinen Veränderungen auf.

Dagegen hat der Anteil der Kinder mit einem Befund im Sprachbereich in Fischbachtal (-25,0%), Pfungstadt (-9,1%) und in Griesheim (-7,3%) abgenommen.

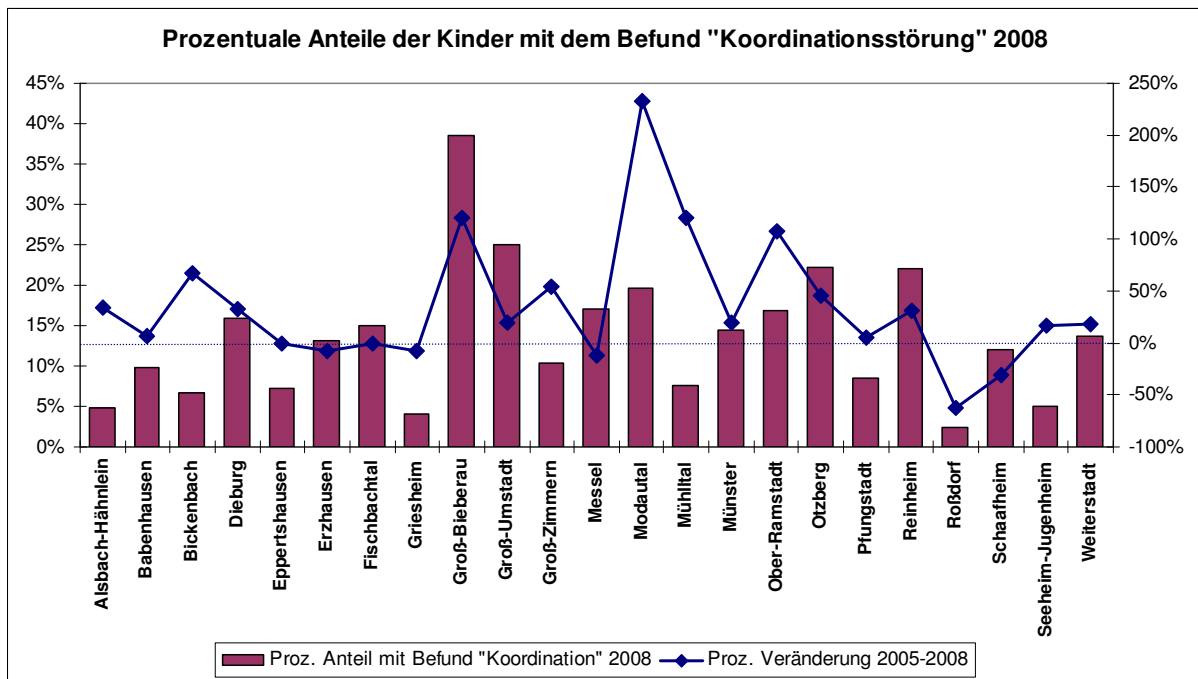
Koordinationsstörungen

2008 standen Kinder mit Koordinationsstörungen mit einem Anteil von 12,6% an zweiter Stelle der am häufigsten auftretenden Befunde.

Ausgehend von diesem Kreisdurchschnittswert und bezogen auf die in der Kommune untersuchten Kinder wurden in Groß-Bieberau die meisten Kinder mit Koordinationsstörungen (38,6%) ermittelt. Überdurchschnittlich hoch war auch der Anteil der Kinder mit diesen Befunden in Groß-Umstadt mit 25,0%, Otzberg (22,2%) und Reinheim (22,1%).

Die geringsten Koordinationsstörungen wiesen untersuchte Kinder aus Roßdorf (2,5%), Griesheim (4,0%) und aus Alsbach-Hähnlein (4,8%) auf.

Von 2005 bis 2008 erhöhte sich in Modautal die Anzahl der Kinder mit Koordinationsstörungen um 233,3%. Überdurchschnittliche Zunahmen verzeichneten auch die Kommunen Mühlital und Groß-Bieberau mit jeweils +120,0%. In Fischbachtal und Eppertshausen zeigten sich keine Veränderungen.



Quelle: Gesundheitsamt : Schuleingangsuntersuchung 2008; eigene Berechnungen JHP

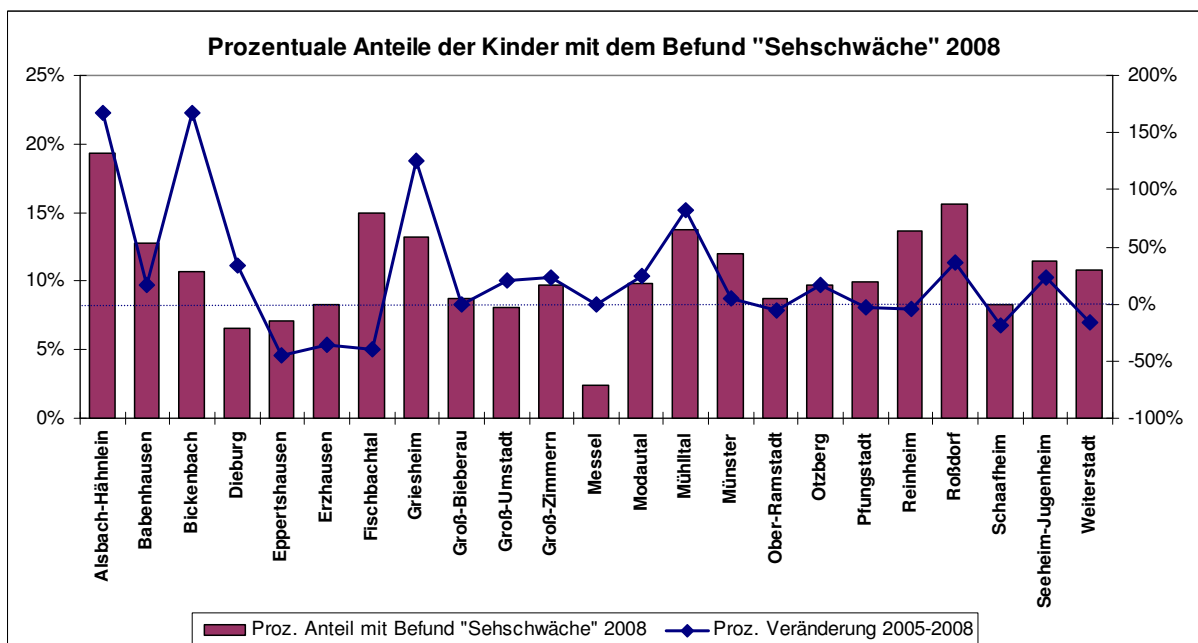
Im gleichen Zeitraum nahm die Anzahl der Einschüler/-innen mit dieser gesundheitlichen Beeinträchtigung in Roßdorf (-62,5%) und Schaafheim (-31,6%) am stärksten ab.

Sehstörungen

2008 wurden kreisweit 332 Sehstörungen festgehalten. Damit war nach der Schuleingangsuntersuchung die Sehstörung mit 10,8% der dritthäufigste Befund.

Während in Alsbach-Hähnlein mit 19,3% der höchste Anteil an Kindern mit Sehstörungen zu finden war, wies Messel mit 2,4% den geringsten auf.

In den letzten vier Jahren erhöhte sich die Zahl der Kinder mit Sehstörungen in Bickenbach und Alsbach-Hähnlein jeweils um 166,7% und in Griesheim um 125,0% erhöht. Die Anzahl der Kinder mit einem Befund im Sehbereich blieb in Messel und Groß-Bieberau konstant.



Quelle: Gesundheitsamt: Schuleingangsuntersuchung 2008; eigene Berechnungen JHP

Dagegen konnten in Eppertshausen (-44,4%), Fischbachtal (-40,0%) sowie in Erzhausen (-36,4%) die größten Rückgänge bei Kindern mit Sehstörungen festgestellt werden.

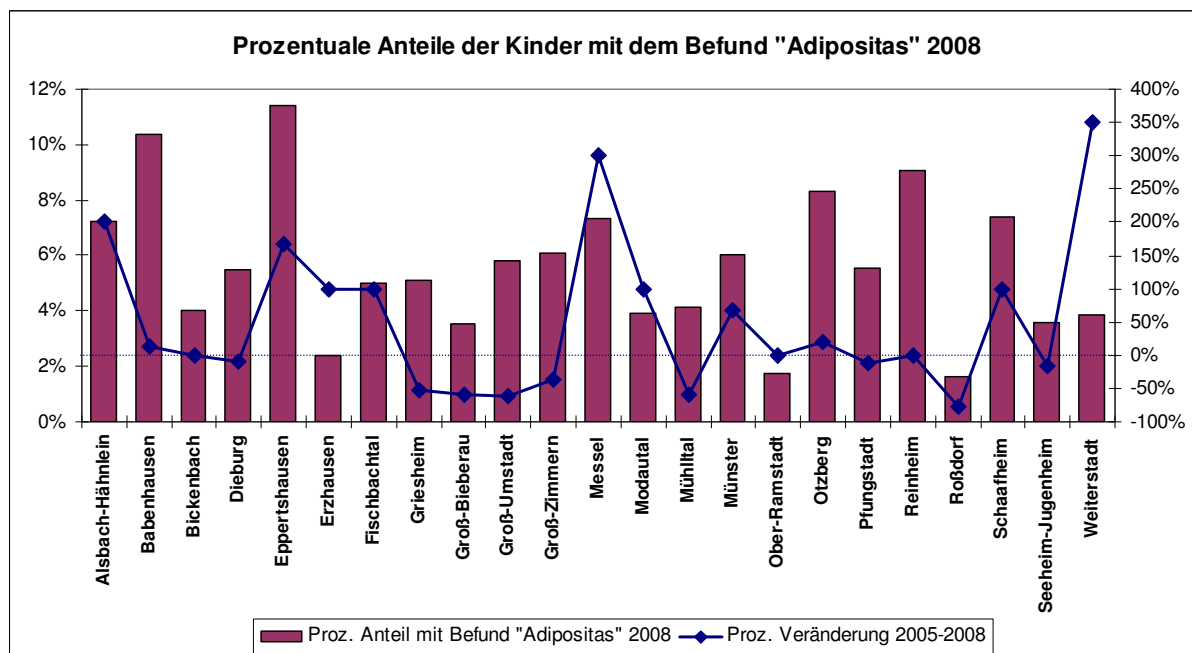
Adipositas

Nach der SEU 2008 wurde für 169 Kinder der Befund „Adipositas“ festgestellt. Damit stand Adipositas mit 5,5% an fünfter Stelle der am häufigsten festgestellten Befunde. Zu berücksichtigen ist hier, dass es noch weitere Kinder mit einem Übergewicht im Bereich BMI>25 gibt, die nicht erfasst wurden.

In Eppertshausen (11,4%) und Babenhausen (10,4%) lebten die meisten Kinder, denen in der Schuleingangsuntersuchung der Befund „Adipositas“ attestiert wurde. Weitere acht Kommunen lagen über dem Durchschnittswert von 5,5%. Dies waren die Kommunen Reinheim (9,1%), Otzberg (8,3%), Schaaflheim (7,4%), Messel (7,3%), Alsbach-Hähnlein (7,2%), Groß-Zimmern (6,1%), Münster (6,0%) und Groß-Umstadt (5,8%).

In Roßdorf (1,6%), Ober-Ramstadt (1,7%) als auch in Erzhausen (2,4%) waren die wenigsten Kinder von Adipositas betroffen.

In mehreren Kommunen zeigten sich sehr deutliche Zunahmen. So hat in Weiterstadt die Anzahl der Kinder mit dem Befund „Adipositas“ seit 2005 um 350,0% von zwei auf neun Kinder zugenommen. 2005 gab es in Messel kein Kind, in 2008 bereits drei Kinder mit Adipositas. In Alsbach-Hähnlein hat sich die Anzahl verdreifacht und in Eppertshausen um 166,7% zugenommen. Eine Verdopplung der Anzahl der Kinder mit diesem Befund fand auch in Schaaflheim, Modautal, Fischbachtal sowie Erzhausen statt.



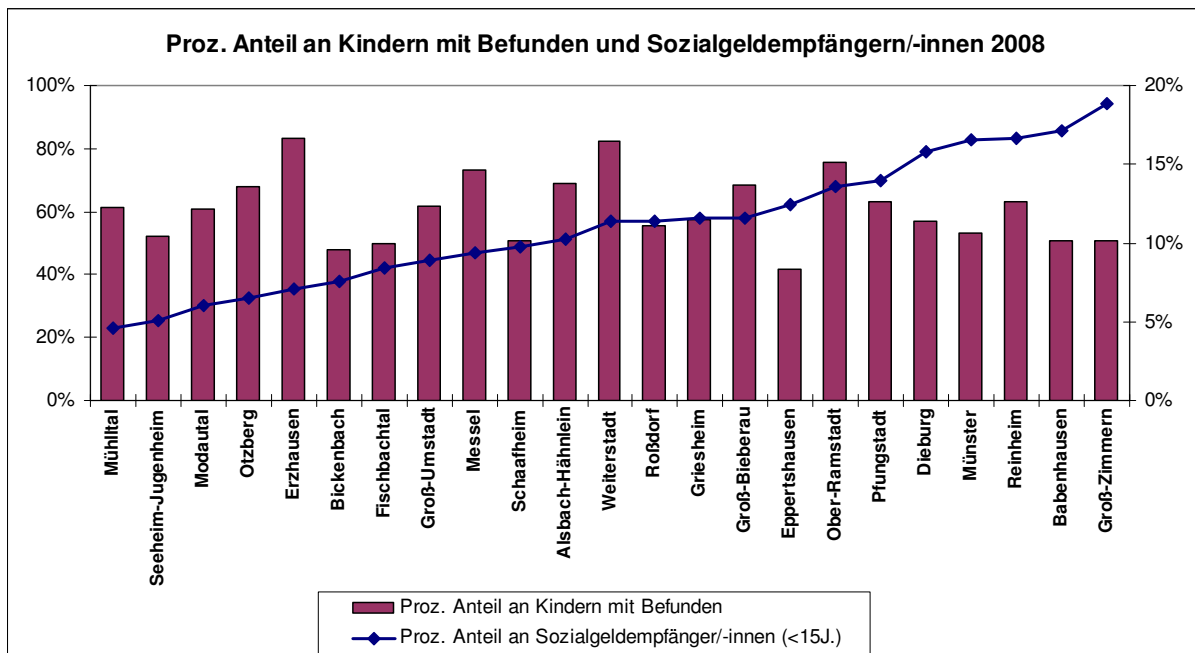
Quelle: Gesundheitsamt für Darmstadt und Landkreis Darmstadt-Dieburg, Schuleingangsuntersuchung 2008; eigene Berechnungen JHP

Trotzdem gab es auch Kommunen, in denen die Kinder mit Adipositas deutlich abnahmen. So in Roßdorf (-77,8%), Groß-Umstadt (-60,6%), Groß-Bieberau und Mühlital (jeweils -60,0%). Keine Veränderungen traten in Reinheim, Ober-Ramstadt und Bickenbach auf.

4.9.4.3 Kinder mit Befunden und Bezug von ALG II

In vergleichbaren Veröffentlichungen von Städten (z.B. Sozialbericht Dortmund 2008) wurde der Zusammenhang zwischen ausgewählten Befunden und dem Anteil der Empfänger/

-innen von Sozialgeld untersucht. Diese Beziehung konnte im Landkreis Darmstadt-Dieburg nicht bestätigt werden.

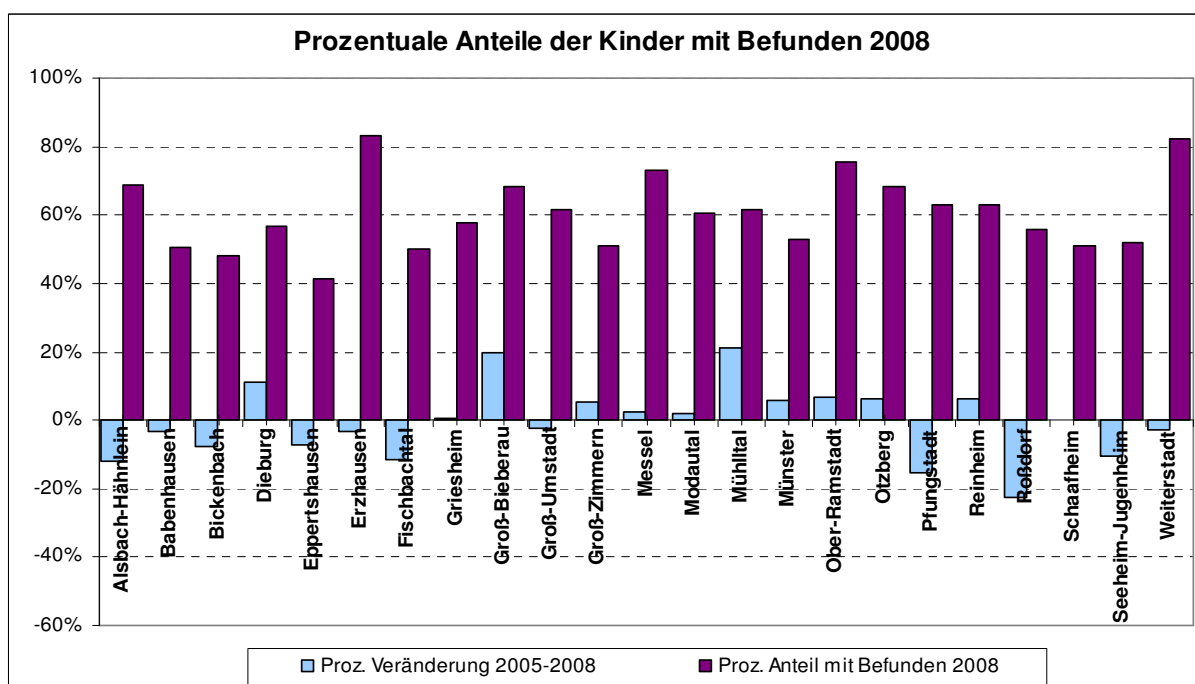


Quelle: Gesundheitsamt: Schuleingangsuntersuchung 2008; eigene Berechnungen JHP

Für Kinder mit Befunden ergab sich im Kreisgebiet keine Korrelation mit den Sozialgeldempfängern/-innen unter 15 Jahren in den Kreiskommunen. Dies ist vermutlich dem Umstand geschuldet, dass im Landkreis Daten nur auf der Ebene der Kommunen zur Verfügung stehen, nicht aber kleinräumiger, auf der Ebene der Orts- oder Stadtteile.

4.9.4.4 Entwicklung der Kinder mit medizinisch relevanten Befunden

Von 2005 bis 2008 veränderten sich die prozentualen Anteile der Kinder mit Befunden in den Kommunen sehr unterschiedlich. Die hier aufgeführten Befunde beinhalten sowohl die im Vorfeld der SEU bereits erkannten Befunde als auch die im Rahmen der SEU neu festgestellten Befunde.



Quelle: Gesundheitsamt: Schuleingangsuntersuchung 2008; eigene Berechnungen JHP

Insgesamt wurden in zehn Kommunen Zunahmen bei den Kindern mit Befunden festgestellt. In Mühlthal (21,0%) und Groß-Bieberau (19,6%) nahm der Anteil der Kinder mit einem Befund im Vergleichszeitraum um ca. ein Fünftel zu. Zunahmen an Kindern mit Befunden verzeichneten auch die Kommunen Dieburg (11,2%), Ober-Ramstadt (6,9%), Otzberg (6,4%) Reinheim (6,2%), Münster (5,9%), Groß-Zimmern (5,1%) sowie Messel (2,6%) und Modautal (2,0%).

Dagegen hat sich der Anteil der Kinder mit relevanten medizinischen Befunden in elf Kommunen verringert. Am stärksten war der Rückgang in Roßdorf (-22,3%). Auch in Pfungstadt (-15,1%), Alsbach-Hähnlein (-11,9%), Fischbachtal (-11,5%), Seeheim-Jugenheim (-10,4%), Bickenbach (-7,7%), Eppertshausen (-7,1%), Erzhausen (-3,4%), Babenhausen (-3,2%), Weiterstadt (-2,8%) und Groß-Umstadt (-2,2%) konnte ein Rückgang des Anteils von Kindern mit Befunden registriert werden.

In den Kommunen Schaafheim (0,0%) und Griesheim (0,3%) blieb der Anteil der Kinder mit Befunden konstant.

4.9.5 Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Schulalter in Hessen

Bundesweit fehlen repräsentative valide Informationen zu allen wesentlichen Bereichen der Kinder- und Jugendgesundheit. Daher wird nachfolgend auf unterschiedlich relevante Datenquellen zurückgegriffen. Diese Daten geben Auskunft zu Teilaspekten oder sind auf bestimmte Altersbereiche und Regionen begrenzt.

4.9.6 Gesundheitsverhalten von Kindern und Jugendlichen

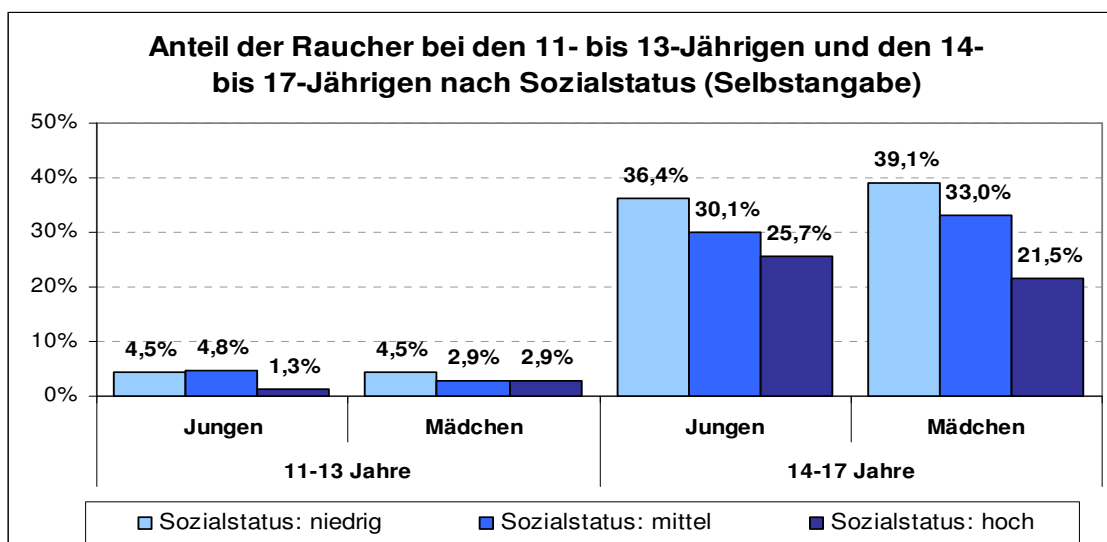
Eltern beeinflussen durch Vorschriften und als Vorbilder die Verhaltensweisen ihrer Kinder. Spätestens im Jugendalter nehmen auch die Freunde und Freundinnen einen Einfluss auf das gesundheitsrelevante Verhalten.

Rauchen

Nach Einschätzung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) sind Jugendliche, die mindestens einmal pro Woche rauchen, als regelmäßige Raucher/-innen einzustufen. Die Ergebnisse einer Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, die im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung des Bundes in Zusammenarbeit mit dem Robert-Koch-Institut (KiGGS) erfolgte, belegen, dass jede/r fünfte Jugendliche im Alter zwischen 11 und 17 Jahren rauchte. Die Mehrzahl der 11- bis 13-jährigen Raucher/-innen griff nur gelegentlich zur Zigarette.

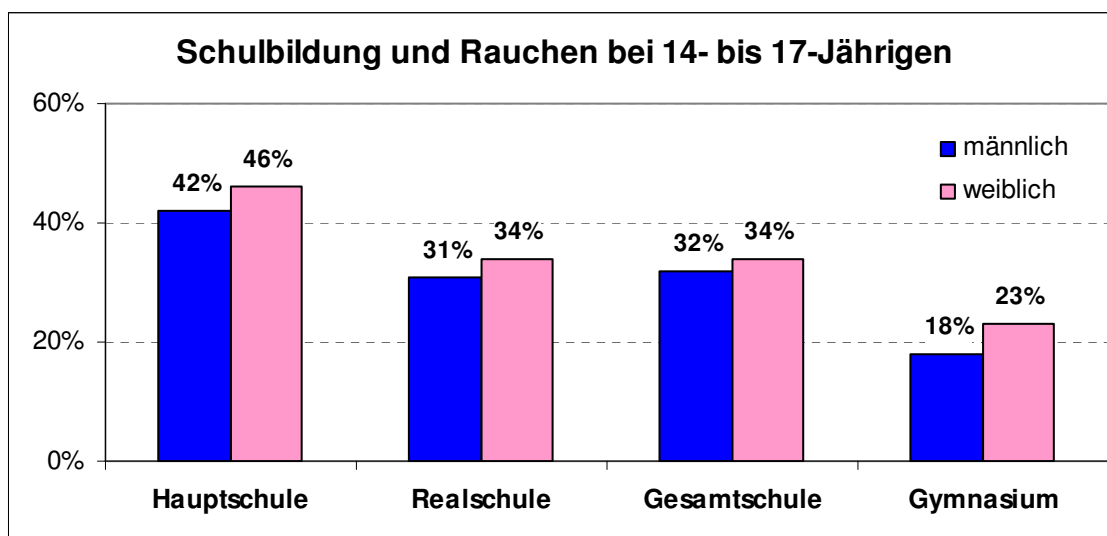
Regelmäßige und starke Raucher/-innen fanden sich dagegen im Alter zwischen 14 und 17 Jahren. Jede/r Vierte dieses Alters rauchte mindestens einmal in der Woche, jede/r Fünfte sogar täglich (RKI 2006:77).

Im Alter von 11 bis 13 Jahren rauchten die Jungen aus der mittleren Sozialschicht am meisten (4,8%). Es folgten die Jungen und Mädchen aus Familien mit einem niedrigen Sozialstatus mit jeweils 4,5%. Die Jungen aus Familien mit einem hohen Sozialstatus rauchten am wenigsten (1,2%). Bei Mädchen mit einem familiären Hintergrund aus der mittleren und oberen Schicht zeigten sich mit jeweils 2,9% keine Unterschiede.



Quelle: RKI 2006:64

Deutlich größere Unterschiede traten bei den 14- bis 17-Jährigen auf. Mädchen mit niedrigem oder mittlerem Sozialstatus rauchten mehr als die Jungen der Vergleichsgruppen. So waren zwei von fünf Mädchen aus Familien mit niedrigem Sozialstatus Raucherinnen, aber nur jeder dritte Junge aus dieser Schicht Raucher. Auch bezogen auf die Mittelschicht rauchten die Mädchen mit 33,0% mehr als die Jungen (30,1%). Nur in der Gruppe mit hohem Sozialstatus rauchten mehr Jungen (25,7%) als Mädchen (21,5%). Die Anzahl der jugendlichen Raucher/-innen nahm mit zunehmendem sozialem Status der Familie ab.



Quelle: Pötschke-Langer et al. 2009:34

Jugendliche Hauptschüler/-innen, aber auch Real- oder Gesamtschüler/-innen hatten ein deutlich höheres Risiko zu rauchen als Gleichaltrige, die ein Gymnasium besuchten. Bei Hauptschüler/-innen war der Anteil an Raucher/-innen doppelt so hoch wie bei Gymnasiast/-innen. Insgesamt rauchten mehr Mädchen als Jungen, unabhängig vom gewählten Schultyp (vgl. Pötschke-Langer et al. 2009:78).

Das Risiko zu rauchen erhöhte sich, wenn Eltern oder Freunde/Freundinnen rauchten. So lag das Risiko zum Raucher bzw. zur Raucherin zu werden um 7,7-mal höher, wenn die Freunde bzw. die Freundinnen rauchten (vgl. ebda:79). Festgestellt wurde auch, dass Jugendliche ohne Migrationshintergrund öfter rauchen als Jungen und Mädchen mit Migrationshintergrund.

Bezogen auf das Rauchverhalten beabsichtigte ein Viertel der 12- bis 19-jährigen Raucher/-innen, in den nächsten 30 Tagen (nach der Befragung) mit dem Rauchen aufzuhören. Weitere 35% der Befragten wollten diesen Vorsatz in den kommenden sechs Monaten umsetzen. Der größte Anteil der jungen Raucher/-innen, die mit dem Rauchen aufhören wollte, setzte sich aus Kindern und Jugendlichen zusammen, die gerade mit dem Rauchen begonnen hatten (vgl. ebda:79).

Alkoholkonsum

Unter Jugendlichen hat sich das Einstiegsalter für regelmäßigen Alkoholkonsum in den vergangenen 30 Jahren kontinuierlich verringert. Dies ist von Bedeutung, weil Konsumverhalten schon im Jugendalter angelegt wird. Darüber hinaus sind Jugendliche anfälliger gegen alkoholbedingte gesundheitliche Risiken als Erwachsene. Der Einstieg in den Alkoholkonsum erfolgt oft schon vor dem 14. Lebensjahr (vgl. Hurrelmann 2003).

So hat von 2004 bis 2007 die durchschnittliche Menge des konsumierten Alkohols bei den 12- bis 17-Jährigen von 44,2 Gramm Reinalkohol über 34,1 Gramm in 2005 auf 50,4 Gramm pro Woche zugenommen. Fast zwei Drittel der Befragten im Alter zwischen 11 und 17 Jahren gaben an, in ihrem bisherigen Leben schon mindestens einmal Alkohol getrunken zu haben. Beunruhigend an den Ergebnissen ist, dass schon 11-, 12- oder 13-Jährige regelmäßig, d.h. mindestens einmal pro Woche, Alkohol trinken (vgl. RKI 2008:71f).

Wie verschiedene deutsche Studien (u.a. Lampert 2007, BZgA 2007) zum Alkoholkonsum von Kindern und Jugendlichen bestätigen, ist Bier das von 11- bis 17-Jährigen, vor allem von männlichen Jugendlichen, am häufigsten konsumierte alkoholische Getränk.

Mit zunehmendem Alter steigt der Alkoholkonsum an. So wird die Menge des konsumierten Alkohols bei Jugendlichen im Alter von 16 bis 17 Jahren schon als gesundheitsriskant eingeschätzt. Im Alter von 16 bis 17 Jahren sind ca. 4% der Jugendlichen als alkoholabhängig einzustufen.

Vor allem männliche Jugendliche sind hier besonders gefährdet. Nur bei ihnen findet sich auch ein Zusammenhang mit dem besuchten Schultyp. So tranken Haupt- und Realschüler mehr Alkohol als Schüler eines Gymnasiums. Der soziale Status der Familie wirkt sich nicht auf das Trinkverhalten aus (vgl. RKI 2008:72).

Sportliche Betätigung

Regelmäßiger Sport fördert die allgemeine Fitness und wirkt sich positiv auf die motorische Leistungsfähigkeit von Kindern und Jugendlichen aus. Dadurch können Übergewicht und mögliche Folgeerkrankungen vermieden werden. Obwohl Kinder einen natürlichen Bewegungsdrang besitzen, spielt Sport in ihrem täglichen Leben eine immer geringere Rolle. Viele Kinder werden mit dem Auto zum Kindergarten oder zur Schule, ja sogar zum Sportverein gefahren und danach wieder abgeholt. Immer mehr Kinder sitzen immer häufiger vor dem Fernseher oder spielen Computer- oder Konsolenspiele. Auch hier ist der familiäre Hintergrund der Kinder und Jugendlichen entscheidend.

Nach der bundesweiten Kinder- und Jugendstudie (KiGGS) von 2006 waren 75,0% der 3- bis 10-Jährigen mindestens einmal pro Woche sportlich aktiv. Mehr als ein Drittel der Kinder betrieben sogar mindestens dreimal wöchentlich Sport.

Bei den Jugendlichen war die Teilnahme am Sport deutlich höher. 89,9% der Jungen und 78,5% der Mädchen zwischen 11 und 17 Jahren gaben an, mindestens einmal pro Woche Sport zu treiben. Fast zwei Drittel der Jungen (64,7%) und 43,7% der Mädchen waren in ihrer Freizeit mehr als dreimal pro Woche körperlich-sportlich aktiv (vgl. RKI 2008:65f).

Die Studie bestätigt auch, dass Kinder und Jugendliche aus Familien mit einem niedrigen Sozialstatus eher sportlich inaktiv als Kinder der Vergleichsgruppe mit hohem Sozialstatus waren. Ergänzend dazu belegen viele Sozialberichte von Städten (z.B. Wiesbaden und Augsburg), dass arme Kinder auch viel seltener einem Sportverein angehören. Das Geld der Familien reiche oft nicht aus, den Mitgliedsbeitrag für den Verein aufzubringen, auch wenn die Beiträge häufig sehr niedrig sind.

Kinder aus der Mittelschicht waren ebenfalls weniger sportlich aktiv als die Gleichaltrigen aus Familien mit einem hohen Sozialstatus. Ferner wirkte sich auch der Migrationshintergrund negativ auf das sportliche Gesundheitsverhalten aus (vgl. RKI 2008:67f).

Ernährung

Die Ernährung von Kindern und Jugendlichen spielt bezogen auf die Gesundheit aus mehreren Gründen eine besondere Rolle. Kinder und Jugendliche weisen einen höheren Bedarf an Nährstoffen (bezogen auf ein Kilo Körpergewicht) auf als Erwachsene (vgl. Kersting 1999). Sie sind auf die Versorgung durch andere, in der Regel die Eltern oder öffentliche Einrichtungen, angewiesen. Darüber hinaus prägt das erworbene Essverhalten oftmals lebenslange Essgewohnheiten, die für Gesundheit und Krankheit mitbestimmend sind.

Gerade im Kindesalter wirken sich Fehl- und Mangelernährung auf den Gesundheitszustand entscheidend aus und führen im Erwachsenenalter zu Spätfolgen wie Diabetes mellitus und Herz-Kreislauf-Erkrankungen.

Verschiedene Studien geben Hinweise darauf, dass sich vor allem Heranwachsende aus Familien mit niedrigem Sozialstatus schlechter ernähren als gut situierte Gleichaltrige (vgl. z.B. Armingeon 2002 und Donath 2007). Die Ergebnisse der KiGGS belegen, dass ein niedriger sozioökonomischer Status bei Kindern und Jugendlichen mit einem generell ungünstigeren Ernährungsmuster einhergeht.

So werden in Familien mit einem niedrigen sozialen Status kaum Vollkornprodukte und weniger frisches Obst und Gemüse sowie Salat und Rohkost verzehrt als in Familien mit höherem Sozialstatus. Auch essen Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Gruppen größere Mengen Fast-Food-Produkte, Limonaden, Weißbrote, Wurst- und Fleischwaren sowie zuckerreiche Lebensmittel. Diese Unterschiede zwischen niedriger und hoher Statusgruppe sind alters- und geschlechtsunabhängig (vgl. RKI 2008:104).

Auch bei einer Befragung von 100 Ulmer Sozialhilfeempfängern/-innen zeigte sich, dass die Bewältigung von Alltagsproblemen Vorrang vor gesunder Ernährung hat. Häufig kauften Mütter ihren Kindern Süßigkeiten, um die Probleme und Auswirkungen von Armut für ihre Kinder ein wenig abzumildern (vgl. Lenzen 2007).

Dass der Einkauf von gesunden Lebensmitteln auch eine Frage des Geldes ist, veranschaulichen Ergebnisse eines Experimentes des Magazins „Planet Wissen“. Sie stellten fest, dass eine Mutter mit einem 10-jährigen Kind für eine gesunde Ernährung mindestens 10 Euro täglich benötigt. Einer alleinerziehenden ALG II-Empfängerin stehen aber für sich und ihr zehnjähriges Kind nur ca. 7 Euro pro Tag für Lebensmittel zur Verfügung.

Übergewicht

Nach Angaben der KiGGS-Studie waren 2006 in Deutschland insgesamt 15% der Kinder und Jugendlichen von 3 bis 17 Jahren übergewichtig. Mehr als ein Drittel von ihnen (6,3%) litt unter Adipositas. Mit zunehmendem Lebensalter erhöhte sich auch der Anteil der Übergewichtigen.

Waren von den 3- bis 6-Jährigen erst 9% übergewichtig, waren es bei den 7- bis 10-Jährigen schon 15% und bei den 14- bis 17-Jährigen bereits 17%. Dies traf auch auf Kinder und

Jugendliche mit Adipositas zu. 2006 waren 2,9% der 3- bis 6-Jährigen adipös, schon 6,4% der 7- bis 10-Jährigen und 8,5% der 14- bis 17-Jährigen.

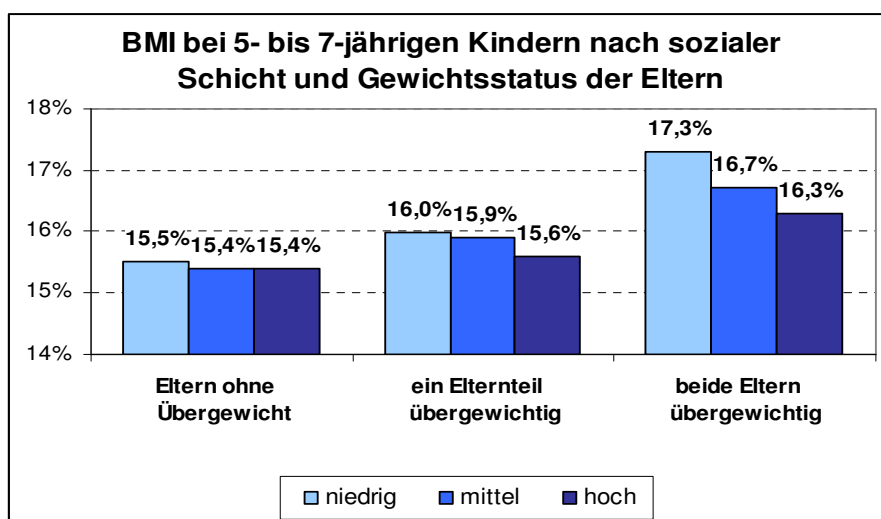
Die KiGGS-Daten zeigen auch, dass bei Kindern mit Migrationshintergrund häufiger Übergewicht und Adipositas auftraten als bei den übrigen Gleichaltrigen (vgl. RKI 2008:42).

Wie die Entwicklung zeigt, hat sich der Anteil an Übergewichtigen im Vergleich zur Referenzpopulation aus den 1980er- und 1990er-Jahren bei den 14- bis 17-Jährigen verdoppelt und der Anteil der adipösen Jugendlichen sogar verdreifacht (vgl. ebda).

Als Einflussfaktoren und Risikofaktoren für Übergewicht und Adipositas werden neben dem Migrationshintergrund, vor allem der soziale Status, das elterliche Übergewicht und der besuchte Schultyp genannt.

Schon 2002 stellten Langnäse u.a. in ihrer Untersuchung zu Armut und Gesundheit fest, dass ein niedriger Sozialstatus das Risiko für Übergewicht erhöht. Die Ergebnisse der KiGGS-Studie belegen, je niedriger der soziale Status ist, desto häufiger treten Übergewicht und Adipositas auf.

So wurde ermittelt, dass mit zunehmendem sozialen Status seltener Übergewicht und Adipositas auftraten. Bei Mädchen war dieser Zusammenhang stärker ausgeprägt als bei Jungen. 15% der 14- bis 17-jährigen Mädchen aus sozial benachteiligten Familien waren adipös. Der Anteil war dreimal höher als bei den gleichaltrigen Mädchen aus Familien mit einem hohen sozialen Status.



Quelle: vgl. Langnäse u.a. 2002:566

Unabhängig vom sozialen Status tritt bei ca. 15,4% der 5- bis 7-jährigen Kinder, deren Eltern normalgewichtig sind, Übergewicht auf. Bei Kindern, deren Eltern beide übergewichtig sind, besteht zwischen der niedrigsten und höchsten sozialen Schicht ein Unterschied von 1%. Insgesamt sind 17,3% der Kinder aus der sozial niedrigsten Schicht übergewichtig und nur 16,3% aus der höchsten.

Weiterhin hat der besuchte Schultyp Einfluss auf das Risiko für Übergewicht. Das größte Risiko trugen Hauptschüler/-innen. Das Risiko übergewichtig oder adipös zu werden lag 2,5-mal höher als bei den Gymnasiast/-innen. Das Risiko der Grund-, Gesamt-, Förder- oder Sonderschüler/-innen war 2,2-mal höher als bei Gymnasiast/-innen. Bei den Realschüler/-innen war das Risiko gegenüber der gymnasialen Vergleichsgruppe um 1,5 erhöht (vgl. ebda:42ff).

Auch die hessischen Ergebnisse der „Health Behaviour in School-aged Children“ Studie von 2006 bestätigten den Zusammenhang zwischen dem Gewicht und dem besuchten Schultyp.

Auch hier fanden sich die wenigsten übergewichtigen Kinder und Jugendlichen unter den Gymnasiast/-innen mit 5%. Dagegen wurde bei 9% der Hauptschüler/-innen Übergewicht festgestellt.

Als weitere Risikofaktoren für Übergewicht und Adipositas wurden im Rahmen der KiGGS-Studie ein hohes Geburtsgewicht, Rauchen der Eltern, wenig körperliche Aktivitäten, lange Zeiten vor Computer oder Fernseher, fehlende Betreuung nach der Schule und niedriger familiärer Zusammenhalt aufgeführt.

4.9.6.6 Mund- und Zahnhygiene

In der Deutschen Mundgesundheitsstudie von 1997 wurde ein Zusammenhang zwischen dem Schulabschluss der Eltern und dem Kariesbefall der Zähne festgestellt. Kinder, deren Eltern über einen Hauptschul- oder keinen Schulabschluss verfügten, wiesen einen höheren Kariesbefall auf als Kinder, deren Eltern ein Fach- oder allgemeines Abitur besaßen. Der höchste Kariesbefall wurde bei Kindern festgestellt, deren Eltern einen mittleren Schulabschluss gemacht hatten (vgl. Lampert/Ziese 2005:151).

Die Mund- und Zahngesundheit hängt in großem Maße von der Zahnpflege der Kinder und Jugendlichen ab. In der HBSC-Studie wurde festgestellt, dass Kinder aus ärmeren Familien, eine schlechtere Zahnhygiene betrieben und sich seltener oder nie die Zähne putzten, als Kinder aus wohlhabenden Familien.

Mädchen aus ärmeren Familien vernachlässigten die Zahnpflege mehr als doppelt so oft als Mädchen aus Wohlstandsfamilien. Bei Jungen war das Verhältnis 1,6 zu 1. Unterschiede zeigten sich auch hinsichtlich der besuchten Schulform. Gymnasiast/-innen pflegten ihre Zähne besser als Haupt- oder Realschüler/-innen (vgl. ebda:156).

4.9.7 Selbsteinschätzung der Gesundheit

Über die Gesundheit von Schülerinnen und Schülern in Hessen geben die Studien der „Health Behaviour in School-aged Children“ (HBSC) Aufschluss. Die HBSC ist eine internationale vergleichende Kinder- und Jugendgesundheitsstudie, die unter der Schirmherrschaft der Weltgesundheitsorganisation (WHO) alle 4 Jahre durchgeführt wird. Ziel der Studie ist es, mittels eines Fragebogens die Beziehung zwischen dem Gesundheitsverhalten und der subjektiv empfundenen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Alter von 11 bis 15 Jahren zu untersuchen. Die Untersuchung liefert daher auf Basis der Selbsteinschätzung ein weitreichendes Bild der aktuellen gesundheitlichen und sozialen Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen.

Die HBSC Studie gibt nicht nur Auskunft über die Gesundheit und das gesundheitsrelevante Verhalten der Kinder und Jugendlichen, auch die personalen und sozialen Rahmenbedingungen, die die Gesundheit und eine gesunde Entwicklung positiv oder negativ beeinflussen, werden untersucht. Hieraus sollen Ansatzpunkte für Prävention und Gesundheitsförderung identifiziert werden. Besonderes Augenmerk liegt auf dem schulischen Kontext, da ganze Schulklassen befragt werden.

Die Studie wird seit 1982 in einer ständig wachsenden Zahl von Ländern durchgeführt. 2006 nehmen insgesamt 41 Länder aus Europa und Nordamerika teil. In Deutschland sind die Bundesländer Berlin, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen beteiligt.

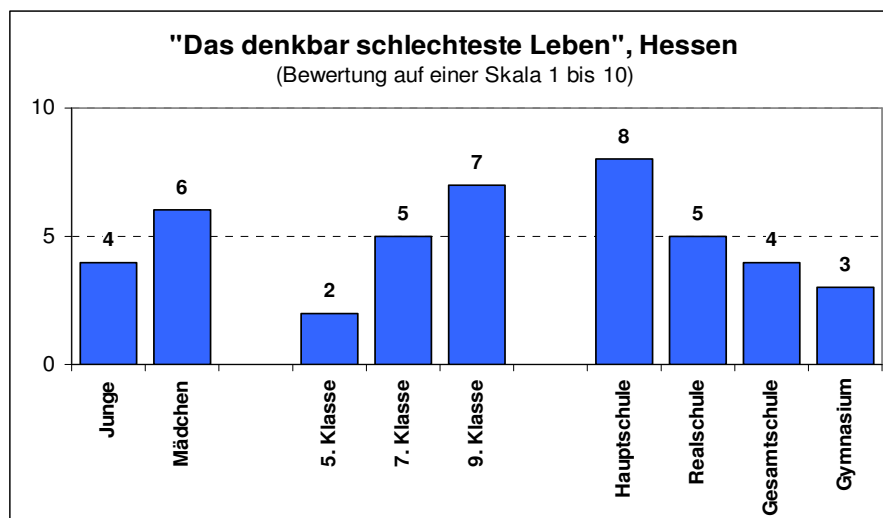
Nachfolgend werden die wichtigsten Ergebnisse der zweiten HBSC-Jugendgesundheitsstudie dargestellt, die 2006 von der Fachhochschule Frankfurt mit insgesamt 2.929 Schülern und Schülerinnen an allgemeinbildenden Schulen in Hessen durchgeführt wurde. Zum ersten Mal fand sie im Jahre 2002 statt. Beide Studien beziehen sich ausschließlich auf die Auswertungen in Hessen und sind deshalb nicht repräsentativ für das gesamte Bundesgebiet,

können aber als strukturtypisches Abbild großer Flächenländer in Westdeutschland gesehen werden.

4.9.7.1 Beurteilung der eigenen Gesundheit

Von den befragten 11- bis 15-jährigen Schüler/-innen beschrieb jede/r dritte Befragte (36,1%) den eigenen Gesundheitszustand als „ausgezeichnet“. Mehr als die Hälfte der Kinder und Jugendlichen (51,6%) bezeichnete ihn als „gut“. Von den befragten Schüler/-innen beurteilten 10,9% ihren Gesundheitszustand als „einigermaßen“ und 1,4% als „schlecht“. Insgesamt beurteilten Mädchen ihren gesundheitlichen Zustand schlechter als Jungen. Nur ein Drittel der befragten Mädchen (37,6%) sagte aus, einen ausgezeichneten Gesundheitszustand zu haben. Gleiches wurde aber von fast zwei Drittel der Jungen (62,4%) ausgesagt (vgl. Fachhochschule Frankfurt HBSC 2006).

Das denkbar „beste oder schlechteste Leben“



Quelle: Feucht 2006

Hauptschüler/-innen beurteilten ihr Leben schlechter als die Schüler/-innen anderer Schulformen. Auf einer Skala von „1“ bis „10“ (1 steht für das denkbar beste und 10 für das denkbar schlechteste Leben) gaben Hauptschüler/-innen ihrem Leben eine „8“. Auch die Jugendlichen der neunten Klassen bewerteten ihr Leben mit „7“ relativ schlecht (vgl. Feucht 2006). Dagegen bewerten die Kinder der fünften Klassen sowie Gymnasialschüler/-innen ihr Leben mit „2“ bzw. „3“ als relativ gut. Auffallend ist, dass Mädchen ihr Leben insgesamt schlechter einschätzen als Jungen (vgl. ebda).

Die erste Zigarette und der erste Schluck

2006 waren die Schüler/-innen etwa 13 Jahre alt, als sie zum ersten Mal eine ganze Zigarette rauchten. 2002 lag das Einstiegsalter bei der ersten eigenen Zigarette durchschnittlich noch bei etwa 12 Jahren.

Eine ähnliche Tendenz zeigte sich beim Alkohol. Hier stieg das Einstiegsalter ebenfalls von 12 auf 13 Jahre. 2002 hatten die Jugendlichen den ersten Vollrausch mit ca. 13 Jahren, während 2006 das Durchschnittsalter hier bei 14 Jahren lag.

Trotz der Debatten um „Kampfrinken“ und Rauchverbot an Schulen, die hessischen Jugendlichen sind älter geworden, auch wenn das Einstiegsalter für Alkohol- und Zigarettenkonsum immer noch deutlich zu jung ist (vgl. Feucht 2006).

Ohne Frühstück zur Schule und hungrig zu Bett

Von den befragten Schüler/-innen gaben 26% der Jungen und 29% der Mädchen an, an einem normalen Schultag nie zu frühstücken. Dieser Anteil steigt mit zunehmendem Alter bis zu 32% bei den Schüler/-innen der neunten Klassen. Auffällig ist auch der hohe Anteil der Hauptschüler/-innen (36%), die sehr oft ohne Frühstück zur Schule gingen. Der Anteil der Realschüler/-innen (29%) lag auch weit über dem der Gymnasiast/-innen (20%).

2006 gaben 13% der Kinder an, "manchmal" oder schon "öfter" hungrig zur Schule oder zu Bett gegangen zu sein, weil zu Hause keine Lebensmittel vorhanden waren. 2002 berichteten dies erst 9% der Kinder. Obwohl diese Aussagen auf der subjektive Einschätzung der Schüler/-innen selbst beruhte, erscheint diese Zahl erschreckend hoch (vgl. Feucht 2006).

Das eigene Körpergefühl: Dick oder dünn?

Für das Ernährungsverhalten vieler Kinder und Jugendlichen ist die Wahrnehmung des eigenen Körpergewichts von besonderer Bedeutung. Von den befragten Schüler/-innen befanden 44% genau das richtige Gewicht zu haben. 34% hielten sich für ein wenig und 7% für viel zu dick. Der Rest ist eher der Meinung, nicht genug Kilos auf die Waage zu bringen.

Auffallend ist dabei, dass Mädchen mit ihrem Gewicht deutlich weniger zufrieden waren als Jungen. So fanden sich 41% der Mädchen, aber nur 28% der Jungen ein wenig zu dick. 9% der Mädchen und nur 5% der Jungen fanden sich viel zu dick.

Dabei waren Jungen deutlich öfter übergewichtig als Mädchen. Befragt nach ihrem Gewicht, waren etwa 9% der Jungen übergewichtig (nach altersstandardisiert BMI), aber nur 5% der Mädchen. Die Zahl der untergewichtigen Kinder war ebenfalls auffällig. Immerhin hatten 15% der Jungen und 13% der Mädchen einen zu geringen BMI.

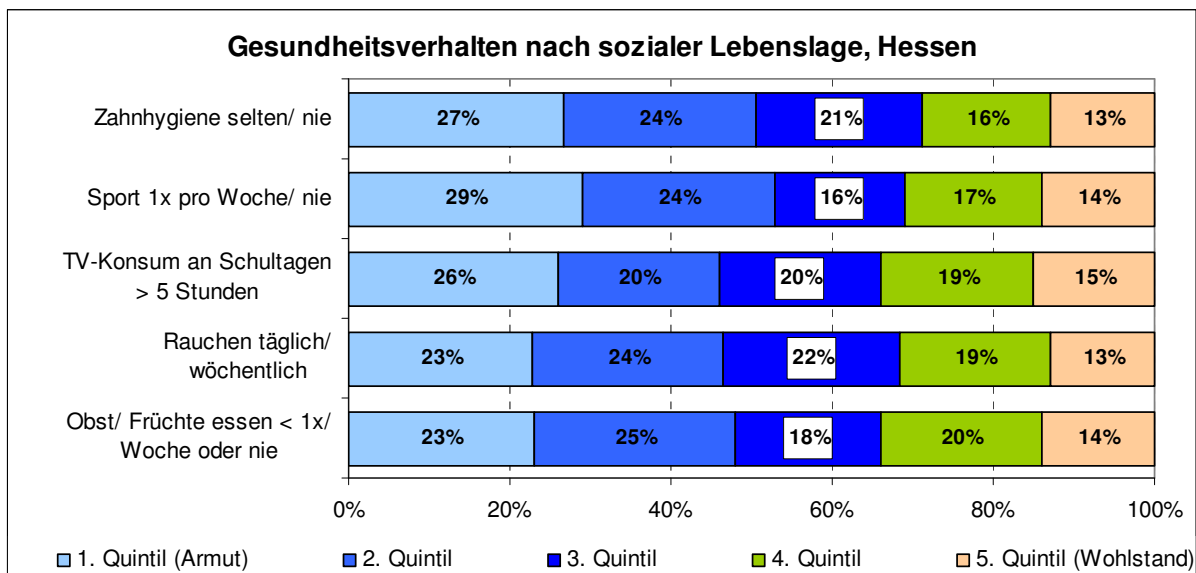
Die Unzufriedenheit mit dem eigenen Körper veranlasste viele Jungen und Mädchen zum Abnehmen. Zum Zeitpunkt der Befragung machten 18% der Mädchen und 10% der Jungen eine Diät. 19% der Mädchen gaben an, dass sie eigentlich abnehmen müssten. Trotz der aufgeführten Zahlen zu Über- und Untergewicht hatten 80% der hessischen Schüler/-innen objektiv betrachtet ein ihrem Alter entsprechendes Gewicht, das sich seit der Befragung 2002 auch nicht verändert hat. Damit wird deutlich, dass das tatsächliche Körpergewicht und die eigene Einschätzung oft weit voneinander abweichen (vgl. Feucht 2006).

Obst, Gemüse und Süßigkeiten

Gegenüber der Befragung von 2002 ist 2006 der tägliche Mindestverzehr von Obst, Gemüse und Salat deutlich gesunken. Mehr als ein Fünftel der Schüler/-innen nahmen Obst und Gemüse höchstens ein Mal pro Woche zu sich, was für eine ausgewogene Ernährung deutlich zu wenig ist. Mädchen ernähren sich deutlich gesünder als Jungen. Während 41% der Mädchen täglich Obst und 32% Salat oder Gemüse zu sich nehmen, sind es bei den Jungen nur 27% bzw. 19%. Während Jungen (28%) täglich deutlich mehr Cola und Limonade trinken als Mädchen (17%), essen Mädchen (26%) mehr Schokolade und Süßigkeiten als Jungen (22%).

4.9.7.2 Soziale Verhältnisse

Um die sozioökonomische Lage, also den Wohlstand einer Familie zu rekonstruieren, wurden den Schüler/-innen Fragen zu typischen Wohlstandsindikatoren (wie z.B. die Zahl der Autos in Familienbesitz, die Verfügung über ein eigenes Zimmer, Anzahl der Urlaube, Computer und Bücher etc.) gestellt. Daraus wurde ein Wohlstandsindex gebildet und in sog. Quintile eingeteilt. Entsprechend gibt die nachfolgende Grafik einen Überblick über das Gesundheitsverhalten nach der sozialen Lebenslage der befragten Schüler/-innen.



Bei der Zahnhygiene zeigten sich sehr große Unterschiede. So pflegten nur 13% der Kinder und Jugendlichen aus einem wohlhabenden Elternhaus ihre Zähne selten bis nie. In der ärmeren Vergleichsgruppe waren es mit 27% mehr als doppelt so viele.

Auch bei der körperlichen Betätigung fanden sich Differenzen zwischen den sozialen Lebenslagen. Nur jede/r Siebente (14%) aus einer gut situierten Familie machte keinen oder nur einmal pro Woche Sport. Dagegen traf dies auf mehr als doppelt so viele Kinder und Jugendliche aus ärmeren Verhältnissen (29%) zu (vgl. ebda).

Der Fernsehkonsum an Schultagen mit mehr als fünf Stunden am Tag, war bei den Schüler/-innen aus ärmeren Familien fast doppelt so hoch als der aus der Wohlstandsvergleichsgruppe.

Auch rauchten Kinder und Jugendliche aus ärmeren Familien wöchentlich oder sogar täglich mehr als Kinder aus besser gestellten Familien.

Ähnliche Verhältnisse fanden sich beim wöchentlichem Obst- und Gemüsekonsum. Die Anteile der befragten Schüler/-innen der untersten Armutsgruppe lagen etwa 10% über den Anteilen der Kinder und Jugendlichen der Wohlstandsgruppe (vgl. ebda).

Es kann daher abschließend festgehalten werden, dass Kinder und Jugendlichen mit abnehmendem finanziellem Wohlstand ihrer Eltern eine schlechtere Zahnhygiene aufwiesen, sie wöchentlich weniger sportlich aktiv waren, aber täglich mehr fern sahen. Außerdem rauchten Kinder aus ärmeren Verhältnisse häufiger und aßen wöchentlich weniger Obst und Gemüse als Kinder aus wohlhabenden Familien.

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse: Gesundheitliche Lage

Gesundheitliche Lage

Lebenserwartung

- 2007 betrug die durchschnittliche Lebenserwartung im Landkreis Darmstadt-Dieburg der Jungen 78,2 Jahren und der Mädchen bei 83,1 Jahren. Damit lag die Lebenserwartung der Neugeborenen im Kreisgebiet über dem bundesdeutschen und hessischen Mittelwert.

Morbidität

- Im Jahr 2008 nahmen die krankheitsbedingten Fehlzeiten der Beschäftigten gegenüber den Vorjahren erneut zu. Durchschnittlich 17 Tage waren die 9,7 Millionen bei der AOK versicherten Beschäftigten krank geschrieben.
- Krankheiten des Atmungssystems, Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und Krankheiten des Verdauungssystems waren die häufigsten Gründe für Krankschreibungen. 2007 entfielen knapp ein Viertel der Krankheitstage der AOK-Versicherten auf Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems. Verletzungen, Vergiftungen und andere Folgen äußerer Ursachen sowie Krankheiten des Atmungssystems nahmen den zweiten Platz mit jeweils knapp einem Achtel der Krankheitstage ein.

Gesundheitliche Beeinträchtigungen

Einflussgröße Alter

- Mit dem Alter nimmt die gesundheitliche Beeinträchtigung zu. 2005 gaben 13,7% der hessischen Bevölkerung an, krank oder unfallverletzt zu sein (MZ). Dabei lag der Anteil der jüngeren Bevölkerung von 25 bis 30 Jahren bei 9,9%, der von 55 bis 60 Jahren bei 22,1% und der Anteil der Älteren über 75 Jahren bei 27,2%.

Einflussgröße Bildung und Geschlecht

- Mit höherem Bildungsniveau treten Krankheiten oder gesundheitliche Beeinträchtigungen seltener auf. 50,4% der Frauen und 40,1% der Männer mit Volks- oder Hauptschulabschluss gaben an, von einer gesundheitlichen Störung betroffen zu sein, aber nur 37,0% der Frauen und 30,6% der Männer mit Abitur.
- Frauen haben einen höheren Anteil an Krankheiten oder Gesundheitsstörungen als Männer.

Einflussgröße Erwerbsstatus und Geschlecht

- Nichterwerbstätige sind häufiger krank als Erwerbstätige. 2005 waren von der hessischen Bevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren 10,9% der Erwerbstätigen, 15,7% der Erwerbslosen und 12,7% der Nichterwerbspersonen krank oder unfallverletzt.
- Erwerbslose Frauen wiesen mit 17% den höchsten Krankenstand. Auch bei den Erwerbstätigen hatten Frauen 2005 mit 11,5% den höchsten Anteil an den Kranken und unfallverletzten.

Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung

- 2005 waren drei Viertel der Kranken und Unfallverletzten in Hessen in ambulanter Behandlung (MZ). Die höchsten Anteile stellten mit 75,4% die Erwerbstätigen, die geringsten mit 73,4% die Erwerbslosen. Bei den stationären Behandlungen waren es mit 14,7% die Nichterwerbspersonen. Trotz Krankheit oder Unfall nahmen 15,7% der Erwerbstätigen, 14,9% der Erwerbslosen und 11,2% der Nichterwerbspersonen keine ärztliche Behandlung in Anspruch.

Subjektive Gesundheit

Einflussgröße Ausbildung

- Personen mit einem hohen beruflichen Abschluss schätzen ihre gesundheitliche Situation besser ein als Personen mit niedrigeren Abschlüssen.

- 2006 beurteilten 90% Absolvent/-innen mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluss ihren Gesundheitszustand als gut oder zufriedenstellend ein, aber nur 80% der Personen mit mittlerem Bildungsabschluss und nur 78% Personen ohne Bildungsabschluss.

Einflussgröße Arbeitswelt

- Mit zunehmendem Berufstatus gaben mehr Frauen und Männer an, eine sehr gute Gesundheit zu haben.

Ressourcen der Gesundheitsversorgung

Krankenversicherung

- In Hessen waren 2007 über 86% der Bevölkerung gesetzlich und über 12% privat krankenversichert. Ca. 1% der Bürger/-innen wies keine Krankenversicherung auf bzw. verfügte über einen sonstigen Anspruch auf Krankenversorgung.

Medizinische Versorgung im Landkreis Darmstadt-Dieburg

- 2009 waren im Landkreis Darmstadt-Dieburg 163 Hausärzte/-ärztinnen, 144 Fachärzte/-ärztinnen und 48 Psychotherapeut/-innen tätig. Ein/e Hausarzt/-ärztin im Landkreis Darmstadt-Dieburg war für 1.771 Menschen zuständig. Ein/e Facharzt/-ärztin versorgte 2.004 Personen, ein Zahnarzt/-ärztin 1.804 und ein/e Psychotherapeut/-in 6.013.

Gesundheitsverhalten und Bildung

Rauchen

- In allen Altersgruppen fanden sich die meisten Raucher/-innen bei den Männern und Frauen mit einem Volks- oder Hauptschulabschluss. Mit zunehmendem Alter sanken die Anteile der rauchenden Bevölkerung in allen Bildungsschichten.

Körperliche Aktivitäten

- Der Anteil der sportlich Inaktiven nahm mit steigendem Schulbildungsstand ab. Je niedriger der erreichte schulische Abschluss lag, umso höher war der Anteil der Personen mit Übergewicht oder Adipositas.

Übergewicht und Geschlecht

- Über drei Viertel (76%) der Männer mit einem Volks- oder Hauptschulabschluss waren 2003 übergewichtig. Bei Männern mit mittlerer Reife lag der Anteil bei 65,5% und bei Männern mit Abitur bei 60,8%.
- Der Anteil der übergewichtigen Frauen mit Hauptschulabschluss betrug 72,3%, mit mittlerem Abschluss 51,5% und mit Abitur 38,2%. Dabei war der Anteil der adipösen Frauen mit niedrigem Abschluss dreimal höher als bei den Frauen mit höchstem Schulabschluss.

Teilnahme an Krebsfrüherkennungsuntersuchungen

- 2003 nahmen mehr als 82% der Frauen, aber nur 62,2% der Männer an den Früherkennungsuntersuchungen teil. Männer mit niedrigem Bildungsabschluss nahmen am häufigsten und Männer mit mittlerer Reife am wenigsten teil. Dagegen nahmen Frauen mit mittlerem und höherem Schulabschluss häufiger eine Krebsfrüherkennungsuntersuchung in Anspruch als Frauen mit niedriger Schulbildung.

Gesundheit und Erwerbsstatus

Rauchen und berufliche Stellung

- 2005 rauchten 30,1% der Deutschen über 18 Jahren und 25,9% der Hessen. Dabei rauchten mehr Männer als Frauen. In Hessen rauchten 30,3% der Männer und 21,9% der Frauen.
- Fast die Hälfte der Erwerbslosen (48,9%), gut ein Drittel der Erwerbstätigen (34,6%) und mehr als ein Fünftel der Nichterwerbspersonen (22,4%) waren Raucher/-innen.
- Die höchsten Raucheranteile bei den Männern fanden sich in handwerklichen Berufen und bei Hilfsarbeitern und die wenigsten bei Akademikern. Bei den Frauen wiesen Gymnasiallehrerinnen den niedrigsten und Bedienungen sowie Stewardessen den höchsten Anteil an Raucherinnen auf.

Erkrankungen am Arbeitsplatz

- 2007 erreichte der Anteil der arbeitsunfähigen Kranken an allen Pflichtmitgliedern der gesetzlichen Krankenkassen mit 3,22% den bisherigen Tiefstand.
- Die höchsten Ausfallzeiten kamen in den Branchen Abfall- und Abwasserbeseitigung sowie der Metallerzeugung und -verarbeitung vor, die niedrigsten im Kreditgewerbe und der Datenverarbeitung.
- Zwei Drittel der Beschäftigten gaben an, dass sie trotz Erkrankung zur Arbeit gingen. Hier lag der Anteil der Frauen mit 64,4% deutlich über dem der Männer mit 58,9%. Als häufigste Gründe, trotz Krankheit den Arbeitsplatz aufzusuchen, wurden hohe Arbeitsbelastung (48,5%) und die Angst um den Arbeitsplatz (30,2%) genannt.

Gesundheitsversorgung und Einkommen

- Nach einer Auswertung des SOEP 2003 konsultierten 65% der Männer und 77% der Frauen in den letzten drei Monaten einen Arzt. Obwohl die ökonomisch schlechter gestellten Personen häufiger von Krankheiten betroffen waren, gingen sie seltener zum Arzt als besser gestellte.
- Verschiedene Untersuchungen belegen, dass Geldmangel eine Ursache für den nicht erfolgten, aber notwendigen Arztbesuch und die verschriebenen, aber nicht gekauften Medikamente darstellen.

Gesundheitsverhalten und Einkommen

Rauchen

- 2006 waren bundesweit die Anteile der Personen die im Alter zwischen 18 und 59 Jahren rauchten, mit einem niedrigen sozialen Status deutlich höher als die Anteile bei Personen mit einem hohen Sozialstatus.
- In Hessen war der Raucheranteil der Männer ohne Abitur bis zu 1,7-mal höher als in der Gruppe der Personen mit Abitur. Bei den Frauen war dieser Anteil etwas geringer (bis zu 1,6).

Alkoholkonsum

- Frauen mit einem hohen sozialen Status tranken am häufigsten Alkohol. 2006 konsumierten 30% der Frauen mit diesem Status täglich mehr als 10 Gramm Alkohol, während es nur 14% der Frauen mit mittlerem und 9% mit niedrigem Status waren.

- Bei den Männern konsumierten 32% mit niedrigem und 29% mit mittlerem Sozialstatus mehr als 20 Gramm Alkohol am Tag.

Körperliche Aktivitäten

- Männer und Frauen der Armutsrisikogruppe betrieben über alle Altersgruppen hinweg weniger Sport als die der anderen Einkommensgruppen.
- Mit dem Alter nimmt die sportliche Betätigung in allen Einkommensgruppen ab.

Gesundheitliche Beeinträchtigungen und Einkommen

- 2006 (SOEP) gaben insgesamt 46,2% der Männer und 41,7% der Frauen in Deutschland an, durch eine gesundheitliche Beeinträchtigung eingeschränkt zu sein. Dabei gaben Männer und Frauen mit der höchsten Einkommensposition am häufigsten an, eine schlechte Gesundheit und alltägliche Einschränkungen zu haben.

Gesundheitliche Situation von Arbeitslosen

Selbsteinschätzung des Gesundheitszustandes

- In Hessen gaben 15,7% der Erwerbslosen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren an, krank oder unfallverletzt zu sein. Männer fühlten sich mit einem Anteil von 14,4% etwas weniger, Frauen mit einem Anteil von 17,1% etwas mehr gesundheitlich eingeschränkt.
- Arbeitslose, die über ein Jahr arbeitslos gemeldet waren, schätzten ihre gesundheitliche Situation schlechter als Kurzzeitarbeitslose, Erwerbstätige und Hausfrauen ein.

Krankheit als Ursache für Arbeitslosigkeit

- Bundesweit gab jeder vierte arbeitslose und fast jeder dritte langzeitarbeitslose Mann an, dass eine Erkrankung mit ein Grund für die Arbeitslosigkeit sei. Frauen führten seltener eine gesundheitliche Einschränkung als Grund für Arbeitslosigkeit an.

Krankheiten und Beschwerden

- Die Krankenanteile nehmen sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern mit der Dauer der Arbeitslosigkeit zu. Am häufigsten litten Arbeitslose unter Schwindelattacken und chronischen Rückenschmerzen.

Gesundheitsverhalten von Arbeitslosen

- Männer mit einer Arbeitslosigkeit von über einem Jahr rauchten 2,7-mal häufiger als erwerbstätige Männer. Bei den Frauen zeigten sich nur geringe Unterschiede beim Rauchverhalten.
- Arbeitslose sind häufiger übergewichtig und adipös als Erwerbstätige.
- Über die Hälfte der arbeitslosen Männer betrieb gar keinen Sport, dagegen war dies nur ein Drittel der erwerbstätigen Männer. Bei den Frauen traten nur geringe Unterschiede auf. Die Hausfrauen waren sportlich am inaktivsten.

Mortalitätsrisiko

- Das Risiko der Sterblichkeit nimmt in Abhängigkeit von der vorausgegangenen Arbeitslosigkeit nimmt zu.

- Das Mortalitätsrisiko erhöhte sich um den Faktor 1,6 für Versicherte mit ein bis unter zwei Jahren Arbeitslosigkeit und für Versicherte mit zwei oder mehr Jahren Arbeitslosigkeit um den Faktor 3,4 im Vergleich zu den durchgängig Erwerbstätigen.

Gesundheit und soziale Lagen von Kindern und Jugendlichen

Kindervorsorgeuntersuchungen

- 2006 nahmen bundesweit 81% der Kinder, die zwischen 1990 und 1999 geboren worden, an den Vorsorgeuntersuchungen U3 bis U9 teil. Weitere 16% wurden teilweise untersucht und 3% wurden nie einem Arzt oder einer Ärztin zu einer Vorsorgeuntersuchung vorgestellt.
- Kinder von Eltern mit einem niedrigen Sozialstatus nahmen daran nur zu 72% teil. Bei jedem fünften Kind dieser Gruppe waren die Untersuchungen von U3 bis U9 nicht vollständig und 6% nahmen überhaupt keine Früherkennungsuntersuchungen in Anspruch.

Einschulungsuntersuchungen

- Schuleingangsuntersuchungen (SEU) sind eine Pflichtaufgabe der Gesundheitsämter. Dabei werden alle Kinder eines Jahrganges vor dem Schuleintritt durch Ärzte oder Ärztinnen des Gesundheitsamtes untersucht.
- Bei der SEU 2003 in Brandenburg wurde festgestellt, dass bei Kindern mit einem niedrigen sozialen Status häufiger gesundheitliche Beeinträchtigungen auftreten. Die einzige Ausnahme stellt der Befund „Neurodermitis“ dar. Dieser Befund tritt mit steigendem Sozialstatus häufiger auf.

Schuleingangsuntersuchung im Landkreis Darmstadt-Dieburg 2008

Untersuchte Kinder

- Im Jahr 2008 nahmen 3.073 Kinder aus dem Landkreis Darmstadt-Dieburg an der medizinischen Schuleingangsuntersuchung teil. Davon waren 1.633 Jungen (53,1%) und 1.440 Mädchen (46,9%).

Befunde vor und nach der SEU im Kreisgebiet:

- 53,1% der Kinder wurden ohne Vorerkrankungen, d.h. ohne bestätigte Vorerkrankungen (Befunde) vorgestellt. Bei 46,9% der Kinder bestanden im Vorfeld gesundheitliche Auffälligkeiten. Nach der SEU lag bei 61,2% der Kinder ein Befund vor. Nur knapp zwei Viertel der untersuchten Kinder zeigten keine Auffälligkeiten.

Befunde nach der SEU in den Kommunen des Kreisgebietes

- In Eppertshausen (58,6%) und Bickenbach (52,0%) wohnten die meisten Kinder, die nach der SEU 2008 keine Befunde aufwiesen. Dagegen zeigten sich bei Kindern aus Erzhausen (83,3%) und Weiterstadt (82,3%) prozentual die höchsten Befunde.

Häufigste Befunde

- Bei 20,6% der untersuchten Kinder lag eine Sprach-, bei 12,6% eine Koordinations-, bei 10,8% eine Seh- und bei 6,0% eine Verhaltensstörung vor. 5,5% der Kinder litten unter Adipositas und 4,7% unter Hauterkrankungen.

- Eine Differenzierung nach dem Geschlecht zeigt, dass Jungen deutlich häufiger von Sprach-, Koordinations- sowie Verhaltensstörungen betroffen waren als Mädchen.

Entwicklung der Befunde

- Sprachstörungen bei Kindern haben seit 2005 deutlich zugenommen. Der Anteil stieg von 14,3% auf 20,6% und damit um 6,6%. Seit gegenüber den Vorjahren nahmen auch die Befunde, Koordinations-, Seh- und Hörstörungen, der bei der SEU untersuchten Kindern zu.

Schulempfehlung

- Im Jahr 2008 erhielten 2.716 Kinder die Schulempfehlung. Das entspricht einem Anteil von 88,4%. Im Vergleich zu 2005 hat dieser Anteil geringfügig (-1,2%) abgenommen. Wie bereits in den Vorjahren wurden mehr Mädchen (91,7%) als Jungen (85,4%) für schulfähig befunden.

Bezug von ALG II

- Für die Kinder mit Befunden (bereits in Behandlung oder Abklärungsbedarf) ergab sich im Kreisgebiet keine Korrelation mit den Sozialgeldempfängern/-innen unter 15 Jahren. Dies ist vermutlich dem Umstand geschuldet, dass im Landkreis Daten nicht kleinräumig, auf der Ebene der Orts- oder Stadtteile zur Verfügung stehen, sondern nur auf der Ebene der Kommunen.

Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Schulalter in Hessen

Gesundheitsverhalten

Rauchen

- 2006 rauchte jede/r fünfte Jugendliche im Alter zwischen 11 und 17 Jahren. Die Mehrzahl der 11- bis 13-Jährigen griff nur gelegentlich zur Zigarette, während sich regelmäßige und starke Raucher/-innen zwischen 14 und 17 Jahren fanden. In dieser Altersgruppe rauchte jede/r fünfte Jugendliche täglich.
- Jugendliche Mädchen und Jungen mit niedrigem Sozialstatus rauchten dabei mehr als Jugendliche der Vergleichsgruppen mit einem mittleren oder hohen Sozialstatus.
- Dadurch hatten jugendliche Hauptschüler/-innen (Jungen 42% und Mädchen 46%) ein deutlich höheres Risiko zu rauchen als Gymnasiast/-innen (Jungen 18% und Mädchen 23%).
- Das Risiko zu rauchen erhöhte sich, wenn Eltern oder im Freundeskreis Raucher/-innen sind.
- Jugendliche ohne Migrationshintergrund rauchten öfter als Mädchen und Jungen mit Migrationshintergrund.

Alkoholkonsum

- Das Einstiegsalter für regelmäßigen Alkoholkonsum hat sich in den letzten 30 Jahren in Deutschland kontinuierlich verringert.

- Von 2004 bis 2007 erhöhte sich die durchschnittliche Menge des konsumierten Alkohols bei den 12- bis 17-Jährigen von 44,2 Gramm Reinalkohol auf 50,4 Gramm pro Woche. Schon 11- bis 13-Jährige trinken regelmäßig, d.h. mindest einmal pro Woche Alkohol.
- Mit zunehmendem Alter steigt der Alkoholkonsum. Im Alter von 16 bis 17 Jahren sind ca. 4% der Jugendlichen als alkoholabhängig einzustufen.

Mund- und Zahnhigiene

- In der HBSC-Studie von 2006 wurde festgestellt, dass Mädchen mit einem niedrigen Sozialstatus die Zahnpflege mehr als doppelt so oft vernachlässigen als Mädchen aus Familien mit einem höheren Sozialstatus (Jungen: 1,6 zu 1). Diese Unterschiede zeigten sich auch hinsichtlich der Schulform: Gymnasiast/-innen pflegten ihre Zähne besser als Haupt- oder Realschüler/-innen.

Körperliche Aktivitäten

- 2006 waren nach der KiGGS-Studie 75% der 3- bis 10-Jährigen mindestens einmal pro Woche sportlich aktiv. 89,9% der Jungen und 78,5% der Mädchen zwischen 11 und 17 Jahren betrieben mindestens drei Mal wöchentlich Sport.
- Hier wurde auch festgestellt, dass Kinder und Jugendliche aus Familien mit einem niedrigen Sozialstatus sportlich eher inaktiv waren, als Kinder der Vergleichsgruppe mit hohem Sozialstatus. Kinder aus der mittleren sozialen Statusgruppe waren ebenfalls weniger sportlich aktiv als die Gleichaltrigen der hohen Sozialstatusgruppe.
- Auch der Migrationshintergrund wirkte sich negativ auf das sportliche Gesundheitsverhalten aus.

Ernährung

- Die KiGGS-Studie von 2006 belegte, dass in Familien mit niedrigem Sozialstatus kaum Vollkornprodukte und weniger frisches Obst und Gemüse verzehrt werden als in Familien mit höherem Sozialstatus.
- Zudem aßen Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien größere Mengen Fast Food, Limonaden, Weißbrote, Wurst- und Fleischwaren sowie zuckerreiche Lebensmittel.

Übergewicht

- Mit zunehmendem Lebensalter erhöht sich der Anteil der Übergewichtigen. Waren bei den 3- bis 6-Jährigen erst 9% übergewichtig, so waren es bei den 7- bis 10-Jährigen schon 15% und bei den 14- bis 17-Jährigen bereits 17%.
- Ein niedriger Sozialstatus erhöht das Risiko für Übergewicht. Dieser Zusammenhang ist bei Mädchen stärker ausgeprägt als bei Jungen. So lag 2006 der Anteil der 14- bis 17-jährigen Mädchen aus sozial benachteiligten Familien mit 15% dreimal höher als der von Gleichaltrigen aus Familien mit einem höheren sozialen Status.

Selbsteinschätzung der Gesundheit

- Im Rahmen der HBSC-Studie beschrieb jede/r dritte befragte Schüler/-in in Hessen (36,1%) seinen/ihren Gesundheitszustand als „ausgezeichnet“. Mehr als die Hälfte der befragten Kinder und Jugendlichen (51,6%) bezeichnete ihn als „gut“, 10,9% beurteilten ihren Gesundheitszustand als „einigermaßen“ und 1,4% als „schlecht“.

- Mädchen beurteilten ihren gesundheitlichen Zustand schlechter als Jungen. Nur ein Drittel der befragten Mädchen (37,6%) sagte aus, einen ausgezeichneten Gesundheitszustand zu haben. Gleiches wurde von fast zwei Drittel der Jungen (62,4%) ausgesagt.
- Das Einstiegsalter für die erste Zigarette lag nach eigenen Angaben der Kinder und Jugendlichen bei 12 Jahren und das für Alkohol bei 13 Jahren.
- 26% der Jungen und 29% der Mädchen gaben an, an normalen Schultagen nie zu frühstücken. Hier lag der Anteil der Hauptschüler/-innen mit 36% weit über dem der Realschüler/-innen (29%) und der Gymnasiast/-innen (20%).
- 13% der Kinder gaben an, manchmal oder schon öfter hungrig zur Schule oder ins Bett gegangen zu sein, weil keine Lebensmittel zu Hause vorhanden waren.
- Von den befragten Schüler/-innen fanden 44% ihr Gewicht genau richtig, 34% hielten sich für ein wenig und 7% für viel zu dick. Auffällig dabei war, dass Mädchen deutlich weniger mit ihrem Gewicht zufrieden waren als Jungen, obwohl Jungen deutlich übergewichtiger waren als Mädchen.
- Gegenüber der Befragung von 2002 ist 2006 der tägliche Verzehr von Obst, Gemüse und Salat deutlich gesunken. Mädchen ernährten sich deutlich gesünder als Jungen. Während Mädchen zu 42% täglich Obst und zu 32% Salat und Gemüse zu sich nahmen, waren dies nur 27% bzw. 19% der Jungen.

Soziale Verhältnisse

- Armut misst sich nicht allein an der Einkommensarmut einer Familie, sondern zeigt sich auch in Unterversorgungslagen anderer Lebensbereiche wie der Gesundheit. Hier gibt es einen Wirkungszusammenhang, der besonders problematisch ist für Kinder und Jugendliche aus Familien, in denen sich viele Risikofaktoren häufen.
- 13% der Kinder und Jugendlichen aus einem wohlhabenden Elternhaus pflegten ihre Zähne selten bis nie. In der Armutvergleichsgruppe sind es mit 27% mehr als doppelt so viele.
- Auch bei der körperlichen Betätigung fanden sich Differenzen zwischen den sozialen Lebenslagen. Nur jede/r siebente Befragte (14%) aus einer gut situierten Familie betrieb keinen oder nur einmal pro Woche Sport. Dagegen traf das auf mehr als doppelt so viele Kinder und Jugendliche aus ärmlichen Verhältnissen (29%) zu.
- Kinder und Jugendliche aus Familien mit einem Armutsrisiko sahen an Schultagen häufiger (26%) länger als fünf Stunden fern als die der Vergleichsgruppe mit einer Lebenssituation im Wohlstand (15%).
- Ähnliches fand sich beim Rauchverhalten. Während 23% der Kinder und Jugendlichen aus armen Familien täglich bzw. wöchentlich rauchten, waren es nur 13% der Kinder und Jugendlichen aus Wohlstandsfamilien.
- Immerhin 23% der befragten Schüler/-innen aus der Armutgruppe verzehrten Obst oder Gemüse nie oder nur einmal pro Woche. Bei Schüler/-innen aus Wohlstandsfamilien betrug dieser Anteil nur 14%.

Resümee

Der im Auftrag des Kreistages erstellte 1. Bericht zur Sozialen Lage im Landkreis Darmstadt-Dieburg gibt einen umfassenden Überblick über die unterschiedlichen Lebenslagen und Lebenssituationen der Bevölkerung im Landkreis Darmstadt-Dieburg. Er weist nach, dass im Landkreis Darmstadt-Dieburg sehr wohl Armut anzutreffen ist, Armut in unterschiedlichen Ausprägungen. Er weist nach, dass auch der Landkreis Darmstadt-Dieburg sich den Problemen des demografischen Wandels stellen muss. Und er weist nach, dass es innerhalb der Bevölkerung des Landkreises soziale Unterschiede gibt, dass sich in ihm, obwohl in einer boomenden Wirtschaftsregion gelegen, sehr wohl eine beträchtliche Anzahl von Familien und Kindern befinden, die vom gesellschaftlichen Wohlstand nur bedingt partizipieren. Es gibt gravierende Unterschiede im Bildungsstand von Schülerinnen und Schülern. Der Bericht spricht die Benachteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund an und stellt fest, dass die soziale Segregation von Schülerinnen und Schülern sich auch durch das Bildungssystem im Landkreis Darmstadt-Dieburg zieht.

Faktisch wird in allen untersuchten Bereichen deutlich, dass auch im Landkreis Darmstadt-Dieburg eine Polarisierung entlang der klassischen Linien sozialer Ungleichheit, „arm“ und „reich“ mit entsprechenden unterschiedlichen Kindheiten und Lebenssituationen im Alter bestehen. Diese Polarisierung bildet sich auch räumlich ab. Bei genauerem Hinsehen ist in verschiedenen Kommunen des Landkreises Darmstadt-Dieburg festzustellen, dass sich soziale Probleme in bestimmten überschaubaren Sozialräumen ballen und häufig ausgelöst sind durch die Konzentration von sozial schwachen Familien deutscher und nicht-deutscher Herkunft, durch die Abnahme von Bildungschancen und einem über dem Durchschnitt liegenden Grad von Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Armut. Diese Familien in den bezeichneten Sozialräumen bedürfen der sozial-politischen Aufmerksamkeit. Gerade in diesen Gebieten sind deshalb auch besonders leistungsfähige Angebote zu schaffen und Unterstützungsleistungen notwendig.

Auf dem Hintergrund, dass Familie allgemein auch weiterhin als Zentrale, aber nicht mehr als ausreichende Sozialisationsinstanz, wahrgenommen werden kann und dass sozialraum-spezifische Einflüsse unerwünschte Ungleichheiten in Bildungs- und damit auch späteren Lebenschancen nach sich ziehen, sollte hierbei darauf geachtet werden, dass nicht einseitig, z.B. Angebote der Kindertagesbetreuung in einem Sozialraum ausgebaut werden, dabei gleichzeitig aber wichtige Unterstützungsleistungen für sozial schwache Familien vernachlässigt werden.

Leitgedanke notwendiger Intervention könnte es auf diesem Hintergrund sein durch eine praktische ausgleichende Sozialpolitik diese, die verschiedenen Bevölkerungsschichten trennende Faktoren, zu minimieren. Es wäre daher sicherlich ein lohnender Ansatz für kommunale Sozialpolitik, künftig Schwerpunkte infrastruktureller Intervention gezielt auf bestimmte, zu benennende Sozialräume zu legen.

Zu benennen und zu definieren sind somit konkrete Handlungsfelder. Daneben sind Strukturen zu schaffen, welche es ermöglichen gewonnene Erkenntnisse aus dem Bericht in guter Weise umzusetzen. Es wird insbesondere darum gehen, Anforderungen an kommunale Familienpolitik zu formulieren und hierbei die örtliche Situation der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, die sich sehr unterschiedlich darstellt, zu berücksichtigen. Kommunale Familienpolitik bedarf daher Sozialraum bezogen sehr spezifischer Konturen.

Hieraus folgt, dass ein Landkreis die kreisangehörigen Städte und Gemeinden intensiv an dem Gesamt-Planungsprozess beteiligen muss. Es gilt, eine verlässliche und bedarfsgerechte soziale Infrastruktur in den einzelnen Kommunen bereitzustellen und darüber hinaus die Situation von Familien in besonderen Lebenslagen in vorzunehmenden Bedarfsplanungen angemessen zu berücksichtigen. Die Zuständigkeit der Kommunen für die Erfüllung dieses Auftrages leitet sich, wie auch bereits in der Einleitung erwähnt wurde, aus

Artikel 28 Absatz 2 des Grundgesetzes (GG) ab, der die verfassungsrechtliche garantierte Allzuständigkeit der Gemeinden, Städte und Kreise für die Daseinsvorsorge beschreibt.

Die praktische Umsetzung solcher Planungen erfordert daher Kooperation und Partizipation auf unterschiedlichen Ebenen. Kommunale Sozialpolitik kann nur dann erfolgreich verlaufen, wenn es gelingt lokale Politiknetzwerke zu schaffen, die sich zu den Fragen der kommunalen Sozialpolitik „vor Ort“ auch selbst koordinieren.

Es ist weiter erforderlich Netzwerke als eher vertikale Form der Zusammenarbeit zwischen der steuernden Kommune, dem Landkreis mit seinen unterschiedlichen Einrichtungen und Diensten und Sozialen Diensten bzw. Trägern zu schaffen, die auf der operativen Ebene zu vereinbarenden Dienstleistungen im Sozialraum konzentriert erbringen.

Die normative Verantwortung für die initiierten Prozesse muss in diesem Zusammenhang bei den politischen Gremien liegen, welche einen programmatischen Orientierungsrahmen und konkrete Zielsetzungen formulieren.

Zur Umsetzung der Erkenntnisse des Berichtes zur Sozialen Lage im Landkreis Darmstadt-Dieburg ist es daher erforderlich, strategische Partnerschaften zwischen Landkreis, kreisangehörigen Kommunen und, als weiteren wichtigen Partnern, Repräsentanten örtlicher Religionsgemeinschaften, von Vereinen und Verbänden einzugehen.

Was brauchen die in einem Stadtteil lebenden Familien mit und ohne Migrationshintergrund? Welche sozialen Infrastrukturen, welche Hilfs- und Pflegeleistungen benötigt die immer größer werdende Gruppe älterer Menschen? Wie kann die Selbstorganisation älterer Menschen gestärkt werden? Letztendlich sind viele Fragestellungen möglich und zuzulassen. Sozialraumbezogene Antworten auf solche Fragen zu finden und gewonnene Erkenntnisse hierbei auch auf andere Sozialräume zu übertragen, sind letztendlich die großen Herausforderungen für eine kommunale Sozialpolitik.

Es bietet sich somit an, Indikatoren für sozialräumliche Belastungen ‚vor Ort‘ zu definieren, alsdann Handlungsfelder kommunaler Sozialpolitik konkret zu benennen und Planungsaufträge, auf Stadtteilebenen herabgebrochen, zu erteilen. Es können so wirkungsvolle Interventionsstrategien entwickelt werden, welche das Ziel haben die gegebene Infrastruktur in diesem überschaubaren Sozialraum zu verbessern. Sozialpolitik muss möglichst konkret, nah an den Menschen und bedarfsorientiert entwickelt werden.

Sicherzustellen in den vor Ort zu initiierten Planungsprozessen ist, wie bereits erwähnt, eine frühzeitige Beteiligung der betroffenen Menschen des Sozialraums. Hierdurch wird es möglich

- die Qualität und Akzeptanz von Ergebnissen der Planung zu erhöhen
- politische Konflikte zu vermeiden bzw. zu entschärfen
- die (Um-) Gestaltung eines Orts-/ Stadtteils kann familiengerecht und generationsübergreifend erfolgen
- Selbsthilfepotentiale können erschlossen werden
- die Verbundenheit und Identifikation mit dem Lebensraum wird gestärkt
- das demografische Handeln von Bürgerinnen und Bürgern wird durch entsprechende Partizipationsverfahren gefördert.

Ohne die Unterstützung der Fachkräfte des Kreises im Bereich der strategischen Planung/ Sozialplanung wird es vermutlich nur wenigen Kommunen möglich sein, diese Prozesse zu

initiiert und erfolgreich zu beenden. Eine Bündelung der personellen und sächlichen Ressourcen des Landkreises im Planungs- und Steuerungsbereich ist erforderlich, um entsprechende Unterstützungsleistungen erbringen zu können. Die Basis für die konkrete Zusammenarbeit und Aufgabenverteilung können zu schließende Kooperationsvereinbarungen darstellen.

Jede Kommune des Landkreises ist anders und hat ihre eigenen Bedingungen. Von daher sind die Handlungsbedarfe einer auf den Sozialraum bezogenen kommunalen Sozialpolitik auch höchst unterschiedlich. Ein Ansatz, der davon ausgeht, dass es gelingen kann, differenzierte sozialpolitische Handlungsempfehlungen für den gesamten Landkreis Darmstadt-Dieburg zu entwickeln, wäre daher von Anfang an zum Scheitern verurteilt.

Diese können vielmehr auf überschaubare Sozialräume bezogen und im Zusammenwirken aller auf diesem Feld tätigen Akteure entwickelt werden. Sie können hierdurch auch die Grundlage für weitergehende Planungen, Initiativen und Maßnahmen kommunaler Sozialpolitik an anderen Orten bilden.

Abkürzungsverzeichnis

AAGAw	Agentur für Arbeit in getrennter Aufgabenwahrnehmung
ALG I	Arbeitslosengeld nach SGB III
ALG II	Arbeitslosengeld nach SGB II
AOK	Allgemeine Ortskrankenkasse
ASG	Institut für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin
AsylbLG	Asylbewerberleistungsgesetz
AWO	Arbeiterwohlfahrt
BAföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz
BAG W	Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V.
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BKK	Betriebskrankenkasse
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMI	Body-Maß-Index
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BpB	Bundeszentrale für politische Bildung
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
BVG	Bundesversorgungsgesetz
BZgA	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung
ca.	zirka
d.h.	das heißt
ders	derselbe
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
DJI	Deutsches Jugendinstitut
DLT	Deutscher Landkreistag
DPWV	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
ebda	ebenda
EG	Europäische Gemeinschaft
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EU-SILC	Statistics on Income and Living Conditions - Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen „Leben in Europa“
EVS	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
EW	Einwohner/-in(nen)
f	folgende
ff	fortfolgende
FH	Fachhochschule
GeB	Geringfügig entlohnte Beschäftigte
GEK	Gmünder Ersatzkasse
GfK	Gesellschaft für Konsumforschung
GKV	Gesetzliche Krankenversicherung
GSiG	Grundsicherungsgesetz
GVK	gesetzliche Krankenversicherung
HBSC	Health Behaviour in School-Aged Children
Helaba	Hessische Landesbank Hessen-Thüringen
HIS	Hochschul-Informationssystem
HLT	Hessischer Landkreistag

HLU	Hilfe zum Lebensunterhalt
HSL	Hessisches Statistisches Landesamt
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Forschungseinrichtung der Bundesagentur für Arbeit
ICD	International Classification of Diseases - Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten
IGLU	Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung
IHK	Industrie- und Handelskammer
ILO	Internationale Labour Organization
INSM	Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft
ISCED	International Standard Classification of Education
JHP	Jugendhilfeplanung
KfB	Kreisagentur für Beschäftigung Landkreis Darmstadt-Dieburg
KiGGS	Kinder- und Jugendgesundheitssurvey
KMK	Konferenz der Kultusminister
LfU	Leistungen für Unterkunft und Heizung
MZ	Mikrozensus
MZES	Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung
NÄE	Netto-Äquivalenzeinkommen
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development (Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit)
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
PKV	Private Krankenversicherung
POS	Polytechnische Oberschule
RKI	Robert-Koch-Institut
SEU	Schuleingangsuntersuchung
SG	Sozialgeld
SGB	Sozialgesetzbuch
SGB II	Sozialgesetzbuch Zweites Buch
SGB III	Sozialgesetzbuch Drittes Buch
SGB XII	Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch
SOEP	Sozio-ökonomisches Panel
SoL	sonstige Leistungen
StAG	Staatsangehörigkeitsgesetz
SV	Sozialversicherung
TK	Techniker Krankenkasse
TOAM	Tolerierbare Obergrenzen für die Alkoholzufuhrmengen
u.a.	und andere
u.a.m.	und andere mehr
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur)
v.a.	vor allem
vgl.	vergleiche
VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
VSOP	Verein für Sozialplanung
WBS	Wohnberechtigungsschein
WdIO	Wissenschaftliches Institut der AOK
WHO	World Health Organization - Weltgesundheitsorganisation
WoFG	Wohnraumförderungsgesetz
z.B.	zum Beispiel

Literaturverzeichnis

- Andreß, H.-J.: Leben in Armut. Analyse der Verhaltensweisen armer Haushalte mit Umfragedaten. Opladen 1999
- Andreß, H.-J./ Lipsmeier, G.: Kosten von Kindern – Auswirkungen auf die Einkommensposition und den Lebensstandard der betroffenen Haushalte. In: Klocke, A./ Hurrelmann, K. (Hg.): Kinder und Jugendliche in Armut. Umfang, Auswirkungen und Konsequenzen. Opladen 1998. S. 26-50
- Arbeitsgemeinschaft Hessischer Industrie- und Handelskammern: IHK Ausbildungsfrage 2009 Hessen. Frankfurt 2009
- Arbeitsgemeinschaft Hessischer Industrie- und Handelskammern: Bildungsreport 2008/2009. Frankfurt 2009
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland. Bielefeld 2008
- Babitsch, B.: Was macht arme Frauen krank? In: Geene, R./ Gold, C. (Hg.): Gesundheit für Alle! Wie können arme Menschen von kurativer und präventiver Gesundheitsversorgung erreicht werden? Materialien für Gesundheitsförderung Bd. 4. Berlin 2000. S. 126-136
- Bach, S.: Vermögensbesteuerung in Deutschland. In: DIW Nr. 30/2009. Berlin
- Bäcker, G. u.a.: Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland. Bd. 1: Grundlagen, Arbeit, Einkommen und Finanzierung. Wiesbaden 2008
- Balluseck, H. von: Männerbilder in Konkurrenz. Zur Diskussion um die Benachteiligung von Jungen in der Schule. In: Krause, H.-U/ Rätz-Heinisch, R. (Hg.): Soziale Arbeit im Dialog gestalten! Opladen, Farmington Hills 2009
- Bartelheimer, P.: Teilhabe, Gefährdung, Ausgrenzung. In: Soziologisches Forschungsinstitut (SOFI). Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) u.a. (Hg.): Berichterstattung zur ökonomischen Entwicklung in Deutschland - Arbeit und Lebensweise. Erster Bericht. Wiesbaden 2005. S. 86-123
- Bayrische Staatsregierung: Bericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern 1998. München 1999
- Bayrisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen. Material- und Analyseband zur sozialen Lage in Bayern 1998. München 1999
- Bayrisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen. Zweiter Bericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern. Stand 09.02.2009. München 2009
- Beck, U.: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a. M. 1986
- Becker, I.: Armut in Deutschland: Bevölkerungsgruppen unterhalb der Alg II-Grenze. Arbeitspapier Nr. 3 des Projekts „Soziale Gerechtigkeit“. J.W. Goethe Universität Frankfurt a. M. Frankfurt 2006
- Becker, I./ Hauser, R.: Dunkelziffer der Armut. Ausmaß und Ursachen der Nichtinanspruchnahme zustehender Sozialleistungen. Berlin 2005
- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Ungenutzte Potentiale. Zur Lage der Integration in Deutschlands. Berlin 2009
- Bertelsmann Stiftung/ Heinz Nixdorf Stiftung/Ludwig-Erhard-Stiftung: BürgerProgramm Soziale Marktwirtschaft – Ergebnisse einer repräsentativen Bürgerumfrage zu den Vorschlägen des BürgerForums Soziale Marktwirtschaft. Gütersloh 2008

- Bertelsmann Stiftung: Demographiebericht 2007 – Ein Baustein des Wegweisers Kommune. Gütersloh www.wegweiser-kommune.de
- Beschluss des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 19.12.1984. In: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften vom 3.1.1985. L2. S. 24
- Biedinger, N.: Kinderarmut in Deutschland. Der Einfluss von relativer Einkommensarmut auf die kognitive, sprachliche und behavioristische Entwicklung von 3- bis 4-jährigen Kindern. In: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation. Heft 2. 2009. Weinheim 2009. S. 197-214
- Boeckh, J.: Einkommen und soziale Ausgrenzung. In: Huster, E.-U./ Boeckh, J./ Mogge-Grotjahn, H. (Hg.): Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung. Wiesbaden 2008. S. 282-300
- Brüderl, J./ Klein/T.: Die Pluralisierung partnerschaftlicher Lebensformen in Westdeutschland 1960 - 2000. In: Bien, W./ Marbach, J. (Hg.): Partnerschaft und Familiengründung. Ergebnisse der dritten Welle des Familien-Survey. Opladen 2003. S. 189-217
- Brüderl, J.: Die Pluralisierung partnerschaftlicher Lebensformen in Westdeutschland und Europa. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 19/2004. S. 3-10
- Brülle, H.: 15 Jahre Sozialberichterstattung in einer Kommune – Möglichkeiten für eine gestaltende Kommunalpolitik anhand von Praxiserfahrungen in Wiesbaden. In: Otto, H./ Karsten, M.: Sozialberichterstattung. Lebensräume gestalten als neue Strategie kommunaler Sozialpolitik. Weinheim, München 1990. S. 211-228
- Buhr, P.: Wege aus der Armut durch Wege in eine neue Armutspolitik? In: Gohr, A./ Seeleib-Kaiser, M.: Sozial- und Wirtschaftspolitik unter Rot-Grün. Wiesbaden 2003. S. 147-166
- Butterwegge, Ch./ Holm, K./ Zander, M.: Armut und Kindheit – Ein regionaler, nationaler und internationaler Vergleich, Leske, Budrich und Opladen 2003
- Butterwegge, Ch./ Klundt, M. (Hg.): Kinderarmut und Generationengerechtigkeit. Leske, Budrich und Opladen 2001
- Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V.: Statistikbericht 2004 – 2006. Bielefeld 2008
- Bundesministerium des Inneren: Lexikon: http://www.bmi.bund.de/cln_104/DE/Service/Glossar/Functions/glossar.html?nn=105094&lv2=105106&lv3=152482
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS): Sozialbericht. Bonn 2009
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Lebenslagen in Deutschland - Der Dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin 2008
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung: Lebenslagen in Deutschland. Erster Armuts- und Reichtumsbericht. Berlin 2001
- Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (BMGS): Lebenslagen in Deutschland. Der Zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bonn 2005
- Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung: Menschen in extremer Armut. Forschungsbericht des Institutes für Sozialberichterstattung und Lebenslagenforschung (iSL Sozialforschung). Darmstadt 2003
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hg.): BMZ Handreichung Nr. 106 „Armutsbekämpfung – eine globale Aufgabe. Aktionsprogramm 2015. September 2003

- Bundeszentrale für politische Bildung: Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn 2008
- Bundeszentrale für politische Bildung: Die soziale Situation in Deutschland. Bonn 2008. unter http://www.bpb.de/wissen/37OUAU,0,0,Die_soziale_Situation_in_Deutschland.html
- Bundeszentrale für politische Bildung: Zusammengefasste Geburtenziffer, 1960 bis 2006 unter <http://www.bpb.de/wissen/0OBM9A.html>
- Burger, M./ Mensink, G.: Beiträge zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Bundes-Gesundheitssurvey: Alkohol. Konsumverhalten in Deutschland. Berlin 2003
- Butterwegge, Ch./ Klundt, M./ Belke-Zeng, M.: Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland. Wiesbaden 2008
- Butterwegge, Ch.: (Kinder-) Armut und Sozialstaatsentwicklung. Erweiterte Schriftliche Fassung eines Referats, gehalten am 17.12.2008 auf der 49. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestages in Berlin
- Case, A./ Lubotsky, D./ Paxson, C.: Economic Status and Health in Childhood: The Origins of the Gradient. In: American Economic Review, 2002, v. 92. iss. 5. pp. 1308-1334
- Deutsche Rentenversicherung Bund: Rentenbestand am 31.12.2007. Band 167. Berlin 2008
- Deutscher Bundestag: Bericht über die Höhe des Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern für das Jahr 2005 und 2008 (Fünfter und sechster Existenzminimumbericht). Berlin 2007
- Deutsche Krebsgesellschaft 2010 unter http://www.krebsgesellschaft.de/alkohol_gesundheitsgefahren.html?markierung=alkohol%7Cgesundheitsgefahren
- Döring, D./ Hanesch, W./ Huster, E.-U.: Armut im Wohlstand. Frankfurt am Main 1990
- Eißel, D.: Einkommens- und Vermögensverteilung. Argumente gegen eine wachsende Schiefelage. In: Eicker-Wolf, K. u.a. (Hg.): Deutschland auf den Weg gebracht. Rot-grüne Wirtschafts- und Sozialpolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Marburg 2002. S. 87-124
- Enders-Drägässer, U./ Sellach, B.: Der "Lebenslagen-Ansatz" aus der Perspektive der Frauenforschung. In: Zeitschrift für Frauenforschung 4/1999. München 1999. S. 56-66
- Fachhochschule Frankfurt: Health Behaviour in School Aged Children – A WHO Cross National Survey (HBSC). Tabellen der Erhebung 2006. Frankfurt 2006 unter http://www.fh-frankfurt.de/de/.media/~klocke/hbhc_erhebung_2006_tabellen.pdf
- Feinstein, J.: The relationship between socioeconomic status and health: a review of the literature. Milbank Q. 71. 1993. pp. 279-322.
- Ferchland, R. (Hg.): Sozialberichte: Was sie benennen und was sie verschweigen. Studie des Instituts für Sozialdatenanalyse e.V. Berlin 2007
- Feucht, B. L.: Wie gesund sind Hessens Schüler? BKK Landesverband Hessen. Frankfurt am Main 2007 unter http://www.bkk-hessen.de/index.php?dms_id=156
- Focus Money online Finanzen: Geldreport: Zahl der Millionäre steigt sprunghaft vom 05.09.2008 unter http://www.focus.de/finanzen/news/geldreport-zahl-der-millionaere-steigt-sprunghaft_aid_331340.html
- Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Armut in Hamburg. Beiträge zur Sozialberichterstattung. Hamburg 1996

- Geißler, H.: Die neue soziale Frage: Analysen und Dokumente. Freiburg im Breisgau 1976
- Geißler, R.: Armut in der Wohlstandsgesellschaft. Informationen zur politischen Bildung. Heft 269 unter: http://www.bpb.de/publikationen/5EKME5,0,Armut_in_der_Wohlstandsgesellschaft.html
- Geißler, R.: Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung. Wiesbaden 2006
- Geißler, R.: Die Metamorphose der Arbeitertochter zum Migrantensohn. Zum Wandel der Chancenstruktur im Bildungssystem nach Schicht, Geschlecht, Ethnie und deren Verknüpfungen. In: Berger, P.A./ Kahlert, H. (Hg.): Institutionalisierte Ungleichheiten. Wie das Bildungswesen Chancen blockiert. Weinheim, München 2005. S. 71-100
- Geißler, R.: Bildungsexpansion und Bildungschancen. In: Bundeszentrale für politische Bildung: Informationen zur politischen Bildung. Heft 269. Bonn 2004 http://www1.bpb.de/publikationen/UQTRKX,0,Bildungsexpansion_und_Bildungschancen.html
- Gesundheitsberichterstattung des Bundes 2009 unter www.gbe-bund.de
- Glutz, P.: Die beschleunigte Gesellschaft. Kulturkämpfe im digitalen Kapitalismus. München 1999
- Gold, A.: Wie sich soziale und neurokognitive Risiken auf das Lernverhalten auswirken. Forschungszentrum IDeA vernetzt Disziplinen und Perspektiven auf der Suche nach der optimalen Lernumgebung. Frankfurt 2009
- Grünheid, E.: Einflüsse der Einkommenslage auf Gesundheit und Gesundheitsverhalten. Ergebnisse des Lebenserwartungssurveys des BiB. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft. Heft 102f. Wiesbaden 2004
- Haimann, R.: Geringe Eigentumsquote kurbelt die Wirtschaft an. Wohneigentumsquote Europa 2006. In: Weltonline 30. November 2006 unter http://www.welt.de/print-welt/article699069/Geringe_Eigentumsquote_kurbelt_die_Wirtschaft_an.html
- Hanesch, W.: Armut und Armutspolitik. In: Otto, H.-U./ Thiersch, H. (Hg.): Handbuch Sozialarbeit Sozialpädagogik, Neuwied, Kriftel 2001. S. 81-90
- Hanesch, W. u.a.: Armut in Deutschland. Der Armutsbericht des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbands. Reinbek bei Hamburg 1994
- Hartmann, M.: Reichtum und Eliten im europäischen Vergleich. Gesellschaft – Analysen. Auszug aus Europa im Blick vom 30.03.2008
- Hauser, R.: Vergleichende Analyse der Einkommensverteilung und der Einkommensarmut in den alten und neuen Ländern von 1990 bis 1995. In: Becker, I./ Hauser, R. (Hg.): Einkommensverteilung und Armut, Deutschland auf dem Weg zur Vier-Fünftel-Gesellschaft? Frankfurt a. M./New York 1997
- Haverkamp, F.: Gesundheit und soziale Lebenslage. In: Huster, E.-U./ Boeckh, J./ Mogge-Grotjahn, H. (Hg.): Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung. Wiesbaden 2008. S. 320-334
- Heidel, K.: Reichtum und Armut in Deutschland. Eine Problemanzeige in ökumenischer Perspektive. In: Hanesch, W./ Koch, K./ Segbers, F.: Öffentliche Armut im Wohlstand. Soziale Dienste unter Sparzwang. Hamburg 2004. S. 18-36
- Hessische Landesbank Hessen-Thüringen (Hg.) in Zusammenarbeit mit der Hessen Agentur: Volkswirtschaft/ Research. Die 100 größten Unternehmen in Hessen. Wiesbaden 2009

Hessische Zentrale für Datenverarbeitung: Wohngeldstatistik. Landkreis Darmstadt-Dieburg 2003 - 2008. Wiesbaden 2003 bis 2008

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung: Pressemitteilung vom 19.05.2008. Rhie: „Landesförderung für den Sozialmietwohnungsbau in diesem Jahr kräftig gestiegen - Von 35 auf 46,6 Millionen Euro“. Wiesbaden 2008

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung: Wohnungsbericht Hessen 2007. Wiesbaden 2008

Hessisches Kultusministerium: Bildungspolitik in Zahlen. Daten aus dem Schulbereich 2007. Wiesbaden 2008

Hessisches Statistisches Landesamt: Gesundheitszustand der Bevölkerung. Wiesbaden 2007a

Hessisches Statistisches Landesamt: Leben und Arbeiten in Hessen. Wiesbaden 2007b

Hessisches Statistisches Landesamt: Pressemitteilung 122/2009 vom 29.06.2009. Wiesbaden 2009

Hessisches Statistisches Landesamt: Statistische Berichte 2005

Hessisches Statistisches Landesamt: Hessische Gemeindestatistik Ausgabe 2008. Wiesbaden 2007

Hessisches Statistisches Landesamt: Hessische Kreiszahlen 2002 bis 2008. Wiesbaden 2003 bis 2009

Hessisches Statistisches Landesamt: Staat und Wirtschaft in Hessen. Wiesbaden 2008 bis 2009

Hessisches Statistisches Landesamt: Statistik Hessen, Wohngeld in Hessen 2004 bis 2007. Wiesbaden 2005 bis 2008

Hessisches Statistisches Landesamt: Statistische Berichte. Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Hessen 1993 bis 2007 nach kreisfreien Städten und Landkreisen. Wiesbaden 2009

Hessisches Statistisches Landesamt: Verbraucherpreisindex in Hessen 2002 bis 2008. Wiesbaden 2008 bis 2009

Hirschel, D.: Einkommensreichtum und seine Ursachen. Die Bestimmungsfaktoren hoher Arbeitseinkommen. Marburg 2004

Hoffmeyer-Zlotnik JHP: Operationalisierung von „Beruf“ als zentrale Variable zur Messung von sozio-ökonomischem Status. ZUMA-Nachrichten 32/1993. S. 135-141

Höhn, Ch./ Dorbritz, J.: Zwischen Individualisierung und Institutionalisierung. In: Nauck, B./ Onnen-Isemann, C. (Hg.): Familie im Brennpunkt von Wissenschaft und Forschung, Neuwied 1995. S. 149-171

Hölscher, P.: „Immer musst Du hingehen und praktisch betteln“ - Wie Jugendliche Armut erleben. Frankfurt a.M., New York 2003

Horizont e.V. Dieburg: Jahresberichte 2005, 2006, 2007. Dieburg

<http://arztsucheheessen.de/arztsuche.php?page=suche&default=true>

<http://www.wikipedia.de/>

<http://www.bafoeg-aktuell.de/cms/soziales/wohngeld/mietstufe/hessen-mietstufen.html>

- <http://www.idea-frankfurt.eu/pdf/ueber-idea/beitrag-ueber-idea-im-magazin-forschung-frankfurt>
- http://www.oecd.org/document/29/0,3343,de_34968570_34968795_42147613_1_1_1_1,00.html
- Huinink, J.: Familienleben und Alltagsorganisation. In: Bundeszentrale für politische Bildung: Informationen zur politischen Bildung, Heft 301. Bonn 2008.
- Hurrelmann, K.: Gesundheitssoziologie. Eine Einführung in sozialwissenschaftliche Theorien von Krankheitsprävention und Gesundheitsförderung. Weinheim, München 2006
- Industrie- und Handelskammer (IHK) Darmstadt: Gemeindesteckbriefe 2009. Darmstadt 2009
- Kassenärztliche Vereinigung Hessen. Frankfurt a. M. 2009
- Katzenbach, D./Schroeder, J.: "Ohne Angst verschieden sein können" - Über Inklusion und ihre Machbarkeit. In: Zeitschrift für Inklusion. Heft 1/2007. unter <http://www.inklusion-online.net>
- Kerbusk, S.: Aus gutem Haus. Eine Studie analysiert erstmals, wer Begabtenstipendien bekommt. Auch hier zeigt sich: Die soziale Herkunft spielt eine große Rolle. In: Die Zeit, Nr. 40. Hamburg 24.09.2009
- Klesse, R. u.a.: Gesundheitshandeln von Frauen. Leben zwischen Selbst-Losigkeit und Selbst-Bewußtsein. Frankfurt 1992
- Kloepfer, I.: Deutschland ganz unten. Kinder – Armutsrisiko in Deutschland. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 01.01.2006. Nr. 52
- Kluntz, M.: Ursachen, Strukturen und Folgen von Armut und Reichtum in Deutschland. In: Kinder, H./ Regelman, A.-C./ Tullney, M. (Hg.): Die Folgen der Agenda 2010. Alte und neue Zwänge des Sozialstaats. Hamburg 2004: S. 36-56
- Konsortium Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur Bildung und Migration. Bielefeld 2006
- Krause, P./ Ritz, D.: EU-Indikatoren zur sozialen Inklusion in Deutschland. In: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung. Jg. 75, Heft 1. Armut und Reichtum. Berlin 2006: S. 152-173
- Kuhn, H.-P.: Geschlechterverhältnisse in der Schule. Sind Jungen jetzt benachteiligt? Eine Sichtung empirischer Studien. In: Rendtorff, B./ Prengel, A.: Jahrbuch Frauen- und Geschlechterforschung in der Erziehungswissenschaft. Kinder und ihr Geschlecht. Bd. 4. Opladen und Farmington Hills 2008. S. 49-71
- Kultusminister (KMK)-Statistik 1992 bis 2003: Zusammenstellung von Eibeck nach Berechnungen von Prof. Dr. Kornmann (Pädagogische Hochschule Heidelberg) von 1992 bis 2000 und Dr. Diefenbach (Universität Leipzig) bis 2003 unter <http://www2.studiberatung-potsdam.de/uploads/P-25-06-04Anlage1.pdf>
- Lampert T./ Ziese, T.: Armut, soziale Ungleichheit und Gesundheit. Expertise des Robert Koch-Instituts zum Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin 2005
- Landkreis Darmstadt-Dieburg (Hg.): Junge Bevölkerung 2007. Demografische Struktur und Entwicklung der jungen Bevölkerung und Ausblick bis 2050. Darmstadt 2008
- Landkreis Darmstadt-Dieburg (Hg.): Sozialatlas des Landkreises Darmstadt-Dieburg. Demographische und soziostrukturelle Daten unter besonderer Berücksichtigung der Situation von Kindern und Jugendlichen. Darmstadt 1999
- Landkreis Darmstadt-Dieburg (Hg.): Sozialstrukturatlas zur Situation der jungen Bevölkerung im Landkreis Darmstadt-Dieburg. Ausgaben 2003/2004 und 2006/2007. Darmstadt 2004, 2007

- Langnäse K./ Mast M./ Müller M. J.: Social class differences in overweight of prepubertal children in Northwest Germany. International journal of obesity and related metabolic disorders. In: Journal of the International Association for the Study of Obesity. Vol. 26(4): 2002. S. 566-572
- Lehmann, F.: Gesundheitsförderung bei sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen. Fachforum Sächsische Gesundheitswoche. Dresden 2005
- Leisering, L.: Armut hat viele Gesichter. Vom Nutzen dynamischer Armutsforschung. In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins. Heft 8. 1993. S. 297-305
- Lenzen, J.: Gesundheitsförderung bei sozial benachteiligten Kindern. Hamburg 2007
- Lexikon der Philosophie PhilLex unter <http://www.phillex.de/index.htm>
- Lindert, J.: Armut und Gesundheit – eine K(l)assenfrage? Sozialmedizinische und diakonische Herausforderungen. Expertendiskussion beim Treff Sozialarbeit über die Auswirkungen der Gesundheitsreform für sozial benachteiligte Menschen. Stuttgart 2008 unter <http://www.eva-stuttgart.de/809.html>
- Lohmann, H.: Armut von Erwerbstätigen in europäischen Wohlfahrtsstaaten: Niedriglöhne, staatliche Transfers und die Rolle der Familie. Wiesbaden 2007
- Lutz, B.: Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts Neuausgabe 1989
- Mardorf, S.: Konzepte und Methoden von Sozialberichterstattung, Wiesbaden 2006
- Meier, U./ Preuße, H./ Sunnus, E.M.: Steckbriefe von Armut. Haushalte in prekären Lebenslagen, Opladen 2003
- Meier-Gräwe, U./ Dorn, M./ Mardorf, S.: Entwicklung eines lebenslagen- und haushaltsbezogenen Datenmodulsystems zur Qualifizierung von kommunalen Armuts- und Sozialberichtserstattungsvorhaben – ELHDAMO. Gießen 2005
- Mielck, A.: Soziale Ungleichheit und Gesundheit: empirische Ergebnisse, Erklärungsansätze, Interventionsmöglichkeiten. Bern 2000
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen: Sozialbericht NRW 2007. Armuts- und Reichtumsbericht, Düsseldorf 2007
- Möble, T. u.a.: Mediennutzung, Schulerfolg, Jugendgewalt und die Krise der Jungen unter <http://www.kfn.de/versions/kfn/assets/zjj.pdf>
- Mueller, U./ Heinzl-Gutenbrunner, M.: Armutslebensläufe und schlechte Gesundheit - Kausation oder soziale Selektion? Untersuchungsergebnisse vorgestellt auf dem 104. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Innere Medizin. Im April 1998 in Wiesbaden. Marburg 1998
- Mueller, U./Heinzl-Gutenbrunner, M.: Krankheiten und Beschwerden (subjektive Gesundheit) unter Bewertung der eigenen Gesundheit“. BiB. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft. Heft 102c. Wiesbaden 2001
- Nave-Herz, R./ Krüger, D.: Ein-Eltern-Familien. Eine empirische Studie zur Lebenssituation und Lebensplanung alleinerziehender Mütter und Väter. Bielefeld 1992
- Neurath, O.: Empirische Soziologie. In: Gesammelte philosophische und methodologische Schriften. Band 1. Wien 1981. S. 423-527
- Otto, H.-U.: Aufwachsen in Armut. Opladen 1997

- Otto, H.-U./Ziegler, H.: Capabilities - Handlungsbefähigung und Verwirklichungschancen in der Erziehungswissenschaft. Wiesbaden 2008
- Paritätischer Wohlfahrtsverband- Gesamtverband: „Zu wenig für viele“ Kinder und Hartz IV: Eine erste Bilanz der Auswirkungen des SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) 2005
- Paritätischer Wohlfahrtsverband: Kinderarmut hat mit Hartz IV Rekordniveau erreicht - „Zu wenig für zu viele“ Pressebericht vom 25.08.2005
- Paritätischer Wohlfahrtsverband: Thesen zur Entwicklung der Altersarmut. Berlin http://www.paritaet-alsopfleg.de/downloads/Ueber/Gremien/thesen_altersarmut.pdf
- Peuckert, R.: Familienformen im sozialen Wandel. Opladen 2002
- Piachaud, D.: Wie misst man Armut. In: Leibfried, S./ Voges, W. (Hg.): Armut im modernen Wohlfahrtsstaat. Opladen 1992. S. 63-87
- Pötschke-Langer, M. u.a.: Tabakatlas Deutschland. Heidelberg 2009
- Reil-Held, A.: Einkommen und Sterblichkeit in Deutschland: Leben Reiche länger?. Universität Mannheim. Sonderforschungsbereich 504. Mannheim 2000
- Robert Koch Institut: Arbeitslosigkeit und Gesundheit. Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Heft 13. Berlin 2003
- Robert Koch Institut: Erste Ergebnisse der KiGGS-Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Berlin 2006
- Robert Koch Institut/ Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung: Erkennen – Bewerten – Handeln: Zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Berlin 2008
- Rohleder, Ch.: Armut, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Eine kritische Bestandsaufnahme der wissenschaftlichen und politischen Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland. Inauguraldissertation Universität – Gesamthochschule Paderborn 1998
- Rompel, H.-K.: Ausgaben der Haushalte für den privaten Verbrauch. In: Staat und Wirtschaft in Hessen. Monatszeitschrift des HSL Heft 05/2006
- Rompel, H.-K.: Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte in Hessen. In: Staat und Wirtschaft in Hessen. Monatszeitschrift des HSL Heft 04/2006
- Rosenke, W.: Das Gesundheitsmodernisierungsgesetz und die Folgen für wohnungslose Patientinnen und Patienten. Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslose e.V. Bielefeld 2004 unter <http://www.bag-wohnungslosenhilfe.de/index2.html>
- Schäfer, C.: Soziale Polarisierung in Deutschland – ein Mythos? In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): WISO direkt. Analysen und Konzepte zur Wirtschafts- und Sozialpolitik. Juli 2009a
- Schäfer, C.: (Um)Verteilung durch das Steuer- und Abgabensystem. Empirie und Politik. Hans Böckler-Stiftung (Hg.): Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut. WSI-Sommerschule in Berlin-Pichelsee vom 7. -11.9.2009. Tagungsmaterial. 2009b
- Schirg, O.: Armutsrisiko bei Alleinerziehenden hoch unter http://www.welt.de/hamburg/article/1379156/Armutsrisiko_bei_Alleinerziehenden_hoch.html
- Schlack, H.: Lebenswelten von Kindern, in derselbe: Sozialpädiatrie – Gesundheit – Krankheit – Lebenswelten. Stuttgart 1995. S. 90-91
- Schmid, A.: Armut und Reichtum in Hessen. Ein erster Einblick. IWAK Report. Frankfurt a.M. 2008

- Schmid, Josef 2001: Bevölkerungsentwicklung und Migration in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B43, S. 20-30
- SCHUFA: Schulden-Kompass 2008. Wiesbaden 2008
- Schultheis, K.: Jungenforschung. Aktuelle Ergebnisse, Desiderate, Probleme. In: Matzner, M./ Tischner, W.: Handbuch Jungen-Pädagogik. Weinheim 2008. S. 63-77
- Schwendtner, R.: Theorie der Subkultur. Köln 1973
- Sen, A.: Development as Freedom. New York 1999
- Sen, A.: Ökonomie für den Menschen. München 2007
- Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz: Armut und soziale Ungleichheit in Berlin. Armutsbericht 2002. Berlin 2002
- Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz: Sozialstrukturatlas Berlin 1997. Eine disaggregierte statistische Sozialraumanalyse. Berlin 1997
- Senatsverwaltung für Soziales Berlin: Bericht zur sozialen Lage in Berlin. Berlin 1995
- Siedler, N.: Am Rande leben, abweichen, arm zu sein. Konzepte und Theorien zu sozialen Problemen. Freiburg im Breisgau 1989
- Solga, H., Dombrowski, R.: Soziale Ungleichheiten in schulischer und außerschulischer Bildung – Stand der Forschung und Forschungsbedarf. Arbeitspapier 171. Düsseldorf 2009
- Statista 2009 unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/515/umfrage/einstufung-in-arm-und-reich-fuer-familien>
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Soziale Mindestsicherung in Deutschland. Wiesbaden 2006
- Statistisches Bundesamt: Preise. Verbraucherpreisindizes für Deutschland. Lange Reihen ab 1948. Wiesbaden Juli 2009
- Statistisches Bundesamt: Armutsgefährdung in den Bundesländern unterschiedlich. Pressemitteilung Nr. 189 vom 18.05.2009. Wiesbaden/Bonn 2009
- Statistisches Bundesamt: Bildungsstand der Bevölkerung. Wiesbaden 2009
- Statistisches Bundesamt: Bildungsausgaben – Ausgaben je Schüler/-in 2006. Wiesbaden 2009
- Statistisches Bundesamt: Geburten in Deutschland. Pressemitteilung. Wiesbaden 2008
- Statistisches Bundesamt: Leben in Europa 2006 EU-Indikatoren für Deutschland. Pressemitteilung 28/08 vom 21. Januar 2008. Wiesbaden 2008
- Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung Nr. 505 vom 05.12.2006: Erstmals EU-weit vergleichbare Daten zu Armut. Wiesbaden 2006
- Statistisches Bundesamt: Einkommens- und Verbraucherstichprobe Datenbasis EVS 2003
- Statistisches Bundesamt: Gesundheitsbericht für Deutschland. Stuttgart 1998
- Stompe, A.: Armut und Bildung: PISA im Spiegel sozialer Ungleichheit. In: Jähnert, G. (Hg.): Armut und Geschlecht. Bulletin-Texte 29 und 30. Berlin 2005. S. 132-144

- Strengmann-Kuhn, W.: Armut trotz Erwerbstätigkeit. Analysen und sozialpolitische Konsequenzen. Frankfurt am Main 2003
- Sütterlin, S.: Deutschland ist eines der kinderärmsten Länder der Welt. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Demografische, Analysen, Konzepte, Strategien. Berlin 2008
- Techniker Krankenkasse: Von der Hausfrau bis zum Manager – Deutschland im Stress. Informationen der Techniker Krankenkasse. Medienservice. Hamburg 2009
- Timm, A./ Helmert, U.: Berufsspezifische Morbiditätsentwicklung von Krankenversicherten der GEK im Zeitraum 1990 bis 2003. Workshop 19. und 20. Mai 2005. ZES. Universität Bremen 2005
- Trabert, G.: Kinderarmut und Gesundheit. In: Wagner, R./ Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Kinderarmut in einem reichen Land. Magdeburg 2008, S. 50-68
- United Nations: The Millennium Development Goals Report 2008
- Universität Bremen, Pressemitteilung Nr. 124 vom 30.04.2009
- Valtin, R./ Wagner, C./ Schwippert, K.: Schülerinnen und Schüler am Ende der vierten Klasse - schulische Leistungen, lernbezogene Einstellungen und außerschulische Lernbedingungen. In: Bos, W. u.a. (Hg.): IGLU - Vertiefende Analysen zu Leseverständnis, Rahmenbedingungen und Zusatzstudien. Münster, New York, München, Berlin 2005. S. 187-230
- Volkert, J. u.a.: Operationalisierung der Armuts- und Reichtumsmessung. Schlussbericht an das Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung. Tübingen 2003
- VSOP (Verein für Sozialplanung): Schwerpunkt Armut und soziale Sicherung in Rundbrief Juni 2008
- Weikard, H.-P.: Amartya Sens Beitrag zu den Wirtschaftswissenschaften - Anmerkungen zum Noelpreis 1998. In: Wirtschaftsdienst. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik 78.11, S. 691-696
- Weisser, G. (hg.): Beiträge zur Gesellschaftspolitik. Göttingen 1978
- West, P.: Rethinking the health selection explanation for health inequalities. Soc Sci Med 32. 1991. pp. 373-384
- Wissenschaftliches Institut der AOK (WIdO): Pressemitteilung vom 5. November 2009. Berlin 2009
- Wissenschaftliches Institut der AOK (WIdO): Subjektive Gesundheit und Gesundheitsrisiken. Ergebnisse einer Repräsentativ-Umfrage unter GKV-Versicherten. Ausgabe 2. Bonn 2007
- Zeit-online: Integration ist eine Schnecke unter <http://www.zeit.de/online/2009/05/integration-programme-studie>. 27.01.2009

Bildnachweise

Bilder: © Vivid Pixels, © Franz Pfluegl, © Paolo Pizzimenti, © Lisa F. Young, © Simon Ebel, © Gina Sanders, © Hannes Eichinger, © Monkey Business, © Gerd Gropp – bei www.fotoloa.com

